



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

STAATSRECHNUNG

20

23

BOTSCHAFT

1A

IMPRESSUM

REDAKTION

Eidg. Finanzverwaltung

Internet: www.efv.admin.ch

VERTRIEB

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 601.300.23d

24.003

BOTSCHAFT ZUR STAATSRECHNUNG 2023

vom 27. März 2024

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Botschaft unterbreiten wir Ihnen
die Eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 2023
mit dem Antrag auf Abnahme gemäss den beigefügten
Beschlussentwürfen.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident,
sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,
unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, 27. März 2024

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin:

Viola Amherd

Der Bundeskanzler:

Viktor Rossi

SYMBOLE UND ABKÜRZUNGEN

Folgende Symbole und Abkürzungen wurden in den Tabellen der vorliegenden Botschaft verwendet:

–	gleich 0 oder kein Wert
n.a.	nicht ausgewiesen
n.q.	nicht quantifizierbar
CHF	Schweizer Franken
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
%	Prozent
Δ	Differenz
\emptyset	Durchschnitt
>	grösser als
<	kleiner als
R	Rechnung
VA	Voranschlag
FP	Finanzplan
LFP	Legislaturfinanzplan
S	Schätzung
FTE	Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)
LG	Leistungsgruppe(n)

INHALTSÜBERSICHT

BAND 1A A KOMMENTAR ZUR BUNDESRECHNUNG

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

ZUSAMMENFASSUNG

B ZUSATZERLÄUTERUNGEN

C VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

D STEUERUNG DES HAUSHALTES

E FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

F BUNDESBESCHLÜSSE

BAND 1B A JAHRESRECHNUNG DES BUNDES

B KREDITSTEUERUNG

C SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

D SPEZIALTHEMEN

BAND 2A RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

BEHÖRDEN UND GERICHTE

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
UND SPORT

BAND 2B RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG

EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE
UND KOMMUNIKATION

INHALTSVERZEICHNIS

A	KOMMENTAR ZUR BUNDESRECHNUNG	5
	ZAHLEN IM ÜBERBLICK	9
	ZUSAMMENFASSUNG	11
1	AUSGANGSLAGE	13
	11 NEUERUNGEN AUFGRUND DER FHG-REVISION (UMSETZUNG MOTION 16.4018)	13
	12 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	15
2	ERGEBNIS	17
	21 ERFOLGSRECHNUNG	17
	22 INVESTITIONSRECHNUNG	19
	23 GELDFLUSSRECHNUNG	21
	24 BILANZ	22
3	SCHULDENBREMSE UND NETTOSCHULDEN	23
	31 SCHULDENBREMSE	23
	32 ENTWICKLUNG DER NETTOSCHULDEN	28
4	KENNZAHLEN	29

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Laufende Einnahmen	74 766	80 309	78 605	3 840	5,1
Laufende Ausgaben	75 072	76 629	75 203	131	0,2
Selbstfinanzierung	-307	3 681	3 402		
Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen	-3 313	-3 342	-2 525		
Jahresergebnis	-3 619	339	877		
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	882	1 038	1 002	119	13,5
Investitionsausgaben	5 825	9 544	5 835	10	0,2
Nettoinvestitionen	-4 943	-8 506	-4 833		
Schuldenbremse und Nettoschulden					
Einnahmen	75 648	81 347	79 607	3 959	5,2
Ausgaben	80 897	86 173	81 038	141	0,2
Finanzierungssaldo	-5 249	-4 825	-1 431		
Ausserordentlicher Finanzierungssaldo	-1 525	-4 142	-760		
Ordentlicher Finanzierungssaldo	-3 724	-683	-672		
Konjunkturell geforderter / zulässiger Finanzierungssaldo	-296	-878	-238		
Struktureller Finanzierungssaldo / Handlungsspielraum	-3 428	194	-434		
Stand Ausgleichskonto	20 477		20 043	-434	-2,1
Stand Amortisationskonto	-26 456		-27 216	-760	-2,9
Nettoschulden (Fremdkapital ./ . Finanzvermögen)	139 006	139 893	141 687	2 681	1,9
Gesamtinvestitionen Bund					
Investitionsausgaben inkl. Fonds	10 594	11 055	11 057	463	4,4
Kennzahlen					
Ausgabenquote %	10,4	10,8	10,2		
Steuerquote %	8,9	9,4	9,4		
Nettoschuldenquote %	17,8	17,5	17,8		

Hinweis: Die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto wurden per Ende 2022 rückwirkend angepasst (vgl. Kap. A 31).

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ECKWERTE

	S 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23 absolut	%
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen					
Wachstum reales Bruttoinlandprodukt %	2,5	1,9	1,3	-1,2	
Wachstum nominelles Bruttoinlandprodukt %	5,1	3,2	2,3	-2,8	
Teuerung Landesindex der Konsumentenpreise LIK %	2,8	1,4	2,1	-0,7	
Zinssätze langfristig % (Jahresmittel)	0,8	0,9	1,1	0,3	
Zinssätze kurzfristig % (Jahresmittel)	-0,2	0,3	1,5	1,7	
Wechselkurs US-Dollar in CHF (Jahresmittel)	0,95	0,95	0,90	-0,05	-5,3
Wechselkurs Euro in CHF (Jahresmittel)	1,00	1,05	0,97	-0,03	-3,0

Hinweise:

- Wachstum BIP: Sportevent- und kalenderbereinigt. Quelle: SECO
- Zinssätze: Jahresdurchschnitte für 10-jährige Bundesanleihen bzw. Saron
- Wechselkurse: Jahresdurchschnitte. Quelle: SNB

ZUSAMMENFASSUNG

Die Rechnung 2023 schliesst mit einem Finanzierungsdefizit ab (-1,4 Mrd.). Die ausgebliebene Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (-2 Mrd.) hat massgeblich dazu beigetragen. Zudem musste erneut ausserordentlicher Zahlungsbedarf für die Beiträge an die Kantone zugunsten der Schutzsuchenden aus der Ukraine (1,1 Mrd.) geltend gemacht werden. Der Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft wurde aufgehoben.

WENIGER DYNAMISCHE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die *wirtschaftliche Entwicklung* war weniger dynamisch als im Voranschlag angenommen (BIP real +1,3 %; VA: +1,9 %). Die Teuerung stieg dagegen stärker als erwartet (LIK +2,1 %; VA: +1,4 %), was sich negativ auf die Binnennachfrage auswirkte. Auch die Investitionen waren aufgrund der höheren Finanzierungskosten rückläufig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb jedoch erfreulich stabil.

POSITIVES ERGEBNIS DER ERFOLGSRECHNUNG

Der *Jahresgewinn* in der Erfolgsrechnung betrug 877 Millionen. Die *laufenden Einnahmen* sind stärker gewachsen (+5,1 %) als die *laufenden Ausgaben* (+0,2 %), jedoch blieben beide deutlich unter dem budgetierten Wert (-1,7 Mrd. bzw. -1,4 Mrd.). Einnahmenseitig war trotz der ausgebliebenen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB -2,0 Mrd.) ein kräftiges Wachstum zu verzeichnen. Dies erklärt sich primär mit den schwachen Ergebnissen bei der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer im Vorjahr. Im Zusammenhang mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wurden insgesamt 201,3 Millionen eingenommen (Gebühren, Risiko- und Bereitstellungsprämie). Die laufenden Ausgaben blieben in etwa auf Vorjahresniveau, das noch stark von den Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geprägt war. Die Beiträge an die Kantone für die Schutzsuchenden aus der Ukraine waren hoch, blieben aber unter dem Budget (-0,6 Mrd.).

Der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die *Selbstfinanzierung* – stieg von -307 Millionen auf 3,4 Milliarden. Das sehr gute *Ergebnis aus Beteiligungen* (+0,9 Mrd.) trägt massgebend zum positiven Jahresergebnis bei. Weitgehend stabil bleiben dagegen die *Abschreibungen* und *übrigen Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens*.

STABILE INVESTITIONSAUSGABEN UND AUSSERORDENTLICHE INVESTITIONSEINNAHMEN

Die *Nettoinvestitionen* (Investitionsausgaben abzüglich -einnahmen) waren leicht rückläufig und beliefen sich auf 4,8 Milliarden (-110 Mio.). Dies ist einnahmenseitig mit einer Sonderdividende zu begründen, die der Bund aus der Privatisierung der RUAG International Holding AG erhielt (200 Mio.). Dadurch stiegen die *Investitionseinnahmen* auf 1,0 Milliarden (+119 Mio.). Die *Investitionsausgaben* blieben stabil bei 5,8 Milliarden (+10 Mio.). Einzig im Bereich der militärischen Landesverteidigung wurde signifikant mehr investiert (+349 Mio.). Im Gegenzug reduzierten sich unter anderem die Ausgaben für die Krankheitsbekämpfung (Covid-19-Impfstoffe; -452 Mio.).

Für den Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft waren im Voranschlag noch Mittel eingestellt (Kreditrahmen für die Axpo Holding AG von jährlich 4 Mrd.). Dieser konnte im Rechnungsjahr aufgehoben werden.

STRUKTURELLES DEFIZIT GEMÄSS SCHULDENBREMSE

Der Bundeshaushalt schliesst erneut mit einem *Finanzierungsdefizit* ab (-1,4 Mrd.) und kann seine Ausgaben damit erneut nicht aus eigenen Mitteln finanzieren (Selbstfinanzierung < Nettoinvestitionen). Das Defizit im *ordentlichen Haushalt* beläuft sich auf 672 Millionen. Bereits das zweite Jahr in Folge ist ein strukturelles Finanzierungsdefizit zu verzeichnen. Konjunkturbedingt war ein weniger hohes Defizit zugelassen als bei der Budgetierung erwartet (238 Mio. statt 878 Mio.).

Es musste erneut ausserordentlicher Zahlungsbedarf für die Beiträge an die Kantone für die Schutzsuchenden aus der Ukraine geltend gemacht werden (1,1 Mrd.). Nicht verwendet wurde der Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft zugunsten der Axpo Holding AG (4 Mrd.). Die ausserordentlichen Einnahmen von 310 Millionen stammen grossmehrheitlich aus einer Sonderdividende aufgrund des Privatisierungsprozesses der RUAG International Holding AG (200 Mio.) sowie aus der Risikoprämie für die Ausfallgarantie bezüglich der Liquiditätshilfe-Darlehen der SNB zugunsten der Credit Suisse (61 Mio.). Insgesamt steigt der *kumulierte Fehlbetrag im ausserordentlichen Haushalt* (Amortisationskonto) Ende 2023 auf über 27 Milliarden.

Aufgrund des Finanzierungsdefizits sowie von Transaktionen, die direkt im Eigenkapital vorgenommen wurden (Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen und von Absicherungsgeschäften), nahm die Nettoverschuldung weiter zu. Sie beträgt per Ende 2023 rund 142 Milliarden.

AUSBLICK

Im Rahmen der finanzpolitischen Standortbestimmung von Mitte Februar 2024 hat der Bundesrat die Weichen für einen schuldenbremsekonformen Voranschlag 2025 gestellt. Dafür musste ein erwartetes Finanzierungsdefizit von über zwei Milliarden bereinigt werden. Erneut sind lineare Kürzungen sowie ausserordentlicher Zahlungsbedarf notwendig, um den Voranschlag ausgeglichen zu gestalten. Für die nächsten Jahre zeichnet sich keine substantielle Verbesserung der Haushaltslage ab. In der Finanzplanung wachsen die Ausgaben stärker als die Einnahmen. Der Bundesrat wird deshalb eine grundlegende Überprüfung der Aufgaben und Subventionen des Bundes in Angriff nehmen, die auch gesetzlich gebundene Ausgaben und bestehende Fonds umfasst.

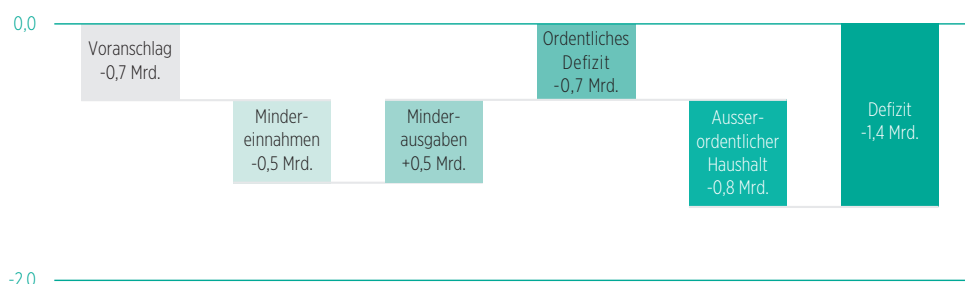
ZAHLEN DER RECHNUNG 2022 ANGEPASST

Die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.01) zur «Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung» wurde am 1.1.2022 in Kraft gesetzt und im Voranschlag 2023 erstmals angewandt. Die vorliegende Rechnung ist die erste nach neuem Recht. Die Zahlen zur Rechnung 2022 wurden ebenfalls angepasst, um einen Vergleich zu ermöglichen. Ebenfalls berücksichtigt wurde die Umstellung auf das Forderungsprinzip bei der direkten Bundessteuer (vgl. Kapitel A 11).

HERLEITUNG DES RECHNUNGSERGEBNISSES

Finanzierungssaldo 2023, in Mrd. CHF

Im ordentlichen Haushalt war das Finanzierungsdefizit mit 0,7 Milliarden wie budgetiert. Die Budgetunterschreitungen konnten die Mindereinnahmen kompensieren. Im ausserordentlichen Haushalt fielen erneut Ausgaben im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise an. Insgesamt resultierte ein Finanzierungsdefizit von 1,4 Milliarden.



1 AUSGANGSLAGE

11 NEUERUNGEN AUFGRUND DER FHG-REVISION (UMSETZUNG MOTION 16.4018)

Die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes zur «Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung» wurde am 1.1.2022 in Kraft gesetzt und im Voranschlag 2023 erstmals angewendet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Rechnungsabschluss nach neuer Gesetzgebung.

Nachfolgend werden die wichtigsten Neuerungen aus der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung (AS 2021 662) kurz zusammengefasst:

ABSCHAFFUNG DER FINANZIERUNGSRECHNUNG

Die Finanzierungsrechnung wurde als eigene Rechnung abgeschafft. Die Schuldenbremse bleibt jedoch das zentrale Steuerungsinstrument für den Bundeshaushalt (siehe Kapitel A 31). Als Überleitung zur Herleitung der Schuldenbremse wird der Finanzierungssaldo respektive die Einnahmen und Ausgaben neu aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung hergeleitet (siehe Grafik).

PERIODENGERECHTERE HAUSHALTSFÜHRUNG

Die Einnahmen und Ausgaben sind breiter definiert und beinhalten neu auch Periodenverschiebungen. Die Bildung respektive Auflösung von Rückstellungen und Abgrenzungen unterstehen neu einheitlich der Schuldenbremse. Bislang galt dies nur in Ausnahmefällen (insb. Rückstellung Verrechnungssteuer, Agios/Disagios).

NEUE DEFINITION NETTOSCHULDEN

Die Nettoschulden beinhalten neu analog Harmonisiertes Rechnungsmodell der Kantone (HRM2) das gesamte Fremdkapital inklusive Rückstellungen und Abgrenzungen. Damit führt der Finanzierungssaldo eins zu eins zu einer Veränderung der Nettoschulden (siehe Kapitel A 32).

AUSWEIS DER ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG

Die Ausgaben in der Erfolgs- und Investitionsrechnung werden neu nach funktionaler Sicht gezeigt (siehe Kapitel A 21/22). In der Erfolgsrechnung zeigt das Zwischentotal «Selbstfinanzierung» alle schuldenbremsewirksamen Aufwände und Erträge (sog. laufende Ausgaben und Einnahmen).

VERSCHIEBUNGEN ZWISCHEN ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG

Einlagen und Entnahmen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen (inkl. Kantonsbeiträge) werden neu grundsätzlich netto im Transferaufwand erfasst. In der Investitionsrechnung werden nur noch Fondseinlagen erfasst, welche zu Verwaltungsvermögen in der Bundesrechnung führen. Neu werden die Kantonsbeiträge für den Bahninfrastrukturfonds (BIF) in der Erfolgsrechnung erfasst (bisher Investitionseinnahmen), während Dividendeneinnahmen als Investitionseinnahmen ausgewiesen werden. Die obigen Änderungen haben Auswirkungen auf die Höhe und Struktur der Zahlen. Um den Vorjahresvergleich zu ermöglichen wurde die Rechnung 2022 analog angepasst.

VERZICHT AUF ANHANG ZUM VORANSCHLAG

Der technische Anhang ist auf die Rechnungslegung ausgerichtet und wird neu nur noch mit der Staatsrechnung erstellt. Dieser findet sich neu in einem eigenen Band (Band 1B, Teil A).

FORDERUNGSPRINZIP BEI DER DIREKTEN BUNDESSTEUER

Bei der direkten Bundessteuer werden die Einnahmen seit anfangs 2023 nach dem Forderungs- und nicht mehr nach dem Cashprinzip gebucht. Dies bedeutet, dass die Einnahmen mit Ausstellen der Steuerrechnung (Forderung) und nicht erst bei deren Zahlung oder bei einer Vorauszahlung erfolgswirksam werden (siehe Kapitel B 11/12).

VEREINFACHTES NACHTRAGSVVERFAHREN

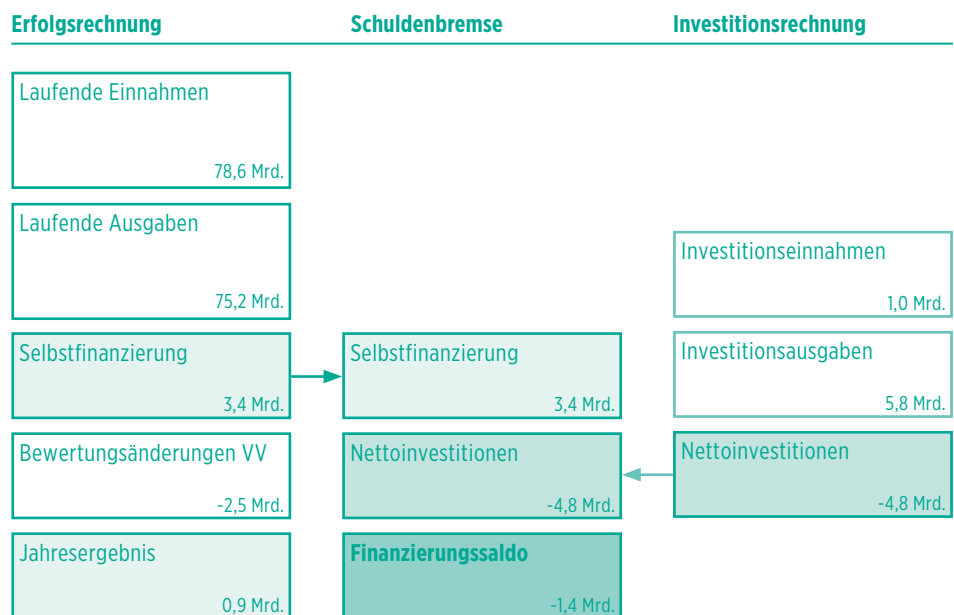
Mit dem vereinfachten Nachtragsverfahren müssen die Verwaltungseinheiten im Eigenbereich ab 2023 keine Nachträge mehr beantragen, wenn die Überschreitung nicht mehr als 1 Prozent respektive maximal 10 Millionen beträgt. Entsprechend wurden die Ausgabenplafonds der einzelnen Verwaltungseinheiten im Voranschlag gekürzt. Der Bundesrat kann auch Kredite überschreiten, wenn der Ermessensspielraum gering ist und gemäss den Kriterien, die im Bundesbeschluss zum Voranschlag festgelegt sind. Der Nachweis über die Überschreitungen findet sich in den Bundesbeschlüssen (Kapitel E, Tabelle Kreditüberschreitungen gemäss Art. 36 FHG).

ANPASSUNG VON AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO

Die beschriebenen Änderungen am Finanzhaushaltgesetz haben Auswirkungen auf die Kontrollstatistiken der Schuldenbremse für den ordentlichen und den ausserordentlichen Haushalt (Ausgleichs- und Amortisationskonto). Mit der Rechnung 2023 werden die beiden Konten nachträglich per Ende 2022 um den Betrag korrigiert, der sich bei der Anwendung des neuen Rechts seit Einführung des jeweiligen Kontos ergeben hätte (Art. 66c FHG). Für detaillierte Informationen siehe Band 1B, Kapitel A 72.

HERLEITUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS AUS ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG

In der Staatsrechnung 2023 ergibt sich ein Finanzierungsdefizit (-1,4 Mrd.); der Bund muss sich somit neu verschulden. Zwar ist der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung positiv, aber er vermag die geplanten Nettoinvestitionen nicht zu decken. Die Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens (insb. Abschreibungen und Buchgewinne aus Beteiligungen) fallen nicht unter die Schuldenbremse.



12 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Im Jahr 2023 fiel das Schweizer BIP-Wachstum schwächer aus als im Voranschlag prognostiziert. Die positiven Impulse des privaten Konsums wurden durch die rückläufigen Investitionen und das mässige Wachstum weltweit aufgehoben.

VERGLEICH DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN ECKWERTE VON VORANSCHLAG UND RECHNUNG 2023

	VA	R	Abweichung in Prozentpunkten
Veränderung in %			
Reales BIP	1,9	1,3	-0,6
Nominales BIP	3,2	2,3	-0,9
Rate in %			
Inflation (LIK)	1,4	2,1	0,7

SCHWÄCHERES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die Schweizer Wirtschaft wuchs 2023 real um 1,3 Prozent und nominal um 2,3 Prozent und damit in beiden Fällen langsamer als im Voranschlag 2023 unterstellt. Der Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) hingegen verzeichnete 2023 mit +2,1 Prozent einen stärkeren Anstieg als erwartet.

Gestützt wurde das Schweizer Wirtschaftswachstum 2023 vor allem durch den privaten Konsum. Zudem blieb die Lage am Arbeitsmarkt ausgesprochen günstig. Diesen positiven Faktoren standen jedoch der hauptsächlich durch die hohen Finanzierungskosten und den Fachkräftemangel bedingte Rückgang der Investitionen und die trübe weltweite Konjunktur gegenüber.

HÖHERE INFLATION ALS IM VORANSCHLAG ERWARTET

Die Teuerung lag 2023 bei 2,1 Prozent. Sie ist in erster Linie auf die höheren Strom- und Gaspreise und Mieten zurückzuführen. Bei den Erdölprodukten, den kombinierten Festnetz- und Mobilfunkangeboten und den Arzneimitteln gingen die Preise dagegen zurück. Im internationalen Vergleich weist die Schweiz eine nach wie vor moderate Inflation auf.

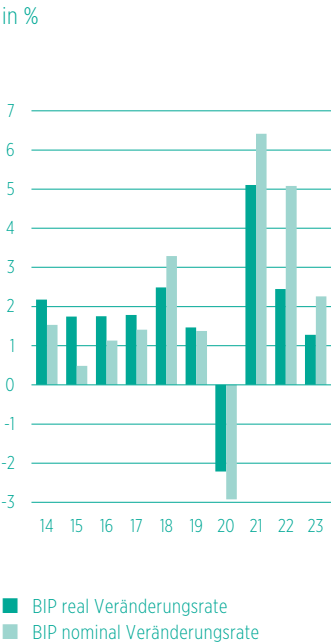
GÜNSTIGE ARBEITSMARKTLAGE HÄLT AN

Obgleich der Arbeitskräftebedarf 2023 leicht abnahm, fehlt es vielen Unternehmen weiterhin an Fachkräften. Am Arbeitsmarkt blieb die Lage dementsprechend günstig. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Schweiz betrug im Jahr 2023 2,0 Prozent (2022: 2,2 %), das ist der tiefste Wert seit 2001. Allerdings lag die Zahl der Arbeitslosen Ende Dezember 2023 um 10,2 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum, sodass demnächst mit einer Normalisierung und einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenquote zu rechnen ist.

GELDPOLITIK BLEIBT RESTRIKTIV

Sowohl in der Schweiz als auch im Ausland blieb die Geldpolitik 2023 restriktiv und hemmte die Wirtschaftsentwicklung. Der Zinsanstieg in der Schweiz führte zu einer Aufwertung des Schweizer Frankens, was sich negativ auf die Exporte auswirkte.

ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTS-LEISTUNG (REAL UND NOMINAL; SPORTEVENT-BEREINIGT)



Das reale Wirtschaftswachstum (1,3 %) und der BIP-Deflator (1,0 %) fielen 2023 tiefer aus als im Vorjahr (2,5 % bzw. 2,6 %). Folglich war 2023 auch das nominale Wachstum (2,3 %) schwächer als 2022 (5,1 %).

2 ERGEBNIS

21 ERFOLGSRECHNUNG

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Überschuss von 877 Millionen. Die laufenden Einnahmen nahmen trotz der ausgebliebenen SNB-Gewinnausschüttung deutlich zu. Sie sind stärker gewachsen als die laufenden Ausgaben, wo sich der Wegfall der coronabedingten Ausgaben zeigt. Die Selbstfinanzierung steigt auf 3,4 Milliarden. Zum positiven Jahresergebnis trägt auch das Ergebnis aus Beteiligungen bei.

ERGEBNIS DER ERFOLGSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-2023	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	74 766	80 309	78 605	3 840	5,1
Fiskaleinnahmen	69 493	74 970	74 784	5 291	7,6
Nichtfiskalische Einnahmen	5 272	5 339	3 821	-1 451	-27,5
Laufende Ausgaben	75 072	76 629	75 203	131	0,2
Soziale Wohlfahrt	27 005	27 643	27 118	113	0,4
Finanzen und Steuern	11 099	12 145	12 208	1 109	10,0
Verkehr	8 378	8 599	8 334	-44	-0,5
Bildung und Forschung	7 626	8 305	7 965	339	4,4
Sicherheit	5 842	5 276	5 264	-579	-9,9
Landwirtschaft und Ernährung	3 573	3 628	3 603	30	0,9
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 693	3 603	3 886	193	5,2
Übrige Aufgabengebiete	7 856	7 430	6 825	-1 031	-13,1
Selbstfinanzierung	-307	3 681	3 402		
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-2 946	-3 123	-3 002	-57	1,9
Abschreibungen Investitionsbeiträge	-1 188	-1 432	-1 229	-40	3,4
Übrige Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen	-694	-210	-704	-9	1,4
Ergebnis aus Beteiligungen	1 516	1 423	2 410	894	59,0
Jahresergebnis	-3 619	339	877		

JAHRESERGEBNIS

Der Jahresergebnis der Erfolgsrechnung ist geprägt von der sehr positiven Entwicklung der laufenden Einnahmen (+3,8 Mrd.) sowie aus dem Ergebnis aus Beteiligungen (+0,9 Mrd.). Die laufenden Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr kaum gewachsen, gleiches gilt für die Abschreibungen und übrigen Bewertungsänderungen (je +0,1 Mrd.). Die Selbstfinanzierung steigt auf 3,4 Milliarden. Insgesamt resultiert ein Gewinn von 877 Millionen.

LAUFENDE EINNAHMEN

Die positive Entwicklung der laufenden Einnahmen stammt aus den Fiskaleinnahmen (+5,3 Mrd.), während die nichtfiskalischen Einnahmen wegen der ausbleibenden Gewinnausschüttung der SNB rückläufig waren (-1,5 Mrd.). Bei den Einnahmen aus der *direkten Bundessteuer* verzeichnete insbesondere die Gewinnsteuer ein grosses Wachstum (+18,3 %). Aber auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer sind stark gewachsen (+6,5 %). Die Einnahmen stammen zum grössten Teil aus dem Hauptfälligkeitsjahr 2022 und zeigen den Aufschwung nach den Coronajahren.

- Die Einnahmen aus der *Verrechnungssteuer* haben sich nach drei schwächeren Jahren stabilisiert. Das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr (+65,8 %) ist jedoch wenig repräsentativ, da dieses aufgrund eines Einmaleffekts betreffend die Vorjahre um 1,9 Milliarden nach unten korrigiert wurde. Der unterjährige Schätzwert von 5,9 Milliarden wurde jedoch auch deutlich übertroffen.
- Die *Mehrwertsteuer* wuchs im Gleichschritt mit der Wirtschaft (+2,3 %), verfehlte jedoch den Voranschlagswert deutlich, da die Konjunkturprognosen bei der Budgetierung fürs 2023 noch optimistischer waren (nom. BIP: +3,2 %). Die Eintrübung der Wirtschaft zeigte sich insbesondere gegen Ende des Jahres.
- Die Einnahmen aus der *Stempelabgabe* sind deutlich zurückgegangen (-12,2 %), was insbesondere auf den Rückgang bei der Umsatzabgabe auf ausländischen Wertpapieren zurückzuführen ist.
- Der Bund hat in Zusammenhang mit den Übernahmen der Credit Suisse durch die UBS insgesamt 201,3 Millionen eingenommen (Gebühren, Risiko- und Bereitstellungsprämie).

LAUFENDE AUSGABEN

Die laufenden Ausgaben blieben im Rechnungsjahr 2023 in etwa auf Höhe des Vorjahres (+0,2 %). Grund für das geringe Wachstum sind die wegfallenden Coronaausgaben, die das Jahr 2022 noch stark prägten.

- Die Ausgaben für die *Soziale Wohlfahrt* blieben trotz kräftigem Wachstum im Bereich Migration (+29,6 %) und gestiegenen Ausgaben für die AHV (+3,5 %) auf Vorjahresniveau (+0,4 %). Dies erklärt sich mit dem Wegfall der Corona-Kurzarbeitsentschädigung, die die Rechnung 2022 noch mit 1,1 Milliarden belastete.
- Das Aufgabengebiet *Finanzen und Steuern* verzeichnete ein starkes Wachstum (+10,0 %), weil die Zinsausgaben (+0,3 Mrd.), die Kantonsanteile an den Bundes-einnahmen (+0,7 Mrd.) sowie die Finanzausgleichsbeiträge (+0,2 Mrd.) zugenommen haben.
- Die Ausgaben für *Bildung und Forschung* sind wegen der Beiträge für Übergangsmassnahmen aufgrund der Nichtassoziiierung der Schweiz an Horizon gestiegen (+4,4 %).
- Die Ausgaben für *Sicherheit* sind zurückgegangen (-9,9 %), da im Vorjahr eine Rückstellung für die Räumung des Munitionslagers Mitholz über 810 Millionen gebildet wurde. Ohne diese Rückstellung belief sich das Wachstum in der Erfolgsrechnung auf 3,5 Prozent.
- Die Ausgaben für *Beziehungen zum Ausland – internationale Zusammenarbeit* sind um 5,2 Prozent gestiegen, insbesondere aufgrund der zusätzlichen Unterstützung für die Ukraine und den Nahen Osten sowie dem höheren Beitrag ans IKRK.
- Die Ausgaben in den *Übrigen Aufgabengebieten* nehmen aufgrund der wegfallenden Coronaausgaben ab (-13,1 %). Hingegen stiegen die Ausgaben für die Digitalisierung.

ABSCHREIBUNGEN UND ÜBRIGE BEWERTUNGSÄNDERUNGEN DES VERWALTUNGSVERMÖGENS INKLUSIVE ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN

Das über die Investitionsrechnung gebildete Verwaltungsvermögen wird über die Laufzeit der Sachanlagen abgeschrieben und die Investitionsbeiträge an Dritte werden sofort wertberichtigt. Dazu kommen weitere Bewertungsänderungen, die nicht unter die Schuldenbremse fallen. Insgesamt sanken diese Positionen von 3,3 Milliarden auf 2,5 Milliarden. Dies ist hauptsächlich auf das Ergebnis aus Beteiligungen zurückzuführen (+0,9 Mrd.). Die Dividendeneinnahmen sind Teil der Investitionsrechnung (vgl. Kap. A 22).

SELBSTFINANZIERUNG

Die Selbstfinanzierung zeigt, ob die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt sind. Ist die Selbstfinanzierung positiv, stehen die entsprechenden Mittel für Investitionen zur Verfügung, ohne dass sich der Bund dafür verschulden muss (Fremdfinanzierung). In der Selbstfinanzierung enthalten sind alle schuldenbremsewirksamen Einnahmen und Ausgaben der Erfolgsrechnung. Sie dient als Überleitung zum Nachweis der Schuldenbremse.

22 INVESTITIONSRECHNUNG

Die Investitionseinnahmen stiegen im Jahr 2023 um 119 Millionen; die Investitionsausgaben blieben stabil (+10 Mio.). Der grösste Anstieg ist bei den Ausgaben für die militärische Landesverteidigung zu verzeichnen.

INVESTITIONSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-2023	
				absolut	%
Investitionseinnahmen	882	1 038	1 002	119	13,5
Dividendeneinnahmen	633	833	832	200	31,6
Rückzahlung von Darlehen	105	152	147	42	40,1
Übrige	145	53	22	-123	-84,6
Investitionsausgaben	5 825	9 544	5 835	10	0,2
Soziale Wohlfahrt	40	68	48	9	21,6
Verkehr	2 220	2 048	2 279	59	2,7
Bildung und Forschung	278	342	249	-29	-10,5
Sicherheit	1 353	1 526	1 695	342	25,3
Landwirtschaft und Ernährung	90	91	90	-1	-0,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	125	208	140	15	12,0
Übrige Aufgabengebiete	1 719	5 260	1 333	-386	-22,5
Nettoinvestitionen	-4 943	-8 506	-4 833	110	2,2

INVESTITIONSEINNAHMEN

Die Investitionseinnahmen nahmen 2023 um 119 Millionen zu, was einer Steigerung um 13,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dazu trugen massgeblich die Dividendeneinnahmen bei, welche um 200 Millionen höher ausfielen. Dieser Betrag ist auf die budgetierte Sonderdividende im Rahmen der Privatisierung der RUAG International Holding AG zurückzuführen, welche eine gestaffelte Auszahlung der Verkaufserlöse vorsieht. Die weiteren Dividendeneinnahmen blieben auf dem Vorjahresniveau.

Die Rückzahlungen von Darlehen fielen erneut höher aus (+42 Mio.). Dieser Anstieg erklärt sich im Wesentlichen mit der Rückführung von Covid-Darlehen, insbesondere von der Skyguide AG und diversen Sportvereinen.

INVESTITIONSAusgaben

Die Investitionsausgaben blieben mit einem Anstieg von 10 Millionen (+0,2 Prozent) nahezu konstant. Die Konstanz widerspiegelt sich ebenfalls in den einzelnen Aufgabengebieten. Einzig im Bereich der militärischen Landesverteidigung wurde mit einer Zunahme von 349 Millionen signifikant mehr investiert. Diese Investitionen betreffen primär Rüstungsmaterial sowie den Ersatz des Staatsluftfahrzeuges. Weitere Zunahmen sind bei der Abwasserbeseitigung (+18 Mio.), der Lärmbekämpfung (+17 Mio.), den Gewässerverbauungen (+10 Mio.) sowie beim sozialen Wohnungsbau (+6 Mio.) zu verzeichnen.

Im Gegenzug haben sich die Investitionsausgaben im Bereich der Krankheitsbekämpfung zwar reduziert (Covid-19-Impfstoffe; -452 Mio.), verblieben aber weiterhin deutlich über den Werten vor der Corona-Pandemie. Ebenfalls ist ein Rückgang der Investitionen im Bereich Bildung und Forschung zu verzeichnen. Dieser lässt sich primär auf die tieferen Investitionen in ETH-Bauten zurückführen (-16 Mio.). Schliesslich gingen auch die Baubeträge für Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten zurück (-28 Mio.).

Für den Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft waren im Voranschlag noch Mittel eingestellt (Kreditrahmen für die Axpo Holding AG von jährlich 4 Mrd.). Die Axpo benötigte den Kreditrahmen jedoch nicht, so dass dieser per 1.12.2023 aufgehoben werden konnte.

GESAMTINVESTITIONEN BUND

Der Bund tätigt etwas über die Hälfte seiner Investitionen aus der Bundesrechnung. Die restlichen Mittel stammen aus Fonds, welche über den Bundeshaushalt gespiesen werden. Für eine Gesamtsicht der Investitionstätigkeit müssen deshalb die Investitionen der Fonds mitberücksichtigt werden.

Im Jahr 2023 erreichten die Gesamtinvestitionen von rund 11 Milliarden einen Anteil von rund 14 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Davon flossen rund 57 Prozent in die Verkehrsinfrastrukturen. Weitere Mittel wurden zur Förderung von erneuerbaren Energien und von Energieeffizienz aus dem Netzzuschlagsfonds (NZF) eingesetzt.

Beim NZF war ein starker Anstieg der Investitionen um rund 56 Prozent zu verzeichnen. Dies erklärt sich insbesondere durch die tieferen Strompreise, die zu einem Anstieg der Einspeisevergütungen führten, sowie durch höhere Einmalvergütungen für kleine und grosse Photovoltaikanlagen. Ebenfalls stiegen die Investitionsausgaben aus dem BIF um rund 4 Prozent. Die Zunahme erfolgte sowohl im Betrieb und Substanzunterhalt sowie im Netzausbau. Im Gegenzug verzeichneten die aus dem NAF getätigten Investitionen für Verkehrsprojekte in Städten und Agglomerationen eine Abnahme um gut 25 Prozent.

ÜBERSICHT DER INVESTITIONSRECHNUNGEN

Mio. CHF	R	VA	R	Δ 2022-2023	
	2022	2023	2023	absolut	%
Investitionsausgaben	10 594	15 055	11 057	463	4,4
<i>getätigt aus:</i>					
Bundesrechnung	5 825	9 544	5 835	10	0,2
Bahninfrastrukturfonds	3 986	4 345	4 151	165	4,1
NAF (Teil Agglomerationsverkehr)	184	297	139	-45	-24,5
Netzzuschlagsfonds	599	869	932	333	55,6

23 GELDFLUSSRECHNUNG

Aus operativer Tätigkeit ist ein Geldabfluss von 0,7 Milliarden zu verzeichnen. Er wird durch den Abbau hoher Rückforderungsansprüche aus der Verrechnungssteuer beeinflusst.

GELDFLUSSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022–23	
			absolut	%
Total Geldfluss	2 642	1 177	-1 465	-55,5
Geldfluss aus operativer Tätigkeit	-3 716	-733	2 982	80,3
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-4 550	253	4 803	105,6
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	10 908	1 657	-9 251	-84,8

Der *Geldfluss aus operativer Tätigkeit* ist auch 2023 negativ. Allerdings ist der Geldabfluss mit 0,7 Milliarden deutlich geringer als im Vorjahr, insbesondere weil im Vorjahr noch hohe Auszahlungen aus Covid-Massnahmen angefallen sind (v.a. Testkosten und Härtefallmassnahmen). Als Folge der Zinswende werden die Rückforderungen aus der Verrechnungssteuer tendenziell früher eingereicht, was erneut zu Mittelabflüssen und dem Abbau bestehender Verpflichtungen führt. Während im Vorjahr insbesondere die Kantone ihre Ansprüche früher geltend gemacht haben (passive Rechnungsabgrenzungen) ist der Rückgang der Verrechnungssteuerverpflichtungen in diesem Jahr auch bei den juristischen Personen sowie bei den ausländischen Steuerpflichtigen zu beobachten (Abnahme der Rückstellungen: -1,9 Mrd.). Bei den anderen Steuern weichen die Nettogeldzuflüsse im Berichtsjahr nur unwesentlich von den Einnahmen gemäss Erfolgsrechnung ab.

Der *Geldfluss aus der Investitionstätigkeit* war im Berichtsjahr mit 0,3 Milliarden leicht positiv. Aus den Nettoinvestitionen in Sach- und immaterielle Anlagen ist ein Betrag von 4,3 Milliarden abgeflossen (+0,4 Mrd. im Vorjahresvergleich). Aus Zins- und Dividendeinnahmen wurde ein Zufluss von 1,4 Milliarden verzeichnet (+0,5 Mrd. im Vorjahresvergleich). Die Finanzanlagen wurden um 3,1 Milliarden reduziert, was zu einem Geldzufluss führte. Insbesondere der Bestand an kurzfristigen Festgeldanlagen wurde abgebaut. Im Vorjahr waren die Finanzanlagen noch um 1,6 Milliarden erhöht worden.

Der *Geldzufluss aus der Finanzierungstätigkeit* deckt den Liquiditätsbedarf des Bundes. Er spiegelt sich in der Zunahme der Finanzverbindlichkeiten wider. Bei den Anleihen ergab sich ein Nettozufluss von 2,5 Milliarden, während bei den Geldmarktpapieren ein Nettoabfluss von 1,0 Milliarden zu verzeichnen war.

Insgesamt nahmen die flüssigen Mittel um 1,2 Milliarden zu und erreichten einen Bestand von 16,8 Milliarden (vgl. Nachweis Fonds «Geld»)

NACHWEIS FONDS «GELD»

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022–23	
			absolut	%
Stand Flüssige Mittel per 01.01.	12 973	15 615	2 642	20,4
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	15 615	16 791	1 177	7,5

24 BILANZ

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Milliarden auf neu 190 Milliarden. Das Eigenkapital blieb praktisch unverändert bei 4 Milliarden.

BILANZ

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Aktiven	188 700	190 187	1 487
Finanzvermögen	45 504	44 564	-940
Verwaltungsvermögen	143 196	145 623	2 427
Passiven	188 700	190 187	1 487
Fremdkapital	184 510	186 251	1 742
Eigenkapital	4 191	3 936	-255
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 582	6 601	20
Reserven aus Globalbudget	710	621	-88
Bilanzfehlbetrag	-3 101	-3 287	-186

Trotz eines Jahresgewinns von 877 Millionen reduzierte sich das Eigenkapital der Bundesrechnung um 255 Millionen. Grund dafür sind Buchungen um Umfang von rund 1,1 Milliarden, welche direkt im Eigenkapital vorgenommen wurden. Diese Belastungen sind grösstenteils zurückzuführen auf die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen und von Absicherungsgeschäften. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist im Band 1B, Kapitel A 5 Eigenkapitalnachweis dargestellt.

Für Erläuterungen zu den Bilanzwerten siehe Kapitel C, Vermögenswerte und Schulden.

3 SCHULDENBREMSE UND NETTOSCHULDEN

31 SCHULDENBREMSE

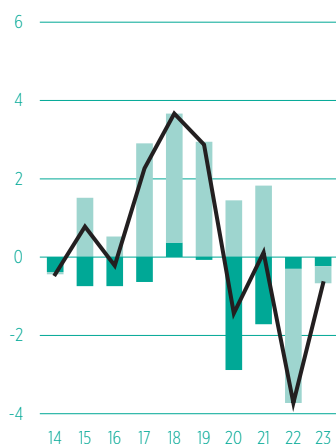
Der Bundeshaushalt schloss mit einem Finanzierungsdefizit ab (-1,4 Mrd.) und konnte seine Ausgaben damit erneut nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Defizit im ordentlichen Haushalt war das zweite Jahr in Folge nicht nur konjunkturell bedingt, sondern auch struktureller Natur. Zudem wurde erneut ausserordentlicher Zahlungsbedarf für die Schutzsuchenden aus der Ukraine geltend gemacht.

FINANZIERUNGSDEFIZIT KLEINER ALS BUDGETIERT

Im Jahr 2023 belief sich der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung auf 3,4 Milliarden (Selbstfinanzierung). Der Bund konnte damit seinen Investitionsbedarf (Nettoinvestitionen) von 4,8 Milliarden nicht vollständig finanzieren. Es resultierte ein Finanzierungsdefizit von 1,4 Milliarden und eine entsprechende Neuverschuldung. Das Finanzierungsdefizit fällt deutlich kleiner aus als budgetiert (-4,8 Mrd.), weil die Axpo Holding AG den Rettungsschirm nicht in Anspruch nehmen musste und dieser per 1.12.2023 aufgehoben werden konnte (4 Mrd., budgetiert als ausserordentliche Ausgabe).

ORDENTLICHER HAUSHALT GEMÄSS SCHULDENBREMSE

in Mrd. CHF



- Konjunktureller Saldo
- Struktureller Saldo
- Ordentlicher Finanzierungssaldo

Im ordentlichen Haushalt resultierte ein Finanzierungsdefizit von 0,7 Milliarden (unverändert gegenüber VA). Die Unterauslastung der Wirtschaft fiel aber geringer aus als zum Zeitpunkt der Budgetierung prognostiziert. Die Schuldenbremse liess deshalb nur noch ein konjunkturelles Defizit von 0,2 Milliarden zu. Die Ausgaben lagen damit 0,4 Milliarden über dem neu berechneten Ausgabenplafonds (strukturelles Defizit).

FINANZIERUNGSSALDO

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Selbstfinanzierung (gemäss Erfolgsrechnung)	-307	3 681	3 402
+ Nettoinvestitionen (gemäss Investitionsrechnung)	-4 943	-8 506	-4 833
= Finanzierungssaldo	-5 249	-4 825	-1 431
- Ausserordentlicher Finanzierungssaldo	-1 525	-4 142	-760
= Ordentlicher Finanzierungssaldo	-3 724	-683	-672

ERNEUT AUSSERORDENTLICHER ZAHLUNGSBEDARF

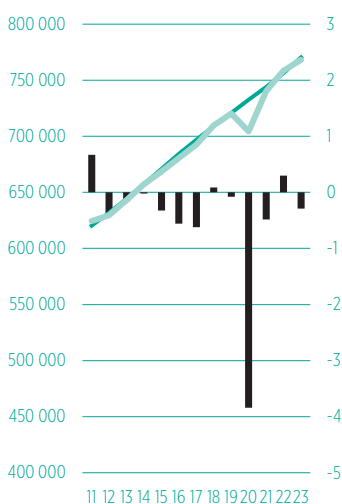
Bereits das vierte Jahr in Folge musste ausserordentlicher Zahlungsbedarf geltend gemacht werden. Im Vergleich zu den Vorjahren, die durch die hohen Corona-Ausgaben geprägt waren, fiel dieser jedoch deutlich tiefer aus. Einzig die Ausgaben in Zusammenhang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine (1,1 Mrd.) wurden ausserordentlich verbucht. Im Budget war noch der Kreditrahmen über 4 Milliarden an die Axpo Holding AG (Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft) enthalten. Dieser wurde nicht beansprucht und die entsprechende Verfügung konnte unterjährig aufgehoben werden.

ORDENTLICHER UND AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
Einnahmen	75 648	81 347	79 607	3 959	5,2
Ordentliche Einnahmen	74 056	79 789	79 296	5 240	7,1
Ausserordentliche Einnahmen	1 592	1 558	310	-1 281	-80,5
Ausgaben	80 897	86 173	81 038	141	0,2
Ordentliche Ausgaben	77 781	80 473	79 968	2 187	2,8
Ausserordentliche Ausgaben	3 116	5 700	1 070	-2 046	-65,7
Finanzierungssaldo	-5 249	-4 825	-1 431	3 818	72,7

BIP UND PRODUKTIONSLÜCKE

in Mio. CHF und %



■ Produktionslücke in % (rechte Skala)
— Trend-BIP (SECO Produktionsfunktion)
— Reales BIP

Der Konjunkturverlauf der letzten Jahre wird aufgrund der BIP-Revision vom Sommer 2023 anders eingeschätzt als noch im Voranschlag 2023. Der Einbruch 2020 war aus heutiger Sicht weniger stark und die Erholung 2021 kräftiger, so dass die Wirtschaft Ende 2022 in etwa im Gleichgewicht war (Produktionslücke von +0,1 % statt -1,0 % gemäss VA23). Im Jahr 2023 hat sich die Produktionslücke aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums wieder geöffnet; sie wird jedoch kleiner eingeschätzt als im Voranschlag 2023 (Produktionslücke von -0,3 % statt -1,1 %). Entsprechend ist auch der Konjunkturfaktor kleiner (1,003 statt 1,011).

ORDENTLICHER HAUSHALT KONJUNKTURELL UND STRUKTURELL UNTER DRUCK

Die Schuldenbremse begrenzt die ordentlichen Ausgaben auf das Niveau der ordentlichen Einnahmen, wobei die Wirtschaftslage berücksichtigt wird. Der Konjunkturfaktor (K-Faktor) ist dabei das Mass für die Konjunkturlage. Liegt die aktuelle Wirtschaftsleistung (reales BIP) unter seinem Trend, befindet sich die Volkswirtschaft in einer Unterauslastung, was tiefere Steuereinnahmen zur Folge hat. Um die Mindereinnahmen auszugleichen, lässt die Schuldenbremse ein konjunkturelles Finanzierungsdefizit zu. Die Ausgaben dürfen entsprechend über den Einnahmen liegen (Ausgabenplafond > ordentliche Einnahmen).

Für das Jahr 2023 beträgt der K-Faktor 1,003. Dies entspricht einer Unterauslastung der Wirtschaft von 0,3 Prozent. Die Schuldenbremse lässt deshalb zu, dass die Ausgaben um 238 Millionen höher sind als die Einnahmen (0,3 % der Einnahmen). Das ordentliche Finanzierungsdefizit belief sich Ende 2023 auf 672 Millionen. Folglich waren die restlichen 434 Millionen des Defizits struktureller Natur. Dies ist bereits das zweite Jahr in Folge, dass im Rechnungsabschluss ein strukturelles Finanzierungsdefizit resultiert (ordentliche Ausgaben > Ausgabenplafond). Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde noch eine grössere Unterauslastung der Wirtschaft erwartet (vgl. Kommentar zur zweiten Grafik).

NACHWEIS SCHULDENBREMSE IM ORDENTLICHEN HAUSHALT

Mio. CHF	R	VA	R	Δ 2022-23	
	2022	2023	2023	absolut	%
1 Ordentliche Einnahmen	74 056	79 789	79 296	5 240	7,1
2 Konjunkturfaktor	1,004	1,011	1,003		
3 Ausgabenplafond [3=1*2]	74 353	80 667	79 534	5 182	7,0
4 Ordentliche Ausgaben	77 781	80 473	79 968	2 187	2,8
5 Ordentlicher Finanzierungssaldo [5=1-4]	-3 724	-683	-672		
6 Konjunkturell zulässiger / geforderter Finanzierungssaldo [6=3-1]	-296	-878	-238		
7 Struktureller Finanzierungssaldo / Handlungsspielraum [7=3-4]	-3 428	194	-434		

NEUTRALE WIRKUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die Finanzpolitik des Bundes ist mit der Schuldenbremse so ausgestaltet, dass sie primär passiv zur Glättung von Konjunkturschwankungen beiträgt. Als automatische Stabilisatoren wirken innerhalb des Bundeshaushalts die Einnahmen: Da diese der Wirtschaftsentwicklung folgen, führt ein konjunktureller Abschwung zu einem Defizit (bei stetigen Ausgaben), während im Aufschwung die ansteigenden Einnahmen Überschüsse ermöglichen. Dadurch verhält sich der Bundeshaushalt ohne weiteres Dazutun antizyklisch.

Ein Indikator zur Wirkung des Bundeshaushalts auf die Konjunktur ist der Primärimpuls (Veränderung des Finanzierungssaldos in % des BIP). Gemäss den aktuellen Schätzungen war die Wirtschaft im Jahr 2022 in etwa im Gleichgewicht (Produktionslücke von 0,1 %), im Jahr 2023 war sie jedoch nicht voll ausgelastet (Produktionslücke von -0,3 %). Gleichzeitig ging das Finanzierungsdefizit des Bundes – unter Einschluss von BIF, NAF und Netzzuschlagsfonds – um 2,7 Milliarden zurück. Berücksichtigt man zusätzlich noch die Schätzkorrekturen bei der Verrechnungssteuer (2022: -1,9 Mrd.; 2023: +0,3 Mrd.), reduziert sich der restriktive Nachfrageimpuls auf rund 0,5 Milliarden oder 0,7 Promille des BIP und ist damit vernachlässigbar respektive neutral.

BELASTUNG VON AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO

Das Ausgleichskonto ist die Kontrollstatistik der Schuldenbremse für den ordentlichen Haushalt, das Amortisationskonto das Pendant für den ausserordentlichen Haushalt. Die beiden Kontrollstatistiken werden anhand der effektiven Ergebnisse im Rechnungsabschluss nachgeführt. Resultiert im ordentlichen Haushalt ein struktureller Finanzierungsüberschuss, wird dieser aktuell dem Amortisationskonto gutgeschrieben (FHG-Revision zum Abbau der coronabedingten Verschuldung; in Kraft seit 1.2.2023). Ein strukturelles Finanzierungsdefizit wird nach wie vor dem Ausgleichskonto belastet.

Im Jahr 2023 wird das strukturelle Finanzierungsdefizit (0,4 Mrd.) folglich dem Ausgleichskonto belastet. Dieses weist nach wie vor einen hohen positiven Stand aus, da die Vorgaben der Schuldenbremse in der Vergangenheit insgesamt übertroffen wurden. Demgegenüber werden die ausserordentlichen Ausgaben (1,1 Mrd.) dem Amortisationskonto belastet und die ausserordentlichen Einnahmen (0,3 Mrd.) diesem gutgeschrieben. Aufgrund der coronabedingten Ausgaben ist das Amortisationskonto stark negativ.

Hinzu kommt, dass mit dem Rechnungsabschluss 2023 die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto per Ende 2022 nachträglich angepasst werden. Dies infolge der Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vom 19.3.2021 zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung (in Kraft seit 1.1.2022). Dabei geht es insbesondere um Rückstellungen und zeitliche Abgrenzungen, die ab 2023 bereits zum Zeitpunkt ihrer Bildung (bzw. Auflösung) unter die Schuldenbremse fallen. Die per Ende 2022 bestehenden Rückstellungen und Abgrenzungen werden deshalb nachträglich den Kontrollstatistiken der Schuldenbremse belastet, da sie sonst an der Schuldenbremse vorbei gebildet worden wären. Die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto belaufen sich inklusive der Reduktionen von 1,4 Milliarden und 3,8 Milliarden per Ende 2022 auf 20,5 Milliarden und -26,5 Milliarden (siehe auch Band 1B, Kapitel A 72, Anpassung von Ausgleichs- und Amortisationskonto).

Unter Einschluss dieser einmaligen Anpassung, beläuft sich der Stand des Ausgleichskontos per Ende 2023 auf 20,1 Milliarden und der Fehlbetrag des Amortisationskontos auf 27,2 Milliarden.

STAND AUSGLEICHSKONTO

Mio. CHF	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	25 563	27 770	29 000	23 500	20 477
Gutschrift/Belastung struktureller Finanzierungssaldo	2 206	1 230	0	-1 574	-434
Reduktion Ausgleichskonto (gemäss Bundesbeschluss)	–	–	-5 500	-1 449	–
Stand Ausgleichskonto per 31.12.	27 770	29 000	23 500	20 477	20 043

Der Saldo des Ausgleichskontos wurde per Ende 2022 rückwirkend angepasst.

STAND AMORTISATIONSKONTO

Mio. CHF	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	2 871	4 339	-9 789	-20 276	-26 456
Ausserordentliche Ausgaben	–	14 672	12 331	3 998	1 070
Ausserordentliche Einnahmen	541	125	1 535	1 592	310
Gutschrift struktureller Finanzierungssaldo	928	419	309	–	–
Reduktion Amortisationskonto (gemäss Bundesbeschluss)	–	–	–	-3 774	–
Stand Amortisationskonto per 31.12.	4 339	-9 789	-20 276	-26 456	-27 216

Der Saldo des Amortisationskontos wurde per Ende 2022 rückwirkend angepasst.

AUSSERORDENTLICHE EINNAHMEN UND AUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Ausserordentliche Einnahmen	1 592	1 558	310
E190.0100 Gewinneinziehungen FINMA	–	–	13
E190.0105 a.o. Ertrag Bussen	112	–	–
E190.0107 Covid: Rückzahlung von Darlehen	1	2	1
E190.0108 Covid: Rückzahlung von Darlehen Kulturunternehmen	1	0	2
E190.0110 Covid: Rückzahlung Sanitätsmaterial	69	–	–
E190.0112 Covid: Rückzahlung von Darlehen SFL/SIHF	12	20	26
E190.0113 Covid: Einnahmen Unterstützung Luftverkehr	14	3	2
E190.0114 Covid: Rückerstattung Ausbau der indirekten Presseförderung	4	–	0
E190.0115 Covid: Rückzahlung Finanzhilfen	47	–	5
E190.0118 a.o. Gewinnausschüttung SNB	1 333	1 333	–
E190.0120 a.o. Ausschüttungen RUAG	–	200	200
E190.0122 a.o. Einnahmen Risikoprämie Liquiditätshilfe-Darlehen	–	–	61
Ausserordentliche Ausgaben	3 116	5 700	1 070
A290.0104 Covid: Leistungen Erwerbsersatz	286	–	–
A290.0105 Covid: Bundesbeitrag an die ALV	1 149	–	–
A290.0106 Covid: Bürgschaften	380	–	–
A290.0113 Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial	585	–	–
A290.0118 Covid: Humanitäre Hilfe	60	–	–
A290.0130 Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	324	–	–
A290.0132 Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	149	–	–
A290.0135 Covid: Abgeltung Regionaler Personenverkehr	107	–	–
A290.0136 Covid: Abgeltung Ortsverkehr	60	–	0
A290.0141 Covid: Abgeltung Touristischer Verkehr	28	–	–
A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone	702	1 700	1 070
A290.0145 Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft	–	4 000	–
E190.0116 Covid: Bürgschaften	-506	–	–
E190.0121 Entnahme Rückstellungen COVID-19	-205	–	0

AUSSERORDENTLICHE EINNAHMEN UND AUSGABEN

Ausserordentliche Einnahmen

Im Jahr 2023 wurden ausserordentliche Einnahmen von 310 Millionen verbucht.

Der Bund ist Eigentümer der *RUAG MRO Holding AG* und der *RUAG International Holding AG*. Die *RUAG International Holding AG* wird in den kommenden Jahren vollständig privatisiert und die einzelnen Unternehmensbereiche werden schrittweise veräussert. Die Erlöse aus dem Verkauf fliessen dem Bund grundsätzlich als Sonderdividende zu. Ebenso werden Erlöse aus Immobilien- und Grundstückverkäufen der *RUAG Real Estate AG* (Immobilien-gesellschaft der *RUAG MRO Holding AG*) prinzipiell mittels Sonderdividende ausgeschüttet. Die Ausschüttungen erfolgen gestaffelt. Im Jahr 2023 erzielte der Bund dadurch ausserordentliche Einnahmen von 200 Millionen.

Der Bund erhielt aus der Ausfallgarantie für die Liquiditätshilfe-Darlehen zugunsten der *Credit Suisse* eine *Risikoprämie* von 1,5 Prozent auf dem jeweils ausstehenden Liquiditätshilfe-Darlehen mit Ausfallgarantie. Die Liquiditätshilfe-Darlehen mit Ausfallgarantie wurden bereits am 30.5.2023 vollständig zurückbezahlt. Bis zu diesem Datum erzielte der Bund Einnahmen aus der Risikoprämie von rund 61 Millionen für effektiv bezogene Liquiditätshilfe-Darlehen mit Ausfallgarantie.

Rückzahlung von Darlehen: Zur Bewältigung der Corona-Pandemie wurden Darlehen an das internationale Rote Kreuz, an nicht gewinnorientierte Kulturunternehmen sowie im Sportbereich gewährt. Im Jahr 2023 wurden aus den Rückzahlungen der Darlehen ausserordentliche Einnahmen von insgesamt gut 34 Millionen erzielt.

Daneben fielen ausserordentliche Einnahmen an aus *Gewinneinziehungen der FINMA* (13 Mio.), aus Bürgschaften für schweizerische Luftfahrtunternehmen und flugnahen Betrieben aufgrund der Covid-19-Pandemie (*Unterstützung Luftverkehrs:* 1,6 Mio.) und der Rückerstattung im Bereich der *indirekten Presseförderung*, welche ebenfalls aufgrund der Covid-19-Pandemie gewährt wurde (0,5 Mio.).

Ausserordentliche Ausgaben

2023 fielen ausserordentliche Ausgaben für die *Schutzsuchenden aus der Ukraine* von knapp 1,1 Milliarden an (Globalpauschalen an die Kantone). Die Ausgaben blieben unter dem Budget (1,7 Mrd.), weil die Zahl der Schutzsuchenden aus der Ukraine tiefer war als zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet (durchschnittlich 65 900 statt 100 000).

Daneben fielen für Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs aufgrund von Unterstützungsmassnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie noch geringe ausserordentliche Ausgaben an.

32 ENTWICKLUNG DER NETTOSCHULDEN

Die Nettoverschuldung hat 2023 weiter zugenommen und beträgt neu 142 Milliarden (+2,7 Mrd.). Die Zunahme ist zurückzuführen auf das Finanzierungsdefizit (1,4 Mrd.) sowie auf Transaktionen, die direkt dem Eigenkapital belastet wurden (1,3 Mrd.).

VERÄNDERUNG NETTOSCHULDEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022–23 %
Nettoschulden 01.01.	-134 933	-139 006	3,0
Finanzierungssaldo	-5 249	-1 431	72,7
Eigenkapitaltransaktionen	1 176	-1 250	-206,3
Nettoschulden 31.12.	-139 006	-141 687	1,9

Im Jahr 2023 konnten die Ausgaben nicht vollständig durch Einnahmen finanziert werden. Im Umfang des Finanzierungsdefizits (1,4 Mrd.) musste sich der Bund zusätzlich verschulden. Hinzu kamen noch Verpflichtungen, die direkt dem Eigenkapital belastet wurden (1,3 Mrd.) und damit die Nettoschulden ebenfalls beeinflussen. Darunter fallen insbesondere die jährliche Neubewertung der Personalvorsorgeverpflichtung und von Absicherungsgeschäften aufgrund der veränderten finanztechnischen Annahmen (vgl. Band 1B, Kapitel A 5, Eigenkapitalnachweis). In der Summe haben die Nettoschulden um 2,7 Milliarden zugenommen.

Die Zunahme der Nettoschulden in den Jahren 2020–2022 war im Wesentlichen auf die hohen Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Der Finanzierungsbedarf wurde einerseits über den Aufbau der Finanzverbindlichkeiten gedeckt (Geldmarktbuchforderungen und Anleihen), andererseits wurde das Finanzvermögen abgebaut. Beide Massnahmen haben höhere Nettoschulden zur Folge.

ZUSAMMENSETZUNG NETTOSCHULDEN

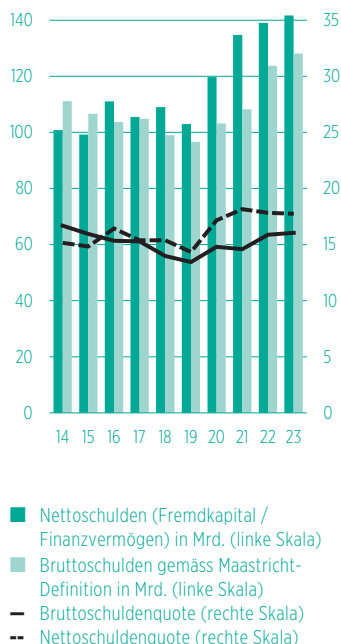
Mio. CHF	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Fremdkapital	147 629	155 516	170 538	184 510	186 251
Bruttoschulden	96 575	103 176	108 206	123 704	128 092
Laufende Verbindlichkeiten	13 696	11 341	15 470	19 235	21 223
Finanzverbindlichkeiten	82 879	91 835	92 736	104 469	106 869
Rückstellungen / Personalvorsorgeverbindlichkeiten	34 731	33 453	42 513	41 462	39 365
Übriges Fremdkapital	16 323	18 888	19 819	19 344	18 794
Finanzvermögen	44 673	35 836	35 840	45 504	44 564
Flüssige Mittel und Finanzanlagen	36 190	27 485	26 425	30 716	28 808
Forderungen und Rechnungsabgrenzungen	8 483	8 351	9 414	14 788	15 756
Nettoschulden (Fremdkapital abzügl. Finanzvermögen)	102 956	119 680	134 698	139 006	141 687

DEFINITION DER «NETTOSCHULDEN»

Die Nettoschulden sind definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen. Sie sind damit breiter gefasst als die Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition. Auf der Passivseite ist das gesamte Fremdkapital berücksichtigt (inkl. Rückstellungen und übriges Fremdkapital). Das Finanzvermögen ist nicht für die Aufgabenerfüllung des Bundes gebunden und könnte theoretisch zur Begleichung der Verbindlichkeiten verwendet werden. Die Veränderung der Nettoschulden entspricht dem Finanzierungssaldo zuzüglich den Eigenkapitaltransaktionen.

SCHULDEN UND SCHULDENQUOTE

In Mrd. CHF und % des BIP



Die Nettoschulden berücksichtigen passivseitig das gesamte Fremdkapital und sind deshalb breiter definiert als die Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition. Im Jahr 2016 wurde erstmals eine Rückstellung für Personalvorsorgeverbindlichkeiten bilanziert. Seither ist die Nettoverschuldung betragsmässig grösser als die Bruttoschulden.

4 KENNZAHLEN

Die Kennzahlen deuten darauf hin, dass sich die Finanzlage des Bundes 2023 aufgehellt hat. Die Finanzierungsdefizitquote ist tiefer als im Vorjahr, ebenso wie die Ausgabenquote, und die Einnahmenquote hat sich erhöht.

KENNZAHLEN DES BUNDES

In %	R 2018	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Ausgabenquote	9,9	9,9	13,0	11,8	10,4	10,2
<i>Ausgaben (in % nom. BIP)</i>						
Steuerquote	9,7	9,7	9,6	9,5	8,9	9,4
<i>Steuereinnahmen (in % nom. BIP)</i>						
Einnahmenquote	10,5	10,4	10,4	10,2	9,7	10,0
<i>Einnahmen (in % nom. BIP)</i>						
Finanzierungsdefizit- / überschussquote	+ 0,5	+ 0,5	- 2,7	- 1,6	- 0,7	- 0,2
<i>Finanzierungsergebnis (in % nom. BIP)</i>						
Nettoschuldenquote	15,4	14,3	17,2	18,2	17,8	17,8
<i>Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen (in % nom. BIP)</i>						
Anteil zweckgebundene Steuern	22,0	21,9	22,0	22,1	22,5	22,4
<i>Zweckgebundene Steuern (in % Steuereinnahmen)</i>						
Durchschnittlicher Stellenbestand (FTE)	36 522	37 027	37 689	37 972	38 058	38 596
<i>Anzahl Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)</i>						
Nachträge (im ordentlichen Haushalt)	0,1	0,4	0,6	2,3	1,5	0,9
<i>Nachtragskredite (in % Voranschlag)</i>						
Kreditunterschreitungen (im ordentlichen Haushalt)	-2,0	-2,6	-3,9	-5,7	-3,6	-3,6
<i>Kreditunterschreitungen (in % Voranschlag)</i>						

Hinweis: In allen Kennzahlen, mit Ausnahme der Nachtragskredite und der Kreditunterschreitungen (Kreditreste) in Prozent des Voranschlags, sind die ausserordentlichen Beträge berücksichtigt.

Ausgabenquote

Die Gesamtausgaben einschliesslich der ausserordentlichen Ausgaben blieben 2023 weitestgehend konstant. Angesichts eines Wachstums des nominalen BIP von 2,3 Prozent sank die Ausgabenquote auf 10,2 Prozent und näherte sich damit tendenziell wieder dem Niveau von vor der Covid-19-Krise. Die Ausgabenquote ist ein grober Indikator für das Ausmass der Tätigkeiten des Bundes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft.

Steuerquote und Einnahmenquote

2023 verzeichneten sowohl die Gesamteinnahmen (+5,2 %) als auch die Fiskaleinnahmen (+7,6 %) einen Zuwachs. Dieser war deutlich höher als das Wachstum des nominalen BIP, wodurch die Steuerquote und die Einnahmenquote gegenüber dem Vorjahr anstiegen. Sie liegen jedoch immer noch leicht unter dem Niveau von vor 2022.

Finanzierungsdefizit-/überschussquote

Dadurch, dass die Einnahmen bedeutend stärker anstiegen als die Ausgaben, fiel das Defizit 2023 (-0,2 % des nominalen BIP) tiefer aus als im Vorjahr.

Nettoschuldenquote

Im Jahr 2020 war die Schuldenquote im Zuge der Covid-19-Pandemie stark angestiegen. 2023 blieb sie auf dem Vorjahresniveau. Die Nettoschulden wuchsen im Jahr 2023 (+1,9 %) langsamer als das nominale BIP (siehe Kapitel A 32).

Anteil zweckgebundene Steuern

Der Anteil zweckgebundener Steuern sank 2023 leicht auf 22,4 Prozent. Weitere Informationen zu den zweckgebundenen Mitteln finden sich in Band 1B, Kapitel B 82/12.

Durchschnittlicher Stellenbestand (FTE)

Der durchschnittliche Stellenbestand (FTE) in der Bundesverwaltung nahm im Jahr 2023 um 538 Stellen zu (+1,4 %). Der Anstieg der Personalausgaben (+2,1 %) ist aber auch auf Lohnmassnahmen zurückzuführen (siehe Kapitel B 31).

Nachtragskredite in Prozent des Voranschlags

2023 entfielen 0,9 Prozent der veranschlagten Ausgaben auf die Nachtragskredite (2022: 1,5 %). Dieser Wert liegt weiterhin über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre (Ø 2016–2022: 0,7 %), was hauptsächlich auf die Mehrausgaben in Verbindung mit den Krisen in Osteuropa und dem Nahen Osten sowie mit der Beschaffung eines neuen Flugzeugs für den Lufttransportdienst des Bundes zurückzuführen ist.

Kreditreste in Prozent des Voranschlags

Die Kreditreste in Prozent der budgetierten Ausgaben blieben mit 3,6 Prozent gegenüber 2022 unverändert.

INTERNATIONALER VERGLEICH

Die *Einnahmenquote* zeigt die Einnahmen im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Einnahmenquote der Schweiz sinkt leicht von 32,9 Prozent (2022) auf voraussichtlich 32,8 Prozent (2023). Im Vergleich dazu wird die Einnahmenquote der OECD-Mitgliedstaaten von 39,2 (2022) auf 37,8 (2023) Prozent zurückgehen. Werden internationale Vergleiche angestellt, so ist darauf zu achten, dass in der Schweiz die Beiträge im Bereich der beruflichen Vorsorge und die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung nicht im Ertrag enthalten sind. In vielen Staaten hingegen werden diese Abgaben über das Steuersystem abgewickelt.

Die Staatsquote setzt die Staatsausgaben in Relation zum nominalen BIP. Die Staatsquote der Schweiz stieg wegen den hohen Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie und der tiefen Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 auf einen neuen Rekordwert (37 %). In den Folgejahren sank die Staatsquote dank der starken Erholung der Schweizer Wirtschaft. Im Jahr 2023 wird sie voraussichtlich bei 32 Prozent liegen, was dem Wert vom Vorkrisenstand von 2019 entspricht. Im Vergleich zum OECD-Raum bleibt sie weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt.

Defizit-/Überschussquote: Die Schweiz und Norwegen sind die einzigen Staaten in der Tabelle, die 2023 kein Finanzierungsdefizit verzeichnen. Der Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten liegt bei einem Defizit von 4,8 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Zur Finanzierung der hohen Defizite haben sich die westlichen Industriestaaten in der Pandemie stark verschuldet. Die Schweiz befindet sich im internationalen Vergleich dank dem Schuldenabbau vor der Krise nach wie vor in einer soliden Verfassung. So liegt die Maastricht-Schuldenquote der Schweiz im Jahr 2023 voraussichtlich bei rund 26 Prozent und im Euroraum im Durchschnitt bei 92,2 Prozent des BIP.

Auch die Unterschiede bei der *Fremdkapitalquote* sind erheblich. Für die Schweiz dürfte die Fremdkapitalquote 2023 (gemäss Definition des Internationalen Währungsfonds) bei 36,6 Prozent liegen, während sie im Euroraum 96 Prozent und im Vereinigten Königreich sowie in Nordamerika mehr als 120 Prozent betragen wird.

Die Angaben zur Schweiz basieren auf Daten und Schätzungen der Finanzstatistik der Eidg. Finanzverwaltung (Stand: Oktober 2023). Für internationale Vergleiche werden grundsätzlich die Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) verwendet. Die Länderdaten 2023 basieren auf der IWF Government Finance Statistics (GFS) und dem OECD Economic Outlook 114 vom November 2023.

VERGLEICH DER SCHULDENQUOTEN DER SCHWEIZ UND DES EURO-RAUMS

in % BIP, gemäss Maastricht-Definition



— Schuldenquote Euroraum
— Schuldenquote Schweiz

Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung sank die Schuldenquote in den Jahren 2022 im Euroraum sowie in der Schweiz. Für das Jahr 2023 wird weiterhin ein leichter Rückgang der Schuldenquoten erwartet, vor allem bedingt durch das nominelle Wirtschaftswachstum. Im europäischen Vergleich bleibt die Schuldenquote der Schweiz weiterhin deutlich unter den Maastricht-Kriterien von 60 Prozent des BIP.

KENNZAHLEN ZU DEN STAATSFINANZEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2023

in % BIP	Einnahmen- quote	Staats- quote	Defizit-/ Über- schussquote	Schulden- quote	Fremd- kapital- quote
Schweiz	32,8	32,0	0,8	26,0	36,6
EU - Euroraum	46,3	49,6	-3,3	92,2	96,0
Deutschland	45,0	47,2	-2,2	65,9	65,3
Frankreich	51,0	55,9	-4,9	112,1	117,7
Italien	48,9	54,3	-5,4	141,4	148,2
Österreich	49,1	51,7	-2,6	78,2	80,3
Belgien	48,6	53,4	-4,9	105,4	105,0
Niederlanden	41,6	43,4	-1,7	49,8	53,6
Norwegen	54,5	39,8	14,6	n.a.	n.a.
Schweden	47,7	47,9	-0,2	32,9	53,0
Grossbritannien	38,8	46,0	-7,6	n.a.	148,5
USA	29,8	37,4	-7,7	n.a.	120,9
Kanada	41,7	41,8	-0,1	n.a.	116,7
OECD	37,8	42,6	-4,8	n.a.	112,8

Hinweise

- Schuldenquote: Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition
- Fremdkapitalquote: Schulden nach Definition des IWF (Fremdkapital ohne Finanzderivate)
- Zahlen zur Schweiz gemäss Finanzstatistik der EFV, September 2023
- Restliche Länder: IWF GFS Datenbank und OECD Annual National Accounts (Februar 2024)
- Prognose restliche Länder: OECD Economic Outlook 114, November 2023

INHALTSVERZEICHNIS

B	ZUSATZERLÄUTERUNGEN	33
	ZUSATZERLÄUTERUNGEN	37
1	ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN	37
11	DIREKTE BUNDESSTEUER NATÜRLICHE PERSONEN	39
12	DIREKTE BUNDESSTEUER JURISTISCHE PERSONEN	40
13	VERRECHNUNGSSTEUER	41
14	STEMPELABGABEN	43
15	MEHRWERTSTEUER	44
16	ÜBRIGE VERBRAUCHSSTEUERN	45
17	VERSCHIEDENE FISKALEINNAHMEN	46
18	NICHTFISKALISCHE EINNAHMEN UND INVESTITIONSEINNAHMEN	47
2	ENTWICKLUNG DER AUSGABEN NACH AUFGABENGEBIETEN	49
21	SOZIALE WOHLFAHRT	51
22	FINANZEN UND STEUERN	54
23	VERKEHR	56
24	BILDUNG UND FORSCHUNG	57
25	SICHERHEIT	59
26	LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG	61
27	BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND – INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT	62
28	ÜBRIGE AUFGABENGEBIETE	63
3	LAUFENDE AUSGABEN NACH ARTENGLIEDERUNG	65
31	EIGENAUSGABEN	66
32	TRANSFERAUSGABEN	71
33	FINANZAUSGABEN	72

ZUSATZERLÄUTERUNGEN

1 ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN

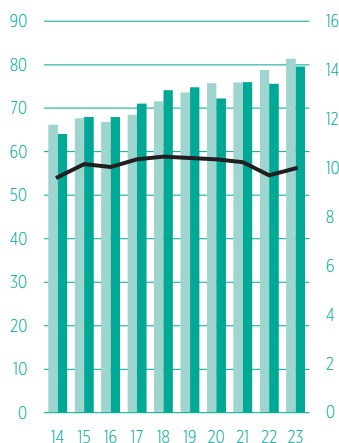
Die Einnahmen stiegen 2023 um 4,0 Milliarden (+5,2 %) auf 79,6 Milliarden. Dies ist unter anderem auf die deutlich höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (+3,1 Mrd.) und der Verrechnungssteuer (+ 2,6 Mrd.) zurückzuführen.

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23 zu absolut	Δ R23 zu R22 %	Δ R23 zu VA23 absolut
Einnahmen	75 648	81 347	79 607	3 959	5,2	-1 741
davon ausserordentliche Einnahmen	1 592	1 558	310			
Laufende Einnahmen	74 766	80 309	78 605	3 840	5,1	-1 704
Fiskaleinnahmen	69 493	74 970	74 784	5 291	7,6	-186
Direkte Bundessteuer natürliche Personen	12 532	13 306	13 344	812	6,5	38
Direkte Bundessteuer juristische Personen	12 249	13 835	14 491	2 242	18,3	656
Verrechnungssteuer	3 888	6 675	6 445	2 557	65,8	-229
Stempelabgaben	2 483	2 375	2 181	-302	-12,2	-194
Mehrwertsteuer	24 588	25 410	25 148	559	2,3	-262
Übrige Verbrauchssteuern	8 207	8 077	7 992	-214	-2,6	-85
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5 546	5 292	5 183	-363	-6,6	-110
Nichtfiskalische Einnahmen	5 272	5 339	3 821	-1 451	-27,5	-1 518
Regalien und Konzessionen	2 393	2 350	374	-2 020	-84,4	-1 977
Übrige Einnahmen	2 521	2 589	2 818	297	11,8	229
Finanzeinnahmen	358	400	630	272	75,9	230
Investitionseinnahmen	882	1 038	1 002	119	13,5	-36

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN

in Mrd. CHF und % des BIP



■ VA in Mrd. CHF (linke Skala)
■ R in Mrd. CHF (linke Skala)
— R in % des BIP (rechte Skala)

Die Gesamteinnahmen wuchsen 2023 um 5,2 Prozent und damit bedeutend stärker als das nominale BIP (2,3 %). Die Einnahmenquote in Prozent des BIP erhöhte sich dadurch gegenüber dem Vorjahr und lag bei 10,0 Prozent.

2023 beliefen sich die Einnahmen auf 79,6 Milliarden, was einem Zuwachs von 5,2 Prozent (+4,0 Mrd.) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Einzelnen zeigen sich folgende Entwicklungen:

- Die Einnahmen aus der *direkten Bundessteuer* nahmen 2023 stark zu (+3,1 Mrd.). Seit 2023 werden diese Einnahmen nicht mehr nach dem Cash-Prinzip, sondern nach dem Forderungsprinzip verbucht. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wurden die Zahlen von 2022 entsprechend angepasst. Bei der *Steuer auf dem Einkommen natürlicher Personen* war ein Anstieg von 0,8 Milliarden zu verzeichnen. Sowohl die Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2022) als auch jene aus früheren Steuerperioden trugen zu diesem guten Ergebnis bei. Der Ertrag der *Steuer auf dem Reingewinn juristischer Personen* erhöhte sich 2023 um beträchtliche 2,2 Milliarden. Neben den Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2022) waren es vor allem die Einnahmen aus früheren Steuerperioden (vor 2022), die ein rasantes Wachstum verbuchten. Im Vorjahr waren die Einnahmen aus früheren Steuerperioden bedeutend gesunken.
- Die Einnahmen aus der *Verrechnungssteuer* beliefen sich 2023 auf 6,4 Milliarden. Sowohl die Eingänge als auch die Rückerstattungen waren gegenüber 2022 rückläufig. Der kräftige Anstieg der Einnahmen (+2,6 Mrd.) erklärt sich durch Schätzanpassungen, die die Vorjahre betreffen. Ohne die Korrektur nach unten für das Jahr 2022 (-1,9 Mrd.) wäre das Ergebnis für 2023 nur leicht besser ausgefallen als im Vorjahr (+0,3 Mrd.).

- Die Einnahmen aus den *Stempelabgaben* verzeichneten einen relativ markanten Rückgang (-0,3 Mrd.), der hauptsächlich auf den rückläufigen Ertrag aus der Umsatzsteuer zurückzuführen ist.
- Der Ertrag aus der *Mehrwertsteuer (MWST)* belief sich auf 25,1 Milliarden. Er legte im selben Tempo zu wie das nominale BIP (+2,3 %). Während die inländischen Mehrwertsteuereinnahmen um 5,2 Prozent zunahmen, sanken die Einnahmen aus der Einfuhrsteuer um 1,0 Prozent.
- Bei den *übrigen Verbrauchssteuern* gingen die Einnahmen 2023 weiter zurück (-2,6 %). Dies ist insbesondere auf die Erträge aus der Mineralölsteuer und der Tabaksteuer zurückzuführen, deren rückläufiger Trend sich auch 2023 fortsetzte (-92 Mio. bzw. -57 Mio.). Die Hauptgründe für den Rückgang der Einnahmen aus der Mineralölsteuer sind die Preisunterschiede zum Ausland und die Zunahme elektrischer Fahrzeuge. Der rückläufige Ertrag aus der Tabaksteuer erklärt sich dadurch, dass 2023 erneut mehr Zigaretten im günstigeren Ausland oder in Zollfreiläden gekauft wurden.
- Die *übrigen Fiskaleinnahmen* sanken 2023 um 6,6 Prozent. Die wichtigsten Einnahmen (Schwerverkehrsabgabe, Zolllabgaben und Lenkungsabgabe) waren 2023 allesamt rückläufig.
- Die *nichtfiskalischen Einnahmen* gingen zurück (insgesamt -1,5 Mrd.). Dies war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die SNB aufgrund ihres hohen Verlusts im Geschäftsjahr 2022 keine Gewinnausschüttung vornehmen konnte. 2022 hatte die SNB 2 Milliarden an den Bund ausgeschüttet. Derselbe Betrag war für 2023 veranschlagt worden (davon 1,3 Mrd. als ausserordentliche Einnahmen).
- Die detaillierten Angaben zu den Einnahmen befinden sich im Kapitel B 1.

EinNAHMENENTWICKLUNG IM VERGLEICH ZUM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Erfahrungsgemäss entwickeln sich die Einnahmen des Bundes langfristig proportional zum nominalen BIP. Um die Entwicklung der Einnahmen mit der des BIP vergleichen zu können, sind allfällige Strukturbrüche wie beispielsweise Änderungen der Steuersätze, die Volatilität der Verrechnungssteuer und die ausserordentlichen Einnahmen zu berücksichtigen. Diese Effekte sind in der untenstehenden Tabelle dargestellt. Bereinigt verzeichneten die ordentlichen Einnahmen 2023 ein Wachstum von 4,9 Prozent, welches deutlich höher ist als dasjenige des nominalen BIP (2,3 %). Dies erklärt sich im Wesentlichen durch den rasanten Anstieg der Einnahmen aus der Gewinnsteuer.

BEREINIGUNG DER EINNAHMENENTWICKLUNG FÜR DEN VERGLEICH MIT DEM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

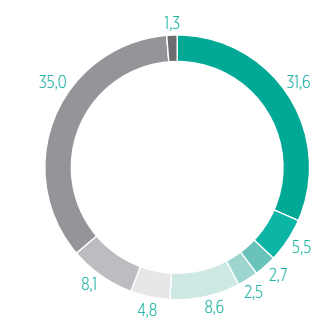
Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022-23	
			absolut	%
Total Einnahmen	75 648	79 607	3 959	5,2
Faktoren (Mehr- und Mindereinnahmen)	262	533		
Verrechnungssteuer: Abweichung vom Trend	-1 963	433		
Erstmalige Rückstellung für Rückerstattungen (MinöSt, CO ₂ - und VOC-Abgabe, LSVA und Zölle)	-	-210		
Gewinnausschüttung SNB (davon 1,3 Mrd. a.o. verbucht)	2 000	-		
Übrige ausserordentliche Einnahmen	225	310		
Total Einnahmen korrigiert (ohne Faktoren)	75 386	79 074	3 688	4,9

QUALITÄT DER SCHÄTZUNG

Die ordentlichen Einnahmen im Jahr 2023 liegen 0,5 Milliarden (-0,6 %) unter dem Voranschlag. Ein wichtiger Aspekt der Schätzung ist, dass sich Schätzfehler im Laufe der Zeit kompensieren. In den vergangenen zehn Jahren (2014–2023) wurden die ordentlichen Einnahmen im Voranschlag im Schnitt um 0,4 Prozent zu hoch geschätzt.

EinNAHMEN 2023

Anteile in %



- Mehrwertsteuer: 25,1 Mrd.
- Mineralölsteuer: 4,3 Mrd.
- Stempelabgaben: 2,2 Mrd.
- Tabaksteuer: 2,0 Mrd.
- Übrige Fiskaleinnahmen: 6,8 Mrd.
- Nichtfiskalische Einnahmen: 3,8 Mrd.
- Verrechnungssteuer: 6,4 Mrd.
- Direkte Bundessteuer: 27,8 Mrd.
- Investitionseinnahmen: 1,0 Mrd.

Die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Verrechnungssteuer sind die drei wichtigsten Einnahmequellen des Bundes. Sie machen über 70 Prozent der Einnahmen aus.

11 DIREKTE BUNDESSTEUER NATÜRLICHE PERSONEN

Die Einnahmen der Steuer auf dem Einkommen der Haushalte beliefen sich 2023 auf 13,3 Milliarden. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent zu. Insbesondere die Eingänge aus Steuerperioden vor dem Hauptfälligkeitsjahr 2022 trugen zu diesem guten Ergebnis bei.

DIREKTE BUNDESSTEUER NATÜRLICHE PERSONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Direkte Bundessteuer natürliche Personen	12 532	13 306	13 344	812	6,5
Anteil an den Einnahmen in %	16,6	16,4	16,8		
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	12 575	13 341	13 407	832	6,6
Anrechnung ausländischer Quellensteuer natürlicher Personen	-43	-35	-63	-20	-47,5

Die direkte Bundessteuer (DBSt) für natürliche Personen ist eine allgemeine Einkommenssteuer. Ihr unterliegen grundsätzlich sämtliche Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit sowie Vermögenseinkommen und Kapitalleistungen. Die Einkommenssteuer steigt progressiv an, das heisst der Steuersatz nimmt mit steigendem Einkommen bis zum gesetzlich festgelegten Maximalsatz von 11,5 Prozent zu.

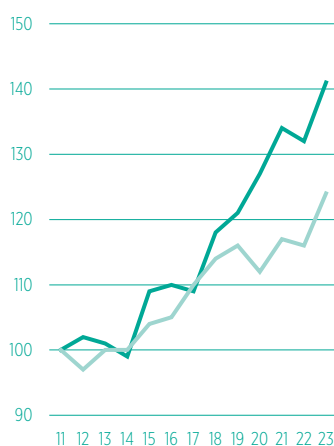
Die direkte Bundessteuer wird seit 2023 grundsätzlich zum Zeitpunkt der Ausstellung der Steuerrechnung einnahmenmässig verbucht (vorher: zum Zeitpunkt der Zahlung). Die Tabelle zeigt auch für 2022 die Zahlen nach dem Forderungsprinzip. Die Steuerrechnungen betreffen nicht nur das Hauptfälligkeitsjahr, sondern können sich auch auf weiter zurückliegende Steuerperioden oder vorzeitig fällige Beträge beziehen. Der Bund verbucht somit in einem Rechnungsjahr Einnahmen, die mehrere Steuerperioden betreffen. Lediglich Vorauszahlungen werden erst im relevanten Steuerjahr (Folgejahr) als Einnahmen verbucht, wenn die Steuer fällig wird. Die Einnahmen aus dem Jahr 2023 stammten überwiegend aus dem Hauptfälligkeitsjahr 2022 (82 %). Der Rest ist früheren Steuerperioden (13 %) oder vorzeitig fälligen Beträgen für die Steuerperiode 2023 (5 %) zuzuordnen.

2023 nahmen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr (exkl. Anrechnung ausländischer Quellensteuer) um 832 Millionen respektive 6,6 Prozent zu. Die Einnahmen für das Hauptfälligkeitsjahr 2022 stiegen lediglich um 0,5 Milliarden respektive 4,7 Prozent und damit etwas weniger stark als das nominelle Bruttoinlandprodukt 2022 (5,1 %). Der Einnahmenzuwachs ist jedoch grösser als das Wachstum der Haushaltseinkommen während dieser Periode, was durch die Progression der Einkommenssteuersätze begründet ist. Gewachsen sind auch die Eingänge aus früheren Steuerperioden (+0,2 Mrd.). Diese waren im Vorjahr deutlich zurückgegangen, was sich entsprechend auf den Vorjahresvergleich auswirkt. Zudem haben auch die vorzeitig fälligen Beträge zum Wachstum beigetragen (+0,1 Mrd.).

Die Kantone erhalten 21,2 Prozent der Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen. Der Kantonsanteil berechnet sich vor Abzug der Steueranrechnung für ausländische Quellensteuern. Die Steueranrechnung verhindert die Doppelbesteuerung von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren, die im Ausland einer Quellensteuer unterliegen.

DIREKTE BUNDESSTEUER NATÜRLICHE PERSONEN

Indexiert; 2011=100



— DBST Natürliche Personen
— Fiskaleinnahmen

Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer verzeichneten im Gegensatz zu anderen Steuereinnahmen während der Covid-19-Pandemie keinen Rückgang.

12 DIREKTE BUNDESSTEUER JURISTISCHE PERSONEN

Die Gewinnsteuer verzeichnete einen kräftigen Anstieg. Insgesamt stiegen die Einnahmen um 2,2 Milliarden respektive 18,3 Prozent. Die Einnahmen aus dem Hauptfälligkeitsjahr 2022 sowie insbesondere die Einnahmen aus früheren Steuerperioden stiegen deutlich an.

DIREKTE BUNDESSTEUER JURISTISCHE PERSONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Direkte Bundessteuer juristische Personen	12 249	13 835	14 491	2 242	18,3
Anteil an den Einnahmen in %	16,2	17,0	18,2		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	12 420	13 960	14 743	2 323	18,7
Anrechnung ausländischer Quellensteuer juristischer Personen	-171	-125	-252	-81	-47,5

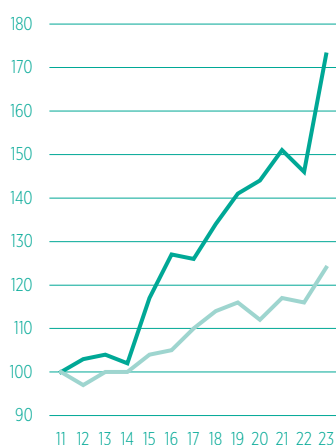
Das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) sieht für die direkte Bundessteuer von juristischen Personen einen proportionalen Steuersatz von 8,5 Prozent vor. Die Einnahmen werden seit 2023 zum Zeitpunkt der Ausstellung der Steuerrechnung verbucht (Forderungsprinzip; früher Cash-Prinzip). Die Tabelle zeigt auch für 2022 die Zahlen nach dem Forderungsprinzip. Die Steuerrechnungen betreffen nicht nur das Hauptfälligkeitsjahr, sondern können sich auch auf weiter zurückliegende Steuerperioden oder vorzeitig fällige Beträge beziehen. Der Bund verbucht somit in einem Rechnungsjahr Einnahmen, die mehrere Steuerperioden betreffen. Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer 2023 betrafen hauptsächlich das Steuerjahr 2022 (75 %). Der Rest stammte aus früheren Steuerperioden (20 %), oder es handelt sich um vorzeitig fällige Beträge für das Steuerjahr 2023 (5 %).

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer (exkl. Anrechnung ausländischer Quellensteuer) beliefen sich 2023 auf 14,7 Milliarden. Dies entspricht einem rasanten Wachstum von 18,7 Prozent gegenüber 2022 (+2,3 Mrd.). Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer sind stark von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Entsprechend verzeichneten die Einnahmen aus dem Hauptfälligkeitsjahr 2022 einen Zuwachs von 5,1 Prozent (+0,5 Mrd.), was dem nominellen BIP-Wachstum 2022 entspricht. Die gute Verfassung der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2022 trug damit entscheidend zum Anstieg der Einnahmen aus der Gewinnsteuer bei. Gleichzeitig sind die Einnahmen aus früheren Steuerperioden noch deutlich stärker gewachsen (+1,7 Mrd.). Der sprunghafte Zuwachs kann teilweise dadurch erklärt werden, dass dieser Einnahmenteil im Vorjahr deutlich zurückgegangen war. Darüber hinaus sind auch die vorzeitig fälligen Beträge deutlich angestiegen (+0,1 Mrd.), tragen aber aufgrund des begrenzten Umfangs wenig zum gesamten Einnahmewachstum bei.

Die Kantone erhalten 21,2 Prozent der Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen. Der Kantonsanteil berechnet sich vor Abzug der Steueranrechnung für ausländische Quellensteuern. Die Steueranrechnung verhindert die Doppelbesteuerung von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren, die im Ausland einer Quellensteuer unterliegen.

DIREKTE BUNDESSTEUER JURISTISCHE PERSONEN

Indexiert; 2011=100



— DBST Juristische Personen
— Fiskaleinnahmen

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer entwickelten sich in der Vergangenheit deutlich dynamischer als die übrigen Fiskaleinnahmen. Sie wuchsen auch stärker als das nominale BIP.

13 VERRECHNUNGSSTEUER

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer haben sich nach drei schwächeren Jahren erholt. Die Einnahmen 2023 übertrafen das Vorjahr (+2,6 Mrd.) und schliessen auch deutlich besser ab als im Voranschlag 2023 erwartet (+0,5 Mrd.).

VERRECHNUNGSSTEUER

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	3 888	6 675	6 445	2 557	65,8
Anteil an den Einnahmen in %	5,1	8,2	8,1		
Verrechnungssteuer Schweiz	3 879	6 649	6 439	2 561	66,0
Steuerrückbehalt USA	10	26	6	-3	-36,8

Die Verrechnungssteuer ist eine vom Bund an der Quelle erhobene Steuer von 35 Prozent auf Kapitalerträgen (insb. aus Gewinnausschüttungen, Aktienrückkäufen und Zinsen). Gegenüber inländischen Personen dient sie primär dazu, das Steuersubstrat zu sichern. Nach Deklaration der Einkommen in der Steuererklärung kann die Verrechnungssteuer zurückgefordert werden. Gegenüber ausländischen Personen verfolgt die Verrechnungssteuer aber auch ein Fiskalziel, weil die Steuer oft nicht vollständig zurückgefordert werden kann (abhängig vom jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen).

STABILISIERUNG DER EINNAHMEN

Im Jahr 2023 beliefen sich die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer auf 6,4 Milliarden. Sie lagen damit 2,6 Milliarden über dem Vorjahr. Das tiefe Ergebnis 2022 war insbesondere auf Schätzanpassungen aus den Vorjahren zurückzuführen (-1,9 Mrd.). Diese ergeben sich, weil die Einnahmen geschätzt werden und erst drei Jahre nach dem Rechnungsjahr definitiv sind, wenn keine Rückerstattungen mehr möglich sind. Im Jahr 2023 haben die Schätzanpassungen einen positiven Effekt (+0,4 Mrd.). Die geschätzten Einnahmen für die Steuerjahre 2022 und 2023 – ohne Schätzanpassungen der Vorjahre – belaufen sich damit auf 5,7 Milliarden und 6,1 Milliarden (vgl. Zeile 2 in der folgenden Tabelle).

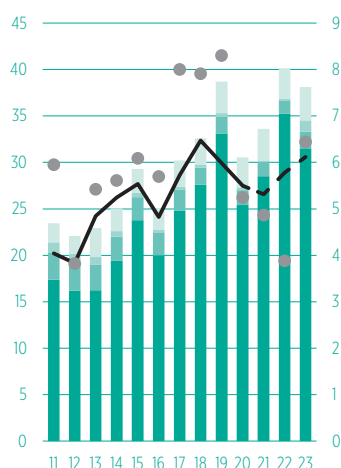
HERLEITUNG DER EINNAHMEN

Die Eingänge 2023 waren mit 38,1 Milliarden nicht mehr ganz so hoch wie im Rekordjahr 2022 (40,1 Mrd.; vgl. Zeile 1 in der folgenden Tabelle). Davon werden schätzungsweise Einnahmen in der Höhe von 6,1 Milliarden beim Bund bleiben (Zeile 2); entsprechend wird im Verlauf der nächsten Jahre mit Rückerstattungen von 32,0 Milliarden gerechnet.

Die geschätzten Einnahmen 2023 setzen sich zusammen aus den Eingängen, die nicht zurückgefordert werden können (469 Mio. aus dem Meldeverfahren für konzerninterne Dividendenausschüttungen) und den Eingängen, die teilweise zurückgefordert werden (5,6 Mrd.). Letztere werden mit einem Erfahrungswert geschätzt, der sich unverändert auf 18,8 Prozent beläuft (Median der letzten fünf abgeschlossenen Steuerjahre). Dieser Anteil dürfte letztlich nicht zurückgefordert werden und als Einnahme beim Bund bleiben. Zusätzlich resultierte bei der Abrechnung des Steuerjahres 2020 eine Schätzanpassung von 0,4 Milliarden, welche ebenfalls im Rechnungsjahr 2023 verbucht wird (Zeile 3). Insgesamt ergeben sich dadurch Einnahmen von 6,4 Milliarden (Zeile 4).

VERRECHNUNGSSTEUER – EINGÄNGE UND EINNAHMEN

in Mrd. CHF



- Aktiendividenden
- Obligationenzinsen
- Zinsen Kundenguthaben
- Übrige Einnahmen
- Einnahmen gemäss Rechnung
- Effektive Einnahmen / Schätzungen

Die Eingänge 2023 können noch drei Jahre zurückgefordert werden (im Rahmen der Steuerveranlagung und der Doppelbesteuerungsabkommen). Erst dann ist definitiv wie hoch die Einnahmen sind, die beim Bund verbleiben. Aktuell werden die Einnahmen 2023 auf 6,1 Milliarden geschätzt. Unter Einschluss der Schätzanpassung aus den Vorjahren ergibt sich ein Rechnungsergebnis von 6,4 Milliarden.

VERRECHNUNGSSTEUER - HERLEITUNG EINNAHMEN

Mio. CHF	2021	2022	2023
1 Eingänge	33 615	40 145	38 127
vollkommen rückforderungsfähig	6 767	11 249	7 773
teilweise rückforderungsfähig	26 556	28 506	29 885
nicht rückforderungsfähig	291	389	469
2 Geschätzte Einnahmen laufendes Steuerjahr	5 480	5 742	6 081
aus teilweise rückforderbaren Eingängen	5 189	5 353	5 612
Anteil an teilweise rückforderungsfähigen Eingängen	0	0	0
aus nicht rückforderbaren Eingängen	291	389	469
3 Schätzanpassungen frühere Steuerjahre (inkl. Rundungsdiff.)*	-615	-1 863	359
4 Einnahmen Verrechnungssteuer [4=2+3]	4 865	3 879	6 439
5 Abgerechnete Rückerstattungen	23 650	35 766	33 587
6 Veränderung Rückstellung [6=1-4-5]	5 100	500	-1 900
7 Restatement	5 500	-	-
8 Rückstellung / erwartete Rückerstattungen [8=Vorjahr+6+7]	29 500	30 000	28 100

* Der ausgewiesene Rückstellungsbestand wird auf 100 Mio. gerundet. Für die Herleitung sind ungerundete Zahlen notwendig.

Per Ende 2023 wird die Rückstellung für noch erwartete Rückerstattungen aus den Steuerjahren 2021–2023 auf 28,1 Milliarden geschätzt (Zeile 8). Im Rechnungsjahr 2023 wurden insgesamt Rückerstattungen in der Höhe von 33,6 Milliarden abgerechnet (Zeile 5), davon 21,4 Milliarden für frühere Jahre. Damit verbleibt ein Rückstellungsbedarf von insgesamt 28,1 Milliarden. Davon betreffen 8,2 Milliarden die Steuerjahre 2021 und 2022 sowie 19,9 Milliarden das Steuerjahr 2023.

STEUERRÜCKBEHALT USA

Die Einnahmen aus dem Steuerrückbehalt USA beliefen sich auf 6 Millionen und lagen damit deutlich unter dem Vorjahr. Der Steuerrückbehalt USA wird bei Bezug von amerikanischen Dividenden und Zinsen zusätzlich erhoben und von den schweizerischen Finanzinstituten an den Bund abgeliefert. Rückforderungsberechtigte können die Sicherungssteuer wieder zurückfordern.

BUDGETIERUNG DER VERRECHNUNGSSTEUER

Die Budgetierung basiert seit 2012 auf einem statistischen Verfahren, das den Wachstumstrend berücksichtigt, wobei Extremwerte korrigiert werden (robuster Holt-Winters-Filter). Die Budgetschätzung entspricht damit dem aktuell erwarteten Trend auf Basis der vergangenen Entwicklung. Berücksichtigt werden dabei die aktuellen Werte der Vorjahre. Diese werden bis zum definitiven Abschluss des Steuerjahres jährlich angepasst. Der Trendwert stellt sicher, dass sich die Schätzfehler über die Zeit ausgleichen. Das Verfahren ist rein statistisch. Für die Finanzplanjahre wird die Entwicklung der Verrechnungssteuer jeweils an das nominale Wirtschaftswachstum gekoppelt.

14 STEMPELABGABEN

Die Einnahmen aus den Stempelabgaben blieben 2023 deutlich unter dem Budget (-194 Mio.) und dem Vorjahresresultat (-302 Mio.). Der Rückgang ist auf tiefere Einnahmen aus der Umsatzabgabe zurückzuführen.

STEMPELABGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Einnahmen aus Stempelabgaben	2 483	2 375	2 181	-302	-12,2
Anteil an den Einnahmen in %	3,3	2,9	2,7		
Emissionsabgabe	262	250	219	-44	-16,7
Umsatzabgabe	1 451	1 370	1 164	-287	-19,8
Inländische Wertpapiere	209	215	185	-25	-11,8
Ausländische Wertpapiere	1 242	1 155	980	-262	-21,1
Prämienquittungsstempel und Übrige	770	755	798	28	3,7

Stempelabgaben werden auf bestimmten finanziellen Transaktionen erhoben, insbesondere auf der Ausgabe und dem Handel von Wertschriften sowie auf den Zahlungen von Versicherungsprämien.

EMISSIONSABGABE

Die Einnahmen aus der Emissionsabgabe unterliegen von Jahr zu Jahr starken Schwankungen. Für die Budgetierung wird deshalb ein langjähriger Durchschnitt verwendet. Sowohl der Budgetwert als auch der Vorjahreswert wurden unterschritten (-31 Mio. bzw. -44 Mio.).

Auf der Schaffung von Eigenkapital wird eine Emissionsabgabe von 1 Prozent erhoben. Der Kapitalbedarf der Unternehmen bestimmt die Entwicklung dieser Einnahme.

UMSATZABGABE

Die Einnahmen aus der Umsatzabgabe schlossen deutlich schlechter ab als budgetiert (-206 Mio.). Das gute Vorjahresergebnis wurde noch deutlicher unterschritten (-287 Mio.). Mit knapp 1,2 Milliarden erreichten die Einnahmen nur das Niveau der Jahre 2011–2019 (rund 1,1–1,3 Mrd.). In den Jahren 2020–2022 waren die Einnahmen deutlich höher ausgefallen (rund 1,5–1,6 Mrd.).

Die Umsatzabgabe wird auf Käufen und Verkäufen von in- und ausländischen Wertpapieren erhoben und beträgt 1,5 Promille respektive 3,0 Promille auf dem Entgelt. Die Höhe der Einnahmen ist abhängig vom Volumen des steuerpflichtigen Wertpapierumsatzes der inländischen Effektenhändler.

PRÄMIENQUITTUNGSSTEMPEL UND ÜBRIGE

Der Prämienquittungsstempel und die übrigen Einnahmen (Verzugszinsen und Bussen) lagen sowohl deutlich über dem Budget als auch über dem Vorjahr (+43 Mio. bzw. +28 Mio.).

Der Prämienquittungsstempel wird auf bestimmten Versicherungsprämien erhoben. Die Abgabe wird auf der Versicherungsprämie berechnet und beträgt in der Regel 5 Prozent.

15 MEHRWERTSTEUER

Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beliefen sich 2023 auf 25,1 Milliarden. Das Wachstum entspricht damit demjenigen des nominalen BIP (+2,3 %).

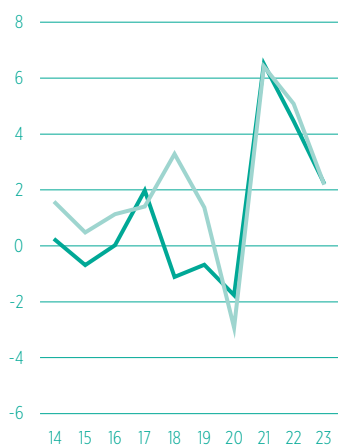
MEHRWERTSTEUER

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Mehrwertsteuer	24 588	25 410	25 148	559	2,3
Anteil an den Einnahmen in %	32,5	31,2	31,6		
Allgemeine Bundesmittel	19 640	20 310	20 129	489	2,5
Zweckgebundene Mittel	4 948	5 100	5 019	70	1,4
Krankenversicherung 5%	1 038	1 070	1 053	15	1,4
Finanzierung AHV	3 194	3 290	3 240	45	1,4
Finanzierung Bahninfrastruktur	716	740	726	10	1,4

Der Mehrwertsteuer unterliegen die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt, die Einfuhr von Gegenständen sowie der Bezug von Dienstleistungen und gewissen Lieferungen im Inland von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

ENTWICKLUNG MEHRWERTSTEUER UND NOMINALES BIP

Veränderung in %



— Mehrwertsteuer
— Nominales Bruttoinlandprodukt

Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale Wirtschaftswachstum geknüpft. Dies hat sich auch in der Corona-Krise eindrücklich bestätigt (Einbruch 2020 und Erholung 2021). Im Rechnungsjahr 2023 war das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen gleich wie dasjenige des nominalen BIP. Grössere Abweichungen vom Wirtschaftswachstum sind in der Regel zurückzuführen auf Steuerreformen wie die Erhöhung oder Senkung der Mehrwertsteuersätze.

EINNAHMENENTWICKLUNG

Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer betrugen im Rechnungsjahr 2023 rund 25 148 Millionen. Sie liegen um 1,0 Prozent unter den Erwartungen für das Jahr 2023 gemäss Voranschlag (-262 Mio.). Bei der Erstellung des Voranschlags wurde für das Jahr 2023 noch ein nominales Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent prognostiziert. Im Herbst 2023 wurde das erwartete nominale Wirtschaftswachstum ein erstes Mal nach unten revidiert, in der Einnahmenentwicklung zeigte sich dies jedoch erst im letzten Quartal 2023. So erreichten die Einnahmen der Monate November und Dezember insgesamt lediglich das Vorjahresniveau. Zu Lasten der Einnahmen wurden zudem Rückstellungen für erwartete Rückerstattungen gebildet (31 Mio.). Insgesamt liegt das Wachstum der Einnahmen bei 2,3 Prozent und entspricht damit demjenigen des nominalen BIP.

ZWECKBINDUNGEN

Rund 20 Prozent der Mehrwertsteuer-Einnahmen sind zweckgebunden. Massgebend für die Ermittlung der Einlagen in den Bahninfrastrukturfonds und in die Spezialfinanzierungen für die AHV und die Krankenversicherung sind die Einnahmen zuzüglich der Bussen und Verzugszinsen aus Mehrwertsteuer und abzüglich der Vergütungszinsen und Debitorenverluste aus Mehrwertsteuer. Die Netto-Einnahmen – also die für die Finanzierung der Aufgaben effektiv zur Verfügung stehenden Mittel – betragen insgesamt 25 080 Millionen. Darin berücksichtigt ist die anteilmässige Reduktion der zweckgebundenen Einnahmen um rund 15 Millionen, da per Ende 2022 Rückstellungen bestanden (rund 75 Mio.), die neu der Schuldenbremse unterstellt sind.

16 ÜBRIGE VERBRAUCHSSTEUERN

Die Einnahmen aus den übrigen Verbrauchssteuern gingen in der Tendenz weiter zurück. Bei der Tabaksteuer fiel der Verkaufsrückgang bei den Zigaretten mit einem Minus von 4 Prozent doppelt so hoch aus, wie im langjährigen Mittel.

ÜBRIGE VERBRAUCHSSTEUERN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Übrige Verbrauchssteuern	8 207	8 077	7 992	-214	-2,6
Anteil an den Einnahmen in %	10,8	9,9	10,0		
Mineralölsteuern	4 434	4 341	4 341	-92	-2,1
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 664	2 616	2 621	-44	-1,6
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 755	1 710	1 707	-48	-2,7
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	14	15	14	-1	-5,4
Tabaksteuer	2 082	2 051	2 025	-57	-2,7
Biersteuer	115	115	112	-3	-2,5
Spirituosensteuer	302	282	288	-14	-4,6
Netzzuschlag	1 274	1 288	1 226	-48	-3,8

MINERALÖLSTEUER

Die Einnahmen liegen 92 Millionen unter dem Vorjahr und entsprechen nahezu dem im Voranschlag erwarteten Wert. Die Preise sanken gegenüber dem Vorjahr leicht, es bestand jedoch nach wie vor eine Preisdifferenz zum Ausland, insbesondere beim Dieselöl. Zusammen mit der Zunahme der Elektrofahrzeuge führte dies zu leicht sinkenden Einnahmen.

60 Prozent der Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der gesamte Ertrag des Zuschlags sind zweckgebunden für den Strassenverkehr und den Luftverkehr. Der Spezialfinanzierung Luftverkehr fliessen aus der Mineralölsteuer rund 44 Millionen zu.

TABAKSTEUER

Die Einnahmen der Tabaksteuer liegen unter dem Voranschlag (-26 Mio.) und unter dem Vorjahr (-57 Mio.). Die tieferen Einnahmen resultierten aus dem hohen Verkaufsrückgang bei den Zigaretten (-4 %). Einerseits wurden wieder mehr Zigaretten im preisgünstigeren Ausland oder in den Zollfreiläden eingekauft. Andererseits setzte sich das geänderte Konsumverhalten, weg von herkömmlichen Zigaretten hin zu tiefer besteuerten Produkten wie den Tabakprodukten zum Erhitzen oder dem Snus, fort. Die Tabaksteuer leistet einen Beitrag an die Finanzierung des Bundesbeitrags an die AHV/IV.

SPIRITUOSENSTEUER

Die Einnahmen aus der Spirituosensteuer hängen im Grundsatz von der Quantität und Qualität der einheimischen Obsternten, den Konsumgewohnheiten und der demographischen Entwicklung ab. Der Rückgang der Einnahmen erklärt sich zum einen dadurch, dass der Einkaufstourismus im Ausland nicht mehr eingeschränkt war und durch den starken Franken angekurbelt wurde und zum anderen durch ein Jahr mit einer mageren Ernte in der Schweiz. Der Kantonsanteil am Reinertrag beträgt 10 Prozent. Mit dem Rest finanziert der Bund einen Teil seines Beitrags an die AHV/IV.

NETZZUSCHLAG

Der Netzzuschlag blieb 2023 unverändert (2,3 Rp./kWh). Die Einnahmen sanken wegen dem geringeren Stromverbrauch (relativ milde Temperaturen, Sparmassnahmen). Sie fliessen in einen Spezialfonds zur Förderung von erneuerbaren Energien, Stützung der Grosswasserkraft und der ökologischen Sanierung der Wasserkraft.

17 VERSCHIEDENE FISKALEINNAHMEN

Bei den verschiedenen Fiskaleinnahmen gibt es zwei gegenläufige Tendenzen. Die Verkehrsabgaben entwickelten sich mit Ausnahme der LSVA positiv; die Lenkungsabgaben sind rückläufig. Die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen belastet diverse Einnahmen einmalig.

VERSCHIEDENE FISKALEINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5 546	5 292	5 183	-363	-6,6
Anteil an den Einnahmen in %	7,3	6,5	6,5		
Verkehrsabgaben	2 451	2 460	2 502	51	2,1
Automobilsteuer	331	331	383	52	15,7
Nationalstrassenabgabe	429	415	474	45	10,5
Schwerverkehrsabgabe	1 690	1 714	1 645	-46	-2,7
Zölle	1 221	1 166	1 184	-38	-3,1
Spielbankenabgabe	353	366	364	11	3,2
Lenkungsabgaben	1 450	1 231	1 061	-389	-26,8
Lenkungsabgabe VOC	109	86	84	-25	-22,8
Altlastenabgabe	55	55	49	-6	-10,6
Lenkungsabgabe CO ₂	1 286	1 089	928	-358	-27,8
Übrige Fiskaleinnahmen	71	70	71	0	0,5

VERKEHRSABGABEN

Die Einnahmen aus der *Automobilsteuer* sind stark gestiegen (+52 Mio.), da sich die Liefersituation deutlich verbesserte, was zu einer Steigerung der Importe steuerpflichtiger Automobile führte (+9 %). Zudem hält sich der Trend zu teuren Fahrzeugen (SUV). Die steigenden Einnahmen aus der *Nationalstrassenabgabe* (Vignette) sind darauf zurückzuführen, dass wieder mehr gereist wird (+45 Mio.). Die E-Vignette, welche am 1.8.2023 eingeführt wurde, dürfte einmalig zu Mehreinnahmen geführt haben. Viele haben die E-Vignette 2024 bereits im Dezember gekauft, was die hohen Einnahmen in diesem Monat erklärt (+31 Mio.). Rückläufig sind hingegen die Einnahmen aus der *Schwerverkehrsabgabe* (-46 Mio.), aufgrund des leicht rückläufigen Verkehrsvolumens sowie der nach wie vor dynamischen Umrüstung des Fahrzeugparks auf weniger hoch belastete Fahrzeuge. Bei der *Schwerverkehrsabgabe* wurde eine erstmalige Rückstellung für Rückerstattungen über 7 Millionen gebildet.

ZÖLLE

Das Jahr 2023 ist das letzte vor Abschaffung der Einfuhrzölle auf Industriegütern. Sie sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 38 Millionen zurückgegangen, jedoch wurden weniger Importe als bei der Budgetierung erwartet ins 2024 verschoben. Für erwartete Rückerstattungen wurde eine erstmalige Rückstellung über 24 Millionen gebildet.

LENKUNGSABGABEN

Die *CO₂-Abgabe* wird auf fossilen Brennstoffen erhoben. Der Abgabesatz wurde zuletzt 2022 erhöht (auf 120 Fr./t CO₂). Dies und die nach wie vor hohen Brennstoffpreise beschleunigen den Ausstieg aus fossil betriebenen Heizungen (insbesondere Ersatz durch Wärmepumpen). Mit der Rechnung 2023 wurde erstmals eine Rückstellung für noch erwartete Rückerstattungen gebildet. Dies belastet einmalig die Einnahmen aus der CO₂- und VOC-Abgabe (-221 Mio. bzw. -23 Mio.).

SPIELBANKENABGABE UND ÜBRIGE FISKALEINNAHMEN

Die Einnahmen aus der *Spielbankenabgabe* sind gestiegen (+11 Mio.), u.a. weil die Abgabe aus Online-Spielen die Erwartungen übertrafen. Die *übrigen Fiskaleinnahmen* (Abwasser- und Schlachtabgabe) sind konstant, weil es bei der Modernisierung der Abwasserreinigungsanlagen (ARA) Projektverzögerungen gab.

18 NICHTFISKALISCHE EINNAHMEN UND INVESTITIONSEINNAHMEN

Der markante Einnahmenrückgang ist auf die ausgebliebene Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen. Die Minder-einnahmen werden zu einem geringen Teil durch höhere Zinseinnahmen und Verkaufserlöse der RUAG kompensiert.

NICHTFISKALISCHE EINNAHMEN UND INVESTITIONSEINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23 absolut	Δ 2022-23 %
Nichtfiskalische Einnahmen und Investitionseinnahmen	6 155	6 377	4 823	-1 332	-21,6
<i>davon ausserordentliche Einnahmen</i>	<i>1 592</i>	<i>1 558</i>	<i>310</i>		
Anteil an den Einnahmen in %	8,1	7,8	6,1		
Nichtfiskalische Einnahmen	5 272	5 339	3 821	-1 451	-27,5
Regalien und Konzessionen	2 393	2 350	374	-2 020	-84,4
Übrige Einnahmen	2 521	2 589	2 818	297	11,8
Entgelte	1 061	1 167	1 242	181	17,1
Verschiedene Einnahmen	882	823	970	88	10,0
Kantonsbeiträge	578	599	606	28	4,8
Finanzeinnahmen	358	400	630	272	75,9
Investitionseinnahmen	882	1 038	1 002	119	13,5

REGALIEN UND KONZESSIONEN

Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) macht den Grossteil der *Regalien und Konzessionen* aus. Wegen des hohen Bilanzverlusts der SNB entfiel im Rechnungsjahr 2023 die Gewinnausschüttung der SNB. Diese betrug im Jahr 2022 noch 2 Milliarden (Bundesanteil) und auch im Budget 2023 war noch von einer Gewinnausschüttung in dieser Höhe ausgegangen worden. Davon waren 1,3 Milliarden als ausserordentliche Einnahmen budgetiert worden (Zusatzausschüttungen).

ÜBRIGE EINNAHMEN

Die höheren Einnahmen aus *Entgelten* stammen unter anderem aus der Rückzahlung von Ausgaben, die der Bund für den Transport und die Einrichtung für das Reservekraftwerk Birr vorfinanziert hat. Dieses wurde errichtet, um der Strommangellage zu begegnen. Zudem wird unter den Entgelten die Bereitstellungspauschale von rund 64 Millionen für den «Rettungsschirm Strom» verbucht (2022: 20 Mio.). Damit gelten die systemkritische Stromunternehmen dem Bund den Aufwand für die Bereitstellung der Liquidität ab. Der Zuwachs bei den *verschiedenen Einnahmen* ist auf höhere eingezogene Vermögenswerte aus internationalen Rechtshilfeverfahren zurückzuführen (2023: 105 Mio.; 2022: 56 Mio.). Die *Kantonsbeiträge* an die Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur sind an die Entwicklung des realen Bruttoinlandproduktes und des Landesindex der Konsumentenpreise gekoppelt und deshalb auf 606 Millionen gestiegen (2022: 578 Mio.).

FINANZEINNAHMEN

Der Zuwachs ist in erster Linie auf höhere Einnahmen aus Geld- und Kapitalmarktanlagen zurückzuführen. Die EFV legt die liquiden Mittel so an, dass ihre Sicherheit und ein marktkonformer Ertrag gewährleistet sind. Aufgrund der höheren Zinssätze stiegen die Zinseinnahmen auf 591 Millionen (2022: 293 Mio.).

INVESTITIONSEINNAHMEN

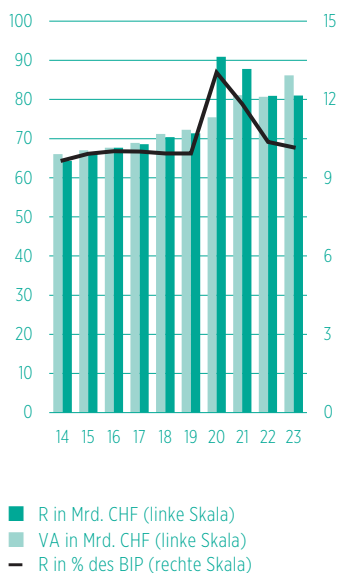
Die *Investitionseinnahmen* enthalten die Dividendenausschüttungen der Bundesbeteiligungen (insb. Swisscom, Post, RUAG), Rückzahlungen von Darlehen und Investitionsbeiträgen sowie Entgelte für die Veräusserung von Sachanlagen. Die Mehreinnahmen ergeben sich durch den Verkauf von Geschäftseinheiten der RUAG International. Im 2023 wurden dem Bund Verkaufserlöse von 200 Millionen als Sonderdividende ausgeschüttet und als ausserordentliche Einnahme verbucht.

2 ENTWICKLUNG DER AUSGABEN NACH AUFGABENGEBIETEN

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2023 auf 81 Milliarden und lagen damit auf Vorjahresniveau. Die ausserordentlichen Ausgaben gingen zurück, während die ordentlichen Ausgaben ein Wachstum von 2,8 Prozent verzeichneten (+2,2 Mrd.). Dieses entfiel vor allem auf die Aufgabengebiete Finanzen und Steuern, soziale Wohlfahrt, Bildung und Forschung sowie Beziehungen zum Ausland.

ENTWICKLUNG DER AUSGABEN

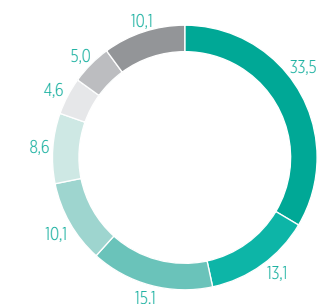
in Mrd. CHF und % des BIP



Die Ausgabenquote hat sich weiter reduziert und liegt nun auf dem Niveau von vor der Corona-Pandemie.

AUSGABEN NACH AUFGABENGEBIETEN 2023

Anteile in %



- Soziale Wohlfahrt: 27,2 Mrd.
- Verkehr: 10,6 Mrd.
- Finanzen und Steuern: 12,2 Mrd.
- Bildung und Forschung: 8,2 Mrd.
- Sicherheit: 7,0 Mrd.
- Landwirtschaft & Ernährung: 3,7 Mrd.
- Beziehungen zum Ausland: 4,0 Mrd.
- Übrige Aufgaben: 8,2 Mrd.

ENTWICKLUNG DER AUSGABEN NACH AUFGABENGEBIETEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23 zu R22 absolut	Δ R23 zu R22 %	Δ R23 zu VA23 absolut
Ausgaben nach Aufgabengebieten	80 897	86 173	81 038	141	0,2	-5 135
davon ausserordentliche Ausgaben	3 116	5 700	1 070			
Soziale Wohlfahrt	27 045	27 712	27 167	122	0,5	-545
Finanzen und Steuern	11 099	12 145	12 208	1 109	10,0	63
Verkehr	10 598	10 647	10 614	16	0,2	-33
Bildung und Forschung	7 904	8 647	8 214	310	3,9	-433
Sicherheit	7 195	6 802	6 959	-236	-3,3	157
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 818	3 811	4 026	208	5,5	214
Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 719	3 693	30	0,8	-26
Übrige Aufgabengebiete	9 575	12 690	8 158	-1 417	-14,8	-4 533

Die Ausgaben des Bundes nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 141 Millionen auf 81 Milliarden zu. Bereits zum vierten Jahr in Folge hat der Bund ausserordentliche Ausgaben in Milliardenhöhe getätigt, jedoch in geringerem Ausmass als in den vergangenen Jahren. Zur Bewältigung der Covid-Pandemie fielen 2023 keine ausserordentlichen Ausgaben mehr an (2022: 2,4 Mrd.); es waren nur noch ordentliche Ausgaben von 195 Millionen nötig. Ausserordentlich verbucht wurden erneut die Ausgaben für die Schutzsuchenden aus der Ukraine (Globalpauschale an die Kantone), die sich auf 1,1 Milliarden beliefen (2022: 0,7 Mrd.). Der ausserordentlich budgetierte Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft im Umfang von 4 Milliarden wurde nicht beansprucht. Die ordentlichen Ausgaben nahmen 2023 um 2,2 Milliarden respektive 2,8 Prozent zu. Sie entwickelten sich damit schneller als das nominale Bruttoinlandprodukt (+2,3 %).

Unter Ausklammerung der ausserordentlichen Ausgaben wuchs auch der Bereich der *sozialen Wohlfahrt* mit rund 5 Prozent (+1,2 Mrd.). Insbesondere die Leistungen an die AHV (+0,4 Mrd.), der Beitrag an die individuelle Prämienvverbilligung (+0,2 Mrd.) sowie die Ausgaben für die Migration (+0,4 Mrd.) nahmen deutlich zu. Die Ausgaben für *Finanzen und Steuern* verzeichneten einen Zuwachs von 1,1 Milliarden. Dies war zurückzuführen auf höhere Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen (+0,6 Mrd.; v.a. DBST und Verrechnungssteuer) sowie auf steigende Ausgaben für die Passivzinsen (+0,3 Mrd.) und den Finanzausgleich (+0,2 Mrd.). Überdurchschnittlich war das Wachstum zudem in den Aufgabengebieten *Beziehungen zum Ausland* (humanitäre Hilfe) sowie *Bildung und Forschung* (Übergangsmassnahmen Horizon), wo die ordentlichen Ausgaben um je 0,3 Milliarden anstiegen (+7,2 % bzw. +3,9 %).

Rückläufig entwickelten sich dagegen die *übrigen Aufgabengebiete* (-1,4 Mrd.). Neben den auslaufenden Ausgaben zur Bewältigung der Covid-Pandemie (-1,1 Mrd.) gingen auch die Ausgaben im Energiebereich (-0,2 Mrd.) zurück. Einerseits fielen die Zahlungen für das Reservekraftwerk in Birr weg, andererseits reduzierte sich die Einlage in den Netzzuschlagsfonds infolge des tieferen Stromverbrauchs. Das negative Wachstum im Bereich

Sicherheit erklärt sich durch die Erhöhung der Rückstellung für die Räumung des Munitionslagers Mitholz per Ende 2022 (+0,8 Mrd.). Bereinigt um diesen Effekt stiegen die Ausgaben um über 8 Prozent (+0,5 Mrd.), insbesondere für Rüstungsprojekte.

Die Ausgaben in den Aufgabengebieten *Verkehr* und *Landwirtschaft* blieben gegenüber dem Vorjahr stabil.

21 SOZIALE WOHLFAHRT

Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt wuchsen kräftig, namentlich im Bereich der Migration (+0,8 Mrd.), der Altersvorsorge (+0,5 Mrd.) und der Prämienverbilligung (+0,2 Mrd.). Gleichzeitig fallen die ausserordentlichen Covid-Massnahmen 2022 weg (-1,4 Mrd.), was das Ausgabenwachstum reduziert. Die ordentlichen Ausgaben für die soziale Wohlfahrt wuchsen um 1,2 Milliarden (+4,8 %).

SOZIALE WOHLFAHRT

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Soziale Wohlfahrt	27 045	27 712	27 167	122	0,5
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>	<i>2 136</i>	<i>1 700</i>	<i>1 070</i>		
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	33,4	32,2	33,5		
Altersversicherung	13 264	13 708	13 723	459	3,5
Invalidenversicherung	4 014	4 161	4 104	90	2,2
Krankenversicherung	2 921	3 049	3 092	171	5,9
Ergänzungsleistungen	1 860	1 956	1 947	87	4,7
Militärversicherung	151	165	150	0	-0,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	1 798	588	611	-1 188	-66,0
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	43	43	40	-3	-7,0
Migration	2 612	3 924	3 385	773	29,6
Familienpolitik, Gleichstellung	382	117	114	-268	-70,1

ALTERSVERSICHERUNG

Die Ausgaben des Bundes für die Altersversicherung (AHV) nahmen im Rechnungsjahr um 3,5 Prozent zu. Dieser Anstieg erklärt sich in erster Linie durch den Bundesbeitrag an die AHV, welcher sich 2023 um 4,2 Prozent auf 10,1 Milliarden erhöhte. Dieser Betrag, der einem fixen Anteil von 20,2 Prozent der AHV-Ausgaben entspricht, stieg aufgrund der Erhöhung der Minimalrente und der Zunahme der Anzahl Altersrenten an. Der Bund überwies zudem 3,18 Milliarden für das Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV sowie 342 Millionen aus der Spielbankenabgabe. Die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose beliefen sich auf 26 Millionen.

INVALIDENVERSICHERUNG

Die Ausgaben für die Invalidenversicherung (IV) erhöhten sich im Rechnungsjahr um 2,2 Prozent auf 4,1 Milliarden. Der Anstieg ist auf das Wachstum der Mehrwertsteuererträge zurückzuführen, an welche der Bundesbeitrag an die IV gekoppelt ist; überdies wird mit einem Diskontfaktor die Entwicklung der Löhne und Preise berücksichtigt. Der Beitrag des Bundes belief sich gemäss vorläufigen Berechnungen auf 40 Prozent der IV-Ausgaben. Die Schulden der IV bei der AHV lagen Ende 2023 gemäss provisorischen Berechnungen auf dem Vorjahresniveau von 10,28 Milliarden.

KRANKENVERSICHERUNG

Die Ausgaben für die Krankenversicherung umfassen hauptsächlich die Beiträge des Bundes an die Prämienverbilligung der Kantone im Umfang von 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (berechnet aus Prämiensumme plus Selbstbeteiligung der Versicherten). Die Ausgaben erhöhten sich 2023 gegenüber dem Vorjahr um 171 Millionen. Der Anstieg wurde hauptsächlich verursacht durch das Prämienwachstum (+5,7 %); zusätzlich erhöhte sich die Zahl der Prämienbezüger und -bezügerinnen (+0,7 %). Eine leichte Entlastung ergab sich daraus, dass die Versicherungen zu hohe Prämieinnahmen aus dem Jahr 2022 wieder ausglich (-0,4 %). Das Aufgabengebiet enthält ferner die Ausgaben der Qualitätskommission für Qualitätsmassnahmen nach Krankenversicherungsgesetz von rund 7 Millionen.

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Bei den Ergänzungsleistungen (EL) zahlt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung von EL-Bezügerinnen und -bezügern aufgewendet wird. Zusätzlich beteiligt er sich mit einer Pauschale an den Verwaltungskosten der Kantone. Im Jahr 2023 stieg der Beitrag des Bundes an die EL zur AHV um rund 59 Millionen (+6,1 %) auf 1,026 Milliarden. Dieser Anstieg erklärt sich durch die höheren durchschnittlich ausgezahlten Ergänzungsleistungen und die Zunahme der Anzahl EL-Fälle. Bei den EL zur IV ergab sich ein Plus von 28 Millionen (+3,1 %) auf 915 Millionen. Dieses Plus ist hauptsächlich auf die Zunahme der Zahl der Leistungsbeziehenden zurückzuführen.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG UND ARBEITSVERMITTLUNG

Der Rückgang der Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung von insgesamt 66 Prozent erklärt sich hauptsächlich dadurch, dass 2022 noch Covid-Kurzarbeitsentschädigungen und Nachzahlungen für Ferien- und Feiertagsentschädigungen im Umfang von gut 1,1 Milliarden verbucht wurden, während die Erfolgsrechnung 2023 nicht mehr durch Covid-Zahlungen an die ALV belastet wird. Abgesehen vom einmaligen Covid-Effekt gehen die Leistungen des Bundes an die ALV im Vorjahresvergleich um 7 Prozent zurück: Der gesetzlich gebundene jährliche Beitrag steigt parallel zur beitragspflichtigen Lohnsumme; dieser Zuwachs wird überkompensiert durch das Auslaufen der in den Jahren 2020–2022 geleisteten Zusatzbeiträge im Umfang von je 65,5 Millionen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials.

MILITÄRVERSICHERUNG, SOZIALER WOHNUNGSBAU

In der *Militärversicherung* blieben die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant. Die Entwicklung setzt sich zusammen aus einem Anstieg der Behandlungskosten und Barleistungen einerseits und einem Rückgang der Rentenzahlungen andererseits; insbesondere wurde die Rückstellung für ausstehende Verbindlichkeiten der Militärversicherung stärker reduziert als im Vorjahr, was die Ausgaben um 8 Millionen entlastete. Im Bereich *sozialer Wohnungsbau/Wohnbauförderung* wurde die Einlage des Bundes in den Fonds de Roulement zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus um 5,7 Millionen aufgestockt. Im Gegenzug reduzierten sich die Ausgaben für Mietzins-Verbilligungen und es fielen weniger Garantieleistungen an.

MIGRATION

Im Aufgabengebiet Migration stiegen die Ausgaben 2023 gegenüber 2022 um 773 Millionen (+29,6 %). Die grössten Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr fielen mit 368 Millionen (+52,4 %) bei den Beiträgen an die Kantone für Schutzsuchende aus der Ukraine an, da deren durchschnittlicher Bestand gegenüber 2022 (39 600 Personen) im Rechnungsjahr 2023 (65 900) deutlich höher lag. Knapp 150 Millionen (+56,7 %) an zusätzlichen Kosten gegenüber dem Vorjahr fielen bei den Bundesasylzentren an, da aufgrund der hohen Asylgesuchszahlen im Jahr 2023 (30 232) und der vielen Schutzsuchenden aus der Ukraine die Unterbringungskapazität und damit die Anzahl Betten stark erhöht werden mussten. Aus den genannten Gründen waren auch bei den Integrationsmassnahmen gegenüber 2022 Mehrausgaben zu verzeichnen (+127 Mio.). Wegen der vielen Asylsuchenden mussten schliesslich auch im Bereich der Sozialhilfe gegenüber dem Vorjahr höhere Abgeltungen (+74 Mio.) an die Kantone bezahlt werden.

Die Minderausgaben im Migrationsbereich im Vergleich zum Budget sind hauptsächlich auf tiefere Abgeltungen an die Kantone im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S zurückzuführen. Dem Voranschlag 2023 lag ein durchschnittlicher Bestand von 100 000 Schutzsuchenden zugrunde (Ist: 65 900 effektiv Anwesende).

FAMILIENPOLITIK, GLEICHSTELLUNG

Im Bereich Familienpolitik und Gleichstellung gingen die Ausgaben um 268 Millionen (-70,1 %) zurück, was sich hauptsächlich dadurch erklärt, dass der Covid-Erwerbsersatz auf null sank (2022: 286 Mio.). Die Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung erhöhten sich hingegen um 28,2 Millionen. Die Ausgaben für die übrigen Aufgaben in diesem Bereich entwickelten sich im Rechnungsjahr relativ konstant.

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Alle wesentlichen Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt sind im Gesetz festgelegt. Es handelt sich somit zu über 95 Prozent um stark gebundene Ausgaben (Berechnung ohne Berücksichtigung der ebenfalls gesetzlich gebundenen ausserordentlichen Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie).

FINANZIERUNG DER BUNDESBEITRÄGE AN AHV, IV UND EL

Zur teilweisen Finanzierung der Bundesbeiträge an AHV, IV und EL (2023: 16,1 Mrd.) stehen dem Bund die Erträge aus der Spirituosen- und Tabakbesteuerung zur Verfügung. Diese zweckgebundenen Erträge summierten sich im Rechnungsjahr auf 2,2 Milliarden, wovon 1,98 Milliarden aus der Tabaksteuer und 239 Millionen aus der Spirituosensteuer stammten. Mit diesen zweckgebundenen Erträgen konnten rund 14 Prozent der Bundesbeiträge an AHV, IV und EL gedeckt werden.

22 FINANZEN UND STEUERN

Der Anstieg der Ausgaben in diesem Bereich (+1,1 Mrd., +10,0 %) ist geprägt von der starken Zunahme der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen, insbesondere derjenigen an der direkten Bundessteuer. Die Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung sowie für den Finanzausgleich nahmen ebenfalls zu.

FINANZEN UND STEUERN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Finanzen und Steuern	11 099	12 145	12 208	1 109	10,0
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	13,7	14,1	15,1		
Anteile an Bundeseinnahmen	6 554	7 438	7 230	676	10,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	922	920	1 191	269	29,2
Finanzausgleich	3 623	3 788	3 788	164	4,5

ANTEILE DRITTER AN DEN BUNDESEINNAHMEN

Der starke Anstieg der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+676 Mio.) ist das Ergebnis zweier entgegengesetzter Entwicklungen: Er erklärt sich im Wesentlichen durch die höheren Anteile an der direkten Bundessteuer (+612 Mio., +11,5 %) und an der Verrechnungssteuer (+257 Mio., +68,4 %). Diese wurden jedoch teilweise kompensiert durch tiefere Anteile Dritter an der Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital (-138 Mio., -75,7 %) und an der Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital (-80 Mio., -61,8 %).

GELDBESCHAFFUNG, VERMÖGENS- UND SCHULDENVERWALTUNG

Der Anstieg der Ausgaben im Bereich Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung (+269 Mio.) erklärt sich hauptsächlich durch die höheren Passivzinsen (+277 Mio.), die das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen sind:

- Auf der einen Seite führte im Bereich Geldmarkt-Buchforderungen der massive Zinsanstieg infolge der Leitzinserhöhung durch die SNB zu Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr (+251 Mio.). Ende 2023 betrug das nominale Volumen der Geldmarktbuchforderungen rund 14 Milliarden (ggü. 14,9 Mrd. Ende 2022).
- Auf der anderen Seite sank trotz des Zinsanstiegs und der Ausweitung der langfristigen Schulden der Zinsaufwand der Eidgenössischen Anleihen (-86 Mio.). Ein Grund dafür war eine mit hoher Rendite (+3,4 % im Schnitt) ausgegebene und aufgestockte Anleihe mit Fälligkeit 2023, die durch Anleihen mit deutlich tieferen Renditen ersetzt wurde.
- Des Weiteren erhöhte sich im Zuge der steigenden Zinsen auch bei den Depotkonten (+53,9 Mio.) und der Sparkasse Bundespersonal (+21 Mio.) die Zinslast.

FINANZAUSGLEICH

Die Ausgaben des Bundes für den Finanzausgleich steigen um insgesamt 164 Millionen (+4,5 %) gegenüber 2022:

- Die Dotation des Ressourcenausgleichs steigt um 8,2 Prozent (+198 Mio.). Grund dafür sind das wachsende Ressourcenpotenzial der Kantone sowie die Zunahme der Disparitäten zwischen den Kantonen.
- Durch die Teilanpassung an die Teuerung gegenüber April 2022 (+2,5 %) steigt der Beitrag an den Lastenausgleich im Vergleich zu 2022 um 2,1 Prozent beziehungsweise 18 Millionen.
- Der Betrag, der von Bund und Kantonen im Rahmen des Härteausgleichs ausgeschüttet wird, sinkt gemäss den gesetzlichen Bestimmungen (-12 Mio.; Reduktion um 5 % pro Jahr seit 2016).
- Im Jahr 2023 profitierten die 17 ressourcenschwachen Kantone im Rahmen der temporären Abfederungsmassnahmen von 160 Millionen, das sind 40 Millionen weniger als im Vorjahr. Die jeweiligen Beträge sind gesetzlich festgelegt und werden vom Bund finanziert.

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Beinahe alle Ausgaben dieses Aufgabengebiets sind gebundene Ausgaben und können kurzfristig nicht beeinflusst werden. Die Beträge sind gesetzlich festgelegt (Anteile an den Bundeseinnahmen, Beiträge an den Finanzausgleich) oder hängen von der Entwicklung exogener Faktoren ab, wie dem Zinsniveau oder dem Schuldenvolumen.

23 VERKEHR

Die Verkehrsausgaben blieben insgesamt konstant. Die höheren Ausgaben im Strassenverkehr wurden durch rückläufige Ausgaben in den anderen Bereichen kompensiert.

VERKEHR

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Verkehr	10 598	10 647	10 614	16	0,2
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>	<i>-11</i>	<i>-</i>	<i>0</i>		
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	13,1	12,4	13,1		
Strassenverkehr	3 312	3 190	3 368	57	1,7
Schienenverkehr und öffentlicher Verkehr	7 116	7 254	7 083	-33	-0,5
Luftfahrt	171	204	163	-8	-4,6

STRASSENVERKEHR

Rund 80 Prozent der Ausgaben für den Strassenverkehr entfallen auf die Einlage in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Diese ist durch die zweckgebundenen Einnahmen bestimmt, wobei insbesondere die Automobilsteuer und die Nationalstrassenabgabe (Vignette) angestiegen sind.

SCHIENENVERKEHR UND ÖFFENTLICHER VERKEHR

Der Schienenverkehr und der öffentliche Verkehr verzeichneten einen leichten Rückgang der Ausgaben um 33 Millionen. Die COVID-Abgeltungen für den Ortsverkehr und den regionalen Personenverkehr mussten nicht mehr geleistet werden, was zu einem deutlichen Ausgabenrückgang führte. Für die Güterverkehrsverlagerung wurden unter Einhaltung des Absenkpfeils 11 Millionen weniger beansprucht (-7,5 %), während die Beiträge an die Schifffahrt konstant blieben.

Die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) stieg um 124 Millionen (+2,2 %) auf 5,7 Milliarden an. Ausschlaggebend hierfür waren die höheren Beiträge aus dem allgemeinen Bundeshaushalt (+132 Mio.) und der Kantone (+28 Mio.). Beide werden an das reale Wirtschaftswachstum und die Teuerung angepasst. Die Einlage aus der direkten Bundessteuer (+11 Mio.) verzeichnete ebenfalls eine Zunahme, während die Einlagen aus der LSVA (-39 Mio.) und der Mineralölsteuer (-6 Mio.) zurückgingen. Der Anteil der Mehrwertsteuer blieb konstant (-0,4 Mio.), weil die Anpassung des Einnahmenbegriffs zu einem Einmaleffekt führte (erstmalige Berücksichtigung der Bestände von Rückstellungen und Delkredere für die Berechnung der Zweckbindung).

LUFTFAHRT

Im Jahr 2023 sind die Ausgaben für die Luftfahrt um 8 Millionen (-4,6 %) zurückgegangen. Dies geht insbesondere auf reduzierte Verpflichtungen für den Eurocontrol Pension Fund und eine entsprechende Auflösung von Rückstellungen zurück (-11 Mio.). Gleichzeitig wuchs der Beitrag des Bundes zur Entschädigung der Flugsicherungskosten auf Regionalflugplätzen (+5 Mio.).

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Die zweckgebundenen Einlagen in die beiden Infrastrukturfonds BIF und NAF machen knapp 80 Prozent der Ausgaben im Verkehrsbereich aus. Diese Ausgaben sind zu wesentlichen Teilen durch die Bundesverfassung sowie Gesetze definiert und somit stark gebunden. Schwach gebunden sind vor allem die LSVA-Einlage in den BIF (als Maximalbeitrag ausgestaltet, sofern der Fonds eine angemessene Reserve aufweist), die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr und die Globalbudgets der Verwaltungseinheiten. Weil der Infrastrukturausbau oftmals Forderungen nach Angebotsverbesserungen im regionalen Personenverkehr nach sich zieht und am bestehenden Angebot festgehalten wird, sind auch die RPV-Abgeltungen nur eingeschränkt steuerbar.

24 BILDUNG UND FORSCHUNG

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent gestiegen. Der Anstieg geht wie schon im Vorjahr überwiegend auf Beiträge für die Übergangsmassnahmen zurück, die aufgrund der Nichtassoziiierung der Schweiz an das Horizon-Paket beschlossen wurden.

BILDUNG UND FORSCHUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Bildung und Forschung	7 904	8 647	8 214	310	3,9
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	9,8	10,0	10,1		
Berufsbildung	959	1 031	954	-5	-0,5
Hochschulen	2 289	2 385	2 321	33	1,4
Forschung	4 605	5 171	4 886	281	6,1
Übriges Bildungswesen	52	60	53	1	1,7

BERUFSBILDUNG

Auch im Jahr 2023 wurde der im Berufsbildungsgesetz als Richtwert definierte Bundesanteil von 25 Prozent an den Berufsbildungskosten übertroffen (25,8 %). 75,1 Prozent dieser Ausgaben wurden als Pauschalbeiträge an die Kantone ausgerichtet, gut 11,7 Prozent kamen Personen zugute, die einen vorbereitenden Kurs auf eine eidgenössische Berufs- oder höhere Fachschule absolviert haben (Subjektfinanzierung). Weiter wurden Beiträge an die Durchführung von eidgenössischen Prüfungen und von Bildungsgängen sowie an innovative Projekte ausgerichtet.

HOCHSCHULEN

Die Ausgaben für die Hochschulen nahmen um 1,4 Prozent zu (+33 Mio.). Die Eidgenössischen Hochschulen und die Fachhochschulen verzeichneten einen Zuwachs von 1,4 Prozent, die kantonalen Hochschulen einen solchen von 1,5 Prozent.

FORSCHUNG

Gut 44 Prozent der Ausgaben in der Forschung (2144 Mio.) gehen an den ETH-Bereich, über ein Viertel (1270 Mio.) an die Institutionen der Forschungsförderung (v.a. Schweizerischer Nationalfonds SNF). Danach folgen die Ausgaben für die Übergangsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Horizon-Paket 2021–2027 (381 Mio., 8 %), der Beitrag an Innosuisse (329 Mio., 7 %) sowie die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (insb. ESA, CERN und die Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS, 185 Mio. 4 %).

Die Schweiz war auch im Jahr 2023 nicht an das europäische Forschungsrahmenabkommen assoziiert; der dafür budgetierte Beitrag (305 Mio.) wurde daher nicht verwendet. Das Parlament hat diesen Pflichtbeitrag für Horizon gekürzt und im Gegenzug die Beiträge an die Institutionen der Forschungsförderung (+87 Mio.) und die Innosuisse (+39 Mio.) aufgestockt. Die Ausgaben für die Übergangsmassnahmen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 115 Millionen zu. Dabei handelt es sich unter anderem um die Direktfinanzierung von Einzel- und Verbundprojekten sowie von Ersatzprogrammen für das Start-Up und KMU Förderungsprogramm «EIC Accelerator» sowie die «European Research Council (ERC) Grants». Diese Übergangsmassnahmen werden anders als der vorschüssig geleistete Beitrag an die EU nach Projektfortschritt ausbezahlt. Der Beitrag an den ETH-Bereich hat um 31 Millionen zugenommen.

ÜBRIGES BILDUNGSWESEN

Dieser Aufgabenbereich umfasst verschiedene Finanzhilfen zugunsten der Bildung auf internationaler Ebene (z.B. Unterstützung der Schweizer Schulen im Ausland) sowie einen Teil des Eigenaufwands der Bundesverwaltung. In diesen Aufgabenbereich fallen zudem die Bundesbeiträge an die Kantone zur Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener (+2,7 Mio.).

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

87 Prozent des Aufgabengebiets «Bildung und Forschung» werden über die mit der BFI-Botschaft 2021–2024 (BBI 2020 3577) bewilligten Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen gesteuert. Von den übrigen Ausgaben sind ungefähr 5 Prozent für Übergangsmassnahmen aufgrund der Nicht-Assozierung am Horizon Paket, 2 Prozent für die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (stark gebunden) und 2 Prozent für die Unterbringungsbeiträge an Bundesinstitutionen vorgesehen. Mit dem verbleibenden Betrag können insbesondere der Eigenaufwand der Verwaltung (z. B. die Ressortforschung) oder freiwillige Beiträge an internationale Organisationen finanziert werden.

25 SICHERHEIT

Die Ausgaben im Bereich Sicherheit gehen im Jahr 2023 um 3,3 Prozent zurück. Grund dafür ist die Erhöhung der Rückstellung für die Räumung des Munitionslagers Mitholz per Ende 2022. Bereinigt um diesen Effekt erhöhen sich die Ausgaben um 519 Millionen bzw. um 8,1 Prozent.

SICHERHEIT

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Sicherheit	7 195	6 802	6 959	-236	-3,3
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	8,9	7,9	8,6		
Militärische Landesverteidigung	6 107	5 615	5 854	-253	-4,1
Bevölkerungsschutz und Zivildienst	133	167	154	21	15,5
Polizei, Strafvollzug, Nachrichtendienst	560	587	543	-17	-3,1
Grenzkontrollen	394	433	408	14	3,6

MILITÄRISCHE LANDESVERTEIDIGUNG

Die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung belaufen sich im Jahr 2023 auf knapp 6 Milliarden. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr begründet sich mit der Rückstellung für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers in Mitholz. Diese wurde Ende 2022 um 810 Millionen erhöht. Per Ende Jahr 2023 erfolgte eine weitere Erhöhung um knapp 55 Millionen (-755 Mio. gegenüber 2022). Ohne diese Effekte erhöhen sich die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung im Vergleich zum Vorjahr um 502 Millionen bzw. 9,4 Prozent.

Der grösste Teil dieses Anstiegs begründet sich mit höheren Rüstungsausgaben und -investitionen. Diese liegen mit knapp 2 Milliarden um 265 Millionen höher als im Vorjahr. Mit den Mitteln wurden unter anderem Anzahlungen für die neuen Kampfflugzeuge des Typs F-35A sowie für das System zur Bodenluftverteidigung grösser Reichweite des Typs Patriot geleistet (Programm Air2030).

Zudem führte die Beschaffung eines neuen Staatsluftfahrzeuges im Umfang von 103 Millionen zu höheren Investitionen im Jahr 2023. Weitere Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich aus dem Personalaufwand (+36,4 Mio.; insbesondere Lohnmassnahmen 2023), den Ausgaben für externe Dienstleistungen (+41,9 Mio.) und Informatik (+34,3 Mio.) sowie beim Sold (+14,4 Mio.; insbesondere Erhöhung der Soldansätze).

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND ZIVILDIENT

Im Bereich Bevölkerungsschutz und Zivildienst haben die Ausgaben im Vergleich mit dem Vorjahr um 21 Millionen zugenommen (+15,5 %). Hauptgrund: Der Koordinierte Sanitätsdienst wurde zusammen mit dem Informations- und Einsatzsystem (IES) von der Verteidigung ins BABS transferiert.

POLIZEI, STRAFVOLLZUG, NACHRICHTENDIENT

Die Ausgaben für den Bereich Polizei, Strafvollzug, Nachrichtendienst sinken gegenüber dem Vorjahr um 17 Millionen (-3,1 %). Beim Strafvollzug liegen die Ausgaben um 26 Millionen tiefer als im Vorjahr. Grund sind tiefere Baubeiträge als Folge von Bauverzögerungen. Beim Bereich Polizei und Nachrichtendienst steigen die Ausgaben demgegenüber um 8,9 Millionen an, insbesondere aufgrund von Mehraufwänden beim Funktionsaufwand von ISC EJPD, fedpol und dem Nachrichtendienst des Bundes (Aufstockung Personal NDB in den Jahren 2019-2023). Demgegenüber sinken die Abgeltungen für die ausserordentlichen Schutzaufgaben der Kantone gegenüber 2022 um gut 10 Millionen, da im Vorjahr mehr grosse Konferenzen stattgefunden hatten als 2023.

GRENZKONTROLLEN

Die Ausgaben für Grenzkontrollen stiegen um 14 Millionen (+3,6 %). Dies stand insbesondere in Zusammenhang mit höheren Ausgaben für die Werterhaltung von Polycom. Daneben nahmen auch die Ausgaben für Personal und FRONTEX zu.

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Die Ausgaben für die Sicherheit sind grösstenteils schwach gebunden. Einzig der Anteil am Schweizer UNO-Beitrag sowie gewisse Beiträge an die Kantone (u.a. für ausserordentliche Schutzausgaben) zählen zu den stark gebundenen Ausgaben.

VERHÄLTNIS ZWISCHEN BETRIEBS- UND RÜSTUNGS-AUSGABEN

Die Armee strebt grundsätzlich ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 Prozent an. Damit soll sichergestellt werden, dass genügend Mittel für die grösseren Rüstungsbeschaffungen eingesetzt werden können. Das Verhältnis von Transfer- und Betriebsausgaben (Sach- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträgen) und Rüstungs- und Investitionsausgaben lag 2023 bei 55 zu 45 Prozent. 2022 belief es sich auf 58 zu 42 Prozent.

26 LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Gegenüber dem Vorjahr bleiben die Ausgaben, abgesehen von einem Einmaleffekt bei den Familienzulagen Landwirtschaft, stabil. Im 2023 liegen die Ausgaben in der Landwirtschaft unter dem Budget. Die vom Parlament gesprochenen zusätzlichen Mittel für produktbezogene Subventionen wurden nicht ausgeschöpft.

LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 719	3 693	30	0,8
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	4,5	4,3	4,6		
Produktionsgrundlagen	138	143	142	4	3,0
Produktion und Absatz	538	560	534	-4	-0,8
Direktzahlungen	2 811	2 812	2 811	0	0,0
Übrige Ausgaben	176	205	206	30	17,0

Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert: Produktionsgrundlagen, Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen. Das Parlament hat die Höchstbeträge für den Zeitraum 2022-2025 wie folgt festgelegt: Für *Produktionsgrundlagen* 0,6 Milliarden, für *Produktion und Absatz* 2,2 Milliarden und für *Direktzahlungen* 11,2 Milliarden.

Bei den *Produktionsgrundlagen* ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf den Entscheid des Parlaments zurückzuführen, die Mittel für die Tierzucht um 4 Millionen aufzustocken.

Im Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* wurden gegenüber der Rechnung des Vorjahres insgesamt 4 Millionen weniger ausgegeben, dies insbesondere aufgrund der Zulagen Milchwirtschaft (-9 Millionen). In der Qualitäts- und Absatzförderung (+4 Mio.) sowie den Beihilfen Pflanzenbau (+2 Mio.) wurden hingegen gegenüber dem Vorjahr mehr Subventionen ausgerichtet. Das Budget wurde insgesamt um 26 Millionen unterschritten. Die Kreditreste sind hauptsächlich auf die folgenden Gründe zurückzuführen: Da gegenüber der Planung deutlich weniger Milch zu Käse verarbeitet und auch weniger Milch produziert wurde, wurden weniger Zulagen Milchwirtschaft (-9 Mio.) ausgerichtet. In der Qualitäts- und Absatzförderung (-8 Mio.) blieb die Nachfrage nach Mitteln im Bereich Qualität und Nachhaltigkeit unter der Planung, zudem haben mehrere Projekte insbesondere bei den Exportinitiativen weniger Mittel beansprucht als geplant. In den Beihilfen Pflanzenbau (-6 Mio.) blieb die Anbaufläche wie bereits in den Vorjahren weit unter den Erwartungen.

Die Höhe der *Direktzahlungen* blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert: 2811 Millionen wurden an die rund 48 000 Betriebe ausgerichtet.

Die *übrigen Ausgaben* beinhalten hauptsächlich den Funktionsaufwand des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) und die Familienzulagen Landwirtschaft. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2023 einmalig 32 Millionen in Zusammenhang mit der Auflösung des Fonds für Familienzulagen Landwirtschaft an die Kantone überwiesen wurden. Ohne diesen Sondereffekt hätten sich die Ausgaben in etwa stabil entwickelt.

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Die Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung sind grösstenteils schwach gebunden. 10 Prozent der Ausgaben weisen eine starke Bindung auf: Zulagen Milchwirtschaft (297 Mio.) und die Familienzulagen Landwirtschaft (74 Mio.).

27 BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND – INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Ausgaben liegen 5,4 Prozent über dem Vorjahr, was auf die zusätzliche Unterstützung der Ukraine, des Nahen Ostens und des IKRK zurückzuführen ist. Zudem wurden mehr Covid-Impfdosen an Entwicklungsländer abgegeben.

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND - INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 818	3 811	4 026	208	5,4
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>	60	–	–		
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	4,7	4,4	5,0		
Politische Beziehungen	704	783	697	-7	-1,0
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3 022	2 910	3 232	212	7,0
Wirtschaftliche Beziehungen	92	119	96	5	5,2

POLITISCHE BEZIEHUNGEN

Die Ausgaben für politische Beziehungen umfassen im Wesentlichen die Ausgaben des Aussennetzes, der Zentrale des EDA in Bern sowie Beiträge an internationale Organisationen (bspw. UNO, Europarat) und die Darlehen an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI).

Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Sie blieben zudem deutlich unter dem Voranschlag 2023 (-86 Mio.; -10,9 %), hauptsächlich wegen tieferer Ausgaben für Bau- und Renovationsdarlehen an die UNO in Genf (Verzögerungen).

ENTWICKLUNGSHILFE

57 Prozent der Ausgaben für Entwicklungshilfe entfielen auf die Entwicklungszusammenarbeit, 28 Prozent waren für die humanitären Hilfe bestimmt, 13 Prozent für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und 3 Prozent für die Friedens- und Menschenrechtsförderung.

Die Ausgaben für die Entwicklungshilfe lagen um 7,0 Prozent (+212 Mio.) über dem Niveau des Jahres 2022 und um 11,1 Prozent (+322 Mio.) über dem Voranschlag 2023. Sonder efforts wurden namentlich zugunsten der Ukraine und Israel geleistet. Zusätzlich wurden ein höherer Beitrag an das IKRK geleistet (+50 Mio.) und mehr Covid-Impfdosen an Entwicklungsländer abgegeben (+62 Mio.). Die restliche Zunahme ist hauptsächlich auf die gestiegenen Ausgaben im Rahmen der Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (BBI 2020 2597) zurückzuführen.

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Neben Pflichtbeiträgen an internationale Organisationen (WTO, EFTA, OECD) und dem Verwaltungsaufwand für die Aussenwirtschaftspolitik umfassen die Ausgaben für die wirtschaftlichen Beziehungen den Beitrag der Schweiz zugunsten ausgewählter EU-Mitgliedstaaten.

Bei der Auszahlung des zweiten Beitrags der Schweiz an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten gab es Verzögerungen, weshalb der Voranschlag nicht ausgeschöpft wurde. Erst im Jahr 2023 konnten alle bilateralen Verträge mit den Partnerstaaten abgeschlossen werden. Dadurch verzögerte sich auch die Umsetzung der Projekte, weshalb kaum Zahlungen für abgeschlossene Projekte erfolgten (-22 Mio.).

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Rund 2,5 Prozent der Ausgaben der Beziehungen zum Ausland sind stark gebunden. Es handelt sich dabei um Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (z. B. UNO).

28 ÜBRIGE AUFGABENGEBIETE

Die Ausgaben in den fünf übrigen Aufgabengebieten sind um 1,4 Milliarden gesunken. Unter Ausklammerung der wegfallenden Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie sowie eines weiteren Sondereffekts reduziert sich der Rückgang auf rund 0,3 Milliarden (v.a. geringere Rückverteilung CO₂-Abgabe sowie Energie). Hingegen steigen die Ausgaben für die Digitalisierung.

ÜBRIGE AUFGABENGEBIETE

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Gesamtausgaben Übrige Aufgabengebiete	9 575	12 690	8 158	-1 417	-14,8
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>	931	4 000	–		
Anteil an den Ausgaben nach Aufgabengebieten in %	11,8	14,7	10,1		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3 333	3 488	3 425	92	2,8
Kultur und Freizeit	727	618	614	-113	-15,5
Gesundheit	1 302	750	488	-814	-62,5
Umwelt und Raumordnung	1 903	1 654	1 694	-210	-11,0
Wirtschaft	2 310	6 180	1 937	-373	-16,1

INSTITUTIONELLE UND FINANZIELLE VORAUSSETZUNGEN

Dieses Aufgabengebiet umfasst namentlich die Ausgaben für das Parlament, die Gerichte und die Strafverfolgung, den Bundesrat, die Bundeskanzlei und die Generalsekretariate der Departemente, die internen Dienstleistungen wie etwa Informatik, Unterbringung und Logistik, die Ausgaben für die Erhebung von Steuern und Daten sowie für das allgemeine Rechtswesen.

Die Ausgaben betrugen 3,4 Milliarden (+92 Mio.). Der Zuwachs erklärt sich hauptsächlich durch Informatik-Grossprojekte der gesamten Bundesverwaltung sowie der Behörden und Gerichte. Der Bereich Bauten und Logistik wächst um 23,4 Millionen, primär aufgrund gestiegener Ausgaben für den Liegenschaftsbetrieb und Unterhalt.

KULTUR UND FREIZEIT

Das Aufgabengebiet umfasst die Ausgaben für Kultur (320 Mio.), Sport (231 Mio.) und Medien (63 Mio.). Die Ausgaben sind um 113 Millionen gesunken, was vor allem auf die weggefallenen Beträge für die Bewältigung der Corona-Pandemie zurückzuführen ist: Beim Sport wurden die Verbände zum Erhalt der Strukturen im Breiten- und Leistungssport im Vorjahr noch mit 50 Millionen unterstützt. Gegenüber dem Voranschlag gab es im Zusammenhang mit den Investitionsbeiträgen einen grösseren Kreditrest. Infolge von Verzögerungen blieben beim Bau von Nationalen Sportanlagen knapp 14 Millionen übrig.

Rückläufig waren auch die Ausgaben für die Kultur (-73 Mio.): Die Corona-Hilfe betrug 15 Millionen, sprich 83 Millionen weniger als im Vorjahr; es wurden noch Zahlungen für letzte offene Gesuche für Ausfallentschädigungen und Transformationsprojekte ausgerichtet. Gestiegen sind hingegen die regulären Ausgaben gemäss Kulturbotschaft 2021–2024 (+10 Mio.), innerhalb derer die Förderung musikalischer Bildung (+2,5 Mio.) und die Filmförderung (+2,3 Mio.) die grössten Zuwächse verzeichneten.

Die Ausgaben für die Medienpolitik sind leicht gestiegen (+0,5 Mio.).

GESUNDHEIT

Die Ausgaben für die Gesundheit beliefen sich auf 488 Millionen (-62,5 %). Als Folge der Corona-Pandemie lagen sie damit weiterhin auf einem überdurchschnittlichen Niveau – wenn auch deutlich unter dem Vorjahr. So wurden für Covid-Tests keine Ausgaben mehr getätigt; im Vorjahr waren dafür noch 323 Millionen angefallen. Für die Beschaffung von Sanitätsmaterial (hauptsächlich Impfstoffe) wurden noch 153 Millionen benötigt (Vorjahr: 585 Mio.). Hinzu kamen Ausgaben für Covid-Medikamente und Impfleistungen im Umfang von 23 Millionen. Die übrigen Ausgaben für das Aufgabengebiet verteilen sich unter anderem auf die Bereiche Tiergesundheit (93 Mio.), den Kantonsanteil an der Spirituosensteuer (27 Mio.), Lebensmittelsicherheit (24 Mio.) Gesundheitsschutz und Prävention (21 Mio.) sowie den Beitrag des Bundes an Swissmedic (20 Mio.).

UMWELT UND RAUMORDNUNG

Dieses Aufgabengebiet umfasst die Ausgaben für Umwelt (1,2 Mrd.), den Schutz vor Naturgefahren (300 Mio.), den Naturschutz (207 Mio.) und die Raumordnung (20 Mio.). Gut die Hälfte der Ausgaben entfällt auf die Rückverteilung des Ertrags aus den Lenkungsabgaben (CO₂- und VOC-Abgabe).

2023 beliefen sich die Ausgaben für dieses Aufgabengebiet auf 1,7 Milliarden (-210 Mio.). Dieser Rückgang kann überwiegend durch die geringeren Ausgaben bei der Rückverteilung der CO₂-Abgabe (-248 Mio.) sowie der VOC-Abgabe (-34 Mio.) erklärt werden; diese sind auf rückläufige Erträge aus den Lenkungsabgaben und einen Einmaleffekt in Zusammenhang mit der periodengerechten Verbuchung von CO₂-Rückerstattungen zurückzuführen. Hingegen wurden für die Abfallbeseitigung (+23 Mio.; insb. Altlasten und Batterien), für Abwasserreinigungsanlagen, (+18 Mio.), für Beiträge an kantonale Lärmschutzmassnahmen (+17 Mio.) sowie Gewässerverbauungen im Hochwasserschutz (+10 Mio.) höhere Ausgaben getätigt. Die ersten zwei Bereiche werden über verursachergerechte Abgaben haushaltneutral finanziert.

WIRTSCHAFT

Unter das Aufgabengebiet Wirtschaft fallen die Ausgaben für Energie (1,8 Mrd.), die Standortförderung, die Regionalpolitik und die wirtschaftliche Landesversorgung (ohne Covid-Effekte: 195 Mio.) sowie die Wirtschaftsordnung (146 Mio.).

Der Rückgang der Ausgaben um rund 370 Millionen lässt sich im Wesentlichen mit zwei Faktoren erklären: Rund 190 Millionen entfallen auf Covid-bedingte Effekte: Während das Rechnungsjahr 2022 durch die Härtefallmassnahmen und den Schutzschirm für Publikumsanstalten netto mit gut 150 Millionen belastet wurde, resultiert 2023 netto ein Minderaufwand von gut 40 Millionen. Hinzu kommt ein Ausgabenrückgang im Energiebereich (-197 Mio.). Dieser geht insbesondere darauf zurück, dass im Jahr 2023 die Zahlungen für die Bereitstellung der Reservekraftwerke zur Vorbeugung eines Stromerzeugungspasses durch die Netzgesellschaft und nicht durch den Bund geleistet wurden (-151 Mio.). Ausserdem sank aufgrund der gesunkenen Strommarktpreise die Einlage in den Netzzuschlagsfonds (-48 Mio.). Der Kreditrahmen für die Axpo Holding AG (Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft) wurde Ende 2023 aufgehoben. Die dafür per Nachtrag II/2022 bewilligten Mittel wurden nicht in Anspruch genommen.

BINDUNGSGRAD DER AUSGABEN

Die Ausgaben der Aufgabengebiete Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit sowie Gesundheit sind überwiegend schwach gebunden. Bei den Ausgaben im Bereich Umwelt und Raumordnung handelt es sich hauptsächlich um die Rückverteilung von Lenkungsabgaben; diese sind stark gebunden. Im Aufgabengebiet Wirtschaft sind grosse Teile der Ausgaben gesetzlich geregelt und damit stark gebunden (Einlage in den Netzzuschlagsfonds, Gebäudeprogramm).

3 LAUFENDE AUSGABEN NACH ARTENGLIEDERUNG

Der Bundeshaushalt ist ein Transferhaushalt: 83 Prozent der laufenden Ausgaben sind Transfers, vor allem an die Kantone und an die Sozialversicherungen. Die restlichen 17 Prozent entfallen auf den Eigenbereich und die Finanzausgaben (Zinsen).

82,9 %

Transferanteil

Transferausgaben in % der laufenden Ausgaben

LAUFENDE AUSGABEN NACH ARTENGLIEDERUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Laufende Ausgaben	75 072	76 629	75 203	131	0,2
Eigenausgaben	12 009	11 626	11 529	-480	-4,0
Personalausgaben	6 107	6 379	6 234	127	2,1
Sach- und Betriebsausgaben	4 970	4 443	4 353	-618	-12,4
Rüstungsausgaben	932	804	943	10	1,1
Transferausgaben	62 057	63 993	62 379	322	0,5
Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen	7 614	8 034	7 438	-176	-2,3
Beiträge an eigene Institutionen	3 920	3 926	4 042	122	3,1
Beiträge an Sozialversicherungen	19 332	18 426	18 422	-910	-4,7
Beiträge an Kantone und Gemeinden	23 025	25 088	24 340	1 315	5,7
Beiträge an Dritte	8 166	8 519	8 138	-28	-0,3
Finanzausgaben	1 006	1 010	1 295	289	28,7

31 EIGENAUSGABEN

Die Eigenausgaben umfassen die laufenden Ausgaben der Bundesverwaltung, namentlich auch der Armee. Rund 15 Prozent der laufenden Ausgaben des Bundes entfallen auf den Eigenbereich.

EIGENAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Eigenausgaben	12 009	11 626	11 529	-480	-4,0
Personalausgaben	6 107	6 379	6 234	127	2,1
Sach- und Betriebsausgaben	4 970	4 443	4 353	-618	-12,4
Rüstungsausgaben	932	804	943	10	1,1

Die Eigenausgaben der Verwaltungseinheiten werden in Globalbudgets zusammengefasst. Die Verwaltung verfügt damit über die nötige Flexibilität, um ihre Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können. In den Bänden 2A und 2B des Voranschlags und der Rechnung werden in den Begründungen zu jedem Globalbudget die wichtigsten Aufwandarten kommentiert (Personal, Beratung und IKT).

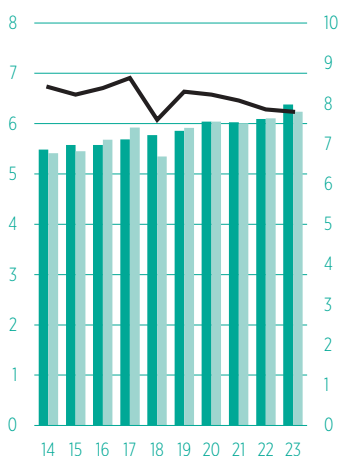
Die Globalbudgets der Verwaltungseinheiten werden in eine oder mehrere Leistungsgruppen aufgeteilt, zu denen je ein Grundauftrag, Ziele, Messgrößen und Sollwerte definiert werden. Damit wird die Transparenz über die Leistungen der Verwaltung erhöht und dem Parlament die Möglichkeit geboten, bei Bedarf auf der Leistungsseite einzugreifen.

Neben den Globalbudgets besteht die Möglichkeit, spezifische Verwaltungsbereiche oder Projekte auf Einzelkrediten zu budgetieren.

Das Führungsmodell des Bundes sieht verschiedene Anreizinstrumente vor, die einen effizienten, flexiblen Mitteleinsatz begünstigen. Dazu gehören etwa Verschiebungen zwischen Krediten im Eigenbereich, Kreditüberschreitungen bei leistungsbedingten Mehrerträgen oder die Möglichkeit, Reserven zu bilden oder Kredite bei Verzögerungen von Vorhaben auf das Folgejahr zu übertragen.

ENTWICKLUNG DER PERSONALAUSGABEN

in Mrd. und in % der ordentlichen Ausgaben



■ VA in Mrd. CHF (linke Skala)
■ R in Mrd. CHF (linke Skala)
— Anteil Personalausgaben (rechte Skala)

1 PERSONALAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Personalausgaben	6 107	6 379	6 234	127	2,1
Personalbezüge (exkl. Personalverleih)	4 827	5 043	4 998	170	3,5
Arbeitgeberbeiträge	1 082	1 123	1 117	35	3,2
AHV/IV/EO/AL/MV	379	394	390	11	2,8
Berufliche Vorsorge (Sparbeiträge)	584	580	606	22	3,8
Berufliche Vorsorge (Risikobeiträge)	54	55	56	2	4,0
Unfall-/Krankenversicherungsbeiträge (SUVA)	23	27	24	1	2,5
Arbeitgeberbeiträge zentral	19	47	20	1	3,5
Übrige Arbeitgeberbeiträge	22	20	20	-2	-7,7
Veränderung Rückstellungen Ferien und Überzeit	-6	-	8	14	222,0
Personalverleih	52	42	38	-14	-27,2
Arbeitgeberleistungen (inkl. Leistungen bei vorzeitigen Pensionierungen und Umstrukturierungen)	33	47	37	4	11,7
Veränderung Rückstellung Vorsorgeaufwand	50	50	-33	-83	-165,3
Übrige Personalausgaben	69	73	71	2	2,5

Die Personalausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 127 Millionen (+2,1 %). Der Zuwachs ist hauptsächlich auf die Lohnmassnahmen und auf stellenseitige Aufstockungen zurückzuführen. Das Wachstum wird durch den Vorsorgeaufwand nach IPSAS 39, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und in hohem Masse abhängig vom Zinsniveau ist, gedämpft.

Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

Der Zuwachs der Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge beträgt gegenüber dem Vorjahr 205 Millionen (+3,5 %) und geht auf generelle Lohnmassnahmen (+148 Mio.) und Stellenaufstockungen (+57 Mio.) zurück.

Aufgrund der Teuerung von 2,8 Prozent wurde dem Bundespersonal 2023 ein Teuerungsausgleich im Umfang von 2,5 Prozent (148 Mio.) gewährt.

Der stellenseitige Mehrbedarf betrug netto rund 57 Millionen. Einen grösseren Mehrbedarf an Stellen hatten namentlich das Staatssekretariat für Migration SEM (Status S/ Ukraine, Asyl), das Bundesamt für Gesundheit BAG (Folgearbeiten COVID), das Bundesamt für Informatik BIT (Leistungsausbau, Übernahme Fachanwendungen), das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (Sanktionen) und der Nachrichtendienst des Bundes NDB (Erfüllung Grundauftrag). Die Verteidigung V verzeichnete ebenfalls eine stellenseitige Zunahme gegenüber dem Vorjahr, finanziert diese aber fast vollumfänglich über Fluktuationsgewinne.

Die Veränderung für *Rückstellungen Ferien- und Überzeit* werden ab Rechnungsjahr 2023 schuldenbremsewirksam verbucht und beinhalten auch Rückstellungen für Treueprämien. Diese werden gestützt auf die geltenden Regelungen der Bundespersonalverordnung nach versicherungsmathematischen Verfahren berechnet und verzeichnen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Millionen. Die restliche Zunahme (+4,4 Mio.) ist auf die Veränderung der Rückstellungen Ferien- und Zeitguthaben des Bundespersonal zurückzuführen. Die finanziellen Verbindlichkeiten betragen in diesem Bereich knapp 265 Millionen.

Übrige Positionen

Der *Personalverleih* umfasst die Ausgaben für Personen, die gestützt auf einen Personalverleihvertrag für den Bund tätig sind (Temporärpersonal). Für Personalverleih gab der Bund 2023 insgesamt 14 Millionen weniger aus als 2022. Die Ausgaben für den Personalverleih im Informatikbereich blieben konstant, hingegen waren diejenigen für den allgemeinen Personalverleih stark rückläufig (-14,1 Mio.). Während das BAG (-12,3 Mio.) und das SEM (-4,0 Mio.) weniger externes Personal einsetzten, verzeichneten das Bundesamt für Statistik BFS (+1,1 Mio.) und das Schweizerische Bundesarchiv BAR (+0,8 Mio.) einen Mehrbedarf.

Die *Arbeitgeberleistungen* beinhalten namentlich die Ruhegehälter von Magistratspersonen, die Leistungen bei vorzeitigen Pensionierungen sowie übrige Leistungen des Arbeitgebers, die nicht direkt mit dem Lohn zusammenhängen. Insgesamt beträgt die Zunahme gegenüber dem Vorjahr knapp 4 Millionen, was zur Hauptsache auf die Überbrückungsrenten für Angehörige der besonderen Personalkategorien gemäss Übergangsbestimmung beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG und bei der Verteidigung V zurückzuführen ist.

Der *Vorsorgeaufwand nach IPSAS 39* wird aufgrund der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes erstmals schuldenbremsewirksam erfasst. Gemäss den Vorgaben von IPSAS 39 ist bei der Berechnung des Vorsorgeaufwands der Zinssatz des Vorjahres massgebend. Der im 2022 stark gestiegene Zinssatz führt in der Rechnung 2023 zu einem Vorsorgeaufwand von 677 Millionen. Diesem Betrag stehen die vom Arbeitgeber in die Vorsorgewerke einbezahlten Beiträge von 710 Millionen gegenüber. Der Vorsorgeaufwand ist somit nicht wie budgetiert 50 Millionen höher, sondern 33 Millionen tiefer als die Arbeitgeberbeiträge, was zu einer Entnahme aus der Rückstellung führt: Der ausgewiesene Mehrbedarf gegenüber 2022 beläuft sich auf 127 Millionen. Unter Ausklammerung des Vorsorgeaufwands nach IPSAS 39 beträgt die Zunahme 210 Millionen. Aufgrund der Volatilität und Unberechenbarkeit wird ab Voranschlag 2024 auf die Budgetierung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 39 verzichtet.

Die *übrigen Personalausgaben* umfassen namentlich die Ausgaben für Rekrutierung und Aus- und Weiterbildung sowie Verwaltungskostenbeiträge an die Pensionskasse des Bundes PUBLICA und die Eidgenössische Ausgleichskasse EAK. Die Zunahme von knapp 2 Millionen ist in erster Linie auf höhere Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung (+2,2 Mio.) und der Aus- und Weiterbildung (+1,5 Mio.) zurückzuführen. Eine Abnahme verzeichnen hingegen die übrigen Personalausgaben (-1,9 Mio.).

2 SACH- UND BETRIEBSAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2023–22	
				absolut	%
Sach- und Betriebsausgaben	4 970	4 443	4 353	-618	-12,4
Beratung und externe Dienstleistungen	664	719	699	35	5,3
Informatik	768	846	840	72	9,4
Betriebsausgaben der Armee	855	957	872	17	2,0
Liegenschaften und Mieten	608	575	667	59	9,7
Übrige Sach- und Betriebsausgaben	2 074	1 345	1 274	-801	-38,6

Die Ausgaben für *Beratung und externe Dienstleistungen* und für *Informatik* werden nachfolgend detaillierter kommentiert.

Die *Betriebsausgaben der Armee* umfassen insbesondere die Ausgaben für die Truppe (Sold, Unterkunft, Verpflegung) und Ausgaben für Ersatzmaterial und Instandhaltung.

Unter die *Liegenschaften und Mieten* fallen die Ausgaben für Betrieb, Wartung und Instandsetzung der Immobilien des Bundes sowie die Mieten.

Die *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* umfassen namentlich die Debitorenverluste (v.a. direkte Bundessteuer), die Material- und Warenausgaben, Spesen, Büromaterial, Ausrüstung und durch den Bund geleistete Steuern und Abgaben. Der Rückgang bei den übrigen Sach- und Betriebsausgaben steht im Zusammenhang mit der Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: 2023 wurde die Rückstellung um rund 55 Millionen erhöht, im Vorjahr war eine Erhöhung von mehr als 800 Millionen nötig.

BERATUNG UND EXTERNE DIENSTLEISTUNGEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Beratung und externe Dienstleistungen	664	719	699	35	5,3
Beratung und Auftragsforschung	181	215	179	-2	-1,3
Externe Dienstleistungen	483	505	520	38	7,8

Der Bund ist bei der Aufgabenerfüllung auch auf externe Unterstützung angewiesen, sei dies zur Beschaffung von Wissen, das in der Verwaltung nicht vorhanden ist (Beratung und Auftragsforschung, Kommissionen), oder im Rahmen von klassischen make-or-buy Entscheidungen (externe Dienstleistungen). Weniger als 1 Prozent der Gesamtausgaben entfällt auf Beratung und Dienstleistungen. Daneben bezieht der Bund auch Informatikdienstleistungen (s. nächster Abschnitt).

Beratung und Auftragsforschung

Unter die Beratung und Auftragsforschung fallen Gutachten, Expertisen, Fachunterstützung, Studien in allgemeinen und fachspezifischen Angelegenheiten. Hinzu kommen die Ausgaben für Kommissionen. Mit diesen Mitteln kauft der Bund Wissen ein, über das er noch nicht verfügt. Die Verwaltungseinheiten mit den höchsten Ausgaben in diesem Bereich sind das Bundesamt für Umwelt, das Bundesamt für Gesundheit, das Bundesamt für Strassen und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Die Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung blieben im Vergleich zum Vorjahr stabil.

Externe Dienstleistungen

Mit externen Dienstleistungen zieht die Verwaltung für Teile der Aufgabenerfüllung bundesexterne Dritte bei, etwa für Übersetzungen, Bewachungsaufgaben, Durchführung von Erhebungen, die militärische Flugsicherung oder externe Revisionen. Würde die Verwaltung diese Leistungen nicht mehr einkaufen, müsste sie diese selbst erbringen. Die Verwaltungseinheiten mit den höchsten Ausgaben für externe Dienstleistungen sind die Verteidigung, das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, das Bundesamt für Gesundheit, das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Energie. Eine Zunahme an Ausgaben für externe Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnet insbesondere die Verteidigung (+42 Mio.), namentlich in Zusammenhang mit dem Satellitenaufklärungssystem Composante Spatiale Optique (CSO).

INFORMATIK

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Sach- und Betriebsausgaben Informatik	768	846	840	72	9,4
Hardware	30	35	38	9	29,0
Software	69	74	75	6	9,4
Informatik Betrieb/Wartung	175	242	175	0	-0,1
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleist.	468	465	525	58	12,4
Telekommunikationsleistungen	27	30	27	-1	-2,1
Weitere Kenngrößen i.Z. mit IKT					
Investitionen IKT	111	91	136	25	22,5
Abschreibungen IKT	106	141	130	24	22,7

Hardware, Software

Unter diese Positionen fallen Ausgaben für nicht aktivierbare Software (z.B. Softwareaktualisierungen, Middleware, Software-Tools für Cloudcomputing) und Hardware (z.B. Drucker, Arbeitsplatzsysteme). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben hauptsächlich für die Beschaffung von Mobilgeräten und Windows Clients sowie für Softwarelizenzen (z.B. infolge des Wechsels des Lizenzierungsmodells von SAP).

Informatik Betrieb/Wartung

Die Ausgaben umfassen im Wesentlichen die Wartung und den Betrieb von Fachanwendungen, Systemplattformen und Datenbanken durch Dritte. Determinanten der Ausgabenentwicklung sind die Zahl der Anwendungen sowie Preisanpassungen. Servicemodelle führen dazu, dass Software vermehrt als Service extern bezogen und nicht mehr gekauft wird. Die Ausgaben bleiben auf Vorjahresniveau und unter dem Budget, weil sich die Inbetriebnahme neuer Fachanwendungen (z.B. beim ISC-EJPD und SEM) verzögert hat.

Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen

Der Posten enthält von Dritten erbrachte Informatikdienstleistungen wie Konzepte, Softwareentwicklung, Support und systemspezifische Ausbildung. In der Bundesverwaltung stehen wichtige Vorhaben zur Digitalisierung der Dienste und Prozesse der Verwaltung an. Die Ausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch die Automatisierung und Entflechtung der IT in der Verteidigung sowie durch Entwicklungsleistungen des BIT für IT-Grossprojekte. Der Mehrbedarf gegenüber dem Voranschlag resultiert insbesondere aus der Verwendung von zweckgebundenen Reserven und den Kreditnachträgen, unter anderem für die Pilotierung und den Aufbau der E-ID-Vertrauensinfrastruktur.

Telekommunikationsleistungen

Die Leistungen schliessen Mietleitungsdienste, Mobile Services, Dienstleistungen für die Netzwerkarchitektur Bund und für das weltweite Kommunikationsnetz von Dritten ein. Die Ausgaben für Mietleitungsdienste fielen im Vergleich zum Vorjahr tiefer aus.

Investitionen IKT

Unter den Investitionen werden Beschaffungen von Software und Hardware ausgewiesen, die aufgrund ihres künftigen wirtschaftlichen Nutzens aktiviert werden können. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr und Budget ergibt sich vorwiegend aus der Beschaffung von Arbeitsplatzgeräten für die Verteidigung sowie von Rechnern und Speichersystemen beim BIT.

DIGITALE TRANSFORMATION, IKT-LENKUNG UND CYBERSICHERHEIT

Für die Koordination der digitalen Transformation und die IKT-Lenkung ist der Bereich DTI in der Bundeskanzlei (BK) zuständig. Dazu definiert die BK Vorgaben für die zentrale Bundesverwaltung, teilt die zentral budgetierten Projekt- und Digitalisierungsmittel zu und sorgt deparlementsübergreifend dafür, dass die Geschäftsprozesse, die Datenmodelle, die Anwendungen und die Technologien von der Bundesverwaltung in kohärenter und wirksamer Weise festgelegt und angewendet werden. Der Bereich DTI führt die Standarddienste.

Die fünf IKT-Leistungserbringer der Bundesverwaltung (BIT, ISC-EJPD, Kdo Cy, ISCeco, IT EDA) verrechnen ihre Leistungen an ihre Kunden. Diese Verrechnung ist in den Globalbudgets und Einzelkrediten der Verwaltungseinheiten ersichtlich, nicht aber in der hier vorliegenden konsolidierten Gesamtsicht. Insgesamt werden jährlich IKT-Leistungen im Umfang von rund 800 Millionen intern erbracht.

Als Fachstelle IKT-Sicherheit des Bundes erlässt das Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) beim VBS Vorgaben zur Cybersicherheit innerhalb der Bundesverwaltung, überprüft deren Einhaltung und unterstützt die Verwaltungseinheiten bei der Beseitigung von Schwachstellen.

3 RÜSTUNGSAusGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Rüstungsausgaben der Armee	932	804	943	10	1,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung	102	100	105	3	3,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	379	296	348	-31	-8,2
Ausgaben Rüstungsmaterial	452	408	490	38	8,4
Weitere Kenngrössen i.Z. mit der Armee					
Investitionen Rüstungsmaterial	771	950	1 026	255	33,0
Lagerbezüge Rüstungsmaterial	279	170	268	-11	-4,0
Abschreibungen Rüstungsmaterial	592	640	581	-11	-1,8

Die Rüstungsausgaben zulasten der Erfolgsrechnung belaufen sich im Rechnungsjahr 2023 auf insgesamt 943 Millionen. Davon entfallen 490 Millionen auf Ausgaben für Rüstungsmaterial. Für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung wurden 105 Millionen ausgegeben und für die Beschaffung und Erneuerung der Ausrüstung 348 Millionen.

Ein Teil des beschafften Rüstungsmaterials wird aktiviert und damit über die Investitionsrechnung abgewickelt. Die Investitionen in Rüstungsmaterial belaufen sich im Jahr 2023 auf rund 1 Milliarde. Weiter erfolgten Wertberichtigungen auf dem Munitionsbestand (268 Mio.) sowie Abschreibungen auf dem aktivierten Rüstungsmaterial (581 Mio.).

32 TRANSFERAUSGABEN

Die Transferausgaben sind nach Erstempfänger gegliedert. Kantone, Sozialversicherungen und Fonds sind die wichtigsten Empfänger von Transfers.

TRANSFERAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23 absolut	Δ 2022–23 %
Transferausgaben	62 057	63 993	62 379	322	0,5
Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen	7 614	8 034	7 438	-176	-2,3
Beiträge an eigene Institutionen	3 920	3 926	4 042	122	3,1
Beiträge an Sozialversicherungen	19 332	18 426	18 422	-910	-4,7
Beiträge an Kantone und Gemeinden	23 025	25 088	24 340	1 315	5,7
Beiträge an Dritte	8 166	8 519	8 138	-28	-0,3

EINLAGEN IN SPEZIALFONDS UND SPEZIALFINANZIERUNGEN

Der Bund legt jährlich namhafte Beträge in den Bahninfrastrukturfonds (BIF), in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und in den Netzzuschlagsfonds (NZF) ein. Hinzu kommen kleinere Fonds. Die Saldoänderung von Spezialfinanzierungen wird ebenfalls hier erfasst (Nettoergebnis der zweckgebundenen Einnahmen und der daraus finanzierten Ausgaben).

BEITRÄGE AN EIGENE INSTITUTIONEN

Eigene Institutionen sind Unternehmen, Anstalten und öffentlichrechtliche Stiftungen des Bundes. Wichtigste Empfänger von Beiträgen sind der ETH-Bereich, die SBB, die Schweizerische Post, Innosuisse, Pro Helvetia, Skyguide, das EHB und das schweizerische Nationalmuseum.

BEITRÄGE AN SOZIALVERSICHERUNGEN

Der Bund leistet Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), an die Invalidenversicherung (IV) und an die Arbeitslosenversicherung (ALV). Hinzu kommen Ausgaben für die Militärversicherung und für die Familienzulagen in der Landwirtschaft. Die AHV erhält 1 Mehrwertsteuerprozent (ab 2024 dann 1,4 MWST-% aufgrund der Reform AHV 21) und den gesamten Ertrag der Spielbankenabgabe. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist auf die wegfallenden Ausgaben zur Bewältigung der Covid-Pandemie zurückzuführen (insb. Kurzarbeitsentschädigung, Erwerbsersatz).

BEITRÄGE AN KANTONE UND GEMEINDEN

Im föderalistischen System der Schweiz übernehmen die Kantone in vielen Bereichen den Vollzug von Bundesaufgaben. Daneben unterstützt der Bund die Kantone bei ihren eigenen Aufgaben. Hinzu kommen der Finanzausgleich sowie die Anteile der Kantone an Bundeseinnahmen (u.a. DBST, VST, LSVA, Mineralölsteuer). Unter die Beiträge an die Kantone und Gemeinden fallen zudem insbesondere der Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung, die Beiträge an die Ergänzungsleistungen, die Direktzahlungen in der Landwirtschaft sowie diverse Beiträge in weiteren Aufgabengebieten (Bildung und Forschung, Gesundheit, Migration, Justiz und Polizei, Kultur, Umwelt). Die starke Zunahme im Jahr 2023 ist auf die höheren Ausgaben im Migrationsbereich zurückzuführen.

BEITRÄGE AN DRITTE

Die Beiträge an Dritte umfassen die Beiträge an internationale Organisationen, die Rückverteilung der Lenkungsabgaben sowie Beiträge an andere Dritte (Unternehmen, Organisationen, Private) im In- und Ausland, etwa in den Bereichen Kultur, Gesundheit, Sport, Wirtschaft und Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Kommunikation.

33 FINANZAUSGABEN

Die wiederholten Leitzinserhöhungen durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) zur Bekämpfung der Inflation haben zu deutlich höheren Zinsausgaben des Bundes geführt. Die höheren Zinsausgaben werden allerdings durch die ebenfalls steigenden Zinseinnahmen in etwa kompensiert.

FINANZAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
Finanzausgaben	1 006	1 010	1 295	289	28,7
Zinsausgaben	939	984	1 252	313	33,3
Übrige Finanzausgaben	67	26	43	-24	-35,3

0,8 %

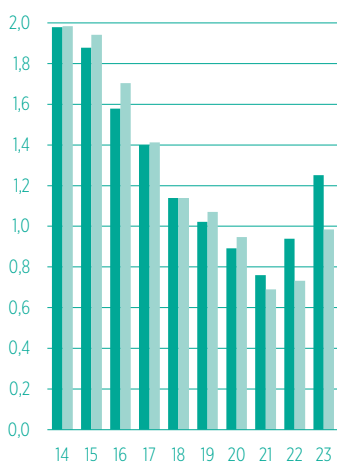
Nettozinslast

Nettozinsausgaben in % der laufenden Einnahmen

Aufgrund der soliden Zunahme der laufenden Einnahmen ging die Nettozinslast leicht zurück.

ENTWICKLUNG DER ZINSAUSGABEN 2014–2023

in Mrd. CHF



■ R in Mrd. CHF
■ VA in Mrd. CHF

Die Zinsausgaben nehmen aufgrund eines erhöhten Schuldenvolumens und höheren Zinsumfelds deutlich zu.

ZINSAUSGABEN DES BUNDES STEIGEN DEUTLICH AN

Die Finanzausgaben des Bundes verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 289 Millionen auf knapp 1,3 Milliarden. Auch wenn ein Teil des Anstiegs der Zinsausgaben auf die höheren Marktschulden zurückzuführen ist, ist der Hauptgrund im Wesentlichen in dem sich stark veränderten Zinsumfeld zu finden. Dies lässt sich beispielsweise an den variabel verzinslichen Instrumenten erkennen, d.h. bei den Zinsausgaben für die Geldmarkt-Buchforderungen (GMBF), für die Sparkasse des Bundespersonals sowie bei den Depotkonten, wo sich der Effekt eines gestiegenen Zinsumfelds unmittelbar in höheren Ausgaben niederschlägt. Dies fällt insbesondere im Zusammenhang mit den GMBF auf, die fast 70 Prozent des gesamten Anstiegs der Brutto-Zinsausgaben auf sich vereinen. GMBF unterliegen aufgrund ihrer kurzen Laufzeiten einem höheren Zinsänderungsrisiko, da sie häufiger refinanziert werden müssen, wodurch sich das aktuelle Zinsumfeld schneller darin widerspiegelt.

Bei den langfristig orientierten Anleihen schlägt sich das höhere Zinsumfeld hingegen nur verzögert in höheren Zinsausgaben nieder. So wird jedes Jahr nur ein relativ kleiner Teil der langfristig emittierten Marktschulden fällig und muss entsprechend refinanziert werden. So haben die Nettozinsausgaben für Anleihen im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr sogar um 52 Millionen abgenommen. Der Bund hat in den vergangenen Jahren vermehrt langlaufende Anleihen emittiert und das historisch tiefe Zinsniveau somit möglichst lange angebunden. Rückblickend hat es sich für den Bund also bezahlt gemacht, an der langfristigen Emissionsstrategie festzuhalten, um von den äusserst vorteilhaften Finanzierungsbedingungen aufgrund des Tief- und Negativzinsumfelds seit 2008 zu profitieren.

Die übrigen Finanzausgaben umfassen in erster Linie die Kommissionen, Abgaben und Spesen im Zusammenhang mit der Geldbeschaffung des Bundes. Obwohl die Emissionstätigkeit des Bundes erhöht ist, nehmen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ab. Der Rückgang erklärt sich mit der Reduktion des Amortisationsbetrags der früher bezahlten Emissionsabgabe auf dem Fremdkapital.

ZINSWENDE MACHT KURZFRISTIGE ANLAGEN WIEDER ATTRAKTIV

Das höhere Zinsumfeld bringt jedoch auch positive Effekte mit sich, denn es macht die kurzfristige Anlage der freiverfügbaren liquiden Mittel für den Bund wieder attraktiv. Seit 2011 konnte aufgrund des Tief- und Negativzinsumfelds die Liquidität nicht mehr ertragsbringend angelegt werden. Mit der im Jahr 2022 eingeläuteten Zinswende ist dies nun wieder möglich. Insgesamt erhöhten sich die Finanzeinnahmen im Rechnungsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um rund 270 Millionen auf 630 Millionen und kompensierten damit in etwa den Anstieg bei den Finanzausgaben.

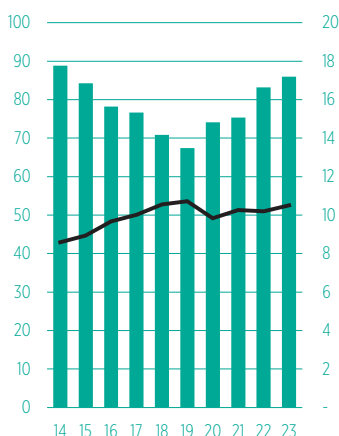
LANGFRISTIGE KAPITALMARKTSCHULDEN STEIGEN DRITTES JAHR IN FOLGE AN

Die Bundestresorerie hat 2023 Anleihen mit einem Nominalwert von insgesamt 8,3 Milliarden emittiert (2022: 6,9 Mrd.). Die langfristige Mittelaufnahme am Kapitalmarkt entfiel dabei zum grössten Teil auf die elf ordentlichen Auktionstermine (8,1 Mrd.) und zu einem kleineren Teil auf den Verkauf von Eigentranchen (0,2 Mrd.). Eigentranchen sind noch nicht platzierte Anleihen im Eigenbestand der Eidgenossenschaft, die zwischen den Auktionsterminen direkt am Markt verkauft werden. Das Disagio, welches im Nominalwert nicht enthalten ist und sich aufgrund der Differenz zwischen den festen Coupons und den Marktzinsen ergibt, belief sich auf 0,1 Milliarden, nachdem im Jahr 2022 noch ein Agio von 0,2 Milliarden resultierte. Dieser Umstand ist auf den Anstieg der Marktzinsen im Jahr 2022 zurückzuführen. Mit zwei weiteren Zinsschritten erhöhte die SNB den Leitzins im Jahr 2023 auf bis zu 1,75 Prozent (per Ende Juni), wo der Leitzins bis Ende Jahr verblieb.

Der hohe Bruttoemissionsbedarf im Jahr 2023 war dabei einerseits auf die im Jahr 2023 fällig werdende Anleihe in der Höhe von 4,6 Milliarden zurückzuführen und andererseits auf Mittelabflüsse aufgrund der wieder positiven Geldmarktzinsen. Dazu gehört auch die Auszahlung von 2 Milliarden an die Stiftung Auffangeinrichtung BVG, welche ihre Gelder, die sie während der Negativzinsphase zinslos beim Bund anlegen konnte, nach der Zinswende schrittweise wieder abzog. Nominal betrachtet resultierte am Jahresende ein ausstehendes Anleihevolumen der Eidgenossenschaft von rund 72 Milliarden (Vorjahr: 68,3 Mrd.). Dies entspricht bereits dem dritten Anstieg der Kapitalmarktschulden des Bundes in Folge. Da die Zinskurve auch 2023 von einer starken Inversion geprägt war, d.h. die Renditen für längere Laufzeiten lagen tiefer als diejenigen für kürzere Laufzeiten, konnte der Bund trotz des nun positiven Zinsumfelds von vorteilhaften Finanzierungsbedingungen in diesem Marktsegment profitieren. Aufgrund der wiederholten Leitzinserhöhungen stieg die durchschnittliche erzielte Rendite der im Jahr 2023 emittierten Anleihen allerdings im Vergleich zum Vorjahr auf 1,20 Prozent (2022: 0,89 %), während sich die durchschnittliche Restlaufzeit auf 15,1 Jahren belief (2022: 20,2 Jahre).

RESTLAUFZEIT DER GELD- UND KAPITALMARKTSCHULDEN

in Mrd. CHF



■ Geld- und Kapitalmarktschulden (linke Skala)
— Ø Restlaufzeit in Jahren (rechte Skala)

Per Ende 2023 waren Anleihen und GMBF im Umfang von 86,0 Milliarden ausstehend, rund 2,8 Milliarden mehr als im Vorjahr. Die Restlaufzeit stieg leicht auf 10,5 Jahre.

EMISSION DER GELDMARKT-BUCHFORDERUNGEN WAR MIT MARKANT HÖHEREN KOSTEN VERBUNDEN

Geldmarkt-Buchforderungen (GMBF) stellen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit (3, 6 oder 12 Monate) und dem wöchentlichen Auktionsrhythmus ein gut geeignetes Instrument dar, um die kurzfristige Liquidität des Bundes zu steuern und auf kurzfristige Zahlungsspitzen zu reagieren. Gemäss dem Emissionsprogramm für das Jahr 2023 sollte das GMBF-Volumen im Jahresverlauf innerhalb einer Bandbreite von 12 bis 18 Milliarden zu liegen kommen (Bandbreite 2022: 8 bis 14 Milliarden). Während zu Jahresbeginn das Volumen ausstehender GMBF noch rund 15 Milliarden betrug, belief es sich per Jahresende noch auf rund 14 Milliarden, womit die angestrebte Bandbreite per Jahresende eingehalten wurde.

Lag die durchschnittliche Rendite der im Jahr 2022 auktionierten GMBF noch bei rund 0 Prozent, stiegen die absoluten Finanzierungskosten der GMBF im Jahr 2023 deutlich an. Während die GMBF mit dreimonatiger Laufzeit im ersten Quartal 2023 noch zu Renditen von durchschnittlich 1,1 Prozent zugeteilt werden konnten, erreichten sie im vierten Quartal durchschnittlich eine Rendite von 1,6 Prozent. Das höhere Zinsumfeld in der Schweiz machte sich also unmittelbar und deutlich bemerkbar, so auch bei dem durch die GMBF verursachten Zinsaufwand. Trugen GMBF dank der Negativzinsen im Jahr 2022 noch zu einer Aufwandminderung von netto 37,0 Millionen bei (Zinseinnahmen 47,8 Mio., Zinsaufwand 10,8 Mio.), resultierte im Jahr 2023 ausschliesslich ein Zinsaufwand von rund 214 Millionen.

INHALTSVERZEICHNIS

C	VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN	75
	VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN	79
1	BILANZ	79
	11 FINANZVERMÖGEN	80
	12 VERWALTUNGSVERMÖGEN	81
	13 FREMDKAPITAL	85
2	AUSSERBILANZIELLE POSITIONEN	89
	21 BÜRGSCHAFTEN UND GARANTIE	89

VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

1 BILANZ

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Milliarden auf neu 190 Milliarden. Das Eigenkapital blieb praktisch unverändert bei 4 Milliarden.

BILANZ

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Aktiven	188 700	190 187	1 487
Finanzvermögen	45 504	44 564	-940
Verwaltungsvermögen	143 196	145 623	2 427
Passiven	188 700	190 187	1 487
Fremdkapital	184 510	186 251	1 742
Eigenkapital	4 191	3 936	-255
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 582	6 601	20
Reserven aus Globalbudget	710	621	-88
Bilanzfehlbetrag	-3 101	-3 287	-186

DARSTELLUNG DER VERMÖGENS- UND SCHULDENLAGE

In der Bundesbilanz werden die *Aktiven* in Finanz- und Verwaltungsvermögen untergliedert. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie flüssige Mittel, Forderungen oder Finanzanlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen und liegt im Kompetenzbereich von Bundesrat und Verwaltung. Das Verwaltungsvermögen hingegen umfasst die Mittel, die der Aufgabenerfüllung dienen. Der Einsatz dieser Mittel bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Die *Passiven* sind in Fremd- und Eigenkapital untergliedert. Das Eigenkapital bleibt mit 4 Milliarden in Relation zur Bilanzsumme auf tiefem Niveau.

KEINE KONSOLIDIERTE SICHT

Bei der Bundesbilanz handelt es sich nicht um eine konsolidierte Sicht anhand der Vorgaben von IPSAS. Die in die Bundesrechnung einbezogenen Einheiten werden durch gesetzliche Vorgaben bestimmt (Art. 5 und Art. 52 Abs. 3 FHG). Sie beinhalten die Verwaltungseinheiten der Departemente, die Behörden und Gerichte sowie die dezentralen Verwaltungseinheiten, welche keine eigene Rechnung führen. Die Beteiligungen an bedeutenden Bundesunternehmen werden in der Bundesrechnung zum anteiligen Eigenkapital abgebildet (at-equity- Bewertung).

Damit werden insbesondere die Bilanzwerte der ausgelagerten Spezialfonds mit Sonderrechnungen (BIF und NAF) ausserhalb der Bundesrechnung abgebildet. Um eine umfassende Beurteilung der Vermögens- und Schuldenlage auf Ebene des Bundes vorzunehmen, sind zusätzlich zur Bundesrechnung ebenfalls die Bilanzwerte der ausgelagerten Spezialfonds mit zu berücksichtigen.

11 FINANZVERMÖGEN

Das Finanzvermögen reduzierte sich um 1 Milliarde. Dies war insbesondere auf die Abnahme der kurzfristigen Finanzanlagen zurückzuführen.

FINANZVERMÖGEN

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Finanzvermögen	45 504	44 564	-940
Flüssige Mittel	15 615	16 791	1 177
Forderungen	10 557	11 615	1 058
Aktive Rechnungsabgrenzung	4 231	4 141	-90
Finanzanlagen	15 101	12 017	-3 084

Die *flüssigen Mittel und kurzfristigen Finanzanlagen* werden im Wesentlichen zentral durch die EFV bewirtschaftet. Zur Sicherstellung der Liquidität im kurzfristigen Horizont hält die Bundestresorerie kurzfristige, liquide Finanzanlagen, um die Zahlungsbereitschaft des Bundes sicherzustellen. Die wesentlichen Zahlungseingänge unterliegen einem ausgeprägten saisonalen Muster. Aufgrund der schwierigen Planbarkeit der Zahlungsströme, namentlich bei den Einnahmen (Verrechnungssteuer, direkte Bundessteuer), ist eine minimale Liquidität erforderlich. Die mit der Anlagetätigkeit verbundenen Kreditrisiken werden durch Anlagevorschriften und Limitenvorgaben begrenzt. Der Bestand an flüssigen Mitteln ist fast ausschliesslich bei der SNB angelegt und erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1,2 Milliarden. Demgegenüber reduzierten sich die kurzfristigen Festgeldanlagen um 2,5 Milliarden.

Die *Forderungen und Rechnungsabgrenzungen* umfassen hauptsächlich Steuer- und Zollforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen sowie Forderungen gegenüber den Kantonen.

Die *langfristigen Finanzanlagen* bestehen zu einem überwiegenden Teil aus gewährten Tresoriedarlehen. Es sind dies rückzahlbare Darlehen, welche ausserhalb der Schuldenbremse an Institutionen der öffentlichen Verwaltung oder ihr nahestehende Organisationen gewährt werden. Die Darlehen werden zu Marktkonditionen verzinst. Gegenwärtig sind nachfolgende Darlehen ausstehend:

GEWÄHRTE TRESORIEDARLEHEN

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Ausstehende Tresoriedarlehen	12 153	11 615	-539
Bahninfrastrukturfonds	5 827	5 102	-726
SBB	6 326	6 513	187

Der Bahninfrastrukturfonds konnte sein Darlehen im Jahr 2023 planmässig um 726 Millionen auf neu 5,1 Milliarden reduzieren. Für das Jahr 2024 ist eine weitere Reduktion des ausstehenden Darlehens um 747 Millionen geplant.

Das Tresoriedarlehen der SBB wurde 2023 um weitere 187 Millionen erhöht. Neu beläuft sich das Darlehen auf 6,5 Milliarden per Bilanzstichtag.

12 VERWALTUNGSVERMÖGEN

Der Buchwert des Verwaltungsvermögens beläuft sich per Ende 2023 auf 146 Milliarden. Wesentliche Bestandteile sind die Sachanlagen (63 Mrd.) sowie die Beteiligungen an Bundesunternehmen (72 Mrd.).

VERÄNDERUNG VERWALTUNGSVERMÖGEN

Mio. CHF	Vorräte und Anzahlungen	Sachanlagen	Immaterielle Anlagen	Darlehen	Beteiligungen	Investitions- beiträge	Total
Stand per 01.01.2023	4 264	61 635	564	5 523	71 211	-	143 196
Investitionsausgaben	232	4 085	57	68	71	1 231	5 835
Investitionseinnahmen	2	-23	-	-147	-832	-2	-1 002
Umgliederungen	-	-4	4	-	-	-	-
Bewertungsänderungen in der Erfolgsrechnung erfasst	-824	-2 840	52	-17	2 333	-1 229	-2 525
Bewertungsänderungen im Eigenkapital erfasst	-	-	-	199	-81	-	118
Stand per 31.12.2023	3 764	62 853	677	5 627	72 701	-	145 623

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Das Verwaltungsvermögen umfasst diejenigen Vermögenswerte, die unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Bedingt durch die Aufgabentätigkeit des Bundes sind dies Sachwerte, Immaterielle Anlagen, Darlehen und Beteiligungen. Zusätzlich gewährt der Bund auch Investitionsbeiträge an Dritte. Diese werden vollständig wertberichtet und somit nicht bilanziert.

Die Bewertung des Verwaltungsvermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der notwendigen Abschreibungen. Es handelt sich somit nicht um Marktbewertungen, was auch darauf zurückzuführen ist, dass für die Vermögenswerte kein aktiver Markt besteht (z.B. Nationalstrassen, Rüstungsmaterial etc.). Die Beteiligungen werden zum anteiligen Eigenkapital und die Darlehen anhand der zu erwartenden Zahlungsrückflüsse bewertet.

ZUSAMMENSPIEL VERWALTUNGSVERMÖGEN UND SCHULDENBREMSE

Zugänge ins und Abgänge aus dem Verwaltungsvermögen bedürfen der Zustimmung des Parlaments (Kreditbewilligung). Entsprechend werden *Investitionen und Devestitionen des Verwaltungsvermögens* über die Investitionsrechnung verbucht. Die Beträge werden der Schuldenbremse belastet bzw. gutgeschrieben.

Das Verwaltungsvermögen kann auch aufgrund von *Bewertungsänderungen* schwanken. Dabei handelt es sich um buchhalterische Sachverhalte, die keinen Einfluss auf die Schuldenbremse haben. Dazu gehören insbesondere die Abschreibungen auf Sach- und immateriellen Anlagen und die Bewertungsanpassungen auf Darlehen und Beteiligungen des Bundes.

ENTWICKLUNG IM BERICHTSJAHR

Die Buchwerte des Verwaltungsvermögens erhöhten sich im Berichtsjahr um 2,4 Milliarden auf 145,6 Milliarden. Die *Nettoinvestitionen* beliefen sich auf 4,8 Milliarden. Demgegenüber reduzierten die *Bewertungsänderungen* die Buchwerte um 2,4 Milliarden. In den Bewertungsänderungen werden vorwiegend der Wertverzehr der Vermögenswerte (Abschreibungen: -3 Mrd.), die Abschreibungen von gewährten Investitionsbeiträgen (-1,2 Mrd.) sowie Bewertungsgewinne auf Beteiligungen (+2,4 Mrd.) verbucht.

Zusätzliche Informationen zu den Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens sowie deren Bewertungsgrundsätze sind in Band 1B, Kapitel 82/5–82/9 verfügbar.

SACHVERMÖGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEN

SACHANLAGEN, VORRÄTE UND ANZAHLUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Vermögenswerte Nationalstrassen	42 221	42 683
Anzahlungen (reservierte Mittel)	3 828	3 670
Nationalstrassen im Bau	8 815	8 869
Grundstücke und Gebäude	4 497	4 506
Nationalstrassen in Betrieb	25 081	25 638
Militärische Vermögenswerte	13 025	13 450
Anlagen im Bau	1 001	1 115
Grundstücke und Gebäude	4 651	4 722
Rüstungsgüter (inkl. Anzahlungen)	3 953	4 307
Militärische Vorräte	3 420	3 306
Zivile Grundstücke und Gebäude	9 511	9 590
ETH Gebäude im Bau	708	387
ETH Grundstücke und Gebäude	3 452	3 829
Sonstige zivile Gebäude im Bau	378	316
Sonstige zivile Grundstücke und Gebäude	4 973	5 057
Übrige Sachanlagen, Vorräte und Anzahlungen	1 142	894
Sachanlagen, Vorräte und Anzahlungen	65 899	66 617

VERMÖGENSWERTE NATIONALSTRASSEN

Nationalstrassen in Betrieb

Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen werden über den *Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF)* abgewickelt. Die Bilanzierung der Vermögenswerte erfolgt hingegen in der *Bundesrechnung*. Die Bilanzwerte des in Betrieb stehenden Nationalstrassennetzes (inkl. Grundstücke und Gebäude) belaufen sich auf 30,1 Milliarden (+0,6 Mrd.). Die Entwicklung der Buchwerte erlaubt generelle Rückschlüsse darauf, inwieweit die getätigten Investitionen mit dem laufenden Wertverzehr (Abschreibungen) Schritt halten. Über den Zustand des Nationalstrassennetzes sagen die Buchwerte hingegen wenig aus. Zu diesem Zweck veröffentlicht das ASTRA jährlich den «Netzzustandsbericht der Nationalstrassen».

Nationalstrassen in Bau/ Anzahlungen (reservierte Mittel)

Gegenwärtig befinden sich im Nationalstrassenbau Projekte mit kumulierten Kosten von 8,8 Milliarden im Bau. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Projekte für den *Ausbau und Unterhalt* des bestehenden Netzes. Daneben sind auch aufgelaufene Kosten für *Netzfertigstellungsprojekte* (u.a. A9 im Wallis), *grössere Vorhaben* (u.a. zweite Gotthardröhre) sowie *Kapazitätserweiterungen* und *Engpassbeseitigungen* bilanziert. Eine Übersicht über die Anlagen im Bau findet sich in der NAF-Rechnung.

Bei den *reservierten Mittel für den Nationalstrassenbau* handelt es sich nicht um Anzahlungen an Dritte. Der Betrag von 3,6 Milliarden entspricht vielmehr dem Betrag, der bereits schuldenbremsewirksam aus der Bundesrechnung in den NAF eingelegt wurde, bisher aber noch nicht verbaut wurde. In diesem Umfang kann der NAF in Zukunft Investitionen tätigen, ohne dass die Schuldenbremse erneut belastet wird.

MILITÄRISCHE VERMÖGENSWERTE

Rüstungsgüter

Unter den Rüstungsgütern werden Vermögenswerte mit einem Buchwert von 4,3 Milliarden ausgewiesen. Es gilt allerdings zu erwähnen, dass die Buchwerte in diesem Fall nur eine geringe Aussagekraft haben. Entgegen den üblichen Grundsätzen der Rechnungslegung werden im Bereich der Rüstungsgüter nicht alle aktivierungsfähigen Rüstungsgüter bilanziert. Lediglich die im Rahmen eines Rüstungsprogramms beschafften Hauptwaffensysteme werden in der Bilanz nachgeführt. Für den operativen Betrieb eingesetzte Anlagen wie Lastwagen, Baumaschinen, Stromgeneratoren usw. werden somit zum Zeitpunkt der Beschaffung direkt über die Erfolgsrechnung abgewickelt und nicht bilanziert.

Übrige militärische Vermögenswerte

Die *militärischen Vorräte* umfassen im Wesentlichen Munitionsvorräte (Ausbildungsmunition sowie Munition für Waffensysteme). Daneben werden Vorratsbestände für Treib- und Brennstoffe sowie Sanitätsmaterial gehalten. Die *Grundstücke und Gebäude* (inkl. Anlagen in Bau) umfassen unter anderem die Waffenplätze, Kasernen und Militärflugplätze.

Weitere Angaben finden sich im Band 1B, Kapitel 81/7 Rüstungsausgaben, Kapitel 82/5 Vorräte sowie Kapitel 82/6 Sachanlagen.

ZIVILE GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE

ETH Gebäude und Grundstücke

Der Bund ist grösstenteils Eigentümer der Grundstücke und Gebäude des ETH-Bereichs. Deren Buchwerte belaufen sich auf 4,2 Milliarden. Für die Nutzung der Liegenschaften verrechnet der Bund dem ETH-Bereich eine Miete. Zur Deckung der Mietkosten erhält der ETH-Bereich vom Bund gleichzeitig einen so genannten Beitrag an die Unterbringung in gleicher Höhe. Ein Mittelfluss findet dementsprechend nicht statt.

Sonstige zivile Gebäude und Grundstücke

Die sonstigen zivilen Grundstücke und Gebäude sind mit 5,4 Milliarden bewertet. Dabei handelt es sich um Verwaltungsgebäude, Zolanlagen, Botschaftsgebäude, Sportanlagen, historische Bauten sowie Regierungs- und Gerichtsgebäude.

IMMATERIELLE ANLAGEN

Ein Teil des Vermögens des Bundes stammt aus immateriellen Anlagen. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte ohne physische Substanz. Der Grossteil davon entfällt auf Software. Die Buchwerte belaufen sich auf 0,7 Milliarden per Bilanzstichtag.

Analog zu den nicht bilanzierten Rüstungssachgütern werden im Bereich der Rüstung auch die immateriellen Vermögenswerte nicht bilanziert. Die zu Lasten des Rüstungskredits anfallenden Kosten, beispielsweise zur Entwicklung oder zum Einkauf von Softwarelösungen, werden vollständig als Ausgaben über die Erfolgsrechnung erfasst.

DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN

DARLEHEN DES VERWALTUNGSVERMÖGENS

Der Bund gewährt im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung rückzahlbare oder bedingt rückzahlbare Darlehen. Grösstenteils werden Darlehen über die Spezialfonds BIF und NAF gewährt. Aber auch aus der Bundesrechnung werden im Rahmen der Aufgabenerfüllung bedeutende Darlehen ausgerichtet, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, sozialer Wohnungsbau und Verkehr.

Ende 2023 betragen die Nominalwerte der über die Bundesrechnung ausgerichteten Darlehen 7,3 Milliarden. Bewertet werden sie per Stichtag mit 5,6 Milliarden. Eine detailliertere Aufstellung der ausstehenden Darlehen ist im Band 1B, Kapitel 82/8 verfügbar.

BETEILIGUNGEN

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022–23
Beteiligungen	71 211	72 701	1 491
Konzessionierte Transportunternehmen (KTU)	52 794	54 096	1 302
Post	9 783	10 056	273
Swisscom	5 484	5 783	299
Ruag	1 359	882	-477
Entwicklungsbanken	948	922	-25
Übrige	844	961	118

Der Bund als Teilhaber von Unternehmen und Entwicklungsbanken

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung ist der Bund an verschiedenen Unternehmen und Entwicklungsbanken beteiligt. Beteiligungen zu Anlagezwecken sind dem Bund untersagt.

Der Bund beteiligt sich dabei in sehr unterschiedlicher Höhe am Kapital der Gesellschaften. Möglich sind 100 Prozent-Beteiligungen (u.a. Post, SBB, Skyguide) oder Mehrheitsbeteiligungen (u.a. Swisscom 51 %). Bei den Minderheitsbeteiligungen verfügt der Bund häufig über eine Beteiligungsquote, die ihm einen massgeblichen Einfluss an den Unternehmen sichert. Bei den Entwicklungsbanken liegt der Kapitalanteil des Bundes hingegen lediglich im einstelligen Prozentbereich. Eine Übersicht über die Kapitalanteile findet sich im Beteiligungsregister in Band 1B, Kapitel 85.

Bewertung von Beteiligungen

Unternehmen: Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt in der Regel zum anteiligen Eigenkapitalwert des Unternehmens. Dabei wird grundsätzlich auf die Jahresrechnung der Unternehmen abgestellt.

Bei den *Beteiligungen an den konzessionierten Transportunternehmen (KTU)* ist zu beachten, dass das in die Beteiligungsbewertung einflussende Eigenkapital massgeblich vom publizierten Eigenkapital der Unternehmen abweicht. Der Grund liegt darin, dass in der Beteiligungsbewertung auch die Darlehen, die der Bund den KTU zur Finanzierung der Bahninfrastruktur gewährt hat, eingerechnet werden. Bei den Darlehen handelt es sich um bedingt rückzahlbare Darlehen, die die KTU zum Ausbau der Bahninfrastruktur vom Bund erhalten. Die Rückzahlung der Darlehen ist an Bedingungen geknüpft, die in aller Regel nicht eintreten. Die Darlehen werden für die Beteiligungsbewertung daher als Eigenkapital und nicht als Fremdkapital betrachtet. Dies erklärt die hohen Beteiligungswerte der KTU (54 Mrd., davon 47 Mrd. Beteiligungswert der SBB).

Entwicklungsbanken: Die Anteile an Entwicklungsbanken werden zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen den einbezahlten Kapitalanteilen (bereinigt um Fremdwährungsanpassungen).

Ausführliche Informationen zur Beteiligungsbewertung finden sich im Band 1B, Kapitel 82/9.

13 FREMDKAPITAL

Das Fremdkapital setzt sich vorwiegend zusammen aus Schulden am Finanzmarkt (91 Mrd.) und offenen Rückerstattungsansprüchen aus der Verrechnungssteuer (40 Mrd.).

FREMDKAPITAL

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022–23
Fremdkapital	184 510	186 251	1 742
Laufende Verbindlichkeiten	19 235	21 223	1 988
Passive Rechnungsabgrenzung	8 511	7 587	-924
Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital	10 832	11 207	375
Finanzverbindlichkeiten	104 469	106 869	2 400
Personalvorsorgeverpflichtungen	2 139	2 767	628
Rückstellungen	39 323	36 598	-2 725

LAUFENDE VERBINDLICHKEITEN UND PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Zusammengenommen belaufen sich die laufenden Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungen auf 28,8 Milliarden. Sie beinhalten hauptsächlich Steuerverbindlichkeiten. Die Rückerstattungsansprüche aus der Verrechnungssteuer belaufen sich dabei auf 11,4 Milliarden (zusätzlich zur Verrechnungssteuerrückstellung im Betrag von 28,1 Mrd.). Ebenfalls von Bedeutung sind die Vorauszahlungen für die direkte Bundessteuer (4,8 Mrd.) sowie die Verpflichtungen gegenüber Steuerpflichtigen aus der Mehrwertsteuer (1,6 Mrd.).

Die Kontokorrentverpflichtungen gegenüber den Kantonen belaufen sich auf 4,2 Milliarden.

Zusätzliche Informationen finden sich in Band 1B, Kapitel 82/10 Laufende Verbindlichkeiten und 82/3 Rechnungsabgrenzungen.

ZWECKGEBUNDENE MITTEL IM FREMDKAPITAL

Unter dem Begriff «zweckgebundene Mittel» werden unterschiedliche Gefässe für die zweckgebundene Finanzierung von Vorhaben zusammengefasst. Die gängigsten Formen sind die Spezialfinanzierungen und Spezialfonds (mit oder ohne Sonderrechnung). Diese Spezialgefässe werden durch zweckgebundene Einnahmen oder aus dem allgemeinen Haushalt gespeist.

Unter den Verpflichtungen aus zweckgebundenen Mitteln werden in der Bundesrechnung diejenigen Bestände passiviert, die zwar bereits für die Zweckbestimmung und damit für die Spezialgefässe fest reserviert, aber bisher noch nicht ausgegeben wurden. Hohe Bestände weisen insbesondere der Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (4,6 Mrd.) sowie der Netzzuschlagsfonds (2,8 Mrd.) auf.

Zusätzliche Informationen finden sich in Band 1B, Kapitel 82/12 Zweckgebundene Mittel im Fremd- und Eigenkapital.

FINANZVERBINDLICHKEITEN

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Finanzverbindlichkeiten	104 469	106 869	2 400
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	14 893	13 922	-971
Anleihen	73 530	76 718	3 188
Verpflichtungen gegenüber eigenen Institutionen	10 981	13 321	2 340
Übrige Finanzverbindlichkeiten	5 065	2 909	-2 156

Die Finanzverbindlichkeiten enthalten mit den *Anleihen* und den *Geldmarktpapieren* die beiden Hauptfinanzierungsquellen des Bundes. Die Verpflichtungen sind zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet. Der Buchwert der Geld- und Kapitalmarktschulden beläuft sich per Stichtag auf insgesamt 90,6 Milliarden (+2,2 Mrd.). Der Marktwert der offenen Verpflichtungen beläuft sich auf 94,4 Milliarden. Für weitere Erläuterungen wird auf das Kapitel 82/11 Finanzverbindlichkeiten und den von der EFV jährlich publizierten *Tätigkeitsbericht der Bundestresorerie* verwiesen.

Die *Verpflichtungen gegenüber eigenen Institutionen* umfassen Verpflichtungen gegenüber den bundeseigenen Sozialversicherungen, den Bundesunternehmen und den bundeseigenen Anstalten. Insbesondere die Sozialversicherungen und die bundeseigenen Anstalten legen nicht benötigte Liquiditätsreserven beim Bund an. Die bedeutendsten Guthaben haben zum Stichtag die ALV mit 5,0 Milliarden (+2,6 Mrd.) die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) mit 3,1 Milliarden sowie die ETH mit 1,3 Milliarden beim Bund angelegt. Die Guthaben werden verzinst. Ebenfalls in dieser Rechnungsposition enthalten sind die Kundenguthaben der Sparkasse Bundespersonal (3,2 Mrd.).

Die übrigen Finanzverbindlichkeiten enthalten unter anderem die beschlagnahmten Vermögenswerte (1 Mrd.).

RÜCKSTELLUNGEN UND VORSORGEVERPFLICHTUNG**RÜCKSTELLUNGEN UND PERSONALVORSORGEVERPFLICHTUNGEN**

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23
Rückstellungen	39 323	36 598	-2 725
Verrechnungssteuer	30 000	28 100	-1 900
Militärversicherung	1 816	1 773	-43
Münzumsatz	2 312	2 302	-10
Rückbau und Entsorgung	2 019	1 918	-101
Bürgschaften	1 399	933	-465
Übrige	1 778	1 572	-205
Personalvorsorgeverpflichtungen	2 139	2 767	628

Verrechnungssteuer

Die Rückstellung umfasst die zu einem späteren Zeitpunkt zu erwartenden Rückerstattungen aus Zahlungseingängen bei der Verrechnungssteuer. Die Bemessung des Rückstellungsbestandes ist aufgrund der besonderen Ausgestaltung der Steuer äusserst anspruchsvoll. Dem Bund fliessen durch die Steuerpflichtigen sehr hohe Geldbeträge zu, welche von den Rückerstattungsberechtigten ganz oder teilweise zurückgefordert werden können. Da der Bund weder die Rückerstattungsberechtigten noch deren Verhalten kennt, müssen die zu erwarteten Rückerstattungsansprüche geschätzt werden, was mit erheblichen Schätzunsicherheiten behaftet ist.

Militärversicherung

Die Suva führt im Auftrag des Bundes die Militärversicherung als eigene Sozialversicherung. Bei Eintritt eines Versicherungsfalles, der einen Anspruch auf eine Rente der Militärversicherung begründet, sind die voraussichtlichen Rentenverpflichtungen zurückzustellen. Der Rückstellungsbedarf wird nach versicherungsmathematischen Methoden berechnet. Er ist aufgrund der abnehmenden Zahl von Dienstpflichtigen tendenziell rückläufig.

Münzumsatz

Der Bund ist verpflichtet, alle von der SNB in Umlauf gebrachten Münzen bei Bedarf zurückzunehmen und zu vergüten. Dementsprechend wird für die sich im Umlauf befindlichen Münzen eine Rückstellung geführt. Da aufgrund von Erfahrungswerten aus dem Euroraum mit einer Schwundquote von 35 Prozent zu rechnen ist, entspricht der verbuchte Rückstellungsbestand 65 Prozent des Nennwerts der sich im Umlauf befindlichen Münzen.

Rückbau und Entsorgung

Der Rückstellungsbetrag für Rückbau und Entsorgung setzt sich im Wesentlichen aus den beiden folgenden Positionen zusammen. Beide Rückstellungspositionen beinhalten wesentliche Schätzunsicherheiten:

- *Munitionslager Mitholz; 1420 Millionen*
Gestützt auf Expertengutachten haben Bundesrat und Parlament beschlossen, das ehemalige Munitionslager Mitholz zu räumen. Die Räumung erstreckt sich voraussichtlich auf einen Zeitraum von rund 20 Jahren.
- *Nukleare Stilllegung und Entsorgung; 443 Millionen*
Die Rückstellung für nukleare Stilllegung und Entsorgung umfasst sowohl die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowie der Rückbau der Kernanlagen. Die Bemessung des Rückstellungsbetrages basiert auf Kostenstudien von swissnuclear sowie auf Angaben des Paul Scherrer Instituts (PSI).

Bürgschaften

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung gewährt der Bund Garantien und Bürgschaften. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Zahlungen an den Garantiennehmer zu leisten, sofern ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantiennehmer nicht nachkommt. Bei Garantien und Bürgschaften, für welche das Verlustrisiko verlässlich geschätzt werden kann, wird der erwartete Verlust als Rückstellung erfasst. Ein Grossteil des zurückgestellten Verlustrisikos bezieht sich auf die Covid-19-Solidarbürgschaftskredite (727 Millionen). Von den ursprünglich gewährten Überbrückungskrediten in der Höhe von 16,9 Milliarden sind per Stichtag noch 7,6 Milliarden ausstehend. Es wird von einem durchschnittlichen Ausfallrisiko von rund 10 Prozent ausgegangen.

Übrige Rückstellungen

Die wichtigsten Positionen beinhalten erwartete Mittelabflüsse für ausstehende Zahlungen für Testkosten Covid (386 Mio.) sowie für Treueprämien für Bundespersonal (283 Mio.).

Detailliertere Informationen zu den Rückstellungen finden sich in Band 1B, Ziffer 82/14 *Rückstellungen*

PERSONALVORSORGEVERPFLICHTUNGEN

Unter den Personalvorsorgeverpflichtungen werden insbesondere die Verpflichtungen aus dem Vorsorgeplan des Vorsorgewerks Bund bei der PUBLICA ausgewiesen. Zudem beinhaltet die Position die Verpflichtungen aus Vorruhestandsleistungen und aus den Ruhegehältern für Magistratspersonen.

Zusätzliche Informationen finden sich in Band 1B, Ziffer 82/13 *Personalvorsorgeverpflichtungen*.

2 AUSSERBILANZIELLE POSITIONEN

21 BÜRGSCHAFTEN UND GARANTIEEN

Der Bund hat zum Stichtag Bürgschaften und Garantien in der Höhe von 25 Milliarden ausstehend. Der daraus erwartete Mittelabfluss wird derzeit auf knapp 1 Milliarde geschätzt, ist aber mit vielen Unsicherheiten behaftet.

BUNDESBÜRGSCHAFTEN ALS INSTRUMENT DER AUFGABENERFÜLLUNG

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung gewährt der Bund Bürgschaften und Garantien. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Zahlungen zu Gunsten des Garantienähmers zu leisten, sofern ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantienähmer nicht nachkommt.

Bei Bürgschaften und Garantien, für welche das Verlustrisiko verlässlich geschätzt werden kann, wird der erwartete Mittelabfluss als Rückstellung erfasst. Ist dies nicht möglich, erfolgt eine Offenlegung als ausserbilanzielle Position. Nachfolgend ist eine Gesamtübersicht über die per Stichtag offenen Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien abgebildet.

BÜRGSCHAFTEN UND GARANTIEEN

Mio. CHF	Verpflichtungs- kredit per 31.12.2023	Maximal beanspruch- bar per 01.01.2023	Veränderung	Maximal beanspruch- bar per 31.12.2023	Verbucht als Rückstellung
Bürgschaften und Garantien	85 898	27 255	-2 311	24 944	939
Covid-Überbrückungskredite	40 000	9 529	-1 963	7 566	727
Eurofima	-	3 214	-111	3 103	8
Sozialer Wohnungsbau	18 552	3 894	40	3 933	42
Konzessionierte Transportunternehmen	11 000	3 657	94	3 751	108
Härtefall-Bürgschaften	-	194	-55	139	20
Gewerbliche Bürgschaften	-	315	-12	302	34
IWF Währungshilfebeschluss	10 000	3 662	-	3 662	-
IWF PRGT-Fonds	2 550	1 842	-264	1 578	-
IWF RST-Fonds	750	-	-	-	-
Fluggesellschaften und flugnahe Betriebe	-	73	-73	-	-
Hochseeschifffahrt	1 700	157	-3	154	-
Pflichtlagerwechsel	540	150	14	164	-
Int. Leistungsaushilfe Krankenversicherung	300	300	-	300	-
Übrige	506	268	23	291	-

Per 31.12.2023 sind Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen im Umfang von total 24,9 Milliarden ausstehend. Daraus wird per Stichtag ein Mittelabfluss von rund 900 Millionen erwartet und zurückgestellt, insbesondere im Bereich der Covid-Solidarbürgschaften. Die Berechnung des Erwartungswerts berücksichtigt die ausstehende Garantiesumme, die Laufzeit der Garantie sowie die Ausfallwahrscheinlichkeit. Dabei ist vor allem die Annahme der zukünftigen Ausfallwahrscheinlichkeit mit sehr hohen Unsicherheiten verbunden. Die Höhe der effektiven Zahlungen, welche der Bund als Garantiegeber in der Zukunft infolge von Ausfällen leisten muss, kann deshalb wesentlich vom bilanzierten Wert abweichen.

Zusätzliche Informationen finden sich in Band 1B, Kapitel A82/14 Rückstellungen sowie A83/1 Bürgschaften und Garantien.

Informationen zu weiteren ausserbilanziellen Positionen (u.a. Eventualverbindlichkeiten und -forderungen) finden sich Band 1B, Kapitel A83.

INHALTSVERZEICHNIS

D	STEUERUNG DES HAUSHALTES	91
	STEUERUNG DES HAUSHALTES	95
1	AUSGABEN NACH DEPARTEMENTEN	95
	11 AUSGABEN NACH DEPARTEMENTEN	95
2	KREDITSTEUERUNG	97
	21 VERPFLICHTUNGSKREDITE UND ZAHLUNGSRAHMEN	97
	22 BUDGETKREDITE	101
	23 BILDUNG VON RESERVEN	104
3	SPEZIALTHEMEN	105
	31 SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG VBS UND EFD	105

STEUERUNG DES HAUSHALTES

1 AUSGABEN NACH DEPARTEMENTEN

11 AUSGABEN NACH DEPARTEMENTEN

AUSGABEN NACH DEPARTEMENTEN

Mio. CHF	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK	Übrige	interne LV	Total 2023
Eigenausgaben	884	836	1 305	6 233	3 003	595	807	547	-2 681	11 529
Personalausgaben	650	487	528	1 918	1 385	413	482	371	0	6 234
Sach-, Betriebs- und Rüstungsausgaben	234	348	778	4 315	1 618	182	325	177	-2 681	5 295
Transferausgaben	2 650	19 793	3 197	264	13 847	11 962	10 667	-		62 379
Finanzausgaben	-	-	-	0	1 292	-	2	0		1 295
Laufende Ausgaben	3 534	20 628	4 503	6 497	18 142	12 557	11 476	547	-2 681	75 203
Investitionsausgaben	99	41	65	1 794	536	217	3 078	5		5 835
FTE	5 461	2 759	3 026	12 252	8 729	2 255	2 526	1 588		38 596

80 Prozent der *Eigenausgaben* entfallen auf das VBS und das EFD. In diesen Departementen befinden sich die personalintensiven Bereiche Armee sowie Zoll und Grenzwachtkorps. Auch beim EDA fällt ein hoher Personalaufwand an (Aussennetz). Die Betriebs- und Rüstungsausgaben fallen ebenfalls zu grossen Teilen auf das VBS (Rüstung, Immobilien) und das EFD (Immobilien, Informatik). Beim EJPD fallen die Betriebsausgaben für die Bundesasylzentren ins Gewicht.

Die Ausgaben der Departemente beinhalten auch den Aufwand für *bundesinterne Leistungen*. Diese sind Teil der departementalen Budgets, einerseits um Transparenz zu gewährleisten, andererseits um auch in diesen Bereichen das Kostenbewusstsein hochzuhalten. Die bundesinterne Leistungsverrechnung entfällt hauptsächlich auf Liegenschaften und Mieten sowie auf die Informatik. Auf Stufe Gesamtbund gleichen sich die intern verrechneten Einnahmen und Ausgaben aus und fallen mit der Konsolidierung weg.

Die Departemente mit dem grössten Anteil an *Transferausgaben* sind das EDI (u.a. Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung, Kultur), das EFD (Kantonsanteile an Bundeseinnahmen, Finanzausgleich), das WBF (Bildung und Forschung, Landwirtschaft, Wirtschaft, internationale Zusammenarbeit) und das UVEK (Verkehr, Energie, Umwelt).

Die *Finanzausgaben* umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen. Sie sind abhängig von der Höhe der Bundesschulden und dem allgemeinen Zinsniveau.

Die grössten Investitionen, welche der Bund direkt tätigt, entfallen auf das UVEK (Nationalstrassen) und das VBS (Rüstungsinvestitionen, Immobilien).

Details zu den Budgets der einzelnen Verwaltungseinheiten finden sich in den Bänden 2A und 2B.

2 KREDITSTEUERUNG

21 VERPFLICHTUNGSKREDITE UND ZAHLUNGSRAHMEN

21.1 ABGERECHNETE VERPFLICHTUNGSKREDITE

Der Verpflichtungskredit setzt den Höchstbetrag fest, bis zu dem der Bundesrat ermächtigt ist, für ein bestimmtes Vorhaben finanzielle Verpflichtungen gegenüber bundesexternen Dritten einzugehen. Ein Verpflichtungskredit ist namentlich erforderlich für überjährige Vorhaben sowie für die Übernahme von Garantien und Bürgschaften.

Im Jahr 2023 wurden 44 Verpflichtungskredite abgerechnet, die sich auf total 4,4 Milliarden beliefen. Von den ursprünglich bewilligten Verpflichtungskrediten wurden 1,3 Milliarden (30 %) nicht in Anspruch genommen.

Angaben zu den laufenden Verpflichtungskrediten finden sich im Band 1B Ziffer B 1.

LESEHILFE ZUR TABELLE

Für jeden Verpflichtungskredit sind in der Tabelle folgende Informationen enthalten:

- Spalte 1 zeigt die vom Parlament bewilligte Höhe der Verpflichtungen, die für das Vorhaben maximal eingegangen werden dürfen (inkl. Zusatzkredite).
- Spalte 2 zeigt die durch den Bund eingegangenen Verpflichtungen. Ein Betrag gilt als verpflichtet, sobald der Bundesrat auf einen (möglichen) zukünftigen Mittelabfluss keinen Einfluss mehr nehmen oder einen solchen nur mit einer finanziellen Einbusse verhindern kann (i.d.R. Zeitpunkt der Verfügung bzw. Vertragsunterzeichnung).
- In den Spalten 3 und 4 sind für die entsprechenden Jahre die bereits getätigten Ausgaben und Investitionen aus den eingegangenen Verpflichtungen abgebildet.
- Der nicht beanspruchte Teil des Verpflichtungskredits findet sich in Spalte 7.

ABGERECHNETE VERPFLICHTUNGSKREDITE

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V)	Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4	Ausgaben/Investitionen		nicht beansprucht 5=1-2
		Voranschlags- kredite (A)		bis Ende 2022 3	2023 4	5	
Mio. CHF			1	2	3	4	5
Total			4 422,9	3 102,8	2 949,5	153,3	1 320,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen			9,7	3,7	3,7	-	6,0
620	Bundesasylzentrum Boudry, Miete BB 13.12.2016 / 03.12.2018	V0312.00 A200.0001	9,7	3,7	3,7	-	6,0
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit			30,7	19,3	10,3	9,0	11,4
500	Friedensförderung 2020-2023 BB 12.12.2019	V0111.04 A231.0104	18,2	11,8	10,3	1,5	6,4
604	Beitrag zur Entschuldung Somalias gegenüber dem IWF BB 16.12.2020	V0344.00 A231.0407	7,5	7,5	-	7,5	-
704	Wirtschafts- /handelspolit. int. Entwicklungszusammenarbeit BB 04.06.2003	V0076.07 A231.0202 A235.0101	5,0	-	-	-	5,0
Sicherheit			1 655,0	1 402,2	1 277,7	124,5	252,8
506	Schutzanlagen und Kulturgüterschutzräume 2019-2022 BB 13.12.2018	V0054.04 A231.0113	41,0	22,8	21,0	1,8	18,2
506	Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2019-2022 BB 13.12.2018	V0055.06 A200.0001 A231.0113	135,0	80,9	65,8	15,0	54,1
525	Ausserordentliche Schutzaufgaben 2021-2023 BB 16.12.2020	V0341.00 A231.0103	129,0	126,3	83,5	42,8	2,7
Verteidigung - Rüstung							
525	Rüstungsprogramm BB 05.12.2013	V0006.00 A202.0101	740,0	653,4	643,1	10,3	86,6
525	Rahmenkredit PEB 2017 BB 25.09.2017	V0298.04 A202.0101	173,0	143,4	122,2	21,1	29,6
525	Rahmenkredit AEB 2017 BB 25.09.2017	V0298.05 A202.0101	421,0	361,6	328,4	33,2	59,4
Verteidigung - Immobilien							
543	IP 2017, Sanierung Telekommunikationsanlage Wallis BB 25.09.2017	V0300.08 A201.0001	16,0	13,8	13,7	0,2	2,2
Bildung und Forschung			509,5	449,0	433,5	15,5	60,5
750	Institut Max von Laue - Paul Langevin 2019-2023 BB 13.09.2016	V0039.03 A231.0284	14,4	13,5	11,1	2,4	0,9
750	Investitionsbeiträge an Fachhochschulen 2013-2020 BB 25.09.2012 / 11.06.2014 / 15.09.2016	V0157.01 A236.0137	299,0	294,1	292,2	1,9	4,9
ETH-Bauten							
620	ETH- Bauten 2016, Rahmenkredit BB 17.12.2015	V0255.00 A202.0134	173,4	121,3	110,1	11,2	52,1
620	ETH-Bauten 2019, Laborneubau Flux BB 13.12.2018	V0308.02 A202.0134	22,7	20,1	20,1	-	2,6
Kultur und Freizeit			14,0	10,6	10,8	-0,3	3,4
504	Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021 BB 06.03.2018	V0316.02 A231.0109	14,0	10,6	10,8	-0,3	3,4
Soziale Wohlfahrt			33,0	20,2	17,8	2,4	12,8
Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite							
202	Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP) Teil 1	V0296.00	14,3	6,3	6,3	-	8,0
403	BB 14.06.2017	A202.0169					
420		A202.0170					
485		A202.0167					
606		A202.0171 A202.0168					

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V)	Verpflichtungs- kredite (A)	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4	Ausgaben/Investitionen		nicht beansprucht 5=1-2
					bis Ende 2022	2023	
					3	4	
Mio. CHF			1	2			5
202	Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP) Teil 2	V0296.01	18,7	13,8	11,4	2,4	4,9
403	BB 14.06.2017 / BRB 26.08.2020	A202.0169					
420		A202.0170					
485		A202.0167					
		A202.0171					
Verkehr			1 801,0	1 047,6	1 047,6	-	753,4
803	Covid: Unterstützung flugnahe Betriebe	V0339.00	600,0	-	-	-	600,0
	BB 06.05.2020	A290.0114					
Bahninfrastrukturfonds			1 201,0	1 047,6	1 047,6	-	153,4
Anschluss an das europäische HGV-Netz			1 201,0	1 047,6	1 047,6	-	153,4
	Projektaufsicht	V0175.00	25,0	13,4	13,4	-	11,6
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten St. Gallen - St. Margrethen	V0176.00	102,3	102,3	102,3	-	0,0
	BB 08.03.2005						
	Vorfinanzierung Ausbauten Lindau - Geltendorf	V0177.00	75,0	21,8	21,8	-	53,2
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten Bülach - Schaffhausen	V0178.00	152,3	134,9	134,9	-	17,4
	BB 08.03.2005						
	Beitrag Neubau Belfort - Dijon	V0179.00	100,0	100,0	100,0	-	-
	BB 08.03.2005						
	Beitrag Ausbauten Vallorbe / Pontarlier - Dijon	V0180.00	30,9	29,3	29,3	-	1,6
	BB 08.03.2005 / BRB 02.07.2014 / 12.06.2015						
	Ausbauten Knoten Genf	V0181.00	52,3	49,0	49,0	-	3,2
	BB 08.03.2005 / BRB 23.03.2011 / 25.09.2015						
	Beitrag Ausbauten Bellegarde - Nurieux Bourg-en-Bresse	V0182.00	183,6	180,9	180,9	-	2,7
	BB 08.03.2005 / BRB 27.11.2009 / 12.06.2015						
	Anschluss Flughafen Basel-Mühlhausen	V0183.00	25,0	0,3	0,3	-	24,7
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten Biel - Belfort	V0184.00	52,4	49,8	49,8	-	2,6
	BB 08.03.2005 / BRB 02.07.2014 / 25.09.2015						
	Ausbauten Bern - Neuenburg - Pontarlier	V0185.00	123,5	123,5	123,5	-	0,0
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten Lausanne - Vallorbe	V0186.00	30,0	24,0	24,0	-	6,0
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten Sargans - St. Margrethen	V0187.00	70,0	67,7	67,7	-	2,3
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten St. Gallen - Konstanz	V0188.00	60,0	56,5	56,5	-	3,5
	BB 08.03.2005						
	Ausbauten Flughafen Zürich - Winterthur	V0189.00	117,7	94,3	94,3	-	23,4
	BB 08.03.2005						
	Reserve	V0190.00	1,1	-	-	-	1,1
	BB 08.03.2005 / 12.09.2013						
Umwelt und Raumordnung			220,0	143,7	141,5	2,2	76,3
810	Abwasserbeseitigung 2016-2019	V0254.00	220,0	143,7	141,5	2,2	76,3
	BB 17.12.2015	A236.0102					
Wirtschaft			150,0	6,5	6,5	-	143,5
704	Covid: Schutzschirm für Publikumsanlässe	V0358.00	150,0	6,5	6,5	-	143,5
	BB 07.06.2021	A231.0430					

21.2 ZAHLUNGSRAHMEN

Der Zahlungsrahmen ist ein von der Bundesversammlung für mehrere Jahre festgesetzter Höchstbetrag für bestimmte Ausgaben. Er stellt keine Kreditbewilligung dar. Die erforderlichen Voranschlagskredite müssen jährlich im Budget beantragt und vom Parlament beschlossen werden. Zahlungsrahmen sind in der Regel für Bereiche erforderlich, bei denen Zusicherungen und Zahlungen in das gleiche Jahr fallen und gleichzeitig eine längerfristige Ausgabensteuerung geboten ist.

Angaben zu den laufenden Zahlungsrahmen finden sich im Band 1B Ziffer B 2.

22 BUDGETKREDITE

Unterjährig hat das Parlament schuldenbremswirksame Nachträge von insgesamt 739,7 Millionen im ordentlichen Haushalt bewilligt. Davon hat die Finanzdelegation Vorschüsse in der Höhe von 101,9 Millionen genehmigt. Zudem wurden 161,9 Millionen aus dem Vorjahr übertragen. Mit der Jahresrechnung werden dem Parlament Kreditüberschreitungen von 2,2 Milliarden zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden.

22.1 NACHTRÄGE

NACHTRAGSKREDITE IM VORANSCHLAG DER EIDGENOSSENSCHAFT: ÜBERSICHT NACHTRAG I UND II

Mio. CHF	Nachtrag Ib/2023	Nachtrag II/2023	Nachträge 2023
Nachtragskredite	410	330	740
im ordentlichen Verfahren	410	228	638
dringliche (mit Vorschuss)	–	102	102
Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung			
Laufende Ausgaben	401	227	628
Investitionsausgaben	8	103	112
Schuldenbremse			
Ausgaben	410	330	740
Ordentliche Ausgaben	410	330	740
Ausserordentliche Ausgaben	–	–	–
Kompensationen	22	6	28
im ordentlichen Haushalt	22	6	28
im ausserordentlichen Haushalt	–	–	–

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament die Nachtragskredite zweimal jährlich. Den Nachtrag I behandeln die eidgenössischen Räte in der Regel in der Sommersession, den Nachtrag II in der Wintersession.

Das Parlament bewilligte bereits in der Sommersession 2023 vierzehn Nachtragskredite im Umfang von 409,6 Millionen. Die Nachträge betrafen insbesondere den Asylbereich (166,1 Mio.), das Hilfspaket für die Unterstützung der Ukraine und der Republik Moldau (113,0 Mio.) sowie die Abgeltungen im regionalen Personenverkehr (87,0 Mio.). Mit dem Nachtrag II wurden weitere 15 Nachtragskredite im Umfang von 330,1 Millionen in der Wintersession 2023 genehmigt. Die grössten Nachträge betreffen die Beschaffung eines Flugzeuges für den Lufttransportdienst (103,2 Mio.), die Aufstockung der Mittel für die humanitäre Hilfe in Israel, im besetzten Palästinensischen Gebiet und in deren Nachbarländer (86,0 Mio.) die Betriebsausgaben der Bundesasylzentren (51,5 Mio.), einen einmaligen Beitrag an das IKRK (50,0 Mio.) sowie die Verwaltungskosten für die Covid-Bürgschaften (13,0 Mio.).

Die Aufstockung der Mittel für die humanitäre Hilfe (86,0 Mio.) sowie die Verwaltungskosten für die Covid-Bürgschaften (13,0 Mio.) wurden als dringliche Nachtragskredite (Vorschüsse) durch die Finanzdelegation bewilligt.

Insgesamt belaufen sich die bewilligten Mehrausgaben aus den Nachträgen 2023 im ordentlichen Haushalt auf netto 739,7 Millionen. Davon entfielen rund 85 Prozent auf laufende Ausgaben und 15 Prozent auf Investitionen. Die Mehrausgaben wurden teilweise kompensiert (27,7 Mio.).

22.2 KREDITÜBERTRAGUNGEN

Bei zeitlichen Verzögerungen von Investitionen, Einzelmassnahmen und Projekten kann der Bundesrat nicht vollständig beanspruchte Budgetkredite auf das Folgejahr übertragen (Art. 37 FHG). Im Jahr 2023 wurden 161,9 Millionen aus dem Vorjahr übertragen.

KREDITÜBERTRAGUNGEN NACH DEPARTEMENTEN UND VERWALTUNGSEINHEITEN

DEP/VE	VE-Bezeichnung	Kredit-Nr.	Bezeichnung	Kreditreste 2022	Kreditüber- tragungen 2023
Total					161 877 045
EDI				141 857 447	63 479 500
306	Bundesamt für Kultur	A231.0417	Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	23 633 546	18 700 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0216	Beiträge an elektronisches Patientendossier	1 179 500	1 179 500
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0421	Covid: Arzneimittel und Impfleistungen	75 080 166	33 800 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0429	Covid: Anschubfinanzierung repetitive Testung	28 853 981	3 500 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0431	Covid: Beiträge an Herstellung/Entwicklung von Arzneimitteln	13 110 254	6 300 000
VBS				7 751 308	89 500 000
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	A231.0113	Zivilschutz	7 751 308	3 900 000
525	Verteidigung	A202.0185	Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial	–	85 600 000
UVEK				11 480 324	8 897 545
801	Generalsekretariat UVEK	A202.0147	Departementaler Ressourcenpool	6 470 146	4 255 400
802	Bundesamt für Verkehr	A290.0136	Covid: Abgeltung Ortsverkehr	1 247 451	114 918
805	Bundesamt für Energie	A236.0116	Gebäudeprogramm	3 100 000	3 100 000
808	Bundesamt für Kommunikation	A231.0390	Rückerstattung MWST Empfangsgebühren	662 727	662 727
817	Regulierungsbehörden Infrastruktur	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	–	764 500

Im Rahmen der Botschaften zum Nachtrag Ib (vom 29.3.2023) und Nachtrag II (vom 15.9.2023) informierte der Bundesrat über die im Jahr 2023 vorgenommene Kreditübertragungen von insgesamt 161,9 Millionen. Die Kreditübertragungen entfielen zur Hauptsache auf Covid-Kredite für die Beschaffung von Sanitätsmaterial (85,6 Mio.), für die Arzneimittel und Impfleistungen (33,8 Mio.) sowie für die Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone (18,7 Mio.).

22.3 KREDITÜBERSCHREITUNGEN

Eine Kreditüberschreitung liegt vor, wenn ein Voranschlags- oder Nachtragskredits über den vom Parlament bewilligten Betrag hinaus beansprucht wird. Das kreditrechtliche Instrument ist im Finanzhaushaltsgesetz (FHG) geregelt. Der Bundesrat hat Kreditüberschreitungen von 2,2 Milliarden genehmigt und unterbreitet sie dem Parlament zur nachträglichen Genehmigung (Art. 36 FHG).

Im Haushaltsjahr 2023 wurde die Änderung des FHG vom 19.3.2021 zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung erstmals umgesetzt (AS 2021 662; in Kraft seit 1.1.2022). Dies betrifft insbesondere die Abschaffung der Finanzierungsrechnung und die Erweiterung des Einnahmen- und Ausgabenbegriffs. Damit gilt bereits die Bildung von Abgrenzungen und Rückstellungen als schuldenbremsewirksam (und nicht erst die spätere Zahlung). Im Jahresabschluss sind die allenfalls dadurch entstehenden Kreditüberschreitungen deshalb neu bewilligungspflichtig.

Im Jahresabschluss kann der Bundesrat Voranschlagskredite mit Zustimmung der Finanzdelegation überschreiten, da es aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, dafür Nachtragskredite einzuholen. Die Zustimmung der Finanzdelegation ist nicht erforderlich, wenn der Betrag im Einzelfall kleiner als 5 Millionen Franken ist (Art. 36 Abs. 1 FHG). Das Finanzhaushaltsgesetz sieht zudem verschiedene Fälle von Kreditüberschreitungen vor, die ohne Zustimmung der Finanzdelegation zulässig sind (Art. 36 Abs. 2-4 FHG). Sämtliche Kreditüberschreitungen werden dem Parlament mit der vorliegende Staatsrechnung zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet.

Die Kreditüberschreitungen 2023 beliefen sich auf insgesamt 2,2 Milliarde (vgl. Tabelle im Bundesbeschluss oder in Band 1B, Kapitel B31). Die Kreditüberschreitungen nach Artikel 36 Absatz 1 FHG in der Höhe von insgesamt 67,4 Millionen sind bewilligungspflichtig. Sie sind auf dringliche Nachträge zurückzuführen, welche der Bundesversammlung mit der Staatsrechnung zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden. Da für zwei Kredite die Beträge jeweils grösser als 5 Millionen waren, war die Zustimmung die Finanzdelegation erforderlich.

Die weiteren Kreditüberschreitungen sind nach Art. 36 Abs. 2-4 FHG nicht bewilligungspflichtig. Bei denjenigen nach Artikel 36 Absatz 2 FHG handelt es sich um Voranschlagskredite im verwaltungseigenen Bereich, die um 1 Prozent, höchstens aber um 10 Millionen, überschritten werden dürfen. Sie beliefen sich auf 40,6 Millionen. Auf die Überschreitungen nach Artikel 36 Absatz 3 Buchstabe a-g FHG entfielen insgesamt 1750 Millionen. Davon zurückzuführen waren 1316 Millionen auf Kredite für die Einnahmenanteile der Kantone, der AHV (Leistungen des Bundes, Spielbankenabgabe) und der Spezialfonds (BIF und NAF) sowie die Kredite für die Beiträge an die Sozialversicherungen, 310,5 Millionen auf die Verwendung von Reserven sowie 201,9 Millionen auf leistungsbedingte Mehrerträge.

Für die restlichen Kreditüberschreitungen (Art. 36 Abs. 4 FHG) in der Höhe von 392,4 Millionen war im Bundesbeschluss zum Voranschlag 2023 vorgesehen, dass im Falle des Eintretens kein Nachtrag und keine Bewilligung durch die FinDel notwendig ist, da der Bundesrat für diese nur über ein geringfügiges Ermessen verfügt. Darunter fiel unter anderem die Passivzinsen (270,1 Mio.) und die Sozialhilfe und Verfahrensaufwand Asylsuchende (79,5 Mio.).

23 BILDUNG VON RESERVEN

Die Anträge zur Bildung von zweckgebundenen Reserven für verzögerte Vorhaben belaufen sich auf 174 Millionen. Der Reservebestand bleibt in etwa stabil.

BILDUNG VON RESERVEN AUS GLOBALBUDGETS UND EINZELKREDITEN

Mio. CHF	TotalAllgemeine Zweckgeb.		
	Reserven	Reserven	Reserven
Endbestand per 31.12.2022	709,7	35,5	674,2
Bewilligt aus Rechnung 2022	161,4	0,6	160,8
Auflösung	-249,7	-0,1	-249,6
Sonstige Transaktionen	-	-	-
Endbestand per 31.12.2023	621,4	36,0	585,4
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	174,0	-	174,0
Neuer Bestand beantragt	795,4	36,0	759,3
Neuer Bestand in % des Eigenaufwands (inkl. Abschreibungen und Bewertungsänderungen)	5,2	0,2	5,0

Die Verwaltungseinheiten haben 2023 zweckgebundene Reserven im Umfang von 249,7 Millionen aufgelöst (2022: 164 Mio.), davon 17,7 Millionen ohne Verwendung.

Mit der Rechnung 2023 wird den eidg. Räten die Bildung von neuen Reserven in der Höhe von 174,0 Millionen beantragt (2022: 161,4 Mio.). Es sind ausschliesslich Anträge für zweckgebundene Reserven, etwa beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (30,5 Mio.), in der Verteidigung (15,4 Mio.), beim Bundesamt für Bauten und Logistik (14 Mio.), beim Bundesamt für Polizei (12,7 Mio.), beim Generalsekretariat EJPD (11,3 Mio.), beim Bundesamt für Gesundheit (10 Mio.), beim Generalsekretariat EFD (7,5 Mio.) oder beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (7,3 Mio.).

Die Anträge der Verwaltungseinheiten sind in den Bänden 2A und 2B detailliert beschrieben.

BILDUNG UND AUFLÖSUNG VON RESERVEN – MAXIMALER RESERVENBESTAND

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Verwaltungseinheiten beantragen, dass Reserven aus den Kreditresten ihrer Globalbudgets und aus Einzelkrediten im Eigenbereich gebildet werden. Die Bildung einer Reserve erfolgt mit einer Verschiebung im Eigenkapital; sie belastet weder die Erfolgs- noch die Investitionsrechnung. Die Verwendung einer Reserve belastet – ähnlich wie ein Nachtragskredit – jedoch die Schuldenbremse.

Allgemeine Reserven basieren auf nicht budgetierten Nettomehrerträgen aus zusätzlichen Leistungen sowie aus Minderaufwänden aufgrund von Wirtschaftlichkeitsverbesserungen (Wegfallende Aufgaben und fehlerhafte Prognosen berechtigen nicht zur Reservenbildung). Sie können in den Folgejahren nur im Rahmen des Globalbudgets und der Einzelkredite frei eingesetzt werden, insbesondere für (Dienst-)Leistungen, die im Voranschlag mit IAFP oder in der Leistungsvereinbarung zwischen Departement und Verwaltungseinheit als prioritär genannt wurden, oder zur Vermeidung von (kleineren) Nachtragskrediten.

Zweckgebundene Reserven werden gebildet aus nicht ausgeschöpften Kreditanteilen von Projekten und Vorhaben mit projektbedingten Verzögerungen. Sie können nur für die Weiterführung dieser bestimmten Projekte und Vorhaben verwendet werden. Nach Projektabschluss nicht mehr benötigte zweckgebundene Reserven sind per Ende des Rechnungsjahres aufzulösen.

Die Departemente und die EFV prüfen die Anträge auf Reservenbildung nach einheitlichen Kriterien, damit sie vom Bundesrat und von den Eidg. Räten beschlossen werden können.

Der neue Bestand der Reserven aller Verwaltungseinheiten enthält alle Auflösungen von Reserven sowie sämtliche Anträge zur Reservenbildung und wird absolut sowie in Prozent der Eigenausgaben aus der Erfolgsrechnung berechnet. Gemäss Art. 27g Abs. 1 FHV (SR 611.01) soll der Bestand der Reserven in der Regel unter 10 Prozent der Eigenausgaben der gesamten Bundesverwaltung liegen.

3 SPEZIALTHEMEN

31 SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG VBS UND EFD

Im Rahmen der Staatsrechnung 2023 wurden die durch das VBS und das EFD ausgerichteten Subventionen überprüft. Der Bundesrat stellt bei 9 von 18 geprüften Subventionen einen möglichen Handlungsbedarf fest. Zudem hat der Bundesrat den Umsetzungsstand der Massnahmen aus der Subventionsüberprüfung des EDA 2020 überprüft.

SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG IM VBS

ZUSAMMENFASSUNG

Das VBS ist für 14 Subventionskredite mit einem Gesamtvolumen von rund 19 Millionen zuständig. Alle Kredite sind Gegenstand der vorliegenden Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung 2023. Bei 8 Subventionen verortet der Bundesrat Handlungsbedarf:

- Die anstehende Revision des Sportförderungsgesetzes (SpoFöG; SR 415.0) bietet den Rahmen, um verschiedene Subventionstatbestände aus einer ganzheitlichen Sicht nochmals auf ihre Wirkung und Ausgestaltung hin zu überprüfen. In Umsetzung einer Empfehlung der EFK (Bericht der EFK vom 23.11.2023 Synthesebericht vergangener Prüfungen – Eidgenössische Finanzverwaltung) soll auf die Vermeidung von Mitnahmeeffekten noch mehr Wert gelegt und die Eigenleistungen der Empfänger gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sichergestellt werden. Im Rahmen der Revision des Gesetzes soll bei den Beiträgen an wiederkehrende Sportanlässe, den Beiträgen an die Ausbildung von Lehrkräften, den Beiträgen an den Betrieb von Sportanlagen von nationaler Bedeutung und den Beiträgen zugunsten der Meldestelle (Swiss Sports Integrity) geprüft werden, ob allfällige Mitnahmeeffekte bestehen und, wenn ja, ob diese reduziert oder beseitigt werden können. Daneben soll überprüft werden, ob die Förderabsichten bei den allgemeinen Programmen und Projekten im Sport (Art. 3 SpoFöG) näher spezifiziert werden können.
- Beim Bevölkerungs- und Zivilschutz soll im Rahmen einer allfälligen Aufgabenteilung II im Sinne einer Vereinfachung eine Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen in Betracht gezogen werden.
- Die von der Gruppe Verteidigung unterstützten ausserdienstlichen Ausbildungen und militärsportlichen Tätigkeiten werden mit Blick auf die aktuellen Interessen und Bedürfnisse der Armee kritisch auf ihren Nutzen hin geprüft.
- Die Abgeltungen an Kantone und Städte für den Schutz diplomatischer und konsularischer Vertretungen (ausserordentliche Schutzaufgaben) werden überprüft. Die Zuständigkeiten und die Kriterien für die Mitfinanzierung des Bundes sollen geklärt und in die laufenden Diskussionen zu einer Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Bund und Kantonen im Polizeibereich einbezogen werden.

Bei den übrigen Subventionen besteht kein Handlungsbedarf. Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Subventionen, insbesondere zu den rechtlichen Grundlagen, den gewährten Beiträgen sowie der allfälligen Aufteilung der Mittel auf einzelne Elemente finden sich jeweils im Band 2A der Staatsrechnung respektive des Voranschlags sowie in der Datenbank der Bundessubventionen (auf <https://www.efv.admin.ch>).

SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG

Die Grundsätze zur Entrichtung von Finanzhilfen und Abgeltungen sind im 2. Kapitel (Art. 4–10) des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG; SR 676.7) festgehalten: Subventionen sind hinreichend zu begründen, sollen ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen, sind einheitlich und gerecht zu leisten sowie nach finanzpolitischen Erfordernissen auszugestalten.

Art. 5 SuG verpflichtet den Bundesrat, sämtliche Subventionen mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Prüfung Rechenschaft abzulegen. Die Rechenschaftsablage findet teils im Rahmen von Botschaften, mit welchen der Bundesrat dem Parlament mehrjährige Finanzbeschlüsse oder Änderungen bestehender Subventionsbestimmungen beantragt, teils in der Staatsrechnung statt.

Grundsätzlich werden alle Subventionen überprüft. Bei der Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung liegt der Fokus auf denjenigen Subventionen, welche nicht in anderen Botschaften überprüft wurden. Von der Überprüfung befreit sind Subventionen, deren Überprüfung nicht sinnvoll erscheint, weil sie ohnehin auslaufen oder weil der Bundesrat im Grundsatz bereits eine strukturelle Reform der Subvention beschlossen hat.

Jedes Jahr überprüfen ein bis zwei Departemente ihre Subventionen auf die Konformität mit dem SuG. VBS und EFD überprüfen ihre Subventionen im gleichen Jahr, da beide nur über sehr wenige Transferkredite verfügen. Daraus ergibt sich ein sechsjähriger Überprüfungszyklus.

Die Überprüfung erfolgt anhand eines standardisierten Fragebogens, mit welchem insbesondere die Begründung, der Umfang, die Ausgestaltung, die Steuerung sowie das Verfahren der Beitragsvergabe der Subventionen systematisch analysiert werden. So ist beispielsweise die Berechnungsgrundlage der Höhe des Subventionsbeitrags, die Ausgestaltung des Controllings oder die Effizienz der Beitragsvergabe zu erörtern. Die darauf aufbauende Berichterstattung in der Staatsrechnung umfasst pro Subvention drei Abschnitte: die Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale, die kritische Würdigung und der daraus abgeleitete Handlungsbedarf. Das Umsetzungscontrolling erfolgt im Dreijahresrhythmus ebenfalls im Rahmen der Staatsrechnung.

ÜBERPRÜFTE SUBVENTIONEN**BEITRÄGE FRIEDENSFÖRDERUNG****Generalsekretariat VBS**

500/A231.0116

Rechnung 2023: 1 503 799 Franken

Beschreibung: Die Beiträge werden zur Unterstützung von Kooperationsprojekten der zivilen Friedensförderung eingesetzt. Dabei handelt es sich um Projekte, die für die Sicherheit und Stabilität sowie die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung sind. Im Vordergrund stehen Projekte der internationalen Friedensförderung sowie die Ausbildungs- und Abrüstungszusammenarbeit. Bis und mit dem Voranschlag 2023 wurde auch der Beitrag ans Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) im Umfang von 1,05 Millionen in diesem Subventionskredit geführt. Dieser Beitrag ist wird seit dem Voranschlag 2024 im Eigenbereich geführt.

Beurteilung: Die Beiträge an die Kooperationsprojekte sind im Interesse des Bundes und werden auf der Basis von jährlichen Leistungsvereinbarungen ausbezahlt.

Kein Handlungsbedarf.

KANTONALE NACHRICHTENDIENSTE**Nachrichtendienst des Bundes**

503/A231.0105

Rechnung 2023: 17 945 000 Franken

Beschreibung: Der Bund gilt die Leistungen der Kantone im Vollzug der nachrichtendienstlichen Aufgaben ab. Die Kantone beschaffen und bearbeiten Informationen teils unaufgefordert, teils aufgrund besonderer Aufträge des NDB. Die Kantone steuern insbesondere ihr Fachwissen bei und führen Observationen für den Bund durch. Der Bund richtet den Kantonen eine pauschale Abgeltung für die angestrebte Leistungserbringung aus (Personen sollten zu rund 70 Prozent mit Aufgaben des Bundes beschäftigt sein und 3 Kantone 40 Observationen pro Jahr durchführen).

Beurteilung: Der NDB ist für seine Aufgabenerfüllung auf Leistungen der Kantone angewiesen. Das pauschale Abgeltungssystem führt zu gewissen Unschärfen, erscheint mit Blick auf den hohen administrativen Aufwand einer Abgeltung einzelner Leistungen aber sinnvoll.

Kein Handlungsbedarf.

ALLGEMEINE PROGRAMME/PROJEKTE; SPORTWISSENSCHAFTL. FORSCHUNG**Bundesamt für Sport**

504/A231.0106

Rechnung 2023: 1 267 882 Franken

Beschreibung: Mit diesen Finanzhilfen fördert das BASPO über Programme und Projekte die Sport- und Bewegungsaktivitäten auf allen Altersstufen. Die Subvention umfasst aktuell die Beiträge an die Organisatoren von Aus- und Weiterbildungen für Leitende des Erwachsenensports, die Unterstützung des Schweizerischen Schulsporttages, Forschungsprojekte sowie weitere Beiträge an Massnahmen der Sport- und Bewegungsaktivitäten zugunsten der gesamten Bevölkerung.

Beurteilung: Das BASPO kann gestützt auf den sehr allgemein formulierten Artikel 3 des Sportförderungsgesetzes eine Vielzahl von Aktivitäten subventionieren: Nach Absatz 1 der genannten Bestimmung koordiniert, unterstützt und initiiert der Bund Programme und Projekte zur Förderung regelmässiger Sport- und Bewegungsaktivitäten auf allen Altersstufen. Eine Subventionierung in diesem Sinne ist gestützt auf die subventionsrechtlichen Vorgaben zu allgemein formuliert.

Handlungsbedarf: Im Rahmen der anstehenden Revision des Sportförderungsgesetzes soll geprüft werden, ob Artikel 3 des Sportförderungsgesetzes näher spezifiziert werden kann, so dass die Förderabsichten des Gesetzgebers im Gesetz erkennbar sind.

SPORT IN DER SCHULE

Bundesamt für Sport

504/A231.0107

Rechnung 2023: 479 252 Franken

Beschreibung: Mit diesen Beiträgen unterstützt der Bund die Aus- und Weiterbildungsangebote von Lehrkräften, die Sportunterricht erteilen. Die Beiträge belaufen sich auf maximal 50 Prozent der anrechenbaren Kosten. Ziel ist es, die Qualität der Aus- und Weiterbildung sowie im Endeffekt des Sportunterrichts zu fördern. Der Bund gibt dafür jährlich 0,5 Millionen aus, was durchschnittlich rund 20 000 Franken pro Kanton entspricht.

Beurteilung: Aufgrund des sehr geringen Förderumfangs handelt es sich vorliegend um eine Bagatellsubvention. Die Subvention ist für die Empfänger finanziell von eher geringer Bedeutung und erscheint für deren Aufgabenerfüllung nicht zwingend. Wegen der Zuständigkeit der Kantone für den Schulsport sind diese – wie bei allen anderen Schulfächern – für eine geeignete Aus- und Weiterbildung ihrer Lehrkräfte verantwortlich. Es ist davon auszugehen, dass die Leistung auch ohne einen finanziellen Beitrag des Bundes erbracht würde, was auf Mitnahmeeffekte hindeutet.

Handlungsbedarf: Im Rahmen der anstehenden Änderung des Sportförderungsgesetzes soll der Bundesbeitrag zugunsten des Sports in der Schule in Bezug auf Mitnahmeeffekte überprüft werden.

SPORTVERBÄNDE UND ANDERE ORGANISATIONEN

Bundesamt für Sport

504/A231.0108

Rechnung 2023: 42 799 040 Franken

Beschreibung: Ziel der Beiträge an die Sportverbände und weiteren Organisationen ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung des Breitensports sowie des leistungsorientierten Nachwuchssports und des Spitzensports. Beitragsempfänger sind der Dachverband des Schweizer Sports Swiss Olympic (Endempfänger: Nationale Sportverbände), Swiss Sport Integrity (Antidoping und Meldestelle), Nationale Sportverbände bei der Nutzung von Sportanlagen von nationaler Bedeutung und der Europarat (Plattform für zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit dem Ziel den Sport ethischer, integrativer und sicherer zu machen).

Beurteilung: Die EFK gelangte 2017 zum Schluss, dass die Bundessubventionen für viele Verbände von existenzieller Bedeutung sind und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die Verbände nicht wirtschaftlich arbeiten würden (Bericht der EFK vom 18.9.2017 zur Subventionsüberprüfung – Bundesamt für Sport). Diese Schlussfolgerungen haben für die damals geprüften Subventionstatbestände nach wie vor ihre Gültigkeit.

Anders verhält es sich bei den 2020 eingeführten Beiträgen an die Verbände für die Nutzung der nationalen Sportanlagen (+10 Mio. p.a.). Der Bund fördert die Erstellung und Erweiterung von nationalen Sportanlagen bisher und auch weiterhin, wobei die Bundessubventionen an das Vorliegen eines nachhaltigen, eigenwirtschaftlichen Finanzierungskonzepts und eines langfristigen Nutzungsvertrags mit den Sportverbänden gebunden sind. Eine Subventionierung des Betriebes – direkt oder indirekt – dürfte deshalb mit Mitnahmeeffekten verbunden sein. Es soll deshalb geprüft werden, ob die Nationalen Sportanlagen ausschliesslich mit Investitionsbeiträgen unterstützt werden sollen und auf die indirekte Subventionierung der Nutzung verzichtet werden kann.

Die Beiträge an die Verbände sind an die Voraussetzung geknüpft, dass der Dachverband dafür sorgt, dass eine nationale Meldestelle geschaffen und betrieben wird. Es erscheint vor diesem Hintergrund diskutabel, dass der Bund die Sportverbände dafür bezahlen

muss, dass sie eine Meldestelle betreiben und sich für ein ethisch korrektes Verhalten ihrer Mitglieder einsetzen.

Handlungsbedarf: Im Rahmen der Überarbeitung des Sportförderungsgesetzes sollen zwei Fördertatbestände bezüglich Mitnahmeeffekte überprüft werden: Zum einen die Unterstützung des Betriebs der nationalen Sportanlagen via nutzungsabhängige Beiträge an die Sportverbände in Ergänzung der Investitionsbeiträge (vgl. hierzu insbesondere das Ergebnis der Subventionsüberprüfung zu A236.0100 «Nationale Sportanlagen»), zum anderen der Bundesbeitrag zugunsten der Meldestelle (Swiss Sports Integrity).

INTERNATIONALE SPORTANLÄSSE

Bundesamt für Sport

504/A231.0109

Rechnung 2023: 3 391 048 Franken

Beschreibung: Der Bund kann internationale Sportanlässe oder -kongresse in der Schweiz, die von europäischer oder weltweiter Bedeutung sind, unterstützen. Der Bundesbeitrag beträgt höchstens die Hälfte des anrechenbaren Betrages, den Kantone und Gemeinden zusammen an den Anlass leisten. Ziel der Subventionierung ist die Förderung des Breitensports, des leistungsorientierten Nachwuchssports und des Spitzensports.

Beurteilung: Auch bei dieser Subvention gibt es keine Anhaltspunkte, dass das positive Prüfurteil der EFK aus dem Jahr 2017 (Bericht der EFK vom 18.9.2017 zur Subventionsüberprüfung – Bundesamt für Sport) und die Feststellung, dass die Mehrzahl der einmaligen Anlässe ohne Bundesunterstützung nicht durchgeführt werden könnten, nicht weiterhin gültig wären. Das Parlament hat in der Sommersession 2023 die Beiträge an die Sportanlässe für die Jahre 2025–2029 festgelegt.

Daneben hat das Parlament aber 2023 beschlossen, künftig auch die wiederkehrenden Anlässe in der Schweiz mit Beiträgen zu unterstützen. Eine Unterstützung dieser Anlässe (z.B. Lauberhornrennen, Swiss Indoors, Weltklasse Zürich) dürfte hingegen erhebliche Mitnahmeeffekte hervorbringen, weil diese Veranstaltungen heute ohne Beiträge des Bundes auskommen.

Handlungsbedarf: Im Rahmen der Revision des Sportförderungsgesetzes soll die Unterstützung wiederkehrender Sportanlässe in Bezug auf Mitnahmeeffekte überprüft werden.

J+S-AKTIVITÄTEN UND KADERBILDUNG

Bundesamt für Sport

504/A231.0112

Rechnung 2023: 111 342 371 Franken

Beschreibung: Jugend und Sport ist ein nationales Programm zur Förderung des Kinder- und Jugendsports. Es erreicht rund 640 000 Kinder und Jugendliche (knapp die Hälfte aller 5- bis 20-Jährigen) und bildet jährlich über 70 000 Teilnehmende an rund 3500 Aus- und Weiterbildungskursen aus. Der Bund richtet Beiträge aus an Kurse und Lager sowie an die Kaderbildung der Kantone und der privaten Organisationen. Neben der Förderung von Sport und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen leistet J+S einen Beitrag in den Bereichen Gesundheit (Prävention), Integration und Wertevermittlung (z.B. Fairplay).

Beurteilung: Die Beiträge decken einen kleinen Teil des Aufwandes der heutigen Empfänger (Veranstalter von J+S-Angeboten), bei denen das Ehrenamt eine grosse Rolle spielt (z.B. bei der Organisation und Durchführung eines Trainingslagers). Die EFK sah in einer spezifischen Prüfung zu J+S 2018 betreffend die Aufnahme neuer Sportarten Handlungsbedarf: Die Kosten seien unverhältnismässig hoch, wenn mittels J+S Sportarten unterstützt würden, die nur von sehr wenigen Kindern und Jugendlichen betrieben werden. Seit 2020 gilt für die Aufnahme von neuen Sportarten deshalb eine Mindestgrösse von 600 aktiven Kindern/Jugendlichen. Für bisherige J+S-Sportarten mit weniger Aktiven gilt eine Besitzstandswahrung (gestützt auf die Motion 17.3605 «Aufhebung des Moratoriums für neue Jugend und Sport-Sportarten»).

Kein Handlungsbedarf.

NATIONALE SPORTANLAGEN

Bundesamt für Sport

504/A236.0100

Rechnung 2023: 5 275 000 Franken

Beschreibung: Der Bund kann Finanzhilfen an den Bau von Sportanlagen von nationaler Bedeutung (NASAK) leisten. Beitragsempfänger sind die Träger von Sportanlagen und -einrichtungen. Der Bundesbeitrag beträgt maximal 40 Prozent. Er gewährt in der Regel Beiträge von 5–25 Prozent. Ziel ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung des leistungsorientierten Nachwuchssports und des Spitzensports. Via Sportverbände finanziert der Bund den Betrieb der Anlagen zudem indirekt. Die nationalen Verbände erhalten Beiträge, wenn sie die Sportanlagen von nationaler Bedeutung nutzen (vgl. hierzu auch A231.0108 «Sportverbände und andere Organisationen»).

Beurteilung: Gemäss EFK (Bericht der EFK vom 18.9.2017 zur Subventionsüberprüfung – Bundesamt für Sport) sind die Bundesbeiträge aufgrund ihrer Impuls- und Anschubwirkung für die Realisierung vieler Vorhaben entscheidend. Sie ermöglichen ausserdem, auf eine gute Qualität und kostengünstige Entwicklung der Projekte hinzuwirken. Nach sechs Unterstützungsprogrammen (NASAK 1–5 und 4plus) mit Investitionsbeiträgen im Umfang von 265 Millionen ist ein Grundstock an Anlagen von nationaler Bedeutung vorhanden. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollen künftige Investitionsbeiträge deshalb primär der Modernisierung von bestehenden Anlagen dienen.

Handlungsbedarf: Im Rahmen der anstehenden Revision soll geprüft werden, das Sportförderungsgesetz dahingehend zu ändern, dass im Sinne der Nachhaltigkeit bei den Investitionsbeiträgen primär die Modernisierung von bestehenden Anlagen im Vordergrund steht. Diese Modernisierungen sollen Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen.

ZIVILSCHUTZ

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

506/A231.0113

Rechnung 2023: 18 168 125 Franken

Beschreibung: Über diesen Kredit laufen sämtliche Beiträge an die Kantone im Zusammenhang mit dem Zivilschutz: Im Bereich der Schutzanlagen betrifft dies Beiträge an Erstellung, Betrieb, Erneuerung, Umnutzung und Aufhebung von Schutzanlagen und Kulturgüterschutzräumen. Zudem subventioniert der Bund die Beschaffung von Zivilschutzmaterial (ABC-Schutzmaterial, Material für den Fall eines bewaffneten Konflikts sowie Material für Sicherheitskommunikation). Schliesslich leistet der Bund im Bereich Alarmierung der Bevölkerung Pauschalbeiträge für die Betriebsbereitschaft der Sirenen.

Beurteilung: Im Rahmen der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (SR 520.1) wurde darauf geachtet, dass keine nicht-finanzierten Lastenverschiebungen zwischen Bund und Kantonen entstehen. Der Bund engagiert sich neu stärker bei den neu aufzubauenden Kommunikationssystemen, die Kantone tragen anderswo (teilweise beim Rückbau von Schutzanlagen) zusätzliche Kosten. Nicht geprüft wurde jedoch eine allgemeine Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung der Verbundaufgabe Bevölkerungsschutz.

Handlungsbedarf: Die Aufgabenteilung im Bevölkerungs- und Zivilschutz soll im Rahmen einer allfälligen allgemeinen Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen überprüft werden.

AUSSERDIENSTLICHE AUSBILDUNG

Verteidigung

525/A231.0100

Rechnung 2023: 1 691 904 Franken

Beschreibung: Dieser Subventionskredit umfasst die Ausgaben für die fachtechnische Vorbereitung von Jugendlichen auf die Rekrutenschule, für ausserdienstliche Ausbildungen sowie für wehrsportliche Veranstaltungen. Die Hauptkomponenten sind Beiträge an

die ausserdienstliche Ausbildung in Kursen und Wettkämpfen im In- und Ausland (Sommer-/Winterarmeemeisterschaften), an vordienstliche Ausbildungen, an Militärvereine und an den Conseil International du Sport Militaire (CISM) für Aktivitäten im In- und Ausland.

Beurteilung: Das Interesse der Schweizer Armee an den vordienstlichen Ausbildungen ist ausgewiesen, erfüllen diese doch unter anderem die Funktion einer Vorprüfung sowie Eignungsabklärung oder geben den zukünftigen Rekruten und Rekrutinnen die Möglichkeit, eine Funktion vorab kennenzulernen. Dadurch steigen weniger Rekruten aus der Rekrutenschule aus. Weniger deutlich ist der Nutzen für die Armee bei den ausserdienstlichen Ausbildungen und militärspportlichen Tätigkeiten. Inwiefern die Wehrbereitschaft sowie die Funktionsfähigkeit der Armee durch diese Tätigkeiten erhalten oder gestärkt werden, soll kritisch geprüft werden.

Handlungsbedarf: Die ausserdienstlichen Ausbildungen und militärspportlichen Tätigkeiten werden auf ihren Nutzen für die Armee und deren Grundauftrag hin überprüft. Dabei soll geprüft werden, ob die unterstützten Ausbildungen und Tätigkeiten noch den aktuellen Interessen und Bedürfnissen der Armee entsprechen und ob eine Unterstützung des Bundes für den Erhalt des Angebots in allen Fällen zwingend ist. Gestützt auf diese Prüfung werden allfällige Anpassungen vorgenommen.

BEITRÄGE SCHIESSWESEN

Verteidigung

525/A231.0102

Rechnung 2023: 6 780 361 Franken

Beschreibung: Die Beiträge für das Schiesswesen setzen sich aus den folgenden Komponenten zusammen: Leistungen an Schützenverbände und Schiessvereine für die Durchführung des Obligatorischen Programms (OP), des Feldschiessens (FS) und der Jungschützenkurse, Entschädigungen an den Kursstab der Nachschiess- und Verbliebenenkurse sowie Vergütungen an Schiesskommissäre für Sicherheits- und Kontrollarbeiten. Die Beiträge werden einerseits als pauschalisierte Grundbeiträge an die Schützenverbände und Schiessvereine und andererseits auf Basis der an Schiessübungen und Kursen teilnehmenden Anzahl Personen ausgerichtet.

Beurteilung: Die Beiträge an das Schiesswesen wurden im Jahr 2021 von der EFK geprüft. Sie hat dabei keinen Handlungsbedarf bei den Abgeltungen an die Schiessvereine für die Durchführung der Bundesprogramme und der Kurse festgestellt. Die Abgeltungen haben eine klare gesetzliche Grundlage. Die Tarife und Leistungen sind in der Schiessverordnung des VBS (SR 512.311) festgehalten. Die EFK konnte auch keine Mitnahmeeffekte feststellen. Handlungsbedarf sah die EFK bei der Munitionssubvention. Insbesondere die Höhe der Subventionierung der GP-11 Munition (altes Sturmgewehr) ist aus militärischer Sicht nicht mehr gerechtfertigt und mit Blick auf die Förderung des ausserdienstlichen Schiessens mit der aktuellen Armeewaffe (GP-90 Munition) nicht zielführend. Gestützt auf den Bericht der EFK hat das VBS gemeinsam mit dem Schweizer Schiesssportverband (SSV) Massnahmen eingeleitet, um den Nutzen für die Armee aus dem «Schiessen ausser Dienst» zu steigern und gleichzeitig die Kosten zu senken. Dabei sollen die Beiträge an die Schiessvereine für das obligatorische Programm (OP) und das Feldschiessen (FS) sowie für die Jungschützenkurse (JSK) erhöht werden. Im Gegenzug soll die Subventionierung der GP11-Munition angepasst werden: Den Schützen sollen für die GP11-Munition statt wie bisher 30 Rappen – entsprechend der GP90-Munition – neu 60 Rappen pro Einheit in Rechnung gestellt werden. Mit der überwiesenen Motion 23.3594 «Keine Verteuerung der Munition für die Schützen, keine Schwächung des Wehrwillens» hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, auf die eingeleiteten Massnahmen zu verzichten.

Kein Handlungsbedarf.

FLIEGERISCHE AUSBILDUNG**Verteidigung**

525/A231.0101

Rechnung 2023: 2 218 767 Franken

Beschreibung: Aus diesem Subventionskredit werden Beiträge an die Aus- und Weiterbildung in der Aviatik geleistet, um den Einstieg in die Luftfahrt unter anderem zu Gunsten der Armee zu ermöglichen. Empfänger der Beiträge sind private Institutionen, wie z.B. der Aeroclub der Schweiz (Ausbildung SPHAIR).

Beurteilung: Jährlich müssen genügend Piloten- und Fallschirmaufkläreranwärterinnen und -anwärter rekrutiert werden. Private Flugschulen können die notwendige Eignungsabklärung und Grundausbildung kosteneffizient durchführen. Den Schulen werden die Kosten für Instruktor:innen, Flugstunden und Gebühren abgegolten (mittels leistungsgerechter Kostenabrechnung). Ohne die Subventionsbeiträge müsste die Armee die vorliegenden Leistungen selber erbringen und dazu die entsprechenden Strukturen aufbauen.

Kein Handlungsbedarf.

AUSSERORDENTLICHE SCHUTZAUFGABEN KANTONE UND STÄDTE**Verteidigung**

525/A231.0103

Rechnung 2023: 42 822 303 Franken

Beschreibung: Dieser Subventionskredit enthält Abgeltungen an Kantone und Städte zum Schutz ausländischer Vertretungen. Die Vereinbarungen mit den Kantonen Genf, Bern, Waadt und der Stadt Zürich regeln die Gewährleistung der aus dem Völkerrecht hervorgehenden Schutzpflichten gegenüber den auf dem Gebiet der Stadt und des Kantons liegenden diplomatischen und konsularischen Vertretungen. Die Polizei der Kantone und der Stadt garantiert die Sicherheit und die operative Umsetzung. Der Bundessicherheitsdienst (BSD) des EJPD legt die Gefährdungsstufe fest. Der Bund entrichtet den Kantonen und der Stadt 80 Prozent in Form von Pauschalbeträgen für Polizeiassistenten (Fr. 150 000) und für private Sicherheitskräfte (Fr. 80 000).

Beurteilung: Die Gewährleistung der Sicherheit von Gebäuden und Einrichtungen anderer Staaten ist – wie generell der Schutz der Inneren Sicherheit des Landes – eine zentrale Staatsaufgabe. Die Sicherheit wird in Zusammenarbeit mit kantonalen Behörden gewährleistet. Da der Vollzug von Bundesrecht grundsätzlich eine Kernaufgabe der Kantone darstellt (woraus kein Anspruch auf Bundesabgeltungen abgeleitet werden kann), wird – als Folge der letztjährigen Subventionsüberprüfung EJPD – eine analoge Subvention durch das fedpol aktuell überprüft. Namentlich soll die Möglichkeit einer Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Bund und Kantonen im Polizeibereich geprüft werden, in deren Rahmen der zukünftige Verzicht auf Abgeltungen durch den Bund thematisiert wird.

Handlungsbedarf: In die laufenden Diskussionen zu einer Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Bund und Kantonen im Polizeibereich soll auch eine mögliche Entflechtung beim vorliegenden Kredit einfließen.

ABGELTUNG DER AMTLICHEN VERMESSUNG UND DES ÖREB-KATASTERS**Bundesamt für Landestopografie**

570/A231.0115

Rechnung 2023: 14 066 264 Franken

Beschreibung: Bund und Kantone finanzieren die amtliche Vermessung und den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentümerbeschränkungen gemeinsam. Der Bund gewährt den Kantonen auf der Grundlage von mehrjährigen Programmvereinbarungen Beiträge an bestimmte Massnahmen (amtliche Vermessung) oder Globalbeiträge (ÖREB-Kataster). Für die Abgeltung dieser dauerhaften Aufgaben wird dem Parlament alle vier Jahre ein Verpflichtungskredit beantragt.

Beurteilung: Mit der amtlichen Vermessung wird die Verfügbarkeit der eigentümergebundenen Georeferenzdaten und der beschreibenden Informationen der Grundstücke sichergestellt. Sie dient zur Anlage und Führung des Grundbuches. Im ÖREB-Kataster werden die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen dargestellt. Diese Informationen erhöhen die Rechtssicherheit beim Grundeigentum.

Kein Handlungsbedarf.

SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG IM EFD

ZUSAMMENFASSUNG

Das EFD ist im Jahr 2023 für sieben Subventionskredite mit einem Gesamtvolumen von rund 66 Millionen zuständig, wovon 4 Subventionskredite im Umfang von weniger als 2 Millionen Gegenstand der vorliegenden Subventionsüberprüfung sind. Bei den restlichen Subventionen wurde auf eine Überprüfung verzichtet, da sie entweder im Rahmen einer separaten Botschaft überprüft wurden (Beiträge an FRONTEX 40 Mio.) oder befristet sind (Beiträge an IWF 25 Mio.).

Die überprüften Subventionen werden vom Bundesrat grundsätzlich als weiterhin notwendig und in ihrer Höhe gerechtfertigt beurteilt. Es besteht Handlungsbedarf im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten des BAZG im Bereich Alkohol.

Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Subventionen, insbesondere zu den rechtlichen Grundlagen und den gewährten Beträgen finden sich im Band 2B der Staatsrechnung und des Voranschlags sowie in der Datenbank der Bundessubventionen (auf www.efv.admin.ch).

ÜBERPRÜFTE SUBVENTIONEN

BEITRÄGE AN RECHNUNGSLEGUNGSGREMIEN

Eidgenössische Finanzverwaltung

601/A231.0369

Rechnung 2023: 55 000 Franken

Beschreibung: Das Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS) befasst sich mit der Erarbeitung und Auslegung von Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor, die von gesamtschweizerischer Bedeutung sind. Mit der gemeinsamen Finanzierung des SRS fördern der Bund und die Kantone zu gleichen Teilen die Harmonisierung der Rechnungslegungsstandards von Bund, Kantonen und Gemeinden und damit eine einheitliche, vergleichbare und transparente Rechnungslegung sowie eine aussagekräftige Finanzstatistik. Das Gremium des SRS setzt sich hauptsächlich aus Vertretern der drei Staatsebenen zusammen, ergänzt durch Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft. Der Beitrag dient der Finanzierung Geschäftsstelle des SRS. Die Geschäftsstelle ist bei der Wissenschaft angesiedelt (bis 2024 bei der Universität Lausanne, ab 2025 bei der zhaw). Der Vertrag mit dem SRS ist befristet bis 2024, ein neuer Vertrag ist für die Periode von 2025–2028 vorgesehen. Vor einer allfälligen Vertragsverlängerung (für Periode nach 2028) wird der Nutzen des SRS für den Bund neu beurteilt.

Beurteilung: Die Unterstützung des SRS ist mit einem relativ geringen finanziellen Aufwand verbunden, der es dem Bund ermöglicht, die Harmonisierung und Vereinheitlichung der Rechnungslegung und der Kontenpläne auf allen Staatsebenen zu erreichen. Ohne die Subventionierung könnte die Geschäftsstelle des SRS ihre Tätigkeit nicht weiter ausüben. Entsprechend müsste der regelmässige Austausch mit den Kantonen und Gemeinden in einer anderen Form organisiert werden, wobei fraglich ist, ob die Kosten dadurch reduziert werden können.

Kein Handlungsbedarf.

BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Eidgenössische Steuerverwaltung

605/A231.0166

Rechnung 2023: 126 041 Franken

Beschreibung: Aus dem Kredit werden insgesamt drei Beiträge finanziert: Zum einen die Mitgliederbeiträge an die «Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA)» und an das «Forum on Tax Administration (FTA)» der OECD, zum andern der Beitrag zur Nutzung der Datenaustauschplattform «Common Transmission System (CTS)» der OECD. Die IOTA und das FTA bieten den Mitgliedsländern ein Diskussionsforum für steuertechnische Fragen an. Im Fokus steht die technische Zusammenarbeit mit Steuerverwaltungen anderer Länder sowie die gemeinsame Erarbeitung von «best practices». Unter den 45 Vollmitgliedern und 1 assoziierten Mitglied der IOTA befinden sich die nationalen

Steuerbehörden aller EU-Länder. Das FTA setzt sich aus den Steuerverwaltungen von 47 OECD- und Nicht-OECD-Ländern zusammen, darunter auch Mitglieder der G20. Durch den CTS-Beitrag erhält die Schweiz das Recht, die gemeinsame Datenaustauschplattform der OECD für den Austausch AIA-Daten und andere Formen des internationalen Informationsaustausches zu nutzen. Zurzeit haben sich mehr als 100 Staaten zum AIA bekannt. Alle nutzen das CTS.

Beurteilung: Die Mitgliedschaften bei IOTA und FTA bieten der ESTV die Möglichkeit zur Teilnahme an fachlichen Veranstaltungen und Programmen; sie kann bei der Erarbeitung von «best practices» aktiv mitbestimmen. Obwohl sich die Themenbereiche teilweise überschneiden, sieht die ESTV in Bezug auf Austausch und Einflussnahme einen Mehrwert in der Vertretung in beiden Gremien. Um den staatsvertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des internationalen Informationsaustauschs nachzukommen und Daten mit anderen Ländern austauschen zu können, braucht die Schweiz Zugang zu einer entsprechenden Plattform. Mit dem CTS wurde eine standardisierte Lösung entwickelt, welche die Komplexität und die Kosten des Datenaustauschs möglichst gering halten soll. Die ESTV hat sich bereits finanziell an der Entwicklung beteiligt. Die Schweiz nutzt das CTS mittlerweile auch für den Informationsaustausch auf Ersuchen und das CTS wird voraussichtlich für weitere Formen des Informationsaustauschs verwendet werden.

Kein Handlungsbedarf.

BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

606/A231.0174

Rechnung 2023: 179 969 Franken (Beitrag an die Weltzollorganisation und Edelmetall-Übereinkommen)

Beschreibung: Ein Betrag von 161 279 Franken wird für den Schweizer Beitrag an die Weltzollorganisation (WZO) aufgewendet. Abgesehen von einem geringen freiwilligen Beitrag an das Regionalbüro in Aserbaidschan (Rechnung 2023: 1750 Fr.) handelt es sich um einen Pflichtbeitrag, der gemäss einem definierten Schlüssel auf die Mitgliedstaaten verteilt wird. Daneben wird über diesen Kredit auch der Pflichtbeitrag zur Finanzierung des Sekretariats des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen geleistet (Rechnung 2023: 18 690 Fr.).

Beurteilung: Die Leistungen der WZO zur Harmonisierung der weltweiten Zollsysteme und zur Förderung des internationalen Handels liegen im Interesse einer offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz. Das gilt auch für das Edelmetall-Übereinkommen, welches insbesondere für die Uhrenindustrie von Bedeutung ist. Die diesbezüglichen Ausgaben werden zudem über Gebühren für amtliche Prüfung und Stempelung von Edelmetallwaren gegenfinanziert.

Kein Handlungsbedarf.

BEITRAG AN DIE ALKOHOLPRÄVENTION

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

606/A231.0374

Rechnung 2023: 1 359 270 Franken

Beschreibung: Der Bund unterstützt Organisationen, die schweizweit den problematischen Alkoholkonsum bekämpfen. Diese Organisationen befassen sich hauptsächlich mit der strukturellen Prävention. Im Rahmen des Jugendschutzes werden Testkäufe durchgeführt. Zur Verwendung der Mittel legen die Organisationen für jedes Jahr einen Zwischen- und einen Schlussbericht vor. Die Subvention an die Alkoholprävention wird aus der Spirituosensteuer finanziert.

Beurteilung: Das BAZG nimmt auf Grundlage des Alkoholgesetzes (AlkG; SR 680) verschiedene Zuständigkeiten im Alkoholbereich wahr (u.a. Erhebung der Spirituosensteuer und Berichterstattung der Kantone über die Verwendung der Kantonsanteile für Prävention, strukturelle Prävention mittels Kontrolle von Produktion und Handel inkl.

Werbebeschränkungen und Vorschriften zum Mindestabgaberalter). Der Bund hat ein gesundheitspolitisches Interesse daran, den problematischen Alkoholkonsum mittels Präventionsmassnahmen zu bekämpfen. Das BAG ist als Fachamt für Suchtprävention zuständig, was auch den Alkohol umfasst. Gewisse Präventionsmassnahmen des BAG werden ebenfalls über die Spirituosensteuer finanziert (Rechnung 2023: 1 359 270 Fr.).

Handlungsbedarf: Das BAZG wird, nach Rücksprache mit dem BAG und aufgrund der vorhandenen Synergiepotentiale, beauftragt, die notwendigen Arbeiten für ein Konzept für eine Zusammenlegung der Präventionsaktivitäten im Alkoholbereich im BAG aufzunehmen. Die Präventionsaktivitäten des BAZG sollen bis spätestens Ende 2024 dem BAG übertragen werden können. Eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen (Art. 43a AlkG) ist nicht notwendig, da diese die Übertragung dieser Aufgabe an eine geeignete Stelle explizit vorsehen.

IN ANDEREN BOTSCHAFTEN ÜBERPRÜFTE SUBVENTIONEN DES EFD

Botschaft vom 26.8.2020 zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und zu einer Änderung des Asylgesetzes (BBI 2020 7105)

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

606/A231.0174 Beiträge an internationale Organisationen (Anteil für die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX; Rechnung 2023: 35 158 200 Franken)

NICHT ÜBERPRÜFTE SUBVENTIONEN DES EFD**BEITRAG AN DEN TREUHANDFONDS DES IWF****Staatssekretariat für internationale Finanzfragen**

604/A231.0165

Rechnung 2023: 10 000 000 Franken

Die Subvention wurde nicht geprüft. Auf der Grundlage von Artikel 3 des Bundesgesetzes über die internationale Währungshilfe (WHG; SR 941.13) beteiligt sich die Schweiz an der Aufstockung des Zinsverbilligungs- und Reservekontos des IWF-Treuhandfonds zugunsten der ärmeren Länder (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT). Der jährliche Beitrag von 10 Millionen ist auf fünf Jahre bis 2027 befristet.

BEITRAG ZUR ENTSCULDUNG SOMALIAS GEGENÜBER DEM IWF**Staatssekretariat für internationale Finanzfragen**

604/A231.0407

Rechnung 2023: 7 500 000 Franken

Diese Subvention wurde nicht geprüft. Der einmalige Beitrag der Schweiz zur Entschuldung Somalias im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) wurde 2023 an den IWF überwiesen.

BEITRAG ZUR ENTSCULDUNG SUDANS GEGENÜBER DEM IWF**Staatssekretariat für internationale Finanzfragen**

604/A231.0433

Rechnung 2023: 7 500 000 Franken

Diese Subvention wurde nicht geprüft. Der einmalige Beitrag der Schweiz zur Entschuldung des Sudan im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) wurde 2023 an den IWF überwiesen.

CONTROLLING SUBVENTIONSÜBERPRÜFUNG EDA 2020

Im Jahr 2020 wurden die Subventionen des EDA überprüft; die Ergebnisse finden sich in der Staatsrechnung 2020, Band 1, S. 67. Die Überprüfung wurde bei 15 Subventionen vorgenommen. Bei insgesamt 8 Subventionen wurde ein Handlungsbedarf festgestellt. Bei zwei Subventionen empfahl der Bundesrat die Integration in Rahmenkredite, die in separaten Botschaften beantragt wurden (internationale Zusammenarbeit und Gaststaat). Sechs Subventionen erforderten Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz. Alle Massnahmen wurden umgesetzt.

Nachfolgend wird über die Umsetzung bei den einzelnen Subventionen informiert:

AKTIONEN ZUGUNSTEN DES VÖLKERRECHTS**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**

202/A231.0340

Beschlossene Massnahme: Im Rahmen der nächsten Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) wird diese Subvention ab 2025 als separate Budgetposition in den Rahmenkredit zur Weiterführung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit integriert. Um das Jahr 2024 abzudecken, kann die Subvention auf Beschluss des Bundesrats um ein Jahr verlängert werden.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde im Rahmen des Voranschlags 2024 umgesetzt. Der Bundesrat hat die entsprechenden Anträge in seiner Sitzung vom 25.10.2023 angenommen.

TEILNAHME AN PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**

202/A231.0341

Beschlossene Massnahme: Die Begründung wird mit der Erwähnung der Beteiligung des VBS an der Partnerschaft für Frieden und der Höhe seiner Beiträge ergänzt.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit der Staatsrechnung 2022 und dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

BETEILIGUNG DER SCHWEIZ AN DER FRANKOPHONEN ZUSAMMENARBEIT**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**

202/A231.0345

Beschlossene Massnahme: Aus Transparenzgründen wird die Begründung im Voranschlag und in der Staatsrechnung ergänzt. Die Aufteilung des Finanzvolumens zwischen Pflichtbeiträgen und freiwilligen Beiträgen muss detailliert aufgeführt sein. Ausserdem ist anzugeben, in welcher Höhe andere Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung (u. a. das Bundesamt für Kultur, BAK) Subventionen an die Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) leisten.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit der Staatsrechnung 2022 und dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

UNESCO, PARIS**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**

202/A231.0346

Beschlossene Massnahme: Aus Transparenzgründen muss in der Begründung die Summe aller vom Bund an die UNESCO geleisteten Subventionen ausgewiesen werden. Zu Koordinationszwecken geben die Verwaltungseinheiten der Sektion UNESCO des EDA vorgängig systematisch und im Detail ihre geplanten Subventionen an die UNESCO bekannt.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit der Staatsrechnung 2022 und dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

BEITRÄGE AN INSTITUTIONEN DES INTERNATIONALEN RECHTS**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**
202/A231.0348

Beschlossene Massnahme: Die Begründung muss aus Transparenzgründen mit der Erwähnung der vom Bund übernommenen Kosten für das IHEK-Sekretariat ergänzt werden.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit der Staatsrechnung 2022 und dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

INTERESSENWAHRUNG DER SCHWEIZ IN INTERNATIONALEN GREMIEN**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**
202/A231.0350

Beschlossene Massnahme: Um gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit mehr Transparenz zu schaffen, muss in der Begründung die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Bereiche (Konferenzen, JPO, UNO-Sicherheitsrat, Grundbeitrag, usw.) angegeben werden.

Status: Umgesetzt. Diese Massnahme wurde im Voranschlag 2022 und der Staatsrechnung 2022 umgesetzt. Im Voranschlag 2024 sind die Informationen ausnahmsweise nicht verfügbar. Im Voranschlag 2025 und folgende werden diese Informationen wieder enthalten sein.

FÜRSORGELEISTUNGEN AN AUSLANDSCHWEIZERINNEN UND AUSLANDSCHWEIZER**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**
202/A231.0357

Beschlossene Massnahme: Der budgetierte Betrag wird inskünftig auf der Grundlage des Durchschnitts der Vorjahre berechnet. Um den Auswirkungen der aktuellen Coronakrise auf die Gesuche der Auslandschweizerinnen und -schweizer um Sozialhilfeleistungen Rechnung zu tragen, wird die Höhe der Subvention im Rahmen der Budgetplanung 2023 angepasst.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

STIFTUNG JEAN MONNET**Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA**
202/A231.0358

Beschlossene Massnahme: Ab 2024 wird diese Subvention in die Botschaft zu den Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat integriert.

Status: Umgesetzt. Die Massnahme wurde mit dem Voranschlag 2024 umgesetzt.

FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

E

INHALTSVERZEICHNIS

E	FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN	121
	FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN	125
1	BAHNINFRASTRUKTURFONDS	125
	11 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG	125
	12 RECHNUNG	129
	13 ANHANG ZUR RECHNUNG	131
2	NATIONALSTRASSEN- UND AGGLOMERATIONSVERKEHRSFONDS	137
	21 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG	137
	22 RECHNUNG	140
	23 ANHANG ZUR RECHNUNG	142

FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

1 BAHNINFRASTRUKTURFONDS

11 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG

Der Fonds schliesst aufgrund tieferer Betriebsabgeltungen und Investitionsbeiträge (Substanzerhalt) sowie Projektverzögerungen bei den Ausbauten besser ab als budgetiert.

ERFOLGSRECHNUNG

Die Erfolgsrechnung weist Erträge in Form von zweckgebundenen Einnahmen und Einlagen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt von insgesamt 5730 Millionen aus, 29 Millionen weniger als budgetiert (-0,5 %). Dem stand ein Aufwand von 4727 Millionen gegenüber (-9,7 %). Das Jahresergebnis von 1003 Millionen war um 480 Millionen höher als budgetiert (+91,6 %). Für die gesetzliche Rückzahlung der Bevorschussung wurden 726 Millionen verwendet.

Zweckgebundene Einnahmen

Die zweckgebundenen Einnahmen belaufen sich auf 2855 Millionen und liegen damit um 62 Millionen oder 2,1 Prozent unter dem budgetierten Wert. Der mit der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Teuerung indexierte Kantonsbeitrag fiel höher aus als budgetiert (+1,2 %). Die übrigen Einnahmen liegen tiefer als budgetiert, allen voran die Mehrwertsteuereinnahmen (-3,3 %) und die Einnahmen aus der Schwerkverkehrsabgabe (-4,0 %).

Einlagen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt

Die Einlage aus dem allgemeinen Bundeshaushalt wird wie der Kantonsbeitrag mit der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Teuerung fortgeschrieben. Die Einlage betrug 2875 Millionen (+1,2 %).

Aufwand für den Betrieb, Substanzerhalt und Unterhalt

Der in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Aufwand entfällt grösstenteils auf Wertberichtigungen. Diese widerspiegeln die Ausgaben der Investitionsrechnung für den Substanzerhalt und Ausbau.

Für den Betrieb und den Unterhalt (inkl. Vergütung Systemaufgaben) der Bahninfrastruktur wurden mit 654 Millionen rund 241 Millionen (-26,9 %) weniger Mittel beansprucht als budgetiert. Im Voranschlag 2023 waren 238 Millionen zusätzliche Abgeltungen zur Kompensation der Covid-19-bedingten tieferen Trassenpreiserlöse der Infrastrukturbetreiberinnen (ISB) eingestellt. Letztlich wurde auf die vorgesehenen Trassenpreissenkung im Fernverkehr verzichtet. Unter der Berücksichtigung der Kompensation (-83 Mio.) für den Substanzerhalt (Nachtragskredit II) betrug die Abweichung noch 19,4 Prozent (-158 Mio.). Die Aufteilung der Mittel an die ISB wird aus Anhang II ersichtlich.

Weiterer Aufwand

Die Entschädigung aus dem BIF für den Verwaltungsaufwand des Bundesamts für Verkehr (BAV), des Bundesamts für Umwelt (BAFU) und des Bundesarchivs (BAR) betrug 4,6 Millionen. Für Forschungsaufträge wurden lediglich 20,7 Prozent (0,8 Mio.) der budgetierten Mittel beansprucht. Für die Verzinsung der Bevorschussung wurden 42 Millionen benötigt.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Investitionsausgaben lagen mit 4151 Millionen insgesamt 194 Millionen unter dem Voranschlag. Drei Viertel der Investitionen entfielen dabei auf den Substanzerhalt, ein Viertel auf den Ausbau. Die Investitionseinnahmen betrugen 125 Millionen, da der Investitionsbedarf bei einigen ISB (SBB, LEB, SOB, STB; vgl. Anhang II) geringer war als der vom Bund abgegoltene Abschreibungsaufwand. Somit konnten mit den «überschüssigen Abgeltungen» bedingt rückzahlbare Darlehen zurückbezahlt werden (vgl. Art. 51b Abs. 2 Eisenbahngesetz).

Investitionen in den Substanzerhalt

Mit 3142 Millionen wurden 42 Millionen (-1,4 %) weniger für den Substanzerhalt bzw. für die Erneuerung der Bahninfrastruktur eingesetzt als inkl. Nachtragskredit II vorgesehen. Unter Berücksichtigung der erwähnten Investitionseinnahmen wurden 3017 Millionen an die ISB ausbezahlt (-127 Mio.). Der Minderbedarf ist auf verschiedene Verzögerungen bei Bahnhofsumbauten sowie bei Strecken-, Brücken- und Tunnelsanierungen zurückzuführen.

Für den Substanzerhalt der Seilbahnen wurden rund 25 Millionen aufgewendet. Die Mittel gingen an fünf Anlagebetreiber (Braunwald-Standseilbahn AG, Compagnie de Chemin de Fer et d'Autobus Sierre-Montana-Crans SA, Luftseilbahn Stalden-Staldenried-Gspon, Schilthornbahn AG, Zugerbergbahn AG).

Investitionen in den Ausbau

In den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur wurden 1009 Millionen investiert, 236 Millionen oder 19,0 Prozent weniger als budgetiert. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Ausbauprojekten finden sich in Anhang II.

Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) (inkl. Bahn 2000 und 4-Meter-Korridor)

Für das Ausbauprogramm «Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB)» und den 4-Meter-Korridor wurden Investitionen in der Höhe von 260,3 Millionen (-14,2 %) getätigt.

Die Entnahmen für ZEB beliefen sich insgesamt auf 244 Millionen. Das entspricht rund 45 Millionen oder 15,4 Prozent weniger als veranschlagt. Für Ausbaumassnahmen auf den NEAT-Zufahrtsstrecken (Art. 4 Bst. a ZEBG) fielen dabei Entnahmen von 38 Millionen (-10,4 %) an. Auf den übrigen Streckenabschnitten des Bahnnetzes (Art. 4 Bst. b ZEBG) wurden 178 Millionen zur Deckung der Projektierungs- und Baukosten aufgewendet (-19,2 %). Als grösstes Ausbauprojekt des ZEB-Programmes erfuhr dabei die Erweiterung des Bahnknotens in Lausanne Verzögerungen, die sich massgeblich auf die Budgetausschöpfung auswirkten. Für Ausgleichsmassnahmen zugunsten des Regionalverkehrs (Art. 6 ZEBG) wurden schliesslich 27 Millionen aufgewendet (+10,0 %). Dies aufgrund höherer Ausgaben bei Bauarbeiten für eine neue Bahnhofsquersung in Fribourg.

Im Rahmen des Projekts zur Schaffung eines durchgängigen 4-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse wurden für Massnahmen in der Schweiz Investitionen von 13 Millionen (+31,2 %) getätigt. Die Bauleistung insbesondere für die Profilerweiterungen an der Ceneri-Bergstrecke sowie für die Abschlussarbeiten am Bözberg-Tunnel waren erheblich höher als zum Zeitpunkt der Budgeteingabe erwartet. Demgegenüber lagen die Entnahmen für die Projektierung von Massnahmen in Italien auf dem Zulauf der Simplonstrecke mit 2,7 Millionen tiefer als prognostiziert. Insgesamt wurden für den 4-Meter-Korridor 10,2 Prozent mehr Mittel aufgewendet als budgetiert.

Ausbauschnitt 2025

Im Ausbauschnitt 2025 lagen die Investitionen mit 543 Millionen um 141 Millionen bzw. 20,6 Prozent unter dem Voranschlagskredit. Von diesen Investitionsausgaben flossen 528 Millionen ins Netz der SBB. Davon wurden 118 Millionen für die Anlagenanpassungen Rüthi-Oberriet im Rheintal und 65 Millionen für die Entflechtung Basel-Muttenz investiert. Weiter beanspruchten die Projektierungen für den Teilausbau des Lötschberg-Basistunnels gut 6 Millionen. Rekurse führten zu Verzögerungen beim Projekt «Ligerz-Twann; Kapazitätsausbau», mit der Konsequenz, dass lediglich 46 Millionen der geplanten 130 Millionen bei diesem Tunnelprojekt verbaut werden konnten.

Ausbauschritt 2035

Projektierungsarbeiten für den Ausbauschritt 2035 beanspruchten 2023 Mittel in der Höhe von 169 Millionen (-27,7 %). Rund 75 % der Mittel wurden dabei für die Projektierungsarbeiten im Portfolio der SBB ausgegeben. Hiervon wurde rund ein Viertel für das Bauprojekt des Grossvorhabens «Mehrspur Zürich–Winterthur» (Kernstück Brüttenertunnel) verwendet.

Der grösste Teil des nicht ausgeschöpften Budgets ist auf unter den Erwartungen liegende Projektierungsfortschritte bei kleineren ISB zurückzuführen. Insbesondere konnte das Projekt «Lugano Centro-Bioggio: Neubaustrecke», für welches 30 Millionen eingeplant waren, nicht wie vorgesehen starten.

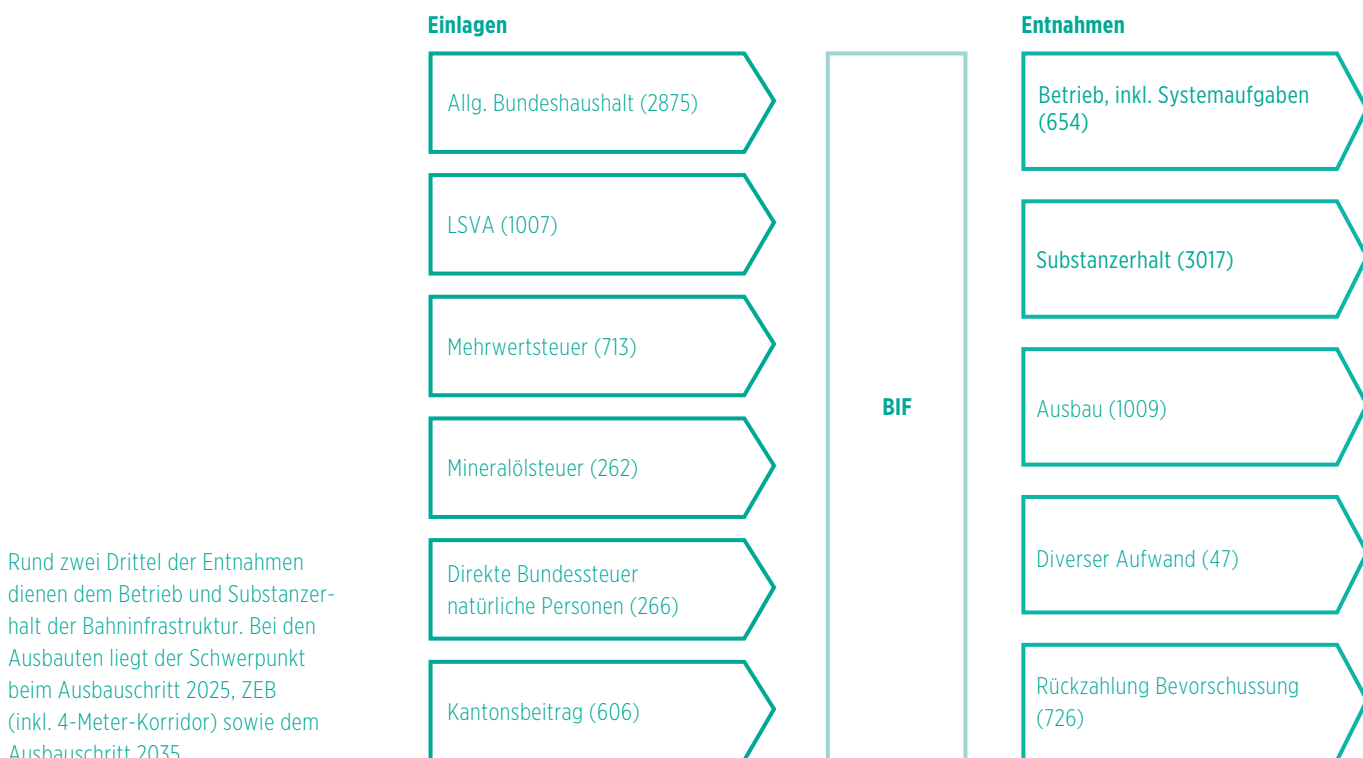
Weitere Investitionen

Für die NEAT betrugen die Investitionen 31 Millionen. Damit lagen sie 6,1 Millionen bzw. 16,5 Prozent unter dem veranschlagen Finanzbedarfs (inkl. Kreditübertragungen in Höhe von 25 Mio.). Der Minderbedarf ist auf Verzögerungen in der Abschlussphase auf der Achse Gotthard zurückzuführen.

Für die Verbesserung des Lärmschutzes entlang der bestehenden Eisenbahnstrecken sowie die ergänzenden Massnahmen im Rahmen des Lärmsanierungsprogramms wurden 6,5 Millionen investiert. Der Bedarf lag damit 50,3 Prozent unter dem Voranschlag, da mehrere Lärmschutzwandprojekte kostengünstiger ausfielen als erwartet.

BAHNINFRASTRUKTURFONDS

Zahlen gemäss Rechnung 2023, in Mio. CHF



BILANZ

Die Bilanz des Fonds weist per 31.12.2023 Forderungen und aktive Rechnungsabgrenzungen gegenüber dem Bund und der SBB (Fondsliquidität) in Höhe von 1525 Millionen aus. Obwohl die Verschuldung des Fonds gemäss den gesetzlichen Vorgaben um 726 Millionen reduziert wurde, erhöht sich die Fondsliquidität aufgrund des positiven Rechnungsabschlusses um 295 Millionen.

Der Bestand der bedingt rückzahlbaren Darlehen (vollständig wertberichtigt) beträgt 33 Milliarden (+1,4 Mrd.). Details zu den Darlehen finden sich in Anhang II. Die passive Rechnungsabgrenzung reduziert sich um 28 Millionen auf 7 Millionen. Die Bevorschussung des Bundes reduziert sich per 31.12.2023 auf 5102 Millionen.

12 RECHNUNG

ERFOLGSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %
Ertrag	5 606	5 759	5 730	-29	-0,5
Zweckgebundene Einnahmen	2 863	2 917	2 855	-62	-2,1
Mehrwertsteuer	714	738	713	-25	-3,3
Schwerverkehrsabgabe	1 046	1 049	1 007	-42	-4,0
Mineralölsteuer	270	263	262	-1	-0,3
Kantonsbeitrag	578	599	606	7	1,2
Direkte Bundessteuer natürliche Personen	255	267	266	-1	-0,4
Einlagen aus dem allg. Bundeshaushalt	2 743	2 842	2 875	33	1,2
Aufwand	4 434	5 235	4 727	-509	-9,7
Betrieb	627	895	654	-241	-26,9
Betriebsabgeltungen	582	848	607	-242	-28,5
Vergütung Systemaufgaben	46	46	47	1	1,7
Substanzerhalt	2 875	3 060	3 017	-44	-1,4
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	2 466	2 170	2 500	330	15,2
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen	634	930	642	-288	-31,0
Wertaufholung bedingt rückzahlbare Darlehen	-226	-39	-125	-86	217,6
Ausbau	885	1 246	1 009	-236	-19,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	415	498	157	-342	-68,6
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen	469	747	853	105	14,1
Diverser Aufwand	48	35	47	12	34,5
Bevorschussungszinsen	43	29	42	12	43,0
Verwaltungsaufwand	4	2	5	3	122,0
Forschung	0	4	1	-3	-79,3
Jahresergebnis	1 171	524	1 003	480	91,6

INVESTITIONSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %
Investitionseinnahmen	231	39	125	86	217,6
Rückzahlung bedingt rückzahlbare Darlehen	226	39	125	86	217,6
Rückzahlung übrige Darlehen	5	-	-	-	-
Investitionsausgaben	3 986	4 345	4 151	-194	-4,5
Substanzerhalt	3 101	3 100	3 142	42	1,4
Investitionsbeiträge	2 466	2 170	2 500	330	15,2
Bedingt rückzahlbare Darlehen	634	930	642	-288	-31,0
Ausbau	885	1 246	1 009	-236	-19,0
Investitionsbeiträge	415	498	157	-342	-68,6
Bedingt rückzahlbare Darlehen	469	747	853	105	14,1
Saldo Investitionsrechnung	-3 755	-4 306	-4 026	280	-6,5

BILANZ

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	absolut
Aktiven	1 229	1 525	295
Forderungen Bund	1 229	1 482	253
Forderungen SBB	-	35	35
Aktive Rechnungsabgrenzung	-	7	7
Bedingt rückzahlbare Darlehen	31 951	33 321	1 370
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen	-31 951	-33 321	-1 370
Passiven	1 229	1 525	295
Fremdkapital	5 878	5 171	-708
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	16	61	46
Passive Rechnungsabgrenzung	36	7	-28
Bevorschussung Bund	5 827	5 102	-726
davon kurzfristig	759	747	-12
davon langfristig	5 068	4 355	-713
Eigenkapital	-4 649	-3 646	1 003
Altrechtlicher Verlustvortrag	-5 821	-5 095	726
Gewinnreserve	1 172	1 449	278

INFORMATIONEN ZUM EIGENKAPITAL

Altrechtlicher Verlustvortrag: Mit der Eröffnungsbilanz per 1.1.2016 hat der BIF die Verpflichtungen des FinöV-Fonds übernommen. Dementsprechend startete der Fonds mit einem negativen Fondskapital von 8950 Millionen, das vorwiegend über eine Bevorschussung aus der Bundesrechnung finanziert ist. Für den Abbau der Bevorschussung sind 50 Prozent der zweckgebundenen Einlagen aus der LSVa sowie die Mineralölsteuermittel abzüglich Bevorschussungszinsen zu verwenden (Art. 11 BIFG).

Gewinnreserve: Der freien Gewinnreserve werden die kumulierten Ergebnisse nach Abzug des gesetzlich vorgeschriebenen Abbaus der altrechtlichen Verlustvorträge zugewiesen. Die Reserve dient dazu, Schwankungen bei den Einlagen auffangen zu können.

EIGENKAPITALNACHWEIS

Mio. CHF	altrechtlicher Verlustvortrag	Gewinn- reserven	Total Eigenkapital
Stand per 1.1.2016	-8 950	-	-8 950
Jahresergebnisse 2016 - 2021	-	3 130	3 130
Rückzahlung Bevorschussung	2 380	-2 380	-
Stand per 1.1.2022	-6 570	750	-5 820
Jahresergebnis	-	1 171	1 171
Rückzahlung Bevorschussung	750	-750	-
Stand per 31.12.2022	-5 821	1 172	-4 649
Jahresergebnis	-	1 003	1 003
Rückzahlung Bevorschussung	726	-726	-
Stand per 31.12.2023	-5 095	1 449	-3 646

In gleichem Umfang wie der altrechtliche Verlustvortrag abgebaut wird, wurde ebenfalls die Bevorschussung des Bundes (im Fremdkapital) zurückbezahlt. Vom ursprünglichen Betrag der Bevorschussung von 8807 Millionen waren per Ende 2023 noch 5102 Millionen geschuldet (-726 Mio. ggü. dem Vorjahresbestand).

13 ANHANG ZUR RECHNUNG

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Rechtsgrundlage

Artikel 87a Absatz 2 der Bundesverfassung (BV) hält fest, dass die Eisenbahninfrastruktur über einen Fonds finanziert wird und definiert die dem Fonds zugewiesenen Mittel. Weitere, temporäre Finanzierungsquellen sind in Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 sowie Ziffer 14 Absatz 4 BV genannt. Die Funktionsweise und die Verfahren des BIF sind im Bundesgesetz über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (BIFG; SR 742.140) festgelegt.

Der BIF hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung, einer Investitionsrechnung, einer Bilanz und einem Eigenkapitalnachweis.

Funktionsweise des Fonds und Grundzüge der Eisenbahninfrastrukturfinanzierung

Die Finanzierung von Betrieb und Unterhalt (Betrieb) und Erneuerung bzw. Modernisierung (Substanzerhalt) inkl. Vergütung der Systemaufgaben und des weiteren Ausbaus der Eisenbahninfrastruktur erfolgt ausschliesslich über den BIF. Der BIF hat die Aktiven und Passiven und somit auch die Schulden (kumulierte Bevorschussung) des FinöV-Fonds per Ende 2015 übernommen. Mindestens 50 Prozent der zweckgebundenen Einlagen aus der LSVA sowie die Mineralölsteuermittel werden für die Verzinsung und Rückzahlung der Schulden des Fonds eingesetzt (Art. 11 BIFG). Über die Bevorschussung hinaus darf sich der BIF nicht verschulden. Der Fonds bildet eine angemessene Reserve (Art. 7 BIFG).

Der Bundesrat legt die Höhe der vorgesehenen Finanzmittel fest, die dem BIF zugewiesen werden (Art. 3 Abs. 1 BIFG). Zudem bringt er der Bundesversammlung die Finanzplanung des Fonds zusammen mit dem Voranschlag (Art. 8 Abs. 2 BIFG) zur Kenntnis. Die Bundesversammlung legt gleichzeitig mit dem jährlichen Voranschlag in einem einfachen Bundesbeschluss die Mittel fest, welche dem BIF für den Betrieb und Substanzerhalt, den Ausbau und für die Forschung entnommen werden (Art. 4 Abs. 1 BIFG). Die Bundesversammlung genehmigt schliesslich die Rechnung des BIF (Art. 8 Abs. 1 BIFG).

Die Finanzierung durch den BIF erfolgt über drei verschiedene Instrumente:

- *Abgeltungen* werden für geplante, nicht gedeckte Kosten des Betriebs in Form von A-Fonds-perdu-Beiträgen ausgerichtet und der Erfolgsrechnung belastet.
- *Investitionsbeiträge* werden für Abschreibungen des Substanzerhalts und für nicht-aktivierbare Investitionen des Ausbaus à fonds perdu ausgerichtet. Sie werden in der BIF-Rechnung via Investitionsrechnung verbucht und in der Erfolgsrechnung vollständig wertberichtigt. In der Bilanz werden sie nicht ausgewiesen, da sie keine Investitionsgüter im Eigentum des Bundes darstellen.
- *Bedingt rückzahlbare Darlehen* werden den Infrastrukturbetreiberinnen grundsätzlich für aktivierbare Investitionskosten des Ausbaus gewährt. Investitionen in den Substanzerhalt, welche die Abschreibungen und Liquiditätsreserven übersteigen, werden auch mit zinslosen und bedingt rückzahlbaren Darlehen finanziert. Übersteigen aber die Abschreibungen die Investitionen, so sind bestehende bedingt rückzahlbare Darlehen an den BIF zurückzuzahlen. Zum Zeitpunkt der Gewährung wird davon ausgegangen, dass keine Rückzahlung erfolgen wird. Bedingt rückzahlbare Darlehen werden daher vollständig wertberichtigt. Allfällige Rückzahlungen von Darlehen werden in der Investitionsrechnung als Einnahmen ausgewiesen.

Einlagen

Zur Finanzierung seiner Aufgaben werden dem BIF folgende Mittel dauerhaft zugewiesen (Art. 87a Abs. 2 und 3 BV; Art. 57 Abs. 1 EBG):

- höchstens zwei Drittel des Reinertrags der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA);
- ein Mehrwertsteuer-Promille;
- zwei Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen;
- 2,3 Milliarden aus dem allgemeinen Bundeshaushalt, die an die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Teuerung (LIK) angepasst werden (indexiert ab 2014) und
- Kantonsbeiträge in der Höhe von 500 Millionen (ab 2019 indexiert).

Darüber hinaus werden dem BIF folgende Mittel befristet zugewiesen (Art. 196. Ziff. 3 Abs. 2 und Ziff. 14 Abs. 4 BV):

- ein zusätzliches Mehrwertsteuer-Promille (ab 2018 bis längstens 2030);
- neun Prozent des Reinertrages der zweckgebundenen Mineralölsteuer (bis zur vollständigen Rückzahlung der Bevorschussung), maximal jedoch 310 Millionen zum Preisstand 2014.

Seit 2016 werden die bisher von Bund und Kantonen gemeinsam finanzierten Kosten für Betrieb und Substanzerhalt der Privatbahnen vollumfänglich aus dem BIF finanziert, im Gegenzug leisten die Kantone einen indexierten Pauschalbeitrag an den BIF.

Entnahmen

Die Entnahmen aus dem BIF haben nach Artikel 4 Absatz 2 BIFG vorrangig den Bedarf für Betrieb und Substanzerhalt der Eisenbahninfrastruktur sicherzustellen. Für diese Entnahmen bewilligt die Bundesversammlung alle vier Jahre einen Zahlungsrahmen. In darauf abgestimmten vierjährigen Leistungsvereinbarungen werden die zu erreichenden Ziele und die dafür vom Bund an die Infrastrukturbetreiberinnen gewährten Mittel verbindlich festgelegt.

Die Massnahmen zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur werden durch die Bundesversammlung mit entsprechenden Verpflichtungskrediten beschlossen (Art. 48c EBG). Der Bundesrat legt der Bundesversammlung alle vier Jahre einen Bericht zum Stand des Ausbaus vor (Art. 48b EBG).

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNG

AUFWAND FÜR BETRIEB (INKL. VERGÜTUNG SYSTEMAUFGABEN)

CHF	Bahn	R 2022	R 2023	Δ
AB	Appenzeller Bahnen AG	8 254 916	8 489 135	234 219
asm	Aare Seeland mobil AG	9 394 917	9 671 069	276 152
AVA	Aargau Verkehr AG	5 047 613	5 040 447	-7 166
BLSN	BLS Netz AG	60 909 224	61 017 302	108 078
BLT	BLT Baselland Transport AG	2 683 370	3 322 887	639 517
BOB	Berner Oberland-Bahnen AG	3 196 755	3 364 457	167 702
CJ	Compagnie des Chemins de fer du Jura (CJ) SA	6 221 605	6 140 217	-81 388
DICH	Deutsche Eisenbahn-Infrastruktur in der Schweiz	20 826 265	26 906 210	6 079 945
ETB	Emmentalbahn GmbH	425 843	417 741	-8 102
FART	Società per le Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi (FART) SA	2 112 718	2 938 131	825 413
FB	Forchbahn AG	4 948 675	6 129 224	1 180 549
FLP	Ferrovie Luganesi SA	1 200 379	1 772 440	572 061
HBS	Hafenbahn Schweiz AG	9 623 579	9 042 361	-581 218
LEB	Compagnie du chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher SA	5 254 071	5 609 470	355 399
MBC	Transports de la région Morges-Bière-Cossonay SA	3 805 176	3 904 671	99 495
MGI	Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	15 802 000	13 542 969	-2 259 031
MOB	Compagnie du Chemin de fer Montreux Oberland bernois SA	8 389 713	8 141 266	-248 447
MVR	Transports Montreux-Vevey-Riviera SA	3 101 519	3 350 110	248 591
NStCM	Compagnie du chemin de fer Nyon-St-Cergue-Morez SA	6 134 179	5 521 543	-612 636
OeBB	Oensingen-Balsthal-Bahn AG	274 480	332 339	57 859
RBS	Regionalverkehr Bern-Solothurn AG	9 840 580	10 173 913	333 333
RhB	Rhätische Bahn (RhB) AG	37 315 937	41 482 161	4 166 224
SBB	Schweizerische Bundesbahnen SBB	326 370 859	339 716 845	13 345 986
SOB	Schweizerische Südostbahn AG	17 056 314	19 601 096	2 544 782
ST	Sursee-Triengen-Bahn AG	850 000	850 000	0
STB	Sensetalbahn AG	448 861	459 110	10 249
SZU	Sihltal Zürich Uetliberg Bahn	3 773 619	4 776 290	1 002 671
TMR	TMR Transports Martigny et Régions SA	3 655 000	3 780 000	125 000
TPC	Transports Publics du Chablais SA	7 430 173	7 357 748	-72 425
TPF Infra	Transports publics fribourgeois Infrastructure SA	14 142 707	11 744 389	-2 398 318
TRAVYS	TRAVYS-Transports Vallée-de-Joux-Yverdon-les-Bains- Sainte-Croix SA	5 917 565	5 974 476	56 911
TRN	Transports Publics Neuchâtelois SA	4 853 002	5 993 789	1 140 787
WAB	Wengernalpbahn AG	2 447 594	2 492 108	44 514
ZB	Zentralbahn AG	11 098 427	10 150 817	-947 610
-	RAILplus AG	4 337 269	4 412 111	74 842
Total		627 144 904	653 618 842	26 473 938
davon Systemaufgaben		45 629 146	46 988 956	1 359 810

AUFWAND FÜR SUBSTANZERHALT

CHF	Bahn	R 2022	R 2023	Δ
AB	Appenzeller Bahnen AG	31 000 000	44 000 000	13 000 000
asm	Aare Seeland mobil AG	11 800 000	19 700 000	7 900 000
AVA	Aargau Verkehr AG	13 604 193	15 995 330	2 391 137
BLSN	BLS Netz AG	226 886 919	215 000 000	-11 886 919
BLT	BLT Baselland Transport AG	191 132 659	46 184 782	-144 947 877
BOB	Berner Oberland-Bahnen AG	14 016 000	31 800 000	17 784 000
CJ	Compagnie des Chemins de fer du Jura (CJ) SA	14 000 000	16 500 000	2 500 000
DICH	Deutsche Eisenbahn-Infrastruktur in der Schweiz	4 881 856	10 550 418	5 668 562
ETB	Emmentalbahn GmbH	1 023 500	1 357 000	333 500
FART	Società per le Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi (FART) SA	9 303 987	12 200 000	2 896 013
FB	Forchbahn AG	18 000 000	22 900 731	4 900 731
FLP	Ferrovie Luganesi SA	500 000	7 044 428	6 544 428
HBS	Hafenbahn Schweiz AG	4 246 081	5 776 455	1 530 374
LEB	Compagnie du chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher SA	42 846 661	60 973 127	18 126 466
MBC	Transports de la région Morges-Bière-Cossonay SA	9 000 000	14 000 000	5 000 000
MGI	Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	75 000 000	68 000 000	-7 000 000
MOB	Compagnie du Chemin de fer Montreux Oberland bernois SA	30 000 000	43 542 590	13 542 590
MVR	Transports Montreux-Vevey-Riviera SA	13 053 582	13 533 829	480 247
NStCM	Compagnie du chemin de fer Nyon-St-Cergue-Morez SA	17 534 539	8 489 100	-9 045 439
OeBB	Oensingen-Balsthal-Bahn AG	1 456 996	2 735 611	1 278 615
RBS	Regionalverkehr Bern-Solothurn AG	63 000 000	70 850 000	7 850 000
RhB	Rhätische Bahn (RhB) AG	180 930 000	233 930 000	53 000 000
SBB	Schweizerische Bundesbahnen SBB	1 864 389 820	1 837 888 347	-26 501 473
SOB	Schweizerische Südostbahn AG	39 219 939	39 501 125	281 186
ST	Sursee-Triengen-Bahn AG	909 006	465 839	-443 167
STB	Sensetalbahn AG	5 764 926	1 556 577	-4 208 349
SZU	Sihltal Zürich Uetliberg Bahn	32 927 053	22 433 761	-10 493 292
TMR	TMR Transports Martigny et Régions SA	12 320 000	22 740 000	10 420 000
TPC	Transports Publics du Chablais SA	17 000 000	22 000 000	5 000 000
TPF INFRA	Transports publics fribourgeois Infrastructure SA	68 290 484	77 400 000	9 109 516
TRAVYS	TRAVYS-Transports Vallée-de-Joux-Yverdon-les-Bains- Sainte-Croix SA	18 723 697	14 000 000	-4 723 697
TRN	Transports Publics Neuchâtelois SA	10 891 114	36 286 311	25 395 197
WAB	Wengernalpbahn AG	3 218 000	2 007 000	-1 211 000
ZB	Zentralbahn AG	41 239 372	75 793 454	34 554 082
	Diverse Seilbahnen	12 568 641	24 517 041	11 948 400
Total brutto		3 100 679 025	3 141 652 856	40 973 831
<i>davon Systemaufgaben</i>		<i>88 699 223</i>	<i>73 430 000</i>	<i>-15 269 223</i>
Darlehensrückzahlungen		-226 065 610	-125 135 807	100 929 803
AVA	Aargau Verkehr AG	-13 604 193	-	13 604 193
BLSN	BLS Netz AG	-98 886 919	-	98 886 919
LEB	Compagnie du chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher SA	-	-50 732 221	-50 732 221
SBB	Schweizerische Bundesbahnen SBB	-96 620 597	-67 288 347	29 332 250
SOB	Schweizerische Südostbahn AG	-15 219 939	-5 597 026	9 622 913
	Diverse Bahnen	-1 733 962	-1 518 213	215 749
Total netto		2 874 613 415	3 016 517 049	141 903 634

VERTEILUNG DES AUFWANDS FÜR DEN AUSBAU

Mio. CHF	R 2023
NEAT	30,63
Projektaufsicht	0,09
Achse Lötschberg	-
Achse Gotthard	30,54
Ausbau Surselva	-
Anschluss Ostschweiz	-
Ausbauten St-Gallen - Arth-Goldau	-
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	-
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	-
Trassensicherung	-
Kapazitätsanalyse Nord-Süd-Achsen	-
Bahn 2000 / ZEB	260,30
1. Etappe	
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	38,45
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	-
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	178,47
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	-
Ausgleichsmassnahmen für den Regionalverkehr (Art. 6 ZEBG)	27,49
Planung für Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur (Bahn 2030)	0,02
4-Meter-Korridor Massnahmen in der Schweiz	13,12
4-Meter-Korridor Massnahmen in Italien	2,75
Lärmschutz	6,47
STEP Ausbau 2025	543,45
STEP Ausbau 2035	168,63

BEDINGT RÜCKZAHLBARE DARLEHEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Anfangsbestand per 01.01.	30 205	31 951
Neu gewährt	1 104	1 495
Finanzierung Substanzerhalt	634	642
Finanzierung Ausbau	469	853
Rückzahlungen (aus Finanzierung Substanzerhalt)	-226	-125
Übernommene Darlehen	868	–
aus Bundesrechnung	867	–
aus NAF	1	–
Endbestand per 31.12.	31 951	33 321
./. Wertminderungen	-31 951	-33 321
Bilanzwert per 31.12.	–	–

WICHTIGSTE DARLEHENSPOSITIONEN

Mio. CHF	Nominalwert 31.12.2022	Veränderung	Nominalwert 31.12.2023
Schweizerische Bundesbahnen AG	22 330	768	23 098
BLS Netz AG	2 683	29	2 712
Rhätische Bahn AG	2 075	142	2 217
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	599	26	625
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	487	58	545
Transports publics fribourgeois Infrastructure SA	471	61	532
Zentralbahn AG	413	50	463
Schweizerische Südostbahn SOB	377	-1	376
BLT Baselland Transport AG	330	23	353
Montreux-Oberland-Bahn MOB-	270	27	297
Appenzeller Bahnen AB	245	29	274
Compagnie du chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher SA	213	-47	166
TMR Transports Martigny et Régions SA	134	14	148
Aare Seeland mobil AG	122	10	132
Compagnie des Chemins de fer du Jura (CJ) SA	114	11	125
Transports Publics du Chablais SA	102	22	124
Transports Publics Neuchâtelois SA	80	32	112
Übrige Infrastrukturbetreiber	906	116	1 022
Total	31 951	1 370	33 321
./. Wertberichtigungen	-31 951	-1 370	-33 321
Bilanzwert	–	–	–

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Darlehen, deren Rückzahlung an bestimmte Bedingungen geknüpft sind (bedingt rückzahlbare Darlehen), werden im Zeitpunkt der Gewährung zu 100 Prozent wertberichtigt, weil Rückflüsse unwahrscheinlich sind.

2 NATIONALSTRASSEN- UND AGGLOMERATIONSVERKEHRSFONDS

21 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) finanziert mit zweckgebundenen Einnahmen alle Ausgaben des Bundes im Bereich der Nationalstrassen sowie die Beiträge an Verkehrsprojekte in Städten und Agglomerationen.

ERFOLGSRECHNUNG

Die Erfolgsrechnung weist Erträge in Form von zweckgebundenen Einnahmen, Einnahmen aus Drittmitteln und übrigen Erträgen von insgesamt 2766 Millionen aus. Damit blieben die Erträge 126 Millionen über dem Budget (+4,8 %). Dem steht systembedingt auch ein gleich hoher Aufwand von 2766 Millionen gegenüber, da überschüssige Mittel jeweils der Reserve für den Nationalstrassenbau zugewiesen werden.

Ertrag

Zweckgebundene Einnahmen

Die zweckgebundenen Einnahmen beliefen sich auf insgesamt 2715 Millionen. Mit 1650 Millionen lieferten die Erträge aus dem Mineralölsteuerzuschlag den grössten Finanzierungsbeitrag. Die Erträge der übrigen Verkehrsabgaben erreichten insgesamt 983 Millionen und teilen sich auf in Mineralölsteuer (181 Mio.), Automobilsteuer (382 Mio.) und Nationalstrassenabgabe (420 Mio.). Die Erträge aus der Sanktion CO₂-Verminderung leichte Personenwagen erreichten 22 Millionen. Die zweckgebundenen Einnahmen enthalten ausserdem einen Kompensationsbeitrag der Kantone, welche sich seit 2020 mit 60 Millionen an den Kosten aus der Übernahme von Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz (NEB-Strecken) beteiligen.

Weitere Einnahmen

Aus Drittmitteln (z. B. von Kantonen und Gemeinden) sind dem NAF im abgelaufenen Jahr insgesamt 39 Millionen zugeflossen. Zudem wurden dem NAF Erträge aus der Bewirtschaftung der Nationalstrassen von rund 12 Millionen gutgeschrieben.

Aufwand

Die in den Fonds eingelegten Mittel werden für den Nationalstrassenbereich sowie für Beiträge an Verkehrsprojekte in Städten und Agglomerationen verwendet. Im Bereich der Nationalstrassen fallen darunter Betrieb, Unterhalt, Ausbau im Sinne von Anpassungen, Ausbau im Sinne von Kapazitätserweiterungen (Ausbauschritte) sowie grössere Vorhaben, Beseitigung von Engpässen und Fertigstellung des Nationalstrassennetzes.

Aufwand für den Betrieb

Der Betrieb der Nationalstrassen beinhaltet den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt des Nationalstrassennetzes, die Schadenwehren, das Verkehrsmanagement, Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung sowie Datenbanken für den Betrieb der Nationalstrasse. Im Berichtsjahr wurden Ausgaben in der Höhe von 447 Millionen getätigt. Der Aufwand lag 6 Millionen tiefer als geplant (-1,2 %).

Aufwand für nicht aktivierungsfähige Ausgaben

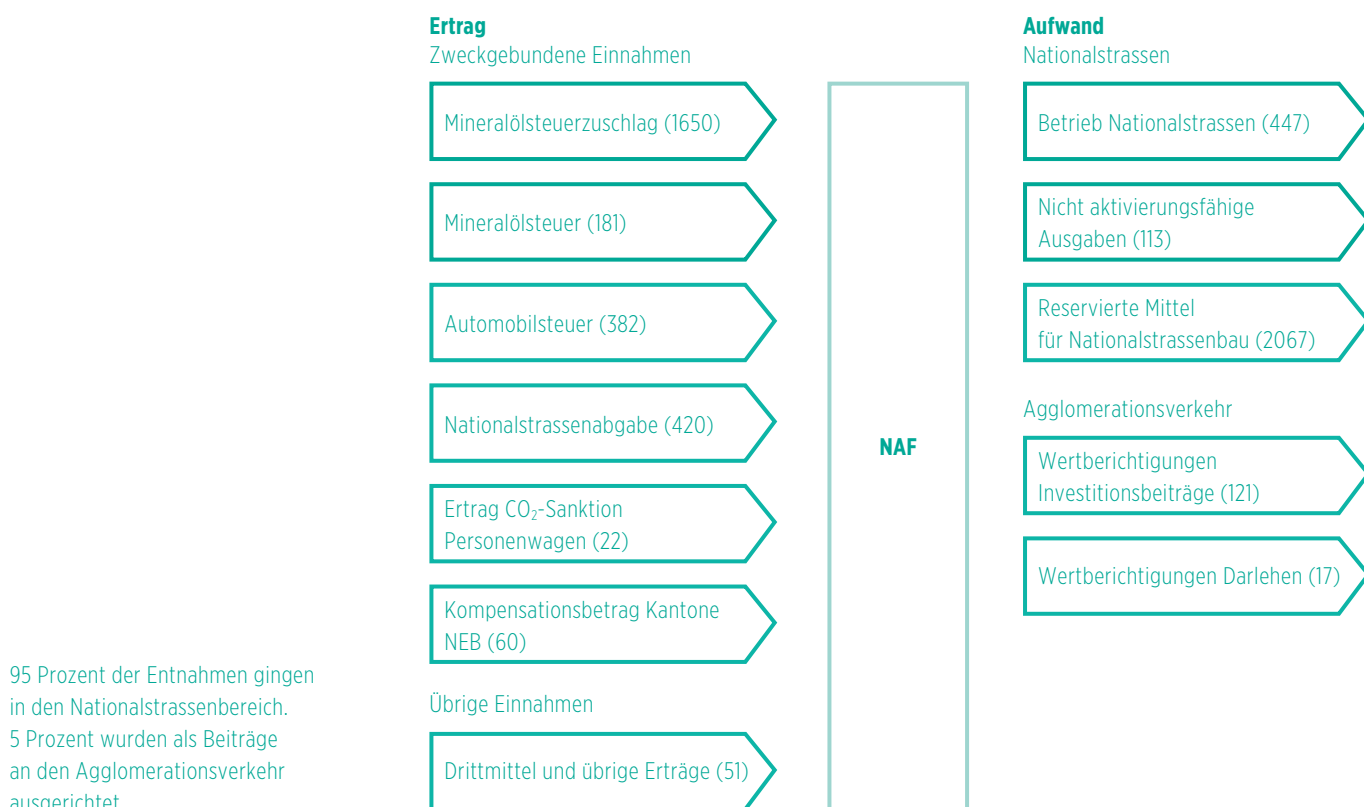
Die nicht aktivierungsfähigen Ausgaben im Nationalstrassenbereich fallen z.B. bei ökologischen Ausgleichsflächen oder bei Anlagen an, die später bei den Kantonen verbleiben (Schutzbauwerke ausserhalb des Nationalstrassenperimeters, Verbindungsstrassen zum untergeordneten Strassennetz usw.). 2023 erreichten diese Aufwände 113 Millionen und lagen damit 5 Millionen (-4,4 %) unter dem Voranschlag.

Reservierte Mittel für Nationalstrassenbau

Die Differenz zwischen dem Ertrag und den effektiven Aufwänden für den Betrieb, für die nicht aktivierbaren Ausgaben sowie für die Entnahmen für den Agglomerationsverkehr wird als Aufwand verbucht und den reservierten Mitteln für Nationalstrassenbau zugewiesen. Diese stehen damit für künftige Investitionen in das Nationalstrassennetz zur Verfügung (Ausbau und Unterhalt, Netzfertigstellung, grössere Vorhaben, Kapazitätserweiterung, Engpassbeseitigung). 2023 wurde der Residualbetrag von 2067 Millionen den reservierten Mitteln zugewiesen.

ERFOLGSRECHNUNG NATIONALSTRASSEN- UND AGGLOMERATIONSVERKEHRSFONDS

In Klammern: Werte gemäss Rechnung 2023, in Mio. CHF



INVESTITIONSRECHNUNG

Die Investitionen im Berichtsjahr beliefen sich auf insgesamt 2363 Millionen. Davon wurden 2225 Millionen für die Nationalstrassen und 139 Millionen für den Agglomerationsverkehr aufgewendet. Die gesamten Investitionen lagen damit um 177 Millionen unter dem Voranschlagswert (-7,0 %).

Ausbau und Unterhalt Nationalstrassen

Die Ausgaben für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen lagen mit 1625 Millionen um 85 Millionen über dem Budget (+5,5 %). Die Mehrausgaben begründen sich mit der gestiegenen Teuerung. Zur Finanzierung dieser Mehrausgaben war ein Nachtragskreditbegehren erforderlich (NK II 2023). Im Anhang, Ziffer 3 befindet sich eine Tabelle mit der Verteilung der für Ausbau und Unterhalt eingesetzten Mittel auf die Filialen des ASTRA.

Netzfertigstellung

Für die Fertigstellung der Nationalstrassen wurden 168 Millionen investiert, 77 Millionen weniger als im Voranschlag geplant (-31,5 %). Ursache dafür war u.a. der Minderbedarf im Projekt neue Axenstrasse (A4) wegen verzögertem Baubeginn und Nichtverwendung der allgemeinen Reserve, die fast 100 Millionen betrug. Die Projekte der Netzfertigstellung mit namhaften Realisierungsarbeiten im Jahr 2023 sind im Anhang, Ziffer 3 aufgelistet.

Grössere Vorhaben, Kapazitätserweiterung und Engpassbeseitigung

Für grössere Vorhaben, Kapazitätserweiterung und Engpassbeseitigung wurden 431 Millionen verwendet. Für die 2. Gotthardröhre wurden 304 Millionen investiert. Der Mehrbedarf von 42 Millionen ergab sich v.a. aus der Teuerung, aus Umstellungen im Bauablauf und aus einer Anpassung des Zahlungsplans für die Baustelleninstallation. Für die Kapazitätserweiterungen wurden 74 Millionen und für die Engpassbeseitigungen 53 Millionen verwendet; insgesamt 68 Millionen weniger als im Voranschlag geplant. Grund dafür sind unter anderem Verzögerungen bei der Abwicklung von Landerwerbsgeschäften im Projekt Bypass Luzern, ein Beschwerdeverfahren gegen die Plangenehmigungsverfügung im Projekt Kleinandelfingen – Winterthur und die Bereinigung von Einsprachen im Projekt Luterbach – Härkingen, die den Beginn der Vorarbeiten verzögerte. Andererseits wies das Projekt der Umfahrung Le Locle einen Mehrbedarf auf Grund von schwierigen Baugrundverhältnissen auf.

Agglomerationsverkehr

Die Beiträge an Massnahmen im Agglomerationsverkehr beliefen sich auf 139 Millionen. Im Voranschlag waren 297 Millionen geplant (-53,4 %). Die Minderausgaben begründen sich durch eine zu optimistische Planung und durch Projektverzögerungen. Für die Agglomerationsprogramme der 1. und 2. Generation wurden insgesamt 105 Millionen aufgewendet. Seit 2020 werden Agglomerationsprogramme der 3. Generation unterstützt, im Rechnungsjahr mit 34 Millionen. Detailliertere Angaben enthält Ziffer 4 im Anhang.

BILANZ

Auf der Aktivseite haben sich die Forderungen an den Bund um 49 Millionen erhöht, die Forderungen gegenüber Dritten um 6 Millionen reduziert. Die reservierten Mittel für den Nationalstrassenbau («Fondsreserve») haben um 158 Millionen auf insgesamt 3670 Millionen abgenommen. Detaillierte Ausführungen zu den Veränderungen im 2023 finden sich im Anhang, Ziffern 5–8.

22 RECHNUNG

ERFOLGSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %	Ziff. Anhang
Ertrag	2 744	2 640	2 766	126	4,8	
Zweckgebundene Einnahmen	2 691	2 600	2 715	115	4,4	
Mineralölsteuerzuschlag	1 702	1 656	1 650	-6	-0,4	
Mineralölsteuer	186	181	181	-1	-0,4	
Automobilsteuer	331	331	382	51	15,4	
Nationalstrassenabgabe	376	367	420	53	14,5	
Ertrag CO ₂ -Sanktionen Personenwagen	35	5	22	17	340,2	
Kompensationsbeitrag Kantone NEB	60	60	60	0	0,0	
Einnahmen Drittmittel und übrige Erträge	53	40	51	11	27,6	
Aufwand	2 744	2 640	2 766	126	4,8	
Nationalstrassen	2 561	2 343	2 627	284	12,1	
Betrieb	430	453	447	-6	-1,2	
Nicht aktivierungsfähige Ausgaben	118	118	113	-5	-4,4	
Reservierte Mittel für Nationalstrassenbau	2 012	1 772	2 067	295	16,6	
Agglomerationsverkehr	184	297	139	-159	-53,4	
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	165	297	121	-176	-59,3	
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen	19	-	17	17	-	
Jahresergebnis	-	-	-			

INVESTITIONSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %	Ziff. Anhang
Investitionsausgaben	2 074	2 541	2 363	-177	-7,0	
Nationalstrassen	1 891	2 244	2 225	-19	-0,8	3
Ausbau und Unterhalt	1 495	1 540	1 625	85	5,5	
Netzfertigstellung	139	246	168	-77	-31,5	
Grössere Vorhaben	145	262	304	42	16,2	
Kapazitätserweiterung	28	94	74	-20	-21,2	
Engpassbeseitigung	83	102	53	-48	-47,4	
Agglomerationsverkehr	184	297	139	-159	-53,4	4
Investitionsbeiträge	165	297	121	-176	-59,3	
Darlehen	19	-	17	17	-	

BILANZ

Mio. CHF	31.12.2022	31.12.2023	absolut	Δ 2022-23 %	Ziff. Anhang
Aktiven	4 545	4 588	43	0,9	
Umlaufvermögen	4 545	4 588	43	0,9	
Flüssige Mittel	–	–	–	–	
Forderungen Bund	4 532	4 581	49	1,1	5
Forderungen Dritte/ Aktive Rechnungsabgrenzung	13	7	-6	-49,6	
Anlagevermögen	–	–	–	–	
Nationalstrassen im Bau	8 815	8 869	53	0,6	6
Wertberichtigung Nationalstrassen im Bau	-8 815	-8 869	-53	0,6	6
Bedingt rückzahlbare Darlehen	971	989	17	1,8	7
Wertberichtigung Darlehen	-971	-989	-17	1,8	7
Passiven	4 545	4 588	43	0,9	
Kurzfristiges Fremdkapital	694	903	209	30,2	
Verbindlichkeiten Dritte	25	112	87	343,5	
Passive Rechnungsabgrenzung	606	726	120	19,8	
Garantierückbehalte	62	65	3	4,1	
Langfristiges Fremdkapital	3 851	3 685	-167	-4,3	
Reservierte Mittel für Nationalstrassenbau	3 828	3 670	-158	-4,1	8
Garantierückbehalte	23	14	-9	-37,3	
Eigenkapital	–	–	–	–	
Jahresergebnis	–	–	–	–	

INFORMATION ZU DEN FONDSRESERVEN

Der Fonds weist buchmässig kein Eigenkapital aus, jedoch haben die reservierten Mittel für Nationalstrassenbau eigenkapitalähnlichen Charakter (Guthaben des Bundes). Diese Mittel werden in der Bilanz des Bundes als Anzahlungen aktiviert.

Die gesamte Einlage aus der Bundesrechnung wird schuldenbremswirksam in den Fonds eingelegt und belastet im Zeitpunkt der Einlage vollständig die Schuldenbremse. Mit dieser Einlage deckt der NAF die Ausgaben der beiden Aufgabengebiete «Nationalstrassen» und «Agglomerationsverkehr». In Übereinstimmung mit dem NAFG werden prioritär der Bedarf für den Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen sowie der Bedarf für den Agglomerationsverkehr gedeckt. Die verbleibenden Mittel aus der Einlage werden anschliessend den reservierten Mitteln für Nationalstrassenbau zugewiesen.

Damit zeigt der Bestand der reservierten Mittel für Nationalstrassenbau auf, welcher Betrag künftig vom NAF noch investiert werden kann, ohne dass die Schuldenbremse erneut belastet wird.

23 ANHANG ZUR RECHNUNG

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Rechtsgrundlagen

Artikel 86, Absätze 1 und 2 der Bundesverfassung bildet die Grundlage für den NAF (Inkraftsetzung per 1.1.2018). Im Bundesgesetz über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAFG; SR 725.13) werden die Einzelheiten geregelt.

Der NAF hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er verfügt über eine Erfolgsrechnung, eine Investitionsrechnung und eine Bilanz.

Funktionsweise des Fonds

Aus dem NAF werden alle Aufgaben des Bundes im Zusammenhang mit den Nationalstrassen und die Bundesbeiträge an die Infrastrukturen des Agglomerationsverkehrs finanziert.

Die Entnahmen aus dem NAF für die Nationalstrassen haben vorrangig den Bedarf für deren Betrieb und Unterhalt sicherzustellen (Art. 5 Abs. 2 NAFG). Dafür bewilligt die Bundesversammlung alle vier Jahre einen Zahlungsrahmen.

Die Massnahmen zum Ausbau der Nationalstrassen, die Investitionsbeiträge des Bundes an den Agglomerationsverkehr sowie die notwendigen Verpflichtungskredite werden durch die Bundesversammlung beschlossen.

Der Bundesrat legt der Bundesversammlung alle vier Jahre einen Bericht zum Zustand und zur Umsetzung der Ausbauschritte des Nationalstrassennetzes sowie zum Stand der Umsetzung der Massnahmen im Agglomerationsverkehr vor (Art. 8 NAFG).

II. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSITIONEN DER RECHNUNG

1. Zweckgebundene Einnahmen

Dem NAF werden durch die Verfassung folgende Einnahmen zugewiesen:

- der Reinertrag des Mineralölsteuerzuschlags;
- in der Regel 10 Prozent des Reinertrags der Mineralölsteuer.
- seit 2020 Kürzung zugunsten des Bundeshaushaltes um 72 Millionen;
- der Reinertrag der Automobilsteuer (bei einer Unterdeckung in der Spezialfinanzierung Strassenverkehr wird ein Teil der Automobilsteuer dieser gutgeschrieben);
- der Reinertrag der Nationalstrassenabgabe (Autobahnvignette);
- der Kompensationsbeitrag der Kantone für die NEB-Strecken;
- weitere gesetzlich zugewiesene Mittel (Erträge CO₂-Sanktion bei leichten Motorfahrzeugen).

2. Einnahmen Drittmittel und übrige Erträge

Mit Drittmitteln werden Vorhaben finanziert, welche über den üblichen Baustandard hinausgehen, jedoch aufgrund von besonderen Bedürfnissen von Kantonen, Gemeinden oder Dritten berücksichtigt werden (z.B. Erhöhung/Verlängerung von Lärmschutzeinrichtungen). Im abgelaufenen Jahr wurden Ausgaben von insgesamt 39 Millionen von Dritten abgegolten.

Im Perimeter der Nationalstrassen fallen auch Erträge aus der Bewirtschaftung an (z.B. aus Vermietungen). Diese werden ebenfalls in den NAF eingelegt. Im Rechnungsjahr erreichten diese Mittel einen Umfang von 12 Millionen.

3. NATIONALSTRASSEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %
Total Nationalstrassen	2 561	2 343	2 627	284	12,1
Betrieb	430	453	447	-6	-1,2
Nationalstrassenbau	2 009	2 362	2 338	-24	-1,0
Nicht aktivierungsfähige Ausgaben	118	118	113	-5	-4,4
Aktivierungsfähige Investitionsausgaben	1 891	2 244	2 225	-19	-0,8
Veränderung reservierte Mittel für den Nationalstrassenbau	122	-472	-158	314	-66,5

NATIONALSTRASSENBAU

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ VA 2023 %
Nationalstrassenbau	2 009	2 362	2 338	-24	-1,0
Ausbau und Unterhalt	1 568	1 621	1 729	108	6,6
ASTRA Zentrale	11	76	16	-60	-78,5
Filiale Estavayer-le-Lac	281	391	404	13	3,4
Filiale Thun	295	227	262	35	15,3
Filiale Zofingen	318	313	321	8	2,6
Filiale Winterthur	379	332	392	60	17,9
Filiale Bellinzona	284	282	334	52	18,4
Netzfertigstellung	152	259	148	-111	-42,9
A4 Neue Axenstrasse	11	83	22	-61	-73,0
A8 Lungern Nord - Giswil	8	12	13	1	12,0
A9 Steg/Gampel - Visp West	51	53	46	-7	-12,6
A9 Sierre-Gampel/Gampel-Brig-Glis, Pfyn	69	72	64	-8	-11,4
Übrige Projekte	12	39	2	-37	-95,3
Grössere Vorhaben	171	276	318	42	15,1
2. Gotthardtunnel	171	276	318	42	15,1
Kapazitätserweiterung	34	99	88	-11	-10,9
Umfahrung Le Locle	22	27	58	31	113,6
Bypass Luzern	0	36	2	-34	-94,2
Übrige Projekte	11	36	28	-8	-20,9
Engpassbeseitigung	84	107	55	-52	-48,2
Nordumfahrung Zürich	60	22	23	1	4,2
Kleinandelfingen - Verzweigung Winterthur	2	39	1	-38	-97,2
Luterbach - Härkingen, 6 Streifen Ausbau	5	20	4	-16	-78,6
Übrige Projekte	18	26	27	1	4,2

Die Position Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen (1,7 Mrd.) setzt sich wie folgt zusammen:

- Der Nationalstrassenausbau beinhaltet die Planung, Projektierung und Realisierung von Massnahmen an der bestehenden Strasseninfrastruktur zur Verbesserung der Funktionalität, Sicherheit, Verfügbar- und Verträglichkeit.
- Als projektgestützter Unterhalt (gelten der bauliche Unterhalt und die Erneuerung, d.h. alle Massnahmen, die der Erhaltung der Nationalstrassen und ihrer technischen Einrichtungen dienen (inkl. Anpassungen an neue Vorschriften)).

Die grössten Ausbau- und Unterhaltsprojekte im Berichtsjahr waren:

GE	A1 Jonction du Grand-Saconnex
ZH	A1 Nordumfahrung Zürich, Tunnel Gubrist (Instandsetzung)
ZH	A1 Unterstrass – Zürich Ost (Einhausung Schwamendingen)
SG	A1 St. Gallen West – St. Gallen Ost
TI	A2 Bellinzona (Phase 1)
BE	A5 La Neuveville - Bienne-Ouest
BE	A6 Bern Pannenstreifenumnutzung Wankdorf – Muri
BE	A8 Interlaken Ost – Brienz
VD	A9 Vennes – Chexbres mit Pannenstreifenumnutzung
BE	A16 Tavannes – Bözingenfeld

4. AGGLOMERATIONSVERKEHR

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ VA 2023	
				absolut	%
Total Agglomerationsverkehr	184	297	139	-159	-53,4
Dringliche Projekte	7	–	0	0	0,0
Schiene	7	–	0	0	0,0
Strasse	–	–	–	–	0,0
Agglomerationsprogramme	177	297	138	-159	-53,4
1. Generation (ab 2011)	39	80	37	-43	-54,0
Schienen- und Bahninfrastrukturen	17	39	15	-24	-61,7
Strassen- und Langsamverkehrsmassnahmen	22	41	22	-19	-46,6
2. Generation (ab 2015)	85	115	68	-47	-41,1
Schienen- und Bahninfrastrukturen	42	41	31	-10	-25,4
Strassen- und Langsamverkehrsmassnahmen	43	74	37	-37	-49,7
3. Generation (ab 2019)	53	102	34	-68	-66,7
Schieneninfrastrukturen (Tram)	21	30	–	-30	-100,0
Strassen- und Langsamverkehrsmassnahmen	32	72	34	-38	-52,9

Der NAF stellt die Finanzierung der Beiträge an Verkehrsinfrastrukturen im Agglomerationsbereich sicher. Dies umfasst auch diejenigen Massnahmen, deren Mitfinanzierung durch den Bund bereits im Rahmen des früheren Infrastrukturfonds (IF) genehmigt wurde. Mit Wirkung ab 2011 und 2015 gab das Parlament die erste und die zweite Generation der Agglomerationsprogramme frei. 2019 hat das Parlament die Beiträge für die dritte Generation und im 2023 für die vierte Generation bewilligt.

Grössere Massnahmen im Bereich des Agglomerationsverkehrs:

Schienen- und Bahninfrastrukturen

- Bern: Realisierung Publikumsanlagen SBB
- Bern: Realisierung Bahnhof RBS
- Basel: Doppelspurausbau Tramlinien 10/17, «Spiesshöfli» / Binningen
- Lausanne-Morges: Axe fort tram Renens-Lausanne
- Grand Genève: Construction d'un axe tram entre Genève et St-Julien par rte de Base et requalification de l'espace rue

Strassen- und Langsamverkehrsmassnahmen

- Winterthur: Neue Querung und Aufwertung Umsteigepunkt Grüze
- Bern: Pauschalpaket Langsamverkehrsmassnahmen
- Zug: Umfahrung Cham-Hünenberg, Kammern A, C
- Luzern: Infrastruktur Rothenburg Station (2. Etappe)
- Unteres Reusstal: Entlastungsstrasse West-Ost-Verbindung ('WOV'); Neubau Knoten Schächen - Schattdorf/Bürglen (FlaMa WOV 1. Etappe)
- Basel: Vollanschluss Aesch
- St. Gallen-Bodensee: Herisau, Bahnhofplatz und Bushof, Teil 2 (Umbau Knoten Bahnhof)
- Bellinzonese: Interventi infrastrutturali: Area d'interscambio, stazione FFS Bellinzona
- RUN: Pauschalpaket Aufwertung Strasse
- Grand Genève: Aménagements routiers sur l'ensemble de l'itinéraire de la RD10

5. FORDERUNGEN BUND

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Stand per 01.01.	4 213	4 532
Zugänge aus Einlage Bund	2 744	2 766
Auszahlungen für Ausgaben des NAF	-2 426	-2 716
Stand per 31.12.	4 532	4 581

Der Fonds verfügt über keine liquiden Mittel. Die Einlage aus der Bundesrechnung erfolgt mittels Gutschrift auf dem Forderungskonto des Bundes (Kontokorrent zwischen dem Fonds und der Bundesrechnung). Anschliessend werden sämtliche Zahlungen durch die Bundestresorerie im Auftrag des Fonds getätigt und dem Kontokorrent belastet.

6. ANLAGEN IM BAU

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Stand per 01.01.	9 192	8 815
Zugänge	1 891	2 225
Ausbau und Unterhalt	1 495	1 625
Netzfertigstellung	139	168
Grössere Vorhaben	145	304
Kapazitätserweiterung	28	74
Engpassbeseitigung	83	53
Abgänge	-2 268	-2 172
Übergabe fertiggestellte Nationalstrassenabschnitte	-2 268	-2 172
Stand per 31.12.	8 815	8 869

Die im Bau stehenden Nationalstrassenabschnitte werden buchmässig im NAF unter den Anlagen im Bau geführt, sind jedoch vollständig wertberichtigt.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Der Fonds finanziert die Nationalstrassen im Auftrag des ASTRA. Mit der Fertigstellung wechseln die Anlagen aus dem Fonds in die Bundesrechnung. Das Nutzenpotential dieser Anlagen fällt erst nach der Übergabe an. Eine werthaltige Aktivierung der Anlagen im Bau im NAF wäre unter dem Gesichtspunkt des fehlenden Nutzenpotentials für den Fonds nicht adäquat. Dementsprechend werden die Anlagen im Bau in der Bundesrechnung (ASTRA) bilanziert.

Sobald die Nationalstrassenabschnitte fertiggestellt sind, werden sie in der Bundesrechnung aus den Anlagen im Bau in die Nationalstrassen in Betrieb bzw. Gebäude / Grundstücke transferiert und anschliessend abgeschrieben. Im NAF werden zu diesem Zeitpunkt sowohl die Anlagen im Bau als auch die entsprechende Wertberichtigung ausgebucht.

7. DARLEHEN AGGLOMERATIONSVERKEHR

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Anschaffungswerte		
Stand per 01.01.	953	971
Neu gewährte Darlehen (Nominalwert)	19	17
Umwandlung in à-fonds-perdu-Beiträge	-	-
Übertrag Darlehen an BAV und BIF (abgerechnete Projekte)	-1	-
Stand per 31.12.	971	989

Die Beiträge an den Agglomerationsverkehr werden aus dem NAF an die Kantone/Trägerschaften bzw. öV-Unternehmen als Investitionsbeiträge oder in Form bedingt rückzahlbarer Darlehen gewährt. Bei Projektende werden die Darlehen ans BAV oder an den BIF abgetreten.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Rückzahlung der Darlehen ist an Bedingungen geknüpft, welche in aller Regel nicht eintreten. Weil Rückflüsse unwahrscheinlich sind, werden die Darlehen bei Gewährung zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Investitionsbeiträge werden à fonds perdu gewährt und direkt der Erfolgsrechnung des Fonds belastet.

8. RESERVIERTE MITTEL NATIONALSTRASSENBAU

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Stand per 01.01.	3 707	3 828
Anteil aus Einlage Bund für Reservierte Mittel NS-Bau	2 012	2 067
Investitionen Nationalstrassen	-1 891	-2 225
Stand per 31.12.	3 828	3 670

Gemäss Artikel 5 Absatz 2 NAFG haben die Entnahmen aus dem NAF für die Nationalstrassen vorrangig den Bedarf für deren Betrieb und Unterhalt sicherzustellen. Dementsprechend werden diese, zusammen mit den Entnahmen für den Agglomerationsverkehr, prioritär behandelt. Die verbleibenden Mittel aus der Einlage werden anschliessend den reservierten Mitteln für Nationalstrassenbau zugewiesen.

Im Berichtsjahr wurden 2067 Millionen den reservierten Mitteln für den Nationalstrassenbau zugewiesen.

Die tatsächlichen Investitionen im Berichtsjahr waren mit 2225 Millionen höher. Dementsprechend sank der Saldo der reservierten Mittel um 158 Millionen auf 3670 Millionen.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

In der Bundesrechnung werden die reservierten Mittel für die Nationalstrassen spiegelbildlich unter den Anzahlungen für Sachanlagen bilanziert. Die gesamte Einlage aus der Bundesrechnung wird schuldenbremswirksam in den Fonds eingelegt und damit im Zeitpunkt der Einlage vollständig der Schuldenbremse belastet. Damit handelt es sich bei den reservierten Mittel für den Nationalstrassenbau um denjenigen Saldo, welcher künftig aus dem NAF investiert werden kann, ohne dass die Schuldenbremse erneut belastet wird.

9. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Die Autobahn A9 grenzt an die ehemalige Deponie Gamsenried (VS), welche der Lonza seit Anfang des letzten Jahrhunderts zur Lagerung chemischer Abfälle diente. Aufgrund von Verunreinigungen mit Schadstoffen ist das Gebiet sanierungsbedürftig. Betroffen sind dabei auch Flächen im Eigentum des Bundes.

INHALTSVERZEICHNIS

F	BUNDESBESCHLÜSSE	149
	BUNDESRECHNUNG	153
	ERLÄUTERUNGEN ZUM BUNDESBESCHLUSS I	153

BUNDESRECHNUNG

ERLÄUTERUNGEN ZUM BUNDESBEschluss I

Mit dem Bundesbeschluss genehmigt die Bundesversammlung die jährliche Bundesrechnung (Art. 4 und Art. 5 FHG; SR 611.0). Die angefallenen Aufwände und Investitionsausgaben sowie die erzielten Erträge und Investitionseinnahmen werden als einzelne Rechnungspositionen abgenommen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN ARTIKELN

Art. 1 Anpassung von Ausgleichs- und Amortisationskonto

Die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes zur «Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung» (FHG; AS 2021 662) wurde am 1.1.2022 in Kraft gesetzt. Sie beinhaltet unter anderem die Ausweitung des Einnahmen- und Ausgabenbegriffs auf Rückstellungen und Abgrenzungen sowie den Ersatz der Finanzierungsrechnung durch den Nachweis der Einhaltung der Schuldenbremse. Angewendet wurden die Änderungen erstmals mit dem Budget 2023. Gleichzeitig mit der Umsetzung des revidierten FHG fand bei der Verbuchung der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBST) eine Umstellung auf das Forderungsprinzip statt (Art. 29 Bst. c FHV; SR 611.07). Bis anhin wurden die Einnahmen beim Zahlungseingang verbucht (Kassaprinzip); neu geschieht dies bereits bei der Rechnungsstellung.

Die gesetzlichen Änderungen haben Auswirkungen auf die beiden Kontrollstatistiken der Schuldenbremse, das Ausgleichskonto für den ordentlichen Haushalt und das Amortisationskonto für den ausserordentlichen Haushalt. Mit der vorliegenden Rechnung werden die beiden Kontrollstatistiken per Ende 2022 nachträglich so angepasst, als ob die neue Regelung bereits bisher gegolten hätte (Art. 66c FHG; SR 611.0). Die Schuldenbremse wird damit nachgeführt. Dabei kommt es zu einer Belastung der beiden Konten. Einerseits wurden bis 2022 mehr Rückstellungen und Abgrenzungen gebildet als aufgelöst, andererseits sind bei der DBST die Verbindlichkeiten (Vorauszahlungen ohne Rechnung) stärker gestiegen als die Forderungen (noch nicht bezahlte Rechnungen). Ausgleichs- und Amortisationskonto werden deshalb nachträglich um 1 449 Millionen beziehungsweise 3 774 Millionen angepasst. Für detaillierte Informationen zu den Änderungen siehe Band 1B, Kapitel A 72 (Anpassung von Ausgleichs- und Amortisationskonto).

Art. 2 Genehmigung

Für Erläuterungen zu Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz wird auf Kapitel A 2 sowie auf den Band 1B, Teil A verwiesen.

Art. 3 Nachweis der Schuldenbremse

Der zulässige Höchstbetrag für die Gesamtausgaben wird mit dem Rechnungsabschluss aufgrund der tatsächlichen Ergebnisse neu berechnet. Dazu werden die ordentlichen Einnahmen mit dem Konjunkturfaktor multipliziert, um den Ausgabenplafond für die ordentlichen Ausgaben zu ermitteln. Dieser Betrag wird um die ausserordentlichen Ausgaben erhöht, so dass sich der aktualisierte Höchstbetrag der Gesamtausgaben ergibt.

Die Gesamtausgaben lagen 433 687 547 Franken über dem neu berechneten Höchstbetrag. Der Betrag entspricht dem strukturellen Finanzierungsdefizit im ordentlichen Haushalt und wird dem Ausgleichskonto belastet (Art. 16 Abs. 2 FHG). Allfällige in Zukunft anfallende strukturelle Überschüsse werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben, um den aufgrund der Covid-19-Epidemie entstandenen Fehlbetrag auszugleichen (Art. 17e; in Kraft seit 1.2.2023).

Sämtliche ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben oder belastet, soweit keine Zweckbindungen vorliegen (Art. 17a FHG).

Für Erläuterungen zur Schuldenbremse siehe Kapitel A 31.

Art. 4 Kreditüberschreitungen

Als Kreditüberschreitung wird die Beanspruchung eines Voranschlags- oder Nachtragskredits über den von der Bundesversammlung bewilligten Betrag hinaus bezeichnet. Kreditüberschreitungen müssen der Bundesversammlung nachträglich mit der Staatsrechnung zur Genehmigung unterbreitet werden (Art. 36 Abs. 5 FHG).

Seit dem Jahr 2023 sind Kreditüberschreitungen in den folgenden Fällen zulässig (Art. 36 Abs. 1–4 FHG): Erstens dringliche Nachträge im Rechnungsabschluss, wobei Beträge über 5 Millionen von der Finanzdelegation bewilligt werden müssen (Abs. 1). Zweitens die Überschreitung von Globalbudgets um 1 Prozent respektive maximal 10 Millionen (Abs. 2). Drittens die Überschreitung von Voranschlagskrediten, die nicht steuerbar sind (Abs. 3 Bst. a–d, f, g) sowie die Verwendung von allgemeinen und zweckgebundenen Reserven und die Überschreitung von Globalbudgets infolge von leistungsbedingten Mehrerträgen (Abs. 3 Bst. e). Viertens die Überschreitung von Voranschlagskrediten, sofern der Ermessensspielraum gering ist und gemäss den Kriterien, die im Bundesbeschluss zum Voranschlag festgelegt sind (Abs. 4).

Für Erläuterungen zu den Kreditüberschreitungen siehe Band IB, Kapitel B 31.

Art. 5 Bildung neuer Reserven

Verwaltungseinheiten können Reserven bilden, wenn sie ihre Globalbudgets oder die bewilligten Kredite wegen projektbedingter Verzögerungen nicht oder nicht vollständig beanspruchen (Art. 32a Abs. 1 Bst. a FHG). Sie können dies ferner tun, wenn sie die Leistungsziele im Wesentlichen erreichen und durch nicht budgetierte Leistungen einen Nettomehrertrag erzielen oder wenn sie den budgetierten Betrag infolge wirtschaftlicher Leistungserbringung unterschreiten (Art. 32a Abs. 1 Bst. b FHG). Die Bildung von Reserven muss der Bundesversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden (Art. 32a Abs. 2 FHG).

Für Erläuterungen zur Reservenbildung siehe Kapitel D 23 sowie die Begründungen der Verwaltungseinheiten in den Bänden 2A und 2B.

Art. 6 Schlussbestimmung

Der Bundesbeschluss zur Staatsrechnung hat nach Artikel 25 Absatz 2 ParlG (SR 171.10) die rechtliche Form eines einfachen Bundesbeschlusses.

Entwurf

Bundesbeschluss I über die Eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 2023

vom #. Juni 2024

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 126 und 167 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. März 2024²,
beschliesst:*

Art. 1 Anpassung von Ausgleichs- und Amortisationskonto

¹ Der Stand des Ausgleichskontos nach Artikel 16 Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 7. Oktober 2005³ (FHG) sowie der Stand des Amortisationskontos nach Artikel 17a Absatz 1 FHG werden gemäss der Übergangsbestimmung in Artikel 66c FHG angepasst.

² Die neuen Stände betragen am 31. Dezember 2022:

	Franken
a. Ausgleichskonto	20 476 889 257
b. Amortisationskonto	-26 456 214 626

Art. 2 Genehmigung

¹ Die Staatsrechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesrechnung) für das Jahr 2023 wird genehmigt.

² Die Erfolgsrechnung schliesst ab mit:

	Franken
a. Aufwänden von	80 137 821 057
b. Erträgen von	81 014 993 273
c. einem Jahresergebnis von	-877 172 216

¹ SR 101

² Im BBl nicht veröffentlicht

³ SR 611.0

³ Die Investitionsrechnung schliesst ab mit:

	Franken
a. Investitionsausgaben von	5 834 606 132
b. Investitionseinnahmen von	1 001 602 222
c. Nettoinvestitionen von	4 833 003 909

⁴ Die Bilanz schliesst ab mit:

	Franken
a. einem Vermögen von	190 187 200 994
b. einem Fremdkapital von	186 251 409 917
c. einem Eigenkapital von	3 935 791 077

Art. 3 Nachweis der Schuldenbremse

¹ Der nach Artikel 16 Absatz 1 FHG berichtigte Höchstbetrag für die Gesamtausgaben nach Artikel 126 Absatz 2 der Bundesverfassung beträgt 79 613 545 546 Franken.

² Die Gesamtausgaben gemäss Nachweis der Schuldenbremse überschreiten den Höchstbetrag für die Gesamtausgaben nach Absatz 1 um 433 687 547 Franken. Dieser Betrag wird dem Ausgleichskonto belastet (Art. 16 Abs. 2 FHG).

³ Die ausserordentlichen Einnahmen im Umfang von 310 330 011 Franken werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben, die ausserordentlichen Ausgaben im Umfang von 1 069 973 759 Franken werden dem Amortisationskonto belastet (Art. 17a Abs. 1 FHG).

Art. 4 Kreditüberschreitungen

Die Kreditüberschreitungen im Umfang von 2 250 696 344 Franken werden gemäss Anhang 1 genehmigt.

Art. 5 Bildung neuer Reserven

Die Bildung neuer Reserven im Umfang von 173 962 496 Franken wird gemäss Anhang 2 beschlossen.

Art. 6 Schlussbestimmung

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 1 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Dringliche Nachträge		67 448 208
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A231.0420	Covid: Leistungen Erwerbsersatz	3 600 000
500	Generalsekretariat VBS	
A202.0183	Risikominderung Mitholz	54 600 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0451	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	7 229 047
810	Bundesamt für Umwelt	
A240.0105	Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	2 019 161

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 2 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Überschreitung von Globalbudgets um 1%, max. 10 Millionen		40 628 236
101	Bundesversammlung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	700 000
104	Bundeskanzlei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei	777 000
301	Generalsekretariat EDI	
A202.0120	Behindertengleichstellung und Rassismusbekämpfung	32 460
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	949 193
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 784 002
402	Bundesamt für Justiz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	781 600
420	Staatssekretariat für Migration	
A202.0156	Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben	2 577 000
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	10 000 000
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	941 926
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 641 700
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 888 000
614	Eidgenössisches Personalamt	
A202.0131	Ausgleich Arbeitgeberbeiträge	491 700
A202.0133	Übriger Personalaufwand zentral	176 600
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	6 727 500
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	3 050 400
A202.0180	Programm SUPERB	550 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 365 083
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	773 000
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	100 000
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	393 880
802	Bundesamt für Verkehr	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	748 147
812	Bundesamt für Raumentwicklung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	179 045

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 3 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Total		1 750 230 429
Kreditüberschreitungen nach Art. 36 Abs. 3 Bst. a-d,f,g FHG		1 316 338 448
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A238.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	800 000
A240.0001	Finanzaufwand	68 333 000
316	Bundesamt für Gesundheit	
A231.0214	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	59 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A231.0239	Leistungen des Bundes an die AHV	60 000 000
A231.0245	Ergänzungsleistungen zur IV	21 590 735
417	Eidgenössische Spielbankenkommission	
A230.0100	Spielbankenabgabe für die AHV	109 546 000
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	97 872 000
A202.0196	Covid: Wertberichtigung Sanitätsmaterial	467 407 000
601	Eidgenössische Finanzverwaltung	
A202.0194	Aufwände Verlustgarantien UBS	5 090 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	
A202.0184	Abnahme Münzumsatz	3 976 130
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A202.0117	Debitorenverluste Steuern und Abgaben	36 124 729
A230.0101	Direkte Bundessteuer	122 286 536
A230.0106	Wehrpflichtersatzabgabe	15 361
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A202.0125	Debitorenverluste	850 000
A230.0113	Kantonsanteil Spirituosensteuer	1 000 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	11 114 000
A202.0135	Liegenschaftsaufwand ETH	16 592 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0188	Leistungen des Bundes an die ALV	22 482 000
A240.0001	Finanzaufwand	9 539 058
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 580 984
A238.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	140 600
725	Bundesamt für Wohnungswesen	
A235.0105	Garantieleistungen	693 839
A240.0106	Finanzaufwand Darlehen und Beteiligungen	15 848 876
802	Bundesamt für Verkehr	
A240.0001	Finanzaufwand	4 366 100
806	Bundesamt für Strassen	
A230.0108	Allgemeine Strassenbeiträge	710 000
A230.0109	Kantone ohne Nationalstrassen	15 000
A250.0101	Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds	133 917 600
810	Bundesamt für Umwelt	
A230.0111	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	19 957 700
A231.0325	Sanierung von Altlasten	20 000 000
A231.0402	Recycling Glas	2 886 300
A231.0403	Recycling Batterien	1 602 900
Kreditüberschreitungen nach Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG		433 891 981
Verwendung allgemeine Reserven		78 575
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	78 575
Verwendung zweckgebundene Reserven		231 960 539

Fortsetzung

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
101	Bundesversammlung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	2 000 000
104	Bundeskanzlei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei	1 467 500
A202.0182	Digitale Transformation und IKT-Lenkung	5 536 500
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 250 000
303	Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	50 000
305	Schweizerisches Bundesarchiv	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	280 000
306	Bundesamt für Kultur	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	130 000
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 616 080
316	Bundesamt für Gesundheit	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	500 000
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 534 100
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 999 325
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	412 000
342	Institut für Virologie und Immunologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	50 000
402	Bundesamt für Justiz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	534 000
403	Bundesamt für Polizei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 135 000
A202.0110	Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte	904 000
420	Staatssekretariat für Migration	
A202.0166	Umsetzung Schengen/Dublin	3 500 000
A202.0167	Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	218 600
485	Informatik Service Center ISC-EJPD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	911 500
A202.0113	Programm Fernmeldeüberwachung	12 438 400
504	Bundesamt für Sport	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 035 300
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 224 513
A202.0164	Polycom Werterhaltung	3 333 733
A202.0173	Nationales sicheres Datenverbundsystem SDVS	627 400
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	147 153 000
542	armasuisse Wissenschaft und Technologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	125 475
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 333 750
600	Generalsekretariat EFD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 309 100
602	Zentrale Ausgleichsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	360 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	105 000

Fortsetzung

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
604	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	17 000
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	362 000
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 831 000
A202.0162	Gesamterneuerung und Modernisierung IKT-Anwendung	1 065 000
A202.0163	Polycom Werterhaltung	4 799 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	466 000
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	5 354 400
A202.0180	Programm SUPERB	6 509 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	590 000
710	Agroscope	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 078 147
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	100 000
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	34 425
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	47 800
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	412 167
802	Bundesamt für Verkehr	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	165 702
805	Bundesamt für Energie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 799 222
808	Bundesamt für Kommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	255 400
Überschreitung Globalbudget durch leistungsbedingte Mehrerträge		201 852 867
301	Generalsekretariat EDI	
A202.0121	Eidgenössische Stiftungsaufsicht	481 000
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 649 825
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	229 998
342	Institut für Virologie und Immunologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	400 000
402	Bundesamt für Justiz	
A202.0192	Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID)	900 000
485	Informatik Service Center ISC-EJPD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	7 588 500
504	Bundesamt für Sport	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 799 700
600	Generalsekretariat EFD	
A200.0002	Funktionsaufwand (Globalbudget) Digitale Verwaltung Schweiz	121 700
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	160 080 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	14 829 000
A202.0134	Investitionen ETH-Bauten	211 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	300 000
710	Agroscope	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	8 000 000
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 262 144

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 4 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Überschreitung mit geringfügigem Ermessenspielraum		392 389 471
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A231.0348	Beiträge an Institutionen des internationalen Rechts	80 000
317	Bundesamt für Statistik	
A231.0235	Beitrag Eurostat	231 900
402	Bundesamt für Justiz	
A231.0145	Beiträge an internationale Organisationen	26 600
420	Staatssekretariat für Migration	
A231.0152	Asylsuchende: Verfahrensaufwand	25 200 000
A231.0153	Sozialhilfe Asylsuchende, vorl. Aufgenommene, Flüchtlinge	79 500 000
601	Eidgenössische Finanzverwaltung	
A240.0101	Passivzinsen	270 159 600
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A240.0103	Vergütungszinsen Steuern und Abgaben	12 172 296
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A202.0123	Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	4 700 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0204	Welthandelsorganisation (WTO)	63 375
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	
A231.0279	Europäische Organisation für astronomische Forschung (ESO)	204 600
A231.0282	Europäisches Labor für Synchrotron-Strahlung (ESRF)	45 600
A231.0400	Square Kilometre Array Observatory (SKAO)	5 500

ANTRAG ZUR BILDUNG NEUER RESERVEN AUS DER RECHNUNG 2023

CHF		R 2023
Antrag Bildung von Reserven		173 962 496
<i>davon allgemeine Reserven</i>		–
<i>davon zweckgebundene Reserven</i>		173 962 496
104	Bundeskanzlei	5 230 000
	Zweckgebundene Reserven	5 230 000
108	Bundesverwaltungsgericht	1 500 000
	Zweckgebundene Reserven	1 500 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	6 114 000
	Zweckgebundene Reserven	6 114 000
301	Generalsekretariat EDI	1 300 000
	Zweckgebundene Reserven	1 300 000
303	Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	200 000
	Zweckgebundene Reserven	200 000
305	Schweizerisches Bundesarchiv	1 130 000
	Zweckgebundene Reserven	1 130 000
306	Bundesamt für Kultur	565 000
	Zweckgebundene Reserven	565 000
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	2 177 070
	Zweckgebundene Reserven	2 177 070
316	Bundesamt für Gesundheit	10 000 000
	Zweckgebundene Reserven	10 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	3 052 000
	Zweckgebundene Reserven	3 052 000
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	550 000
	Zweckgebundene Reserven	550 000
342	Institut für Virologie und Immunologie	1 200 000
	Zweckgebundene Reserven	1 200 000
401	Generalsekretariat EJPD	11 298 800
	Zweckgebundene Reserven	11 298 800
402	Bundesamt für Justiz	3 304 600
	Zweckgebundene Reserven	3 304 600
403	Bundesamt für Polizei	12 699 500
	Zweckgebundene Reserven	12 699 500
413	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung	200 000
	Zweckgebundene Reserven	200 000
420	Staatssekretariat für Migration	1 002 300
	Zweckgebundene Reserven	1 002 300
485	Informatik Service Center ISC-EJPD	3 368 100
	Zweckgebundene Reserven	3 368 100
500	Generalsekretariat VBS	905 000
	Zweckgebundene Reserven	905 000
504	Bundesamt für Sport	700 000
	Zweckgebundene Reserven	700 000
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	7 289 200
	Zweckgebundene Reserven	7 289 200
525	Verteidigung	15 351 900
	Zweckgebundene Reserven	15 351 900
540	Bundesamt für Rüstung armasuisse	495 000
	Zweckgebundene Reserven	495 000
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo	1 800 000
	Zweckgebundene Reserven	1 800 000
600	Generalsekretariat EFD	7 476 400
	Zweckgebundene Reserven	7 476 400
601	Eidgenössische Finanzverwaltung	240 000
	Zweckgebundene Reserven	240 000

Fortsetzung

CHF		R 2023
602	Zentrale Ausgleichsstelle	1 691 000
	Zweckgebundene Reserven	1 691 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	496 000
	Zweckgebundene Reserven	496 000
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	30 544 000
	Zweckgebundene Reserven	30 544 000
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	4 293 100
	Zweckgebundene Reserven	4 293 100
614	Eidgenössisches Personalamt	110 000
	Zweckgebundene Reserven	110 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	14 000 000
	Zweckgebundene Reserven	14 000 000
701	Generalsekretariat WBF	1 243 408
	Zweckgebundene Reserven	1 243 408
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	1 711 000
	Zweckgebundene Reserven	1 711 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	1 243 000
	Zweckgebundene Reserven	1 243 000
710	Agroscope	4 191 618
	Zweckgebundene Reserven	4 191 618
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	100 000
	Zweckgebundene Reserven	100 000
725	Bundesamt für Wohnungswesen	120 000
	Zweckgebundene Reserven	120 000
735	Bundesamt für Zivildienst	800 000
	Zweckgebundene Reserven	800 000
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	122 800
	Zweckgebundene Reserven	122 800
785	Information Service Center WBF	1 347 700
	Zweckgebundene Reserven	1 347 700
801	Generalsekretariat UVEK	2 990 000
	Zweckgebundene Reserven	2 990 000
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt	2 150 000
	Zweckgebundene Reserven	2 150 000
805	Bundesamt für Energie	925 000
	Zweckgebundene Reserven	925 000
806	Bundesamt für Strassen	3 630 000
	Zweckgebundene Reserven	3 630 000
808	Bundesamt für Kommunikation	305 000
	Zweckgebundene Reserven	305 000
810	Bundesamt für Umwelt	2 200 000
	Zweckgebundene Reserven	2 200 000
816	Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle	600 000
	Zweckgebundene Reserven	600 000

Entwurf

Bundesbeschluss II über die Rechnung des Bahninfrastrukturfonds für das Jahr 2023

vom #. Juni 2024

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Fonds zur Finanzierung
der Eisenbahninfrastruktur vom 21. Juni 2013¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. März 2024²,
beschliesst:*

Art. 1

Die Rechnung des Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur für das Jahr 2023 wird genehmigt. Sie schliesst ab mit

- a. einem Ertragsüberschuss von 1 003 213 653 Franken in der Erfolgsrechnung;
- b. einem Ausgabenüberschuss von 4 025 994 724 Franken in der Investitionsrechnung;
- c. einer Bevorschussung in der Höhe von 5 101 877 994 Franken, einem altrechtlichen Verlustvortrag von 5 095 281 966 Franken und einer Gewinnreserve von 1 449 387 635 Franken in der Bilanz.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 742.140

² Im BBI nicht veröffentlicht

Entwurf

Bundesbeschluss III über die Rechnung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds für das Jahr 2023

vom #. Juni 2024

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 10 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 30. September 2016 über
den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. März 2024²,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Rechnung des Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr für das Jahr 2023 wird genehmigt. Sie schliesst ab mit:

- a. einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung;
- b. einem Ausgabenüberschuss von 2 363 370 135 Franken in der Investitionsrechnung;
- c. einer Bilanzsumme von 4 587 976 830 Franken bei reservierten Mitteln für den Nationalstrassenbau von 3 670 240 409 Franken.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 725.13

² Im BBI nicht veröffentlicht



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

STAATSRECHNUNG

20

23

FINANZBERICHT

1B

IMPRESSUM

REDAKTION

Eidg. Finanzverwaltung

Internet: www.efv.admin.ch

VERTRIEB

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 601.300.23d

SYMBOLE UND ABKÜRZUNGEN

Folgende Symbole und Abkürzungen wurden in den Tabellen der vorliegenden Botschaft verwendet:

–	gleich 0 oder kein Wert
n.a.	nicht ausgewiesen
n.q.	nicht quantifizierbar
CHF	Schweizer Franken
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
%	Prozent
Δ	Differenz
\emptyset	Durchschnitt
>	grösser als
<	kleiner als
R	Rechnung
VA	Voranschlag
FP	Finanzplan
LFP	Legislaturfinanzplan
S	Schätzung
FTE	Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)
LG	Leistungsgruppe(n)

INHALTSÜBERSICHT

BAND 1A A KOMMENTAR ZUR BUNDESRECHNUNG

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

ZUSAMMENFASSUNG

B ZUSATZERLÄUTERUNGEN

C VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

D STEUERUNG DES HAUSHALTES

E FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

F BUNDESBESCHLÜSSE

BAND 1B A JAHRESRECHNUNG DES BUNDES

B KREDITSTEUERUNG

C SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

D SPEZIALTHEMEN

BAND 2A RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

BEHÖRDEN UND GERICHTE

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
UND SPORT

BAND 2B RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG

EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE
UND KOMMUNIKATION

JAHRESRECHNUNG DES BUNDES

A

INHALTSVERZEICHNIS

A	JAHRESRECHNUNG DES BUNDES	5
1	ERFOLGSRECHNUNG	9
2	BILANZ	10
3	GELDFLUSSRECHNUNG	11
4	INVESTITIONSRECHNUNG	12
5	EIGENKAPITALNACHWEIS	13
6	NACHWEIS DER SCHULDENBREMSE	16
7	ANHANG	19
	71 ALLGEMEINE ANGABEN	19
	72 ÄNDERUNGEN IN DER RECHNUNG 2023	20
	73 GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG	32
	74 GRUNDSÄTZE DER BILANZIERUNG UND BEWERTUNG	36
	75 WESENTLICHE ERMESSENSENTSCHEIDE UND SCHÄTZUNGSUNSIHERHEITEN	38
	76 RISIKOMANAGEMENT UND INTERNES KONTROLLSYSTEM IKS	41
8	ANMERKUNGEN	43
	81 POSITIONEN DER ERFOLGSRECHNUNG	43
	82 POSITIONEN DER BILANZ	57
	83 AUSSERBILANZIELLE POSITIONEN	83
	84 EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	98
	85 VERWALTUNGSEINHEITEN UND BETEILIGUNGSREGISTER	99
	TESTAT ZUR STAATSRECHNUNG 2023	103

ERFOLGSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23 absolut	%	Ziff. Anhang
Laufende Einnahmen	74 766	80 309	78 605	3 840	5,1	
Fiskaleinnahmen	69 493	74 970	74 784	5 291	7,6	81/1
Direkte Bundessteuer natürliche Personen	12 532	13 306	13 344	812	6,5	
Direkte Bundessteuer juristische Personen	12 249	13 835	14 491	2 242	18,3	
Verrechnungssteuer	3 888	6 675	6 445	2 557	65,8	
Stempelabgaben	2 483	2 375	2 181	-302	-12,2	
Mehrwertsteuer	24 588	25 410	25 148	559	2,3	
Übrige Verbrauchssteuern	8 207	8 077	7 992	-214	-2,6	
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5 546	5 292	5 183	-363	-6,6	
Nichtfiskalische Einnahmen	5 272	5 339	3 821	-1 451	-27,5	
Regalien und Konzessionen	2 393	2 350	374	-2 020	-84,4	81/2
Übrige Einnahmen	2 521	2 589	2 818	297	11,8	81/3
Finanzeinnahmen	358	400	630	272	75,9	81/4
Laufende Ausgaben	75 072	76 629	75 203	131	0,2	
Eigenausgaben	12 009	11 626	11 529	-480	-4,0	
Personalausgaben	6 107	6 379	6 234	127	2,1	81/5
Sach- und Betriebsausgaben	4 970	4 443	4 353	-618	-12,4	81/6
Rüstungsausgaben	932	804	943	10	1,1	81/7
Transferausgaben	62 057	63 993	62 379	322	0,5	
Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen	7 614	8 034	7 438	-176	-2,3	81/8
Beiträge an eigene Institutionen	3 920	3 926	4 042	122	3,1	81/9
Beiträge an Sozialversicherungen	19 332	18 426	18 422	-910	-4,7	81/10
Beiträge an Kantone und Gemeinden	23 025	25 088	24 340	1 315	5,7	81/11
Beiträge an Dritte	8 166	8 519	8 138	-28	-0,3	81/12
Finanzausgaben	1 006	1 010	1 295	289	28,7	81/13
Selbstfinanzierung	-307	3 681	3 402	3 708	n.a.	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-2 946	-3 123	-3 002	-57	-1,9	82/6 82/7
Abschreibungen Investitionsbeiträge	-1 188	-1 432	-1 229	-40	-3,4	81/14
Übrige Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen	-694	-210	-704	-9	-1,4	81/15
Ergebnis aus Beteiligungen	1 516	1 423	2 410	894	59,0	82/9
Jahresergebnis	-3 619	339	877	4 496	124,2	

Die Werte 2022 sowie die Gliederung und der Ausweis wurden angepasst (siehe Kapitel B72 Änderungen in der Rechnung 2023)

BILANZ

Mio. CHF	01.01.2022	31.12.2022	31.12.2023	Δ 2022-23	Ziff. Anhang
Aktiven	181 781	188 700	190 187	1 487	
Finanzvermögen	40 955	45 504	44 564	-940	
Flüssige Mittel	12 973	15 615	16 791	1 177	82/1
Forderungen	10 746	10 557	11 615	1 058	82/2
Aktive Rechnungsabgrenzung	3 784	4 231	4 141	-90	82/3
Finanzanlagen	13 453	15 101	12 017	-3 084	82/4
Verwaltungsvermögen	140 825	143 196	145 623	2 427	
Vorräte und Anzahlungen	4 425	4 264	3 764	-500	82/5
Sachanlagen	60 893	61 635	62 853	1 218	82/6
Immaterielle Anlagen	431	564	677	113	82/7
Darlehen	5 574	5 523	5 627	105	82/8
Beteiligungen	69 503	71 211	72 701	1 491	82/9
Passiven	181 781	188 700	190 187	1 487	
Fremdkapital	175 888	184 510	186 251	1 742	
Laufende Verbindlichkeiten	18 558	19 235	21 223	1 988	82/10
Passive Rechnungsabgrenzung	12 796	8 511	7 587	-924	82/3
Finanzverbindlichkeiten	92 736	104 469	106 869	2 400	82/11
Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital	9 285	10 832	11 207	375	82/12
Personalvorsorgeverpflichtungen	3 475	2 139	2 767	628	82/13
Rückstellungen	39 038	39 323	36 598	-2 725	82/14
Eigenkapital	5 893	4 191	3 936	-255	
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 523	6 582	6 601	20	82/12
Reserven aus Globalbudget	446	710	621	-88	5/
Bilanzfehlbetrag	-1 076	-3 101	-3 287	-186	

Die Werte 2022 wurden angepasst (siehe Kapitel B72 Änderungen in der Rechnung 2023)

GELDFLUSSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	R 2023	absolut
Total Geldfluss	2 642	1 177	-1 465
Geldfluss aus operativer Tätigkeit	-3 716	-733	2 982
Jahresergebnis	-3 619	877	4 496
Abschreibungen und Wertminderungen	2 946	3 002	57
Erfolg aus Beteiligungen (Equity-Bewertung)	-1 516	-2 410	-894
Gewinne aus Veräusserungen Anlagevermögen	-6	-12	-6
Zu-/Abnahme Rückstellungen, netto	285	-2 725	-3 010
Sonstige nicht liquiditätswirksame Transaktionen	1 899	-61	-1 960
Veränderung Nettoumlaufvermögen	-3 705	595	4 300
Zu- / Abnahme von Forderungen	189	-1 058	-1 247
Zu- / Abnahme aktive Rechnungsabgrenzungen	-447	90	538
Zu- / Abnahme von Vorräten	161	500	338
Zu- / Abnahme von laufenden Verbindlichkeiten	677	1 988	1 311
Zu- / Abnahme passive Rechnungsabgrenzungen	-4 284	-924	3 360
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-4 550	253	4 803
Erwerb von Sach- und immateriellen Anlagen	-3 865	-4 265	-400
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen	75	23	-53
Investitionen in Darlehen und Beteiligungen (des Verwaltungsvermögens)	-143	-139	4
Devestitionen von Darlehen und Beteiligungen (des Verwaltungsvermögens)	105	147	42
Investitionen ins Finanzvermögen	-7 431	-7 581	-150
Deinvestitionen ins Finanzvermögen	5 784	10 646	4 862
Erhaltene Zinsen und Dividenden	925	1 423	497
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	10 908	1 657	-9 251
Zunahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	48 622	60 234	11 613
Abgänge kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-43 857	-65 706	-21 849
Zugänge langfristige Finanzverbindlichkeiten	13 219	14 669	1 450
Abgänge langfristige Finanzverbindlichkeiten	-5 687	-6 127	-440
Bezahlte Zinsen	-1 389	-1 415	-25

NACHWEIS FONDS «GELD»

Mio. CHF	R 2022	R 2023	absolut
Stand Flüssige Mittel per 01.01.	12 973	15 615	2 642
Zunahme (+) / Abnahme (-)	2 642	1 177	-1 465
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	15 615	16 791	1 177

Ausweis und Gliederung wurden angepasst (siehe Kapitel B72 Änderungen in der Rechnung 2023).

INVESTITIONSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022-23	
				absolut	%
Investitionseinnahmen	882	1 038	1 002	119	13,5
Dividendeneinnahmen	633	833	832	200	31,6
Rückzahlung von Darlehen	105	152	147	42	40,1
Übrige Investitionseinnahmen	145	53	22	-123	-84,6
Investitionsausgaben	5 825	9 544	5 835	10	0,2
Liegenschaften	861	898	829	-32	-3,8
Mobilien	123	135	253	130	106,1
Vorräte	673	105	232	-441	-65,5
Nationalstrassen	2 012	1 772	2 067	55	2,7
Rüstungsmaterial	771	950	1 026	255	33,0
Immaterielle Anlagen	52	38	57	6	10,8
Darlehen	62	4 143	68	6	9,4
Beteiligungen	81	71	71	-10	-12,2
Eigene Investitionsbeiträge	1 189	1 432	1 231	41	3,5
Nettoinvestitionen	-4 943	-8 506	-4 833	110	2,2

Ausweis und Gliederung wurden angepasst (siehe Kapitel 72 Änderungen in der Rechnung 2023).

EIGENKAPITALNACHWEIS

	Spezial- finanzierung	Spezial- fonds	übrige zweckgeb. Mittel	Zweck- gebundene Mittel	Reserven Global- budget	Bilanzfehl- betrag /- überschuss	Total Eigenkapital
Mio. CHF	1	2	3	4=1+2+3	5	6	7=4+5+6
Stand per 01.01.2022 ausgewiesen	5 055	1 437	30	6 523	446	-841	6 127
Änderungen in der Rechnungslegung / Restatement	-	-	-	-	-	-235	-235
Stand per 01.01.2022 angepasst	5 055	1 437	30	6 523	446	-1 076	5 893
Ergebnis der Spezialfonds	-	33	-	33	-	1	34
Veränderung übrige zweckgebundene Mittel	-	-	-1	-1	-	-	-1
Neubewertung Personalvorsorgeverpflichtungen	-	-	-	-	-	1 386	1 386
Anteil an Eigenkapitaltransaktionen der Equity-Beteiligungen	-	-	-	-	-	738	738
Absicherungsgeschäfte	-	-	-	-	-	-239	-239
Total im Eigenkapital erfasste Positionen	-	33	-1	31	-	1 886	1 917
Jahresergebnis (angepasst)	-	-	-	-	-	-3 619	-3 619
Total erfasste Gewinne und Verluste	-	33	-1	31	-	-1 733	-1 702
Umbuchungen im Eigenkapital	28	-	-	28	264	-292	-
Änderungen im Konsolidierungskreis	-	-	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.2022 angepasst	5 083	1 470	28	6 582	710	-3 101	4 191
Änderungen in der Rechnungslegung / Restatement	-5	35	-	30	-	21	51
Stand per 01.01.2023 angepasst	5 078	1 505	28	6 612	710	-3 080	4 242
Ergebnis der Spezialfonds	-	8	-	8	-	1	10
Veränderung übrige zweckgebundene Mittel	-	-	-6	-6	-	-	-6
Neubewertung Personalvorsorgeverpflichtungen	-	-	-	-	-	-661	-661
Anteil an Eigenkapitaltransaktionen der Equity-Beteiligungen	-	-	-	-	-	-82	-82
Absicherungsgeschäfte	-	-	-	-	-	-444	-444
Total im Eigenkapital erfasste Positionen	-	8	-6	2	-	-1 185	-1 183
Jahresergebnis	-	-	-	-	-	877	877
Total erfasste Gewinne und Verluste	-	8	-6	2	-	-308	-306
Umbuchungen im Eigenkapital	-13	-	-	-13	-88	101	-
Änderungen im Konsolidierungskreis	-	-	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.2023	5 066	1 513	22	6 601	621	-3 287	3 936

Die Werte 2022 wurden angepasst (siehe Kapitel B72 Änderungen in der Rechnung 2023)

EIGENKAPITALNACHWEIS

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, welche Finanzvorfälle zur Veränderung der jeweiligen Eigenkapitalposition geführt haben. Insbesondere wird dargelegt, welche Aufwand- und Ertragspositionen nicht in der Erfolgsrechnung, sondern direkt im Eigenkapital erfasst wurden, und wie sich die Veränderung von Reserven und zweckgebundenen Mitteln im Eigenkapital niederschlagen.

RESERVEN AUS GLOBALBUDGET

Mio. CHF	Allgemeine Reserven					Zweckgebundene Reserven				
	Endbestand per 31.12.2022	Bildung aus R 2022	Auflösung/ Verwendung	Sonstige Transaktionen	Endbestand per 31.12.2023	Endbestand per 31.12.2022	Bildung aus R 2022	Auflösung/ Verwendung	Sonstige Transaktionen	Endbestand per 31.12.2023
Total	35	1	0	-	36	674	161	-250	-	585
101 BVers	-	-	-	-	-	2	-	-2	-	-
104 BK	-	-	-	-	-	14	5	-7	-	11
108 BVGer	-	-	-	-	-	-	8	-	-	8
110 BA	-	-	-	-	-	5	1	-	-	6
202 EDA	11	-	-	-	11	9	3	-3	-	9
301 GS-EDI	-	-	-	-	-	1	0	-	-	2
303 EBG	-	-	-	-	-	0	-	0	-	0
305 BAR	-	-	-	-	-	3	1	0	-	4
306 BAK	-	-	-	-	-	2	2	0	-	4
311 MeteoSchweiz	1	-	-	-	1	3	7	-5	-	5
316 BAG	-	-	-	-	-	12	7	-2	-	18
317 BFS	-	-	-	-	-	6	1	-2	-	5
318 BSV	-	-	-	-	-	5	3	-3	-	5
341 BLV	-	-	-	-	-	2	0	0	-	2
342 IVI	-	-	-	-	-	0	-	0	-	0
401 GS-EJPD	-	-	-	-	-	9	4	-	-	13
402 BJ	-	-	-	-	-	3	2	-1	-	5
403 fedpol	-	-	-	-	-	10	5	-5	-	10
413 SIR	-	-	-	-	-	1	0	0	-	1
420 SEM	-	-	-	-	-	20	2	-4	-	18
485 ISC-EJPD	3	-	-	-	3	30	1	-14	-	17
500 GS-VBS	-	-	-	-	-	6	4	-3	-	7
504 BASPO	3	-	-	-	3	8	2	-4	-	7
506 BABS	2	-	-	-	2	47	40	-10	-	78
525 V	-	-	-	-	-	310	-	-147	-	163
542 ar W+T	1	-	-	-	1	-	0	0	-	-
543 ar Immo	-	-	-	-	-	8	-	-	-	8
570 swisstopo	4	-	-	-	4	1	5	-2	-1	4
600 GS-EFD	-	-	-	-	-	6	4	-2	-	9
601 EFV	-	-	-	-	-	4	0	-	-	5
602 ZAS	-	-	-	-	-	1	1	-1	-	1
603 Swissmint	-	-	-	-	-	-	0	0	-	0
604 SIF	-	-	-	-	-	0	-	0	-	0
605 ESTV	-	-	-	-	-	5	0	0	-	5
606 BAZG	-	-	-	-	-	62	29	-10	-	80
609 BIT	7	-	-	-	7	0	-	-	-	0
611 EFK	-	-	-	-	-	0	2	-2	-	0
620 BBL	-	-	-	-	-	49	2	-12	-	38
701 GS-WBF	-	-	-	-	-	3	2	-	-	4
704 SECO	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1
708 BLW	0	-	-	-	0	1	1	-1	-	2
710 Agroscope	-	-	-	-	-	3	5	-4	-	4
724 BWL	-	-	-	-	-	-	0	0	-	-
725 BWO	-	1	-	-	1	-	0	-	-	0
735 ZIVI	1	-	-	-	1	1	1	-	-	2
740 SAS	0	-	0	-	0	1	-	0	-	1
750 SBFI	-	-	-	-	-	1	0	0	-	1
785 ISCeco	-	-	-	-	-	0	2	0	-	2
801 GS-UVEK	-	-	-	-	-	3	1	-	-	4
802 BAV	-	-	-	-	-	1	-	0	-	0
803 BAZL	1	-	-	-	1	3	1	-1	-	3
805 BFE	-	-	-	-	-	2	2	-2	-	3
806 ASTRA	-	-	-	-	-	4	-	-	-	4
808 BAKOM	1	-	-	-	1	4	1	0	-	5
810 BAFU	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1
817 RegInfra	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1

RESERVEN AUS GLOBALBUDGET

Die Verwaltungseinheiten haben je nach Rechnungsergebnis und Zielerreichung die Möglichkeit, aus ihren Globalbudgets und Einzelkrediten im Eigenbereich Reserven zu bilden. Die Reserven werden unterschieden nach allgemeinen und zweckgebundenen Reserven.

Die Bildung oder Auflösung von Reserven aus Globalbudget wird als Bilanztransaktion verbucht. Es erfolgt dabei eine Umbuchung vom Bilanzüberschuss in die Reserven (Bildung) respektive von den Reserven in den Bilanzüberschuss (Auflösung). Da die Reserven der Verwaltungseinheit erst nach Beschluss durch die Bundesversammlung zur Verfügung stehen (im Normalfall nach der Sommersession), erfolgt die Verbuchung jeweils im folgenden (und nicht im aktuellen) Rechnungsjahr.

Mit Reserven finanzierte Aufwände oder Investitionsausgaben werden periodengerecht in der Erfolgsrechnung respektive Investitionsrechnung verbucht und ausgewiesen. Im Anhang der Jahresrechnung des Bundes wird die Veränderung der Reserven aus Globalbudget im Eigenkapitalnachweis offengelegt.

NACHWEIS DER SCHULDENBREMSE

Die Schuldenbremse ist das zentrale Instrument zur finanzpolitischen Steuerung des Bundeshaushalts. Sie verlangt, dass der Bund seine Aufgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht hält (nach Art. 126 Abs. 1 Bundesverfassung; SR 107).

Die Schuldenbremse entfaltet ihre Wirkung vor allem im Voranschlag, aber auch im Budgetvollzug. Im Rechnungsabschluss wird die Einhaltung der Schuldenbremse aufgrund der effektiven Zahlen kontrolliert.

- Im *Voranschlag* dürfen die ordentlichen Ausgaben den Ausgabenplafond nicht überschreiten (Art. 13 Finanzhaushaltsgesetz; FHG; SR 611.0). Der Ausgabenplafond entspricht den ordentlichen Einnahmen, die mit Hilfe des Konjunkturfaktors um konjunkturelle Mehr- oder Mindereinnahmen korrigiert werden.
- Auch im *Budgetvollzug* ist der budgetierte Ausgabenplafond zu berücksichtigen (Art. 14 FHG). Zudem sollen die budgetierten Ausgaben in der Regel nicht überschritten werden (Art. 35 FHG).
- Im *Rechnungsabschluss* wird der Ausgabenplafond neu berechnet und den effektiven Ausgaben gegenübergestellt (Art. 16 Abs 1 FHG). Strukturelle Finanzierungsüberschüsse werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben (Art. 17e FHG) und entsprechende Defizite dem Ausgleichskonto belastet (Art. 16 Abs. 2 FHG).

NACHWEIS SCHULDENBREMSE IM ORDENTLICHEN HAUSHALT

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ 2022–23	
				absolut	%
1 Ordentliche Einnahmen	74 056	79 789	79 296	5 240	7,1
2 Konjunkturfaktor	1,004	1,011	1,003		
3 Ausgabenplafond [3=1*2]	74 353	80 667	79 534	5 182	7,0
4 Ordentliche Ausgaben	77 781	80 473	79 968	2 187	2,8
5 Ordentlicher Finanzierungssaldo [5=1-4]	-3 724	-683	-672		
6 Konjunkturell zulässiger / geforderter Finanzierungssaldo [6=3-1]	-296	-878	-238		
7 Struktureller Finanzierungssaldo / Handlungsspielraum [7=3-4]	-3 428	194	-434		

Die FHG-Änderung zur «Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung» wurde am 1.1.2022 in Kraft gesetzt und in Voranschlag und Rechnung 2023 erstmals angewandt. In der obigen Tabelle wurden die Zahlen zur Rechnung 2022 entsprechend angepasst, um einen Vorjahresvergleich zu ermöglichen. Inhaltlich werden die Anpassungen erläutert in Kapitel A 72 Änderungen in der Rechnung 2023. In der untenstehenden Tabelle zu den ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben wurde auf die Anpassung der Zahlen 2022 verzichtet; sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

AUSSERORDENTLICHE EINNAHMEN UND AUSGABEN

Mio. CHF	VA 2023	R 2023
Ausserordentliche Einnahmen	1 558	310
E190.0100 Gewinneinziehungen FINMA	–	13
E190.0107 Covid: Rückzahlung von Darlehen	2	1
E190.0108 Covid: Rückzahlung von Darlehen Kulturunternehmen	0	2
E190.0112 Covid: Rückzahlung von Darlehen SFL/SIHF	20	26
E190.0113 Covid: Einnahmen Unterstützung Luftverkehr	3	2
E190.0114 Covid: Rückerstattung Ausbau der indirekten Presseförderung	–	0
E190.0115 Covid: Rückzahlung Finanzhilfen	–	5
E190.0118 a.o. Gewinnausschüttung SNB	1 333	–
E190.0120 a.o. Ausschüttungen RUAG	200	200
E190.0122 a.o. Einnahmen Risikoprämie Liquiditätshilfe-Darlehen	–	61
Ausserordentliche Ausgaben	5 700	1 070
A290.0136 Covid: Abgeltung Ortsverkehr	–	0
A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone	1 700	1 070
A290.0145 Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft	4 000	–
E190.0121 Entnahme Rückstellungen COVID-19	–	0

Die beiden Kontrollstatistiken für den ordentlichen und ausserordentlichen Haushalt (Ausgleichs- und Amortisationskonto) zeigen, ob die Einnahmen und Ausgaben über die Zeit im Gleichgewicht sind oder nicht. Fehlbeträge müssen wieder ausgeglichen werden. Das Parlament hat den Ausgleich des Amortisationskontos, das hauptsächlich infolge der coronabedingten Ausgaben einen grossen Fehlbetrag aufweist, bis 2035 respektive bis längstens 2039 erstreckt (Art. 17e FHG).

STAND AUSGLEICHSKONTO

Mio. CHF	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	25 563	27 770	29 000	23 500	20 477
Gutschrift/Belastung struktureller Finanzierungssaldo	2 206	1 230	0	-1 574	-434
Reduktion Ausgleichskonto (gemäss Bundesbeschluss)	–	–	-5 500	-1 449	–
Stand Ausgleichskonto per 31.12.	27 770	29 000	23 500	20 477	20 043

Der Saldo des Ausgleichskontos wurde per Ende 2022 rückwirkend angepasst.

STAND AMORTISATIONSKONTO

Mio. CHF	R 2019	R 2020	R 2021	R 2022	R 2023
Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	2 871	4 339	-9 789	-20 276	-26 456
Ausserordentliche Ausgaben	-	14 672	12 331	3 998	1 070
Ausserordentliche Einnahmen	541	125	1 535	1 592	310
Gutschrift struktureller Finanzierungssaldo	928	419	309	-	-
Reduktion Amortisationskonto (gemäss Bundesbeschluss)	-	-	-	-3 774	-
Stand Amortisationskonto per 31.12.	4 339	-9 789	-20 276	-26 456	-27 216

Der Saldo des Amortisationskontos wurde per Ende 2022 rückwirkend angepasst.

Die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto belaufen sich inklusive der Reduktionen von 1,4 Milliarden und 3,8 Milliarden per Ende 2022 auf neu 20,5 Milliarden respektive -26,5 Milliarden (bisher 21,9 Mrd. bzw. -22,7 Mrd.). Die Reduktion wird dem Parlament im Bundesbeschluss zur Rechnung 2023 zur Bewilligung vorgelegt (vgl. Band 1A, Kapitel F, Entwurf zum BB I).

Für die Anpassung relevant ist die kumulierte Entwicklung der Rückstellungen und Abgrenzungen seit Nullstellung des Ausgleichskontos (2007) respektive seit Einführung des Amortisationskontos (2010) bis 2022. Die Tabellen zu Ausgleichs- und Amortisationskonto zeigen deshalb die Zahlen 2022 ohne FHG-Änderung (unveränderte Zahlen gemäss Rechnung 2022 vom März 2021) sowie die kumulierte Anpassung in der separaten Zeile «gemäss Bundesbeschluss» per Ende 2022. Für die Herleitung der Anpassungen siehe Kapitel 72 Anpassung von Ausgleichs- und Amortisationskonto.

ANPASSUNG VON AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO PER ENDE 2022

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 werden die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto per Ende 2022 nachträglich an die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes zur «Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung» angepasst (nach Art. 66c FHG). Dabei geht es insbesondere um Rückstellungen und zeitliche Abgrenzungen, die ab 2023 unter die Schuldenbremse fallen.

7 ANHANG

71 ALLGEMEINE ANGABEN

ANWENDUNGSBEREICH

Der vorliegende Anhang zur Jahresrechnung bezieht sich auf die Bundesrechnung («Stammhaus Bund»). Die Bundesrechnung (im folgenden auch «Rechnung» genannt) gilt als Einzelabschluss im Sinne des angewendeten Rechnungslegungsstandards. Sie umfasst den Bundeshaushalt, welcher den Regeln der Schuldenbremse unterworfen ist.

Die Rechnung und der zugehörige Voranschlag beinhalten gemäss Artikel 2 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) die Generalsekretariate, die Departemente und ihre Verwaltungseinheiten, die Bundeskanzlei, die Bundesversammlung einschliesslich ihrer Parlamentsdienste, den Bundesrat, die Eidg. Gerichte inkl. die Schieds- und Rekurskommissionen, die Bundesanwaltschaft und die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft sowie die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung, die keine eigene Rechnung führen (wie z.B. die Eidg. Finanzkontrolle oder ausserparlamentarische Kommissionen).

Nicht Teil der Rechnung und des Voranschlags sind Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung sowie die Fonds des Bundes, welche eine eigene Rechnung führen. Ihre Ausgaben unterliegen nicht der Schuldenbremse, jedoch die entsprechenden Einlagen bzw. Finanzierungsbeiträge aus dem Bundeshaushalt. Die Rechnungen der Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung und der Fonds des Bundes, welche von der Bundesversammlung separat zu genehmigen sind, werden als sogenannte Sonderrechnungen zusammen mit der Bundesrechnung zur Staatsrechnung zusammengefasst. Folgende Sonderrechnungen werden im Rechnungsjahr mit der Staatsrechnung vorgelegt: der Bahninfrastrukturfonds (BIF) und der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF).

BEURTEILUNG DER VERMÖGENS- UND SCHULDENLAGE

Wie einleitend festgehalten, umfasst die Bundesrechnung nur den Bundeshaushalt, welcher den Regeln der Schuldenbremse unterworfen ist. Damit zeigt die vorliegende Rechnung keine umfassende Beurteilung der Vermögens- und Verschuldungslage des Bundes.

Um eine umfassende Beurteilung der Vermögens- und Schuldenlage auf Ebene des Bundes vorzunehmen, sind nebst dem Einzelabschluss der Bundesrechnung auch die Vermögens- und Schuldverhältnisse der ausgelagerten Fonds (BIF und NAF) mit zu berücksichtigen. Diese Fonds wurden aus Gründen der politischen Steuerung aus der Bundesrechnung ausgelagert, bilden jedoch Teil der Staatsrechnung. Ein besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang dem negativen Eigenkapital des BIF. Das Eigenkapital der Bundesrechnung wäre ohne Auslagerung des BIF um 3,6 Milliarden tiefer. Es wird auf die Sonderrechnung des BIF verwiesen (Band 1A, E1).

GRUNDLAGEN DER ABSCHLUSSERSTELLUNG

Die Berichtsperiode umfasst zwölf Monate und endet am 31. Dezember. Die Jahresrechnung wird in Schweizer Franken (CHF) dargestellt. Die Zahlen in der Finanzberichterstattung werden gerundet in Millionen CHF ausgewiesen. Die mathematischen Operationen (Additionen, Abweichungen absolut und relativ) basieren hingegen auf den ungerundeten Werten. Dies kann zu Rundungsdifferenzen führen.

VERHÄLTNIS ZUM VORANSCHLAG

Der Voranschlag wurde auf der gleichen Rechnungslegungsbasis, der gleichen zeitlichen Periode sowie unter Einbezug der gleichen Einheiten wie bei der Rechnung erstellt.

72 ÄNDERUNGEN IN DER RECHNUNG 2023

Am 19.3.2021 hat das Parlament die Änderungen am Finanzhaushaltsgesetz zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung beschlossen. Diese wurden erstmals auf den Voranschlag 2023 angewendet. Die Anpassungen führen zu umfassenden Änderungen im Rechnungsmodell und in der Rechnungslegung. Insbesondere wurden dabei die für die Schuldenbremse massgebende Grössen (*Ausgaben und Einnahmen*) breiter definiert. Die angepassten gesetzlichen Bestimmungen wirken sich ebenfalls auf die Kontrollstatistiken der Schuldenbremse aus. Zur Nachführung der Schuldenbremse wurden die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto angepasst.

Zusätzlich wurden *Anpassungen im Rechnungsaufbau* und in der *Rechnungslegung* vorgenommen. Die Anpassungen in der Rechnungslegung betreffen aber nicht die Erstanwendung von IPSAS 41 Finanzinstrumenten und IPSAS 42 Sozialleistungen, die keine wesentlichen Auswirkungen auf die Rechnung hatte.

Mit dem vorliegenden Abschluss wird nun erstmals eine Rechnung nach den neuen Bestimmungen publiziert. Die Rechnungen 2022 und früher wurden nach den damalig geltenden gesetzlichen Bestimmungen publiziert. Aufgrund der umfassenden Anpassungen im Rechnungsaufbau lassen sich daher die Werte der Rechnung 2023 nicht mit den Werten der früher publizierten Rechnungen vergleichen. Insbesondere werden ab 2023 sowohl die Erfolgs-, Investitions- als auch die Geldflussrechnung anhand eines neuen Aufbaus und Struktur dargestellt. Damit verbunden sind umfassende Anpassungen an der Kontierungspraxis, so dass sich auch die Zusammensetzung der einzelnen Rechnungspositionen ändert.

Die vorgenommenen Anpassungen werden nachfolgend detailliert dargestellt und erläutert.

ÜBERSICHT DER VORGENOMMENEN ANPASSUNGEN

GESETZLICHE DEFINITION VON EINNAHMEN UND AUSGABEN

Die für die Schuldenbremse massgebenden Einnahmen- und Ausgabendefinitionen wurden angepasst (Art. 3 Abs. 5 und 6 FHG). Einnahmen und Ausgaben werden der Schuldenbremse neu periodengerecht gutgeschrieben und belastet. Sie werden also in dem Rechnungsjahr wirksam, in dem die Belastung und Entlastung aus wirtschaftlicher Sicht entsteht und nicht mehr im Zeitpunkt der Zahlung. Die Anpassung betrifft insbesondere die Bildung und Auflösung von Rückstellungen und Abgrenzungen.

Ziel dieser Neudefinition ist eine periodengerechtere Belastung der Schuldenbremse und damit einhergehend eine vereinfachte Ergebniskommunikation. Sie geht zurück auf die Motion 16.4018 «Für eine Rechnungslegung, die der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht».

RECHNUNGSaufbau

Der Rechnungsaufbau beinhaltet neu drei Ergebnisrechnungen: *Erfolgs-, Investitions- und Geldflussrechnung*. Die *Finanzierungsrechnung* wurde als eigenständige Rechnung abgeschafft. Im bisherigen Rechnungsmodell war sie das zentrale Steuerungselement für die Schuldenbremse. Stattdessen nehmen neu die Erfolgs- und Investitionsrechnung eine bedeutendere Stellung ein.

Der für die finanzpolitische Steuerung relevante Finanzierungssaldo wird neu aus der Erfolgs- und Investitionsrechnung hergeleitet. Die Informationen zur Schuldenbremse werden neu im *Nachweis der Schuldenbremse* offengelegt. Die hauptsächlichen Anpassungen in den einzelnen Bestandteilen des Rechnungsmodells werden nachfolgend erläutert:

Erfolgsrechnung

Das neue Rechnungsmodell hat keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis. Angepasst wurde hingegen die Gliederung in folgenden Bereichen:

- *Gestufte Erfolgsausweis:*
Das neu eingeführte Zwischentotal «Selbstfinanzierung» umfasst die für die Schuldenbremse relevanten laufenden Einnahmen und Ausgaben. In der Konsequenz werden erfolgswirksame Transaktionen, die nicht der Schuldenbremse unterstehen, unterhalb der Selbstfinanzierung ausgewiesen. Es handelt sich dabei ausschliesslich um Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens.
- *Gliederung der Transferausgaben:*
Die Transferausgaben werden neu nach dem sogenannten Erstempfängerprinzip ausgewiesen. Damit ist ersichtlich, wer der erste Empfänger der geleisteten Transferzahlung ist. Damit werden insbesondere die Einlagen aus der Bundesrechnung in die Spezialfonds und -finanzierungen besser nachvollziehbar.
- *Verzicht auf Ausweis der ausserordentlichen Transaktionen:*
Die Definition der Ausserordentlichkeit richtet sich nach den Bestimmungen zur Schuldenbremse. Sie ist für die Erfolgsrechnung nicht relevant. Deshalb werden Einnahmen und Ausgaben aus ausserordentlichen Transaktionen im neuen Nachweis zur Schuldenbremse dargestellt. In der Erfolgsrechnung werden die Beträge nicht mehr separat, sondern in der inhaltlich passenden Rechnungsposition ausgewiesen.
- Darüber hinaus wurde die Terminologie an die neuen gesetzlichen Grundlagen angepasst. Anstelle von «Ertrag» und «Aufwand» werden die Begriffe «Einnahmen» und «Ausgaben» verwendet.

Bilanz

Die Bilanz zeigt weiterhin die Unterteilung von Finanz- und Verwaltungsvermögen auf der Aktivseite und die Unterteilung in Fremd- und Eigenkapital auf der Passivseite. Auf die Unterteilung des Fremdkapitals in kurz- und langfristige Positionen wird im Sinne einer kompakteren Darstellung verzichtet. Die entsprechenden Informationen werden im Anhang offengelegt.

Geldflussrechnung

Der *Geldfluss aus operativer Tätigkeit* wird neu nach der allgemein gebräuchlichen indirekten Methode hergeleitet. Bisher orientierte sich der Ausweis – wo möglich – an der nach direkter Methode dargestellten Finanzierungsrechnung. Mit dem Wegfall der Finanzierungsrechnung hat sich die Ausgangslage geändert. Die Grundstruktur der Rechnung mit ihren Zwischensalden bleibt grundsätzlich unverändert. Es kommt zu leichten Verschiebungen innerhalb der Zwischensalden. Die grösste Verschiebung betrifft die bezahlten und erhaltenen Zinsen bzw. Dividenden, welche neu in der Finanzierungstätigkeit bzw. Investitionstätigkeit zugeordnet werden (bisher operative Tätigkeit).

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung zeigt die Zugänge und Abgänge im Verwaltungsvermögen der Bundesrechnung. In Übereinstimmung mit den Änderungen im FHG beinhalten die Investitionseinnahmen neu auch die Dividendeneinnahmen aus Beteiligungen des Verwaltungsvermögens. Die Investitionsausgaben zeigen die aus der Bundesrechnung getätigten Investitionen. Die von den Spezialfonds BIF, NAF und NZF getätigten Investitionsausgaben werden nicht mehr in der Investitionsrechnung des Bundes, sondern in den Investitionsrechnungen der Spezialfonds ausgewiesen. Zudem werden die meist betragsmässig unbedeutenden Investitionseinnahmen aus *Liegenschaften, Mobilien, Nationalstrassen* und die *Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge* neu zusammengefasst und als *übrige Investitionseinnahme* ausgewiesen.

Nachweis zur Schuldenbremse

Der Nachweis zur Schuldenbremse tritt an die Stelle der Finanzierungsrechnung. Er zeigt die Einhaltung der Schuldenbremse im ordentlichen Haushalt. Dabei wird der Finanzierungssaldo dem konjunkturell bereinigten Finanzierungssaldo gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Entwicklung und der Stand des Ausgleichs- und des Amortisationskontos dargestellt.

RECHNUNGSLEGUNG

Im Berichtsjahr wurden diverse Anpassungen in der Rechnungslegung sowie der Verbuchungspraxis vorgenommen. Sie sind im Falle der Spezialfinanzierungen direkt auf die vom Parlament beschlossene Optimierung der Haushaltssteuerung zurückzuführen. Zusätzlich werden die Einnahmen der direkten Bundessteuer neu nach dem Forderungsprinzip und nicht mehr nach dem Kassaprinzip verbucht. Zwecks Vereinfachung der Bilanzierungs- und Bewertungspraxis bzw. der Darstellung wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Darlehen im Verwaltungsvermögen angepasst sowie der bilanzielle Ausweis der Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien und der erhaltenen Investitionsbeiträgen angepasst.

Direkte Bundessteuer

Die direkte Bundessteuer wird neu nach dem Forderungsprinzip und nicht mehr nach dem Kassaprinzip verbucht. Damit sind drei wesentliche Änderungen verbunden.

Zeitpunkt der Erfassung der Einnahmen

- Bis anhin wurden die Fiskaleinnahmen in der Bundesrechnung zum Zeitpunkt der Überweisung der Kantone an den Bund erfasst. Neu werden die Einnahmen grundsätzlich bereits zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung der Kantone an die Steuerpflichtigen erfasst. Aufgrund der erforderlichen Meldefristen der Kantone können die Einnahmen nicht unmittelbar im Zeitpunkt der Rechnungsstellung, sondern erst mit einer leichten Verzögerung von einem Monat in der Bundesrechnung verbucht werden. Das Rechnungsjahr umfasst somit zwar Umsätze aus 12 Monaten; es ist aber nicht vollständig deckungsgleich mit dem Kalenderjahr. Die Vorgaben der IPSAS werden im Bereich der direkten Bundessteuer jedoch nach wie vor nicht erfüllt. Die IPSAS sehen vor, den Ertrag dann zu buchen, wenn er wirtschaftlich entsteht (Einkommen bei natürlichen Personen bzw. Gewinn bei juristischen Personen). Da die Deklaration der Steuer jeweils erst im Folgejahr eingereicht wird, fehlen für eine vollständig periodengerechte Ertragserfassung die notwendigen Informationen. Eine Informationslücke besteht umso mehr, weil der Bund im Falle der direkten Bundessteuer nicht direkt mit den Steuerpflichtigen in Kontakt steht.
- Mit dem Forderungsprinzip werden neben den Steuerforderungen insbesondere auch Steuervorauszahlungen und Steuerverbindlichkeiten sowie zeitliche Abgrenzungen erfasst. Zeitliche Abgrenzungen sind für die im Voraus fakturierten Steuern sowie für die vorausbezahlten oder geschuldeten Kantonsanteile (Ausgaben) notwendig. Die Steuer gilt als im Voraus fakturiert, wenn die Rechnung vor der Hauptfälligkeit ausgestellt wird. Als Hauptfälligkeit gilt grundsätzlich der 1. März des Folgejahres (Verordnung des EFD über Fälligkeit und Verzinsung der direkten Bundessteuer vom 10.12.1992, SR 642.124).

Verbuchung der Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer

- Die Kantone partizipieren mit 21,2 Prozent an den geldwirksam abgelieferten Nettoerträgen aus der direkten Bundessteuer. Die geldmässige Abrechnung gegenüber den Kantonen orientiert sich weiterhin am Kassaprinzip und nicht am Forderungsprinzip. Für die Verbuchung der Kantonsanteile in der Bundesrechnung ist jedoch das Forderungsprinzip massgebend. Für die daraus entstehenden zeitlichen Abweichungen zwischen den Kassa- und Forderungsprinzip sind Rechnungsabgrenzungen notwendig.

Ausweis in der Erfolgsrechnung

- Bisher konnte der Bund im Zeitpunkt des Geldeingangs nicht unterscheiden, in welchem Umfang neben den Fiskaleinnahmen auch Bussen- und Verzugszinsen bezahlt wurden und wie sich die Einnahmen auf natürliche und juristische Personen aufteilen (Einkommens- und Gewinnsteuer). Sämtliche Zahlungseingänge wurden als Fiskaleinnahmen verbucht und die Aufteilung auf juristische und natürliche Personen erfolgte nur aufgrund von qualifizierten Schätzungen. Neu braucht es keine Schätzung mehr, weil die Aufteilung basierend auf den Rechnungsstellungen bekannt ist. Zudem wurden im Kassaprinzip keine Debitorenverluste gebucht. Neu liegen detailliertere Informationen vor, die eine sachgerechtere Verbuchung der Geschäftsvorfälle in der Erfolgsrechnung ermöglichen.

Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierungen liegen vor, wenn Einnahmen für bestimmte Aufgaben zweckgebunden sind. Aufgrund der gesetzlichen Neudefinition des Einnahmebegriffs, sind neu auch Rückstellungen, zeitliche Abgrenzungen sowie Delkredereveränderungen bei der Ermittlung der zweckgebundenen Einnahmen zu berücksichtigen. Die rückwirkende Anwendung dieser neuen Bestimmung führt zu Anpassungen bei den Salden der Spezialfinanzierungen. Mit der neuen Verbuchungspraxis haben allfällige Einnahmen- oder Ausgabenüberschüsse von Spezialfinanzierungen im Fremdkapital neu keinen Einfluss mehr auf den Finanzierungssaldo.

Darlehen im Verwaltungsvermögen

Darlehen werden im Verwaltungsvermögen bilanziert, wenn sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben gewährt werden. Die Gewährung dieser Darlehen unterliegt der Kreditbewilligung durch das Parlament und wird in der Investitionsrechnung ausgewiesen. Die Bewertung der Darlehen richtet sich weiterhin nach den erwarteten Geldrückflüssen. Ein erwarteter Zahlungsausfall wird im Bilanzwert in Form einer Wertberichtigung berücksichtigt. Die Einschätzung der Rückzahlung wird jährlich auf den Bilanzstichtag hin neu überprüft. Bis anhin wurden für zinslose oder zinsvergünstigt gewährte Darlehen zusätzlich als Bewertungskomponente die gewährten Zinsvorteile im Bilanzwert berücksichtigt. Die Zinsvorteile wurden ermittelt, in dem die Darlehen im Zeitpunkt der Gewährung abgezinst und in den Folgejahren anteilmässig über die Laufzeit des Darlehens wieder aufgezinste wurden. Die finanzpolitische Aussagekraft dieses buchhalterischen Bewertungsvorganges war gering, ein Mehrwert aus dieser Verbuchungspraxis liess sich nicht ableiten. Im neuen Rechnungsmodell kommt hinzu, dass sowohl die erstmalige Erfassung der Zinsvorteile als auch die anschliessende Aufzinsung in derselben Rechnungsposition («übrigen Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen») und damit ausserhalb der Schuldenbremse erfasst werden. Auf eine Ab- und anschliessende Aufzinsung der gewährten Zinsvorteile wird daher inskünftig verzichtet. Mit dem Verzicht auf die Auf- und Abzinsung werden die bilanzierten Darlehen zum Nominalwert abzüglich Wertminderungen bewertet.

Bilanzumgliederungen

Im Rahmen der Rechnungsanpassungen wurde die Zuordnung der Bilanzpositionen analysiert und gegebenenfalls umgegliedert. Neu werden die *Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen* nicht mehr separat ausgewiesen, sondern in die *zweckgebundenen Mittel im Fremdkapital* umgegliedert. Die *Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien* werden nicht mehr in verschiedenen Bilanzpositionen, sondern neu vollumfänglich in den Rückstellungen ausgewiesen. Die bisher in den Finanzverbindlichkeiten ausgewiesenen Verpflichtungen wurden dementsprechend in die Rückstellungen umgegliedert. Zudem wurden die *Verpflichtungen aus erhaltenen Investitionsbeiträgen* von den Finanzverbindlichkeiten in die passiven Rechnungsabgrenzungen umgegliedert. Es handelt sich dabei um erhaltene Beiträge, die anteilmässig über die Laufzeit der damit finanzierten Investition als Ertrag erfasst werden.

UMSETZUNG DER VORGENOMMENEN ANPASSUNGEN

Die Anpassungen im Rechnungsaufbau und in der Rechnungslegung wurden zu Vergleichszwecken grundsätzlich rückwirkend vorgenommen (vollständiges Restatement). Dementsprechend wurden die Werte der Eingangsbilanz per 1.1.2022 rückwirkend angepasst und anschliessend die Rechnungsperiode 2022 so dargestellt, als wären die Anpassungen bereits im Jahr 2022 umgesetzt worden.

Eine Ausnahme bilden jedoch die Bewertungsanpassungen bei den Darlehen im Verwaltungsvermögen und den Spezialfinanzierungen. Es handelt sich um Anpassungen, welche mit Blick auf die Bundesrechnung betraglich unwesentlich sind und den Vorjahresvergleich nicht massgeblich beeinflussen. Dementsprechend wurden bei diesen Sachverhalten die Vorjahreswerte nicht angepasst (vereinfachtes Restatement). Die entsprechenden Bilanzierungs- und Bewertungsänderungen wurden ab Rechnungsjahr 2023 angewandt. Die Bewertungsanpassung jener Bilanzpositionen wurde per 1.1.2023 über das Eigenkapital gebucht.

Damit werden in der vorliegenden Jahresrechnung zwei unterschiedliche Restatements ausgewiesen. Die nachfolgende Abbildung zeigt, welche Anpassung in der Jahresrechnung wie berücksichtigt wurde:

UMSETZUNG DER ANPASSUNGEN

Anpassung	Umsetzung	Betroffene Rechnung
Rechnungsaufbau	rückwirkend per 01.01.2022	ER 2022, IR 2022, GFR 2022
Rechnungslegung		
Direkte Bundessteuer	rückwirkend per 01.01.2022	ER 2022, Bilanz per 01.01.2022 und 31.12.2022
Bilanzumgliederung	rückwirkend per 01.01.2022	Bilanz per 01.01.2022 und 31.12.2022
Darlehen im VV	vereinfacht per 01.01.2023	Bilanz per 01.01.2023
Spezialfinanzierungen	vereinfacht per 01.01.2023	Bilanz per 01.01.2023

Im Folgenden werden die Auswirkungen auf die einzelnen Positionen der Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung dargestellt. Dabei ist es zu beachten, dass die Rechnungen bereits in der neuen Struktur dargestellt sind.

BILANZ PER 01.01.2022

Mio. CHF	ausgewiesen 01.01.2022	Restatement DBST	Umgliederungen	angepasst 01.01.2022
Aktiven	176 665	5 115	-	181 781
Finanzvermögen	35 840	5 115	-	40 955
Flüssige Mittel	12 973	-	-	12 973
Forderungen	6 001	4 745	-	10 746
Offene Forderungen	6 545	5 267	-	11 812
Delkredere	-544	-522	-	-1 066
Aktive Rechnungsabgrenzung	3 414	370	-	3 784
Finanzanlagen	13 453	-	-	13 453
Verwaltungsvermögen	140 825	-	-	140 825
Passiven	176 665	5 115	-	181 781
Fremdkapital	170 538	5 350	-	175 888
Laufende Verbindlichkeiten	15 472	3 088	-1	18 558
Passive Rechnungsabgrenzung	10 371	2 262	162	12 796
Verpflichtungen ggü. Sonderrechnungen	5 108	-	-5 108	-
Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital	4 177	-	5 108	9 285
Finanzverbindlichkeiten	93 098	-	-363	92 736
Personalvorsorgeverpflichtungen	3 475	-	-	3 475
Rückstellungen	38 836	-	202	39 038
Eigenkapital	6 127	-235	-	5 893
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 523	-	-	6 523
Reserven aus Globalbudget	446	-	-	446
Restatementreserve	-	-235	-	-235
Bilanzfehlbetrag	-841	-	-	-841

Mit den vorgenommenen *Anpassungen der direkten Bundesteuer* reduziert sich das in der Bundesrechnung ausgewiesene Eigenkapital per 1.1.2022 um 235 Millionen.

Die *Umgliederungen* haben hingegen keinen Effekt auf das Eigenkapital. Die verbuchten Werte wurden lediglich einer anderen Bilanzposition zugewiesen. Folgende grösseren Umgliederungen wurden vorgenommen:

- Die Verpflichtungen gegenüber den Sonderrechnungen BIF und NAF werden neu in den zweckgebundenen Mitteln ausgewiesen [5108 Mio.].
- Die Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien sind neu vollumfänglich in den Rückstellungen bilanziert (bisher teilweise in den Finanzverbindlichkeiten) [202 Mio.].
- Erhaltenen Beiträge zur Finanzierung von Investitionen werden von den Finanzverbindlichkeiten in die passiven Rechnungsabgrenzungen umgegliedert [162 Mio.].

BILANZ PER 31.12.2022

Mio. CHF	ausgewiesen 31.12.2022	Restatement DBST	Umgliederungen	angepasst 31.12.2022
Aktiven	183 677	5 023	-	188 700
Finanzvermögen	40 480	5 023	-	45 504
Flüssige Mittel	15 615	-	-	15 615
Forderungen	6 225	4 332	-	10 557
Offene Forderungen	6 743	4 866	-	11 609
Delkredere	-518	-534	-	-1 052
Aktive Rechnungsabgrenzung	3 540	691	-	4 231
Finanzanlagen	15 101	-	-	15 101
Verwaltungsvermögen	143 196	-	-	143 196
Passiven	183 677	5 023	-	188 700
Fremdkapital	178 029	6 481	-	184 510
Laufende Verbindlichkeiten	15 100	4 136	-2	19 235
Passive Rechnungsabgrenzung	6 011	2 345	156	8 511
Verpflichtungen ggü. Sonderrechnungen	5 762	-	-5 762	-
Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital	5 071	-	5 762	10 832
Finanzverbindlichkeiten	104 858	-	-389	104 469
Personalvorsorgeverpflichtungen	2 139	-	-	2 139
Rückstellungen	39 089	-	234	39 323
Eigenkapital	5 648	-1 457	-	4 191
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 582	-	-	6 582
Reserven aus Globalbudget	710	-	-	710
Restatementreserve	-	-235	-	-235
Bilanzfehlbetrag	-1 643	-1 223	-	-2 866

Wäre die *direkte Bundessteuer* bereits im Jahr 2022 nach dem Forderungsprinzip verbucht worden, wäre das Jahresergebnis um 1223 Millionen tiefer ausgefallen (vgl. angepasste Erfolgsrechnung). Entsprechend reduziert sich das angepasste buchmässige Eigenkapital per Ende 2022 auf neu 4,2 Milliarden (bisher: 5,6 Mrd.).

Erläuterungen zu den *Umgliederungen*: siehe vorhergehende Seite.

ERFOLGSRECHNUNG 2022

Mio. CHF	ausgewiesen 31.12.2022	Anpassung im Rechnungsaufbau			Restatement	angepasst 2022
		Ausser- ordentlichkeit	Bewertung VV	Transferausgaben	DBST	
Laufende Einnahmen	75 962	–	-261	395	-1 331	74 766
Fiskaleinnahmen	71 043	–	–	–	-1 549	69 493
Direkte Bundessteuer natürliche Personen	12 707	–	–	–	-175	12 532
Direkte Bundessteuer juristische Personen	13 624	–	–	–	-1 374	12 249
Verrechnungssteuer	3 888	–	–	–	–	3 888
Stempelabgaben	2 483	–	–	–	–	2 483
Mehrwertsteuer	24 588	–	–	–	–	24 588
Übrige Verbrauchssteuern	8 207	–	–	–	–	8 207
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5 546	–	–	–	–	5 546
Nichtfiskalischer Einnahmen	3 323	1 597	-261	395	219	5 272
Regalien und Konzessionen	973	1 420	–	–	–	2 393
Übriger Einnahmen	1 817	177	-205	578	154	2 521
Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	183	–	–	-183	–	–
Finanzeinnahmen	350	–	-56	–	65	358
Ertrag aus ausserordentlichen Positionen	1 597	-1 597	–	–	–	–
Laufende Ausgaben	79 874	–	-5 089	395	-108	75 072
Eigenausgaben	15 743	517	-3 835	-549	133	12 009
Personalausgaben	6 108	–	-2	–	–	6 107
Sach- und Betriebsausgaben	5 477	517	-609	-549	133	4 970
Rüstungsausgaben	1 211	–	-279	–	–	932
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 946	–	-2 946	–	–	–
Transferausgaben	59 980	2 532	-1 200	1 074	-329	62 057
Anteile Dritter an Bundeserträgen	11 448	–	–	-11 448	–	–
Entschädigung an Gemeinwesen	1 569	–	–	-1 569	–	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	7 065	–	-1 188	-5 877	–	–
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	8	–	-8	–	–	–
Einlage in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen	n.a.	–	–	7 614	–	7 614
Beiträge an eigene Institutionen	4 280	–	–	-360	–	3 920
Beiträge an Sozialversicherungen	19 144	1 435	–	-1 247	–	19 332
Beiträge an Kantone und Gemeinden	n.a.	851	–	22 503	-329	23 025
Beiträge an Dritte	16 467	246	-4	-8 543	–	8 166
Finanzausgaben	972	–	-54	–	87	1 006
Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	130	–	–	-130	–	–
Aufwand aus ausserordentlichen Transaktionen	3 049	-3 049	–	–	–	–
Selbstfinanzierung	-3 911	–	4 827	–	-1 223	-307
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	n.a.	–	-2 946	–	–	-2 946
Abschreibungen Investitionsbeiträge	n.a.	–	-1 188	–	–	-1 188
Übrige Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen	n.a.	–	-694	–	–	-694
Ergebnis aus Beteiligungen	1 516	–	–	–	–	1 516
Jahresergebnis	-2 396	–	–	–	-1 223	-3 619

Erläuterung zur Anpassung aus Restatement DBST:

- Die *Fiskaleinnahmen* 2022 fallen unter dem Forderungsprinzip 1549 Millionen tiefer aus als unter dem Kassaprinzip. Hauptverantwortlich für diese substantielle Abweichung sind Steuervorauszahlungen juristischer Personen, welche unter dem Forderungsprinzip initial passiviert und erst mit der Rechnungsstellung als Ertrag verbucht werden.
- Unter den *übrigen Einnahmen* werden die Bussen, unter den *Finanzeinnahmen* und *-ausgaben* die Verzugs- und Vergütungszinsen ausgewiesen.
- Die Debitorenverluste werden in den *Sach- und Betriebsausgaben* ausgewiesen.
- Die *Kantonsanteile* an der direkten Bundessteuer (Transferausgaben) fallen im Forderungsprinzip proportional zu den tieferen Einnahmen ebenfalls tiefer aus.

Erläuterungen zu den Anpassungen aus dem Rechnungsaufbau:

Ausserordentlichkeit

Ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben werden nicht mehr in einer separaten Position, sondern in der passenden Erfolgsrechnungsposition ausgewiesen. Die wichtigsten Umgliederungen betreffen:

- *Regalien und Konzessionen*: Gewinnausschüttung SNB (1333 Mio.) sowie Mobilfunklizenzen (87 Mio.)
- *übrige Einnahmen*: Bussen der WEKO (112 Mio.) sowie Rückzahlungen für Finanzhilfen (47 Mio.)
- *Transferausgaben*: Covid Bundesbeitrag an die ALV für Kurzarbeit (1149 Mio.), Ukraine-Beitrag an die Kantone (702 Mio.), Kostenübernahme für Covid-Tests (324 Mio.), Covid Erwerbsersatz (286 Mio.), Covid Kantonale Härtefallmassnahmen (149 Mio.) sowie Teilauflösung Rückstellung für Covid-Solidarbürgschaften (-127 Mio.)
- *Sach- und Betriebsaufwand*: Wertberichtigungen für Covid-Impfstoffe und Sanitätsmaterial (507 Mio.)

Bewertung Verwaltungsvermögen

Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögen sind nicht schuldenbremsewirksam und werden daher unterhalb des Zwischensaldos «Selbstfinanzierung» ausgewiesen. Die wichtigsten Umgliederungen betreffen:

- *Nicht fiskalische Einnahmen*: Aktivierungen von Eigenleistungen (-130 Mio.), Aufzinsungen und Wertaufholungen Darlehen im Verwaltungsvermögen (-44 Mio.)
- *Eigenausgaben*: Unter den Sach- und Betriebsausgaben entfällt die grösste Umgliederung auf die Wertberichtigung für Covid-Impfstoffe und Sanitätsmaterial (-507 Mio.) sowie auf den Warenbezug aus dem Vorratslager (-84 Mio.). Beim Rüstungsaufwand betrifft die Umgliederung ebenfalls den Warenbezug aus dem Vorratslager (Munition, Treibstoffe etc.) im Umfang von -279 Millionen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen bleiben betragsmässig unverändert, werden aber unterhalb der «Selbstfinanzierung» ausgewiesen.
- *Transferausgaben*: Im Wesentlichen werden die Abschreibungen der Investitionsbeiträge (-1188) neu unterhalb der «Selbstfinanzierung» ausgewiesen. Die Investitionsbeiträge sind im neuen Rechnungsaufbau substanziell tiefer, weil die Einlagen in die Spezialfonds in der Erfolgsrechnung in einer eigenen Position ausgewiesen und nicht mehr über die Investitionsrechnung abgewickelt werden (vgl. Ausführungen zur Investitionsrechnung).
- *Finanzausgaben*: Vorwiegend die Wertminderung der Darlehen (-44 Mio.)

Transferausgaben

Die Transferausgaben werden grundlegend neu nach dem Erstempfängerprinzip gegliedert. Demnach wird ersichtlich, wer die Transferzahlung initial erhält. Die Umgliederungen finden grösstenteils innerhalb der Transferausgaben statt. Umgliederungen zwischen den Transferausgaben und anderen Positionen der Erfolgsrechnung finden einzig in folgenden Fällen statt:

- Die bisher separat ausgewiesenen *Entnahmen und Einlagen in Spezialfinanzierungen* werden neu in den Transferausgaben unter der Position *Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen* ausgewiesen.
- Die Kantonsbeiträge in der Höhe von 578 Millionen zur Finanzierung der Kosten für Betrieb und Substanzerhalt der Privatbahnen werden neu brutto in der Erfolgsrechnung des Bundes ausgewiesen und in den BIF eingelegt (übrige Einnahmen, Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen). Bis anhin wurden die Kantonsbeiträge brutto über die Investitionsrechnung abgewickelt.
- Der betriebliche Teil der Einlage in den NAF war bis anhin unter den Sach- und Betriebsausgaben enthalten (549 Mio.). Er wird neu im Transferaufwand unter den «Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen» ausgewiesen.

INVESTITIONSRECHNUNG 2022

Mio. CHF	ausgewiesen 2022	Anpassung im Rechnungsaufbau			angepasst 2022
		Umgliederungen	Ausser- ordentlichkeit	Verschiebung ER/IR	
Investitionseinnahmen	828	-	-	55	882
Dividendeneinnahmen	-	-	-	633	633
Rückzahlung von Darlehen	92	-	13	-	105
Durchlaufende Investitionsbeiträge	578	-	-	-578	-
Liegenschaften	39	-39	-	-	-
Mobilien	12	-12	-	-	-
Nationalstrassen	25	-25	-	-	-
Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	1	-1	-	-	-
A.o. Investitionseinnahmen	82	-	-82	-	-
Ürige Investitionseinnahmen	-	76	69	-	145
Investitionsausgaben	12 279	-	-	-6 454	5 825
Liegenschaften	861	-	-	-	861
Mobilien	123	-	-	-	123
Vorräte	98	-	575	-	673
Nationalstrassen	2 012	-	-	-	2 012
Rüstungsmaterial	771	-	-	-	771
Immaterielle Anlagen	52	-	-	-	52
Darlehen	62	-	-	-	62
Beteiligungen	81	-	-	-	81
Eigene Investitionsbeiträge	7 065	-	-	-5 876	1 189
Durchlaufende Investitionsbeiträge	578	-	-	-578	-
A.o. Investitionsausgaben	575	-	-575	-	-
Nettoinvestitionen	-11 451	-	-	6 509	-4 943

Aus den *Umgliederungen* und der *Zuordnung der ausserordentlichen Transaktionen* zu den inhaltlich passenden Positionen resultiert kein Effekt auf die ausgewiesenen Investitionsausgaben bzw. -einnahmen.

Mit den *Verschiebungen der Ausgaben zwischen Erfolgs- und Investitionsrechnung* werden Ausgaben im Betrag von 6509 Millionen neu in der Erfolgs- anstatt der Investitionsrechnung ausgewiesen. Das Total der Einnahmen und Ausgaben über beide Rechnungen zusammengenommen bleibt unverändert.

VEREINFACHTES RESTATEMENT PER 1.1.2023

Wie vorliegend erwähnt wurden die Bewertungsanpassungen bei den *Darlehen im Verwaltungsvermögen* und den *Spezialfinanzierungen* vereinfachend mit einem Restatement per 1.1.2023 (ohne Anpassung der Vorjahre) vorgenommen.

Aus den Anpassungen per 1.1.2023 resultiert per Saldo eine Erhöhung des Eigenkapitals um 51 Millionen. Im Einzelnen sind folgende Positionen betroffen:

Darlehen im Verwaltungsvermögen

Die Darlehensbestände erhöhen sich per 1.1.2023 um 215 Millionen. Als direkte Folge der Neubewertung der Darlehen «übrige Volkswirtschaft» erhöht sich das Eigenkapital des Spezialfonds Regionalentwicklung um 35 Millionen (Spezialfonds im Eigenkapital).

DARLEHEN IM VERWALTUNGSVERMÖGEN

Mio. CHF	31.12.2022	Restatement	01.01.2023
Verkehr	410	46	456
Landwirtschaft	2 685	20	2 705
sozialer Wohnungsbau	1 002	6	1 008
übrige Volkswirtschaft	581	35	616
übrige Aufgabengebiete	845	107	952
Total	5 523	215	5 737

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen im Fremdkapital werden netto um 164 Millionen erhöht, jene im Eigenkapital um 5 Millionen reduziert.

SPEZIALFINANZIERUNGEN IM FK

Mio. CHF	31.12.2022	Restatement	01.01.2023
VOC/HEL Lenkungsabgabe	214	8	222
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Rückerteilung und Technologiefonds	-135	-1	-136
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm	-45	-	-45
Sanktion CO ₂ -Verminderung leichte Motorfahrzeuge	2	25	27
Spielbankenabgabe	559	110	669
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	-	23	23
übrige Spezialfinanzierungen im FK	747	-	747
Total	1 342	164	1 506

SPEZIALFINANZIERUNGEN IM EK

Mio. CHF	31.12.2022	Restatement	01.01.2023
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	385	-5	380
übrige Spezialfinanzierungen im EK	4 698	-	4 698
Total	5 083	-5	5 078

Bei den *Spezialfinanzierungen im Fremdkapital* führt die Anpassung dazu, dass mehr Mittel für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Da bezüglich Zeit und Art der Mittelverwendung kein Handlungsspielraum besteht, führen die Anpassungen zu entsprechend einmalig höheren Ausgaben. Bei den *Spezialfinanzierungen im Eigenkapital* ist der Handlungsspielraum hingegen grösser, weshalb keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Ausgaben zu erwarten sind (vgl. Zusatzdokumentation Spezialfonds, Spezialfinanzierungen und übrige zweckgebundene Mittel). Bei der Anpassung der Spezialfinanzierung im Eigenkapital handelt es sich um eine Umbuchung innerhalb des Eigenkapitals.

ANPASSUNG AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO

Die Änderungen am Finanzhaushaltsgesetz zur Optimierung und Vereinfachung der Haushaltssteuerung (AS 2027 662; in Kraft seit 1.1.2022) haben auch Auswirkungen auf die beiden *Kontrollstatistiken der Schuldenbremse*, das Ausgleichskonto (für den ordentlichen Haushalt) und das Amortisationskonto (für den ausserordentlichen Haushalt).

Mit der Rechnung 2023 werden die beiden Konten um den Betrag korrigiert, der sich bei der Anwendung des neuen Rechts seit Einführung des Kontos ergeben hätte (Art. 66c FHG). Da das Ausgleichskonto per Ende 2006 auf null gestellt wurde, ist der Zeitraum 2007–2022 massgebend. Für das Amortisationskonto ist der Zeitraum seit Einführung relevant (2010–2022).

Korrekturbedarf von Ausgleichs- und Amortisationskonto

Mio. CHF	Ausgleichs- konto	Amortisations- konto	Total
Periodengerechte Verbuchung	-1 496	-2 377	-3 873
davon:			
Covid-19-Massnahmen 1	–	-2 314	-2 314
Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer	1 650	–	1 650
Rückstellung Räumung Munitionslager Mitholz	-1 400	–	-1 400
Übrige Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung	-291	–	-291
Personalvorsorge (inkl. Treueprämien und Ruhegehälter)	-680	–	-680
Münzumsatz	-502	–	-502
Einnahmen Mobilfunklizenzen neu ordentlich	1 397	-1 397	–
Forderungsprinzip DBST: Netto-Steuerverbindlichkeiten	-1 350	–	-1 350
Total Korrekturbedarf	-1 449	-3 774	-5 223

1 Solidarbürgschaften 1105, Kurzarbeitsentschädigung 505, Covid-Tests 440, Härtefallmassnahmen 233, öffentlicher Verkehr 31

Mit der rückwirkenden Korrektur wird die Schuldenbremse nachgeführt und sichergestellt, dass sämtliche Ausgaben und Einnahmen unter die Regeln der Schuldenbremse fallen. Konkret geht es dabei um die Bildung respektive Auflösung von Rückstellungen und Abgrenzungen (periodengerechte Verbuchung), die mit der Gesetzesänderung neu als Ausgaben respektive Einnahmen berücksichtigt werden. Bisher fielen die entsprechenden Ausgaben erst bei der Verwendung der Rückstellungen und Abgrenzungen an, ab 2023 ist dies bereits bei der Bildung der Fall. Zudem werden die Einnahmen aus den Mobilfunklizenzen neu ordentlich verbucht, weil sie auf die Laufzeit verteilt werden und daher nicht mehr einmalig anfallen. Schliesslich führt die Einführung des Forderungsprinzips bei der direkten Bundessteuer (DBST) zur Verbuchung einer Nettoverbindlichkeit und damit zu einer Belastung des Ausgleichskontos. Per Ende 2022 waren die Steuerzahlungen ohne Rechnung (Verbindlichkeiten des Bundes) höher als die noch nicht bezahlten Steuerrechnungen (Forderungen).

Der Korrekturbedarf auf dem Ausgleichskonto musste teilweise geschätzt werden, da die notwendigen Informationen für eine rückwirkende Berechnung bis 2007 fehlen. Die vorgenommenen Schätzungen sind naturgemäss mit Unsicherheiten behaftet. Annahmen mussten insbesondere bei der Personalvorsorge und bei der Umstellung der DBST auf das Forderungsprinzip getroffen werden. Der Vorsorgeaufwand nach den heute gültigen Bewertungsgrundsätzen (IPSAS 39 unter Anwendung von Risk-Sharing) ist erst ab 2021 verfügbar. Der Vorsorgeaufwand wurde deshalb vereinfachend unter Berücksichtigung der Zins- und Lohnentwicklung auf die Jahre 2007 bis 2020 zurückgeschrieben. Mit dem Wechsel vom Cash- zum Forderungsprinzip bei der DBST werden in der vorliegenden Rechnung erstmals die offenen Steuerforderungen und -verbindlichkeiten ausgewiesen. Für die Vorjahre liegen diese Bestände nicht vor und mussten geschätzt werden. Die Schätzung beruht auf der vereinfachenden Annahme, dass sich die Bilanzbestände gleich entwickelt haben wie die Brutto-Steuererinnahmen nach dem Cash-Prinzip.

73 GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

RECHTSGRUNDLAGEN

Die Erstellung der Rechnung und die zugehörige Rechnungslegung stützen sich vorwiegend auf das Bundesgesetz über den Eidg. Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz, FHG; SR 611.0), die Finanzhaushaltsverordnung (FHV; SR 611.07) sowie die Weisungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung über die Haushalt- und Rechnungsführung.

CHARAKTERISTIKEN DES RECHNUNGSMODELLS

Das Rechnungsmodell des Bundes beleuchtet die finanziellen Vorgänge und Verhältnisse aus doppelter Perspektive (*duale Sicht*): aus der Erfolgs- und aus der Finanzierungssicht.

Die Budgetierung, die Buchführung und die Rechnungslegung erfolgen nach der *Erfolgs-sicht*. Finanzvorfälle werden im Zeitpunkt des Entstehens von Verpflichtungen und Forderungen erfasst und nicht, wenn diese zur Zahlung fällig sind bzw. als Zahlungen eingehen (Accrual Accounting and Budgeting). Für die Gesamtsteuerung des Bundeshaushalts auf Basis der Schuldenbremse ist hingegen die *Finanzierungssicht* massgebend. Relevant ist dabei der Finanzierungssaldo. Dieser wird im Nachweis zur Schuldenbremse dargestellt.

RECHNUNGSaufbau

Der Rechnungsaufbau gliedert sich in nachfolgende Bestandteile:

Die *Erfolgsrechnung* ist eine Gegenüberstellung von Aufwänden und Erträgen für das Rechnungsjahr und zeigt als Saldo das Jahresergebnis. Die Erfolgsrechnung ist 2-stufig aufgebaut: Auf der ersten Stufe wird die Selbstfinanzierung ausgewiesen, auf der zweiten Stufe erfolgt der Ausweis des Jahresergebnis. Dieses beinhaltet zusätzlich zur Selbstfinanzierung die Abschreibungen auf Anlagen und Investitionsbeiträgen, das Beteiligungsergebnis sowie die übrigen Bewertungsänderungen auf dem Verwaltungsvermögen.

Die *Investitionsrechnung* stellt die Investitionsausgaben den Investitionseinnahmen gegenüber. Als Investitionsausgaben gelten Ausgaben für den Erwerb oder die Herstellung von Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens. Als Investitionseinnahmen gelten Einnahmen aus der Veräusserung von Verwaltungsvermögen, Rückzahlung von Darlehen und Investitionsbeiträgen oder Dividendeneinnahmen. Mittelflüsse, die das Finanzvermögen betreffen, unterliegen nicht der Kreditsprechung und sind deshalb nicht Bestandteil der Investitionsrechnung.

Die *Geldflussrechnung* zeigt als zeitraumbezogene Rechnung anhand der Geldzu- und -abflüsse die Ursachen der Veränderung der flüssigen Mittel. Sie zeigt auf, wie der Bund die Geldmittel für die Finanzierung seiner Aufgaben beschafft und wie er diese Geldmittel einsetzt.

Die *Bilanz* vermittelt einen Überblick über das Vermögen (Aktiven) und die Verbindlichkeiten (Passiven) des Bundes. Die Residualgrösse entspricht dem Eigenkapital. Die Aktiven werden zusätzlich in Finanz- und Verwaltungsvermögen unterteilt. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie flüssige Mittel, Forderungen oder Finanzanlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen und liegt im Kompetenzbereich von Bundesrat und Verwaltung. Demgegenüber bedarf der Einsatz von Mitteln für die Aufgabenerfüllung (Verwaltungsvermögen) der Zustimmung des Parlaments. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital unterteilt.

Im *Eigenkapitalnachweis* wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert nachgewiesen. Insbesondere wird daraus ersichtlich, welche Geschäftsvorfälle direkt im Eigenkapital und nicht über die Erfolgsrechnung verbucht worden sind.

Der *Nachweis zur Schuldenbremse* dient der Rechenschaftsablage zu den Vorgaben der Schuldenbremse. Er zeigt die Herleitung des Finanzierungssaldos und damit die Einhaltung der Schuldenbremse im ordentlichen Haushalt. Ebenfalls werden hier die statistischen Konten der Schuldenbremse (Ausgleichs- und Amortisationskonto) nachgeführt.

Im *Anhang* sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Sachverhalte festgehalten und – wo erforderlich – kommentiert.

RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARD

Die Rechnungslegung des Bundes richtet sich nach den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) (Art. 48 Abs. 1 FHG). Die IPSAS basieren auf den in der Privatwirtschaft weltweit für börsennotierte Unternehmen etablierten «International Financial Reporting Standards» (IFRS), adressieren aber auch die relevanten spezifischen Fragestellungen des öffentlichen Sektors.

Im laufenden Rechnungsjahr wurden die beiden Standards *IPSAS 41 Finanzinstrumente* sowie *IPSAS 42 Sozialleistungen* erstmals angewendet. IPSAS 41 enthält neue Anforderungen an die Klassifizierung, Erfassung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ersetzt den bisherigen Standard IPSAS 29.

IPSAS 42 regelt insbesondere die Erfassung und Bewertung von Verbindlichkeiten aus Sozialleistungen. Die Anwendung der beiden Standards hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bundesrechnung.

Der Bund übernimmt die IPSAS nicht integral. Abweichungen werden beansprucht, wenn Bundespezifika für die Anwendung des Standards keinen Spielraum bieten, notwendige Informationen nicht vorliegen oder der Aufwand für die Umsetzung des Standards nicht in einem angemessenen Verhältnis zum zusätzlichen Nutzen liegt.

ABWEICHUNGEN VOM RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARD

Wesentliche Abweichungen

Ist eine Abweichung von IPSAS in Bezug auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich, wird diese entweder direkt im FHG oder im Anhang 2 der FHV geregelt. Als wesentliche Abweichungen gelten:

Einbezug von Spezialfonds in die Bundesrechnung

Abweichung: Die vorliegende Rechnung stellt einen Einzelabschluss im Sinne von IPSAS 34 dar. Die in die Bundesrechnung einzubeziehenden Einheiten und die Verbuchungsregeln in der Bundesrechnung werden jedoch nicht anhand der Vorgaben von IPSAS, sondern durch gesetzliche Vorgaben bestimmt (Art. 5 und Art. 52 Abs. 3 FHG). Im Aufwand der Bundesrechnung werden die Einlagen in die rechtlich unselbständigen Spezialfonds anstelle der tatsächlichen Mittelverwendung ausgewiesen. Im Falle von vollständig aus der Bundesrechnung ausgelagerten Spezialfonds (BIF und NAF) werden zusätzlich die Bilanzwerte ausserhalb der Bundesrechnung abgebildet.

Begründung: Die Bundesrechnung soll den Teil des Bundeshaushaltes zeigen, welcher unmittelbar den Regeln der Schuldenbremse unterworfen ist.

Auswirkung: Um eine umfassende Beurteilung der *Ertragslage* des Bundes vorzunehmen sind zusätzlich zur Bundesrechnung ebenfalls die Erfolgsrechnungen der Spezialfonds der Bundesrechnung sowie die der ausgelagerten Spezialfonds mit zu berücksichtigen. Um eine umfassende Beurteilung der *Vermögens- und Schuldenlage* auf Ebene des Bundes vorzunehmen, sind zusätzlich zur Bundesrechnung ebenfalls die Bilanzwerte der ausgelagerten Spezialfonds BIF und NAF mit zu berücksichtigen. Eine konsolidierte Sicht vermittelt die von der EFV jährlich publizierte *Konsolidierte Rechnung Bund*.

Direkte Bundessteuer

Abweichung: Die Erträge aus der direkten Bundessteuer werden nach der Rechnungsstellung der Bundesanteile durch die Kantone in der Bundesrechnung verbucht (Soll Prinzip). Hinzu kommt, dass die Verbuchung mit einer Verzögerung von einem Monat erfolgt. Die IPSAS sehen vor, den Ertrag dann zu buchen, wenn er wirtschaftlich entsteht (Einkommen bei natürlichen Personen bzw. Gewinn bei juristischen Personen).

Begründung: Da die Deklaration der Steuer jeweils erst im Folgejahr eingereicht wird, stehen zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach «Accrual Accounting» nicht zur Verfügung. Eine Informationslücke besteht umso mehr, weil der Bund im Falle der direkten Bundessteuer nicht direkt mit den Steuerpflichtigen in Kontakt steht. Aufgrund der erforderlichen Meldefristen der Kantone können die Einnahmen nach Soll-Prinzip nicht unmittelbar im Zeitpunkt der Rechnungsstellung, sondern erst mit einer Verzögerung von einem Monat in der Bundesrechnung verbucht.

Auswirkung: Keine periodengerechte Verbuchung.

Mehrwertsteuer und Scherwerverkehrsabgabe

Abweichung: Die Erträge aus der Mehrwertsteuer und der Scherwerverkehrsabgabe (LSVA) werden mit einer Verzögerung von bis zu einem Quartal verbucht.

Begründung: Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach «Accrual Accounting» nicht zur Verfügung.

Auswirkung: In der Erfolgsrechnung sind zwar 12 Monate erfasst; diese sind jedoch nicht kongruent mit dem Kalenderjahr. In der Bilanz fehlt eine aktive Rechnungsabgrenzung in der Höhe des vierten Quartals.

Bilanzierung und Bewertung des Rüstungsmaterials

Abweichung: Es werden nur Hauptsysteme aus den Rüstungsprogrammen bilanziert. Übriges aktivierungsfähiges Rüstungsmaterial wird nicht bilanziert.

Begründung: Im Gegensatz zu den Hauptsystemen könnten beim übrigen Rüstungsmaterial die erforderlichen Daten für die Aktivierung nur mit grossem Aufwand erhoben werden, weshalb auf deren Aktivierung verzichtet wird.

Auswirkung: Der Aufwand für dieses Rüstungsmaterial fällt – ausser im Falle von Hauptsystemen – im Zeitpunkt der Beschaffung an und wird nicht über die Nutzungsdauer periodisiert.

Ausweis einer Segmentberichterstattung

Abweichung: Auf die Erstellung einer Segmentberichterstattung gemäss IPSAS wird verzichtet. Im Kommentar zur Jahresrechnung werden die Ausgaben nach Aufgabengebieten offengelegt, allerdings nach der Finanzierungs- und nicht nach der Erfolgssicht und ohne Angabe von Bilanzwerten.

Begründung: Die Gesamtsteuerung des Bundeshaushaltes erfolgt in Anlehnung an die Schuldenbremse auf der Finanzierungssicht. Nicht finanzierungswirksame Aufwände wie z.B. Abschreibungen finden daher in der Berichterstattung nach Aufgabengebieten keine Berücksichtigung. Weil die Erfolgsrechnung das Bindeglied zur Bilanz darstellt, macht auch die Aufteilung der Bilanz auf die Segmente keinen Sinn. Der Mehrwert ist in einem Transferhaushalt ohnehin gering.

Auswirkung: Der Wertverzehr der Aufgabengebiete wird unvollständig ausgewiesen, da nicht finanzierungswirksame Aufwände unberücksichtigt bleiben. Ebenfalls unveröffentlicht bleiben die anteiligen Aktiven und Verbindlichkeiten pro Aufgabengebiet.

Übrige Abweichungen

Zusätzlich bestehen nachfolgende Abweichungen von den IPSAS, deren Auswirkung in Bezug auf die Darstellung der Vermögens-, Verschuldungs- und Ertragslage als nicht wesentlich betrachtet werden. Solche Abweichungen sind notwendig und sinnvoll, wenn der Aufwand für die Umsetzung einzelner Vorgaben nicht in einem angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen liegt oder die notwendigen Informationen nicht verfügbar sind.

- Gemäss Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a FHV kann die Finanzverwaltung im Einvernehmen mit der Finanzkontrolle in Einzelfällen Ausnahmen vom Prinzip der Bruttodarstellung anordnen.
- Die Einnahmen aus den Stempelabgaben werden mit einer Verzögerung von ca. einem Monat verbucht. In der Erfolgsrechnung sind zwar 12 Monate erfasst; diese sind jedoch nicht kongruent mit dem Kalenderjahr. In der Bilanz fehlt eine aktive Rechnungsabgrenzung in der Höhe einer Monatseinnahme.
- Bei der Bemessung von langfristigen Rückstellungen wird auf eine Schätzung einer langfristigen Teuerungsrate sowie eine Diskontierung der Zahlungsströme auf den erwarteten Zeitpunkt des Mittelabflusses verzichtet.
- Bei der Bewertung der Darlehen des Verwaltungsvermögens wird auf eine Auf- und Abzinsung von Zinsvergünstigungen verzichtet.
- Debitorenverluste aus Steuerforderungen werden in der Erfolgsrechnung brutto, d.h. als Aufwand und nicht als Minderertrag ausgewiesen.
- Bei den finanziellen Vermögenswerten wird auf die Berücksichtigung eines erwarteten Kreditverlustes verzichtet, sofern der theoretisch errechnete Wert unwesentlich ist. Dies ist insbesondere für die Bestände der flüssigen Mittel, Tresorriedarlehen sowie Kontokorrentforderungen gegenüber Kantonen der Fall.
- Gebäude, die sich aus Komponenten mit unterschiedlichen Nutzungsdauern zusammensetzen, werden nicht getrennt erfasst und abgeschrieben. Hingegen wird dieser Umstand bei der Festlegung der Abschreibungsdauer berücksichtigt.

VERÖFFENTLICHTE, ABER NOCH NICHT ANGEWENDETE STANDARDS

Bis zum Bilanzstichtag sind neue IPSAS-Vorschriften publiziert worden, die erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten bzw. beim Bund eingeführt werden:

IPSAS 43 Leases: Dieser Standard regelt die Rechnungslegung von Leasingverträgen und lehnt sich dabei weitgehend an den Bestimmungen von IFRS 16 an. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2025 in Kraft. Die Übernahme des Standards wird geprüft. Zurzeit können noch keine verlässlichen Angaben über die Auswirkungen auf die Bundesrechnung gemacht werden.

IPSAS 44 Non-current assets held for sale and discontinued operations: Dieser Standard regelt die Rechnungslegung von zur Veräusserung gehaltenen Vermögenswerten und aufgegebenen Geschäftsbereichen. Der Standard lehnt sich dabei weitgehend an den Bestimmungen von IFRS 5 an. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2025 in Kraft. Aus der Übernahme sind keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bundesrechnung zu erwarten.

IPSAS 45 Property, Plant and Equipment: Dieser Standard regelt die Rechnungslegung von Sachanlagen. Darin enthalten sind auch Grundsätze zur Erfassung und Bewertung von Kulturgütern und Infrastrukturvermögen. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2025 in Kraft und ersetzen den bisherigen IPSAS 17. Zurzeit können noch keine verlässlichen Angaben über die Auswirkungen auf die Bundesrechnung gemacht werden.

IPSAS 46 Measurement: Dieser Standard enthält Vorschriften zu Bewertungskonzepten. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2025 in Kraft. Aus der Übernahme sind keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bundesrechnung zu erwarten.

IPSAS 47 Revenue: Dieser Standard regelt die Rechnungslegung von Einnahmen. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2026 in Kraft. Zurzeit können noch keine verlässlichen Angaben über die Auswirkungen auf die Bundesrechnung gemacht werden.

IPSAS 48 Transfer Expenses: Dieser Standard regelt die Rechnungslegung von Transferausgaben. Die neuen Bestimmungen treten per 1.1.2026 in Kraft. Zurzeit können noch keine verlässlichen Angaben über die Auswirkungen auf die Bundesrechnung gemacht werden.

74 GRUNDSÄTZE DER BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

BILANZIERUNGSGRUNDSATZ

Vermögenswerte werden als Aktiven in der Bilanz aufgeführt, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen (Netto-Mittelzuflüsse) oder wenn sie unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen (Nutzenpotential bzw. Service Potential). Bestehende Verpflichtungen werden als Passiven in der Bilanz aufgeführt, wenn ihre Erfüllung voraussichtlich zu einem Mittelabfluss führen wird. Weiter müssen sie verlässlich geschätzt werden können.

BEWERTUNGSGRUNDSATZ

Grundsätzlich gelangt für die Bilanzpositionen die Bewertung zu historischen Anschaffungs-/Herstellkosten oder zu fortgeführten Anschaffungskosten (at amortized cost) zur Anwendung, es sei denn, ein Standard oder gesetzliche Bestimmungen schreiben eine andere Bewertungsgrundlage vor.

WERTBERICHTIGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Werthaltigkeit von bilanzierten Vermögenswerten wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung möglich scheint. Ist dies der Fall, ist folgende Vorgehensweise vorgesehen:

Finanzielle Vermögenswerte

Eine Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten, welche zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, berechnet sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Geldflüsse unter Berücksichtigung des ursprünglichen effektiven Zinssatzes.

Übrige Vermögenswerte

Die Wertminderungsgrundsätze der übrigen Vermögenswerte unterscheiden sich, je nachdem, ob ein Vermögenswert als *zahlungsmittelgenerierend* oder *nicht zahlungsmittelgenerierend* eingestuft wird.

Zahlungsmittelgenerierende Vermögenswerte sind Vermögenswerte, die mit dem Hauptziel der Generierung einer wirtschaftlichen Rendite gehalten werden. *Nicht zahlungsmittelgenerierende Vermögenswerte* können zwar ebenfalls zahlungsmittelgenerierende Merkmale aufweisen, werden jedoch schwerpunktmässig im Zusammenhang mit der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gehalten. Hier steht das öffentliche Nutzenpotential und nicht die wirtschaftliche Rendite im Vordergrund.

Der Bund hält keine übrigen Vermögenswerte, welche schwerpunktmässig zur Generierung einer wirtschaftlichen Rendite gehalten werden. Daher sind nur die Wertminderungsgrundsätze für nicht zahlungsmittelgenerierende Vermögenswerte anwendbar.

Übersteigt der Buchwert bei *nicht zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten* den höheren Betrag des Marktwerts abzüglich Veräusserungskosten oder des Nutzenpotentials (Service Potential), wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz als Aufwand verbucht. Die Berechnung des Nutzenpotentials kann bei einigen Vermögensgegenständen schwierig sein, da keine «Cash Flows» anfallen. Um den Gegenwartswert des verbleibenden Nutzenpotentials zu ermitteln, wird eines der folgenden Verfahren angewendet:

- Ersatzkostenverfahren mit kumulierten Abschreibungen
- Wiederherstellungskostenverfahren

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Berichtswährung ist Schweizer Franken (CHF). Sämtliche Fremdwährungstransaktionen im Laufe des Rechnungsjahres sind in Schweizer Franken umzurechnen. Als Umrechnungskurs gilt – mit Ausnahme der zentral bewirtschafteten Währungen – der jeweilige Tageskurs. Auf die Festlegung von Buchkursen (Durchschnittskurs einer Woche/eines Monats) wird verzichtet. Bei den bewirtschafteten Währungen EUR und USD sowie bei Spezialgeschäften legt die EFV die Budgetkurse fest. Da der entsprechende Fremdwährungsbedarf durch die Bundestresorerie (BT) abgesichert wird, bleiben die Kurse für diese Währungen während eines ganzen Jahres oder bei Spezialgeschäften während der ganzen Laufzeit unverändert (Fixkurse).

Flüssige Mittel in fremder Währung werden zum Schlusskurs am Bilanzstichtag in CHF umgerechnet und die Umrechnungsdifferenzen über die Erfolgsrechnung gebucht. Auf eine Bewertung der Fremdwährungsbestände bei den Debitoren und Kreditoren am Jahresende wird verzichtet.

UMRECHNUNGSKURSE

Einheit	Stichtagskurse per	
	31.12.2022	31.12.2023
1 Euro (EUR)	0,9874	0,9298
1 US-Dollar (USD)	0,9250	0,8418
1 Britisches Pfund (GBP)	1,1187	1,0716
100 Norwegische Kronen (NOK)	9,4302	8,2719
100 Schwedische Kronen (SEK)	8,8770	8,3403

75 WESENTLICHE ERMESSENSENTSCHEIDE UND SCHÄTZUNGSUNSICHERHEITEN

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Die Erstellung der Jahresrechnung ist von Annahmen und Schätzungen im Zusammenhang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen abhängig, bei denen ein gewisser Ermessensspielraum besteht. Im Abschluss müssen bei der Anwendung von Bilanzierungsgrundsätzen und Bewertungsmethoden bestimmte zukunftsbezogene Schätzungen und Annahmen getroffen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, der Erträge und Aufwendungen sowie der Angaben im Anhang haben können. Die der Bilanzierung und Bewertung zugrunde gelegten Schätzungen basieren auf Erfahrungswerten und anderen Faktoren, die unter den gegebenen Umständen als angemessen erachtet werden.

Nachfolgend werden die wesentlichen Annahmen und Schätzungen im Zusammenhang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen aufgeführt, welche einen massgeblichen Einfluss auf die vorliegende Jahresrechnung haben.

PERSONALVORSORGEVERPFLICHTUNGEN

Für die Bewertung der Personalvorsorgeverpflichtungen werden versicherungstechnische Annahmen berücksichtigt wie der Diskontierungssatz, die erwartete Lohn- und Rentenentwicklung, die demographische Entwicklung (zukünftige Lebenserwartung, Invalidität, Austrittswahrscheinlichkeit) sowie Annahmen bezüglich der Risikoaufteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Risk Sharing). Änderungen in der Einschätzung der versicherungstechnischen Annahmen können erhebliche Auswirkungen auf die bilanzierten Personalvorsorgeverpflichtungen haben.

NUTZUNGSDAUER VON SACHANLAGEN

Bei der Schätzung der Nutzungsdauer einer Sachanlage werden die erwartete Nutzung, der erwartete physische Verschleiss, die technologischen Entwicklungen sowie die Erfahrungswerte mit vergleichbaren Vermögenswerten berücksichtigt. Eine Änderung der geschätzten Nutzungsdauer kann Auswirkungen auf die künftige Höhe der Abschreibungen sowie auf die Beurteilung der Werthaltigkeit haben.

RÜCKSTELLUNGEN

Für die Ermittlung des zu bilanzierenden Wertes einer Rückstellung ist gemäss IPSAS 19 die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses zu schätzen. Die Höhe der Rückstellung wird dabei anhand des «best estimate»-Ansatzes ermittelt. Der Berechnung kann entweder das wahrscheinlichste Ereignis oder bei einer Vielzahl von Transaktionen der Erwartungswert zugrunde liegen. Dies bedeutet, dass Annahmen getroffen werden müssen, welche mit einer hohen Schätzungsunsicherheit verbunden sein können.

Rückstellungen für Verrechnungssteuer

Die Erhebung und Rückerstattung der Verrechnungssteuer betreffen zwei unterschiedliche Steuersubjekte. Die vom Abgabepflichtigen geleisteten Zahlungen können vom Rückerstattungsberechtigten innerhalb von drei (in Ausnahmefällen fünf) Jahren zurückgefordert werden. Während die Zahlungseingänge problemlos periodengerecht verbucht werden können, fehlen auf Seiten der Rückerstattung massgebliche Informationen, weil dem Bund weder der Rückerstattungsberechtigte noch dessen Verhalten bekannt sind. Für eine periodengerechte Verbuchung müssen die Einnahmen basierend auf den Eingängen und einem Erfahrungswert geschätzt werden. Gestützt darauf lassen sich die hängigen Rückerstattungen ermitteln, in dem von den Eingängen pro Steuerjahr die bereits geleisteten Rückerstattungen sowie die geschätzten Einnahmen abgezogen werden. Die Einnahmen sind aber erst nach Ablauf der Rückerstattungsfrist definitiv bekannt. Im Modell wird die Annahme getroffen, dass die Einnahmen prozentual stabil bleiben, was sich im Nachhinein als falsch erweisen kann. Da die Schätzung für drei Steuerjahre in die Rückstellung einfließt, besteht kumuliert eine erhebliche Schätzunsicherheit. So könnten beispielsweise in allen drei Steuerjahren zu hohe bzw. tiefe Einnahmen geschätzt werden, weil sich wirtschaftliche oder rechtliche Veränderungen erst mit zeitlicher Verzögerung im Erfahrungswert bemerkbar machen.

Rückstellungen für Militärversicherung

Die Militärversicherung bildet eine eigene Sozialversicherung, welche Versicherungsleistungen gemäss dem Bundesgesetz für Militärversicherung (MVG) erbringt. Die daraus entstehenden Verpflichtungen werden nach versicherungstechnischen Grundsätzen berechnet. Für diese Bewertung werden versicherungstechnische Annahmen berücksichtigt, wie die Lebenserwartung sowie die Zinserträge für die Berechnung der Renten-deckungskapitalien. Änderungen in der Einschätzung dieser Parameter können erhebliche Auswirkungen auf die bilanzierte Rückstellung haben.

Rückstellungen für Münzumsatz

Werden neue Münzen geprägt und in Umlauf gebracht, erfasst der Bund einen Ertrag. Umgekehrt ist im Falle einer Rücknahme von Münzen ein Aufwand zu erfassen. Für diese Rücknahmepflicht wird eine Rückstellung gebildet. Im Euroraum wird – gestützt auf Erfahrungswerte – mit einem Schwundanteil von 35 Prozent auf dem Münzumsatz gerechnet. Mangels eigener Erfahrung wird daher für die Rückstellungsberechnung der im Umlauf befindlichen Münzen ebenfalls auf einen Schwundanteil von 35 Prozent abgestellt. Es ist jedoch unsicher, ob die Verhältnisse des Euroraumes 1:1 auf die Schweiz übertragen werden können (Tourismus, Notgroschen, numismatische Aktivitäten etc.).

Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung

Zukünftige Kosten für *Rückbau und Stilllegung von Kernanlagen* im Eigentum des Bundes sowie für die *Entsorgung von radioaktiven Abfällen* sind unter den Rückstellungen bilanziert. Die Bemessung der Rückstellungen erfolgt auf Basis einer umfassenden Schätzung der Stilllegungs- und Entsorgungskosten von swissnuclear. In der Kostenberechnung werden die anfallenden Kosten zu heutigen Marktpreisen geschätzt. Die Kostenstudie wird alle fünf Jahre aktualisiert. Aufgrund von nicht umfassenden Erfahrungswerten im Zusammenhang mit dem Rückbau und der Stilllegung von Kernanlagen sowie des langen Planungshorizontes für die Entsorgung radioaktiver Abfälle, unterliegt der Rückstellungsbetrag einer hohen Ungenauigkeit.

Bei den *militärischen Bundesliegenschaften* bestehen Unsicherheiten in der Bemessung von Rückstellungen im Zusammenhang mit möglichen Verpflichtungen für Altlastensanierungen, Rückbaukosten, Lärmschutzmassnahmen sowie der Herstellung von Gesetzeskonformität in den Bereichen Entwässerungsinfrastruktur, Wasserversorgung und Erdbebensicherheit. Für die Berechnung der Rückstellungen bzw. der Eventualverbindlichkeiten werden die Anzahl betroffener Objekte und die erwarteten Kosten pro Objekt geschätzt. Sowohl die tatsächliche Anzahl betroffener Objekte als auch die effektiv anfallenden Kosten können erheblich von den Schätzungen abweichen.

Die geschätzten Kosten für die vollständige Räumung des ehemaligen *Munitionslagers in Mitholz* werden als Rückstellung erfasst. Aufgrund des aktuellen Planungsstandes sowie den Projektrisiken unterliegt die Schätzung grossen Unsicherheiten. Unsicherheiten bestehen insbesondere bei der Materialbewirtschaftung (Menge und Stärke des verschmutzten Materials sowie Reinigungsprozess) und bei der Räumung (Lage, Verteilung, Menge der Munition sowie Räumprozess).

Rückstellungen für Covid-Tests

Der Bund übernimmt die Kosten für die verschiedenen Covid-Tests. Die Leistungserbringer stellen Rechnungen gegenüber Versicherern und Kantonen, welche anschliessend ihrerseits mit dem Bund abrechnen. Aufgrund von grosszügig eingeräumten Abrechnungsfristen für die Leistungserbringer sowie aufwendiger Prüfverfahren der tatsächlichen Anspruchsberechtigung erfolgen die Abrechnungen mit dem Bund erheblich zeitverzögert. Für aufgelaufene, jedoch noch nicht abgerechnete Testkosten muss dementsprechend eine Schätzung vorgenommen werden. Dabei müssen umfangreiche Annahmen getroffen werden, welche mit einer hohen Schätzunsicherheit verbunden sind.

Rückstellungen aus Bürgschaften

In seiner Tätigkeit gewährt der Bund Bürgschaften und Garantien zu Gunsten von Drittparteien. Dabei verpflichtet sich der Bund, bestimmte Zahlungen zu Gunsten des Garantienehmers zu leisten, wenn die Drittpartei ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die dabei vom Bund eingegangenen Verpflichtungen sind betragsmässig wesentlich. Ausgegebene finanzielle Bürgschaften und Garantien werden bewertet, sofern ein Erwartungswert der Zahlungsabflüsse mit hinreichender Sicherheit abgeschätzt werden kann. Die Berechnung des Erwartungswerts berücksichtigt die ausstehende Garantiesumme, die Laufzeit der Garantie sowie die Ausfallwahrscheinlichkeit. Dabei ist vor allem die Annahme der zukünftigen Ausfallwahrscheinlichkeit mit sehr hohen Unsicherheiten verbunden. Die Höhe der effektiven Zahlungen, welche der Bund als Garantiegeber in der Zukunft infolge von Ausfällen leisten muss, kann deshalb wesentlich vom bilanzierten Wert abweichen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Rückstellung für Covid-Solidarbürgschaften zu erwähnen. Die Bemessung der Rückstellung erfolgt basierend auf Bonitätsratings der Kreditnehmer. Das tatsächliche Ausfallrisiko hängt stark von der konjunkturellen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Daher unterliegt diese Schätzung grossen Unsicherheiten.

76 RISIKOMANAGEMENT UND INTERNES KONTROLLSYSTEM IKS

RISIKOMANAGEMENT

Der Bund ist vielfältigen Risiken ausgesetzt, deren Eintritt die Zielerreichung und die Aufgabenerfüllung der Bundesverwaltung gefährden kann. Diese Risiken sollen möglichst frühzeitig identifiziert, analysiert und bewertet werden, damit zeitgerecht die erforderlichen Massnahmen ergriffen werden können. Der Bundesrat hat zu diesem Zweck Ende 2004 die Grundlagen für das Risikomanagement beim Bund gelegt. Seither wird das Risikomanagement stetig weiterentwickelt. Im 2010 erliess der Bundesrat neue Weisungen über die Risikopolitik des Bundes.

Mit dem Risikomanagement verfügt die Bundesverwaltung über ein Instrument, das es ihr ermöglicht, ihre Aufgaben und Ziele mit Voraussicht anzugehen. Das Risikomanagement liefert wertvolle Risikoinformationen für die Entscheidungsprozesse und hilft, die Ressourcen effizient einzusetzen. Als integrierter Teil der Führungsprozesse des Bundes trägt es dazu bei, das Vertrauen in die Bundesverwaltung zu erhöhen.

Eingebunden in das Risikomanagement sind alle Departemente, die Bundeskanzlei und die Verwaltungseinheiten der zentralen und der dezentralen Bundesverwaltung (letztere nur sofern sie keine eigene Rechnung führen). Die selbstständigen Anstalten und Unternehmen des Bundes haben ihr eigenes Risikomanagement, dessen Vorhandensein im Rahmen der Steuerung durch den Bund geprüft wird.

Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) hat Richtlinien für die Umsetzung des Risikomanagements in der Bundesverwaltung und ein erläuterndes Handbuch dazu herausgegeben. Die entsprechenden Unterlagen sind auf der Homepage der EFV verfügbar.

INTERNES KONTROLLSYSTEM (IKS)

Gestützt auf Artikel 39 FHG und Artikel 36 FHV betreibt die Bundesverwaltung ein IKS. Es verfolgt, unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses, die folgenden Ziele:

- das Vermögen des Bundes zu schützen;
- die zweckmässige Verwendung der Mittel nach den Grundsätzen von Artikel 12, Absatz 4 FHG sicherzustellen (wirtschaftlicher und sparsamer Mitteleinsatz);
- Fehler und Unregelmässigkeiten bei der Rechnungsführung zu verhindern oder aufzudecken;
- die Ordnungsmässigkeit der Rechnungslegung und die verlässliche Berichterstattung zu gewährleisten.

Gemäss Artikel 36 FHV erlässt die EFV die erforderlichen Vorgaben. Sie unterstützt mit methodischen und materiellen Vorgaben und Empfehlungen sowie zahlreichen Umsetzungshilfen die pragmatische, praktikable und wirkungsvolle Umsetzung in den Verwaltungseinheiten (VE).

Die Umsetzung des IKS liegt in der Verantwortung der Direktorinnen und Direktoren der VE. Diese sind verantwortlich für die Einführung, den Einsatz und die Überwachung des IKS in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie bestätigen in der Erklärung zur Jahresrechnung gegenüber der EFV und der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) die Existenz und die Wirksamkeit des IKS. Die Departemente haben ausserdem die Verantwortung, die Qualität des Rechnungswesens in den ihnen zugeordneten VE sicherzustellen (Art. 56 Abs. 2 FHG).

Basierend auf einer Rotationsplanung prüft die EFK jährlich bei zahlreichen VE die Existenz des IKS in bedeutsamen finanzrelevanten Geschäftsprozessen. Bei wesentlichen Mängeln in den VE oder in einem wesentlichen Arbeitsablauf kann die EFK im Testat zur Bundesrechnung die Existenz des IKS verneinen oder mit Einschränkung bestätigen.

8 ANMERKUNGEN

81 POSITIONEN DER ERFOLGSRECHNUNG

Nachfolgend werden zu wesentlichen Positionen der Erfolgsrechnung weitere Informationen gegeben.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Erträge

Bei Mittelzuflüssen wird unterschieden, ob es sich um eine Transaktion mit zurechenbarer Gegenleistung (IPSAS 9) oder ohne zurechenbare Gegenleistung (IPSAS 23) handelt.

Wird keine zurechenbare Gegenleistung erbracht, ist für die Ertragsverbuchung grundsätzlich derjenige Zeitpunkt massgebend, bei dem die Verfügung rechtskräftig wird oder das steuerbare Ereignis eintritt und gleichzeitig ein Mittelzufluss wahrscheinlich ist. Unter diese Kategorie fallen vorwiegend Steuern und Abgaben.

Erträge mit zurechenbarer Gegenleistung werden im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistungserbringung durch den Bund verbucht. Wenn die Leistung über den Abschlusszeitpunkt hinaus erbracht wird, erfolgt im Ausmass der bereits erhaltenen Gegenleistung eine Rechnungsabgrenzung. Erträge mit zurechenbarer Gegenleistung sind Gebühren, Entgelte, Lizenzen und Konzessionen.

Aufwände

Nach dem Grundsatz der Periodengerechtigkeit ist der Aufwand jener Rechnungsperiode zuzuordnen, in welcher er verursacht wurde. Im Bereich des Eigenaufwandes ist grundsätzlich der Bezug von Lieferungen und Leistungen massgebend. Beim Transferaufwand erfolgt die Verbuchung des Aufwandes gestützt auf eine Verfügung bzw. eine sonstige rechtlich bindende Zusage oder in Fällen, wo keine direkte Leistung erbracht wird, zum Zeitpunkt in welchem der Bundesbeitrag fällig wird (z.B. Bundesbeitrag an die AHV).

1 FISKALEINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Fiskaleinnahmen	69 493	74 970	74 784
Direkte Bundessteuer und Ergänzungssteuer	24 781	27 141	27 835
Natürliche Personen	12 532	13 306	13 344
Juristische Personen	12 249	13 835	14 491
Verrechnungssteuer	3 888	6 675	6 445
Verrechnungssteuer Schweiz	3 879	6 649	6 439
Steuerrückbehalt USA	10	26	6
Stempelabgaben	2 483	2 375	2 181
Emissionsabgabe	262	250	219
Umsatzabgabe	1 451	1 370	1 164
Prämienquittungsstempel und Übrige	770	755	798
Mehrwertsteuer	24 588	25 410	25 148
Allgemeine Bundesmittel	19 640	20 310	20 129
Zweckgebundene Mittel	4 948	5 100	5 019
Übrige Verbrauchssteuern	8 207	8 077	7 992
Mineralölsteuer	4 434	4 341	4 341
Tabaksteuer	2 082	2 051	2 025
Biersteuer	115	115	112
Spirituosensteuer	302	282	288
Netzzuschlag	1 274	1 288	1 226
Verschiedene Fiskaleinnahmen	5 546	5 292	5 183
Verkehrsabgaben	2 451	2 460	2 502
Zölle	1 221	1 166	1 184
Spielbankenabgabe	353	366	364
Lenkungsabgaben	1 450	1 231	1 061
Übrige Fiskaleinnahmen	71	70	71

Fiskalerträge sind gemäss IPSAS vorbehaltlos geschuldete Abgaben und damit an keine zurechenbare Gegenleistung geknüpft. Die Kantone partizipieren an einigen Fiskalerträgen des Bundes. Die entsprechenden Kantonsanteile sind unter Ziffer 81/11 «Beiträge an Kantone und Gemeinden» offengelegt.

In folgenden Fällen besteht eine Zweckbindung der Fiskalerträge. Die nicht verwendeten Erträge sind in den zweckgebundenen Mitteln bilanziert (vgl. Ziffer 82/12 «zweckgebundene Mittel im Fremd- und Eigenkapital»):

- *Mehrwertsteuer*: Zweckbindungen bestehen für die AHV, die Krankenversicherung, sowie für die Finanzierung der Bahninfrastruktur.
- *Mineralölsteuer*: Die Hälfte der Grundsteuer und der gesamte Zuschlag sind für den Strassenverkehr zweckgebunden (Spezialfinanzierung Strassenverkehr bzw. Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds). Der Zuschlag auf Flugtreibstoffen ist zweckgebunden für die Spezialfinanzierung Luftverkehr.
- *Verkehrsabgaben*: Die Nationalstrassenabgabe wird zweckgebunden für den Strassenverkehr eingesetzt (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds).
- *Spielbankenabgabe*: Die Spielbankenabgabe wird zweckgebunden für die AHV eingesetzt (Spezialfinanzierung Spielbankenabgabe).
- *Lenkungsabgaben*: Die Lenkungsabgaben umfassen die CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen, die Abgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen und auf schwefelhaltigem Heizöl (VOC/HEL) sowie die Altlastenabgabe auf der Ablagerung von Abfällen. Die Lenkungsabgaben werden an die Bevölkerung zurück-erstattet oder zweckgebunden eingesetzt. Für jede Lenkungsabgabe wird eine Spezialfinanzierung geführt.

VERRECHNUNGSSTEUER

EINGÄNGE

Für das Steuerjahr 2023 wurden Eingänge im Betrag von 38,1 Milliarden verzeichnet. Davon entfielen 7,8 Milliarden auf Aktienrückkäufe, welche vollumfänglich rückforderungsfähig sind. Demgegenüber waren Eingänge im Umfang von 0,5 Milliarden nicht rückforderungsfähig (v.a. Meldeverfahren). Für den grossen Rest der Eingänge im Betrag von 29,9 Milliarden ist nicht bekannt, inwieweit diese rückforderungsfähig sind.

EINNAHMEN

Basierend auf bekannten oder geschätzten Quoten werden die Einnahmen aus der Verrechnungsteuer ermittelt. Für *vollumfänglich rückforderungsfähige Eingänge* sowie für *nicht rückforderungsfähigen Eingänge* ist die Einnahmequote des Bundes bekannt (0 % bzw. 100 %).

Hingegen muss bei *Eingängen mit unbekannter Rückforderungsfähigkeit* die Einnahmequote geschätzt werden. Dies erfolgt basierend auf einem vergangenheitsbasierten Erfahrungswert. Eine Schätzung ist notwendig, da die Eingänge mit zeitlicher Verzögerung rückerstattet werden und deshalb erst nach Ablauf der Rückerstattungsfrist bekannt ist, welcher Anteil definitiv beim Bund verbleibt.

Die geschätzte Einnahmequote für Eingänge mit unbekannter Rückforderungsfähigkeit betrug 2023 unverändert 18,8 %. Kumuliert mit den nicht rückforderungsfähigen Einnahmen resultieren geschätzte Einnahmen für das Steuerjahr 2023 von 6,1 Milliarden. Zusätzlich ergibt sich aus der Einnahmenschätzung des Steuerjahres 2020 eine Schätzanpassung von 0,3 Milliarden, welche ebenfalls im Rechnungsjahr 2023 verbucht wird. In der Rechnung 2023 werden dementsprechend Einnahmen von 6,4 Milliarden ausgewiesen.

Weitere Erläuterungen zu den Einnahmenschätzung aus der Verrechnungsteuer finden sich im Band 1A, Kapitel B 13, Verrechnungsteuer.

RÜCKSTELLUNG: GELEISTETE UND HÄNGIGE RÜCKERSTATTUNGEN

Mio. CHF	Steuerjahr 2023	frühere Steuerjahre	Total
Rückstellungen per 01.01.2023	–	30 000	30 000
Eingänge Steuerjahr 2023	38 127	–	38 127
davon Einnahmenschätzung	-6 081	–	-6 081
Schätzungsanpassung frühere Steuerjahre	–	-359	-359
Erwartete Rückerstattung	32 046	29 641	61 687
Abgerechnete Rückerstattungen	-12 147	-21 440	-33 587
Rückstellung per 31.12.2023	19 899	8 201	28 100

Die Auszahlungen der Rückerstattungen werden zu Lasten der Rückstellung abgewickelt (Rückstellungsverwendung). Sie belasten die Einnahmen aus der Verrechnungsteuer nicht. Massgebend für das Rechnungsergebnis sind hingegen die geschätzten Rückerstattungen sowie allfällige Schätzanpassungen des Rückstellungsbestands des Vorjahres (Rückstellungsbildung).

Frühere Steuerjahre

Per Ende 2022 wurden die Rückerstattungsansprüche für die dannzumal noch offenen Steuerjahre 2020 bis 2022 auf 30,0 Milliarden geschätzt. Im Verlaufe des 2023 konnte der Rückstellungsbestand aufgrund angepasster Schätzungen um 0,3 Milliarden reduziert werden. Im Rechnungsjahr 2023 wurden insgesamt Rückerstattungen in der Höhe von 21,4 Milliarden für frühere Jahre abgerechnet. Damit beläuft sich der Rückstellungsbedarf für die noch offenen Steuerjahre 2021 und 2022 auf 8,2 Milliarden.

Steuerjahr 2023

Aus Eingängen des aktuellen Steuerjahres ist mit Rückerstattungen von 32,0 Milliarden zu rechnen. Dieser Betrag entspricht den Eingängen abzüglich der geschätzten Einnahmen, sprich jenem Anteil, welcher mutmasslich beim Bund verbleiben wird. Von den zu erwartenden Rückerstattungen wurden unterjährig bereits 12,1 Milliarden abgerechnet. Die verbleibende Differenz von 19,9 Milliarden entspricht dem Rückstellungsbestand. Sie widerspiegelt die geschätzten, hängigen Rückerstattungen für das Steuerjahr 2023.

ABKLÄRUNGEN UNGERECHTFERTIGTER RÜCKERSTATTUNGEN

Die ESTV überprüft die eingegangenen Rückerstattungsanträge systematisch auf ihre Rechtmässigkeit. Diese Abklärungen können teilweise mehrere Jahre in Anspruch nehmen. So belief sich per Bilanzstichtag das Gesamtvolumen der wesentlichen Rückerstattungsansprüche (geltend gemachter Anspruch > 5 Mio.), welche bereits länger als ein Jahr in Abklärung waren, auf 1917 Millionen. Davon betreffen 1281 Millionen die Überprüfung der Nutzungsberechtigung bzw. das Vorliegen eines möglichen Abkommensmissbrauchs.

Für die Dauer der Abklärungen werden geltend gemachten Ansprüche nicht ausbezahlt, jedoch als Steuerverbindlichkeiten passiviert. Falls sich herausstellt, dass die Rückerstattungs-berechtigung nicht gegeben ist, wird die Verbindlichkeit zu Gunsten des Verrechnungssteuerertrages erfolgswirksam ausgebucht.

Wird gegen den Entscheid auf Ablehnung des Rückerstattungsantrages Einsprache eingelegt, so wird der Fall als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Per Ende 2023 beläuft sich das Volumen der Eventualverbindlichkeiten auf 145 Millionen. Davon befinden sich Fälle im Betrag von 66 Millionen auf dem Rechtsweg. Bis heute hat die ESTV die wegweisenden Fälle vor Gericht allesamt gewonnen.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die *direkte Bundessteuer* wird gemäss Forderungsprinzip verbucht. Vorauszahlungen werden als Verbindlichkeiten bilanziert. Im Voraus fakturierte Steuern werden zeitlich abgegrenzt. Aufgrund der erforderlichen Meldefrist der Kantone, erfolgt die Verbuchung in der Bundesrechnung mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Monat. Die Kantonsanteile werden separat als Aufwand erfasst. Die Kantonsanteile werden anhand der geldmässigen Ablieferungen und nicht anhand der Umsätze gemäss Forderungsprinzip ausbezahlt. Die Differenz wird als geschuldete bzw. vorausbezahlte Kantonsanteile zeitlich abgegrenzt.

Der *Mehrwertsteuerertrag* wird aufgrund der im Rechnungsjahr gebuchten Forderungen und Verbindlichkeiten aus Abrechnungen (inkl. Ergänzungsabrechnungen, Gutschriftenanzeigen, etc.) ermittelt. Forderungen aus Einschätzungen wegen einer nicht eingereichten Mehrwertsteuerabrechnung werden aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit des Mittelzuflusses lediglich mit einem Erfahrungswert von 20 Prozent ertragswirksam erfasst.

Verrechnungssteuer: Die Einnahmen werden anhand der verfügbaren Informationen bestmöglich geschätzt. Ausgehend von den im Berichtsjahr verbuchten Eingängen wird mittels einer Quote ermittelt, welche Anteile davon als Einnahme beim Bund verbleiben werden. Lassen sich Eingänge zweifelsfrei als *vollumfänglich rückerstattungsfähig* (Aktienrückkäufe) oder *nicht rückforderungsfähig* (u.a. Meldeverfahren) identifizieren, ist deren entsprechende Einnahmequote bekannt (0 % bzw. 100 %). Grösstenteils ist die Rückforderungsfähigkeit der Eingänge jedoch unbekannt. Für diese Fälle wird die Einnahmequote anhand eines vergangenheitsbasierten Erfahrungswertes geschätzt.

Da Rückerstattungsansprüche mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu 3 Jahren geltend gemacht werden können, sind per Bilanzstichtag jeweils mehrere Steuerjahre offen. Für jedes noch offene Steuerjahr werden die Einnahmen jährlich neu geschätzt. Damit umfassen die im Berichtsjahr erfassten Einnahmen aus Verrechnungssteuer die Einnahmeschätzung des aktuellen Steuerjahres, die Schätzanpassungen der beiden davorliegenden noch offenen Steuerjahre, sowie der realisierten Schätzdifferenz aus dem neu abgeschlossen (drei Jahre zurückliegenden) Steuerjahr.

Noch zu erwartete Rückerstattungsansprüche aus den offenen Steuerjahren werden in der Bundesrechnung als Verpflichtung gebucht. Für betragsmässig bekannte ausstehende Rückerstattungen werden passive Rechnungsabgrenzungen erfasst. Die mutmasslich hängigen Rückerstattungen werden als Rückstellung bilanziert. Für die Rückstellungsbemessung werden die abgeflossenen Rückerstattungen anhand der Rückforderungsformulare den jeweiligen Steuerjahren zugeordnet und von den Eingängen abgezogen. Weiter wird die Einnahmeschätzung in Abzug gebracht. Die Differenz entspricht den noch zu erwartenden Rückerstattungen, welche in den Folgejahren voraussichtlich noch zurückgefordert werden. Die Rückstellung wird für das aktuelle sowie für die zwei davor liegenden Steuerjahre geschätzt. Zusätzlich wird eine aktive Rechnungsabgrenzung für die Kantonsanteile in der Höhe von 10 % der Rückstellung gebildet. Die Kantone partizipieren an den Verrechnungssteuereinnahmen vor Veränderung der Rückstellung. Dies bedeutet, dass eine Verwendung der Rückstellung zwar zu einem Mittelabfluss führt, dieser aber zu 10 % durch tiefere Zahlungen an die Kantone kompensiert wird.

Die *Stempelabgaben* werden anhand der im Rechnungsjahr eingegangenen Deklarationen verbucht.

Erträge aus Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Automobilsteuer, Spirituosensteuer, Biersteuer, Netzzuschlag, Spielbankenabgabe, Einfuhrzöllen, LSVA (ausländische Fahrzeuge) und PSVA (pauschale Schwerverkehrsabgabe) und Lenkungsabgaben werden auf den wirtschaftlich zu versteuernden Vorgängen periodengerecht verbucht.

Die Erträge aus *Nationalstrassenabgabe und LSVA (inländische Fahrzeuge)* werden bei Eingang der Abrechnungen verbucht. Dadurch wird der Ertrag aus der LSVA auf inländischen Fahrzeugen um bis zu zwei Monate verspätet erfasst.

2 REGALIEN UND KONZESSIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Regalien und Konzessionen	2 393	2 350	374
Gewinnausschüttung SNB	2 000	2 000	–
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	233	217	237
Einnahmen aus Auktion Mobilfunklizenzen	87	87	87
Übrige Einnahmen aus Regalien und Konzessionen	73	46	49

Die Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen resultieren grösstenteils aus Importkontingenten für Fleisch.

Die übrigen Einnahmen aus Regalien und Konzession enthalten insbesondere die Einnahmen aus Versteigerungen von CO₂-Emissionsrechten.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Gewinnausschüttung der SNB wird in jener Rechnungsperiode als Einnahmen verbucht, in welcher die Genehmigung der Jahresrechnung erfolgt.

Einnahmen aus Konzessionen (Radio, Fernsehen und Funknetze) werden periodengerecht abgegrenzt.

3 ÜBRIGE EINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Übrige Einnahmen	2 521	2 589	2 818
Entgelte	1 061	1 167	1 242
Wehrpflichtersatzabgabe	167	170	168
Gebühren für Amtshandlungen	379	302	328
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	93	93	90
Verkäufe	110	93	124
Übrige Entgelte	312	508	533
Verschiedene Einnahmen	882	823	970
Liegenschaftseinnahmen	305	293	303
Einnahmen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen	107	97	99
Busseneinnahmen	306	113	184
Übrige verschiedene Einnahmen	164	320	384
Kantonsbeiträge	578	599	606

Entgelte: Unter den übrigen Entgelten ist im 2023 die Rückzahlung der im 2022 durch den Bund vorfinanzierten Kosten für die Beschaffung der Reservekraftwerke ausgewiesen (151 Mio.).

Liegenschaftseinnahmen: Der ETH-Bereich, das Schweizerische Nationalmuseum, das Eidg. Institut für Metrologie und das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung sind in den Liegenschaften des Bundes eingemietet. Zur Finanzierung der Mietkosten erhalten die Einheiten einen Unterhaltsbeitrag des Bundes. Es handelt sich um eine Verrechnung von kalkulatorischen Mieten, welche keinen Geldfluss zur Folge hat. Die Mieten sind in der Bundesrechnung einerseits als Liegenschaftseinnahmen und andererseits als Transferausgaben (Beiträge an eigene Institutionen, vgl. Ziffer 81/9) ausgewiesen.

Kantonsbeiträge: Die Einnahmen werden vollumfänglich in den BIF eingelegt. Sie stehen in Zusammenhang mit der Finanzierung der Kosten für Betrieb und Substanzerhalt der Privatbahnen. Diese Kosten werden vollumfänglich aus dem BIF finanziert, im Gegenzug leisten die Kantone einen Pauschalbeitrag an den BIF.

4 FINANZEINNAHMEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Finanzeinnahmen	358	400	630
Zinseinnahmen	293	396	591
aus Darlehen im Verwaltungsvermögen	7	10	7
aus Darlehen im Finanzvermögen	92	73	94
aus Bankguthaben	11	1	101
aus übrigen Finanzinstrumenten	19	34	184
aus Verzugszinsen von Steuerforderungen	163	278	204
Fremdwährungsgewinne	1	2	16
Kursgewinne auf Finanzinstrumenten	38	-	-
Verschiedene Finanzeinnahmen	26	2	23

Die Verzinsung der gewährten *Darlehen im Finanzvermögen* erfolgt zu marktkonformen Bedingungen. Demgegenüber werden *Darlehen im Verwaltungsvermögen* werden meist zinsfrei oder zumindest zinsvergünstigt gewährt.

In den *Zinseinnahmen aus Steuerforderungen* sind vorwiegend die Verzugszinsen der Verrechnungs-, Mehrwerts-, Stempel- und der direkten Bundessteuer verbucht.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Gewinne auf zum «Fair Value» bewerteten derivativen Finanzinstrumenten werden, soweit sie nicht nach Hedge Accounting verbucht werden, in der Position Kursgewinne auf Finanzinstrumenten ausgewiesen.

5 PERSONALAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Personalausgaben	6 107	6 379	6 234
Lohnausgaben (inkl. Personalverleih)	4 879	5 086	5 035
Vorsorgeausgaben	735	778	677
Sozialleistungen und übrige Personalausgaben	493	515	522

Erläuterungen zur Entwicklung der *Lohnausgaben* finden sich im Band 1A, Kapitel B 31 Eigenausgaben.

Detaillierte Informationen zum *Vorsorgeaufwand* finden sich in Ziffer 82/13.

6 SACH- UND BETRIEBSAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Sach- und Betriebsausgaben	4 970	4 443	4 353
Beratung und externe Dienstleistungen	664	719	699
Externe Dienstleistungen	483	505	520
Beratung und Auftragsforschung	181	215	179
Informatik	768	846	840
Betriebsausgaben der Armee	855	957	872
Ersatzmaterial und Instandhaltungsausgaben	620	672	622
Sold	53	69	68
Unterkunft und Verpflegung	70	73	71
Übrige Betriebsausgaben der Truppe	112	143	111
Liegenschaften und Mieten	608	575	667
Liegenschaften	430	395	486
Mieten und Pachten	178	180	181
Übrige Sach- und Betriebsausgaben	2 074	1 345	1 274
Material- und Warenausgaben	49	292	83
Abschreibungen auf Forderungen	287	281	320
Übrige Betriebsausgaben	1 738	771	871

In den *übrigen Betriebsausgaben* waren im Vorjahr die Erhöhung der Rückstellung für die Risikominderung beim Munitionslager Mitholz (0,8 Mrd.) sowie die Ausgaben für das Reservekraftwerk in Birr (0,2 Mrd.) verbucht. In beiden Rechnungsjahren sind zudem bedeutende Aufwendungen im Zusammenhang mit den Bundesasylzentren enthalten (2022: 0,2 Mrd.; 2023: 0,4 Mrd.).

7 RÜSTUNGSAusGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Rüstungsausgaben der Armee	932	804	943
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung	102	100	105
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	379	296	348
Ausgaben Rüstungsmaterial	452	408	490

Der Erfolgsrechnung wurden Rüstungsausgaben von 943 Millionen belastet. Für *Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung* sowie *Ausrüstung und Erneuerungsbedarf* fielen dabei Ausgaben von 453 Millionen an. Bei den restlichen 490 Millionen handelt es sich um Ausgaben für die Beschaffung von für den operationellen Betrieb relevantem Rüstungsmaterial, welches nicht in der Bilanz aktiviert wird.

Ausgaben im Zusammenhang mit der Beschaffung von Hauptwaffensystemen werden hingegen nicht der Erfolgsrechnung belastet, sondern in der Bilanz aktiviert. Im 2023 betrugen die Investitionsausgaben für die Beschaffung von Hauptwaffensystemen 1026 Millionen.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Das Rüstungsmaterial wird von der Armee in drei verschiedene Kategorien unterteilt (A-, B- und C-Systeme). A-Systeme sind Hauptwaffensysteme wie Kampfflugzeuge oder Panzer, die als Teil eines Rüstungsprogramms beschafft werden. Diese werden unter den Sachanlagen bilanziert und anschliessend über die erwartete Nutzungsdauer abgeschrieben. B-Systeme sind weitere für die operationellen Fähigkeiten relevante Güter, wie beispielsweise Lastwagen oder Baumaschinen. Bei den C-Systemen handelt es sich um allgemeines Einsatzmaterial, z.B. Stromgeneratoren oder Motorräder. Die B- und C-Systeme werden nicht aktiviert und zum Zeitpunkt des Erwerbs direkt der Erfolgsrechnung als Ausgabe erfasst. Damit werden auch an sich aktivierungsfähige Ausgaben der Erfolgsrechnung belastet (vgl. Abweichungen vom Rechnungslegungsstandard in Ziffer 73).

8 BEITRÄGE AN SPEZIALFONDS UND SPEZIALFINANZIERUNGEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Einlagen in Spezialfonds und Spezialfinanzierungen	7 614	8 034	7 438
Einlagen in Spezialfonds mit Sonderrechnung	6 338	6 627	6 429
Einlage Bahninfrastrukturfonds	5 606	5 759	5 730
Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds	732	868	699
Bruttoeinlage	2 744	2 640	2 766
davon aktiviert in Sachanlagen (aktivierte Einlage/reservierte Mittel Nationalstrassenbau)	-2 012	-1 772	-2 067
Einlage in Spezialfonds der Bundesrechnung	1 329	1 343	1 281
Einlage Netzzuschlagsfonds	1 274	1 288	1 226
Einlage Fonds für Regionalentwicklung	25	25	25
Einlage Technologiefonds	25	25	25
Einlage Fonds Landschaft Schweiz	5	5	5
Einlage in / Entnahme aus Spezialfinanzierungen	-53	64	-272

Einlage National- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF): Im 2023 wurde ein Betrag von 2766 Millionen (2022: 2744 Mio.) eingelegt. Ein Betrag von 2067 Millionen wurde in der Bundesrechnung in den Anzahlungen für Sachanlagen bilanziert, weshalb die Erfolgsrechnung mit einem Nettobetrag von 699 Millionen belastet wird. Es handelt sich dabei um die Mittel, welche dem NAF für den Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen sowie für den Agglomerationsverkehr zur Verfügung gestellt werden.

Eine detaillierte Übersicht über die Einlagen und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen findet sich unter Ziffer 82/12.

9 BEITRÄGE AN EIGENE INSTITUTIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Beiträge an eigene Institutionen	3 920	3 926	4 042
Beiträge an dezentrale Verwaltungseinheiten	3 227	3 253	3 377
ETH	2 735	2 737	2 800
Innosuisse	306	329	387
Übrige dezentrale Verwaltungseinheiten	185	188	190
Beiträge an Bundesunternehmen	693	672	664
SBB	358	353	344
Skyguide	56	57	57
Post	279	262	264

Die *Beiträge an dezentrale Verwaltungseinheiten* beinhalten insbesondere die Finanzierungs- und die Unterbringungsbeiträge. Die Beiträge an die Unterbringung entsprechen den gleichzeitig in Rechnung gestellten Mieten. Ein Mittelfluss findet aber nicht statt.

Die *Beiträge an die Bundesunternehmen* beinhalten insbesondere Beiträge an den regionalen Personenverkehr, Gebührenabgeltungen für die Luftraumüberwachung sowie die Zustellermässigung für Zeitungen und Zeitschriften.

10 BEITRÄGE AN SOZIALVERSICHERUNGEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Beiträge an Sozialversicherungen	19 332	18 426	18 422
Bundesbeiträge an Sozialversicherungen	15 877	14 913	14 895
Leistungen des Bundes an die AHV	9 689	10 034	10 062
Leistungen des Bundes an die IV	3 942	4 087	4 031
Leistungen Bund an ALV (inkl. Covid-Kurzarbeitsentschäd.)	1 764	550	572
Leistungen Covid-Erwerbsersatz	285	–	0
Versicherungsleistungen Militärversicherung	151	165	150
Familienzulagen Landwirtschaft	42	74	73
Beiträge an übrige Sozialversicherungen	2	3	7
Anteile der Sozialversicherungen an Bundeseinnahmen	3 455	3 514	3 526
Mehrwertsteuerprozent für die AHV	3 186	3 281	3 184
Spielbankenabgabe für die AHV	269	233	342

Die Beiträge an Sozialversicherungen sind auf Gesetzesstufe detailliert geregelt, ihre Höhe ist somit kurzfristig nicht steuerbar.

Der Bund deckt 20,2 Prozent der Ausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV). Der Bundesbeitrag an die *Invalidenversicherung* (IV) ist an die Zunahme der Mehrwertsteuererträge gekoppelt; zusätzlich wird die Entwicklung des Renten-Mischindexes berücksichtigt. Der Bundesanteil beträgt aber mindestens 37,7 Prozent und höchstens 50 Prozent der IV-Ausgaben. Der ordentliche Bundesbeitrag an die *Arbeitslosenversicherung* (ALV) beträgt 0,159 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme. Zusätzlich wurden 2022 infolge der Corona-Pandemie ausserordentliche Bundesbeiträge im Umfang der von der ALV ausgerichteten Kurzarbeitsentschädigungen an Unternehmen sowie für Nachzahlungen von Ferien- und Feiertagsentschädigungen geleistet (insgesamt 865 Mio.). Mit dem *Covid-Erwerbsersatz* wurden Erwerbsausfälle abgedeckt, welche durch die behördlichen Anordnungen zur Eindämmung der Pandemie entstanden sind, und für die keine anderen Entschädigungen vorgesehen waren.

Die Einnahmen des *Mehrwertsteuerprozents für die AHV* gehen vollumfänglich an die AHV. Die entsprechenden Ausgaben ergeben sich direkt aus den Einnahmen der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuereinnahmen eines Kalenderjahres stammen aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres und aus dem vierten Quartal des Vorjahres. Die Einnahmen aus der *Spielbankenabgabe* überweist der Bund jeweils zu Beginn des übernächsten Jahres an den Ausgleichsfonds der AHV. Bei den Ausgaben des Jahres 2023 handelt es sich somit um die Einnahmen des Jahres 2021.

11 BEITRÄGE AN KANTONE UND GEMEINDEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Beiträge an Kantone und Gemeinden	23 025	25 088	24 340
Kantonsanteile an Bundeseinnahmen	6 582	7 345	7 425
Direkte Bundessteuer	5 298	5 788	5 910
Verrechnungssteuer	376	654	634
Schwerverkehrsabgabe	523	525	504
Mineralölsteuer	323	316	317
Wehrpflichtersatzabgabe	33	34	34
Spirituosensteuer	28	26	27
Übrige Kantonsanteile	0	2	0
Finanzausgleich	3 623	3 788	3 788
Ressourcenausgleich	2 409	2 607	2 607
Geografisch-topografischer Lastenausgleich	361	370	370
Soziodemografischer Lastenausgleich	501	510	510
Härteausgleich NFA	151	140	140
Übriger Finanzausgleich	200	160	160
Entschädigungen an Gemeinwesen	2 234	3 483	2 760
<i>Entschädigungen Kantone</i>	<i>2 234</i>	<i>3 483</i>	<i>2 760</i>
Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge	938	938	1 012
Integrationsmassnahmen Ausländer	348	575	472
Übrige Entschädigungen an Kantone	948	1 971	1 276
<i>Entschädigungen Gemeinden</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>0</i>
Übrige Entschädigungen an Gemeinden	-	-	0
Übrige Beiträge an Kantone und Gemeinden	10 587	10 472	10 367
Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	2 871	2 986	3 044
Ergänzungsleistungen zur AHV	967	1 057	1 026
Ergänzungsleistungen zur IV	887	893	915
Überbrückungsleistungen ältere Arbeitnehmer	14	51	26
Direktzahlungen Landwirtschaft an Kantone	2 778	2 812	2 791
Grundbeiträge Fachhochschulen und Universitäten	1 276	1 313	1 295
Übrige Beiträge an Kantone	1 792	1 360	1 269
Übrige Beiträge an Gemeinden	1	0	1

Die Kantone haben an den Einnahmen aus der *direkten Bundessteuer* einen Anteil von 21,2 Prozent. Für die Berechnung des Kantonsanteils ist der Bruttoertrag vor Berücksichtigung der Anrechnung ausländischer Quellensteuer massgebend. Bei der *Verrechnungssteuer* ergibt sich der Kantonsanteil aus dem gesetzlich definierten Anteil von 10 Prozent am Reinertrag abzüglich der Veränderung der aktiven Rechnungsabgrenzung (10 % der Rückstellungsveränderung). Bei der *leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe* wird ein Drittel des Reinertrages den Kantonen zugewiesen.

Die *Beiträge an den Finanzausgleich* wurden in einem referendumpflichtigen Bundesbeschluss festgelegt und können kurzfristig nicht gesteuert werden.

Die *Entschädigungen an Gemeinwesen* umfassen Leistungen an Kantone und Gemeinden, die Aufgaben erfüllen, welche nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Bundes sind. Die Entschädigungen bemessen sich an den entstehenden Kosten. In den übrigen Entschädigungen an Kantone sind die als ausserordentliche Entschädigungen ausgerichteten Globalpauschalen von 1070 Millionen (2022: 702 Mio.) für Schutzsuchende infolge des Ukrainekriegs enthalten.

Der Bundesbeitrag an die *individuelle Prämienverbilligung (IPV)* beträgt 7,5 Prozent der Bruttogesundheitskosten. Empfänger sind die Kantone, die ihrerseits Beiträge an Krankenversicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leisten. Der Bund leistet Beiträge an die Kantone für deren Aufwendungen an die *Ergänzungsleistungen (EL)* zur AHV und IV. Er beteiligt sich an den EL zur Existenzsicherung, nicht aber an den EL für die Mehrkosten bei einem Heimaufenthalt. Auch der Pauschalbetrag für die Krankenversicherung sowie die Krankheits- und Behinderungskosten der Personen mit EL werden vollständig von den Kantonen getragen. Bei den EL zur Existenzsicherung übernimmt der Bund einen Anteil von 5/8.

12 BEITRÄGE AN DRITTE

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Beiträge an Dritte	8 166	8 519	8 138
Internationale Organisationen	2 047	2 213	2 224
Pflichtbeiträge an Internationale Organisationen	452	787	445
Übrige Beiträge an Internationale Organisationen	1 595	1 426	1 779
Rückverteilung Lenkungsabgaben	1 082	782	799
Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen an Bevölkerung	656	468	469
Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen an Wirtschaft	309	229	246
Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	118	84	83
Übrige Beiträge an Dritte	5 036	5 523	5 115
Institutionen der Forschungsförderung	1 183	1 270	1 270
Programm- und Projektkosten sowie versch. Aktivitäten EDA	952	1 029	997
Regionaler Personenverkehr	560	520	576
Zulagen Milchwirtschaft	386	387	377
Diverse Beiträge an Dritte	1 956	2 316	1 896

Bei den «*internationalen Organisationen*» wird unterschieden zwischen Pflichtbeiträgen, wo kaum Steuerungsmöglichkeiten durch den Bund bestehen, und übrigen Beiträgen. Im VA 2023 ist unter anderem ein Pflichtbeitrag von 390 Mio. für «Horizon Europe» budgetiert, mit dem eine Beteiligung der Schweiz im zweiten Halbjahr hätte finanziert werden können. Dieser wurde 2023 aufgrund der Nicht-Assoziierung nicht ausbezahlt.

Die Erträge aus der *CO₂-Abgabe auf Brennstoffen* werden im Jahr der Erhebung an Bevölkerung und Wirtschaft rückverteilt, basierend auf den geschätzten Erträgen. Die Differenz zwischen dem geschätzten und dem tatsächlichen Abgabeertrag wird jeweils bei der Rückverteilung im übernächsten Jahr ausgeglichen. Bei der *Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC)* erfolgt die Rückverteilung an die Bevölkerung jeweils mit zweijähriger Verzögerung. Im Jahr 2023 wurden also die Einnahmen des Jahres 2021 an die Bevölkerung verteilt (inkl. Zinsen).

13 FINANZAUSGABEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Finanzausgaben	1 006	1 010	1 295
Zinsausgaben	939	984	1 252
Bruttozinsausgaben auf Anleihen	868	772	812
Buttozinsausgaben Geldmarktbuchforderungen	11	75	214
Übrige Bruttozinsausgaben	155	193	269
Negative Zinsausgaben	-95	-56	-43
Kursverluste auf Finanzinstrumenten	-	-	17
Fremdwährungsverluste	34	-	1
Kapitalbeschaffungsausgaben	33	26	26

Die Zinsausgaben stehen vorwiegend im Zusammenhang mit den ausstehenden Anleihen und Geldmarktpapieren. Detaillierte Angaben zu Bestand und Verzinsung der Anleihen finden sich unter Ziffer 82/11. Negative Zinsausgaben werden als Ausgabenminderung erfasst.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Zinsausgaben stehen grundsätzlich im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten, welche nach der Effektivzinsmethode bewertet werden.

Gewinne auf zum «Fair Value» bewerteten derivativen Finanzinstrumenten werden, soweit sie nicht nach Hedge Accounting verbucht werden, in der Position Kursgewinne auf Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Wertberichtigungen von Darlehen werden lediglich dann in den Finanzausgaben erfasst, wenn das Darlehen dem Finanzvermögen zugeordnet ist. Wertberichtigungen von Darlehen im Verwaltungsvermögen werden hingegen in den übrigen Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens erfasst. (vgl. Erläuterungen in Ziffer 81/15).

14 ABSCHREIBUNGEN INVESTITIONSBEITRÄGE

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Abschreibungen Investitionsbeiträge	1 188	1 432	1 229
Gebäudeprogramm	391	432	398
Hauptstrassen	141	183	183
übrige Investitionsbeiträge	656	816	647

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Investitionsbeiträge sind zweckgebundene, geldwerte Leistungen an Dritte, mit denen beim Empfänger Investitionsgüter begründet werden. Die Investitionsgüter gehen dabei nicht ins Eigentum des Bundes über. Die vom Bund gewährten Investitionsbeiträge an Dritte werden nicht bilanziert und bewertet. Im Jahr der Gewährung werden die Investitionsbeiträge als Investitionsausgaben verbucht und vollumfänglich wertberichtigt.

15 ÜBRIGE BEWERTUNGSÄNDERUNGEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-694	-210	-704
Bewertungsänderungen Sach- und Immaterielle Anlagen (exkl. Abschreibungen)	185	48	214
Gewinn/Verluste auf Verkauf Sach- und Immateriellen Anlagen	6	-18	13
Aktivierungen Eigenleistungen	130	64	123
Übernahme Nationalstrassen	21	-	11
Übrige Bewertungsänderungen Sach- und immaterielle Anlagen	27	2	67
Wert- und Bestandesänderungen Vorräte	-870	-258	-824
Wert- und Bestandesänderungen zivile Vorräte	-544	-20	-494
Wert- und Bestandesänderungen militärische Vorräte	-326	-238	-330
Bewertungsänderungen Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	-8	0	-93
Wertminderungen auf Darlehen und Beteiligungen	-65	-	-99
Wertaufholungen auf Darlehen und Beteiligungen	57	0	6

In den *übrigen Bewertungsänderungen Sach- und immateriellen Anlagen* sind unter anderem die Aktivierungen von Eigenleistungen enthalten. Für Sach- und immaterielle Anlagen wurden im Berichtsjahr Eigenleistungen in der Höhe von 123 Millionen aktiviert (2022: 130 Mio.). Diese stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit zivilen Informatikprojekten. Für das militärische Informatikprojekt ERPSYS/v/ar wurden hingegen keine Eigenleistungen aktiviert, da die gesamten Projektkosten aufgrund einer Ausnahmeregelung nicht bilanziert werden.

In den *Wert- und Bestandesänderungen Vorräte* werden sowohl der Waren- und Materialverbrauch als auch die Wert- und Preiskorrekturen auf Vorratsbestände belastet. Im Berichtsjahr wurden militärische Vorräte im Wert von 318 Millionen verbraucht (2022: 324 Mio.) Der Verbrauch von zivilen Vorräten belastete die Rechnung mit 55 Millionen (2022: 59 Mio.). Die Wert- und Preiskorrekturen der zivilen Vorräte enthalten Wertminderungen für Impfstoffe und Sanitätsmaterial von 467 Millionen (2022: 507 Mio.)

In den *Bewertungsänderungen Darlehen* wurde im Berichtsjahr Wertminderungen in der Höhe von 23 Millionen (2022: 56 Mio.) erfasst. Wertberichtigungen mussten unter anderem auf den Darlehen des gemeinnützigen Wohnbaus im Umfang von 17 Mio. (2022: 37 Mio.) vorgenommen werden.

Die *Bewertungsänderungen auf Beteiligungen* beinhalten Bewertungskorrekturen auf kleinere Beteiligungen, welche nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, sowie auf Beteiligungen an Entwicklungsbanken. Im Berichtsjahr sind Wertminderungen auf Beteiligungen im Umfang von 76 Mio. (2022: 7 Mio.) auf die Fremdwährungsbewertung der Entwicklungsbanken zurückzuführen. Die Bewertungsänderungen von at-equity bewerteten Beteiligungen werden im Beteiligungsergebnis ausgewiesen.

82 POSITIONEN DER BILANZ

1 FLÜSSIGE MITTEL

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Flüssige Mittel	15 615	16 791
Kasse	18	14
Sichtguthaben bei Finanzinstituten	5 293	6 525
Geldmarktanlagen	10 304	10 253

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die flüssigen Mittel umfassen Geld und geldnahe Mittel mit Laufzeit von drei Monaten oder weniger (inkl. Festgelder und Finanzanlagen). Sie sind zum Nominalwert bewertet. Die Bestände sind überwiegend bei der SNB oder bei erstklassigen Schuldnern angelegt und weisen daher ein sehr geringes, theoretisches Verlustrisiko auf.

2 FORDERUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Forderungen	10 557	11 615
Steuer- und Zollforderungen	8 583	9 340
Direkte Bundessteuer	4 866	5 817
Mehrwertsteuer	2 879	2 797
Verrechnungssteuer	747	651
Leistungsabhängige Schwerverkehrsversabgabe	182	178
Übrige Steuer- und Zollforderungen	934	959
Delkredere auf Steuer- und Zollforderungen	-1 025	-1 063
Kontokorrente	943	947
Kantone	667	768
Übrige	276	179
Übrige Forderungen	1 031	1 328
Übrige Forderungen	1 058	1 356
Delkredere auf übrigen Forderungen	-28	-28

Die *Kontokorrentforderungen* entstehen zum überwiegenden Teil aus Forderungen gegenüber den Kantonen. Diese beinhalten in erster Linie Forderungen aus dem Finanz- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen sowie aus der Ablieferung der Wehrpflichtersatzabgabe.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Aufgrund ihres kurzfristigen Charakters entspricht dieser Wert zumeist dem Nominalwert, d.h. den fakturierten Beträgen abzüglich Rückvergütungen und Wertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen. Die Wertberichtigung erfolgt gemäss dem vereinfachten Wertminderungsmodell nach IPSAS 41 und basiert auf in der Vergangenheit eingetretenen Zahlungsausfällen (historische Werte), angepasst um allfällig vorhandene, objektiv verfügbare vorausschauende Elemente. Die Differenz zwischen dem Nennwert der Forderungen und dem geschätzten einbringbaren Nettobetrag wird als Minusaktivkonto (Delkredere) ausgewiesen.

Auf die separate Darstellung von Forderungen aus Transaktionen mit/ohne Gegenleistung wird verzichtet, weil die Forderungen fast ausschliesslich aus Transaktionen ohne Gegenleistung stammen.

WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN

Mio. CHF	Steuer- und Zoll- forderungen	übrige Forderungen
Stand per 01.01.2022	1 034	32
Bildung von Wertberichtigungen	291	14
Ausbuchung uneinbringbare, wertberichtigte Forderungen	-293	-14
Auflösung nicht beanspruchter Wertberichtigungen	-7	-4
Stand per 31.12.2022	1 025	28
Bildung von Wertberichtigungen	260	15
Ausbuchung uneinbringbare, wertberichtigte Forderungen	-219	-12
Auflösung nicht beanspruchter Wertberichtigungen	-3	-3
Stand per 31.12.2023	1 063	28

Auf den Kontokorrenten werden keine Wertberichtigungen gebildet. Im Berichts- und Vorjahr sind keine Verluste angefallen und es gibt keine überfälligen Kontokorrentforderungen.

3 RECHNUNGSABGRENZUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Aktive Rechnungsabgrenzungen	4 231	4 141
Finanzielle Rechnungsabgrenzungen	451	512
Nicht-finanzielle Rechnungsabgrenzungen	3 780	3 629
Kantonsanteile Verrechnungssteuer	3 000	2 810
Übrige vorausbezahlte Aufwendungen	780	819
Passive Rechnungsabgrenzungen	8 511	7 587
Finanzielle Rechnungsabgrenzungen	6 017	5 089
Abgrenzung Subventionen	498	327
Abgrenzung Verrechnungssteuer	4 529	3 744
Noch nicht bezahlter Ausgaben	991	1 018
Nicht-finanzielle Rechnungsabgrenzungen	2 494	2 498

Finanzielle Abgrenzungen führen noch zu einem Mittelzufluss oder -abfluss. Bei nicht-finanziellen Abgrenzungen ist der Mittelzufluss oder -abfluss bereits erfolgt.

4 FINANZANLAGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Finanzanlagen	15 101	12 017
Festgelder über drei Monate	2 504	-
Darlehen	12 153	11 615
Derivative Finanzinstrumente	18	1
Übrige Finanzanlagen	426	402
davon kurzfristig	3 650	1 299
davon langfristig	11 451	10 718

Sämtliche derivativen Finanzinstrumente stehen in Zusammenhang mit der Absicherung von Währungs- und Zinssatzrisiken. Für weiterführende Informationen wird auf die Ziffer 83 verwiesen.

DARLEHEN IM FINANZVERMÖGEN

Mio. CHF	Bahn- infrastruk- turfonds	SBB	Total
Darlehen im Finanzvermögen			
Stand per 01.01.2022	6 582	5 809	12 391
Zugänge	–	2 454	2 454
Rückzahlungen	-755	-1 937	-2 691
Stand per 31.12.2022	5 827	6 326	12 153
Zugänge	–	1 521	1 521
Rückzahlungen	-726	-1 334	-2 060
Stand per 31.12.2023	5 102	6 513	11 615
davon kurzfristig	747	552	1 299
davon langfristig	4 355	5 961	10 316
Ø Zinssatz 2023 (in %)	0,8066	0,8965	

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertung der Festgelder, Darlehen und übrigen Finanzanlagen bemisst sich anhand der erwarteten Geldflüsse. In der Regel entspricht dies dem Nominalwert, da die im Finanzvermögen gewährten Anlagen marktüblich verzinst werden. Eine Wertminderung wird berücksichtigt, wenn Anzeichen vorliegen, dass die Rückzahlung der Anlage gefährdet sein könnte. Da die Bestände überwiegend bei der SNB oder bei erstklassigen Schuldnern angelegt und daher ein sehr geringes, theoretisches Verlustrisiko aufweisen, ist dies in der Regel nicht notwendig.

Der Bund kann derivative Finanzinstrumente als Handelsgeschäft oder zur Absicherung (Hedging) einsetzen. Die Handelsgeschäftspositionen werden zum Marktwert bewertet und bilanziert. Änderungen des Marktwertes fliessen in die Erfolgsrechnung ein. Bestehen keine liquiden Marktpreise, kommen Bewertungsmodelle zum Einsatz. Absicherungsgeschäfte im Fremdwährungsbereich (Termingeschäfte und Optionen) werden nach «Hedge Accounting» verbucht. Dabei werden die Marktwertveränderungen des effektiven Teils aus den Hedges ausserhalb der Erfolgsrechnung über die Hedgingreserven (Neubewertungsreserven) gebucht. Qualifizieren sich Absicherungsgeschäfte nicht für ein Hedge Accounting, werden sie als Handelsgeschäft betrachtet. Überhedges (Overhedges) werden ebenfalls wie Handelsgeschäfte behandelt.

5 VORRÄTE UND ANZAHLUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Vorräte und Anzahlungen	4 264	3 764
Handelswaren	354	202
Militärische Vorräte	3 420	3 306
Roh-, Verbrauchs-, Hilfs- und Betriebsmaterial	22	21
Halb- und Fertigfabrikate	16	22
Angefangene Arbeiten	0	0
Wertberichtigungen auf Vorräten	-13	-14
Anzahlungen	464	227

Im Vorjahr beinhalten die Anzahlungen auch Anzahlungen für Covid-Impfstoffe (173 Mio.).

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Bedingt durch seine Tätigkeit hält der Bund vorwiegend militärische Vorräte (z.B. Ausbildungsmunition und Munition der Waffensysteme, Treib-/Brennstoffe, Sanitätsmaterial). Initial werden diese Vorräte zu Anschaffungs- respektive Herstellkosten bewertet. Diese werden nach der Methode des gleitenden Durchschnittspreises ermittelt. Die Folgebewertung basiert grundsätzlich auf den nachgeführten gleitenden Durchschnittspreisen. Genehmigte Ausserdienststellungen von Munition durch die Armeeplanung werden vollständig wertberichtigt. Die Ausbildungsmunition und die Rüstungsmunition (Rüstungsmaterial) werden beim Erwerb vollständig unter den militärischen Vorräten bilanziert. Zum Zeitpunkt der Lagerentnahme wird der Munitionsverbrauch als Aufwand erfasst.

Vorräte, welche zum Weiterverkauf bestimmt sind oder Verbrauchsmaterialien, welche in einen Fertigungsprozess einfließen, spielen beim Bund eine untergeordnete Rolle. Diese werden zu den Anschaffungs- bzw. Herstellkosten oder dem tieferen Nettoveräußerungswert bewertet. Für schwer verkäufliche Vorräte werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Anzahlungen, welche für nicht aktivierbares Rüstungsmaterial geleistet werden, werden in den Vorräten ausgewiesen, die Anzahlungen für Sachanlagen hingegen unter den Sachanlagen bilanziert.

6 SACHANLAGEN

2023 Mio. CHF	Aktiviert Einlagen und Anzahlungen	Anlagen in Bau	National- strassen	Grundstücke und Gebäude	Rüstungs- güter	Mobilien	Total
Anschaffungskosten							
Stand per 01.01.	4 573	10 921	48 970	38 341	17 175	1 380	121 360
Zugänge	779	867	–	63	261	126	2 096
Zugänge reservierte Mittel Nationalstrassenbau	2 067	–	–	–	–	–	2 067
Abgänge	–	0	-1 470	-352	-1 517	-143	-3 481
Umgliederungen reservierte Mittel Nationalstrassenbau	-2 225	2 225	–	–	–	–	0
Umgliederung Anzahlungen	-88	–	–	1	87	–	0
Umgliederungen AiB	–	-3 295	2 149	1 126	–	16	-4
Stand per 31.12.	5 106	10 717	49 649	39 180	16 006	1 379	122 037
Kumulierte Abschreibungen							
Stand per 01.01.	–	–	-23 889	-20 768	-13 967	-1 100	-59 725
Abschreibungen	–	0	-1 591	-641	-581	-116	-2 930
Abgänge	–	0	1 470	344	1 517	140	3 471
Umgliederungen	–	–	0	0	–	–	0
Stand per 31.12.	–	–	-24 011	-21 065	-13 031	-1 076	-59 184
Total	5 106	10 717	25 638	18 115	2 975	302	62 853
davon Anlagen im Leasing	–	–	–	85	–	–	85

SACHANLAGEN

2022 Mio. CHF	Aktiviert Einlagen und Anzahlungen	Anlagen in Bau	National- strassen	Grundstücke und Gebäude	Rüstungs- güter	Mobilien	Total
Anschaffungskosten							
Stand per 01.01.	4 121	10 913	48 059	38 297	16 880	1 333	119 604
Zugänge	345	898	–	22	321	107	1 694
Zugänge reservierte Mittel Nationalstrassenbau	2 012	–	–	–	–	–	2 012
Abgänge	–	–	-1 271	-565	-39	-72	-1 948
Umgliederungen reservierte Mittel Nationalstrassenbau	-1 891	1 891	–	–	–	–	0
Umgliederung Anzahlungen	-15	–	–	2	13	–	0
Umgliederungen AiB	–	-2 781	2 182	585	–	12	-2
Stand per 31.12.	4 573	10 921	48 970	38 341	17 175	1 380	121 360
Kumulierte Abschreibungen							
Stand per 01.01.	–	–	-23 589	-20 654	-13 415	-1 053	-58 711
Abschreibungen	–	–	-1 571	-617	-592	-112	-2 892
Abgänge	–	–	1 271	504	39	65	1 879
Umgliederungen	–	–	0	0	–	0	0
Stand per 31.12.	–	–	-23 889	-20 768	-13 967	-1 100	-59 725
Total	4 573	10 921	25 081	17 573	3 208	280	61 635
davon Anlagen im Leasing	–	–	–	87	–	–	87

LESEHILFE ZUM SACHANLAGESPIEGEL

Die dem Nationalstrassenbau zugewiesenen Mittel werden im Zeitpunkt der Fondseinlage in den NAF unter «Zugänge reservierte Mittel Nationalstrassenbau» als «Aktivierte Einlagen» erfasst. Im Umfang der effektiv getätigten Investitionen des NAF werden anschliessend Umbuchungen zu den «Anlagen im Bau» vorgenommen. Bei Übernahme der fertiggestellten Nationalstrassenabschnitte bzw. ab Beginn der Nutzung erfolgt eine weitere Umbuchung zu den «Nationalstrassen» bzw. in die «Grundstücke und Gebäude».

NATIONALSTRASSEN

Innerhalb der Spalte Nationalstrassen werden die Nationalstrassen in Betrieb ausgewiesen. Im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau bestehen zusätzlich noch aktivierte Einlagen von 3,7 Milliarden, Anlagen im Bau von 8,9 Milliarden und Grundstücke und Gebäude von 4,5 Milliarden.

Beim Saldo der aktivierten Einlagen handelt es sich um die reservierten Mittel für den Nationalstrassenbau, welche bereits schuldenbremserrelevant in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) eingelegt, jedoch vom Fonds noch nicht investiert wurden. Entsprechende Erläuterungen finden sich in der Sonderrechnung des NAF (siehe Band 1A, Buchstabe E, Ziffer 2).

GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Total	17 573	18 115
Grundstücke	8 318	8 325
Nationalstrassen	4 174	4 172
ETH Grundstücke	1 063	1 063
Sonstige zivile Grundstücke	1 514	1 521
Militärische Grundstücke	1 569	1 570
Gebäude	9 254	9 789
ETH Gebäude	2 388	2 766
Zivile Gebäude	3 783	3 870
Militärische Gebäude	3 083	3 153

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellkosten bewertet und linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben:

NUTZUNGSDAUER PRO ANLAGEKLASSE

Grundstücke	keine
Nach 01.01.2008 fertiggestellte Nationalstrassen	
Strassen	30 Jahre
Tunnel	50 Jahre
Kunstabauten	30 Jahre
Elektromechanische Anlagen	10 Jahre
Rüstungsmaterial	10 – 75 Jahre
Gebäude	10 – 50 Jahre
Spezifischer Mieterausbau	10 Jahre
Betriebs-/Lagereinrichtungen, Maschinen	4 – 7 Jahre
Möbiliar, Fahrzeuge	4 – 12 Jahre
Informatik-Anlagen	3 Jahre

Gebäude, die sich aus Komponenten mit unterschiedlicher Nutzungsdauer zusammensetzen, werden nicht getrennt erfasst und abgeschrieben. Bei der Festlegung der Abschreibungsdauer wird dies berücksichtigt. Aktivierte Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben. Zusätzliche Investitionen, welche den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reparatur- und Instandhaltungsausgaben werden als Ausgabe erfasst.

Das Rüstungsmaterial wird von der Armeepanung in drei verschiedene Kategorien unterteilt (A-, B- und C-Systeme). Die Aktivierung des Rüstungsmaterials umfasst nur die A-Systeme (Hauptsysteme), welche als Teil eines Rüstungsprogrammes beschafft werden. Die Hauptsysteme bilden den Kern der operativen Fähigkeiten (z.B. Kampfflugzeuge, Panzer oder Übermittlungssysteme). Die B- und C-Systeme sind wertmässig zwar bedeutend, werden jedoch nicht aktiviert und im Zeitpunkt des Erwerbs direkt in der Erfolgsrechnung als Ausgabe erfasst. Aktiviertes Rüstungsmaterial, das sich aus Komponenten mit unterschiedlicher Nutzungsdauer zusammensetzt, wird nicht getrennt erfasst und abgeschrieben.

Die Kunstgegenstände werden nicht in der Bilanz aktiviert. Das Bundesamt für Kultur führt ein Inventar über sämtliche Objekte im Besitz des Bundes.

7 IMMATERIELLE ANLAGEN

2023 Mio. CHF	Software	Anlagen in Bau	Total
Anschaffungskosten			
Stand per 01.01.	858	324	1 182
Zugänge	15	165	181
Abgänge	-32	-1	-33
Umgliederungen	208	-203	4
Stand per 31.12.2023	1 049	285	1 334
Kumulierte Abschreibungen			
Stand per 01.01.	-618	-	-618
Abschreibungen	-72	-1	-72
Abgänge	32	1	33
Stand per 31.12.2023	-657	-	-657
Bilanzwert per 31.12.2023	392	285	677

IMMATERIELLE ANLAGEN

2022 Mio. CHF	Software	Anlagen in Bau	Total
Anschaffungskosten			
Stand per 01.01.	771	232	1 003
Zugänge	21	166	186
Abgänge	-7	-1	-8
Umgliederungen	72	-72	-
Stand per 31.12.2022	858	324	1 182
Kumulierte Abschreibungen			
Stand per 01.01.	-572	-	-572
Abschreibungen	-52	-1	-53
Abgänge	7	1	8
Stand per 31.12.2022	-618	-	-618
Bilanzwert per 31.12.2022	240	324	564

Im Zusammenhang mit der Ablösung des SAP-Systems in der Armee (Programm *ERPSYS v/ar*) sind im Berichtsjahr 69 Millionen Kosten angefallen. Insgesamt sind seit dem Programmstart Kosten im Betrag von 357 Millionen aufgelaufen. Im Unterschied zur SAP-Systemablösung im zivilen Bereich (Programm *SUPERB*) werden die aktivierbaren Kosten nicht bilanziert, sondern direkt über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Beschaffung erfolgt als Teil des Rüstungsprogramms, stellt jedoch kein Hauptsystem dar. In Abweichung zu den IPSAS werden nur Hauptsysteme aus den Rüstungsprogrammen aktiviert.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu den Anschaffungs-/Herstellkosten bewertet und auf Grund der geschätzten oder der vertraglichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

8 DARLEHEN IM VERWALTUNGSVERMÖGEN

Mio. CHF	Verkehr	Landwirtschaft	Sozialer Wohnungsbau	Übrige Volkswirtschaft	Übrige Aufgaben-gebiete	Total
Darlehen						
Stand per 01.01.2022	435	2 676	1 034	577	852	5 574
Neu gewährte Darlehen	–	–	21	2	39	62
Wertminderungen	-3	–	-34	–	-16	-52
Wertaufholungen	9	11	10	8	7	45
Rückzahlungen	-32	-2	-29	-5	-37	-105
Stand per 31.12.2022	410	2 685	1 002	581	845	5 523
Änderungen in der Rechnungslegung / Restatement	46	20	6	35	107	214
Stand per 01.01.2023 neue Rechnungslegung	456	2 705	1 008	616	952	5 737
Neu gewährte Darlehen	–	–	27	2	39	68
Wertminderungen	-4	–	-17	-16	–	-37
Wertaufholungen	–	1	–	–	4	6
Rückzahlungen	-61	-2	-28	-3	-53	-147
Stand per 31.12.2023	391	2 704	989	600	943	5 627

DIE WICHTIGSTEN DARLEHENSPOSITIONEN

Mio. CHF	Nominalwert	2022 Wert-berichtigung	Bilanzwert	Nominalwert	2023 Wert-berichtigung	Bilanzwert
Darlehen im Verwaltungsvermögen	7 349	-1 826	5 523	7 247	-1 619	5 627
Verkehr	1 721	-1 311	410	1 657	-1 266	391
SBB AG	2	-2	–	2	-2	–
Rhätische Bahn AG	74	-19	55	66	-0	66
BLS AG	219	-214	5	217	-214	3
Diverse konzessionierte Transportunternehmen	409	-311	98	386	-285	101
Darlehen Swissair	765	-765	–	765	-765	–
Darlehen Skyguide	250	–	250	220	–	220
Übrige Verkehr	2	–	2	1	–	1
Landwirtschaft	2 705	-20	2 685	2 704	–	2 704
Darlehen an Kantone (Investitionskredite, Betriebshilfen)	2 705	-20	2 685	2 704	–	2 704
Sozialer Wohnungsbau	1 075	-73	1 002	1 070	-81	989
Darlehen des gemeinnützigen Wohnungsbaus	1 075	-73	1 002	1 070	-81	989
Übrige Volkswirtschaft	876	-295	581	858	-258	600
Regionalentwicklung	584	-50	534	568	-14	554
Darlehen für Hotelerneuerung	236	-236	–	236	-236	–
Diverse übrige Volkswirtschaft	56	-9	47	55	-8	46
Übrige Aufgabengebiete	972	-127	845	958	-15	943
Darlehen IKRK	200	–	200	200	–	200
Übrige Darlehen	772	-127	645	758	-15	743

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Darlehen werden im Verwaltungsvermögen bilanziert, wenn sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben gewährt werden. Sie werden bis zur Endfälligkeit gehalten und zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet.

Ein erwarteter Zahlungsausfall wird als Wertberichtigung erfasst. Bei der Bemessung der Wertberichtigung werden die Bonität der Schuldner, die Werthaltigkeit der Sicherheiten, die Rückzahlungsbedingungen sowie erwartete zukünftige Ereignisse berücksichtigt. Darlehen im Verwaltungsvermögen, deren Rückzahlung an bestimmte Bedingungen und zukünftige Ereignisse geknüpft sind (bedingt rückzahlbare Darlehen) werden im Zeitpunkt der Gewährung zu 100 Prozent wertberichtigt, weil Rückflüsse unwahrscheinlich sind.

Auf eine Ab- und Aufzinsung von gewährten Zinsvergünstigungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

9 BETEILIGUNGEN

Mio. CHF	KTU	Die Post	Swisscom	RUAG*	Entwick- lungs- banken	Übrige	Total
Stand per 01.01.2022	52 678	8 826	5 369	1 041	883	707	69 503
Zugänge	–	–	–	–	62	22	84
Abgänge	–	–	–	–	–	–	–
Dividenden	–	-50	-581	-2	–	–	-633
Anteil am Nettoergebnis in der Erfolgsrechnung erfasst	105	383	769	180	0	77	1 515
Anteil am Nettoergebnis im Eigenkapital erfasst	11	624	-74	139	0	37	737
Währungsumrechnungen	–	–	–	–	3	–	3
Stand per 31.12.2022	52 794	9 783	5 484	1 358	948	843	71 211
Zugänge	–	–	–	–	51	20	71
Abgänge	–	–	–	–	–	–	–
Dividenden	–	-50	-581	-202	–	–	-832
Anteil am Nettoergebnis in der Erfolgsrechnung erfasst	1 322	164	866	34	–	25	2 410
Anteil am Nettoergebnis im Eigenkapital erfasst	-19	159	14	-309	–	73	-82
Währungsumrechnungen	–	–	–	–	-77	–	-77
Stand per 31.12.2023	54 097	10 056	5 783	882	922	961	72 701

* Der Rüstungskonzern RUAG besteht aus zwei juristisch selbständigen Einheiten: RUAG International (473 Mio.) und RUAG MRO (409 Mio.)

Im Rahmen seiner Verwaltungstätigkeit ist der Bund an Unternehmen, Betrieben oder Anstalten beteiligt (nachfolgend: Gesellschaften). Die Beteiligungen des Bundes dienen ausnahmslos der Aufgabenerfüllung. Es ist dem Bund untersagt, Beteiligungen zu Anlagezwecken zu halten. Sämtliche Beteiligungen werden deshalb unter dem Verwaltungsvermögen bilanziert. Dies geschieht unabhängig von der Beteiligungskategorie und Bewertungsmethode.

Es wird dabei zwischen beherrschten und assoziierten Gesellschaften sowie anderen Beteiligungen unterschieden:

- *Beherrschte Gesellschaften:* Aufgrund seines Engagements bei einer Gesellschaft ist der Bund variablen wirtschaftlichen Erfolgen ausgesetzt oder hat Rechte daran. Besitzt der Bund die Möglichkeit, diese wirtschaftlichen Erfolge durch seine Bestimmungsmacht über die Gesellschaft zu beeinflussen, liegt eine Beherrschung vor. Üblicherweise ist dies gegeben, wenn der Bund direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte oder der potenziellen Stimmrechte hält.
- *Assoziierte Gesellschaften:* Bei assoziierten Gesellschaften kann der Bund einen massgeblichen Einfluss auf deren Geschäftstätigkeit ausüben, ohne dass er diese aber beherrscht. Ein massgeblicher Einfluss wird im Allgemeinen bei einem Stimmrechtsanteil von 20 bis 50 Prozent angenommen.
- *Andere Beteiligungen:* Darunter fallen Beteiligungen an Unternehmen und Organisationen, bei welchen der Bund aufgrund seiner Stellung keine Beherrschung ausüben kann und auch über keinen massgeblichen Einfluss verfügt.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Massgebend für die Bewertung der Beteiligungen ist IPSAS 34 (Einzelabschlüsse) in Verbindung mit IPSAS 36 (Anteile an assoziierten Einheiten und Joint Ventures) und IPSAS 41 (Finanzinstrumente). Für beherrschte und assoziierte Gesellschaften besteht ein Wahlrecht in der Bewertungsmethode. Für jede Gruppe von Beteiligungen wird jeweils die gleiche Methode angewendet.

Folgende Bewertungsmethoden gelangen zur Anwendung:

Beherrschte Gesellschaften	
Bundesunternehmen	at equity oder at cost
Fonds ausserhalb der Bundesrechnung	at cost
Anstalten und dezentrale Einheiten der Bundesverwaltung	at cost
Assoziierte Gesellschaften	at equity oder at cost
Andere Beteiligungen	at cost

Bei den Bundesunternehmen und den assoziierten Gesellschaften wird die Bewertung «at equity» vorgenommen, sofern die Beteiligung wesentlich ist. Dies ist dann der Fall, wenn das anteilige Eigenkapital verlässlich und nachhaltig über 50 Millionen liegt. Ansonsten erfolgt die Bewertung «at cost».

Bewertung «At equity» (anteiliges Eigenkapital)

Die Equity-Bewertung erfolgt auf Grundlage eines an die Rechnungslegungsgrundsätze der Bundesrechnung angepassten Abschlusses. Die Equity-Bewertung erfolgt auf Basis des letzten verfügbaren Abschlusses der Gesellschaft. Entspricht dieser nicht dem Abschlussstichtag der Bundesrechnung, so wird entweder ein Abschluss auf den Stichtag der Bundesrechnung eingeholt oder auf den letzten verfügbaren Abschluss der Gesellschaft abgestellt und dieser um die wesentlichen Transaktionen zwischen den beiden Stichtagen fortgeschrieben.

Bewertung «at cost» (Anschaffungswert)

Für die initiale Bewertung «at cost» sind die effektiven Anschaffungskosten massgebend. Generell entspricht der Anschaffungswert dem einbezahlten Kapital. Die Fonds ausserhalb der Bundesrechnung sowie die Anstalten und dezentralen Einheiten der Bundesverwaltung verfügen in der Regel über kein entsprechendes Beteiligungskapital. Grundsätzlich beträgt hier der Anschaffungswert Null. Ausnahmen sind möglich, sofern Einlagen geleistet wurden, welche bei der Anstalt bzw. dezentralen Einheit einen Eigenkapitalcharakter aufweisen.

Für die Folgebewertung wird grundsätzlich auf die Anschaffungskosten abgestützt, da keine Marktpreise für die Bewertung herangezogen werden können. Die Anschaffungskosten in Fremdwährungen werden zum aktuellen Stichtageskurs bewertet.

Sofern die Gesellschaft ihre Geschäfts- bzw. Verwaltungstätigkeit massgeblich einschränkt oder zukünftige Finanzströme (z.B. Möglichkeit zur Umwandlung in liquide Mittel, Zinszahlungen, Dividendenzahlungen) negativ tangiert sind, wird eine Wertminderung geprüft.

KONZESSIONIERTE TRANSPORTUNTERNEHMEN

Mio. CHF	SBB	BLS Netz AG	BLS AG	Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	Rhätische Bahn AG	Übrige	Total
Konzessionierte Transportunternehmen							
Stand per 01.01.2023	45 479	3 107	539	596	1 309	1 765	52 794
Zugänge	–	–	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	–	–	–	–	–
Anteil am Ergebnis	267	-3	-3	1	2	13	277
Andere Eigenkapitalbewegungen	-1	–	–	–	–	49	48
Umbewertungen IPSAS	901	-3	-1	40	-56	97	978
Aktivierung bzw. Abschreibung Tunnelausbrüche	142	-17	-3	–	-117	–	5
Veränderung Vorsorgeverbindlichkeit	-67	–	–	–	–	–	-67
Bedingt rückzahlbare Darlehen	826	14	2	40	61	97	1 040
Stand per 31.12.2023	46 646	3 101	535	637	1 255	1 924	54 096

BEWERTUNG IN DER BUNDESRECHNUNG

Die wesentlichen Beteiligungen an den konzessionierten Transportunternehmen (KTU) werden zum anteiligen Eigenkapital bewertet. Dazu gehören insbesondere die in der Tabelle namentlich erwähnten Unternehmen. Das Eigenkapital der KTU wird dafür gemäss den Vorgaben von IPSAS bewertet. Unter IPSAS werden folgende Tatbestände anders behandelt als in den Rechnungslegungsvorschriften der KTU:

- Die Investitionsbeiträge für Tunnel-Ausbrucharbeiten werden den KTU durch den BIF «à fonds perdu» gewährt. Gestützt auf die Verordnung des UVEK über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen (RKV) werden die damit getätigten Investitionen in den Rechnungen der KTU erfolgswirksam erfasst und damit nicht bilanziert. Für die Beteiligungsbewertung nach IPSAS werden diese Infrastrukturbauten entsprechend ihrem Nutzenpotenzial (Service Potential) bilanziert und abgeschrieben.
- Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen in den Rechnungen der KTU orientiert sich am schweizerischen Vorsorgerecht. Im Gegensatz zu dieser statischen Bilanzierung werden die Vorsorgeansprüche unter IPSAS anhand einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise mittels versicherungsmathematischen Bewertungsmethoden berechnet.
- Die KTU erhalten bedingt rückzahlbare Darlehen zur Finanzierung der Bahninfrastruktur. Die Rückzahlung der Darlehen ist an Bedingungen geknüpft, welche in aller Regel nicht eintreten. Die bedingt rückzahlbaren Darlehen sind in den Rechnungen der KTU im Fremdkapital als Verbindlichkeit ausgewiesen. Unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung sind die erhaltenen Mittel für die Beteiligungsbewertung wirtschaftlich dem Eigenkapital der KTU zuzurechnen.

Im laufenden Jahr wurde eine Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungspraxis bei den Tunnelausbrüchen vorgenommen. Dies führte zu Anpassungen in den Beteiligungsbuchwerten der SBB (+242 Mio.) und Rhätischen Bahn AG (-115 Mio.). Die Anpassungen wurden im laufenden Jahr erfolgswirksam verbucht und werden innerhalb der Zeile Aktivierung bzw. Abschreibung Tunnelausbrüche ausgewiesen.

ENTWICKLUNGSBANKEN

Mio. CHF	2022	2023	Garantie- kapital
Entwicklungsbanken	948	922	8 815
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD	306	301	3 851
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD	141	133	504
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	143	148	2 608
Internationale Finanz Corporation IFC	72	80	
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	38	35	665
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	61	55	653
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank	131	119	476
Entwicklungsbank Europarat	10	10	40
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	10	9	
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	30	28	
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	5	5	20

BEWERTUNG IN DER BUNDESRECHNUNG

Die zur Aufgabenerfüllung gehaltenen Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, weil der Bund keinen massgeblichen Einfluss ausüben kann und kein Marktpreis vorliegt. Die in Fremdwährung gehaltenen Beteiligungen werden jährlich zum Stichtageskurs bewertet.

Gegenüber den Entwicklungsbanken bestehen Garantiekapitalien, welche im Bedarfsfall abgerufen werden können (vgl. Ausweis in obenstehender Tabelle).

SPEZIALFONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

Mio. CHF	Bilanzwert	Eigenkapital	
		2022	2023
Spezialfonds mit Sonderrechnungen	-	-4 649	-3 646
Bahninfrastrukturfonds	-	-4 649	-3 646
Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds	-	-	-

BEWERTUNG IN DER BUNDESRECHNUNG

Die Spezialfonds mit Sonderrechnungen (BIF und NAF) werden ausserhalb der Bundesrechnung geführt, sind jedoch eng mit dieser verbunden. Sie sind rechtlich unselbständig und verfügen über kein entsprechendes Beteiligungskapital. Die Bewertung erfolgt in der Bundesrechnung zu Anschaffungskosten, dementsprechend ist der Bilanzwert null.

Für eine umfassende Beurteilung der Vermögens- und Verschuldungslage des Bundes ist das Eigenkapital dieser Fonds jedoch massgebend. Namentlich hat der Bahninfrastrukturfonds (bzw. früher der FinöV-Fonds) in der Vergangenheit kumuliert mehr Mittel ausgegeben, als ihm aufgrund der zweckgebundenen Erträge zufließen. Diese Finanzierungslücke wurde mit einem Tresoreriedarlehen des Bundes geschlossen. Dieses Darlehen ist in der Bundesrechnung im Finanzanlagevermögen aktiviert (vgl. Ziffer 82/4).

10 LAUFENDE VERBINDLICHKEITEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Laufende Verbindlichkeiten	19 235	21 223
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	12 400	14 161
Direkte Bundessteuer	4 136	4 816
Mehrwertsteuer	1 829	1 601
Verrechnungssteuer	6 411	7 677
Übrige Steuer- und Zollverbindlichkeiten	24	67
Kontokorrente	5 207	5 344
Kantone	4 202	4 193
Übrige	1 005	1 150
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 575	1 650
Übrige Verbindlichkeiten	52	67

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die laufenden Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Aufgrund ihres kurzfristigen Charakters entspricht dieser Wert zumeist dem Nominalwert.

11 FINANZVERBINDLICHKEITEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Finanzverbindlichkeiten	104 469	106 869
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	14 893	13 922
Anleihen	73 530	76 718
Verpflichtungen ggü. bundeseigenen Sozialversicherungen	2 445	5 012
Verpflichtungen ggü. Unternehmen und Anstalten des Bundes	5 554	5 060
Verpflichtung ggü. der Sparkasse Bundespersonal	2 982	3 249
Derivative Finanzinstrumente	533	529
Beschlagnahmte Vermögenswerte	1 174	1 032
Übrige Finanzverbindlichkeiten	3 358	1 348
<i>davon kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</i>	<i>35 573</i>	<i>33 266</i>
<i>davon langfristige Finanzverbindlichkeiten</i>	<i>68 896</i>	<i>73 603</i>

Die Werte 2022 wurden angepasst (siehe Kapitel B72/2 Änderungen in der Rechnungslegung)

Sämtliche derivativen Finanzinstrumente stehen in Zusammenhang mit der Absicherung von Währungs- und Zinssatzrisiken. Für weiterführende Informationen wird auf die Ziffer 83 verwiesen.

Als Sicherheit erhaltene Barhinterlagen werden in der Bilanz aufgenommen und gleichzeitig als Finanzverbindlichkeit erfasst. Als Sicherheit erhaltene Wertschriften werden hingegen ausserhalb der Bilanz geführt.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertung der Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungswerten, mit Ausnahme der derivativen Finanzinstrumente, welche zum Marktwert (Fair Value) bewertet werden.

AUSSTEHENDE GELDMARKTPAPIERE

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis	Rendite	Nominalwert 2023	Bilanzwert 2023	Marktwert 2023
Total				1,62%	13 970	13 922	13 922
04.01.2024	CH1145908187	05.10.2023	99,597	1,60%	779	779	779
11.01.2024	CH1145908195	12.10.2023	99,601	1,58%	1 092	1 091	1 091
18.01.2024	CH1145908203	19.10.2023	99,602	1,58%	788	788	788
25.01.2024	CH1145908211	26.10.2023	99,603	1,58%	747	746	746
01.02.2024	CH1145908229	02.11.2023	99,605	1,57%	748	747	747
08.02.2024	CH1145908104	10.08.2023	99,127	1,74%	1 260	1 258	1 258
15.02.2024	CH1145908245	16.11.2023	99,594	1,61%	738	736	736
22.02.2024	CH1145908252	23.11.2023	99,590	1,63%	690	688	688
29.02.2024	CH1145908260	30.11.2023	99,595	1,61%	747	745	745
07.03.2024	CH1145908278	07.12.2023	99,595	1,61%	1 064	1 061	1 061
14.03.2024	CH1145908286	14.12.2023	99,577	1,68%	974	970	970
21.03.2024	CH1145908294	21.12.2023	99,582	1,66%	985	981	981
28.03.2024	CH1145908179	28.09.2023	99,159	1,68%	974	970	970
10.05.2024	CH1145908237	09.11.2023	99,170	1,65%	952	946	946
27.06.2024	CH1145908047	29.06.2023	98,236	1,78%	468	463	464
27.12.2024	CH1145908302	28.12.2023	99,590	1,41%	964	951	951

AUSSTEHENDE ANLEIHEN

Laufzeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	durchschnitt- liche Rendite	Freie Eigen- quoten	Nominalwert 2023	Bilanzwert 2023	Marktwert 2023
Total			1,07%	6 557	72 026	76 718	80 444
Eidgenössische CHF Anleihen							
2012-2024	CH0127181177	1,25%	0,74%	170	3 173	3 203	3 193
2013-2025	CH0184249990	1,50%	0,57%	440	3 321	3 391	3 364
2014-2026	CH0224396983	1,25%	-0,09%	325	3 478	3 617	3 530
2007-2027	CH0031835561	3,25%	1,10%	215	2 866	3 118	3 150
1998-2028	CH0008680370	4,00%	3,73%	–	5 612	5 795	6 535
2016-2029	CH0224397346	0,00%	0,02%	430	4 327	4 326	4 164
2015-2030	CH0224397171	0,50%	0,12%	300	3 329	3 421	3 299
2011-2031	CH0127181029	2,25%	0,94%	182	3 196	3 527	3 598
2018-2032	CH0344958688	0,50%	0,12%	270	2 841	2 943	2 806
2003-2033	CH0015803239	3,50%	2,77%	300	4 256	4 581	5 445
2019-2034	CH0440081393	0,00%	0,37%	210	2 737	2 639	2 555
2021-2035	CH0557778310	0,25%	0,57%	270	1 896	1 836	1 814
2006-2036	CH0024524966	2,50%	1,74%	415	4 157	4 562	5 142
2012-2037	CH0127181193	1,25%	1,08%	115	3 939	4 054	4 273
2022-2038	CH0440081567	1,50%	1,39%	300	1 437	1 463	1 616
2019-2039	CH0440081401	0,00%	0,31%	280	2 874	2 754	2 607
2012-2042	CH0127181169	1,50%	0,96%	180	4 186	4 628	4 865
2023-2043	CH0557778815	1,25%	1,02%	300	1 320	1 383	1 483
2017-2045	CH0344958498	0,50%	0,49%	480	3 170	3 203	3 111
1999-2049	CH0009755197	4,00%	1,82%	220	2 571	3 914	4 714
2017-2055	CH0344958472	0,50%	0,62%	470	2 048	2 000	2 055
2016-2058	CH0224397338	0,50%	0,48%	245	2 323	2 371	2 361
2014-2064	CH0224397007	2,00%	1,04%	440	2 968	3 990	4 764

LAUFZEIT

Die Angabe zur Laufzeit bezieht sich auf die Grundanleihe. Aufstockungen sind in nachfolgenden Perioden möglich. Die nachträglich emittierten Anleihen haben entsprechend kürzere Laufzeiten.

FREIE EIGENQUOTEN

Bei der Emission von Eidgenössischen Anleihen kann sich der Bund sogenannte freie Eigenquoten reservieren. Je nach Marktlage können diese später am Markt platziert werden. Erst ab diesem Zeitpunkt erhöht sich die Verschuldung des Bundes.

12 ZWECKGEBUNDENE MITTEL IM FREMD- UND EIGENKAPITAL

ZWECKGEBUNDENE MITTEL IM FREMDKAPITAL

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Restatement	Einlage / Entnahme	Bilanz- veränderung
Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital	10 832	11 207	164	-272	482
Spezialfinanzierungen	1 342	1 233	164	-272	n.a.
VOC/HEL-Lenkungsabgabe	214	221	8	-2	n.a.
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds	-135	-256	-1	-120	n.a.
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm	-45	-166	0	-121	n.a.
Sanktion CO ₂ -Verminderung leichte Motorfahrzeuge	2	5	25	-22	n.a.
Spielbankenabgabe	559	690	110	22	n.a.
Altlastenfonds	362	371	-	9	n.a.
Abwasserabgabe	309	322	-	13	n.a.
Vorgezogene Entsorgungsgebühr Batterien	35	39	-	4	n.a.
Vorgezogene Entsorgungsgebühr Glas	8	5	-	-3	n.a.
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern	32	-	-	-32	n.a.
Medienforschung, Rundfunktechnologie	2	2	-	1	n.a.
Filmförderung	0	0	-	0	n.a.
Krankenversicherung	-	-	-	-	n.a.
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	-	-	23	-23	n.a.
Spezialfonds in der Bundesrechnung	3 335	3 546	n.a.	n.a.	210
Netzzuschlagsfonds	2 632	2 829	n.a.	n.a.	197
Nuklearschadenfonds	542	552	n.a.	n.a.	10
Familienausgleichskasse	98	100	n.a.	n.a.	2
Fonds Landschaft Schweiz	7	7	n.a.	n.a.	-
Unterstützungsfonds Bundespersonal	30	30	n.a.	n.a.	0
Übrige Spezialfonds im Fremdkapital	27	28	n.a.	n.a.	1
Verpflichtungen ggü. Spezialfonds mit Sonderrechnung	5 762	6 064	n.a.	n.a.	302
Bahninfrastrukturfonds (BIF)	1 229	1 482	n.a.	n.a.	253
Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF)	4 532	4 581	n.a.	n.a.	49
Übrige Zweckgebundene Mittel	394	364	n.a.	n.a.	-30
Liquiditätsbestand aus der Radio- und Fernsehgebühr	358	323	n.a.	n.a.	-35
Abgabenanteil für regionale Radio- und Fernsehveranstalter	29	32	n.a.	n.a.	3
Unterstützung der Stiftung Nutzungsforschung	6	7	n.a.	n.a.	1
Andere übrige zweckgebundene Mittel	1	2	n.a.	n.a.	1

Die Werte per 01.01.2023 wurden angepasst (siehe Kapitel A72 Änderungen in der Rechnung 2023)

ZWECKGEBUNDENE MITTEL IM EIGENKAPITAL

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Restatement	Umbuchungen im Eigenkapital	Zu- / Abnahme Eigenkapital
Zweckgebundene Mittel im Eigenkapital	6 582	6 601	30	-13	2
Spezialfinanzierungen	5 083	5 066	-5	-13	n.a.
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	385	368	-5	-13	n.a.
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FH/AL/WTO	4 629	4 629	-	-	n.a.
Spezialfinanzierung Luftverkehr	69	69	-	0	n.a.
Überwachung Tierseuchen	0	0	-	0	n.a.
Spezialfonds	1 470	1 513	35	n.a.	8
Fonds für Regionalentwicklung	1 079	1 114	35	n.a.	0
Verteidigung & Bevölkerungsschutz	90	90	-	n.a.	0
Technologiefonds	228	239	-	n.a.	11
Museumsfonds	22	21	-	n.a.	-1
Gottfried Keller-Stiftung	18	16	-	n.a.	-2
Tabakpräventionsfonds	19	17	-	n.a.	-2
Centre Dürrenmatt	6	6	-	n.a.	-
Fonds zur Behebung besonderer Notlagen	2	2	-	n.a.	0
Bibliotheksfonds	3	3	-	n.a.	0
Übrige	4	5	-	n.a.	1
Übrige Zweckgebundene Mittel	28	22	n.a.	n.a.	-6
Archivierung	5	6	n.a.	n.a.	1
Förderung neuer Verbreitungstechnologien	2	3	n.a.	n.a.	1
Unterstützung Aus- und Weiterbildung (Veranstalter mit Abgabeanteil)	3	2	n.a.	n.a.	-1
Andere übrige zweckgebundene Mittel	18	11	n.a.	n.a.	-7

Die Werte per 01.01.2023 wurden angepasst (siehe Kapitel A72 Änderungen in der Rechnung 2023)

ARTEN VON ZWECKGEBUNDENEN MITTELN

Unter dem Begriff zweckgebundene Mittel existieren unterschiedliche Gefässe für die Finanzierung von Vorhaben:

- Eine *Spezialfinanzierung* liegt vor, wenn Einnahmen gesetzlich zur Erfüllung von bestimmten Aufgaben zweckgebunden werden.
- *Spezialfonds* sind Vermögen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen, oder die dem Bund von Dritten mit bestimmten Auflagen zugewendet werden (z.B. Erbschaften, Vermächtnisse oder Schenkungen). Betragsmässig die grösste Bedeutung haben der Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie der Fonds für den Nationalstrassen und Agglomerationsverkehr (NAF). Die beiden Verkehrsfonds verfügen über eine eigene Rechnung mit Bilanz und Erfolgsrechnung, die vom Parlament separat zu genehmigen ist («Sonderrechnung»). Da diese Sonderrechnungen nicht in die Bundesrechnung konsolidiert werden, sind diese Fonds nicht in den nachfolgenden Zahlen aufgeführt.
- *Übrige zweckgebundene Mittel*: Diese bestehen aus Radio- und Fernsehgebühren, welche gemäss Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG), zweckgebunden eingesetzt werden müssen.

BUCHHALTERISCHE BEHANDLUNG IN DER BUNDESRECHNUNG

Je nach Gefäss erfolgt die buchhalterische Behandlung in der Bundesrechnung unterschiedlich. Die Vorgaben für die Abbildung sind gesetzlich vorgeschrieben.

Spezialfinanzierungen

Die Einnahmen und Ausgaben von Spezialfinanzierungen sind in der Erfolgsrechnung des Bundes abgebildet. Ebenso sind das Vermögen (Aktiven) und die Bestände (Passiven) der Spezialfinanzierungen in der Bundesbilanz enthalten. Für den Ausweis der Spezialfinanzierung werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sowie der Bestand statistisch ausgewertet und zusammengezogen. Eine Spezialfinanzierung ist somit eine Teilmenge der Bundesrechnung, welche separat dargestellt wird. Die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben erfolgt über die Erfolgs- und Investitionsrechnung.

Überschreiten die zweckgebundenen Einnahmen in der Berichtsperiode die entsprechenden Ausgaben, wird die Differenz buchmässig der Spezialfinanzierung gutgeschrieben. Umgekehrt führt eine Unterschreitung zu einer Belastung der Spezialfinanzierung. Bei den Spezialfinanzierungen im Fremdkapital erfolgt diese Buchung über die Erfolgsrechnung (Einlage bzw. Entnahme). Bei den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital werden die Veränderungen dagegen innerhalb des Eigenkapitals umgebucht, zugunsten oder zulasten des Bilanzfehlbetrags (vgl. Kapitel A 5, Eigenkapitalnachweis).

Spezialfonds

Im Unterschied zu den Spezialfinanzierungen führen Spezialfonds eine eigene Rechnung. Die Fondsrechnungen werden mit Ausnahme der Sonderrechnungen (BIF und NAF) in die Bundesrechnung konsolidiert. Dabei gilt es zu beachten, dass lediglich die Bilanzwerte in die Bundesrechnung konsolidiert werden. Dagegen dürfen Aufwand und Ertrag gemäss Art. 52, Abs. 3 FHG nicht in der Bundesrechnung erscheinen, da Spezialfonds nicht der Kreditbewilligung durch das Parlament unterstehen.

Übrige zweckgebundene Mittel

Die Geldzu- und Geldabflüsse aus Radio- und Fernsehgebühren werden in der Bundesrechnung ausserhalb der Erfolgsrechnung über Bilanzkonten abgewickelt.

Zuordnung zu Fremd- oder Eigenkapital

Der Bestand der zweckgebundenen Mittel wird in der Bundesbilanz entweder im Fremd- oder im Eigenkapital bilanziert. Bei Spezialfonds ist mit «Bestand» das Eigenkapital aus den jeweiligen Fondsrechnungen gemeint. Bezüglich der Untergliederung gilt: Die Mittel werden unter dem Fremdkapital bilanziert, wenn weder Art noch Zeitpunkt der Mittelverwendung beeinflusst werden können. Wo das Gesetz hingegen Handlungsspielraum einräumt, erfolgt die Bilanzierung im Eigenkapital.

DETAILINFORMATIONEN ZU DEN EINZELNEN ZWECKGEBUNDENEN MITTELN

Eigene Rechnungen inklusive Zweck, Funktionsweise und Rechtsgrundlage pro Zweckbindung finden sich in der Zusatzdokumentation «Spezialfinanzierungen, Spezialfonds und übrige zweckgebundene Mittel».

13 PERSONALVORSORGEVERPFLICHTUNGEN

UMFANG DER PERSONALVORSORGEVERPFLICHTUNGEN

Unter den Personalvorsorgeverpflichtungen werden insbesondere die Verpflichtungen aus dem Vorsorgeplan des Vorsorgewerks Bund bei der Sammeleinrichtung «Pensionskasse des Bundes PUBLICA» (PUBLICA) ausgewiesen. Zudem beinhaltet die Position die Verpflichtungen aus Vorruhestandsleistungen und aus den Ruhegehältern für Magistratspersonen.

GESETZLICHE VORGABEN

Die Durchführung der Personalvorsorge muss über eine vom Arbeitgeber getrennte Vorsorgeeinrichtung erfolgen. Das Gesetz schreibt Minimalleistungen vor.

ORGANISATION DER VORSORGE

Alle Angestellten und Rentenbeziehenden des Bundes sind im Vorsorgewerk Bund versichert, welches der Sammelstiftung PUBLICA angeschlossen ist. PUBLICA ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes.

Die Kassenkommission ist das oberste Organ der PUBLICA. Neben der Leitung übt sie die Aufsicht und die Kontrolle über die Geschäftsführung der PUBLICA aus. Die paritätisch besetzte Kommission besteht aus 16 Mitgliedern (je acht Vertreter der versicherten Personen und der Arbeitgeber aus dem Kreis aller angeschlossenen Vorsorgewerke).

Jedes Vorsorgewerk hat ein eigenes paritätisches Organ. Es wirkt unter anderem beim Abschluss des Anschlussvertrages mit und entscheidet über die Verwendung allfälliger Überschüsse. Das paritätische Organ des Vorsorgewerks Bund setzt sich aus je sechs Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Einheiten zusammen.

VERSICHERUNGSPLAN

Der Vorsorgeplan ist im Vorsorgereglement für die Angestellten und die Rentenbeziehenden des Vorsorgewerks Bund (VRAB) festgelegt, welches Bestandteil des Anschlussvertrags mit der PUBLICA ist. Der Vorsorgeplan gewährt höhere als die vom Gesetz geforderten Mindestleistungen im Falle von Invalidität, Tod, Alter und Austritt, d.h. es handelt sich um einen sogenannten umhüllenden Plan (obligatorische und überobligatorische Leistungen).

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmersparbeiträge werden in Prozent des versicherten Lohnes definiert. Für die Versicherung der Risiken Tod und Invalidität wird ein Risikobeitrag erhoben. Der Risikobeitrag und die Verwaltungskosten werden vom Arbeitgeber bezahlt.

Die Altersrente ergibt sich aus dem im Pensionierungszeitpunkt vorhandenen Altersgut haben multipliziert mit dem im Reglement festgelegten Umwandlungssatz. Die versicherten Personen haben die Möglichkeit, die Altersleistungen als Kapital zu beziehen. Es bestehen Vorsorgepläne für verschiedene Versichertengruppen. Zudem haben die versicherten Personen die Möglichkeit, zusätzliche Sparbeiträge zu leisten.

Die Risikoleistungen werden in Abhängigkeit des projizierten verzinsten Sparkapitals und des Umwandlungssatzes ermittelt und sind auf einen fixen Prozentsatz des versicherten Lohnes limitiert.

VERMÖGENSANLAGE

Die Vermögensanlage erfolgt durch die PUBLICA gemeinsam für alle angeschlossenen Vorsorgewerke mit gleichem Anlageprofil.

Die PUBLICA trägt die versicherungstechnischen und anlagentechnischen Risiken selbst. Die Kassenkommission trägt die Gesamtverantwortung für die Verwaltung des Vermögens. Sie ist zuständig für den Erlass und Änderungen des Anlagereglements und bestimmt die Anlagestrategie. Die Anlagestrategie ist so definiert, dass die reglementarischen Leistungen bei Fälligkeit erbracht werden können. Der Anlageausschuss berät die Kassenkommission in Anlagefragen und überwacht die Einhaltung des Anlagereglements und der -strategie.

RISIKEN FÜR DEN ARBEITGEBER

Das paritätische Organ des Vorsorgewerks Bund kann die Finanzierungsbedingungen (Beiträge und zukünftige Leistungen) im Rahmen seiner Kompetenzen ändern.

Während der Dauer einer Unterdeckung im vorsorgerechtlichen Sinne (Art. 44 BVV 2) und sofern andere Massnahmen nicht zum Ziel führen, kann das paritätische Organ vom Arbeitgeber Sanierungsbeiträge erheben. Soweit damit überobligatorische Leistungen finanziert werden, kann ein Sanierungsbeitrag nur mit Zustimmung des Arbeitgebers erhoben werden. Per 31.12.2023 beträgt der regulatorische Deckungsgrad nach BVV 2 für das Vorsorgewerk Bund 97,5 Prozent (provisorische Angabe; Vorjahr 95,5 %).

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Gemäss den Vorgaben von IPSAS 39 sind die Vorsorgepläne des Bundes als leistungsorientiert zu klassifizieren. Im Unterschied zur statischen Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen nach schweizerischem Vorsorgerecht werden bei der wirtschaftlichen Betrachtungsweise nach IPSAS 39 die erworbenen Vorsorgeleistungsansprüche unter Berücksichtigung zukünftiger Lohn- und Rentenentwicklungen ermittelt. Die in der Bilanz ausgewiesenen Personalvorsorgeverpflichtungen entsprechen dem Barwert der leistungsorientierten Vorsorgeverpflichtungen (Defined Benefit Obligation, DBO) abzüglich des Vorsorgevermögens zu Marktwerten.

Der Dienstzeitaufwand und die DBO werden nach der versicherungsmathematischen Bewertungsmethode der laufenden Einmalprämien ermittelt (Projected-Unit-Credit-Methode). Basis für die Berechnung sind Angaben zu den Versicherten (Lohn, Altersguthaben, etc.), unter Verwendung demografischer Annahmen (Pensionierungsalter, Fluktuationsrate, Invalidisierungsrate, Sterblichkeit) und finanzieller Annahmen (Lohn- und Rentenentwicklung, Projektionszinssatz Altersguthaben). Die berechneten Werte werden unter Verwendung eines Diskontierungssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst.

In der Erfolgsrechnung werden der laufende Dienstzeitaufwand, die Verwaltungskosten sowie die Verzinsung der Nettovorsorgeverpflichtungen im Personalaufwand dargestellt.

Versicherungsmathematische und anlageseitige Gewinne und Verluste aus den Vorsorgeplänen werden in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, direkt im Eigenkapital erfasst. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste ergeben sich aus Änderungen in den verwendeten Annahmen sowie aus erfahrungsbedingten Anpassungen.

Die Berücksichtigung von Risk-Sharing in der Bewertung der DBO erfolgt grundsätzlich in zwei Schritten und bedingt die Festlegung zusätzlicher Annahmen. Wie bei den übrigen finanziellen und demografischen Annahmen handelt es sich hierbei um Annahmen, die aus Arbeitgeberperspektive getroffen werden. In einem ersten Schritt wird unterstellt, dass der Stiftungsrat des Vorsorgewerks auch weiterhin Massnahmen ergreifen wird, um das Vorsorgewerk im finanziellen Gleichgewicht zu halten und der systematischen Umverteilung zwischen Aktiven und Rentnern entgegenzuwirken. Massnahmen werden jedoch nur dann berücksichtigt, wenn eine strukturelle Finanzierungslücke des Vorsorgewerkes nachgewiesen ist. Da eine solche im Berichtsjahr nicht nachgewiesen ist, werden in den diesjährigen Berechnungen keine risikomindernden Massnahmen (wie bspw. eine Senkung des Umwandlungssatzes) berücksichtigt.

Obwohl eine strukturelle Finanzierungslücke nach BVG nicht nachgewiesen ist, besteht eine Finanzierungslücke nach IPSAS. Dies ist begründet in der unterschiedlichen Berechnungsmethode der Vorsorgeleistungsansprüche. Diese Finanzierungslücke wird in einem zweiten Schritt rechnerisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Hierbei wird angenommen, dass der Arbeitgeberanteil an der Finanzierungslücke auf 60 Prozent gemäss der aktuellen Staffelung der reglementarischen Sparbeiträge begrenzt ist. Der Arbeitnehmeranteil wird anhand der vergangenen und erwarteten zukünftigen Dienstjahre pauschal in einen erworbenen und noch zu erwerbenden Anteil aufgeteilt. Der schon erworbene Teil reduziert den Barwert der DBO des Arbeitgebers, während der noch zu erwerbende Teil den zukünftigen Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers vermindert.

Effekte aus Planänderungen werden infolge der Anwendung von Risk-Sharing nicht über die Erfolgsrechnung, sondern als Bestandteil der Neubewertung der Verpflichtung direkt im Eigenkapital erfasst.

VORSORGEVERPFLICHTUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Barwert der Vorsorgeverpflichtung am 31.12.	28 836	30 349
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31.12.	-26 697	-27 582
In der Bilanz erfasste Vorsorgeverbindlichkeiten am 31.12.	2 139	2 767

Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt unter Berücksichtigung der Risikoaufteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Risk Sharing; siehe Rechnungslegungsgrundsätze).

VORSORGEAUFWAND NACH IPSAS 39

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Vorsorgeaufwand	735	677
Laufender Dienstzeitaufwand (Arbeitgeber)	716	625
Verwaltungskosten	5	5
Zinsaufwand auf der Vorsorgeverpflichtung	133	631
Zinsertrag aus dem Planvermögen	-119	-584

NEUBEWERTUNG DER VORSORGEVERPFLICHTUNGEN UND DES PLANVERMÖGENS

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Im Eigenkapital erfasste Neubewertung	-1 386	661
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-4 261	1 221
Änderung der finanziellen Annahmen	-3 947	1 330
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-314	-109
Ertrag Planvermögen (exklusive Zinsen basierend auf Diskontierungssatz)	2 875	-560

Die Änderung der finanziellen Annahmen widerspiegelt die Abnahme des Diskontierungssatzes im Berichtsjahr. Demgegenüber resultierte ein Gewinn auf dem Planvermögen.

VERÄNDERUNG BARWERT DER VORSORGEVERPFLICHTUNG

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Barwert der Vorsorgeverpflichtung am 01.01.	33 314	28 836
Laufender Dienstzeitaufwand (Arbeitgeber)	716	625
Zinsaufwand auf der Vorsorgeverpflichtung	133	631
Ein- und ausbezahlte Leistungen	-1 442	-1 356
Arbeitnehmerbeiträge	377	392
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-4 261	1 221
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen am 31.12.	28 836	30 349

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit des Barwerts der Vorsorgeverpflichtung beträgt 13,3 Jahre (Vorjahr 12,7 Jahre).

ENTWICKLUNG DES PLANVERMÖGENS

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 01.01.	29 839	26 697
Zinsertrag aus dem Planvermögen	119	584
Arbeitgeberbeiträge	685	710
Arbeitnehmerbeiträge	377	392
Ein- und ausbezahlte Leistungen	-1 442	-1 356
Ertrag Planvermögen (exklusive Zinsen basierend auf Diskontierungssatz)	-2 875	560
Verwaltungskosten (exklusive Vermögensverwaltungskosten)	-5	-5
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31.12.	26 697	27 582

ANLAGESTRUKTUR DES PLANVERMÖGENS

Anteile in %	kotiert	2022 nicht kotiert	kotiert	2023 nicht kotiert
Total Planvermögen	86,01	13,99	85,27	14,73
Geldmarkt	5,51	–	4,26	–
Eidgenössische Bundesanleihen	5,74	–	6,69	–
Übrige Anleihen in CHF	8,50	–	7,73	–
Staatsanleihen in Fremdwährungen	19,20	–	15,43	–
Unternehmensanleihen in Fremdwährungen	7,98	–	7,07	–
Aktien	25,80	–	30,56	–
Immobilien	8,33	7,76	7,65	8,42
Übrige Anlagen	4,95	6,23	5,88	6,31

Die Anlage des Planvermögens erfolgt in Übereinstimmung mit der von der Kassenkommission festgelegten Anlagestrategie. In der Anlagestrategie wird eine prozentuale Zuteilung des Vermögens auf die einzelnen Anlageklassen vorgenommen. Dabei werden Zielgrössen pro Anlagekategorie und für Fremdwährungen sowie Bandbreiten mit einem Minimum und einem Maximum festgelegt.

VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE ANGABEN

	R 2022	R 2023
Diskontierungssatz per 01.01.	0,40%	2,20%
Diskontierungssatz per 31.12.	2,20%	1,50%
Projektionszinssatz Altersguthaben	2,17%	1,48%
Erwartete zukünftige Lohnentwicklung	2,40%	1,70%
Erwartete zukünftige Rentenentwicklung	0,03%	0,02%
Arbeitnehmeranteil an der Finanzierungslücke	40,00%	40,00%
Lebenserwartung im Alter 65 – Männer (Anzahl Jahre)	22,70	22,82
Lebenserwartung im Alter 65 – Frauen (Anzahl Jahre)	24,48	24,59

Der Diskontierungssatz wird auf Basis der Rendite von erstrangigen festverzinslichen Unternehmensanleihen festgelegt.

SENSITIVITÄTEN

31.12.2023	Vorsorgeverpflichtung	
Mio. CHF	Zunahme	Abnahme
Diskontierungssatz (0,25 % Veränderung)	-667	706
Projektionszinssatz Altersguthaben (0,25 % Veränderung)	152	-149
Lohnentwicklung (0,25 % Veränderung)	39	-37
Rentenentwicklung (0,25 % Veränderung)	525	-501
Lebenserwartung im Alter 65 (1 Jahr Veränderung)	687	-703
31.12.2022	Vorsorgeverpflichtung	
Mio. CHF	Zunahme	Abnahme
Diskontierungssatz (0,25 % Veränderung)	-718	620
Projektionszinssatz Altersguthaben (0,25 % Veränderung)	140	-138
Lohnentwicklung (0,25 % Veränderung)	34	-32
Rentenentwicklung (0,25 % Veränderung)	456	-538
Lebenserwartung im Alter 65 (1 Jahr Veränderung)	597	-751

Die Sensitivitätsanalyse zeigt, wie sich die Vorsorgeverpflichtung bei einem Anstieg oder einer Abnahme der wesentlichen versicherungstechnischen Annahmen verändert. Es wird dabei jeweils nur eine der Annahmen angepasst, die übrigen Parameter bleiben unverändert.

Für die Berechnung der Sensitivitäten wurden der Diskontierungssatz, der Projektionszinssatz für die Altersguthaben sowie die Annahmen zur Lohn- oder Rentenentwicklung um 0,25 Prozentpunkte erhöht oder gesenkt. Die Sensitivität der Lebenserwartung wurde berechnet, indem die Lebenserwartung um ein Jahr gesenkt oder erhöht wurde.

SCHÄTZUNG DER BEITRÄGE 2024

Die für 2024 erwarteten zu bezahlenden Arbeitgeberbeiträge an das Vorsorgewerk Bund belaufen sich auf 720 Millionen.

NACHWEIS-RECHNUNG SCHULDENBREMSE

Mio. CHF	Schuldenbremse belastet	Schuldenbremse nicht belastet	Total Vorsorgeverpflichtung
Stand am 01.01.2023	680	1 459	2 139
Bildung (Vorsorgeaufwand)	677	–	677
Verwendung (Arbeitgeberbeiträge)	-710	–	-710
Bewertungsanpassung über das Eigenkapital	–	661	661
Stand am 31.12.2023	647	2 120	2 767

Die Anpassungen im Rechnungsmodell haben Auswirkungen auf den Zeitpunkt der Belastung der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse wird neu bereits bei der erfolgswirksamen Bildung der Personalvorsorgeverpflichtung belastet. Bis anhin führte erst die Verwendung der Personalvorsorgeverpflichtung zu einer Belastung der Schuldenbremse. Diese Änderung erforderte eine rückwirkende Anpassung des Ausgleichskontos (vgl. Kapitel 72).

Die Tabelle zeigt auf in welchem Umfang Vorsorgeverpflichtungen bilanziert sind, die bereits der Schuldenbremse belastet worden sind. Sollten zu einem späteren Zeitpunkt Einmaleinlagen in die Vorsorgeeinrichtung notwendig werden, können diese ohne weiteren Beschluss des Parlaments bis zu dem bereits der Schuldenbremse belasteten Betrag geleistet werden (647 Mio. per 31.12.2023).

14 RÜCKSTELLUNGEN

Mio. CHF	Verrechnungs- steuer	Militär- versicherung	Münz- umlauf	Rückbau und Entsorgung	Ferien und Überzeit	Bürg- schaften	Übrige	Total
Stand per 01.01.2022 angepasst	29 500	1 851	2 331	1 236	261	1 871	1 988	39 038
Bildung	23 188	136	12	821	6	34	627	24 824
Auflösung	-	-	-13	-28	-6	-139	-368	-554
Verwendung	-22 688	-171	-19	-9	-	-368	-730	-23 984
Stand per 31.12.2022	30 000	1 816	2 312	2 019	261	1 399	1 517	39 323
Bildung	19 540	130	13	62	10	8	466	20 229
Auflösung	-	-	-	-122	-6	-86	-33	-247
Verwendung	-21 440	-173	-24	-40	-	-382	-648	-22 707
Stand per 31.12.2023	28 100	1 773	2 302	1 918	265	939	1 301	36 598
davon kurzfristig	-	171	-	65	265	235	539	1 276
davon langfristig	28 100	1 602	2 302	1 853	-	704	762	35 323

Die Werte 2022 wurden angepasst (siehe Kapitel B72/2 Änderungen in der Rechnungslegung).

VERRECHNUNGSSTEUER

Die Rückstellung umfasst die in einem späteren Zeitpunkt zu erwartenden Rückerstattungen aus der Verrechnungssteuer, für welche bereits ein Zahlungseingang aufgrund einer Erhebungsdeklaration gebucht wurde. Gemäss Berechnungsmodell wird von den erfassten Eingängen jener Anteil abgezogen, welcher bereits in Form von Rückerstattungen wieder abgeflossen oder transitorisch erfasst worden ist. Ebenfalls zum Abzug gelangt ein Erfahrungswert für den als Einnahme beim Bund verbleibenden Anteil. Der Saldo entspricht dem Rückstellungsbedarf. Er widerspiegelt die Rückerstattungen, welche in den Folgejahren voraussichtlich noch geltend gemacht werden. Da die deklarierte Verrechnungssteuer in der Regel innerhalb von drei Jahren zurückgefordert werden kann, umfasst die Rückstellung mutmassliche Ausstände aus den drei letzten abgelaufenen Steuerjahren. Die Rückstellungsverwendung entspricht den im Berichtsjahr geleisteten Rückerstattungen für frühere Steuerjahre. Die Neubildung der Rückstellung entspricht den geschätzten hängigen Rückerstattungen für das laufende Steuerjahr sowie der Schätzanpassung der Vorjahre. Siehe hierzu auch Ziffer B 81/1 «Fiskaleinnahmen».

MILITÄRVERSICHERUNG

Die Suva führt im Auftrag des Bundes die Militärversicherung als eigene Sozialversicherung. Bei Eintritt eines Schadenfalls, welcher den Versicherungsnehmer zu einer Rente der Militärversicherung berechtigt, sind die voraussichtlichen Rentenverpflichtungen zurückzustellen. Für die Berechnung des Rückstellungsbedarfs werden versicherungsmathematische Verfahren herangezogen. Dabei wird jede Rente unter Berücksichtigung der massgebenden Parameter kapitalisiert (z.B. Mortalität, Rentenbetrag, Teuerung etc.). Ebenso werden für eingetretene Schäden die zukünftig anfallenden Heilkosten, Taggelder und andere Barleistungen nach versicherungsmathematischen Verfahren berechnet.

MÜNZUMLAUF

Für die sich im Umlauf befindlichen Münzen wird eine Rückstellung geführt. Gestützt auf Erfahrungswerte aus dem Euroraum ist mit einem Schwundanteil von 35 Prozent zu rechnen, weil auch nach Jahren nicht alle Münzen an die SNB abgeliefert werden. Die Höhe der Rückstellungsbildung (+13 Mio.) entspricht 65 Prozent des Nominalwertes der geprägten und an die SNB abgelieferten Münzen, bereinigt um die Veränderung des Lagerbestandes bei der SNB. Umgekehrt wurden Münzen in der Höhe von 24 Millionen zurückgenommen und vernichtet. Diese Rücknahmen sind als Rückstellungsverwendung ausgewiesen.

RÜCKBAU UND ENTSORGUNG

Die Rückstellungen für nukleare Stilllegung und Entsorgung umfassen sowohl die Entsorgung von radioaktiven Abfällen sowie den Rückbau von Kernanlagen. Die zurückgestellten Kosten wurden 2023 gestützt auf die offizielle «Kostenstudie 2021» von swissnuclear sowie auf Angaben des Paul Scherrer Instituts (PSI) zu den vorhandenen Abfallmengen neu berechnet. Im Vergleich zur «Kostenstudie 2016» resultiert eine Kostenreduktion und somit eine Rückstellungsauflösung; dies insbesondere, weil die neue Kostenstudie Minderkosten für ein Kombilager für die geologische Tiefenlagerung berücksichtigt. Die

anfallenden Kosten werden zu heutigen Preisen geschätzt. Auf die Berücksichtigung einer Teuerungsrate sowie gleichzeitiger Diskontierung der Rückstellung wird verzichtet, weil damit keine verlässlichere Aussage gemacht werden kann.

— *Entsorgung von radioaktiven Abfällen; 238 Millionen*

Die Rückstellung deckt die voraussichtlichen Kosten für die Zwischen- und Endlagerung der Betriebsabfälle aus Beschleuniger- und Kernanlagen (222 Mio.). Die entsprechenden Anlagen werden durch das PSI betrieben. Die Entsorgungskosten für die Betriebsabfälle, welche vor der rechtlichen Verselbständigung des ETH-Bereichs im Jahr 2000 angefallen sind, werden durch den Bund getragen. Die Kosten für Abfälle ab dem Jahr 2000 werden durch den ETH-Bereich finanziert.

Zusätzlich ist für die Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus den Bereichen Medizin, Industrie und Forschung (MIF-Abfälle) ein Betrag von 15 Millionen berücksichtigt. Die radioaktiven Abfälle werden gegen eine Gebühr unter Federführung des BAG eingesammelt. Sammelstelle des Bundes ist das PSI, welches für die Konditionierung und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle zuständig ist und entsprechend vom Bund entschädigt wird.

— *Stilllegung von Kernanlagen; 205 Millionen*

Die Rückstellungen umfassen zur Hauptsache den Rückbau und die im Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme anfallenden Kosten von Kernanlagen sowie die Zwischen- und Endlagerung von radioaktiv verstrahlten Baumaterialien aus dem Rückbau. Die Kernanlagen werden durch das PSI betrieben, sind aber im Eigentum des Bundes.

— *Räumung Munitionslager in Mitholz; 1420 Millionen*

Gestützt auf Expertenberichte hat der Bundesrat beschlossen, dass das ehemalige Munitionslager Mitholz geräumt werden soll. Der Bundesrat genehmigte am 16.11.2022 die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz zuhanden des Parlaments. Das Parlament hat die Botschaft im Jahr 2023 verabschiedet.

Die künftigen Kosten für die Räumung werden gegenwärtig auf 1637 Millionen geschätzt, verteilt über einen Zeitraum von rund 20 Jahren. Die Kosten für die Schutzbauten Strasse im Umfang von geschätzt 217 Millionen weisen unabhängig des Projektes einen Nutzen auf und werden daher aktiviert. Für den restlichen Betrag wird eine Rückstellung von 1420 Millionen ausgewiesen. Aufgrund der neusten Erkenntnisse musste die Rückstellung um 54 Millionen erhöht werden. Der Grund für die leichte Erhöhung liegt in der aktualisierten Schätzung der bundesinternen Personalausgaben für das Projekt Mitholz. Aufgrund des aktuellen Planungsstandes sowie der Projektrisiken unterliegt die Schätzung grossen Unsicherheiten. Unsicherheiten bestehen insbesondere bei der Materialbewirtschaftung (Menge und Stärke des verschmutzten Materials sowie Reinigungsprozess) und bei der Räumung (Lage, Verteilung, Menge und Zustand der Munition sowie Räumprozess). Hinzu kommt, dass die einmal begonnenen Räumungsarbeiten bei eintretenden Risiken nicht ohne Weiteres unter- oder abgebrochen werden können.

— *Rückbau von Bundesliegenschaften; 55 Millionen*

Weitere Rückstellungen bestehen auf Grund von gesetzlichen Auflagen für bauliche Anpassungen an Erfordernisse des Brandschutzes, der Erdbebensicherheit und der Beseitigung von Asbest (30 Mio.). Für die militärischen Bundesliegenschaften beträgt die Rückstellung für Stilllegungen und Rückbauten 25 Millionen.

FERIEN UND ÜBERZEIT

Insgesamt belaufen sich die Ferien- und Zeitguthaben per Ende 2023 auf 3,3 Millionen Stunden. Das durchschnittliche Zeitguthaben pro Vollzeitstelle beläuft sich auf etwas über zwei Arbeitswochen (11 Tage).

BÜRGschaften

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung gewährt der Bund Bürgschaften und Garantien. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Zahlungen zu Gunsten des Garantienehmers zu leisten, sofern ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantienehmer nicht nachkommt. Kann das Verlustrisiko aus den Bürgschaften und Garantien verlässlich geschätzt werden, wird der erwartete Verlust als Rückstellung erfasst. Werden aus den Bürgschaften und Garantien keine Zahlungsausfälle erwartet oder kann das Verlustrisiko nicht verlässlich geschätzt werden, erfolgt eine Erläuterung in Ziffer in Kapitel B 83/1 «Bürgschaften und Garantien».

Die wichtigsten Positionen sind:

— *Covid-19-Überbrückungskredite für KMU und Startup-Unternehmen*; 727 Millionen
Zur Sicherstellung der Liquidität konnten Unternehmen 2020 bei ihren Geschäftsbanken vom Bund verbürgte Überbrückungskredite in Anspruch nehmen (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz). Die Überbrückungskredite sind innert 8 Jahren zurückzubezahlen. Ebenfalls konnten qualifizierte Startup-Unternehmen verbürgte Kredite beanspruchen. Die Abwicklung erfolgte über bestehende Bürgschaftsgenossenschaften. Insgesamt wurden Überbrückungskredite in der Höhe von 16,9 Milliarden gesprochen. Davon sind bis zum Bilanzstichtag 8,3 Milliarden bereits vollständig zurückbezahlt; 1,0 Milliarden sind ausgefallen. Somit verbleiben per Stichtag noch 7,6 Milliarden, für welche der Bund bürgt. Für die Bewertung der Rückstellungen wurde für jeden Kreditnehmer ein Bonitätsrating und daraus abgeleitet eine Verlustwahrscheinlichkeit erstellt. Für die offenen Bürgschaften wird von einem durchschnittlichen Ausfallrisiko von rund 10 Prozent ausgegangen. Per Bilanzstichtag wird eine Rückstellung für die erwarteten Ausfälle von 727 Millionen bilanziert (2022: 1105 Mio.).

— *Sozialer Wohnbau*; 42 Millionen
Der Bund verbürgt Nachgangshypothesen natürlicher Personen für die Wohnbauförderung nach Art. 48 WEG. Zudem kann er Bürgschaften an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus vergeben und tritt gemäss Art. 35 WFG als Bürge für Anleihen gemeinnütziger Emissionszentralen auf, sofern diese mit den so beschafften Mitteln Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum ausrichten. Damit wird der soziale Wohnungsbau indirekt durch die Vergabe von Bürgschaften subventioniert. Es handelt sich vorwiegend um Solidarbürgschaften. Per Bilanzstichtag sind davon 3,9 Milliarden beansprucht. Die Garantien sind per Bilanzstichtag mit 42 Millionen (2022: 40 Mio.) bewertet und zurückgestellt.

— *Konzessionierte Transportunternehmen (KTU)*; 116 Millionen
Der Bund bürgt für Kredite von KTU, welche diese zwecks Beschaffung von Betriebsmitteln für den regionalen Personenverkehr (v.a. Rollmaterial) aufnehmen. Damit sollen den Unternehmen Zinsvorteile ermöglicht werden, die indirekt über die zu leistenden Abgeltungen dem Bund als Besteller zugutekommen. In diesem Rahmen garantiert der Bund in Form einer Staatsgarantie für SBB-Darlehen gegenüber der Rollmaterialfinanzierungsgesellschaft Eurofima sowie für von der SBB nicht vollständig einbezahltes Aktienkapital an der Eurofima einen Betrag von 3,1 Milliarden. Für die übrigen KTU bürgt der Bund zusätzlich für einen maximalen Kreditrahmen in der Höhe von 5,4 Milliarden (davon derzeit effektiv beansprucht: 3,8 Mrd.). Für die Bürgschaften und Garantien sind per Bilanzstichtag insgesamt 116 Millionen (2022: 194 Mio.) zurückgestellt.

ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die wichtigsten Positionen bei den übrigen Rückstellungen sind:

— *Rückerstattung aus erhaltenen Abgaben*; 410 Millionen
Der Bund erhebt verschiedene Abgaben, bei welchen die Abgabepflichtigen unter gewissen Voraussetzungen Rückerstattungen geltend machen können. Die Rückerstattungen erfolgen teilweise in der laufenden und teilweise erst in einer der nachfolgenden Rechnungsperioden. Per Stichtag sind Rückerstattungen im Betrag von geschätzt 410 Millionen ausstehend, welche bereits als Einnahmen verbucht wurden. Sie verteilen sich vorwiegend auf folgende Abgabearten: CO₂-Abgabe (221 Mio.), Mineralölsteuer Grundsteuer (65 Mio.), Mineralölsteuer Zusatz (70 Mio.).

— *Testkosten Covid*; 386 Millionen

Der Bund übernahm bis 31.12.2022 bei Personen, welche die Verdachts-, Beprobungs- und Meldekriterien des BAG erfüllen, die Kosten für die verschiedenen Sars-CoV-2 Tests. Die Kosten für die Tests werden von den Krankenversicherern und von den Kantonen vorfinanziert und anschliessend dem Bund in Rechnung gestellt. Dafür besteht per Stichtag eine Rückstellung im Betrag von 386 Millionen (2022: 440 Mio.). Im Berichtsjahr wurden 54 Millionen ausbezahlt und als Rückstellungsverwendung verbucht.

— *Treueprämien für Bundespersonal*; 283 Millionen

Die Verpflichtungen für Treueprämien werden gestützt auf die geltenden Regelungen der Bundespersonalverordnung (BPV) ermittelt. Für die Berechnung werden versicherungstechnische Verfahren herangezogen. Die dabei verwendeten Parameter entsprechen den für die Berechnung der Vorsorgeverpflichtung verwendeten Grössen (vgl. Ziffer 82/13).

— *Nachzahlung Ferien- und Feiertagsentschädigungen Kurzarbeit*; 21 Millionen

Für die Nachzahlungen von Ferien- und Feiertagsentschädigungen im Bereich der Kurzarbeit, welche sich aus einem Bundesgerichtsurteil vom 17.11.2021 ergeben, wurde per 31.12.2022 eine Rückstellung in Höhe von 505 Millionen für per Stichtag nicht bearbeitete Gesuche gebildet. Hiervon wurden im Berichtsjahr 500 Millionen ausbezahlt und als Rückstellungsverwendung verbucht. Nach einer Neubildung von 16 Millionen beträgt die verbleibende Rückstellung für noch pendente Gesuche 21 Millionen.

— *Mehrwertsteuer*; 65 Millionen

Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtes über die Zulässigkeit von Vorsteuerkürzungen bei nicht-spezialfinanzierten Dienststellen von Gemeinwesen wurde 2022 eine Rückstellung im Betrag von 75 Millionen für mutmassliche Rückerstattungsansprüche gebildet. Hiervon wurden im Berichtsjahr 10 Millionen verwendet.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist die Verpflichtung noch nicht gegenwärtig, der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich (<50 %) oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen (siehe Ziffer 83/2). Rückstellungen für Restrukturierungen werden erst nach Vorlage eines detaillierten Planes, nach erfolgter Kommunikation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Der Bund ist Selbstversicherer. Es werden nur die erwarteten Aufwendungen aus eingetretenen Schadenfällen zurückgestellt. Rückstellungen für potentielle zukünftige Schadenfälle werden keine gebildet.

Geschätzte Zahlungsausfälle aus offenen Bürgschaften und Garantien werden grundsätzlich anhand des Erwartungswertes des zukünftigen Mittelabflusses bewertet und als Rückstellung bilanziert. Eine Bewertung setzt jedoch voraus, dass die zukünftige Ausfallwahrscheinlichkeit mit hinreichender Sicherheit geschätzt werden kann. Werden für die offenen Bürgschaften und Garantien keine Zahlungsausfälle erwartet oder kann die Ausfallwahrscheinlichkeit nicht mit angemessener Zuverlässigkeit geschätzt werden, wird keine Verbindlichkeit passiviert. Allerdings ist der Bund auch bei diesen Bürgschaften und Garantien einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Ein Überblick über die ausstehenden Bürgschaften und Garantien findet sich in Ziffer 83/1.

83 AUSSERBILANZIELLE POSITIONEN

1 BÜRGSCHAFTEN UND GARANTIE

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung gewährt der Bund Garantien und Bürgschaften. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Zahlungen zu Gunsten des Garantienehmers zu leisten, sofern ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantiennehmer nicht nachkommt. Der Bund erteilt diese Garantien überwiegend unentgeltlich. Die Garantien beinhalten dann eine Subventionskomponente, weil der Kreditnehmer infolge der Bürgschaft oder Garantie günstiger zu Krediten kommt.

Rechtliche Ausgestaltung

Der Bund gewährt sowohl Garantien als auch Bürgschaften. In ihrer rechtlichen Ausgestaltung sind Garantien und Bürgschaften unterschiedlich. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Höhe der möglichen Verpflichtung: Bei einer Garantie werden die Garantiesumme und der Eintrittsfall im Garantievertrag festgelegt. Beim Bürgschaftsvertrag kann der Bund nur so weit belangt werden, wie der Hauptschuldner noch schuldet.

Innerhalb der Bürgschaften wird zusätzlich zwischen einfachen Bürgschaften und Solidarbürgschaften unterschieden. Die einfache Bürgschaft begründet eine subsidiäre Haftung des Bürgen. Damit kann dieser erst belangt werden, wenn gegen den Hauptschuldner der Konkurs eröffnet oder die Nachlassstundung bewilligt worden ist. Bei solidarischer Verpflichtung des Bürgen kann dieser vor dem Hauptschuldner und vor der Verwertung der Grundpfänder belangt werden, sofern der Hauptschuldner mit seiner Leistung in Rückstand und erfolglos gemahnt oder seine Zahlungsunfähigkeit offenkundig ist.

Bewilligung

Der Bundesrat darf Bürgschaften und Garantien nur gewähren, sofern er von den Eidgenössischen Räten dazu explizit ermächtigt wurde. Die Ermächtigung erfolgt in der Regel mittels Verpflichtungskredit. Der bewilligte Verpflichtungskredit stellt den Höchstbetrag dar, welcher durch Bundesrat und Verwaltung vergeben werden kann. Nebst dieser Maximalgrösse werden die beanspruchten Mittel ausgewiesen. Darunter sind die effektiv vertraglich eingegangenen Garantietranchen zu verstehen, unabhängig davon, ob diese Tranchen durch den Garantiennehmer auch tatsächlich ausgeschöpft werden. Im Grundsatz gilt eine Bürgschaft oder Garantie als «beansprucht», wenn Bundesrat oder Verwaltung keinen Einfluss auf einen möglichen zukünftigen Mittelabfluss mehr nehmen können.

Bilanzierung und Bewertung

Die Bürgschaften und Garantien fallen in der Rechnungslegung unter die Definition der Finanzinstrumente. Erwartete Zahlungsausfälle aus offenen Bürgschaften und Garantien sind grundsätzlich zu bewerten und als Verbindlichkeit zu passivieren. Eine Bewertung setzt jedoch voraus, dass die zukünftige Ausfallwahrscheinlichkeit mit hinreichender Sicherheit geschätzt werden kann. Die Verpflichtungen für erwartete Mittelabflüsse werden unter der Bilanzposition Rückstellungen ausgewiesen. Die Schätzung der zukünftigen Ausfallwahrscheinlichkeit ist mit jedoch sehr hohen Unsicherheiten behaftet. Die Höhe der tatsächlichen Zahlungen, die der Bund als Garantiegeber in der Zukunft infolge von Ausfällen leisten muss, kann erheblich vom bilanzierten Wert abweichen.

Darüber hinaus bestehen Garantien und Bürgschaften, bei denen der Bund keine Zahlungsausfälle erwartet oder eine zukünftige Ausfallwahrscheinlichkeit nicht mit hinreichender Sicherheit abgeschätzt werden kann. In diesen Fällen ist in der Bundesrechnung keine Verbindlichkeit passiviert. Allerdings ist der Bund auch bei diesen Bürgschaften und Garantien einem Ausfallrisiko ausgesetzt.

Ein Überblick über den Bestand an ausstehenden Bürgschaften und Garantien gibt in der nachfolgenden Übersicht:

Für Erläuterungen zu Bürgschaften und Garantien, für die eine Rückstellung für einen möglichen Mittelabfluss passiviert wurde, wird auf die Ausführungen im Kapitel Rückstellungen verwiesen (vgl. Ziffer 82/14).

Die übrigen Bürgschaften und Garantien werden nachfolgend beschrieben:

- *IWF Währungshilfebeschluss*: Der Bund garantiert der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die Rückzahlung von Krediten, welche diese dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen des Währungshilfegesetzes (WHG) zur Prävention oder Behebung ernsthafter Störungen des internationalen Währungssystems gewährt. Der Bund hat dafür einen Verpflichtungskredit von 10 Milliarden eingestellt. Per Bilanzstichtag besteht eine bilaterale Kreditlinie der SNB an den IWF über 3,66 Milliarden, welche durch den Bund garantiert wird. Die Kreditlinie wurde durch den IWF bis anhin nicht beansprucht. Durch die Sonderstellung des IWF als globale Institution internationalen Rechts sowie den spezifischen Finanzierungsmechanismus des IWF ist ein Zahlungsausfall unter den gegebenen Voraussetzungen praktisch ausgeschlossen. Das Ausfallrisiko wird deshalb mit Null bewertet.
- *IWF PRGT-Fonds*: Der Bund garantiert der Schweizerischen Nationalbank (SNB) den Schuldendienst für Darlehen, welche diese dem IWF zu Händen des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) gewährt. Der PRGT unterstützt Reformprogramme einkommensschwacher Mitgliedsländer zu Vorzugsbedingungen und wird über bilaterale Beiträge und IWF-eigene Mittel finanziert. Das Parlament hat Garantieverpflichtungen von insgesamt 2,55 Milliarden für diese SNB-Darlehen beschlossen. Per Bilanzstichtag sind Kreditlinien der SNB gegenüber dem PRGT-Fonds im Umfang von maximal 1,58 Milliarden offen. Davon hat der IWF 739 Millionen beansprucht. Durch die Sonderstellung des IWF als globale Institution internationalen Rechts sowie den spezifischen Finanzierungsmechanismus des IWF ist ein Zahlungsausfall unter den gegebenen Voraussetzungen praktisch ausgeschlossen. Das Ausfallrisiko wird deshalb mit Null bewertet.
- *IWF RST-Fonds*: Der Bund garantiert der SNB die Rückzahlung von Krediten, welche diese dem IWF zu Händen des Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (Resilience and Sustainability Trust, RST) gewährt. Der RST vergibt Kredite zur Unterstützung längerfristiger makroökonomischer Reformen in den Bereichen Klima und Pandemiebekämpfung und wird über bilaterale Beiträge und IWF-eigene Mittel finanziert. Die SNB finanziert den schweizerischen Beitrag zum RST-Kapital in Form von Krediten. Der Bund hat für mögliche Garantien einen Verpflichtungskredit von 750 Millionen eingestellt. Per Bilanzstichtag besteht noch keine Kreditlinie der SNB gegenüber dem IWF.
- *Fluggesellschaften und flugnahe Betriebe*: Der Bund bürgte für Kredite, welche Fluggesellschaften sowie die flugnahen Betriebe zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen während der Corona-Pandemie aufgenommen hatten. Per Ende Mai 2022 haben Swiss und Edelweiss den Kredit vorzeitig zurückbezahlt und anschliessend die Verträge im Juni 2022 frühzeitig und definitiv aufgelöst. Im Juli 2023 hat SR Technics eine Kreditverlängerung unterzeichnet, welche ohne Bundesbürgschaft abgeschlossen werden konnte. Somit besteht keine Verpflichtung des Bundes und auch kein Verpflichtungskredit mehr.
- *Hochseeschifffahrt*: Der Bund bürgt für Kredite von Reedereien zur Finanzierung von Hochseeschiffen. Die Bürgschaften wurden im Rahmen des Landesversorgungsgesetzes zur Sicherstellung von Frachtraum unter Schweizer Flagge gewährt. Es handelt sich ausschliesslich um Solidarbürgschaften. Der Bund hat dafür einen Verpflichtungskredit von 1,7 Milliarden eingestellt. Aufgrund der kaum mehr vorhandenen versorgungspolitischen Bedeutung der Hochseeschifffahrt hat der Bundesrat 2017 auf eine Erneuerung dieses Kredites verzichtet. Ende 2016 betrug die Höhe der verbürgten Kredite für Hochseeschiffe 794 Millionen. Seither geht die verbürgte Kreditsumme stetig zurück. Per 31.12.2023 sind noch Kredite in der Höhe von rund 154 Millionen verbürgt. Für erwartete künftige Verluste sind per Stichtag keine Rückstellungen verbucht, da keine weiteren Mittelabflüsse erwartet werden.

- *Pflichtlagerwechsel:* Der Bund gewährt gestützt auf Artikel 20 des Landesversorgungsgesetzes (LVG; SR 537) den darlehensgebenden Banken Garantien für die Finanzierung der Pflichtlagerwaren und der Waren der ergänzenden Pflichtlagerhaltung. Damit trägt der Bund zur erleichterten Warenfinanzierung bei. Hat der Bund die Finanzierung eines Pflichtlagers garantiert, hat er ein gesetzliches, vorrangiges Aussonderungsrecht. Das Pflichtlager und allfällige Ersatzansprüche dienen ihm als Sicherheiten. Der Bund hat dafür einen Verpflichtungskredit von 540 Millionen eingestellt. Per Bilanzstichtag wurden davon 164 Millionen beansprucht (+14 Mio. gegenüber dem Vorjahreswert). Die Ausfallwahrscheinlichkeit kann nicht zuverlässig bewertet werden.
- *Internationale Leistungsaushilfe Krankenversicherung:* Der Bund garantiert für einen Kredit, welcher die Stiftung Gemeinsame Einrichtung (GE) für den Vollzug der internationalen Leistungshilfe im Bereich der Krankenversicherung aufgenommen hat. Die GE stellt gemäss KVG sicher, dass Personen, die sich ausserhalb des Staates aufhalten, in dem sie versichert sind, im Krankheitsfalle die notwendigen Leistungen beanspruchen können. Der Bund hat dafür einen entsprechenden Verpflichtungskredit von 300 Millionen eingestellt. Per Bilanzstichtag ist davon unverändert zum Vorjahr der maximale Betrag beansprucht. Die Ausfallwahrscheinlichkeit kann nicht zuverlässig bewertet werden.

2 EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Eventualverbindlichkeiten	877	812
Rechtsfälle	296	328
Übrige Eventualverbindlichkeiten	581	484

2.1 RECHTSFÄLLE

Die Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsfällen stehen vorwiegend im Zusammenhang mit strittigen Rückerstattungsanträgen der Verrechnungssteuer (146 Mio.). Aufgrund von Urteilen des Bundesgerichts in vergleichbaren Fällen wird davon ausgegangen, dass die Rückerstattungsanträge zu keinem Mittelabfluss führen (vgl. Fiskalertrag, Ziffer 81/1).

Keine Eventualverbindlichkeiten oder Rückstellungen wurden für Rechtsverfahren im Zusammenhang mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS gebildet. Dieser Entscheid erfolgt vor dem Hintergrund einer Prüfung der bis zum heutigen Zeitpunkt weniger als zehn gegen die Eidgenossenschaft eingeleiteten Rechtsverfahren, dem Umstand, dass einzelne dieser Verfahren zwischenzeitlich bereits wieder zurückgezogen wurden sowie gestützt auf die Einschätzung externer Rechtsanwälte. Es kann grundsätzlich jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass im erwähnten Zusammenhang in den kommenden Jahren weitere behauptete Forderungen gegen die Eidgenossenschaft erhoben werden. Die Eidgenossenschaft wird die Bildung von Rückstellungen oder Eventualverbindlichkeiten vor dem Hintergrund der jeweils hängigen Verfahren beurteilen.

2.2 ÜBRIGE EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Die übrigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten vorwiegend mögliche Geldabflüsse im Liegenschaftsbereich (352 Mio.). Die wichtigsten Positionen entfallen auf Altlasten- und Lärmsanierungen sowie Rückbau- und Stilllegungskosten. Es handelt sich um Verpflichtungen, bei welchen ein Mittelabfluss zwar möglich ist, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt als unwahrscheinlich eingeschätzt wird. Im Zusammenhang mit dem Rückbau und der Entsorgung bestehen auch Verpflichtungen, für welche ein Mittelabfluss als wahrscheinlich eingeschätzt wird. Für diese Verpflichtungen wurden entsprechende Rückstellungen im Umfang von 1918 Millionen erfasst, darunter 1420 Millionen für das Munitionslager in Mitholz (vgl. Ziffer 82/14).

DEFINITION DER EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Als Eventualverbindlichkeiten gelten einerseits (rechtlich oder faktisch) bestehende Verpflichtungen, bei denen eine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung nicht möglich ist oder bei denen ein Mittelabfluss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages als unwahrscheinlich betrachtet wird. Als unwahrscheinlich gilt ein Mittelabfluss mit einer Wahrscheinlichkeit von weniger als 50 Prozent. Steigt die Wahrscheinlichkeit über 50 Prozent, ist anstelle der Eventualverbindlichkeit eine Rückstellung zu verbuchen.

Eventualverbindlichkeiten sind andererseits auch mögliche Verpflichtungen, deren Existenz noch nicht bestätigt ist. Das Ereignis, welches die Existenz der Verpflichtung bestätigen könnte, liegt jedoch ausserhalb der Kontrolle des Bundes.

3 EVENTUALFORDERUNGEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Eventualforderungen	668	578
Eventualforderungen aus Fiskalabgaben	346	328
Übrige Eventualforderungen	322	250

In den *Eventualforderungen aus Fiskalabgaben* sind vorwiegend die folgenden Sachverhalte ausgewiesen:

- Bestrittene Forderungen aus der Verrechnungssteuer und den Stempelabgaben (244 Mio.). Es handelt sich hierbei um rechtlich angefochtene Forderungen, deren Durchsetzbarkeit nicht geklärt ist. Die jeweiligen Fälle wurden gestützt auf verwaltungsinterne Expertengutachten entweder vollständig oder teilweise aus der Bilanz ausgebucht. Die Differenz zwischen der bilanzierten und verfügbaren Forderung wird als Eventualforderungen ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat diese Position um 22 Millionen abgenommen.
- Rechtlich angefochtene Zollforderungen, deren Durchsetzbarkeit nicht geklärt ist (66 Mio.).

In den *übrigen Eventualforderungen* entfällt die grösste Position auf Verfügungen für Bussen der Wettbewerbskommission, welche von Drittparteien bestritten sind und nun gerichtlich geklärt werden (161 Mio.). Diese Eventualforderungen liegen um 93 Millionen unter dem Vorjahreswert.

4 FINANZIELLE RISIKEN AUS FINANZINSTRUMENTEN

Der Bund ist vielfältigen Risiken ausgesetzt, deren Eintritt seine Zielerreichung und die Aufgabenerfüllung gefährden kann. Diese Risiken sollen möglichst frühzeitig identifiziert, analysiert und bewertet werden, damit zeitgerecht die erforderlichen Massnahmen ergriffen werden können. Betreffend Aufbau und Organisation des generellen Risikomanagements wird auf die Ausführungen unter «Risikomanagement und Internes Kontrollsystem IKS» verwiesen (siehe Kapitel A76).

Nachfolgend werden die finanziellen Risiken erläutert, welche dem Bund durch das Halten von Finanzinstrumenten entstehen. Das finanzielle Risikomanagement umfasst die Komponenten Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und Marktrisiken.

4.1 KREDITRISIKEN

Das Kreditrisiko ist die Möglichkeit eines Verlusts, der entstehen kann, wenn eine Gegenpartei den vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Solche Gegenparteirisiken entstehen beim Bund sowohl aus Positionen des Finanz- und Verwaltungsvermögens als auch aus Bürgschaften und Garantien.

Das maximale *Kreditrisiko in den Bilanzpositionen* entspricht der Höhe der ausstehenden monetären finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag (vgl. nachfolgende Tabelle). Die so dargestellte maximale Schadenhöhe setzt voraus, dass alle Gegenparteien gleichzeitig zahlungsunfähig würden und vorhandene Sicherheiten sowie Netting-Vereinbarungen nicht geltend gemacht werden könnten.

KREDITRISIKEN

Mio. CHF	R 2022	R 2023
Kreditrisiken in den Bilanzpositionen	47 246	46 562
Finanzvermögen	41 723	40 935
Flüssige Mittel	15 615	16 791
Forderungen	10 557	11 615
Nicht-derivative Finanzinstrumente	15 083	12 016
Aktive finanzielle Rechnungsabgrenzungen	451	512
Derivative Finanzinstrumente	18	1
Verwaltungsvermögen	5 523	5 627
Darlehen im Verwaltungsvermögen	5 523	5 627

Zusätzlich bestehen *Kreditrisiken aus Bürgschaften und Garantien*. Das maximale Risiko aus Bürgschaften und Garantien beläuft sich per Stichtag auf 24,9 Milliarden (Vorjahr: 27,2 Mrd.) und entspricht der Summe aller offenen Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien. Die maximale Schadenhöhe setzt voraus, dass alle Kreditnehmer ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantiennehmer nicht nachkommen und die Bürgschaften und Garantien vollumfänglich in Anspruch genommen werden müssen.

KREDITRISIKEN AUS DEM FINANZVERMÖGEN

Das Finanzvermögen umfasst alle Vermögenswerte, die nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, wie flüssige Mittel, Forderungen oder Finanzanlagen. Die Bewirtschaftung erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen und liegt im Kompetenzbereich von Bundesrat und Verwaltung.

Die *flüssigen Mittel und Finanzanlagen* werden im Wesentlichen zentral durch die EFV bewirtschaftet (Tresorieriemittel und Tresorieriedarlehen). Die mit der Anlagetätigkeit verbundenen Kreditrisiken werden durch Anlagevorschriften und Limitenvorgaben begrenzt. Diese Limiten werden nach vordefinierten Kriterien festgelegt, namentlich Rating, Eigenkapital, Finanzkraft (bei Kantonen), Diversifikation und Instrumenttyp. Die festgelegten Gegenparteilimiten werden regelmässig überprüft und die Einhaltung der Limiten wird täglich überwacht. Die Gegenparteirisiken per Bilanzstichtag sind für diese Positionen sehr gering. Derzeit ist die Liquidität praktisch vollständig bei der SNB angelegt. Die kurz- und langfristigen Finanzanlagen (nicht-derivative Finanzinstrumente) umfassen aktuell die sogenannten Tresorieriedarlehen an Institutionen der öffentlichen

Verwaltung oder ihr nahestehende Organisationen oder Anlagen bei Schuldern mit erstklassigen Ratings.

Die *Forderungen* umfassen hauptsächlich Steuer- und Zollforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Schuldnern verteilt, was die Gefahr von Klumpenrisiken minimiert, und zudem teilweise mit Sicherheiten hinterlegt. Dem Ausfallrisiko wird mit spezifischen Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten Rechnung getragen. Von den per Stichtag offenen Forderungen sind 656 Millionen durch Barhinterlagen gesichert (Vorjahr: 663 Mio.).

Derivatpositionen entstehen aus dem Einsatz von Instrumenten zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken. Derivatpositionen werden mit Gegenparteien abgeschlossen, die mit der EFV einen Vertrag über den ausserbörslichen Handel (Over the Counter, OTC) vereinbart haben. Für Geschäftsbanken besteht zusätzlich ein Besicherungsanhang für Derivate (Credit Support Annex).

KREDITRISIKEN AUS DEM VERWALTUNGSVERMÖGEN

Das Verwaltungsvermögen umfasst die Vermögenswerte, welche unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen.

Als Finanzinstrumente gelten hier die Darlehen im Verwaltungsvermögen. Diese werden vom Bund im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung gewährt. Die Darlehensgewährung orientiert sich demnach nicht an kaufmännischen Grundsätzen, sondern steht unmittelbar im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben respektive einem öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck.

Eine Übersicht zu den bilanzierten Darlehen im Verwaltungsvermögen inklusive einer Übersicht der wichtigsten Darlehenspositionen findet sich unter Ziffer 82/8. Die wichtigsten Darlehensnehmer sind konzessionierte Transportunternehmen (Verkehr) oder Kantone (Landwirtschaft) mit einer hohen Bonität. Die Darlehen im Bereich des sozialen Wohnbaus sowie der übrigen Volkswirtschaft werden an eine Vielzahl von Schuldnern gewährt, was die Gefahr von Klumpenrisiken minimiert. Die Ausfallrisiken des Bundes werden in der Darlehensbewertung in Form eines verminderten Buchwerts berücksichtigt.

KREDITRISIKEN AUS BÜRGschaften UND GARANTIE

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung gewährt der Bund Bürgschaften und Garantien. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Zahlungen zu Gunsten des Garantienehmers zu leisten, sofern ein Kreditnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Garantiennehmer nicht nachkommt. Eine Übersicht sämtlicher offenen Bürgschaften und Garantien sowie zusätzlichen Erläuterungen findet sich in Ziffer 83/1. Als Risikovorsorge für erwartete Zahlungsausfälle wurde in den Rückstellungen Verpflichtungen in der Höhe von 939 Millionen gebildet. Die entsprechenden Erläuterungen finden sich in Ziffer 82/14 Rückstellungen.

4.2 LIQUIDITÄTSRISIKEN

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Bund seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann. Die Liquiditätsrisiken werden auf einem kurz- und einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont bewirtschaftet.

Zur Sicherstellung der Liquidität im kurzfristigen Horizont hält die Bundestresorerie kurzfristige, liquide Finanzanlagen, um die Zahlungsbereitschaft des Bundes sicherzustellen. Aufgrund der schwierigen Planbarkeit der Zahlungsströme, namentlich bei den Einnahmen (Verrechnungssteuer, direkte Bundessteuer), ist eine minimale Liquidität erforderlich. Die wesentlichen Zahlungseingänge unterliegen einem ausgeprägten saisonalen Muster. Um die Liquiditätshaltung zu limitieren, definiert die Bundestresorerie jährlich Zielbandbreiten. Dabei werden sowohl die saisonalen Schwankungen auf der Einnahmenseite als auch die Rückzahlungstermine der Geldmarkt-Buchforderungen und der Anleihen berücksichtigt. Wesentliche Abweichungen von den Zielbandbreiten erfordern eine Anpassung der ursprünglich geplanten Geldbeschaffung am Geld- und Kapitalmarkt.

Die mittel- und langfristige Liquiditätsplanung wird mit einer rollierenden Planung sichergestellt. Die Emission von kurz- und langfristigen Schuldinstrumenten wird dabei

gestützt auf den erwarteten Finanzierungsbedarf (Entwicklung des Bundeshaushalts gemäss Budget und Finanzplan, erwartete Tresoreriedarlehen, Fälligkeiten von Anleihen) so geplant, dass der Bund stets über ausreichend Liquidität verfügt.

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu den Restlaufzeiten und zu den Geldflüssen der finanziellen Verbindlichkeiten inklusive der geschätzten Zinszahlungen auf nicht diskontierter Basis:

FÄLLIGKEITEN FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN

		Fälligkeiten (Nominal und Zins) per 31.12.2023			
2023 Mio. CHF	Buchwert	Vertrag- liche Zahlungen			
			< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Laufende Verbindlichkeiten	21 223	21 223	21 223	–	–
Finanzielle Rechnungsabgrenzungen	5 089	5 089	5 089	–	–
Finanzverbindlichkeiten	106 869	116 427	34 400	19 541	62 486
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren Festgelder	13 922	13 922	13 922	–	–
Anleihen	76 718	86 266	4 336	19 443	62 486
Verpflichtungen ggü. Bundeseigenen Sozialversicherungen	5 012	5 012	5 012	–	–
Verpflichtungen ggü. Unternehmen und Anstalten des Bundes	5 060	5 060	5 060	–	–
Verpflichtung ggü. der Sparkasse Bundespersonal	3 249	3 249	3 249	–	–
Derivative Finanzinstrumente	529	529	529	–	–
Beschlagnahmte Vermögenswerte	1 032	1 032	1 032	–	–
Übrige Finanzverbindlichkeiten	1 348	1 358	1 260	98	–
Verpflichtung für Sonderrechnungen	6 064	6 064	–	6 064	–
Total	139 245	148 803	60 711	25 605	62 486

Zusätzlich besteht für den Bund ein Liquiditätsrisiko aus offenen Bürgschaften und Garantien. Eine Abschätzung der erwarteten Geldabflüsse ist häufig nicht möglich. Sofern eine Bewertung der Bürgschaften und Garantien möglich ist, wird dafür eine Rückstellung für den erwarteten Mittelabfluss verbucht (vgl. Ziffer 82/14). Diese Bewertung ist jedoch mit einer erheblichen Schätzunsicherheit behaftet, die tatsächlichen Mittelabflüsse können erheblich vom verbuchten Betrag abweichen. Ebenfalls lässt sich nicht abschätzen, in welchem Zeitraum tatsächlich Zahlungen geleistet werden müssen. Zusätzlich bestehen noch weitere Bürgschaften und Garantien, für welche keine Zahlungsabflüsse erwartet werden oder die nicht bewertet werden können, da die Ausfallwahrscheinlichkeit nicht mit angemessener Zuverlässigkeit abgeschätzt werden kann. Entsprechend werden keine Rückstellungen gebildet. Allerdings ist der Bund auch bei diesen Bürgschaften und Garantien einem Ausfallrisiko und damit einem Liquiditätsrisiko ausgesetzt. Eine Übersicht dieser Bürgschaften ist im Kapitel Bürgschaften und Garantien (vgl. Ziffer 83/1) aufgeführt.

4.3 MARKTRISIKEN

WÄHRUNGSRISEN

Das Fremdwährungsrisiko besteht darin, dass sich der bilanzierte Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Wechselkursschwankungen verändern kann. Da der Bund ausschliesslich in Schweizer Franken verschuldet ist und nur tiefe Bestände in Fremdwährungen hält, ist er keinem wesentlichen Währungsrisiko aus bilanzierten Finanzinstrumenten ausgesetzt. Die Anlagen (insbesondere Sichtguthaben) und Forderungen (offene Rechnungen) in Fremdwährung sind mehrheitlich in Euro oder USD gehalten.

Zukünftige Zahlungsverpflichtungen in Fremdwährungen werden mit einem passiven Ansatz systematisch abgesichert (auf Termin gekauft). Währungsschwankungen nach Abschluss solcher Termingeschäfte äussern sich in Veränderungen der sogenannten Wiederbeschaffungswerte (derivative Finanzinstrumente).

Bei den Währungsabsicherungen ist zu unterscheiden zwischen Budgetgeschäften und Spezialgeschäften:

- *Budgetgeschäfte*: Die EFV sichert den im Voranschlag budgetierten Fremdwährungsbedarf in den Währungen Euro und USD systematisch ab und stellt den Verwaltungseinheiten die beschafften Fremdwährungen zu den fixierten Budgetkursen zur Verfügung.
- *Spezialgeschäfte*: Müssen aufgrund eines Verpflichtungskredites Zahlungen in fremder Währung über mehrere Jahre geleistet werden und überschreiten die Zahlungen den Gegenwert von 50 Millionen, sichert die EFV in der Regel das Währungsrisiko ab (Art. 70a FHV). Die Absicherung kann nach dem rollierenden Ansatz erfolgen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die abgesicherten zukünftigen Transaktionen:

WÄHRUNGSRISIKEN

ABSICHERUNGSGESCHÄFTE ZUKÜNFTIGER TRANSAKTIONEN (CASH FLOW-HEDGE)

		Nominalwert per 31.12.2023			
2023		Fälligkeiten			
Mio. CHF	Total	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Absicherungsgeschäfte					
Spezialgeschäfte	8 346	8 276	70	–	
Euro	745	753	-7	–	
US-Dollar	7 573	7 496	77	–	
GBP	–	–	–	–	
NOK	–	–	–	–	
SEK	27	27	–	–	
Budget	1 415	1 415	–	–	
Euro	663	663	–	–	
US-Dollar	752	752	–	–	

ZINSSATZÄNDERUNGSRISIKEN

Zinssatzänderungen können einerseits eine unmittelbare Auswirkung auf die Buchwerte der Finanzinstrumente und damit auf das bilanzielle Eigenkapital des Bundes haben. Andererseits haben Zinssatzänderungen aber auch Auswirkungen auf die langfristige Vermögens- und Ertragslage des Bundes.

Die unmittelbaren Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf die Buchwerte der Finanzinstrumente sind klein. Da die Finanzverbindlichkeiten des Bundes im Wesentlichen festverzinslich, beziehungsweise unverzinslich (laufende Verbindlichkeiten) sind und in aller Regel bis Verfall gehalten werden, haben Zinssatzänderungen keine Auswirkung auf die Buchwerte dieser Finanzinstrumente. Eine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzwerte hat eine Zinssatzänderung vorwiegend bei den Zinssatzswaps. In Bezug auf die Bilanzsumme der Rechnung sind diese Auswirkungen jedoch nicht wesentlich.

Allerdings besteht ein wesentliches Zinssatzänderungsrisiko im Hinblick auf die Erneuerung der Finanzverbindlichkeiten. Steigende Zinssätze haben langfristig höhere Zinszahlungen zur Folge und haben damit einen Einfluss auf die zukünftige Finanzlage des Bundes. Diese Risiken werden mittels Simulationsanalysen gemessen und innerhalb eines vordefinierten Risikobudgets gesteuert. Eine ausführliche Darstellung findet sich im jährlichen Tätigkeitsbericht der Bundestresorerie.

Im Weiteren haben Zinssatzänderungen eine bedeutende Auswirkung auf die Bewertung der Personalvorsorgeverpflichtungen. Die Auswirkungen von Zinssatzänderungen im Bereich Personalvorsorge sind unter Ziffer 82/13 mittels einer Sensitivitätsanalyse dargestellt.

5 ZUORDNUNG ZU DEN BEWERTUNGSKATEGORIEN NACH IPSAS 41

Mit Ausnahme der derivativen Finanzanlagen sind sämtliche finanziellen Vermögenswerte der Bewertungskategorie «hold to collect» zugeordnet. Schuldinstrumente dieser Kategorie werden in erster Linie bis zur Endfälligkeit gehalten, um die vertraglichen Zahlungsströme (i.e., Zinszahlungen und Rückzahlungen) zu vereinnahmen. Verkäufe finden grundsätzlich nur selten und nur unter bestimmten Umständen statt.

Mit Ausnahme der derivativen Finanzverbindlichkeiten und der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien sind sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten der Bewertungskategorie «übrige finanzielle Verbindlichkeiten» zugeordnet.

Die derivativen Finanzanlagen und -verbindlichkeiten sowie die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien sind der Bewertungskategorie «erfolgswirksam zum Fair Value» zugeordnet.

Die Anwendung von IPSAS 41 und die Zuordnung zu den Bewertungskategorien führte zu keinen Anpassungen in der Bewertung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

6 ZUM «FAIR VALUE» BEWERTETE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Zum «Fair Value» sind die nachfolgenden derivativen Finanzinstrumente sowie die Bürgschaften und Garantien bewertet:

Mio. CHF	Nominalwert		Positiver Wiederbeschaffungswert bzw. Fair Value		Negativer Wiederbeschaffungswert bzw. Fair Value	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Derivative Finanzinstrumente	11 085	9 976	18	1	-533	-529
Zinsinstrumente	216	216	-	-	-28	-39
Zinsswaps	216	216	-	-	-28	-39
Devisen	10 869	9 761	18	1	-505	-490
Terminkontrakte	10 869	9 761	18	1	-505	-490

Bürgschaften und Garantien: Die offenen Bürgschaften und Garantien sind per Stichtag mit maximal 24,9 Milliarden beanspruchbar (2022: 27,3 Mrd.). Sofern auf belastbare Informationen wie z.B. Ausfallwahrscheinlichkeiten von ähnlichen oder gleichen Bürgschaften und Garantien in der Vergangenheit oder Bonitätsratings der Kreditnehmer abgestützt werden kann, werden sie bewertet (24,1 Mrd. bewertbar; 0,8 Mrd. nicht bewertbar). Per Stichtag sind Rückstellungen im Betrag von 939 Millionen (2022: 1399 Mio.) verbucht. Die entsprechenden Erläuterungen finden sich in Ziffer 83/1 sowie in Ziffer 82/14.

Die «Fair Value»-Hierarchie umfasst die folgenden drei Stufen zur Wertermittlung:

- *Stufe 1, Marktpreise:* Die Inputfaktoren für die Bewertung bilden notierte, nicht bereinigte Preise, die am Bewertungsstichtag an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ermittelt werden.
- *Stufe 2, Vergleichswerte:* Die Bewertung basiert auf beobachtbaren Inputfaktoren, welche für den Vermögenswert bzw. die Verbindlichkeit entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind. Die derivativen Finanzinstrumente sind dieser Stufe zugeordnet.
- *Stufe 3, Schätzwerte:* Die Bewertung erfolgt auf Basis nicht beobachtbarer Inputfaktoren. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien werden dieser Stufe zugeordnet, da für die Bewertung häufig keine beobachtbaren Marktdaten herangezogen werden können.

In der Berichtsperiode haben ebenso wie im Vorjahr keine Verschiebungen zwischen den Stufen stattgefunden.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN IN DER BILANZ VERBUCHTEN WERTEN IM VERGLEICH ZU DEN MARKTWERTEN

Die Bilanzwerte der flüssigen Mittel entsprechen dem «Fair Value» (Marktwert). Infolge kurzer Restlaufzeiten entsprechen die Bilanzwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen, laufenden Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungen sowie Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen näherungsweise dem «Fair Value».

Die nicht derivativen Finanzanlagen setzen sich zusammen aus Finanzanlagen mit kurzen Restlaufzeiten oder langfristigen Finanzanlagen, welche zu marktgerechten Konditionen verzinst werden. Demzufolge entsprechen die Bilanzwerte näherungsweise dem «Fair Value».

Die Darlehen im Verwaltungsvermögen sind ebenfalls zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Ein «Fair Value» ist für diese Darlehen nicht verfügbar, beziehungsweise aufgrund nicht beobachtbarer Inputfaktoren nicht sinnvoll zu berechnen.

Bei nicht derivativen Finanzverbindlichkeiten kann der «Fair Value» erheblich vom Bilanzwert abweichen. Eine entsprechende Gegenüberstellung der Bilanzwerte im Vergleich zu den Marktwerten ist unter der Ziffer 82/11 aufgeführt.

7 FINANZIELLE ZUSAGEN

Mio. CHF	Total 31.12.2023	2024	davon fällig später
Finanzielle Zusagen	236 987	54 987	182 000
Vertragliche Zusagen	45 839	8 984	36 854
Netzzuschlagsfonds	9 076	645	8 431
Beziehungen zum Ausland	7 404	2 266	5 138
Internationale Zusammenarbeit	5 230	1 704	3 526
Pflichtbeiträge an internationale Organisationen	2 175	563	1 612
Sicherheit	13 644	2 374	11 270
Bildung und Forschung	3 220	971	2 249
Verkehr	471	165	305
Zinsausgaben	9 548	1 396	8 152
Übrige vertragliche Zusagen	2 476	1 167	1 309
Gesetzliche Zusagen	191 148	46 003	145 145
Sozialversicherungen	85 970	20 599	65 371
Beiträge an die AHV und IV	61 474	14 527	46 947
Beitrag an die individuelle Prämienverbilligung	13 709	3 257	10 452
Beitrag an die ALV	1 631	578	1 053
Ergänzungsleistungen an AHV und IV und übrige Beiträge	9 156	2 237	6 919
Finanzausgleich	15 854	3 853	12 001
Einlagen in Sonderrechnungen	32 312	7 975	24 337
Bahninfrastrukturfonds	10 941	2 650	8 291
Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds	21 371	5 325	16 046
Anteile Dritter an Bundeserträgen	54 387	13 174	41 213
Kantonsanteile	30 545	7 601	22 944
Anteile der Sozialversicherungen	20 878	4 767	16 111
Rückverteilung Lenkungsabgaben	2 965	806	2 159
Übrige gesetzliche Zusagen	2 624	401	2 223

Ein Grossteil des Bundeshaushalts ist durch gesetzliche Vorgaben, Verträge, Leistungsvereinbarungen sowie Fremdkapitalzinsen vorgegeben und damit kurzfristig nicht beeinflussbar. Die finanziellen Zusagen am Jahresende belaufen sich auf rund 237 Milliarden, wovon im Jahr 2024 rund 55 Milliarden fällig werden. Die wesentlichsten Positionen werden nachfolgend erläutert.

VERTRAGLICHE ZUSAGEN

Vertragliche Zusagen sind grundsätzlich auf eine bestimmte Laufzeit beschränkt. Für Vorhaben, bei denen der Bund überjährige Verpflichtungen gegenüber Dritten eingeht, sind vorgängig Verpflichtungskredite zu beantragen. Die finanziellen Zusagen umfassen jenen Anteil des Verpflichtungskredits, für den bereits Verpflichtungen gegenüber Dritten eingegangen wurden. Keine Verpflichtungskredite sind notwendig für den Netzzuschlagsfonds, Pflichtbeiträge an internationale Organisationen sowie Zinsausgaben:

- *Netzzuschlagsfonds (NZF)*: Die vertraglichen Zusagen bilden die erwarteten zukünftigen Zahlungen aus Projektzusagen ab. Für detaillierte Erläuterungen wird auf die entsprechende Fondsrechnung verwiesen (siehe Kapitel C1).
- *Beziehungen zum Ausland*: Die vertraglichen Zusagen für die internationale Zusammenarbeit leiten sich aus den entsprechenden Verpflichtungskrediten ab. Sie beinhalten Finanzhilfen und Ausgaben für die technische Zusammenarbeit. Die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen haben mehrheitlich keine feste Laufzeit. Für die Betragsermittlung wird, analog zu den gesetzlichen Zusagen, von einer Laufzeit von 4 Jahren ausgegangen.
- *Zinsausgaben*: Die Zinsausgaben beinhalten die zukünftigen Zinszahlungen für Anleihen. Ein Teil der Zinszahlungen wird als Agio bei der Ausgabe der Anleihen bereits passiviert und dementsprechend hier vom Gesamtwert abgezogen.

Die nachfolgenden Zusagen leiten sich aus den entsprechenden Verpflichtungskrediten ab. Sie beinhalten vorwiegend:

- *Sicherheit*: Ausgaben für die Kampfjetbeschaffung und die übrige militärische Landesverteidigung, die Grenzkontrollen, die polizeilichen Aufgaben des Bundes und den Bevölkerungsschutz.
- *Bildung und Forschung*: Beiträge für internationale Forschungsprogramme sowie Investitionsbeiträge für den ETH-Bereich, kantonale Universitäten sowie Fachhochschulen.
- *Verkehr*: Bereits zugesagte Förderbeiträge für Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen, Luftverkehr (vorwiegend Luftfahrtsicherheit), Güterverkehr und den regionalen Personenverkehr.
- *Übrige vertragliche Zusagen*: Verpflichtungskredite der übrigen Aufgabengebiete.

Für eine detaillierte Sicht der offenen Verpflichtungskredite wird auf Teil B «Kreditsteuerung» verwiesen (siehe Tabelle in Kapitel B11, Spalten 5 und 6).

GESETZLICHE ZUSAGEN

Die gesetzlichen Zusagen haben in der Regel keine feste Laufzeit. Für die Betragsermittlung wird vereinfachend von einer Laufzeit von 4 Jahren ausgegangen (Finanzplan). Dies entspricht dem ungefähren Zeitbedarf einer allfälligen Gesetzesrevision.

- *Sozialversicherungen*: Die Zusagen beinhalten insbesondere die Beiträge an die AHV und IV und die Arbeitslosenversicherung sowie die Bundesbeiträge an die individuelle Prämienverbilligung. Die Beiträge sind gesetzlich geregelt und abhängig von den jährlichen Ausgaben der Sozialversicherungen.
- *Finanzausgleich*: Die Beiträge des Bundes an den Ressourcen- und Lastenausgleich sind gesetzlich geregelt.
- *Einlagen in Sonderrechnungen*: Die Position beinhaltet die Einlagen in die beiden Sonderrechnungen BIF und NAF. Dabei handelt es sich um eigenständige Rechnungen, die über eine jährliche Fondseinlage mit der Bundesrechnung verbunden sind. Die Höhe der Einlage aus dem Bundeshaushalt in die Fonds ist gesetzlich geregelt.
- *Anteile Dritter an Bundeserträgen*: Die Zusagen leiten sich aus den zweckgebundenen Erträgen ab, welche an die Kantone, an Sozialversicherungen oder – im Fall der Lenkungsabgaben – an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt werden. Die Verpflichtung entsteht bei der Vereinnahmung der entsprechenden Erträge. Die Ermittlung der Beiträge basiert auf dem Finanzplan.
- *Übrige gesetzliche Zusagen*: Sie beinhalten insbesondere Zusagen für Teile des Gebäudeprogramms sowie die Zustellermässigung für Zeitungen und Zeitschriften.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Finanzielle Zusagen sind zukünftige Zahlungen, welche aufgrund bestehender vertraglicher oder gesetzlicher Grundlagen voraussichtlich eintreten werden und für die Erfüllung bestimmter Aufgaben erforderlich sind. Bereits bilanzierte Verpflichtungen, d.h. Verbindlichkeiten, werden nicht innerhalb der finanziellen Zusagen ausgewiesen.

Vertragliche Zusagen können aus Verträgen, Verfügungen und Leistungsvereinbarungen gegenüber Dritten entstehen. Bei einer vertraglichen Zusage geht der Bund für ein spezifisches Projekt oder eine Ausgabe eine Verpflichtung gegenüber einer Drittpartei ein. Sobald die Drittpartei ihrerseits die Leistungsverpflichtung erfüllt, entsteht eine Verbindlichkeit.

Gesetzliche Zusagen lassen sich direkt aus dem Gesetz ableiten. Solche Zusagen haben in der Regel keine feste Laufzeit. Häufig schreibt das Gesetz die Betragshöhe verbindlich vor oder die Betragshöhe entspricht der Vereinnahmung der entsprechenden Erträge. Wird ein Bundesbeitrag lediglich auf Verordnungsstufe festgelegt, liegt keine finanzielle Zusage vor, weil eine Verordnung kurzfristig durch den Bundesrat geändert werden kann.

8 GESCHLOSSENE VORSORGEWERKE

Die geschlossenen Vorsorgewerke beinhalten Rentenbeziehende, die beim Austritt ihrer Arbeitgebenden bei der damaligen Pensionskasse des Bundes (PKB) bzw. bei PUBLICA verblieben sind, sowie die ehemaligen freiwilligen Versicherten.

Die um die Jahrtausendwende verselbstständigten Bundesbetriebe (u.a. Swisscom, RUAG) sowie angeschlossene Organisationen wie die SRG SSR idée suisse liessen ihre in diesem Zeitpunkt vorhandenen Rentenbeziehenden bei der damaligen PKB zurück. Zu diesen Rentnerbeständen kommen keine neuen Rentenbeziehenden mehr dazu, weshalb Artikel 23 des Bundesgesetzes über die Pensionskasse des Bundes vom 20.12.2006 (PUBLICA-Gesetz, SR 172.222.1) von geschlossenen Rentnerbeständen spricht. Die geschlossenen Rentnerbestände werden in eigenen Vorsorgewerken geführt. Die Kassenkommission fungiert als paritätisches Organ dieser Vorsorgewerke (Art. 24 Abs. 1 PUBLICA-Gesetz). Für die Sanierung der geschlossenen Vorsorgewerke gilt Artikel 24a des PUBLICA-Gesetzes. Dieser räumt dem Bundesrat die Kompetenz ein, den eidgenössischen Räten im Sanierungsfall entsprechende Mittel zu beantragen.

Für die geschlossenen Vorsorgewerke besteht eine eigene, auf die eingeschränkte Risikofähigkeit abgestützte Anlagestrategie. Die Kassenkommission PUBLICA passt die jeweilige Anlagestrategie aufgrund der finanziellen Lage der geschlossenen Vorsorgewerke sowie aufgrund der erwarteten Entwicklung der Anlagen und Verpflichtungen an. Per 31.12.2023 liegt der regulatorische Deckungsgrad der geschlossenen Vorsorgewerke insgesamt bei 100,6 Prozent (provisorische Angabe; Vorjahr 96,7 %). Die 2023 erzielte Nettoerndite auf dem Anlagevermögen liegt bei 4,7 Prozent (Vorjahr -8,0 %).

Per 1.1.2024 hat PUBLICA die sieben geschlossenen Vorsorgewerke zu einem zusammengelegt. Durch den damit verbundenen Risikoausgleich wird das neue geschlossene Vorsorgewerk finanziell stabiler als die einzelnen kleinen.

9 NAHESTEHENDE PERSONEN

Mio. CHF	Beiträge Bund / Anteile an Erträgen		Bezüge von Waren und Dienstleistungen / Zinsaufwände		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen / Zinserträge		Forderungen und Darlehen		Verbindlichkeiten	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Nahestehende Personen	30 734	30 971	787	864	573	480	16 606	15 897	15 172	17 160
Swisscom	–	–	110	122	87	6	4	2	10	18
SBB	392	385	17	17	50	52	6 328	6 515	–	–
Post	238	233	47	48	6	5	65	86	313	196
RUAG	–	–	544	512	10	2	9	9	17	39
Bahninfrastrukturfonds (BIF)	5 606	5 730	–	–	43	42	5 827	5 102	1 229	1 482
Nationalstrassen- und Agglomerations- verkehrs-fonds (NAF)	2 744	2 766	–	–	–	–	3 828	3 670	4 532	4 581
ETH-Bereich	2 735	2 800	43	75	202	195	1	–	1 943	1 412
Innosuisse	304	387	–	–	2	2	5	1	17	10
Schweizerische Exportrisikoversicherung	–	–	17	33	–	–	–	–	3 124	3 143
AHV/IV/EO-Ausgleichsfonds	17 154	17 821	–	–	136	138	53	56	1 171	907
ALV-Fonds	1 290	569	6	52	–	–	–	–	2 450	5 012
Übrige	271	280	3	4	37	38	486	456	366	360

Mit Ausnahme der Subventionsbeiträge, der Anteile Dritter an Bundeserträgen sowie der unverzinslichen Darlehen gegenüber den SBB erfolgen alle Transaktionen zwischen dem Bund und den nahestehenden Personen (inkl. Töchter und Enkel) zu Marktkonditionen.

Detaillierte Angaben finden sich insbesondere in den Ziffern 81/8, 81/9, 81/10, 82/4, 82/6, 82/8, 82/11 sowie 82/12.

Von den Forderungen gegenüber den SBB sind 6 513 Millionen verzinslich.

In den Forderungen gegenüber der Post sind die Guthaben auf den Postkonti der Postfinance ausgewiesen.

Die Darlehen an den Bahninfrastrukturfonds (5102 Mio.) werden zu marktkonformen Konditionen verzinst. Demgegenüber ist die Verbindlichkeit in der Höhe von 1482 Millionen unverzinslich. Sie betrifft noch nicht ausbezahlte Fondseinlagen.

Gegenüber dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds besteht per Ende Jahr eine Verbindlichkeit von 4581 Millionen. Mit der Fondseinlage wurden diese Gelder bereits der Schuldenbremse belastet, aber noch nicht ausbezahlt. Gleichzeitig besteht eine Forderung aus der aktivierten Fondseinlage in der Höhe von 3670 Millionen. In diesem Umfang werden noch fertigzustellende Nationalstrassenabschnitte zurück in die Bundesrechnung überführt.

Beim ETH-Bereich sind unter «Beiträge Bund» der Finanzierungsbeitrag wie auch der Beitrag für die Unterbringung enthalten. Unter «Verkäufe von Waren und Dienstleistungen» ist der Liegenschaftsertrag für die Unterbringung ausgewiesen. Die Bezüge von Waren und Dienstleistungen entsprechen Forschungsaufträgen, welche Verwaltungseinheiten des Bundes beim ETH-Bereich in Auftrag gegeben haben.

ENTSCHÄDIGUNGEN AN SCHLÜSSELPERSONEN

Die Entlohnung und Entschädigung an die Mitglieder des Bundesrates sind im Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen (SR 172.121) sowie in der gleichnamigen Verordnung (SR 172.121.1) geregelt.

84 EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Der Bundesrat hat die Staatsrechnung 2023 am 27. März 2024 genehmigt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag aufgetreten. Der Bundesversammlung wird die Staatsrechnung in der Sommersession 2024 zur Abnahme unterbreitet.

85 VERWALTUNGSEINHEITEN UND BETEILIGUNGSREGISTER

VERWALTUNGSEINHEITEN DER BUNDESRECHNUNG**VE-NR: Departement/Verwaltungseinheit****Behörden und Gerichte**

101	Bundesversammlung
103	Bundesrat
104	Bundeskanzlei
105	Bundesgericht
107	Bundesstrafgericht
108	Bundesverwaltungsgericht
109	Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft
110	Bundesanwaltschaft
111	Bundespatentgericht

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten

202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
-----	--

Eidg. Departement des Innern

301	Generalsekretariat EDI
303	Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
305	Schweizerisches Bundesarchiv
306	Bundesamt für Kultur
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie
316	Bundesamt für Gesundheit
317	Bundesamt für Statistik
318	Bundesamt für Sozialversicherungen
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
342	Institut für Virologie und Immunologie

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

401	Generalsekretariat EJPD
402	Bundesamt für Justiz
403	Bundesamt für Polizei
413	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
417	Eidgenössische Spielbankenkommission
420	Staatssekretariat für Migration
485	Informatik Service Center ISC-EJPD

Eidg. Dep. für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

500	Generalsekretariat VBS
502	Unabhängige Aufsichtsbehörde über die ND Tätigkeiten
503	Nachrichtendienst des Bundes
504	Bundesamt für Sport
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
525	Verteidigung
540	Bundesamt für Rüstung armasuisse
542	armasuisse Wissenschaft und Technologie
543	armasuisse Immobilien
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo

Eidg. Finanzdepartement

600	Generalsekretariat EFD
601	Eidgenössische Finanzverwaltung
602	Zentrale Ausgleichsstelle
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint
604	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
605	Eidgenössische Steuerverwaltung
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
611	Eidgenössische Finanzkontrolle
614	Eidgenössisches Personalamt
620	Bundesamt für Bauten und Logistik

FORTSETZUNG**Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**

701	Generalsekretariat WBF
704	Staatssekretariat für Wirtschaft
708	Bundesamt für Landwirtschaft
710	Agroscope
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
725	Bundesamt für Wohnungswesen
727	Wettbewerbskommission
735	Bundesamt für Zivildienst
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
785	Information Service Center WBF ISCeco

Eidg. Dep. für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

801	Generalsekretariat UVEK
802	Bundesamt für Verkehr
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt
805	Bundesamt für Energie
806	Bundesamt für Strassen
808	Bundesamt für Kommunikation
810	Bundesamt für Umwelt
812	Bundesamt für Raumentwicklung
816	Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle
817	Regulierungsbehörden Infrastruktur

BETEILIGUNGSREGISTER

Beteiligungen	Kapitalanteil	Bewertungsmethode	Verwaltungseinheit
Verkehr			
Die Schweizerische Post	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
Swisscom	51	anteiliges Eigenkapital	EFV
Skyguide	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
SBB	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
BLS Netz AG	50	anteiliges Eigenkapital	EFV
BLS AG	22	anteiliges Eigenkapital	EFV
Rhätische Bahn RhB	43	anteiliges Eigenkapital	EFV
Zentralbahn zb	16	anteiliges Eigenkapital	EFV
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	77	anteiliges Eigenkapital	EFV
Montreux-Oberland-Bahn MOB	43	anteiliges Eigenkapital	EFV
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	31	anteiliges Eigenkapital	EFV
Appenzeller Bahnen AB	39	anteiliges Eigenkapital	EFV
Aare Seeland Mobil AG ASM	36	anteiliges Eigenkapital	EFV
Aargau Verkehr AG AVA	33	anteiliges Eigenkapital	EFV
Transports Publics Fribourgeois Infrastructure TPFI	67	anteiliges Eigenkapital	EFV
Schweizerische Südostbahn SOB	36	anteiliges Eigenkapital	EFV
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	43	anteiliges Eigenkapital	EFV
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	43	anteiliges Eigenkapital	EFV
Baselland Transport AG BLT	16	anteiliges Eigenkapital	EFV
Berner Oberland-Bahnen BOB	36	anteiliges Eigenkapital	EFV
Chemin de fer du Jura	33	anteiliges Eigenkapital	EFV
Forchbahn FB	33	Anschaffungswert	BAV
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	34	Anschaffungswert	BAV
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	28	Anschaffungswert	BAV
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	17	Anschaffungswert	BAV
Transports Publics du Chablais SA, TPC	18	Anschaffungswert	BAV
Travys SA	17	Anschaffungswert	BAV
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	17	Anschaffungswert	BAV
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	28	Anschaffungswert	BAV
TransN	5	Anschaffungswert	BAV
Morges-Bière-Cossonay MBC	33	Anschaffungswert	BAV
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	10	Anschaffungswert	BAV
Matterhorn Gotthard Bahn AG	39	Anschaffungswert	BAV
Brienz Rothorn Bahn	-	Anschaffungswert	BAV
Beziehungen zum Ausland			
SIFEM AG	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	2	Anschaffungswert	SECO
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	1	Anschaffungswert	EDA
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	2	Anschaffungswert	EDA
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	1	Anschaffungswert	EDA
Internationale Finanz-Corporation IFC	2	Anschaffungswert	EDA
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	1	Anschaffungswert	EDA
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	0	Anschaffungswert	EDA
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	1	Anschaffungswert	EDA
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	1	Anschaffungswert	EDA
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	1	Anschaffungswert	EDA
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank	1	Anschaffungswert	EDA
Lending for Education in Africa Partnership (LEAP-Fund)	-	Anschaffungswert	EDA
Landesverteidigung			
RUAG International Holding AG	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
RUAG MRO Holding AG	100	anteiliges Eigenkapital	EFV
Seelandgas AG	2	Anschaffungswert	ar Immo
AVAG Thun	0	Anschaffungswert	ar Immo
Thermobois SA	0	Anschaffungswert	ar Immo
EWA-energieUri AG	0	Anschaffungswert	ar Immo

FORTSETZUNG

Soziale Wohlfahrt			
Logis Suisse Holding	1	Anschaffungswert	BWO
Alloggi Ticino SA	36	Anschaffungswert	BWO
Wohnstadt Bau- und Verwaltungsgenossenschaft (BS)	13	Anschaffungswert	BWO
Genossenschaft Wohnstadt (AG)	13	Anschaffungswert	BWO
Gemiwo AG	17	Anschaffungswert	BWO
Wohnbaugenossenschaft Gewo Züri Ost	2	Anschaffungswert	BWO
Landwirtschaft			
Identitas AG	51	Anschaffungswert	BLW
Übrige Volkswirtschaft			
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	2	Anschaffungswert	BAG
Refuna AG	8	Anschaffungswert	EFV
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	21	Anschaffungswert	SECO
Übrige Aufgabengebiete			
Swissmedic	66	Anschaffungswert	GS-EDI
Pro Helvetia	100	Anschaffungswert	GS-EDI
NAGRA	8	Anschaffungswert	BAG
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	1	Anschaffungswert	BAZG
71 Park St. Corp., New York	–	Anschaffungswert	BBL
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	Anschaffungswert	BBL
642 Park Av. Corp., New York	–	Anschaffungswert	BBL
Murifeld	–	Anschaffungswert	BBL
Kanzleiz Helsinki	–	Anschaffungswert	BBL

TESTAT ZUR STAATSRECHNUNG 2023

PLATZHALTER

PLATZHALTER

PLATZHALTER

PLATZHALTER

INHALTSVERZEICHNIS

B	KREDITSTEUERUNG	107
1	VERPFLICHTUNGSKREDITE	111
11	FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE	111
12	FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE FÜR GARANTIE UND BÜRGSCHAFTEN	136
2	ZAHLUNGSRAHMEN	139
21	FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE ZAHLUNGSRAHMEN	139
3	KREDITÜBERSCHREITUNGEN	143
31	KREDITÜBERSCHREITUNGEN	143

1 VERPFLICHTUNGSKREDITE

11 FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE

Der Bund führte per Ende 2023 454 Verpflichtungskredite im Umfang von insgesamt 228,8 Milliarden. Davon wurden 160,0 Milliarden bereits verpflichtet und per Ende 2023 120,1 Milliarden beglichen. Der Bund hat derzeit somit offene Verpflichtungen aus Verpflichtungskrediten in der Höhe von 39,9 Milliarden, davon werden im Jahr 2024 voraussichtlich 8,6 Milliarden beglichen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass 25,4 Milliarden nicht beansprucht werden. Mit Ausnahme der Finanzen und Steuern werden in allen Aufgabengebieten Verpflichtungskredite geführt. Eine detaillierte Auflistung aller laufenden Verpflichtungskredite findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

Die per 31.12.2023 abgerechneten Verpflichtungskredite finden sich im Band 1A Ziffer D 21.

DEFINITION VERPFLICHTUNGSKREDIT

Der Verpflichtungskredit setzt den Höchstbetrag fest, bis zu dem der Bundesrat ermächtigt ist, für ein bestimmtes Vorhaben finanzielle Verpflichtungen gegenüber bundesexternen Dritten einzugehen. Ein Verpflichtungskredit ist namentlich erforderlich für überjährige Vorhaben sowie für die Übernahme von Garantien und Bürgschaften.

LESEHILFE ZUR TABELLE

Für jeden Verpflichtungskredit sind in der Tabelle folgende Informationen enthalten:

- Spalte 1 zeigt die vom Parlament bewilligte Höhe der Verpflichtungen, die für das Vorhaben maximal eingegangen werden dürfen (inkl. Zusatzkredite).
- Spalte 2 zeigt die durch den Bund eingegangenen Verpflichtungen. Ein Betrag gilt als verpflichtet, sobald der Bundesrat auf einen (möglichen) zukünftigen Mittelabfluss keinen Einfluss mehr nehmen oder einen solchen nur mit einer finanziellen Einbusse verhindern kann (i.d.R. Zeitpunkt der Verfügung bzw. Vertragsunterzeichnung).
- In den Spalten 3 und 4 sind für die entsprechenden Jahre die bereits getätigten Ausgaben und Investitionen aus den eingegangenen Verpflichtungen abgebildet.
- Die Spalten 5 und 6 zeigen, wann voraussichtlich der aus den offenen Verpflichtungen entstehende Aufwand beziehungsweise die Investitionsausgaben anfallen werden.
- Der voraussichtlich nicht beanspruchte Teil des Verpflichtungskredits findet sich in Spalte 7.
- Bei einigen Verpflichtungskrediten, die beispielsweise auch Anteile von Bürgschaften oder Garantien umfassen, können die effektiv eingegangenen Verpflichtungen höher sein als in Spalte 2 ausgewiesen. Dies ist dann der Fall, wenn die geplanten Zahlungen nicht in Höhe der effektiv eingegangenen Verpflichtungen erwartet werden.

FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6		Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen			voraus- sichtlich nicht be- anspruch
		Voranschlags- kredite (A)			bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
Total			228 797,3	159 955,2	108 996,2	11 078,5	8 621,1	31 259,4	25 440,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen			5 175,3	2 746,4	1 574,2	460,5	311,2	400,6	337,3
104	Programm Konsolidierung IKT für Webauftritte Bund (SD-WEB) BB 13.12.2018	V0310.00 A202.0182	23,2	13,5	7,4	3,9	1,0	1,1	0,1
104	Projekt Cloud Enabling Büroautomation CEBA BB 15.06.2023	V0383.00 A202.0182	14,9	7,2	–	2,2	2,6	2,4	0,1
311	MeteoSchweiz RZ Plus BB 02.03.2022 <i>davon gesperrt</i>	V0370.00 A200.0001	34,3 17,8	10,6	1,3	5,3	2,6	1,4	23,7
317	Statistik zu Einkommen u. Lebensbedingungen (SILC) 2017-2024 BB 15.06.2017	V0284.00 A200.0001	16,6	9,8	7,3	1,4	1,2	–	6,7
317	Statistik zu Einkommen u. Lebensbedingungen (SILC) 2025-2031 BB 11.12.2023	V0284.01 A200.0001	11,7	–	–	–	–	–	–
317	Haushaltsbudgeterhebung (HABE) 2017-2023 BB 15.06.2017	V0285.00 A200.0001	17,6	11,3	9,1	2,1	0,1	0,0	–
317	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2017-2022 BB 15.06.2017	V0286.00 A200.0001	26,2	17,8	17,2	0,5	0,1	–	8,4
317	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2023-2027 BB 16.12.2021	V0286.01 A200.0001	14,0	3,1	0,1	1,4	1,7	–	–
317	Nationale Datenbewirtschaftung NaDB 2019-2026 BB 11.12.2023	V0391.00 A200.0001	16,3	4,2	3,0	0,9	0,3	–	3,4
402	Infostar (neue Generation) BB 13.12.2018	V0309.00 A200.0001	19,0	1,6	0,9	0,2	0,3	0,3	17,4
525	Programm ERP Systeme V/ar BB 22.09.2020	V0351.00 A202.0101	240,0	153,9	65,9	48,8	38,8	0,4	–
570	Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2012-2015 BB 22.12.2011	V0151.01 A231.0115	79,4	59,8	54,6	1,2	0,8	3,2	19,6
570	Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2016-2019 BB 17.12.2015	V0151.02 A231.0115	65,8	60,0	48,0	2,8	2,5	6,7	5,8
570	Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2020-2023 BB 12.12.2019	V0151.03 A231.0115	59,8	59,8	23,8	10,1	6,4	19,5	–
570	Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2024-2027 BB 21.12.2023	V0151.04 A231.0115	58,9	16,5	–	–	4,7	11,8	–
570	Neue Produktionssysteme (NEPRO) 2023-2029 BB 16.03.2023 <i>davon gesperrt</i>	V0387.00 A200.0001	37,0 19,7	1,5	–	1,0	0,3	0,1	–

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
Mio. CHF				1	2	bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	7
602	Zumiete Zentrale Ausgleichstelle (ZAS), Genf BB 14.12.2017	V0293.00 A200.0001	196,0		58,4	40,6	8,9	8,9	–	–
606	LSVA III BB 28.02.2023	V0390.00 A200.0001 A202.0124	515,0		4,1	–	3,7	0,4	–	–
609	Weiterbetrieb Auslandstandorte KOMBV4 BB 17.12.2015	V0256.00 A200.0001	74,8		8,1	5,4	1,4	1,3	0,0	–
620	Zumiete Bundesverwaltungsgericht St. Gallen BB 09.03.2006	V0129.00 A200.0001	225,0		205,8	41,9	4,0	4,0	155,8	–
620	Zumiete für MeteoSchweiz BB 05.12.2013	V0240.00 A200.0001	30,0		25,7	17,6	2,1	2,1	4,0	–
620	Rahmenkredit Zumieten 2014 BB 11.12.2014	V0252.02 A200.0001	50,0		17,8	0,3	3,6	3,6	10,4	–
620	Mietkosten Bundesgericht BB 08.12.2015 / 17.12.2019	V0261.03 A200.0001	32,7		28,3	13,6	2,1	2,1	10,5	–
620	Erneuerung Maschinen Schweizer Passfamilie BB 15.12.2016	V0272.00 A200.0001 A201.0001	17,1		17,1	16,0	0,8	0,3	–	–
620	Neubau Dienstwohnungen Vernier BB 13.12.2016	V0282.01 A201.0001	16,8		15,4	15,4	–	–	–	1,4
620	Sanierung Hochsicherheitsanl. Veterinärbereich Mittelhäusern BB 13.12.2016	V0282.02 A201.0001	35,2		22,6	13,1	1,8	2,0	5,7	–
620	Rahmenkredit zivile Bauten 2016 BB 13.12.2016	V0282.03 A201.0001	100,0		92,7	91,1	0,9	0,5	0,3	6,7
620	Bundesasylzentrum Balerna/Novazzano BB 14.12.2017	V0292.00 A201.0001	62,8		35,4	20,3	11,1	3,6	0,4	25,2
620	Bundesasylzentrum Basel BB 14.12.2017 / KV 31.12.2021	V0292.01 A201.0001	30,6		30,2	30,2	–	–	0,0	0,4
620	Bundesasylzentrum Embrach BB 14.12.2017 / KV 31.12.2021	V0292.02 A200.0001 A201.0001	31,7		28,0	23,3	0,2	0,2	4,3	2,8
620	Bundesasylzentrum Kappelen BB 14.12.2017	V0292.03 A201.0001	29,1		25,6	25,4	0,0	0,1	–	1,2
620	Bundesasylzentrum Zürich BB 14.12.2017	V0292.04 A200.0001 A201.0001	34,1		19,4	4,3	1,3	1,3	12,6	0,8
620	Rahmenkredit Bundesasylzentren 2017 BB 14.12.2017	V0292.05 A201.0001	50,0		39,6	38,0	0,8	0,4	0,4	2,8
620	Magglingen, Sanierung Halle End der Welt BB 14.12.2017	V0292.06 A201.0001	11,8		10,9	10,9	–	–	–	0,9
620	Tenero Ausbau Sportzentrum 4. Etappe BB 14.12.2017	V0292.07 A201.0001	45,1		44,3	32,9	10,9	0,5	–	–
620	Zollikofen Neubau Verwaltungsgebäude 2. Etappe BB 14.12.2017	V0292.08 A201.0001	91,1		84,7	84,5	0,2	–	–	3,3
620	Rahmenkredit zivile Bauten 2017 BB 14.12.2017	V0292.09 A201.0001	60,0		54,1	49,2	2,5	2,4	0,0	4,6

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
620	Bundesasylzentrum Boudry, Investitionen BB 13.12.2016 / 03.12.2018	V0312.01 A201.0001	22,6	11,6	11,6	-	-	-	11,0
620	Bundesasylzentrum Boudry, Miete ab 2023 BB 11.12.2023	V0312.02 A200.0001	16,8	15,5	-	1,4	1,4	12,8	-
620	Maggingen, Neubau Ausbildungshalle BB 13.12.2018	V0318.00 A201.0001	23,9	22,1	20,4	1,7	0,1	-	-
620	Washington DC, Gesamtanierung Kanzleigebäude BB 13.12.2018 / 06.05.2020	V0318.01 A201.0001	20,0	17,8	16,4	1,2	0,2	0,1	-
620	Rahmenkredit zivile Bauten 2018 BB 13.12.2018	V0318.02 A201.0001	90,0	81,6	76,5	3,1	1,5	0,5	4,0
620	Bundesasylzentrum Altstätten BB 17.12.2019	V0334.00 A201.0001	43,0	37,1	0,8	3,7	15,4	17,1	-
620	Bundesasylzentrum Le Grand-Saconnex BB 17.12.2019	V0334.01 A201.0001	27,3	22,1	8,5	1,7	9,2	2,7	-
620	Bundesasylzentrum Schwyz BB 17.12.2019	V0334.02 A201.0001	24,1	-	-	-	-	-	-
620	Maggingen, Ersatzneubau Leistungsdiagnostik, Regeneration BB 17.12.2019	V0334.03 A201.0001	41,7	39,2	28,1	9,4	1,5	0,2	-
620	Zollikofen Neubau Verwaltungsgebäude 3. Etappe BB 17.12.2019	V0334.04 A201.0001	114,2	111,0	88,6	21,1	0,1	1,2	2,6
620	Rahmenkredit zivile Bauten 2019 BB 17.12.2019	V0334.05 A201.0001	160,0	143,1	126,9	10,3	3,8	2,1	9,5
620	Bern, Guisanplatz 1, Neubau Verwaltungsgebäude 2. Etappe BB 03.12.2020	V0354.00 A201.0001	130,0	100,3	21,6	27,6	30,0	21,2	-
620	Posieux, Miete und Erstaussattung Laborneubau BB 03.12.2020	V0354.01 A201.0001	153,2	0,1	-	0,0	0,1	-	-
620	Weitere Immobilienvorhaben 2020 BB 03.12.2020	V0354.02 A201.0001	175,0	153,0	108,1	31,2	10,1	3,6	7,5
620	Maggingen, Neubau Unterkunfts- und Ausbildungsgebäude BB 07.12.2021	V0365.00 A201.0001	27,0	-	-	-	-	-	-
620	Tenero, CST 5, Ersatzneubau Schwimmsportzentrum BB 07.12.2021	V0365.01 A201.0001	91,8	70,4	1,3	2,8	15,0	51,4	-
620	Posieux, Ersatzneubau Verpflegungs- und Konferenzgebäude BB 07.12.2021	V0365.02 A201.0001	14,9	13,8	1,8	6,1	3,0	2,8	-
620	Tenero, Ersatzneubau Unterkunftsgebäude BB 07.12.2021	V0365.03 A201.0001	12,1	11,1	0,8	5,9	4,3	0,1	-
620	Zollikofen, Neubau Verwaltungsgebäude 4. Etappe BB 07.12.2021	V0365.04 A201.0001	48,5	40,4	11,9	15,0	10,1	3,5	-
620	Weitere Immobilienvorhaben 2021 BB 07.12.2021	V0365.05 A201.0001	170,0	128,3	35,5	59,6	23,9	9,3	3,5

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
620	Addis Abeba, Neubau Kanzlei und Residenz BB 13.12.2022	V0384.00 A201.0001	23,7	0,7	–	0,3	0,4	–	–
620	Ittigen, Sanierung und Umbau Mühlestrasse 2 BB 13.12.2022	V0384.01 A201.0001	55,4	30,8	–	7,0	15,1	8,6	–
620	Rümlang, Neubau Bundesasylzentrum BB 13.12.2022	V0384.02 A201.0001	17,0	–	–	–	–	–	–
620	Umstetzung Klimapaket sowie Motionen 19.3750 und 19.3784 BB 13.12.2022	V0384.03 A201.0001	50,0	6,5	3,7	1,6	0,9	0,2	0,2
620	Weitere Immobilienvorhaben 2022 BB 13.12.2022	V0384.04 A201.0001	150,0	60,5	5,1	32,2	18,1	5,2	0,3
620	Liebefeld, Erweiterung Verbindungsebene BB 11.12.2023	V0398.00 A201.0001	21,1	–	–	–	–	–	–
620	Yaoundé, Neubau Kanzlei und Residenz BB 11.12.2023	V0398.01 A201.0001	27,5	–	–	–	–	–	–
620	Zürich, Sanierung u. Erweiterung Gewäschhausareal Reckenholz BB 11.12.2023	V0398.02 A201.0001	29,5	–	–	–	–	–	–
620	Weitere Immobilienvorhaben 2023 BB 11.12.2023	V0398.03 A201.0001	140,0	–	–	–	–	–	–
	Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite								
606 609	DaziT I Steuerung & Grundlagen BB 12.09.2017 / 05.05.2020	V0301.01 A202.0162 A200.0001	164,4	92,4	62,1	17,5	12,8	–	53,4
606 609	DaziT II Portal & Kunden BB 12.09.2017 / 05.05.2020	V0301.02 A202.0162 A200.0001	43,5	11,6	8,8	1,3	1,5	–	31,7
606 609	DaziT III Redesign Fracht / Abgaben BB 12.09.2017 / 05.05.2020	V0301.03 A202.0162 A200.0001	123,8	59,9	41,1	12,1	6,7	0,0	52,5
606 609	DaziT IV Kontrolle & Befund BB 12.09.2017 / 05.05.2020	V0301.06 A202.0162 A200.0001	29,6	7,0	0,9	2,2	2,3	1,6	10,1
600 606 609	DaziT V Reserven BB 12.09.2017 / 05.05.2020	V0301.07 A202.0114 A202.0162 A200.0001	31,7	–	–	–	–	–	–
609 620	Programm SUPERB BB 22.09.2020	V0350.00 A200.0001 A202.0180	320,0	131,1	66,2	38,7	21,8	4,5	3,0
104 402 403 609	Pilotphase E-ID-Vertrauensinfrastruktur und Wallet BB 15.06.2023	V0386.00 A202.0182 A202.0192 A202.0110 A200.0001	40,4	8,6	–	2,8	5,2	0,5	5,3
Migration und Umzug RZ Campus									
609	Migration und Umzug ins Rechenzentrum „Campus“ (RZMig2020) BB 12.09.2017 / KV BRB 27.11.2019	V0302.00 A200.0001	28,0	19,9	14,6	5,3	–	–	7,6

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit		45 259,3	39 168,4	26 989,1	3 005,6	2 099,4	7 074,4	2 821,3
202	Massnahmen zur zivilen Menschenrechtsförderung 2017-2020 BB 26.09.2016	V0012.03 A231.0338	230,0	227,8	222,9	3,7	1,1	0,1	2,2
202	Frieden und menschliche Sicherheit 2021-2024 BB 21.09.2020 / 15.06.2023	V0012.04 A231.0338	261,5	177,8	81,5	57,7	29,7	8,9	-
202	Beteiligung an der Weltbank (Kapitalerhöhung IBRD, IFC) BB 16.12.2020	V0023.02 A235.0109	217,5	217,5	97,2	39,1	39,8	41,4	0,0
202	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe 2009-2012 BB 08.12.2008 / 28.02.2011	V0024.03 A231.0329 A231.0330 A231.0331	5 070,0	4 939,5	4 937,2	0,1	0,0	2,3	130,5
202	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe 2013-2016 BB 11.09.2012	V0024.04 A231.0329 A231.0330 A231.0331	6 920,0	6 273,3	6 030,1	108,6	41,8	92,7	646,7
202	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe 2017-2020 BB 26.09.2016	V0024.05 A231.0329 A231.0330 A231.0331	6 635,0	5 779,1	4 277,3	396,8	296,2	808,8	855,9
202	Internationale Entwicklungszusammenarbeit 2021-2024 BB 21.09.2020	V0024.06 A231.0329 A231.0330 A231.0331 A235.0112 A236.0141	6 638,0	4 574,2	1 160,7	896,6	843,4	1 673,6	-
202	Internationale humanitäre Hilfe 2013-2016 BB 11.09.2012	V0025.03 A231.0332 A231.0333 A231.0334 A231.0335	2 025,0	1 879,1	1 879,1	-	-	0,0	145,9
202	Internationale humanitäre Hilfe 2017-2020 BB 26.09.2016	V0025.04 A231.0332 A231.0333 A231.0334 A231.0335	2 060,0	1 883,9	1 839,7	5,2	0,9	38,2	176,1
202	Internationale humanitäre Hilfe 2021-2024 BB 21.09.2020 / 16.06.2022 / 05.12.2022 / 15.06.2023 / 07.11.2023 / 11.12.2023	V0025.05 A231.0332 A231.0333	2 459,5	1 890,8	1 040,4	699,4	151,1	-	-
202	Beteiligung an der Kapitalerhöhung AfDB BB 16.12.2020	V0212.02 A235.0110	109,7	109,7	24,6	12,3	12,3	60,5	-
202	Genfer Zentren 2020-2023 BB 10.12.2019	V0217.02 A231.0339	128,0	126,5	94,6	31,9	-	-	1,5
202	Genfer Zentren 2024-2027 BB 28.09.2023	V0217.03 A231.0339	129,7	31,4	-	-	31,4	-	2,9
202	Darlehen FIPOI für Abbruch und Neubaus ITU BB 03.12.2020	V0273.01 A235.0108	95,6	95,6	5,2	1,4	19,4	69,6	-

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
202	Bau- und Renovationsdarlehen Palais des Nations BB 29.09.2016	V0278.00 A235.0108	292,0	292,0	161,9	34,0	36,6	59,4	-
202	Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020-2023 BB 17.09.2019	V0332.00 A231.0352	8,0	8,0	2,4	2,9	2,7	-	-
202	Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2024-2025 BB 21.12.2023	V0332.01 A231.0352	3,9	3,9	-	-	1,9	1,9	-
202	Covid: Internationale Zusammenarbeit BB 04.06.2020 / 16.12.2021 / 08.12.2022 / 21.12.2023	V0337.00 A290.0118 A290.0121 A231.0443	325,2	325,1	213,1	112,1	-	-	0,0
202	Covid: Darlehen Internationales Komitee vom Roten Kreuz BB 04.06.2020	V0340.00 A290.0117	200,0	200,0	200,0	-	-	-	-
202	Beitrag Stiftung Renovation Kaserne Schweizer Garde BB 07.06.2021	V0356.00 A236.0143	5,0	5,0	-	-	-	5,0	-
202	FIPOI-Darlehen Planungskosten Gebäude des IOM-Sitzes BB 16.06.2022	V0368.00 A235.0108	5,7	5,7	1,0	2,1	2,6	-	-
202	Weltausstellung Osaka 2025 BB 08.12.2022	V0385.00 A202.0153	16,7	15,7	-	2,6	6,4	6,7	0,7
202	Darlehen FIPOI Renovation Sitzgebäude der OTIF in Bern BB 28.09.2023	V0397.00 A235.0108	3,8	3,8	-	-	-	3,8	-
508	Friedensförderung 2024-2027 BB 21.12.2023	V0111.05 A200.0001 A231.0104	6,2	4,7	-	-	1,6	3,2	-
604	Beitrag Zinsverbilligung Kredite IWF-Treuhandfonds 2023-2027 BB 08.12.2022	V0232.01 A231.0165	50,0	50,0	-	10,0	10,0	30,0	-
704	Wirtschafts- / handelspolit. int. Entwicklungszusammenarbeit BB 08.12.2008 / 28.02.2011	V0076.05 A231.0202 A235.0101	870,0	795,8	8,9	-	-	786,9	74,2
704	Wirtschafts- / handelspolit. int. Entwicklungszusammenarbeit BB 11.09.2012	V0076.06 A231.0202 A235.0101	1 280,0	1 147,1	350,6	14,0	14,1	768,4	132,9
704	Wirtschafts- / handelspolit. int. Entwicklungszusammenarbeit BB 26.09.2016	V0076.08 A231.0202 A235.0101	1 140,0	935,3	825,4	33,4	24,6	52,0	204,7
704	Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit 2021-2024 BB 21.09.2020	V0076.09 A231.0202 A235.0101 A236.0142	1 186,0	838,4	259,7	205,0	193,3	180,4	146,0
810	Globale Umwelt 2015-2018 BB 04.06.2015	V0108.04 A231.0322	147,8	144,4	142,7	1,0	0,7	-	3,4
810	Globale Umwelt 2019-2022 BB 22.03.2019	V0108.05 A231.0322	147,8	147,8	85,0	22,7	21,5	18,6	0,0
810	Globale Umwelt 2023-2026 BB 08.03.2023	V0108.06 A231.0322	197,8	195,2	-	11,6	27,8	155,9	2,5
Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite									

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflichtungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
202	Weiterf. Zusammenarbeit ost-	V0021.02	1 020,0	960,8	622,8	0,3	1,0	336,7	59,2
704	/mitteleurop. Staaten 2007-12	A231.0336							
	BB 18.06.2007 / 28.02.2011	A231.0210							
202	Zusammenarbeit mit Staaten	V0021.03	1 125,0	1 084,1	826,9	5,1	2,4	249,7	40,9
704	Osteuropas und der GUS 2013-2016	A231.0336							
	BB 11.09.2012	A231.0210							
202	Transitionszusammenarbeit mit	V0021.04	1 040,0	914,1	771,6	80,6	27,8	34,1	125,9
704	den Staaten Osteuropas 2017-20	A231.0336							
	BB 26.09.2016	A231.0210							
202	Entwicklungszusammenarbeit Ost	V0021.05	1 117,0	862,4	216,5	211,0	213,8	221,2	-
704	2021-2024	A231.0336							
	BB 21.09.2020 / 05.12.2022 /	A231.0210							
	15.06.2023								
202	Beteiligung der Schweiz an der	V0154.00	1 000,0	955,0	575,0	-	-	379,9	45,0
704	Erweiterung der EU 2007-2011	A231.0337							
	BB 14.06.2007	A231.0209							
202	Beteiligung der Schweiz an der	V0154.02	45,0	43,0	35,3	3,9	2,1	1,7	2,0
704	Erweiterung der EU 2014-2017	A231.0337							
	BB 11.12.2014	A231.0209							
202	Zweiter CH-Beitrag an	V0154.03	1 046,9	1 024,9	-	0,6	41,4	982,8	22,0
704	ausgewählte EU-Mitgliedstaaten	A231.0337							
	2019-24	A231.0209							
	BB 03.12.2019								
Sicherheit			31 388,8	21 024,8	8 806,1	2 518,5	1 978,5	7 721,7	1 767,7
202	Sichere Kommunikation	V0342.00	10,4	10,0	7,1	3,0	-	-	0,4
	BB 16.12.2020	A200.0001							
402	Strafvollzugs- und	J0002.00	57,8	44,7	44,0	-0,5	1,3	-	13,0
	Erziehungsanstalten	A236.0103							
	BB 17.12.2015								
402	Modellversuche ab 2011	V0047.02	8,0	8,0	6,8	0,5	0,7	-	0,0
	BB 15.12.2010	A231.0144							
402	Modellversuche ab 2018	V0047.03	8,0	6,9	3,0	1,1	1,1	1,7	1,1
	BB 14.12.2017	A231.0144							
402	Modellversuche ab 2022	V0047.04	8,0	3,9	0,2	0,4	0,2	3,0	-
	BB 16.12.2021	A231.0144							
402	Finanzierung Administrativhaft	V0245.00	120,0	22,6	1,0	6,0	3,6	12,0	97,4
	BB 11.12.2014	A236.0104							
402	Finanzierung Administrativhaft	V0245.01	89,5	7,5	3,0	1,0	1,4	2,1	17,7
	2021-2024	A236.0104							
	BB 16.12.2020								
402	Baubeiträge an Strafvollzugs-	V0270.00	180,0	163,9	142,0	3,5	13,3	5,1	16,1
	und Erziehungsanstalten	A236.0103							
	BB 15.12.2016								
402	Baubeiträge Strafvollzugs- und	V0270.01	180,0	94,7	44,0	14,7	0,2	35,8	-
	Erziehungsanstalten 2021-2024	A236.0103							
	BB 16.12.2020								
402	Betriebsbeiträge an	V0271.00	375,0	314,7	258,5	36,1	20,1	-	60,3
	Erziehungseinrichtungen	A231.0143							
	BB 15.12.2016								
402	Betriebsbeiträge an	V0271.01	350,0	188,6	20,8	44,4	46,6	76,8	111,4
	Erziehungseinrichtungen 2021-2024	A231.0143							
	BB 16.12.2020								
403	Ablösung und Erweiterung AFIS	V0213.01	24,6	0,0	-	-	0,0	-	-
	BB 21.12.2023	A202.0193							

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6				Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen	voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6		
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7	
403	Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte BB 13.12.2012	V0224.00 A202.0110	19,6	7,6	6,6	1,0	–	–	5,4	
403	WEF Sicherheitsmassnahmen 2022-2024 BB 21.09.2021	V0317.01 A231.0149	7,7	3,9	2,0	1,9	–	–	1,2	
403	Abgeltung dauernde Schutzaufgaben 2020-2024 BB 12.12.2019	V0321.00 A231.0149	105,6	77,2	58,2	19,1	–	–	8,2	
485	Programm Fernmeldeüberwachung, Etappe 1/4 BB 11.03.2015	V0253.00 A202.0113	28,0	24,6	23,0	1,4	0,3	–	1,9	
485	Programm Fernmeldeüberwachung, Etappe 2/4 BB 11.03.2015 / BRB 15.02.2017 / BB 04.06.2018	V0253.01 A202.0113	8,0	4,6	4,2	0,3	0,1	–	0,2	
485	Programm Fernmeldeüberwachung, Etappe 3/4 BB 11.03.2015 / BRB 20.12.2017 / BB 04.06.2018 / KV 17.04.2023	V0253.02 A202.0113	40,5	34,6	24,6	9,6	0,3	–	1,9	
485	Programm Fernmeldeüberwachung, Etappe 4/4 BB 04.06.2018 / BRB 30.01.2019 / BB 08.12.2022 / KV 17.04.2023	V0253.03 A202.0113	34,0	21,6	13,2	7,5	0,8	–	1,4	
506	Schutzanlagen und Kulturgüterschutzräume 2023-2026 BB 08.12.2022	V0054.05 A231.0113	46,0	10,0	–	2,5	7,5	–	–	
506	Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2023-2026 BB 08.12.2022	V0055.07 A200.0001 A231.0113	145,0	49,7	–	14,2	25,8	9,7	–	
506	Polycom Werterhaltung BB 06.12.2016	V0280.00 A202.0164	94,2	84,5	67,1	8,3	6,2	3,0	–	
506	Erneuerung des Informations- und Einsatz-System (IES) BB 12.12.2019 / KV 20.03.2023	V0322.00 A200.0001	17,7	3,3	0,8	2,3	0,1	0,1	–	
525	Pandemiebereitschaft 2020-2024 BB 12.12.2019	V0249.01 A200.0001	50,0	49,8	29,9	10,0	10,0	–	0,2	
525	Satellitenaufklärungssystem „Composante Spatiale Optique“ CSO BB 21.09.2021	V0328.00 A200.0001	82,0	75,3	–	23,0	17,6	34,7	6,0	
525	Ausserordentliche Schutzaufgaben 2024-2027 BB 21.12.2023	V0341.01 A231.0103	185,0	170,4	–	–	42,6	127,8	–	
606	Polycom Werterhaltung BB 06.12.2016	V0281.00 A202.0163	65,4	32,8	12,5	14,2	6,0	–	–	
606	Polycom Stromversorgung BB 08.06.2022	V0372.00 A200.0001	60,0	0,8	–	0,3	0,5	0,0	–	
Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite										
506	Nationales sicheres	V0333.00	150,0	2,2	0,4	0,6	0,4	0,9	–	
543	Datenverbundsystem (SDVS) BB 09.09.2019 / KV 12.10.2023 <i>davon gesperrt</i>	A201.0001 A202.0173	82,4							
401	Weiterentwicklung	V0345.00	121,4	19,4	10,2	7,5	1,7	–	20,4	
403	Schengen/Dublin Besitzstand	A200.0001								
420	BB 11.06.2020 / 08.12.2022	A202.0105								
485		A202.0108								
606		A202.0111 A202.0181								

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
Mio. CHF	Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite		bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	
1			2					7
403 Umsetzung Programm Prüm Plus 806 BB 27.09.2021	V0366.00 A202.0186 A200.0001	11,0	1,1	0,4	0,3	0,4	–	0,6
500 Entflechtung IKT-Basisleistungen 525 VBS 609 BB 08.12.2022	V0371.00 A200.0001	61,0	34,3	–	14,4	19,9	–	–
NAF Räumung ehemaliges 500 Munitionslager Mitholz 525 BB 19.09.2023 542 543	V0393.00 A200.0001 A201.0001 A250.0106	2 590,0	96,3	–	30,7	60,0	5,6	420,0
davon gesperrt		1 500,0						
Verteidigung - Rüstung		21 805,8	16 947,3	6 412,9	1 829,0	1 430,9	7 274,5	689,5
525 RP 2014; Rechenzentrum BB 22.09.2014	V0250.00 A202.0101	120,0	120,0	114,2	5,8	–	–	–
525 RP 2014, Laserschusssimulator BB 22.09.2014	V0250.01 A202.0101	32,0	24,0	24,0	–	–	–	8,0
525 RP 2014, Mobilität BB 22.09.2014	V0250.02 A202.0101	619,0	480,6	476,8	2,3	1,5	–	137,0
525 RP 2015, Aufklärungsdrohnensystem 15 BB 07.09.2015 / KV 12.08.2021 / BB 01.12.2021	V0260.00 A202.0101	282,5	272,3	207,1	1,3	63,9	–	–
525 RP 2015, Schiesssimulator Sturmgewehr 90 BB 07.09.2015	V0260.01 A202.0101	21,0	20,1	20,1	–	–	–	0,9
525 RP 2015, Motorfahrzeug geländegängig Fachsysteme BB 07.09.2015 / KV 12.08.2021	V0260.02 A202.0101	258,5	204,3	200,2	0,7	3,3	–	50,0
525 RP 2015, mobile Kommunikation, Beschaffungsschritt 1 BB 07.03.2016	V0260.03 A202.0101	118,0	89,2	80,4	3,5	5,4	–	20,0
525 RP 2015, Munition BB 07.03.2016	V0260.04 A202.0101	100,0	77,9	74,6	2,6	0,4	0,3	12,0
525 RP 2015, Nutzungsverlängerung 35 mm Flab BB 07.03.2016 / KV 30.03.2023	V0260.05 A202.0101	89,5	89,4	89,3	0,0	0,1	–	–
525 RP 2015, Werterhaltung Duro BB 07.03.2016 / KV 30.03.2023	V0260.06 A202.0101	566,5	549,3	416,9	80,7	41,4	10,3	–
525 RP 2016, Rahmenkredit BB 20.09.2016	V0276.00 A202.0101	100,0	77,9	76,7	0,5	0,8	–	–
525 RP 2016, Luftraumüberwachungssystem Florako BB 20.09.2016 / 29.11.2018	V0276.01 A202.0101	107,0	97,5	85,3	5,7	4,4	2,1	–
525 RP 2016, Patrouillenboot 16 BB 20.09.2016	V0276.02 A202.0101	49,0	40,2	40,2	0,0	–	–	8,7
525 RP 2016, 12cm-Mörser 16 BB 20.09.2016	V0276.03 A202.0101	404,0	301,6	124,7	35,7	37,4	103,7	50,0
525 RP 2016, Schultergestützte Mehrzweckwaffen BB 20.09.2016	V0276.04 A202.0101	256,0	241,8	133,3	50,0	30,4	28,1	6,8
525 RP 2016, Kampfflugzeuge F/A-18, Ersatzmaterial BB 20.09.2016	V0276.05 A202.0101	127,0	122,0	121,4	0,6	–	–	4,0

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
525	RP 2016, Lastwagen und Anhänger BB 20.09.2016	V0276.06 A202.0101	314,0	261,6	228,3	12,1	10,5	10,7	40,0
525	RP 2017, Kampfflugzeuge F/A 18, Verlängerung Nutzungsdauer BB 25.09.2017	V0298.00 A202.0101	450,0	377,5	291,7	23,2	19,6	43,0	-
525	RP 2017, Werterhalt Inte. Funkaufklärungs- und Sendesystem BB 25.09.2017	V0298.01 A202.0101	175,0	169,7	125,9	14,5	29,3	-	1,0
525	RP 2017, Informatikkomponenten VBS Rechenzentrum Campus BB 25.09.2017	V0298.02 A202.0101	50,0	44,9	44,9	-	-	-	-
525	RP 2017, Munition BB 25.09.2017	V0298.03 A202.0101	225,0	215,0	200,6	10,9	3,5	-	3,2
525	RP 2018, Rahmenkredit Nachbeschaffung BB 29.11.2018	V0314.00 A202.0101	100,0	59,3	33,2	10,4	14,8	0,9	3,0
525	RP 2018, Werterhalt Florako BB 29.11.2018	V0314.01 A202.0101	114,0	73,0	54,4	10,4	5,6	2,7	5,7
525	RP 2018, Ersatz der Flugfunk-Bodeninfrastruktur BB 29.11.2018	V0314.02 A202.0101	73,0	59,7	36,3	7,6	8,1	7,7	-
525	RP 2018, Werterhalt der Transporthelikopter Cougar BB 29.11.2018	V0314.03 A202.0101	168,0	163,2	155,6	3,5	4,0	0,1	-
525	RP 2018, Modulare Bekleidung und Ausrüstung BB 29.11.2018	V0314.04 A202.0101	347,8	203,7	86,2	37,5	78,7	1,2	-
525	Rahmenkredit PEB 2018 BB 13.09.2018	V0314.05 A202.0101	150,0	125,5	117,2	4,9	3,4	-	15,0
525	Rahmenkredit AEB 2018 BB 13.09.2018	V0314.06 A202.0101	420,0	358,3	312,3	30,4	15,6	-	40,0
525	Rahmenkredit AMB 2018 BB 13.09.2018	V0314.07 A202.0101	172,0	143,7	140,5	2,1	1,1	-	20,0
525	RP 2019, Restlichtverstärker, Wärmebild- und Laserzielgeräte BB 24.09.2019	V0329.00 A202.0101	213,0	187,9	131,9	36,3	19,7	-	10,5
525	RP 2019, Taktisches Aufklärungssystem BB 24.09.2019	V0329.01 A202.0101	380,0	322,9	133,2	63,0	107,6	19,1	16,0
525	RP 2019, 8,1-cm-Mörser 19 BB 24.09.2019	V0329.02 A202.0101	118,0	103,5	66,0	11,6	15,9	10,0	4,0
525	RP 2019, Lastwagen BB 24.09.2019	V0329.03 A202.0101	150,0	119,5	24,0	33,1	27,1	35,3	5,0
525	Rahmenkredit PEB 2019 BB 24.09.2019	V0329.04 A202.0101	150,0	80,2	62,8	7,9	8,4	1,1	15,0
525	Rahmenkredit AEB 2019 BB 24.09.2019	V0329.05 A202.0101	440,0	364,9	285,2	49,8	23,3	6,6	40,0
525	Rahmenkredit AMB 2019 BB 24.09.2019	V0329.06 A202.0101	172,0	135,0	113,0	12,2	9,9	-	20,0
525	RP 2020, Modernisierung der Telekommunikation der Armee BB 23.09.2020	V0348.00 A202.0101	600,0	431,8	188,0	45,8	84,6	113,3	20,6
525	RP 2020, Ersatz der Führungssysteme von Florako BB 23.09.2020 / 26.09.2023	V0348.01 A202.0101	216,0	103,3	67,9	3,2	6,2	26,1	-

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflichtun- gen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
525	RP 2020, Erneuerung von Material für die Katastrophenhilfe BB 23.09.2020	V0348.02 A202.0101	116,0	52,7	10,0	20,2	9,8	12,7	3,4
525	RP 2020, Verlängerung Nutzungsdauer der Schützenpanzer 2000 BB 23.09.2020	V0348.03 A202.0101	438,0	401,1	169,6	64,0	102,8	64,7	12,8
525	RP 2020, Aktualisierung der PC-21-Flugzeuge BB 23.09.2020	V0348.04 A202.0101	45,0	43,5	33,6	9,9	0,0	-	1,5
525	PEB 2020 BB 23.09.2020	V0348.05 A202.0101	225,0	136,4	79,6	37,0	16,2	3,7	20,0
525	AEB 2020 BB 23.09.2020	V0348.06 A202.0101	440,0	325,6	232,5	52,5	28,2	12,4	40,0
525	AMB 2020 BB 23.09.2020	V0348.07 A202.0101	172,0	119,6	103,9	7,5	7,0	1,1	20,0
525	RP 2021, Ausbau des Führungsnetzes Schweiz BB 23.09.2021	V0361.00 A202.0101	178,0	57,5	1,2	28,2	25,2	2,9	3,6
525	RP 2021, Ausstattung der Rechenzentren VBS BB 23.09.2021 / 26.09.2023	V0361.01 A202.0101	177,0	62,7	13,9	10,6	27,5	10,7	-
525	RP 2021, Erneuerung der Fahrzeuge für die Panzersappeure BB 23.09.2021	V0361.02 A202.0101	360,0	258,7	83,8	21,1	7,3	146,6	4,0
525	RP 2021, 1- und 2-achsige Anhänger BB 23.09.2021	V0361.03 A202.0101	66,0	13,8	-	0,0	0,3	13,4	1,8
525	RP 2021, Individuelle ABC-Schutzausrüstung BB 23.09.2021	V0361.04 A202.0101	120,0	82,1	30,1	11,4	16,4	24,3	2,4
525	RP 2021, Simulatoren für schultergestützte Mehrzweckwaffen BB 23.09.2021	V0361.05 A202.0101	51,0	47,8	13,9	21,6	9,6	2,8	0,9
525	PEB 2021 BB 23.09.2021	V0361.06 A202.0101	150,0	57,8	8,5	21,5	20,1	7,8	15,0
525	AEB 2021 BB 23.09.2021	V0361.07 A202.0101	450,0	249,8	92,2	73,2	70,4	14,0	45,0
525	AMB 2021 BB 23.09.2021	V0361.08 A202.0101	172,0	126,5	90,1	11,0	12,0	13,3	20,0
525	RP 2022, Beschaffung Luftverteidigungssystem Patriot BB 15.09.2022	V0381.00 A202.0101	1 987,0	1 596,9	26,6	381,7	2,6	1 186,0	-27,0
525	RP 2022, Eigenschutz im Cyber- und Elektromagnetischen Raum BB 15.09.2022	V0381.01 A202.0101	110,0	33,0	0,6	17,4	14,4	0,5	-
525	RP 2022, 2. Tranche 12-cm-Mörser 16 BB 15.09.2022	V0381.02 A202.0101	175,0	96,3	-	26,1	2,4	67,8	5,7
525	RP 2022, Kampfflugzeuge F-35A BB 15.09.2022	V0381.03 A202.0101	6 035,0	5 485,5	208,6	155,1	216,6	4 905,1	-107,0
525	PEB 2022 BB 15.09.2022	V0381.04 A202.0101	160,0	14,4	0,1	8,4	5,4	0,5	16,0
525	AEB 2022 BB 15.09.2022	V0381.05 A202.0101	400,0	202,3	13,1	102,7	76,8	9,6	40,0

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
525	AMB 2022 BB 15.09.2022	V0381.06 A202.0101	150,0	111,6	16,5	58,4	7,5	29,2	15,0
525	RP 2023, Erneuerung Fahrzeuge Panzersappeur-Form. 2. Tranche BB 26.09.2023	V0394.00 A202.0101	217,0	99,0	-	32,1	-	66,9	-
525	RP 2023, Munition zur Verbesserung der Durchhaltefähigkeit BB 26.09.2023	V0394.01 A202.0101	49,0	-	-	-	-	-	-
525	RP 2023, Lenkwaffen Luftverteidigung grösserer Reichweite BB 26.09.2023	V0394.02 A202.0101	300,0	235,2	-	3,8	-	231,3	-
525	PEB 2023 BB 26.09.2023	V0394.03 A202.0101	150,0	8,5	-	4,0	2,3	2,2	-
525	AEB 2023 BB 26.09.2023	V0394.04 A202.0101	355,0	50,3	-	5,7	38,2	6,4	-
525	AMB 2023 BB 26.09.2023	V0394.05 A202.0101	110,0	66,5	-	24,0	26,1	16,5	-
	Verteidigung - Immobilien		4 249,6	2 407,8	1 609,8	410,4	258,7	128,8	293,2
543	IP 2014, Payerne VD, Neubau „Complexe des opérations“ BB 04.12.2014	V0251.01 A201.0001	81,4	77,9	74,6	2,7	0,6	-	3,2
543	IP 2015, Thun, Gesamtsanierung Mannschaftskaserne I BB 22.09.2015	V0259.01 A201.0001	71,9	65,2	64,7	0,5	0,0	-	6,7
543	IP 2015, Führungsnetz, Härtung Netzknoten 2. Etappe BB 22.09.2015	V0259.03 A201.0001	52,8	33,2	30,8	2,3	-	-	19,0
543	IP 2016, Rahmenkredit BB 20.09.2016 / KV 17.02.2022	V0275.00 A201.0001	262,5	229,7	213,1	11,5	5,0	0,1	28,9
543	IP 2016, Frauenfeld, Neubau Rechenzentrum Campus BB 20.09.2016 / KV 17.02.2022 / 20.04.2022	V0275.01 A201.0001	136,8	106,7	106,7	-	-	-	30,1
543	IP 2016, Frauenfeld, Waffenplatz, 1. Etappe BB 20.09.2016	V0275.02 A201.0001	121,0	111,3	93,1	13,5	4,7	0,0	-
543	IP 2016, Steffisburg, Neubau Container-Stützpunkt BB 20.09.2016 / KV 20.04.2022	V0275.03 A201.0001	21,7	21,7	21,5	0,1	0,0	-	0,0
543	IP 2017, Rahmenkredit BB 25.09.2017	V0300.00 A201.0001	210,0	177,8	163,7	11,7	2,4	-	27,3
543	IP 2017, Emmen, Neubau Zentrum Luftfahrtsysteme BB 25.09.2017	V0300.01 A201.0001	57,0	52,4	52,4	-	-	-	4,6
543	IP 2017, Emmen, Zusammenlegung der Wärmeversorgung BB 25.09.2017	V0300.02 A201.0001	18,0	8,6	7,7	0,7	0,2	-	9,3
543	IP 2017, Payerne, Bau des Brandausbildungszentrums Phenix BB 25.09.2017	V0300.03 A201.0001	31,0	23,3	22,7	0,7	0,0	-	7,6
543	IP 2017, Payerne, Sanierung Flugbetriebsflächen, 2. Etappe BB 25.09.2017	V0300.04 A201.0001	31,0	22,2	18,8	3,0	0,3	0,0	8,0

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
543	IP 2017, Führungsnetz, Härtung Netzknoten 3. Etappe BB 25.09.2017	V0300.05 A201.0001	27,0	18,2	17,4	0,8	–	–	–
543	IP 2017, Luftwaffenstützpunkt, Netzknoten und Haustechnik BB 25.09.2017	V0300.07 A201.0001	19,0	17,1	16,3	0,7	0,0	–	1,8
543	IP 2017, Anmiete Immobilien Epeisses und Aire-la-Ville (GE) BB 25.09.2017	V0300.09 A200.0001	27,0	5,7	–	–	0,8	4,9	2,7
543	IP 2018, Rahmenkredit BB 13.09.2018	V0315.00 A201.0001	185,0	147,8	119,0	16,2	11,0	1,5	29,6
543	IP 2018, Ersatz Flugfunk-Bodeninfrastruktur BB 13.09.2018	V0315.01 A201.0001	53,0	34,4	28,3	4,3	1,8	0,1	7,0
543	IP 2018, Sanierung und Härtung einer militärischen Anlage BB 13.09.2018	V0315.02 A201.0001	39,0	34,6	25,8	5,4	3,1	0,3	3,5
543	IP 2018, Payerne VD, Umbau der Halle 4 auf dem Flugplatz BB 13.09.2018	V0315.03 A201.0001	27,0	23,1	23,0	0,1	0,0	–	3,9
543	IP 2018, Drognens FR, Erweiterung, Umb. Waffenplatz 1. Etappe BB 13.09.2018	V0315.04 A201.0001	37,5	36,2	34,2	1,8	0,2	–	0,2
543	IP 2018, Wangen a. A. BE, Weiterentwicklung Waffenplatz BB 13.09.2018	V0315.05 A201.0001	89,0	82,5	29,9	19,3	18,6	14,7	0,5
543	IP 2018, Simplan VS, Ausbauen Ausbildungsinfrastruktur BB 13.09.2018	V0315.06 A201.0001	30,0	1,4	0,2	–	–	1,2	2,7
543	IP 2019, Rahmenkredit BB 24.09.2019	V0330.00 A201.0001	170,0	133,6	106,3	15,9	9,7	1,7	20,4
543	IP 2019, Rothenburg, Ausbau+Sanierung Logistikinfrastruktur BB 24.09.2019	V0330.01 A201.0001	75,0	70,2	11,2	11,0	20,3	27,7	–
543	IP 2019, Thun, Weiterentwicklung des Waffenplatzes 1. Etappe BB 24.09.2019	V0330.02 A201.0001	84,0	77,8	49,2	25,1	2,2	1,3	3,6
543	IP 2019, Payerne, Neubauten Hallen 2 und 3 BB 24.09.2019	V0330.03 A201.0001	85,0	64,8	41,8	17,5	5,2	0,3	0,0
543	IP 2020, weitere Immobilienvorhaben BB 23.09.2020	V0349.00 A201.0001	265,0	201,8	135,1	49,6	15,8	1,2	21,2
543	IP 2020, Dübendorf, Militärflugplatz, Aufbau Bundesbasis BB 23.09.2020	V0349.01 A201.0001	68,0	–	–	–	–	–	–
543	IP 2020, Frauenfeld, Waffenplatz 2. Etappe BB 23.09.2020	V0349.02 A201.0001	86,0	70,3	17,5	22,5	22,7	7,7	0,0
543	IP 2020, Chamblon, Waffenplatz Ausbau und Anpassung BB 23.09.2020	V0349.03 A201.0001	29,0	24,3	0,9	8,3	12,6	2,6	0,0

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
543	IP 2020, Sanierung einer militärischen Anlage BB 23.09.2020	V0349.04 A201.0001	41,0	34,5	12,6	8,7	8,8	4,4	0,0
543	IP 2021, weitere Immobilienvorhaben BB 23.09.2021	V0362.00 A201.0001	225,0	164,7	54,9	70,7	30,9	8,2	11,3
543	IP 2021, Luftwaffe, Anpassung von Führungsinfrastrukturen BB 23.09.2021	V0362.01 A201.0001	66,0	46,5	9,3	14,9	13,6	8,7	0,0
543	IP 2021, Burgdorf, Ausbau der Logistikinfrastruktur BB 23.09.2021	V0362.02 A201.0001	163,0	14,3	1,9	2,9	2,4	7,1	0,0
543	IP 2021, Frauenfeld, Verdichtung des Waffenplatzes 3. Etappe BB 23.09.2021	V0362.03 A201.0001	69,0	-	-	-	-	-	-
543	IP 2021, Drogens, Verdichtung des Waffenplatzes 2. Etappe BB 23.09.2021	V0362.04 A201.0001	45,0	12,2	0,6	3,4	3,8	4,5	0,0
543	IP 2021, Sion, Beteiligung an der Indoor-Schiessanlage BB 23.09.2021	V0362.05 A201.0001	26,0	21,5	1,6	8,6	8,1	3,3	-
543	IP 2021, Schwarzenburg, Sanierung Ausbildungszentrums BABS BB 23.09.2021	V0362.06 A201.0001	34,0	19,4	0,3	2,2	7,4	9,5	0,0
543	IP 2022, weitere Immobilienvorhaben BB 15.09.2022	V0380.00 A201.0001	250,0	97,3	2,6	46,5	39,6	8,5	12,3
543	IP 2022, Sanierung einer Führungsanlage BB 15.09.2022	V0380.01 A201.0001	19,0	13,7	-	3,7	3,5	6,6	0,0
543	IP 2022, Alpnach, Ausb.+Sanierung Einsatzinfra. Flugplatz BB 15.09.2022	V0380.02 A201.0001	18,0	1,9	-	0,5	0,7	0,7	0,0
543	IP 2022, Thun, Hochregallager für Textilien BB 15.09.2022	V0380.03 A201.0001	62,0	3,0	-	0,4	1,0	1,6	0,0
543	RP 2022, bauliche Massnahmen Luftverteidigungssystem Patriot BB 15.09.2022	V0381.07 A201.0001	66,0	-	-	-	-	-	-
543	RP 2022, bauliche Massnahmen Kampfflugzeuge F-35A BB 15.09.2022	V0381.08 A201.0001	120,0	-	-	-	-	-	-
543	IP 2023, weitere Immobilienvorhaben BB 26.09.2023	V0395.00 A201.0001	280,0	4,8	-	2,8	1,7	0,2	14,0
543	IP 2023, Sanierung einer Führungsanlage BB 26.09.2023	V0395.01 A201.0001	40,0	-	-	-	-	-	2,0
543	IP 2023, Instandsetzung von zwei Telekommunikationsanlagen BB 26.09.2023	V0395.02 A201.0001	64,0	-	-	-	-	-	3,2
543	IP 2023, Payerne, San. Flugbetriebsflächen, Etappe 2024-2028 BB 26.09.2023	V0395.03 A201.0001	28,0	-	-	-	-	-	1,4

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
543	IP 2023, Herisau, Neubau Ausbildungsgebäude BB 26.09.2023	V0395.04 A201.0001	16,0	–	–	–	–	–	0,8
543	IP 2023, Payerne, Neubau med. Zentrum Militärpolizei West BB 26.09.2023	V0395.05 A201.0001	34,0	–	–	–	–	–	1,7
543	IP 2023, Thun, Sanierung von Ausbildungsgebäuden BB 26.09.2023	V0395.06 A201.0001	51,0	–	–	–	–	–	2,6
543	IP 2023, Nordtessin, Ausbau der Logistik BB 26.09.2023	V0395.07 A201.0001	42,0	–	–	–	–	–	2,1
Bildung und Forschung			18 591,2	11 894,8	7 690,0	984,8	971,1	2 249,0	2 528,6
750	Projektgebundene Beiträge HFKG 2021-2024 BB 16.09.2020 / 16.12.2021 davon gesperrt	V0035.05 A231.0262	132,7 9,0	120,5	59,7	29,4	31,3	–	7,2
750	Stipendien an ausl. Studierende in der Schweiz 2021-2024 BB 16.09.2020	V0038.04 A231.0270	39,6	38,4	18,6	9,9	9,9	–	1,2
750	Hochschulförderung / Sachinvestitionsbeiträge 2008-2011 BB 19.09.2007 / 22.09.2011	V0045.03 A236.0137	362,5	360,4	343,1	8,3	–	9,0	2,1
750	Investitionsbeiträge Unis. u. Institutionen 2013-2016 BB 25.09.2012	V0045.04 A236.0137	290,0	288,3	258,5	6,3	15,0	8,5	1,7
750	Investitionsbeiträge HFKG 2017-2020 BB 15.09.2016	V0045.05 A236.0137	414,0	328,4	143,4	14,1	34,0	136,9	85,6
750	Investitionsbeiträge HFKG 2021-2024 BB 16.09.2020	V0045.06 A236.0137	424,9	174,8	20,0	36,8	31,0	87,0	–
750	Innovations- und Projektbeiträge der Berufsbildung 2013-2016 BB 11.09.2012	V0083.02 A231.0260	360,8	236,7	236,3	0,0	0,4	–	124,1
750	Innovations- und Projektbeiträge der Berufsbildung 2017-2020 BB 15.09.2016	V0083.03 A231.0260	192,5	112,3	104,8	4,6	1,5	1,4	80,2
750	Innovations- und Projektbeiträge der Berufsbildung 2021-2024 BB 14.12.2020	V0083.04 A231.0260	254,6	128,0	54,3	29,3	28,8	15,6	91,6
750	Internationale Zusammenarbeit in der Bildung 2021-2024 BB 16.09.2020	V0158.03 A231.0271	27,0	25,9	13,1	6,3	6,5	–	1,1
750	Beteiligung an den Programmen der ESA 2008-2011 BB 20.09.2007 / 28.05.2008 / 14.06.2011	V0164.00 A231.0277	1 229,8	1 173,1	1 165,7	4,2	1,0	2,1	56,7
750	Beteiligung an den Programmen der ESA 2013-2016 BB 11.09.2012	V0164.01 A231.0277	540,0	472,3	410,9	24,3	17,9	19,2	67,7
750	Beteiligung an den Programmen der ESA 2017-2020 BB 13.09.2016	V0164.02 A231.0277	585,0	406,7	142,3	87,8	50,6	126,1	178,3

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
750	Beteiligung an den Programmen der ESA 2021-2024 BB 16.09.2020 / 16.12.2021	V0164.03 A231.0277	633,6	540,1	–	37,2	84,5	418,5	93,5
750	Ergänzende Nationale Aktivitäten Raumfahrt 2021-2024 BB 16.09.2020	V0165.03 A231.0274	41,6	22,0	9,6	6,1	3,0	3,3	12,0
750	ESS:European Spallation Source 2014-2026 BB 11.09.2012 / 09.03.2015 / 16.09.2020	V0228.00 A231.0280	165,8	135,0	80,4	7,3	13,3	34,0	30,8
750	Internationale Zusammenarbeit in der Forschung 2017-2020 BB 13.09.2016	V0229.01 A231.0287	53,3	50,1	49,9	0,1	0,1	–	3,2
750	Internationale Zusammenarbeit in der Forschung 2021-2024 BB 16.09.2020 / 16.12.2021	V0229.02 A231.0287	78,4	62,8	30,5	17,2	15,1	–	14,2
750	EU Forschung und Innovation, Beitrag EU 2014-2020 BB 10.09.2013 / KV 25.06.2014 / 22.10.2014 / 22.06.2016 / 01.11.2017	V0239.00 A231.0276	3 236,3	2 530,9	2 530,9	–	–	–	705,4
750	EU Forschung und Innovation, Begleitmassnahmen 2014-2020 BB 10.09.2013 / KV 25.06.2014 / 22.10.2014 / 22.06.2016 / 01.11.2017	V0239.01 A231.0276	733,2	565,9	554,0	7,1	4,5	0,3	167,3
750	EU Forschung und Innovation, Beitrag EU 2021-2027 BB 16.12.2020 / KV 20.10.2021 / BB 16.12.2021 / BRB 04.05.2022 / KV 08.06.2022 / BRB 24.05.2023 / KV 12.06.2023 / BRB 25.10.2023 / KV 02.11.2023	V0239.03 A231.0276	3 487,6	–	–	–	–	–	–
750	EU Forschung und Innovation, Begleitmassnahmen 2021-2027 BB 16.12.2020 / KV 20.10.2021 / BRB 04.05.2022 / KV 08.06.2022 / BRB 24.05.2023 / KV 12.06.2023 / BRB 25.10.2023 / KV 02.11.2023	V0239.04 A231.0276 A231.0435	2 051,8	1 804,5	286,2	387,8	390,4	740,1	15,2
750	EU Forschung und Innovation, Reserve 2021-2027 BB 16.12.2020 davon gesperrt	V0239.05 A231.0276	614,0 614,0	–	–	–	–	–	614,0
750	Int. Mobilität Mobilitäts- und Kooperationsaktiv. 2021-2024 BB 16.09.2020 / 11.12.2023	V0304.03 A231.0269	201,3	148,3	76,0	54,5	9,0	8,8	–
750	Square Kilometre Array Observatory (SKAO) 2021-2030 BB 16.09.2020 / 13.12.2021	V0364.00 A231.0400	33,6	33,3	4,1	2,4	2,3	24,4	0,3
805	Swiss Energy Research for the Energy Transition 2021-2028 BB 15.09.2020 davon gesperrt	V0352.00 A231.0388	136,4 41,5	79,4	17,7	13,8	10,2	37,7	2,0

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
	ETH-Bauten								
620	ETH-Bauten 2014, Gloriastrasse BB 12.12.2013 / 14.12.2017 / 15.03.2022	V0233.01 A202.0134	138,0	130,9	130,9	0,0	–	–	2,0
620	ETH-Bauten 2015, Maschinenlaboratorium BB 11.12.2014	V0248.01 A202.0134	94,0	79,6	76,0	2,7	0,8	0,2	14,4
620	ETH- Bauten 2017, Rahmenkredit BB 15.12.2016	V0269.00 A202.0134	104,0	90,1	87,4	1,2	0,4	1,2	13,9
620	ETH-Bauten 2017, BSS Basel BB 15.12.2016	V0269.01 A202.0134	171,3	162,2	158,1	3,1	1,0	–	9,1
620	ETH-Bauten 2017, CT Lausanne BB 15.12.2016	V0269.02 A202.0134	59,0	56,7	52,6	3,7	0,4	–	2,3
620	ETH-Bauten 2018, Rahmenkredit BB 14.12.2017 / 08.12.2022	V0295.00 A202.0134	149,8	138,5	123,6	6,2	6,7	2,0	11,3
620	ETH- Bauten 2018, Energieunterstation Höggerberg BB 14.12.2017	V0295.01 A202.0134	11,0	8,4	7,3	0,2	–	0,9	2,6
620	ETH-Bauten 2019, Rahmenkredit BB 13.12.2018 / KV 17.06.2020	V0308.00 A202.0134	119,3	115,4	102,7	5,0	4,7	3,0	3,9
620	ETH-Bauten 2019, Gebäude HIF BB 13.12.2018	V0308.01 A202.0134	112,7	111,0	80,3	29,2	1,5	–	1,7
620	ETH-Bauten 2019, Data Center BB 13.12.2018 / KV 17.06.2020	V0308.03 A202.0134	14,7	14,4	13,7	0,4	0,4	–	0,3
620	ETH-Bauten 2020, Rahmenkredit BB 12.12.2019	V0324.00 A202.0134	181,0	127,2	77,1	4,7	26,4	19,0	53,8
620	ETH-Bauten 2020, Realisierung Kältenetz Zentrum BB 12.12.2019	V0324.01 A202.0134	15,2	11,2	11,0	0,0	0,0	0,1	4,0
620	ETH-Bauten 2021, Rahmenkredit BB 16.12.2020	V0343.00 A202.0134	177,6	162,5	59,1	20,0	25,0	58,5	15,1
620	ETH Bauten 2021, Neubau Forschungscampus Empa/Eawag BB 16.12.2020	V0343.01 A202.0134	77,1	76,9	47,1	24,7	5,1	–	0,2
620	ETH Bauten 2021, Sanierung Werkstattgebäude HPT Höggerberg BB 16.12.2020	V0343.02 A202.0134	18,1	13,1	3,0	7,2	2,4	0,5	5,0
620	ETH Bauten 2021, PSI Stapelplatz Ost BB 16.12.2020	V0343.03 A202.0134	14,6	13,3	13,8	-0,8	0,3	–	1,3
620	ETH Bauten 2021, Sanierung Einstellgarage und Vorplatz HG BB 16.12.2020	V0343.04 A202.0134	11,1	11,1	7,8	2,7	0,5	–	0,0
620	ETH-Bauten 2022, Rahmenkredit BB 16.12.2021	V0360.00 A202.0134	106,0	88,1	20,5	29,7	22,0	16,0	17,9
620	ETH Bauten 2022, Neubau Physikgebäude HPQ Campus Höggerberg BB 16.12.2021	V0360.01 A202.0134	209,7	193,1	8,0	32,4	25,8	126,9	1,6
620	ETH-Bauten 2023, weitere Immobilienvorhaben BB 08.12.2022	V0376.00 A202.0134	111,0	102,4	–	14,6	18,7	69,1	8,6
620	ETH-Bauten 2023, Nutzungsrecht Neubau Sciences de la Vie BB 08.12.2022	V0376.01 A202.0134	34,0	34,0	–	–	–	34,0	–

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
Mio. CHF				1	2	bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	7
620	ETH-Bauten 2023, Neubau Rechenzentrum HRZ Campus Hönggerberg BB 08.12.2022	V0376.02 A202.0134	31,1		23,7	–	1,8	11,0	11,0	1,4
620	ETH-Bauten 2023, PSI Neubau Laborgebäude WLGB Villigen BB 08.12.2022	V0376.03 A202.0134	22,5		22,5	–	1,3	11,2	10,0	
620	ETH-Bauten 2022, SwissTech Convention Centers (STCC) BB 05.12.2022	V0379.00 A202.0134	146,0		146,0	–	–	–	146,0	–
620	ETH-Bauten 2024, weitere Immobilienvorhaben BB 21.12.2023	V0392.00 A202.0134	130,0		112,3	–	–	46,5	65,8	2,7
620	ETH-Bauten 2024, Eawag, Neubau Limnion Kastanienbaum BB 21.12.2023	V0392.01 A202.0134	12,1		12,1	–	–	–	12,1	–
Kultur und Freizeit			674,5		626,3	446,0	38,9	49,5	91,8	13,3
306	Heimatschutz und Denkmalpflege 2008-2011 BB 19.12.2007 / 16.12.2008 / 09.12.2009 / 15.12.2010	V0152.00 A236.0101	83,5		79,3	79,1	–	0,1	–	4,2
306	Heimatschutz und Denkmalpflege 2012-2015 BB 29.09.2011	V0152.01 A236.0101	105,0		103,2	103,1	0,0	0,1	–	1,8
306	Heimatschutz und Denkmalpflege 2016-2020 BB 02.06.2015	V0152.02 A236.0101	132,6		131,7	125,4	1,9	1,1	3,2	0,9
306	Baukultur 2021-2024 BB 16.09.2020	V0152.03 A236.0101	123,9		110,4	46,4	29,0	22,4	12,6	–
504	Sportstättenbau (NASAK 4) BB 27.09.2012 / 06.03.2018	V0053.02 A236.0100	76,0		71,6	66,5	0,5	2,6	2,0	4,4
504	Sportstättenbau (NASAK 4plus) BB 12.12.2019	V0053.03 A236.0100	15,0		15,0	4,9	3,0	2,4	4,7	–
504	Sportstättenbau (NASAK 5) BB 08.12.2021 / 21.12.2023	V0053.04 A236.0100	59,1		37,7	0,6	1,8	11,9	23,4	–
504	Neubau Nationale Datenbank Sport (NDS) BB 14.12.2017 / 12.12.2019	V0290.00 A200.0001	17,8		15,9	12,0	0,4	0,3	3,2	1,9
504	Olympische Jugendspiele Lausanne 2020 BB 06.03.2018	V0316.00 A231.0109	8,0		8,0	8,0	–	–	–	–
504	Rad-Strassen/Paracycling-WM 2024 BB 08.12.2022	V0374.00 A231.0109	6,5		6,5	–	2,0	3,2	1,3	–
504	Sportkletter-/Paracimbing-WM 2023 BB 08.12.2022	V0375.00 A231.0109	0,5		0,5	–	0,4	0,1	–	–
504	Intern. Sportgrossanlässe Planung und Durchführung 2025-2029 BB 14.06.2023	V0396.00 A231.0109	28,7		28,7	–	–	3,4	25,3	–
504	Intern. Sportgrossanlässe Fördermassnahmen 2025-2029 BB 14.06.2023	V0396.01 A231.0109	18,0		18,0	–	–	2,0	16,0	–

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflichtungen 2=3+4+5+6		Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen			voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
						bis Ende 2022	2023	2024	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7
Gesundheit			1 737,3	1 578,1	1 398,9	169,5	9,7	–	140,7
316	Beiträge an elektronisches Patientendossier 2017-2020 BB 18.03.2015	V0299.00 A231.0216	30,0	28,8	27,7	–	1,2	–	1,2
316	Covid: Beschaffung Arzneimittel BB 02.12.2020	V0347.00 A231.0421 A290.0112	30,0	3,0	3,0	0,0	–	–	27,0
316	Covid: Neue ambulante Therapien BB 16.12.2021 / 15.03.2022	V0363.00 A231.0421	75,0	36,5	9,0	19,1	8,5	–	38,5
525	Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial und Impfstoffe BB 10.03.2021 / 07.06.2021 / 16.12.2021 / 15.03.2022 / 16.06.2022 / 05.12.2022 / 08.12.2022 / 21.12.2023	V0355.00 A290.0113 A202.0185	1 602,3	1 509,7	1 359,3	150,4	–	–	74,0
Soziale Wohlfahrt			4 090,9	3 454,6	2 978,6	181,8	154,0	140,2	63,9
316	Nationale Programme Qualitätsentwicklung KVG 2021-2024 BB 05.06.2019 / KV 31.12.2023	V0331.00 A231.0395	28,7	22,4	2,7	4,1	6,8	8,8	0,0
316	Entw. und Weiterentw. Qualitätsindikatoren KVG 2021-2024 BB 05.06.2019	V0331.01 A231.0395	5,0	2,1	0,4	0,8	0,9	–	0,7
316	Systematische Studien und Überprüfungen KVG 2021-2024 BB 05.06.2019 / KV 31.12.2023	V0331.02 A231.0395	3,5	0,0	–	0,0	–	–	1,0
316	Regionale u. nationale Projekte Qualität KVG 2021-2024 BB 05.06.2019 / KV 31.12.2023	V0331.03 A231.0395	8,0	5,4	0,5	1,7	2,2	1,0	2,0
318	Familienergänzende Kinderbetreuung 2019-25 BB 18.09.2018 / 08.12.2022 / 21.12.2023	V0034.04 A231.0244	124,5	87,7	43,9	24,8	13,3	5,7	–
318	Neue Finanzhilfen familienergänzende Kinderbetreuung BB 02.05.2017 / 07.06.2021 / 08.12.2022 / 21.12.2023	V0291.00 A231.0244	176,8	119,1	36,6	37,9	30,0	14,5	34,1
420	Migrationszusammenarbeit und Rückkehr 2022-2026 BB 16.12.2021	V0220.01 A231.0158	74,0	27,7	4,4	14,1	6,7	2,6	–
420	Integrationsförderung (KIP) 2022-2023 BB 16.12.2021	V0237.02 A231.0159	124,4	115,4	57,4	50,3	7,8	–	9,0
420	Integrationsförderung (KIP) 2024-2027 BB 21.12.2023	V0237.03 A231.0159	248,8	131,9	–	–	36,5	95,4	–
420	Umsetzung Schengen/Dublin BB 14.12.2017	V0287.00 A202.0166	37,0	12,4	7,6	2,2	2,6	–	11,6
420	2. Beteiligung der Schweiz an der Erw. EU Migration 2019-29 BB 03.12.2019	V0335.00 A231.0386	190,0	28,4	7,8	10,0	8,0	2,6	4,0
420	Erneuerung zentrales Migrationsinformationssystem (ZEMIS) E1 BB 07.03.2022	V0369.00 A202.0187	22,0	16,8	2,1	5,6	9,1	–	1,5

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
						bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	
Mio. CHF				1	2	3	4	5	6	7
420	Erneuerung zentrales Migrationsinformationssystem (ZEMIS) E2 BB 07.03.2022 <i>davon gesperrt</i>	V0369.01 A202.0187	28,7		–	–	–	–	–	–
			28,7							
725	Wohnbau und Eigentumsförderung; nicht rückzahlbare Beiträge BB 04.06.1975 / 17.06.1975 / 17.03.1976 / 17.03.1983 / 09.06.1983 / 30.09.1985 / 03.10.1991 / 03.12.1997 / 20.09.1999 / 22.12.2011 / 12.12.2013	V0087.03 A231.0236	2 769,5		2 769,5	2 752,4	3,6	3,9	9,6	–
725	Wohnraumförderung; rückzahlbare Darlehen und Beteiligungen BB 11.03.2019	V0130.05 A235.0104	250,0		115,8	62,9	26,7	26,2	–	–
Verkehr			97 096,9		70 006,7	51 666,6	3 029,4	2 405,5	12 905,1	3 563,0
802	Rahmenkredit Investitionsbeiträge Güterverkehr 2016-2020 BB 10.09.2015 / 12.12.2019	V0274.00 A236.0111	250,0		35,5	21,6	3,5	3,0	7,5	214,5
802	Rahmenkredit Investitionsbeiträge Güterverkehr 2021-2024 BB 08.12.2020	V0274.01 A236.0111	300,0		177,5	16,7	15,5	64,0	81,3	–
802	Regionaler Personenverkehr 2022-2025 BB 29.11.2021 / 21.12.2023	V0294.01 E130.0001 A231.0290	4 462,2		2 314,1	1 152,7	1 160,5	0,9	–	–
802	Investitionsbeiträge Autoverlad 2019 BB 13.12.2018	V0311.00 A236.0139	60,0		59,1	26,1	5,6	9,3	18,1	–
803	Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2017-2019 BB 15.12.2016	V0268.00 A231.0298 A231.0299 A231.0300	180,0		160,2	141,5	2,3	12,6	3,9	19,8
803	Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2020-2023 BB 12.12.2019	V0268.01 A231.0298 A231.0299 A231.0300	243,0		200,7	97,6	40,5	30,0	32,6	42,3
803	Spezialfinanzierung Luftverkehr 2024-2027 BB 21.12.2023	V0268.02 A231.0298 A231.0299 A231.0300	337,0		0,0	–	–	0,0	–	43,0
803	LuftfahrtDATENSAMMLUNGSDienst BB 12.12.2019	V0325.00 A231.0394	29,3		29,3	3,6	1,5	2,9	21,3	0,0
806	Hauptstrassen Berggebiete und Randregionen ¹ BB 04.10.2006 / BRB 04.12.2015 / 21.12.2016 / 20.12.2017 / 19.12.2018 / 13.12.2019	V0168.00 A236.0128	904,3		904,3	702,9	39,5	38,7	123,2	–
806	Wartung und Weiterentwicklung IVZ 2019 - 2033 BB 04.06.2018	V0305.00 A200.0001	36,0		36,0	11,2	3,6	4,1	17,2	–

¹ Inklusive Ausgleich der fehlenden Kantonsmittel aus der LSVA-Erhöhung (2008: 33,3 Mio.; 2009: 4,6 Mio.; 2010: 7,6 Mio.).

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023	Verpflichtungs-kredite (V) Voranschlags-kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs-kredite	Eingegangene Verpflichtungen 2=3+4+5+6		Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen			voraus-sichtlich nicht be-ansprucht
				bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF		1	2	3	4	5	6	7
Bahninfrastrukturfonds ¹		59 654,8	46 613,7	36 466,1	1 009,5	1 027,1	8 111,1	3 243,1
Ausbauschritt 2025 der Eisenbahninfrastruktur BB 17.06.2013 / BRB 17.12.2021	V0258.00	6 448,0	4 130,8	1 375,4	543,5	517,6	1 694,4	-
Ausbauschritt 2035 der Eisenbahninfrastruktur BB 11.06.2019	V0258.01	12 890,0	5 763,3	157,3	168,6	283,3	5 154,1	-
NEAT		24 167,0	22 863,2	22 763,3	30,6	24,7	44,6	1 287,4
Projektaufsicht BRB 21.12.2005 / BB 16.09.2008	V0092.00	110,5	104,0	102,5	0,1	0,2	1,3	6,5
Achse Lötschberg BRB 16.04.2003 / 21.12.2005 / 08.11.2006 / 24.10.2007 / BB 16.09.2008 / BRB 17.08.2011	V0093.00	5 384,0	5 384,0	5 311,6	-	-	72,4	65,0
Achse Gotthard BRB 08.11.2006 / BB 16.09.2008 / BRB 17.08.2011 / 22.10.2014 / 21.12.2016 / 14.08.2019 / 17.12.2021 <i>davon gesperrt</i>	V0094.00	16 826,5 <i>816,0</i>	15 930,1	15 910,8	30,5	24,5	-35,8	816,0
Ausbau Surselva BRB 10.01.2001 / BB 16.09.2008 / BRB 27.11.2009	V0095.00	134,3	122,5	122,5	-	-	-	11,8
Anschluss Ostschweiz BB 16.09.2008 / BRB 27.11.2009	V0096.00	113,5	113,5	113,5	-	-	-	-
Ausbauten St.Gallen - Arth-Goldau BRB 14.01.2004 / BB 16.09.2008	V0097.00	106,7	103,3	103,3	-	-	-	3,4
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg BRB 24.10.2007 / BB 16.09.2008 / BRB 26.11.2008 / 17.08.2011 / 21.12.2016	V0098.00	435,1	426,3	426,3	-	-	-	8,7
Reserven BB 16.09.2008 / BRB 26.11.2008 / 27.11.2009	V0099.00	339,9	-	-	-	-	-	339,9
Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achse (NEAT) BB 06.06.2005	V0104.00	24,0	10,2	10,2	-	-	-	13,8
Finanzierung der Trassensicherheit (NEAT) BB 01.06.2005	V0105.00	15,0	1,6	1,6	-	-	-	13,4
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard BB 16.09.2008 / BRB 27.11.2009 / 21.12.2016 / 17.12.2021	V0194.00	677,5	667,6	660,8	-	-	6,7	8,9
Bahn 2000 / ZEB		14 376,6	12 270,4	10 625,5	260,3	190,6	1 194,0	1 819,1
1. Etappe BB 17.12.1986 / Bericht 11.05.1994	V0100.00	7 400,0	6 170,9	6 170,9	-	-	-	1 229,1
Projektaufsicht über Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG BB 17.12.2008	V0101.00	10,0	3,8	3,8	-	0,1	-0,1	5,0
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG BB 17.12.2008 / BRB 17.12.2021	V0202.00	785,0	696,5	626,0	38,4	34,2	-2,2	-

¹ Ein negativer Wert gibt einen Hinweis darauf, in welchem Umfang Erhöhungen des Verpflichtungskredites infolge aufgelaufener Teuerung/Mehrwertsteuer nötig sein könnten. Diese werden dem Bundesrat zu gegebener Zeit unterbreitet.

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023	Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
				bis Ende 2022	2023	2024	später	
Mio. CHF		1	2	3	4	5	6	7
Projektaufsicht über Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG BB 17.12.2008	V0203.00	20,0	8,0	8,0	-	0,1	-0,1	10,0
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG BB 17.12.2008 / BRB 17.12.2021	V0204.00	4 843,0	4 055,2	2 919,3	178,5	114,3	843,2	675,0
Ausgleich für den Regionalverkehr BB 17.12.2008 / BRB 17.12.2021	V0205.00	279,0	259,4	202,1	27,5	20,7	9,2	-100,0
Planung der Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur BB 17.12.2008	V0206.00	40,0	39,6	39,6	0,0	-	0,0	-
4-Meter-Korridor: Massnahmen in der Schweiz BB 05.12.2013 / BRB 17.12.2021	V0246.00	719,6	762,5	521,4	13,1	1,4	226,6	-
4-Meter-Korridor: Massnahmen in Italien BB 05.12.2013	V0247.00	280,0	274,5	134,6	2,7	19,8	117,4	-
Lärmsanierung		1 773,2	1 586,0	1 544,6	6,5	11,0	24,0	136,6
Lärmschutz BB 06.03.2000 / 12.09.2013 / BRB 21.12.2016	V0103.00	1 773,2	1 586,0	1 544,6	6,5	11,0	24,0	136,6
Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds		30 640,4	19 476,2	13 026,7	747,5	1 213,0	4 489,0	0,4
Netzfertigstellung Nationalstrassen BB 04.10.2006 / BRB 04.12.2015 / 21.12.2016 / 20.12.2017 / 19.12.2018 / 13.12.2019 / 18.12.2020 / 17.11.2021 / 02.12.2022 / 29.11.2023	V0166.00	9 733,1	9 406,1	6 835,8	147,8	344,0	2 078,5	-
Agglomerationsverkehr BB 04.10.2006 / BRB 04.12.2015 / 21.12.2016 / 20.12.2017 / 19.12.2018 / 13.12.2019 / 18.12.2020 / 17.11.2021 / 02.12.2022 / 29.11.2023	V0167.00	6 308,5	5 084,3	4 210,3	104,4	222,0	547,5	-
Agglomerationsverkehr 3. Generation Einzelmassnahmen BB 25.09.2019 / 28.09.2021 / BRB 02.12.2022 / 29.12.2023	V0167.01	1 103,6	332,4	157,7	18,9	68,0	87,7	-
Agglomerationsverkehr 3. Generation Pauschalbeiträge BB 25.09.2019	V0167.02	386,8	386,5	28,8	15,2	34,0	308,5	0,4
Agglomerationsverkehr 4. Generation Einzelmassnahmen BB 04.12.2023	V0167.03	1 114,6	40,0	-	-	40,0	-	-
Agglomerationsverkehr 4. Generation Pauschalbeiträge BB 04.12.2023	V0167.04	466,7	20,0	-	-	20,0	-	-
Engpassbeseitigung Nationalstrassen BB 04.10.2006 / BRB 04.12.2015 / 21.12.2016 / 20.12.2017 / 19.12.2018 / 13.12.2019 / 18.12.2020 / 17.11.2021 / 02.12.2022 / 29.11.2023	V0169.00	5 777,1	1 733,3	1 321,4	55,4	65,0	291,6	-

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- anspruch
Mio. CHF			1	2	bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	7
	Ausbauschnitt 2019 und grössere Vorhaben im bestehenden Netz BB 19.06.2019 / BRB 18.12.2020 / 17.11.2021 / 02.12.2022 / 29.11.2023	V0327.00	5 750,0	2 473,7	472,7	405,8	420,0	1 175,1	-
	Umwelt und Raumordnung		4 758,9	4 026,4	2 372,1	567,2	555,8	531,3	317,9
805	Wasserkrafteinbussen BB 10.06.1996 / 05.12.2000 / 15.06.2011	V0106.00 A231.0306	141,7	141,6	87,4	4,3	4,3	45,7	-
810	Sanierung von Altlasten 2012-2017 BB 22.12.2011	V0118.01 A231.0325	240,0	193,5	148,2	14,0	12,0	19,3	46,5
810	Sanierung von Altlasten 2018-2023 BB 14.12.2017	V0118.02 A231.0325	240,0	239,4	54,2	24,8	22,0	138,4	0,6
810	Sanierung von Altlasten 2024-2029 BB 21.12.2023	V0118.03 A231.0325	265,0	-	-	-	-	-	-
810	Hochwasserschutz 2016-2019 BB 17.12.2015	V0141.02 A236.0124	540,0	459,1	429,1	13,8	10,0	6,1	80,9
810	Hochwasserschutz 2020-2024 BB 12.12.2019	V0141.03 A236.0124	610,0	554,9	231,4	119,8	107,2	96,6	0,0
810	Lärmschutz 2016-2024 BB 17.12.2015 / 13.12.2018 / 08.12.2022	V0142.02 A236.0125	184,0	182,3	131,8	26,0	24,5	-	0,7
810	Natur und Landschaft 2020-2024 BB 12.12.2019	V0143.03 A236.0123	475,0	432,5	254,5	89,7	88,3	-	38,5
810	Schutz Naturgefahren 2016-2019 BB 17.12.2015 / 17.06.2019	V0144.02 A236.0122	160,0	149,7	142,7	1,9	4,0	1,1	10,3
810	Schutz Naturgefahren 2020-2024 BB 12.12.2019	V0144.03 A236.0122	200,0	165,6	90,2	36,1	30,0	9,3	0,0
810	Wald 2020-2024 BB 12.12.2019 / 22.09.2021	V0145.03 A231.0327	675,0	663,2	388,6	138,8	135,9	-	10,1
810	Wildtiere, Jagd, Fischerei 2020-2024 BB 12.12.2019 / 11.12.2023 / 21.12.2023 <i>davon gesperrt</i>	V0146.03 A231.0323	22,0 7,0	12,7	7,6	2,5	2,5	-	9,3
810	3. Rhonekorrektur 2009-2020 BB 10.12.2009 / 11.12.2014 / 14.12.2017 / 13.12.2018 / 12.12.2019	V0201.00 A236.0124	169,0	116,0	98,2	0,2	4,5	13,1	53,0
810	3. Rhonekorrektur Etappe 2020-2025 BB 05.12.2019	V0201.01 A236.0124	85,0	45,6	9,4	2,6	10,0	23,6	19,4
810	Revitalisierung 2016-2019 BB 17.12.2015 <i>davon gesperrt</i>	V0221.01 A236.0126	170,0 20,0	140,3	138,5	0,3	1,4	-	29,7
810	Revitalisierung 2020-2024 BB 12.12.2019	V0221.02 A236.0126	180,0	178,9	99,6	35,1	33,1	11,0	0,0
810	Abwasserbeseitigung 2020-2024 BB 12.12.2019	V0254.01 A236.0102	300,0	293,0	46,6	52,8	59,5	134,1	-
810	Umwelttechnologie 2019-2023 BB 13.12.2018 / 16.12.2020	V0307.00 A236.0121	25,0	24,9	12,1	4,4	2,5	6,0	0,1
810	Umwelttechnologie 2024-2028 BB 21.12.2023	V0307.01 A236.0121	21,5	-	-	-	-	-	-
810	Restwassersanierung 2020-2024 BB 12.12.2019	V0323.00 A231.0326	18,0	1,6	0,7	0,1	0,4	0,4	16,4
810	Klimapaket Bundesverwaltung Auslandkompensation 2022-2031 BB 16.06.2022	V0367.00 A200.0001	37,7	31,9	1,6	-	3,7	26,6	2,1

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen 2=3+4+5+6	Ausgaben/Investitionen aus eingegangenen Verpflichtungen				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
						bis Ende 2022 3	2023 4	2024 5	später 6	
Mio. CHF			1	2	3	4	5	6	7	
Landwirtschaft und Ernährung			911,8	698,7	495,1	87,4	58,3	57,8	63,3	
708	Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen BB 17.12.2015	J0005.00 A236.0105	112,9	85,9	78,3	0,5	6,7	0,5	27,0	
708	Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen 2017-2021 BB 15.12.2016	V0266.00 A236.0105	448,0	411,7	370,9	16,5	22,0	2,3	36,3	
708	Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen 2022-2025 BB 03.06.2021	V0266.01 A236.0105	340,2	190,4	45,9	70,0	29,0	45,5	-	
708	digiFLUX BB 08.12.2022	V0373.00 A200.0001	10,7	10,7	-	0,5	0,6	9,6	-	
Wirtschaft			19 112,5	4 729,9	4 579,5	34,9	28,0	87,5	13 823,2	
704	Förderung Innovation und Zusammenarbeit Tourismus 2020-2023 BB 11.09.2019 / 02.03.2023	V0078.04 A231.0194	35,0	33,9	22,4	11,5	-	-	1,1	
704	Förderung Innovation und Zusammenarbeit Tourismus 2024-2027 BB 13.09.2023	V0078.05 A231.0194	45,4	45,4	-	-	12,0	33,5	-	
704	E-Government 2020-2023 BB 11.09.2019	V0149.03 A200.0001	21,7	21,7	16,3	5,4	-	-	-	
704	E-Government 2024-2027 BB 13.09.2023	V0149.04 A200.0001	32,8	32,8	-	-	8,0	24,8	-	
704	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen BB 10.03.2021	V0357.00 A231.0451 A290.0132	8 200,0	4 350,2	4 343,0	7,2	-	-	3 731,0	
724	Ethanol Sicherheitslager BB 08.12.2022	V0346.01 A231.0416	6,0	6,0	-	0,5	0,5	5,1	0,0	
805	Geothermie Teilzweckbindung CO ₂ -Abgabe 2018-2025 BB 14.12.2017	V0288.00 A236.0116	240,0	88,9	46,9	10,2	7,6	24,1	91,1	
805	Reservekraftwerk Birr 2022 - 2026 BB 05.12.2022	V0377.00 A202.0191	485,0	150,9	150,9	-	-	-	-	
805	Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft BB 05.12.2022	V0378.00 A290.0145	10 000,0	-	-	-	-	-	10 000,0	
805	Noststromgruppen BB 05.12.2022	V0382.00 A202.0191	46,5	-	-	-	-	-	-	

12 FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE FÜR GARANTIE UND BÜRGschaften

Der Bund führte per Ende 2023 27 bewilligte Verpflichtungskredite für Garantien und Bürgschaften in der Höhe von 99,3 Milliarden. Davon wurden 33,2 Milliarden bereits verpflichtet. Bis Ende 2023 wurden 2,8 Milliarden für die Begleichung von Bürgschaftsfordernungen und Garantieverpflichtungen ausgegeben. Die Verpflichtungskredite für Garantien und Bürgschaften betreffen die Aufgabengebiete Beziehungen zum Ausland, Bildung und Forschung, Soziale Wohlfahrt, Verkehr und Wirtschaft. Eine detaillierte Übersicht über die laufenden Verpflichtungskredite für Garantien und Bürgschaften findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

LESEHILFE ZUR TABELLE

Für jeden Verpflichtungskredit für Garantien und Bürgschaften sind in der Tabelle folgende Informationen enthalten:

- Spalte 1 zeigt die vom Parlament bewilligte Höhe der Garantien und Bürgschaften, die für das Vorhaben insgesamt abgegeben werden dürfen (inkl. Zusatzkredite).
- Spalte 2 zeigt die durch den Bund eingegangenen Verpflichtungen. Ein Betrag gilt als verpflichtet, sobald der Bundesrat auf einen (möglichen) zukünftigen Mittelabfluss keinen Einfluss mehr nehmen oder einen solchen nur mit einer finanziellen Einbusse verhindern kann (i.d.R. Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung).
- In den Spalten 3 und 4 sind für die entsprechenden Jahre die bereits getätigten Ausgaben und Investitionen aus den eingegangenen Verpflichtungen abgebildet.
- Auf die Angabe von Voranschlags- und Planwerten wird verzichtet, weil sich Garantiefälle bzw. Beanspruchungen von Bürgschaften nicht planen lassen.
- Der Anteil des Verpflichtungskredits, der voraussichtlich nicht verpflichtet wird, findet sich in Spalte 5.

Die Verpflichtungsperiode von Garantien und Bürgschaften ist in der Regel beschränkt, damit das Parlament in regelmässigen Abständen über die Weiterführung solcher Instrumente befinden kann. Im Fall von verlustfrei erloschenen Garantien und Bürgschaften können die entsprechenden Mittel erneut verpflichtet werden. Diese Praxis wurde bei älteren Verpflichtungskrediten nicht konsistent angewendet (verlustfrei erloschene Garantien und Bürgschaften wurden zum Teil nicht erneut verpflichtet). Einige ältere Verpflichtungskredite für Garantien und Bürgschaften verfügen deshalb teilweise über entsprechend hohe Kreditreste (diese entsprechen der Summe der verlustfrei erloschenen Garantien).

FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE VERPFLICHTUNGSKREDITE FÜR GARANTIE UND BÜRGschaften

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite (A)	Eingegangene Verpflich- tungen	Ausgaben aus eingegangenen Verpflichtungen		voraus- sichtlich nicht be- ansprucht
					bis Ende 2022	2023	
Mio. CHF			1	2	3	4	5
Total			99 294,5	32 243,5	2 791,5	-37,4	58 758,8
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit			26 502,5	14 055,4	-	-	12 447,1
202	Entwicklungsbank des Europarates BB 13.12.2000 / 17.12.2015	V0019.00 A231.0368	51,9	40,2	-	-	11,7
202	Entwicklungsbanken 1967-1998 BB 26.09.1979 / 07.03.1985 / 29.09.1987 / 19.12.1995	V0022.01 A235.0110	1 740,0	1 193,4	-	-	546,6
202	Beteiligung an der Weltbank (IBRD, IFC) BB 04.10.1991	V0023.01 A235.0109	4 517,9	2 535,7	-	-	1 982,2
202	Beteiligung an der Weltbank (Kapitalerhöhung IBRD) ¹ BB 16.12.2020	V0023.03 A235.0109	713,9	546,3	-	-	167,6
202	Beteiligung an der Kapitalerhöhung AfDB, AsDB, IDB, IBRD, IFC BB 28.02.2011	V0212.01 A235.0109	3 016,0	2 244,5	-	-	771,5
202	Beteiligung an der Kapitalerhöhung AfDB ¹ BB 16.12.2020	V0212.03 A235.0109	1 718,2	1 276,0	-	-	442,2
202	Beitritt AIB Garantiekapital BB 14.12.2015	V0262.02 A235.0110	590,6	475,7	-	-	114,9
604	Währungshilfebeschluss WHB BB 11.03.2013 / 06.06.2017 / 08.06.2022	V0193.01 A231.0384	10 000,0	3 662,0	-	-	6 338,0
604	Garantieverpflichtung gegenüber SNB für Darlehen an IWF BB 01.03.2011	V0214.00 A231.0376	950,0	432,8	-	-	517,2
604	Garantieverpflichtung gegenüber SNB für Darlehen an IWF BB 17.06.2017	V0214.01 A231.0376	800,0	572,6	-	-	227,4
604	Garantieverpflichtung gegenüber SNB für Darlehen an IWF BB 10.12.2020	V0214.02 A231.0376	800,0	572,6	-	-	227,4
604	Garantieverpflichtung gegenüber SNB für Darlehen an IWF BB 11.12.2023	V0214.03 A231.0376	750,0	-	-	-	750,0
704	Beteiligung EBWE, 2. Kapitalerhöhung BB 28.02.2011	V0075.02 A235.0111	298,0	190,9	-	-	107,1
704	Beteiligung EBWE, 1. Kapitalerhöhung BB 17.06.1997	V0075.03 A235.0111	273,8	164,3	-	-	109,5
704	Beteiligung EBWE BB 12.12.1990	V0075.04 A235.0111	282,3	148,4	-	-	133,9
Bildung und Forschung			350,0	5,8	-	-	344,2
750	Innovationspark 2016-2024 BB 15.09.2015 <i>davon gesperrt</i>	V0289.00 A231.0383	350,0 200,0	5,8	-	-	344,2
Soziale Wohlfahrt			18 852,0	5 053,9	859,8	3,1	12 818,1
316	Garantieerklärung Leistungsaushilfe Krankenversicherung BB 13.06.2001 / 08.12.2004 / 15.12.2010	V0029.00 A231.0377	300,0	300,0	-	-	-
725	Wohnbau- und Eigentumsförderung; Bürgschaften Schuldverpf. BB 04.06.1975 / 17.06.1975 / 17.03.1976 / 21.06.1982 / 17.03.1983 / 09.06.1983 / 30.09.1985 / 03.10.1991 / 06.10.1992 / 18.03.1993 / 03.12.1997	V0087.04 A235.0105	11 777,0	820,7	820,7	-	10 956,3
725	Wohnraumförderung; Bürgschaften und Schuldverpflichtungen BB 21.03.2003	V0130.02 A235.0105	1 775,0	181,1	1,8	0,1	1 593,9
725	Wohnraumförderung; Bürgschaften und Schuldverpflichtungen BB 17.03.2011	V0130.03 A235.0105	1 400,0	1 137,1	11,3	0,9	262,9
725	Wohnraumförderung; Bürgschaften und Schuldverpf. 2015-2021 BB 09.03.2015	V0130.04 A235.0105	1 900,0	1 895,0	18,8	1,5	5,0
725	Wohnraumförderung; Bürgschaften und Schuldverpf. 2021-2027 BB 03.03.2021	V0130.06 A235.0105	1 700,0	720,0	7,2	0,6	-

¹ Dieser Verpflichtungskredit beinhaltet sowohl Garantien und Bürgschaften wie auch auszahlbare Anteile. Hier werden lediglich die Verpflichtungen aus Garantien und Bürgschaften ausgewiesen. Die auszahlbaren Anteile sind in der Tabelle «früher bewilligte, laufende Verpflichtungskredite» unter der gleichen Bezeichnung im Aufgabengebiet «Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit» ausgewiesen.

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Verpflichtungs- kredite (V) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Verpflichtungs- kredite	Eingegangene Verpflich- tungen	Ausgaben aus eingegangenen Verpflichtungen		voraus- sichtlich nicht be- anspruch
					bis Ende 2022	2023	
Mio. CHF			1	2	3	4	5
Verkehr			11 000,0	3 751,5	162,7	-55,0	-
802	Bürgschaftsrahmenkredit für Betriebsmittelbeschaffung im öV BB 15.12.2010 / 17.12.2020	V0209.00 A236.0138 E130.0114	11 000,0	3 751,5	162,7	-55,0	-
Wirtschaft			42 590,0	9 376,9	1 768,9	14,5	33 149,4
704	Bürgschaften für Unternehmen (Corona - Härtefallhilfe) BB 06.05.2020	V0336.00 A231.0411 A290.0106	40 000,0	8 398,7	1 383,0	-	31 601,3
724	Hochseeschiffahrt 2002-2017 BB 04.06.1992 / 07.10.1997 / 05.06.2002 / 03.03.2008	V0086.00 A231.0373	1 700,0	528,3	373,8	-	1 171,7
724	Pflichtlagerdarlehen 2019-2024 BB 21.03.2019	V0320.00	540,0	163,7	-	-	376,3
810	Bürgschaften Technologiefonds BB 13.12.2012 / 12.12.2019 / 16.12.2020	V0223.00 A236.0127	350,0	286,3	12,1	14,5	-

2 ZAHLUNGSRAHMEN

21 FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE ZAHLUNGSRAHMEN

Die vom Parlament bewilligten und Ende 2023 noch laufenden Zahlungsrahmen umfassen insgesamt 98,7 Milliarden. Davon wurden bis Ende 2023 65,1 Milliarden in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr 2023 wurden 22,4 Milliarden ausgegeben. In den nächsten Jahren werden voraussichtlich weitere 32,9 Milliarden in Anspruch genommen, davon 21,9 Milliarden im Jahr 2024. Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass 0,7 Milliarden nicht ausgeschöpft werden.

Eine detaillierte Übersicht aller laufenden Zahlungsrahmen findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

LESEHILFE ZUR TABELLE

Gleichzeitig mit der Berichterstattung über die Verpflichtungskredite gibt der Bundesrat eine Übersicht über den Ausschöpfungsstand der Zahlungsrahmen. Für jeden Zahlungsrahmen ist in der Tabelle folgende Information enthalten:

- Spalte 1 zeigt die vom Parlament festgelegte maximale Höhe der Aufwände beziehungsweise Investitionsausgaben.
- Die Spalten 2 und 3 zeigen die erfolgte Beanspruchung des Zahlungsrahmens.
- Die Spalten 4 und 5 geben die Höhe der geplanten Beanspruchung an (gemäss aktueller Finanzplanung).
- Spalte 6 zeigt den voraussichtlich nicht beanspruchten Teil des Zahlungsrahmens.

FRÜHER BEWILLIGTE, LAUFENDE ZAHLUNGSRAHMEN

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Zahlungs- rahmen (Z) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Zahlungs- rahmen	Beanspruchung		geplante Beanspruchung		voraus- sichtlich nicht be- ansprucht 6=1-2-3-4-5
				bis Ende 2022 2	2023 3	2024 4	später 5	
Mio. CHF			1					6
Total			98 720,5	42 727,6	22 360,8	21 931,0	10 952,2	749,0
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit			107,8	72,7	26,4	1,0	2,0	5,8
202	Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020-2023 BB 17.09.2019	Z0058.01 A231.0353 A231.0354 A231.0355	103,8	72,7	25,4	-	-	5,7
202	Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) 2023-2026 BB 08.12.2022	Z0065.00 A231.0441	4,0	-	1,0	1,0	2,0	0,1
Sicherheit			21 700,0	10 132,4	5 776,5	5 609,3	-	181,7
Verwaltungseinheitsübergreifende Zahlungsrahmen								
525	Armee 2021-2024	Z0060.01	21 700,0	10 132,4	5 776,5	5 609,3	-	181,7
543	BB 23.09.2020 / 26.09.2023	A200.0001 A201.0001 A202.0100 A202.0101 A231.0100 A231.0101 A231.0102 A231.0103						
Bildung und Forschung			26 619,7	12 891,7	6 726,8	6 703,2	-	298,0
306	Schweizerschulen im Ausland 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0059.01 A231.0124	89,5	40,8	17,5	22,1	-	9,1
701	Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) 2021-2024 BB 14.12.2020	Z0038.03 A231.0183	154,4	75,3	38,7	38,6	-	1,8
701	Innovationsförderung Innosuisse 2021-2024 BB 16.09.2020 / 16.12.2021 / 08.12.2022	Z0061.01 A231.0380	1 236,5	575,1	328,3	296,7	-	36,4
750	Grundbeiträge Unis u. Institutionen 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0008.04 A231.0261	2 927,0	1 442,6	734,7	738,5	-	11,2
750	Institutionen der Forschungsförderung 2021-2024 BB 16.09.2020 / 16.12.2021 / 08.12.2022	Z0009.04 A231.0272	5 006,6	2 339,2	1 269,8	1 248,5	-	149,2
750	Beiträge an Kantone für Ausbildungsbeiträge 2021-2024 BB 08.09.2020	Z0013.04 A231.0264	100,3	49,7	25,0	24,7	-	0,9
750	Finanzierung der Berufsbildung 2021-2024 BB 14.12.2020	Z0018.04 A231.0259	3 468,9	1 718,1	866,3	869,2	-	15,3
750	Grundbeiträge Fachhochschulen 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0019.04 A231.0263	2 305,3	1 134,0	578,6	583,8	-	8,9
750	Forschungseinrichtungen nationaler Bedeutung 2021-2024 BB 15.12.2020	Z0055.02 A231.0273	457,0	225,7	115,6	114,1	-	1,6
750	Finanzierung der Weiterbildung 2021-2024 BB 22.09.2020	Z0056.02 A231.0268	59,5	23,1	15,2	18,0	-	3,1
750	Stiftung Switzerland Innovation 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0064.00 A231.0399	4,0	1,8	0,9	1,0	-	0,4
Verwaltungseinheitsübergreifende Zahlungsrahmen								
620	Bereich der Eidg. Techn. Hochschulen	Z0014.04	10 810,7	5 266,2	2 736,2	2 747,9	-	60,3
701	(ETH-Bereich) 2021-2024 BB 10.12.2020	A202.0134 A231.0181						

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023		Zahlungs- rahmen (Z) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Zahlungs- rahmen	Beanspruchung		geplante Beanspruchung		voraus- sichtlich nicht be- ansprucht 6=1-2-3-4-5
				bis Ende 2022 2	2023 3	2024 4	später 5	
Mio. CHF			1					6
Kultur und Freizeit			745,5	350,6	188,0	189,9	-	17,0
301	Stiftung Pro Helvetia 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0002.04 A231.0172	180,4	87,1	45,6	46,0	-	1,6
301	Schweizerisches Nationalmuseum 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0050.02 A231.0170	134,5	65,0	34,0	34,3	-	1,2
306	Film 2021-2024 BB 16.09.2020 / 11.12.2023	Z0004.04 A231.0126 A231.0135 A231.0136	211,2	103,6	54,2	51,2	-	2,3
306	Verständigung und Sprache 2021-2024 BB 24.09.2020	Z0051.02 A231.0121 A231.0122 A231.0123	70,0	31,1	18,0	19,5	-	1,5
306	Kulturgütertransfer 2021-2024 BB 16.09.2020	Z0052.02 A231.0129	3,1	1,5	0,8	0,8	-	0,1
306	Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021-2024 BB 24.09.2020	Z0053.02 A231.0119 A231.0125 A231.0131 A231.0133 A231.0134 A231.0137 A231.0138 A231.0140 A231.0141	146,3	62,3	35,5	38,1	-	10,3
Verkehr			34 327,2	15 341,1	6 031,7	5 821,8	6 980,7	152,0
802	Investitionsbeiträge Behindertengleichstellungsgesetz BB 18.06.2002	Z0027.00 A236.0109	300,0	190,5	0,2	1,3	-	108,0
802	Abgeltung alpenquerender Schienengüterverkehr 2011-30 BB 03.12.2008 / 19.06.2014 / 03.06.2020	Z0047.00 A231.0292	2 060,0	1 647,4	60,0	58,8	293,7	-
802	Abgeltung Rollende Landstrasse (Rola) 2024-2029 BB 01.06.2023	Z0067.00 A231.0292	106,0	-	-	20,0	86,0	-
Bahninfrastrukturfonds			14 765,0	7 414,1	3 795,3	3 555,6	-	-
	Betrieb und Substanzerhalt Bahninfrastruktur 2021-2024 BB 08.12.2020 / 21.12.2023	Z0036.04	14 765,0	7 414,1	3 795,3	3 555,6	-	-
Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds			17 096,2	6 089,0	2 176,2	2 186,1	6 600,9	44,0
	Nationalstrassen 2020-2023; Betrieb, Unterhalt und Ausbau BB 06.06.2019 / 05.09.2023	Z0063.00	8 309,2	6 089,0	2 176,2	-	-	44,0
	Nationalstrassen 2024-2027; Betrieb, Unterhalt und Ausbau BB 20.09.2023	Z0063.01	8 787,0	-	-	2 186,1	6 600,9	-
Landwirtschaft und Ernährung			14 047,4	3 487,2	3 487,0	3 507,4	3 504,8	61,0
708	Produktionsgrundlagen ¹ 2022-2025 BB 03.06.2021 / 21.12.2023	Z0022.05 A231.0224 A231.0228 A235.0102 A235.0103 A236.0105	559,8	137,9	142,1	142,7	142,1	-5,0

¹ Der Zahlungsrahmen wird aktuell leicht überschritten. Dies ist insbesondere auf die vom Parlament im Voranschlag 2023 beschlossene Erhöhung der Mittel für die Pflanzen- und Tierzucht sowie kleinere Verschiebungen zurückzuführen.

Fortsetzung

Stand per Rechnungsabschluss 2023			Zahlungs- rahmen (Z) Voranschlags- kredite (A)	Früher bewilligte Zahlungs- rahmen	Beanspruchung				voraus- sichtlich nicht be- ansprucht 6=1-2-3-4-5
					bis Ende 2022	2023	geplante Beanspruchung 2024	später	
Mio. CHF				1	2	3	4	5	6
708	Produktion und Absatz 2022-2025 BB 03.06.2021 / 16.12.2021 / 08.12.2022 / 21.12.2023	Z0023.05 A231.0229 A231.0230 A231.0231 A231.0232 A231.0382	2 238,6		538,0	533,7	552,7	550,7	63,5
708	Direktzahlungen 2022-2025 BB 03.06.2021	Z0024.05 A231.0234	11 249,0		2 811,3	2 811,2	2 812,0	2 812,0	2,4
Wirtschaft				1 172,9	451,9	124,3	98,4	464,7	33,6
704	Schweiz Tourismus 2020-2023 BB 18.09.2019 / 16.12.2021	Z0016.04 A231.0192	260,0		187,5	70,4	-	-	2,0
704	Schweiz Tourismus 2024-2027 BB 18.09.2023	Z0016.05 A231.0192	233,0		-	-	56,6	171,6	4,8
704	Exportförderung 2020-2023 BB 19.09.2019 / 16.12.2020 / 08.12.2022	Z0017.05 A231.0198	97,4		72,3	24,3	-	-	0,8
704	Exportförderung 2024-2027 BB 13.09.2023	Z0017.06 A231.0198	99,1		-	-	24,7	74,4	-
704	Information Unternehmensstandort Schweiz 2020-2023 BB 11.09.2019	Z0035.04 A231.0211	17,6		12,5	4,2	-	-	0,9
704	Information Unternehmensstandort Schweiz 2024-2027 BB 13.09.2023	Z0035.05 A231.0211	18,5		-	-	4,6	13,9	-
704	Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung 2016-2023 BB 09.09.2015	Z0037.01 A231.0208	230,0		179,6	25,3	-	-	25,1
704	Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung 2024-2031 BB 18.09.2023	Z0037.02 A231.0208	217,3		-	-	12,5	204,8	-

3 KREDITÜBERSCHREITUNGEN

31 KREDITÜBERSCHREITUNGEN

Eine Kreditüberschreitung liegt vor, wenn ein Voranschlags- oder Nachtragskredits über den vom Parlament bewilligten Betrag hinaus beansprucht wird. Das kreditrechtliche Instrument ist im Finanzhaushaltsgesetz geregelt (Art. 36 FHG). Der Bundesrat hat Kreditüberschreitungen von 2,25 Milliarden genehmigt und unterbreitet sie dem Parlament zur nachträglichen Genehmigung.

Die Kreditüberschreitungen 2023 beliefen sich auf insgesamt 2,25 Milliarden. Die Begründung der einzelnen Kreditüberschreitungen finden sich in Band 2.

- Die *dringlichen Nachträge* (nach Art. 36 Abs. 1 FHG) beliefen sich auf 67 Millionen. Die Finanzdelegation bewilligte die dringlichen Nachträge von über 5 Millionen am 2.2.2024. Dabei handelte es sich um die Rückstellungen für die Risikominderung Mitholz (54,6 Mio.) und für Kantonale Härtefallmassnahmen (7,2 Mio.). Insgesamt waren vier dringliche Nachträge nötig.
- Die *Überschreitung von Globalbudgets um 1 Prozent bzw. maximal 10 Millionen* (nach Art. 36 Abs. 2) summierten sich auf 40,6 Millionen.
- Die *Überschreitungen nach Artikel 36 Absatz 3 FHG* betreffen einerseits Ausgaben und Aufwände, die nicht steuerbar sind (Bst. a–d, f, g; total 1,3 Mrd.), die Verwendung von allgemeinen und zweckgebundenen Reserven sowie die Überschreitung von Globalbudgets infolge von leistungsbedingten Mehrerträgen (Bst. e; total 434 Mio.).
- Die Kredite mit zulässigen *Überschreitungen wegen einem geringfügigen Ermessenspielraum* (nach Art. 36 Abs. 4) wurden im Bundesbeschluss zum Voranschlag 2023 festgelegt (total 392 Mio.).

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 1 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Dringliche Nachträge		67 448 208
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A231.0420	Covid: Leistungen Erwerbsersatz	3 600 000
500	Generalsekretariat VBS	
A202.0183	Risikominderung Mitholz	54 600 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0451	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	7 229 047
810	Bundesamt für Umwelt	
A240.0105	Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	2 019 161

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 2 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Überschreitung von Globalbudgets um 1%, max. 10 Millionen		40 628 236
101	Bundesversammlung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	700 000
104	Bundeskanzlei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei	777 000
301	Generalsekretariat EDI	
A202.0120	Behindertengleichstellung und Rassismusbekämpfung	32 460
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	949 193
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 784 002
402	Bundesamt für Justiz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	781 600
420	Staatssekretariat für Migration	
A202.0156	Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben	2 577 000
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	10 000 000
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	941 926
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 641 700
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 888 000
614	Eidgenössisches Personalamt	
A202.0131	Ausgleich Arbeitgeberbeiträge	491 700
A202.0133	Übriger Personalaufwand zentral	176 600
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	6 727 500
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	3 050 400
A202.0180	Programm SUPERB	550 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 365 083
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	773 000
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	100 000
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	393 880
802	Bundesamt für Verkehr	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	748 147
812	Bundesamt für Raumentwicklung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	179 045

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 3 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Total		1 750 230 429
Kreditüberschreitungen nach Art. 36 Abs. 3 Bst. a-d,f,g FHG		1 316 338 448
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A238.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	800 000
A240.0001	Finanzaufwand	68 333 000
316	Bundesamt für Gesundheit	
A231.0214	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	59 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A231.0239	Leistungen des Bundes an die AHV	60 000 000
A231.0245	Ergänzungsleistungen zur IV	21 590 735
417	Eidgenössische Spielbankenkommission	
A230.0100	Spielbankenabgabe für die AHV	109 546 000
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	97 872 000
A202.0196	Covid: Wertberichtigung Sanitätsmaterial	467 407 000
601	Eidgenössische Finanzverwaltung	
A202.0194	Aufwände Verlustgarantien UBS	5 090 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	
A202.0184	Abnahme Münzumlaf	3 976 130
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A202.0117	Debitorenverluste Steuern und Abgaben	36 124 729
A230.0101	Direkte Bundessteuer	122 286 536
A230.0106	Wehrpflichtersatzabgabe	15 361
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A202.0125	Debitorenverluste	850 000
A230.0113	Kantonsanteil Spirituosensteuer	1 000 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	11 114 000
A202.0135	Liegenschaftsaufwand ETH	16 592 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0188	Leistungen des Bundes an die ALV	22 482 000
A240.0001	Finanzaufwand	9 539 058
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 580 984
A238.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	140 600
725	Bundesamt für Wohnungswesen	
A235.0105	Garantieleistungen	693 839
A240.0106	Finanzaufwand Darlehen und Beteiligungen	15 848 876
802	Bundesamt für Verkehr	
A240.0001	Finanzaufwand	4 366 100
806	Bundesamt für Strassen	
A230.0108	Allgemeine Strassenbeiträge	710 000
A230.0109	Kantone ohne Nationalstrassen	15 000
A250.0101	Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds	133 917 600
810	Bundesamt für Umwelt	
A230.0111	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	19 957 700
A231.0325	Sanierung von Altlasten	20 000 000
A231.0402	Recycling Glas	2 886 300
A231.0403	Recycling Batterien	1 602 900
Kreditüberschreitungen nach Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG		433 891 981
Verwendung allgemeine Reserven		78 575
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	78 575

Fortsetzung

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Verwendung zweckgebundene Reserven		231 960 539
101	Bundesversammlung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	2 000 000
104	Bundeskanzlei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei	1 467 500
A202.0182	Digitale Transformation und IKT-Lenkung	5 536 500
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 250 000
303	Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	50 000
305	Schweizerisches Bundesarchiv	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	280 000
306	Bundesamt für Kultur	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	130 000
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 616 080
316	Bundesamt für Gesundheit	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	500 000
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 534 100
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 999 325
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	412 000
342	Institut für Virologie und Immunologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	50 000
402	Bundesamt für Justiz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	534 000
403	Bundesamt für Polizei	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 135 000
A202.0110	Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte	904 000
420	Staatssekretariat für Migration	
A202.0166	Umsetzung Schengen/Dublin	3 500 000
A202.0167	Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	218 600
485	Informatik Service Center ISC-EJPD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	911 500
A202.0113	Programm Fernmeldeüberwachung	12 438 400
504	Bundesamt für Sport	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 035 300
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 224 513
A202.0164	Polycom Werterhaltung	3 333 733
A202.0173	Nationales sicheres Datenverbundsystem SDVS	627 400
525	Verteidigung	
A202.0101	Rüstungsaufwand und -investitionen	147 153 000
542	armasuisse Wissenschaft und Technologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	125 475
570	Bundesamt für Landestopografie swisstopo	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 333 750
600	Generalsekretariat EFD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 309 100
602	Zentrale Ausgleichsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	360 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	105 000
604	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	17 000

Fortsetzung

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	362 000
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 831 000
A202.0162	Gesamterneuerung und Modernisierung IKT-Anwendung	1 065 000
A202.0163	Polycom Werterhaltung	4 799 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	466 000
A201.0001	Investitionen (Globalbudget)	5 354 400
A202.0180	Programm SUPERB	6 509 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	590 000
710	Agroscope	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 078 147
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	100 000
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	34 425
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	47 800
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	412 167
802	Bundesamt für Verkehr	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	165 702
805	Bundesamt für Energie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 799 222
808	Bundesamt für Kommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	255 400
Überschreitung Globalbudget durch leistungsbedingte Mehrerträge		201 852 867
301	Generalsekretariat EDI	
A202.0121	Eidgenössische Stiftungsaufsicht	481 000
317	Bundesamt für Statistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	2 649 825
341	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	229 998
342	Institut für Virologie und Immunologie	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	400 000
402	Bundesamt für Justiz	
A202.0192	Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID)	900 000
485	Informatik Service Center ISC-EJPD	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	7 588 500
504	Bundesamt für Sport	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 799 700
600	Generalsekretariat EFD	
A200.0002	Funktionsaufwand (Globalbudget) Digitale Verwaltung Schweiz	121 700
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	160 080 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	14 829 000
A202.0134	Investitionen ETH-Bauten	211 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	300 000
710	Agroscope	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	8 000 000
785	Information Service Center WBF	
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 262 144

KREDITÜBERSCHREITUNGEN GEMÄSS ART. 36 ABS. 4 FHG

CHF		Kreditüber- schreitung 2023
Überschreitung mit geringfügigem Ermessenspielraum		392 389 471
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	
A231.0348	Beiträge an Institutionen des internationalen Rechts	80 000
317	Bundesamt für Statistik	
A231.0235	Beitrag Eurostat	231 900
402	Bundesamt für Justiz	
A231.0145	Beiträge an internationale Organisationen	26 600
420	Staatssekretariat für Migration	
A231.0152	Asylsuchende: Verfahrensaufwand	25 200 000
A231.0153	Sozialhilfe Asylsuchende, vorl. Aufgenommene, Flüchtlinge	79 500 000
601	Eidgenössische Finanzverwaltung	
A240.0101	Passivzinsen	270 159 600
605	Eidgenössische Steuerverwaltung	
A240.0103	Vergütungszinsen Steuern und Abgaben	12 172 296
606	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	
A202.0123	Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	4 700 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	
A231.0204	Welthandelsorganisation (WTO)	63 375
750	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	
A231.0279	Europäische Organisation für astronomische Forschung (ESO)	204 600
A231.0282	Europäisches Labor für Synchrotron-Strahlung (ESRF)	45 600
A231.0400	Square Kilometre Array Observatory (SKAO)	5 500

SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

C

INHALTSVERZEICHNIS

C	SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG	149
1	SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG	153
	NETZZUSCHLAGSFONDS	155
	12.1 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG	155
	12.2 RECHNUNG	159
	12.3 ANHANG ZUR RECHNUNG	160

1 SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

SPEZIALFONDS AUS VORANSCHLAGSKREDITEN

Aus der Bundesrechnung werden verschiedene *Spezialfonds aus Voranschlagskrediten* geöfnet. Sämtliche Fondseinlagen unterliegen dem Kreditbewilligungsverfahren durch das Parlament und werden der Bundesrechnung belastet. Dabei werden zwei Kategorien von Spezialfonds aus Voranschlagskrediten unterschieden:

- Spezialfonds mit Sonderrechnung
- Spezialfonds der Bundesrechnung

Obwohl für alle Spezialfonds eine eigenständige Buchhaltung und Jahresrechnung geführt wird, bestehen wesentliche Unterschiede bezüglich des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens und des Ausweises in der Staatsrechnung.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN KATEGORIEN

SPEZIALFONDS MIT SONDERRECHNUNG

Die *Spezialfonds mit Sonderrechnung* (BIF und NAF) werden vom Parlament als eigenständige Rechnungen mittels Bundesbeschluss genehmigt. Damit unterliegen sowohl die geplante als auch die tatsächliche Mittelverwendung dem parlamentarischen Genehmigungsverfahren. Die Fondsrechnungen sowie die entsprechenden Bundesbeschlüsse werden im Voranschlag und in der Rechnung in Band 1A veröffentlicht.

SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

Die Rechnungen der *Spezialfonds der Bundesrechnung* werden hingegen nicht separat, sondern nur im Rahmen des Beschlusses zur Bundesrechnung vom Parlament abgenommen. Weder die geplante noch die tatsächliche Verwendung der Mittel wird vom Parlament genehmigt. Entsprechend wird für diese Rechnungen auch kein Voranschlag erstellt. Im Jahresabschluss werden die Rechnungen dieser Fonds mittels einer besonderen Konsolidierungsregel in die Bundesrechnung integriert. Die Besonderheit liegt darin, dass zwar die Aktiven und Passiven in die Bundesrechnung konsolidiert werden, anstelle der Mittelverwendung jedoch die Mittelausstattung der Fonds in der Bundesrechnung ausgewiesen wird.

EINLAGEN IN SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

EINLAGEN IN SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023
Einlage in Spezialfonds der Bundesrechnung	1 329	1 343	1 281
Einlage Netzzuschlagsfonds	1 274	1 288	1 226
Einlage Fonds für Regionalentwicklung	25	25	25
Einlage Technologiefonds	25	25	25
Einlage Fonds Landschaft Schweiz	5	5	5

Abbildung der Fondsrechnungen

Die tatsächliche Mittelverwendung dieser Fonds ist lediglich in den entsprechenden Fondsrechnungen ersichtlich. Diese Rechnungen werden in der jährlich von der EFV publizierten *Zusatzdokumentation Spezialfinanzierungen, Spezialfonds und übrige zweckgebundene Mittel* publiziert. In dieser Publikation werden zusätzlich auch die Spezialfonds aus Zuwendungen Dritter dargestellt.

Aufgrund seiner bedeutenden Stellung innerhalb der Spezialfonds der Bundesrechnung wird die Rechnung des der *Netzzuschlagsfonds* zusätzlich auf den folgenden Seiten abgebildet.

NETZZUSCHLAGSFONDS

12.1 KOMMENTAR ZUR RECHNUNG

Die Erfolgsrechnung des Netzzuschlagsfonds weist Einnahmen von 1168 Millionen aus. Bei Ausgaben von 971 Millionen resultiert ein Überschuss von 197 Millionen.

Einnahmen

Netzzuschlag

Die Einnahmen aus dem bei den Netzbetreibern erhobenen Zuschlag auf dem Netznutzungsentgelt für das Übertragungsnetz (Netzzuschlag) belaufen sich auf 1226 Millionen. Für den Monat Dezember wurden per Bilanzstichtag noch keine Rechnungen gestellt. Die ausstehenden Einnahmen wurden geschätzt und mit 117 Millionen als aktive Rechnungsabgrenzung erfasst.

Energieverkäufe

Die Einnahmen aus Energieverkäufen belaufen sich auf 56 Millionen. Der verkaufte Strom stammt aus Anlagen, die über das Einspeisevergütungssystem gefördert werden. Der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die 2023 gesunkenen Marktpreise zurückzuführen.

Übersteigender Teil Einspeisevergütung

Betreibern von Anlagen im Einspeisevergütungssystem wird für die eingespeiste Elektrizität ein Vergütungssatz zugesichert. Die Einspeisevergütung deckt in Zeiten tiefer Marktpreise die Differenz zwischen dem Marktpreis und dem Vergütungssatz und federt somit die Risiken für die Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreiber ab. Übersteigt der Referenz-Marktpreis den Vergütungssatz, steht der übersteigende Teil dem Netzzuschlagsfonds zu (vgl. Art. 21 Abs. 5 EnG). Im Berichtsjahr resultieren negative Einnahmen von 21 Millionen. Dies ergibt sich durch den Unterschied zwischen dem geschätzten und dem effektiven Marktpreis für das vierte Quartal 2022.

Einbehalten von Sicherheitsleistungen

Für die Teilnahme an den Auktionen für eine hohe Einmalvergütung müssen die Projektanten eine Sicherheitsleistung hinterlegen. Die Sicherheitsleistung beträgt 10 Prozent dessen, was die Einmalvergütung für die gesamte von ihnen gebotene Leistung betragen würde. Wird die Anlage wie im Gesuch angegeben realisiert, erhält der Projektant die volle Sicherheitsleistung zurück. Liegt jedoch die Leistung der Anlage nach Inbetriebnahme mehr als 10 Prozent tiefer als im Gebot angegeben, so wird auch die hinterlegte Sicherheitsleistung anteilig einbehalten. Wird ein Projekt abgebrochen, wird die gesamte Sicherheitsleistung einbehalten. Im Berichtsjahr wurde in einem Fall eine Sicherheitsleistung einbehalten.

Rückerstattung Netzzuschlag an Grossverbraucher

Im Berichtsjahr wurden Rückerstattungen an stromintensive Unternehmen im Umfang von 107 Millionen ertragsmindernd verbucht. Diese Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist teilweise auf die gesunkenen Strompreise zurückzuführen.

Zinseinnahmen

Gemäss Art. 37 Abs. 4 EnG sind die Mittel des Netzzuschlagsfonds zu verzinsen. Im Rechnungsjahr wurden dem Netzzuschlagsfonds Zinsen in Höhe von 15 Millionen gutgeschrieben.

Ausgaben

Die Ausgaben des Netzzuschlagsfonds umfassen die für den Vollzug nötigen Eigenausgaben von 39 Millionen und die Transferausgaben im Umfang von 932 Millionen.

Eigenausgaben

Die Eigenausgaben belaufen sich auf 39 Millionen und setzen sich vorwiegend aus den folgenden Positionen zusammen:

- 4 Millionen: Bundesinterner Verwaltungsaufwand beim Bundesamt für Energie (BFE) und beim Bundesamt für Umwelt (BAFU).
- 14 Millionen: Externer Vollzugsaufwand, davon entfallen 11 Millionen auf die Pronovo AG, die für die Abwicklung des Einspeisevergütungssystems, der Mehrkostenfinanzierung, der Einmalvergütungen und der Betriebskostenbeiträge verantwortlich ist.
- 20 Millionen: Übriger Aufwand, bestehend aus 4 Millionen für die Ausgleichsenergie und 16 Millionen für das Bewirtschaftungsentgelt, das den Produzenten in der Direktvermarktung zum Ausgleich der damit verbundenen Vermarktungskosten ausgerichtet wird. Die Ausgleichsenergie deckt die Differenz zwischen der prognostizierten und der effektiv produzierten Strommenge aus Anlagen, die über das Einspeisevergütungssystem gefördert werden.

Transferausgaben

Die Transferausgaben bestehen aus Marktprämien für die ungedeckten Kosten von Grosswasserkraftwerken sowie Wertberichtigungen für Investitionsbeiträge an Anlagen zur Förderung neuer erneuerbarer Energien und Effizienzmassnahmen.

Marktprämie Grosswasserkraft

Die Marktprämien Grosswasserkraft werden im Berichtsjahr für das jeweils vorangehende Geschäftsjahr (2022) ausbezahlt. Anspruchsberechtigt sind Betreiber, Eigner oder Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die den Strom aus Grosswasserkraftwerken am Markt unterhalb der Gestehungskosten absetzen müssen. Im Jahr 2023 wurden (für das Geschäftsjahr 2022) drei Gesuche um Marktprämie gestellt. Da jedoch alle drei Gesuche von den Gesuchstellern wieder zurückgezogen wurden, hat das BFE im Jahr 2023 keine Marktprämien verfügt und ausbezahlt. Dies ist insbesondere auf die sehr hohen Marktpreise im Jahr 2022 zurückzuführen.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die gesamten Investitionsausgaben belaufen sich auf 932 Millionen. Sie verteilen sich im Einzelnen auf nachfolgende Förderinstrumente:

Einspeisevergütungssystem

Die Ausgaben für das Einspeisevergütungssystem betragen 411 Millionen. Damit konnten 13 037 Stromerzeugungsanlagen (Vorjahr 13 116) gefördert werden. 518 Gesuchsteller sind im Besitz einer Zusicherung für eine Einspeisevergütung, konnten ihre Projekte jedoch noch nicht realisieren. Der gegenüber dem Vorjahr markante Anstieg der Ausgaben von über 80 Prozent ist auf die im Jahr 2023 gesunkenen Marktpreise zurückzuführen.

Einmalvergütungen

Im Rechnungsjahr 2023 erhielten 44 798 Betreiber von kleinen Photovoltaikanlagen und 1267 Betreiber von grossen Photovoltaikanlagen insgesamt 374 Millionen vergütet. Weitere 236 Projekteigner grosser Photovoltaikanlagen erhielten eine Zusicherung für eine künftige Einmalvergütung. Damit lagen die Vergütungen über dem Niveau des Vorjahres (244 Mio.). Seit dem 1.1.2023 erhalten Photovoltaikanlagen ohne Eigenverbrauch eine Einmalvergütung. 124 Anlagen mit einer Leistung unter 150 Kilowatt erhielten gesamthaft 3 Millionen ausbezahlt. Für Anlagen mit einer Leistung ab 150 Kilowatt wird die Höhe der Einmalvergütung per Auktion bestimmt. Im Berichtsjahr wurden vier Auktionsrunden durchgeführt. Gesamthaft erhielten 442 Projekteigner eine Zusicherung. Die Auszahlungen beliefen sich auf 3 Millionen.

Einmalvergütungen für Photovoltaik-Grossanlagen (Art. 71a EnG)

Ein Gesuch für eine Einmalvergütung gemäss Art. 71a EnG kann beim BFE eingereicht werden, sobald eine rechtskräftige Baubewilligung für die Anlage vorliegt. Im Berichtsjahr wurde kein Gesuch beim BFE eingereicht.

Mehrkostenfinanzierungen

Für bestehende Verträge der Mehrkostenfinanzierung (Vorläufersystem der kostendeckenden Einspeisevergütung) wurden 2023 Förderbeiträge von insgesamt 11 Millionen entrichtet.

Betriebskostenbeiträge für Biomasseanlagen

2023 wurden sieben Gesuche um einen Betriebskostenbeitrag bei Pronovo eingereicht. Eine Anlage ging im Berichtsjahr in Betrieb.

Geothermie-Garantien und Investitionsbeiträge

Im Jahr 2023 konnte ein Subventionsvertrag für einen im Jahr 2022 eingereichten Prospektionsantrag unterzeichnet werden. Zudem fand die abschliessende Evaluierung eines Explorationsprojekts statt, das im Jahr 2022 erfolglos war. Im Jahr 2023 wurde kein neuer Antrag eingereicht. Die Ausgaben 2023 beliefen sich auf 25 Millionen. Geothermie-Garantien wurden 2023 keine gesprochen.

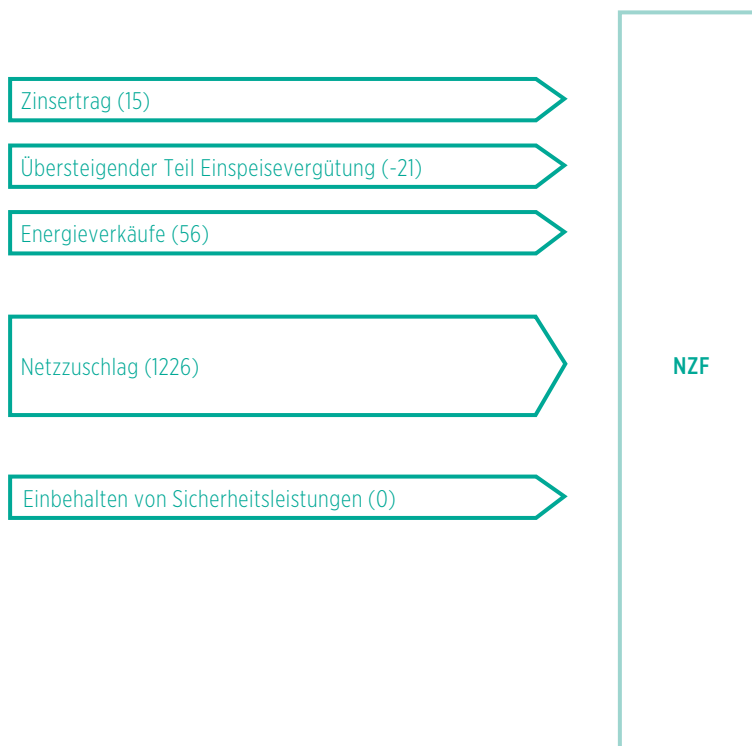
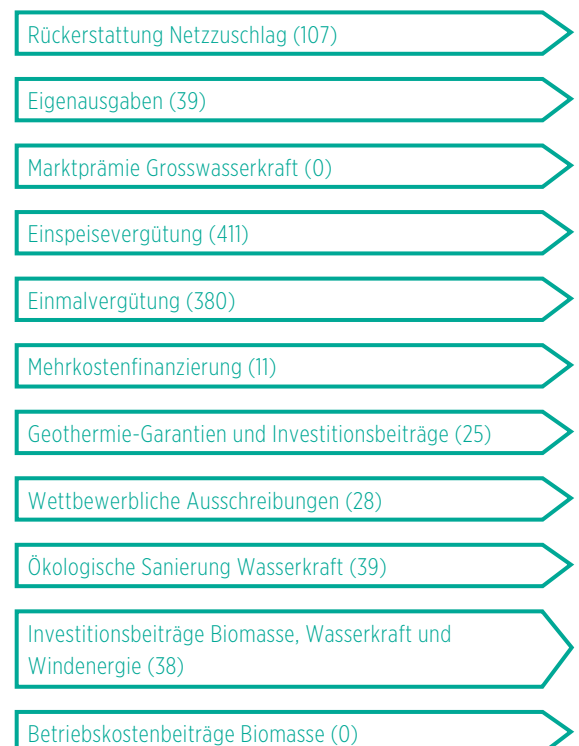
Seit dem 1.1.2023 wird auch die Erstellung von Geothermieanlagen mittels Investitionsbeiträgen gefördert.

Wettbewerbliche Ausschreibungen zur Steigerung der Energieeffizienz

2023 wurden 28 Millionen für Projekte und Programme der wettbewerblichen Ausschreibungen entrichtet, welche in den Vorjahren bewilligt worden waren. Die Höhe der Förderung lag damit auf dem Niveau des Vorjahres (27 Mio.) Die geplante Kostenwirksamkeit (inkl. der Umsetzungskosten) beträgt für 2023 3,1 Rappen pro eingesparte Kilowattstunde. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert gestiegen, da sich die Kostenwirksamkeit der geförderten Programme und vor allem diejenige der Projekte erhöht hat.

NETZZUSCHLAGSFONDS

In Klammern: Werte gemäss Rechnung 2023 in Mio. Franken

Einlagen**Verwendung**

Ökologische Sanierungen Wasserkraft

Zur ökologischen Sanierung von Wasserkraftwerken wurden Förderbeiträge im Umfang von 39 Millionen ausbezahlt. Gegenüber dem Vorjahr (35 Mio.) ist die Anzahl an Auszahlungsverfügungen mit rund 55 gleichgeblieben. Gleichzeitig wurden 34 neue Gesuche eingereicht.

Investitionen in erneuerbare Energien

Investitionsbeitrag Kleinwasserkraft

2023 gingen 34 Gesuche ein, von denen 16 Gesuche genehmigt und drei Gesuche abgewiesen wurden. Die Prüfung der restlichen 15 Gesuche kann erst 2024 abgeschlossen werden. Die Auszahlungen 2023 beliefen sich auf 8 Millionen. Weitere Auszahlungen sind im Jahr 2024 vorgesehen, da sich viele der bewilligten Projekte in der Umsetzung befinden.

Seit dem 1.1.2023 können auch Neuanlagen einen Antrag auf einen Investitionsbeitrag beim BFE stellen.

Investitionsbeitrag Grosswasserkraft

Im Jahr 2023 ging ein neues Gesuch ein, das jedoch durch den Antragsteller zurückgezogen wurde.

Die Auszahlungen für in den Vorjahren zugesicherte Beiträge beliefen sich 2023 auf 25 Millionen und lagen damit unter dem Vorjahr (32 Mio.). Die für die Grosswasserkraft innerhalb des Netzzuschlags zur Verfügung stehenden Mittel von rund 110 Millionen wurden nicht ausgeschöpft und bleiben für künftige Grosswasserkraftprojekte reserviert (Art. 36 Abs. 1 Bst. c EnG).

Investitionsbeitrag Biomasse

2023 gingen beim BFE neun Gesuche um einen Investitionsbeitrag für Klärgasanlagen, 20 Gesuche für Holzkraftwerke, 25 für Biogasanlagen und ein Gesuch für eine KVA ein. Die Bearbeitung von 33 Gesuchen konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Auszahlungen 2023 beliefen sich auf 5 Millionen.

Seit dem 1.1.2023 können neu auch Biogasanlagen mit einem Investitionsbeitrag gefördert werden.

Investitionsbeitrag Windenergie

Seit dem 1.1.2023 kann auch für Windenergieanlagen ein Gesuch auf einen Investitionsbeitrag beim BFE gestellt werden. Im Jahr 2023 sind zwei Gesuche eingegangen. Die Prüfung eines Gesuchs ist noch nicht abgeschlossen. Das andere Gesuch wurde vom BFE in seiner eingereichten Form zurückgewiesen. Die Gesuchsteller haben bis Ende Januar 2024 die Möglichkeit Ergänzungen einzureichen. Da noch keine Verfügung dem Grundsatz nach ausgestellt wurde, erfolgten keine Auszahlungen.

BILANZ

Das Eigenkapital erhöht sich im Berichtsjahr im Umfang des Jahresergebnisses um 197 Millionen auf 2,8 Milliarden. Das aufgebaute Eigenkapital wird in den nächsten Jahren zur Finanzierung der tendenziell steigenden Fondsentnahmen verwendet werden.

Für die finanziellen Zusagen wird auf Ziffer 3 «Anhang zur Rechnung» verwiesen.

12.2 RECHNUNG

ERFOLGSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022-23	
			absolut	%
Jahresergebnis	1 009	197		
Einnahmen	1 661	1 168	-493	-29,7
Netzzuschlag	1 274	1 226	-48	-3,8
Energieverkäufe	186	56	-130	-69,8
Übersteigender Teil Einspeisevergütung	324	-21	-345	-106,6
Einbehalten von Sicherheitsleistungen	-	0	0	-
Rückerstattung Netzzuschlag	-129	-107	22	17,0
Übrige Einnahmen	0	-	0	-100,0
Zinseinnahmen	6	15	9	145,7
Ausgaben	652	971	318	48,8
Eigenausgaben	28	39	10	37,1
Verwaltungsausgaben	3	4	1	15,8
Externe Vollzugsausgaben	12	14	2	14,4
Übrige Ausgaben	12	20	8	66,0
Transferausgaben	624	932	308	49,3
Marktprämie Grosswasserkraft	26	0	-25	-98,4
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	599	932	333	55,7

INVESTITIONSRECHNUNG

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022-23	
			absolut	%
Saldo Investitionsrechnung	-599	-932		
Investitionsausgaben	599	932	333	55,7
Einspeisevergütung	223	411	188	84,1
Photovoltaik	143	163	21	14,5
Windenergie	0	10	10	n.a.
Biomasse	43	120	77	177,3
Kleinwasserkraft	37	117	80	217,6
Einmalvergütungen	244	380	136	55,9
Mehrkostenfinanzierung	10	11	1	10,0
Geothermie-Garantien und Investitionsbeiträge	11	25	14	120,7
Wettbewerbliche Ausschreibungen	27	28	0	0,7
Ökologische Sanierung Wasserkraft	35	39	3	9,1
Investitionsbeiträge	47	38	-9	-18,6
Investitionsbeiträge Kleinwasserkraft	12	8	-4	-35,8
Investitionsbeiträge Grosswasserkraft	32	25	-7	-21,2
Investitionsbeiträge Biomasse	3	5	2	78,3
Betriebskostenbeiträge Biomasse	-	0	0	-

BILANZ

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022-23	
			absolut	%
Aktiven	2 859	3 076	217	7,6
Flüssige Mittel	2 393	2 771	378	15,8
Forderungen	227	138	-89	-39,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	199	127	-72	-36,1
Langfristige Finanzanlagen	40	40	0	-0,1
Passiven	2 859	3 076	217	7,6
Fremdkapital	227	247	20	8,8
Laufende Verbindlichkeiten	69	29	-40	-57,7
Passive Rechnungsabgrenzung	158	218	60	38,0
Rückstellungen	0	-	0	-100,0
Eigenkapital	2 632	2 829	197	7,5
Fondskapital	2 632	2 829	197	7,5

12.3 ANHANG ZUR RECHNUNG

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Rechtsgrundlagen

Laut Artikel 35 des Energiegesetzes vom 30.09.2016 (EnG, SR 730.0) wird bei den Netzbetreibern ein Zuschlag auf dem Netznutzungsentgelt für das Übertragungsnetz (Netzzuschlag) erhoben und in den Netzzuschlagsfonds (NZF) nach Artikel 37 EnG eingelegt. Der NZF hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung, einer Investitionsrechnung und einer Bilanz.

Gemäss Artikel 72 Absatz 6 EnG wird der maximale Zuschlag in Höhe von 2,3 Rp./kWh solange erhoben, bis der Mittelbedarf infolge des Auslaufens der Unterstützung nach Artikel 38 EnG abnimmt. Danach wird der Netzzuschlag wieder durch den Bundesrat bedarfsgerecht festgelegt (Artikel 35 Absatz 3 EnG). Die verfügbaren Mittel werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben auf die verschiedenen Förderinstrumente aufgeteilt.

Funktionsweise des Fonds

Über den Netzzuschlag werden schwergewichtig Investitionen zur Förderung von neuen erneuerbaren Energien und von Energieeffizienz gefördert. Dazu kommen Beiträge an bestehende Grosswasserkraftwerke zur Finanzierung der ungedeckten Produktionskosten und zur ökologischen Sanierung von Wasserkraftwerken. Im Einzelnen können folgende Förderinstrumente unterschieden werden:

- Das *Einspeisevergütungssystem* (Art. 19 EnG) dient der Förderung der Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Windkraft, Biomasse, Kleinwasserkraft, Geothermie). Das Einspeisevergütungssystem deckt rund 80 bis 100 Prozent der Differenz zwischen Produktionskosten und Marktpreis und garantiert den Produzentinnen und Produzenten von erneuerbarem Strom einen Preis, der sich an ihren Produktionskosten orientiert. Die Vergütungssätze für Elektrizität aus erneuerbaren Energien werden anhand von Referenzanlagen pro Technologie und Leistungsklasse festgelegt. Die Vergütungsdauer beträgt 20 Jahre für Biomasseanlagen und 15 Jahre für alle anderen Technologien.
- Die *Einmalvergütung* (Art. 25 EnG) wird für alle Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von mindestens 2 Kilowatt (kW) ausgerichtet. Bei der Einmalvergütung werden maximal 30 Prozent der Investitionskosten für Anlagen mit Eigenverbrauch vergütet. Für Anlagen, die die gesamte produzierte Elektrizität ins Netz einspeisen, kann die Einmalvergütung bis maximal 60 Prozent der Investitionskosten betragen. Für diese Anlagen wird die Höhe der Einmalvergütung durch Auktionen bestimmt, sobald die Anlage eine Leistung von 150 kW aufweist.
- *Einmalvergütungen für Photovoltaik-Grossanlagen* (Art. 71a EnG): Mit den am 30.9.2022 beschlossenen Änderungen des Energiegesetzes (Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter, Solaroffensive) erleichtert das Parlament die Bewilligung von Photovoltaik-Grossanlagen und legt für diese eine Förderung mit einer Einmalvergütung von bis zu 60 Prozent der Investitionskosten fest.
- Die *Mehrkostenfinanzierung* (Art. 73 Abs. 4 EnG) ist das Vorläufersystem der kostendeckenden Einspeisevergütung. Für die nach altem Recht zwischen Netzbetreibern und unabhängigen Stromproduzenten abgeschlossenen Verträge werden noch bis spätestens 2035 Förderbeiträge ausbezahlt.
- *Betriebskostenbeiträge für Biomasseanlagen*: Betreiber von Biogasanlagen und Holzkraftwerken können einen Beitrag für die Betriebskosten erhalten. Die Höhe des Betriebskostenbeitrags hängt vom Anlagentyp und von der Leistungsklasse ab.

- *Investitionsbeiträge für Biomasse-, Windenergie und Wasserkraftanlagen:* Im Rahmen des Energiegesetzes können Biomasseanlagen (Art. 27 EnG) und Windenergieanlagen (Art. 27a EnG) einen Investitionsbeitrag in Anspruch nehmen. Dieser liegt bei maximal 60 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten. Weiter können auch Klein- und Grosswasserkraftanlagen von einem Investitionsbeitrag profitieren (Art. 26 EnG). Die Investitionsbeiträge liegen bei Neuanlagen und erheblichen Erweiterungen bei maximal 50 Prozent und bei erheblichen Erneuerungen bei maximal 40 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten. Für eine Neuanlage oder eine erhebliche Erweiterung, die zu einer zusätzlichen Winterproduktion oder zu einer zusätzlichen Speicherkapazität führen, kann ein Maximalbetrag von 60 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten gewährt werden.
- *Geothermie-Garantien und Investitionsbeiträge:* Für die Prospektion und Erschliessung von geothermischen Ressourcen sowie die Erstellung neuer Geothermieanlagen können entweder Investitionsbeiträge nach Art. 27b EnG in Anspruch genommen werden oder es können Garantien (Art. 33 EnG) geleistet werden. Die Höchstbeiträge liegen bei beiden Instrumenten bei maximal 60 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten.
- Das Instrument der *wettbewerblichen Ausschreibungen* zielt auf die Erhöhung der Energieeffizienz in der Industrie, im Dienstleistungssektor sowie in Privathaushalten ab. Es schafft Anreize, um die Stromeffizienz zu erhöhen und leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Ziele (Art. 32 EnG). Gefördert werden Projekte und Programme, welche die Förderbedingungen erfüllen und pro Förderfranken möglichst viel Strom einsparen.
- *Marktprämie Grosswasserkraft (Art. 30 und 31 EnG):* Betreiber von Grosswasserkraftwerken, die ihre Produktion am Markt unterhalb der Gestehungskosten absetzen müssen, haben für die Geschäftsjahre 2017 bis 2030 Anspruch auf eine Marktprämie. Für ungedeckte Gestehungskosten wird eine Marktprämie von maximal 1 Rp./kWh ausbezahlt.
- *Ökologische Sanierungen Wasserkraft:* Gemäss den Artikeln 83a und 83b des Gewässerschutzgesetzes (GSchG, SR 814.20) und Artikel 10 des Bundesgesetzes über die Fischerei (BGF, SR 923.0) müssen bestehende Wasserkraftwerke, welche die Fischwanderung oder den Geschiebehaushalt beeinträchtigen oder Abflussschwankungen (Schwall-Sunk) verursachen, bis 2030 saniert werden. Die Inhaber von bestehenden Wasserkraftanlagen werden für die Kostenfolgen der notwendigen Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Schwall-Sunk, Geschiebe und Fischgängigkeit entschädigt (Art. 34 EnG). Anträge werden durch das Bundesamt für Umwelt geprüft.

Vollzug

Die Vollzugsstelle Pronovo AG wickelt neben dem Einspeisevergütungssystem auch die Mehrkostenfinanzierung, die Betriebskostenbeiträge für Biomasseanlagen und die Einmalvergütungen für Photovoltaikanlagen, mit Ausnahme der Einmalvergütungen für Photovoltaik-Grossanlagen nach Art. 71a EnG, ab.

Das BFE verwaltet die Mittel des Netzzuschlagsfonds und gewährleistet den Vollzug jener Förderinstrumente, die nicht über die Vollzugsstelle oder das BAFU abgewickelt werden.

II. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN RECHNUNGSPOSITIONEN

Langfristige Finanzanlagen

In den langfristigen Finanzanlagen sind Festgelder bei Banken im Umfang von 40 Millionen enthalten.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Netzzuschlagsfonds besteht aus dem Fondskapital, welches jährlich um das erzielte Jahresergebnis erhöht bzw. reduziert wird. Das Fondskapital verteilt sich wie folgt auf die unterschiedlichen Instrumente:

VERÄNDERUNG FONDSKAPITALIEN

	Anfangs- bestand	Überträge	Zuweisung Einnahmen	Ver- wendung	End- bestand
Mio. CHF	01.01.2023				31.12.2023
Total	2 632	-	1 168	971	2 829
Einmalvergütung	617	-8	521	388	742
Einmalvergütung für Photovoltaik-Grossanlagen	-	-	-	-	-
Einspeisevergütung/Mehrkostenfinanzierung	1 072	-	91	447	717
Betriebskostenbeiträge Biomasse	-	-	-	-	-
Geothermie-Garantien und Investitionsbeiträge	128	-	9	25	113
Investitionsbeiträge Biomasse	10	-	34	6	39
Investitionsbeiträge Grosswasserkraft	186	-	97	26	257
Investitionsbeiträge Kleinwasserkraft	73	-	77	8	142
Investitionsbeiträge Windenergie	-	-	139	-	139
Marktprämie Grosswasserkraft	74	-	98	1	171
Wettbewerbliche Ausschreibungen	172	-25	50	29	168
Ökologische Sanierungen Wasserkraft	299	33	50	40	342

25 Millionen wurden von den wettbewerblichen Ausschreibungen zu den Einmalvergütungen umgelagert. Dies leistete einen Beitrag dazu, die Bearbeitungsfrist bis zum Erhalt einer Einmalvergütung auf einem stabilen Niveau zu halten. Die Bearbeitungsfrist beträgt sowohl für die Einmalvergütung für grosse als auch für kleine Anlagen rund drei Monate.

Um die Wartefristen bis zum Erhalt einer Einmalvergütung deutlich verkürzen zu können, wurde im Jahr 2018 ein befristeter Übertrag aus dem Fondskapital der ökologischen Sanierungen Wasserkraft in der Höhe von 65 Millionen gewährt. Im Berichtsjahr erfolgte die Rückzahlung der ersten von zwei Tranchen in Höhe von 32,5 Millionen aus der Einmalvergütung.

III. AUSSERBILANZIELLE POSITIONEN

Mit dem Ausweis der finanziellen Zusagen wird offengelegt, welche zukünftigen Zahlungen aus dem Netzzuschlagsfonds aufgrund bestehender Zusagen voraussichtlich eintreten werden und in welchem Umfang sich diese in den Folgejahren auf die Jahresrechnung des Netzzuschlagsfonds niederschlagen werden.

FINANZIELLE ZUSAGEN - EINSPEISEVERGÜTUNGSSYSTEM

Mio. CHF	Verpflichtungen aus bewilligten Projekten	Voraussichtlicher Mittelabfluss (basierend auf Realisierungswahrscheinlichkeiten)			Voraussichtlich nicht realisierte Projekte
		2024	2025-2028	ab 2029	
Total	12 788	329	1 613	6 530	4 315
Anlagen in Betrieb per 31.12.2023	6 151	323	1 511	4 316	-
Anlagen nicht in Betrieb per 31.12.2023	6 636	6	101	2 214	4 315
Wind	5 003	-	50	1 358	3 595
PV	12	-	-	10	2
Kleinwasserkraft	415	2	28	199	187
Andere	1 206	4	24	647	531

Einspeisevergütungssystem

Insgesamt bestehen offene Projektzusagen im Einspeisevergütungssystem im Umfang von 12,8 Milliarden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (9,6 Mia.) ist vor allem auf das gesunkene Strompreisniveau zurückzuführen. Gestützt auf Erfahrungswerte wird angenommen, dass davon Projekte im Umfang von 4 Milliarden nicht realisiert werden. Aus den bewilligten Projekten fliessen somit in den kommenden Jahren voraussichtlich 8,5 Milliarden ab.

Bei der Bewertung der finanziellen Zusagen im Einspeisevergütungssystem müssen Annahmen getroffen werden, da einige Einflussfaktoren mit grossen Unsicherheiten behaftet sind. Dies betrifft einerseits Projekte, welche über eine finanzielle Zusage verfügen, jedoch noch nicht realisiert wurden. Es muss geschätzt werden, wie hoch die Realisierungsquote dieser Projekte ist und wann die Anlagen in Betrieb genommen werden. Des Weiteren muss eine Annahme über die zukünftige Marktpreisentwicklung getroffen werden, welche sich an den Terminmarktpreisen orientiert. Für die Berechnung der finanziellen Zusagen wurde auf entsprechende Erfahrungswerte zurückgegriffen.

Übrige Förderinstrumente

Die nachfolgend aufgeführten Verpflichtungen umfassen die bis zum 31.12.2023 eingegangenen finanziellen Zusagen abzüglich der bis zu diesem Zeitpunkt geleisteten Zahlungen. Der Ausweis erfolgt, sobald der Schwellenwert von 30 Millionen überschritten wird.

FINANZIELLE ZUSAGEN – ÜBRIGE FÖRDERINSTRUMENTE

Mio. CHF	Verpflichtungen aus bewilligten Projekten	Voraussichtlicher Mittelabfluss		
		2024	2025-2028	ab 2029
Total	604	316	217	71
Geothermie-Garantien und Investitionsbeiträge ¹	61	20	33	8
Wettbewerbliche Ausschreibungen ²	139	33	106	–
Ökologische Sanierung Wasserkraft ³	208	129	48	31
Investitionsbeiträge Kleinwasserkraft ⁴	41	13	22	6
Investitionsbeiträge Grosswasserkraft ⁵	43	8	8	26
Einmalvergütungen ⁶	113	113	–	–

¹ Im Jahr 2023 erhielt ein Projekt eine Zusicherung in Höhe von 3 Millionen.

² 2023 wurden für 77 neue Projekte und 8 Programme 33 Millionen zugesichert. Diese Mittel werden ausbezahlt, sobald die betreffenden Massnahmen erfolgreich umgesetzt worden sind.

³ 39 Sanierungsbeiträge mit einem Gesamtvolumen von 64 Millionen konnten 2023 neu verfügt werden. Sie werden ausgabenwirksam erfasst, sobald die damit verbundenen Leistungen erbracht worden sind.

⁴ Im Berichtsjahr erhielten 16 Projekte eine Förderzusage in Höhe von 14 Millionen.

⁵ Im Berichtsjahr wurden keine neuen Verpflichtungen eingegangen.

⁶ 653 Gesuchsteller sind im Besitz einer Zusicherung für eine Einmalvergütung, konnten ihre Projekte jedoch noch nicht realisieren.

Eventualforderung

Bei der Marktprämie für Grosswasserkraft besteht in einem Fall eine Rückforderung von früher verfügbaren Subventionen. Da diese Rückforderung noch nicht rechtskräftig ist, wurde dafür eine Eventualforderung im Umfang von 14,4 Millionen ausgewiesen.

INHALTSVERZEICHNIS

D	SPEZIALTHEMEN	165
1	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	169

1 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit hat 2023 um 2,5 Millionen zugenommen. Dies liegt insbesondere an den Ausgaben für den Armeeanlass CONNECTED, der einmalige Sachaufwände in der Höhe von 4,2 Millionen zur Folge hatte. Einen grösseren Mehrbedarf (1,3 Mio.) gab es ferner beim Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) für Baustellen- und Projektinformationen. Der Personalaufwand ist leicht zurückgegangen (-0,3 Mio.).

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT NACH TÄTIGKEITSFELDERN

Mio. CHF	R 2022	R 2023	Δ 2022-23	
			absolut	%
Total Aufwand	108,0	110,5	2,5	2,3
Presse- und Informationsarbeit	32,2	31,9	-0,3	-0,9
Direktinformation	59,1	65,6	6,5	11,0
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	16,8	13,0	-3,8	-22,6

Der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit aller 7 Departemente (Generalsekretariate GS und 40 Ämter) und der Bundeskanzlei (BK) betrug im Jahr 2023 110,5 Millionen. Dies entspricht 0,8 Prozent des Personal- sowie Sach- und Betriebsaufwands des Bundes. Davon entfielen 31,9 Millionen (29 %) auf den Bereich Presse- und Informationsarbeit und 65,6 Millionen (59 %) auf Direktinformationen. Die Aufwände für Präventions- und Sensibilisierungskampagnen sowie Abstimmungsinformationen betrugen 13 Millionen (12 %). Sie haben deutlich abgenommen (-22,6 %), da für Kampagnen und – aufgrund des Wahljahres 2023 – für Abstimmungsinformationen weniger Mittel eingesetzt wurden.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT NACH TÄTIGKEITSFELDERN UND ORGANISATIONSEINHEITEN

Mio. CHF	Total R 2023	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
Total Aufwand	110,5	9,0	8,8	22,8	5,7	26,4
Presse- und Informationsarbeit	31,9	4,2	3,7	5,1	3,0	3,6
Direktinformation	65,6	4,0	5,1	7,9	2,7	22,8
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	13,0	0,7	-	9,8	-	-

Fortsetzung					
Mio. CHF	EFD	WBF	UVEK	NAF	
Total Aufwand	11,1	13,0	8,4	5,4	
Presse- und Informationsarbeit	3,2	4,0	5,1	-	
Direktinformation	6,9	7,8	3,0	5,4	
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,0	1,2	0,4	-	

NAF = Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds

STRATEGIE SOZIALE MEDIEN

Der Bundesrat hat 2021 beschlossen, der Bevölkerung die wichtigsten Dossiers auch in den sozialen Medien zur Verfügung zu stellen. Dafür hat er plafonderhöhend zehn Stellen gesprochen, vier für zentrale Aufgaben der BK und je eine für die Departemente. Das EFD hat auf eine Stelle verzichtet. Seit Bewilligung des Budgets durch das Parlament wurden per Ende 2023 alle Stellen besetzt. Im Rahmen der Strategie Soziale Medien hat der Bundesrat zudem beschlossen, ein audiovisuelles Zentrum zu schaffen. Dafür hat die Gruppe Verteidigung des VBS kostenneutral das Budget für vier Vollzeitstellen in die BK transferiert (eine Fotografin, eine Grafikerin, zwei Videojournalisten). Per Ende 2023 konnten diese Stellen alle besetzt werden.

Personal- und Sachaufwand

Der Personalaufwand betrug 2023 69 Millionen oder 62 Prozent des Gesamtaufwands. Er nahm um 0,3 Millionen ab (-0,5 %). Er entspricht 414 FTE, 2 FTE weniger als im Vorjahr (2022: 416; 2021: 410). In den Personalaufwand für die Öffentlichkeitsarbeit eingerechnet sind die Aufwände für Presse- und Informationsarbeit, Direktinformationen, Präventions- und Sensibilisierungskampagnen, Abstimmungsinformationen sowie die Übersetzungen in die drei Amtssprachen und weitere Sprachen, die Aufwände für Informationsangebote für Menschen mit Behinderungen, für die interne Kommunikation und für Informatikaufwände, Informatikprojekte, Beschaffungen sowie die Entwicklung, den Unterhalt und Betrieb von CMS, soweit diese die Öffentlichkeitsarbeit betreffen.

Beim Personalaufwand handelt es sich um eine Vollkostenrechnung (Personalkosten mit Sozial- sowie Büro- und Arbeitsplatzkosten). Die Funktionen in den 7 Departementen (GS und 40 Ämter) und der BK verteilen sich wie folgt: Informationschef/-innen (inkl. Bundesratssprecher) 48 FTE, Mediensprecher/-innen 58 FTE, Spezialistinnen und Spezialisten Kommunikation 122 FTE, Web-Spezialistinnen und -spezialisten 95 FTE, Übersetzer/-innen 50 FTE, Fachspezialistinnen und -spezialisten 41 FTE.

Der Sachaufwand nahm um 2,8 Millionen auf 41,5 Millionen zu (+7,2 %). Der Anteil an den Gesamtausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit beträgt 38 Prozent (2022: 36 %; 2021: 43 %).

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT NACH ORGANISATIONSEINHEITEN MIT VORJAHRESVERGLEICH

	Mio. CHF	R 2022 FTE	Mio. CHF	R 2023 FTE	Mio. CHF Δ 2022-23 absolut	% Δ 2022-23	FTE Δ 2022-23 absolut	% Δ 2022-23
Total	108,0	416,2	110,5	414,4	2,5	2,3	-1,8	-0,4
BK	8,5	30,3	9,0	33,2	0,5	5,9	2,9	9,6
EDA	9,6	36,1	8,8	36,6	-0,8	-8,3	0,5	1,4
EDI	25,2	75,0	22,8	67,9	-2,4	-9,5	-7,1	-9,5
EJPD	5,7	28,8	5,7	29,0	0,0	0,0	0,2	0,7
VBS	21,3	91,8	26,4	95,0	5,1	23,9	3,2	3,5
EFD	11,2	57,3	11,1	56,7	-0,1	-0,9	-0,6	-1,0
WBF	14,0	54,1	13,0	52,6	-1,0	-7,1	-1,5	-2,8
UVEK	8,5	42,8	8,4	43,5	-0,1	-1,2	0,7	1,6
NAF	4,1	-	5,4	-	1,3	31,7	-	-

NAF = Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverbund

Bei der *BK* stieg der Aufwand 2023 auf 9 Millionen (2022: 8,5 Mio.). Der Personalaufwand betrug 5,4 Millionen (33,2 FTE, +2,9 FTE). 2023 konnten die noch offenen Stellen aus der Strategie soziale Medien besetzt werden, darunter eine Stelle für Digitalisierungsprojekte, eine für die Kommunikation von Themen des Bundesrates mit internationaler Bedeutung und eine für die Erstellung von Erklärvideos. Der Sachaufwand nahm leicht zu (3,6 Mio., +0,1 Mio.). Die von der Schweizer Nachrichtenagentur KEYSTONE-SDA für den Bund erbrachten Leistungen wurden mit 2,7 Millionen entschädigt.

Im *EDA* sank der Aufwand 2023 auf 8,8 Millionen (2022: 9,6 Mio.). Der Personalaufwand betrug 6 Millionen (36,6 FTE, +0,5 FTE). Die leichte Erhöhung gründet darin, dass 2023 Übersetzungs- und Redaktionsaufträge vermehrt intern ausgeführt werden konnten. Der Sachaufwand hat auf 2,8 Millionen abgenommen (-0,8 Mio.), was neben tieferen Aufwänden bei Informatikdienstleistungen auf geringere Ausgaben für das IC Forum 2023 und den Verzicht auf einen Jugendwettbewerb zurückzuführen ist.

Der Aufwand im *EDI* sank 2023 auf 22,8 Millionen (2022: 25,2 Mio.). Der Personalaufwand reduzierte sich auf 11,3 Millionen (67,9 FTE, -7 FTE). Der Sachaufwand ging um 1,3 Millionen zurück (2023: 11,5 Mio.). Der Rückgang ist fast vollständig auf tiefere Aufwände im Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie zurückzuführen, wo sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand abgenommen haben (-3 Mio. bzw. -8 FTE). 2023 wurden Informationskampagnen wieder aufgenommen oder verstärkt, die wegen der Pandemie zurückgestuft oder sistiert worden waren. Dabei fielen insbesondere die Kampagnen für das elektronische Patientendossier, «Love Life» und für Organspenden ins Gewicht.

Im *EJPD* liegt der Aufwand analog zum Vorjahr bei 5,7 Millionen. Der Personalaufwand erhöhte sich auf 5,1 Millionen (29 FTE, +0,2 FTE). Im Bundesamt für Justiz (BJ) ist der Personalaufwand gestiegen, da zur Umsetzung des Programms zur elektronischen Identität (E-ID) ein Informationsbeauftragter E-ID angestellt wurde. Im Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD) wurde die Stelle, die 2022 für die Umsetzung der Strategie soziale Medien des Bundesrats geschaffen wurde, 2023 das erste Mal ganzjährig erfasst. Demgegenüber hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) eine Stelle abgebaut. Der Sachaufwand sank auf 0,6 Millionen (-0,1 Mio.).

2023 stieg der Aufwand im *VBS* auf 26,4 Millionen (2022: 21,3 Mio.). Der Personalaufwand belief sich auf 15,5 Millionen (95 FTE, +3,2 FTE). Der Sachaufwand stieg auf 10,9 Millionen (+4,5 Mio.), was insbesondere auf die Ausgaben für den Armeeanlass CONNECTED zurückzuführen ist. Die damit verbundenen Sachkosten betrugen 4,2 Millionen, wovon Swisscom im Rahmen eines Sponsorings 0,4 Millionen in Form von Sachleistungen getragen hat. Zur Zunahme des Personalaufwands im VBS führte die Schaffung von neuen Stellen im Generalsekretariat VBS (GS-VBS) sowie die Besetzung vakanter Stellen in der Gruppe Verteidigung und im Bundesamt für Rüstung (armasuisse).

Der Gesamtaufwand beträgt im *EFD* im Jahr 2023 11,1 Millionen Franken (2022: 11,2 Mio.). Der Personalaufwand ging auf 9,4 Millionen zurück (56,7 FTE, -0,6 FTE). Grund ist hauptsächlich ein Rückgang von Übersetzungsleistungen. Die Sachaufwände verbleiben wie im Vorjahr bei 1,7 Millionen.

Das *WBF* reduzierte die Ausgaben auf 13 Millionen (2022: 14 Mio.). Der Personalaufwand sank auf 8,8 Millionen (52,6 FTE, -1,5 FTE). Der Sachaufwand nahm auf 4,1 Millionen ab (-0,7 Mio.), da im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) der Aufbau von EasyGov.swiss, des One-Stop-Shops von Bund, Kantonen und Gemeinden für Unternehmen (-0,4 Mio.) und im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Initialisierungsphase der Kampagne berufsbildungsplus.ch abgeschlossen wurden (-0,4 Mio.). Zugenommen hat der Aufwand im Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), da in der Kommunikationsabteilung zwei Vakanzen des Vorjahrs besetzt wurden.

Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im *UVEK* sind auf 8,4 Millionen (2022: 8,5 Mio.) gesunken. Der Personalaufwand ist leicht gestiegen und beträgt 7,4 Millionen (43,5 FTE, +0,7 FTE). Der Anstieg ist auf zusätzliche Praktikumsstellen und die Internalisierung von Aufgaben zurückzuführen. Der Sachaufwand ist mit 5,4 Millionen leicht tiefer (-0,1 Mio.), da das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) die Zeitschrift «Forum Raumwirtschaft» eingestellt hat und den Newsletter ARE neu intern produziert.

Die Öffentlichkeitsarbeit des *Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF)* beinhaltet Informationen zu Baustellen, Projekten, Ausbau und Unterhalt von Nationalstrassen sowie Engpassbeseitigung. Dieser Sachaufwand erhöhte sich im Vergleich zu 2022 um 1,3 Millionen auf 5,4 Millionen. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Informationsbedarf je nach Baufortschritt von einzelnen Projekten schwankt und es 2023 mehr Projekte mit einem hohen Informationsbedarf gab.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

STAATSRECHNUNG

20

VERWALTUNGSEINHEITEN

23

B+G
EDA
EDI
EJPD
VBS

2A

IMPRESSUM

REDAKTION

Eidg. Finanzverwaltung

Internet: www.efv.admin.ch

VERTRIEB

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 601.300.23d

INHALTSÜBERSICHT

BAND 1A A KOMMENTAR ZUR BUNDESRECHNUNG

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

ZUSAMMENFASSUNG

B ZUSATZERLÄUTERUNGEN

C VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

D STEUERUNG DES HAUSHALTES

E FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

F BUNDESBESCHLÜSSE

BAND 1B A JAHRESRECHNUNG DES BUNDES

B KREDITSTEUERUNG

C SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

D SPEZIALTHEMEN

BAND 2A RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

BEHÖRDEN UND GERICHTE

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
UND SPORT

BAND 2B RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG

EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE
UND KOMMUNIKATION

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

1	BEHÖRDEN UND GERICHTE	3
101	BUNDESVERSAMMLUNG	7
103	BUNDESRAT	13
104	BUNDESKANZLEI	15
105	BUNDESGERICHT	27
107	BUNDESSTRAFGERICHT	33
108	BUNDESVERWALTUNGSGERICHT	41
109	AUFSICHTSBEHÖRDE ÜBER DIE BUNDESANWALTSCHAFT	47
110	BUNDESANWALTSCHAFT	51
111	BUNDESPATENTGERICHT	57

BUNDESVERSAMMLUNG

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	-15,9
Laufende Ausgaben	112,1	120,7	119,4	7,3	6,5
Eigenausgaben	112,1	120,7	119,4	7,3	6,5
Selbstfinanzierung	-112,0	-120,7	-119,4	-7,3	-6,6
Jahresergebnis	-112,0	-120,7	-119,4	-7,3	-6,6

KOMMENTAR

Die Bundesversammlung wird bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch die Parlamentsdienste unterstützt. Die Parlamentsdienste

- planen und organisieren die Sessionen der eidgenössischen Räte und die Sitzungen der parlamentarischen Kommissionen;
- besorgen die Sekretariatsgeschäfte, die Übersetzungsarbeiten und die Protokollierung der Verhandlungen der Räte und der Kommissionen;
- beraten die Ratsmitglieder, insbesondere die Präsidien der Räte und der Kommissionen, in Sach- und Verfahrensfragen;
- informieren die Öffentlichkeit über die Bundesversammlung und ihre Tätigkeiten;
- unterstützen die Bundesversammlung bei der Pflege der internationalen Beziehungen;
- führen die Parlamentsbibliothek und bieten den Ratsmitgliedern Dienstleistungen in den Bereichen Dokumentation und Informationstechnologien an;
- sorgen für eine angemessene Infrastruktur und nehmen zahlreiche weitere Aufgaben einer Parlamentsverwaltung wahr.

Die Mehraufwände gegenüber dem Vorjahr sind einerseits der Aufbau des neuen Ressorts Digitale Dienstleistungen (DD) und andererseits die Umsetzung und Einführung des «Projekt Curia+».

LG1: PARLAMENTSDIENSTE

GRUNDAUFTRAG

Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen die Bundesversammlung (BVers) bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die PD erbringen ihre Aufgaben zugunsten der eidgenössischen Räte, Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten, weiteren Organen der BVers, einzelnen Kommissionen und Delegationen, von Ratsmitgliedern sowie der Fraktionen und Fraktionssekretariate. Sie bereiten die Auslandstätigkeiten der Organe der BVers vor und organisieren die Besuche von ausländischen Delegationen. Sie sind verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und die interne Leistungserbringung (HR, Finanzen und Controlling, IKT, Sicherheit).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,2	0,1	0,3	0,3	482,3
Aufwand und Investitionsausgaben	66,6	73,7	73,6	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Organisation: Die Sitzungen der eidgenössischen Räte und Kommissionen sind optimal organisiert			
- Sessionsrückblicke mit Empfehlungen zur Optimierung am Ende jeder Session (Anzahl, min.)	-	4	-
- Empfehlungen zur Optimierung innert drei Monaten nach jedem Sessionsrückblick bei der Geschäftsleitung (ja/nein)	-	ja	-
- Umsetzung der Empfehlungen zur Optimierung nach Beschluss der Geschäftsleitung bis zur nächsten Session oder Legislatur (ja/nein)	-	ja	-
Digitalisierung Parlament: Umsetzung der Mo 17.4026 S. Frehner, Digitalisierung des Rats- und Kommissionsbetriebs, Realisierung und Einführung der Nachfolgelösung von Curia			
- Berichterstattung zum Stand der Digitalen Transformation im Allgemeinen an die Verwaltungsdelegation (Termin)	30.11.	30.11.	-
- Berichterstattung im Speziellen zur Realisierung und Einführung von CuriaPlus an die Verwaltungsdelegation (Termin)	-	30.11.	-

KOMMENTAR

Alle Ziele konnten vollständig erreicht werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		244	52	303	251	482,3
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	244	52	303	251	482,3
Aufwand / Ausgaben		112 253	120 706	119 654	-1 052	-0,9
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	66 569	73 660	73 645	-15	0,0
	<i>Abtretung</i>		757			
	<i>Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)</i>		700			
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		2 000			
A202.0102	Parlament	45 684	47 046	46 008	-1 038	-2,2

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	243 550	52 000	302 796	250 796	482,3

Der Funktionsertrag beinhaltet Publikationen und Geschenkartikel, welche im Kiosk des Parlamentsgebäudes verkauft werden sowie Rückerstattungen der Sozialversicherungen und der CO₂-Lenkungsabgabe.

Die Mehreinnahmen sind darin begründet, dass die im Jahr 2022 gebildete Rückstellung für Ausgaben im «Projekt Soprano» um 0,2 Millionen höher ausfiel, als die effektiv erfolgte Zahlung.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) PARLAMENTSDIENSTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	66 568 754	73 660 100	73 645 450	-14 650	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 456 900</i>			
Funktionsaufwand	66 568 754	73 660 100	73 645 450	-14 650	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	66 568 754	73 660 100	73 645 450	-14 650	0,0
Personalausgaben	40 840 318	44 869 400	43 889 978	-979 422	-2,2
Sach- und Betriebsausgaben	25 728 436	28 790 700	29 755 472	964 772	3,4
<i>davon Informatik</i>	<i>17 184 462</i>	<i>17 972 600</i>	<i>20 010 454</i>	<i>2 037 854</i>	<i>11,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 091 772</i>	<i>550 000</i>	<i>858 085</i>	<i>308 085</i>	<i>56,0</i>
Vollzeitstellen (Ø)	224	238	235	-3	-1,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen unter dem Voranschlagswert (-1,0 Mio.). Der in Angriff genommene Aufbau des neuen Ressorts Digitale Dienstleistungen (DD) ist noch nicht abgeschlossen. Die dafür vorgesehenen Stellen konnten noch nicht alle besetzt werden.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen leicht über dem Voranschlag 2023 (+1,0 Mio.).

Die Informatiksachausgaben lagen über dem Voranschlagswert (+2,0 Mio.). Das «Projekt Curia+» wurde termingerecht auf den Legislaturwechsel 2023 eingeführt, Änderungen und Optimierungen führten zu zusätzlichen Kosten.

Durch eine umsichtige Mittelverwendung fielen die übrigen Sach- und Betriebsausgaben niedriger aus als ursprünglich geplant (-1,0 Mio.).

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamtes von 0,8 Mio. für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen sowie für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Die zweckgebundene Reserve für das «Projekt Curia+» wurde aufgelöst (2,0 Mio.).
- Beim Globalbudget der Parlamentsdienste wurde die Möglichkeit der Kreditüberschreitung Eigenbereich 1 Prozent (Art. 36 Abs. 2 FHG) umgesetzt (0,7 Mio.).

A202.0102 PARLAMENT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	45 683 853	47 046 100	46 008 301	-1 037 799	-2,2
Funktionsaufwand	45 683 853	47 046 100	46 008 301	-1 037 799	-2,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	45 683 853	47 046 100	46 008 301	-1 037 799	-2,2
Personalausgaben	35 303 477	37 636 100	35 350 803	-2 285 297	-6,1
Sach- und Betriebsausgaben	10 380 376	9 410 000	10 657 498	1 247 498	13,3
<i>davon Beratung</i>	<i>375 997</i>	<i>430 000</i>	<i>223 196</i>	<i>-206 804</i>	<i>-48,1</i>

Die Sach- und Betriebsausgaben liegen unter dem Voranschlag (-1,0 Mio.). Mit der Einführung des neuen Kontenplanes des Bundes, wurden einige Konti vom Personal- in den Sach- und Betriebsausgaben verschoben. Der Voranschlag basierte noch auf der alten Struktur.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1988 über Bezüge und Infrastruktur der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Parlamentsressourcengesetz PRG; SR 171.27).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 000 000	2 000 000
Auflösung / Verwendung	–	-2 000 000	-2 000 000

BUNDESRAT

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Aufwand / Ausgaben		10 979	13 322	11 655	-1 668	-12,5
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	10 979	13 322	11 655	-1 668	-12,5

BEGRÜNDUNGEN

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	10 979 104	13 322 400	11 654 793	-1 667 607	-12,5
Funktionsaufwand	10 979 104	13 322 400	11 654 793	-1 667 607	-12,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	10 979 104	13 322 400	11 654 793	-1 667 607	-12,5
Personalausgaben	8 398 558	9 456 700	8 835 112	-621 588	-6,6
Sach- und Betriebsausgaben	2 580 546	3 865 700	2 819 680	-1 046 020	-27,1
davon Informatik	200 021	210 300	200 021	-10 279	-4,9

Personalausgaben

Als *Personalausgaben* wurden für die Besoldung der Magistrat/innen 4,1 Millionen und für die Ruhegehälter der Alt-Magistrat/innen, sowie die Hinterlassenenrenten für deren Angehörige, 4,7 Millionen aufgewendet. Die Personalausgaben lagen unter dem Voranschlag (-0,6 Mio.), hauptsächlich auf Grund von nicht bezogenen Ruhegehältern.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Sach- und Betriebsausgaben* blieben insgesamt rund 1 Million unter dem Voranschlagswert, hauptsächlich verursacht durch tiefere Spesen des Bundesrates.

Im *Informatiksachausgaben* wurden rund 0,2 Millionen für die jährlich wiederkehrenden Kosten für die Dienstleistungen des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation aufgewendet.

Die *Mieten* für die Büroräumlichkeiten der Departementsvorsteherinnen und -vorsteher (0,8 Mio.) und die Ausgaben für die Finanzdienstleistungen (0,06 Mio.) entwickelten sich gemäss den Verträgen mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik und der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

Die *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* betrafen die Einladungen des Gesamtbundesrates und die Staatsempfänge (0,5 Mio.), die Botschafteranlässe (0,2 Mio.) und die In- und Auslandsreisen (0,5 Mio.). Die Ausgaben für Anlässe und Reisen konnten gegenüber dem Voranschlag um 0,8 Millionen tiefer gehalten werden. Die Serviceleistungen des Flughafens Zürich für hochrangige Besucher wurden auch in diesem Jahr weniger stark in Anspruch genommen als budgetiert und lagen bei 0,2 Millionen (-0,06 Mio.). Die Pauschalspesen für Repräsentationsauslagen des Bundesrates beliefen sich auf 0,2 Millionen (-0,02 Mio.) und die sonstigen betrieblichen Ausgaben auf 0,1 Millionen (-0,1 Mio.).

BUNDESKANZLEI

KERNFUNKTIONEN BK

- Planung, Steuerung und Koordination der Regierungstätigkeit sowie Controlling
- Steuerung und Vollzug der Kommunikation des Bundesrates sowie Veröffentlichung amtlicher Texte
- Wahrung der politischen Rechte und Sicherstellung der Anleitung zur Durchführung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen
- Beratung des Bundesrats bei der gesamtheitlichen Führung der Bundesverwaltung und departementsübergreifende Koordination, namentlich im Bereich der digitalen Transformation und der Informatik

KERNFUNKTIONEN EDÖB

- Gewährleistung des Schutzes der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen sowie der Transparenz in der Verwaltung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,7	0,8	0,7	0,0	2,3
Laufende Ausgaben	124,2	139,0	125,4	1,1	0,9
Eigenausgaben	124,2	139,0	125,4	1,1	0,9
Selbstfinanzierung	-123,5	-138,3	-124,6	-1,1	-0,9
Jahresergebnis	-123,5	-138,3	-124,6	-1,1	-0,9

KOMMENTAR

Die Einnahmen setzen sich aus Gebühren für Legalisationen und Beglaubigungen von Unterschriften auf Exportzertifikaten, Strafregistrauszügen und Diplomen sowie sonstigen Erträgen zusammen.

Die Aufgaben der BK und des EDÖB betreffen ausschliesslich den Eigenbereich der Bundesverwaltung. Die Eigenausgaben setzen sich aus dem Funktionsaufwand der BK und des EDÖB und dem Einzelkredit DTI zusammen. Es handelt sich im Wesentlichen um Personal- und Informatiksachausgaben sowie um Mieten und Pachten für Gebäude; die Ausgaben sind somit schwach gebunden.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Ausgaben hauptsächlich für die Modernisierung der Systeme zur Unterstützung der politischen Geschäfte, der amtlichen Veröffentlichungen sowie für die Stärkung der Zentralen Sprachdienste bei der BK erhöht. Die Ausgaben des EDÖB blieben praktisch unverändert.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Legislaturplanung 2023–2027: Materielle Bereinigung (erreicht)
- Strategie Digitale Bundesverwaltung: Beschluss (erreicht)
- Bericht «Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen» (in Erfüllung des Po. Silberschmidt 20.4348): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden» (in Erfüllung des Po. SPK-N 21.3607): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht nicht fristgerecht gutheissen. Grund dafür war die Komplexität der Thematik (Einbezug der Kantone, Rechtsgutachten, politikwissenschaftliche Studie) einerseits sowie personelle Engpässe.
- Bericht «Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft» (in Erfüllung der Mo. Rieder 20.3419): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Parlamentes und der Stimmberechtigten» (in Erfüllung des Po. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. 19.3435): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat verzichtete auf einen eigenen Bericht und wird eine Stellungnahme zum Bericht «Behördenkommunikation vor Abstimmungen» der GPK-N abgeben sowie das Thema im Bericht in Erfüllung des Po. Dandré 21.4168 behandeln.
- Konzepte zu den Übungen 2026–2029 und die integrierte Übung 2025: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen» (in Erfüllung des Po. Cottier 20.4522): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Verbesserte Krisenorganisation der Bundesverwaltung» (in Erfüllung der Po. FDP-Liberale Fraktion 21.3205, SIK-S 21.3449 und Grünliberale Fraktion 22.3343): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können» (in Erfüllung des Po. Carobbio 21.3296): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Schnittstelle für Datenaustausch zwischen Parlamentsdiensten und BK: Inbetriebnahme und Start kontinuierliche Weiterentwicklung (erreicht)
- Neuausrichtung des Versuchsbetriebs Vote électronique: Erteilung Grundbewilligungen zur Wiederaufnahme der Versuche in einzelnen Kantonen (erreicht)
- Weiterentwicklung Acta Nova überdepartementale Prozesse (AN ÜDP): Abschluss PoC zur Studie ÜDP Zukunft (nicht erreicht)
Mit der Umstellung auf eine agile, kontinuierliche Weiterentwicklung im Gebiet der politischen Geschäfte wurde die Arbeit an der Studie gestoppt. Die bereits gewonnenen Erkenntnisse fliessen in die agile Weiterentwicklung ein.
- Umsetzung GEVER-Strategie 2021 - 2024: Erst-Produktivsetzung des Bundesstandards 4.0 (nicht erreicht)
Aufgrund der mangelhaften Qualität der ersten Software-Lieferung und unerwarteten Stolpersteinen bei der Integration dauern die Tests länger. Die Erst-Produktivsetzung musste um ca. vier Monate verschoben werden.
- Cloud Enabling Büroautomation: Phasenabschluss Realisierung (nicht erreicht)
Der Phasenabschluss verzögert sich aufgrund der Komplexität und Herausforderungen im Netzumfeld. Die Pilotphase mit Microsoft 365 braucht mehr Zeit, damit der Betrieb vor der Einführung stabilisiert werden kann.

LG1: UNTERSTÜTZUNG BUNDESRAT UND BUNDESPRÄSIDIUM

GRUNDAUFTRAG

Die BK berät und unterstützt den Bundesrat bei der Wahrnehmung der Regierungsaufgaben mit optimalen Verfahren und Instrumenten und koordiniert den Geschäftsverkehr mit dem Parlament. Sie erarbeitet mit den Departementen die Legislatur- und Jahresplanung des Bundesrates, überprüft laufend deren Umsetzung und koordiniert die Geschäftsberichterstattung gegenüber dem Parlament. Die BK steuert die Prozesse zur Beschlussfassung im Bundesrat, informiert die Öffentlichkeit über die getroffenen Entscheide und sorgt für die Veröffentlichung amtlicher Texte. Sie berät den Bundesrat und das Bundespräsidium in Informations- und Kommunikationsfragen und koordiniert die Informationstätigkeit auf Bundesebene. Die BK gewährleistet die Ausübung der politischen Rechte auf eidgenössischer Ebene und schafft die Voraussetzungen zur Durchführung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,8	0,7	0,7	0,1	11,2
Aufwand und Investitionsausgaben	59,6	64,4	61,0	-3,5	-5,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Unterstützung und Beratung des Bundesrats: Die BK steuert die Legislatur- und Jahresplanung sowie die Prozesse zur Entscheidungsfindung im Bundesrat und stellt die Geschäftsberichterstattung gegenüber dem Parlament sicher			
– Verabschiedung Geschäftsbericht Band I + II (Termin)	16.02.	28.02.	15.02.
– Anteil der Bundesratsbeschlüsse, die nach der Unterzeichnung materiell nicht korrigiert werden müssen (%; min.)	99	99	99
Information und Kommunikation: Die BK berät den Bundesrat, das Bundespräsidium, sorgt für eine vorausschauende, verständliche Information/Kommunikation; gewährleistet die korrekte, zeitgerechte Veröffentlichung der amtl. Texte in den 3 Amtssprachen			
– Anteil der Verordnungen im ordentlichen Verfahren, die mindestens 5 Tage vor Inkrafttreten in der AS publiziert sind (%; min.)	98	85	99
– Anteil der Botschaften und Berichte, die innert 30 Tagen nach dem Bundesratsbeschluss im BBl publiziert sind (%; min.)	60	50	70
Politische Rechte: Die BK sichert die Ausübung der politischen Rechte in eidgenössischen Angelegenheiten und schafft die Voraussetzungen zur Durchführung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen			
– Friktionslose Abwicklung von Volksinitiativen und fakultativen Referenden (%)	100	100	100
– Durchschn. Dauer der Auszählung und Kontrolle der Unterschriftensammlungen sowie Feststellung des Zustandekommens von Volksinitiativen (Tage, max.)	27	30	24
– Durchschn. Dauer der Auszählung und Kontrolle der Unterschriftensammlungen sowie Feststellung des Zustandekommens von Referenden (Tage, max.)	17	18	15
Departementsübergreifende Koordination: Die BK berät den Bundesrat bei der gesamtheitlichen Führung der Bundesverwaltung und sorgt für die departementsübergreifende Koordination			
– Per Ende Jahr pendente Personensicherheitsprüfungen (Anzahl, max.)	–	30	18

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

LG2: DIGITALE TRANSFORMATION UND IKT-LENKUNG

GRUNDAUFTRAG

Der Bereich DTI der Bundeskanzlei bestimmt und unterhält die Instrumente für die Koordination und Förderung der digitalen Transformation und für die IKT-Lenkung. Er sorgt departementsübergreifend dafür, dass die Geschäftsprozesse, die Datenmodelle, die Anwendungen und die Technologien von der Bundesverwaltung in kohärenter und wirksamer Weise so festgelegt und angewendet werden, dass neue Möglichkeiten und Synergieeffekte entstehen. Der Bereich DTI entwickelt die DTI-Strategie des Bundesrates und die nationale «Strategie Digitale Schweiz», koordiniert deren Umsetzungen und plant dazu, gemeinsam mit den betroffenen Akteuren, überdepartementale strategische Digitalisierungsinitiativen. Weiter führt er die IKT-Standarddienste in der Rolle eines zentralen Leistungsbezügers, die zentralen Finanzmittel für die Digitalisierung und leitet überdepartementale Programme und Projekte.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand und Investitionsausgaben	17,8	18,9	20,2	1,2	6,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Strategie digitale Transformation und Informatik: Die DTI erarbeitet die DTI-Strategie zusammen mit den betroffenen Akteuren, die Umsetzung ist geplant, wird koordiniert sowie überwacht			
– Freigabe der neuen DTI-Strategie durch den Bundesrat alle vier Jahre (Termin)	–	31.12.	08.12.
– Jährliche Umsetzungsschwerpunkte sind festgelegt mittels Verabschiedung des Masterplans (Termin)	16.12.	28.02.	01.01.
Führung der IKT-Standarddienste (SD): Die DTI führt die SD unter Berücksichtigung aller Interessenträger			
– Jährliche Preisentwicklung von SD-Services: Preisdifferenz SD-Warenkorb gegenüber dem Vorjahr (%; min.)	-3,96	-2,00	-0,19
– Preis- und Leistungsvergleich von SD-Services mit dem Markt (Benchmarking): Abweichung zum Marktpreis (%; max.)	–	10,00	11,50
Koordination / Weiterentwicklung Strategie Digitale Schweiz: Die DTI ist federführend im Themenbereich «Digitale Schweiz» und erarbeitet dazu die entsprechende Strategie; deren Umsetzung wird, in Zusammenarbeit mit den betroffenen internen und externen Akteuren, koordiniert			
– Jährliche Aktualisierung des Aktionsplans «Digitale Schweiz» ist erfolgt und publiziert (Termin)	16.12.	28.02.	01.01.

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht, mit folgenden Ausnahmen:

Führung der IKT-Standarddienste (SD): Im Jahr 2023 mussten aufgrund der angespannten Marktsituation (teilweise knappe Güter, höhere Beschaffungskosten) diverse Preise erhöht werden. Dennoch können die im Benchmark 2023 untersuchten SD-Services grösstenteils zu Marktpreisen produziert werden, mit Ausnahme der Arbeitsplatzgeräte und der IP-WAN-Verbindungen.

LG3: EIDG. DATENSCHUTZ- UND ÖFFENTLICHKEITSBEAUFTRAGTE/R

GRUNDAUFTRAG

Der EDÖB stellt einerseits die Beratung, Aufsicht und Information zur Gewährleistung des Schutzes der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen sicher, über die Daten bearbeitet werden. Andererseits sorgt der EDÖB für die Beratung, Information und Durchführung von Schlichtungsverfahren zur Gewährleistung der Transparenz der Verwaltung, insbesondere durch Zugang zu amtlichen Dokumenten. Der EDÖB arbeitet mit kantonalen und internationalen Behörden zusammen und nimmt an nationalen und internationalen Gremien zur Weiterentwicklung des Datenschutzes und des Öffentlichkeitsprinzips teil.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	0,1	–	-0,1	-100,0
Aufwand und Investitionsausgaben	7,6	8,3	7,6	-0,7	-8,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Information: Der EDÖB sensibilisiert und informiert die Öffentlichkeit insbesondere mittels aktiver Medienpräsenz, Publikationen, Teilnahme an Veranstaltungen und der Entwicklung von Sensibilisierungstools			
– Veröffentlichung des jährlichen Tätigkeitsberichts, mit Pressekonferenz (ja/nein)	ja	ja	ja
– Webseitenbeiträge (Anzahl, min.)	108	100	112
Aufsicht: Der EDÖB führt systematische Kontrollen durch, um die konkrete Anwendung und Umsetzung des Datenschutzes zu gewährleisten			
– Anteil durchgeführter Sachverhaltsabklärungen entsprechend der aktuellen Jahresplanung (%; min.)	70	70	70
Schlichtung: Der EDÖB führt Schlichtungsverfahren durch			
– Anteil erledigter / eingegangener Schlichtungsanträge (%; min.)	88	80	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		788	779	726	-53	-6,8
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget) Bundeskanzlei	788	779	726	-53	-6,8
Aufwand / Ausgaben		124 302	139 049	125 364	-13 685	-9,8
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei	77 451	83 373	81 149	-2 224	-2,7
	Kreditverschiebung		-164			
	Abtretung		3 533			
	Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		777			
	Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		1 468			
A200.0002	Funktionsaufwand (Globalbudget) Datenschutzbeauftragter	7 629	8 334	7 600	-734	-8,8
	Abtretung		98			
A202.0182	Digitale Transformation und IKT-Lenkung	39 223	47 342	36 615	-10 727	-22,7
	Kreditverschiebung		-6 925			
	Abtretung		-26 614			
	Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		5 537			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET) BUNDESKANZLEI

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	787 757	778 500	725 841	-52 659	-6,8

Der Funktionsertrag der Bundeskanzlei besteht einerseits aus Gebühren für Legalisationen und Beglaubigungen von Exportzertifikaten, Strafregisterauszügen und Diplomen, Gebühren aus der Verrechnung gegenüber privaten Personen für gesetzliche Aufgaben des EDÖB im Zusammenhang mit der Umsetzung des revidierten Datenschutzgesetzes sowie aus übrigen Erträgen (Vermietung einer Dienstwohnung und von Parkplätzen). Die Gebühreneinnahmen sind leicht tiefer ausgefallen als erwartet (-0,05 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Organisationsverordnung vom 29.10.2008 für die Bundeskanzlei (OV-BK; SR 172.210.10); V vom 10.9.1969 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren (SR 172.041.0).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) BUNDESKANZLEI

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	77 450 734	83 372 800	81 149 184	-2 223 616	-2,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		5 612 900			
Funktionsaufwand	77 450 734	83 372 800	81 149 184	-2 223 616	-2,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	77 450 734	83 372 800	81 149 184	-2 223 616	-2,7
Personalausgaben	49 021 643	51 617 600	50 887 267	-730 333	-1,4
Sach- und Betriebsausgaben	28 429 091	31 755 200	30 261 916	-1 493 284	-4,7
<i>davon Informatik</i>	15 745 303	17 722 400	17 848 472	126 072	0,7
<i>davon Beratung</i>	67 601	520 000	64 682	-455 318	-87,6
Vollzeitstellen (Ø)	255	264	262	-2	-0,8

Personalaufwand und Vollzeitstellen

Der Personalaufwand der BK liegt um 0,7 Millionen unter dem Voranschlagswert. Die Besetzung der mit dem Voranschlag vorgenommenen Stellenaufstockungen konnte nicht wie geplant erfolgen.

Sach- und Betriebsaufwand

Der *Informatiksachaufwand* diene zu rund 40 Prozent (7,1 Mio.) dem Betrieb und der Wartung von IKT-Anwendungen, zum Beispiel für die Standarddienste und die SAP-Infrastruktur, und zu rund 60 Prozent (10,8 Mio.) zur Realisierung von Projekten und Vorhaben. Im Mittelpunkt standen namentlich der erleichterte Informationsaustausch zwischen der Bundeskanzlei und den Parlamentsdiensten (1,5 Mio.), die Vorbereitungen für einen weiteren Pilot der elektronischen Stimmabgabe (0,8 Mio.), die Weiterentwicklung des Informationssystems für die Publikation von amtlichen Dokumenten (0,8 Mio.) sowie dem föderalen Datenökosystem / DataHub, welches die «Landschaftsplanung» für eine gemeinsame Datennutzung zur Verfügung stellen soll und sowohl technische als auch regulatorische Aspekte umfasst (0,7 Mio.). Einzelne Vorhaben erlitten Verzögerungen, was zum Bedarf der Bildung zweckgebundener Reserven führt (vgl. Antrag zur Bildung neuer Reserven).

Der *Beratungsaufwand* liegt um 0,5 Millionen unter dem Voranschlag, da Studien, Gutachten und übrigen Beratungsleistungen sehr zurückhaltend in Auftrag gegeben wurden.

Der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* setzt sich aus den Mieten und dem Betriebsaufwand für die Liegenschaften inkl. Medienzentrum 7,7 Millionen (-0,0 Mio.), aus externen Dienstleistungen 3,4 Millionen (-0,8 Mio.) und auf dem übrigen Betriebsaufwand 1,3 Millionen (-0,3 Mio.) zusammen.

Kreditmutationen

- Abtretung von anderen Krediten (+3,5 Mio.): Vom EPA für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, die berufliche Integration, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie für zusätzliche Pensionskassenbeiträge (+1 457 800). Von der BK DTI für die strategische Initiative der Digitalisierungsstrategie des Bundes (+125 000). Vom GS-EFD (DVS) für E-Voting und E-Government-Architektur (+550 000) und für das föderale Datenökosystem / DataHub, welches die «Landschaftsplanung» für eine gemeinsame Datennutzung zur Verfügung stellen soll (+1 400 000).
- Kreditverschiebungen von anderen Krediten (+0,8 Mio.): Vom fedpol für den Rücktransfer für Logen- und Sicherheitsdienste (+75 600), von der BK DTI aus zentralen Digitalisierungsmitteln für das Projekt Erneuerung News Service Bund (+550 000) und vom BASPO, BABS und GS-UVEK für Übersetzungsdienstleistungen Englisch (+172 000).
- Kreditverschiebungen an andere Verwaltungseinheiten (-1,0 Mio.): Ans GS-WBF für Prototyp Datenaustauschplattform Agrardaten (-150 000), ans BAR für die Nutzung der Linked Data Services LINDAS (-27 000), ans SIF für den Prototyp Hackathon (-35 000) sowie an die BK DTI für die Unterstützung im Bereich SD GEVER (-750 000).
- Kreditüberschreitungen (+2,2 Mio.) 1 Prozent nach Art. 36 Abs. 2 FHG (+777 000) sowie nach Art. 36 Abs. 3 FHG zwecks Verwendung von zweckgebundenen Reserven (+1 467 500) für diverse Projekte (EXE/BRC, ANBK ÜDP, Automatisierung Bericht MoPo, Stammdatenverwaltung Bund, Netzwerke Bund, Weiterentwicklung Tool öffentliche Beschaffungen, HERMES sowie die Weiterentwicklung Supportprozesse SuPro).

A200.0002 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	7 628 763	8 334 200	7 599 878	-734 322	-8,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		98 400			
Funktionsaufwand	7 628 763	8 334 200	7 599 878	-734 322	-8,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	7 628 763	8 334 200	7 599 878	-734 322	-8,8
Personalausgaben	6 159 826	7 330 100	6 684 704	-645 396	-8,8
Sach- und Betriebsausgaben	1 468 937	1 004 100	915 174	-88 926	-8,9
<i>davon Informatik</i>	988 498	512 000	406 584	-105 416	-20,6
<i>davon Beratung</i>	40 500	–	40 500	40 500	–
Vollzeitstellen (Ø)	33	40	35	-5	-12,5

Der Funktionsaufwand EDÖB bleibt rund 0,7 Millionen unter dem Voranschlagswert. 88 Prozent des Funktionsaufwandes entfallen auf den Personalaufwand, 12 Prozent auf den Sach- und Betriebsaufwand.

Personalaufwand und Vollzeitstellen

Der Personalaufwand liegt 0,7 Millionen unter dem Voranschlagswert, da die Besetzung vakanter Stellen mehr Zeit in Anspruch nahm als geplant und gewisse Stellen schwierig zu besetzen waren. Die durchschnittliche Zahl der Vollzeitstellen liegt daher bei 35 FTE und damit um 5 FTE unter dem Voranschlag.

Sach- und Betriebsaufwand

Der *Informatiksachaufwand* liegt mit 0,4 Millionen unter dem budgetierten Wert. Im Rahmen des neuen Datenschutzgesetzes respektive mit dessen Inkrafttreten wurden drei neue Meldeportale benötigt, welche die neuen Aufgaben des EDÖB digital unterstützen sollen. Die Weiterentwicklung dieser Meldeportale konnte aufgrund fehlender Kapazitäten nicht wie gewünscht erfolgen.

Der *Beratungsaufwand* wurde nicht beansprucht, dafür wurden externe Dienstleistungen bezogen.

Der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* beträgt 0,5 Millionen und entspricht dem Voranschlagswert.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 98 400 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie für zusätzliche Pensionskassenbeiträge.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Unterstützung Bundesrat und Bundespräsidium		LG2: Digitale Transformation und IKT-Lenkung		LG3: Eidg. Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte/r	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	60	61	18	20	8	8
Personalausgaben	37	38	12	13	6	7
Sach- und Betriebsausgaben	22	23	6	7	1	1
<i>davon Informatik</i>	11	12	5	6	1	0
<i>davon Beratung</i>	0	0	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	199	203	56	59	33	35

A202.0182 DIGITALE TRANSFORMATION UND IKT-LENKUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	39 222 791	47 341 600	36 614 552	-10 727 048	-22,7
davon Kreditmutationen		-28 002 900			

Der Sammelkredit Digitale Transformation und IKT-Lenkung umfasst noch nicht abgetretene zentrale DTI-Mittel Bund, zentrale IKT-Reserven Bund für unplanbare IKT-Vorhaben und Digitalisierungspilotprojekte in den Departementen und der BK, die Mittel für die Weiterentwicklung der bundesweiten IKT-Standarddienste sowie die Mittel für die Konsolidierung der IKT für die Webauftritte der Bundesverwaltung.

Sach- und Betriebsaufwand

Der *Informatiksachaufwand* von rund 36,6 Millionen blieb 10,7 Millionen unter dem Voranschlagswert. Von den 10,7 Millionen Kreditrest wurden von den Departementen einerseits 7,8 Millionen der zentralen IKT-Mittelreserven Bund nicht beansprucht. Andererseits führten Projektverzögerungen zu einem geringeren Mittelbedarf für die IKT-Standarddienste (-3,0 Mio.).

Der Informatiksachaufwand der IKT-Standarddienste von 31,8 Millionen im Jahr 2023 verteilte sich im Wesentlichen auf die nachfolgenden IKT-Vorhaben: Der IAM-Standarddienst des BIT wird laufend weiterentwickelt (Identitäts- und Zugriffsmanagement; 9,4 Mio.). Mit dem Vorhaben Cloud Enabling Büroautomation werden die Grundlagen für den Bezug von Services der Büroautomation aus der Cloud geschaffen (5,5 Mio.). Im Programm Konsolidierung IKT für Webauftritte Bund werden die CMS-Webauftritte der zentralen Bundesverwaltung konsolidiert sowie eine neue, gemeinsame Lösung beschafft, damit die konsolidierten CMS-Webauftritte auf diese neue Lösung migriert werden können (4,9 Mio.). Zudem wurde der Bundesstandard, Release 4.0, für die Geschäftsverwaltung mit ActaNova weiterentwickelt, ebenso das Vorhaben «Entwicklung GeKonf», welches ein Werkzeug zur Unterstützung der Konfiguration und Entwicklung von Geschäftsanliegen auf Acta Nova bereitstellt (insgesamt 3,1 Mio.). Ausserdem wurde die Weiterentwicklung der Signaturdienste Bund weitergeführt (2,3 Mio.). Das Projekt AGOV (Authentisierungsdienst der Schweizer Behörden), welches Teil des vom BJ geführten Programms E-ID ist, hat zum Ziel, sämtlichen Behörden der Schweiz einen Login-Service zur Verfügung zu stellen, der die künftige Nutzung der E-ID für den Zugriff auf Behördenanwendungen erlaubt (1,8 Mio.). Einzelne Vorhaben haben sich verzögert, weshalb zweckgebundene Reserven beantragt werden (vgl. Antrag zur Bildung neuer Reserven).

Rechtsgrundlagen

V vom 25.11.2020 über die Koordination der digitalen Transformation und die IKT-Lenkung in der Bundesverwaltung (VDTI; SR 172.010.58, Art. 33), Weisungen des Bundesrates vom 3.6.2016 zu den zentral eingestellten IKT-Mitteln.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Programm Konsolidierung IKT für Webauftritte Bund (SD-WEB)» (V0310.00; BB vom 13.12.2018), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «Projekt Cloud Enabling Büroautomation CEBA» (V0383.00, BB vom 15.06.2023), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «Pilotphase E-ID-Vertrauensinfrastruktur und Wallet» (V0386.00, BB vom 15.06.2023), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Kreditmutationen

- Abtretung von anderen Krediten (+8,6 Mio.): Vom GS-EFD (DVS) für die Umsetzung eines Authentifizierungsdienstes der Schweizer Behörden AGOV (+3 100 000). Vom SEM aufgrund Minderbedarf im Programm ESYSP (+5 522 000).
- Abtretung an andere Kredite (-35,2 Mio.): Ans GS-EJPD für das Programm PSW (-9 375 000), ans ISC-EJPD für das Programm Fernmeldeüberwachung FMÜ (-7 125 000), ans SEM und das Projekt ZEMIS (-980 000), ans BBL für das Programm SUPERB (-11 250 000), an die Verteidigung für die Projekte Entflechtung Baraut VBS (-2 690 000) das Projekt IP-BB BSA (-407 000), das Projekt Umsetzung MCT-Massnahmen (-285 000). Weiter an ar Immo für das Projekt optisches Behördennetz Bund OBN (-880 000), an swisstopo für die Projekte BIM-MT (-400 000), NextGenerationMap (-200 000) und Digitalisierung der Dienstbarkeiten (Grundbuch) (-110 000). Zudem ans EDA für das Projekt EDA Cloud@Ausland (-820 000), IT Security Consolidation (-200 000) und Offline Backup (-100 000), ans GS-EFD für Bug-Bounty-Programm (-150 000), an agroscope für WebGRUD (-139 300) sowie die BK für das Projekt SI-3 Once-Only (-125 000).
- Kreditverschiebungen von anderen Verwaltungseinheiten und vom Globalbudget BK (+1,7 Mio.): Vom Globalbudget BK zur Finanzierung der Fachstelle GEVER Bund (+750 000), von der Verteidigung für «Identitäten Miliz-AdA Übertrag zivile Büroautomation» (+500 000), vom BAR für Schnittstellen Acta Nova und archivfachliche Anwendungen (+300 000), vom EPA für LMS Authentication Bridge (+132 500) und vom BAK für eIAM Authentication Bridges Middleware (+15 000).

- Kreditverschiebungen an andere Verwaltungseinheiten und ans Globalbudget BK (+8,6 Mio.): Ans BFS für Umsetzung Strategie Data Science (-600 000), Projekt Statistische Infrastruktur (-450 000), Projekt SpiGes (-360 000) und die Verwaltung von ausländischen Unternehmen in den Unternehmensstammdaten (-375 000), ans BIT für die Projekte Ablösung Container Cloud-Umgebung BIT (-1 000 000), Aufbau Offline-Backup (-1 490 000), Ausbau Cloud Service Broker (-1 300 000), CEBA (-61 600), ans EDA für das Projekt SCiON@EDA (-280 000), ans ISCeco für die RZ-Migration Fachanwendungen WBF (-350 000), ans SECO für Online-Meldeverfahren EU/EFTA (-950 000) und die Umsetzung Unternehmensumnutzung und -löschung über EasyGov (-450 000), ans GS-VBS für das Projekt FABS (-300 000), an die EFK für das Vorhaben FIPO (-46 000), ans ISC EJPD für Cyberark (-60 000) und ans Globalbudget BK für die Erneuerung News Service Bund (-550 000).
- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG über 5 536 500 zwecks Verwendung von zweckgebundenen Reserven für verschiedene Projekte (Entflechtung Büroautomation VBS, IP Backbone BSA, Ablösung Pager/PSA und APS2020).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	-	13 816 000	13 816 000
Bildung aus Rechnung 2022	-	4 670 000	4 670 000
Auflösung / Verwendung	-	-7 004 000	-7 004 000
Endbestand per 31.12.2023	-	11 482 000	11 482 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	5 230 000	5 230 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Laufe des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 7 Millionen verwendet: Entflechtung Büroautomation VBS (2,4 Mio.), Programm APS2020 (1,6 Mio.), IP Backbone BSA (1,4 Mio.) und weitere 1,6 Millionen für diverse Projekte (ActaNova Bereinigung und Aussonderung, EXE/BRC, ActaNova ÜDP, Automatisierung Bericht MoPo, Schnittstelle PD/BK, Stammdatenverwaltung Bund, Netzwerke Bund, Tool öffentliche Beschaffungen, Support Prozesse SuPro, HERMES sowie für die Ablösung Pager/PSA).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven von total 11,5 Millionen entfallen im Wesentlichen auf Projektaufträge für die IKT-Standarddienste, namentlich für Folgearbeiten des Programms APS2020, Programm Konsolidierung IKT für Webauftritte Bund, sowie für die Modernisierung des Systems für amtliche Veröffentlichungen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Umpriorisierungen, Ressourcenengpässen und Verzögerungen in verschiedenen Vorhaben werden zweckgebundene Reserven im Umfang von 5,2 Millionen beantragt:

Aus dem Kredit A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundeskanzlei: 2 100 000 Franken

- Vote électronique: 650 000 Franken

Aufgrund der starken Ressourcenbindung in Folge der Wiederaufnahme des Versuchsbetriebs konnte die zusätzliche Vernetzung mit der Wissenschaft (Mitfinanzierung Forschung) nicht weiter vorangetrieben werden. Einige Massnahmen können erst 2024 in Angriff genommen werden.

- Erneuerung News Service Bund NSB: 700 000 Franken

Aufgrund der Verzögerungen im Programm SD-Web erleidet auch die Erneuerung NSB eine Verzögerung, da sie auf diesem Standarddienst aufbaut.

- Transformation und Interoperabilität: 250 000 Franken

Ein personeller Engpass und die Verzögerung in einem Beschaffungsverfahren führten zu einer Verzögerung.

- Datennutzung mit technischen und regulatorischen Aspekten (Datahub): 200 000 Franken

Es konnten nicht alle vorgesehenen Proof of Concepts in den Verwaltungseinheiten im 2023 durchgeführt werden.

Aus dem Kredit A200.0002 Funktionsaufwand (Globalbudget) EDÖB: 200 000 Franken

- Meldeportale: 200 000 Franken

Aufgrund fehlender Entwicklungskapazitäten für die ActaNova-Anbindung konnte die Weiterentwicklung der Meldeportale nicht wie geplant erfolgen.

Aus dem Kredit A202.0182 Digitale Transformation und IKT-Lenkung: 2 930 000 Franken

— AGOV (Schweizweites Behörden-Login): 1 300 000 Franken

Das Projekt hat sich aufgrund einer Neuausrichtung der Lieferobjekte verzögert.

— PoC E-ID - ePersonalausweis: 225 000 Franken

Aufgrund der zeitlichen Verzögerungen beim Projekt AGOV konnten die Arbeiten im PoC E-ID nicht wie geplant realisiert werden.

— GEVER Bundesstandard Release 4.0: 600 000 Franken

Aufgrund der mangelhaften Qualität der ersten Software-Lieferung und unerwarteten Stolpersteinen bei der Integration der Software dauern die Tests länger als geplant. Daher musste die Vorabnahme und die anschliessende Erst-Produktivsetzung um ca. vier Monate verschoben werden.

— Clearspace (Aussonderung GEVER): 225 000 Franken

Die Initialisierungsphase des Projekts wurde Mitte 2023 gestartet. Aufgrund personeller Engpässe hat sich der Abschluss der Initialisierungsphase verzögert und wird erst im 2024 abgeschlossen werden können.

— Weiterentwicklung Webauftritte (Standarddienst Web): 580 000 Franken

Die Weiterentwicklung der Webauftritte hätte mit Go-Live des Standarddienstes Mitte 2023 gestartet werden sollen. Da aber auch im zweiten Halbjahr noch Restanzen aus der Abnahme des Programms abgearbeitet werden mussten, standen für die parallele Weiterentwicklung der Lösung nicht genügend personelle Ressourcen zur Verfügung.

BUNDESGERICHT

KERNFUNKTIONEN

- Oberste Rechtsprechung der Eidgenossenschaft als Verfassungsaufgabe
- Wahrung der Rechtseinheit und Rechtssicherheit sowie Weiterentwicklung der Rechtsanwendung in der Schweiz

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	17,3	16,9	17,4	0,0	0,2
Laufende Ausgaben	100,5	111,7	106,8	6,3	6,3
Eigenausgaben	100,5	111,7	106,8	6,3	6,3
Selbstfinanzierung	-83,2	-94,8	-89,4	-6,3	-7,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,2	-0,2	-0,2	0,0	-15,8
Jahresergebnis	-83,3	-95,1	-89,6	-6,3	-7,6
Investitionsausgaben	0,2	0,3	0,3	0,1	27,6

KOMMENTAR

Ohne die Veränderung der Rückstellung für Überstunden und Urlaub zu berücksichtigen, stiegen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht an. Die Gerichtsgebühren, die den Rechtssuchenden in Rechnung gestellt wurden (-0,7 Mio.) und die Erträge aus der Veröffentlichung von Urteilen (-0,1 Mio.) gingen jedoch zurück. Dagegen fielen die den Kantonen fakturierten Beträge für deren Beteiligung im Rahmen des Projekts Justitia 4.0 im Vergleich zum Vorjahr höher aus (+0,8 Mio.).

Die Ausgaben liegen um 6,3 Millionen höher als im Vorjahr. Die Personalausgaben, die den grössten Teil der Ausgaben ausmachen (81 %), nahmen um 3,5 Millionen zu, insbesondere aufgrund der Schaffung einer zweiten strafrechtlichen Abteilung.

Die restlichen Ausgaben sind ebenfalls gestiegen (+2,7 Mio.), dies insbesondere aufgrund des Projekts Justitia 4.0, dessen Ausgaben sich 2023 auf 5,3 Millionen beliefen. Die Hälfte dieses Betrages wird anschliessend den am Projekt beteiligten Kantonen fakturiert. Der neue Standort Lausanne Béthusy hat ebenfalls zusätzliche Ausgaben verursacht (unter anderem +0,3 Mio. zusätzliche Mietausgaben).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Justitia 4.0: Abschluss der Realisierung einer ersten Version der Austauschplattform und Beginn von Pilotversuchen mit einer definierten Anzahl von Justizbehörden und Anwälten (teilweise erreicht)
Die Pilotversuchen werden nur im 1. Semester 2024 anfangen
- Justitia 4.0: Erwerb eines elektronischen Arbeitsplatzes Justiz (erreicht)
- Justitia 4.0: Umsetzung der ersten Transformationsmassnahmen (erreicht)
- eDossier BGer (Digitalisierung der Prozesse am Bundesgericht): Abschluss der Einführung der elektronischen Zirkulation der Referate und Urteilsentwürfe in den Abteilungen (erreicht)
- eDossier BGer (Digitalisierung der Prozesse am Bundesgericht): Pilotprojekt zur Anbindung der Plattform Justitia.Swiss, die im Rahmen des Projekts Justitia 4.0 entwickelt wird (nicht erreicht)
Es wurde auf das nächste Jahr verschoben
- Gever: Einführung von spezifischen automatisierten Prozessen für die verschiedenen Abteilungen und Dienste des Bundesgerichts (erreicht)
- Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer Applikation zur computergestützten Indexierung der Normen und Stichwörter (erreicht)

LG1: RECHTSPRECHUNG BUNDESGERICHT

GRUNDAUFTRAG

Wahrung der Rechtseinheit und Rechtssicherheit in der Schweiz sowie Weiterentwicklung der Rechtsanwendung. Das Bundesgericht entscheidet innert kurzer, angemessener Frist und in effizienter Weise. Die Entscheidungen des Bundesgerichts sind unabhängig und unparteiisch, gesetzeskonform, gut begründet sowie für Parteien und die Öffentlichkeit zugänglich. Dies bildet eine notwendige Voraussetzung für die gesellschaftliche Kohäsion des Landes und den Wirtschaftsstandort Schweiz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	17,5	16,9	17,4	0,5	3,2
Aufwand und Investitionsausgaben	101,1	112,2	107,4	-4,9	-4,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Geschäftslast: Das Bundesgericht meistert die Geschäftslast			
- Die Zahl der Erledigungen entspricht den Eingängen (%)	97	100	98
- Die Zahl der pendenten Geschäfte liegt unter 40 % des Jahreseinganges (Anzahl, max.)	3 492	3 000	3 631
Transparenz: Die Rechtsprechung ist transparent			
- Veröffentlichung einer angemessenen Anzahl von Leiturteilen in der Amtlichen Sammlung BGE (Anzahl, min.)	208	300	204
- Alle Endentscheide werden unter Vorbehalt begründeter Ausnahmen wie z.B. Datenschutz im Internet veröffentlicht (%)	100	100	100
- Eine angemessene Anzahl von Urteilen wird mit einer Medienmitteilung verbreitet (Anzahl, min.)	42	50	41
Fristen: Das Bundesgericht entscheidet innert kurzer, angemessener Frist			
- Die mittlere Dauer der Geschäfte liegt unter 150 Tagen (Tage, max.)	174	150	195
- Weniger als 2 % der Verfahren dauern länger als 2 Jahre, vorbehaltlich der sistierten Fällen (Anzahl, max.)	72	30	77
- Weniger als 5 % der eingegangenen Fälle dauern länger als 1 Jahr (Anzahl, max.)	819	500	1 092
Vertrauen: Das Vertrauen in die Justiz ist hoch			
- Zufriedenheit und Kundenfreundlichkeit gemäss Umfrage bei den Rechtsanwälten (% min.)	-	-	-
Effizienz: Das Bundesgericht ist effizient			
- Pro Gerichtsschreiber im Durchschnitt erledigte Fälle (Anzahl, min.)	52	60	53

KOMMENTAR

Obgleich einige Resultate den Erwartungen entsprechen, fielen die Zahlen in vielen Bereichen tiefer aus als veranschlagt. Im Jahr 2023 verzeichnet das Bundesgericht 7558 Eingänge und 7420 Erledigungen.

Geschäftsvolumen: Die Zahl der erledigten Beschwerden liegt leicht unter derjenigen der Neueingänge (Ratio von 98 %), bleibt aber auf einem hohen Niveau. Die Zahl der hängigen Fälle (3631) entspricht 48 Prozent der Neueingänge und übersteigt damit den Soll-Wert von 40 Prozent. Eine Verbesserung der Situation ist noch nicht erkennbar, da die zwei neuen Richter und vier neuen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber erst Mitte 2023 ihr Amt antraten.

Transparenz: Die Zielvorgaben für die Publikation von Leiturescheiden in der Amtlichen Sammlung der Bundesgerichtsentscheide (204 gegenüber 300 geplanten Mitteilungen) und die Anzahl der Pressemitteilungen (41 Mitteilungen gegenüber 50 geplanten) Publikationen wurden nicht erreicht.

Fristen: Die durchschnittliche Zeit bis zur Erledigung eines Falles liegt weit über den Erwartungen (195 gegenüber 150 Tagen). Die Anzahl der Verfahren, die mehr als ein Jahr dauern (14 %), ist höher als erwartet (10 %). Die Anzahl der Verfahren, die mehr als zwei Jahre dauern entsprechen praktisch den Erwartungen (1 %).

Effizienz: Aufgrund der Komplexität der zu bearbeitenden Fälle liegt die Anzahl der pro Gerichtsschreiber bearbeiteten Fälle (53) unter den Erwartungen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	17 477	16 879	17 412	534	3,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	17 477	16 879	17 412	534	3,2
Aufwand / Ausgaben	101 066	112 236	107 371	-4 865	-4,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	101 066	112 236	107 371	-4 865	-4,3
Abtretung		749			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG/EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	17 476 881	16 878 500	17 412 397	533 897	3,2

Wichtigste Komponenten:

— Gerichtsgebühren	14 109 340
— Gebühren der Amtlichen Sammlung der Bundesgerichtsentscheide	557 328
— Andere Entschädigungen	2 347 092

Die Gerichtsgebühren liegen über dem budgetierten Betrag (+5 %), was auf die hohe Erledigungszahl zurückzuführen ist (obgleich diese tiefer ausfiel als erwartet), und fallen um 4 Prozent höher aus als im Vorjahr. Die Einnahmen aus den Verkäufen der Amtlichen Sammlung sind tiefer ausgefallen als im Vorjahr (-19 %), liegen jedoch unter dem veranschlagten Niveau (-14 %).

Die Entschädigungen liegen über dem Wert vom Vorjahr, jedoch unter dem budgetierten Betrag (-4 %). Die den verschiedenen Kantonen für das Projekt Justitia 4.0 fakturierten Beteiligungen von 2 162 500 Franken entsprechen den Erwartungen (die Entschädigungen werden im Verhältnis zu den Projektausgaben berechnet). Während die Liegenschaftserträge auf dem Niveau der letzten Jahre liegen, fielen die Rückerstattungen aus unentgeltlicher Rechtspflege und von bereits abgeschriebenen Gebühren leicht höher aus als im Vorjahr (+1 %).

AUFWAND/AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	101 065 764	112 235 800	107 371 289	-4 864 511	-4,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		749 000			
Funktionsaufwand	100 817 399	111 940 800	107 054 481	-4 886 319	-4,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	100 631 039	111 717 800	106 838 741	-4 879 059	-4,4
Personalausgaben	83 202 589	90 305 700	86 661 057	-3 644 643	-4,0
Sach- und Betriebsausgaben	17 428 450	21 412 100	20 177 684	-1 234 416	-5,8
<i>davon Informatik</i>	2 140 617	2 619 900	1 905 377	-714 523	-27,3
<i>davon Beratung</i>	-	100 000	-	-100 000	-100,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	186 360	223 000	215 740	-7 260	-3,3
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	248 365	295 000	316 808	21 808	7,4
Vollzeitstellen (Ø)	336	357	345	-12	-3,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen (FTE)

Im Jahr 2023 waren durchschnittlich 343,31 Vollzeitstellen besetzt (39,0 Bundesrichter/innen und 304,31 Mitarbeitende). Zu dieser Zahl müssen die durch die nebenamtlichen Bundesrichter/innen geleisteten Arbeitstage, welche ungefähr 1,55 FTE entsprechen, hinzuaddiert werden. Dies ergibt für 2023 einen Durchschnitt von 344,86 FTE.

Die Personalausgaben lagen unter dem budgetierten Betrag (-3,6 Mio.).

Von 314,45 offiziellen Vollzeitstellen (die Magistraten ausgenommen) waren 2023 durchschnittlich 304,31 FTE besetzt; darin enthalten sind 140,10 Vollzeitstellen für Gerichtsschreiber/innen (von 144,40 bewilligten Vollzeitstellen). Die Ausgaben liegen 1,4 Millionen unter dem veranschlagten Betrag. Hauptgrund dafür sind die zahlreichen Vakanzen (10,14 FTE im Jahresdurchschnitt); dies zeigt eine gewisse Schwierigkeit, Personal zu rekrutieren, das den spezifischen Bedürfnissen des Gerichts entspricht. Die Stellen im Zusammenhang mit der Schaffung der zweiten strafrechtlichen Abteilung wurden ebenfalls später als geplant besetzt (erst ab Juli statt ab Januar).

Der aktuelle Kredit deckt ausserdem 39,0 Stellen für Bundesrichter/innen (offizieller Bestand: 40,0) sowie die Entschädigungen für 19 nebenamtliche Bundesrichter/innen ab.

Die Lohnkosten der Bundesrichter/innen fielen insbesondere deshalb tiefer aus als veranschlagt (-0,4 Mio.), weil die zweite strafrechtliche Abteilung erst zur Jahresmitte ihren Betrieb aufnahm.

Die geleisteten Arbeitstage der nebenamtlichen Bundesrichter/innen (387) liegen weit unter denen des vergangenen Jahres (603). Die Ausgaben von 0,5 Millionen sind ebenfalls tiefer als erwartet (-0,4 Mio.). Die den ehemaligen Bundesrichter/innen überwiesenen Ruhegehälter fallen tiefer aus als veranschlagt (-1,2 Mio.), da weniger Bundesrichter/innen als erwartet in den Ruhestand traten und mehrere pensionierte ehemalige Bundesrichter/innen verstarben.

Die anderen Personalausgaben liegen insgesamt unter den geplanten Kosten (-0,2 Mio.), insbesondere weil zahlreiche Ausbildungsanlässe 2023 nicht stattfanden (-0,1 Mio.) und weil ein Wechsel in der Publikation der Stellenanzeigen (prioritär per Internet) zu Einsparungen in diesem Bereich geführt hat (-0,1 Mio.).

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben (-1,2 Mio.) sowie die Informatiksachausgaben (-0,7 Mio.) sind tiefer ausgefallen als budgetiert. In diesen beiden Rubriken erklären sich die Minderausgaben vor allem dadurch, dass bestimmte Ausgaben, insbesondere im IT-Bereich, verschoben wurden, hauptsächlich um die Priorität auf die Schaffung der zweiten strafrechtlichen Abteilung zu legen. Ein rigoroser Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ermöglichte auch einige Einsparungen gegenüber dem Voranschlag.

Die Informatiksachausgaben wurden im Vergleich zum Voranschlag zu 73 Prozent ausgeschöpft. Er wurde hauptsächlich für den ordentlichen Ersatz der Server sowie für die Anschaffung eines neuen Systems verwendet, das dem Training von Modellen der künstlichen Intelligenz (KI) gewidmet ist. Darüber hinaus wurden diese Mittel für die Bereitstellung von Software-Infrastruktur verwendet, um die Entwicklung von Nutzeranwendungen zu unterstützen, einschliesslich der Modernisierung des Suchsystems für die Rechtsprechung und der notwendigen Anpassungen aller Anwendungen infolge der Schaffung einer neuen strafrechtlichen Abteilung. Im Rahmen der Digitalisierung von Prozessen wurden auch verschiedene Arbeiten durchgeführt, wie z. B. die Optimierung des KI-basierten Moduls zur Anonymisierung von Entscheidungen im Rechtsbereich sowie die Entwicklung eines Moduls für die elektronische Zirkulation von Dokumenten im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung.

Die weiteren Sach- und Betriebsausgaben beinhalten insbesondere die folgenden Hauptelemente:

— Mieten	7 091 597
— Gebäudeunterhalt und Sicherheitsdienste	402 552
— Verfahrenskosten (inkl. unentgeltliche Rechtspflege)	746 142
— Dienstleistungen Dritter	5 558 012
— Bibliothek	547 985
— Posttaxen	771 020
— Debitorenverluste	1 164 362

Die mit dem Projekt der elektronischen Aktenführung und des elektronischen Rechtsverkehrs (Justitia 4.0) verbundenen Ausgaben beliefen sich auf 5 325 000 Franken (vorgesehen waren Fr. 4 650 000). Ein Teil dieser Ausgaben wurde diversen Kantonen verrechnet und somit kompensiert.

Abschreibungen

Die Abschreibungen entsprechen weitgehend den Erwartungen.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben betreffen vorwiegend den Ersatz von Servern und der Anschaffung eines neuen Servers für das Training von Modellen der künstlichen Intelligenz.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidgenössischen Personalamtes von 749 000 Franken für die Lohnmassnahmen 2023, den Teuerungsausgleich für die pensionierten Bundesrichter/innen, für die Wiedereingliederung von externen Personen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für die höheren Sozialabgaben und die Kinderbetreuung.

BUNDESSTRAFGERICHT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Rechtsstaatlich korrekte Rechtsprechung
- Erst- und zweitinstanzliche Urteile im Bereich des prozessualen und materiellen Bundesstrafrechts und weiteren Sachbereichen, welche das Recht dem BStGer zuweist

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,9	1,1	0,9	0,0	1,4
Laufende Ausgaben	18,0	20,1	19,4	1,4	7,6
Eigenausgaben	18,0	20,1	19,4	1,4	7,6
Selbstfinanzierung	-17,1	-18,9	-18,5	-1,4	-8,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	-99,7
Jahresergebnis	-17,1	-19,0	-18,5	-1,4	-8,0
Investitionsausgaben	0,0	–	–	0,0	-100,0

KOMMENTAR

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einnahmen um 1,4 Prozent und die Ausgaben um 7,6 Prozent (+1,4 Mio.) gestiegen. Die höheren Ausgaben sind hauptsächlich auf den Personalbereich zurückzuführen. Insgesamt wurden 726 Fälle erledigt, 35 mehr als im Vorjahr (+5,1 %).

Die *Eigenausgaben* des Bundesstrafgerichts sind in zwei Globalbudgets und einen Einzelkredit unterteilt. Das erste Globalbudget (A200.0001) deckt die Ausgaben der Strafkammer, der Beschwerdekammer und der Dienste. Das zweite Globalbudget (A200.0002) ist für die Berufungskammer bestimmt. Der Einzelkredit A202.0155 beinhaltet die Ausgaben für die Strafverfahren.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Geschäftsverwaltung und Archivierung: Beenden der Konzeptphase für die elektronische Geschäftsverwaltung (erreicht)
- Geschäftsverwaltung und Archivierung: Abschliessen der Vereinbarung mit dem Bundesarchiv (teilweise erreicht)
Die Vereinbarung wird im 2024 abgeschlossen werden.

LG1: RECHTSPRECHUNG STRAFKAMMER UND BESCHWERDEKAMMER

GRUNDAUFTRAG

Die *Strafkammer* und die *Beschwerdekammer* des Bundesstrafgerichts erledigen ihre Verfahren in angemessen kurzer Zeit und in effizienter Weise. Die Entscheidungen sind unabhängig und unparteiisch, gesetzeskonform, verständlich, gut und möglichst knapp begründet sowie für Parteien und Öffentlichkeit zugänglich.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,9	1,1	0,9	-0,2	-19,2
Aufwand und Investitionsausgaben	15,0	16,0	15,7	-0,3	-2,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Geschäftslast: Die Strafkammer und die Beschwerdekammer meistern die Geschäftslast			
- Erledigte Fälle Strafkammer (Anzahl, min.)	56	72	57
- Erledigte Fälle Beschwerdekammer (Anzahl, min.)	599	740	618
- Erledigte Fälle zu den Eingängen (% min.)	110	100	108
- Pendente Fälle zu den Eingängen (% max.)	44	30	34
Transparenz: Die Rechtsprechung ist transparent			
- Anonymisierte Entscheide der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt (% min.)	100	99	100
- Entscheide in der Jahressammlung veröffentlicht (% min.)	3	3	2
Vertrauen: Das Vertrauen in die Justiz ist hoch			
- Zufriedenheit der Parteien gemäss Umfrage (alle 3 bis 5 Jahre) (Skala 1-10)	-	-	-
Fristen: Die Strafkammer und die Beschwerdekammer entscheiden innert kurzer, angemessener Frist			
- Erledigung innerhalb von 1 Jahr der Fälle Strafkammer (% min.)	80	85	79
- Erledigung innerhalb von 2 Jahren der Fälle Strafkammer (% min.)	88	95	100
- Erledigung innerhalb von 6 Monaten der Fälle Beschwerdek. (% min.)	70	80	72
- Erledigung innerhalb von 1 Jahr der Fälle Beschwerdekammer (% min.)	88	99	92
Effizienz: Die Strafkammer und die Beschwerdekammer sind effizient			
- Erledigte Fälle pro Gerichtsschreiber Strafkammer (Anzahl, min.)	5	6	5
- Erledigte Fälle pro Gerichtsschreiber Beschwerdekammer (Anzahl, min.)	54	65	52

KOMMENTAR

Die Bundesanwaltschaft und das Eidgenössische Finanzdepartement haben im Berichtsjahr 2023 insgesamt 50 Fälle an die *Strafkammer* überwiesen. Die Strafkammer konnte 57 Fälle abschliessen. Dies ermöglichte eine Verringerung der pendenten Fälle um 19 Prozent. Bezüglich der Erledigungsfristen ist das Ziel «innerhalb von 1 Jahr» fast erreicht und dasjenige «innerhalb von 2 Jahren» übertroffen worden. Die Effizienz lag mit 5 Fällen pro Gerichtsschreiber/-in leicht tiefer als erwartet. Dies ist auf sehr umfangreiche und komplexe Verfahren, welche erhebliche Ressourcen nötig machen, zurückzuführen.

Bei der *Beschwerdekammer* sind 575 Fälle eingegangen. Die Beschwerdekammer hat 618 Fälle erledigt und konnte die Pendenzen um 19 Prozent verringern. Dennoch lag die Effizienz mit 52 Fällen pro Gerichtsschreiber/-in unter den Zielen und auch die Erledigungsfristen waren länger als erwartet. Das nur teilweise Erreichen der Ziele ist bedingt durch längere Abwesenheiten aufgrund von Krankheit und Mutterschaft sowie dem sehr grossen Zeitaufwand für wenige aber aufwendige Entsiegelungsfälle.

LG2: RECHTSPRECHUNG BERUFUNGSKAMMER

GRUNDAUFTRAG

Die *Berufungskammer* des Bundesstrafgerichts erledigt ihre Berufungs- und Revisionsverfahren in angemessener kurzer Zeit und in effizienter Weise. Die Entscheidungen sind unabhängig und unparteiisch, gesetzeskonform, verständlich, gut und möglichst knapp begründet sowie für Parteien und Öffentlichkeit zugänglich.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand und Investitionsausgaben	2,5	3,4	3,2	-0,2	-4,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Geschäftslast: Die Berufungskammer meistert die Geschäftslast			
– Erledigte Fälle Berufungskammer (Anzahl, min.)	36	50	51
– Erledigte Fälle zu den Eingängen (% min.)	97	90	98
– Pendente Fälle zu den Eingängen (% max.)	86	30	62
Transparenz: Die Rechtsprechung ist transparent			
– Anonymisierte Entscheide der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt (% min.)	100	99	100
– Entscheide in der Jahressammlung veröffentlicht (% min.)	17	3	14
Vertrauen: Das Vertrauen in die Justiz ist hoch			
– Zufriedenheit der Parteien gemäss Umfrage (alle 3 bis 5 Jahre) (Skala 1-10)	–	–	–
Fristen: Die Berufungskammer entscheidet innert kurzer, angemessener Frist			
– Erledigung innerhalb von 1 Jahr der Fälle Berufungskammer (% min.)	94	90	90
– Erledigung innerhalb von 2 Jahren der Fälle Berufungskammer (% min.)	100	95	100
Effizienz: Die Berufungskammer ist effizient			
– Erledigte Fälle pro Gerichtsschreiber Berufungskammer (Anzahl, min.)	6	7	7

KOMMENTAR

Bei der *Berufungskammer* sind 52 neue Fälle eingegangen und 51 wurden erledigt. Die Effizienz lag bei 7 Fällen pro Gerichtsschreiber/-innen. Dank der Besetzung aller Stellen, der gemäss Verordnung zustehenden Richterstellen und der Gerichtsschreiber/-innen, wurden die geplanten Ziele nahezu erreicht. Gleichzeitig ist es jedoch nicht möglich, die Pendenzen, die sich anlässlich der Unterbesetzung der Vorjahre akkumuliert haben, abzuarbeiten. Dies ist umso bedenklicher, als einige Fälle umfangreich und komplex sind und erhebliche Ressourcen binden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	908	1 111	898	-213	-19,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	908	1 111	898	-213	-19,2
Aufwand / Ausgaben	18 090	20 067	19 417	-650	-3,2
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) Bundesstrafgericht	14 993	15 995	15 654	-341	-2,1
Abtretung		372			
A200.0002 Funktionsaufwand (Globalbudget) Berufungskammer	2 531	3 377	3 218	-159	-4,7
Abtretung		20			
A202.0155 Strafverfahren	566	695	545	-150	-21,6

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	907 615	1 111 000	898 002	-212 998	-19,2

Davon:

— Gerichtsgebühren 816 052

Rechtsgrundlagen

Strafprozessordnung vom 5.10.2007 (StPO, SR 312.0), Art. 422–428. BG vom 19.3.2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (StBOG, SR 173.71), Art. 73 und 75.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) BUNDESSTRAFGERICHT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	14 993 434	15 994 500	15 653 774	-340 726	-2,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		371 600			
Funktionsaufwand	14 956 545	15 994 500	15 653 774	-340 726	-2,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	14 947 948	15 987 500	15 636 607	-350 893	-2,2
Personalausgaben	12 849 280	13 684 500	13 608 012	-76 488	-0,6
Sach- und Betriebsausgaben	2 098 667	2 303 000	2 028 595	-274 405	-11,9
<i>davon Informatik</i>	452 413	554 500	391 202	-163 298	-29,4
<i>davon Beratung</i>	37 387	10 000	3 618	-6 383	-63,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	8 597	7 000	17 167	10 167	145,2
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	36 889	-	-	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	65	67	66	-1	-1,5

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* lagen leicht unter dem Voranschlag (-0,6 %). Sie enthielten 5,2 Millionen für die Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge für die 17 ordentlichen Richter/innen (durchschnittlich 15,3 FTE) sowie 8,2 Millionen für die Mitarbeitenden (50,1 FTE), die nebenamtlichen Richter/innen (0,1 FTE), 3 Praktikant/innen und 1 Auszubildender.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Minderausgaben von 0,3 Millionen in den *Sach- und Betriebsausgaben* ergaben sich hauptsächlich in der Informatik und im Projekt für die Geschäftsverwaltung und Archivierung. Die Ausgaben für die Raummiete betrugen 1,1 Millionen.

Abschreibungen

Die *Abschreibungen* bezogen sich auf die für den Sitz des BStGer angeschafften Mobilien.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamtes von 371 600 Franken für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, für die Lohnmassnahmen sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge.

A200.0002 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) BERUFUNGSKAMMER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 531 098	3 377 400	3 218 016	-159 384	-4,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		20 400			
Funktionsaufwand	2 531 098	3 377 400	3 218 016	-159 384	-4,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	2 531 098	3 377 400	3 218 016	-159 384	-4,7
Personalausgaben	2 399 802	3 196 900	3 087 664	-109 236	-3,4
Sach- und Betriebsausgaben	131 296	180 500	130 351	-50 149	-27,8
<i>davon Informatik</i>	66 063	82 000	90 259	8 259	10,1
<i>davon Beratung</i>	31 260	5 000	-	-5 000	-100,0
Vollzeitstellen (Ø)	13	15	15	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* waren um 0,1 Millionen tiefer als veranschlagt und enthielten 1,2 Millionen Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge für die ordentlichen Richter (4,0 FTE, 1,1 mehr als im Vorjahr) sowie 1,8 Millionen für die Mitarbeitenden (10,6 FTE) und die nebenamtlichen Richter/innen (0,7 FTE).

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben entsprachen in etwa dem veranschlagten Betrag.

Hinweise

Die Kosten der allgemeinen Dienste waren im Globalbudget A200.0001 enthalten.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamtes von 20 400 Franken für die Lohnmassnahmen sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Rechtsprechung Strafkammer und Beschwerdekammer		LG 2: Rechtsprechung Berufungskammer		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Mio. CHF					
Aufwand und Investitionsausgaben	15	16	3	3	
Personalausgaben	13	14	2	3	
Sach- und Betriebsausgaben	2	2	0	0	
<i>davon Informatik</i>	0	0	0	0	
<i>davon Beratung</i>	0	0	0	–	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	–	–	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	0	–	–	–	
Vollzeitstellen (Ø)	65	66	13	15	

A202.0155 STRAFVERFAHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	565 718	695 000	544 880	-150 120	-21,6
Funktionsaufwand	565 718	695 000	544 880	-150 120	-21,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	565 718	695 000	544 880	-150 120	-21,6
Sach- und Betriebsausgaben	565 718	695 000	544 880	-150 120	-21,6

Im Einzelkredit sind die verschiedenen Ausgaben der Strafverfahren aller drei Kammern des Bundesstrafgerichts enthalten, insbesondere für Sicherheitsmassnahmen, Übersetzungen, Gutachten, Zeugenentschädigungen, unentgeltliche Rechtspflege und Haftkosten.

Dabei handelt es sich nicht um die durch das BStGer verursachten Betriebskosten, sondern um Kosten, welche direkt den einzelnen Strafverfahren belastet werden. Diese Kosten werden vom jeweiligen Spruchkörper festgelegt und sind von der Gerichtsleitung des BStGer weder beeinfluss- noch voraussehbar.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (StBOG, SR 173.71), Art. 35–40. Strafprozessordnung vom 5.10.2007 (StPO, SR 312.0), Art. 423.

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Behandlung der verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten auf Bundesebene als allgemeines Verwaltungsgericht des Bundes gemäss Verwaltungsgerichtsgesetz
- Garantie der Rechtstaatlichkeit und einer qualitativ und quantitativ hochstehenden Rechtsprechung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	6,4	4,6	5,2	-1,2	-18,4
Laufende Ausgaben	86,9	97,4	90,8	3,8	4,4
Eigenausgaben	86,9	97,4	90,8	3,8	4,4
Selbstfinanzierung	-80,6	-92,8	-85,6	-5,0	-6,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,7
Jahresergebnis	-80,6	-92,9	-85,6	-5,0	-6,2
Investitionsausgaben	0,0	4,5	–	0,0	-100,0

KOMMENTAR

Die Einnahmen lagen deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (-18,4 %). Sie bestehen hauptsächlich aus Gerichtsgebühren und Gebühren für die Dienstleistungen der Eidgenössischen Schätzungskommissionen (ESchK). Dadurch, dass im Vorjahr eine grössere Anzahl an Fällen der ESchK abgeschlossen werden konnte und entsprechende Gebühreneinnahmen generierte, fielen diese im Berichtsjahr 2023 wieder deutlich tiefer aus (-53,5 %). Zudem verfügte das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2023 wegen veränderter Zusammensetzung des Fallgutes über entsprechend tiefere Gerichtsgebühren (-10,4 %).

Die Ausgaben lagen 3,8 Millionen Franken oder 4,4 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Grund dafür sind hauptsächlich höhere Ausgaben für Personal und Informatik.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- FAJUFI - Nachfolge der Kernapplikationen der Rechtsprechung bis ins Jahr 2024: Die Ausschreibung war erfolgreich, der Zuschlag wurde erteilt und die Zusammenarbeit mit dem Hersteller zur Parametrisierung der Systeme konnte gestartet werden. (teilweise erreicht)
Die Ausschreibung ist erfolgt. Dynamische Veränderungen im Umfeld potenzieller Anbieter von Fachanwendungen für die Rechtsprechung führen zu einer Verlängerung der Evaluationsphase.
- GEVER - Einführung eines Geschäftsverwaltungssystems für Verwaltungsakten im Jahr 2023: GEVER ist eingeführt, erste Prozesse sind implementiert. (teilweise erreicht)
Das Geschäftsverwaltungssystem Acta Nova wurde technisch in Betrieb genommen. Die operative Führung der Geschäfte der Gerichtsverwaltung steht noch an.
- JUSTITIA 4.0 - Anschlussfähigkeit zu Justitia 4.0 sicherstellen: Die Anschlussfähigkeit der Applikationen und Prozesse wird in der Planung laufend berücksichtigt. (erreicht)
- Digitalisierung Dossier und Elektronischer Rechtsverkehr: Die Digitalisierung aller Dokumente, Dossiers und Archive sowie der elektronische Rechtsverkehr werden schrittweise sichergestellt. (erreicht)
- Digitalisierung des Bibliotheksbestands: Die Bibliothek des BVGer stellt einen ortsunabhängigen und digitalen Bestand der relevanten Werke sicher. (teilweise erreicht)
Mit der Anbindung an Legalis und zielgerichteten Weiterbildungen soll zukünftig ein effizienter Zugriff auf bestehende juristische Datenbanken sichergestellt werden. Auf das systematische Scannen von physischen Werken wird vorerst verzichtet.

LG1: RECHTSPRECHUNG BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

GRUNDAUFTRAG

Das Bundesverwaltungsgericht erledigt die Verfahren effizient und innert angemessener Frist. Die Entscheidungen sind qualitativ hochstehend, rechtskonform, nachvollziehbar sowie öffentlich zugänglich.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,9	4,6	5,2	0,6	13,0
Aufwand und Investitionsausgaben	87,6	102,0	90,8	-11,1	-10,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Geschäftslast: Das Bundesverwaltungsgericht bewältigt die Geschäftslast			
– Die Zahl der Erledigungen entspricht den Eingängen (%)	106	100	91
– Die Zahl der pendenten Geschäfte beträgt nicht mehr als 65 % eines Jahreseingangs (Anzahl, max.)	4 928	4 700	5 614
Erledigungsfrist: Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet innert angemessener Frist			
– Die mittlere Dauer der Geschäfte liegt unter acht Monaten (250 Tage) (Tage)	283	250	250
– Die Verfahren dauern in der Regel nicht mehr als 2 Jahre (Anzahl, max.)	840	500	818
– Weniger als 30 % der Fälle dauern länger als 1 Jahr (Anzahl, max.)	2 009	2 200	1 615
Effizienz: Das Bundesverwaltungsgericht ist effizient			
– Pro Gerichtsschreibenden im Durchschnitt erledigte Fälle (Anzahl, min.)	35	38	36
Vertrauen: Das Vertrauen in die Justiz ist hoch			
– Umfrage Zufriedenheit und Kundenfreundlichkeit bei Rechtsanwälten (alle 3-5 Jahre) (%), min.)	–	–	–
Transparenz: Die Rechtsprechung ist transparent			
– Veröffentlichung einer angemessenen Anzahl Urteile in der Amtlichen Sammlung BVGE (Anzahl)	34	30	31
– Materielle Entscheide sind mit wenigen Ausnahmen (Persönlichkeitsschutz) auf dem Internet zugänglich (%)	99	99	99
– Über Urteile von grossem öffentlichem Interesse wird mit einer Medienmitteilung berichtet (Anzahl)	23	30	21

KOMMENTAR

Das Berichtsjahr zeichnet sich dadurch aus, dass insgesamt 212 Verfahren mehr als im Vorjahr erledigt werden konnten und die durchschnittliche Verfahrensdauer um 33 Tage abgenommen hat.

Geschäftslast: Die Eingänge haben im Berichtsjahr 2023 massiv, um 1207 Fälle zugenommen (+20 %). Trotz den höheren Erledigungen liegt die Arbeitslast dadurch zum Jahresende mit 5614 pendenten Fällen deutlich über dem Vorjahr (+14 %). Dies ist insbesondere auf Beschwerden in den Rechtsmaterien Finanzmarktaufsicht und Asyl zurückzuführen.

Erledigungsfristen: Die durchschnittliche Verfahrensdauer beläuft sich auf 250 Tage, womit das entsprechende Verfahrensziel erreicht werden konnte. Durchschnittlich dauert die Erledigung eines Verfahrens am Gericht somit rund 8 Monate. Dazu beigetragen haben hauptsächlich die stark angestiegenen Asylbeschwerden mit kurzen Verfahrensfristen sowie deren zeitnahe Erledigung. Jedoch führt die grosse, stark steigende Arbeitslast dazu, dass der Bestand an Altfällen zunimmt und dadurch in 818 Fällen die Erledigung länger als zwei Jahre dauerte.

Effizienz: Die Effizienz lag im Jahr 2023 erneut über den Werten der drei vorangegangenen Jahre. Der Zielwert von 38 Erledigungen pro Gerichtsschreibenden war bei der aktuellen Zusammensetzung des Fallguts jedoch nicht erreichbar. Mit dem laufenden Digitalisierungsprogramm eTAF strebt das Gericht unter anderem längerfristig eine effiziente digitale Dossierbearbeitung an.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		6 886	4 585	5 181	596	13,0
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	6 886	4 585	5 181	596	13,0
Aufwand / Ausgaben		87 582	101 951	90 813	-11 138	-10,9
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	87 582	101 951	90 813	-11 138	-10,9
	Abtretung		932			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 886 382	4 585 000	5 181 472	596 472	13,0

Davon:

—	Gerichtsgebühren	4 486 100
—	Gebühren Eidgenössische Schätzungskommissionen	532 368
—	übrige Einnahmen (Vermietung Parkplätze, etc.)	163 004

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	87 582 223	101 950 800	90 812 623	-11 138 177	-10,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		932 200			
Funktionsaufwand	87 535 126	97 450 800	90 812 623	-6 638 177	-6,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	87 482 653	97 399 400	90 760 498	-6 638 902	-6,8
Personalausgaben	73 484 341	77 846 900	76 049 313	-1 797 587	-2,3
Sach- und Betriebsausgaben	13 998 313	19 552 500	14 711 184	-4 841 316	-24,8
<i>davon Informatik</i>	4 048 470	7 591 500	4 831 986	-2 759 514	-36,4
<i>davon Beratung</i>	695 902	1 092 200	390 386	-701 814	-64,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	52 473	51 400	52 126	726	1,4
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	47 097	4 500 000	-	-4 500 000	-100,0
Vollzeitstellen (Ø)	367	380	369	-11	-2,9

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Am Bundesverwaltungsgericht waren durchschnittlich 369 Vollzeitstellen besetzt, 11 weniger als budgetiert. Davon entfielen 65 Vollzeitstellen auf Richter/-innen und 304 auf Mitarbeitende. Dadurch resultierte eine Unterschreitung der budgetierten *Personalausgaben* um insgesamt 1,8 Millionen (-2,3 %). Diese Unterschreitung ist einerseits auf eine anspruchsvolle Personalgewinnung sowie andererseits auf den verzögerten Personalaufbau im Rahmen von Digitalisierungsprojekten zurückzuführen.

Sach- und Betriebsausgaben

Hauptgrund für die deutliche Budgetunterschreitung sind zeitliche Projektverschiebungen, welche sich im Rahmen des Digitalisierungsprogramms eTAF ergaben.

Die Ausgaben für *Informatik* liegen somit 36 Prozent unter dem budgetierten Wert. Rund 66 Prozent (3,2 Mio.) der Mittel dienen dem Betrieb und der Wartung von IKT-Anwendungen und rund 34 Prozent (1,6 Mio.) wurden für Informatikentwicklungen und -beratungen eingesetzt. Der veranschlagte Wert wird insgesamt um 2,8 Millionen unterschritten. Diese deutliche Budgetunterschreitung ist hauptsächlich auf zeitliche Projektverschiebungen im Digitalisierungsprogramm eTAF zurückzuführen, weshalb eine Erhöhung der zweckgebundenen Reserve beantragt wird.

Die Ausgaben für *Beratung* im Rahmen von Projekten, den Organisationsentwicklungsaktivitäten sowie für Expertengutachten liegen mit insgesamt 0,4 Millionen ebenfalls unter dem Budget (-0,7 Mio.).

Die *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* unterschreiten das Budget um 1,4 Millionen und umfassen im Wesentlichen:

– Mieten	4 067 043
– Betriebsaufwand Liegenschaften	477 571
– Externe Dienstleistungen	1 070 342
– Bürobedarf, Druckerzeugnisse, etc.	559 778
– Post- und Kurierversand	328 220
– Debitorenverluste	1 527 173
– Effektive Spesen	390 071
– Sonstiger Betriebsaufwand	1 041 027

Die *externen Dienstleistungen* setzen sich hauptsächlich aus Honorarentschädigungen der Eidgenössischen Schätzungskommissionen (0,9 Mio.) zusammen.

Den Grossteil des *sonstigen Betriebsaufwands* machen die Anwaltskosten aus unentgeltlicher Verbeiständung (0,6 Mio.) aus.

Abschreibungsaufwand

Der Abschreibungsaufwand setzt sich zusammen aus Abschreibungen auf Installationen und auf einem Fahrzeug.

Investitionsausgaben

Im Jahr 2023 sind keine Investitionsausgaben angefallen. Das Budget von 4,5 Millionen für Investitionen aus dem Programm eTAF wurde nicht beansprucht.

Eidgenössische Schätzungskommissionen (ESchK)

In den vorstehenden Werten sind insgesamt Ausgaben von 1,2 Millionen und 1,5 Vollzeitstellen auf die in der Rechnung des BVGer geführten Eidgenössischen Schätzungskommissionen zurückzuführen.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamtes von 0,9 Millionen für höhere Sozialversicherungs- und Kinderbetreuungsbeiträge, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für die Förderung der beruflichen Integration.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Bildung aus Rechnung 2022	–	8 000 000	8 000 000
Endbestand per 31.12.2023	–	8 000 000	8 000 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 500 000	1 500 000

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- *eTAF*: Das Digitalisierungs- und Organisationsentwicklungsvorhaben fokussiert sich auf die Harmonisierung von Prozessen und Vorlagen, die Digitalisierung der Geschäfts- und Gerichtsverwaltung, die Optimierung der Arbeitsweise und den kulturellen Wandel am Gericht. Aufgrund der Neuausrichtung von Teilprojekten sowie der Vergabe der Projektleitung an Externe verzögert sich ein Grossteil der Teilprojekte um bis zu zwei Jahre. Entsprechend ergibt sich aus dem Voranschlag 2023 ein Bedarf zur Erhöhung der zweckgebundenen Reserve im Umfang von 1,5 Millionen Franken.

AUFSICHTSBEHÖRDE ÜBER DIE BUNDESANWALTSCHAFT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Laufende systemische Beaufsichtigung der Bundesanwaltschaft
- Durchführung von risikobasierten Inspektionen und Abklärungen
- Fallreporting der Bundesanwaltschaft
- Allokation der Ressourcen der Bundesanwaltschaft
- Zusammenarbeit Bundesanwaltschaft-fedpol
- Ernennung von ausserordentlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bei Strafanzeigen gegen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft
- Kontrolle und Vertretung des Budgets sowie der Staatsrechnung der Bundesanwaltschaft

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	–	0,0	0,0	-17,7
Laufende Ausgaben	1,6	1,9	1,5	-0,1	-4,4
Eigenausgaben	1,6	1,9	1,5	-0,1	-4,4
Selbstfinanzierung	-1,6	-1,9	-1,5	0,1	4,4
Jahresergebnis	-1,6	-1,9	-1,5	0,1	4,4

KOMMENTAR

Die Abnahme der Ausgaben um 0,1 Millionen gegenüber der Rechnung 2022 ist vor allem auf tiefere Ausgaben bei den externen Dienstleistungen, den geringeren Ausgaben im Zusammenhang mit ausserordentlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie den externen Übersetzungen zurückzuführen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	0	-	12	12	-
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	0	-	12	12	-
Aufwand / Ausgaben	1 619	1 916	1 560	-356	-18,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 619	1 916	1 560	-356	-18,6
Abtretung		24			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	442	–	12 472	12 472	–

Beim Funktionsertrag handelt es sich um die Reduktion der Rückstellungen für Ferien, Überzeit und andere Zeitguthaben sowie die Rückerstattung der CO₂-Lenkungsabgabe.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 618 792	1 915 600	1 559 809	-355 791	-18,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>24 300</i>			
Funktionsaufwand	1 618 792	1 915 600	1 559 809	-355 791	-18,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 618 792	1 915 600	1 559 809	-355 791	-18,6
Personalausgaben	935 812	1 150 000	939 844	-210 156	-18,3
Sach- und Betriebsausgaben	682 980	765 600	619 965	-145 635	-19,0
<i>davon Informatik</i>	<i>121 686</i>	<i>162 900</i>	<i>135 547</i>	<i>-27 353</i>	<i>-16,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>143 088</i>	<i>100 000</i>	<i>128 161</i>	<i>28 161</i>	<i>28,2</i>
Vollzeitstellen (Ø)	4	5	4	-1	-20,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben liegen unter dem Voranschlagswert, weil weniger Ausgaben für die Entschädigung der Mitglieder als geplant anfielen. Weiter wurde eine Stelle im Sekretariat weniger als geplant besetzt und eine Stelle war ab November 2023 vakant.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben liegen im Rechnungsjahr 0,2 Millionen unter dem Voranschlagswert. Die Einsparungen konnten vor allem bei den externen Dienstleistungen und bei den sonstigen Betriebsausgaben erzielt werden.

Die *Informatiksachausgaben* liegen 17 Prozent unter dem Voranschlagswert. Sowohl im Rahmen des Leistungsbezugs beim BIT als auch bei den externen Informatikdienstleistungen wurden total 0,03 Millionen nicht ausgegeben.

Kreditmutationen

— Abtretung des Eidg. Personalamtes von 0,02 Millionen für die familienexterne Betreuung

BUNDESANWALTSCHAFT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bekämpfung von internationalen kriminellen und terroristischen Organisationen, Schutz vor Angriffen gegen die Infrastruktur und die Institutionen der Schweiz, Verfolgung von Völkerstrafrechtsverbrechen sowie Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit durch gegenseitige internationale Rechtshilfe
- Qualitäts- und Effizienzsteigerung durch Standardisierung von internen Abläufen, Vorantreiben der laufenden Optimierungsbestrebungen sowie durch strategische Analyse und Priorisierung des Fallportfolios
- Förderung der strategischen Personalplanung durch Mitarbeiterentwicklung und Nachfolgeplanung
- Weiterentwicklung der Technologie und der IT-Instrumente, um passende Hilfsmittel bereitzustellen und Mitarbeitende optimal zu unterstützen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1,1	1,0	1,0	-0,1	-10,7
Laufende Ausgaben	67,0	76,6	71,0	3,9	5,9
Eigenausgaben	67,0	76,6	71,0	3,9	5,9
Finanzausgaben	0,0	–	0,0	0,0	156,7
Selbstfinanzierung	-66,0	-75,5	-70,0	-4,1	-6,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,5	-2,3	-1,0	-0,5	-111,7
Jahresergebnis	-66,4	-77,8	-71,0	-4,6	-6,9
Investitionsausgaben	3,6	5,0	4,8	1,2	34,5

KOMMENTAR

Die Bundesanwaltschaft ist zur Hauptsache Ermittlungs- und Anklagebehörde des Bundes. Sie ist zuständig für die Verfolgung strafbarer Handlungen, die der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen.

Der Ertrag ist insbesondere vom Abschluss der Verfahren abhängig, welcher bestimmt, ob die Kosten auferlegt werden können oder nicht. 2023 fielen die laufenden Einnahmen in gleicher Höhe wie im Vorjahr aus. Die laufenden Ausgaben der BA liegen 3,9 Millionen Franken über dem Vorjahresniveau (+5,9 %). Die Investitionsausgaben wurden insbesondere für die Umsetzung der digitalen Transformation im Programm Joining-Forces eingesetzt.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Stärkung der Strukturen: Stärkung der operativen Strukturen zur Verfolgung von kriminellen Organisationen (erreicht)
- Digitale Transformation: Realisierung der Basis für eine einheitliche Verfahrensakte (erreicht)
- Digital Workplace: Einführung der Basisfunktionen für eine moderne digitale Arbeitsplatzumgebung (teilweise erreicht)
Vorstudie für das neue Intranet wurde durchgeführt, interne Supportprozesse wurden digitalisiert, die Einführung der qualifizierten E-Signatur ist weit fortgeschritten.
- Standardisierte zentrale Dienstleistungen: Überprüfung und Reorganisation (erreicht)
- Systematische Nachfolgeplanung: Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen (teilweise erreicht)
Die Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen wurden abgeschlossen, der Nachfolgeplanungsprozess wird im 2024 eingeführt.
- Stärkung der Führungsstrukturen: Namentlich Schärfung des Profils der Staatsanwälte mit Deliktsfeldverantwortung (erreicht)

LG1: STRAFVERFOLGUNG DES BUNDES

GRUNDAUFTRAG

Die Bundesanwaltschaft ist die Ermittlungs- und Anklagebehörde des Bundes. Sie ist zuständig für die Verfolgung strafbarer Handlungen, die der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen. Die Bundesanwaltschaft leistet im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch Rechtshilfe an andere Staaten. Gestützt auf deren Rechtshilfeersuchen erhebt die Bundesanwaltschaft stellvertretend für die ausländischen Partnerbehörden Beweismittel, die für die Strafuntersuchungen im Ausland benötigt werden. Zu den weiteren Aufgaben der Bundesanwaltschaft gehört der Vollzug rechtskräftiger Urteile, namentlich die Liquidierung von eingezogenen Vermögenswerten sowie die Einbringung von Ersatzforderungen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,5	1,0	1,0	-0,1	-6,4
Aufwand und Investitionsausgaben	71,5	83,8	76,8	-7,0	-8,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Strafverfolgung: Die Strafverfahren werden professionell, zielgerichtet, effizient, mit tadelloser juristischer Qualität und Form geführt			
- Hängige Strafuntersuchungen mit einer Verfahrensdauer von 2 - 5 Jahren (% max.)	25,17	20,00	25,00
- Hängige Strafuntersuchungen mit einer Verfahrensdauer von > 5 Jahren (% max.)	16,08	8,00	12,00
- Erledigte versus neu eröffnete Strafuntersuchungen (Quotient)	0,98	1,10	0,60
- Erledigte versus angenommene Rechtshilfeersuchen (Quotient)	1,17	1,05	0,81
- Aufgrund von Form- oder Strukturfehlern vom BStGer zurückgewiesene Anklagen (% max.)	0,00	0,00	0,00
Organisation: Die BA verfügt über ein funktionierendes, zukunftsgerichtetes Managementsystem welches die optimale Steuerung sowie den optimalen Ressourceneinsatz sicherstellt			
- Zielerreichungsgrad in den Schlüsselprojekten (% min.)	75,00	90,00	90,00

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht.

Zu grösseren Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Strafverfolgung: Der Pendenzenberg konnte nicht im geplanten Umfang verringert werden. Der prozentuale Anteil der Strafverfahren, die länger als 5 Jahre dauern und der Strafverfahren von 2-5 Jahren wurde zwar leicht verringert. Die Zielsetzungen bezüglich des Anteiles der länger als 2 bzw. 5 Jahre dauernden Verfahren wurden indes noch nicht erreicht.

Da im Berichtsjahr die Zahl der Neueröffnungen der Strafverfahren und der angenommenen Rechtshilfeersuchen gegenüber den Vorjahren stark angestiegen ist, und die Erledigungen zurück gingen, konnten die Zielgrössen nicht erreicht werden und die Erledigungsrate fällt tiefer aus als in den Vorjahren.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1 484	1 040	974	-66	-6,4
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 484	1 040	974	-66	-6,4
Aufwand / Ausgaben	71 494	83 819	76 820	-7 000	-8,4
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	71 494	83 819	76 820	-7 000	-8,4
Abtretung		660			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 484 038	1 040 000	973 828	-66 172	-6,4

Die laufenden Einnahmen der Bundesanwaltschaft setzten sich insbesondere aus Gebühren für Amtshandlungen in Bundesstrafverfahren, aus Einnahmen aus der Weiterverrechnung der Kosten aus Akteneinsicht sowie Einnahmen aus Auflagen von Verfahrenskosten bei Strafbefehlen und Einstellungen von Verfahren zusammen

Hinweise

Die Höhe der Einnahmen ist abhängig von gefällten Urteilen und Entscheiden der Strafbehörden des Bundes.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	71 493 998	83 819 300	76 819 626	-6 999 674	-8,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		660 300			
Funktionsaufwand	67 923 676	78 844 300	72 016 655	-6 827 645	-8,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	67 435 780	76 565 300	70 983 897	-5 581 403	-7,3
Personalausgaben	42 399 863	47 463 700	43 660 780	-3 802 920	-8,0
Sach- und Betriebsausgaben	25 035 886	29 101 600	27 323 039	-1 778 561	-6,1
<i>davon Informatik</i>	5 947 999	7 342 900	6 758 016	-584 884	-8,0
<i>davon Beratung</i>	188 478	645 900	258 223	-387 677	-60,0
Finanzausgaben	31	-	79	79	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	487 896	2 279 000	1 032 758	-1 246 242	-54,7
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	3 570 322	4 975 000	4 802 971	-172 029	-3,5
Vollzeitstellen (Ø)	244	259	251	-8	-3,1

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Bei den *Personalausgaben* wurde das Budget 2023 nicht voll ausgeschöpft (-3,8 Mio.). Im 2023 waren durchschnittlich 25 Stellen vakant, mehrheitlich Führungs- und Spezialistenfunktionen, die tendenziell in höheren Lohnklassen eingereiht sind und deren Nachrekrutierung aufgrund des Fachkräftemangels mehr Zeit als erwartet in Anspruch nimmt. Dadurch kumulieren sich die Fluktuations- und Rotationsgewinne im Jahresverlauf. Die vakanten Stellen konnten jedoch mehrheitlich im Verlaufe von 2023 besetzt werden, per Dezember 2023 werden nur noch 5 Vakanzen ausgewiesen.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Sach- und Betriebsausgaben* fielen insgesamt 1,8 Millionen tiefer aus als budgetiert.

Bei den *Informatiksachausgaben* resultierten Minderausgaben im Umfang von 0,6 Millionen. Durch den Projektfortschritt des Programms Joining Forces bzw. insbesondere von JF02: Core.Link innerhalb der Realisierungsphase fielen die Projektkosten primär als Investitionsausgaben (4,8 Mio.) an. Durch bewusste Entscheidungen und Optimierungen in verschiedenen Vorhaben zur Erneuerung der technologischen Infrastruktur, insbesondere in Zusammenhang mit der digitalen Transformation, wurden die Mittel nicht vollständig ausgeschöpft. Da die vollständige Inbetriebnahme verschiedener Systeme noch nicht erfolgt ist, entstanden ebenfalls tiefere Betriebskosten (Projekte HELENE).

Bei den *Beratungsausgaben* wurden die budgetierten Mittel nicht ausgeschöpft (-0,4 Mio.).

Abschreibungsaufwand

Die Position umfasst Abschreibungen auf Mobilien, Informatik und Software, die über ihre Nutzungsdauer linear abgeschrieben werden.

Investitionsausgaben

Investiert wurde in den Ausbau von Informatiksystemen und Software-Lösungen (Programm Joining-Forces).

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 0,7 Millionen für die Ausbildung von Hochschulpraktikanten sowie für die Kinderbetreuung.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	4 600 000	4 600 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 400 000	1 400 000
Endbestand per 31.12.2023	–	6 000 000	6 000 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlaufe des Jahres 2023 wurden keine zweckgebundenen Reserven aufgelöst.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (6,0 Mio.) entfallen auf die Projekte HELENE (0,9 Mio.) und Joining Forces (5,1 Mio.).

BUNDESPATENTGERICHT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Behandlung von patentrechtlichen Streitigkeiten auf Bundesebene gemäss BG vom 20.3.2009 über das Bundespatentgericht (PatGG)
- Garantie der Rechtsstaatlichkeit und einer qualitativ sowie quantitativ hochstehenden Rechtsprechung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1,5	2,1	1,5	0,0	-1,7
Laufende Ausgaben	1,5	2,2	1,5	0,0	-1,7
Eigenausgaben	1,5	2,2	1,5	0,0	-1,7
Selbstfinanzierung	–	0,0	–	–	–
Jahresergebnis	–	0,0	–	–	–

KOMMENTAR

Die Eigenausgaben und Personalausgaben blieben im Jahr 2023 stabil. Die Sach- und Betriebsausgaben sind um rund 4,2 Prozent (-0,01 Mio.) gesunken. Hauptsächlich aufgrund der tieferen Einnahmen aus Gerichtsgebühren fällt die Ausgleichszahlung durch das Institut für Geistiges Eigentum mit 0,8 Millionen dennoch höher aus als im Vorjahr (+0,3 Mio.).

LG1: RECHTSPRECHUNG BUNDESPATENTGERICHT

GRUNDAUFTRAG

Das Bundespatentgericht erledigt die Verfahren effizient und innert angemessener Frist. Die Entscheidungen sind qualitativ hochstehend, rechtskonform, gut lesbar, nachvollziehbar sowie öffentlich zugänglich.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,6	2,1	1,5	-0,6	-29,0
Aufwand und Investitionsausgaben	1,6	2,2	1,5	-0,7	-30,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Geschäftslast: Das Bundespatentgericht bewältigt die Geschäftslast			
- Die Zahl der Erledigungen entspricht den Eingängen (%)	104	100	103
- Die Zahl der pendenten Geschäfte übersteigt die Jahresgeschäftslast nicht, noch pendente Geschäfte (Anzahl, max.)	29	30	28
Erledigungsfrist: Das Bundespatentgericht entscheidet innert angemessener Frist			
- Die mittlere Dauer der Geschäfte liegt unter 365 Tagen (Tage)	338	365	350
- Die Verfahren dauern nur ausnahmsweise länger als 3 Jahre, unerledigte Verfahren (Anzahl, max.)	0	3	0
- Weniger als 30% der Fälle dauern länger als 2 Jahre (Anzahl, max.)	2	9	3
Vertrauen: Das Vertrauen in die Justiz ist hoch			
- Zufriedenheit und Kundenfreundlichkeit gemäss Umfrage bei den Rechtsanwälten (ca. alle 3-5 Jahre) (%), min.)	-	-	-
Transparenz: Die Rechtsprechung ist transparent			
- Alle Entscheide werden auf dem Internet veröffentlicht, sofern angezeigt auch mit Leitsätzen (%)	100	100	100

KOMMENTAR

Im Berichtsjahr wurden alle Ziele erreicht respektive übertroffen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1 559	2 144	1 522	-622	-29,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 559	2 144	1 522	-622	-29,0
Aufwand / Ausgaben	1 559	2 180	1 522	-658	-30,2
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 559	2 180	1 522	-658	-30,2

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 558 805	2 144 000	1 522 108	-621 892	-29,0

Der Funktionsertrag des BPatGer besteht hauptsächlich aus Gerichtsgebühren und übrigem Ertrag:

Davon

- Gerichtsgebühren 679 500
- übriger Ertrag (inkl. Defizitgarantie vom Institut für geistiges Eigentum) 842 608

Durch die Defizitgarantie des Instituts für geistiges Eigentum entsprechen die Erträge immer den Aufwendungen.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 558 805	2 180 400	1 522 108	-658 292	-30,2
Funktionsaufwand	1 558 805	2 180 400	1 522 108	-658 292	-30,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 558 805	2 180 400	1 522 108	-658 292	-30,2
Personalausgaben	1 297 955	1 534 900	1 272 256	-262 644	-17,1
Sach- und Betriebsausgaben	260 850	645 500	249 853	-395 647	-61,3
<i>davon Informatik</i>	<i>119 123</i>	<i>208 100</i>	<i>109 274</i>	<i>-98 826</i>	<i>-47,5</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>-</i>	<i>17 600</i>	<i>30 875</i>	<i>13 275</i>	<i>75,4</i>
Vollzeitstellen (Ø)	6	6	6	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Im Bestand an durchschnittlichen Vollzeitstellen sind 2,1 Stellen für die insgesamt 41 nebenamtlichen Richter/innen enthalten. Diese wurden im Jahr 2023 weniger als geplant eingesetzt.

Das vom Bundesverwaltungsgericht zur Verfügung gestellte administrative Personal ist im Personalaufwand berücksichtigt.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben wurden in einem deutlich geringeren Ausmass beansprucht als budgetiert (-0,4 Mio.).

Die Ausgaben für *Informatik* haben mit 0,1 Millionen den Voranschlagswert nur zu 53 Prozent beansprucht. Dies ist hauptsächlich auf tiefere Betriebs- und Wartungskosten der IKT sowie nicht ausgeschöpftes Budget für Informatikentwicklungen zurückzuführen.

Die Ausgaben für *Beratung* in Höhe von 0,03 Millionen entfallen vollständig auf ein fallbezogenes Gutachten und werden im Urteil auf eine der Parteien überwält.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben umfassen im Wesentlichen:

— Mieten	58 500
— Spesen	19 264
— Externe Dienstleistungen	10 999

Der *Sonstige Betriebsaufwand* wurden mit 0,3 Millionen budgetiert. Dieser beinhalten im Wesentlichen die Kosten für die Gewährung der unentgeltlichen Prozessführung, welche im Jahr 2023 nicht beansprucht wurde.

Kreditmutationen

Im Jahr 2023 wurden beim BPatGer keine Kreditmutationen vorgenommen.

EIDG. DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

2	EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN	63
202	EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN	69

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	50,1	62,5	67,9	17,9	35,7
Laufende Ausgaben	3 339,1	3 578,5	3 534,1	195,0	5,8
Eigenausgaben	894,0	902,0	884,2	-9,8	-1,1
Transferausgaben	2 445,1	2 676,5	2 649,9	204,7	8,4
Selbstfinanzierung	-3 289,1	-3 516,0	-3 466,2	-177,1	-5,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	3,8	-75,7	-74,5	-78,4	n.a.
Jahresergebnis	-3 285,2	-3 591,7	-3 540,7	-255,5	-7,8
Investitionseinnahmen	20,5	20,7	20,3	-0,2	-0,8
Investitionsausgaben	107,8	165,1	99,4	-8,4	-7,8

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten	884	650	5 461	35	23	2 650
202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	884	650	5 461	35	23	2 650

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Beziehungspflege zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf den umliegenden Grenzgebieten
- Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs mit der Europäischen Union (EU)
- Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa und Friedensförderung in der übrigen Welt
- Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Verringerung der Armut und der globalen Risiken in der Welt
- Förderung der guten Regierungsführung auf globaler Ebene und Stärkung der Rolle der Schweiz (als Gaststaat) mit einem besonderen Augenmerk auf der digitalen Gouvernanz
- Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen oder reisen
- Betrieb eines effizienten Aussennetzes und Sicherstellung der Politikkohärenz der Schweiz im Ausland mit einer guten internationalen Kommunikation

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	50,1	62,5	67,9	17,9	35,7
Laufende Ausgaben	3 339,1	3 578,5	3 534,1	195,0	5,8
Eigenausgaben	894,0	902,0	884,2	-9,8	-1,1
Transferausgaben	2 445,1	2 676,5	2 649,9	204,7	8,4
Selbstfinanzierung	-3 289,1	-3 516,0	-3 466,2	-177,1	-5,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	3,8	-75,7	-74,5	-78,4	n.a.
Jahresergebnis	-3 285,2	-3 591,7	-3 540,7	-255,5	-7,8
Investitionseinnahmen	20,5	20,7	20,3	-0,2	-0,8
Investitionsausgaben	107,8	165,1	99,4	-8,4	-7,8

KOMMENTAR

Die *laufenden Einnahmen* setzen sich grösstenteils aus Visagebühren, Gebühren für Amtshandlungen und Drittmittelerträgen der internationalen Zusammenarbeit zusammen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die höheren Visaeinnahmen zurückzuführen.

Die *laufenden Ausgaben* des EDA bestehen zu 75 Prozent aus Beiträgen an Dritte und zu 25 Prozent aus Eigenausgaben. Rund 57 Prozent der *Eigenausgaben* entfallen auf das Aussennetz. Die Personalausgaben fielen insbesondere im Ausland wegen der grösseren Nachfrage nach Visa um 3,3 Millionen höher aus. Hingegen lagen die Sach- und Betriebsausgaben vor allem wegen des starken Schweizer Frankens um 13,1 Millionen tiefer als im Vorjahr.

Der Anstieg bei den *Transferausgaben* ist hauptsächlich auf höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit zurückzuführen. Zudem wurden mehr Covid-Impfdosen an Entwicklungsländer abgegeben.

Die *Investitionseinnahmen* beinhalten im Wesentlichen Rückzahlungen von Darlehen der Immobilienstiftung FIPOI, welche stabil geblieben sind.

Die *Investitionsausgaben* beinhalten hauptsächlich die Darlehen an die Immobilienstiftung FIPOI und die Beteiligungen an der Weltbank und an regionalen Entwicklungsbanken. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die tiefere Beteiligung an der Weltbank zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Auftritt der Schweiz an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2026 in Mailand und Cortina d'Ampezzo (Italien): Beschluss (erreicht)
- Nationaler Aktionsplan der Schweiz für Wirtschaft und Menschenrechte 2024–2027: Verabschiedung (nicht erreicht)
Der Aktionsplan konnte nicht genehmigt werden, weil die Evaluation des letzten Plans länger dauerte als vorgesehen. Der Bundesrat hat am 15. November 2023 von der Evaluation Kenntnis genommen und die Aktualisierung des Plans in Auftrag gegeben.
- Aussenpolitische Strategie 2024–2027: Verabschiedung (teilweise erreicht)
Der Bundesrat hat im September den Entwurf der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 verabschiedet. Er entschied, diesen Entwurf den Kantonen und den APK zur Konsultation (ParlG Art. 152 Abs. 3) zu unterbreiten.
- Länderüberprüfung des UNO-Menschenrechtsrats: Stellungnahme zu den Empfehlungen an die Schweiz: Verabschiedung (erreicht)
- Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR): Beschluss (erreicht)
- Eröffnung einer Botschaft in Bagdad: Beschluss (erreicht)
- Bericht über die Menschenrechtsdiplomatie der Schweiz: Bilanz 2019–2022: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan» (in Erfüllung des Po. APK-N 21.3967): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Zusammenarbeit mit Schweizer NGO: Mehrwert, Rechtsgrundlagen und Übersicht der Beiträge und Mandate 2017–2020» (in Erfüllung des Po. Schneider-Schneiter 20.4389): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen» (in Erfüllung des Po. APK-N 20.3469): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Maritime Strategie der Schweiz: Verabschiedung (erreicht)
- Schweizer Erinnerungsort für die Opfer des Nationalsozialismus (in Umsetzung der Mo. Heer 21.3181 und Jositsch 21.3172): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Genehmigung des Strassburger Übereinkommens von 2012 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt und zur Änderung des Bundesgesetzes über die Seeschifffahrt unter der Schweizer Flagge sowie zur Genehmigung der Änderung des Übereinkommens über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Südostasien-Strategie 2023–2026: Verabschiedung (erreicht)
- Aufstockung der Mittel für die humanitäre Hilfe in Israel, im Besetzten Palästinensischen Gebiet und in deren Nachbarländern: Beantragung (erreicht)
- «Framework Participation Agreement» mit der EU: Abschluss (nicht erreicht)
Aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage prüfen EDA und VBS eine Ausweitung des Mandats auf den militärischen Bereich. Der Zeitplan für die Aufnahme von Verhandlungen ist noch offen.
- Bilaterale Umsetzungsabkommen mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU Mitgliedstaaten: Umsetzung (erreicht)
- Bericht «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU» (in Erfüllung der Po. Aeschi 13.3151, Grüne Fraktion 14.4080, Naef 17.4147, Sozialdemokratische Fraktion 21.3618, Cottier 21.3654, Grüne Fraktion 21.3667, Fischer 21.3678, Zgraggen 21.4450, Maître 22.3172 und der Mo. Minder 21.4184): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Entwurf eines Mandats für Verhandlungen mit der EU: Verabschiedung (erreicht)
- Neubeurteilung des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW): Grundsatzentscheid (nicht erreicht)
Die Arbeiten zur TPNW-Neubeurteilung fanden vor dem Hintergrund weitreichender geopolitischer Veränderungen und vieler Krisen statt. Der Bundesrat befasst sich nach der TPNW-Staatenkonferenz vom Dezember 2023 mit dem Geschäft.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Einsitz im UNO-Sicherheitsrat: Präsidentschaft der Schweiz (erreicht)
- Aktualisierung bestehender bilateraler Binnenmarktabkommen mit der EU: Unterzeichnung entsprechender Beschlüsse durch die Gemischten Ausschüsse (teilweise erreicht)
 - 2023 konnten das Luftverkehrs- und das Landverkehrsabkommen aktualisiert werden. Die EU war bisher nicht bereit, das MRA (Kapitel Medizinprodukte) sowie mehrere Anhänge des Landwirtschaftsabkommens zu aktualisieren.*
- Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitzstandes: Fristgerechte Notifikationen an die EU (erreicht)
- Beteiligung der Schweiz an EU-Massnahmen zur Förderung von Frieden und Sicherheit: Fallweiser Ausbau (erreicht)
- Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten: Umsetzung der Programme (erreicht)
- Partnerschaft mit Australien: Prüfung und gegebenenfalls Abschluss (erreicht)
- Massvolle und kohärente Regeln für den digitalen Raum: Auslegeordnung mit Optionen und Prioritäten (erreicht)
- Stärkung vertrauenswürdiger Datenräume: Umsetzung der Folgeaufträge des Bundesrats (erreicht)
- Halbzeitprüfung des Sendai Abkommens zur Vorbeugung von Katastrophenrisiken: Erstellung eines freiwilligen nationalen Berichts (erreicht)
- Halbzeitprüfung der internationalen Wasserdekade: Mitgestaltung der UNO-Konferenz und der Abschlusserklärung (erreicht)
- Hochrangige internationale Finanzierungskonferenz des globalen humanitären Fonds «Education Cannot Wait»: Erfolgreiche Durchführung als Gaststaat (erreicht)
- International Cooperation Forum: Langfristige Etablierung des Formats (erreicht)
- Sicherstellung einer wirksamen Leistungserbringung von Beauftragten des EDA: Einführung eines Sanktionssystems (erreicht)
- Konkretisierung der sicherheitsrelevanten Anforderungen an die konsularischen Dienstleistungen: Aktionsplan zur Sensibilisierung der Auslandvertretungen (nicht erreicht)
 - Aufgrund der verzögerten Einführung der neuen europäischen Migrationsmanagement- und Sicherheitssysteme auf Seiten EU wurde die Erarbeitung des Aktionsplans zurückgestellt.*

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat spielt eine führende Rolle im operativen Geschäft sowie bei der strategischen Ausrichtung und Steuerung der Ressourcen des Departements. Es unterstützt und berät den Departementvorsteher und plant, koordiniert, begleitet und bewertet die Abwicklung der Parlaments- und Bundesratsgeschäfte. Das Generalsekretariat sorgt dafür, dass Planung und Aktivitäten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Es koordiniert das Risikomanagement auf Departementebene und gewährleistet die interne und externe Kommunikation. Dem Generalsekretariat sind die Interne Revision EDA, Präsenz Schweiz (PRS) und der Dokumentationsdienst angegliedert.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,3	0,6	0,9	0,3	56,3
Aufwand und Investitionsausgaben	33,0	34,3	34,1	-0,2	-0,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
Präsenz Schweiz: Die Aktivitäten von Präsenz Schweiz fördern das Ansehen und ein vorteilhaftes Erscheinungsbild der Schweiz im Ausland			
– Anteil Befragte, die nach dem Besuch einer (Gross-) Veranstaltung den Auftritt der Schweiz positiv beurteilen (% , min.)	98	80	–
– Anteil Befragte, welche nach Teilnahme an einer Delegationsreise in die Schweiz vertiefte Kenntnisse des Landes besitzen (% , min.)	87	80	89
Interne Revision: Die Prüf- und Beratungsdienstleistungen verbessern die Effektivität des Risikomanagements, die Kontrollen sowie die Führungs- und Überwachungsprozesse des Departements			
– Gute Bewertung der Effektivität der IR EDA sowie Bestätigung der Einhaltung wichtigster internationaler Standards durch die EFK alle 5 Jahre (ja/nein)	–	ja	ja
– Anteil der Audits von Organisationseinheiten, in welchen die Einhaltung der Vorschriften im Bereich Sponsoring geprüft wurde (% , min.)	95	90	92
Verträge und Beschaffungen: Die Mitarbeitenden sind über die juristischen und administrativen Regeln in Vertrags- und Beschaffungswesen sowie in Korruptionsbekämpfung informiert und kompetent begleitet			
– Begründete und geprüfte freihändige Vergaben über dem Schwellenwert (% , min.)	100	100	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

LG2: AUSSENPOLITISCHE FÜHRUNG

GRUNDAUFTRAG

Das EDA stellt die Wahrung der ausserpolitischen Interessen der Schweiz und die Förderung der schweizerischen Werte sicher. Es gewährleistet in Zusammenarbeit mit den anderen Departementen die Kohärenz der Aussenpolitik der Schweiz. Es pflegt und baut die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zur EU aus, setzt das Engagement zugunsten der Stabilität in Europa und der Welt fort, stärkt und diversifiziert die Beziehungen zu den globalen Schwerpunktländern und betreibt die Gaststaatspolitik. Zudem unterstützt es im Sinne einer kohärenten Auslandschweizerpolitik die Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland leben oder reisen, und stellt die Instrumente zur Erbringung der konsularischen Dienstleistungen zur Verfügung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,6	2,4	0,5	-1,9	-78,0
Aufwand und Investitionsausgaben	85,6	84,6	83,1	-1,4	-1,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Europapolitik: Die Interessen der Schweiz sind optimal gewahrt, die Koordination der EU-Verhandlungen ist sichergestellt und alle relevanten Stellen sind informiert			
- Co-Federführung bei allen Verhandlungen (ja/nein)	ja	ja	ja
Bilaterale Beziehungen: Die ausserpolitischen Interessen der Schweiz werden gewahrt und gefördert, u.a. indem zur Steuerung der irregulären Migration weitere Rücknahmeabkommen abgeschlossen werden			
- Übereinstimmung der Besuche mit den Schwerpunkten der ausserpolitischen Strategie 2020-2023 (ja/nein)	ja	ja	ja
- Abgeschlossene Rückübernahme-Abkommen (Anzahl, min.)	65	65	66
Multilaterale Beziehungen: Die Schweiz stärkt die multilaterale Ordnung mit Reformvorschlägen und bringt ihre Interessen und Werte angemessen ein			
- Schweizer Initiativen und Vorstösse im Rahmen der UNO-Generalversammlung, Sicherheitsrat, ECOSOC und Menschenrechtsrat (Anzahl, min.)	189	180	220
- Verabschiedung der jährlichen nationalen UNO-GV-Prioritäten durch den BR (ja/nein)	ja	ja	ja
- Anzahl UNO-Mitgliedstaaten mit einer Ständigen Mission in Genf (Anzahl, min.)	180	181	180
Völkerrecht: Die völkerrechtlichen Rechte und Interessen der Schweiz sind optimal gewahrt und es wird zur Stärkung und Weiterentwicklung des Völkerrechts beigetragen			
- Beurteilung der Direktion für Völkerrecht als völkerrechtliches Kompetenzzentrum des Bundes durch ihre Ansprechpartner, alle 4 Jahre (Skala 1-10)	8,5	-	-
- Anlässe oder Initiativen zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts (Anzahl, min.)	4	4	5
Konsularischer Bereich: Dienstleistungen werden möglichst einfach, günstig und schnell erbracht. Sie richten sich nach den Kundenbedürfnissen, sind personalisiert, wo sinnvoll digitalisiert und mit anderen Behörden vernetzt			
- Partiiell oder vollständig digital abgewinkelte kons. Geschäftsfälle (Anmeldung, Passbest., Einreichung Visa-Gesuche, Adressänderung etc.) (Anzahl, min.)	10	10	10
- Aktive Nutzer der App «Travel Admin» zur Reisevorbereitung und -unterstützung (Anzahl, min.)	206 522	200 000	242 602
Pflege der Auslandschweizerbeziehungen: Der Bund pflegt regelmässige Kontakte zu Auslandschweizer-Institutionen, welche die Beziehungen zur Schweiz fördern und zu einer besseren Vernetzung mit der Schweiz beitragen			
- Teilnahme an Auslandschweizeranlässen in- und ausserhalb der Schweiz (inkl. Jährlicher ASO-Kongress und regionalen Präsidentenkonferenzen) (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht und teilweise gar übertroffen.

Multilaterale Beziehungen: Die höhere Anzahl Schweizer Initiativen erklärt sich durch die Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat seit dem 1.1.2023.

Konsularischer Bereich: Höhere Anzahl Nutzer der App aufgrund verschiedener Promotionen und vermehrter Krisen in der Welt.

LG3: AUSSENNETZ

GRUNDAUFTRAG

Das Aussennetz stellt die Wahrung der schweizerischen Interessen und die Förderung der schweizerischen Werte in den Gaststaaten und den internationalen Organisationen sicher. Es setzt die Massnahmen der Schweiz im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) um und erbringt die konsularischen Dienstleistungen. Weiter stellt es die Krisenprävention, die Krisenvorbereitung, das Krisenmanagement und die Vermittlung des Geschäftsverkehrs zwischen staatlichen Stellen in der Schweiz und im Ausland sicher. Es stellt zudem ein breites Dienstleistungsangebot im Ausland zur Verfügung im Bereich der Exportförderung und des Investitionsschutzes.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R	VA	R	Δ R23-VA23	
	2022	2023	2023	absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	42,6	33,3	54,6	21,3	64,1
Aufwand und Investitionsausgaben	500,4	509,3	503,8	-5,5	-1,1

ZIELE

	R	VA	R
	2022	2023	2023
Europapolitik: Die schweizerische Europapolitik ist unterstützt, und wir vertreten unsere Interessen bei unseren Partnern (nur Missionen in Europa)			
- Bilaterale Besuche und regelmässige Konsultationen auf entsprechenden Hierarchiestufen (ja/nein)	ja	ja	ja
Bilaterale Beziehungen: Die bilateralen Beziehungen im jeweiligen Gastland sind verstärkt und weiterentwickelt; zudem vermitteln die Vertretungen ihrem Gastland die Schweizerische Innenpolitik			
- Umsetzung der aussenpolitischen Strategie durch die Vertretungen und ihre Aktivitäten (ja/nein)	ja	ja	ja
Multilaterale Beziehungen: Die Schweiz stärkt die multilaterale Ordnung mit Reformvorschlägen und bringt ihre Interessen und Werte angemessen ein			
- Einsitznahmen der Schweiz in eine internationale Organisation als Mitglied eines Leitungsorgans oder Verwaltungs- resp. Lenkungsausschuss (Anzahl, min.)	3	4	14
- Platzierung von Schweizerinnen und Schweizern auf Kaderpositionen in internationalen Organisationen (Anzahl, min.)	8	8	4
Konsularische Dienstleistungen: Den Schweizer/innen im Ausland sowie den Besucher/innen der Schweiz gewähren die schweizerischen Vertretungen qualitativ hochstehende Dienstleistungen und optimale Betreuung			
- Einsätze der mobilen Station zur Erfassung der biometrischen Passdaten an Standorten ohne physische konsularische Vertretung (Anzahl, min.)	46	30	42
- Behandlung von Visagesuchen offizieller Reisen (Politik/Wirtschaft/Wissenschaft) nach Dringlichkeit und Priorität (ja/nein)	ja	ja	ja
Internationale Zusammenarbeit: Ein Beitrag zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung zur Reduktion der Armut und der globalen Risiken ist geleistet.			
- Zielerreichung in den Landesprogrammen (% , min.)	92	85	87
Friedensförderung: Ein Beitrag zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit ist geleistet			
- Diplomatische Initiativen (Anzahl, min.)	17	17	18
- Menschenrechtsdialoge / Fördermassnahmen (Anzahl, min.)	3	7	5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht. Zu einer Abweichung kam es in folgenden Bereichen:

Multilaterale Beziehungen: le nombre de Suisses nommés à des postes de cadre supérieur a été limité par la forte concurrence internationale et un contexte géopolitique de plus en plus complexe.

Friedensförderung: Zwei geplante Menschenrechtsdialoge mussten ins Jahr 2024 verschoben werden.

LG4: HUMANITÄRE HILFE

GRUNDAUFTRAG

Die Humanitäre Hilfe konzentriert sich auf den Menschen und sein nächstes Umfeld in Krisen, Konflikten und Katastrophen. Sie wird dort geleistet, wo Strukturen zusammengebrochen oder überfordert sind und existentielle Grundbedürfnisse der Zivilbevölkerung nicht gedeckt werden können. Sie setzt einen Schwerpunkt in der Nothilfe, um den wachsenden Herausforderungen durch immer länger anhaltende Krisen, bewaffnete Konflikte und Naturkatastrophen Rechnung zu tragen. Daneben engagiert sie sich in Präventions- und Wiederaufbaumassnahmen, insbesondere zur Verringerung von Katastrophenrisiken, und leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der internationalen Krisenbewältigungsmechanismen und des humanitären Systems.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand und Investitionsausgaben	48,8	44,0	47,2	3,1	7,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Nothilfe, Wiederaufbau und Katastrophenvorsorge: Das menschliche Leid als Folge von Krisen, Konflikten und Katastrophen wird gelindert und der Schutz der Zivilbevölkerung verbessert. Der Schutz und die Widerstandsfähigkeit vor Naturrisiken wird erhöht			
– Direkt, bilateral und multilateral mit Nothilfe erreichte Personen, gewichtet nach Anteil des schweizerischen Beitrags (Anzahl, Mio., min.)	3,400	4,000	6,300
– Aufteilung des Budgets zwischen Nothilfe- und Präventions-/Wiederaufbaumassnahmen (% des Budgets, das für Nothilfe eingesetzt wird) (% min.)	85	80	85
– Zielerreichung in den Landesprogrammen (% min.)	87	85	85
– Anteil der neu erarbeiteten Schweizer Kooperationsprogramme mit Einbezug der Risiken durch Naturgefahren, Klimawandel und Umwelt (% min.)	100	100	100
Stärkung des humanitären Systems: Das internationale humanitäre System wird weiterentwickelt			
– Experten des schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe, die Partnerorganisationen zur Verfügung gestellt werden (Anzahl FTE, min.)	58	55	53
Einsatzbereitschaft: Die Ressourcen können schnell, flexibel und bedürfnisgerecht eingesetzt werden			
– Beantwortung staatlicher Hilfsanfragen bei Krisensituationen innerhalb von 24 Stunden (% min.)	100	100	100
Effektiver Mitteleinsatz: Die Verwaltungskosten für die Humanitäre Hilfe bewegen sich auf einem angemessenen Niveau			
– Verwaltungskostenanteil (% max.)	4	5	3

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht. In folgenden Bereichen kam es zu Abweichungen:

Nothilfe, Wiederaufbau und Katastrophenvorsorge: Die Zahlen der mit Nothilfe erreichten Personen hat sich signifikant erhöht aufgrund der Nachtragskredite für die Ukraine und OPT/Israel, welche die humanitäre Hilfe im Jahr 2023 erhalten haben.

Stärkung des humanitären Systems: Einzelne Secondments wurden aufgrund der Krisen im Nahen Osten und dem Sudan annulliert.

Effektiver Mitteleinsatz: Der Verwaltungskostenanteil ist tiefer als erwartet, was vor allem auf die Nachtragskredite (41,5 Mio. für Ukraine und 86 Mio. für den Nahen Osten) und die Kreditverschiebungen (32,6 Mio.) zurückzuführen ist.

LG5: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND FRIEDENSFÖRDERUNG

GRUNDAUFTRAG

Die Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und die Abteilung Frieden und Menschenrechte des Staatssekretariats konzipieren und setzen die Massnahmen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit um. Damit leistet die Schweiz einen Beitrag zur nachhaltigen globalen Entwicklung, zur Reduktion von Armut und globaler Risiken und zur Stärkung der menschlichen Sicherheit.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	-49,2
Aufwand und Investitionsausgaben	82,1	86,5	80,8	-5,7	-6,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Armutsreduktion, Zugang zu Basisdienstleistungen: Die Schweiz trägt zur Linderung von Not und Armut in der Welt bei und fördert die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie, des friedlichen Zusammenlebens der Völker und den Erhalt der natürlichen Ressourcen			
– Verstärkte Umsetzung der Mittel der bilat. Südzusammenarbeit in Afrika (Nordafrika und südlich der Sahara) und im Nahen, Mittleren Osten (% min.)	64	66	68
– Zielerreichung in den Landesprogrammen (% min.)	93	85	87
– Anzahl Schweizer NGO-Empfänger, die Programmbeiträge nach einem einheitlichen Vergabesystem erhalten (Anzahl min.)	37	37	37
Effektiver Mitteleinsatz: Die Verwaltungskosten für die Entwicklungszusammenarbeit bewegen sich auf einem angemessenen Niveau			
– Verwaltungskostenanteil (% max.)	4	4	4
Multilaterale Beziehungen: Die Schweiz stärkt die multilaterale Ordnung mit Reformvorschlägen und bringt ihre Interessen und Werte angemessen ein			
– Einsitznahme in prioritären multilateralen Organisationen der IZA (Anzahl min.)	16	16	16
Entwicklungsfreundliche Globalisierung: Es wird ein Beitrag zur Reduktion globaler Risiken und zur Stärkung multilateraler Dialoge geleistet			
– Anteil internationaler Organisationen mit zufriedenstellender Bewertung der Wirkungsindikatoren (% min.)	95	85	98
Stärkung der menschlichen Sicherheit: Mit konkreten Massnahmen wird im Bereich der menschlichen Sicherheit zur Lösung globaler Probleme beigetragen			
– Entsendung von Experten (Anzahl FTE min.)	89	85	89

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht und teilweise gar übertroffen.

Entwicklungsfreundliche Globalisierung: Der Anteil internationaler Organisationen mit zufriedenstellender Wirkungsbeurteilung hat sich erhöht, was von externen Quellen wie dem «Multilateral Organisation Performance Assessment Network» bestätigt wurde.

LG6: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES OSTENS UND ZWEITER SCHWEIZER BEITRAG

GRUNDAUFTRAG

Die DEZA (gemeinsam mit dem SECO) unterstützt die Staaten Osteuropas und Zentralasiens bei der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und beim Übergang in eine sozial ausgestaltete Marktwirtschaft. Der Erweiterungsbeitrag bzw. der zweite Schweizer Beitrag hilft ausgewählten EU-Mitgliedstaaten bei der Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand und Investitionsausgaben	8,2	8,9	5,7	-3,1	-35,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens: Die Mittel werden zielgerichtet und wirksam eingesetzt			
– Zielerreichung in den Landesprogrammen (% min.)	95	85	91
– Anzahl Evaluationen oder wissenschaftliche Arbeiten in Bezug auf die Anzahl Projekte (% min.)	17	25	16
Schweizer Beitrag: Die Mittel werden fristgerecht verpflichtet. Unterzeichnung bilaterale Abkommen vorbehaltlich der Einschätzung des BR in Konsultationen mit den APK bzgl. diskriminierender Massnahmen der EU			
– Unterzeichnete bilaterale Abkommen mit den Partnerländern zur Programmumsetzung (Anzahl kumuliert)	8	13	13
– Unterzeichnete Projektabkommen (vorbehaltlich der Unterzeichnung der bilateralen Abkommen) (Anzahl kumuliert)	2	40	17
Effektiver Mitteleinsatz: Die Verwaltungskosten für die Transitionszusammenarbeit bewegen sich auf einem angemessenen Niveau			
– Verwaltungskostenanteil (% max.)	5	5	2

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht. In folgenden Bereichen kam es zu einer Abweichung:

Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens: In den Jahren 2022 und 2023 wurden sehr viele neue Projekte lanciert (insbesondere drei Nachtragskredite für die Region der Ukraine Krise). Sie werden gemäss üblichen Programmmanagement-Zyklen erst in den nächsten ein bis zwei Jahren evaluiert.

Schweizer Beitrag: 2023 wurden die restlichen bilateralen Programmumsetzungsabkommen unterzeichnet. Die verzögerte Unterzeichnung dieser Abkommen hat auch zu einer Verzögerung bei der Unterzeichnung der Projektabkommen geführt.

Effektiver Mitteleinsatz: Der Verwaltungskostenanteil ist tiefer als erwartet, was hauptsächlich auf den Nachtragskredit Ukraine (28 Mio.) zurückzuführen ist.

LG7: KOMPETENZZENTRUM RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Die Direktion für Ressourcen ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum des EDA in Ressourcenfragen. Sie stellt die Ressourcen sicher, steuert sie und erbringt die für eine ergebnisorientierte Betriebsführung erforderlichen Dienstleistungen im EDA. Sie betreibt das Netz schweizerischer Vertretungen im Ausland. Die für den Betrieb des Aussennetzes notwendigen Informationstechnologien werden von der IT EDA (Leistungsgruppe 8) bereitgestellt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,4	1,8	5,8	4,0	226,7
Aufwand und Investitionsausgaben	76,4	80,2	76,9	-3,4	-4,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Personalmanagement: Das EDA verfügt über eine zeitgemässe und auf übergeordnete Strategien abgestimmte Personalpolitik und, als attraktiver und leistungsorientierter Arbeitgeber, ein wirkungsvolles und kompetenzbasiertes Personalmanagement			
- Netto-Fluktuation (%; max.)	5,4	4,2	4,6
- Bewerbungen pro Stelle im Durchschnitt - alle stattfindenden Eintrittsverfahren (diplomatisch, IZA, KBF) (Anzahl; min.)	9	18	10
- Aus- und Weiterbildung EDA: Umsetzung gezielter Massnahmen zur Weiterentwicklung der Kompetenzen in einem sich wandelnden Umfeld (ja/nein)	ja	ja	ja
Rechtsberatung: Die juristischen Risiken sind minimiert; die Unterstützung zur Sicherstellung rechtmässigen Handelns ist sichergestellt			
- Juristische Verfahren, bei denen der Ausgang der Einschätzung der Prozessrisiken entspricht (%; min.)	90	90	90
Reisemanagement: Der Bund verfügt über bedarfsgerechte, kostengünstige, kundenfreundliche und umweltfreundliche Reisedienstleistungen für Geschäftsreisen und für Repatriierungen über den Luftweg			
- Beurteilung der ausgehandelten Vorzugskonditionen, alle 2 Jahre (Skala 1-5)	3,4	-	-
- Verringerung des CO ₂ -Abdrucks des EDA i.Z.m den von der BRZ gebuchten Flugreisen um durchschnittlich 3% pro Jahr (Basisjahr: 2019) (ja/nein)	ja	ja	ja
Finanzkompetenz: Das EDA verfügt über adäquate Beratungskompetenzen in Finanzfragen, sorgt für ein ordnungsgemässes und effizientes Rechnungswesen und entwickelt es bedarfsgerecht weiter			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden weitgehend erreicht. In folgenden Bereichen kam es zu einer Abweichung:

Personalmanagement: Die Fluktuationsrate 2023 (Abflauen der Pandemie und Belebung der Wirtschaft) ist etwas zurückgegangen. Sie bleibt aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels weiterhin leicht höher als erwartet.

Personalmanagement: Der Wettbewerb bei qualifizierten Fachkräften in der Schweiz macht sich auch bei den Eintrittsverfahren bemerkbar. Die durchschnittlichen Bewerbungen pro Stelle blieben wie im Vorjahr tiefer als prognostiziert.

LG8: INFORMATIK

GRUNDAUFTRAG

Die IT EDA ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum des EDA für die Informations- und Kommunikationstechnik (TIC). Sie stellt die IT-Ressourcen sicher, steuert sie und erbringt die für eine ergebnisorientierte Betriebsführung erforderlichen Dienstleistungen im EDA. Sie koordiniert und erbringt sämtliche IT-Dienstleistungen 7x24 Stunden für alle Enduser und die dezentrale Infrastruktur im Aussennetz. Die IT EDA ist in der Lage, in Ausnahme- und Krisensituationen rasch und flexibel zu reagieren.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,3	1,5	2,0	0,5	31,5
Aufwand und Investitionsausgaben	55,0	50,6	57,1	6,4	12,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kundenzufriedenheit: IT EDA erbringt kundennahe, kundenfreundliche sowie durchgängig integrierte IKT-Leistungen			
– Zufriedenheit der Endbenutzer/-innen und der Anwendungsverantwortlichen, alle 2 Jahre (Skala 1-6)	5,1	–	–
Finanzielle Effizienz: Die IT EDA strebt eine Optimierung des IKT-Kosten/Leistungsverhältnisses für die Leistungsbezüger an			
– Preisindex gebildet anhand eines gewichteten, selektiven Warenkorbes Aussennetz (Index)	93	95	92
IKT-Betriebssicherheit: Die IT EDA gewährleistet die Sicherheit durch zyklischen Ersatz kritischer Komponenten			
– Anteil definierter kritischer Komponenten, die fristgerecht in einer terminierten Planung von 1-4 Jahren ersetzt werden (% min.)	85	90	98
Projekterfolg: Projektleistungen und -abwicklungen werden von den Kunden als qualitativ hochwertig, kostengünstig und termingerecht bewertet			
– Zufriedenheit der Projektauftraggebenden, alle 2 Jahre (Skala 1-6)	4,8	–	–

KOMMENTAR

Die Ziele wurden allesamt erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	103 325	75 514	93 140	17 626	23,3
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	47 254	39 614	63 830	24 216	61,1
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	15 782	15 200	8 650	-6 550	-43,1
E131.0105 Rückzahlung Darlehen Immobilienstiftung FIPOI	19 686	19 828	19 686	-141	-0,7
E131.0106 Rückzahlung Darlehen für Ausrüstung	767	873	531	-342	-39,2
E132.0103 Rückzahlung Investitionsbeiträge int. Zusammenarbeit	-	-	78	78	-
Finanzertrag					
E140.0001 Finanzertrag	19 835	-	365	365	-
Aufwand / Ausgaben	3 475 886	3 811 565	3 712 878	-98 687	-2,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	889 533	898 468	888 676	-9 792	-1,1
<i>Kreditverschiebung</i>		-6 241			
<i>Abtretung</i>		12 787			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		3 250			
A202.0153 Präsenz an Weltausstellungen und Sport-Grossveranstaltungen	5 338	3 779	3 758	-21	-0,6
<i>Nachtrag</i>		1 000			
<i>Abtretung</i>		11			
A202.0169 Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	6 761	2 340	2 297	-43	-1,9
<i>Abtretung</i>		2 340			
Transferbereich					
<i>LG 2: Aussenpolitische Führung</i>					
A231.0340 Aktionen zugunsten des Völkerrechts	755	1 152	1 018	-135	-11,7
A231.0341 Teilnahme an Partnerschaft für den Frieden	460	567	562	-5	-0,9
A231.0342 Beiträge der Schweiz an die UNO	91 569	102 167	97 439	-4 728	-4,6
A231.0343 Europarat, Strassburg	10 575	10 551	10 506	-45	-0,4
<i>Nachtrag</i>		783			
A231.0344 Organisation für Sicherheit + Zusammenarbeit in Europa OSZE	5 567	6 618	4 009	-2 609	-39,4
A231.0345 Beteiligung der Schweiz an der frankophonen Zusammenarbeit	4 948	4 877	4 801	-76	-1,6
A231.0346 UNESCO, Paris	3 712	3 748	3 747	-1	0,0
A231.0347 Abrüstungsmassnahmen der Vereinten Nationen	2 252	2 328	2 314	-14	-0,6
A231.0348 Beiträge an Institutionen des internationalen Rechts	3 638	3 905	3 898	-8	-0,2
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		80			
A231.0349 Beiträge an Rhein- und Meeresorganisationen	1 052	1 089	1 057	-32	-2,9
A231.0350 Interessenwahrung der Schweiz in internationalen Gremien	1 790	1 972	1 865	-108	-5,5
A231.0352 Infrastrukturleistungen und bauliche Sicherheitsmassnahmen	791	2 875	2 875	0	0,0
A231.0353 Aufgaben Schweiz als Gastland internationaler Organisationen	23 563	24 064	23 412	-652	-2,7
A231.0354 Internationales Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum, Genf	1 118	1 123	1 118	-5	-0,4
A231.0355 Sicherheitsdispositiv internat. Genf: diplomatische Gruppe	1 000	1 004	1 000	-4	-0,4
A231.0356 Auslandschweizerbeziehungen	3 554	3 733	3 669	-64	-1,7
A231.0357 Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer / innen	1 121	1 250	847	-403	-32,2
A231.0358 Stiftung Jean Monnet	193	195	194	-1	-0,4
A235.0108 Darlehen Immobilienstiftung FIPOI	36 850	106 221	37 562	-68 659	-64,6
<i>LG 4: Humanitäre Hilfe</i>					
A231.0332 Humanitäre Aktionen	553 466	573 586	573 585	0	0,0
<i>Nachtrag</i>		127 500			
<i>Kreditverschiebung</i>		32 635			
A231.0333 Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	80 000	130 000	130 000	0	0,0
<i>Nachtrag</i>		50 000			
A231.0443 Covid: Humanitäre Hilfe	-	112 054	112 054	0	0,0
<i>Kreditverschiebung</i>		112 054			

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
<i>LG 5: Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung</i>						
A231.0329	Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)	799 877	815 617	815 556	-61	0,0
	<i>Nachtrag</i>		2 000			
	<i>Kompensation Nachtrag</i>		-8 000			
	<i>Kreditverschiebung</i>		-25 225			
A231.0330	Beiträge an multilaterale Organisationen	345 659	345 145	345 134	-11	0,0
	<i>Kreditverschiebung</i>		-1 210			
A231.0331	Wiederauffüllungen der IDA-Mittel (Weltbank)	227 372	235 000	234 997	-3	0,0
A231.0338	Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte	57 969	61 506	61 422	-85	-0,1
	<i>Nachtrag</i>		3 500			
	<i>Kompensation Nachtrag</i>		-53			
A231.0339	Genfer Sicherheitspolitische Zentren: DCAF/GCSP/GICHD	31 533	31 981	31 898	-83	-0,3
A231.0441	Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI)	-	1 000	1 000	0	0,0
A235.0109	Beteiligungen an der Weltbank	48 593	39 100	39 096	-4	0,0
A235.0110	Beteiligungen, Regionale Entwicklungsbanken	13 057	12 300	12 294	-6	0,0
A235.0112	Darlehen und Beteiligungen Internationale Zusammenarbeit	-300	-	-	-	-
A236.0141	Investitionsbeiträge Internationale Zusammenarbeit	3 500	5 800	5 800	0	0,0
	<i>Kreditverschiebung</i>		800			
<i>LG 6: Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Ostens und zweiter Schweizer Beitrag</i>						
A231.0336	Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens	142 749	175 593	175 591	-2	0,0
	<i>Nachtrag</i>		28 000			
A231.0337	Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten	789	13 500	3 416	-10 084	-74,7
<i>LG 7: Kompetenzzentrum Ressourcen</i>						
A235.0107	Darlehen für Ausrüstung	974	1 225	360	-865	-70,6
<i>Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet</i>						
A238.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	11 999	5 800	5 722	-78	-1,4
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		800			
Finanzaufwand						
A240.0001	Finanzaufwand	2 370	68 333	68 331	-2	0,0
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		68 333			
Ausserordentliche Transaktionen						
A290.0118	Covid: Humanitäre Hilfe	60 141	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	47 253 707	39 613 600	63 830 091	24 216 491	61,1
Laufende Einnahmen	47 253 707	39 613 600	60 893 439	21 279 839	53,7
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	2 936 653	2 936 653	-

Der Funktionsertrag setzte sich 2023 wie folgt zusammen:

- Gebühren für Amtshandlungen (Visaausstellung, Pässe, Dienstleistungen des Aussennetzes, schweizerisches Seeschiffahrtsamt) 51,8 Millionen
- Weitere verschiedene Einnahmen (u.a. aus dem Aussennetz, der Bundesreisezentrale, aus Verkäufen und der Rückerstattung der CO₂-Abgabe) 3,1 Millionen
- Nachträgliche Aktivierung Sachanlagen 2,9 Millionen
- Reduktion Rückstellungen für AG-Beiträge 2,3 Millionen
- Informatik EDA (Leistungsverrechnung) 2,0 Millionen
- Sponsoringeinnahmen Präsenz Schweiz (Weltausstellung Dubai) 0,9 Millionen
- Rückerstattungen aus Vorjahren 0,6 Millionen
- Liegenschafteneinnahmen, insb. aus Vermietung von Parkplätzen 0,2 Millionen

Die Einnahmen liegen um 24,0 Millionen über dem Budgetwert, was hauptsächlich auf höhere Gebühreneinnahmen (+21,1 Mio., u.a. Visaeinnahmen) zurückzuführen ist. Auch die Sponsoringeinnahmen von Präsenz Schweiz übersteigen den geplanten Betrag (+0,3 Mio.). Weitere verschiedene Erträge fielen dafür geringer aus als budgetiert (-2,9 Mio.), was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die meisten Einnahmen auf dem Durchschnittswert der letzten 4 Jahre budgetiert wurden.

Rechtsgrundlagen

V vom 24.10.2007 über die Gebühren zum BG über die Ausländerinnen und Ausländer (GebV-AuG; SR 142.209), Art. 12; V vom 29.11.2006 über die Gebühren der diplomatischen und konsularischen Vertretungen (SR 191.11), Art. 1; V vom 20.9.2002 über die Ausweisverordnung (VAWG; SR 143.11); BG vom 6.10.2000 über die Förderung des Exports (SR 946.14), Art. 3; V vom 14.12.2007 über die Seeschiffahrtsgebühren (SR 747.312.4).

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	15 782 256	15 200 000	8 649 592	-6 550 408	-43,1

Die Rückerstattungen aus abgeschlossenen Projekten der DEZA im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit betrugen 7,6 Millionen und fielen tiefer aus als im Vorjahr (-6,6 Mio.). Weitere Rückerstattungen betreffen die Kredite A231.0338 «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte» (0,7 Mio.), A231.0343 «Europarat» (0,1 Mio.), A231.0357 «Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer/innen» (0,1 Mio.), A231.0353 «Aufgaben Schweiz als Gastland internationaler Organisationen» (0,1 Mio.) und weitere Kredite (0,1 Mio.).

Der budgetierte Betrag entspricht dem Durchschnittswert aus den vergangenen vier Jahren. Die tatsächlichen Rückerstattungen unterliegen jährlichen Schwankungen, was die Mindereinnahmen gegenüber dem Voranschlag erklärt.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 30.

E131.0105 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN IMMOBILIENSTIFTUNG FIPOI

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionseinnahmen</i>	19 686 467	19 827 700	19 686 467	-141 233	-0,7

Dieser Kredit beinhaltet die Rückerstattung der FIPOI-Darlehen an internationale Organisationen zur Finanzierung der Errichtung neuer Gebäude oder der Renovierung von bestehenden Gebäuden. Die Rückzahlung der neu gewährten Darlehen beginnt, sobald ein Vorhaben abgeschlossen ist.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.6.2007 über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge (GSG; SR 192.12), Art. 20.

Hinweise

Siehe auch Einnahmenposition E140.0001 «Finanzertrag und Kredite», A235.0108 «Darlehen Immobilienstiftung FIPOI», A238.0001 «Wertberichtigungen im Transferbereich» und A240.0001 «Finanzaufwand».

E131.0106 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN FÜR AUSRÜSTUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionseinnahmen</i>	766 832	873 000	530 968	-342 032	-39,2

Die Rückzahlung der Darlehen, die den Angestellten anlässlich ihrer Versetzung ins Ausland für den Kauf von Einrichtungs- oder Ausrüstungsgegenständen (inkl. Mietzinsdepots, Instandstellungsarbeiten, Kauf eines Personenwagens) gewährt wurden, war tiefer als im Voranschlag.

Rechtsgrundlagen

V des EDA vom 20.9.2002 zur Bundespersonalverordnung (VBPV-EDA; SR 172.220.111.343.3), Art. 115.

Hinweise

Siehe auch Kredit A235.0107 «Darlehen für Ausrüstung».

E132.0103 RÜCKZAHLUNG INVESTITIONSBEITRÄGE INT. ZUSAMMENARBEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionseinnahmen</i>	-	-	78 000	78 000	-

Hierbei handelt es sich um Rückzahlungen von Darlehen, die im Rahmen eines Projektes (Swiss Bluetec Bridge) vergeben wurden. Das Darlehen wurde von einem Vertragspartner im Auftrag des EDA vergeben.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Siehe auch Kredit A236.0141 «Investitionsbeiträge Internationale Zusammenarbeit»

E140.0001 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	19 835 402	–	364 725	364 725	–
Laufende Einnahmen	367 316	–	364 725	364 725	–
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	19 468 087	–	–	–	–

Diese Position beinhaltet hauptsächlich Buchgewinne im Zusammenhang mit den Beteiligungen bei den Entwicklungsbanken und die Aufzinsung der an die Immobilienstiftung FIPOI zugunsten der internationalen Organisationen gewährten Darlehen über den Zinsertrag anlässlich der Folgebewertung. Die jährliche Zunahme des Barwerts (Wert zum heutigen Zeitpunkt) während der Laufzeit des Darlehens wird als Aufzinsung bezeichnet.

Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

– Zinserträge Darlehen FIPOI	353 646
– Zinserträge Darlehen für Ausrüstung	11 079

Die im Vergleich zum Vorjahr tieferen Erträge erklären sich vorwiegend dadurch, dass die Fremdwährungsbewertungen der Beteiligungen an den Entwicklungsbanken im Gegensatz zum Vorjahr zu Buchverlusten führten (siehe auch A240.0001 «Finanzaufwand»).

Hinweise

Siehe auch Einnahmenposition E131.0105 «Rückzahlung Darlehen Immobilienstiftung FIPOI» und Kredite A235.0107 «Darlehen für Ausrüstung», A235.0108 «Darlehen Immobilienstiftung FIPOI», A240.0001 «Finanzaufwand».

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	889 532 639	898 468 020	888 675 743	-9 792 277	-1,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		9 795 620			
Funktionsaufwand	889 055 419	898 111 120	884 483 696	-13 627 424	-1,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	887 804 397	896 511 120	881 078 182	-15 432 938	-1,7
Personalausgaben	645 763 323	656 461 400	650 991 662	-5 469 738	-0,8
<i>davon Lokalpersonal</i>	93 359 920	92 312 100	94 373 705	2 061 605	2,2
<i>davon SKH & Expertenpool Friedensförderung</i>	27 148 389	28 685 500	26 429 374	-2 256 126	-7,9
Sach- und Betriebsausgaben	242 041 074	240 049 720	230 086 520	-9 963 200	-4,2
<i>davon Informatik</i>	39 219 621	33 362 600	34 286 302	923 702	2,8
<i>davon Beratung</i>	2 597 489	5 803 400	1 842 545	-3 960 855	-68,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 251 022	1 600 000	3 405 514	1 805 514	112,8
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	477 220	356 900	4 192 048	3 835 148	n.a.
Vollzeitstellen Total	5 451	5 620	5 450	-170	-3,0
<i>Personal ohne Spezialkategorien</i>	2 231	2 234	2 227	-7	-0,3
<i>Lokalpersonal</i>	3 052	3 209	3 060	-149	-4,6
<i>SKH & Expertenpool Friedensförderung</i>	168	177	163	-14	-7,9

57 Prozent des gesamten Funktionsaufwandes entfielen auf das Aussennetz; 43 Prozent auf die Zentrale des EDA.

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* machen 73 Prozent des Funktionsaufwandes aus und liegen im Vergleich zum Voranschlag um 5,5 Millionen (-0,8 %) tiefer. Die wichtigsten Abweichungen sind durch folgende Faktoren begründet:

- Tieferer Ausgaben von 4,5 Millionen beim Personal ohne Spezialkategorie (Personal mit Vertrag nach Bundespersonalverordnung). Insbesondere der Kostenausgleich für Bedienstete im Ausland ergab Minderausgaben von 2,5 Millionen. Weiter bestand ein geringerer Bedarf an temporärem Personal, insbesondere für Informatikprojekte (Personalverleih -0,6 Mio.);
- Tieferer Ausgaben von 2,9 Millionen beim Personal des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und des Expertenpools für Friedensförderung. Der Bedarf für Einsätze blieb unter dem geplanten Niveau;
- Mehrausgaben von 1,9 Millionen beim Lokalpersonal, hauptsächlich aufgrund generell höherer Personalkosten und der weltweiten Inflation, welche mit dem starken Schweizer Franken etwas kompensiert wurden.

Der Stellenbestand liegt gesamthaft um 3 Prozent unter dem budgetierten Wert (-170 FTE). Insbesondere beim Lokalpersonal ist der Bestand tiefer als budgetiert (-149 lokale Stellen). Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich der Bestand beim Personal ohne Spezialkategorie (-4 FTE), während der Bestand beim Lokalpersonal um 8 Vollzeitstellen zunahm. Das zusätzliche Personal wurde für die Bewältigung der steigenden Visa-Nachfrage eingesetzt. Der Bestand des Lokalpersonals unterliegt erfahrungsgemäss gewissen Schwankungen.

Sach- und Betriebsausgaben

Der Kreditrest bei den *Sach- und Betriebsausgaben* von 10,0 Millionen ist hauptsächlich durch folgende Faktoren begründet:

Die *Informatiksachausgaben* fallen gegenüber dem Voranschlag um 0,9 Millionen höher aus. Dies ist auf den Fortschritt bei IT-Projekten und den Umzug des EDA und die damit verbundenen Beschaffungen zurückzuführen. Von den Informatiksachausgaben entfallen 25,1 Millionen auf Betriebsleistungen und 9,2 Millionen auf Projekte.

Bei den *Beratungsausgaben* führten unter anderem weniger Aktivitäten bei den Vorstudien der internationalen Zusammenarbeit zu tieferen Ausgaben im Vergleich zum Voranschlag (-4 Mio.).

Die übrigen *Sach- und Betriebsausgaben* liegen 6,2 Millionen (-2,9 %) unter dem veranschlagten Wert. Dies hauptsächlich aufgrund folgender Faktoren:

- Die Ausgaben des Aussennetzes (Spesen, kleinere Anschaffungen, Veranstaltungen, Unterhalt etc.) fallen gegenüber dem Voranschlag um rund 1,6 Millionen tiefer aus, was hauptsächlich durch den starken Schweizer Franken zu erklären ist;
- Die Ausgaben an der Zentrale liegen um 1,1 Millionen tiefer als der Voranschlag. Die zahlreichen internationalen Krisen des Jahres 2023 haben das Personal an der Zentrale stark gebunden. Dadurch reduzierten sich die Anzahl Reisen und weitere themenbezogene Vorhaben (Events und Anlässe);
- Bei der internen Leistungsverrechnung (LV) mit dem BBL und anderen Departementen fiel gegenüber dem Voranschlag rund 3,5 Millionen weniger Aufwand an.

Abschreibungsaufwand und Investitionsausgaben

Der Abschreibungsaufwand ist um 1,8 Million höher als im Voranschlag, was auf höhere Informatikabschreibungen zurückzuführen ist.

Die Investitionsausgaben betreffen hauptsächlich die IT-Infrastruktur, insbesondere die Beschaffung von Servern. Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag erklärt sich mit Beschaffungen im Rahmen des Umzugs einiger EDA-Direktionen in ein neues Gebäude in Zollikofen.

Kreditmutationen

- Abtretungen des EPA von 11,2 Millionen für die Versicherungslösung im Rahmen der neuen Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorie (VPABP), die Lohnmassnahmen, die berufliche Integration, Lernende und Praktikanten und die familienexterne Kinderbetreuung
- Kreditverschiebung von 7 Millionen hin zum Kredit A231.0332 «Humanitäre Aktionen» aufgrund des bewaffneten Konflikts im Sudan
- Kreditüberschreitung von 3,3 Millionen durch die Auflösung von zweckgebundenen Reserven für Informatikprojekte
- Abtretungen der BK in Zusammenhang mit Informatikprojekten (1,4 Mio.)
- Abtretung des GS-EFD zur Finanzierung des «Point Zero Forum Schweiz» (0,3 Mio.)
- Abtretungen des SEM und der fedpol zur Finanzierung der Wartungskosten «ESYSP» (je 0,3 Mio.)
- Kreditverschiebung an MeteoSchweiz (Projekt ALBAdapt; 0,076 Mio.)
- Kreditverschiebung an das BIT für die Neuerschliessung Eichenweg Zollikofen (0,04 Mio.)

Hinweise

Verpflichtungskredit «Sichere Kommunikation» (V0342.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften		LG 2: Aussenpolitische Führung		LG 3: Aussennetz	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	33	34	86	83	500	504
Personalausgaben	24	25	76	77	361	367
Sach- und Betriebsausgaben	9	9	10	7	139	137
davon Informatik	0	0	0	0	2	2
davon Beratung	0	0	0	0	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	-	-
Verwaltungsvermögen						
Vollzeitstellen (Ø)	136	135	409	406	3 808	3 833
Mio. CHF	LG 4: Humanitäre Hilfe		LG 5: Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung		LG 6: Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Ostens und zweiter Schweizer Beitrag	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	49	47	82	81	8	6
Personalausgaben	42	43	69	68	6	4
Sach- und Betriebsausgaben	6	4	13	13	2	1
davon Informatik	0	0	0	0	-	0
davon Beratung	0	-	1	1	1	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	-	-	0	-	-	-
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	-	0	-	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	285	183	372	446	32	40
Mio. CHF	LG 7: Kompetenzzentrum Ressourcen		LG 8: Informatik			
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023		
Aufwand und Investitionsausgaben	76	77	55	57		
Personalausgaben	52	51	15	16		
Sach- und Betriebsausgaben	25	25	38	34		
davon Informatik	0	0	37	32		
davon Beratung	0	0	-	-		
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	1	3		
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	-	0	0	4		
Vollzeitstellen (Ø)	316	311	93	96		

Rechtsgrundlagen

Bundespersonalverordnung vom 3.7.2001 (BPV; SR 172.220.111.3), Art. 33, Abs. 3; V des EDA vom 20.9.2002 zur Bundespersonalverordnung (VBPV-EDA; SR 172.220.111.343.3).

A202.0153 PRÄSENZ AN WELTAUSSTELLUNGEN UND SPORT-GROSSVERANSTALTUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	5 337 886	3 779 200	3 758 257	-20 943	-0,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 010 800</i>			
Funktionsaufwand	5 337 886	3 779 200	3 758 257	-20 943	-0,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	5 337 886	3 779 200	3 758 257	-20 943	-0,6
Personalausgaben	1 531 542	1 049 900	991 915	-57 985	-5,5
Sach- und Betriebsausgaben	3 806 345	2 729 300	2 766 342	37 042	1,4
Vollzeitstellen (Ø)	16	8	5	-3	-37,5

Die Weltausstellungen und Sport-Grossveranstaltungen werden mittels internationaler Kommunikationsmassnahmen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades und zur Verbesserung des Images der Schweiz im Ausland genutzt. Im Berichtsjahr wurden die Mittel wurden für folgende Veranstaltungen verwendet:

- Olympische Sommerspiele 2024 in Paris 655 115
- Weltausstellung 2025 in Osaka, Japan 3 103 142

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2000 über die Pflege des Schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland (SR 194.1), Art. 2.

Kreditmutationen

- Kreditübertragung von 1 Million für den Bau und Betrieb eines Pavillons an der Weltausstellung in Osaka
- Diverse Abtretungen des EPA von 10 800 Franken (u.a. Lohnmassnahmen)

A202.0169 PROGRAMM UMSETZUNG ERNEUERUNG SYSTEMPLATTFORM (ESYSP)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	6 760 568	2 340 000	2 296 607	-43 393	-1,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>2 340 000</i>			
Laufende Ausgaben	2 121 643	2 290 000	2 240 491	-49 509	-2,2
Investitionsausgaben	4 638 925	50 000	56 116	6 116	12,2

Die bisherige «Systemplattform eDokumente» stellte die Erfassung von biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder sicher und wurde 2010 in Betrieb genommen. Die wesentlichen Komponenten dieser Plattform waren auf eine Lebensdauer von 10 Jahren ausgelegt. Ein Ersatz wird nun in die Wege geleitet. Die Erneuerung erfolgte im Rahmen des Programms ESYSP unter der Leitung des Staatsekretariats für Migration (SEM). Neben dem EDA sind auch das Bundesamt für Polizei (fedpol), das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie Vertreter der Kantone mitbeteiligt.

Die Mittel für das Programm ESYSP sind zentral beim SEM in einem Sammelkredit eingestellt. Während des Rechnungsjahres erfolgten mehrere Abtretungen vom SEM an das EDA. Der Mitteleinsatz erfolgte für Realisierungsarbeiten im Rahmen der zweiten Projektetappe, welches erfolgreich abgeschlossen wurde.

Kreditmutationen

- Abtretungen vom SEM an das EDA für das Programm ESYSP (3,2 Mio.)
- Abtretung an SEM für Rücktransfer nicht verwendeter Mittel des Programms ESYSP (0,86 Mio.)

Rechtsgrundlagen

BB «Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente» (BBI 2008 5309).

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattformen Biometriedatenerfassung (ESYSP)» (V0296.00 und V0296.01), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

Siehe auch Band 2A, 420 SEM, Kredit A202.0167 «Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)»

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	11 210 000	8 678 504	19 888 504
Bildung aus Rechnung 2022	–	3 450 000	3 450 000
Auflösung / Verwendung	–	-3 250 000	-3 250 000
Endbestand per 31.12.2023	11 210 000	8 878 504	20 088 504
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	6 114 000	6 114 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlaufe des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven von 3,25 Millionen für Informatikprojekte verwendet. Weitere Reserven über 2,4 Millionen wurden aufgelöst, da die Projekte abgeschlossen werden konnten. Die Verwendung erfolgte für die folgenden Projekte:

– Geheime Computer Kommunikation GeCKo	2,9 Mio.
– Digitalisierung HR Management	0,2 Mio.
– Geschäftsprozesse Spedition und Betrieb	0,1 Mio.
– Übersetzungslösung Bund	0,05 Mio.

Die Reserven für folgende Projekte wurden aufgelöst:

– Erneuerung Systemplattform ESYSP	1,8 Mio.
– Skype Call	0,4 Mio.
– Social Media	0,1 Mio.
– Interaktive Karten	0,1 Mio.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (6,4 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte KOMBV4 (IT-Infrastruktur für das Ausland; 2,3 Mio.), GENOVA Aussennetz (1,4 Mio.), FIT2.0 (Erneuerung Serverplattformen; 1,15 Mio.) und SUPERB (0,55 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Bei Informatikprojekten ergaben sich Verzögerungen, so dass Mittel im Umfang von 6 Millionen nicht wie geplant eingesetzt werden konnten. Deshalb sollen zweckgebundene Reserven für folgende Projekte gebildet werden:

– Fit Hub	2,15 Millionen
-----------	----------------

Die heutige Infrastruktur genügt den Anforderungen im Bereich Netzwerkinfrastruktur und Resilienz nicht mehr. Mit dem Projekt FitHub soll über die nächsten 5–10 Jahre eine kontinuierliche Anpassung an die neuen Anforderungen erreicht werden. Es ist ein etappenweises Vorgehen in vier Phasen vorgesehen. Die Initialisierung erfolgte mit der Erarbeitung einer Studie. Es ist eine breite Abstimmung mit unterschiedlichsten Stakeholdern (Business, DTI, BIT usw.) nötig, die aufgrund anders gelagerter Prioritäten dieser Stakeholder noch nicht abgeschlossen wurde (Projektdauer 15.3.2022–30.9.2035, Gesamtbudget CHF 20–30 Mio.).

– IT Security Consolidation	2,0 Millionen
-----------------------------	---------------

Ziel des Projekts ist es, die erhöhten Sicherheitsvorgaben umzusetzen. Mit dem Projekt wird der Schutz gegen Cyberattacken auf privilegierte Accounts der IT-Administratoren erhöht, indem eine abgeschottete, geschützte und überwachte Arbeitsumgebung für Administratoren bereitgestellt, das Passwortmanagement automatisiert und die Multifaktoraauthifizierung verbessert wird. Die notwendigen Analysearbeiten waren zeitintensiver als ursprünglich geplant, was zu Verzögerungen führte (Projektdauer 1.1.2022–30.6.2025, Gesamtbudget Fr. 3 600 000).

– EDAnet	0,6 Millionen
----------	---------------

Das Projekt EDAnet hat zum Ziel, eine Entflechtung der Kommunikation/Information und den neuen Sharewebs sicherzustellen. Die aktuelle Architektur der verschiedenen Sharewebs ist komplex und heterogen. Mit diesem Projekt soll eine Neukonzipierung/Harmonisierung dieser Sharewebs erreicht werden. Die Verzögerungen bei verwandten Programmen führte aufgrund der Abhängigkeiten zu zeitlichen Verschiebungen dieses Projekts (Projektdauer 1.9.2021–31.12.2026, Gesamtbudget Fr. 4 800 000).

– GENOVA (Umsetzung GEVER)	0,5 Millionen
----------------------------	---------------

Eines der wichtigsten Vorgaben im Projekt GEVER Bund war der flächendeckende Einsatz von Acta Nova im In- und Ausland. Da Acta Nova nur an der Zentrale eingeführt werden konnte, musste eine separate Lösung gefunden werden. In Absprache mit der Bundeskanzlei (Bereich DTI) wurde das Nachfolgeprojekt GEVER Ausland gestartet, mit dem Ziel, eine digitale Aktenführung im Ausland zu realisieren. Das Projekt wendet ein iteratives und agiles Vorgehen an. Aufgrund der Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen mit dem Lieferanten für die Projektumsetzung wurden die geplanten Mittel nicht ausgeschöpft (Projektdauer 1.2.2021–31.12.2026, Gesamtbudget Nachfolgeprojekt Fr. 5 170 000).

— IT SCM 0,5 Millionen

Die EFK hat auf fehlende Elemente beim IT Service Continuity Management (ITSCM) hingewiesen. Eine Studie, wie das Service Continuity Management verbessert werden soll, konnte durchgeführt werden. Für die Definition notwendiger Massnahmen hat die IT EDA zusätzliche Zeit benötigt, was die Projektumsetzung verzögert hat (Projektdauer ab 1.1.2023–31.12.2025, Gesamtbudget Fr. 1 500 000).

— Report EDA 0,25 Millionen

Die Fachapplikation «Report EDA» muss ersetzt werden, weshalb im Jahre 2023 eine WTO-Ausschreibung durchgeführt wurde. Da kein geeignetes Angebot einging, kam es bei der Projektumsetzung zu Verzögerungen und die geplante Migration der bestehenden Anwendung auf eine neue Lösung konnte nicht durchgeführt werden (Projektdauer 2.5.2022 bis 31.12.2025, Gesamtbudget Fr. 715 000).

— Kompensation der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2022 0,1 Millionen

Da 2023 keine Daten für die Bescheinigung der CO₂-Emissionen des Jahres 2022 zur Verfügung standen, konnte die Rechnungsstellung zu Lasten des EDA für die Kompensation dieser Emissionen nicht erfolgen. Die beantragte zweckgebundene Reserve dient der Kompensation für das Jahr 2022.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: AUSSENPOLITISCHE FÜHRUNG

A231.0340 AKTIONEN ZUGUNSTEN DES VÖLKERRECHTS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	755 297	1 152 400	1 017 647	-134 753	-11,7

Dieser Kredit dient der Finanzierung von kleineren Projekten von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten, Fonds, sowie von nationalen und internationalen Institutionen in den Themenbereichen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, internationale Strafgerichtsbarkeit, Förderung der Kenntnis und des Verständnisses des Völkerrechts, Förderung der Prinzipien der Vorherrschaft des Rechts (International Rule of Law) sowie Digitalisierung und Recht.

Die Differenz zum Voranschlag erklärt sich im Wesentlichen durch Verzögerungen einiger Projekte.

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1.

A231.0341 TEILNAHME AN PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	459 554	567 400	562 266	-5 134	-0,9

Die Mittel werden verwendet für die Organisation von Projekten, Konferenzen und Seminaren im Rahmen der Beteiligung der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und zur Finanzierung multilateraler Veranstaltungen zu internationalen Sicherheitsfragen, die den Prioritäten der Schweizer Aussenpolitik entsprechen. Jedes Land kann bilateral mit der NATO (Nordatlantikpakt) frei bestimmen, in welchen Bereichen es eine Zusammenarbeit wünscht. Nutzniessende sind Organisationen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vom EDA organisierten Projekte, Konferenzen und Seminare.

Die Ausgaben des VBS (Verteidigung) im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden betrugen 3,2 Millionen (siehe Band 2A, 525 V, Kredit A200.0001 «Funktionsaufwand [Globalbudget]»).

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1. Der Bundesrat beschliesst alle zwei Jahre über das Kooperationsprogramm der Schweiz.

A231.0342 BEITRÄGE DER SCHWEIZ AN DIE UNO

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	91 569 168	102 167 100	97 438 947	-4 728 153	-4,6

Die Beiträge der Schweiz an die UNO setzten sich wie folgt zusammen:

Pflichtbeiträge:

—	Ordentliches Budget der UNO	31 514 536
—	Friedenserhaltende Operationen	64 596 968
—	Zusätzliche Aufgaben Internationaler Strafgerichtshof IRM	701 942
—	UNO-Abrüstungskonventionen	58 413

Übrige Beiträge:

—	Deutscher Übersetzungsdienst der UNO	301 088
—	UNO-Institute UNITAR/UNRISD	190 000
—	UNO-Institut UNIDIR	76 000

Der Beitragssatz der Schweiz an das reguläre Budget der UNO und die Friedenssicherungseinsätze beträgt in der Periode 2022–2024 1,134 Prozent. Der Verteilschlüssel wird aufgrund von wirtschaftlichen Kriterien der Mitgliedsländer alle drei Jahre neu errechnet.

Seit 2016 werden die Mittel für die Pflichtbeiträge an die friedenserhaltenden Operationen linear, das heisst jeweils für 12 Monate budgetiert. Die Rechnungstellung der UNO erfolgt in unregelmässigen Abständen, weshalb das EDA für eine korrekte, periodengerechte Verbuchung der ausstehenden Beiträge jeweils Rechnungsabgrenzungen vollzieht.

Der Minderbedarf lässt sich hauptsächlich dadurch begründen, dass die Beträge für die Friedenserhaltenden Operationen auf Schätzwerten basieren. Die tatsächlichen geschuldeten Beträge waren erst nach dem Budgetprozess bekannt.

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 197, Ziff. 1 und Art 184, Abs. 1.

A231.0343 EUROPARAT, STRASSBURG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	10 574 848	10 550 800	10 506 044	-44 756	-0,4
davon Kreditmutationen		782 500			

Der Europarat hat die Aufgabe, einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zum Schutze und zur Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten herzustellen. Der Pflichtbeitrag der Schweiz wird auf mehrere Budgets des Europarats aufgeteilt. Die wichtigsten sind das ordentliche Budget, das Rentenbudget, das Budget für das Europäische Jugendwerk und das ausserordentliche Budget zur Finanzierung der Gebäudekosten. Der Beitragsschlüssel für den Anteil der Schweiz am ordentlichen Budget betrug für das Berichtsjahr 3,1312 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem Ausschluss Russlands aus dem Europarat wurde im Berichtsjahr der anteilmässige Pflichtbeitrag der Schweiz um 782 500 Franken erhöht.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 782 500 Franken für den höheren Pflichtbeitrag nach dem Ausschluss von Russland (Nachtrag II/2023)

Rechtsgrundlagen

Satzung des Europarates (SR 0.192.030), Art. 39.

A231.0344 ORGANISATION FÜR SICHERHEIT + ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA OSZE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 567 082	6 618 000	4 009 423	-2 608 577	-39,4

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist die grösste regionale Sicherheitsorganisation. Sie befasst sich mit einem breiten Spektrum von Fragen rund um die Sicherheit einschliesslich folgender Themen: Menschenrechte, Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen, nationale Minderheiten, Demokratisierung, polizeiliche Themen, Terrorismusbekämpfung sowie Wirtschafts- und Umweltangelegenheiten.

Der Beitrag basiert auf zwei politisch ausgehandelten Schlüsseln. Der erste dient der Aufteilung der Sekretariats- und Institutionskosten, der zweite der Aufteilung der Kosten für die Präsenz in den Einsatzgebieten (Feldmissionen). Der Anteil der Schweiz an den Sekretariats- und Institutionskosten für das Jahr 2023 belief sich auf 2,81 Prozent, während der Anteil für die Präsenz vor Ort 2,72 Prozent betrug.

Der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag erklärt sich hauptsächlich dadurch, dass die Sonderbeobachtungsmissionen in der Ukraine aufgrund des Widerstandes Russlands nicht weitergeführt werden konnten.

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1.

A231.0345 BETEILIGUNG DER SCHWEIZ AN DER FRANKOPHONEN ZUSAMMENARBEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 947 928	4 876 600	4 800 765	-75 835	-1,6

Die Aufgabe der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) besteht darin, die französische Sprache und die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern, Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen zwischen ihren 88 Mitglieds-, Beobachter- und assoziierten Staaten zu unterstützen. Neben dem Pflichtbeitrag der Schweiz an die OIF wurden auch Pflichtbeiträge an die CONFEMEN (Conférence des ministres de l'éducation des États et gouvernements de la Francophonie) und an die CONFESJES (Conférence des ministres de la jeunesse et des sports de la Francophonie) geleistet. Die Mittel teilten sich wie folgt auf:

— Pflichtbeiträge an die OIF	4 331 550
— Pflichtbeiträge an CONFEMEN und CONFESJES	52 195
— Freiwillige Beiträge an Frankophonie-Projekte	417 020

Der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag ist vorwiegend auf den günstigeren Wechselkurs (EUR/CHF) zurückzuführen.

Die DEZA hat die Frankophone Zusammenarbeit im Jahr 2023 mit einem Beitrag von 0,3 Millionen unterstützt (Kredit A231.0329 «Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)»). Das Bundesamt für Kultur gewährte dem OIF 2023 keine Subventionen.

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1; Übereinkommen über die Agence de Coopération Culturelle et Technique (SR 0.440.7); BRB vom 10.4.2019 über die Erneuerung der durch die Politische Direktion des EDA veranschlagten freiwilligen Beiträge zugunsten der Tätigkeit der Schweiz im Rahmen der Frankophonie für die Jahre 2020–2023.

A231.0346 UNESCO, PARIS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 711 779	3 747 600	3 746 757	-843	0,0

Ziel der UNESCO ist es, über die Förderung von Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation friedensstiftend zu wirken.

Der Pflichtbeitrag der Schweiz in der Höhe von 3,65 Millionen diene der Finanzierung des ordentlichen Budgets der UNESCO. Der Beitragssatz lag bei 1,465 Prozent. Ein freiwilliger Beitrag an die UNESCO in Höhe von 96 000 Franken wurde für die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Überwachung der normativen Instrumente der UNESCO verwendet.

Zudem betrugen die Ausgaben der DEZA für Vorhaben der UNESCO im Jahr 2023 3,4 Millionen (via die Kredite A231.0329 «Entwicklungszusammenarbeit [bilateral]» und A231.0336 «Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens»). Die Abteilung UNO des EDA trug weitere 0,3 Millionen für die Digitalisierung der Archive des Internationalen Bildungsbüros der UNESCO in Genf bei (Kredit A231.0353 «Aufgaben Schweiz als Gastland internationaler Organisationen»). Weiter stellte das Bundesamt für Kultur

(BAK) 0,4 Millionen für die Fonds der Kulturabkommen der UNESCO und für Projekte zur Erhaltung des kulturellen Erbes bereit (Kredit A231.0132 «Zusammenarbeit Kultur [UNESCO + Europarat]»).

Rechtsgrundlagen

Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (SR 0.407), Art. IX; BV (SR 107), Art. 184, Abs. 1; BRB vom 26.1.2022 betreffend die übrigen Beiträge an die UNESCO für die Periode 2022–2025.

A231.0347 ABRÜSTUNGSMASSNAHMEN DER VEREINTEN NATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 251 893	2 328 200	2 314 307	-13 893	-0,6

Empfänger dieser Pflichtbeiträge sind die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) sowie die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW), denen die Schweiz als Vertragsstaat angehört:

- CTBTO (Beitragssatz der Schweiz 1,162 %) 1 474 704
- OPCW (Beitragssatz der Schweiz 1,144 %) 839 603

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (SR 0.515.08); BB vom 18.6.1999 zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (BBI 1999 5119).

A231.0348 BEITRÄGE AN INSTITUTIONEN DES INTERNATIONALEN RECHTS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 638 009	3 905 400	3 897 557	-7 843	-0,2
davon Kreditmutationen		80 000			

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist zuständig für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts, d.h. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Der Ständige Schiedshof wurde eingerichtet zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte. Die Internationale Humanitäre Ermittlungskommission ist ein ständiges Organ der Staatengemeinschaft, das Verletzungen des humanitären Völkerrechts untersucht.

Die Pflichtbeiträge an Institutionen des internationalen Rechts teilten sich wie folgt auf:

- Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag 3 869 910
- Büro des ständigen Schiedshofs in Den Haag 25 645
- Internationale Humanitäre Ermittlungskommission (IHEK) 2 002

Der Beitragssatz der Schweiz an das Budget des Internationalen Strafgerichtshofs betrug 2,1725 Prozent.

Das Sekretariat der IHEK wird durch die Schweiz als Depositär der Genfer Abkommen von 1949 und ihrer Zusatzprotokolle von 1977 von der Direktion für Völkerrecht im EDA geführt. Im Zusammenhang mit dieser Aufgabe fallen im Globalbudget des EDA jährlich Personalausgaben von rund 70 000 Franken und Sachausgaben von rund 5000 Franken an. Der Beitrag an die IHEK beinhaltet neben dem Pflichtbeitrag ebenfalls Pflichtbeiträge von unter 50 Franken von Staaten, welche die IHEK anerkennen, deren Fakturierung durch das Sekretariat jedoch administrativ unverhältnismässig aufwändig wäre.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 80 000 Franken für den Pflichtbeitrag an dem IStGH (Kreditüberschreitung mit geringfügigem Ermessensspielraum, Art. 36 Abs. 4 FHG (SR 611.0))

Rechtsgrundlagen

Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17.7.1998 (SR 0.312.1), insbesondere Art. 114, 115 und 117; Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18.10.1907 (SR 0.193.212), insbesondere Art. 50; Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (SR 0.518.521), insbesondere Art. 90.; BRB vom 22.6.1994 betreffend die internationale humanitäre Ermittlungskommission.

A231.0349 BEITRÄGE AN RHEIN- UND MEERESORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 052 367	1 088 900	1 057 064	-31 836	-2,9

Die Pflichtbeiträge an internationale Rhein- und Meeresorganisationen teilten sich wie folgt auf:

— Zentrale Kommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)	690 198
— Internationaler Seegerichtshof (ITLOS)	178 155
— Internationale Meeresbodenbehörde (ISA)	119 434
— Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO)	69 277

Die Finanzierung der ZKR wird zu jeweils gleichen Teilen unter den fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande, Schweiz) aufgeteilt. Das Budget wird in der Plenarversammlung des Vorjahres festgelegt. Der Beitragsschlüssel der Schweiz für die Zahlungen an den Internationalen Seegerichtshof und die Internationalen Meeresbodenbehörde betrug 1,14 Prozent. Der Jahresbeitrag an die Internationale Seeschifffahrtsorganisation setzte sich aus dem Grundbeitrag und dem Beitrag nach Flottentonnage zusammen.

Rechtsgrundlagen

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982 (UNCLOS, SR 0.747.305.15); Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10.12.1982 (SR 0.747.305.151); Revidierte Rheinschifffahrts-Akte vom 17.10.1868 zwischen Baden, Bayern, Frankreich, Hessen, den Niederlanden und Preussen (SR 0.747.224.101), Art. 47; Übereinkommen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (SR 0.747.224.011), Art. 10; Abkommen zur Schaffung einer internationalen Seeschifffahrtsorganisation (SR 0.747.305.91), Art. 39.

A231.0350 INTERESSENWAHRUNG DER SCHWEIZ IN INTERNATIONALEN GREMIEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 789 724	1 972 200	1 864 577	-107 623	-5,5

Neben dem Pflichtbeitrag an das für die Vergabe der Weltausstellungen zuständige Internationale Ausstellungsbüro in Paris enthält dieser Kredit Finanzhilfen, mit denen sich der Bund an den Kosten internationaler Konferenzen oder Seminare beteiligt, externes Fachwissen vor, während und im Nachgang zu multilateralen Verhandlungsprozessen (z.B. im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Einsitznahme der Schweiz im Sicherheitsrat) bezieht und sogenannte Junior Professional Officers (JPO) bei der UNO und OECD finanziert. Der Kredit ermöglicht zudem die Unterstützung von Projekten zur Abstützung der multilateralen Politik im Inland. Er leistet damit einen Beitrag zur Förderung des internationalen Dialogs über aktuelle Themen sowie zur Platzierung von Schweizer Nachwuchskräften in ausgewählten internationalen Organisationen.

Die Mittel wurden wie folgt verwendet:

— Internationales Ausstellungsbüro Paris (Pflichtbeitrag)	35 280
— Projekte UNO-Sicherheitsrat	666 690
— Konferenzen	51 099
— Kernbeiträge	441 275
— Junior Professional Officers (JPO)	670 233

Der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag erklärt sich hauptsächlich durch tiefere Ausgaben für das JPO-Programm sowie durch tiefere Beiträge an das Asien-Europa-Treffen (ASEM) und die Asia-Europe-Foundation (ASEF).

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1; Übereinkunft vom 22.11.1928 über die internationalen Ausstellungen (SR 0.945.11), Art. 9.; BRB vom 20.12.2019 betreffend die Förderung der Präsenz und Interessenwahrung der Schweiz in internationalen Gremien 2020–2023.

A231.0352 INFRASTRUKTURLEISTUNGEN UND BAULICHE SICHERHEITSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	791 116	2 875 200	2 875 200	0	0,0

Dieser Kredit beinhaltet die Beiträge an bauliche Sicherheitsmassnahmen, welche in Genf angesiedelte internationale Organisationen zu ihrem Schutz umsetzen und die vom Bund mitfinanziert werden. Diese Finanzhilfe kann den institutionellen Begünstigten gemäss Gaststaatgesetz (d.h. zwischenstaatliche Organisationen, internationale Institutionen, u.a.) gewährt werden.

Die eingesetzten Mittel gingen an diverse Projekte, unter anderem der UNO, der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) oder der Internationalen Fernmeldeunion (ITU). Die in den Vorjahren entstandenen Verzögerungen konnten im Berichtsjahr mit dem Fortschreiten der Arbeiten aufgeholt werden.

Rechtsgrundlagen

Gaststaatgesetz vom 22.6.2007 (GSG; SR 192.12), Art. 20.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020–2023» (V0332.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0353 AUFGABEN SCHWEIZ ALS GASTLAND INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	23 562 549	24 063 500	23 411 985	-651 515	-2,7

Diese Finanzhilfe dient der Umsetzung der schweizerischen Gaststaatspolitik. Nutzniesser sind institutionelle Begünstigte gemäss Gaststaatgesetz wie zum Beispiel internationale Institutionen und zwischenstaatliche Organisationen, internationale Konferenzen sowie andere internationale Organe.

Die Mittel wurden wie folgt eingesetzt:

- Punktuelle Vorhaben (Anlässe, Empfänge, internationale Konferenzen
- inkl. Sicherheitsmassnahmen, Ansiedelungen usw.) 12 833 323
- Betrieb des Internationalen Konferenzentrums Genf (CICG) 6 200 000
- Beteiligung an den Mietkosten der internationalen Organisationen 3 125 458
- Unterhalt des Centre William Rappard und des Konferenzsaals der Welthandelsorganisation (WTO) 1 044 362
- Unterhalt der baulichen Sicherheitsmassnahmen an den Gebäuden der internationalen Organisationen 179 272
- Pflichtbeitrag Unterbringung des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs der OSZE 29 570

Da einige Projekte nicht durchgeführt wurden, waren die Ausgaben niedriger als veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Gaststaatgesetz vom 22.6.2007 (GSG; SR 192.12), Art. 20.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020–2023» (Z0058.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2..

A231.0354 INTERNATIONALES ROTKREUZ- UND ROTHALBMOND-MUSEUM, GENF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 118 000	1 122 500	1 118 000	-4 500	-0,4

Das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf dokumentiert die Geschichte und die Aktivitäten der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Der Beitrag des Bundes an die Betriebskosten des Museums macht zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Betriebsbeiträge an das Museum aus. Weitere Träger sind der Kanton Genf und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Der Bund ist im Stiftungsrat vertreten.

Rechtsgrundlagen

Gaststaatgesetz vom 22.6.2007 (GSG; SR 192.12), Art. 20.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020–2023» (Z0058.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2..

A231.0355 SICHERHEITSDISPOSITIV INTERNAT. GENF: DIPLOMATISCHE GRUPPE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 000 000	1 004 000	1 000 000	-4 000	-0,4

Finanziert wird die Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen für die ständigen Vertretungen und die internationalen Organisationen sowie des Personenschutzes durch die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei.

Rechtsgrundlagen

Gaststaatgesetz vom 22.6.2007 (GSG; SR 192.12), Art. 20, Buchstabe f.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Stärkung der Schweiz als Gaststaat 2020–2023» (Z0058.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2..

A231.0356 AUSLANDSCHWEIZERBEZIEHUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 553 807	3 733 200	3 668 826	-64 374	-1,7

Mit dieser Finanzhilfe werden Organisationen unterstützt, welche die Beziehungen der über 800 000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zur Schweiz und untereinander fördern. Weiter erhalten Schweizer Hilfsgesellschaften im Ausland Beiträge zur Betreuung von bedürftigen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, die gemäss Auslandschweizergesetz nicht fürsorgeberechtigt sind.

Die Mittel wurden wie folgt verwendet:

— Auslandschweizerorganisation (ASO) inkl. «Schweizer Revue»	3 331 020
— Weitere Auslandschweizer-Institutionen	130 000
— Auslandschweizer-Information: «Gazzetta», «Swissinfo»	105 045
— Diverse Projekte	102 761

Der Unterschied zum Voranschlag lässt sich insbesondere durch eine tiefere Anzahl von Unterstützungsanträgen erklären.

Rechtsgrundlagen

Auslandschweizergesetz vom 26.9.2014 (ASG; SR 195.1), Art. 38 und 58; Auslandschweizerverordnung (V-ASG; SR 195.11), Art. 46.

A231.0357 FÜRSORGELEISTUNGEN AN AUSLANDSCHWEIZER / INNEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 120 548	1 250 000	847 297	-402 703	-32,2

Diese Finanzhilfe sichert die Existenz der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die im Ausland oder während eines temporären Aufenthaltes in der Schweiz in eine Situation der Bedürftigkeit geraten sind.

Die Auslagen der Bundessozialhilfe sind schwierig zu prognostizieren. Sie sind abhängig von der Weltwirtschaftslage und von Krisen und Naturkatastrophen im Ausland. Die Ausgaben lagen 2023 rund 24 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber dem Voranschlag fielen sie ebenfalls tiefer aus als erwartet.

Rechtsgrundlagen

Auslandschweizergesetz vom 26.9.2014 (ASG; SR 195.1), 4. Kapitel.

A231.0358 STIFTUNG JEAN MONNET

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	193 200	194 600	193 800	-800	-0,4

Mit dieser Finanzhilfe werden Aktivitäten der Stiftung Jean Monnet (FJME) finanziert, die für die schweizerische Europapolitik von Bedeutung sind.

Die FJME wurde zudem mit einem Beitrag von 134 500 Franken vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (WBF/SBFI) unterstützt (siehe Band 2B, 750 SBFI, Kredit A231.0273 «Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung»).

Rechtsgrundlagen

BV (SR 101), Art. 184, Abs. 1; BRB vom 11.12.2020 über die Weiterführung der Finanzhilfe des EDA an die Stiftung Jean Monnet für Europa für die Periode 2021–2023.

A235.0108 DARLEHEN IMMOBILIENSTIFTUNG FIPOI

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	36 850 000	106 221 100	37 561 664	-68 659 436	-64,6

Mit diesem Kredit werden über die FIPOI, die 1964 vom Bund und Kanton Genf gegründete Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen, zinslose Baudarlehen sowie Renovationsdarlehen an die institutionellen Begünstigten gemäss Gaststaatsgesetz gewährt.

Die Mittel wurden wie folgt verwendet:

– Renovation des UNO-Gebäude Palais des Nations	34 039 442
– Neubau Sitzgebäude ITU	1 422 242
– Studie Abriss und Neubau Sitzgebäude IOM	2 100 000

Der Abschluss des Neubaus des ITU-Sitzgebäudes ist spätestens 2026 geplant. Die Studie wird im Jahr 2025 abgeschlossen.

Die Renovation des bestehenden UNO-Gebäudes hat sich stark verzögert. Grund dafür sind einerseits Lieferprobleme beim technischen Material. Andererseits hängt der Beginn der Bauarbeiten eines weiteren Gebäudes vom Umzug der Mitarbeitenden sowie der Verfügbarkeit von Konferenzräumen ab. Die budgetierten Mittel wurden deshalb nicht im vollen Umfang beansprucht.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.6.2007 über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge (GSG; SR 192.12), Art. 20.

Hinweise

Siehe auch Einnahmenposition E131.0105 «Rückzahlungen Darlehen Immobilienstiftung FIPOI».

Verpflichtungskredite «FIPOI-Darlehen Planungskosten Sitzgebäude IOM» (V0368.00), «Darlehen FIPOI für Abbruch und Neubaus ITU» (V0273.01) und «Bau- und Renovationsdarlehen Palais des Nations» (V0278.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 4: HUMANITÄRE HILFE**A231.0332 HUMANITÄRE AKTIONEN**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	553 466 355	573 585 500	573 585 159	-341	0,0
davon Kreditmutationen		160 134 600			

Neben der Ausrichtung von Finanzbeiträgen an humanitäre Partnerorganisationen (namentlich an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz IKRK, Partneragenturen der Vereinten Nationen sowie Nichtregierungsorganisationen) stehen der Humanitären Hilfe zur Umsetzung ihres Mandats der humanitäre Dialog, Hilfsgüterlieferungen sowie das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) zur Verfügung. Letzteres wird aus dem Funktionsaufwand (Kredit A200.0001 «Funktionsaufwand [Globalbudget]») finanziert.

Um auf die wachsenden humanitären Herausforderungen durch Naturkatastrophen (Erdbeben in der Türkei, Zyklon Mocha in Myanmar und Bangladesch) und die neu entfachten bewaffneten Konflikte im Sudan sowie im besetzten palästinensischen Gebiet zu reagieren und gleichzeitig das Leid in den Konflikten in der Ukraine oder in der Demokratischen Republik Kongo, im

Jemen oder Syrien zu lindern, priorisierte die Humanitäre Hilfe die Nothilfe (85 %). Daneben engagierte sie sich weiterhin in der Katastrophenvorsorge sowie im Wiederaufbau und leistete einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der internationalen Krisenbewältigungsmechanismen sowie des humanitären Systems (15 %).

Aus diesem Kredit wurden insgesamt 58,4 Millionen für die Ukraine und Region eingesetzt. Davon wurden 41,5 Millionen mit dem Nachtrag I bewilligt.

Daneben hat die Schweiz 90 Millionen für die humanitäre Krise im Nahen Osten eingesetzt, wovon 86 Millionen mit dem Nachtrag II bewilligt wurden. Letztlich wurden für übrige humanitäre Aktionen (Sudan, Afghanistan) Mittel in der Höhe von insgesamt 32,6 Millionen EDA-intern auf diesen Kredit verschoben (siehe Kreditmutationen).

Die Schweiz erhielt 2023 Mittel von anderen Entwicklungsagenturen für die Durchführung oder Kofinanzierung von Projekten (1,2 Millionen). Diese wurden innerhalb des vorliegenden Kredits einerseits als Einnahmen und andererseits als Ausgaben verbucht. Für den Bundeshaushalt entstanden somit keine Mehrkosten.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 86 Millionen für die Linderung der regionalen humanitären Krisen im Nahen Osten (Nachtrag II)
- Nachtragskredit von 41,5 Millionen für die Unterstützung der Ukraine und Region (Nachtrag I)
- Kreditverschiebungen von insgesamt 29,7 Millionen aus dem Kredit A231.0329 «Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)» für verschiedene humanitäre Aktionen in Sudan (14,3 Mio.), der Ukraine und Region (7,4 Mio.), Afghanistan (6,5 Mio.), der Demokratischen Republik Kongo (0,8 Mio.), Bangladesch und Myanmar (0,7 Mio.)
- Kreditverschiebung von 7 Millionen aus dem Kredit A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) für die Sudankrise
- Kreditverschiebung von 5,3 Millionen hin zum Kredit A231.0329 «Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)» für den Beitrag an den UN-Fonds «Education cannot wait»
- Kreditverschiebung von 1,2 Millionen aus dem Kredit A231.0330 «Beiträge an multilaterale Organisationen» für die Ukraine und Region

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1., Ernährungshilfe-Übereinkommen vom 25.4.2012 (SR 0.916.111.312), Art. 5.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredite «Internationale humanitäre Hilfe» (V0025.04-05), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0333 BEITRAG AN DEN IKRK-HAUPTSITZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	80 000 000	130 000 000	130 000 000	0	0,0
davon Kreditmutationen		50 000 000			

Der jährliche Beitrag an das Sitzbudget des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) dient dem IKRK dazu, seine koordinierenden und unterstützenden Aufgaben für die Delegationen in über 100 Ländern wahrzunehmen. Eine Vereinbarung mit der DEZA ermöglicht es dem IKRK, einen Teil des Beitrags an das Sitzbudget für seine Arbeit vor Ort einzusetzen, wenn es die Kosten des IKRK-Sitzes in Genf vollständig gedeckt hat.

Die hohen budgetierten Ausgaben sowie der deutliche Rückgang der finanziellen Beiträge der wichtigsten staatlichen Geber haben das IKRK in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Damit das IKRK sein Mandat weiterhin erfüllen kann, hat der Bund dem IKRK einmalig zusätzliche Mittel von 50 Millionen zur Verfügung gestellt. Das IKRK hat Massnahmen ergriffen, um das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern.

Aus dem Voranschlagskredit A231.0332 «Humanitäre Aktionen» wurden zudem Beiträge für verschiedene Einsätze des IKRK im Ausland geleistet (rund 87 Mio.).

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 50 Millionen zu Gunsten des IKRK Hauptsitzes (Nachtrag II)

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Der Jahresbeitrag an das IKRK wird gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredit «Internationale humanitäre Hilfe 2021–2024» (V0025.05), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0443 COVID: HUMANITÄRE HILFE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	112 054 281	112 054 281	0	0,0
davon Kreditmutationen		112 054 281			

Die Schweiz hat nicht benötigte Covid-19-Impfstoffdosen kostenlos an Entwicklungsländer abgegeben. Es wurden Lieferungen an folgende Länder getätigt: nach Côte d'Ivoire, Guatemala, Malawi, Pakistan, Sambia, Sankt-Lucia, St. Vincent & die Grenadinen, Südafrika, Tuvalu & Tonga und Usbekistan. Die dafür benötigten Mittel wurden vom VBS (siehe Band 2A, 525 V, Kredit A202.0185 «Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial») zum EDA verschoben.

Kreditmutationen

— Kreditverschiebung von 112,1 Millionen vom VBS (siehe A202.0185 «Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial».)

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.; Bundesbeschluss Ia vom 16.12.2021 über den Voranschlag für das Jahr 2022, Art. 3.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredit «Covid: Internationale Zusammenarbeit» (V0337.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 5: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND FRIEDENSFÖRDERUNG

A231.0329 ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (BILATERAL)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	799 876 946	815 617 100	815 556 023	-61 077	0,0
davon Kreditmutationen		-31 224 600			

Mit technischer Zusammenarbeit und Finanzhilfen werden Entwicklungsländer in ihren Eigenanstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen unterstützt, aktuell insbesondere für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit und Bildung. Erstempfänger dieser Finanzhilfe sind u.a. internationale Institutionen, schweizerische und lokale Hilfswerke, Privatunternehmen sowie Partnerstaaten, welche die verschiedenen Projekte und Massnahmen umsetzen. Nutzniesserin ist die benachteiligte Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Das Wachstum sowie die geografische Aufteilung und die Beiträge an Schweizer NGOs entsprachen der IZA-Strategie 2021–2024 (BBI 2020 2597). Die Mittel wurden wie folgt eingesetzt (in %):

— Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit EDA	65
— Globalprogramme und Initiativen	21
— Programmbeiträge an Schweizer NGO	14

Die Schweiz erhielt 2023 Mittel von anderen Entwicklungsagenturen für die Durchführung oder Kofinanzierung von Projekten (6,7 Mio.). Sie wurden innerhalb des vorliegenden Kredits einerseits als Einnahmen und andererseits als Ausgaben verbucht. Für den Bundeshaushalt entstanden somit keine Mehrkosten.

Kreditmutationen

- Kompensation von 8,0 Millionen für die Unterstützung der Ukraine und Region (Nachtrag I)
- Kreditverschiebungen von insgesamt 29,7 Millionen hin zum Kredit A231.0332 «Humanitäre Aktionen» für verschiedene humanitäre Aktionen in Sudan (14,3 Mio.), der Ukraine und Region (7,4 Mio.), Afghanistan (6,5 Mio.), der Demokratischen Republik Kongo (0,8 Mio.), Bangladesch und Myanmar (0,7 Mio.)
- Kreditverschiebung von 5,3 Millionen aus dem Kredit A231.0332 «Humanitäre Aktionen» für den Beitrag der Schweiz an den UN-Fonds «Education cannot wait»
- Kreditverschiebung von 0,8 Millionen zum Kredit A236.0141 «Investitionsbeiträge internationale Zusammenarbeit»
- Nachtragskredit von 2 Millionen zu Gunsten des Financial Intermediary Fund for Pandemic Preparedness and Response (FIF) (Nachtrag II)

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredite «Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe» (V0024.03–V0024.05) und «Internationale Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0024.06), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0330 BEITRÄGE AN MULTILATERALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	345 658 950	345 144 800	345 134 089	-10 711	0,0
davon Kreditmutationen		-1 210 000			

Die im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit an internationale Organisationen ausgerichteten Beiträge bezwecken die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Die DEZA konzentriert ihre Beiträge auf 16 multilaterale Organisationen, die in der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (BBI 2020 2597) als prioritäre Partnerorganisationen definiert sind. Die Mittel wurden wie folgt eingesetzt (auf Tausend Franken gerundet):

Internationale Finanzinstitutionen:

- AfDF – African Development Fund 76 517 000
- MDRI – Multilateral Debt Relief Initiative 36 583 000
- AsDF – Asian Development Fund 8 420 000

Unterorganisationen der UNO:

- UNDP – United Nations Development Programme 52 275 000
- UNICEF – United Nations Children's Fund 21 000 000
- UNFPA – United Nations Population Fund 16 000 000
- UN Women – United Nations for Gender Equality & Empowerment of Women 16 000 000
- IFAD – International Fund for Agricultural Development 15 000 000
- UNAIDS – United Nations Programme on HIV and AIDS 10 000 000
- WHO – World Health Organization 5 900 000

Globale Fonds und Netzwerke:

- GCF – Green Climate Fund / Adaptation Fund 37 350 000
- GFATM – Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria 21 000 000
- CGIAR – Consultative Group International Agricultural Research 18 000 000
- GPE – Global Partnership for Education 10 000 000

Weitere 1,1 Millionen gingen an folgende multilaterale Organisationen: UNO-Freiwilligenprogramm (UNV) und UNO-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD).

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung von 1,2 Millionen hin zum Kredit A231.0332 «Humanitäre Aktionen» für die Unterstützung der Ukraine und Region

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Die Beiträge für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredite «Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe» (V0024.04–V0024.05) und «Internationale Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0024.06), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0331 WIEDERAUFFÜLLUNGEN DER IDA-MITTEL (WELTBANK)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	227 371 560	235 000 000	234 996 578	-3 422	0,0

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist eine Tochtergesellschaft der Weltbank, welche die ärmsten Länder der Welt bei der Armutsbekämpfung unterstützt. Sie vergibt dazu Kredite zu Vorzugsbedingungen (zinslos bzw. mit Vorzugszins, Laufzeit 25–40 Jahre, Start der Rückzahlungen nach 5–10 Jahren). Bei stark überschuldeten Ländern sind auch nichtrückzahlbare Beiträge möglich. Weiter ist die IDA für die Entschuldung von hochverschuldeten Entwicklungsländern (sog. HIPC-Initiative) und die daran anknüpfende multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) zuständig. Die IDA finanziert sich aus Beiträgen von Geberländern, aus den Rückflüssen von Krediten früherer Jahre, aus Zuschüssen anderer Tochtergesellschaften der Weltbank (IBRD, IFC) und aus auf den Finanzmärkten aufgenommenem Kapital. Zur Festlegung der Geberbeiträge finden in der Regel alle drei Jahre sogenannte Wiederauffüllungsverhandlungen (IDA-Replenishments) statt, an denen das finanzielle Gesamtvolumen der Wiederauffüllung, die Anteile der verschiedenen Geberländer und die Zahlungspläne festgelegt werden. Die Auszahlungen der Wiederauffüllungen erfolgen nicht linear über neun Jahre.

Die Schweiz ist anlässlich der 17. bis 20. IDA-Wiederauffüllungen Verpflichtungen eingegangen, welche im Jahr 2023 folgende Auszahlungen zur Folge hatten (auf tausend Franken gerundet):

— IDA 17	61 720 000
— IDA 18	102 470 000
— IDA 19	50 162 000
— IDA 20	20 645 000

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Die Beiträge an IDA werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredite «Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe» (V0024.04–V0024.05) und «Internationale Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0024.06), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0338 ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG UND MENSCHENRECHTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	57 968 852	61 506 200	61 421 516	-84 684	-0,1
davon Kreditmutationen		3 447 500			

Diese Finanzhilfe dient der Unterstützung von multilateralen Aktionen der UNO und der OSZE im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung sowie von anderen Massnahmen, die der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte dienen. Erstempfänger sind internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen, Private sowie Regierungsorganisationen.

Die Mittel wurden in den Bereichen Frieden (66 %), Menschenrechtsdiplomatie (22 %) sowie humanitäre Diplomatie und Flucht und Migration (12 %) eingesetzt und verteilten sich wie folgt auf die geografischen Schwerpunkte (in %):

— Nordafrika und Mittlerer Osten	31
— Subsahara-Afrika	27
— OSZE-Raum	30
— Weitere Länder	12

Aus diesem Kredit wurden insgesamt 5,2 Millionen für die Ukraine und Region eingesetzt.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 3,5 Millionen bezüglich Ukraine (Nachtrag Ib)
- Kompensation von 52 500 Franken für das Schadensregister Ukraine (Nachtrag II)

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.12.2003 über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte (SR 193.9), Art. 3 und 4.

Hinweise

Gemäss den Kriterien der OECD sind die Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte zu rund 86 Prozent als öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, APD) anrechenbar.

Verpflichtungskredite «Massnahmen zur zivilen Friedensförderung» (V0012.03) und «Frieden und menschliche Sicherheit» (V0012.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0339 GENFER SICHERHEITSPOLITISCHE ZENTREN: DCAF/GCSP/GICHD

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	31 533 035	31 980 600	31 898 100	-82 500	-0,3

Die drei Genfer Zentren sind wichtige Partner der Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik und tragen zur Einflussnahme in internationalen Diskussionen wie folgt bei: Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) über die Schulungstätigkeit in den Bereichen Frieden, Sicherheit und Demokratieförderung; das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) im Bereich Minenräumung und das Genfer Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors (DCAF) im Bereich Reform und Gouvernanz des Sicherheitssektors (Polizei, Justiz, Grenzsicherheit, Militär, staatliche und zivilgesellschaftliche Kontrollorgane). Insgesamt schaffen diese Aktivitäten den Rahmen für Friedenssicherung, Armutsreduktion und langfristig friedliche Entwicklung.

Die Ausgaben teilten sich wie folgt auf:

— DCAF	11 832 800
— GCSP	10 553 600
— GICHD	9 511 700

Die Auszahlungen an das GICHD fielen um 82 500 Franken tiefer aus als budgetiert. Grund dafür ist ein Überschuss aus dem Vorjahr, der mit dem Beitrag des Bundes im laufenden Jahr verrechnet wurde.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.12.2003 über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte (SR 193.9), Art. 4; BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Die Beiträge an das DCAF und an das GICHD werden bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz (APD) gemäss Richtlinien des Entwicklungshilfenausschusses (DAC) der OECD berücksichtigt.

Verpflichtungskredite «Genfer Zentren» (V0217.01-02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0441 NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTION (NMRI)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	1 000 000	1 000 000	0	0,0

Die im 2023 gegründete Schweizerische Menschenrechtsinstitution (SMRI) soll zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte beitragen. Neben innerstaatlichen Menschenrechtsfragen enthält ihr Mandat auch Fragen in Bezug auf die Umsetzung internationaler Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte in der Schweiz. Ihre Aufgaben umfassen Information und

Dokumentation, Forschung, Beratung sowie Menschenrechtsbildung und Sensibilisierung. Sie fördert ferner die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren und kann mit internationalen Organisationen und ausländischen Menschenrechtsinstitutionen zusammenarbeiten.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz vom 19.12.2003 über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte (SR 193.9), Art. 10a Abs. 2 (Inkrafttreten am 1.1.2023, BBl 2027 2325).

Hinweise

Zahlungsrahmen (Z0065.00 «Nationale Menschenrechtsinstitution [NMRI] 2023–2026»), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A235.0109 BETEILIGUNGEN AN DER WELTBANK

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total Investitionsausgaben	48 592 703	39 100 000	39 095 547	-4 453	0,0

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Internationale Finanzgesellschaft (IFC) der Weltbankgruppe (WBG) fördern in den Zielländern eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, u.a. durch Investitionen in die Infrastruktur und durch die Förderung des Privatsektors. Für beide wurden 2018 vom Entwicklungsausschuss der Weltbankgruppe Kapitalerhöhungen beschlossen. Von der Kapitalbeteiligung an der IBRD ist nur ein kleiner Teil einzahlbar; der Rest wird als Garantiekapital gezeichnet. Während die einzahlbaren Anteile in erster Linie zu Liquiditäts- und Reservezwecken dienen, tragen die Garantiekapitalien zur Absicherung der auf den internationalen Kapitalmärkten aufgenommenen Anleihen bei.

Die einzahlbaren Anteile der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der IBRD und der IFC teilten sich wie folgt auf (auf tausend Franken gerundet):

— Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)	24 000 000
— Internationale Finanzgesellschaft (IFC)	15 100 000

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredit «Beteiligung an der Weltbank (Kapitalerhöhung IBRD, IFC)» (V0023.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A235.0110 BETEILIGUNGEN, REGIONALE ENTWICKLUNGSBANKEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total Investitionsausgaben	13 056 966	12 300 000	12 294 368	-5 632	0,0

Die multilateralen Entwicklungsbanken fördern in den Zielländern eine nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, u.a. durch Investitionen in die Infrastruktur und durch die Förderung des Privatsektors. Von den Kapitalbeteiligungen ist jeweils nur ein kleiner Teil einzahlbar; der Rest wird als Garantiekapital gezeichnet. Während die einzahlbaren Anteile in erster Linie Liquiditäts- und Reservezwecken dienen, tragen die Garantiekapitalien zur Absicherung der von den Banken auf den internationalen Kapitalmärkten aufgenommenen Anleihen bei. Im Oktober 2019 beschlossen die Gouverneure der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) eine Kapitalerhöhung um 125 Prozent. Der einzahlbare Anteil der Schweiz an der laufenden Kapitalerhöhung der AfDB betrug 2023 12,3 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9, Abs. 1.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredit «Beteiligung an der Kapitalerhöhung AfDB» (V0212.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A235.0112 DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	-300 000	-	-	-	-

Die Schweiz unterstützt in Entwicklungsländern die Stärkung der Rahmenbedingungen sowie innovative Lösungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung des Privatsektors. Im Jahr 2023 wurden keine Darlehen vergeben oder Beteiligungen eingegangen. Die Unterstützung erfolgte in Form von Investitionsbeiträgen.

A236.0141 INVESTITIONSBEITRÄGE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	3 500 000	5 800 000	5 799 501	-499	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>800 000</i>			

Die Schweiz unterstützt in Entwicklungsländern die Stärkung der Rahmenbedingungen sowie innovative Lösungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung des Privatsektors. Um die Mobilisierung von zusätzlichen privaten Geldern zu ermöglichen, übernahm die DEZA in zwei strukturierten Fonds einen «First Loss»-Anteil im Umfang von 5,8 Millionen.

Kreditmutationen

— Kreditverschiebung von 0,8 Millionen aus dem Kredit A231.0329 «Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)»

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verpflichtungskredit «Internationale Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0024.06), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 6: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES OSTENS UND ZWEITER SCHWEIZER BEITRAG

A231.0336 ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT, LÄNDER DES OSTENS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	142 748 999	175 593 300	175 591 320	-1 980	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>28 000 000</i>			

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Ostens werden Aktivitäten finanziert, die der Erreichung der Ziele gemäss der Strategie zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (BBI 2020 2597) dienen: wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung, Gouvernanz einschliesslich Rechtsstaatlichkeit, Institutionen und Dezentralisierung, Umwelt – v.a. Klimawandel, Wasser und Infrastruktur, sowie Gesundheit. Die Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Ostens stärken die Beteiligung ausgeschlossener Gruppen und tragen zur Geschlechtergleichstellung bei.

Aus diesem Kredit wurden 48,3 Millionen für die Ukraine und Region zur Bewältigung der Auswirkungen des Krieges eingesetzt.

Die Schweiz erhielt zudem Mittel von anderen Entwicklungsagenturen für die Durchführung oder Kofinanzierung von Projekten (1,4 Millionen). Sie wurden innerhalb des vorliegenden Kredits einerseits als Einnahmen und andererseits als Ausgaben verbucht. Für den Bundeshaushalt entstanden somit keine Mehrkosten.

Kreditmutationen

— Nachtragskredit von 28 Millionen für die Unterstützung der Ukraine und Region (Nachtrag I)

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2016 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1), Art. 1 und 10.

Hinweise

Die Mittel dieses Kredits werden gemäss den Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz berücksichtigt.

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten» (V0021.03–V0021.04) und «Entwicklungszusammenarbeit Ost 2021–2024» (V0021.05), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0337 SCHWEIZER BEITRAG AN AUSGEWÄHLTE EU-MITGLIEDSTAATEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	789 214	13 500 000	3 416 374	-10 083 626	-74,7

Mit dem Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten werden Projekte und Programme zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Sicherheit, Sozial- und Gesundheitswesen sowie Bürgerengagement und Transparenz finanziert. Die Umsetzung der Aktivitäten erfolgt im Rahmen bilateraler Abkommen mit den Empfängerstaaten, die für den zweiten Schweizer Beitrag alle im Jahr 2022 und 2023 unterzeichnet wurden. Der Beitrag kommt grösstenteils benachteiligten Regionen in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten zugute. Die Mittel wurden wie folgt eingesetzt (auf Tausend Franken gerundet):

- Beitrag zugunsten von Kroatien (Erweiterungsbeitrag) 2 861 000
- Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte Mitgliedstaaten 555 000

Seit 2021 fallen unter dem Erweiterungsbeitrag nur noch Auszahlungen für Kroatien an.

Die Projekte werden von den Partnerländern vorfinanziert und umgesetzt und die Schweiz erstattet nach Prüfung einen Teil der vereinbarten Kosten. Das bedeutet, dass die Zahlungen nicht in fixen jährlichen Tranchen, sondern in Abhängigkeit des konkreten Projektfortschritts erfolgen, was die Planbarkeit erschwert. Deshalb wurde weniger ausbezahlt als geplant.

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2016 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1), Art. 1 und 10.

Hinweise

Siehe auch Band 2B, 704 SECO, Kredit A231.0209 «Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten».

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «Beteiligung der Schweiz an der Erweiterung der EU 2014–2017» (V0154.02) und «2. Beteiligung der Schweiz an der Erw. EU 2019–2024» (V0154.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 7: KOMPETENZZENTRUM RESSOURCEN**A235.0107 DARLEHEN FÜR AUSTRÜSTUNG**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total Investitionsausgaben	973 900	1 224 600	360 000	-864 600	-70,6

Aus diesem Kredit werden Darlehen an ins Ausland versetzte Angestellte gewährt, die für Einrichtungs- oder Ausrüstungskosten (inkl. Mietzinsdepots, Instandstellungsarbeiten, Kauf eines Personenwagens) aufzukommen haben.

Der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag erklärt sich durch die geringere Nachfrage nach Darlehen des versetzbaren Personals.

Rechtsgrundlagen

V des EDA vom 20.9.2002 zur Bundespersonalverordnung (VBPV-EDA; SR 172.220.111.343.3), Art. 114.

Hinweise

Siehe auch Einnahmenposition E131.0106 «Rückzahlung Darlehen für Ausrüstung».

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	11 999 326	5 800 000	5 721 501	-78 499	-1,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>800 000</i>			

Die Wertminderungen der Darlehen an die Immobilienstiftung FIPOI zugunsten der internationalen Organisationen entstehen anlässlich der Erstbewertung und bemessen sich nach dem Zinsvorteil, der den internationalen Organisationen gegenüber dem Marktzins gewährt wird. Weil 2023 keine Fertigstellung einzelner Objekte erfolgte, fielen auch keine Wertminderungen dafür an. Jedoch wurden die Investitionsbeiträge zulasten der Erfolgsrechnung vollständig wertberichtigt (5,8 Mio. siehe Kredit A236.0141 «Investitionsbeiträge internationale Zusammenarbeit»).

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung von 800 000 Franken für nicht budgetierte Wertanpassungen und -berichtigungen

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 51.

Hinweise

Siehe auch Einnahmenpositionen E131.0105 «Rückzahlung Darlehen Immobilienstiftung FIPOI» und E140.0001 «Finanzertrag» und Kredite A235.0108 «Darlehen Immobilienstiftung FIPOI», A236.0141 «Investitionsbeiträge internationale Zusammenarbeit» und A240.0001 «Finanzaufwand».

WEITERE KREDITE

A240.0001 FINANZAUFWAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	2 369 530	68 333 000	68 331 146	-1 854	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>68 333 000</i>			

In diesem Kredit werden die Buchverluste der Darlehen anlässlich der Folgebewertung und die Währungsverluste bei den Beteiligungen verbucht. Der Finanzaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

- Wertanpassungen Beteiligungen 67 150 376
- Fremdwährungsbewertung Wiedereingliederungsfonds Europarat 610 695
- Fremdwährungsbewertung Europäischer Fond für Südost-Europa EFS 570 074

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung von 68,3 Millionen für nicht budgetierte Buch- und Währungsverluste

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 51.

Hinweise

Siehe auch Einnahmenpositionen E131.0105 «Rückzahlung Darlehen Immobilienstiftung FIPOI» und E140.0001 «Finanzertrag» und Kredite A235.0108 «Darlehen Immobilienstiftung FIPOI», A235.0110 «Beteiligungen, Regionale Entwicklungsbanken» und A238.0001 «Wertberichtigungen im Transferbereich».

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN

A290.0118 COVID: HUMANITÄRE HILFE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	60 141 287	–	–	–	–

Die Ausgaben für Covid-19-Impfstoffdosen werden seit 2023 über den ordentlichen Kredit A231.0443 COVID: Humanitäre Hilfe verbucht.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

3	EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN	107
301	GENERALSEKRETARIAT EDI	113
303	EIDGENÖSSISCHES BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN	123
305	SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV	129
306	BUNDESAMT FÜR KULTUR	135
311	BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE	153
316	BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT	163
317	BUNDESAMT FÜR STATISTIK	181
318	BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN	191
341	BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN	207
342	INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE	217

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	145,4	329,3	168,4	23,0	15,8
Laufende Ausgaben	20 572,1	21 098,8	20 628,3	56,2	0,3
Eigenausgaben	830,5	872,1	835,6	5,1	0,6
Transferausgaben	19 741,6	20 226,8	19 792,7	51,1	0,3
Selbstfinanzierung	-20 426,7	-20 769,6	-20 459,9	-33,2	-0,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-33,9	-41,3	-37,5	-3,6	-10,7
Jahresergebnis	-20 460,6	-20 810,8	-20 497,4	-36,8	-0,2
Investitionseinnahmen	0,5	0,3	4,2	3,6	685,1
Investitionsausgaben	37,3	43,2	40,8	3,5	9,5

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Departement des Innern	836	487	2 759	126	124	19 793
301 Generalsekretariat EDI	34	22	107	5	1	122
303 Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	8	4	21	2	1	6
305 Schweizerisches Bundesarchiv	22	11	65	5	1	-
306 Bundesamt für Kultur	83	42	259	7	7	146
311 Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	104	62	339	21	8	25
316 Bundesamt für Gesundheit	222	111	611	30	74	3 261
317 Bundesamt für Statistik	194	127	753	37	15	6
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	79	58	298	11	6	16 219
341 Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	68	38	211	9	11	8
342 Institut für Virologie und Immunologie	20	12	95	1	0	-

GENERALSEKRETARIAT EDI

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung des Departementsvorstehers in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen sowie der Kommunikation
- Koordination und Steuerung der Ressourcen des Departements
- Wahrnehmung der Eignerinteressen des Bundes gegenüber Pro Helvetia, dem Schweizerischen Nationalmuseum und Swissmedic

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	4,8	4,9	5,4	0,7	13,7
Laufende Ausgaben	147,0	157,0	155,5	8,4	5,7
Eigenausgaben	27,8	35,4	33,9	6,1	21,9
Transferausgaben	119,2	121,6	121,6	2,4	2,0
Selbstfinanzierung	-142,3	-152,0	-150,0	-7,8	-5,5
Jahresergebnis	-142,3	-152,0	-150,0	-7,8	-5,5

KOMMENTAR

Die Einnahmen setzen sich grösstenteils aus den Gebühren der Eidg. Stiftungsaufsicht (ESA) zusammen. Im Jahr 2023 konnten insbesondere dank effizienteren Abläufen und dem Abbau der Pendenzen aus den Vorjahren 0,7 Millionen höhere Einnahmen als 2022 generiert werden.

Die Eigenausgaben bestehen aus den Personalausgaben (66 %), den Informatiksachausgaben (13 %) und den restlichen Sach- und Betriebsausgaben (21 %). Die Steigerung von 6,1 Millionen ist einerseits auf eine Schadenersatzzahlung der Eidg. Stiftungsaufsicht zurückzuführen, andererseits auf höhere Kosten in der Informatik (Programm Digitale Transformation, Projekt eSubventionen). Die Transferausgaben bestehen aus Beiträgen an folgende Institutionen: Pro Helvetia, Schweizerisches Nationalmuseum, Swissmedic und Schweizerisches Rotes Kreuz. Ausserdem werden Massnahmen für die Behindertengleichstellung (EBGB) und Prävention Rassismus (FRB) finanziert. Die Steigerung in den Transferausgaben gegenüber dem Vorjahr von 2,4 Millionen sind vor allem auf die höheren Beiträge an Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum zurückzuführen, welche sich nach der Kulturbotschaft richten.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRAATES 2023

- Nachfolgevorschlag für die Strategie der offenen Verwaltungsdaten (OGD-Strategie 2019–2023): Kenntnisnahme (erreicht)
- Bericht «Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Roth 20.3886): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Behindertenpolitik 2023–2026: Beschluss (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Programm DTI (Unternehmensarchitektur): Projekt Aufbau Geschäftsarchitektur EDI: Abschluss Aufbauarbeiten (erreicht)
- Ausserparlamentarische Gremien: Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2024– 2027: Verabschiedung durch den Bundesrat (erreicht)
- Programm DTI (Leuchtturmprojekte): eSubventionen: Abschluss WTO-Ausschreibung (erreicht)
- Programm DTI (Leuchtturmprojekte): Consultation: Abschluss-Realisierung erste Etappe und Sicherstellung Betrieb. (teilweise erreicht)
Seit August 2023 kann die Anwendung genutzt werden. Die Betriebsressourcen sind für die Bearbeitung von 3 Vernehmlassungen gesichert. Eine Ausweitung der Nutzung auf die gesamte Bundesverwaltung ist mit den aktuellen Ressourcen nicht möglich.
- eESA: Einführung Risikoengine und Abschluss Projekt (nicht erreicht)
Projektabschluss wird aus Ressourcengründen ins 2024 verschoben.
- Reorganisation ESA: Abschluss Reorganisation (erreicht)

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat stellt dem Departementsvorsteher führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt ihn bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und sichert die Information. Es koordiniert und steuert die Ressourcen und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Das GS-EDI ist überdies zuständig für die Bereiche Stiftungsaufsicht, Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und Rassismusbekämpfung. Ausserdem übt es die Eignerfunktion gegenüber Swissmedic, Pro Helvetia und dem Schweizerischen Nationalmuseum aus.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,0	0,0	0,0	16,6
Aufwand und Investitionsausgaben	18,9	21,1	20,6	-0,6	-2,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgen			
- Mit der Swissmedic, dem Schweiz. Nationalmuseum und der Pro Helvetia durchgeführte Eignergespräche (Anzahl, min.)	2	2	2
- Strategische Ziele sind vorhanden (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollständig erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	4 855	4 949	5 439	489	9,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	87	16	19	3	16,6
E102.0101 Gebühren Eidg. Stiftungsaufsicht	4 768	4 933	5 420	487	9,9
Aufwand / Ausgaben	147 112	156 954	155 483	-1 471	-0,9
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	18 928	21 102	20 552	-550	-2,6
Abtretung		1 267			
A202.0120 Behindertengleichstellung und Rassismusbekämpfung	3 299	3 391	3 391	0	0,0
Abtretung		113			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		32			
A202.0121 Eidgenössische Stiftungsaufsicht	3 912	7 886	7 708	-179	-2,3
Nachtrag		2 898			
Abtretung		11			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		481			
A202.0122 Departementaler Ressourcenpool	1 775	3 018	2 281	-737	-24,4
Abtretung		-788			
Transferbereich					
<i>LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften und Ressourcen</i>					
A231.0167 Massnahmen Prävention Rassismus	802	903	901	-2	-0,2
A231.0168 Massnahmen Behindertengleichstellung	2 186	2 206	2 203	-3	-0,1
A231.0169 Beitrag Swissmedic	19 228	20 007	20 007	0	0,0
A231.0170 Beitrag Schweizerisches Nationalmuseum	32 918	33 998	33 998	0	0,0
A231.0171 Beitrag an Unterbringung Schweiz. Nationalmuseum	19 079	18 346	18 346	0	0,0
A231.0172 Beitrag Pro Helvetia	44 156	45 597	45 597	0	0,0
A231.0362 Bundesbeitrag für das Schweizerische Rote Kreuz	830	500	500	0	0,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	86 511	16 000	18 650	2 650	16,6

Im Funktionsertrag sind die Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen enthalten, welche vom Personal genutzt werden.

E102.0101 GEBÜHREN EIDG. STIFTUNGSAUFSICHT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	4 768 013	4 933 300	5 420 107	486 807	9,9

Die Gebühren der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht decken nebst den Ausgaben der Stiftungsaufsicht auch die von ihr verursachten Betriebskosten, die beim GS-EDI verbucht sind (z.B. für IKT) (s. auch A202.0121 Eidg. Stiftungsaufsicht). Die Ursache der Mehreinnahmen sind effizientere Abläufe und ein Pendenzenabbau. Mit den Mehreinnahmen wurde ein Teil der Kosten der Digitalisierung der Stiftungsaufsicht (Projekt eESA) finanziert.

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht vom 19.11.2014 (SR 172.041.18).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	18 927 619	21 102 200	20 552 006	-550 194	-2,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 266 900</i>			
Funktionsaufwand	18 927 619	21 102 200	20 552 006	-550 194	-2,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	18 927 619	21 102 200	20 552 006	-550 194	-2,6
Personalausgaben	14 376 772	15 717 600	15 700 814	-16 786	-0,1
Sach- und Betriebsausgaben	4 550 847	5 384 600	4 851 191	-533 409	-9,9
<i>davon Informatik</i>	<i>1 655 194</i>	<i>2 184 800</i>	<i>2 047 062</i>	<i>-137 738</i>	<i>-6,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>95 901</i>	<i>207 400</i>	<i>77 835</i>	<i>-129 565</i>	<i>-62,5</i>
Vollzeitstellen (Ø)	73	72	71	-1	-1,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die tiefere Anzahl an Vollzeitstellen begründet sich auf länger andauernde Vakanzen. Im Gegenzug dazu wurden Rückstellungen für Abgangsentschädigungen gebildet, für das Personal, welches das Generalsekretariat infolge des Wechsels des Departementsvorstehers verlässt.

Sach- und Betriebsausgaben

Von den *Sach- und Betriebsausgaben* entfielen 42 Prozent auf den Informatiksachausgaben, 37 Prozent auf die Liegenschaftsausgaben (v.a. Mieten) und 21 Prozent auf die übrigen Betriebsausgaben.

Mit den *Informatiksachausgaben* wurden vor allem die Leistungen des BIT und des ISCeco in den Bereichen Büroautomation, Support, IT-Basisinfrastruktur und GEVER finanziert. Ebenso wurden die Leistungen für das Programm digitale Transformation sowie die Weiterentwicklung von ActaNova finanziert. Rund 85 Prozent der Mittel wurden für den Betrieb von Anwendungen und Standarddiensten verwendet, 15 Prozent für die genannten Projekte. Beim verwaltungseinheitübergreifenden Projekt eSubventionen kam es zu einer Verzögerung, welche sich auch auf den Projektteil des Generalsekretariats auswirkte (Subventionen für Behindertengleichstellung und Rassismusbekämpfung), daher resultierte ein Kreditrest bei den Informatiksachausgaben von 0,1 Millionen.

Die *Beratungsausgaben* wurde vor allem für juristische Beratung sowie für Mandate im Bereich der Organisationsentwicklung verwendet. Aufgrund von Vakanzen konnten einige der geplanten Projekte nicht im geplanten Zeitraum durchgeführt werden, woraus Minderausgaben von 0,1 Millionen resultierten.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 0,5 Millionen für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, Förderprämien für berufliche Integration, familienexterne Kinderbetreuung und zusätzliche PK-Beiträge.
- Kreditabtretung aus dem Ressourcenpool von 0,8 Millionen für Abgangsentschädigungen für das Personal, welches das Generalsekretariat infolge des Wechsels des Departementsvorstehers verlässt.

A202.0120 BEHINDERTENGLEICHSTELLUNG UND RASSISMUSBEKÄMPFUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 298 870	3 390 960	3 390 608	-352	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>144 960</i>			
Funktionsaufwand	3 298 870	3 390 960	3 390 608	-352	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 298 870	3 390 960	3 390 608	-352	0,0
Personalausgaben	2 473 020	2 526 500	2 547 272	20 772	0,8
Sach- und Betriebsausgaben	825 850	864 460	843 336	-21 124	-2,4
<i>davon Beratung</i>	<i>353 431</i>	<i>399 200</i>	<i>354 979</i>	<i>-44 221</i>	<i>-11,1</i>
Vollzeitstellen (Ø)	14	14	14	0	0,0

Die Mittel wurden für das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (EBGB), die Fachstelle Rassismusbekämpfung (FRB) und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) eingesetzt. Der grösste Betrag entfiel auf die Personalausgaben. Die Beratungsausgaben wurden vor allem für Expertisen und Studien verwendet. Die übrigen Betriebsausgaben wurden grösstenteils für externe Dienstleistungen (Übersetzungen und Berichte), Publikationen und Reisespesen eingesetzt.

Für das Berichtsjahr stand die Erarbeitung der Behindertenpolitik 2023–2026 im Vordergrund. Der Bundesrat hat im März 2023 die vier Schwerpunkte «Arbeit», «Dienstleistungen», «Wohnen» und «Partizipation» festgelegt und das EDI (EBGB) beauftragt,

bis Ende 2023 Ziele und Massnahmen der entsprechenden Schwerpunktprogramme festzulegen. Daneben liefen die Vorarbeiten für eine Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG).

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 112'500 Franken für die Ausbildung von Hochschulpraktikanten, Förderprämien für berufliche Integration, familienexterne Kinderbetreuung und zusätzliche PK-Beiträge.
- Kreditüberschreitung 1 Prozent (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 32'460 Franken.

A202.0121 EIDGENÖSSISCHE STIFTUNGSAUFSICHT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 912 111	7 886 281	7 707 567	-178 714	-2,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 389 481</i>			
Funktionsaufwand	3 912 111	7 886 281	7 707 567	-178 714	-2,3
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 912 111	7 886 281	7 707 567	-178 714	-2,3
Personalausgaben	3 844 006	4 384 600	4 010 871	-373 729	-8,5
Sach- und Betriebsausgaben	68 105	3 501 681	3 696 696	195 015	5,6
<i>davon Informatik</i>	<i>–</i>	<i>425 000</i>	<i>454 376</i>	<i>29 376</i>	<i>6,9</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>16 832</i>	<i>138 200</i>	<i>2 930</i>	<i>-135 270</i>	<i>-97,9</i>
Vollzeitstellen (Ø)	21	21	22	1	4,8

Die Eidgenössische Stiftungsaufsicht (ESA) nimmt die Bundesaufsicht über die rund 5000 klassischen Stiftungen wahr, die gesamtschweizerisch und/oder international tätig sind. Dieser Kredit wird vollumfänglich durch Gebühren gegenfinanziert (siehe Einnahmenposition E102.0101 Gebühren Eidgenössische Stiftungsaufsicht). 2023 mussten aber Schadenersatzzahlungen im Umfang von 9,9 Millionen infolge eines Staatshaftungsfalles aus dem Jahre 2001 geleistet werden. Dafür wurden Rückstellungen von 7 Millionen aufgelöst. Für die restlichen Mittel wurde ein Nachtragskredit gewährt. Die Beratungsausgaben waren tiefer als erwartet, weil weniger Mandate und Expertisen – insbesondere für Sachwalter – von der ESA vergeben werden mussten. Die Personalausgaben waren tiefer, weil der geplante Personalaufbau weniger schnell erfolgen konnte, als geplant.

Kreditmutationen

- NKII dringlicher Nachtragskredit mit Vorschuss gemäss FinDel Beschluss von 05.09.2023 von 2,9 Millionen für die Schadenersatzzahlung aus dem erwähnten Staatshaftungsfall.
- Kreditüberschreitung infolge leistungsbedingter Mehreinnahmen von 0,5 Millionen.
- Kreditabtretung des Eidg. Personalamts von 10 900 Franken für die familienexterne Kinderbetreuung und PK-Beiträge und Teuerungsausgleich.

A202.0122 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 775 114	3 017 900	2 281 227	-736 673	-24,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-788 000</i>			
Funktionsaufwand	1 775 114	3 017 900	2 281 227	-736 673	-24,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 775 114	3 017 900	2 281 227	-736 673	-24,4
Sach- und Betriebsausgaben	1 775 114	3 017 900	2 281 227	-736 673	-24,4
<i>davon Informatik</i>	<i>1 772 751</i>	<i>3 017 900</i>	<i>2 111 657</i>	<i>-906 243</i>	<i>-30,0</i>

Der Sammelkredit beinhaltet die departementalen Mittel zur Finanzierung von Personal- und IKT-Vorhaben. Über den Ressourcenpool wurden die Projekte eESA, eSubventionen, Consultations und Geschäftsarchitektur finanziert.

Kreditmutationen

- Kreditabtretung an das GS-EDI von 0,8 Millionen für Abgangsentschädigungen für das Personal, welches das Generalsekretariat infolge des Wechsels des Departementsvorstehers verlässt.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	1 250 000	1 250 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	255 000	255 000
Endbestand per 31.12.2023	–	1 505 000	1 505 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 300 000	1 300 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden keine Reserven aufgelöst oder verwendet.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (1,5 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte eESA (0,6 Mio.), DTI (0,3 Mio.) und Consultations (Begriff alt: VETO) (0,2 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es wird ein Antrag für zweckgebundene Reserven im Umfang von 1,3 Millionen gestellt.

– Projekt eSubventionen 1 200 000 Franken

Mit dem Projekt eSubventionen sollen in mehreren Verwaltungseinheiten Einzelanwendungen ersetzt werden. Damit wird die Schaffung von Synergien sowohl innerhalb des Departements, wie auch über das Departement hinaus, angestrebt.

Beim Start des Projektes wurde von der Nutzung von bestehenden Anwendungselementen der Bundesverwaltung ausgegangen. Im Laufe des Projekts hat sich gezeigt, dass dies nicht möglich ist, weshalb eine WTO Ausschreibung durchgeführt werden musste. Die Umsetzungsarbeiten mit dem Lieferanten konnten daher erst im November 2023 gestartet werden und das Projekt musste bis Ende 2025 verlängert werden. Das Projektbudget beträgt 10,1 Millionen.

– eESA 100 000 Franken

Das Projekt eESA hat sich aufgrund fehlender Personalressourcen verzögert. Die Laufzeit des Projekts dauert voraussichtlich bis 30.06.2024, das Projektbudget beträgt 5,9 Millionen.

A231.0167 MASSNAHMEN PRÄVENTION RASSISMUS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	801 675	903 400	901 490	-1 910	-0,2

Die Fachstelle Rassismusbekämpfung (FRB) gewährt Finanzhilfen an verschiedene Projekte gegen Rassismus. Es können Bildungs- und Sensibilisierungsprojekte zur Prävention von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit eingereicht werden.

Rechtsgrundlagen

Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0), Art. 386; V vom 14.10.2009 über Menschenrechts- und Antirassismusprojekte (SR 151.21).

A231.0168 MASSNAHMEN BEHINDERTENGLEICHSTELLUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 186 400	2 205 600	2 202 800	-2 800	-0,1

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (EBGB) fördert die Information, Programme und Kampagnen, Analysen und Untersuchungen zugunsten von Personen mit Behinderungen. Zudem werden Projekte Dritter, insbesondere von national oder sprachregional tätigen Behindertenorganisationen, unterstützt.

Rechtsgrundlagen

Behindertengleichstellungsgesetz vom 13.12.2002 (BehiG; SR 151.3), Art. 16–19; Behindertengleichstellungsverordnung vom 19.11.2003 (BehiV; SR 151.37).

A231.0169 BEITRAG SWISSMEDIC

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 227 500	20 007 200	20 007 200	0	0,0

Mit diesem Beitrag werden die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des Schweizerischen Heilmittelinstitutes (Swissmedic) gemäss Leistungsauftrag abgegolten.

Rechtsgrundlagen

Heilmittelgesetz vom 15.12.2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (HMG; SR 812.27), Art. 77, Abs. 3.

A231.0170 BEITRAG SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	32 917 500	33 997 700	33 997 700	0	0,0

Unter dem Dach des Schweizerischen Nationalmuseums (SNM) sind die drei Museen Landesmuseum Zürich, Château de Prangins und das Forum Schweizer Geschichte Schwyz sowie das Sammlungszentrum in Affoltern am Albis vereint. Letzteres beherbergt rund 860 000 Objekte. Die Museen präsentieren in ihren Dauerausstellungen Schweizer Kulturgeschichte von den Anfängen bis heute und erschliessen die schweizerische Identität und die Vielfalt der Geschichte und Kultur unseres Landes. Zusätzliche Eindrücke bieten Wechsellausstellungen zu aktuellen Themen. Zudem ist das SNM kuratorisch für das Zunfthaus zur Meisen Zürich und das Museo doganale Cantine di Gandria tätig.

Rechtsgrundlagen

Museums- und Sammlungsgesetz vom 12.6.2009 (MSG; SR 432.30), Art. 17, Abs. 1.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Schweizerisches Nationalmuseum 2021–2024» (Z0050.02), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0171 BEITRAG AN UNTERBRINGUNG SCHWEIZ. NATIONALMUSEUM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 079 200	18 345 700	18 345 700	0	0,0

Der Beitrag für die Unterbringung dient der Deckung der Mietkosten des SNM für die Nutzung der Liegenschaften im Eigentum des Bundes. Dieser Beitrag ist schuldenbremsenneutral. Er setzt sich aus kalkulatorischen Abschreibungen und Kapitalkosten zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr (Verwaltungskosten BBL) zusammen.

Hinweise

Diesen Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen beim BBL gegenüber (vgl. 620/E100.0001 «Funktionsertrag (Globalbudget)»).

Rechtsgrundlagen

Museums- und Sammlungsgesetz vom 12.6.2009 (MSG; SR 432.30), Art. 16.

A231.0172 BEITRAG PRO HELVETIA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	44 155 500	45 596 700	45 596 700	0	0,0

Der Beitrag deckt rund 95 Prozent der Gesamtkosten der Stiftung. Das Kulturförderungsgesetz (KFG) weist Pro Helvetia vier Aufgabenbereiche zu: Die Nachwuchsförderung, die Kunstvermittlung, die Förderung des künstlerischen Schaffens sowie den Kulturaustausch. Beim Kulturaustausch unterscheidet Pro Helvetia zwischen Inland und Ausland sowie zwischen Projektunterstützung und Kulturinformation.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1); Art. 40.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Stiftung Pro Helvetia 2021–2024» (Z0002.04), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0362 BUNDESBEITRAG FÜR DAS SCHWEIZERISCHE ROTE KREUZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	830 400	500 000	500 000	0	0,0

Mit dem Bundesbeitrag wird ein Teil des Aufwandes des Schweizerischen Roten Kreuzes gedeckt, der sich nicht konkreten Leistungsbestellungen der öffentlichen Hand zuordnen lässt. Die Überprüfung der Subvention hat ergeben, dass mit der Finanzhilfe kein konkretes Ziel erfüllt wird. Vor dem Hintergrund der bereits hohen Bundesbeiträge an das SRK und des fehlenden öffentlichen Interesses wird die Subvention auf den Voranschlag 2025 aufgehoben. Im Sinne eines geordneten Ausstiegs wird die Subvention schrittweise reduziert.

Rechtsgrundlagen

Bundesbeschluss vom 13.6.1951 betreffend das Schweizerische Rote Kreuz (SR 513.57).

EIDGENÖSSISCHES BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Förderung und Sicherung der formalen und tatsächlichen Gleichstellung sowie Beseitigung jeglicher Form direkter und indirekter Diskriminierung
- Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen und privaten Sektor durch die Entwicklung von Instrumenten, Beratung, Information und Kontrollen
- Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere der häuslichen Gewalt
- Information und Beratung zum Gleichstellungsgesetz (GIG) für den öffentlichen und privaten Sektor

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	866,3
Laufende Ausgaben	13,3	16,1	13,9	0,6	4,6
Eigenausgaben	6,9	8,7	8,3	1,4	20,2
Transferausgaben	6,4	7,4	5,6	-0,8	-12,1
Selbstfinanzierung	-13,3	-16,1	-13,9	-0,6	-4,5
Jahresergebnis	-13,3	-16,1	-13,9	-0,6	-4,5

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen des EBG liegen bei ein paar tausend Franken im Jahr und unterliegen zufälligen Schwankungen.

Die laufenden Ausgaben sind zu rund 60 Prozent den Eigenausgaben zuzurechnen, 47 Prozent davon entfallen auf das Personal und 53 Prozent auf den Sach- und Betriebsaufwand. Die Eigenausgaben liegen 20,2 Prozent (+1,4 Mio.) höher als im Vorjahr, was vorab auf die Ausgaben zur technischen Modernisierung des Standard-Analyse-Tools des Bundes zur Lohngleichheit (Logib) zurückzuführen ist. Die Transferausgaben sind 12,1 Prozent (-0,8 Mio.) tiefer als in der Rechnung 2022.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Nationale Strategie des Bundes für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Umsetzung (erreicht)
- Kontrollen zur Lohngleichheit im Beschaffungswesen in Unternehmen unter 100 Personen: Umsetzung (erreicht)
- Prüfinstrumente zur Lohngleichheit für öffentliche und private Anbieter: Umsetzung (nicht erreicht)
Der Bundesrat hat das EBG 2022 beauftragt, Logib mit einer Funktionalität zur Erstellung eines geschlechtsneutralen Funktions- und Lohnsystems zu ergänzen. Die technischen Anpassungen verzögerten die Umsetzung.
- Charta zur Lohngleichheit für den öffentlichen Sektor: Umsetzung (erreicht)
- Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt: Umsetzung (erreicht)
- Einrichtung eines 24-Stunden-Beratungsangebots für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (in Erfüllung der Mo. 20.4451 Funicello, der Mo. 20.4452 Vincenz-Stauffer und der Mo. 4463 Herzog): Umsetzung (nicht erreicht)
Die Vorarbeiten seitens der Kantone sind weit fortgeschritten. Die Rechtsgrundlagen für die Einführung einer dreistelligen Kurznummer für Opfer von Gewalt müssen aber noch geschaffen werden.
- Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (in Erfüllung der Mo. Herzog 20.3588): Umsetzung (teilweise erreicht)
Richtlinien und eine Hilfestellung für die Bundesstellen wurden erarbeitet. Die Richtlinien müssen aber noch vom Bundesrat verabschiedet werden.

LG1: UMSETZUNG DER GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

GRUNDAUFTRAG

Das EBG ist die Fachbehörde für die Gleichstellung der Geschlechter. Das Büro setzt sich für die Gleichstellung in allen Lebensbereichen und für die Beseitigung jeglicher Form direkter und indirekter Diskriminierung, insbesondere der Lohndiskriminierung sowie für die Prävention und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ein. Das EBG informiert dazu die Öffentlichkeit aktiv, führt Untersuchungen durch, berät Behörden und Private und empfiehlt ihnen geeignete Massnahmen. Es wirkt an der Ausarbeitung von Bundeserlassen mit, beteiligt sich an Projekten von gesamtschweizerischer Bedeutung, prüft Gesuche um Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz und der Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt und überwacht die Durchführung der unterstützten Vorhaben.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	n.a.
Aufwand und Investitionsausgaben	6,9	8,7	8,3	-0,4	-4,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Durchsetzung der Lohnungleichheit: Das EBG informiert und berät Behörden und Private, führt Untersuchungen durch, stellt Instrumente zur Prüfung der Lohnungleichheit bereit und vollzieht Kontrollen im Beschaffungswesen			
– Neu eingeleitete Kontrollen EBG im Beschaffungswesen (Anzahl, min.)	30	30	30
– Fallkonferenzen mit Fachpersonen zum Standard-Analysemodell (Anzahl, min.)	3	3	3
– Helpline-Beratungen zum Selbsttest Lohnungleichheit (Anzahl)	259	350	126
– Weiterbildungen und Veranstaltungen zu Lohnungleichheit (Anzahl)	19	10	10
Förderung der Gleichstellung: Das EBG unterstützt Projekte und Beratungsstellen zur Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
– Bericht zur Vergabe des Vorjahres (Quartal)	Q1	Q1	Q1
Information und Beratung: Das EBG fördert die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes mittels Information und Beratung für Behörden und Private			
– Rechtsauskünfte zur Gleichstellung (Anzahl, min.)	116	150	259
Gewalt: Das EBG unterstützt die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt von Bund und Kantonen und fördert deren Koordination			
– Bericht zur Vergabe des Vorjahres (Quartal)	Q1	Q1	Q1
– Koordinationstreffen mit Kantonen (Anzahl)	–	3	3
– Nat. Konferenz für Fachpersonen (Anzahl)	–	1	1

KOMMENTAR

Die Zielsetzungen für 2023 wurden grossmehrheitlich erreicht. Abweichungen ergaben sich bei folgenden Zielen:

Beratungen zur Selbstkontrolle der Lohnungleichheit: Die Anzahl der Helpline-Beratungen blieb unter dem Zielwert. Unternehmen mit 100 und mehr Mitarbeitenden mussten zwischen Juli 2020 und Juni 2021 eine Lohnungleichheitsanalyse durchführen. Das EBG hatte in dieser Zeit eine ausserordentlich hohe Nachfrage nach Helpline-Beratungen und Weiterbildungen. Aufgrund der Ausnahmebestimmungen im Gleichstellungsgesetz (GIG) sind jedoch die allermeisten Unternehmen von einer Pflicht befreit, eine weitere Analyse durchzuführen und haben einen merklich geringeren Bedarf an Beratung. Das EBG wird weiterhin ein Angebot bereitstellen, dieses aber von der Höhe der Nachfrage abhängig machen.

Information und Beratung: Es wurden mehr Rechtsauskünfte erteilt als veranschlagt; 40 Prozent der Anfragen betrafen rechtliche Aspekte der Anwendung des Standard-Analyse-Tools zur Lohnungleichheit des Bundes (Logib).

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	10	17	22	5	30,1
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	2	1	22	21	n.a.
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	8	16	-	-16	-100,0
Aufwand / Ausgaben	13 319	16 091	13 927	-2 163	-13,4
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	6 902	8 700	8 293	-407	-4,7
Abtretung		131			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		50			
Transferbereich					
LG 1: Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann					
A231.0160 Massnahmen Gleichstellung Frau/Mann	6 417	7 390	5 634	-1 757	-23,8

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 262	1 000	21 855	20 855	n.a.

Der Funktionsertrag besteht aus verschiedenen kleineren Einnahmen, die zufälligen Schwankungen unterliegen. Budgetiert wurde der 4-Jahresdurchschnitt der Einnahmen der Jahre 2018–2021.

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	7 700	15 800	–	-15 800	-100,0

Auf dieser Position werden allfällige Rückzahlungen nicht ausgeschöpfter Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz verbucht (vgl. A231.0160 «Massnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann»). Es handelt sich um nicht voraussehbare Rückerstattungen, die starken jährlichen Schwankungen unterliegen. 2023 fielen keine Rückerstattungen an. Budgetiert wurde der 4-Jahresdurchschnitt der Einnahmen der Jahre 2018–2021.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	6 901 739	8 700 300	8 293 376	-406 924	-4,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>180 600</i>			
Funktionsaufwand	6 901 739	8 700 300	8 293 376	-406 924	-4,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	6 901 739	8 700 300	8 293 376	-406 924	-4,7
Personalausgaben	3 651 107	4 045 800	3 858 547	-187 253	-4,6
Sach- und Betriebsausgaben	3 250 632	4 654 500	4 434 828	-219 672	-4,7
<i>davon Informatik</i>	<i>1 121 827</i>	<i>1 434 500</i>	<i>1 833 364</i>	<i>398 864</i>	<i>27,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 148 268</i>	<i>2 225 300</i>	<i>996 952</i>	<i>-1 228 348</i>	<i>-55,2</i>
Vollzeitstellen (Ø)	20	20	21	1	5,0

Personalausgaben

47 Prozent des Funktionsaufwands entfielen auf die Personalausgaben. Diese fielen gegenüber dem Voranschlag um 4,6 Prozent (-0,2 Mio.) geringer aus. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass 2 FTE zur Verstärkung der Massnahmen im Rahmen der Charta der öffentlichen Hand zur Lohnungleichheit und des internationalen Engagements des EBG erst im Verlauf des Jahres neu besetzt wurden.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen insgesamt um 4,7 Prozent (-0,2 Mio.) unter dem Voranschlag. Diese Differenz ist auf wesentlich geringere Ausgaben für Beratung zurückzuführen. Demgegenüber lagen die Ausgaben für Informatik und für Agenturleistungen für den Relaunch der Website und Informationsmassnahmen zur Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben sowie für Materialkosten zu Ausrichtung zweier nationaler Konferenzen über den budgetierten Mitteln.

Im Einzelnen entfielen 22 Prozent des Funktionsaufwands auf die Ausgaben für die *Informatik*. Diese lagen um 27,8 Prozent (+0,4 Mio.) über dem Voranschlag. Grund dafür sind die Kosten für die vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der technischen Modernisierung der Standard-Analyse-Tools zur Lohnungleichheit (Projekt TEMOSTA23), welche höher als geplant ausfielen.

Die *Beratungsausgaben* umfassen Entschädigungen für Aufträge an Dritte in den Bereichen Arbeit, Recht sowie Gewalt und enthalten die Kosten der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF), die dem EBG angegliedert ist (0,2 Mio.). Sie lagen 55,2 Prozent (-1,2 Mio.) unter dem Voranschlag. Diese Differenz ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein Teil der geplanten Ausgaben für Beratung für das Projekt TEMOSTA23 und für die Umsetzung der Charta der öffentlichen Hand zur Lohnungleichheit für die Informatik verwendet wurde.

Der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* wie Mieten (0,3 Mio.) und externe Dienstleistungen (0,3 Mio.) entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts (EPA) im Umfang von 130 600 Franken (Hochschulpraktika, berufliche Grundbildung, Beiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung);
- Kreditüberschreitung ohne BRB von 50 000 Franken durch die Verwendung zweckgebundener Reserven.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	250 000	250 000
Auflösung / Verwendung	–	-50 000	-50 000
Endbestand per 31.12.2023	–	200 000	200 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	200 000	200 000

Auflösung und Verwendung der Reserven 2022

Im Jahr 2023 wurden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 50 000 Franken für Promotionsarbeiten im Rahmen der Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben verwendet.

Reservenbestand

Der aktuelle Stand an zweckgebundenen Reserven beträgt 0,2 Millionen, die auf das Projekt TEMOSTA23 entfallen.

Antrag auf Bildung neuer Reserven

Es werden neue zweckgebundene von Reserven in der Höhe von 200 000 Franken beantragt. Sie werden für die Umsetzung einer Massnahme aus dem Bericht des Bundesrates vom 9.12.2022 in Erfüllung des Postulats 20.4263 der WBK-N «Strategie zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit» benötigt, die aufgrund von Ressourcenengpässen beim BIT eine zeitliche Verzögerung erfährt.

A231.0160 MASSNAHMEN GLEICHSTELLUNG FRAU/MANN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 417 481	7 390 200	5 633 626	-1 756 574	-23,8

Gemäss Gleichstellungsgesetz (GIG) kann der Bund Finanzhilfen an öffentliche oder private Institutionen vergeben, die zur Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben beitragen. Seit Januar 2017 werden die Gelder im Rahmen einer Prioritätenordnung vorrangig an Projekte vergeben, die zum einen Dienstleistungen und Produkte entwickeln, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern oder die Lohngleichheit in Unternehmen verwirklichen. Zum anderen gehen die Gelder an Projekte, die die Arbeit von Frauen oder Männern in Berufen mit Fachkräftemangel, in denen ein Geschlecht untervertreten ist, fördern (z. B. Frauen im Bereich der Informatik, Naturwissenschaft oder Technik). Seit 2021 können gestützt auf die Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt auch Projekte zur Prävention von Gewalt gegen Frauen unterstützt werden.

Die Finanzhilfen wurden 2023 wie folgt ausgerichtet:

- Finanzhilfen gemäss GIG 3,1 Millionen Franken
- Finanzhilfen gemäss Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt 2,5 Millionen Franken

Für Finanzhilfen gemäss GIG sind beim EBG 35 Gesuche eingegangen. Davon wurden 24 Gesuche genehmigt und 11 abgelehnt. 70 Prozent der geplanten Mittel wurden ausgeschöpft. Im Rahmen der Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt gingen 27 Gesuche für die Finanzierung von Projekten und Organisationen ein. Davon bewilligte das EBG 15 und lehnte 12 Gesuche ab. 86 Prozent der vorgesehenen Mittel wurden ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG; SR 151.1), Art. 14 und 15.

Verordnung vom 13.11.2019 über Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SR 311.039.7)

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Vervollständigung des digitalen Archivs durch den Aufbau des Online-Zugangs zum Bundesarchiv
- Weiterentwicklung der digitalen Archivierung (neue Informationstypen, technische Entwicklung, Steigerung Wirtschaftlichkeit)
- Unterstützung und Beratung der Bundesverwaltung im Informationsmanagement (inkl. GEVER) als Beitrag zur effizienten und rechtssicheren Verwaltung
- Vorbereitung der Beendigung der Übernahme von Papierunterlagen durch das BAR

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,3	0,3	0,3	0,0	10,7
Laufende Ausgaben	20,6	23,5	22,1	1,5	7,3
Eigenausgaben	20,6	23,5	22,1	1,5	7,3
Selbstfinanzierung	-20,3	-23,1	-21,8	-1,5	-7,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	–	0,0	–	–	–
Jahresergebnis	-20,3	-23,2	-21,8	-1,5	-7,2
Investitionsausgaben	–	0,1	–	–	–

KOMMENTAR

Von den *laufenden Einnahmen* entfielen 58 Prozent auf Entgelte und 42 Prozent auf weitere Einnahmen. Die Entgelte stammen im Wesentlichen aus der Dienstleistung «digitale Langzeitarchivierung für Dritte» sowie aus der Weiterverrechnung von Personalleistungen an den Bahninfrastrukturfonds (BIF). Weitere Einnahmen ergeben sich beispielsweise aus der Weitervermietung von Parkplätzen. Die Dienste des Bundesarchivs, wie die Recherchehilfe und der Zugang zum Archiv, sind grundsätzlich unentgeltlich. Der Funktionsertrag blieb mit 0,3 Millionen gegenüber dem Vorjahr stabil.

Die *laufenden Ausgaben* teilen sich auf in 52 Prozent Personalausgaben, 21 Prozent Informatikausgaben, 19 Prozent Liegenschaftsausgaben, 7 Prozent übrige Betriebsausgaben und 1 Prozent Beratungsausgaben. Im Unterschied zum Vorjahr und trotz weiter bestehender Verzögerungen konnten insgesamt mehr Mittel für die Vorhaben «Abschluss der Papierablieferungen» sowie «Ausbau des Online-Zugangs» verwendet werden. Dies führte zu Mehrausgaben von 1,5 Millionen gegenüber 2022.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Ablösung des Digitalen Archivs DIR: Publikation WTO-Zuschlag auf SIMAP (teilweise erreicht)
Wegen aufwendigeren technischen und beschaffungsrechtlichen Abklärungen kam es zu zeitlichen Verzögerungen.
- Ablösung des Archivinformationssystems AIS: Erteilung des WTO-Zuschlags (erreicht)
- Weiterentwicklung Online-Zugang: Inbetriebnahme Anonymisierung und Viewer (erreicht)
- Ausbau Digitalisierung: Neues Betriebskonzept und neue Betriebsorganisation (erreicht)

LG1: INFORMATIONSMANAGEMENT

GRUNDAUFTRAG

Das Schweizerische Bundesarchiv archiviert alle rechtlich, politisch, wirtschaftlich, historisch, sozial oder kulturell wertvollen Unterlagen des Bundes, um Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu machen, Verwaltungsstellen rechenschaftsfähig zu halten, zu freier Meinungsbildung beizutragen sowie Forschung zu ermöglichen. Es berät anbieterpflichtige Stellen bei der Organisation, Verwaltung, Aufbewahrung und Ablieferung ihrer Unterlagen und unterstützt sie, sowie die Öffentlichkeit, bei der Suche und beim Zugang zu archivierten Unterlagen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,3	0,3	0,3	0,0	-11,2
Aufwand und Investitionsausgaben	20,6	23,5	22,1	-1,4	-6,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Rechtsstaatlichkeit: Das BAR trägt dazu bei, dass der Bund seine politische und rechtliche Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen kann			
– Anteil anbieterpflichtiger Stellen, welche während der letzten 10 Jahre Unterlagen ans BAR abgeliefert haben (%; min.)	79	75	81
Moderner zuverlässiger Datenzugang: Das BAR passt den Zugang zu archivierten Daten und Informationen für Bundesverwaltung und Gesellschaft den Gegebenheiten der digitalen Welt (E-Government, Informationsgesellschaft) an			
– Anteil analog vermittelter Dossiers (vor Ort im Lesesaal) (%; max.)	56	27	36
– Anteil digital vermittelter, analog abgelieferter Dossiers (ortsunabhängig, digital) (%; min.)	38	71	62
– Anteil digital vermittelter, digital abgelieferter Dossiers (ortsunabhängig, digital) (%; min.)	6	2	2
Wirtschaftlichkeit: Die Wirtschaftlichkeit der digitalen Archivierung wird gesteigert			
– Anteil jährlicher Ablieferungen, die den Vorgaben des BAR entsprechen und damit eine automatisierte Übernahme erlauben (%; min.)	62	81	70

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht. Eine Abweichung gab es in folgenden Bereichen:

Moderner zuverlässiger Datenzugang: Der geplante Ausbau der Betriebsorganisation in der Digitalisierung erfolgte aufgrund von technischen und beschaffungsrechtlichen Verzögerungen erst ab Februar 2023.

Wirtschaftlichkeit: Die Schnittstelle, mit der automatisiert SIP (Submission Information Packages) erstellt werden können, wurde in der Bundesverwaltung später als geplant ausgerollt, weshalb die Anzahl eingelieferter SIP tiefer als vorgesehen ist.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	259	322	286	-36	-11,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	259	322	286	-36	-11,2
Aufwand / Ausgaben	20 592	23 535	22 092	-1 443	-6,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	20 592	23 535	22 092	-1 443	-6,1
Kreditverschiebung		16			
Abtretung		543			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		280			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	258 706	322 300	286 284	-36 016	-11,2

Der Funktionsertrag des Bundesarchivs setzt sich aus Entgelten und weiteren verschiedenen Einnahmen zusammen. 2023 belief er sich auf 0,3 Millionen. Den grösseren Anteil machen die *Entgelte* (0,2 Mio.) aus. Diese enthalten die Entgelte für Personalleistungen an den Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie Entgelte Dritter für die digitale Langzeitarchivierung. So wurden zum Beispiel Leistungen ans Staatsarchiv Genf und ans Staatsarchiv Fribourg verrechnet. Das Bundesarchiv bietet die digitale Langzeitarchivierung seit 2011 öffentlichen Institutionen an. Im *verschiedenen Ertrag* sind Weiterverrechnungen im Zusammenhang mit der Linked Data Service Plattform (LINDAS) enthalten. Dabei werden Leistungen an bundesinterne und -externe Datenlieferanten verrechnet. Zu den externen Datenlieferanten gehören die SBB, die Statistik Stadt Zürich und das statistische Amt des Kantons Zürich.

Der Unterschied zum Voranschlag lässt sich dadurch erklären, dass die Einnahmen nach den Durchschnittswerten der vergangenen 4 Jahre budgetiert wurden.

Rechtsgrundlagen

Archivierungsgesetz vom 26.6.1998 (BGA; SR 152.1), Art. 17f; Archivierungsverordnung vom 8.9.1999 (VBGA; SR 152.11), Art. 11; Gebührenverordnung BAR vom 1.12.1999 (SR 172.041.15)

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	20 592 418	23 535 400	22 092 466	-1 442 934	-6,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>838 500</i>			
Funktionsaufwand	20 592 418	23 480 900	22 092 466	-1 388 434	-5,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	20 592 418	23 459 900	22 092 466	-1 367 434	-5,8
Personalausgaben	9 952 616	12 048 100	11 484 823	-563 277	-4,7
Sach- und Betriebsausgaben	10 639 802	11 411 800	10 607 643	-804 157	-7,0
<i>davon Informatik</i>	<i>4 969 032</i>	<i>4 909 900</i>	<i>4 527 476</i>	<i>-382 424</i>	<i>-7,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>115 630</i>	<i>202 800</i>	<i>183 765</i>	<i>-19 035</i>	<i>-9,4</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	-	21 000	-	-21 000	-100,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	54 500	-	-54 500	-100,0
Vollzeitstellen (Ø)	63	65	65	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

52 Prozent des Funktionsaufwands entfielen auf Personalausgaben. Das Bundesarchiv hat ab 2022 für den Abschluss der Papierablieferungen, den Ausbau der Digitalisierungskapazität im Online-Zugang und den Anschluss an die digitale Transformation in der Bundesverwaltung zeitlich abgestuft zusätzliche Stellen und Mittel erhalten. Im 2023 kamen im Zusammenhang mit der digitalen Transformation zwei zusätzliche Stellen hinzu. Die Personalausgaben fielen um 0,6 Millionen (-5 %) tiefer aus als veranschlagt. Dies einerseits, weil einzelne Geschäfte noch im Aufbau waren, und es andererseits zu Fluktuationen kam.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Sach- und Betriebsausgaben* fielen insgesamt um 0,8 Millionen (-7 %) tiefer aus als veranschlagt.

Die *Informatikausgaben* fielen um 0,4 Millionen (-8 %) tiefer aus als geplant, was auf Verzögerungen bei Projekten zurückzuführen ist. Beim Projekt «DPS-BAR» waren aufwendigere technische und beschaffungsrechtliche Abklärungen nötig. Zudem konnten auch bei bestehenden Anwendungen technische Weiterentwicklungen nicht im geplanten Umfang vorangetrieben werden. Von den Informatikausgaben entfielen 61 Prozent auf die Betriebs- und Wartungskosten der bestehenden Anwendungen. Der restliche Teil wurde für die Weiterentwicklung der digitalen Archivierung und für den Aufbau des Online-Zugangs zum Bundesarchiv eingesetzt.

Die *Beratungsausgaben* waren um 19 000 Franken (-9 %) tiefer als veranschlagt. Beratung wurde unter anderem beim Aufbau der BAR-internen Unternehmensarchitektur, bei der Optimierung der Risikoerhebung sowie für die strategisch-organisatorische Weiterentwicklung des BAR beansprucht. Aufgrund von betrieblichen Engpässen konnten nicht alle Vorhaben wie geplant vorangetrieben werden.

Die Ausgaben für *externe Dienstleistungen* waren um 0,3 Millionen (-17 %) tiefer als veranschlagt. Das Bundesarchiv hat ab 2022 neben den oben erwähnten Personalressourcen auch zusätzliche Sachmittel für den Abschluss der Papierablieferungen und den Ausbau der Digitalisierungskapazität im Online-Zugang erhalten. Beim Vorhaben «Abschluss der Papierablieferungen» wurde im 2023 zusammen mit den Departementen die Planung festgelegt. Ablieferungen erfolgten dabei lediglich vereinzelt, was die tieferen Ausgaben erklärt.

Abschreibungen und Investitionsausgaben

In der Rechnung 2023 fielen keine Abschreibungen und Investitionsausgaben an.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts in der Höhe von insgesamt 0,5 Millionen für die berufliche Grundausbildung (Lernende), für Fach- und Hochschulpraktikanten und die familienergänzende Kinderbetreuung. Zusätzlich gab es Abtretungen für die berufliche Integration, für zusätzliche PK-Beiträge und Lohnmassnahmen (Teuerungsausgleich).
- Kreditverschiebungen ans BAR in der Höhe von insgesamt 0,4 Millionen von BAFU, BFE, BFS, BJ, BLV, BLW, BK, SECO, Agroscope und ElCom für das Projekt «LINDAS» (Linked Data Service).
- Kreditverschiebung vom BAR an BK und BBL in der Höhe von 0,4 Millionen.
- Kreditüberschreitung von 0,3 Millionen aufgrund Auflösung von zweckgebundenen Reserven.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 900 000	2 900 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 100 000	1 100 000
Auflösung / Verwendung	–	-280 000	-280 000
Endbestand per 31.12.2023	–	3 720 000	3 720 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 130 000	1 130 000

Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Bei den Projekten «AIS new» und «Prozesse + Digitale Transformation» wurden zweckgebundene Reserven in der Höhe von insgesamt 280 000 Franken verwendet.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (3,7 Mio.) entfallen auf die Projekte «AIS new» (1,3 Mio.), «Online-Zugang» (0,9 Mio.), «Prozesse + Digitale Transformation» (0,2 Mio.) und «DPS-BAR» (0,4 Mio.) sowie das Vorhaben «Abschluss der Papierablieferungen» (0,9 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Beim Projekt «DPS-BAR» und dem Vorhaben «Abschluss der Papierablieferungen» ergaben sich weitere Verzögerungen, sodass Mittel im Umfang von 1,13 Millionen nicht wie geplant eingesetzt werden konnten. Für diese sollen zweckgebundene Reserven gebildet werden:

- Abschluss der Papierablieferungen 750 000 Franken

Das BAR hat für die Jahre 2022–2028 für den Abschluss der Papierablieferungen von den Departementen und der Bundeskanzlei zusätzliche Mittel erhalten. Dieses Vorhaben wird in Zusammenarbeit mit externen Firmen umgesetzt. Nachdem Ende 2022 die Rahmenverträge abgeschlossen werden konnten, galt es 2023 zusammen mit den Departementen die Planung zu definieren und das Vorhaben aufzugleisen. Ablieferungen wurden dabei lediglich vereinzelt vorgenommen. Deshalb wurde nur ein Teil der erhaltenen Mittel beansprucht. Die entsprechenden Ausgaben werden jedoch in den kommenden Jahren anfallen, weshalb die bestehende zweckgebundene Reserve um 0,75 Millionen erhöht wird. Das Projektende ist für 2028 geplant und der Gesamtbetrag des Projekts beläuft sich auf 10,7 Millionen (6,9 Mio. Sach- und 3,8 Mio. Personalmittel).

- Ablösung des bestehenden Digitalen Archivs 380 000 Franken

Beim Projekt «Digital Preservation System» (DPS-BAR) kam es aufgrund von aufwendigeren technischen und beschaffungsrechtlichen Abklärungen zu zeitlichen Verzögerungen. Dadurch musste die Terminplanung wiederholt angepasst werden. Inzwischen ist entschieden, dass eine Open Source-Lösung zur Anwendung kommt. Da die entsprechenden Ausgaben jedoch in Zukunft anfallen werden, sollen zusätzlich zu den bereits bestehenden zweckgebundenen Reserven (0,4 Mio.) neue in der Höhe von 0,4 Millionen gebildet werden. Das Projektende ist für 2026 geplant und der Gesamtbetrag des Projekts beläuft sich auf 1,6 Millionen.

BUNDESAMT FÜR KULTUR

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Erhaltung der materiellen und immateriellen Kulturgüter in der Schweiz
- Förderung eines vielfältigen und qualitativ hochstehenden Kulturangebots
- Verbesserung der kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen
- Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der nationalen Kohäsion
- Leistung eines Beitrags zur Attraktivität der Schweiz als Kreative- und Innovationsstandort
- Gewährleistung des kulturellen Austausches im In- und Ausland

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	1,7	1,6	1,7	0,0	2,2
Laufende Ausgaben	304,0	237,8	228,3	-75,6	-24,9
Eigenausgaben	80,2	81,5	82,6	2,5	3,1
Transferausgaben	223,8	156,2	145,7	-78,1	-34,9
Selbstfinanzierung	-302,3	-236,1	-226,6	75,7	25,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-30,7	-32,1	-31,1	-0,3	-1,1
Jahresergebnis	-333,0	-268,3	-257,7	75,3	22,6
Investitionseinnahmen	0,5	0,3	2,3	1,7	329,1
Investitionsausgaben	31,0	32,8	30,9	0,0	-0,1

KOMMENTAR

Die Einnahmen umfassen Beiträge Dritter zur Finanzierung der Veranstaltung des Schweizer Filmpreises, die Einnahmen der Schweizerischen Nationalbibliothek (NB), den Standortbeitrag des Kantons Solothurn an das Musikautomatenmuseum in Seewen und die Gebühren für Amtshandlungen.

Die Ausgaben des BAK waren zu rund einem Viertel dem Eigenaufwand zuzurechnen. 50 Prozent davon entfielen auf das Personal, 25 Prozent auf die Unterbringung (inkl. Mietaufwände für die bundeseigenen Museen, das Centre Dürrenmatt Neuchâtel und die Cinémathèque suisse) und 25 Prozent auf den Beratungs-, Informatik- sowie den übrigen Sach- und Betriebsaufwand. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung haben die Ausgaben v.a. im Personalbereich (u.a. zur Überbrückung von Vakanz und Erhöhungen von Beschäftigungsgraden, +1,5 Mio.), im sonstigen Betriebsaufwand (u.a. für die Organisation der Kulturministerkonferenz «Davos II», +0,8 Mio.) und im Beratungsaufwand (u.a. Evaluationsberichte für die Kulturbotschaft, +0,7 Mio.) zugenommen. Die Transferausgaben enthalten die Kredite der Kulturbotschaft 2021–2024, welche überwiegend schwach gebunden sind. Der Transferaufwand ist um 78 Millionen gesunken, u.a. weil Entschädigungen zur Abfederung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie im Laienbereich sowie die Soforthilfe für Kulturschaffende weggefallen sind.

Bei den Investitionseinnahmen (2,3 Mio.) handelt es sich v.a. um Rückzahlungen von Covid-Darlehen der Kulturunternehmen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Kulturbotschaft 2025–2028: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Anpassung der Filmverordnung (FiV): Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht «Die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Maret 21.3281): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Aktionsplan Baukultur 2024–2027: Verabschiedung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Digitale Langzeitarchivierung Schweiz. Nationalbibliothek: Durchführung einer WTO-Beschaffung (erreicht)

LG1: KULTURERBE

GRUNDAUFTRAG

Das BAK betreibt Museen und Sammlungen des Bundes und unterstützt Institutionen, welche Kulturgüter sammeln, erhalten, erschliessen und der Vermittlung von Kulturgut dienen. Es regelt den Kulturgütertransfer und vermittelt das immaterielle Kulturgut in der Schweiz. Das BAK fördert eine hohe Baukultur. Es richtet Finanzhilfen an die Erhaltung schützenswerter Objekte aus und stellt seine Expertise in den Bereichen Denkmalpflege, Ortsbildschutz und Archäologie zur Verfügung. Mit diesen Massnahmen trägt das BAK dazu bei, dass das kulturelle Erbe in der Schweiz bewahrt und die baukulturelle Qualität gestärkt sowie der Bevölkerung vermittelt und zugänglich gemacht wird.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,3	0,3	0,3	0,0	16,9
Aufwand und Investitionsausgaben	26,3	26,0	26,9	0,9	3,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Bundeseigene Museen: Das BAK vermittelt die Bestände der eigenen Museen durch Ausstellungen, Führungen und Veranstaltungen			
- Besucherinnen und Besucher der eigenen Museen (Anzahl, min.)	39 585	65 000	55 906
- Schulklassen, die museumspädagogische Übungen und Angebote besuchen (Anzahl, min.)	160	170	173
- Führungen durch Ausstellungen sowie Organisation von Veranstaltungen (Anzahl, min.)	1 571	1 980	1 909
Baukultur: Das BAK trägt durch Expertisen und Finanzhilfen zum Schutz und zur Erhaltung des kulturellen Erbes bei und fördert Kenntnis der Bevölkerung für das Kulturerbe			
- Für dringende Erhaltungsmassnahmen gesprochene Beiträge im Verhältnis zu den beantragten Mitteln (% , min.)	60	60	60
- Anteil Expertengutachten, deren Anträge bei der Umsetzung von Projekten berücksichtigt werden (% , min.)	94	75	85

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

Bundeseigene Museen: Die Nachfrage nach Besuchen und Führungen lag über dem Jahr 2022, aber noch unter dem angestrebten Ziel.

LG2: KULTURSCHAFFEN

GRUNDAUFTRAG

Das BAK fördert die kulturelle Bildung, die Schweizerschulen im Ausland, den Film sowie Organisationen aus dem professionellen Kulturschaffen und dem Laienbereich. Es vergibt Preise in mehreren Sparten und ist für die Promotion der Preisträgerinnen und Preisträger im In- und Ausland verantwortlich. Damit trägt das BAK zu einem vielfältigen und qualitativ hochstehenden Kulturschaffen und Kulturangebot bei und stärkt die kulturelle Teilhabe sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,6	0,7	0,6	-0,1	-14,6
Aufwand und Investitionsausgaben	17,7	18,2	18,2	-0,1	-0,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Sprachaustausch und kulturelle Teilhabe: Das BAK leistet einen Beitrag zur Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und zur Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben in der Schweiz			
- Teilnehmende Kinder und Jugendliche am schulischen Austausch zwischen den Sprachregionen (Anzahl, min.)	13 649	10 000	14 289
- Teilnehmende Kinder und Jugendliche am Programm jugend+musik (Anzahl, min.)	20 054	19 000	20 614
Film: Das BAK fördert und vermittelt das Schweizer Filmschaffen			
- Anteil der vom BAK geförderten Drehbücher, die in der Schweiz zu einer Filmproduktion führen (%; min.)	44	20	56
- Schweizer Filme, die in einer anderen Sprachregion als die Originalsprache im Kino oder an Festivals gezeigt werden (Anzahl, min.)	74	75	62
- Anteilsdiff. zw. geförderten und eingereichten Langfilm-Projekten von Frauen (%). Bsp.: Gesuche Frauen 35%. Entscheide z.G. Frauen 45%. = 10 (%)	1	0	1
- Durch die Filmstandortförderung ermöglichte Drehtage in der Schweiz (Anzahl)	328	240	242
Preise und Auszeichnungen: Das BAK erreicht mit seinen Preisen und Auszeichnungen in allen Kunstsparten ein breites Publikum			
- Besucher/innen an den Ausstellungen Swiss Arts Awards und Swiss Design Awards (Anzahl, min.)	12 000	10 000	11 000

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

Schulischer Austausch: Der Zielwert wurde, gestützt auf die Erfahrungen während der Covid-19-Pandemie, vorsichtig geschätzt und deutlich übertroffen.

Schweizer Filme in einer anderen Sprachregion: Als Nachholeffekt aus den Vorjahren wurden im Jahr 2022 deutlich mehr Schweizer Produktionen gestartet. Filmstarts sind volatil und hängen von diversen externen Faktoren ab. Der Wert 2023 entspricht einer Normalisierung und Annäherung an die üblichen Werte.

LG3: SCHWEIZERISCHE NATIONALBIBLIOTHEK

GRUNDAUFTRAG

Die Schweizerische Nationalbibliothek (NB) sammelt, erschliesst, erhält und vermittelt die gedruckten und digitalen Informationen, die einen Bezug zur Schweiz haben, vollständig. Sie ergänzt die Helvetica-Sammlung (in Wort, Bild, und Ton, sowohl gedruckt als auch digital) und betreibt das Schweizerische Literaturarchiv in Bern, die Schweizerische Nationalphonothek in Lugano und das Centre Dürrenmatt Neuchâtel. Sie stellt sicher, dass der gesammelte Teil des schweizerischen Kulturguts heute und in Zukunft erhalten bleibt und genutzt werden kann. Ihre Sammlung dient als Grundlage für die Erforschung der Schweiz, für die Nutzung von in der Schweiz entstandenem Wissen und die Wertschätzung des schweizerischen Kulturgutes.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,7	0,6	0,7	0,1	9,9
Aufwand und Investitionsausgaben	36,8	39,7	37,8	-1,9	-4,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Digitale Helvetica-Sammlung: Die NB baut die Sammlung original elektronischer Helvetica laufend aus und führt die Digitalisierung der analogen Sammlung weiter			
- Originale elektronische Helvetica-Publikationen (Anzahl, min.)	30 283	20 000	150 745
- Digitalisierte Seiten der analogen Helvetica-Sammlung (Anzahl, Mio., min.)	3,607	1,000	0,802
- Zufriedenheit der Nutzenden mit der Sammlungsvollständigkeit (Befragung alle vier Jahre) (Skala 1-10)	-	8,3	8,5
Nutzung: Die NB entwickelt die Nutzungsmöglichkeiten im Internet und vor Ort weiter			
- Beteiligungen an externen Fachportalen (Anzahl, min.)	31	25	32
- Teilnehmende an Ausstellungen, Veranstaltungen, Führungen und Schulungen (Anzahl, min.)	21 335	15 000	25 559
- Zufriedenheit der Nutzenden mit Leistungsangebot und Beratung (Befragung alle vier Jahre) (Skala 1-10)	-	7,0	9,3
- Tondateien für die digitale Archivierung online (Anzahl, min.)	59 580	50 000	49 198

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht oder sogar übertroffen.

Originale elektronische Helvetica-Publikationen: Seit 2023 werden die schweizerischen Wikipedia-Seiten gesammelt; dieses Massenverfahren generiert eine ausserordentlich hohe Anzahl neuer elektronischer Publikationen.

Digitale Helvetica-Sammlung: Bei der analogen Helvetica-Sammlung handelt es sich um Kooperationsprojekte mit Externen. Umfang und Fortschritt der Arbeiten sind von exogenen Faktoren abhängig und können von Jahr zu Jahr variieren.

Nutzung: Aufgrund des Umzugs der Phonothek anfangs 2023 in ein Provisorium in Lugano konnten weniger Tondateien für die digitale Archivierung online zur Verfügung gestellt werden.

Zufriedenheitsbefragung: Die Resultate der Zufriedenheitsbefragung zeigen, dass die Nutzenden der NB sowohl die Dienstleistungen und Beratungen als auch die Sammlungsvollständigkeit der NB sehr schätzen und ausgezeichnet bewerten.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	2 289	1 905	5 589	3 684	193,5
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 656	1 594	1 602	8	0,5
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	20	-	1 238	1 238	-
E132.0100 Rückzahlungen Baukultur	44	-	379	379	-
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0109 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	39	51	96	46	91,1
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0108 Covid: Rückzahlung von Darlehen Kulturunternehmen	530	260	2 273	2 013	774,4
Aufwand / Ausgaben	365 717	302 723	291 925	-10 797	-3,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	80 763	83 960	82 856	-1 103	-1,3
Kreditverschiebung		-41			
Abtretung		1 105			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		130			
Transferbereich					
LG 1: Kulturerbe					
A231.0129 Kulturgütertransfer	749	768	765	-3	-0,4
A231.0131 Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter	13 729	13 822	13 820	-1	0,0
A231.0132 Zusammenarbeit Kultur (UNESCO + Europarat)	145	196	156	-40	-20,6
A231.0136 Schweizerisches Filmarchiv	9 584	9 663	9 663	0	0,0
A236.0101 Baukultur	30 600	31 260	31 260	0	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	30 556	31 260	30 881	-379	-1,2
LG 2: Kulturschaffen					
A231.0119 Unterstützung kultureller Organisationen	3 253	3 306	3 266	-40	-1,2
A231.0121 Förderung von Kultur und Sprache im Tessin	2 482	2 495	2 495	0	0,0
A231.0122 Förderung von Kultur und Sprache in Graubünden	5 264	5 302	5 302	0	0,0
A231.0123 Verständigungsmassnahmen	8 351	10 188	10 168	-21	-0,2
A231.0124 Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer	19 710	21 059	17 508	-3 550	-16,9
Kompensation Nachtrag		-1 500			
A231.0125 Jenische, Sinti und nomadische Lebensweise	779	1 722	1 718	-4	-0,2
A231.0126 Förderung Filme	32 292	34 570	34 533	-38	-0,1
Nachtrag		2 088			
A231.0127 Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films	770	835	808	-27	-3,2
A231.0128 Teilnahme Programme Europa kreativ (Media und Kultur)	5 490	5 300	5 288	-12	-0,2
A231.0130 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-	51	50	-1	-1,0
A231.0133 Preise, Auszeichnungen und Ankäufe	3 017	3 140	3 108	-32	-1,0
A231.0134 Anlässe und Projekte	597	1 230	872	-358	-29,1
A231.0135 Filmkultur	9 966	10 066	10 012	-54	-0,5
A231.0137 Förderung musikalische Bildung	3 052	6 340	5 598	-741	-11,7
Kompensation Nachtrag		-588			
A231.0138 Leseförderung	4 550	4 595	4 593	-2	0,0
A231.0140 Literaturförderung	1 894	1 908	1 897	-11	-0,6
A231.0141 Kulturelle Teilhabe	710	987	632	-355	-36,0
A231.0417 Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	76 366	18 700	14 676	-4 024	-21,5
Kreditübertragung		18 700			
A231.0418 Covid: Soforthilfe für Kulturschaffende	17 300	-	-	-	-
A231.0419 Covid: Kulturvereine im Laienbereich	3 748	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 655 904	1 594 000	1 601 976	7 976	0,5

Der Funktionsertrag des BAK umfasst die Einnahmen von Dritten für die Finanzierung des Anlasses zur Verleihung des Schweizer Filmpreises, die Einnahmen der Schweizerischen Nationalbibliothek (insbesondere Beiträge der Stadt Lugano und des Kantons Tessin für die Schweizerische Nationalphonothek), den Standortbeitrag des Kantons Solothurn an das Musikautomatenmuseum in Seewen, die Gebühren für Amtshandlungen sowie allfällige Rückzahlungen aus vergangenen Jahren.

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	19 732	–	1 237 665	1 237 665	–

Hierbei handelt es sich um Rückzahlungen im Transferbereich aus vorangehenden Jahren. Im Berichtsjahr hat Suisseculture Sociale die Schlussabrechnung der Covid-Soforthilfe für Kulturschaffende eingereicht, was zu höheren Rückzahlungen führte. Die Organisation war für die Behandlung der Gesuche für die Covid-Soforthilfe für Kulturschaffende zuständig.

E132.0100 RÜCKZAHLUNGEN BAUKULTUR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	43 717	–	379 228	379 228	–

Im Berichtsjahr fielen aufgrund der Abrechnungen der Programmvereinbarungen 2016–2020 mit den Kantonen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen und Thurgau Rückzahlungen an.

E150.0109 FILMFÖRDERUNGSABGABEN FERNSEHVERANSTALTER EINNAHMEANTEIL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	39 321	50 500	96 496	45 996	91,1

Gemäss dem Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) müssen Fernsehveranstalter mit nationalem oder sprachregionalem Programmangebot, welche in ihrem Programm Filme ausstrahlen, einen Teil ihrer Bruttoeinnahmen (4 %) für den Ankauf, die Produktion oder die Koproduktion von Schweizer Filmen aufwenden oder eine entsprechende Filmförderungsabgabe bezahlen. Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Filmförderung zu verwenden (siehe Kredit A231.0130 «Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter»). Es handelt sich um eine Ersatzabgabe, die in erster Linie vom Verhalten der Fernsehveranstalter selbst abhängt und deren Höhe deshalb nur schwer abschätzbar ist.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 7 Abs. 2; Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Art. 15 Abs. 2.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Filmförderung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

E190.0108 COVID: RÜCKZAHLUNG VON DARLEHEN KULTURUNTERNEHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	529 873	260 000	2 273 451	2 013 451	774,4

Kulturunternehmen aus den Kantonen Genf, Luzern, Waadt und Wallis haben einen Teil der Darlehen im Umfang von 2,3 Millionen zurückbezahlt. Per 31.12.2023 sind noch Darlehen im Umfang von 0,5 Millionen ausstehend.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	80 762 862	83 959 700	82 856 465	-1 103 235	-1,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 194 700</i>			
Funktionsaufwand	80 368 321	82 402 200	82 809 318	407 118	0,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	80 207 172	81 523 400	82 637 286	1 113 886	1,4
Personalausgaben	40 376 344	40 711 200	41 920 936	1 209 736	3,0
Sach- und Betriebsausgaben	39 830 829	40 812 200	40 716 350	-95 850	-0,2
<i>davon Informatik</i>	<i>7 567 618</i>	<i>7 674 100</i>	<i>7 097 678</i>	<i>-576 423</i>	<i>-7,5</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 288 912</i>	<i>1 787 600</i>	<i>1 953 610</i>	<i>166 010</i>	<i>9,3</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	161 148	878 800	172 032	-706 768	-80,4
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	394 541	1 557 500	47 147	-1 510 353	-97,0
Vollzeitstellen (Ø)	258	254	259	5	2,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

50,6 Prozent des Funktionsaufwands entfallen auf das Personal. Die zusätzlichen Ausgaben im Personalbereich (1,2 Mio.) entstanden durch befristete Anstellungen und Erhöhungen von Beschäftigungsgraden, um Langzeiterkrankungen oder Mutterschaftsurlauben zu überbrücken und um neue Aufgaben (u.a. Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung der unabhängigen Kommission für historisch belastetes Kulturerbe) zu erledigen.

Sach- und Betriebsausgaben

Bei den *Informatiksachaufwand* (7,1 Mio.) entfallen fast 60 Prozent der Kosten auf die interne Leistungsverrechnung mit dem BIT und dem ISCeco (4,1 Mio.). Die restlichen Ausgaben (rund 40 %) erfolgten v.a. für den Betrieb und die Wartung von Anwendungen sowie für einzelne Projekte. Die Hauptursachen für die tieferen Ausgaben (-0,6 Mio.) im Vergleich zum Voranschlag sind Verzögerungen im Projekt Langzeitarchivierung sowie Veränderungen bei der Erneuerung der Plattform e-Newspaperarchives (Portal für den Zugriff auf die digitale Zeitungssammlung der Schweizerischen Nationalbibliothek und ihrer Partnerinstitutionen).

In den *Beratungsausgaben* sind Mittel für die Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Fachkommissionen des BAK, sowie für Experten- und Beratungsmandate eingestellt. Die Abweichung zum Voranschlag (+0,2 Mio.) ist hauptsächlich auf höhere Kosten für Evaluationsberichte und Vorbereitungsarbeiten in Bezug auf die nächste Kulturbotschaft zurückzuführen.

50 Prozent der *Sach- und Betriebsausgaben* werden für die Unterbringung (19,7 Mio., davon 17,2 Mio. bundesinterne Leistungsverrechnung) eingesetzt und sind aufgrund der Rückgabe von Lagerflächen tiefer ausgefallen als budgetiert (-0,2 Mio.). Die Unterbringungskosten umfassen die Miete und Mietnebenkosten für das Tiefenmagazin der Schweizerischen Nationalbibliothek (NB), für das Centre Dürrenmatt Neuchâtel, für die Gebäude der bundeseigenen Museen, für die Cinémathèque suisse sowie für die Verwaltungsgebäude in Bern. Die restlichen Betriebsausgaben (11,9 Mio.) dienen dem Betrieb des BAK (inkl. NB), der Aufsicht und der Bewachung der vier bundeseigenen Museen (Museo Vela, Sammlung Oskar Reinhart, Museum für Musikautomaten und Klostermuseum St. Georgen). Weiter sind die Mittel für konservatorische Massnahmen der Sammlungen der Schweizerischen Nationalbibliothek, der Museen und der Kunstsammlungen des Bundes sowie für die Ankäufe der Nationalbibliothek enthalten. Die Ausgaben für die Anlässe zur Vergabe der verschiedenen Schweizer Preise sind ebenfalls unter diesem Posten veranschlagt.

Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen fallen tiefer aus (-0,7 Mio.), weil Investitionen aufgrund von Projektverzögerungen (insb. Langzeitarchivierung) nicht getätigt wurden.

Investitionsausgaben

Im Berichtsjahr wurden für die Sicherstellung und Fortführung des Betriebes Mikroskope für Tonträger sowie Stative für die Digitalisierung beschafft. Die Investitionsausgaben fielen tiefer aus (-1,5 Mio.), weil einzelne Anschaffungen (u.a. Langzeitarchivierung und Scanner Grossformate) ins Jahr 2024 verschoben wurden.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 1,1 Millionen für die Integrationsstellen, die Kinderbetreuung, die Praktikumsstellen, die Lernenden, die zusätzlichen PK-Beiträge und die Teuerung.
- Kreditüberschreitung von 0,1 Millionen durch die Auflösung von zweckgebundenen Reserven.
- Kreditverschiebung von 5 500 Franken zu Gunsten des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation für die Neuerschliessung von Arbeitsplätzen.

- Kreditverschiebung von 15 000 Franken zu Gunsten der Bundeskanzlei für Authentication Bridges.
- Kreditverschiebung von 20 000 Franken zu Gunsten des Bundesamts für Umwelt für ein Toolkit «Landschaften und Baukultur».

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Kulturerbe		LG 2: Kulturschaffen		LG 3: Schweizerische Nationalbibliothek	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	26	27	18	18	37	38
Personalausgaben	10	10	8	8	23	24
Sach- und Betriebsausgaben	16	17	10	10	13	14
<i>davon Informatik</i>	1	2	3	2	4	4
<i>davon Beratung</i>	0	0	1	1	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	60	60	45	46	153	153

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 192 000	2 192 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 133 700	2 133 700
Auflösung / Verwendung	–	-130 000	-130 000
Endbestand per 31.12.2023	–	4 195 700	4 195 700
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	565 000	565 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Berichtsjahr wurden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 0,1 Millionen für folgende Projekte verwendet: ISOS (Fr. 40 000), PublicPC next (Fr. 70 000) sowie Digitale Strategie (Fr. 20 000).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (4,2 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte Langzeitarchivierungssystem (2,9 Mio.), Digiworkflow (0,3 Mio.) sowie Digitale Transformation und Innovation (0,3 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es werden neue zweckgebundene Reserven im Umfang von 0,6 Millionen beantragt. Bei den folgenden Projekten gab es Verzögerungen:

- Scanner Grossformate 250 000 Franken

Da das Beschaffungsverfahren mehr Zeit in Anspruch nahm als erwartet, konnte nur der Vertrag mit dem Unternehmen 2023 abgeschlossen werden. Die Lieferung des Grossformatscanners wird erst 2024 erfolgen. (Laufzeit 4.1.2023–30.4.2024; Projektbudget: 0,3 Mio.).

- Langzeitarchivierungssystem 250 000 Franken

Das Langzeitarchivierungssystem wird für die Archivierung digitaler Sammlungsbestände eingesetzt. Es beheimatet in Zukunft die digitalen Sammlungen der Nationalbibliothek und weiterer Partner. Aufwändige WTO-Ausschreibungsverfahren, Abklärungen mit möglichen Partnern sowie technische Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der Infrastruktur führten zu Projektverzögerungen. (Laufzeit 3.5.2019–31.12.2025; Projektbudget: 9,1 Mio.).

- Erneuerung GLAM-Inventory 40 000 Franken

Das GLAM-Inventory ist in erster Linie ein Register der Schweizer Bibliotheken (GLAM = Galleries, Libraries, Archives, Museums). Ein erstes Einladungsverfahren für die Erneuerung des GLAM-Inventory musste abgebrochen werden, nachdem nur ein Angebot mit einem sehr hohen Preis eingereicht wurde. Durch die daraus entstandene Verzögerung konnte das Projekt nicht mehr wie geplant im Jahr 2023 abgeschlossen werden (Laufzeit 1.9.2021–30.6.2024; Projektbudget: 0,1 Mio.).

— Plattenspieler für unterschiedliche Tonträger 25 000 Franken

Nach einem Ausfall des bestehenden Hauptgerätes für die Digitalisierung mechanischer Tonträger (Acetatplatten, Schellackplatten, Vinylplatten) war die geplante Ersatzbeschaffung im Jahr 2023 aus technischen Gründen nicht mehr möglich. Die Anschaffung eines neuen Geräts im Jahr 2024 ist für die Phonothek unerlässlich, um ihr Mandat erfüllen zu können (Laufzeit 1.10.2023–31.12.2024; Projektbudget: 0,03 Mio.).

TRANSFERKREDITE DER LG 1: KULTURERBE

A231.0129 KULTURGÜTERTRANSFER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	749 437	768 100	765 100	-3 000	-0,4

Diese Finanzhilfe trägt zum Schutz besonders gefährdeter beweglicher Kulturgüter (beispielsweise bei kriegesischen Konflikten) bei. Unterstützt wurden insbesondere Projekte zur Erhaltung des gefährdeten beweglichen kulturellen Erbes in Staaten, mit denen die Schweiz eine bilaterale Vereinbarung gestützt auf das KGTG abgeschlossen hat oder Projekte, die von spezialisierten internationalen Organisationen durchgeführt wurden.

Im Jahr 2023 unterstützte das BAK insgesamt zehn Projekte: Sechs Projekte betrafen den Schutz des mobilen Kulturerbes in Staaten, mit denen die Schweiz eine bilaterale Vereinbarung gestützt auf das KGTG abgeschlossen hat, ein Projekt betraf den Erhalt des archäologischen Kulturerbes in Côte d'Ivoire und drei Projekte betrafen den Schutz des mobilen Kulturerbes in der Ukraine.

Rechtsgrundlagen

Kulturgütertransfersgesetz vom 20.6.2003 (KGTG; SR 444.1), Art. 14; Kulturgütertransferverordnung vom 13.4.2005 (KGTV; SR 444.11), Art. 8–15.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Kulturgütertransfer 2021–2024» (Z0052.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0131 MUSEEN, SAMMLUNGEN, NETZWERKE DRITTER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	13 728 600	13 821 600	13 820 379	-1 221	0,0

Es wurden Betriebsbeiträge in der Höhe von 13,1 Millionen an Museen und Sammlungen und Netzwerke Dritter entrichtet. Dabei handelte es sich um die folgenden im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung der Betriebsbeiträge selektierten Museen und Sammlungen: Die Stiftung Haus für elektronische Künste in Münchenstein, die Stiftung Schweizerisches Freilichtmuseum für ländliche Kultur Ballenberg in Hofstetten (BE), die Stiftung Swiss Science Center Technorama in Winterthur, das Musée Ariana, musée suisse de la céramique et du verre in Genf, die Römerstadt Augusta Raurica in Augst, das Aargauer Kunsthhaus in Aarau, das Laténium, parc et musée d'archéologie in Hauterive, Photo Elysée in Lausanne, die Fondazione Museo d'Arte della Svizzera Italiana in Lugano, die Stiftsbibliothek St. Gallen in St. Gallen und die Fondation Vitromusée Romont, Musée Suisse du Vitrail et des Arts du Verre in Romont.

Bei den Netzwerken Dritter erhielten folgende Institutionen Betriebsbeiträge: Die Schweizerische Stiftung für die Photographie in Winterthur, der Verein Memoriav zur Erhaltung und Erschliessung des schweizerischen audiovisuellen Kulturguts in Bern, die Stiftung Schweizer Archiv der Darstellenden Künste SAPA in Zürich und Lausanne, die Stiftung Schweizer Museumspass in Zürich, der Verband der Museen der Schweiz in Zürich, die Stiftung Schweizerisches Alpines Museum in Bern und der Verein Bibliosuisse in Aarau. Das EDI hat die Grundsätze zur Berechnung der Beitragshöhe im Förderungskonzept festgelegt. Das BAK schloss mit den Empfängern von Betriebsbeiträgen eine Leistungsvereinbarung ab.

Weiter wurden 28 Projekte von Museen und Sammlungen Dritter mit Finanzhilfen in der Höhe von 0,4 Millionen unterstützt. Damit wird die Abklärung der Herkunft von Kulturgütern und die Publikation der Resultate gefördert. Die Projekte betreffen NS-Raubkunst sowie Kulturgüter aus kolonialen und archäologischen Kontexten und haben eine Laufzeit bis Ende 2024. Zudem wurden Beiträge in der Höhe von 0,3 Millionen zu Versicherungsprämien geleistet, die Museen für die Ausleihe bedeutender Kunstwerke für wichtige, zeitlich befristete Ausstellungen zahlen müssen. Die Beiträge an ein Projekt und an eine Versicherungsprämie betragen höchstens 100 000 Franken beziehungsweise 150 000 Franken.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 10; V vom 29.11.2016 über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Museen, Sammlungen und Netzwerken Dritter zur Bewahrung des kulturellen Erbes (SR 442.127.1) Art. 10.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0132 ZUSAMMENARBEIT KULTUR (UNESCO + EUROPARAT)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	144 633	195 900	155 525	-40 375	-20,6

Das Übereinkommen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes verpflichtet die Vertragsstaaten, die notwendigen Massnahmen zum Schutz ihres immateriellen Kulturerbes zu treffen und die Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zu fördern. Mit dem Übereinkommen wurde ein «Fonds für die Bewahrung des immateriellen Kulturerbes» geschaffen, der durch Pflichtbeiträge der Vertragsstaaten alimentiert wird. Die Signatarstaaten des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt verpflichten sich, herausragende Kultur- und Naturobjekte (Welterbestätten), die sich auf ihrem Territorium befinden, zu erhalten und zu pflegen. Die Konvention verlangt ein System internationaler Zusammenarbeit, das die Staaten in ihren Bestrebungen unterstützen soll, und richtet dafür einen internationalen Fonds ein, in den die Beiträge der Vertragsstaaten fliessen.

ICCROM ist eine multilaterale Organisation, die sich für die Erhaltung des kulturellen Erbes einsetzt, insbesondere in den Bereichen der Restaurierung und Konservierung, der Ausbildung und Vermittlung sowie der Soforthilfe bei Konflikten und Katastrophen. Die Schweiz ist seit 1959 Mitglied (Gründungsmitglied) und steuert die Aktivitäten der Organisation aktiv mit; die Mittel werden für den ordentlichen Mitgliederbeitrag gemäss UN-Skala eingesetzt.

Das erweiterte Teilabkommen über die Kulturwege des Europarats will einen nachhaltigen Tourismus fördern, der das europäische Kulturerbe erschliesst sowie regionenübergreifende Themen Europas in den Vordergrund rückt. Mit den Pflichtbeiträgen der Vertragsstaaten werden die Fördermassnahmen und das Aktivitätenprogramm finanziert.

In diesem Kredit sind ebenfalls die Beiträge der Schweiz an das Compendium der Kulturpolitik budgetiert. Diese Vereinigung unter der Führung des Europarats ist verantwortlich für die Verwaltung der Datenbank, welche Informationen, Statistiken und Vergleiche zur Kulturpolitik der Länder des Europarats enthält.

Die Abweichung zum Voranschlag ist auf tiefere freiwillige Beiträge der Schweiz an Projekte von internationalen Organisationen sowie auf eine verzögerte Rechnungsstellung zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 17.10.2003 zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes (SR 0.440.6), Art. 26 Abs. 1; Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt vom 23.11.1972 (SR 0.451.41); Resolution CMRes (2010)53, Art. 5, über die Kulturwege des Europarates; Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 22.

A231.0136 SCHWEIZERISCHES FILMARCHIV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 584 100	9 663 100	9 663 100	0	0,0

Mit den Betriebsbeiträgen an die Stiftung Schweizer Filmarchiv (Cinémathèque suisse) in Lausanne werden die Erschliessung, Sammlung, Archivierung, Restaurierung und Vermittlung von Filmen und weiteren audiovisuellen Werken, prioritär mit einem klaren Bezug zur Schweiz (Helvetica) unterstützt. Die Finanzierung des Filmarchivs erfolgt hauptsächlich durch den Bund. Weitere Beiträge leistet die Stadt Lausanne und der Kanton Waadt. Der Bund schliesst mit dem Filmarchiv einen mehrjährigen Leistungsauftrag ab, welcher die Ziele und Indikatoren für die Leistungen des Filmarchivs festlegen. Zum Auftrag der Cinémathèque suisse gehören neben der Bewirtschaftung des analogen Filmarchivs auch die Festlegung und Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Art. 1 Bst. c, Art. 18; V des EDI vom 21.4.2016 über die Filmförderung (FiFV; SR 443.113).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Film 2021–2024» (Z0004.04), Band 1B, Ziffer B 2.

A236.0101 BAUKULTUR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionsausgaben</i>	30 600 100	31 260 200	31 260 200	0	0,0

Beiträge werden hauptsächlich zur Erhaltung von schützenswerten Objekten, d.h. für Baudenkmäler, geschichtliche Stätten und Ortsbilder sowie für archäologische Massnahmen geleistet. Im Weiteren werden Forschungsvorhaben, Aus- und Weiterbildung von Fachleuten, Öffentlichkeitsarbeit sowie Beiträge an gesamtschweizerische Organisationen finanziert.

Bund und Kantone beteiligen sich gemeinsam an der Finanzierung zur Erhaltung von schützenswerten Objekten (Verbundaufgabe). Die Bundesbeiträge werden grundsätzlich im Rahmen von Programmvereinbarungen bewilligt oder aufgrund von Einzelverfügungen gewährt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 1.7.1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451), Art. 13-15; V vom 16.1.1991 über den Natur- und Heimatschutz (NHV; SR 451.1).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Baukultur 2021-2024» (V0152.03), Verpflichtungskredite «Heimatschutz und Denkmalpflege» (V0152.00-V0152.02), Band 1B, Ziffer B 1. Ausgaben teilweise zu Lasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» (10 Mio.), Band 1B, Ziffer A 82/12.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	30 556 383	31 260 200	30 880 972	-379 228	-1,2

Die Investitionsbeiträge für den Heimatschutz und die Denkmalpflege werden im Jahr der Auszahlung vollständig wertberichtigt (siehe Kredit A236.0101 «Baukultur») abzüglich der Rückzahlungen aus früheren Programmvereinbarungen (siehe Kredit E132.0100 «Rückzahlungen Baukultur»).

Rechtsgrundlagen

BG vom 7.10.2005 über den eidgenössischen Finanzhaushalt (SR 611.0), Art. 51.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: KULTURSCHAFFEN**A231.0119 UNTERSTÜTZUNG KULTURELLER ORGANISATIONEN**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	3 252 600	3 306 300	3 266 100	-40 200	-1,2

Es werden Beiträge an gesamtschweizerisch tätige Organisationen von professionellen Kulturschaffenden in den Sparten bildende Kunst, Design, Film, Literatur, Musik, Tanz, Theater und interaktive Medien ebenso wie an gesamtschweizerisch tätige Organisationen kulturell tätiger Laien ausgerichtet. Diese werden über mehrjährige Leistungsvereinbarungen gesteuert. Massgeblich für die Bemessung der Beiträge an Organisationen von professionellen Kulturschaffenden sind: Qualität und Umfang der erbrachten Dienstleistungen, ein vom BAK bestimmter Sockelbeitrag für jede Organisation, welche die Fördervoraussetzungen erfüllt, sowie Grösse der Organisation bzw. Anzahl der vertretenen Aktiven. Die Beiträge für Organisationen kulturell tätiger Laien richten sich nach der Zahl der Mitglieder.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 14.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021-2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0121 FÖRDERUNG VON KULTUR UND SPRACHE IM TESSIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 482 400	2 494 500	2 494 500	0	0,0

Der Bund richtet dem Kanton Tessin Finanzhilfen für Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der italienischen Sprache und Kultur aus. Unterstützt werden namentlich allgemeine Massnahmen (Publikationen, Forschung, Kulturprogramme, Stipendien usw.), Organisationen und Institutionen mit überregionalen Aufgaben sowie sprachliche und kulturelle Veranstaltungen. Gestützt auf die Leistungsvereinbarung mit dem BAK reicht der Kanton Tessin jährlich ein Programm der vorgesehenen Massnahmen und einen Finanzierungsplan ein.

Rechtsgrundlagen

Sprachengesetz vom 5.10.2007 (SpG; SR 441.1), Art. 22; Sprachenverordnung vom 4.6.2010 (SpV; SR 441.11), Art. 22–25.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Verständigung und Sprache 2021–2024» (Z0051.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0122 FÖRDERUNG VON KULTUR UND SPRACHE IN GRAUBÜNDEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 263 800	5 302 200	5 302 200	0	0,0

Der Bund richtet dem Kanton Graubünden Finanzhilfen für Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache und Kultur aus. Unterstützt werden allgemeine Massnahmen (Unterricht, Übersetzung, Publikationen, Produktion von Lehrmitteln in den Minderheitssprachen usw.), überregionale Tätigkeiten von Organisationen und Institutionen (Pro Grigioni, Lia Rumantscha), die rätoromanische Verlagstätigkeit sowie die Förderung der rätoromanischen Sprache in den Medien (Fundaziun Medias Rumantschas). Gestützt auf die Leistungsvereinbarung mit dem BAK reicht der Kanton Graubünden jährlich ein Programm der vorgesehenen Massnahmen und einen Finanzierungsplan ein.

Rechtsgrundlagen

Sprachengesetz vom 5.10.2007 (SpG; SR 441.1), Art. 22; Sprachenverordnung vom 4.6.2010 (SpV; SR 441.11), Art. 18–21.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Verständigung und Sprache 2021–2024» (Z0051.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0123 VERSTÄNDIGUNGSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 350 718	10 188 200	10 167 659	-20 541	-0,2

Die Fördertätigkeit des Bundes gliedert sich in folgende Hauptbereiche:

- Förderung des schulischen Austauschs (Art. 9 SpV);
- Förderung der Landessprachen im Unterricht und der Kenntnisse Anderssprachiger in ihre Erstsprache (Art. 10 und 11 SpV);
- Wissenschaftliches Kompetenzzentrum zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Art. 12 SpV);
- Unterstützung von Nachrichtenagenturen (Art. 13 SpV);
- Unterstützung von Organisationen und Institutionen (Art. 14 SpV);
- Unterstützung der mehrsprachigen Kantone (Art. 17 SpV);
- Förderung des Rätoromanischen ausserhalb seines traditionellen Verbreitungsgebiets (Art. 14 SpV)

Rechtsgrundlagen

Sprachengesetz vom 5.10.2007 (SpG; SR 441.1), Art. 14–18, 21; Sprachenverordnung vom 4.6.2010 (SpV; SR 441.11), Art. 9–14, 17.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Verständigung und Sprache 2021–2024» (Z0051.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0124 FÖRDERUNG DER AUSBILDUNG JUNGER AUSLANDSCHWEIZER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 709 818	21 058 800	17 508 402	-3 550 398	-16,9
davon Kreditmutationen		-1 500 000			

Es werden Beiträge geleistet an 18 Schweizerschulen im Ausland sowie an die Anstellungskosten von einzelnen Schweizer Lehrkräften an deutschen, französischen und internationalen Auslandsschulen, die von einer grossen Zahl an Schweizer Kindern besucht werden. Auch die Förderung von Angeboten der beruflichen Grundbildung, von Angeboten privater Bildungsanbietern sowie von Schulneugründungen ist möglich. Die vom Bundesrat anerkannten Schweizerschulen reichen ihr Subventionsgesuch mit Budget für das neue Schuljahr sowie die Schlussabrechnung und den Jahresbericht für das abgelaufene Schuljahr ein. Die einzelnen Subventionsbeiträge werden aufgrund definierter Kriterien pauschal festgelegt. Die Höhe der Finanzhilfen an Schweizerschulen bemisst sich nach der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler bzw. Lernenden, der Zahl der Schweizer Schülerinnen und Schüler bzw. Schweizer Lernenden, der Zahl der beitragsberechtigten Lehrpersonen sowie der Anzahl der Unterrichtssprachen.

Die Abweichung zum Voranschlag ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, insbesondere auch mit Schweizer Nationalität, sowie die Zahl der Schweizer Lehrkräfte vielerorts sank.

Kreditmutationen

— Haushaltsneutrale Kompensation des Nachtrags auf dem Kredit A231.0126 «Förderung Filme» (1,5 Mio.); Anteil

Rechtsgrundlagen

Schweizerschulengesetz vom 21.3.2014 (SSchG; SR 418.0), Art. 10 und 14; Schweizerschulenverordnung vom 28.11.2014 (SSchV; SR 418.01), Art. 4-7 und 8-13; V-EDI vom 2.12.2014 über die Beitragssätze für Finanzhilfen an Schweizerschulen im Ausland (EDI-SSchV; SR 418.013).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Schweizerschulen im Ausland 2021-2024» (Z0059.01), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0125 JENISCHE, SINTI UND NOMADISCHE LEBENSWEISE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	779 400	1 722 000	1 718 000	-4 000	-0,2

Der Bund unterstützt insbesondere die Radgenossenschaft der Landstrasse und die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende». Die 1975 gegründete «Radgenossenschaft der Landstrasse» ist der Dachverband der Schweizer Fahrenden, der vielfältige Dienstleistungen (Standplatzsuche, Öffentlichkeitsarbeit, Schulung usw.) für diese von der Schweiz anerkannten, nationalen Minderheiten anbietet. Die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» fördert die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen mit den Fahrenden. Der Bund leistet ausserdem Finanzhilfen an die Kantone zur Schaffung von Halteplätzen für die Ermöglichung der nomadischen Lebensweise.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 17.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021-2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0126 FÖRDERUNG FILME

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	32 292 223	34 570 300	34 532 531	-37 770	-0,1
davon Kreditmutationen		2 088 000			

Der Beitrag dient der Unterstützung bei der Herstellung und Projektentwicklung von Schweizer Filmen und Koproduktionen. Ausserdem werden die öffentliche Auswertung der Filme (Kino und Verleih) sowie der Schweizer Filmpreis zur Förderung herausragender Leistungen unterstützt. Die Filmförderung erfolgt über drei Säulen (erfolgsabhängig, selektiv und standortbezogen).

Mit der erfolgsabhängigen Filmförderung (6,5 Mio.) wurden Schweizer Filme entsprechend ihrem Erfolg an der Kinokasse und an wichtigen internationalen Filmfestivals gefördert. Der Erfolg eines Films wird belohnt, indem die am Film beteiligten Personen (Produzenten, Regisseure und Autoren) zeitlich befristete Gutschriften erhalten, die in neue Filmprojekte reinvestiert werden können.

Mit der selektiven Filmförderung (16,5 Mio.) wurden Finanzhilfen für die Herstellung (Drehbuchschreiben, Projektentwicklung, Produktion sowie Postproduktion), die Auswertung (Verleih, Promotion) von Schweizer Filmen und Koproduktionen ausgerichtet. Diese Finanzhilfen bemessen sich insbesondere nach dem Kinopotenzial, der künstlerischen und technischen Qualität eines Projekts sowie nach dessen Finanzierungsstruktur und Machbarkeit. Im Rahmen der internationalen Koproduktionen (bilaterale und multilaterale Abkommen) werden insbesondere die Finanzierungsanteile der Schweiz, das Potenzial einer schweizerischen Kinoauswertung sowie ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Produktionen mit schweizerischer Minderheitsbeteiligung und Mehrheitsbeteiligung berücksichtigt. Weiter unterstützt der Bund subsidiär die Ausbildung von Filmschaffenden über Finanzhilfen an die Diplomfilme der Fachhochschulen, sofern diese unabhängig produziert werden. Der Bund fördert zudem die Angebotsvielfalt in den Regionen. Finanzhilfen der selektiven Filmförderung beschränken sich auf maximal 50 Prozent der Gesamtkosten eines Projekts. Rund 25 Prozent der Gesuche wurden unterstützt.

Mit der standortgebundenen Förderung «Filmstandortförderung Schweiz – FISS» (6,5 Mio.) kann sich der Bund speziell bei internationalen Koproduktionen an den technischen, künstlerischen und logistischen Kosten beteiligen, die in der Schweiz anfallen. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der audiovisuellen Branche der Schweiz, sichert das inländische Know-how und schafft einen generellen Anreiz, mehr Filme in der Schweiz zu drehen. Bei den geförderten Filmprojekten muss es sich um Schweizer Filme oder Koproduktionen handeln, die im Rahmen der bestehenden Koproduktionsabkommen anerkennbar sind. Im Berichtsjahr wurden 242 Drehtage unterstützt. Die übrigen Mittel der Filmförderung (4,4 Mio.) umfassen die Unterstützung der Auswertung und Vielfalt in den Schweizer Kinos, die Preisgelder für den Schweizer Filmpreis sowie die Unterstützung des italienischsprachigen Filmschaffens mittels einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Tessin.

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 15.9.2023 wurde der Kredit mit einem Nachtrag um 2,1 Millionen erhöht. Der höhere Bedarf ist auf die Realisierung von bewilligten Projekten zurückzuführen, die sich aufgrund der Covid-19-Pandemie verzögert hatten. Diese Erhöhung wurde auf den Krediten A231.0124 «Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer» (1,5 Mio.) und A231.0137 «Förderung musikalische Bildung» (588 000 Franken) haushaltsneutral kompensiert.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Art. 1 Bst. a, Art. 7, 14a; Filmförderungsverordnung vom 21.4.2016 (FiFV; SR 443.113).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Film 2021–2024» (Z0004.04), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0127 EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIETE DES FILMS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	769 646	834 700	807 942	-26 758	-3,2

Der jährliche Beitrag der Schweiz an das Teilabkommen «Eurimages» (Filmförderungsfonds des Europarats) zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Austauschs auf dem Gebiet des Films trägt zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit und der Präsenz des Schweizer Filmes durch Mitwirkung in multilateralen Förderungsinstitutionen und Beteiligung an Koproduktionen bei. Schweizer Filmproduzenten können aus diesem Filmfonds Eurimages einen Beitrag von bis zu 0,5 Millionen Euro für die Herstellung von Filmen mit internationaler Beteiligung erhalten. Dabei sind vor allem Kriterien wie künstlerische Qualität, Erfahrung von Produzent/in, Regie und internationale Erfolgsaussichten massgebend. Zusätzlich erhielten Schweizer Kinobetriebe im Berichtsjahr Beiträge von rund 0,3 Millionen Euro für die Kinoauswertung von europäischen Filmen in der Schweiz. Die Rückflüsse aus diesem Programm überstiegen in den vergangenen Jahren jeweils die Mitgliederbeiträge.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Teilabkommen Europarat, BRB vom 11.1.1989.

A231.0128 TEILNAHME PROGRAMME EUROPA KREATIV (MEDIA UND KULTUR)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 489 866	5 300 000	5 288 265	-11 735	-0,2

Da die Schweiz seit 2014 nicht mehr im MEDIA-Programm der EU teilnehmen kann, sind Mittel für nationale Ersatzmassnahmen vorgesehen. Diese bezwecken den Ausgleich der grössten Nachteile, welche den Schweizer Filmschaffenden, Filmverleihern und Filmfestivals durch die Nichtteilnahme an diesem Programm entstehen. Sie werden selektiv gesprochen und lehnen sich an die Kriterien des EU-Programms an, um einen allfälligen Wiedereinstieg zu erleichtern. Die administrative Umsetzung der MEDIA Ersatzmassnahmen erfolgt gestützt auf eine Leistungsvereinbarung des BAK mit dem Verein MEDIA Desk Suisse, welcher über diesen Kredit finanziert wird.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Art. 5 Bst. f.; Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 22 Bst. b; V des EDI vom 21.4.2016 über die internationale Präsenz des Schweizer Filmschaffens und die MEDIA Ersatzmassnahmen (IPFiV; SR 443.122).

A231.0130 FILMFÖRDERUNGSABGABEN FERNSEHVERANSTALTER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	50 500	50 000	-500	-1,0

Die Einnahmen aus den Konzessionsabgaben von Fernsehveranstaltern sind zweckgebunden für die selektive Filmförderung zu verwenden. Sie werden, falls sie nicht im selben Jahr eingesetzt werden, der Spezialfinanzierung «Filmförderung» gutgeschrieben. Die Verwendung der unterjährigen Einnahmen sowie die Verwendung der Mittel aus der Spezialfinanzierung werden im vorliegenden Kredit budgetiert.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom 14.12.2001 (FiG; SR 443.1), Art. 15 Abs. 2; BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG, SR 784.40).

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Filmförderung», Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0133 PREISE, AUSZEICHNUNGEN UND ANKÄUFE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 016 930	3 140 000	3 107 895	-32 105	-1,0

Die Preise des Bundes sind Förderungs- und Promotionsinstrument zugleich. Sie verstärken die Sichtbarkeit und Resonanz des herausragenden schweizerischen Kulturschaffens. Ausgezeichnet werden Kulturschaffende in den Bereichen Kunst, Design, Literatur, darstellende Künste und Musik. Zudem werden Plattformen finanziert, auf denen das prämierte Kulturschaffen einem nationalen und internationalen Publikum vorgestellt werden kann. Neben der Kulturförderung durch Preise und Auszeichnungen erwirbt der Bund seit 1888 Kunstwerke und Designarbeiten. Die erworbenen Kunstwerke und Designarbeiten sind Teil der Bundeskunstsammlung.

Preise werden gestützt auf ein Wettbewerbsverfahren oder aufgrund einer Nomination durch eine Eidgenössische Kommission bzw. Jury oder durch Expert/innen vergeben.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 13.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021-2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0134 ANLÄSSE UND PROJEKTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	597 432	1 230 000	871 933	-358 067	-29,1

Unterstützt werden Vorhaben für ein breites Publikum (Feste und Aktionstage im Bereich der Laien- und Volkskultur), Vorhaben im Bereich kulturpolitische Debatten sowie Vorhaben zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes, welche die Auseinandersetzung mit kulturellen Ausdrucksformen oder aktuellen und relevanten kulturellen Fragen ermöglichen. Das BAK entscheidet über die Unterstützung auf Basis einer Ausschreibung oder durch Direktvergabe.

Die Abweichung zum Voranschlag ist darauf zurückzuführen, dass weniger Unterstützungsgesuche eingereicht wurden, insbesondere im Bereich Vorhaben für ein breites Publikum.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.7), Art. 16.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0135 FILMKULTUR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 966 320	10 066 400	10 012 000	-54 400	-0,5

Gefördert werden Vermittlungsmassnahmen im filmkulturellen Bereich, Organisationen zur Promotion des Schweizer Films im nationalen und internationalen Kontext, die Stiftung Swiss Films, namentlich auch mit Beiträgen zur Promotion des Schweizer Films sowie für den Schweizer Filmpreis.

Unterstützt werden zudem Schweizer Filmfestivals auf der Basis von Leistungsvereinbarungen, Filmzeitschriften, Programme, die den Zugang von Kindern- und Jugendlichen zum Kino stärken sowie Institutionen und Initiativen, die einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung, Entwicklung und Innovation der Filmproduktion und der Filmkultur in der Schweiz leisten. Bei der Förderung von Institutionen wird insbesondere auf die Qualität und die Professionalität der Organisationen bei der Finanzierung und Umsetzung dieser Projekte sowie auf eine gesamtschweizerische Ausrichtung der Massnahmen geachtet.

Weiter wird die Weiterbildung der in der Filmbranche Beschäftigten unterstützt. Diese Aufgabe wird durch die vom Bund unterstützte Stiftung FOCAL abgedeckt.

Rechtsgrundlagen

Filmgesetz vom (FiG; SR 443.1), Art. 5 Bst. a–e, Art. 6; Filmförderungsverordnung vom 21.4.2016 (FiFV; SR 443.113).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Film 2021–2024» (Z0004.04), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0137 FÖRDERUNG MUSIKALISCHE BILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 052 327	6 339 500	5 598 068	-741 432	-11,7
davon Kreditmutationen		-588 000			

Es werden Finanzhilfen an Vorhaben von gesamtschweizerischer Bedeutung zur Förderung der musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen (namentlich nationale Formationen, Festivals, Wettbewerbe) ausgerichtet. Der Entscheid über die Zusage von Finanzhilfen erfolgt gestützt auf eine Ausschreibung. Weiter wird das Programm Jugend+Musik unterstützt: Zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur musikalischen Bildung (Art. 67a BV) lancierte der Bund das Programm, das die Aus- und Weiterbildung von Laienmusiklehrkräften sowie Musikkurse und Musiklager für Kinder und Jugendliche ermöglicht. Die Finanzhilfen werden in Form von Pauschalbeiträgen pro Teilnehmerin und Teilnehmer ausgerichtet.

Die Abweichung zum Voranschlag ist darauf zurückzuführen, dass die Kantone ihre Teilnahme am neuen Programm «Junge Talente Musik» erst aufgleisen.

Kreditmutationen

— Haushaltsneutrale Kompensation des Nachtrags auf dem Kredit A231.0126 «Förderung Filme» (588 000 Franken); Anteil

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 12.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0138 LESEFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 550 200	4 595 400	4 593 232	-2 168	0,0

Es werden Organisationen und Vorhaben im Bereich der Leseförderung mit den folgenden Zielen unterstützt: Das Lesen als kulturelle Fähigkeit und die Freude am Lesen zu fördern; den Zugang zu Büchern und zur Schriftkultur zu fördern, insbesondere für Kinder und Jugendliche; zu Wissensaufbau, Wissensaustausch, Vernetzung und Koordination der Akteure der Leseförderung beizutragen. Das BAK leistet Betriebsbeiträge an gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Leseförderung sowie Projektbeiträge an überregionale Vorhaben der Leseförderung. Der Entscheid über die Zusprache von Finanzhilfen erfolgt gestützt auf eine Ausschreibung. Mit den Organisationen der Leseförderung werden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 15.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0140 LITERATURFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 893 586	1 908 000	1 896 559	-11 441	-0,6

Diese Finanzhilfe soll zur Förderung der kulturellen Verlagsarbeit (Betreuung und Beratung von Autorinnen und Autoren, kritisches Lektorat usw.) und zur Aufwertung und Stärkung der Schweizer Literaturlandschaft beitragen. Sie soll zudem die Anpassung der Verlage an die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen erleichtern, die Vermittlerrolle der Verlage zwischen den Autorinnen und Autoren, den Buchhandlungen sowie den Leserinnen und Lesern stärken und die Arbeit der kleinen Verlage anerkennen. Schweizer Verlage können beim BAK ein Gesuch zur Ausrichtung von Strukturbeiträgen einreichen.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 15.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0141 KULTURELLE TEILHABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	709 600	987 000	631 950	-355 050	-36,0

Mit dieser Finanzhilfe soll die Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben gestärkt werden. Unterstützt werden Vorhaben, die den Zugang zu kulturellen Angeboten, die Kulturvermittlung, die kulturelle Bildung und insbesondere die aktive kulturelle Betätigung der Bevölkerung fördern, sowie Vorhaben zur Förderung von Wissensaustausch, Vernetzung und Koordination. Weiter werden Beiträge an Erhebungen, Studien und Tagungen geleistet. Die Vorhaben müssen gesamtschweizerischen Charakter haben. Der Entscheid über die Zusprache der Finanzhilfen erfolgt gestützt auf eine Ausschreibung.

Die Abweichung zum Voranschlag ist darauf zurückzuführen, dass weniger Unterstützungsgesuche eingereicht wurden als in den Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Kulturförderungsgesetz vom 11.12.2009 (KFG; SR 442.1), Art. 9a.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzhilfen BAK Kulturförderungsgesetz 2021–2024» (Z0053.02), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0417 COVID: LEISTUNGSVEREINBARUNGEN KULTUR KANTONE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	76 366 454	18 700 000	14 676 287	-4 023 713	-21,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>18 700 000</i>			

Die Finanzhilfe ist für Ausfallentschädigungen an Kulturunternehmen und Kulturschaffende und für Transformationsprojekte von Kulturunternehmen vorgesehen. Die Umsetzung erfolgt via Kantone. Der Bund hat dazu mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Er beteiligt sich zur Hälfte an der Finanzierung. 2023 wurden letzte offene Gesuche genehmigt und ausbezahlt. Noch offen sind 14 Gesuche infolge hängiger Beschwerdeverfahren (Gesamtumfang gemäss Schätzung 1 Mio.), für welche eine entsprechende Rückstellung gebildet wurde.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung von 18 700 000 Franken (Vgl. Botschaft zum Nachtrag I/2023).

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz vom 25.9.2020 (SR 818.102), Art. 11.

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Stärkung der Resilienz des operativen Betriebs mit Fokus auf die Ausfallsicherheit der Rechenleistung
- Produktion und Kommunikation hochwertiger Leistungen: Warnungen und Klimagrundlagen
- Modernisierung der Wertschöpfungskette von MeteoSchweiz; Einführung von Open Government Data
- Sicherstellung der Kooperation mit europäischen Wetterdiensten und der Beteiligung an EU Programmen; Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Bundesstellen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	25,8	28,6	28,6	2,8	10,7
Laufende Ausgaben	122,2	135,8	129,2	7,0	5,7
Eigenausgaben	96,2	108,2	104,3	8,1	8,4
Transferausgaben	26,0	27,6	24,9	-1,1	-4,3
Selbstfinanzierung	-96,4	-107,2	-100,6	-4,2	-4,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1,9	-2,8	-2,3	-0,5	-24,0
Jahresergebnis	-98,3	-110,0	-103,0	-4,7	-4,8
Investitionsausgaben	3,1	4,2	5,9	2,8	92,6

KOMMENTAR

MeteoSchweiz erwirtschaftet Einnahmen aus verwaltungsinternen und -externen meteorologischen Dienstleistungen, z.B. mit der Aufbereitung von Wetterdaten für Flugwetterkunden. Dazu kommen Drittmiteinnahmen aus Forschungsprojekten. Die Steigerung der Einnahmen ist hauptsächlich auf den Wegfall der zeitlich befristeten Gebührenreduktion (2020–2022) für die Aviatik zurückzuführen.

Die Ausgaben von MeteoSchweiz entstehen zu ca. 80 Prozent bei der Erbringung von Dienstleistungen zu Wetter und Klima (Datenerhebung, Informationsverarbeitung, Expertenleistungen). Bei den Eigenausgaben stand die Kostenzunahme vor allem im Zusammenhang mit dem Programm RZPlus (ausfallsichere Rechenleistung und Transformation der Informatik) sowie diversen Projekten (OWARNA2, Weather4UN, NCCS-Impacts). Die restlichen rund 20 Prozent betreffen die Transferausgaben und sind grösstenteils stark gebunden (Pflichtbeiträge an internationale Organisationen). Die Transferausgaben lagen unter denjenigen des Vorjahrs, was im Wesentlichen auf einen tieferen Beitrag an die europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) zurückzuführen ist. Die Investitionsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Ersatzbeschaffungen für die Messinfrastruktur, die Informatik und das Programm RZPlus gestiegen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Teilrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie: Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Aufgrund der Verzögerungen bei der Genehmigung des EMBAG durch das Parlament konnte der Meilenstein nicht erreicht werden.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Sicherstellung Betrieb und Weiterentwicklung MeteoSwiss App: Realisierung und Go Live (erreicht)
- ICON22: Ablösung des heutigen Wettervorhersagemodells COSMO durch das Nachfolgemodell ICON: Operationelle Einführung (teilweise erreicht)
Der Hochleistungsrechner konnte wegen pandemiebedingten Engpässen/Unterbrüchen in den globalen Lieferketten nicht rechtzeitig vom Lieferanten bereitgestellt werden. Prä-operationelle Einführung erfolgt; operationelle Einführung: 31.05.2024
- OWARNA@MetCH: Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Wetterwarnungen für die Schweiz: Start Realisierungsphase (erreicht)
- Klima CH2025: Neue Klimaszenarien: Start Konzeptphase (erreicht)
- Ausfallsichere Rechenleistung und Transformation IKT: Produktive Cloudnutzung möglich und Abschluss des Umzugs der geschäftskritischen Anwendungen in das Rechenzentrum des BIT (CAMPUS) (teilweise erreicht)
Verzögerungen im Beschaffungsprozess für externe Cloud-Spezialisten. Die produktive Cloudnutzung für erste Basisanwendungen ist erreicht. Bereitstellung des RZ CAMPUS per Ende Q1 2024; anschliessend Umzug in das RZ CAMPUS.
- Zukunftsausrichtung des Data Warehouses: Start Initialisierungsphase und Abschluss Konzeptphase (teilweise erreicht)
Die Initialisierungsphase wurde am 1. Juli gestartet. Abschluss der Konzeptphase Ende 2024. Gründe für den Verzug sind unter anderem die Verfügbarkeit von Schlüsselpersonen und die Komplexität des Projektes.
- Automatisierung der Flugwettermeldungen 24/7: Start Parallelbetrieb am Flughafen Genf (erreicht)

LG1: DATEN ZU WETTER UND KLIMA

GRUNDAUFTRAG

Die Leistungsgruppe 1 umfasst die Bereitstellung der unmittelbaren Ergebnisse aus Messungen und Beobachtungen sowie die numerische Wettervorhersage für die Öffentlichkeit, die Behörden, den Sicherheitsverbund, die Luftfahrt, die Wissenschaft und die Wirtschaft. Damit wird ein Beitrag zur Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung geleistet.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,7	3,5	3,5	0,0	0,2
Aufwand und Investitionsausgaben	29,6	27,4	26,8	-0,6	-2,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Verfügbarkeit der Messsysteme: Die Messsysteme Radar und SwissMetNet (SMN) werden laufend optimiert, um die Qualität der Prognosen und Warnungen zu erhöhen			
– Verfügbarkeit Radarnetz (%; min.)	99,8	96,0	99,9
– Verfügbarkeit SMN: Anteil Daten auf Data Warehouse (DWH) nach 9 Minuten (%; min.)	99,1	96,0	98,7
– Zertifizierung bzw. Rezertifizierung von eigenen und Partnernetzstationen (Anzahl; min.)	35	35	41
Qualität der Messungen: Die Messungen werden nach internationalen Standards (Umfang, Termin, Qualität) betrieben			
– Einhaltung der WMO-Vorgaben (%; min.)	99	95	98
Zuverlässigkeit und Qualität der Modellvorhersagen: Die Modellvorhersagen stehen den Benutzenden zuverlässig und in hoher Qualität zur Verfügung			
– Verfügbarkeit numerisches Vorhersagemodell (%; min.)	99,9	98,4	99,9
– Trefferquote für den Tag 1 (Bewölkung, Niederschlag, Temperatur und Windgeschwindigkeit) (Index)	75,4	74,6	74,8
– Trefferquote für den Tag 3 (Bewölkung, Niederschlag, Temperatur und Windgeschwindigkeit) (Index)	72,2	72,0	71,7
Steigerung der Wirtschaftlichkeit: Durch regelmässige Überprüfungen und Automatisierungen werden die Kosten gesenkt und die Effizienz erhöht			
– Anteil Business Services, bei denen die darunterliegenden Anwendungen auf Wirtschaftlichkeit überprüft worden sind (%)	65	80	80
Kundenzufriedenheit: Die Leistungsbezüger sind mit dem Inhalt und der Lieferqualität der Daten zufrieden			
– Push-Lieferung aller meteorologischen und klimatologischen Daten (Skala 1-6)	5,5	5,0	5,5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollumfänglich erreicht.

LG2: INFORMATIONEN UND EXPERTENLEISTUNGEN ZU WETTER UND KLIMA

GRUNDAUFTRAG

Die Leistungsgruppe 2 umfasst die Erstellung von Grundlagen für wetter- und/oder klimabeeinflusste Entscheidungen. Sie befriedigt die Bedürfnisse der Öffentlichkeit, der Behörden, des Sicherheitsverbundes, der Luftfahrt, der Wissenschaft und Wirtschaft nach Schutz vor Schäden bei Unwettern und vor Radioaktivität. Es werden Dienstleistungen erbracht für die Planung von wetterabhängigen Tätigkeiten und für die sichere und wirtschaftliche Durchführung der Luftfahrt. Diese Leistungen generieren eine erhöhte Sicherheit und ein erhöhtes Wohlergehen der Bevölkerung, da materielle Schäden bei Unwettern begrenzt und die Anzahl wetterbedingter Unfälle reduziert werden können.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	23,1	25,1	25,1	0,0	0,2
Aufwand und Investitionsausgaben	71,5	87,8	85,8	-2,0	-2,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Qualität Vorhersagen: Die Qualität der kurz- und mittelfristigen Vorhersagen wird auf hohem Niveau stabilisiert			
- Trefferquote Tag+1 (Index, min.)	86,8	83,5	86,5
- Trefferquote Tag+3 (Index, min.)	82,7	78,0	82,3
- Trefferquote Tag+5 (Index, min.)	77,3	72,0	75,9
Qualität Warnungen: Die Qualität der Warnungen wird auf hohem Niveau gehalten			
- Anteil korrekter Warnungen (%; min.)	92	85	90
- Anteil unnötiger Warnungen (%; max.)	23	30	15
Flugwetterdienstleistungen: Die nationalen und internationalen Auflagen der Luftfahrt (WMO, ICAO, EU und EASA) sind erfüllt und die Qualität wird auf hohem Niveau gehalten			
- Aufrechterhaltung der SES-Zertifizierung (Single European Sky) (ja/nein)	ja	ja	ja
- Prognosequalität für die Flughäfen Zürich und Genf (Index, min.)	90,0	80,0	83,0
- Kundenzufriedenheit (Skala 1-6)	5,3	5,0	5,3
Naturgefahrenportal: Der Zugriff der Bevölkerung auf dieses Portal des Bundes ist gewährleistet			
- Verfügbarkeit Naturgefahrenportal (%; min.)	99,9	99,5	99,9
Ausbreitungsrechnung Radioaktivität: Dem BABS (NAZ) stehen jederzeit (24/7) Ausbreitungsrechnungen zur Verfügung			
- Im monatlichen Testfall sind unterschiedliche Ausbreitungsrechnungen verfügbar (Anzahl, min.)	5,00	3,00	5,00
- Kundenzufriedenheit der Behörden im Sicherheitsverbund (Skala 1-6)	5,5	5,0	5,6
Klimainformationen: Die Bevölkerung wird mit relevanten und aktuellen Klimainformationen versorgt			
- Blogartikel pro Jahr (Anzahl, min.)	72	60	95
- Tägliche Aufdatierung des Klimaverlaufs auf dem Internet (%; min.)	100	97	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollumfänglich erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	25 838	28 558	28 602	44	0,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	25 838	28 558	28 602	44	0,2
Aufwand / Ausgaben	127 201	142 799	137 482	-5 316	-3,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	101 169	115 224	112 573	-2 650	-2,3
Kreditverschiebung		-283			
Abtretung		1 035			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		949			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		4 616			
Transferbereich					
LG 1: Daten zu Wetter und Klima					
A231.0176 Meteorologische Weltorganisation, Genf	3 620	3 731	3 680	-51	-1,4
A231.0177 Europäische Organisation Betrieb Wettersatelliten Darmstadt	18 197	19 115	16 936	-2 179	-11,4
A231.0178 Weltstrahlungszentrum Davos	1 489	-	-	-	-
A231.0180 Europ. Zusammenarbeit im meteorologischen Bereich	409	-	-	-	-
A231.0438 Zusammenarbeit im meteorologischen Bereich	-	1 899	1 882	-17	-0,9
LG 2: Informationen und Expertenleistungen zu Wetter und Klima					
A231.0179 Europ. Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage Reading	2 317	2 830	2 410	-420	-14,8

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	25 837 687	28 558 000	28 601 866	43 866	0,2

Die Einnahmen stammen zum grössten Teil aus Leistungen im Zusammenhang mit der Aviatik sowie aus Kundenaufträgen und -projekten (gegenfinanzierte Projekte). Die Erträge aus Leistungsverrechnung beruhen auf meist langjährigen Vereinbarungen mit Einsatzorganisationen und anderen Bundesstellen (BABS, Armee, Luftwaffe).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	101 168 677	115 223 653	112 573 408	-2 650 245	-2,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		6 317 253			
Funktionsaufwand	98 093 915	111 010 253	106 651 602	-4 358 651	-3,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	96 217 194	108 210 253	104 324 778	-3 885 475	-3,6
Personalausgaben	58 470 927	60 646 700	61 764 270	1 117 570	1,8
Sach- und Betriebsausgaben	37 746 267	47 563 553	42 560 508	-5 003 045	-10,5
<i>davon Informatik</i>	16 965 819	20 476 973	20 571 109	94 136	0,5
<i>davon Beratung</i>	3 172 044	3 193 700	4 562 820	1 369 120	42,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 876 721	2 800 000	2 326 824	-473 176	-16,9
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	3 074 762	4 213 400	5 921 806	1 708 406	40,5
Vollzeitstellen (Ø)	328	344	339	-5	-1,5

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* der MeteoSchweiz lagen rund 1,1 Millionen über dem Voranschlagswert. Aufgrund von Wechseln in der Geschäftsleitung und im Kader wurden mehr Mittel für die Personalrekrutierung eingesetzt (+0,2 Mio.). Zudem wurde der Teuerungsausgleich von einem Prozent zur Hälfte intern finanziert (+0,3 Mio.) und höhere Rückstellungen für Ferien, Überzeit und andere Zeitguthaben gebildet (+0,1 Mio.). Darüber hinaus konnten mehrere Projekte abgeschlossen werden, wofür in den Vorjahren gebildete, zweckgebundene Reserven verwendet wurden.

Das zusätzliche Personal im Vergleich zum Vorjahr wird hauptsächlich für den Ausbau und Betrieb der ausfallsicheren Rechenleistung (0,7 Mio.) und die Trockenheitswarnung (0,5 Mio.) benötigt. Des Weiteren führten zwei gegenfinanzierte Projekte zu höheren Personalausgaben (0,3 Mio.). Die Abnahme der Anzahl Stellen gegenüber dem Voranschlag, in welchem mit Durchschnittslöhnen gerechnet wird, ist auf die höhere Einstufung der IT-Stellen zurückzuführen. Diese Stellen wurden an die vergleichbare Einstufung in anderen Bundesämtern angepasst. Durch die höheren Lohnkosten wurde ebenfalls der kalkulierte Planwert des Voranschlags erhöht.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Sach- und Betriebsausgaben* fielen gegenüber dem Voranschlag 5 Millionen tiefer aus. Dies ist hauptsächlich auf Verzögerungen verschiedener Projekte und Vorhaben wie z.B. Programm RZPlus und das Früherkennungs- und Warnsystem bezüglich Trockenheit zurückzuführen. Mit den Minderausgaben konnte der höhere Bedarf in anderen Bereichen kompensiert werden (Personal, Informatikberatung, Informatik).

Die um 0,1 Millionen höheren *Informatikausgaben* sind hauptsächlich auf zusätzliche Kosten beim Abschluss des Projektes Datenvermittlung nächste Generation (DV2.0) zurückzuführen.

Die *Beratungsausgaben* lagen rund 1,4 Millionen über dem Voranschlag, was auf den vermehrten Beizug von Beratungsleistungen in einzelnen Projekten zurückzuführen ist (als Folge des Programms RZPlus im Bereich der Informatik).

Die *Abschreibungen* lagen um 0,5 Mio. unter dem Budget, da die in diesem Jahr getätigten hohen Investitionen erst ab nächstem Jahr zu höheren Abschreibungen führen werden.

Die *Investitionen* lagen 1,7 Millionen über dem Voranschlag. Hauptursache dafür ist, dass Ersatzbeschaffungen bei den Messstationen (Windprofiler) sowie bei der betriebsnotwendigen ICT-Infrastruktur notwendig waren.

Hinweise

Verpflichtungskredit «MeteoSchweiz RZ Plus» (V0370.00; BB vom 2.3.2022), siehe Band 1B, Ziffer B1.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts von 1 Million für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, für Pensionskassenbeiträge, familienexterne Kinderbetreuung sowie für die berufliche Integration.
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 FHG) im Umfang von 4,6 Millionen durch Verwendung zweckgebundener Reserven.
- Kreditüberschreitung 1 Prozent. im Umfang von 0,9 Millionen (Art. 36 Abs. 2 FHG).
- Kreditverschiebung von 0,1 Millionen vom EDA (Projekt «ALBAdapt»).
- Kreditverschiebung 0,2 Millionen zu Agroscope (Finanzierung Zweitmittel 2023).
- Kreditverschiebung 0,2 Millionen zum BIT (Projekt «RZ Plus Bezug RZ Campus»).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Daten zu Wetter und Klima		LG 2: Informationen und Expertenleistungen zu Wetter und Klima	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	30	27	72	86
Personalausgaben	17	15	41	47
Sach- und Betriebsausgaben	11	10	27	32
davon Informatik	5	5	12	16
davon Beratung	1	1	2	3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	1	1	2
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	1	1	2	5
Vollzeitstellen (Ø)	108	112	220	227

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	1 152 657	3 087 000	4 239 657
Bildung aus Rechnung 2022	-	6 672 000	6 672 000
Auflösung / Verwendung	-	-4 701 080	-4 701 080
Endbestand per 31.12.2023	1 152 657	5 057 920	6 210 577
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	2 177 070	2 177 070

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 konnten einige Projekte oder Teilprojekte abgeschlossen werden, für die in den Vorjahren Reserven gebildet worden waren. Dadurch konnten die folgenden zweckgebundenen Reserven im Umfang von 4,7 Millionen aufgelöst werden:

— Technische Erneuerung Datenzugang/Kodart	100 000 Franken
— Relaunch App	100 000 Franken
— Life Cycle Server und Datenspeicher	754 000 Franken
— Ausfallsichere (georedundante) Rechenleistung	1 048 080 Franken
— DV NextGen	617 000 Franken
— OWARNA2	935 000 Franken
— SWIM (System Wide Information Management)	250 000 Franken
— NCCS Impacts	600 000 Franken
— EMER-Met LifeCycle	212 000 Franken
— Safety Management Flugwetter (erfolgsneutral aufgelöst)	85 000 Franken

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (5,1 Mio.) entfallen auf die Projekte «OWARNA 2», «NCCS Impacts», «Weather-4UN», «NGP 2024» und «Ausfallsichere (georedundante) Rechenleistungen».

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Im Jahr 2023 haben sich die folgenden Vorhaben/Projekte verzögert, für die zweckgebundene Reserven in der Höhe von 2,2 Millionen beantragt werden:

- *Programm RZPlus:* Das Programm RZPlus beinhaltet den Aufbau einer ausfallsicheren und georedundanten Rechenleistung. Gemäss dem geplanten Betriebsmodell wird MeteoSchweiz langfristig keine eigene Recheninfrastruktur mehr betreiben. Die gesamte Applikationslandschaft von MeteoSchweiz wird auf bundesinterne und -externe Cloud-Anbieter transferiert. Damit kann die Rechenleistung skaliert werden, bei gleichzeitiger Reduktion der eigenen Serverinfrastrukturen. Die zwei Teilprojekte «Aufbau & Inbetriebnahme RZ Campus und Cloud» sowie «IT-Governance & Migration Fachanwendungen» sind gegenüber der Projektplanung von 2021 um zwölf Monate und mehr verzögert. Die Gründe dafür sind Verzögerungen bei der Cloud Beschaffung sowie bei der Bereitstellung der Infrastrukturen RZ Campus und der Cloud WTO Professional Services des BIT.
- *Trockenheit:* Der Bundesrat hat am 18.5.2022 den drei Ämtern BAFU, MeteoSchweiz und swisstopo den Auftrag erteilt, ein nationales Früherkennungs- und Warnsystem zur Trockenheit zu errichten. Die im Juni 2023 gestartete Beschaffung der Bodenfeuchtesensoren (für ca. 30 Messstationen) hat sich bei der zentralen Beschaffungsstelle verzögert, so dass diese Beschaffung nun erst in den kommenden Jahren realisiert werden kann. Auch die geprüften Möglichkeiten für Teillieferungen konnten nicht umgesetzt werden.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: DATEN ZU WETTER UND KLIMA

A231.0176 METEOROLOGISCHE WELTORGANISATION, GENF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 620 147	3 730 600	3 680 001	-50 599	-1,4

Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ist eine Unterorganisation der UNO mit Sitz in Genf. Sie stellt den Zugang zu Wetterinformationen und -vorhersagen sicher. Die Organisation koordiniert u.a. die weltweite Datenerhebung, die Forschungsarbeiten und die Anwendungen in der Meteorologie, z.B. in der Wettervorhersage, der Luftverschmutzung, der Klimaveränderung oder der Überwachung der Ozonschicht. Der Direktor von MeteoSchweiz ist der sog. «Permanent Representative» der Schweiz in der WMO und nimmt im Exekutivrat Einsitz.

0,8 Millionen sind Pflichtbeiträge und dienen der Deckung der regulären Ausgaben der Organisation. Die Mitgliederbeiträge werden proportional zum Bruttoinlandsprodukt der Mitglieder erhoben. Im Jahr 2023 betrug der Pflichtbeitrag der Schweiz 1,1 Prozent des WMO-Budgets.

2,8 Millionen gingen in erster Linie an Schweizer Institutionen (z.B. Forschungsanstalten oder Universitäten), welche die WMO mit Dienstleistungen und im Rahmen von multilateralen Programmen unterstützten. MeteoSchweiz koordinierte beispielsweise alle nationalen Beiträge zum «Global Climate Observing System» (GCOS) und zum «Global Atmosphere Watch» (GAW) Programm und finanzierte u.a. Vereinbarungen zur Sicherung von langjährigen Klimamessreihen sowie internationalen GCOS- und GAW-Dienstleistungen.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 11.10.1947 der Meteorologischen Weltorganisation (SR 0.429.01); BG vom 18.6.1999 über die Meteorologie und Klimatologie (MetG; SR 429.1), Art. 5a. VO vom 21.11.2018 über die Meteorologie und Klimatologie (MetV; SR 429.11), Art. 4 und 5.

A231.0177 EUROPÄISCHE ORGANISATION BETRIEB WETTERSATELLITEN DARMSTADT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	18 196 549	19 115 000	16 936 435	-2 178 565	-11,4

Die europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) betreibt aktuell zehn Satelliten, deren Daten ein zentrales Element z.B. für Wettervorhersagen und Klimadienstleistungen bilden. MeteoSchweiz stellt mit ihrer Tätigkeit bei den Organen von EUMETSAT sicher, dass die Schweizer Bevölkerung, die Wirtschaft, die privaten Wetterdienste und die Behörden Zugang zu allen Daten und Dienstleistungen von EUMETSAT haben.

Der Verteilschlüssel zur Ermittlung des Beitrags, den der Bund an das allgemeine Budget und an die EUMETSAT Programme leistet, richtet sich nach dem durchschnittlichen Bruttonationaleinkommen der einzelnen Mitgliedstaaten der letzten drei Kalenderjahre. Der Schweizer Anteil im Jahr 2023 betrug 3,5 Prozent des Budgets von EUMETSAT.

Die Unterschreitung des Budgets ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass für die Begleichung des Mitgliederbeitrages 2023 1,15 Millionen aus dem EUMETSAT Working Capital Fund (WCF) der Schweiz eingesetzt wurden. Der Stand des WCF per 31.12.2023 beträgt eine Million. Weiter unterliegen die Ausgaben Schwankungen, da es durch die Komplexität der Satellitenentwicklungsprogramme zu Verzögerungen kommen kann. Dies erklärt den restlichen Teil des Rückgangs der Ausgaben gegenüber dem Voranschlag.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT; SR 0.425.43), Art. 10 und Art. 11.

A231.0438 ZUSAMMENARBEIT IM METEOROLOGISCHEN BEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	1 899 400	1 882 220	-17 180	-0,9

Der Beitrag geht an die folgenden drei Institutionen:

- EUMETNET ist die Interessensgemeinschaft der west- und zentraleuropäischen nationalen Wetterdienste und koordiniert den Betrieb gemeinsamer Wetterbeobachtungssysteme, die gemeinsamen Aktivitäten im Bereich der numerischen hochaufgelösten Wettermodelle und Unwetterwarnungen, die Bereitstellung von Grundlagen für Klimadienstleistungen sowie die Ausbildung von Meteorologinnen und Meteorologen. Des Weiteren vertritt EUMETNET die Wetterdienste in Gremien der Europäischen Kommission und anderen europäischen Institutionen. Die Beiträge an EUMETNET werden nach einem Verteilschlüssel berechnet, der das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Der Anteil der Schweiz beläuft sich auf 3,7 Prozent des Budgets von EUMETNET.
- MetAlliance: Zusammenschluss der Flugwetterdienstleister verschiedener europäischer Staaten (u.a. Deutschland, Frankreich, Österreich und Benelux-Staaten), mit dem Ziel, Synergien bei der Erbringung von einzelnen Dienstleistungen (Warnungen und Prognosen) zu generieren. Bei MetAlliance basiert der Verteilschlüssel auf der Anzahl Mitglieder. Die Schweiz trägt 11,1 Prozent des Budgets von MetAlliance.
- Das Physikalisch-Meteorologische Observatorium Davos und Weltstrahlungszentrum (PMOD/WRC) beschäftigt sich mit Fragen des Einflusses der Sonnenstrahlung auf das Erdklima. Zudem stellt das Zentrum im Auftrag der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) sicher, dass die weltweiten Strahlungsmessungen in den meteorologischen Beobachtungsnetzen auf einer einheitlichen Basis erfolgen. MeteoSchweiz nimmt im Stiftungsrat Einsitz und hat die Präsidentschaft der Aufsichtskommission inne. Der Bund beteiligt sich mit 56 Prozent, der Kanton Graubünden und die Gemeinde Davos mit 44 Prozent am Betriebsbudget des Weltstrahlungszentrums. Das Budget wird jeweils in 4-jährigen Vereinbarungen festgelegt (neue Vereinbarungsperiode 2024–2027).

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.6.1999 über die Meteorologie und Klimatologie (MetG; SR 429.1), Art. 5a.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: INFORMATIONEN UND EXPERTENLEISTUNGEN ZU WETTER UND KLIMA

A231.0179 EUROP. ZENTRUM FÜR MITTELFRISTIGE WETTERVORHERSAGE READING

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 316 736	2 830 000	2 410 094	-419 906	-14,8

Das europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersagen (EZMW) entwickelt und betreibt das weltweit führende globale Wettervorhersagemodell. Es berechnet mit Hilfe von Hochleistungsrechnern globale mittel- und langfristige Vorhersagen. Durch den Beitrag stellt der Bund den Datenzugang zu den Modellrechnungen sowie den Wissenstransfer sicher. Der Verteilschlüssel zur Ermittlung des Beitrags an das EZMW richtet sich nach dem durchschnittlichen Bruttonationaleinkommen der einzelnen Mitgliedstaaten während der letzten drei Kalenderjahre. Im Jahr 2023 betrug der Schweizer Anteil 3,6 Prozent des Budgets des EZMW.

Die Unterschreitung des Budgets resultierte aus einem positiven Wechselkurseffekt.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 11.10.1973 zur Errichtung des Europäischen Zentrums für die mittelfristige Wettervorhersage (SR 0.420.514.291), Art. 13.

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

Umsetzung der «Strategie Gesundheit 2030» in vier Schwerpunkten:

- Technologischer und digitaler Wandel: Gesundheitsdaten und Technologien nutzen, Gesundheitskompetenz stärken
- Demografische und gesellschaftliche Entwicklung: Pflege und Finanzierung gewährleisten, gesund älter werden
- Qualitativ hochstehende und finanziell tragbare Versorgung: Qualität der Versorgung erhöhen, Kosten dämpfen und einkommensschwache Haushalte entlasten
- Chancen auf ein Leben in Gesundheit: Gesundheit über die Umwelt fördern, Gesundheit in der Arbeitswelt fördern

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	52,5	232,6	68,0	15,5	29,5
Laufende Ausgaben	3 705,7	3 785,8	3 483,5	-222,2	-6,0
Eigenausgaben	248,7	248,9	222,4	-26,3	-10,6
Transferausgaben	3 457,0	3 536,9	3 261,1	-195,9	-5,7
Selbstfinanzierung	-3 653,2	-3 553,2	-3 415,5	237,7	6,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,7	-0,7	-0,7	0,0	-2,2
Jahresergebnis	-3 653,9	-3 553,9	-3 416,2	237,7	6,5
Investitionsausgaben	0,3	0,5	0,7	0,4	128,9

KOMMENTAR

Der Ertrag setzt sich schwergewichtig aus Einnahmen aus der Militärversicherung (22,4 Mio.), aus der Rückerstattung von zu Unrecht in Rechnung gestellten Testkosten (19,5 Mio.) und aus Gebühreneinnahmen (15,9 Mio.) zusammen. In den sonstigen Erträgen von 10,2 Millionen sind insbesondere Entgelte für die Qualitätsmassnahmen KVG (5 Mio.), Einnahmen aus Drittmitteln (2,5 Mio.) sowie Gebühren und Rückerstattungen aus Subventionen (2,1 Mio.) enthalten. Der Mehrertrag von 15,5 Millionen gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die Rückerstattung von zu Unrecht in Rechnung gestellten Covid-Testkosten zurückzuführen. Die Einnahmen liegen um rund 165 Millionen (-70 %) unter dem Voranschlagswert, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass entgegen der ursprünglichen Planung keine Entgelte für Covid-Testkosten vereinnahmt wurden.

Der Aufwand besteht zu rund 94 Prozent (3,3 Mrd.) aus *Transferausgaben*. Davon entfallen rund 3 Milliarden auf den Beitrag an die individuelle Prämienverbilligung (IPV). Im restlichen Transferaufwand von 218 Millionen sind insbesondere die Leistungen der Militärversicherung (150 Mio. einschliesslich Verwaltungskosten), die verschiedenen Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (27 Mio.), die Beträge für den Gesundheitsschutz und die Prävention (21 Mio.) enthalten. Die Differenz gegenüber dem Vorjahr (-196 Mio., bzw. -5,7 %) ist im Wesentlichen auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen: Zum einen haben die Beiträge an die IPV im 2023 zugenommen (+172 Mio.), zum andern sind die ausserordentlichen Ausgaben für Covid-Testkosten im 2023 weggefallen (-324 Mio.). Auf den *Eigenaufwand* entfallen rund 6 Prozent oder 222 Millionen, davon rund die Hälfte (112,4 Mio.) auf Personalausgaben. Die Abnahme gegenüber der Rechnung 2022 (-23,6 Mio., bzw. -10,6 %) ist grösstenteils auf Minderausgaben nach dem Ende der Covid-19-Pandemie zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRAATES 2023

- Verordnung über das Register der Leistungserbringer im ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Registerverordnung Leistungserbringer OKP): Inkraftsetzung (nicht erreicht)
Die Verordnung über das Leistungserbringerregister konnte nicht in Kraft gesetzt werden, die Erarbeitung der Studie zum Leistungserbringerregister hat aufgrund der vielen Abhängigkeiten mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant.
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht über den Stand der Diskussionen zur Umsetzung der Pflegefinanzierung: Kenntnissnahme (nicht erreicht)
Die Entscheidung des Parlaments über die einheitliche Finanzierung soll abgewartet werden.
- Bericht «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen» (in Erfüllung des Po. SGK-S 20.3135): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Ausdehnung des Krankenversicherungspflichtigkeits auf alle inhaftierten Personen: Ergebnis der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Das Vorhaben musste aufgrund von Mehraufwand in Zusammenhang mit den anstehenden Abstimmungen (bbspw. Prämienentlastungsinitiative) zeitlich verschoben werden.
- Evaluation Health Technology Assessment-Programm (HTA-Programm): Grundsatzentscheid (erreicht)

- Vergütungspflicht der Krankenkassen für im Ausland eingekaufte medizinische Mittel und Gegenstände (in Umsetzung der Mo. Heim 16.3169): Ergebnis der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Es resultierte eine Verzögerung, weil die Vorbereitungsarbeiten viele technische Fragen aufgeworfen haben, welche abgeklärt noch werden müssen.
- Tarife von Laboranalysen (in Umsetzung der Mo. SGK-S 17.3969): Ergebnis der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Aufgrund von ungeplanter Mehrarbeit verzögerte sich das Dossier etwas.
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV): Kostensenkende Massnahmen, Vergütung im Einzelfall und Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit: Inkraftsetzung (erreicht)
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV): Arzneimittelpaket: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 wird unter Einbeziehung von Experten und internen Empfehlungen daran gearbeitet, die bestehenden Preisfindungskriterien um weitere Kriterien zu ergänzen.
- Teilrevision des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) (in Umsetzung der Mo. Darbellay 11.3811): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte aufgrund von aufwändigeren Abklärungen erst am 15. September das Vernehmlassungsverfahren eröffnen.
- Änderung der Biozidprodukteverordnung (VBP) zur Reduktion von Risiken beim Einsatz von Pestiziden: Inkraftsetzung (erreicht)
- Teilrevision des Transplantationsgesetzes: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Teilrevision des Heilmittelgesetzes (3. Etappe) (in Umsetzung der Mo. Stöckli 18.3512 und 19.4119): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Teilrevision des Ordnungsrechts zum Humanforschungsgesetz: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans zur Verstärkung der radiologischen Sicherung und Sicherheit 2020–2025 in der Schweiz (Radiss): Kenntnisnahme (nicht erreicht)
Der Zwischenbericht wurde verschoben, da die internationale Überprüfungsmission der IAEA fand erst im November 2023 stattgefunden hat und ihre Ergebnisse für den Zwischenbericht unerlässlich waren.
- Teilrevision des Epidemiengesetzes: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht «Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten» (in Erfüllung des Po. Fehlmann Rielle 19.3910): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Erhebliche Ressourcen waren erforderlich, um zuvor von den verschiedenen betroffenen Interessenträgern diskutierte und validierte Massnahmen zu formulieren.
- Revision Betäubungsmittelsuchtverordnung (BetmSV): Inkraftsetzung (erreicht)
- Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Inkraftsetzung (nicht erreicht)
Es gibt eine Verzögerung aufgrund von der parallel laufenden Revision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten.
- Teilrevision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Nationales Programm zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von sexuell übertragenen Infektionen (NAPS): Verabschiedung (erreicht)
- Zwischenevaluation der nationalen Strategie zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von healthcare-assoziierten Infektionen (NOSO): Grundsatzentscheid (erreicht)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) zur Umsetzung einer Übergangsfinanzierung: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Weiterentwicklung des elektronischen Patientendossiers: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Programm zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten» (in Erfüllung des Po. Minder 21.3280): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen» (in Erfüllung des Po. Roduit 21.3220): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Die Ergebnisse weiterer Postulatsberichte zum Thema psychische Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere der Kinder und Jugendlichen (z.B. Po. Hurni 21.3234 und WBK-N 21.3457) sind abzuwarten.
- Bericht «Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit» (in Erfüllung des Po. WBK-N 20.4343): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Einfluss der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz» (in Erfüllung der Po. Hurni 21.3234 und WBK-N 21.3457): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Die notwendigen Abklärungen waren aufwendiger als erwartet, zudem hat die SGK-S mit der Motion 21.3264 Clivaz einen weiteren Prüfauftrag erteilt, dessen Ergebnisse ebenfalls zu berücksichtigen sind.

- Bericht betreffend die Situation der älteren Bevölkerung und der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen in Zeiten der Corona-Pandemie (in Erfüllung der Po. Wehrli 20.3724 und Gysi Barbara 20.3721): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Die Ergebnisse der Studien über die Auswirkungen der Pandemie auf ältere Menschen und Menschen in Heimen mussten abgewartet werden.
- Bericht «Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle.» (in Erfüllung des Po. Streiff 19.4278): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Im Rahmen der Umsetzung der 2. Etappe der Pflegeinitiative soll die Regulierung der Master- und der Advanced Practice Nurse-Stufe geprüft werden. Das Postulat soll in diesem Rahmen erledigt werden.
- Bericht «Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben» (in Erfüllung des Po. Maret 21.3232): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Eine umfassende Studie wurde erstellt, darauf basierend wird nun der Bericht erarbeitet.
- Bericht «Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid» (in Erfüllung des Po. SGK-S 21.3014): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Massnahmen gegen die Gefährdung der Gesundheit von Kindern durch Knopfzellen» (in Erfüllung des Po. Eymann 21.3788): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Bilanz des Projektes «Leute für Lonza»» (in Erfüllung des Po. GPK-N 21.4344): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Impfstoffstrategie 2023: Verabschiedung (erreicht)
- Änderung der Verordnung über die Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV3) (in Umsetzung der Mo. Ettlin 19.3702): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht «Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen» (in Erfüllung des Po. SGK-S 18.4102): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht zur Pilotphase der nationalen Kohorte (Schweizer Gesundheitsstudie) und weitere Schritte: Grundsatzentscheid (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Umsetzung Pflegeinitiative: Umsetzung in zwei Etappen (erreicht)

LG1: GESUNDHEIT

GRUNDAUFTRAG

Das Bundesamt für Gesundheit leistet einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der öffentlichen und der individuellen Gesundheit der Bevölkerung sowie zu einer hochstehenden, transparenten und für alle zugänglichen Gesundheitsversorgung. Dazu erarbeitet, vollzieht und evaluiert es gesetzliche Grundlagen in den Bereichen übertragbare Krankheiten, Biomedizin, Gesundheitsberufe, eHealth, Strahlenschutz und Chemikalien sowie Präventionsprogramme und Gesundheitsstrategien. Zudem versorgt es die Bevölkerung mit den nötigen Informationen über Fragen der Gesundheit sowie des Gesundheitswesens und stellt mittels der Gesundheitsaussenpolitik eine aktive internationale Zusammenarbeit sicher.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	19,2	14,7	27,3	12,5	85,2
Aufwand und Investitionsausgaben	206,3	198,7	184,8	-13,9	-7,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Prävention: Das BAG fördert die öffentliche und die individuelle Gesundheit durch risikoadäquate und nutzenoptimierte Prävention			
– Neue HIV-Infektionen (Anzahl, max.)	350	350	349
– Verlorene potenzielle Lebensjahre durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, standardisierter Wert für 100'000 Einwohner/-innen (Anzahl, Ist-Wert=Vorjahr)	227	210	347
Gesundheitsberufe: Das BAG stellt eine qualitativ hochstehende, interprofessionelle Aus- und Weiterbildung sicher und leistet einen Beitrag zur Ausbildung einer ausreichenden Anzahl an Ärzten			
– Studienabschlüsse (eidg. Diplome) in Humanmedizin (Anzahl, min.)	1 204	1 308	1 279
– Anteil ärztliche Grundversorgerinnen und Grundversorger an den eidg. Weiterbildungstiteln (% , min.)	44,8	43,0	45,2
Chemikaliensicherheit: Das BAG schätzt die Wirkung von Chemikalien auf die Gesundheit ein und sorgt dafür, dass Verbraucher nur akzeptablen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind; wo erforderlich werden Massnahmen eingeleitet			
– Chemikalienmarkt: Stoff- und Produktebeurteilungen (Anzahl, min.)	990	850	862
Strahlenschutz: Das BAG schützt die Bevölkerung vor gesundheitsgefährdender Strahlung; es bewilligt und kontrolliert insbesondere Anlagen, die ionisierende Strahlungen verursachen und überwacht die Umweltradioaktivität			
– Anteil der termingerecht bewirtschafteten Bewilligungen, Zulassungen, Anerkennungen (% , min.)	94	93	95
Digitale Transformation: Das BAG fördert den elektronischen Datenaustausch zur Steigerung von Effizienz und Qualität im Gesundheitswesen durch rechtliche Rahmenbedingungen und flankierende Massnahmen			
– Anteil Arztpraxen mit elektronischer Krankengeschichte (% , min.)	87	86	86
– Elektronische Patientendossiers (Anzahl, Mio.)	0,014	0,400	0,040

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen.

Prävention: Für «Verlorene potenzielle Lebensjahre durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen» ist künftig mit einem Rückgang zu rechnen. Der Sollwert 2023 wurde mit dem zuvor gängigen Referenzalter 70 Jahre festgelegt, der Rechnungswert stellt bereits den mit dem neu gültigen Referenzalter 75 Jahre erhobenen Wert dar. Daher erscheint ein übermässiger Anstieg.

Digitale Transformation: Obwohl inzwischen alle (Stamm-)Gemeinschaften ihren Betrieb aufgenommen haben, hat die Anzahl der Elektronischen Patientendossiers noch nicht so stark zugenommen, wie geplant. Dies führt dazu, dass das EPD sich nur langsam weiterentwickelt und auch gegenüber der Bevölkerung noch wenig bekannt gemacht werden konnte. Der Bundesrat hat Massnahmen zur Förderung der Verbreitung angestossen, z.B. die beiden Revisionen des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (Übergangsfinanzierung und umfassende Revision). Insbesondere die Übergangsfinanzierung sollte, sobald sie in Kraft ist, zu einer wesentlichen Steigerung der Anzahl EPDs beitragen.

LG2: KRANKEN- UND UNFALLVERSICHERUNG

GRUNDAUFTRAG

Das Bundesamt für Gesundheit schafft die Voraussetzungen für eine qualitativ hochstehende, zweckmässige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Dazu vollzieht es das Krankenversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz, das Militärversicherungsgesetz sowie das Krankenversicherungsaufsichtsgesetz und entwickelt diese weiter. Das BAG beaufsichtigt die Kranken- und Unfallversicherer, überwacht die Kostenentwicklung und fördert die Angemessenheit der erbrachten Leistungen sowie die Qualitätssicherung in der medizinischen Versorgung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,6	4,2	3,8	-0,4	-10,1
Aufwand und Investitionsausgaben	44,6	50,5	50,2	-0,3	-0,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Aufsicht Versicherer, Prämien und Solvenz: Das BAG schützt die Interessen der Versicherten, sorgt für Transparenz in der sozialen Krankenversicherung, gewährleistet die Risikogerechtigkeit der Prämien in der KV und wahrt die finanzielle Sicherheit der Versicherer			
- KVG-Versicherer mit ungenügender Solvenz (Anzahl, max.)	0	0	7
- Branchentotal der Combined Ratio (Verhältnis von Kosten für Betrieb und Leistungen zu Prämieinnahmen) in der OKP (%; Ist-Wert=Vorjahr)	102	101	105
- Anteil der Verwaltungskosten an den Prämien der Krankenversicherung (%; max.; Ist-Wert=Vorjahr)	5,1	4,5	5,1
- Anteil der (i.V. zu den kantonalen Kosten) zu viel bezahlten Prämien an den Gesamtprämien (%; max.; Ist-Wert=Vorjahr)	0,7	1,0	0,6
Leistungen: Das BAG stellt sicher, dass die Leistungen der KV regelmässig überprüft und deren Preise systematisch aktualisiert werden mit dem Ziel, die Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit einzuhalten			
- Überprüfte Medikamentenpreise der Spezialitätenliste (%; min.)	25	33	26
- Anteil fristgerechte - innerhalb 60 Tage gefällte - Entscheide über Neuaufnahme in die Spezialitätenliste (%; min.)	41	80	32
- Überprüfte medizinische Einzelleistungen - ohne Neuzulassungen (Anzahl, min.)	8	11	4
Statistik und Datenmanagement: Das BAG sorgt bei Versicherungsangeboten und bei den Leistungen von KV, UV und MV für Transparenz bzgl. Mengen, Kosten und Qualität			
- Produktivitätsindex MV (Fälle/reale Verwaltungskosten; 2012=100) (%)	136	124	134
- Umfang der gelieferten Krankenversicherungsdaten (erweiterte Daten) im Verhältnis zum angestrebten Daten-Umfang (%; min.)	0	50	0
Tarife: Das BAG wendet die für die Tarifgenehmigung definierten Grundsätze (Gesetzmässigkeit, Wirtschaftlichkeit) an und sorgt subsidiär dafür, dass die Tarifstrukturen entsprechend aktuell sind			
- Anteil der innerhalb von 6 Monaten geprüften Verträge (%)	80	100	75

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise verfehlt. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen.

Aufsicht Betriebe, Prämien und Solvenz: Die Abweichung bei der Solvenz der KVG-Versicherer ergab sich, weil die Versicherer die zuvor teils hohen Reserven senkten sowie aufgrund von Anlageverlusten. Die Verwaltungskosten an den Prämien der Krankenversicherung lagen über dem Zielwert, dies unter anderem bedingt durch vermehrte Rechnungskontrolle. Beim Branchentotal der Combined Ratio waren Nachholeffekte der Pandemie, die Demographie und der medizinische Fortschritt (vor allem Mengeneffekte und nicht Preiseffekte) Ursache für das 2023 erzielte Ergebnis.

Leistungen: Bei den Leistungen waren wegen hohen Preisforderungen sowie komplexen Fällen vermehrt vertiefte Abklärungen nötig. Bei der Überprüfung medizinischer Einzelleistungen kam es zu Verzögerungen, weil manche der Überprüfungen (u.a. CAR-T-Zelltherapien, Tumortheraiefelder beim Glioblastom, Praxislaborschnelltests) sich als sehr komplex herausstellten. Drei Publikationen sind für das erste Quartal 2024 vorgesehen.

Statistik und Datenmanagement: Die Ergebnisse zum Umfang der gelieferten Krankenversicherungsdaten (erweiterte Daten) werden erst ab 2024 erhoben. Beim Anteil der geprüften Verträge mussten gewisse Tarifverträge zurückgewiesen werden aufgrund des Inkrafttretens der Änderung des Bundesgesetzes über die KVG «Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1a» per 1.1.2023.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	89 563	232 604	80 005	-152 598	-65,6
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	22 753	18 911	31 024	12 113	64,1
E102.0113 Entgelte Qualitätsmassnahmen KVG	2 925	9 273	4 955	-4 317	-46,6
Transferbereich					
E130.0101 Einnahmen Militärversicherung	21 834	23 470	22 396	-1 074	-4,6
E130.0102 Entnahme aus Rückstellungen Militärversicherung	35 000	-	-	-	-
E130.0108 Gebühren und Rückerstattungen von Subventionen	7 052	950	21 631	20 681	n.a.
E130.0113 Entgelte SARS-Cov-2-Testkosten	-	180 000	-	-180 000	-100,0
Ausserordentliche Transaktionen					
Aufwand / Ausgaben	3 743 748	3 786 961	3 496 889	-290 072	-7,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	250 898	249 162	234 999	-14 163	-5,7
<i>Abtretung</i>		1 348			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		500			
A202.0175 Qualitätskommission KVG	845	932	764	-167	-18,0
<i>Abtretung</i>		5			
Transferbereich					
LG 1: Gesundheit					
A231.0213 Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	44 929	21 142	21 040	-102	-0,5
A231.0216 Beiträge an elektronisches Patientendossier	900	1 180	-	-1 180	-100,0
<i>Kreditübertragung</i>		1 180			
A231.0219 Genossenschaftsbeitrag an NAGRA	6 743	6 009	2 911	-3 098	-51,6
A231.0397 Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege	-	43 800	-	-43 800	-100,0
A231.0398 Effizienz in der medizinischen Grundversorgung	-	800	-	-800	-100,0
A231.0421 Covid: Arzneimittel und Impfleistungen	21 420	39 800	23 276	-16 524	-41,5
<i>Kreditübertragung</i>		33 800			
A231.0429 Covid: Anschubfinanzierung repetitive Testung	29 281	3 500	3 208	-292	-8,3
<i>Kreditübertragung</i>		3 500			
A231.0431 Covid: Beiträge an Herstellung/Entwicklung von Arzneimitteln	2 290	6 300	155	-6 145	-97,5
<i>Kreditübertragung</i>		6 300			
A231.0440 Internationale Organisationen	-	6 929	6 929	0	0,0
LG 2: Kranken- und Unfallversicherung					
A231.0214 Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	2 871 193	3 045 000	3 043 579	-1 421	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		59 000			
A231.0215 Versicherungsleistungen Militärversicherung	166 042	141 022	129 863	-11 159	-7,9
A231.0217 Leistungsaushilfe KUV	2 433	4 537	3 031	-1 506	-33,2
<i>Nachtrag</i>		1 732			
A231.0218 Verwaltungskosten SUVA	19 653	23 849	20 462	-3 387	-14,2
A231.0395 Qualitätsmassnahmen KVG	3 506	13 000	6 671	-6 329	-48,7
A231.0410 Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	-	180 000	-	-180 000	-100,0
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0130 Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	323 615	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	22 752 751	18 911 300	31 024 236	12 112 936	64,1

Der Funktionsertrag des BAG beinhaltet hauptsächlich Gebühreneinnahmen: Prüfungs- und Anerkennungsgebühren im Bereich der Gesundheitsberufe, Gebühren für den Betrieb von Anlagen mit ionisierender Strahlung, Gebühren für die Anerkennung von Chemikalien und Gebühren für die Aufnahme von Arzneimitteln in die Spezialitätenliste.

Im 2023 beliefen sich die Gebühreneinnahmen auf rund 15,9 Millionen, die Erträge aus Drittmitteln (Tabakpräventionsfonds, Koordinationsorgan eHealth und Ausgleichsfonds der Invalidenversicherung) auf 2,5 Millionen und die sonstigen Erträge auf 0,7 Millionen. Dazu kommen aus der Auflösung von Rückstellungen zusätzliche Erträge von 11,9 Millionen (davon für die Entsorgung radioaktiver Abfälle 10,8 Mio. und für Ferien- und Überzeiten 1,1 Mio.). Der Funktionsertrag liegt insgesamt um rund 12,1 Millionen oder 64 Prozent über dem Voranschlagswert, weil die Auflösung der Rückstellungen in den Budgeteingaben nicht enthalten war. Dies erklärt auch die grössten Abweichungen zum Rechnungsjahr 2022.

Rechtsgrundlagen

Verordnung vom 12.11.1984 über die Gebühren und Entschädigungen bei den eidgenössischen Medizinalprüfungen (SR 811.112.11), Art. 1; Strahlenschutzgesetz vom 22.3.1991 (StSG; SR 814.50), Art. 42; Chemikaliengesetz vom 15.12.2000 (ChemG; SR 813.1), Anhang II; Krankenversicherungsverordnung vom 27.6.1995 (KVV; SR 832.102), Art. 71.

E102.0113 ENTGELTE QUALITÄTSMASSNAHMEN KVG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 925 169	9 272 500	4 955 003	-4 317 497	-46,6

Mit der KVG-Änderung zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wurde die eidgenössische Qualitätskommission gegründet. Diese gewährt Finanzhilfen für Projekte zur Qualitätsentwicklung sowie Entgelte für Aufträge an Dritte. Die Kosten für den Betrieb der Kommission und für die auszurichtenden Subventionen werden je zu einem Drittel vom Bund, den Kantonen und den Versicherern finanziert.

2023 sind Gesamtausgaben von knapp 7,4 Millionen (davon 6,7 Mio. aus Transferausgaben) angefallen; zwei Drittel dieser Ausgaben (knapp 5,0 Millionen) werden dem Bund zurückerstattet. Diese Erträge blieben um 47 Prozent unter dem budgetierten Wert, weil die Ausgaben für Qualitätsmassnahmen deutlich tiefer ausgefallen sind als geplant.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1994 über die Krankenversicherung (KVG); Änderung vom 21.6.2019 (BBI 2019 4469), Art. 58f.

Hinweise

Vgl. A202.0175 Qualitätskommission KVG und A231.0395 Qualitätsmassnahmen KVG.

E130.0101 EINNAHMEN MILITÄRVERSICHERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	21 833 923	23 470 000	22 395 551	-1 074 449	-4,6

Die Einnahmen der Militärversicherung bestehen zum grössten Teil aus Prämien: Beruflich Versicherte zahlen eine Prämie zur Abgeltung der Leistungen, die ihnen die Militärversicherung anstelle der obligatorischen Krankenpflegeversicherung nach KVG und anstelle der obligatorischen Unfallversicherung für Nichtbetriebsunfälle nach UVG erbringt. Nach ihrer Pensionierung können sie eine freiwillige Versicherung für Gesundheitsschäden nach KVG und UVG abschliessen.

Die Prämien erträge der beruflich und freiwillig Versicherten betrugen im Jahr 2023 insgesamt rund 22,0 Millionen (berufliche Versicherte: 13,5 Mio.; freiwillig Versicherte: 8,5 Mio.). Sie lagen damit um rund 1,0 Millionen unter den Erwartungen. Die Rückerstattungen aus Rückgriffen (Fälle, in denen ein schadenersatzpflichtiger Dritter für die Gesundheitsschädigung oder den Tod eines Versicherten haftet) betrugen 0,4 Millionen und lagen um 0,1 Millionen unter dem Budgetwert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.1992 über die Militärversicherung (MVG; SR 833.1), Art. 67 in Verbindung mit BG vom 6.10.2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR 830.1), Art. 72–75.

Hinweise

Vgl. A231.0215 Versicherungsleistungen Militärversicherung und A231.0218 Verwaltungskosten SUVA.

E130.0102 ENTNAHME AUS RÜCKSTELLUNGEN MILITÄRVERSICHERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	35 000 000	–	–	–	–

Unter dieser Ertragsposition wurde bis 2022 die erwartete Abnahme der in der Bilanz erfassten Verpflichtungen des Bundes für zukünftige Leistungen der Militärversicherung ausgewiesen. Seit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG, SR 116.0; Änderung vom 19.3.2021) wird die Veränderung der Rückstellung als schuldenbremswirksame Ausgabe (bzw. Ausgabenminderung) verbucht und ist nicht mehr auf dem vorliegenden Kredit enthalten. Vielmehr ist sie Bestandteil der Ausgaben für Versicherungsleistungen der Militärversicherung.

Hinweise

Vgl. A231.0215 Versicherungsleistungen Militärversicherung.

E130.0108 GEBÜHREN UND RÜCKERSTATTUNGEN VON SUBVENTIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	7 051 631	950 000	21 630 653	20 680 653	n.a.

Diese Finanzposition umfasst Erträge, die im Zusammenhang mit Aufgaben und Ausgaben entstehen, die ausserhalb des Globalbudgets im Transferbereich anfallen. Dies betrifft im Wesentlichen die Gebühreneinnahmen aus der Entsorgung radioaktiver Abfälle aus der Medizin, Industrie und Forschung (MIF-Abfälle) und in geringerem Umfang Rückerstattungen aus abgerechneten Subventionsverträgen.

Die Gebühreneinnahmen aus der Entsorgung radioaktiver Abfälle lagen im Jahr 2023 bei rund 1,1 Millionen und damit um 0,2 Millionen über dem Budgetwert. Die Rückerstattungen von Subventionen fallen jährlich sehr unterschiedlich an. Im 2023 sind sie mit 1 Million um 0,9 Millionen höher ausgefallen als erwartet. Dazu kommen Einnahmen aus der Rückforderung von zu Unrecht in Rechnung gestellten Kosten für Corona-Tests von 19,5 Millionen, welche im Voranschlagswert und in der Vorjahresrechnung nicht enthalten waren.

Rechtsgrundlagen

Kernenergiegesetz vom 21.3.2003 (KEG; SR 732.1), Art. 33.

Hinweise

Die Gebührenerträge aus der Entsorgung von radioaktiven MIF-Abfällen dienen der Finanzierung von entsprechenden Ausgaben im Funktionsaufwand (A200.0001) und für Einlagen in die Rückstellungen für radioaktive Abfälle (A231.0221).

E130.0113 ENTGELTE SARS-COV-2-TESTKOSTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	–	180 000 000	–	-180 000 000	-100,0

Bis Ende 2022 wurden die Kosten für Sars-Cov-2-Analysen unter gewissen Voraussetzungen vom Bund vergütet. Der Bundesrat sah vor, dass die Zuständigkeit dafür auf Anfang 2023 an die Kantone übergeht; der Bund sollte lediglich für die ersten drei Monate 2023 die Ausgaben dafür vorfinanzieren. Die Kantone sollten diese Kosten zurückerstatten. Diese Rückerstattungen waren auf der vorliegenden Ertragsposition budgetiert. Das Parlament beschloss, ab 2023 ganz auf eine Bundesbeteiligung an den Testkosten zu verzichten.

Hinweise

Vgl. A231.0410 Covid: Bundesfinanzierung SARS-Cov-2-Tests

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	250 897 526	249 161 700	234 998 934	-14 162 766	-5,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 847 500</i>			
Funktionsaufwand	250 593 891	248 681 800	234 303 850	-14 377 950	-5,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	249 892 297	247 970 800	233 586 999	-14 383 801	-5,8
Personalausgaben	114 500 880	112 694 900	111 775 920	-918 980	-0,8
<i>davon Personalverleih</i>	<i>14 164 378</i>	<i>1 372 700</i>	<i>1 833 376</i>	<i>460 676</i>	<i>33,6</i>
Sach- und Betriebsausgaben	135 391 417	135 275 900	121 811 079	-13 464 821	-10,0
<i>davon Informatik</i>	<i>35 035 057</i>	<i>38 516 300</i>	<i>29 927 823</i>	<i>-8 588 477</i>	<i>-22,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>26 990 300</i>	<i>35 540 700</i>	<i>28 472 016</i>	<i>-7 068 684</i>	<i>-19,9</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	701 594	711 000	716 851	5 851	0,8
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	303 636	479 900	695 083	215 183	44,8
Vollzeitstellen (Ø)	554	623	608	-15	-2,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben machen 48 Prozent des Funktionsaufwandes aus und liegen gesamthaft um rund 0,9 Millionen oder 0,8 Prozent unter dem Voranschlagswert. Diese leichte Budgetunterschreitung ist auf verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen. Die durchschnittlich 15 vakanten Stellen konnten teilweise durch temporäres Personal kompensiert werden, was sich in höheren Ausgaben für den Personalverleih widerspiegelt (+0,5 Mio.).

Sach- und Betriebsausgaben

Der Sach- und Betriebsaufwand liegt gesamthaft knapp 13,5 Millionen oder 10 Prozent unter dem Voranschlagswert. Die Minderausgaben sind grösstenteils bei der Umsetzung der Digitalisierungsprojekte angefallen.

Die Ausgaben für die *Informatik* machen rund 13 Prozent des Funktionsaufwands aus und liegen um rund 8,6 Millionen (-22,3 %) unter dem Budgetwert. Die Minderausgaben sind bei Informatik-Vorhaben zur Krisenbewältigung und bei den Projekten zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen entstanden. Zum einen fielen bei den Covid-Zertifikaten und der Swiss Covid App tiefere Kosten an, weil die Anwendungen per 30.6.2023 eingestellt wurden (-4,5 Mio.), zum anderen konnten Digitalisierungsprojekte nicht wie gewünscht vorangetrieben werden (-4 Mio.).

Die Ausgaben für die *Beratung* liegen um rund 7,1 Millionen (-19,9 %) unter dem Budgetwert, weil die Ausgaben aus den Folgearbeiten der Covid-Pandemie und der Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen tiefer ausgefallen sind als angenommen. Einerseits fielen die Ausgaben für die Covid-19 Surveillance tiefer aus (-3,3 Mio.) und andererseits wurden weniger externe Sachverständige für Digitalisierungsvorhaben und für Arbeiten zur Krisenbewältigung beigezogen als geplant (-3,8 Mio.). Dies deshalb, weil einzelne Aufträge nicht als Beratermandate, sondern als externe Dienstleistungen vergeben wurden (siehe übriger Sach- und Betriebsaufwand).

Der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* liegt um rund 2,2 Millionen über dem Voranschlagswert. Diese Mehrausgaben entfallen auf die Leistungsgruppe Gesundheit. Zum einen fielen die Agenturleistungen für Kampagnen höher aus als geplant. Zum andern wurden einzelne Aufträge anstelle von Beratermandaten als externe Dienstleistungen vergeben, unter anderem im Bereich der Digitalisierung. Dadurch hat sich eine Verschiebung in den Ausgaben vom Beratungs- zum Sach- und Betriebsaufwand ergeben.

Abschreibungsaufwand

Diese Position umfasst insbesondere die Abschreibungen auf Investitionen für den Chemikalien- und Strahlenschutzbereich. Sie lagen im Jahr 2023 leicht über dem Budgetwert, weil einige Anschaffungen früher vorgenommen wurden als geplant.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben fielen um 0,2 Millionen höher aus, weil zusätzliche Geräte zur Überwachung der Radioaktivität in der Luft angeschafft werden mussten.

Kreditmutationen

- Abtretungen des EPA von 1 347 500 Franken für die Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und für Kinderbetreuung.
- Verwendung der zweckgebundenen Reserve für die Beschaffung von Impfstoffen und Therapeutika gegen Monkeypox (MPox) von 500 000 Franken.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Gesundheit		LG 2: Kranken- und Unfallversicherung	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	206	185	45	50
Personalausgaben	81	87	33	25
Sach- und Betriebsausgaben	124	96	11	25
davon Informatik	32	25	3	5
davon Beratung	25	22	2	6
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	1	0	-
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	0	1	-	0
Vollzeitstellen (Ø)	361	395	193	213

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	-	12 134 000	12 134 000
Bildung aus Rechnung 2022	-	7 450 000	7 450 000
Auflösung / Verwendung	-	-1 600 000	-1 600 000
Endbestand per 31.12.2023	-	17 984 000	17 984 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	10 000 000	10 000 000

Bildung und Auflösung von Reserven im Jahr 2023

Das BAG hat aus der Rechnung 2022 Reserven von 7,5 Millionen gebildet und im Jahr 2023 Reserven für die Beschaffung von Impfstoff gegen Mpxx verwendet (0,5 Mio.) bzw. zu Gunsten des Haushalts aufgelöst (1,1 Mio.).

Reservenbestand

Die zweckgebundenen Reserven per Ende 2023 betragen 18 Millionen. Davon sind 8,3 Millionen vorgesehen für ein Überwachungssystem für die Detektion und das Monitoring neuer Varianten des Corona-Virus, 2,4 Millionen für die nationale Kampagne zur Unterstützung und Verbreitung des elektronischen Patientendossiers, 2,2 Millionen für den Ausbau des Meldesystems zur Früherkennung und Überwachung von übertragbaren Krankheiten, 1,3 Millionen für das Infoportal für epidemiologische Daten, 1,2 Millionen für die Erneuerung Spezialitätenliste KUV, 1,2 Millionen für das Informationssystem zur Aufsicht über die Krankenkassen (ISAK), 0,8 Millionen für die Beschaffung von Impfstoff und Therapeutika gegen Mpxx und 0,6 Millionen für Projekte «Prozesse und digitale Transformation».

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Wegen zeitlichen Verzögerungen werden zweckgebundene Reserven im Umfang von insgesamt 10 Millionen beantragt:

- Digitale Transformation Gesundheitswesen (DigiSanté) 8 750 000 Franken

Der Bundesrat hat 2022 zusätzliche Mittel für Folgearbeiten aus der Covid-Pandemie und für die Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen gesprochen. Diese Mittel sollten dazu dienen, die – insbesondere während der Pandemie erkannten – Mängel in der Digitalisierung zu beheben. Im Jahr 2023 konnten nicht alle Arbeiten wie geplant umgesetzt werden. Der Bundesrat hat nun mit dem Programm DigiSanté ein Grossprojekt gestartet, welches die erkannten Mängel ganzheitlich angeht und im gesamten Gesundheitswesen ansetzt. Die laufenden Digitalisierungsprojekte werden in dieses Programm integriert. Dafür soll eine Reserve im Umfang von 8,75 Millionen gebildet werden. Diese Reserve soll dem Programm DigiSanté ab 2025 zur Verfügung stehen.

- Covid-Überwachungssystem 700 000 Franken

Während der Covid-19-Krise wurden viele neue Systeme zur Überwachung übertragbarer Krankheiten sowie neue Datenverarbeitungs- und Verwaltungsinstrumente eingeführt. Der Bundesrat hat 2022 für die Erweiterung der Überwachungssysteme zusätzliche Mittel von 1,5 Millionen bewilligt. Aufgrund der Überführung der Krisenorganisation in die Regelstrukturen und der damit verbundenen Reorganisation der Abteilung kam es 2023 zu einer erheblichen Verzögerung bei der Erweiterung dieser Systeme auf andere Erreger. Der Kreditrest von 0,7 Mio. soll in die bereits bestehende Reserve von 8,3 Millionen für Covid-Überwachungssysteme einfließen.

- Covid-Meldesysteme (DigiM) 400 000 Franken

Das Projekt DigiM zielt auf die Digitalisierung der Meldesysteme, d.h. auf den Datenaustausch zwischen Laboratorien, Spitälern und Arztpraxen sowie den kantonalen und eidgenössischen Behörden im Rahmen der Meldepflicht ab. Das DigiM-Projekt soll den unmittelbaren Bedarf an Digitalisierung decken, der nach dem Ende der Covid-19-Krise entstanden ist. Dieses Projekt bildet eine der Grundlagen für die im Programm DigiSanté vorgesehene neue Überwachungsplattform «Nasure» (national surveillance & response). Der Bundesrat hat 2022 für die Digitalisierung der Meldeprozesse zusätzliche Mittel von 2 Millionen bewilligt. Aufgrund von Engpässen bei den externen Software-Entwicklungsfirmen kam es im 2023 zu einer Verzögerung und es entstand eine Kreditrestanz von 0,4 Millionen. Diese soll in die bereits bestehende Reserve von 2,2 Millionen für Meldesysteme einfließen.

- ISAK-Relaunch 150 000 Franken

Mit diesem Projekt soll das Informationssystem zur Aufsicht über die Krankenversicherer digitalisiert und automatisiert werden. Der Bundesrat hat 2021 für dieses Projekt IKT-Mittel von insgesamt 3,9 Millionen bewilligt. Aufgrund des Wechsels von der Cloud des BIT zum Anbieter Microsoft, kam es 2023 zu Verzögerungen in der Entwicklung und damit zu einem Kredirest von 150 000 Franken. Dieser soll in die bereits bestehende Reserve von 1,15 Millionen für den ISAK-Relaunch einfließen.

A202.0175 QUALITÄTSKOMMISSION KVG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	845 328	931 600	764 130	-167 470	-18,0
davon Kreditmutationen		4 900			

Die eidgenössische Qualitätskommission unterstützt den Bundesrat bei der Qualitätsentwicklung im Gesundheitswesen. Auf dem vorliegenden Einzelkredit werden die Kosten für die Entschädigung der Kommissionsmitglieder und ihres Sekretariats verbucht. Diese werden zu zwei Dritteln von den Kantonen und den Versicherungen getragen. Für das Kommissionssekretariat wurden 4 FTE sowie Kosten für die Entschädigung der Kommissionsmitglieder und für die Vergabe von Einzelmandaten budgetiert.

Die Ausgaben sind 2023 aufgrund von Stellenvakanzen um knapp 0,2 Millionen tiefer ausgefallen als budgetiert.

Kreditmutationen

- Abtretungen des EPA von 4900 Franken für höhere Sozialversicherungsbeiträge

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10), Art. 58b–58g.

Hinweise

Vgl. E102.0113 Entgelte Qualitätsmassnahmen KVG und A231.0395 Qualitätsmassnahmen KVG.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: GESUNDHEIT

A231.0213 BEITRAG GESUNDHEITSSCHUTZ UND PRÄVENTION

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	44 929 116	21 142 300	21 040 420	-101 880	-0,5

Über diesen Kredit werden Beiträge und Abgeltungen für öffentlich-rechtliche Aufgaben ausgerichtet, die der Bund an Dritte übertragen hat (z.B. Swisstransplant, Nationale Referenzzentren, spezialisierte Labors). Zudem werden Organisationen finanziell unterstützt, die in verschiedenen Gebieten Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz betreiben.

Die Ausgaben setzen sich aus den folgenden Beiträgen zusammen:

- | | |
|--|----------------|
| — Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten | 13,1 Millionen |
| — Registerführung und Zulassungsstelle Transplantation | 2,5 Millionen |
| — Krebs- und Krankheitsregistrierung | 2,1 Millionen |
| — Missbrauchsbekämpfung Suchtmittel | 1,0 Millionen |
| — Beiträge Chemikaliensicherheit | 0,7 Millionen |
| — Aktionsplan Radium | 0,4 Millionen |
| — Übrige Beiträge Gesundheitsschutz und Prävention | 1,2 Millionen |

Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (-23,9 Millionen, bzw. -53,2 %), ist darauf zurückzuführen, dass die Beiträge an internationale Organisationen (2022: 16,8 Mio.) ab dem Voranschlag 2023 auf einer eigenen Ausgabenposition (A231.0440) verbucht werden und die Ausgaben für die Bewältigung der Corona-Pandemie im Umfang von 6,9 Millionen weggefallen sind.

Rechtsgrundlagen

BG vom 13.6.1928 betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose (SR 818.102), Art. 14; BG vom 22.6.1962 über Bundesbeiträge an die Bekämpfung der rheumatischen Krankheiten (SR 818.27), Art. 2; BB vom 13.6.1951 betreffend das Schweizerische Rote Kreuz (SR 513.57), Art. 3; Epidemiengesetz vom 28.9.2012 (SR 818.107), Art. 50 und 52; Transplantationsgesetz vom 8.10.2004 (SR 810.27), Art. 53 und 54; Strahlenschutzgesetz vom 22.3.1991 (StSG; SR 814.50), Art. 9; Alkoholgesetz vom 21.6.1932 (AlkG; SR 680), Art. 43a; Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16.12.2005 (AIG; SR 142.20), Art. 53 und 56; Krebsregistrierungsgesetz vom 18.3.2016 (KRG; SR 818.33).

A231.0216 BEITRÄGE AN ELEKTRONISCHES PATIENTENDOSSIER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	900 000	1 179 500	-	-1 179 500	-100,0
davon Kreditmutationen		1 179 500			

Mit Hilfe des elektronischen Patientendossiers können Gesundheitsfachpersonen auf behandlungsrelevante Daten ihrer Patientinnen und Patienten zugreifen, die von anderen am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen erstellt und dezentral erfasst wurden. Zudem eröffnet das elektronische Patientendossier den Patientinnen und Patienten die Möglichkeit, ihre Daten einzusehen und selber eigene Daten zugänglich zu machen. Damit soll die Qualität des Behandlungsprozesses, die Patientensicherheit sowie die Effizienz des Gesundheitssystems verbessert werden. Der Nutzen des elektronischen Patientendossiers steigt mit der Anzahl der in den zertifizierten Gemeinschaften zusammengeschlossenen Gesundheitsfachpersonen beziehungsweise Einrichtungen. Um möglichst rasch solche Gemeinschaften zu etablieren, haben die eidg. Räte einen Verpflichtungskredit für zeitlich befristete Finanzhilfen von 30 Millionen gesprochen. Damit sollen der Aufbau und die Zertifizierung dieser Gemeinschaften vom Bund unterstützt werden.

Der vorgesehene Betrag von rund 1,2 Millionen entspricht den offenen Finanzhilfen an zwei Stammgemeinschaften. Weil die Erfüllung der Subventionsverträge dieser beiden Stammgemeinschaften noch nicht abschliessend überprüft werden konnte, wurden im 2023 keine Beiträge ausbezahlt.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung von 1 179 500 Franken (Vgl. Botschaft zum Nachtrag I/23).

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.2015 über das elektronische Patientendossier (EPDG; SR 816.1), Art. 20.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Beiträge an elektronisches Patientendossier 2017–2020» (V0299.00); siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0219 GENOSSENSCHAFTSBEITRAG AN NAGRA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 743 350	6 009 000	2 911 100	-3 097 900	-51,6

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) ist das technische Kompetenzzentrum der Schweiz für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in geologischen Tiefenlagern. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten des Forschungsprogramms für nukleare Entsorgung der Nagra beträgt 8,3 Prozent. Sie richtet sich grundsätzlich nach dem geschätzten Anteil des Bundes an den radioaktiven Abfällen.

Der ursprünglich bewilligte Kredit von rund 6 Millionen beinhaltet sowohl die Nagra-Beiträge des BAG, als auch die Beiträge der ETH. Gemäss revidiertem FHG werden die jährlichen Beiträge des BAG nicht mehr als Ausgaben, sondern als Rückstellungsverwendung (direkt über die Bilanz) verbucht. Damit wurden 2023 nur noch die ETH-Beiträge als Aufwand erfasst, was zu einem Kreditrest von rund 3,1 Millionen geführt hat.

Rechtsgrundlagen

Kernenergiegesetz vom 21.3.2003 (KEG; SR 732.1), Art. 31 und 32.

Hinweise

Vgl. E130.0108 Gebühren und Rückerstattung von Subventionen.

A231.0397 FÖRDERUNG DER AUSBILDUNG IM BEREICH PFLEGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	43 800 000	–	–43 800 000	–100,0

Mit dem vom Parlament verabschiedeten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative wurden die zur Umsetzung beantragten Mittel im Voranschlag 2022 und im Finanzplan 2023–2025 eingestellt. Im Dezember 2021 wurde der Gegenvorschlag abgelehnt und die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» angenommen. Da am Total der beantragten Mittel nichts geändert werden soll, sind die budgetierten Beträge um ein Jahr verschoben, das heisst im Voranschlag 2023 und im Finanzplan 2024–2026 eingestellt worden. Weil aber die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung der Pflegeinitiative voraussichtlich am 1.7.2024 in Kraft treten, können die Kantone erst ab diesem Zeitpunkt Bundesbeiträge zur Förderung der Ausbildung beantragen.

A231.0398 EFFIZIENZ IN DER MEDIZINISCHEN GRUNDVERSORGUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	800 000	–	–800 000	–100,0

Mit dem vom Parlament verabschiedeten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative wurden die zur Umsetzung beantragten Mittel im Voranschlag 2022 und im Finanzplan 2023–2025 eingestellt. Im Dezember 2021 wurde der Gegenvorschlag abgelehnt und die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» angenommen. Da am Total der beantragten Mittel nichts geändert werden soll, sind die budgetierten Beträge um ein Jahr verschoben, das heisst im Voranschlag 2023 und im Finanzplan 2024–2026 eingestellt worden. Weil aber die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung der Pflegeinitiative voraussichtlich am 1.7.2024 in Kraft treten, können die Institutionen erst ab diesem Zeitpunkt Finanzhilfen für die medizinische Grundversorgung beantragen.

A231.0421 COVID: ARZNEIMITTEL UND IMPFLEISTUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	21 419 834	39 800 000	23 276 335	–16 523 665	–41,5
davon Kreditmutationen		33 800 000			

Im Rahmen der Covid-Pandemie hat das Parlament Mittel bewilligt für die Beschaffung von neuen Arzneimitteln für ambulante Therapien und von Arzneimitteln zur passiven Immunisierung gegen SARS-CoV-2. Der Bund hat für die Versorgung der Bevölkerung mit diesen Arzneimitteln in der Regel Reservelagerverträge abgeschlossen und vergütet die für die ambulanten Behandlungen verwendeten Arzneimittel, bis diese über den regulären Kanal via Spezialitätenliste durch die Krankenversicherer bezahlt werden. Voraussetzung für die Übernahme dieser neuartigen Therapien ist, dass die Hersteller ein Gesuch um deren Zulassung stellen. 2023 hat der Bund Covid-Arzneimittel von insgesamt rund 19,1 Millionen bezahlt.

Weiter trägt der Bund die Kosten für die Versorgung der Bevölkerung mit Heilmitteln, die er nach seiner subsidiären Versorgungskompetenz beschafft. Dazu gehören alle Kosten, die nicht von den Sozialversicherungen oder den Kantonen übernommen werden. Als solche gelten Impfdienstleistungen von Apothekerinnen und Apothekern sowie Impfungen für in der Schweiz lebende Personen ohne obligatorische Krankenpflegeversicherung. 2023 wurden dafür Zahlungen von 4,2 Millionen geleistet.

Weil weniger Arzneimittel gebraucht wurden als reserviert waren, ist ein Kreditrest von 16,5 Millionen entstanden.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung von 33 800 000 Franken (Vgl. Botschaft zum Nachtrag I/23).

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz (SR 818.102), Art. 3 Abs. 2 Bst. e; Covid-19-Verordnung 3 (SR 818.101.24), Art. 11.; Epidemiengesetz (SR 818.101), Art. 74, Abs. 3.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Covid: Beschaffung Arzneimittel» (V0347.00) und Verpflichtungskredit «Covid: Neue ambulante Therapien» (V0363.00); siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0429 COVID: ANSCHUBFINANZIERUNG REPETITIVE TESTUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	29 281 019	3 500 000	3 208 217	-291 783	-8,3
davon Kreditmutationen		3 500 000			

Mit der Ausweitung der Testung auf Sars-CoV-2 fielen bei den Kantonen zusätzliche Aufgaben an. Das Parlament bewilligte 2021 einen Kredit von 64 Millionen für eine Anschubfinanzierung zu Gunsten der Kantone zum Aufbau der Infrastruktur für die gezielte repetitive Testung der Bevölkerung. Es wird ein Beitrag von höchstens 8 Franken pro Einwohnerin bzw. Einwohner ausgerichtet. Anrechenbar sind die effektiven Kosten für Informatik und Logistik.

In den Jahren 2021 und 2022 wurden Kosten von insgesamt 35,2 Millionen vergütet. 2023 wurden die letzten Schlussrechnungen über 3,2 Millionen bezahlt.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung von 3 500 000 Franken (Vgl. Botschaft zum Nachtrag I/23).

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Verordnung 3 (SR 818.101.24), Art. 26c, Absatz 5.

A231.0431 COVID: BEITRÄGE AN HERSTELLUNG/ENTWICKLUNG VON ARZNEIMITTELN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 289 746	6 300 000	154 661	-6 145 339	-97,5
davon Kreditmutationen		6 300 000			

Das Parlament hat im März 2021 das Covid-19-Gesetz so angepasst, dass der Bund wichtige medizinische Güter herstellen lassen kann. Unterstützt werden sowohl die Herstellung im engeren Sinn als auch die Forschung und Entwicklung. Auf dieser Grundlage hat der Bundesrat ein befristetes Programm zur Förderung der Entwicklung und Herstellung von Covid-19 Arzneimitteln verabschiedet, welches einen Beitrag zur sicheren und schnellen Versorgung der Schweiz mit Medikamenten gegen Covid-19 leisten soll.

Für die Finanzierung der Beiträge an die Herstellung und Entwicklung von Arzneimitteln hat das Parlament 2021 einen Nachtragskredit von 50 Millionen bewilligt. Das BAG hat mit vier Unternehmen Verträge über einen Gesamtbetrag von 27,2 Millionen abgeschlossen. Davon wurden im 2021 und 2022 rund 14,1 Millionen ausbezahlt. Bei zwei Firmen wurde die Finanzierung im Laufe des Jahres 2022 abgebrochen, da die unterstützten Arzneimittel nicht die gewünschte Wirksamkeit gezeigt haben. Ein Unternehmen musste 2023 Konkurs anmelden. Beim verbleibenden Projekt ist es zu Verzögerungen gekommen, so dass allfällige Schlusszahlungen erst 2024 fällig werden.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung von 6 300 000 Franken (Vgl. Botschaft zum Nachtrag I/23).

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz (SR 818.102), Art. 3, Abs. 2, Bst. e.

A231.0440 INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	6 929 100	6 929 099	-1	0,0

Über diesen Kredit werden neu (bisher auf dem Kredit A231.0213 «Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention») Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge an internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) ausgerichtet.

Folgende Beiträge wurden ausbezahlt:

- Pflichtbeitrag an WHO 6,0 Millionen
- Beiträge an WHO (Sonderbeiträge) 0,2 Millionen
- Beiträge an ECHA 0,4 Millionen
- Beitrag European Observatory on Health Systems and Policies 0,3 Millionen

Rechtsgrundlagen

BB vom 19.12.1946 über die Genehmigung der Verfassung der WHO und des Protokolls betreffend das internationale Sanitätsamt in Paris (AS 1948 1013). Epidemien-gesetz vom 28.9.2012 (SR 818.107), Art. 44.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: KRANKEN- UND UNFALLVERSICHERUNG**A231.0214 INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG (IPV)**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 871 192 921	3 045 000 000	3 043 578 587	-1 421 413	0,0
davon Kreditmutationen		59 000 000			

Der Bundesbeitrag an die individuelle Prämienvverbilligung beträgt 7,5 Prozent der Bruttogesundheitskosten (Prämiensoll und Kostenbeteiligung). Die Aufteilung des Beitrags auf die Kantone richtet sich nach ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgängerinnen und Grenzgänger). Die im Budget eingestellten Mittel werden im Voranschlagsjahr in drei Tranchen an die Kantone als Erstempfänger ausbezahlt. Diese stocken den Betrag je nach Bedarf zusätzlich auf. Endempfängerinnen und -empfänger des Beitrags sind Krankenversicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Finanzierung der Prämienvverbilligung von versicherten Rentnerinnen und Rentnern im Ausland im Umfang von rund 2,0 Millionen erfolgt durch den Bund über die Gemeinsame Einrichtung KVG.

Die Durchschnittsprämie in der obligatorischen Grundversicherung ist für das Jahr 2023 stärker gestiegen als erwartet. Im Voranschlag 2023 war ein Wachstum von 3,9 Prozent unterstellt worden, was der durchschnittlichen Steigerung der IPV-Beiträge der letzten 5 Jahre entsprach. Die effektive Erhöhung der Standardprämie betrug allerdings 5,7 Prozent. Deshalb musste eine Kreditüberschreitung im Umfang von 59,0 Millionen vorgenommen werden. Die Entwicklung der Durchschnittsprämie stellt den wichtigsten Faktor für das Wachstum des Bundesbeitrags an die Prämienvverbilligungen dar.

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres erhöhte sich der Bundesbeitrag an die Prämienvverbilligung um 6 Prozent (+172 Mio.). Neben der Steigerung der Durchschnittsprämie war dafür auch die demografische Entwicklung (Zunahme der Anzahl Versicherten) um 0,7 Prozent verantwortlich. Im Gegenzug ergab sich eine Entlastung um 0,4 Prozent, weil die Versicherungen mit einer knappen Prämienkalkulation ihre Reserven senkten.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 Bst. d. FHG) von 59 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10), Art. 66 und 66a; V vom 12.4.1995 über die Beiträge des Bundes zur Prämienvverbilligung in der Krankenversicherung (VPVK; SR 832.112.4), Art. 2, 3 und 4; Bilaterale Verträge mit den Staaten der EU.

Hinweise

Die Ausgaben des Bundes für die Prämienvverbilligung werden im Umfang von 5 Prozent des hierfür zweckgebundenen Ertrags aus der Mehrwertsteuer und mit den ebenfalls zweckgebundenen Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe für die ungedeckten Kosten des Schwerverkehrs finanziert (Vgl. Spezialfinanzierung «Krankenversicherung»: 605 ESTV/E110.0106; 605 EZV/E110.0116). In der Rechnung 2023 waren dies 1035 Millionen aus den Mehrwertsteuererträgen; aus der Schwerverkehrsabgabe wurden der Spezialfinanzierung im abgelaufenen Rechnungsjahr keine Mittel zugewiesen. Siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0215 VERSICHERUNGSLEISTUNGEN MILITÄRVERSICHERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	166 041 748	141 022 000	129 863 208	-11 158 792	-7,9

Der Bund finanziert die Leistungen der Militärversicherung (MV) zugunsten der Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstpflichtigen sowie weiterer versicherter Personen nach Art. 1a MVG. Die Leistungen setzen sich aus drei Hauptkomponenten zusammen, nämlich aus Behandlungskosten, Barleistungen und Rentenzahlungen. Die Behandlungskosten umfassen die Kosten für medizinische Untersuchungen und Behandlungen nach einem Unfall oder infolge einer Krankheit der Versicherten. Die Ausgaben für die Barleistungen bestehen zum grössten Teil aus Taggeldzahlungen, wenn ein Unfall oder eine Krankheit eine vorübergehende Verdiensteinbusse zur Folge hat. Schliesslich kommen verschiedene Arten von Renten zur Auszahlung: Invalidenrenten bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit, Integritätsschadenrenten bei einer dauernden körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigung und Hinterlassenenrenten (Ehegatten- und Waisenrenten), wenn der Tod des Verstorbenen eine Folge der versicherten Gesundheitsschädigung ist.

Im Vergleich zum Budget sind Minderausgaben von knapp 11,2 Millionen oder 7,9 Prozent zu verzeichnen. Der Hauptgrund liegt darin, dass im 2023 weniger Dienstage geleistet wurden als geplant. Dadurch fielen die Barleistungen um 1,9 Millionen (7,0 %) und die Behandlungskosten um 3,1 Millionen (3,9 %) tiefer aus als geplant. Demgegenüber sind bei den Rentenleistungen Mehrausgaben von 0,8 Millionen (1,2 %) entstanden, weil auf den 1.1.2023 eine Rentenerhöhung gesprochen wurde, welche anlässlich der Budgeteingaben noch nicht bekannt war.

Schliesslich ist die Auflösung der in früheren Jahren gebildeten Rückstellungen für künftige Leistungen der MV um 7,0 Millionen höher ausgefallen als budgetiert, weil der Rentenbestand aufgrund der demographischen Entwicklung stärker abgenommen hat als erwartet. Die Rückstellung beträgt Ende 2023 noch 1,772 Milliarden.

Im Vergleich zur Rechnung 2022 sanken die Ausgaben um 36 Millionen. Der ausgewiesene Rückgang ist die Folge der FHG-Revision (Änderung vom 19.3.2021), gemäss der die Ausgaben in dem Jahr verbucht werden, in dem die Verpflichtung des Bundes entsteht (einschliesslich der Bildung der Rückstellung für künftige Zahlungen). Demgegenüber werden Zahlungen für Fälle aus den Vorjahren als Verwendung der Rückstellung direkt über die Bilanz verbucht. Bis 2022 waren auch Zahlungen für Fälle aus Vorjahren im vorliegenden Kredit enthalten.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.1992 über die Militärversicherung (MVG; SR 833.7), Art. 16, 19, 20, 28 und 40–56.

Hinweise

Vgl. E130.0101 Einnahmen Militärversicherung, A231.0218 Verwaltungskosten SUVA.

A231.0217 LEISTUNGSZAUSHILFE KUV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 432 822	4 537 000	3 030 796	-1 506 204	-33,2
davon Kreditmutationen		1 732 000			

Der Bund trägt die Zinskosten, welche der gemeinsamen Einrichtung gemäss KVG entstehen durch die Vorfinanzierung der bilateralen Leistungsaushilfe in der Kranken- und Unfallversicherung mit allen Staaten der EU. Im Weiteren trägt der Bund die Betriebskosten der gemeinsamen Einrichtung.

Der Budgetwert 2023 für die Leistungsaushilfe KUV wurde um rund 1,5 Millionen oder 33 Prozent unterschritten. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf rund 2,3 Millionen und lagen aufgrund von Stellenvakanzen um rund 0,1 Millionen unter dem Budget. Die Zinskosten betrugen rund 0,7 Millionen und fielen um 1,4 Millionen tiefer aus als erwartet. Zum einen haben zwei Staaten unerwartet hohe überfällige Ausstände beglichen, zum andern sind die Zinsen für neue Darlehen tiefer ausgefallen als geplant. Damit musste nur ein Teil des Nachtragskredits beansprucht werden.

Kreditmutationen

— Nachtragskredit (NK I/2023) von 1 732 000 Franken

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10), Art. 18 Abs. 3 und 6.

Hinweise

Verpflichtungskredit für Garantieerklärung «Leistungsaushilfe Krankenversicherung» (V0029.00), BB vom 13.6.2001 und 8.12.2004 sowie 15.12.2010; siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0218 VERWALTUNGSKOSTEN SUVA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 652 902	23 849 000	20 462 302	-3 386 698	-14,2

Der Bund vergütet der Suva gemäss der 2005 abgeschlossenen Vereinbarung die Kosten des effektiven Verwaltungsaufwands für die Führung der Militärversicherung.

Die Verwaltungskosten der Suva lagen um knapp 3,4 Millionen oder 14,2 Prozent unter dem Voranschlagswert. Zum einen konnten bei den Personal- und Sachausgaben 0,5 Millionen eingespart werden. Zum andern haben sich die Informatik-Investitionen, welche über den Abbau des «Spezialfonds Belux» finanziert werden, verzögert. Damit wurden Mittel aus diesem Fonds im Umfang von 2,9 Millionen nicht beansprucht.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.1992 über die Militärversicherung (MVG; SR 833.7), Art. 82 Abs. 2; Vereinbarung zwischen dem Bund und der Suva vom 19.5.2005 über die Übertragung der Führung der Militärversicherung als eigene Sozialversicherung an die Suva.

Hinweise

Vgl. E130.0101 Einnahmen Militärversicherung, A231.0215 Versicherungsleistungen Militärversicherung.

A231.0395 QUALITÄTSMASSNAHMEN KVG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 506 337	13 000 000	6 671 338	-6 328 662	-48,7

Die Eidgenössische Qualitätskommission ist für die Umsetzung und Realisierung der vom Bundesrat festgelegten Jahres- und Vierjahresziele in der Sicherung der Qualität medizinischer Leistungen verantwortlich. Die Kommission kann Dritte mit Aktivitäten zur Qualitätsförderung beauftragen sowie nationale und regionale Projekte zur Qualitätsentwicklung unterstützen. Die Bundesversammlung hat für die Subventionen der Kommission für die Jahre 2021 bis 2024 einen Verpflichtungskredit von 45,2 Millionen bewilligt. Der Bund stellt den Kantonen und Krankenversicherungen zwei Drittel der jährlichen Ausgaben der Qualitätskommission in Rechnung.

Die Eidgenössische Qualitätskommission (EQK) konnte 2023 bedeutend mehr Aktivitäten unterstützen als noch in den Vorjahren. Gleichwohl ergibt sich bei den Qualitätsmassnahmen aus folgenden Gründen ein erheblicher Kreditrest: Zum einen wurden bisher keine Qualitätsverträge zwischen den Leistungserbringer- und Versicherer-Verbänden abgeschlossen, wie dies Artikel 58a, Absatz 1 KVG vorsieht. Damit wurden auch keine Überprüfungen durch die EQK fällig. Zum andern wurden deutlich weniger Finanzhilfesuche für nationale und regionale Projekte eingereicht als geplant. Schliesslich kam es bei der Vergabe der Mittel für nationale Programme zu Verzögerungen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.3.1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10); Art. 58d und 58e.

Hinweise

Vgl. E102.0113 Entgelte Qualitätsmassnahmen KVG und A202.0175 Qualitätskommission KVG.

Verpflichtungskredite «Nationale Programme» (V0331.00), «Qualitätsindikatoren» (V0331.01), «Studien und Überprüfungen» (V0331.02) sowie «Regionale und nationale Projekte» (V0331.03) vgl. Band IB, Ziffer B1.

A231.0410 COVID: BUNDESFINANZIERUNG SARS-COV-2-TESTS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	180 000 000	-	-180 000 000	-100,0

Bis Ende 2022 wurden die Kosten für Sars-Cov-2-Analysen unter gewissen Voraussetzungen vom Bund vergütet. Der Bundesrat sah vor, dass die Zuständigkeit dafür auf Anfang 2023 an die Kantone übergeht; der Bund sollte lediglich für die ersten drei Monate des Jahres 2023 die Ausgaben dafür vorfinanzieren. Diese Ausgaben waren auf dem vorliegenden Kredit als ordentliche Ausgabe budgetiert. Die Kantone sollten diese Kosten zurückerstatten. Das Parlament beschloss indessen, ab 2023 ganz auf eine Bundesbeteiligung an den Testkosten zu verzichten.

Hinweise

Vgl. E 130.0113 Entgelte SARS-Cov-2-Testkosten.

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN

A290.0130 COVID: BUNDESFINANZIERUNG SARS-COV-2-TESTS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	323 615 198	–	–	–	–

Der Bund hat bis Ende 2022 unter gewissen Voraussetzungen die Ausgaben für Analysen auf SARS-CoV-2 übernommen. Für die Finanzierung dieser Covid-Tests wurden in den Jahren 2021 und 2022 insgesamt 1,2 Milliarden an die Krankenversicherer und Kantone überwiesen. Für noch nicht abgerechnete Testkosten wurde per 31.12.2022 eine Rückstellung von 440 Millionen gebildet.

Die Abrechnungen für die Analysen können bis zu 5 Jahre nach der Leistungserbringung eingereicht werden. 2023 wurden Zahlungen von rund 60 Millionen als Verwendung der Rückstellung direkt über die Bilanz verbucht. Die Rückstellung beträgt damit per Ende 2023 noch rund 380 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz (SR 818.102); Covid-19-Verordnung 3 (SR 818.101.24), Art. 26

Hinweise

Vgl. E 130.0108 Gebühren und Rückerstattungen von Subventionen.

BUNDESAMT FÜR STATISTIK

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bereitstellung von Grundlagen zur Planung und Steuerung zentraler Politikbereiche
- Dauerhafte Sicherstellung der statistischen Basisproduktion und Diffusion von qualitativ hochwertigen und nutzer-gerechten statistischen Informationen
- Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten im System der Bundesstatistik
- Systematische Nutzung der Verwaltungsdaten und -register
- Ausbau der Dienstleistungen im Bereich innovativer Datenerhebungs-, Aufbereitungs- und Analysemethoden
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Partnern zur Weiterentwicklung der Daten-Kompetenzen und statistischen Angebote

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	8,6	14,2	17,9	9,3	107,9
Laufende Ausgaben	191,7	200,6	200,5	8,8	4,6
Eigenausgaben	185,7	194,4	194,3	8,6	4,7
Transferausgaben	6,0	6,2	6,2	0,2	3,3
Selbstfinanzierung	-183,1	-186,4	-182,6	0,4	0,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,1	0,0	0,0	0,0	17,3
Jahresergebnis	-183,1	-186,4	-182,7	0,5	0,3
Investitionsausgaben	-	-	-	-	-

KOMMENTAR

Der Ertrag stammte hauptsächlich aus Zweitmitteln (51 %; Erträge für Leistungen, die das BFS bundesintern für andere Verwaltungseinheiten erbringt) und Einnahmen von Dritten (43 %). Dazu kamen Entgelte für Nutzungen und Dienstleistungen (4 %), Verkäufe und Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen in Neuenburg. 83 Prozent der Einnahmen von Dritten stammten von den Kantonen.

Der Mehrertrag von 9,3 Millionen gegenüber dem Vorjahr resultierte aus Zweitmitteln (+9,1 Mio.). Das BFS stellte als Leistungserbringer erstmals der zentralen Bundesverwaltung seine Dienstleistungen in Rechnung. Weitere +0,2 Millionen stammten aus Entgelten für Nutzungen und Dienstleistungen wie dem Legal Entity Identifier (LEI) und aus der Vermietung von Parkplätzen.

Die Eigenausgaben bestanden hauptsächlich aus Personalausgaben (65 %). Der Rest teilte sich auf die Informatikausgaben (19 %) und die übrigen Sach- und Betriebsausgaben (16 %) auf. Die Personalausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Millionen zu, was dem weiteren Aufbau eines Kompetenzzentrums für Datenwissenschaften, der Mehrfachnutzung von Daten wie der Geschäftsstelle Open Data Government (ODG), der Koordination des Datenmanagements mit den Kantonen sowie der nationalen Datenbewirtschaftung diente (+1,3 Mio.). Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr entstanden auch im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich und erhöhten Rückstellungen für Ferien- und Überzeit (+2,7 Mio.). Die Besetzung von vakanten Stellen und vereinzelte Neubesetzungen liessen die Personalausgaben um 1,8 Millionen ansteigen. Die Ausgaben für den Personalverleih nahmen ebenfalls um 1,1 Millionen zu. Weitere fremdfinanzierte Leistungen erklären die restliche Abweichung (+0,1 Mio.).

Die Sach- und Betriebsausgaben stiegen um 1,4 Millionen an. Es fielen mehr Informatikausgaben an (+2,1 Mio.), davon trugen alleine das Programm Nationale Datenbewirtschaftung NaDB und das Projekt Nationaler Adressdienst NAD 1,4 Millionen bei. Zu einem Anstieg der Ausgaben führten auch die übrigen Betriebsausgaben, darunter fielen der Bürobedarf, die Versandkosten und die Spesen (+1,3 Mio.) sowie die Beratung (+0,4 Mio.). Durch die tiefere Erhebungsintensität im Vergleich zum Vorjahr sanken die Kosten für externe Dienstleistungen (-2,3 Mio.).

Die Transferausgabe beinhaltete einzig den Pflichtbeitrag ans statistische Amt der EU (Eurostat).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht zum Stand der Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten: Kenntnisnahme (erreicht)
- Bericht «Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung der Mo. FK-N 20.4260): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Nachfolgevorschlag für die Strategie für offene Verwaltungsdaten (OGD-Strategie): Kenntnisnahme (erreicht)
- Datenwissenschaftsstrategie des Bundes (DSStB): Umsetzung (erreicht)
- Programm zur Förderung der Digitalen Transformation im Gesundheitswesen: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Statistisches Mehrjahresprogramm des Bundes 2024-2027: Erarbeitung (erreicht)

LG1: INTEGRIERTE STATISTISCHE PRODUKTION

GRUNDAUFTRAG

Die integrierte statistische Produktion erstreckt sich von der Konzeption und Datenerfassung bis zur Publikation der Ergebnisse und liefert den Nutzern dauerhaft zur Verfügung stehende und wenn möglich international vergleichbare Informationen. Diese dienen der Meinungsbildung in der Bevölkerung, der politischen Entscheidungsfindung, der Forschung sowie der Vorbereitung, Durchführung und Evaluation staatlicher Aufgaben.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,8	10,8	13,8	3,0	27,6
Aufwand und Investitionsausgaben	141,3	153,4	150,4	-2,9	-1,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Qualität der statistischen Informationen: Das BFS erfüllt bei seiner Tätigkeit die Anforderungen der wissenschaftlich anerkannten Grundsätze (statistische Methoden, Genauigkeitsangaben, Termingerechtigkeit) der Statistik			
- Termingerechter Abschluss der direkten Erhebungen (gemäss ErhebungsVO zum BStatG) (%), min.)	96	97	100
- Einhaltung der angekündigten Veröffentlichungstermine (Unabhängigkeit der Statistikproduktion) (%), min.)	98	97	96
- Dokumentation der statistischen Methoden entsprechend den anerkannten Grundsätzen (Transparenz der Methoden) (ja/nein)	ja	ja	ja
- Anteil der von Eurostat beanstandeten Quality Reports (%), max.)	0	5	0
- Anteil der Publikationen, die aufgrund fehlerhafter statistischer Informationen korrigiert werden müssen (%), max.)	3,0	3,0	2,0
Berichterstattung: Das BFS stellt die Berichterstattung an das Parlament und die Bundesverwaltung sicher und versorgt Politik und Gesellschaft mit bedarfsgerechten Informationssystemen			
- Nachführung der Legislaturindikatoren (Quartal)	Q4	Q4	Q4
- Nachführung der Indikatoren zur Nachhaltigen Entwicklung (MONET) (Quartal)	Q4	Q4	Q4
Effiziente Produktion und bedürfnisgerechte Diffusion: Das BFS stellt eine effiziente Statistikproduktion und -diffusion sicher und betreibt die dafür notwendigen Infrastrukturen			
- Aktualität statistischer Publikationen: Anteil der Publikationen mit weniger als 24 Monate zurückliegender Referenzperiode (%), min.)	97	85	95
- Publierte Informationsangebote im Durchschnitt pro Monat (Anzahl)	1 792	1 600	2 019
- Anteil zufriedener Nutzer/innen beim Besuch auf der Website Statistik CH (%), min.)	85	80	88
- Vereinbarungen des DSCC (Data Science Competence Center) (Anzahl)	-	4	6
- Thematische Schwerpunkte und Akteure des CNAI (Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz) (Anzahl)	-	2	2
- Organisationen auf der Plattform «opendata.swiss» (Anzahl)	-	112	131

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht und in mehreren Punkten übertroffen.

LG2: MEHRFACHNUTZUNG UND REGISTER

GRUNDAUFTRAG

Zur Gewährleistung und langfristigen Förderung der Mehrfachnutzung von Daten beim Bund wird die Interoperabilität von Datenhaltungssystemen über die nächsten Jahre ausgebaut. Ziel ist die Entlastung von Unternehmen und Behörden, indem sie bestimmte Angaben der Verwaltung nur einmal melden müssen.

Mit dem Betriebs- und Unternehmensregister (BUR), dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), dem Unternehmensidentifikationsnummer-Register sowie der Plattform für den sicheren Datenaustausch (Sedex) stellt das BFS eine effiziente und bedarfsgerechte Statistikproduktion sicher.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,0	3,4	4,1	0,7	20,9
Aufwand und Investitionsausgaben	44,6	41,0	43,9	2,9	7,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Interoperabilität: Das BFS entwickelt Prozesse und Instrumente zur Mehrfachnutzung von Daten der BV und fördert die Interoperabilität der einzelnen Datenhaltungssysteme			
– Statistische Aktivitäten mit harmonisierten Daten (%)	95,0	75,0	75,0
Registerführung: Das BFS stellt die nachhaltige Weiterentwicklung der Register sicher			
– Erweiterung der Grundgesamtheit des Gebäude- und Wohnungsregisters auf alle Gebäude der Schweiz (%; min.)	91	98	98
Wirtschaftlichkeit: Das BFS stellt einen effizienten Betrieb der Register sicher			
– Fristgerecht bearbeitete Personendatensätze (Validierungsservice) (Anzahl, Mio., min.)	116,400	112,500	119,314
– Aufbereitete Datensätze über Unternehmen aus administrativen Quellen (AHV/Ausgleichskassen, MWST, Zollverwaltung) (Anzahl, Mio., min.)	742,764	575,000	813,385
– Jährlich erneuerte Legal Entity Identifier (LEI) der Unternehmen im Finanzsektor (%)	75,0	75,0	75,0

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollständig erreicht und in mehreren Punkten übertroffen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	8 775	14 205	17 902	3 698	26,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	8 775	14 205	17 902	3 698	26,0
Aufwand / Ausgaben	191 920	200 614	200 588	-26	0,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	185 912	194 407	194 381	-26	0,0
Kreditverschiebung		4 598			
Abtretung		5 441			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		1 784			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		4 184			
Transferbereich					
Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet					
A231.0235 Beitrag Eurostat	6 008	6 206	6 206	0	0,0
Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)		232			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	8 774 908	14 204 600	17 902 297	3 697 697	26,0

Das BFS ist seit dem 1.1.2023 bundesinterner Leistungserbringer und weist erstmals im Jahresabschluss entsprechende LV-Erträge aus, d.h. Erträge für Leistungen, welche das BFS für andere Verwaltungseinheiten des Bundes erbringt. Vom Funktionsertrag entfallen 51 Prozent auf LV-Erträge (9,1 Mio.) und rund 43 Prozent auf Einnahmen von Dritten (7,6 Mio.). Mit den Drittmitteln erbringt das BFS zusätzliche oder erweiterte Statistikleistungen für Kantone, Gemeinden und die Privatwirtschaft. Bei den restlichen 6 Prozent handelt es sich um Benutzergebühren, Erlöse für Dienstleistungen, Verkäufe und den Liegenschaftsertrag für die Vermietung von Parkplätzen in Neuenburg.

Die laufenden Einnahmen übertreffen den Voranschlag um 3,7 Millionen, wovon rund 3 Millionen den LV-Erträgen zuzuschreiben sind. Vereinbarungen, welche nach der Verabschiedung des Voranschlags für das laufende Jahr abgeschlossen wurden, wie die Prävalenzstudie über Gewalt gegen Frauen oder solche mit einer datenwissenschaftlichen Ausrichtung, führten zu Mehreinnahmen.

Rechtsgrundlagen

Bundesstatistikgesetz vom 9.10.1992 (BstatG; SR 431.01), Art. 21; Verordnung vom 25.6.2003 über die Gebühren und Entschädigungen für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes (GebVO St; SR 431.09); BG vom 22.6.2007 über die eidgenössische Volkszählung (Volkszählungsgesetz; SR 431.112), Art. 8 und 14.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	185 911 939	194 407 127	194 381 353	-25 774	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>16 006 927</i>			
Funktionsaufwand	185 911 939	194 407 127	194 381 353	-25 774	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	185 854 717	194 359 827	194 334 019	-25 808	0,0
Personalausgaben	119 807 579	125 775 325	126 846 747	1 071 422	0,9
<i>davon Personalverleih</i>	<i>1 630 047</i>	<i>2 810 600</i>	<i>2 769 398</i>	<i>-41 202</i>	<i>-1,5</i>
Sach- und Betriebsausgaben	66 047 138	68 584 502	67 487 272	-1 097 230	-1,6
<i>davon Informatik</i>	<i>34 991 457</i>	<i>37 464 022</i>	<i>37 061 526</i>	<i>-402 496</i>	<i>-1,1</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>2 450 042</i>	<i>3 756 780</i>	<i>2 836 918</i>	<i>-919 862</i>	<i>-24,5</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	57 222	47 300	47 334	34	0,1
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	738	736	753	17	2,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* fielen gegenüber dem Voranschlag um 1,1 Millionen höher aus. Vakante und neue Stellen, die aufgrund der Arbeitsmarktbedingungen oder wegen der hochspezialisierten Profile lang unbesetzt waren, konnten endlich besetzt werden. Dies betraf verschiedene Abteilungen im BFS, u.a. die Abteilungen «Interoperabilität und Register» (IOR) und «Datenwissenschaft und statistische Methoden» (DSSM), die neue Initiativen und Aufgaben in den Bereichen Register, Datenverwaltung und künstliche Intelligenz übernommen haben (+0,9 Mio.). Die Zunahme der Rückstellung für Ferien- und Überzeit trägt mit 0,2 Millionen zur Abweichung bei.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Ausgaben für die *Informatik* haben den Voranschlag um 0,4 Millionen unterschritten. Sie lagen um 2,1 Millionen höher als im Vorjahr, was durch höhere Projektausgaben begründet ist. Sie betreffen die Einführung von Systemen zur Förderung der Mehrfachnutzung von Daten («Once-only»-Prinzip) im Bereich der Datenverwaltung (II4Y, SpiGes, SpiReg usw.), die Erneuerung der Infrastrukturen zur Unterstützung der Digitalisierungsarbeiten (SIS Weiterentwicklung) und die Schaffung neuer zentralisierter Lösungen für die Bundesverwaltung (SBER Integration ausländischer Unternehmen, UID-Modernisierung und Nationaler Adressdienst). Parallel dazu setzte das BFS seinen Aktionsplan zur Gewährleistung der korrektiven und adaptiven Wartung seiner Systeme fort, um einerseits den Anforderungen der technologischen Entwicklung gerecht zu werden (LEI-Schnittstelle S4/HANA, Implementierung API Gateway, ePortal usw.) und sich andererseits an die Standards der Bundeskanzlei anzupassen (Implementierung von eIAM, Verwendung von Open-Source-Software). Es bestand auch eine Notwendigkeit, die Ausgaben für IT-Sicherheit weiter zu erhöhen (ISMS, Security Scan und Audit).

Die Ausgaben für *Beratung* lagen um 0,9 Millionen unter dem Voranschlag. Weniger als geplant wurde bspw. für den Betrieb des Gesundheitsobservatoriums OBSAN und die Lohnstrukturerhebung LSE sowie die Revision der Baupreisstatistik (BAP) ausgegeben.

Die Überschreitung von 0,3 Millionen im *den übrigen Betriebsausgaben* fiel überwiegend in den Bereichen des sonstigen Betriebsaufwandes (bspw. Mitgliederbeiträge für die Informationsplattform zur Standardisierung des elektronischen Datenaustausches swissdec), der Spesen und des Post- und Kurierversands an (+1,5 Mio.) an. Die Kosten für externe Dienstleistungen, insbesondere die Kosten für Erhebungen, Bürobedarf, Druckerzeugnisse und Agenturleistungen unterschritten demgegenüber den Voranschlag um 1,2 Millionen.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Abschreibungen wurden auf dem Fahrzeugpark, Event-Badge-Druckern, Büroautomatisierungssystemen und der Hardware für die Arealstatistik vorgenommen.

Investitionsausgaben

Im Jahr 2023 wurden weder Investitionen geplant noch Investitionsausgaben getätigt.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebungen von 4,6 Millionen für DTI Projekte und Vorhaben wie die Datenwissenschaftsstrategie des Bundes und das Pilotprojekt SpiGes wie auch für den departementalen Ausgleich.
- Kreditabtretungen aus verschiedenen Verwaltungseinheiten für DVS und DTI Projekte und Vorhaben von 2,4 Millionen wie z.B. das Projekt Nationaler Adressdienst (NAD).
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von insgesamt 3,1 Millionen für die berufliche Grundausbildung und Integration, Hochschulpraktikanten, für Familien- und zusätzliche Pensionskassenbeiträge sowie für Lohnmassnahmen.
- Kreditüberschreitung von 6,0 Millionen aus der Verwendung von zweckgebundenen Reserven (Art. 33 Abs. 3 FHG) für Projekte und Vorhaben (+1,5 Mio.) sowie aus leistungsbedingten Mehrerträgen (+2,6 Mio.) und aus der Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 1 % auf der Basis des bewilligten Voranschlagskredites (+1,8 Mio.).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Statistik zu Einkommen u. Lebensbedingungen (SILC)» (V0284.00-01), «Haushaltsbudgeterhebung (HABE) 2017–2023» (V0285.00), «Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)» (V0286.00-01), «Nationale Datenbewirtschaftung NaDB 2019–2026» (V0391.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Integrierte statistische Produktion		LG 2: Mehrfachnutzung und Register	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	141	150	45	44
Personalausgaben	97	103	22	24
Sach- und Betriebsausgaben	44	48	22	20
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	–	0	0
Verwaltungsvermögen				
Vollzeitstellen (Ø)	595	600	143	153

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	5 975 558	5 975 558
Bildung aus Rechnung 2022	–	721 000	721 000
Auflösung / Verwendung	–	-1 534 100	-1 534 100
Endbestand per 31.12.2023	–	5 162 458	5 162 458

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden zweckgebundene Reserven von insgesamt 1,5 Millionen eingesetzt.

Für die Mehrfachnutzung von Daten im Rahmen des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung», die Todesursachenstatistik und die ambulante Klassifikation ICD-11 sowie die Integration ausländischer Unternehmen in die Stammdaten des BUR und die digitale Transformation wurden 1,1 Millionen verwendet. Dazu wurden für fremdfinanzierte Statistiken wie das Internationale Programm zur Evaluation der Kompetenzen von Erwachsenen (PIAAC) und die neuen Kulturstatistiken 0,4 Millionen verwendet.

Reservenbestand

Von den bestehenden zweckgebundenen Reserven (5,2 Mio.) entfallen 1,5 Millionen vorwiegend auf das Gesundheitsobservatorium, die höhere Berufsbildung (HBB) und auf PIAAC sowie 3,7 Millionen auf Projekte und Vorhaben wie die ambulante Gesundheitsversorgung, die Mehrfachnutzung von Daten im Rahmen des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung», die Umsetzung der outputgesteuerten Diffusionsstrategie und die Migration der OGD-Plattform.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Für das Berichtsjahr wird keine Bildung von Reserven beantragt.

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE

A231.0235 BEITRAG EUROSTAT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 007 712	6 206 400	6 206 380	-20	0,0
davon Kreditmutationen		231 900			

Eurostat ist das statistische Amt der EU und stellt insbesondere Statistiken für die Länder der EU zusammen. Die notwendigen Daten werden von den nationalen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten erhoben und zur Verfügung gestellt. Eine wichtige Rolle spielt Eurostat bei der Harmonisierung von statistischen Definitionen und Berechnungsmethoden.

Der Bund hat den Pflichtbeitrag geleistet, welcher im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Millionen höher ausgefallen ist. Der Beitrag beruht auf den Gesamtkosten für Eurostat, der Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und bemisst sich nach dem proportionalen Anteil am statistischen Programm, an welchem die Schweiz teilnimmt.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 4 FHG) von 0,2 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Abkommen vom 26.10.2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik (SR 0.431.026.81).

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Entwicklung der Sozialversicherungen mit dem Ziel der Erhaltung des Leistungsniveaus und einer nachhaltigen Finanzierung unter Berücksichtigung der sich wandelnden sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
- Unterstützung von Bestrebungen zur Eingliederung von invaliden Personen ins Berufsleben
- Unterstützung eines bedarfsgerechten und fördernden Umfelds für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Personen und deren soziale Absicherung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	34,7	30,0	29,7	-4,9	-14,3
Laufende Ausgaben	15 971,8	16 446,1	16 298,5	326,7	2,0
Eigenausgaben	76,6	84,0	79,1	2,4	3,2
Transferausgaben	15 895,1	16 362,2	16 219,5	324,3	2,0
Selbstfinanzierung	-15 937,1	-16 416,1	-16 268,8	-331,7	-2,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	3,0	-2,1	-1,5	-4,5	-149,1
Jahresergebnis	-15 934,1	-16 418,2	-16 270,3	-336,2	-2,1
Investitionsausgaben	-	-	0,1	0,1	-

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus den Vergütungen der Ausgleichsfonds von AHV und IV für die beim Bund anfallenden Kosten aus der Beaufsichtigung und dem Vollzug dieser Versicherungen (21,8 Mio) und aus den Gebühren der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (6,3 Mio.). Sie liegen rund 5 Millionen tiefer als im Vorjahr, was darauf zurückzuführen ist, dass es im Rechnungsjahr zu keinen Aktivierungen in der Anlagebuchhaltung gekommen ist.

99,5 Prozent der Ausgaben des BSV sind *Transferausgaben*. Das BSV verfügt bei diesen generell nur über einen sehr geringen Handlungsspielraum, da fast alle Transferausgaben gesetzlich festgelegt sind und durch demografische und wirtschaftliche Faktoren beeinflusst werden. Gegenüber der Rechnung 2022 erhöht sich der Aufwand im Transferbereich um 324,3 Millionen (+2,0 %). Die Zunahme ist vor allem auf die Erhöhung der Bundesbeiträge an die AHV (+405 Mio.) (insbesondere aufgrund der Erhöhung der Mindestrente von 1195 auf 1225 Franken und die demografisch bedingte Zunahme des Rentenbestandes) und an die IV (+89 Mio.) zurückzuführen. Zusätzlich stiegen in erster Linie aufgrund der demografischen Alterung auch die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen (+87 Mio.). Im Gegenzug entfielen die Ausgaben für den Covid-Erwerbsersatz (2022: 286 Mio.). Die Zunahme *bei den Eigenausgaben* um 2,4 Millionen (+3,2 %) erklärt sich hauptsächlich durch höhere Personalausgaben infolge Schaffung neuer Stellen für IT-Management, Modernisierung der Aufsicht, Aufgabenintensivierung IV und SNAP-EESSI, sowie durch höhere Kosten bei der Informatik.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Nationale Strategie zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Das EDI hat entschieden, die Arbeiten an der Strategie auf Grund der Arbeiten des Parlaments im Rahmen der Pa. Iv. 21.403 zu sistieren. Die Pa. Iv. verfolgt gleichermassen das Ziel, die Vereinbarkeit zu fördern.
- Gesetzliche Grundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte auf eidgenössischer Ebene mit einem umfassenden Aufgaben-Katalog: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschieden. Die Abklärungen, in welcher Form und auf welcher rechtlichen Grundlage eine Ombudsstelle auf Bundesebene möglich wäre, haben mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen.
- Bericht «Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen» (in Erfüllung des Po. SGK-N 21.3961): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Grundlagenbericht liegt aus wissenschaftlicher Sicht vor. Aufgrund prioritärer Geschäfte wie die Pa. Iv. 21.403 und die sogenannte Kitainitiative haben sich die Arbeiten verzögert und der Bericht konnte noch nicht verabschiedet werden.
- Bericht «Koordination der Finanzhilfen des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung» (in Erfüllung des Po. Hegglin 19.4559): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung» (in Erfüllung des Po. SGK-S 20.3002): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

- Änderung des Familienzulagengesetzes (FamZG): Einführung eines vollen Lastenausgleichs: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Verordnung über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFV): Stärkung der Kinderrechte: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung (EO): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Rechtliche Grundlagen für die digitale Kommunikation in den Sozialversicherungen: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)

Die Vorarbeiten haben auf Grund der grossen Anzahl involvierter Akteure und dem dadurch verursachten Koordinationsaufwand mehr Zeit in Anspruch genommen als vorgesehen. Die Vernehmlassung wurde Ende 2023 eröffnet.
- Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (in Umsetzung der Mo. SGK-N 18.3716): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)

Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden. Zusätzlich notwendige Diskussionen im Bundesrat haben mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen. Die Vernehmlassung endete am 23.10.2023.
- Reform AHV 21: Umsetzung (erreicht)
- Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG): Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht «Verhindern die Anlagerichtlinien der BVV 2 nachhaltiges Anlegen?» (in Erfüllung des Po. UREK-S 19.3950): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) (in Umsetzung der Motion SGK-N 22.3377): Inkraftsetzung (erreicht)
- Politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)

Auf die Ausarbeitung einer Botschaft wurde verzichtet. Zunächst soll der Bundesrat auf der Grundlage eines Umsetzungsvorschlags über das weitere Vorgehen entscheiden.
- Bericht «Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Cyber-Sexualdelikten» (in Erfüllung des Po. Quadranti 19.4111): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Analyse der Möglichkeit einer gesamtschweizerischen Zusammenführung von Daten zur Prävalenz und zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern» (in Erfüllung des Po. Feri 19.3119): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Mo. Feri 20.3687 «Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen»: Erarbeitung der Social-Media-Kampagne gegen Cybermobbing (erreicht)
- Aufbau und Betrieb eines Informationssicherheits- und Datenschutz-Systems: Abschluss Phase 1 (erreicht)

LG1: VORSORGE UND AUSGLEICHSSYSTEME

GRUNDAUFTRAG

Die Sozialsysteme sichern die Bevölkerung gegen die Folgen von Alter, Invalidität und Verlust der versorgenden Person sowie gegen Erwerbsausfall bei Dienstleistungen, Mutterschaft und Arbeitslosigkeit kurz vor der Pensionierung ab. Das BSV stellt die Entscheidungsgrundlagen zu ihrer nachhaltigen Entwicklung für die Politik bereit. Es trägt zum Vertrauen in die Sozialversicherungen bei, indem es die Aufsicht über die AHV-Ausgleichskassen, IV-Stellen und die EL-Stellen wahrnimmt. Durch die Ausrichtung von Subventionen an Organisationen der Invalidenhilfe fördert es die Integration von invaliden Personen. Es fördert die internationale Mobilität durch die Vorbereitung und die Umsetzung von Sozialversicherungsabkommen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	24,3	23,3	16,7	-6,6	-28,2
Aufwand und Investitionsausgaben	52,7	57,0	53,5	-3,5	-6,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Nachhaltige Entwicklung der Sozialwerke: Die Grundlagen werden bedarfsgerecht erarbeitet			
- Abweichung der Prognose für den AHV-Aufwand des Voranschlagsjahres von den tatsächlichen Jahresausgaben im fünfjährigen Durchschnitt (% max.)	0,27	0,50	0,50
- Abweichung der Prognose für den IV-Aufwand des Voranschlagsjahres von den tatsächlichen Jahresausgaben im fünfjährigen Durchschnitt (% max.)	1,78	2,00	2,00
- Anteil der IV-Rentner an der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 18-64 (% max.)	3,8	3,8	3,8
Erleichterung der internationalen Mobilität: Das BSV erleichtert die internationale Mobilität durch den Abschluss von internationalen Abkommen und Vereinbarungen			
- Arbeitstage in denen 90 % der Anträge auf Sondervereinbarungen bearbeitet werden (Anzahl)	11	10	8
Aufsicht über AHV / IV / EL: Die Aufsicht über die Durchführung der Sozialversicherungen wird wahrgenommen			
- Jährliche Aktualisierung der Risikoanalyse AHV/IV/EL (ja/nein)	ja	ja	ja
- Abschluss von Zielvereinbarungen mit allen 26 IV-Stellen (ja/nein)	ja	ja	ja
- Kontrolle der Umsetzung des jährlichen Schwerpunktthemas in den Ausgleichskassen (ja/nein)	ja	ja	ja
- Anteil der 4-jährigen Verträge mit Org. der privaten Behindertenhilfe, der jährlich durch Kontrollen vor Ort überprüft wird (%)	27	25	25

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollumfänglich erreicht.

LG2: FAMILIEN, GENERATIONEN UND SOZIALES

GRUNDAUFTRAG

Eine kohärente Familien-, Jugend-, Kinder-, Alters- und Sozialpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine Förderung des sozialen Ausgleichs. Das BSV stellt für Bundesrat und Parlament die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen bereit. Es beaufsichtigt die Umsetzung der Bundesgesetze über die Familienzulagen und führt die Bundesgesetze über die Kinder- und Jugendförderung sowie über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sowie den Art. 101bis AHVG «Beiträge zur Förderung der Altershilfe» durch. Es unterstützt entsprechende Aktivitäten und richtet Subventionen an Nichtregierungsorganisationen aus.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	9,0	–	6,5	6,5	–
Aufwand und Investitionsausgaben	19,5	22,3	20,8	-1,5	-6,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kinder- und Jugendpolitik: Mit gezielten Massnahmen wird die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten gefördert			
– Subventionsverträge mit NGO im Bereich Kinderschutz/Kinderrechte (Anzahl)	–	17	16
– Subventionsverträge mit NGO, Kantonen, Gemeinden im Bereich Kinder- und Jugendförderung (Anzahl)	–	34	34
Sozialpolitik: Die zuständigen Akteure (Kantone, Städte und Gemeinden sowie zivilgesellschaftliche Organisationen) werden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Armutsbekämpfung unterstützt			
– Projekte und Praxishilfen mit bundesexternen Partnern (Anzahl)	5	2	3
Familienpolitik: Das BSV fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf /Ausbildung und den Familienlastenausgleich			
– Neue Subventionsverträge mit Familienorganisationen (Anzahl)	7	7	7
– Kantone, deren Subventionserhöhungen für die familienergänzende Kinderbetreuung mit Finanzhilfen unterstützt werden (Anzahl)	12	15	10
– Neue, durch die Anstossfinanzierung subventionierte Betreuungsplätze (Anzahl, min.)	3 773	2 300	4 347
Alterspolitik: Das BSV fördert eine bedarfsgerechte Ausgestaltung des Umfeldes für ältere Menschen im Hinblick auf eine autonome und sozial integrierte Lebensführung			
– Subventionsverträge mit Altersorganisationen (Anzahl)	8	8	7
– Audits zu den Subventionsverträgen und Kontrollen vor Ort (Anzahl)	1	2	2

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Abweichungen gab es bei folgenden Zielen:

Familienpolitik: Das BSV fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Ausbildung und den Familienlastenausgleich. Die Zahl der durch die Anstossfinanzierung subventionierten neuen Betreuungsplätze wurde übertroffen. Hingegen konnten weniger Kantone mit Finanzhilfen unterstützt werden: Es haben einerseits weniger Kantone als erwartet Gesuche eingereicht und andererseits konnte noch nicht über alle im Jahr 2023 laufenden Gesuche entschieden werden.

Alterspolitik: Das BSV fördert eine bedarfsgerechte Ausgestaltung des Umfeldes für ältere Menschen im Hinblick auf eine autonome und sozial integrierte Lebensführung: Dazu richtet das BSV Finanzhilfen an nationale Altersorganisationen aus. Im Jahr 2023 wurde der Vertrag mit Alzheimer Schweiz ausgesetzt. Ab 2024 besteht ein neuer Vertrag.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	44 578	35 802	67 286	31 484	87,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	33 306	23 295	23 229	-65	-0,3
E102.0107 Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge, Gebühren	5 947	6 713	6 313	-400	-6,0
Transferbereich					
E130.0106 Rückerstattung von Subventionen	5 324	5 795	37 554	31 759	548,1
Finanzertrag					
E140.0106 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	-	-	189	189	-
Aufwand / Ausgaben	15 978 679	16 454 037	16 337 620	-116 417	-0,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	72 258	79 213	74 283	-4 930	-6,2
<i>Abtretung</i>		1 179			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		2 999			
A202.0144 Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge	5 947	6 874	6 313	-561	-8,2
<i>Abtretung</i>		32			
Transferbereich					
<i>LG 1: Vorsorge und Ausgleichssysteme</i>					
A231.0239 Leistungen des Bundes an die AHV	9 694 000	10 099 000	10 099 000	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		60 000			
A231.0240 Leistungen des Bundes an die IV	3 941 816	4 087 000	4 030 587	-56 413	-1,4
A231.0241 Ergänzungsleistungen zur AHV	967 274	1 056 800	1 026 192	-30 608	-2,9
A231.0245 Ergänzungsleistungen zur IV	887 184	914 991	914 991	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		21 591			
A231.0393 Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose	13 755	51 000	26 200	-24 800	-48,6
A231.0420 Covid: Leistungen Erwerbsersatz	-	-	3 600	3 600	-
<i>LG 2: Familien, Generationen und Soziales</i>					
A231.0242 Familienzulagen Landwirtschaft	43 200	74 908	73 998	-911	-1,2
A231.0243 Familienorganisationen	2 977	3 000	2 990	-10	-0,3
A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung	34 525	64 300	62 695	-1 605	-2,5
A231.0246 Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung	14 204	14 271	14 271	0	0,0
A231.0247 Kinderschutz/Kinderrechte	2 117	2 680	2 500	-180	-6,7
A231.0249 Anschubfinanzierung zugunst. kant. Kinder- und Jugendpolitik	439	-	-	-	-
A231.0426 Covid: Kinderbetreuung	13 136	-	-	-	-
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0104 Covid: Leistungen Erwerbsersatz	285 846	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	33 306 402	23 294 600	23 229 208	-65 392	-0,3
Laufende Einnahmen	28 944 296	23 294 600	23 229 208	-65 392	-0,3
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	4 362 105	–	–	–	–

Der Funktionsertrag des BSV besteht in erster Linie aus den Vergütungen der Ausgleichsfonds von AHV und IV für die beim Bund anfallenden Kosten aus der Beaufsichtigung und dem Vollzug dieser Versicherungen. Dafür wurden 21,8 Millionen im Rechnungsjahr vereinnahmt. Vergütet werden im Einzelnen: Personal- und Sachkosten für den Regress, Personalkosten für die Aufsicht und Durchführung in der AHV und IV sowie Sachkosten aus dem Forschungsprogramm IV einschliesslich der mit den Vollzugsarbeiten zusammenhängenden Arbeitsplatzkosten. Zudem werden auf dieser Position die Rückerstattung durch den Ausgleichsfonds der AHV für die Entwicklungskosten der Fachanwendung «Applicable Legislation Portal Switzerland (ALPS)» (0,9 Mio.) sowie die Rückerstattungen des Corona-Erwerbsersatzes verbucht (0,5 Mio.; vgl. dazu auch die Ausführungen unter A231.0420 «Covid: Leistungen Erwerbsersatz»). Ferner enthält die Position die Erträge aus der Vermietung von Parkplätzen an das Personal des BSV und an Dritte (0,1 Mio.).

Der Funktionsertrag entspricht etwa dem budgetierten Wert. Er liegt aber 10 Millionen tiefer als im Vorjahr, was auf einmalige Verbuchungen im Jahr 2022 zurückzuführen ist: Im Vorjahr wurden eine Rückerstattung von rund 6,4 Millionen für zu viel erhaltene Ergänzungsleistungsbeiträge und eine nicht schuldenbremswirksame nachträgliche Aktivierung von rund 4,4 Millionen verbucht.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.12.1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), Art. 95; BG vom 19.6.1959 über die Invalidenversicherung (IVG; SR 831.20), Art. 67 Abs. 1 Bst. b und Art. 68 Abs. 2.

Hinweise

Vgl. A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) und A231.0420 Covid: Leistungen Erwerbsersatz.

E102.0107 OBERAUFSICHTSKOMMISSION BERUFLICHE VORSORGE, GEBÜHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	5 946 657	6 712 600	6 312 717	-399 883	-6,0

Die Kosten der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) und ihres Sekretariates werden vollständig durch die Aufsichtsabgaben und die Gebühren gedeckt. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten aus der Systemaufsicht und der OBERAUFSICHTSTÄTIGKEIT über die Aufsichtsbehörden, aus der Direktaufsicht über Sicherheitsfonds, Auffangeinrichtung und die Anlagestiftungen sowie aus der Zulassung der Experten für Berufliche Vorsorge.

Aus verrechnungstechnischen Gründen werden die Abgaben und Gebühren der OBERAUFSICHTSKOMMISSION BERUFLICHE VORSORGE erst im Folgejahr erhoben (6,3 Mio.). Im Rechnungsjahr fallen zudem unterjährige Gebühren gemäss Art. 9 BVV 1 im Umfang von 0,04 Millionen an. Mit 6,3 Millionen wies die OAK BV 2023 um 6 Prozent tiefere Kosten aus als geplant.

Rechtsgrundlagen

V vom 10. und 22.6.2011 über die Aufsicht in der beruflichen Vorsorge (BVV 1; SR 831.435.1).

Hinweise

Vgl. A202.0144 OBERAUFSICHTSKOMMISSION BERUFLICHE VORSORGE.

E130.0106 RÜCKERSTATTUNG VON SUBVENTIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	5 324 495	5 794 800	37 554 244	31 759 444	548,1

Unter dieser Finanzposition werden die Rückerstattungen ausgewiesen, die dem Bund vergütet werden, wenn sich aufgrund der Schlussabrechnungen der AHV und der Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL) herausstellt, dass der Bundesbeitrag an diese Sozialversicherungen im Vorjahr zu hoch ausgefallen ist. Budgetiert wurde der 4-Jahresdurchschnitt (2018–2021) der Rückerstattungen.

Aufgrund der tatsächlichen Abrechnungen 2022 resultierte ein Saldo von 37,55 Millionen zu Gunsten des Bundes, davon 36,9 Millionen aus der Rückerstattung bei der AHV und 0,6 Millionen aus den Familienzulagen Landwirtschaft. Die verbuchten Rückerstattungen lagen damit um 31,8 Millionen (+548,1 %) über dem budgetierten Wert und 32,3 Millionen höher als im Vorjahr, was auf die höhere Rückerstattung bei der AHV zurückzuführen ist.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.12.1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), Art. 103 Abs. 2; BG vom 20.6.1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG; SR 836.7), Art. 18–21.

E140.0106 FONDS FAMILIENZULAGEN LANDWIRTSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	–	–	189 333	189 333	–

Der zweckgebundene Fonds «Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern» wurde mit der Verabschiedung des FLG im Jahr 1952 gebildet. Sein Kapital von 32,3 Millionen musste vom Bund zu marktüblichen Konditionen verzinst werden. Dazu wurde der Zinssatz jedes Jahr unter Berücksichtigung der Marktverhältnisse sowie der Art und der Dauer des Guthabens durch die Eidg. Finanzverwaltung festgelegt. Die entsprechenden Zinsen wurden auf der vorliegenden Position vereinnahmt und dem zweckgebundenen Fonds gutgeschrieben. Sie dienten dazu, die Kantonsbeiträge herabzusetzen.

Bei der Budgetierung wurde mit keinen Einnahmen gerechnet. Da der Fonds erst mit dem Inkrafttreten der Änderung des FLG am 1.7.2023 aufgelöst wurde (siehe dazu A231.0242 «Familienzulagen Landwirtschaft»), musste er für die ersten 6 Monate verzinst werden. Der Zinssatz (basierend auf der Rendite der 7-jährigen Obligationen) betrug 1,2 Prozent. Daraus resultierten Einnahmen von 189 333 Franken.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.6.1952 über Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG; SR 836.7), Art. 20 und 21.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. A231.0242 Familienzulagen Landwirtschaft.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	72 257 965	79 213 325	74 283 290	-4 930 035	-6,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>4 178 325</i>			
Funktionsaufwand	72 257 965	79 213 325	74 226 958	-4 986 367	-6,3
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	70 906 082	77 113 325	72 749 205	-4 364 121	-5,7
Personalausgaben	50 673 539	53 712 800	52 580 963	-1 131 837	-2,1
Sach- und Betriebsausgaben	20 232 543	23 400 525	20 168 241	-3 232 284	-13,8
<i>davon Informatik</i>	<i>11 065 306</i>	<i>12 439 125</i>	<i>10 784 419</i>	<i>-1 654 706</i>	<i>-13,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>4 378 373</i>	<i>6 205 200</i>	<i>4 314 013</i>	<i>-1 891 187</i>	<i>-30,5</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 351 883	2 100 000	1 477 753	-622 247	-29,6
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	56 332	56 332	-
Vollzeitstellen (Ø)	272	285	279	-6	-2,1

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Der Personalausgaben machen 71 Prozent des Funktionsaufwandes aus und lagen mit 52,58 Millionen um 1,1 Millionen (-2,1 %) tiefer als im Voranschlag geplant. Dieser Kreditrest ist durch Verzögerungen bei der Besetzung von Stellen bedingt. Es wurden gesamthaft 6 Vollzeitstellen weniger besetzt als vorgesehen. Dagegen erhöhte sich der Personalbestand im Vergleich zur Rechnung 2022 um 1,9 Millionen (+3,8 %) aufgrund der Schaffung neuer Stellen im IT-Management, in der Modernisierung der Aufsicht sowie aufgrund von Aufgabenintensivierungen bei der IV und beim Projekt SNAP-EESSI (europaweiter Austausch von Sozialversicherungsdaten). Die wertmässig ausgewiesene Zunahme im Vergleich zum Vorjahr beträgt 7 FTE.

Von den Personalausgaben entfielen 14,1 Millionen (rund 27 %) auf Stellen, die von den Ausgleichsfonds der AHV und IV rückvergütet werden (vgl. E100.0001 «Funktionsertrag [Globalbudget]»). Die dafür getätigten Ausgaben fielen um 1 Million (-6,5 %) geringer aus als im Voranschlag 2023 budgetiert, hauptsächlich weil einzelne Stellen erst verspätet besetzt werden konnten. Sie erhöhten sich hingegen im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Millionen (+3 FTE).

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Sach- und Betriebsausgaben* lagen um 13,8 Prozent (-3,2 Mio.) unter dem Voranschlag. Diese Differenz ist auf die geringeren Ausgaben für Beratung (-1,9 Mio.) und Informatik (-1,7 Mio.) zurückzuführen.

Bei der *Informatik* lagen die Ausgaben um 1,7 Millionen (-13,3 %) tiefer als im Voranschlag. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Projekt- (-0,9 Mio.; betrifft neben diversen Kleinprojekten die Grossprojekte «SNAP-EESSI» und «eRegress») und die Betriebskosten (-0,8 Mio.) tiefer als geplant ausfielen.

Die Ausgaben für die *Beratung* lagen um 1,9 Millionen (-30,5 %) unter dem Voranschlagswert, weil zum einen Projekte nicht durchgeführt werden konnten aufgrund fehlenden Personals für die Begleitung und zum anderen die hohe Arbeitsbelastung das BSV generell dazu zwang, die Prioritäten neu zu setzen und gewisse Vorhaben zeitlich zu verschieben.

Von den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* entfielen unverändert 3 Millionen auf die Raummiete (LV) und 1,7 Millionen auf den übrigen Betriebsaufwand (v.a. Bürobedarf, externe Dienstleistungen wie z.B. Übersetzungen sowie Spesen).

Abschreibungen

Auf dem Verwaltungsvermögen wurden im Rechnungsjahr tiefere Abschreibungen als geplant vorgenommen (-0,6 Mio.). Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Projekt «eRegress» entgegen der ursprünglichen Planung bereits ab dem Jahr 2022 aktiviert wurde und abgeschrieben werden muss.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 1 179 900 Franken für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge (Altersstrukturausgleich);
- Kreditüberschreitung ohne BRB von 2 999 325 Franken durch die Verwendung zweckgebundener Reserven.

Hinweise

Die Ausgleichsfonds von AHV und IV erstatteten dem Bund 14,1 Millionen der Personalausgaben sowie 7,8 Millionen der Sach- und Betriebsausgaben des BSV zurück (einschliesslich Arbeitsplatzkosten von 1,2 Mio.; vgl. E100.0001 Funktionsertrag). Zusätzlich erstatteten die Ausgleichsfonds Ausgaben über 2,9 Millionen für Informationssysteme der ersten Säule zurück. Vom Kreditrest entfielen 1,5 Millionen auf die durch die Ausgleichsfonds finanzierten Ausgaben.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Vorsorge und Ausgleichssysteme		LG 2: Familien, Generationen und Soziales	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF				
Aufwand und Investitionsausgaben	53	53	20	21
Personalausgaben	37	38	14	15
Sach- und Betriebsausgaben	15	15	5	6
<i>davon Informatik</i>	8	8	3	3
<i>davon Beratung</i>	3	3	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	1	0	0
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	-	0	-	0
Vollzeitstellen (Ø)	200	207	72	72

A202.0144 OBERAUFSICHTSKOMMISSION BERUFLICHE VORSORGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Total	5 946 657	6 873 900	6 312 717	-561 183	-8,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		32 200			
Funktionsaufwand	5 946 657	6 873 900	6 312 717	-561 183	-8,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	5 946 657	6 873 900	6 312 717	-561 183	-8,2
Personalausgaben	4 739 643	5 374 600	4 962 032	-412 568	-7,7
Sach- und Betriebsausgaben	1 207 014	1 499 300	1 350 685	-148 615	-9,9
<i>davon Informatik</i>	27 085	24 600	29 221	4 621	18,8
<i>davon Beratung</i>	821 756	915 900	942 282	26 382	2,9
Vollzeitstellen (Ø)	19	23	19	-4	-17,4

Die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge fällt in die Zuständigkeit der Kantone. Die Oberaufsicht über die kantonalen Aufsichtsbehörden sowie die Direktaufsicht über Sicherheitsfonds, Auffangeinrichtung und die Anlagestiftungen obliegt der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV), deren Funktionsaufwand über den vorliegenden Einzelkredit finanziert wird.

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die *Personalausgaben* sind rund 0,4 Millionen (-7,7 %) tiefer als budgetiert. Einige vakante Stellen konnten nicht wie geplant besetzt werden, weil es sich teilweise als schwierig erwies, Personen mit den gesuchten Qualifikationen zu finden. Der Personalbestand blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Im ausgewiesenen Personalbestand sind 3 FTE nicht enthalten, welche für Querschnittsleistungen benötigt werden. Diese Aufgaben werden vom BSV für die OAK wahrgenommen und die entsprechenden FTE werden im Personalbestand des BSV ausgewiesen (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)). Die damit verbundenen Personalausgaben werden indessen durch die OAK getragen.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Ausgaben für die *Informatik* der OAK BV umfassen die Kosten für den Betrieb des Standarddienstes zur Geschäftsverwaltung «Acta Nova» durch den Leistungserbringer ISCeco.

Die Ausgaben für die *Beratung* lagen rund 30 000 Franken (-2,9 %) unter dem Voranschlagswert.

Von den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* entfielen unverändert 0,3 Millionen auf Mieten. Ferner lagen Posten wie externe Dienstleistungen sowie Spesen um insgesamt 0,1 Millionen unter dem Voranschlag.

Kreditmutationen

— Abtretung von 32 200 Franken des Eidg. Personalamtes für die Kinderbetreuung und zusätzliche PK-Beiträge.

Rechtsgrundlagen

BG vom 25.6.1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40), Art. 64–64c.

Hinweise

Sämtliche Aufwendungen der OAK BV werden über Abgaben und Gebühren gedeckt (vgl. E102.0107 Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge, Gebühren).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	4 782 498	4 782 498
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 795 300	2 795 300
Auflösung / Verwendung	–	-2 999 325	-2 999 325
Endbestand per 31.12.2023	–	4 578 473	4 578 473
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	3 052 000	3 052 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Es wurden folgende Reserven aufgelöst:

— Projekte im Bereich Familien, Generationen und Gesellschaft	788 000 Franken
— eRegress	773 000 Franken
— FiVer	350 025 Franken
— Digitale Transformation und Innovation	350 000 Franken
— Beratung und Forschung	309 500 Franken
— Digitalisierungsvorhaben	299 300 Franken
— Support für Remote	50 000 Franken
— EO-Digitalisierung	50 000 Franken
— IKT-Monitore	29 500 Franken

Reservenbestand

Der aktuelle Stand an zweckgebundenen Reserven im BSV beträgt 4,6 Millionen. Diese setzen sich zusammen aus 2,6 Millionen für «eRegress» (Fachanwendung für die Verwaltung von Regressfällen und die Abwicklung von Regressforderungen in der 1. Säule), 0,9 Millionen für das Projekt «FiVer» (Online-Finanzverwaltungssystem für die Finanzhilfen bei der Umsetzung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes), 0,5 Millionen für Projekte im Bereich der digitalen Transformation und diverse kleine Reserven im Umfang von insgesamt 0,6 Millionen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Für folgende Vorhaben sollen zweckgebundene Reserven im Umfang von insgesamt 3,1 Millionen gebildet werden. Insbesondere hat sich die Realisierung von Projektvorhaben im Bereich Familien, Generationen und Gesellschaft auf Grund hoher Belastungen verzögert.

— OECD-Forschungsprojekt: IELS	735 000 Franken
Das OECD-Forschungsprojekt «International Early Learning and Child Well-being Study (IELS)» wurde 2023 gestartet. Die Arbeiten haben sich im Zusammenhang mit dem Prozessverlauf der OECD und der Klärung der Zusammenarbeit mit den Kantonen jedoch verzögert und die dafür vorgesehenen Mittel konnten dadurch nicht wie geplant eingesetzt werden. Die Pilotphase wird nun hauptsächlich 2024 durchgeführt; die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten für die Hauptphase müssen auf 2024 und 2025 verschoben werden.	

- Datenstrategie 535 000 Franken
Durch die verschiedenen Digitalisierungsvorhaben des Bundes muss das BSV sicherstellen, dass die neuen und komplexeren Datenflüsse im Rahmen einer Datenstrategie zielgerichtet kanalisiert und auswertbar zur Verfügung gestellt werden. Damit die gesetzlichen Aufgaben des BSV (Aufsicht und Steuerung, Statistik und Analysen sowie Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit) besser erfüllt und in der Folge dem Parlament bessere Informationsgrundlagen zur Verfügung gestellt werden können, erstellt das BSV eine Datenstrategie. Dazu benötigt das BSV Expertenwissen, das u.a. durch externe Beratungsmandate eingebracht werden soll. Die dafür eingestellten Mittel konnten aufgrund von Vakanzen nicht verwendet werden. Die Arbeiten werden in die Jahre 2024 und 2025 verschoben.
- Familienpolitik 530 000 Franken
Die Begleitung der Parlamentarischen Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» sowie weiterer familienpolitischer Geschäfte (Kita-Initiative, Bearbeitung des Postulats 21.3916 «Für eine Umweltpolitik mit Anreizen statt Abgaben») beanspruchten mehr Zeit als vorgesehen. Zudem mussten wegen Verzögerungen in der parlamentarischen Beratung Mandate für die Umsetzung zurückgestellt werden.
- Armutsmonitoring und Plattform Armut 410 000 Franken
Die Grundlagenarbeiten für den ersten Bericht des Armutsmonitorings waren aufwändiger und komplexer als geplant. So beanspruchten die Konzipierung sowie die Durchführung mehrerer Mandate zu Datenanalyse und weiteren Fragestellungen mehr Zeit. Auf Grund der politischen Ungewissheit betreffend die Weiterführung der Plattform Armut kam es insbesondere bei der Organisation der Abschlusstagung zu Verzögerungen.
- Kinder- und Jugendförderung 409 000 Franken
Im Zusammenhang mit den Förder- und Schutzmassnahmen im Kinder- und Jugendbereich mussten einige gesetzlich und parlamentarisch gebundene Vorhaben verzögert starten, weshalb Mittel im Jahr 2023 nicht verwendet wurden, aber 2024 notwendig sind.
- IT-Entwicklungen/Beschaffungen 363 000 Franken
Für verschiedene kleinere IT-Entwicklungen (GS-EDI-Projekt «Consultations», Know-How-Datenbank Link2Skill, Verbesserungen an der Forschungs-Datenbank Familienzulagen, Einführung Standarddienst Web, Voranalyse UKIBEG) und Hardware-Beschaffungen konnten die vorgesehene Mittel nicht vollständig im Rechnungsjahr verwendet werden, hauptsächlich weil einzelne Stellen nicht besetzt werden konnten. Die Projekte werden weitergeführt und die entsprechenden Arbeiten verschoben, um die Digitalisierung auch innerhalb des BSV voranzutreiben.
- Reporting Tool GL 50 000 Franken
Das Projekt wurde auf Grund zusätzlicher Anforderungen verzögert und die Arbeiten sollen verschoben werden. Dafür soll die bestehende zweckgebundene Reserve von 150 000 Franken erhöht werden. Die entsprechenden Mittel werden im Verlauf der Jahre 2024 bis 2025 verwendet.
- GENOVA 20 000 Franken
Manche Arbeiten mussten verschoben werden, weshalb die bestehende zweckgebundene Reserve von 300 000 Franken erhöht werden soll. Damit werden die Prozessautomatisierungen im Acta Nova in den Jahren 2024 bis 2026 vorangetrieben.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: VORSORGE UND AUSGLEICHSSYSTEME

A231.0239 LEISTUNGEN DES BUNDES AN DIE AHV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total / laufende Ausgaben	9 694 000 000	10 099 000 000	10 099 000 000	0	0,0
davon Kreditmutationen		60 000 000			

Die AHV hat 2023 nach provisorischen Berechnungen Ausgaben von rund 50 Milliarden getätigt. Der Bund trägt davon einen Anteil von 20,2 Prozent. Von den gesamten AHV-Ausgaben entfallen rund 99 Prozent auf Renten und Hilflosenentschädigungen. Die Ausgabenentwicklung wird durch die demografische Entwicklung, durch die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung sowie durch allfällige Systemanpassungen aufgrund gesetzgeberischer Entscheide bestimmt.

Der Bundesbeitrag an die AHV ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Prozent (+405 Mio.) gestiegen. Grund für den Zuwachs waren die Erhöhung der Minimalrente von 1195 auf 1225 Franken pro Monat und die demografisch bedingte Zunahme des Rentenbestandes. Da der Bundesrat infolge der Teuerung im Jahr 2022 die Minimalrente stärker erhöhte, als bei der Budgetierung angenommen, ergab sich eine Kreditüberschreitung von 60 Millionen.

Gestützt auf Art. 101bis AHVG richtete das BSV Finanzhilfen an Organisationen der privaten Altershilfe aus. Diese vom BSV ausgerichteten Subventionen werden vom Ausgleichsfonds der AHV getragen und im Bundeshaushalt nicht separat verbucht. Die Ausgaben fielen mit 85,8 Millionen um 5,1 Prozent tiefer aus als budgetiert. 2023 konnten einige der subventionierten Organisationen die geplanten Leistungen nicht vollumfänglich erfüllen, zudem mussten bei einer Organisation wegen zu hoher Vermögensreserven Beiträge vorläufig sistiert werden. Nähere Erläuterungen zu diesen Subventionen werden gemäss Art. 76 ATSG im Jahresbericht «Sozialversicherungen 2023» publiziert.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung ohne vorgängigen BRB (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 60 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.12.1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), Art. 103 Abs. 2.

Hinweise

Ausgaben teilweise finanziert über die Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0240 LEISTUNGEN DES BUNDES AN DIE IV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 941 816 437	4 087 000 000	4 030 587 085	-56 412 915	-1,4

Seit 2014 ist der IV-Bundesbeitrag an die Zunahme der Mehrwertsteuererträge gekoppelt (wobei zusätzlich die Entwicklung der Löhne und Preise mit einem Diskontfaktor berücksichtigt wird). Durch die Anbindung des Bundesbeitrags an die Mehrwertsteuererträge (anstatt an die IV-Ausgaben) wird erreicht, dass Sparanstrengungen der IV in vollem Umfang der finanziellen Stabilisierung der Versicherung dienen und sich nicht mehr in der Höhe des Bundesbeitrages niederschlagen können. Der Bundesanteil beträgt aber mindestens 37,7 und höchstens 50 Prozent der Ausgaben der IV.

Der Bundesbeitrag an die IV war um 56,4 Millionen niedriger als budgetiert, was einem Rückgang von 1,4 Prozent entspricht. Diese Differenz ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mehrwertsteuereinnahmen niedriger ausfielen als bei der Budgetierung angenommen. 2023 musste der IV-Bundesbeitrag ausnahmsweise um einen Betrag von rund 19 Millionen Franken nach unten korrigiert werden. Diese einmalige technische Korrektur war notwendig, um der Revision des Finanzhaushaltgesetzes Rechnung zu tragen (siehe dazu den Hinweis in der Staatsrechnung 2022). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bundesbeitrag um 2,25 Prozent gestiegen. (+89 Mio. Fr.). Damit belief sich der Beitrag des Bundes gemäss vorläufigen Berechnungen auf 40,0 Prozent der IV-Ausgaben.

Das BSV richtete im Jahr 2023 Finanzhilfen an Organisationen der privaten Invalidenhilfe nach Art. 74 und 75 IVG aus. Diese Subventionen werden direkt vom Ausgleichsfonds der IV getragen und deshalb im Bundeshaushalt nicht separat verbucht. Gemäss Voranschlag 2023 waren 148 Millionen vorgesehen, welche auch vollumfänglich ausgerichtet wurden. Nähere Erläuterungen dazu werden im Jahresbericht gemäss Artikel 76 ATSG «Sozialversicherungen 2023» publiziert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.1959 über die Invalidenversicherung (IVG; SR 831.20), Art. 74, 75 und 78.

Hinweise

Ausgaben teilweise finanziert über die Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0241 ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR AHV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	967 273 561	1 056 800 000	1 026 191 826	-30 608 174	-2,9

Der Bund leistet Beiträge an die Kantone für deren Aufwendungen an die Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV. Er beteiligt sich an den jährlichen EL, nicht aber an den durch die EL vergüteten Krankheits- und Behinderungskosten. Bei den jährlichen EL beteiligt sich der Bund zudem nur an der sogenannten Existenzsicherung und nicht an den durch einen Heimaufenthalt bedingten Mehrkosten. Sein Anteil an der Existenzsicherung beträgt 5/8. Wie hoch der Bundesanteil an den jährlichen EL insgesamt ausfällt, wird aufgrund der effektiven Zahlungen ermittelt, welche die Kantone für die Existenzsicherung und die heimbedingten Mehrkosten im Monat Mai des Rechnungsjahres geleistet haben. Der Bund beteiligt sich ausserdem an den Verwaltungskosten der Kantone

für die Festsetzung und Auszahlung der jährlichen Ergänzungsleistungen. Er richtet pro Fall eine Pauschale aus. Diese beiden Komponenten verteilen sich im Rechnungsjahr wie folgt:

— EL zur AHV	1 001 825 482
— Kantone (Verwaltungskosten)	24 366 344

Bei den EL zur AHV verbleibt für das Rechnungsjahr ein Kreditrest von 30,6 Millionen (2,9 %). Der Überschuss ist darauf zurückzuführen, dass die durchschnittlichen EL-Beträge weniger stark gestiegen sind als erwartet. Die Anzahl Fälle blieb hingegen mehr oder weniger stabil. Im Vergleich zum Vorjahr ist laut den Abrechnungen der Kantone ein Anstieg um 6,1 % zu verzeichnen. Dies ist auf die Entwicklung der ausgezahlten durchschnittlichen EL-Beträge sowie auf eine Zunahme der Anzahl Fälle zurückzuführen.

Der Bundesbeitrag zu den Verwaltungskosten der Kantone ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 % gestiegen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG; SR 831.30), Art. 13 und 24.

Hinweise

Ausgaben teilweise finanziert über die Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82 / 12.

A231.0245 ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR IV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	887 183 562	914 990 735	914 990 735	0	0,0
davon Kreditmutationen		21 590 735			

Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für die Ergänzungsleistungen (EL) zur IV richtet sich nach den gleichen Prinzipien wie bei den EL zur AHV. Neben dem Beitrag an die EL zur IV zahlt der Bund eine Pauschale zur Abgeltung der Verwaltungskosten der Kantone. Diese beiden Komponenten verteilen sich im Rechnungsjahr wie folgt:

— EL zur IV	900 751 864
— Kantone (Verwaltungskosten)	14 238 871

Beim Bundesbeitrag an die EL zur IV reichte der budgetierte Betrag nicht aus, um die Gesamtausgaben zu decken. Mit 91,5 Millionen lagen die Ausgaben 21,6 Millionen über dem veranschlagten Betrag. Die Mehrkosten sind auf die Zunahme der Anzahl Beziehenden von EL zur IV und auf den höheren Bundesanteil zurückzuführen, der bei 41,8 Prozent der Ausgaben festgelegt wurde; bei der Budgetierung waren 41,1 Prozent veranschlagt worden. Zwischen 2022 und 2023 stieg der Gesamtanteil an den Aufwendungen um 3,1 Prozent, während die Verwaltungskosten relativ stabil blieben (+0,55 %).

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung ohne vorgängigen BRB (Art. 36 Abs 3 FHG) in Höhe von 21,6 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG; SR 831.30), Art. 13 und 24.

Hinweise

Ausgaben teilweise finanziert über die Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0393 ÜBERBRÜCKUNGSLEISTUNGEN FÜR ÄLTERE ARBEITSLOSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	13 754 719	51 000 000	26 200 353	-24 799 647	-48,6

Überbrückungsleistungen (ÜL) sichern die Existenz von Personen, die kurz vor dem Erreichen des Rentenalters ihre Erwerbsarbeit verloren haben, bis zum Zeitpunkt, in dem sie ihre Altersrente beziehen können. ÜL sind Bedarfsleistungen und werden ähnlich berechnet wie die Ergänzungsleistungen. Damit Personen ÜL erhalten, müssen sie mehrere Bedingungen erfüllen, insbesondere müssen sie nach ihrem 60sten Geburtstag aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert worden sein, mindestens 20 Jahre in der AHV versichert gewesen sein und nur über ein bescheidenes Vermögen verfügen. Die ÜL werden durch allgemeine Bundesmittel finanziert.

Die Versicherung befindet sich noch in der Aufbauphase, was die starke Steigerung der Ausgaben zwischen 2022 und 2023 erklärt (+12,4 Mio., bzw. +90,5 %). Angesichts fehlender Erfahrungswerte basierte die Budgetierung auf einer groben Schätzung des Bedarfs. Als Datengrundlage diente einerseits die ALV-Statistik, welche ausweist, wie viele Ausgesteuerte zum Zeitpunkt der Aussteuerung mindestens 60 Jahre alt sind. Andererseits musste geschätzt werden, welcher Anteil der Ausgesteuerten die Bedingungen für einen ÜL-Bezug erfüllen, eine Grösse, die mit vielen Unsicherheiten behaftet war (u.a. bezüglich Versicherungsdauer, Vermögenssituation und Gesamt-Haushaltseinkommen der Betroffenen). Die Anzahl Aussteuerungen von 60-jährigen und älteren Personen bewegte sich seit der Einführung der Überbrückungsleistungen ungefähr in der erwarteten Grössenordnung. Dass das ÜL-Volumen 2023 trotzdem tiefer war als budgetiert (-24,8 Mio., bzw. -48,6 %), liegt hauptsächlich daran, dass deutlich weniger Ausgesteuerte Überbrückungsleistungen beziehen als bei der Budgetierung erwartet wurde. Ob es sich dabei eher um einen temporären Einführungseffekt oder um ein bleibendes Phänomen handelt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Wie bereits letztes Jahr festgestellt, erfüllen nur sehr wenige Ausgesteuerte die Bedingungen für einen ÜL-Bezug. Per 31.12.2023 gab es 862 aktive ÜL-Bezügerinnen und -Bezüger (Vorjahr 563). Der Betrag von 26 200 353 Franken setzt sich aus 25 808 165 Franken jährliche Überbrückungsleistungen gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. a ÜLG und 392 188 Franken Krankheits- und Behinderungskosten gemäss Bst. b des gleichen Artikels zusammen. Die Überbrückungsleistungen müssen den Durchführungsstellen durch den Bund vollumfänglich bevorschusst werden. Ende Jahr waren noch Vorschüsse in der Höhe von 3,18 Millionen offen, was höher ist als im Vorjahr (2022: 0,6 Mio.). Es fehlen noch die Erfahrungswerte für genauere Prognosen und eine zuverlässigere Aussteuerung der Kredite. Gleichzeitig finden die Zahlungen der ÜL-Leistungen für den Januar 2024 i.d.R. in den ersten Arbeitstagen des neuen Jahres statt, weshalb auf eine physische Rücküberweisung und Neuausrichtung nach dem Jahreswechsel verzichtet wurde. Mit zunehmenden Erfahrungswerten wird der Abgrenzungsbetrag in Zukunft kleiner werden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.2020 über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG), Art. 25.

A231.0420 COVID: LEISTUNGEN ERWERBSERSATZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	-	3 600 000	3 600 000	-

Zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Pandemie hat der Bund im Jahr 2020 eine Unterstützung ins Leben gerufen, um Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bzw. Selbständige zu entschädigen, wenn sie aufgrund von behördlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie einen Erwerbsausfall erlitten. Dieser Corona-Erwerbsersatz (CEE) wurde durch die Ausgleichskassen ausbezahlt und bis ins Jahr 2022 mehrmals verlängert. Die Massnahmen und damit die Entschädigungen wurden im Jahr 2022 gestaffelt beendet. Neue Ansprüche können nicht mehr geltend gemacht werden.

Parallel zur Aufhebung der gesetzlichen Grundlagen wurden keine Mittel mehr budgetiert. Dennoch bestehen noch nicht abgeschlossene Rechtsfälle mit offenem Ausgang. In diesem Zusammenhang wurden neue Rückstellungen in der Höhe von 3,6 Millionen gebildet.

Rückzahlungen von Rückforderungen sind im Funktionsertrag E100.001 enthalten. Im Rechnungsjahr 2023 betrugen die Erträge aus Rückzahlungen 0,5 Millionen.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung mit vorgängigen BRB (Art. 36 Abs. 1 FHG) in Höhe von 3,6 Millionen.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: FAMILIEN, GENERATIONEN UND SOZIALES

A231.0242 FAMILIENZULAGEN LANDWIRTSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	43 200 000	74 908 300	73 997 633	-910 667	-1,2

Auf der Grundlage des FLG erhalten Landwirte und Landwirtinnen sowie landwirtschaftliche Arbeitnehmende Familienzulagen. Die Ansätze der Zulagen nach dem FLG entsprechen den Mindestansätzen gemäss Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG, SR 836.2). Demnach beträgt die Kinderzulage monatlich 200 Franken und die Ausbildungszulage 250 Franken. Im Berggebiet sind diese Ansätze um 20 Franken höher. Zusätzlich erhalten die landwirtschaftlichen Arbeitnehmenden eine Haushaltungszulage von 100 Franken im Monat. Zur Finanzierung der Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmende entrichten Landwirte und Landwirtinnen Beiträge von 2 Prozent der auf ihren Betrieben ausgerichteten AHV-pflichtigen Bar- und Naturlöhne. Den Restbetrag sowie die Ausgaben für die Familienzulagen an selbständige Landwirte decken zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel die Kantone. Überdies standen bis Ende Juni 2023 die Erträge des in der Bilanz des Bundes geführten

Fonds für Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern zur Verfügung, die nach Art. 21 Abs. 2 FLG für die Herabsetzung der Kantonsbeiträge verwendet wurden.

Die Auszahlungen im Rechnungsjahr verteilen sich wie folgt:

– Bundesanteil Familienzulagen Landwirtschaft	41 500 000
– Auszahlung Fonds Familienzulagen Landwirtschaft an die Kantone	32 308 300
– Zinsertrag Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	189 333

Die Ausgaben lagen im Rechnungsjahr um 0,9 Millionen (-1,2 %) unter dem Voranschlagswert. Der Kreditrest erklärt sich vor allem durch die anhaltende Verschiebung der Zulagenbezüge vom FLG ins FamZG.

Die Ausgaben lagen um 30,8 Millionen (+72,3 %) höher als im Vorjahr. Diese Zunahme lässt sich mit der Auflösung des Fonds «Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern» erklären. Der Fonds wurde mit dem Inkrafttreten der Änderung des FLG am 1.7.2023 aufgelöst und sein Kapital von 32,3 Millionen an die Kantone ausbezahlt. Der anwendbare Zinssatz für den Fonds lag bei 1,2 Prozent. Dem Fonds konnten somit für die ersten 6 Monate 189 333 Franken gutgeschrieben werden. Diese Mittel wurden für die Herabsetzung der Kantonsbeiträge verwendet (siehe auch E140.0106 «Fonds Familienzulagen Landwirtschaft»).

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.6.1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG; SR 836.1), Art. 18–21.

Hinweise

Ausgaben teilweise zulasten der Spezialfinanzierung «Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. E140.0106 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft

A231.0243 FAMILIENORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 977 400	3 000 000	2 990 300	-9 700	-0,3

Der Bund gewährt Familienorganisationen Finanzhilfen für ihre Tätigkeiten im Bereich «Begleitung und Beratung von Familien sowie Elternbildung» und im Bereich «Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung». Es verbleibt ein Kreditrest von rund 10 000 Franken aufgrund von Kürzungen bzw. die Aufschiebung von Leistungen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.06.2006 über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (FamZG; SR 836.2), Art. 21f–21i.

A231.0244 FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	34 525 429	64 300 000	62 694 922	-1 605 078	-2,5

Bei den Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung handelt es sich um ein befristetes Impulsprogramm, welches vom Parlament zuletzt bis zum 31.12.2024 verlängert wurde. Dieses fördert die Schaffung zusätzlicher Plätze für die Tagesbetreuung von Kindern, damit die Eltern Erwerbsarbeit und Familie besser vereinbaren können. Die Finanzierung erfolgt über Verpflichtungskredite. Seit Februar 2019 werden im Rahmen des fünften Kredits (124,5 Mio.), der bis Ende Dezember 2025 läuft, Verpflichtungen eingegangen. Empfänger der Finanzhilfen sind Kindertagesstätten (vor allem Krippen) und Einrichtungen für die schulergänzende Betreuung (Horte, Tagesschulen, Mittagstische). In den über 20 Jahren seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes (1.2.2003) wurden 4145 Gesuche bewilligt. Der Bund hat damit die Schaffung von 76 271 neuen Betreuungsplätzen unterstützt (Stand 31.12.2023). Dafür sind Verpflichtungen in der Höhe von 476,2 Millionen eingegangen worden (ohne Durchführungskosten). Die Auszahlung der Finanzhilfen erfolgt auf zwei bzw. drei Jahre verteilt jeweils nach Ablauf eines Beitragsjahres auf der Basis der tatsächlichen Auslastung der Plätze.

Zwei weitere Finanzhilfen dienen einerseits dazu, die Betreuungskosten der Eltern zu senken und andererseits die Betreuungsangebote besser auf deren Bedürfnisse anzupassen. Diese Finanzhilfen wurden per 1.7.2018 in Kraft gesetzt und laufen ebenso bis Ende Dezember 2024. Hierfür steht ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 176,8 Millionen zur Verfügung. Die Laufzeit des Verpflichtungskredits endet am 31.12.2025. Die Auszahlung der Finanzhilfen an die Kantone erfolgt ebenfalls auf drei Jahre verteilt jeweils nach Ablauf eines Beitragsjahrs auf Basis der tatsächlich erbrachten Leistungen. Bisher haben 17 Kantone ein Gesuch für die Erhöhung ihrer Subventionen eingereicht, mit denen Finanzhilfen in der Höhe von insgesamt 138,3 Millionen beantragt

werden. Die Gesuche der Kantone AG, TI, BL und VD sind definitiv bewilligt und abgeschlossen. Die Gesuche von BE, BS, FR, GR, LU, SG, SH, SO und ZH sind definitiv bewilligt aber noch nicht abgeschlossen, jenes des Kantons SZ ist provisorisch bewilligt und die Gesuche der Kantone AR, GL und ZG werden noch geprüft.

Die Auszahlungen im Rechnungsjahr verteilen sich folgendermassen auf die drei Finanzhilfen:

— Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder	24 753 399 Franken
— Subventionserhöhungen zur Senkung der Betreuungskosten der Eltern	37 562 190 Franken
— Projekte zur Verbesserung der Betreuungsangebote	379 333 Franken

Die Auszahlungen lagen 2023 um 1,6 Millionen unter dem Budget. Die Abweichung ergibt sich bei den Subventionserhöhungen zur Senkung der Betreuungskosten der Eltern und lag daran, dass eine grössere Zahlung aufgrund des zu kleinen Budgetrests nicht ausgeführt werden konnte. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Auszahlungen um 28,2 Millionen (+81,6 %), was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass aufgrund von Verzögerungen nicht alle geplanten Beträge im Jahr 2022 ausbezahlt werden konnten und die Auszahlungen dann im Jahr 2023 erfolgten.

Rechtsgrundlagen

BG vom 4.10.2002 über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 867).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Familienergänzende Kinderbetreuung», 8V0034.04 und V0291.009, Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0246 AUSSERSCHULISCHE KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	14 204 100	14 270 700	14 270 700	0	0,0

Gestützt auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG) kann der Bund privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen gewähren. Unterstützt werden Trägerschaften und Projekte von gesamtschweizerischem Interesse, welche Kindern und Jugendlichen im Rahmen der ausserschulischen, offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit Gelegenheit zur Persönlichkeitsentfaltung sowie zur Wahrnehmung staatspolitischer und sozialer Verantwortung geben. Der Kredit wurde vollständig ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2011 über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG, SR 446.1), Art. 6–11.

A231.0247 KINDERSCHUTZ/KINDERRECHTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 117 198	2 680 000	2 499 996	-180 004	-6,7

Mit den Mitteln auf diesem Kredit werden zwei Tätigkeiten finanziert. Zum einen kann der Bund gestützt auf die Kinderschutzverordnung Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen fördern. Er unterstützt dabei gesamtschweizerisch tätige Organisationen. Zum andern hat das BSV die Aufgabe, die Umsetzung der von der Schweiz 1997 ratifizierten UNO-Kinderrechtskonvention voranzutreiben. Die dafür vorgesehenen Mittel dienen der Finanzierung von Informationskampagnen sowie der Förderung und praktischen Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz.

Der Kredit wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Dies unter anderem deshalb, weil eine Organisation, die im Aufbau war, ihre Aktivitäten mangels weiterer Geldgeber per 30.6.2022 eingestellt hat und der entsprechende Vertrag aufgehoben wurde. Eine weitere Organisation hat neben dem Bund nicht genügend zusätzliche Geldgeber gefunden (50 %-Klausel) und daher ihre Aktivitäten mit weniger hohen Kosten umgesetzt.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 20.11.1989 über die Rechte des Kindes (SR 0.107). V über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie Stärkung der Kinderrechte (SR 311.039.1).

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Stärkung von Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit (Tierwohl)
- Förderung der Ernährungskompetenz und Verbesserung des Lebensmittelangebots
- Stärkung von Krisenvorsorge, Prävention und Früherkennung
- Erreichen von Fortschritten im Vollzug durch zielgruppengerechte Ausbildung, Information und Zusammenarbeit mit den Betroffenen
- Nutzung der Chancen der Digitalisierung
- Vorbereitung auf Veränderungen im internationalen Umfeld

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	10,7	11,3	10,8	0,1	0,5
Laufende Ausgaben	75,7	75,7	76,3	0,6	0,8
Eigenausgaben	67,7	66,9	68,1	0,5	0,7
Transferausgaben	8,0	8,8	8,2	0,1	1,4
Selbstfinanzierung	-65,0	-64,4	-65,5	-0,5	-0,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-3,1	-2,8	-1,4	1,7	54,0
Jahresergebnis	-68,1	-67,2	-67,0	1,2	1,7
Investitionseinnahmen	–	–	1,9	1,9	–
Investitionsausgaben	2,3	3,4	2,0	-0,3	-14,0

KOMMENTAR

Die Einnahmen sind um rund 0,1 Millionen höher ausgefallen als im Vorjahr. Der Hauptgrund liegt darin, dass die Entgelte zunehmen (höhere Beiträge der Kantone für die Umsetzung der Bildungsverordnung), die Gebühren demgegenüber aber abnehmen.

Die Eigenausgaben nahmen gegenüber der Rechnung 2022 um 0,5 Millionen zu. Die höheren Kosten sind hauptsächlich auf den höheren Personalaufwand (0,2 Mio.) sowie die Zunahme bei den Sach- und Betriebsausgaben (0,2 Mio.) zurückzuführen.

Die Transferausgaben lagen 2023 bei 8,2 Millionen und damit nur leicht höher als in der Rechnung des Vorjahres. Dies ist unter anderem auf den Beitrag Lebensmittelsicherheit zurückzuführen, für den 70 000 Franken mehr aufgewendet wurden. Insgesamt machen die Transferausgaben 10,7 Prozent und die Eigenausgaben 89,3 Prozent der Ausgaben aus.

Die Investitionsausgaben nahmen gegenüber der Rechnung 2022 um 0,3 Millionen ab. Der Grund liegt einerseits an den tieferen Investitionen in Mobiliar und Geräte infolge Abgabe des Labors an Metas (-0,7 Mio.). Andererseits nahmen die Investitionen für Software-Eigenentwicklungen um 0,3 Millionen zu (Projekt Infofito).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Änderung des Lebensmittelgesetzes: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Vernehmlassung zur Revision des Lebensmittelgesetzes im Berichtsjahr nicht eröffnen. Zusätzliche Abklärungen insbesondere im Bereich des Internethandels haben zu Verzögerungen geführt.
- Bericht «Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken» (in Erfüllung des Po. WBK-N 21.3005): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Revision Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz: Verabschiedung durch Bundesrat (erreicht)
- Projekt e-Cert zur Digitalisierung der Exportprozesse und der Einführung elektronischer Zertifikate: Abschluss Einführungsphase (erreicht)

LG1: LEBENSMITTELSICHERHEIT, ERNÄHRUNG, TIERGESUNDHEIT UND TIERSCHUTZ SOWIE ARTENSCHUTZ IM INTERNATIONALEN HANDEL

GRUNDAUFTRAG

Das BLV erbringt seinen Auftrag gestützt auf das Lebensmittel-, das Tierschutz- sowie das Tierseuchengesetz. Es schafft Voraussetzungen, damit die Sicherheit von Lebensmitteln auf hohem Niveau gewährleistet werden kann und die Konsumentenschaft vor Täuschung geschützt ist. Das Amt fördert eine gesunde Ernährung der Bevölkerung. Es stellt ein hohes Niveau des Tierschutzes und der Tiergesundheit sicher und überwacht den grenzüberschreitenden Verkehr mit Tieren und Lebensmitteln. Es sorgt dafür, dass Tiere frei von Tierseuchen sind, insbesondere von solchen, die den Menschen gefährden könnten. Das Amt unterstützt die Öffnung der Exportmärkte für Tiere und Lebensmittel und vertritt die Anliegen der Schweiz in internationalen Gremien. Es kontrolliert zudem den Handel von geschützten Arten.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	8,7	8,5	10,8	2,3	26,6
Aufwand und Investitionsausgaben	73,8	73,1	72,4	-0,6	-0,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Lebensmittelsicherheit und Tierwohl: Die Qualität ist auf hohem Niveau gewährleistet			
- Erkrankungen durch Campylobacter (Anzahl, max.)	7 635	6 700	6 688
- Anteil positiver Proben im nationalen Rückstandsuntersuchungsprogramm für Lebensmittel (% max.)	0,2	0,3	0,1
- Zur Exportberechtigung geforderte Nachweise erbracht (% min.)	100	100	100
- Anteil konforme Nutztierhaltungen (% min.)	83	85	85
- Anteil unangemeldete Kontrollen von Nutztierhaltungen (% min.)	50	45	53
Vollzug: Durch Information, Ausbildung und Zusammenarbeit mit den Betroffenen werden Verbesserungen erreicht			
- Organisierte Konferenzen mit den kantonalen Vollzugsorganen (Anzahl min.)	5	6	6
- Total aufgerufene Seiten Website pro Monat (Anzahl min.)	240 294	215 000	252 180
- Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse für amtliche Fachpersonen (Anzahl min.)	116	78	143
Krisenvorsorge und Prävention: Die Ziele und Prozesse sind definiert und werden laufend überwacht			
- Interne Krisenübungen (Anzahl min.)	4	4	7
- Tierarztpraxen, die Daten zum Antibiotikaverbrauch liefern (% min.)	94	94	94
Digitalisierung: Mit Hilfe der Digitalisierung von Prozessen werden die Leistungen effizienter erbracht			
- Transformation von noch nicht digitalisierten Prozessen (% min.)	7,5	8,0	13,4

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht oder übertroffen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	11 420	11 273	13 505	2 232	19,8
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	8 690	8 537	10 807	2 270	26,6
Fiskalertrag					
E110.0128 Schlachtabgabe	2 730	2 736	2 698	-38	-1,4
Aufwand / Ausgaben	81 893	81 873	80 591	-1 282	-1,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	73 849	73 065	72 437	-628	-0,9
Kreditverschiebung		-310			
Abtretung		850			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		642			
Transferbereich					
LG 1: Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Artenschutz im internationalen Handel					
A231.0252 Forschungsbeiträge	619	649	634	-15	-2,3
A231.0253 Beiträge an internationale Institutionen	1 489	1 538	1 517	-21	-1,4
A231.0254 Beiträge an die Tiergesundheitsdienste	1 498	1 510	1 499	-11	-0,7
A231.0255 Qualitätssicherung Milch	1 608	2 209	1 603	-606	-27,4
A231.0256 Überwachung Tierseuchen	2 650	2 650	2 650	0	0,0
A231.0257 Beitrag Lebensmittelsicherheit	180	252	251	-1	-0,4

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	8 690 452	8 537 100	10 807 022	2 269 922	26,6
Laufende Einnahmen	8 287 533	8 537 100	8 126 121	-410 979	-4,8
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	402 919	-	794 346	794 346	-
Investitionseinnahmen	-	-	1 886 555	1 886 555	-

Die laufenden Einnahmen entfallen weitgehend auf Gebühren und Entgelte. Im Rechnungsjahr wurden Gebührenerträge von rund 7,4 Millionen erzielt. Gebühren werden in den folgenden Bereichen erhoben:

- Bewilligungen für Stallbauten und -einrichtungen
- Ausstellung von Bewilligungen für die Ausfuhr geschützter Arten (CITES)
- Kontrollgebühren für Einfuhren aus Drittstaaten an den Flughäfen Zürich und Genf
- Einfuhren von artengeschützten Waren aus der EU und aus Drittstaaten
- Kontrollen der rechtmässigen Herkunft von eingeführten Erzeugnissen der Meeresfischerei
- Verfügungen in Verwaltungsverfahren
- Lizenzgebühren für die IT-Anwendung Asan und E-Tierversuche.

Mit 0,6 Millionen stellten die Entgelte die zweitwichtigste Ertragskategorie dar. Es handelt sich um Kostenrückerstattungen, Kostenbeiträge und Beiträge der Kantone für die Umsetzung der Bildungsverordnung.

Die Mindererträge bei den laufenden Einnahmen von rund 0,4 Millionen gegenüber dem Budget 2023 erklären sich hauptsächlich aus den Nachwirkungen des coronabedingten Einbruchs der internationalen Reisetätigkeit. Dieser führte zu tieferen Erträgen aus Gebühren für Bewilligungen im Rahmen des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) und Kontrollgebühren bei den Flughäfen (-0,1 Mio.). Weiter nahmen die Entgelte ab (-0,3 Mio.).

Die nicht budgetierten Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen setzen sich zusammen aus einem Abbau der Rückstellungen für Ferien-, Überzeit und Gleitzeitguthaben und der aktivierten Eigenleistung einer Beschaffung von einem bundesinternen Leistungserbringer für Software (0,8 Mio.).

Bei den Investitionseinnahmen handelt es sich um einmalige Einnahmen im Zusammenhang mit der Abgabe der Laboratorien an Metas per 1.1.2023. Dabei wurde das Inventar (Maschinen, Geräte, Einrichtungen) an Metas übertragen, was zu diesen Einnahmen im Umfang von knapp 1,9 Millionen führte.

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung BLV vom 30.10.1985 (SR 916.472); V vom 6.6.2014 über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V; SR 916.408); V vom 16.11.2011 über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Personen im öffentlichen Veterinärwesen (SR 916.402); V vom 20.4.2016 über die Kontrolle der rechtmässigen Herkunft von eingeführten Erzeugnissen der Meeresfischerei (SR 453.2); V vom 27.5.2020 über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV; SR 817.042).

Hinweise

Vgl. A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget).

E110.0128 SCHLACHTABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 729 517	2 736 000	2 698 156	-37 844	-1,4

Für Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen, jedoch nicht für Equiden, richten Tierlieferanten dem Schlachtbetrieb eine Abgabe pro geschlachtetes Tier aus. Diese Schlachtabgabe vereinnahmt das BLV mittels Verrechnung mit den Entsorgungsbeiträgen an die Schlachtbetriebe. Die Einnahmen aus der Schlachtabgabe sind direkt proportional zur Zahl der Schlachtungen. Im Jahr 2023 wurden insgesamt nur leicht weniger Schlachtabgaben vereinnahmt als im Vorjahr (knapp 2,7 Mio., Fr. -37 844 weniger als budgetiert).

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 56a; Tierseuchenverordnung vom 27.6.1995 (TSV; SR 916.401), Art. 38a.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Überwachung Tierseuchen», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12 und A231.0256 «Überwachung Tierseuchen».

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	73 849 189	73 065 413	72 437 477	-627 936	-0,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 182 213</i>			
Funktionsaufwand	71 518 181	69 628 213	70 432 166	803 953	1,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	67 967 994	66 868 213	68 191 331	1 323 118	2,0
Personalausgaben	38 173 951	39 179 100	38 398 514	-780 586	-2,0
Sach- und Betriebsausgaben	29 794 043	27 689 113	29 792 818	2 103 705	7,6
<i>davon Informatik</i>	<i>10 096 697</i>	<i>7 755 398</i>	<i>8 742 553</i>	<i>987 155</i>	<i>12,7</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>2 974 900</i>	<i>3 800 500</i>	<i>2 298 758</i>	<i>-1 501 742</i>	<i>-39,5</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	3 550 188	2 760 000	2 240 835	-519 165	-18,8
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	2 331 008	3 437 200	2 005 311	-1 431 889	-41,7
Vollzeitstellen (Ø)	219	214	211	-3	-1,4

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben lagen um 0,8 Millionen oder 2,0 Prozent unter dem Voranschlag. Die Vollzeitäquivalente betrugen -3 FTE gegenüber dem Voranschlag. Verschiedene vakante Positionen konnten im 2023 nicht resp. nicht zeitnah besetzt werden; gewisse Stellenabgänge wurden auch aus Kostengründen nicht sofort wieder besetzt, sondern aufgeschoben. Einige Neuanstellungen konnten zudem zu einem tieferen Lohnniveau realisiert werden.

Sach- und Betriebsausgaben

Der *Informatiksachaufwand* lag mit 8,7 Millionen um rund 1 Million über dem Budget 2023. Dies ist einerseits auf Mehrausgaben im Bereich Informatikentwicklung zurückzuführen (2,3 Mio.). Andererseits nahmen die Betriebs- und Wartungskosten um 1,6 Millionen ab. Für die Informatikentwicklung wurden 4,1 Millionen und für Betrieb und Wartung (einschliesslich Software und Lizenzen) der Informatik 4,6 Millionen aufgewendet.

Mit dem *Beratungsaufwand* von 2,3 Millionen wurden verschiedene Studien, Expertisen und Gutachten in den Bereichen der Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Artenschutz finanziert. Gegenüber dem Budget wurden insgesamt 1,5 Millionen weniger Mittel aufgewendet als geplant, dies insbesondere bei der Auftragsforschung (-0,9 Mio.) und bei den allgemeinen Beratungsausgaben (-0,7 Mio.). Grund ist der Verzicht auf geplante Forschungsprojekte (HPAI vaccine (IVI), Dynamik von HEV (IVI), Nutzenkriteriologie (Uni Bern), Neovacc (Uni Zürich), Interessenkonflikte bei der Freilandhaltung (Agroscope)) und eine Verschiebung zu den externen Dienstleistungen.

Vom *übrigen Sach- und Betriebsaufwand* (18,8 Mio.) entfielen 6,5 Millionen auf den sonstigen Betriebsaufwand, wovon 4,8 Millionen für Referenzzentren im Lebensmittelbereich eingesetzt wurden. Zudem wurden 2,6 Millionen für Raummieten und Betriebsaufwand sowie 8,3 Millionen für externe Dienstleistungen aufgewendet. Die Aufwände für den übrigen Sach- und Betriebsaufwand liegen insgesamt über dem Voranschlag (+2,6 Mio.): Die grössten Abweichungen ergaben sich bei den externen Dienstleistungen (+3,3 Mio.), dem sonstigen Betriebsaufwand (-0,7 Mio.) und den effektiven Spesen (-0,2 Mio.). Bei den externen Dienstleistungen fielen höhere Kosten als geplant an für den Einkauf der Dienstleistungen bei Metas für das Labor, Diagnostik-Dienstleistungen der Universitäten Zürich und Bern, der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung und der Nutztiergesundheit Schweiz.

Abschreibungen

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Voranschlag 2023 um gut 0,5 Millionen tiefer ausgefallen. Der Abschreibungsaufwand von insgesamt 2,2 Millionen setzt sich zusammen aus 71 778 Franken Abschreibungen für Mobilien und 2,17 Millionen für Software-Eigenentwicklungen. Grund für die Unterschreitung gegenüber dem Voranschlag sind die Software-Entwicklungen; hier wurden auf Grund der Nachwirkungen der Corona-Pandemie weniger Projekte als geplant realisiert, so dass auch entsprechend weniger Abschreibungen anfielen.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben lagen mit 2,0 Millionen um rund 1,4 Millionen unter dem Budget 2023. Von den Investitionsausgaben wurden 1,9 Millionen für Software-Eigenentwicklungen eingesetzt und 0,1 Millionen für Geräte. Die Minderausgaben bei den Software-Eigenentwicklungen im Umfang von 1,4 Millionen erklären sich wie folgt: Im Voranschlag 2023 wurde das Investitionsbudget für Software-Eigenentwicklungen erhöht. Diese Software-Eigenentwicklungen verzögerten sich und konnten 2023 nur teilweise realisiert werden (betroffen waren die Projekte Reporting BLV2022 und Infofito; vgl. Antrag zur Bildung von Reserven).

Hinweise

Vgl. E100.0001 «Funktionsertrag (Globalbudget)».

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 849 800 Franken für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, Beiträge an die familienexterne Kinderbetreuung, Förderprämien für die berufliche Integration, höhere Sozialversicherungsbeiträge
- Kreditverschiebung von 126 405 Franken an das Institut für Virologie IVI für verschiedene Forschungsprojekte in der Veterinärmedizin
- Kreditverschiebung im Umfang von 206 180 Franken an Agroscope für verschiedene Projekte in der landwirtschaftlichen Forschung.
- Kreditverschiebung von 27 000 Franken an das Bundesarchiv im Bereich Informatik (Projekt «Lindas»)
- Kreditverschiebung von 50 000 Franken vom Bundesamt für Landwirtschaft für das Projekt «smart animal health»
- Kreditüberschreitungen infolge Verwendung der zweckgebundenen Reserven im Umfang von 412 000 Franken für die Projekte «E-TV» (Fr. 266 000) und «E-Cert» (Fr. 146 000)
- Kreditüberschreitung aufgrund erzielter Mehrerträge durch die Applikation ASAN im Umfang von 229 998 Franken

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 252 000	2 252 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	450 000	450 000
Auflösung / Verwendung	–	-412 000	-412 000
Endbestand per 31.12.2023	–	2 290 000	2 290 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	550 000	550 000

Bildung aus der Rechnung 2022

Aus der Rechnung 2022 wurden zweckgebundene Reserven für das Projekt Reporting BLV (0,2 Mio.) und für MenuCH Kids (0,25 Mio.) beantragt und bewilligt.

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

2023 wurden die zweckgebundenen Reserven für die Projekte E-TV (Fr. 266 000) und E-Cert (Fr. 146 000) verwendet. Insgesamt wurden 412 000 Franken verwendet.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven in Höhe von 2,229 Millionen verteilen sich auf die Projekte Auftragsforschung (0,13 Mio.), MenuCH Kids (0,45 Mio.), Projekt Reporting BLV (0,2 Mio.) und Infofito (1,51 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Für das Projekt «MenuCH Kids» wird eine zusätzliche zweckgebundene Reserve von 250 000 beantragt. Mit der geplanten Erhebung sollen Daten zum Lebensmittelverzehr, Ernährungs- und Gesundheitsverhalten bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 3 bis einschliesslich 17 Jahren erhoben werden. Die Gründe für die Kostenverlagerung von 2023 auf 2024 liegen darin, dass der Projektrückstand aus der Corona-Krise nicht aufgeholt werden konnte und der Zeitbedarf für Schulungen und das Studienpersonal die Planung deutlich übertraf. Dies führte zu zusätzlichen Verzögerungen im 2023.
- Für das Projekt «Infofito» wird eine zusätzliche zweckgebundene Reserve von 300 000 Franken beantragt. InfoFitto ist ein IT-Beschaffungsprojekt mit einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren. Im Rahmen von InfoFitto sollen die Funktionalitäten der bisherigen Accessdatenbanken der Abteilung Risikobeurteilung des BLV integriert und optimiert werden. Die digitalisierte Risikobewertung gewährleistet ein effizientes und transparentes Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln. Die Gründe für die Verzögerung liegen darin, dass das Projekt nach der Übernahme vom BLW analysiert und neu geplant wurde, wobei auch die Projektleitung ausgetauscht wurde.

A231.0252 FORSCHUNGSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	618 617	649 300	634 224	-15 076	-2,3

Mit den Mitteln auf diesem Kredit werden verschiedene Forschungsprojekte von Forschungsinstitutionen in den Gebieten Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Nutztierkrankheiten, Tierschutz sowie Alternativmethoden zum Tierversuch durch Finanzhilfen unterstützt. Die Subventionen entfielen zum grössten Teil auf das schweizerische Kompetenzzentrum 3RCC, welches nach Möglichkeiten für den Ersatz, die Reduktion und den gezielten Einsatz von Tierversuchen sowie die Schonung von Versuchstieren forscht. Das Kompetenzzentrum wird durch die Hochschulen, das SBFI, das BLV und den Branchenverband Interpharma finanziert. Der Kredit wurde nahezu vollständig ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

Tierschutzgesetz vom 16.12.2005 (TSchG; SR 455), Art. 22; Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 42; Lebensmittelgesetz vom 20.6.2014 (LMG; SR 817.0), Art. 40; BG vom 14.12.2012 über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG; SR 420.1), Art. 15.

A231.0253 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE INSTITUTIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 488 979	1 537 900	1 516 649	-21 251	-1,4

Die Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Organisationen erlaubt es der Schweiz, sich für die Menschen- und Tiergesundheit sowie für den Tier- und Artenschutz auf globaler Ebene zu engagieren und vom Wissen und der Erfahrung der betreffenden Institutionen und anderer Staaten zu profitieren. Finanziell unterstützt werden mit rund 0,5 Millionen vor allem die «Weltorganisation für Tiergesundheit», das «Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen» (Artenschutzübereinkommen, CITES) sowie die «Internationale Walfangkommission». Zudem wird ein Beitrag an das CITES-Sekretariat in Genf ausbezahlt. Auf die Pflichtbeiträge entfallen 0,35 Millionen und auf die übrigen Beiträge an die internationalen Organisationen rund 1,15 Millionen.

Die Beiträge des Jahres 2023 fielen leicht höher als im Jahr 2022 aus. Die geringfügige Budgetunterschreitung entfällt auf den freiwilligen Beitrag an das CITES-Sekretariat in Genf.

Rechtsgrundlagen

Internationales Übereinkommen vom 25.1.1924 für die Schaffung eines internationalen Seuchenamtes in Paris (OIE) (SR 0.916.40); Übereinkommen vom 3.3.1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (mit Anhängen I-IV), (CITES) (SR 0.453); Abkommen vom 24.9.1931 zur Regelung des Walfanges (IWC) (SR 0.922.73).

A231.0254 BEITRÄGE AN DIE TIERGESUNDHEITSDIENSTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 497 830	1 510 000	1 499 400	-10 600	-0,7

Mit den Subventionen an die Tiergesundheitsdienste (Schweinegesundheitsdienst, Beratungs- und Gesundheitsdienst Kleinviehwiederkäuer, Rindergesundheitsdienst, Bienengesundheitsdienst) soll die Tiergesundheit gestärkt werden. Dadurch wird ein Beitrag zur Prävention von Tierseuchen und zu ihrer raschen und wirkungsvollen Bekämpfung geleistet. Die Tiergesundheitsdienste spielen vermehrt auch eine wichtige Rolle bei der Senkung des Antibiotika-Verbrauchs und der Stärkung der Qualitätsstrategie in der landwirtschaftlichen Produktion. Der Kredit wurde fast vollständig ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 7 und 11a.

A231.0255 QUALITÄTSSICHERUNG MILCH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 608 400	2 208 800	1 602 883	-605 917	-27,4

Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Qualitätskontrolle der Milch, indem er eine Finanzhilfe an die Laborkosten einer beauftragten Organisation leistet. Weil die Milchproduzenten und -verwerter gemäss Milchprüfungsverordnung für die Durchführung, Koordination und die Weiterentwicklung der Milchprüfung verantwortlich sind, werden von der begünstigten Branche angemessene Eigenleistungen zur Finanzierung der verbleibenden Restkosten erwartet.

Aufgrund der Erkenntnisse der Revision durch das BLV und aufgrund von Empfehlungen der Eidg. Finanzkontrolle wurde der Subventionssatz gesenkt. Dies erklärt den Kreditrest in Höhe von 0,6 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1); Milchprüfungsverordnung vom 20.10.2010 (MiPV; SR 916.351.0), Art. 9.

A231.0256 ÜBERWACHUNG TIERSEUCHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 650 000	2 650 000	2 650 000	0	0,0

Bei den Ausgaben auf diesem Kredit handelt es sich um Aufwendungen für die Tierseuchenprävention gemäss Tierseuchengesetz (Art. 56a). Der Bund beteiligt sich zu diesem Zweck an den Kosten für die nationalen Programme zur Überwachung der Tiergesundheit. Deren Massnahmen werden vom BLV im Einvernehmen mit den Kantonen festgelegt. Die Kantone sorgen für die Umsetzung der Programme. Die Gesamtkosten für die nationalen Programme lagen 2023 bei rund 6,5 Millionen. Der Abgeltung des Bundes von gut 2,6 Millionen pro Jahr an die Kantone stehen die zweckgebundenen Erträge aus der Schlachtabgabe von 2,7 Millionen gegenüber, die seit 2022 vom BLV auf der Finanzposition E110.0128 Schlachtabgabe vereinnahmt wurden.

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 56a.

Hinweise

Die Ausgaben für die Überwachung der Tierseuchen werden aus den Erträgen aus der Schlachtabgabe finanziert (Spezialfinanzierung «Überwachung Tierseuchen», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12 und E110.0128 «Schlachtabgabe»).

A231.0257 BEITRAG LEBENSMITTELSICHERHEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	179 740	251 800	250 667	-1 133	-0,4

Die Subvention auf diesem Kredit dient der Information der Bevölkerung über ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse, welche namentlich für die Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsschutz von Bedeutung sind. Der grösste Beitrag von 122 750 Franken wurde an die Schweizerische Gesellschaft für Ernährung (SGE) ausbezahlt. Weiter wurde die Vereinigung Stillförderung Schweiz mit 82 917 Franken unterstützt.

Das Budget wurde fast vollständig ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

Lebensmittelgesetz vom 20.6.2014 (LMG; SR 817.0), Art. 24.

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Ausrichtung des Diagnostikspektrums auf die aktuelle Bedrohungslage und die Bedürfnisse der Kunden
- Neukonzeption der Hochsicherheitsanlage entsprechend den Anforderungen an eine moderne Tierseuchendiagnostik und der Entwicklung des Umfelds
- Stärkung der Krisenvorsorge und Förderung der Kompetenz aller Beteiligten bezüglich Früherkennung, Diagnose und Bekämpfung von Seuchen
- Gewährleistung der Wirksamkeit und Sicherheit der Impfstoffe für Tiere (Anmerkung: Verantwortung Impfstoffkontrolle ging auf 1.1.2023 an die Swissmedic)
- Erkenntnisgewinn durch kompetitive Forschung und geeignete Kooperationen im In- und Ausland
- Förderung der Kompetenz in Veterinärvirologie und -immunologie durch Lehre sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	6,3	5,7	5,9	-0,4	-6,4
Laufende Ausgaben	20,0	20,6	20,4	0,3	1,6
Eigenausgaben	20,0	20,6	20,4	0,3	1,6
Selbstfinanzierung	-13,8	-14,9	-14,5	-0,7	-5,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,4	-0,7	-0,4	0,0	-8,5
Jahresergebnis	-14,2	-15,6	-14,9	-0,8	-5,3
Investitionsausgaben	0,6	2,2	1,2	0,6	93,5

KOMMENTAR

Die Einnahmen des IVI bestehen zum grössten Teil aus Einnahmen aus Drittmitteln (3,2 Mio.) und aus Kofinanzierungen aufgrund des Kooperationsvertrages mit der Universität Bern (1,8 Mio.). Zudem fallen Entgelte und übrige Einnahmen von insgesamt rund 0,9 Millionen an. Die Einnahmen lagen mit 5,9 Millionen rund 0,4 Millionen unter dem Niveau der Rechnung 2022. Hauptgrund ist der Wegfall von Einnahmen aus der Impfstoffkontrolle von gerundet 0,5 Millionen, welche auf 1.1.2023 an die Swissmedic überging. Zudem enthielt die Rechnung 2022 eine Zahlung der Universität Bern zur Beschaffung von Laborgeräten (Messgeräte) und zusätzlich verrechenbare Dienstleistungen von insgesamt 0,3 Millionen. Dem stehen Mehreinnahmen aus Drittmitteln von 0,3 Millionen und eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer für die Beschaffung der Impfstoffbank von 0,1 Millionen im Rechnungsjahr 2023 gegenüber.

Die Ausgaben, die vorwiegend aus Kosten für Personal, Raummiete und Material bestehen, lagen um 0,3 Millionen über dem Rechnungsergebnis für das Jahr 2022. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in der Rechnung 2023 höhere Mieten von über 0,2 Millionen anfielen. Der Personalaufwand des IVI liegt mit rund 12,1 Millionen 0,1 Millionen über der Rechnung 2022. Die Differenz begründet sich durch Neuanstellungen im Bereich Bioinformatik.

Die Investitionsausgaben nahmen gegenüber der Rechnung 2022 um rund 0,6 Millionen zu. Diese Zunahme kann auf im Rechnungsjahr vorgenommene Investitionen für den Betrieb des Hochsicherheitslabors und in den veralteten Gerätepark zurückgeführt werden.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Neubau Hochsicherheitsanlage IVI: Anforderungsprofil für Hochsicherheitslabor ist erarbeitet (erreicht)

LG1: VIRALE TIERSEUCHEN

GRUNDAUFTRAG

In Erfüllung des Tierseuchengesetzes trägt das IVI dazu bei, dass virale, insbesondere hochansteckende Tierseuchen, rasch diagnostiziert werden und dadurch gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden vermieden werden können. Es informiert und berät den Veterinärdienst Schweiz und die Laboratorien bezüglich Erkennung und Diagnostik von viralen Tierseuchen. Es leistet einen Beitrag zur Umsetzung der Tiergesundheitsstrategie Schweiz. Das IVI überwacht zudem die Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe für Tiere. (Anmerkung: Verantwortung Impfstoffkontrolle ging auf 1.1.2023 an die Swissmedic). Es betreibt, teilweise im Auftrag von Dritten, Forschung und Lehre im Bereich Veterinärvirologie und Veterinärimmunologie.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,3	5,7	5,9	0,2	3,2
Aufwand und Investitionsausgaben	21,1	23,5	22,0	-1,5	-6,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Diagnostik: Die Diagnostikleistungen werden in hoher Qualität erbracht			
- Anteil erfolgreich durchgeführter Ringversuche zur Bestätigung der Qualität der Diagnostik (%; min.)	100	94	100
Krisenvorsorge und Früherkennung: Die Krisenvorsorge ist erprobt, und der Veterinärdienst ist informiert und geschult			
- Neuentwicklung oder Verbesserung von Diagnostikmethoden (Anzahl; min.)	4	4	10
- Information und Schulung des Veterinärdienstes Schweiz (Stunden; min.)	16	16	16
- Übereinstimmung des Diagnostikspektrums mit der Bedrohungslage (%; min.)	97	95	96
Forschungs- und Lehrtätigkeit: Forschungsleistungen und Nachwuchsförderung sind anerkannt und werden nachgefragt			
- Mit Drittmitteln finanzierte nationale und internationale Forschungsprojekte (CHF, Mio.; min.)	2,890	2,800	3,199
- Publikationen in anerkannten internationalen Fachzeitschriften (Anzahl; min.)	55	50	42
- Angebotene Aus- und Weiterbildung an Universitäten (Stunden; min.)	227	165	172

KOMMENTAR

Mit einer Ausnahme konnten alle Ziele erreicht oder übertroffen werden. Der hohe Wert für Neuentwicklung oder Verbesserung von Diagnostikmethoden zeigt, dass das IVI auf die zunehmende Bedrohung durch neuauftretende Viren reagiert hat. Eine Abweichung ergab sich beim folgenden Messwert:

Publikationen in anerkannten internationalen Zeitschriften: Die Anzahl Publikationen lag unter dem Zielwert. Der Peer-review Prozess von Fachzeitschriften dauert oft lange und der Zeitpunkt der Publikation unterliegt nicht der Kontrolle des IVI. Hervorheben ist, dass das IVI in zum Teil in sehr anerkannten Fachzeitschriften publiziert hat.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	6 334	5 718	5 899	181	3,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 334	5 718	5 899	181	3,2
Aufwand / Ausgaben	21 128	23 533	22 048	-1 485	-6,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	21 128	23 533	22 048	-1 485	-6,3
<i>Kreditverschiebung</i>		126			
<i>Abtretung</i>		136			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		450			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 333 706	5 718 100	5 899 099	180 999	3,2

Der Funktionsertrag des IVI besteht zum grössten Teil (4,9 Mio.) aus Erträgen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen, unter anderem aufgrund des Kooperationsvertrages mit der Universität Bern (1,8 Mio.). Zudem fallen weitere finanzierungswirksame Erträge an, wie etwa Entgelte für Leistungen für Diagnostik (0,8 Mio.) sowie andere Einnahmen und Erträge aus Liegenschaften (0,1 Mio.).

Die laufenden Einnahmen lagen insgesamt um 0,2 Millionen über dem Voranschlag. Dieser Betrag setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Die Erlöse aus kompetitiven Forschungsprojekten lagen mit 3,2 Millionen um rund 0,4 Millionen über dem Voranschlag 2023. Der Grund dafür sind höhere Drittmiteleinnahmen aus Projekten der EU-Forschung, des Schweizerischen Nationalfonds, Industrie, Stiftungen usw. (diese Einnahmen werden periodengerecht verbucht, basierend auf den entsprechenden Ausgaben für Drittmittelprojekte). Im Gegenzug fehlten die Einnahmen aus der Impfstoffkontrolle, welche im 2023 an die Swissmedic überging und wofür im Voranschlag noch Gebühren von 0,3 Millionen budgetiert worden waren. Die Einnahmen 2023 enthalten ferner eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf der Beschaffung der Impfstoffbank in der Höhe von 88 984 Franken.

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 42 Abs. 3; Heilmittelgesetz vom 15.12.2000 (HMG; SR 812.27), Art. 65 Abs. 1; Gebührenverordnung BLV vom 30.10.1985 (SR 916.472).

Hinweis

Vgl. A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	21 127 981	23 532 805	22 047 883	-1 484 922	-6,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		712 605			
Funktionsaufwand	20 488 375	21 328 605	20 810 423	-518 182	-2,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	20 085 476	20 646 105	20 373 429	-272 676	-1,3
Personalausgaben	11 976 486	12 475 800	12 070 452	-405 348	-3,2
Sach- und Betriebsausgaben	8 108 990	8 170 305	8 302 977	132 672	1,6
<i>davon Informatik</i>	862 903	859 200	911 365	52 165	6,1
<i>davon Beratung</i>	106 241	55 000	109 975	54 975	100,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	402 900	682 500	436 994	-245 506	-36,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	639 606	2 204 200	1 237 461	-966 739	-43,9
Vollzeitstellen (Ø)	95	95	95	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Der Personalaufwand des IVI liegt mit rund 12,1 Millionen 3,2 Prozent unter dem Budget 2023. Die Differenz begründet sich durch zeitliche Verzögerungen von Neueinstellungen aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Ausgaben für die Informatik von über 0,9 Millionen fielen vor allem für den Betrieb der Laborinfrastruktur, die Büroautomation und Netzwerk-Verbindungen, betriebswirtschaftliche Lösungen wie insbesondere die Module Materialwirtschaft und Instandhaltung sowie schliesslich die IT-Dienstleistungen für das Labor-Informations- und Management-System (LIMS) an. Die Ausgaben lagen um 6,1 Prozent über dem budgetierten Betrag, hauptsächlich aufgrund von Mehrkosten für die direkten Telefonschlüsse, die durch das BIT verrechnet werden.

Die Ausgaben für die Beratung des IVI überschritten den Voranschlag 2023 um 54 975 Franken wegen Beratung betreffend Biosicherheit und Drittmitteladministration.

Von den übrigen Sach- und Betriebsausgaben (7,3 Mio.) entfielen rund 3,9 Millionen auf die Raummieten, 1,5 Millionen auf den sonstigen Betriebsaufwand und rund 1,9 Millionen auf Material.

Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen von 0,4 Millionen entfielen grösstenteils auf die Mobilien und unterschritten den budgetierten Wert um 0,2 Millionen aufgrund von verzögerten Investitionen.

Investitionsausgaben

Die Investitionen des IVI dienen in erster Linie der Finanzierung von Neuanschaffungen in der Labordiagnostik und im Biosicherheitsbereich sowie von Ersatzinvestitionen. Die Ausgaben lagen um 1,0 Millionen unter dem Budget 2023 da die Beschaffungen aufgrund von Lieferverzögerungen - verursacht durch die Unterbrüche in den internationalen Lieferketten - nicht im Jahr 2023 abgeschlossen werden konnten.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung vom BLV von 101 405 Franken für das Projekt African Swine Fever
- Kreditverschiebung vom BLV von 25 000 Franken für das Projekt Bestimmung der Prävalenz von Border Disease bei Schafen
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 136 200 Franken für die Kinderbetreuung, die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie Lohnmassnahmen
- Kreditüberschreitung aufgrund erzielter Mehrerträge durch das IVI 400 000 Franken
- Kreditüberschreitung von 50 000 wegen Auflösung von Reserven

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40), Art. 42.

Hinweis

Vgl. E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	202 000	202 000
Auflösung / Verwendung	–	-50 000	-50 000
Endbestand per 31.12.2023	–	152 000	152 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 200 000	1 200 000

Reservenbestand sowie Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Die bestehende zweckgebundene Reserve in Höhe von 152 000 Franken betrifft das Projekt «Sanierung Hochsicherheitslabor». Im Jahr 2023 wurden dafür 50 000 Franken verwendet. Das Projekt läuft jedoch weiter und die restlichen Reserven werden in den kommenden Jahren eingesetzt werden.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Für das Projekt «Betrieb des Hochsicherheits-Labors / Investitionen in den veralteten Gerätepark» wird eine zweckgebundene Reserve von 950 000 Franken beantragt. 2023 wurden alle geplanten Investitionen in die Wege geleitet. Aufgrund von Lieferverzögerungen, Unterbrüchen in den internationalen Lieferketten oder noch fehlenden Installationen der Geräte konnten jedoch nicht alle Investitionen im Jahr 2023 abgeschlossen werden.
- Für das Projekt «Umsetzung IT-Strategie» wird die Bildung einer zweckgebundenen Reserve von 250 000 Franken beantragt. Davon entfallen 150 000 Franken auf die Aktualisierung der Netzwerkanbindung am Standort Mittelhäusern und 100 000 auf das Labor-Informationsmanagementsystem (LIMS). Grund für die Verzögerung sind Probleme bei der Rekrutierung von spezialisiertem Personal. Die Reserven sollen bis im Jahr 2025 verwendet werden.

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

4	EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT	223
401	GENERALSEKRETARIAT EJPD	229
402	BUNDESAMT FÜR JUSTIZ	237
403	BUNDESAMT FÜR POLIZEI	251
413	SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG	267
417	EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION	273
420	STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION	279
485	INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD	299

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	589,8	615,5	648,6	58,7	10,0
Laufende Ausgaben	3 616,1	5 351,1	4 502,7	886,7	24,5
Eigenausgaben	1 081,4	1 331,5	1 305,3	223,9	20,7
Transferausgaben	2 534,7	4 019,6	3 197,4	662,7	26,1
Selbstfinanzierung	-3 026,2	-4 735,6	-3 854,1	-827,9	-27,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-45,6	-87,3	-16,8	28,7	63,1
Jahresergebnis	-3 071,8	-4 822,9	-3 870,9	-799,2	-26,0
Investitionseinnahmen	1,8	1,7	2,4	0,6	32,1
Investitionsausgaben	80,2	115,8	64,6	-15,6	-19,5

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement	1 305	528	3 026	203	29	3 197
401 Generalsekretariat EJPD	31	22	117	5	1	26
402 Bundesamt für Justiz	86	48	260	21	2	95
403 Bundesamt für Polizei	273	175	975	60	2	31
413 Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung	7	5	30	0	0	-
417 Eidgenössische Spielbankenkommission	10	8	44	1	0	342
420 Staatssekretariat für Migration	773	216	1 303	61	18	2 702
485 Informatik Service Center ISC-EJPD	125	54	297	55	7	-

GENERALSEKRETARIAT EJPD

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung der Departementsvorsteherin in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen
- Steuerung und Koordination der Ressourcen des Departements
- Wahrnehmung der Eignerinteressen des Bundes gegenüber dem Institut für geistiges Eigentum (IGE), der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB), dem Eidgenössischen Institut für Metrologie (METAS) und dem Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung (SIR).

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	3,4	3,5	3,5	0,1	2,6
Laufende Ausgaben	54,3	69,0	57,2	2,9	5,4
Eigenausgaben	29,4	43,0	31,2	1,7	5,9
Transferausgaben	24,9	26,0	26,0	1,2	4,7
Selbstfinanzierung	-50,9	-65,5	-53,7	-2,8	-5,6
Jahresergebnis	-50,9	-65,5	-53,7	-2,8	-5,6

KOMMENTAR

Der Aufwand des GS-EJPD besteht zu 54 Prozent aus Eigenaufwand, wovon 71 Prozent auf Personal- und rund 16 Prozent auf Informatiksachaufwand entfallen. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Aufwand 2,9 Millionen (+5,4 %) höher, was insbesondere auf höhere Ausgaben im Funktionsaufwand (+1,1 Mio.) und im Transferaufwand (+1,2 Mio.) zurückzuführen ist. Zudem ist im Bereich Weiterentwicklung Schengen/Dublin der Aufwand im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Millionen gestiegen. Der Transferaufwand umfasst ausschliesslich die Leistungen für das Eidg. Institut für Metrologie METAS.

Der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag fiel im Bereich Weiterentwicklung Schengen/Dublin (-11,1 Mio.), beim Funktionsaufwand (-0,5 Mio.) sowie beim Departementalen Ressourcenpool (-0,2 Mio.) an.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht «Für ein verhältnismässiges Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs» (in Erfüllung des Po. Vitali 19.4031): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Weiterentwicklung Schengen/Dublin: Steuerung und Führung des Programms, Durchführung Zwischenevaluation (teilweise erreicht)
Die Zwischenevaluation konnte nicht durchgeführt werden, da eine Ausschreibung für einen neuen Qualitäts- und Risikomanager erforderlich war. Der Statusbericht für die halbjährliche Berichterstattung wurde termingerecht erstellt.

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat stellt der Departementsleitung führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt sie bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und sichert die Information. Es koordiniert und steuert die Ressourcen und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Als Eigner nimmt es Einfluss auf das IGE, die RAB, das METAS und das SIR.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,4	3,5	3,5	0,0	-0,9
Aufwand und Investitionsausgaben	29,0	30,6	30,1	-0,5	-1,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgen			
- Strategische Ziele sind vorhanden; mit IGE, METAS, RAB und SIR wird mind. 1 Eignerggespräch geführt (ja/nein)	ja	ja	ja
Juristische Begleitung: Der Rechtsdienst erstellt fristgerecht rechtlich fundierte Gutachten, Stellungnahmen oder Entscheide im Zuständigkeitsbereich des Departements			
- Anteil Beanstandungen aufgrund von Verfahrensfehlern (%; max.)	2	2	2
- Qualitätsbeurteilung durch den/die GS EJPD (Skala 1-5)	5,0	5,0	5,0
- Einhaltung der Fristen (%; min.)	98	98	98
Zentrale Leistungen: Die zentralisierten Bereiche „HR und Finanzen“ stellen eine termingerechte, fachlich korrekte und reibungslose Erledigung der mit den Verwaltungseinheiten im EJPD vereinbarten spezifischen Leistungen sicher			
- Zufriedenheitsindex auf der Basis der jährlichen Kundengespräche (Skala 1-6)	5,5	5,5	5,5
- Termingerechte und fachlich korrekte Erfüllung der vereinbarten Leistungen (Skala 1-6)	5,5	5,5	5,5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	3 391	3 509	3 479	-30	-0,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	3 391	3 509	3 479	-30	-0,9
Aufwand / Ausgaben	54 292	69 038	57 206	-11 831	-17,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	28 980	30 562	30 053	-509	-1,7
<i>Kreditverschiebung</i>		-93			
<i>Abtretung</i>		789			
A202.0105 Weiterentwicklung Schengen/Dublin	457	12 203	1 134	-11 069	-90,7
<i>Abtretung</i>		-4 418			
A202.0107 Departementaler Ressourcenpool	-	230	-	-230	-100,0
<i>Abtretung</i>		-2 181			
Transferbereich					
<i>LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften und Ressourcen</i>					
A231.0116 Beiträge an das Eidg. Institut für Metrologie	17 690	17 883	17 883	0	0,0
A231.0117 Beitrag an Unterbringung Eidg. Institut für Metrologie	6 827	7 809	7 800	-9	-0,1
A231.0118 Beiträge an internationale Organisationen	337	351	336	-14	-4,1

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 391 337	3 508 700	3 478 655	-30 045	-0,9

Bei den schuldenbremsenrelevanten Erträgen handelt es sich um das Entgelt für den Aufwand im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen der Verwertungsgesellschaften und weitere diverse Einnahmen (z.B. Verwaltungskostenentschädigung der SUVA, Provision für das Quellensteuerinkasso, Beschwerdeannahmen des Rechtsdienstes, Vermietung von Parkplätzen an das Personal des GS-EJPD und Dritte). Beim Funktionsertrag aus Leistungsverrechnung handelt es sich um die Einnahmen aus der bundesinternen Leistungsverrechnung zwischen dem GS-EJPD als Leistungserbringer und den Verwaltungseinheiten des EJPD (Leistungsbezüger) für die zentral erbrachten personellen und finanziellen Dienstleistungen.

Rechtsgrundlagen

Urheberrechtsgesetz vom 9.10.1992 (URG; SR 231.1).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	28 980 389	30 562 300	30 053 151	-509 149	-1,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		696 300			
Funktionsaufwand	28 980 389	30 562 300	30 053 151	-509 149	-1,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	28 980 389	30 562 300	30 053 151	-509 149	-1,7
Personalausgaben	21 252 479	21 889 600	22 171 182	281 582	1,3
Sach- und Betriebsausgaben	7 727 911	8 672 700	7 881 970	-790 730	-9,1
<i>davon Informatik</i>	4 126 287	4 554 000	4 003 565	-550 435	-12,1
<i>davon Beratung</i>	692 167	965 900	942 884	-23 016	-2,4
Vollzeitstellen (Ø)	116	113	117	4	3,5

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Mehrbedarf gegenüber dem Voranschlag von 0,3 Millionen ist mit der befristeten Ersatzanstellung aufgrund einer Langzeiterkrankung, einer zusätzlichen Anstellung im Kommunikationsdienst sowie der Besetzung sämtlicher Stellen begründet. Die dafür benötigten zusätzlichen Mittel wurden im Beratungs- und Sachaufwand kompensiert.

Für nicht bezogene Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben sind Rückstellungen zu bilden. Gegenüber dem Vorjahr nimmt der Rückstellungsbedarf um 108 086 Franken zu. Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen per 31.12.2023 auf 1 340 558 Franken.

Sach- und Betriebsaufwand

Der Minderaufwand im Informatiksachaufwand von rund 0,6 Millionen resultiert im Wesentlichen aus dem geringeren Projektaufwand bei einzelnen Vorhaben.

Im restlichen Sach- und Betriebsaufwand sind vor allem in den Bereichen Bürobedarf, Druckerzeugnisse, Bücher und Zeitschriften weniger Kosten angefallen.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 789 200 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Kreditverschiebung von 92 900 Franken an das BJ für die Mitfinanzierung von Übersetzungsleistungen.

Rechtsgrundlagen

BB vom 20.3.2009 zur Genehmigung und Umsetzung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.

A202.0105 WEITERENTWICKLUNG SCHENGEN/DUBLIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	457 119	12 202 985	1 134 146	-11 068 839	-90,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		-4 417 715			
Funktionsaufwand	457 119	12 202 985	1 134 146	-11 068 839	-90,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	457 119	12 202 985	1 134 146	-11 068 839	-90,7
Sach- und Betriebsausgaben	457 119	12 202 985	1 134 146	-11 068 839	-90,7

Seit dem Voranschlag 2020 werden die Mittel zur Führung des Programms «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» zentral beim GS-EJPD in diesem Sammelkredit eingestellt. Entgegen der ursprünglichen Planung traten im Jahr 2023 Projektverzögerungen ein, weshalb die eingestellten Mittel nicht vollständig beansprucht wurden.

Die bisher nicht geleisteten Aufwände begründen den in der Staatsrechnung 2023 ausgewiesenen Kreditrest. Sie fallen verspätet und in den Folgejahren an, weshalb die Restmittel als zweckgebundene Reserven beantragt werden (vgl. zweckgebundene Reserven).

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung der BK von 9 375 000 Franken aus zentralen DTI-Mitteln,
- Abtretungen an Verwaltungseinheiten für die Weiterentwicklung Schengen/Dublin (13,8 Mio.): 5 053 791 Franken an das SEM, 4 770 276 Franken an fedpol, 3 939 884 Franken an das ISC-EJPD sowie 28 764 Franken an das BAZG.

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31, Art. 2 Abs. 3 und Art. 7).

Hinweise

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.07), Art. 20 Abs. 3

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Weiterentwicklung Schengen/Dublin Besitzstand» (V0345.00), siehe Band 1B, Ziffer B1

A202.0107 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	-	230 000	-	-230 000	-100,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-2 180 700</i>			
Funktionsaufwand	-	230 000	-	-230 000	-100,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	-	230 000	-	-230 000	-100,0
Sach- und Betriebsausgaben	-	230 000	-	-230 000	-100,0

Dieser Kredit beinhaltet die Informatik Departementsreserve und den Stellenpool der Departementsleitung. Darin enthalten sind auch die finanziellen Mittel für das Programm SUPERB (Mitbeteiligung der Departemente). Aufgrund von Verzögerungen im Projekt SUPERB wurden die dafür geplanten finanziellen Mittel nicht beansprucht und sind dem Programm zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

Für den ausgewiesenen Kreditrest wird deshalb eine zweckgebundene Reserve beantragt (vgl. zweckgebundene Reserven).

Kreditmutationen

- Abtretungen an Verwaltungseinheiten (2,2 Mio): 1 640 700 Franken an das SEM für die Kompensation des Fehlbetrages bei den Bundesasylzentren, 540 000 Franken an das BJ zur Abdeckung eines Mehrbedarfs im Projekt Infostar NG.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	-	9 305 300	9 305 300
Bildung aus Rechnung 2022	-	3 675 900	3 675 900
Endbestand per 31.12.2023	-	12 981 200	12 981 200
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	11 298 800	11 298 800

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (13,0 Mio.) entfallen auf die Projekte Weiterentwicklung Schengen/Dublin (12,2 Mio.) und Programm SUPERB (0,8 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Weiterentwicklung Schengen/Dublin 11 068 800 Franken

Das von der EU beauftragte Konsortium für die Erstellung des zentralen EES (Entry Exit System) konnte bisher wiederholt die geplanten Meilensteine nicht einhalten. Als Folge davon mussten mehrere Terminverschiebungen beantragt werden. Der JI-Rat hat am 19.10.2023 einer Neuplanung zugestimmt. Diese sieht den Abschluss der Interoperabilitäts-Arbeiten per Ende 2027 vor. Der Einführungstermin von EES liegt neu im 4. Quartal 2024. Das europäische Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS soll im Verlauf des ersten oder zweiten Quartals 2025 eingeführt werden. Für die letzten Interoperabilitätskomponenten wurde das Plandatum auf Ende 2027 gesetzt. Die terminlichen und kostenmässigen Auswirkungen werden zurzeit analysiert und fliessen in die nationalen Pläne ein. Die bisher nicht geleisteten Aufwände begründen den in der Staatsrechnung 2023 ausgewiesenen Kreditrest; sie fallen verspätet und in den Folgejahren an, weshalb die Restmittel als zweckgebundene Reserven beantragt werden.

— Programm SUPERB 230 000 Franken

Mit dem Go-Live der neuen SAP-Lösung am 18.9.2023 wurde aus Zeit- und Kapazitätsgründen auf die Modernisierung der Non-SAP Fachanwendungen bzw. deren Schnittstellen zu SAP verzichtet. Dieser Schritt wird im Rahmen der Phase 3 auf Basis der aktuellen Architekturvorgaben angestrebt. Dadurch verzögerte sich auch die für 2023 geplante Anpassung der Fachanwendungen. Zudem erfolgte aus dem Programm SUPERB im Jahr 2023 wiederum keine Verrechnung an die Departemente, da erst aufgrund der Analysen in der nächsten Programmplanungsphase bekannt sein wird, welche Kosten pro Departement anfallen. Die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel (Beteiligung der Bundeskanzlei/Departemente) müssen dem Programm deshalb zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden.

A231.0116 BEITRÄGE AN DAS EIDG. INSTITUT FÜR METROLOGIE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	17 690 300	17 883 100	17 883 100	0	0,0

Gemäss Art. 16 EIMG gewährt der Bund dem Institut jährlich Beiträge zur Abgeltung der Aufgaben nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a–h und Absätze 3–5 EIMG.

Rechtsgrundlagen

BG vom 17.6.2011 über das Messwesen (MessG; SR 941.20) sowie BG vom 17.6.2011 über das Eidgenössische Institut für Metrologie (EIMG; SR 941.27).

A231.0117 BEITRAG AN UNTERBRINGUNG EIDG. INSTITUT FÜR METROLOGIE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 826 882	7 808 700	7 799 722	-8 978	-0,1

Abgeltung der Nutzung der bundeseigenen Liegenschaften durch das Eidgenössische Institut für Metrologie, basierend auf dem kostenorientierten Mietermodell des BBL. Dieser Beitrag ist schuldenbremsenrelevant-, nicht aber ausgabenwirksam (kein Mittelfluss). Er setzt sich aus kalkulatorischen Abschreibungen und Kapitalkosten zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr (Verwaltungskosten BBL) zusammen. Der Aufwand entspricht dem budgetierten Wert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 17.6.2011 über das Eidgenössische Institut für Metrologie (EIMG; SR 941.27), Art. 22 Abs. 2.

Hinweise

Der Unterbringungsaufwand wird im BBL vereinnahmt (Kredit E100.0001 Immobilien-Erträge).

A231.0118 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	337 480	350 700	336 313	-14 387	-4,1

Auf Staatsverträgen basierende Jahresbeiträge an die für die weltweite Metrologiezusammenarbeit wesentlichen internationalen Organisationen: Bureau International des Poids et Mesures (BIPM) und Organisation Internationale de Métrologie Légale (OIML).

Rechtsgrundlagen

BG vom 17.6.2011 über das Eidgenössische Institut für Metrologie (EIMG; SR 941.27).

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für eine gerechte Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens
- Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes
- Stärkung der bundesstaatlichen Ordnung (Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaat)
- Mitwirkung bei der Herstellung einer friedlichen internationalen Ordnung und bei der Harmonisierung der
- Rechtsentwicklung in Europa
- Erhaltung und Sicherung des juristischen Fachwissens in der Bundesverwaltung
- Entwicklung von methodischen Grundsätzen für die Vorbereitung von Erlassen und für die Evaluation staatlicher Massnahmen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	79,6	116,0	126,7	47,0	59,1
Laufende Ausgaben	167,4	188,5	180,9	13,6	8,1
Eigenausgaben	75,7	88,5	85,6	9,9	13,1
Transferausgaben	91,7	100,0	95,3	3,6	4,0
Selbstfinanzierung	-87,7	-72,5	-54,3	33,5	38,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-41,7	-67,6	-14,5	27,2	65,2
Jahresergebnis	-129,5	-140,2	-68,8	60,7	46,9
Investitionseinnahmen	-	-	0,5	0,5	-
Investitionsausgaben	49,2	68,3	25,2	-24,0	-48,9

KOMMENTAR

Die Zunahme der laufenden Einnahmen gegenüber dem letzten Jahr resultierte insbesondere aus definitiv eingezogenen Vermögenswerten (+49,4 Mio.), welche im Rahmen von Rechtshilfeverfahren eingezogen wurden und ausserhalb des Einflussbereiches des BJ liegen. Dem standen tiefere Einnahmen insbesondere aus Gebühren für Amtshandlungen (-2,4 Mio.) gegenüber, insbesondere weil der Strafregisterauszug seit dem 23.1.2023 noch 17 Franken kostet (alt Fr. 20).

Die Zunahme der laufenden Ausgaben (+13,6 Mio.) begründet sich einerseits bei den Eigenausgaben durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben (z.B. Landesweite Grundstücksuche, Digitalisierung des Notariats, E-ID), dem personellen Mehrbedarf bei der Rechtssetzungsbegleitung und verschiedenen IKT-Vorhaben (+2,2 Mio.) und dem Informatikaufwand (+6,3 Mio.), wovon der grösste Teil das Programm E-ID (Gesetzgebung und Aufbau der Vertrauensinfrastruktur) betrifft. Andererseits resultierten höhere Transferausgaben (+3,6 Mio.) aufgrund der Teuerung und wegen der Zunahme der Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen, der Beiträge an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug sowie bei den Zahlungen zu Gunsten der Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen (FSZM).

Die Investitionsausgaben bestehen aus Baubeiträgen für Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten (und deren allfällige Rückerstattungen, was die Investitionseinnahmen erklärt) sowie der Administrativhaft und schwanken je nach Fortgang der einzelnen Bauprojekte (-24 Mio.).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRAATES 2023

- Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, Beseitigung der Hindernisse für eine Digitalisierung): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Wegen der Berücksichtigung neuer Anliegen aus der Vernehmlassung hat sich die Erarbeitung der Botschaft verzögert. Die Verschiebung erlaubt die Berücksichtigung neuester Entwicklungen.
- Bericht «Überprüfung der Formvorschriften im Privatrecht» (in Erfüllung des Po. Dobler 19.3759): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung (Stockwerkeigentum) (in Umsetzung der Mo. Caroni 19.3410): Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Aufgrund eines Wechsels in der Fachbereichsleitung sowie personeller Engpässe und konnten die Arbeiten am Revisionsprojekt erst im Sommer 2023 wieder aufgenommen werden. Dadurch hat sich die Eröffnung der Vernehmlassung ist verzögert.
- Bericht «Auswirkungen von Loyalitätsaktien» (in Erfüllung des Po. RK-S 18.4092): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Modernisierungsbedarf des Gewährleistungsrechts beim Kauf» (in Erfüllung des Po. Marchand-Balet 18.3248): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht» (in Erfüllung des Po. Guggisberg 21.3783): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung des Verwaltungsstrafrechts (in Umsetzung der Mo. Caroni 14.4122): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die hohe Komplexität sowie die Beteiligung zahlreicher Bundesämter hat zu grösseren Verzögerungen bei der Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage geführt.
- Bericht «Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS» (in Erfüllung des Po. SPK-N 17.3269): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft» (in Erfüllung des Po. Jositsch 19.3570): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung der Verordnung zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz (V-StGB-MStG): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Änderung des Strafgesetzbuches (StGB): Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB): Gewaltfreie Erziehung: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Panama über Rechtshilfe in Strafsachen: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Änderung der Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel: Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht «Massnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von gewaltextremistischem und terroristischem Gedankengut in religiösen Vereinigungen» (in Erfüllung des Po. SIK-S 21.3451): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Berücksichtigung von Steuerforderungen bei der Berechnung des Existenzminimums» (in Erfüllung des Po. Gutjahr 18.4263): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB): Erwachsenenschutz: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB): Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/922 über die Einführung und Anwendung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Initiative für ein multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Völkerrechtsverbrechen: Verabschiedung Verhandlungsmandat (erreicht)

LG1: RECHTSETZUNG

GRUNDAUFTRAG

Das BJ ist die Fachbehörde und das Dienstleistungszentrum des Bundes für Rechtsfragen. Das Amt begleitet die Bundesverwaltung bei ihrer Rechtsetzung und sorgt für sachlich korrektes und verständliches Recht. Es schafft rechtliche Rahmenbedingungen für eine gerechte Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Das BJ wirkt auch bei der Herstellung einer friedlichen internationalen Ordnung und bei der Harmonisierung der Rechtsentwicklung in Europa mit. Es trägt dazu bei, dass die Schweiz über eine demokratisch legitimierte Rechtsordnung verfügt und in Rechtssicherheit lebt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-10,8
Aufwand und Investitionsausgaben	30,1	33,8	32,0	-1,8	-5,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Eigene Rechtsetzungsgeschäfte: Das BJ betreut in eigener Federführung die Rechtsetzungsgeschäfte im Staats- und Verwaltungsrecht, Privat- und Strafrecht (Ziel ohne Messgrösse)			
Rechtsetzung in der Bundesverwaltung: Das BJ berät die Bundesverwaltung bei allen Rechtsetzungsgeschäften und erstellt Gutachten, Berichte und Wirkungsüberprüfungen (Ziel ohne Messgrösse)			

LG2: RECHTSANWENDUNG

GRUNDAUFTRAG

Das BJ stellt die internationale Rechtshilfe in Straf-, Verwaltungs-, Zivil- und Handelssachen sicher und entscheidet über Rechtshilfeersuchen und Auslieferungen. Im Straf- und Massnahmenvollzug unterstützt es die Planung der Kantone, prüft und begleitet die Bauprojekte und richtet die gesetzlich vorgesehenen Subventionen aus. Es übt die Oberaufsicht über das Zivilstands-, Handelsregister-, Grundbuch- und Betreibungswesen aus. Es betreibt das gesamtschweizerische Zivilstandssystem Infostar, führt das automatisierte Strafregister VOSTRA und erstellt sämtliche Strafregisterauszüge für die gesamte Schweiz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	32,1	23,5	33,5	10,0	42,7
Aufwand und Investitionsausgaben	45,0	48,1	49,0	0,9	1,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Internationale Adoptionen: Die Aufsichtsfunktion gemäss Adoptionsverordnung wird wahrgenommen			
– Inspektionen von privaten Vermittlungsstellen (Anzahl)	4	1	2
Elektronisch abgewickelte Betreibungsbegehren: Die elektronische Übermittlung von Betreibungsbegehren wird weiterentwickelt und gefördert			
– Eingereichte elektronische Betreibungsbegehren (Anzahl, Mio.)	1,943	2,000	2,266
Elektr. abgewickelte Begehren für Betreibungsregisterauszüge: Die elektronische Übermittlung von Begehren für Betreibungsregisterauszüge wird gefördert			
– Elektronisch eingereichte Begehren für Betreibungsregisterauszüge (Anzahl, Mio.)	0,720	0,750	0,789
Sicherheit und Bekämpfung Kriminalität: Die Kapazitäten für die Erstellung von Strafregisterauszügen sind bereitgestellt			
– Ausgelieferte Strafregisterauszüge (Anzahl, Mio.)	0,767	0,740	0,791
Sicherheit und Bekämpfung Kriminalität: Alle anerkannten Erziehungseinrichtungen werden innerhalb von vier Jahren überprüft			
– Überprüfung von jährlich rund 1/4 der Erziehungseinrichtungen (Anzahl, min.)	45	45	45

KOMMENTAR

Elektr. abgewickelte Betreibungsbegehren sowie Begehren für Betreibungsregisterauszüge: Im Jahr 2023 ist die Gesamtzahl aller elektronisch abgewickelten Betreibungsbegehren in der Schweiz um rund 17 Prozent auf insgesamt 2 266 473 angestiegen, was generell auf die höhere Anzahl aller Betreibungsbegehren und speziell auf eine deutliche Zunahme des Anteils an elektronisch eingereichten Betreibungsbegehren von 70,3 Prozent im 2022 auf 74,1 Prozent im 2023 zurückzuführen ist. Die Anzahl elektronischer Betreibungsregisterauszüge ist um rund 10 Prozent auf 789 365 angestiegen.

Sicherheit und Bekämpfung Kriminalität (Strafregisterauszüge): Es wurden im 2023 791 005 Strafregisterauszüge verkauft (+3 % gegenüber 2022 bzw. +8 % gegenüber dem Budgetwert). Das BJ passt seine Infrastruktur stetig an den neuen Bedarf an. Allerdings lässt sich kaum abschätzen, wie sich die Nachfrage in den kommenden Jahren entwickeln wird.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	87 758	118 992	139 216	20 224	17,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	32 095	23 536	33 570	10 034	42,6
Transferbereich					
E130.0100 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	-	-	36	36	-
E132.0001 Rückzahlung Investitionsbeiträge	21	-	548	548	-
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0101 Eingezogene Vermögenswerte	55 642	95 456	105 063	9 607	10,1
E150.0112 Zuwendungen für Wiedergutmachung Opfer Zwangsmassnahmen	0	-	0	0	-
Aufwand / Ausgaben	266 425	327 495	232 600	-94 895	-29,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	75 150	81 964	81 053	-911	-1,1
<i>Kreditverschiebung</i>		552			
<i>Abtretung</i>		1 927			
<i>Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)</i>		782			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		534			
A202.0161 Administration Wiedergutmachung FSZM	1 160	-	-	-	-
A202.0192 Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID)	-	8 807	6 412	-2 395	-27,2
<i>Nachtrag</i>		6 600			
<i>Abtretung</i>		1 307			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		900			
Transferbereich					
<i>LG 2: Rechtsanwendung</i>					
A231.0143 Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen	78 551	82 000	80 523	-1 477	-1,8
A231.0144 Modellversuche	1 500	2 028	2 028	0	0,0
A231.0145 Beiträge an internationale Organisationen	1 083	1 139	1 139	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		27			
A231.0146 Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	159	250	226	-24	-9,8
A231.0148 Schweiz. Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV)	1 418	1 428	1 428	0	0,0
A231.0365 Wiedergutmachung Opfer Zwangsmassnahmen	8 625	12 000	9 625	-2 375	-19,8
A231.0379 Finanzielle Unterstützung von Selbsthilfeprojekten	383	1 200	412	-788	-65,7
A236.0103 Baubeiträge Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten	46 208	46 575	18 151	-28 424	-61,0
A236.0104 Baubeiträge Administrativhaft	3 000	21 765	7 000	-14 765	-67,8
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	49 187	68 340	24 603	-43 736	-64,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	32 095 028	23 535 900	33 570 198	10 034 298	42,6
Laufende Einnahmen	23 997 728	20 535 900	21 648 958	1 113 058	5,4
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	8 097 300	3 000 000	11 921 240	8 921 240	297,4

Der Funktionsertrag besteht in erster Linie aus Gebühreneinnahmen für Straf-, Betreibungs- und Handelsregistrauszüge sowie Drittmittel von den Kantonen (Konferenz der kant. Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst KAZ) für den Betrieb von Infostar.

Der Funktionsertrag fiel 10 Millionen höher aus als veranschlagt, was vor allem den Aktivierungen aus Eigenleistungen für das Modernisierungsprojekt des elektronischen Zivilstandsregisters (Infostar NG) sowie für das Programm E-ID entspricht (+8,9 Mio.). Die laufenden Einnahmen lagen über dem erwarteten Wert (+1,1 Mio.), insbesondere weil mehr Strafregistrauszüge ausgestellt wurden als in den Vorjahren und die Gesamtzahl aller elektronisch abgewickelten Betreibungsbegehren in der Schweiz sowie die Anzahl elektronischer Betreibungsregistrauszüge zugenommen haben (Einnahmen aus dem eSchKG-Verbund).

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung BJ vom 5.7.2006 (GebV-BJ; SR 172.041.14); V vom 27.10.1999 über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV; SR 172.042.110); V vom 6.3.2020 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1); Seeschiffahrtsgesetz vom 23.9.1953 (SSG; SR 747.30); V vom 14.12.2007 über die Seeschiffahrtsgebühren (SR 747.312.4); Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0); V vom 29.9.2006 über das Strafregister (VOSTRA; SR 331); V des EJPD vom 15.10.2003 über die Gebühren für Strafregistrauszüge an Privatpersonen (SR 331.1); BG über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1); GebV SchKG vom 23.9.1996 (SR 281.35).

E130.0100 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	35 632	35 632	-

Das BJ führt Inspektionen bei den anerkannten Erziehungseinrichtungen durch. Dabei wird abgeklärt, ob die Angaben der Einrichtungen für den Erhalt der Betriebsbeiträge in den geprüften Beitragsjahren korrekt waren. Bei Feststellungen müssen die zu viel ausbezahlten Bundesbeiträge zurückerstattet werden. Solche Rückzahlungen werden nicht budgetiert. Im Berichtsjahr erfolgten Rückzahlungen der Kantone GR, NE und VD (Fr. 35 632).

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG, SR 341), Art. 12; Verordnung vom 21.11.2007 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMV, SR 341.1), Art. 33.

E132.0001 RÜCKZAHLUNG INVESTITIONSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	20 693	-	547 563	547 563	-

Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen sind das Resultat von zu hohen oder unrechtmässigen Ausgaben für Baubeiträge früherer Jahre. Sie werden nicht budgetiert. Im Berichtsjahr gab es nur eine Rückzahlung (Caspar Appenzeller-Stiftung, Landheim Brüttsellen).

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG, SR 341), Art. 12.

E150.0101 EINGEZOGENE VERMÖGENSWERTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	55 642 020	95 456 000	105 062 809	9 606 809	10,1

Diese Einnahmen entstammen aus Vermögenswerten, welche im Rahmen von Rechtshilfeverfahren eingezogen und unter Bund und Kantonen beziehungsweise unter Bund und ausländischen Staaten aufgeteilt werden. Das BJ hat auf die Höhe dieser Beträge respektive den Gesamtbetrag der Einnahmen grundsätzlich keinen Einfluss. Der Anteil aus Verfahren der Bundesanwaltschaft betrug 99,3 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.2004 über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG, SR 312.4).

E150.0112 ZUWENDUNGEN FÜR WIEDERGUTMACHTUNG OPFER ZWANGSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	132	–	67	67	–

Bei diesen Einnahmen handelt es sich um freiwillige Zuwendungen der Kantone und Gemeinden zur Mitfinanzierung der Solidaritätsbeiträge für alle Opfer im Sinne des Gesetzes. Dies sind Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981, deren körperliche, psychische oder sexuelle Unversehrtheit oder deren geistige Entwicklung unmittelbar und schwer beeinträchtigt worden ist. Die Solidaritätsbeiträge werden vom Bund seit 2018 ausbezahlt. Die 67 Franken stammen von der Gemeinde Reigoldswil.

Rechtsgrundlagen

BG über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG, SR 211.223.13); Verordnung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFV, SR 211.223.131).

Hinweise

Vgl. A231.0365 Wiedergutmachung Opfer Zwangsmassnahmen

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	75 150 252	81 964 100	81 053 433	-910 667	-1,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 794 300</i>			
Funktionsaufwand	75 139 598	81 964 100	81 045 079	-919 021	-1,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	74 502 316	79 674 900	79 209 993	-464 907	-0,6
Personalausgaben	44 306 935	48 718 400	47 128 408	-1 589 992	-3,3
Sach- und Betriebsausgaben	30 195 381	30 956 500	32 081 585	1 125 085	3,6
<i>davon Informatik</i>	<i>15 095 360</i>	<i>13 243 500</i>	<i>15 504 224</i>	<i>2 260 724</i>	<i>17,1</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>616 697</i>	<i>1 829 000</i>	<i>1 338 698</i>	<i>-490 302</i>	<i>-26,8</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	637 281	2 289 200	1 835 086	-454 114	-19,8
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	10 655	-	8 354	8 354	-
Vollzeitstellen (Ø)	242	260	258	-2	-0,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Minderbedarf im Personalbereich entstand, weil die ab 2023 neu gesprochenen Stellen nicht von Beginn an besetzt werden konnten.

Sach- und Betriebsaufwand

Der *Informatiksachaufwand* beinhaltet zum einen den Betriebsaufwand (3,9 Mio.) für die Büroautomation sowie weiterer IT-Systemen, wie zum Beispiel für das Strafregister (Vostra), das System Handelsregisterverbund (HRV), das Urkundspersonenregister sowie den elektronischen Datenstandard für das Betreibungswesen (eSchKG-Verbund). Zum anderen standen im Bereich der Projekte (11,6 Mio.) die Einführung der Neuentwicklung des Strafregisters (NewVostra; Inbetriebnahme am 23.1.2023), das Modernisierungsprojekt Infostar NG (Ablösung des heutigen elektronischen Zivilstandsregisters Infostar; Einführung gegen Ende 2024) und die Einführung der landesweiten Grundstücksuche (Inbetriebnahme am 1.6.2023) sowie weitere kleinere Vorhaben, die alle mehrheitlich im Zeitplan liegen, im Mittelpunkt. Gegenüber dem Voranschlag ergab sich ein Mehrbedarf (+2,3 Mio.), weil sich das Projekt Infostar NG verzögerte (Funktionsumfang kann nicht in der gewünschten Qualität bis zur urspr. Einführung Mitte 2023 umgesetzt werden, aufgrund erschwelter Zusammenarbeit im Team durch die Homeofficepflicht während der Corona-Pandemie sowie der Einführung von «Ehe für alle» im Altsystem) und entsprechend gewisse Arbeiten noch 2023 anfielen.

Die *Beratungsausgaben* setzen sich aus Honoraren an externe Experten, auswärtige Sachverständige sowie Kommissionsmitglieder zusammen. Der Kreditrest (-0,5 Mio.) entstand, weil verschiedene Mandate aufgrund von Verzögerungen erst Ende 2023 oder überhaupt nicht vergeben werden konnten, weshalb für diese Geschäfte zweckgebundene Reserven beantragt werden. Wichtigste Ausgabenposten waren Studien zur «Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil in der Schweiz», zu «internationalen Adoptionen», zum «Sorgerechtsregister» und zum Familienverfahrensrecht «Gerichtspraxis Obhutsregelung». Der Rest verteilt sich auf diverse Expertengruppen und ausserparlamentarische Kommissionen.

Beim übrigen Sach- und Betriebsaufwand resultierte ein Minderbedarf (-0,7 Mio.) vor allem bei der Ausstellung von Strafregisterausgängen (mehr Onlinebestellungen gegenüber Bestellungen am Postschalter) und externen Dienstleistungen (siehe Antrag zur Bildung zweckgebundener Reserven).

Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen betreffen hauptsächlich Software- und Eigenentwicklungen. Der Anteil der zu aktivierenden Anteile an NewVostra fiel geringer aus als geplant, was die tieferen Abschreibungen erklärt.

Investitionsausgaben

Die Informatikprojekte laufen mehrheitlich über bundesinterne Leistungserbringer, weshalb keine grösseren Investitionen budgetiert wurden.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 1 386 800 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung sowie der Abruf einer Defizitgarantie im Umfang von azwei Vollzeitstellen.
- Abtretung des GS-EJPD von 540 000 Franken für den Mehrbedarf im Projekt Infostar NG.

- Kreditverschiebungen von Verwaltungseinheiten (Fr. 592 900): 500 000 Franken von der ESBK zur Kompensation höherer Auslieferungskosten und 92 900 Franken vom GS-EJPD für die Mitfinanzierung von Übersetzungsdienstleistungen.
- Kreditverschiebung an das BAR von 41 000 Franken für die Nutzung des Linked Data Service LINDAS.
- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 2 FHG um 1 Prozent (Fr. 781 600).
- Verwendung zweckgebundener Reserven von 534 000 Franken.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Infostar (neue Generation)», (V0309.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Rechtsetzung		LG 2: Rechtsanwendung		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Mio. CHF					
Aufwand und Investitionsausgaben	30	32	45	49	
Personalausgaben	24	26	20	21	
Sach- und Betriebsausgaben	6	6	24	26	
<i>davon Informatik</i>	1	1	14	14	
<i>davon Beratung</i>	1	1	0	0	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	–	–	1	2	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	–	–	0	0	
Vollzeitstellen (Ø)	127	134	115	124	

A202.0161 ADMINISTRATION WIEDERGUTMACHTUNG FSZM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 160 127	–	–	–	–
Funktionsaufwand	1 160 127	–	–	–	–
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 160 127	–	–	–	–
Personalausgaben	1 104 398	–	–	–	–
Sach- und Betriebsausgaben	55 728	–	–	–	–
<i>davon Beratung</i>	30 888	–	–	–	–
Vollzeitstellen (Ø)	7	–	–	–	–

Auf diesem Kredit wurden die administrativen Ausgaben im Zusammenhang mit den Solidaritätsbeiträgen an die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und den Finanzhilfen an Selbsthilfeprojekte geführt (siehe Kredite A231.0365 Wiedergutmachung Opfer Zwangsmassnahmen und A231.0379 Finanzielle Unterstützung von Selbsthilfeprojekten). Aufgrund der Streichung der Frist zur Eingabe von Solidaritätsbeitragsgesuchen (19.471 Pa.lv. Comte) verlor der Kredit seinen Projektcharakter. Die damit verbundenen administrativen Ausgaben wurden deshalb ab 2023 in das Globalbudget (Kredit A200.0001) integriert.

A202.0192 ELEKTRONISCHER IDENTITÄTSNACHWEIS (E-ID)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	8 806 500	6 411 848	-2 394 652	-27,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		8 806 500			

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Aufbau des E-ID-Ökosystems wird beim BJ von einer E-ID-Fachstelle koordiniert (0,5 Mio. für 2,4 FTE).

Auf diesem Sammelkredit (gemäss Art. 20 Abs. 3 FHV) werden ab 2023 Teile der Projektkosten für die Umsetzung des Programms zur Einführung eines staatlich anerkannten elektronischen Identifikationsnachweises (E-ID) abgewickelt. Im März 2023 wurde das E-ID-Vorhaben von der Bundeskanzlei als DTI-Schlüsselprojekt eingestuft. Das departementsübergreifende E-ID-Vorhaben erfordert eine enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beteiligten Stellen bzw. deren Leistungspaketen:

Mit dem vorliegenden Sammelkredit werden die folgenden Projektteile finanziert:

- Erarbeitung der gesetzlichen Grundlage und Entwicklung bzw. Aufbau der Vertrauensinfrastruktur – BJ in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT, EFD); Budget 7,7 Millionen, wovon 5,5 Millionen verwendet wurden.

- Pilotprojekt eLFA (elektronischer Lernfahrausweis) – Vereinigung der Strassenverkehrsämter (ASA) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA, UVEK) und dem BIT; Budget 1,1 Millionen, wovon 0,9 Millionen verwendet wurden.
- Ebenfalls zum Projekt gehören:
- Ausstellung der E-ID – Bundesamt für Polizei (fedpol, EJPD) in Zusammenarbeit mit dem Informatik-Service-Center (ISC-EJPD); Budget 1,5 Millionen, wovon 0,8 Millionen verwendet wurden.
- Pilotprojekt ePerso (digitaler Bundesausweis) – Bundeskanzlei (BK) in Zusammenarbeit mit dem BIT und dem Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (BK-DTI); Budget 0,3 Millionen, die vollständig verwendet wurden.
- Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV) – Bundeskanzlei (BK) in Zusammenarbeit mit der interföderalen Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) und dem BIT; Budget 3,1 Millionen, wovon 1,8 Millionen verwendet wurden.

Das BJ firmiert als Programmauftraggeber und beantragte dem Parlament in einem gemeinsamen Ressourcenantrag (EJPD/EFD) vom März 2023 die zusätzlich notwendigen Mittel von insgesamt 6,6 Millionen sowie einen Verpflichtungskredit von 40,4 Millionen. Die zusätzlichen Mittel für 2023 sowie der Verpflichtungskredit wurden im Juni 2023 vom Parlament genehmigt. Über den Sammelkredit wurden primär das Gesetzgebungsprojekt, die Vertrauensinfrastruktur und die Pilotierung des eLFA abgewickelt. Die anderen Einzelprojekte unter dem Programm E-ID werden dezentral bei den zuständigen Stellen umgesetzt und finanziert. 2023 standen dem Programm insgesamt 13,8 Millionen (wovon BJ: 8,8 Mio.) zur Verfügung, wovon 9,4 Millionen (davon 0,9 Mio. für Personalausgaben) ausgegeben wurden. Der Kreditrest von insgesamt 4,4 Millionen (2,4 Mio. aus dem vorliegenden Sammelkredit) wird zur Bildung von zweckgebundenen Reserven beantragt.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamtes von 6 500 Franken für höhere Sozialversicherungsbeiträge.
- Abtretung des GS EFD von 1 300 000 Franken: 2023 beteiligte sich die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) im entsprechenden Umfang an den Projektkosten, welche über den vorliegenden Sammelkredit finanziert wurden.
- Nachtrag Ib/2023 von 6 600 000 Franken für die Pilotierung und den Aufbau der E-ID-Vertrauensinfrastruktur.
- Kreditüberschreitung von 900 000 Franken durch leistungsbedingte Mehrerträge des BIT für E-ID-Pilotprojekte.

Rechtsgrundlagen

Damit die E-ID möglichst schnell zum Einsatz kommen kann, müssen parallel zum Gesetzgebungsprozess die Pilotierung und der Aufbau der dafür notwendigen Infrastrukturen vorangetrieben werden. Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID), Entwurf vom 22.11.2023, BBl 2023 2842.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Pilotphase E-ID-Vertrauensinfrastruktur und Wallet», (V0386.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	3 240 000	3 240 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 411 000	2 411 000
Auflösung / Verwendung	–	-984 000	-984 000
Endbestand per 31.12.2023	–	4 667 000	4 667 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	3 304 600	3 304 600

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 450 000 Franken erfolgsneutral aufgelöst (Projekt landesweite Grundstücksuche). Verwendet wurden zweckgebundene Reserven für verschiedene Beratungsmandate in der Höhe von 534 000 Franken (Statistik über ausserfamiliär untergebrachte Kinder schaffen, Rechtsvergleich und RFA zur Revision ZPO kollektiver Rechtsschutz und Mandate zum Familienverfahrensrecht und Familiengericht).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (4,7 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte Infostar NG (4,1 Mio.), Neubau Handelsregisterapplikationen (0,3 Mio.) und Valorisierung FSZM (0,2 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Programm E-ID

Da der für das Programm E-ID erforderliche Verpflichtungskredit erst Mitte Jahr vorlag, verzögerten sich diverse Arbeiten beim Leistungserbringer BIT. Da externe Verpflichtungen erst ab diesem Datum eingegangen werden konnten, ergab sich bis zum Jahresabschluss 2023 ein Verzug der Arbeiten, der zum ausgewiesenen Kreditrest führte. Das Programm ist zwar weiterhin

auf Kurs, benötigt aber diese Mittel in den Jahren 2024–2026, weshalb das BJ eine zweckgebundene Reserve in der Höhe von 2,4 Millionen beantragt.

— Projekt «BJ 5.0» (Umzug an die Taubenhalde A)

Aufgrund personeller Vakanzen im Direktionsbereich Zentrale Dienste wurde für den geplanten Umzug des Bundesamtes für Justiz an die Taubenhalde in Bern externe Unterstützung notwendig (Nutzervertr:in als Einrichtungsplaner:in / Changemanager:in). Diese Beschaffung hätte bereits zu Beginn 2023 umgesetzt werden müssen, verzögerte sich aber aus genannten Gründen. Das BJ beantragt daher eine zweckgebundene Reserve in der Höhe von 200 000 Franken.

— Diverse externe Dienstleistungen und Beratungsmandate

Das BJ setzt diverse Postulate, Motionen und weitere Vorstösse für den Bundesrat und das Parlament um und ist bei einzelnen Themengebieten auf externe Unterstützung angewiesen. Einerseits fehlten im Direktionsbereich Öffentliches Recht weiterhin Ressourcen (die im VA23 gesprochenen Stellen konnten erst gegen Ende des Jahres besetzt werden). Andererseits musste auch beim Direktionsbereich Privatrecht aufgrund nicht vorhersehbarer Aufträge mit zwingenden Terminen eine Priorisierung in der Dossierbehandlung erfolgen. Dies führte dazu, dass mit verschiedenen Aufträgen erst ab 2024 begonnen werden kann. Das BJ beantragt daher für die folgenden Mandate zweckgebundenen Reserven:

- Evaluation im Rahmen des Po. 21.4482 Arslan: 150 000 Franken
- Datenschutz Revision (Datenschutz-Audit): 120 000 Franken
- Div. Mandate im Zusammenhang mit dem Erbrecht: 120 000 Franken
- Evaluation Bestimmungen Fürsorgerische Unterbringung: 110 000 Franken
- Familienverfahrensrecht (Mo. Herzog): 110 000 Franken
- Regulierungsfolgeabschätzung Sanierungsverfahren: 100 000 Franken

TRANSFERKREDITE DER LG 2: RECHTSANWENDUNG

A231.0143 BETRIEBSBEITRÄGE AN ERZIEHUNGSEINRICHTUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	78 550 970	82 000 000	80 522 513	-1 477 487	-1,8

Der Bund gewährt Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. Der Beitragssatz beträgt 30 Prozent der anerkannten Kosten für das erzieherische Personal. Basis für die Beitragsberechnung ist die Personaldotation für das anerkannte Leistungsangebot, die pauschalierten Personalkosten pro 100 Stellenprozent sowie die Aufenthaltstage der anerkannten Klientel. Die budgetierten Mittel berücksichtigen die mit den Kantonen vereinbarten Pauschalen (inkl. Mehrbedarf für neue Einrichtungen, Konzeptänderungen und Teuerung), welche sämtliche möglichen Subventionsansprüche abdecken. Die Zahlungsleistungen des Bundes hingegen erfolgen gestützt auf die effektiv erbrachten Leistungen, womit sich der jeweilige Kreditrest erklärt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG, SR 341), Art. 5–7.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen» (V0271.00 und V0271.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0144 MODELLVERSUCHE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 500 000	2 028 000	2 028 000	0	0,0

Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Konzepte im Straf- und Massnahmenvollzug. Unter die anerkannten Projekt- und/oder Auswertungskosten fallen Personalaufwendungen, Sach- und allenfalls für den Modellversuch zwingend notwendige Investitionskosten. Empfänger sind Kantone oder private Institutionen. Bei Modellversuchen in bestehenden Einrichtungen werden nur die projektbedingten Mehrkosten anerkannt. Die Beiträge sind auf höchstens 80 Prozent der anerkannten Projekt- und/oder Auswertungskosten beschränkt.

Es ist im Voraus nicht möglich einzuschätzen, ob die Projekte die Bedingungen für einen Modellversuch erfüllen werden. Die Auszahlungen sind abhängig von der Anzahl anerkannter Modellversuche.

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG; SR 341), Art. 8–10.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Modellversuche ab 2011» (V0047.02), «Modellversuche ab 2018» (V0047.03) und «Modellversuche ab 2022» (V0047.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0145 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 083 413	1 139 400	1 139 336	-64	0,0
davon Kreditmutationen		26 600			

Die Beiträge setzen sich zum einen aus dem Beitrag an die allgemeinen Verwaltungskosten Schengen und zum anderen den Jahresbeiträgen an die Haager Konferenz (UNIDROIT) und die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) zusammen. Weiter wird ein Beitrag im Bereich der internationalen Adoptionen bezahlt («Le Service Social international Secrétariat Général»). Der Beitrag an die allgemeinen Verwaltungskosten von Schengen macht mit 0,9 Millionen den grössten Anteil dieses Kredites aus und berechnet sich aufgrund des Referenzbetrages des allgemeinen Verwaltungsbeitrages, zusätzlich der EU-Teuerung seit 2008.

Die Mehrausgaben, welche durch eine höhere Inflationsrate als erwartet resultierten, wurden durch eine Kreditüberschreitung gedeckt.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 4 FHG von 26 600 Franken für die Kompensation einer höheren Inflationsrate.

Rechtsgrundlagen

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (SR 0.362.31); Statut vom 31.10.1951 der Haager Konferenz für internationales Privatrecht (SR 0.207); Grundstatut vom 15.3.1940 des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts (SR 0.202). Bundesgesetz zum Haager Adoptionsübereinkommen und über Massnahmen zum Schutz des Kindes bei internationalen Adoptionen (SR 211.221.31)

A231.0146 AUSBILDUNGSBEITRÄGE OPFERHILFE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	159 400	250 000	225 570	-24 430	-9,8

Mit dieser Finanzhilfe soll die Fachausbildung des Personals von Beratungsstellen und von mit Opferhilfe Betrauten gefördert werden. Die Beiträge gehen an gesamtschweizerische oder regionale Ausbildungsveranstaltungen für Personen, die in der Opferhilfe tätig sind, wie z.B. Sozialarbeitende oder Psychologinnen und Psychologen. Die Beiträge werden pauschal bemessen und betragen in der Regel 50 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen.

Der Mittelbedarf ist für das BJ nicht steuerbar und abhängig von der Nachfrage nach Ausbildungsbeiträgen.

Rechtsgrundlagen

Opferhilfegesetz vom 23.3.2007 (OHG; SR 312.5), Art. 31; Opferhilfeverordnung vom 27.2.2008 (OHV; SR 312.51), Art. 8.

A231.0148 SCHWEIZ. KOMPETENZZENTRUM FÜR DEN JUSTIZVOLLZUG (SKJV)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 417 800	1 427 700	1 427 700	0	0,0

Der Bund unterstützt seit Inkrafttreten der NFA per 1.1.2008 das Schweizerische Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal jährlich mit einem Beitrag an die Betriebskosten. Die Auszahlung des Bundesbeitrags erfolgt auf der Basis der Schlussabrechnung. An die Verpflegungs und Übernachtungskosten werden keine Beiträge geleistet. Für die übrigen Aufwendungen wird ein Beitragssatz von 30 Prozent angewendet.

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG; SR 341), Art. 10a.

A231.0365 WIEDERGUTMACHTUNG OPFER ZWANGSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 625 000	12 000 000	9 625 000	-2 375 000	-19,8

Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag haben alle Opfer im Sinne des Gesetzes. Dies sind Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981, deren körperliche, psychische oder sexuelle Unversehrtheit oder deren geistige Entwicklung unmittelbar und schwer beeinträchtigt worden ist.

Die Anzahl Gesuche hat gegenüber dem Vorjahr zwar leicht zugenommen, dennoch blieb die Anzahl ausbezahlter Gesuche deutlich unter dem Budgetwert.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz vom 30.9.2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (Art. 4ff. AFZFG, SR 211.223.13); Verordnung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (Art. 6 AFZV, SR 211.223.131).

A231.0379 FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG VON SELBSTHILFPROJEKTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	382 600	1 200 000	412 151	-787 849	-65,7

Gemäss dem Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) kann das BJ weitere Massnahmen wie Selbsthilfprojekte von Organisationen von Opfern und anderen Betroffenen fördern und finanziell unterstützen. Die Förderung erfolgt namentlich durch Leistung von Finanzhilfen, durch Beratung, die Abgabe von Empfehlungen oder in Form der Übernahme von Patronaten.

Die Höhe der Auszahlungen ist abhängig von der Anzahl eingegangener und bewilligter Gesuche, deren Tendenz abnehmend ist.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz vom 30.9.2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG, SR 211.223.13), Art. 17; Verordnung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZV, SR 211.223.131), Art. 11.

A236.0103 BAUBEITRÄGE STRAFVOLLZUGS- UND ERZIEHUNGSANSTALTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	46 207 900	46 575 100	18 150 907	-28 424 193	-61,0

Der Bund gewährt Beiträge an den Neu-, Aus- und Umbau von privaten und öffentlichen Einrichtungen für Erwachsene und Heime für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Der Beitragssatz beträgt 35 Prozent der anerkannten Baukosten. Die anerkannten Baukosten werden unter Berücksichtigung der Grösse und des Typs der Einrichtung auf Grund von Pauschalen berechnet.

Infolge von Verzögerungen bei diversen grösseren Bauvorhaben resultiert ein aussergewöhnlich hoher Kreditrest. Die Gründe sind vielseitig (oft Verzug beim Baufortschritt) und die Einflussmöglichkeiten seitens BJ sehr gering: Kanton Zürich (VZ Bachtel 3,5 Mio. und JVA Pöschwies 4,0 Mio.), Kanton St. Gallen (Forensische Klinik Wil 4,9 Mio.), Kanton Wallis (EP Crêtelongue, Ateliers 4,6 Mio. und EP Crêtelongue Gefängnisneubauten 2,5 Mio.) und Kanton Waadt (Gefängnis la Croisèe 4,2 Mio.) sowie diverse Kleinprojekte (4,7 Mio.).

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG, SR 341), Art. 2-4.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Baubeiträge an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten» (V0270.00) und «Baubeiträge an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten 2021-2024» (V0270.01) sowie Jahreszusicherungskredit «Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten» (J0002.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A236.0104 BAUBEITRÄGE ADMINISTRATIVHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionsausgaben</i>	3 000 000	21 764 500	7 000 000	-14 764 500	-67,8

Der Bund beteiligt sich finanziell am Bau von Haftanstalten zum Vollzug der Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt sind. Die Höhe der finanziellen Beteiligung des Bundes erfolgt abgestuft nach der Grösse der Haftanstalt und der Anzahl Haftplätze, die dem Bund für den Vollzug der Wegweisungen ab einer Bundesunterkunft zur Verfügung stehen.

Auch hier führten Bauverzögerungen zu tieferen Zahlungen als erwartet. Mit 6 Millionen konnte nach längerer Zeit wieder eine grössere Tranche an den «Neubau Regionalgefängnis Altstätten (KT SG)» und eine erste Zahlung von 1 Million an ein Vorhaben im Kanton Basel-Stadt (Gefängnis Bässlergut) bezahlt werden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 16.12.2005 über Ausländerinnen und Ausländer (AuG, SR 142.20), Art. 82 Abs. 1; V vom 11.8.1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VVWA, SR 142.287) Art. 15.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Finanzierung Administrativhaft», (V0245.00) und «Finanzierung Administrativhaft 2021–2024» (V2045.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	49 187 207	68 339 600	24 603 344	-43 736 256	-64,0

Wertberichtigung für die Kredite «A236.0103 Baubeiträge an Strafvollzugs und Erziehungsanstalten» und «A236.0104 Baubeiträge Administrativhaft».

Der Minderaufwand resultiert aus den Verzögerungen im Zusammenhang mit den Baubeiträgen.

BUNDESAMT FÜR POLIZEI

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bekämpfung von Schwerstkriminalität
- Schutz von Personen und Gebäuden in Verantwortung des Bundes
- Entwicklung und Betrieb nationaler Informationssysteme und Kompetenzzentren
- Steuern der nationalen und internationalen Polizeizusammenarbeit

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	20,2	17,2	19,6	-0,6	-3,1
Laufende Ausgaben	304,5	320,9	304,4	-0,1	0,0
Eigenausgaben	265,9	285,5	272,9	7,0	2,6
Transferausgaben	38,6	35,3	31,5	-7,1	-18,4
Selbstfinanzierung	-284,3	-303,7	-284,8	-0,5	-0,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1,4	-3,9	-1,9	-0,5	-35,3
Jahresergebnis	-285,7	-307,6	-286,7	-1,0	-0,4
Investitionseinnahmen	0,1	–	0,2	0,1	50,4
Investitionsausgaben	3,1	4,3	1,9	-1,3	-40,3

KOMMENTAR

Der Ertrag setzt sich vorwiegend aus dem Gebührenanteil fedpol aus der Produktion von Ausweisschriften und den aktivierten Eigenleistungen zusammen.

Der Aufwand von fedpol beinhaltet 89 Prozent Eigenaufwand und 11 Prozent Transferausgaben. Der Eigenaufwand besteht vorwiegend aus Personal- und Informatiksachaufwand. Die Transferausgaben enthalten Zahlungen an Kantone und Städte für die Abgeltung dauernder und ausserordentlicher Schutzaufgaben sowie die Beiträge an internationale Organisationen, namentlich die Beiträge Interpol und Schengen/Dublin. Der Aufwand von fedpol im Bereich der Transferausgaben ist mehrheitlich stark gebunden und damit kaum steuerbar. Der Eigenaufwand hat mit der Schaffung zusätzlicher Stellen für neue Aufgaben sowie von Weiterentwicklungen und Ablösungen von IT-Systemen gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Der Transferaufwand liegt aufgrund des Wegfalls von einmalig anfallenden zusätzlichen Abgeltungen an Kantone und Städte für ausserordentliche Schutzaufgaben deutlich unter dem Vorjahr.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Auswertung der Ämterkonsultation hat zu Anpassungsbedarf in der Rechtsetzung geführt; dadurch hat sich die Verabschiedung der Botschaft um wenige Monate verzögert.
- Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI): Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Aufgrund der Komplexität des Gesetzgebungsprojekts und der Abhängigkeit von der Polizeilichen Abfrageplattform (POLAP) und vor allem wegen der noch offenen Frage der Rechtsgrundlagen der Kantone (Konkordat oder Bundesregelung) gab es Verzögerungen.
- Bericht «Massnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern im Internet und Kindsmisbrauch via Live-Streaming» (in Erfüllung der Po. Feri 19.4016 und Regazzi 19.4105): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Programm Schengen Weiterentwicklungen fedpol (inkl. POLAP): Umsetzung der Interoperabilität für Polizeisysteme und Prozesse (nicht erreicht)
Die Interoperabilität für die Polizeisysteme und Prozesse konnte nicht bis Ende 2023 umgesetzt werden. Grund dafür sind die diesbezüglichen Verspätungen auf EU-Ebene.
- Erneuerung System AFIS 2026: Verabschiedung Verpflichtungskredit (erreicht)
- Erneuerung Fernmeldeüberwachung FMÜ-P4: Einführung des neuen Ermittlungssystems Etappe II (teilweise erreicht)
Eine vollständige Einführung der Etappe II war aus technischen und finanziellen Gründen nicht möglich. Teile des neuen Ermittlungssystems Etappe II konnten im September 2023 eingeführt werden.

LG1: BEKÄMPFUNG VON SCHWERSTKRIMINALITÄT

GRUNDAUFTRAG

fedpol erbringt als kriminalpolizeiliche Zentralstelle und Gerichtspolizei Ermittlungs-, Koordinations- und Unterstützungsleistungen zugunsten der Strafuntersuchungen der Bundesanwaltschaft sowie kantonaler und ausländischer Strafverfolgungsbehörden, die zur Aufklärung von Straftaten erforderlich sind. fedpol tätig in eigener Kompetenz polizeiliche Vorabklärungen und betreibt die Meldestelle zur Geldwäschereibekämpfung. fedpol setzt Massnahmen zur Kriminalprävention um und verfügt Massnahmen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,2	0,8	0,5	-0,2	-27,8
Aufwand und Investitionsausgaben	106,2	106,1	110,3	4,2	4,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Gerichtspolizei des Bundes: fedpol erfüllt die Anforderungen in den gerichtspolizeilichen Verfahren unter Leitung der Bundesanwaltschaft effizient und effektiv			
– Zufriedenheitsgrad der Staatsanwälte/-innen mit den Leistungen zugunsten der BA (Skala 1-10)	7,5	7,5	7,5
Kriminalpolizeiliche Zentralstelle: Die Unterstützungs- und Kooperationsleistungen z.G. der nationalen und internationalen Behörden bei der Verfolgung grenzüberschreitender und schwerster Kriminalität werden effizient und effektiv erbracht			
– Zufriedenheitsgrad der nationalen Partnerbehörden (Skala 1-10)	8,2	8,0	8,0
Kriminalprävention: Die kriminalpräventiven Massnahmen sind zweckmässig, wirksam und wirtschaftlich			
– Jährliche Evaluation der finanzierten Massnahmen (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele in der Leistungsgruppe Bekämpfung von Schwerstkriminalität wurden erreicht.

LG2: SCHUTZ VON PERSONEN UND GEBÄUDEN

GRUNDAUFTRAG

fedpol sorgt für die Sicherheit von Personen und Gebäuden in der Verantwortung des Bundes im In- und Ausland. Es ordnet Sicherheitsmassnahmen für Personen des Bundes und völkerrechtlich geschützte Personen an und sorgt für den Schutz der Gebäude des Bundes und der ausländischen Vertretungen. fedpol hat den Auftrag, Sicherheitsbeauftragte im Luftverkehr zu rekrutieren, auszubilden sowie die Planung und die Überwachung der Einsätze vorzunehmen. fedpol koordiniert und leitet Tätigkeiten zur Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen wie Entführungen, Geiselnahmen, Erpressungen oder Terroranschlägen in der Schweiz oder im Ausland mit Schweizer Opfern oder Tätern.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,6	0,1	0,1	0,0	-2,0
Aufwand und Investitionsausgaben	33,2	31,9	33,7	1,8	5,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Personenschutz: Schutzmassnahmen für Personen des Bundes und völkerrechtlich geschützter Personen (Schutzpersonen) sind lagegerecht angeordnet			
– Schäden an Leib und Leben bei Schutzpersonen mit angeordneten Massnahmen (Anzahl, max.)	0	0	0
Ereignisbewältigung: fedpol stellt mit seiner Einsatzorganisation die Bereitschaft zur Bewältigung besonderer und ausserordentlicher Lagen in Zusammenarbeit mit Partnern sicher			
– Zufriedenheit der Partner mit der Leistung der Einsatzorganisation fedpol (Skala 1-10)	10,0	9,0	9,0
Gebäudeschutz: Vorgaben und Empfehlungen zum Schutz der Gebäude des Bundes und der ausländischen Vertretungen (Schutzobjekte) sind lagegerecht erteilt			
– Grossschaden bei hochgefährdet eingestuften Schutzobjekten (CHF, max.)	0	500 000	0
Sicherheit im Luftverkehr: Die Sicherheit an Bord von schweiz. Luftfahrzeugen im internationalen gewerbsmässigen Luftverkehr ist mit der Ausbildung und gefährdungsorientierten Einsatzplanung von Sicherheitsbeauftragten gewährleistet			
– Erfolgreich ausgebildete Sicherheitsbeauftragte Luftverkehr der Partnerorganisationen (% , min.)	93	90	91

KOMMENTAR

Die Zielsetzungen für die Leistungsgruppe Schutz von Personen und Gebäuden wurden erreicht bzw. übertroffen.

LG3: INFORMATIONSSYSTEME UND KOMPETENZZENTREN

GRUNDAUFTRAG

fedpol ist Aufsichtsbehörde und Kompetenzzentrum für Waffen und Sprengstoff, verantwortlich für den Schweizer Pass und die Identitätskarte. fedpol entwickelt und betreibt nationale Informationssysteme und stellt diese den Sicherheits- und Migrationsbehörden von Bund und Kantonen zur Verfügung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	16,8	16,1	19,2	3,1	19,2
Aufwand und Investitionsausgaben	20,7	24,7	21,2	-3,5	-14,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Dienstleistungen: Die Kompetenzzentren Explosivstoffe/Waffen und Ausweisschriften erbringen ihre Dienstleistungen bedarfsgerecht und in der notwendigen Qualität			
– Anteil der innert der vorgesehenen Frist ausgestellten Verfügungen (%; min.)	100	99	100
Zusammenarbeit: Die nationalen Partner verfügen über Instrumente zur effizienten und bedürfnisgerechten Zusammenarbeit			
– Verfügbarkeit der Polzeisysteme und der Polizeiunterstützung (%; min.)	99	96	99
Ausweise: Die Ausstellung der Schweizer Ausweise erfolgt innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen (Inland 10 Arbeitstage; Ausland 30 Arbeitstage)			
– Anteil der innert der vorgesehenen Frist ausgestellten Ausweise (%; min.)	100	99	100

KOMMENTAR

Die Ziele für die Leistungsgruppe Informationssysteme und Kompetenzzentren wurden übertroffen.

LG4: STEUERUNG POLIZEIZUSAMMENARBEIT

GRUNDAUFTRAG

fedpol koordiniert nationale und internationale Ermittlungsverfahren und stellt den Partnerbehörden rund um die Uhr Kooperationsinstrumente zur Verfügung. fedpol nimmt die Aufgaben des nationalen Zentralbüros für INTERPOL, Europol und für die Schengen-Fahndung (SIRENE) wahr. fedpol führt Polizeiattachés im Ausland und betreibt gemeinsam mit Frankreich und Italien Zentren für Polizei- und Zollkooperation (CCPD).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,0	0,2	4,3	4,1	n.a.
Aufwand und Investitionsausgaben	106,3	119,1	108,2	-10,9	-9,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Polizeikooperation: Das Instrumentarium der nationalen und internationalen polizeilichen Zusammenarbeit ist kohärent und entspricht den Interessen der Schweiz			
– Jährliche Evaluation der bestehenden Polizeikooperationen und Abkommen (ja/nein)	ja	ja	ja
Informationsaustausch und Fahndung: Der polizeiliche Informationsaustausch ist durchgehend sichergestellt und die grenzüberschreitenden Massnahmen sind rechtzeitig durchgeführt			
– Anteil der eingehaltenen Fristen beim dringlichen Informations-Austausch SIS/Interpol/Europol (%; min.)	95	95	95
Analysen und Berichte: fedpol versorgt seine Partner mit Erkenntnissen, Empfehlungen und verfahrenseinleitenden Hinweisen			
– Zufriedenheit der Empfänger mit den Berichten (Skala 1-10)	8,2	8,0	8,0

KOMMENTAR

Die Ziele der Leistungsgruppe Steuerung Polizeizusammenarbeit wurden erreicht. Die Zufriedenheit der Partner bleibt hoch.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	25 595	17 169	24 165	6 996	40,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	25 595	17 169	24 165	6 996	40,7
Aufwand / Ausgaben	314 300	329 052	312 554	-16 498	-5,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	266 358	281 790	273 394	-8 396	-3,0
<i>Kreditverschiebung</i>		3 394			
<i>Abtretung</i>		2 720			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		2 135			
A202.0108 Weiterentwicklung Schengen/Dublin	5 696	4 770	4 770	0	0,0
<i>Abtretung</i>		4 770			
A202.0110 Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte	1 859	1 648	1 647	-1	-0,1
<i>Abtretung</i>		14			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		904			
A202.0170 Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	1 169	430	430	0	0,0
<i>Abtretung</i>		430			
A202.0186 Umsetzung Programm Prüm Plus	555	5 074	767	-4 306	-84,9
<i>Abtretung</i>		-115			
Transferbereich					
LG 2: Schutz von Personen und Gebäuden					
A231.0149 Ausserordentliche Schutzaufgaben Kantone und Städte	31 273	23 931	20 978	-2 953	-12,3
LG 3: Informationssysteme und Kompetenzzentren					
A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und Nationale Organisationen	5 376	7 802	7 128	-674	-8,6
LG 4: Steuerung Polizeizusammenarbeit					
A231.0150 Beiträge an internationale Organisationen	2 014	3 606	3 439	-168	-4,6

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	25 594 792	17 169 300	24 164 959	6 995 659	40,7
Laufende Einnahmen	20 363 544	17 169 300	19 673 521	2 504 221	14,6
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5 231 249	–	4 491 438	4 491 438	–

Der Grossteil des Funktionsertrags entfällt auf den Anteil der Einnahmen aus der Produktion von Schweizer Reiseausweisen. Zudem resultieren Erträge aus dem Verkauf von nicht mehr benötigten Sachanlagen.

Gegenüber dem Voranschlag 2023 ist ein Mehrertrag von 7,0 Millionen entstanden. Der Mehrertrag bei den schuldenbremswirksamen Erträgen ergab sich aus einer höheren Anzahl produzierter Reiseausweise als budgetiert. Bei den nicht schuldenbremswirksamen Mehrerträgen handelt es sich um Aktivierungen aus Eigenleistungen laufender Projekte.

Rechtsgrundlagen

V vom 10.9.1969 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren (SR 172.041.0); V vom 4.5.2016 über Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen des Bundesamtes für Polizei (GebV-fedpol; SR 172.043.60); Allgemeine Gebührenverordnung (AllgGebV; SR 172.041.1); V vom 27.11.2000 über explosionsgefährliche Stoffe (SprstV; SR 941.411), Art. 112a bis 116; V vom 2.7.2008 über Waffen, Waffenzubehör und Munition (WV; SR 514.541), Art. 55 bis 57; V vom 20.9.2002 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (VAwG; SR 143.11), Art. 45 bis 50 und 53 sowie Anhang 3; BG vom 23.12.2011 über den ausserprozessualen Zeugenschutz (ZeugSG; SR 312.2), Art. 28 und 29; V vom 7.11.2012 über den ausserprozessualen Zeugenschutz (ZeugSV; SR 312.21), Art. 24.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	266 358 167	281 790 100	273 394 331	-8 395 769	-3,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		8 248 500			
Funktionsaufwand	263 419 160	277 508 100	271 735 946	-5 772 154	-2,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	256 774 650	273 595 000	265 331 734	-8 263 266	-3,0
Personalausgaben	169 329 926	179 181 800	174 213 079	-4 968 721	-2,8
Sach- und Betriebsausgaben	87 444 724	94 413 200	91 118 655	-3 294 545	-3,5
<i>davon Informatik</i>	49 077 309	54 923 400	53 678 825	-1 244 575	-2,3
<i>davon Beratung</i>	447 233	647 600	218 057	-429 543	-66,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	6 644 511	3 913 100	6 404 212	2 491 112	63,7
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	2 939 006	4 282 000	1 658 385	-2 623 615	-61,3
Vollzeitstellen (Ø)	966	990	972	-18	-1,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Abweichung bei den *Personalausgaben* zum Voranschlag von -5,0 Millionen ist insbesondere eine Folge des Stellenaufwuchses und der Verzögerungen bei der Rekrutierung von Ersatzanstellungen aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels. Die bewilligten zusätzlichen Stellen zur Sicherstellung des Schutzes von Personen und Gebäuden aufgrund der verschärften Bedrohungslage konnten im Laufe des Jahres 2023 besetzt werden, verursachten aber noch nicht den budgetierten Aufwand. Aufgrund von Verzögerungen bei den Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes auf EU-Ebene wurden für diese Aufgaben noch nicht alle Stellen besetzt. Die Zunahme der Rückstellung für Zeitguthaben verursachte einen Aufwand von 0,4 Millionen.

Der durchschnittliche Bestand an Vollzeitstellen liegt aufgrund der Verzögerungen von Rekrutierungen für Ersatzanstellungen deutlich unter der Planung. Erfreulicherweise konnte im letzten Quartal für das Nachfolgejahr ein Grossteil der freien Stellen besetzt werden.

Sach- und Betriebsaufwand

Beim *Informatiksachaufwand* entfielen 35,9 Millionen auf den Betrieb der Fachapplikationen und Anwendungen sowie 17,7 Millionen auf Projekte und Weiterentwicklungen bestehender Anwendungen. Das Projektportfolio enthält ein umfangreiches Volumen zur Erneuerung oder Entwicklung wichtiger Anwendungen, Netzwerke und Infrastrukturen zur Abwicklung der nationalen und internationalen polizeilichen Zusammenarbeit. Die Leistungen des bundesinternen Informatikdienstleisters ISC-EJPD für Projekte haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen und beliefen sich auf 11,1 Millionen. Gegenüber dem Voranschlag sind Mehrkosten für den Betrieb von 0,2 Millionen und Minderkosten für Projekte und Weiterentwicklungen von 1,5 Millionen zu verzeichnen. Rückstände, welche in verschiedenen Projekten in den Vorjahren entstanden sind, konnten in einzelnen Projekten aufgeholt und Teilauflösungen der dazu gebildeten zweckgebundenen Reserven vorgenommen werden. Infolge von externen Einflüssen (u.a. Fall Hackerangriff auf externen Leistungserbringer) und den daraus resultierenden Massnahmen mussten jedoch Umpriorisierungen und Verzögerungen von geplanten Projekten und Weiterentwicklungen in Kauf genommen werden. Für diese geplanten Projekte werden zweckgebundene Reserven beantragt (vgl. Übersicht über die Reserven).

Der *Beratungsaufwand* lag rund 0,4 Millionen unter der Planung. Die Mittel wurden im Wesentlichen für die Erstellung von Fachexpertisen und Mandate zur operativen Beratung und Unterstützung eingesetzt.

Bei den *übrigen Aufwendungen* im Sach- und Betriebsaufwand sind Kosten von 37,2 Millionen entstanden. Sie beinhalten einen Mietaufwand im Umfang von 24,0 Millionen sowie Aufwand für den Betrieb der Polizei- und Zollkooperationszentren, Ausrüstung, Transporte, Bürobedarf, Dienstleistungen und Spesen von insgesamt 13,2 Millionen. Gegenüber der Planung von 38,8 Millionen sind somit Minderaufwände in der Höhe von 1,6 Millionen entstanden.

Abschreibungsaufwand

Der *Abschreibungsaufwand* besteht mehrheitlich aus den Abschreibungen auf den aktivierten Fachapplikationen und Gütern.

Investitionsausgaben

Die *Investitionsausgaben* sind deutlich tiefer ausgefallen als geplant. Mehrere Beschaffungen von Einsatzfahrzeugen, Materialbeschaffungen und Installationen haben sich durch Lieferengpässe verzögert und können erst ab 2024 ausgeliefert oder vorgenommen werden. Dafür werden zweckgebundene Reserven beantragt (vgl. Übersicht über die Reserven).

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 2 719 900 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Kreditverschiebungen von Verwaltungseinheiten (5,1 Mio.): 4 300 000 Franken zur Abdeckung von IKT-Mehrausgaben, insbesondere der Ablösung des jMessage-Handlers (2,1 Mio. vom SEM, 2,0 Mio. vom ISC-EJPD sowie 0,2 Mio. von der ESBK), 767 000 Franken des ISC-EJPD aus dem Programm Fernmeldeüberwachung für die Beschaffung des neuen Ermittlungssystems sowie 28 700 Franken der WEKO für Leistungen im Bereich digitale Forensik.
- Kreditverschiebungen an Verwaltungseinheiten (1,7 Mio.): 1 184 500 Franken an das ISC-EJPD für das NetApp-System KNOX (Tier 2), 300 000 Franken an das EDA für Wartungskosten ESYSP, 142 000 Franken an das BBL für die Finanzierung spezifischer Zusatzbedürfnisse von fedpol im Bereich Büroausrüstung/Spezialmobiliar sowie 75 600 Franken an die BK für nicht beanspruchte Logen- und Sicherheitsdienste.
- Verwendung von zweckgebundenen Reserven (2,1 Mio.): 487 400 Franken für die Erneuerung eDoc-PKI, 304 000 Franken für AFIS Hardwareablösung, 300 000 Franken für das Projekt EP NG, 250 000 Franken für das Projekt Vorläuferstoffe e-prex, 240 000 Franken für Ersatzbeschaffungen Einsatzfahrzeuge, 222 600 Franken für im Vorjahr verzögerte Beschaffungen und Ausrüstung, 209 000 Franken für Vorarbeiten zur Erneuerung des Systems AFIS 2026 sowie 122 00 Franken für Delegationsbeschaffungen OSE.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Bekämpfung von Schwerstkriminalität		LG 2: Schutz von Personen und Gebäuden		LG 3: Informationssysteme und Kompetenzzentren	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	106	110	33	34	21	21
Personalausgaben	72	75	24	24	7	7
Sach- und Betriebsausgaben	29	31	8	8	14	14
davon Informatik	13	15	2	2	12	12
davon Beratung	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	3	3	1	1	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	2	2	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	416	417	167	170	39	39
	LG 4: Steuerung Polizeizusammenarbeit					
	R 2022	R 2023				
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	106	108				
Personalausgaben	67	68				
Sach- und Betriebsausgaben	36	38	–			
davon Informatik	22	25				
davon Beratung	0	0				
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2	2				
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	1	0	–			
Vollzeitstellen (Ø)	344	346				

A202.0108 WEITERENTWICKLUNG SCHENGEN/DUBLIN

	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
CHF					
Total	5 696 394	4 770 276	4 770 275	-1	0,0
davon Kreditmutationen		4 770 276			
Funktionsaufwand	5 696 394	4 770 276	4 770 275	-1	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	5 696 394	4 770 276	4 770 275	-1	0,0
Sach- und Betriebsausgaben	5 696 394	4 770 276	4 770 275	-1	0,0

Die Schweiz ist seit Dezember 2008 Teil des Schengen/Dublin-Raums. Im Rahmen der entsprechenden Assoziierungsabkommen hat sich die Schweiz grundsätzlich zur Übernahme aller Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands verpflichtet. Folglich müssen die nationalen Informatikanwendungen von fedpol kontinuierlich weiterentwickelt und/oder neu konzipiert werden. Dafür wird seit dem Jahr 2021 der vorliegende Kredit geführt.

Die Mittel werden eingesetzt für die Weiterentwicklung des bestehenden Nationalen Schengener Informationssystems SIS sowie dessen Quellsysteme, mit Anpassungen am dazugehörigen Vorgangsverwaltungssystem. Des Weiteren setzt fedpol den polizeilichen Teil der neuen europäischen Interoperabilitätsarchitektur um. Um diese auch auf nationaler Ebene zu gewährleisten, wird ein Teil der geplanten polizeilichen Abfrageplattform «POLAP» sowie deren Schnittstellen zu den internationalen und nationalen Systemen bereitgestellt.

Seit dem Voranschlag 2020 werden die Mittel zur Führung des Programms «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» zentral beim GS-EJPD in einem Sammelkredit eingestellt und unterjährig den Verwaltungseinheiten des EJPD abgetreten.

Kreditmutationen

- Abtretung des GS-EJPD von 4 770 276 Franken für die Weiterentwicklung von Schengen/Dublin.

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31, Art. 2 Abs. 3 und Art. 7).

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Weiterentwicklung Schengen/Dublin Besitzstand» (V0345.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0110 ERNEUERUNG SCHWEIZERPASS UND IDENTITÄTSKARTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 858 753	1 648 300	1 647 435	-865	-0,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>918 400</i>			
Funktionsaufwand	1 858 753	1 648 300	1 647 435	-865	-0,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 858 753	1 648 300	1 647 435	-865	-0,1
Personalausgaben	645 246	744 300	488 714	-255 586	-34,3
Sach- und Betriebsausgaben	1 213 507	904 000	1 158 721	254 721	28,2
<i>davon Informatik</i>	<i>155 430</i>	<i>-</i>	<i>306 851</i>	<i>306 851</i>	<i>-</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>68 727</i>	<i>-</i>	<i>172 152</i>	<i>172 152</i>	<i>-</i>
Vollzeitstellen (Ø)	4	4	3	-1	-25,0

Das Projekt «Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte» besteht aus drei Teilen: Der Erneuerung des Passes, der Erneuerung der Identitätskarte (IDK) sowie der Umsetzung einer elektronischen Identität (E-ID). Bei den Projekten zur Erneuerung von Pass und IDK konnten im Dezember 2023 wichtige Abnahmen erfolgreich durchgeführt werden. Die weiteren Arbeiten für die Teilprojekte biometrische IDK mit Chip und Notpass werden voraussichtlich bis 2027 fortgeführt und über zweckgebundene Reserven finanziert. Zur E-ID hat der Bundesrat am 29.3.2023 das EJPD mit einem Pilotprojekt und Aufbau einer Ausstellungs- und Vertrauensinfrastruktur beauftragt. Die Arbeiten für die Ausstellungsinfrastruktur laufen und werden über zweckgebundene Reserven finanziert. Dessen Umsetzung ist Bestandteil laufender Arbeiten unter Federführung des BJ (siehe dazu Botschaft zum VA 2024, Band 2, Einzelkredit beim BJ A202.0192 Elektronischer Identitätsnachweis E-ID).

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Der Personalausgaben liegt unter dem Voranschlagswert, da im Laufe des Jahres infolge fortgeschrittenem Projektstand eine offene Stelle nicht ersetzt wurde.

Sach- und Betriebsaufwand

Der budgetierte Sach- und Betriebsaufwand wurde im Jahr 2023 vollständig beansprucht. Zusätzlich konnte ein Teil der zweckgebundenen Reserven aus den Vorjahren aufgelöst werden. Die restlichen zweckgebundenen Reserven werden in den nächsten Jahren verwendet (vgl. Übersicht über die Reserven).

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamtes von 14 400 Franken für familienergänzende Kinderbetreuung.
- Verwendung zweckgebundener Reserven von 904 000 Franken für das Projekt Erneuerung Pass und Identitätskarte.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.6.2001 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (AwG; SR 143.1).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte» (V0224.00; BB vom 13.12.2012 und 14.12.2017), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0170 PROGRAMM UMSETZUNG ERNEUERUNG SYSTEMPLATTFORM (ESYSP)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 169 489	430 400	430 293	-107	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>430 400</i>			
Laufende Ausgaben	1 094 496	430 400	409 176	-21 224	-4,9
Investitionsausgaben	74 994	-	21 117	21 117	-

Die heutige «Systemplattform eDokumente» stellt die Erfassung von biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder sicher und wurde 2010 in Betrieb genommen. Die Systemplattform wird von den Anwendungen zur Ausstellung des Schweizer Passes und der schweizerischen Identitätskarten (ISA), der Visa (ORBIS), des biometrischen Ausländerausweises (ZEMIS) sowie der Reisedokumente für ausländische Personen (ISR) genutzt. Zusätzlich dient die Systemplattform der Kontrolle und Verifikation der biometrischen Daten von Schweizer Pässen und biometrischen Ausländerausweisen durch die Grenzkontrollbehörden. Die wesentlichen Komponenten dieser Plattform sind am Ende ihrer Laufdauer angelangt, was einen Ersatz notwendig macht. Die Erneuerung erfolgt im Rahmen des Programms ESYSP (Erneuerung Systemplattform) unter der Leitung des SEM in Zusammenarbeit mit fedpol, EDA, BAZG sowie Vertretern von kantonalen Stellen. Seit 2018 sind die Mittel für das Programm ESYSP zentral beim SEM in einem Sammelkredit eingestellt und werden mit entsprechenden unterjährigen Abtretungen den Verwaltungseinheiten fedpol, BAZG und EDA zugeteilt. Der Programmausschuss hat am 26.4.2023 entschieden, die Programm-Abschlussphase einzuleiten, das Programm per Ende Juni 2023 abzuschliessen und die Restanzen in die Linie des SEM, EDA und ISC-EJPD zu überführen. Der Programmabschlussbericht über die siebenjährige Laufzeit wurde in der Zwischenzeit erstellt und durch den Programmauftraggeber genehmigt. Die Programmorganisation wurde per 30.6.2023 aufgelöst.

Kreditmutationen

- Abtretung des SEM von 430 400 Franken für die Umsetzung des Programms ESYSP zur Erneuerung der Systemplattform Biometriedatenerfassung.

Rechtsgrundlagen

Bundesbeschluss vom 14.6.2017 zur Erneuerung der Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP; BBI 2017 4425); Bundesbeschluss «Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente» (BBI 2008 5309).

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP)» (V0296.00 – V0296.01), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

A202.0186 UMSETZUNG PROGRAMM PRÜM PLUS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	554 545	5 073 500	767 078	-4 306 422	-84,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-115 000</i>			

Das Ziel des Programmes Prüm Plus ist die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus mittels rascher Identifikation von Straftätern. Das Programm besteht aus drei Vorhaben: Der Prümer Austausch ist seit 2008 das zentrale Instrument zum schnellen und effizienten gegenseitigen Abgleich biometrischer Daten von Straftätern im gesamten Schengenraum. Zentrale Elemente der Prümer Zusammenarbeit sind der erleichterte, automatisierte Abgleich von DNA-Profilen und Fingerabdrücken sowie ein direkter Zugriff auf die Fahrzeug- sowie Fahrzeughalterdaten der beteiligten Staaten. Ausserdem soll den Strafverfolgungsbehörden der Zugriff auf die Europäische Asylatenbank Eurodac ermöglicht werden. In der Eurodac-Datenbank werden die Fingerabdrücke von Drittstaatsangehörigen gespeichert, die in einem Dublin-Staat ein Asylgesuch einreichen oder beim illegalen Überqueren der Schengen-Aussengrenzen aufgegriffen und registriert werden. Drittens soll das PCSC-Abkommen («Enhancing Cooperation in Preventing and Combating Serious Crime») umgesetzt werden, welches sich an die Prümer Zusammenarbeit der EU anlehnt und eine Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit durch die Vereinfachung des Abgleichs von Fingerabdruck- und DNA-Daten zwischen den USA und der Schweiz bezweckt. Die Umsetzung von Prüm Plus erfolgt in einem Programm unter der Leitung von fedpol in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen ASTRA. Das Programm wird aus zentralen IKT-Mitteln sowie Eigenmitteln des EJPD finanziert und in einem Sammelkredit bei fedpol geführt. Unterjährig erfolgte für die Projektumsetzung eine Kreditabtretung an das ASTRA.

Gegenüber der Planung ist ein Minderbedarf entstanden, da die geplanten Arbeiten aufgrund der angespannten Ressourcensituation beim bundesinternen IKT-Leistungserbringer nur teilweise erbracht werden konnten. Die nicht beanspruchten Mittel werden als zweckgebundene Reserve in das Folgejahr übertragen (vgl. Übersicht über die Reserven).

Kreditmutationen

- Abtretung an das Bundesamt für Strassen ASTRA von 115 000 Franken für Anpassungen an der Halterdatenbank IVZ im Zusammenhang mit dem Programm Prüm Plus.

Rechtsgrundlagen

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über die Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2008/615/JI des Rates zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, des Beschlusses 2008/616/JI des Rates zur Durchführung des Beschlusses 2008/615/JI zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, und seines Anhangs sowie des Rahmenbeschlusses 2009/905/JI des Rates über die Akkreditierung von Anbietern Kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen

(Prümer Zusammenarbeit, SR 0.362.47); Protokoll zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags betreffend den Zugang zu Eurodac für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke (SR 0.142.392.682); Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten (SR 0.360.336.2)

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Programm Prüm Plus» (V0366.00; BB vom 27.9.2021), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	9 788 000	9 788 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	5 427 500	5 427 500
Auflösung / Verwendung	–	-5 220 300	-5 220 300
Endbestand per 31.12.2023	–	9 995 200	9 995 200
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	12 699 500	12 699 500

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Rechnungsjahr 2023 konnten in Projekten mit zweckgebundenen Reserven Leistungen im Umfang von 5,2 Millionen erbracht und die Reserven ganz oder teilweise aufgelöst werden. Davon betreffen 4,6 Millionen Informatikprojekte, namentlich die Projekte Erneuerung eDoc-PKI, Vorläuferstoffe e-prex, Ereignisprotokollierung New Generation EP NG, AFIS Hardwareablösung und Erneuerung Pass.

Reservenbestand

Bei den bestehenden zweckgebundenen Reserven von 10,0 Millionen handelt es sich ausschliesslich um IKT-Projekte. Davon entfallen 6,5 Millionen auf den Einzelkredit Erneuerung Schweizerpass und Identitätskarte (A202.0110) und 2,0 Millionen auf den Einzelkredit Prüm Plus (A202.0186).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es sollen neue zweckgebundene Reserven im Umfang von 12 699 500 Franken gebildet werden. Davon entfallen 4,3 Millionen auf den Einzelkredit Programm Prüm Plus. Die übrigen Anträge beziehen sich auf den Funktionsaufwand (A200.0001). Sie umfassen 6,5 Millionen für IKT-Projekte und 1,9 Millionen für Beschaffungsvorhaben ausserhalb der IKT. Die Höhe der zweckgebundenen Reserven für IKT-Projekte begründet sich primär aus erfolgten Umpriorisierungen infolge des Hackerangriffs auf einen Lieferanten und der daraus resultierenden Sofortmassnahmen sowie aus Verschiebungen von Projektterminen (u.a. seitens EU und dem erfolgten Hackerangriff).

- Programm Prüm Plus 4 306 000 Franken

Die geplanten Arbeiten für das strategische Vorhaben Prüm Plus konnten 2023 aufgrund der sehr angespannten Ressourcensituation beim bundesinternen IKT-Leistungserbringer ISC-EJPD nur teilweise erbracht werden, weshalb sich die Umsetzungsphase (Stand 31.12.2023) des Vorhabens um rund zwei Jahre verlängert. Die im 2023 geplanten und budgetierten Personentage des ISC-EJPD und die damit zusammenhängenden externen Dienstleistungen (PL, QRM) können somit erst im Jahr 2024 abgerufen werden und müssen über eine zweckgebundene Reserve finanziert werden.

- Projekt jMessage Handler NG / PUNT 4 250 000 Franken

Im Jahr 2023 konnte die Menge an geplanten Projektaufgaben durch das bestehende bzw. reduzierte Team des Leistungserbringers ISC-EJPD nicht umgesetzt werden, was einen Rückstand in der Umsetzung des Projektfortschritts nach sich zieht. Hinzu kamen mehrere Verschiebungen der Projekttermine seitens EU, was zu unplanmässiger Mehrarbeit führte. Auch führte die gegenüber der Spezifikation deutlich erhöhte Komplexität der Arbeitspakete zu wiederholten Verschiebungen von Quartals- und Sprintzielen. Die Projektarbeiten werden im 2024 weiter vorangetrieben.

- PNR Passenger Name Records 130 000 Franken

Das strategische Projekt PNR Passenger Name Records Schweiz wird bei fedpol geführt. Ziel ist die Nutzung von Flugpassagierdaten zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität. Aufgrund von Projektverzögerungen aus rechtlichen und politischen Gründen konnten die im 2023 geplanten und budgetierten Arbeiten nicht vollumfänglich ausgeführt werden, weshalb für die später benötigten Mittel eine zweckgebundene Reserve gebildet werden muss.

- Projekt Hardware LifeCycle (IKT IFC HW) 600 000 Franken

Der geplante Ersatz von am Ende der Lebensdauer angelangter Hardware im Bereich der operativen Spezialeinsätze (OSE) konnte im Jahr 2023 aufgrund eines internen Ressourcenengpasses nicht vollumfänglich abgeschlossen werden. Der Ersatz dieser Hardware muss nun zwingend im 2024 nachgeholt werden, weshalb hierfür eine zweckgebundene Reserve gebildet werden muss.

- Projekt ORMA Upgrade2018+/ neo 990 000 Franken

Das Projekt ORMA Upgrade 2018+ ist das Vorprojekt, um die Ablösung der Anwendung ORMA vorzubereiten. Unter anderem geht es darum, den Aufwand der Datenmigration für das zukünftige System zu minimieren. Aufgrund des unvorhergesehenen Hackerangriffs auf einen externen Lieferanten konnten die geplanten Arbeiten nicht umgesetzt werden und es kam zu Projektverzögerungen. Aus den gleichen Gründen konnten auch die geplanten Arbeiten für das Ablöseprojekt «neo (Ablösung ORMA)» nicht umgesetzt werden. Die Arbeiten werden im 2024 wieder aufgenommen. Hierzu werden jedoch die im 2023 geplanten Mittel benötigt und somit muss eine zweckgebundene Reserve gebildet werden.

- Projekt goAML Futuro 230 000 Franken

Die Meldestelle für Geldwäscherei MROS verzeichnet eine enorm gestiegene Anzahl Verdachtsmeldungen und gleichzeitig Lücken in der Systemunterstützung. Mit dem Projekt goAML Futuro sollen diese Mängel behoben werden. Ein Ressourcenengpass des Leistungserbringers ISC-EJPD hat dazu geführt, dass eine Neupriorisierung der zugewiesenen Ressourcen vorgenommen werden musste. Dies bedeutete für dieses Projekt, dass die geplanten Arbeiten nicht umgesetzt werden konnten, was zu einer Verzögerung führte. Dieser Umstand soll nun im 2024 korrigiert werden.

- Projekt Dienstleistung Digitale Transformation 250 000 Franken

Die Abteilung Digitale Governance hatte für 2023 diverse kleinere Vorhaben im Rahmen der Digitalen Transformation geplant. Durch den unvorhergesehenen Hackerangriff auf einen externen Lieferanten wurden die internen Ressourcen in eine dafür gebildete Taskforce verschoben. Diesem Umstand geschuldet, konnten nicht alle Vorhaben wie geplant umgesetzt werden. Diese Arbeiten wurden für das Jahr 2024 neu priorisiert und zur Umsetzung frei gegeben.

- Projekt Beschaffung Einsatzmaterial 330 000 Franken

Aufgrund umfangreicher technischer Abklärungen und Lieferengpässen bei den Herstellern konnten die im 2023 budgetierten und bestellten Beschaffungen nicht im aktuellen Jahr ausgeliefert werden. Die Auslieferung und dementsprechend auch die Zahlungen werden erst im Jahr 2024 erfolgen.

- Projekt Beschaffung Polycom Funknetz Bundesmeile 930 000 Franken

Die Beschaffungskosten für den Ausbau des Funknetzes Polycom wurden im 2023 eingestellt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffungsstelle und bei den Lieferanten, welche die Installation vornehmen, konnte das Vorhaben nicht fristgerecht umgesetzt werden. Aus diesem Grund soll diese zweckgebundene Reserve gebildet werden. Die Arbeiten verschieben sich in die Folgejahre.

- Beschaffung Fahrzeuge und Fahrzeugverbau 683 500 Franken

Die geplante Beschaffung mehrerer Einsatzfahrzeuge hat sich aufgrund von Materiallieferschwierigkeiten bei elektronischen Komponenten seitens des Herstellers verzögert. Die im 2023 bestellten Fahrzeuge können somit erst 2024 ausgeliefert werden. Zudem haben sich geplante Ausbauten von fünf Einsatzfahrzeugen aufgrund von Ressourcenengpässen beim Lieferanten verzögert. Von dieser Verzögerung sind diverse Blaulichtorganisationen der Schweiz betroffen. Die von fedpol im 2023 bestellten Leistungen können dementsprechend erst im 1. Quartal 2024 ausgeliefert werden.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: SCHUTZ VON PERSONEN UND GEBÄUDEN

A231.0149 AUSSERORDENTLICHE SCHUTZAUFGABEN KANTONE UND STÄDTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	31 272 997	23 931 000	20 977 779	-2 953 221	-12,3

Mit der Abgeltung werden Kantone und Städte für die Sicherheits- und Schutzaufgaben entschädigt, wenn diese im Auftrag des Bundes regelmässig wiederkehrend oder dauernd erbracht werden und mehr als 5 Prozent der jährlichen Lohnkosten des betroffenen Polizeikorps oder mehr als 1 Million ausmachen. Die Abgeltungen an die Kantone und Städte für Schutzaufgaben basieren vorab auf der Anzahl und den Umfängen der Einsätze der Kantone Bern, Genf, Tessin und Zürich sowie der Stadt Zürich. Die Bemessungsgrundlage wird jeweils für drei Jahre festgelegt.

Die effektiven Ausgaben sind um rund 3 Millionen Franken tiefer als geplant ausgefallen. Gründe dafür sind das Nichtzustandekommen einer neuen Vereinbarung mit dem Kanton Waadt, da dieser die Schwelle von Leistungen über 1 Million nicht erreichte sowie Minderausgaben beim WEF. Auch die rollende Bemessungsgrundlage für die bestehenden Vereinbarungen führte zu einer kleinen Ausgabenreduktion.

Rechtsgrundlagen

BG vom 21.3.1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120), Art. 28 Abs. 2; V vom 24.6.2020 über den Schutz von Personen und Gebäuden in Bundesverantwortung (VSB; SR 120.72).

Hinweise

Verpflichtungskredite «WEF Sicherheitsmassnahmen 2022–2024» (V0317.01; BB vom 21.9.2021) und «Abgeltung dauernde Schutzaufgaben 2020–2024» (V0321.00; BB vom 12.12.2019); siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 3: INFORMATIONSSYSTEME UND KOMPETENZZENTREN

A231.0151 ÜBRIGE ABGELTUNGEN AN KANTONE UND NATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 375 906	7 801 900	7 128 096	-673 804	-8,6

Die übrigen Abgeltungen enthalten im Wesentlichen die Bundesbeiträge an das Schweizerische Polizei-Institut (SPI), an das Forensische Institut Zürich (FOR) für die Erfüllung von Aufgaben in den Bereichen Sprengstoffanalytik, Pyrotechnik und Unschädlichmachung von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen sowie an die Schweizerische Kriminalprävention (SKP). fedpol unterstützt zudem mit Finanzhilfen Organisationen, die Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel und Prostitution sowie zur Verhinderung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen durchführen.

Die vorgesehenen Mittel für Finanzhilfen wurden nicht vollumfänglich ausgeschöpft, da weniger Gesuche im Bereich der Radikalisierung eingegangen sind als in den Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

BG vom 21.3.1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120), Art. 28 Abs. 2; V vom 30.11.2001 über die Wahrnehmung kriminalpolizeilicher Aufgaben im Bundesamt für Polizei (SR 360.1), Art. 10a; V vom 23.10.2013 über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten in Zusammenhang mit Menschenhandel (SR 311.039.3), 3. Abschnitt; V vom 18.11.2015 über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten in Zusammenhang mit Prostitution (SR 311.039.4), 3. Abschnitt; V vom 16.5.2018 über Massnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (Verordnung gegen Radikalisierung und Extremismus; SR 311.039.5), 4. Abschnitt; V vom 9.10.2019 über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS; SR 311.039.6).

TRANSFERKREDITE DER LG 4: STEUERUNG POLIZEIZUSAMMENARBEIT

A231.0150 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 014 244	3 606 100	3 438 528	-167 572	-4,6

fedpol vertritt die Schweiz in verschiedenen internationalen Organisationen, in welchen die Staaten und deren Polizeibehörden die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sicherstellen. So bietet INTERPOL als weltweit grösste internationale Polizeiorganisation die Möglichkeit, mit den Behörden anderer Länder kriminalpolizeiliche Informationen zur Verbrechens- und Terrorbekämpfung auszutauschen. Daneben fallen auch Beiträge unseres Landes an den Entwicklungs- und Betriebskosten der Schengener Informationssysteme der EU an. Diese werden seit 2012 durch eine zum Betrieb dieser Systeme geschaffenen IT-Agentur der EU (eu-LISA) geführt. Ziel der Mitgliedschaft in der Egmont Group ist die Bekämpfung der Geldwäscherei, welche für die Anerkennung des Finanzplatzes Schweiz von grosser Bedeutung ist. Die Abgeltung für den elektronischen Verzeichnisdienst für Zertifikate an die internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) dient schliesslich der Sicherstellung der Echtheit und Unverfälschtheit von Ausweisen mit elektronisch gespeicherten Daten.

Der Minderaufwand begründet sich wie folgt: Der Beitrag eu-LISA 2022 (nachsüssig im 2023 zur Zahlung fällig) ist rund 0,8 Millionen unter dem geplanten Ausmass angefallen. Dagegen fällt die passive Rechnungsabgrenzung für den erst im 2024 fälligen Beitrag 2023 mit 3,2 Millionen um 0,7 Millionen höher aus gegenüber den ursprünglichen Annahmen. Hieraus ergibt sich eine Nettoerhöhung gegenüber der Planung von rund 0,1 Millionen. Auch die übrigen Pflichtbeiträge liegen insgesamt um rund 0,1 Millionen unter den veranschlagten Annahmen, mit rund 68 000 Franken am meisten beim Beitrag an INTERPOL.

Rechtsgrundlagen

Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0), Art. 353; Abkommen vom 26.10.2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes (SAA, SR 0.362.31), Art. 11; Vereinbarung vom 8.11.2019 zwischen der Europäischen Union einerseits und dem Königreich Norwegen, der Republik Island, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein andererseits zur Beteiligung dieser Staaten an der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (EU; SAA; SR 0.362.315; für die Schweiz in Kraft seit 1.3.2020); Unterzeichnung der Egmont Group of Financial Intelligence Units Charter am 21.12.2007 im Rahmen von Art. 183 BV.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Sicherstellung einer hohen Qualität der Auskünfte, Gutachten und Forschungsarbeiten
- Weiterentwicklung der eigenen wissenschaftlichen Forschung
- Anbieten eines attraktiven Forschungsstandorts zum internationalen und ausländischen Recht, und Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in diesem Bereich
- Überprüfung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen
- Gewährleistung der Sichtbarkeit der Publikation und der weiteren Dienstleistungen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,5	0,4	0,4	-0,1	-15,1
Laufende Ausgaben	7,0	7,9	7,3	0,2	3,4
Eigenausgaben	7,0	7,9	7,3	0,2	3,4
Selbstfinanzierung	-6,6	-7,4	-6,9	-0,3	-4,7
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	22,6
Jahresergebnis	-6,6	-7,4	-6,9	-0,3	-4,7
Investitionsausgaben	-	-	0,0	0,0	-

KOMMENTAR

Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich durch eine höhere Stellenauslastung verursacht. Der Ertrag liegt dagegen aufgrund des leichten Rückgangs bei gebührenpflichtigen Leistungen unter dem Vorjahr, was insgesamt zu einer leicht verschlechterten Selbstfinanzierung führt.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Wirtschaftsvölkerrecht: Abschluss der Encyclopedia of International Economic Law, inklusiv das Schreiben des Einleitungskapitels einerseits und das Fertigstellen des Drucks andererseits (teilweise erreicht)
Die Korrekturarbeiten aller erhaltenen Beiträge sind abgeschlossen. Einige externe (von Dritten zu erstellende) Beiträge sind noch ausstehend.
- Forschungsschwerpunkt Methoden der Rechtsvergleichung: Abschluss einer Publikation (nicht erreicht)
Insbesondere bei den extern zu erstellenden Beiträgen hat sich die Abgabe verzögert. Entsprechend wird die Publikation voraussichtlich erst einige Monate später beim Verlag eingereicht werden.
- Entwicklungsplan für die elektronischen Sammlungen der Bibliothek: Einrichten des Erwerbskreislaufs (erreicht)
- Aufwertung der Sammlungen: Überprüfung der Liste der ausgewerteten wissenschaftlichen Zeitschriften und Start des Projektes (nicht erreicht)
Das Managementsystem und die programmierten technischen Spezifikationen lassen eine Wiederaufnahme der Zählung nicht zu.

LG1: RECHTSVERGLEICHENDE INFORMATIONEN

GRUNDAUFTRAG

Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) ist eine unabhängige Anstalt des Bundes. Das SIR erarbeitet Rechtsgutachten und rechtsvergleichende Studien und unterstützt die Rechtspraxis und die rechtsvergleichende Lehre und Forschung durch eine Fachbibliothek, bibliothekarische Auskünfte sowie verschiedene Veranstaltungen (Tagungen, Seminare) und Publikationen. Von den Dienstleistungen des SIR profitieren prioritär die Gerichte sowie die Behörden und öffentlich-rechtlichen Institutionen des Bundes und der Kantone. Darüber hinaus kann das SIR mit noch freien Kapazitäten auch Anwalts- und Notariatsbüros, Unternehmen und Privatpersonen verlässlich, objektiv und vollständig über ausländisches und internationales Recht informieren.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,4	0,4	0,5	0,1	21,2
Aufwand und Investitionsausgaben	7,0	7,9	7,4	-0,4	-5,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Forschungsunterstützung: Das SIR fördert die rechtsvergleichende Forschung sowie die Forschung zum internationalen und ausländischen Recht und unterstützt diesbezüglich auch die universitäre Lehre			
– Fachtagungen (Anzahl, min.)	4	4	8
– Publikationen (Anzahl, min.)	5	6	9
Fachbibliothek: Das SIR sorgt für eine aktuelle und qualitativ hochstehende Fachdokumentation (inkl. Datenbanken und eBooks)			
– Neue Monographien (Anzahl, min.)	1 566	2 000	1 539
– Fachdokumentation: Aktualisierung von Rechtsordnungen bzw. nationalen Sammlungen (Anzahl, min.)	1	2	2

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht.

Fachbibliothek: Das Ziel, den Bestand an Monographien zu erhöhen konnte wegen des Austrittes eines Mitarbeiters und der nur schrittweisen Wiederaufnahme der Tätigkeit durch eine Mitarbeiterin nicht erreicht werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	391	420	510	89	21,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	391	420	510	89	21,2
Aufwand / Ausgaben	6 963	7 857	7 410	-447	-5,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	6 963	7 857	7 410	-447	-5,7
Abtretung		125			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	391 124	420 300	509 586	89 286	21,2

Gemäss dem SIR-Gesetz und der Verordnung über Gebühren und Entschädigungen des SIR teilt sich der Funktionsertrag in gewerbliche (Fr. 338 329), gebührenpflichtige (Fr. 50 118) und übrige Einnahmen auf. Der Rückgang der Einnahmen (im Vergleich zu 2022) aus gebührenpflichtigen Leistungen (Fr. 50 596) ist hauptsächlich auf Nachfrageschwankungen zurückzuführen, auf die das SIR keinen Einfluss hat. Die gewerblichen Leistungen müssen mindestens kostendeckend sein. Nach einem Kostendeckungsgrad von 105 Prozent im Vorjahr wurde die Vorgabe im Jahr 2023 beinahe erreicht (99,3 %). Der Rückgang der gewerblichen Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr (Fr. 18 000) führt dazu, dass die indirekten Kosten im Jahr 2023 nicht vollständig gedeckt werden können (Fr. -2000). Die Zunahme der laufenden Einnahmen ist letztendlich auf den Abbau der Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben und entsprechend reduzierter Rückstellungen zurück zu führen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 28.9.2018 über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SR 425.1). V über Gebühren und Entschädigungen des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SR 425.15).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	6 963 348	7 857 400	7 410 139	-447 261	-5,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		124 600			
Funktionsaufwand	6 963 348	7 857 400	7 390 753	-466 647	-5,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	6 953 604	7 851 400	7 383 211	-468 189	-6,0
Personalausgaben	4 999 471	5 399 000	5 285 009	-113 991	-2,1
Sach- und Betriebsausgaben	1 954 132	2 452 400	2 098 202	-354 198	-14,4
<i>davon Informatik</i>	311 765	378 000	320 189	-57 811	-15,3
<i>davon Beratung</i>	68 645	135 700	115 021	-20 679	-15,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	9 744	6 000	7 542	1 542	25,7
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	19 386	19 386	-
Vollzeitstellen (Ø)	29	30	30	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Minderbedarf im Personalaufwand im Vergleich zum Voranschlag ist im Wesentlichen auf nicht unmittelbar wiederbesetzte Vakanzen und einer vorübergehenden Reduktion im Personalbestand zurückzuführen.

Sach- und Betriebsaufwand

Der Sach- und Betriebsaufwand sank gegenüber dem Voranschlag (-0,4 Mio.) hauptsächlich aufgrund der anhaltenden Verzögerungen der Arbeiten am Gebäude und im Projekt Archivierung sowie der geringeren Beschaffung von Fachliteratur und Informatik.

Der *Informatiksachaufwand* (-0,1 Mio.) lag aufgrund eines geringeren Hardwarebedarfs (vermehrte Anschaffungen im Vorjahr zur Umsetzung flexibler Arbeitsformen führte zu einem kleineren Bedarf) und eines leichten Rückgangs der Kosten für Bibliothekssysteme (SLSP-swisscovery) im Jahr 2023 unter dem Voranschlag.

Die *Beratungsausgaben* sind tiefer ausgefallen, weil weniger externe Beratungsmandate für die Erstellung von Rechtsgutachten vergeben wurden.

Der übrige Sach- und Betriebsaufwand besteht hauptsächlich aus den Aufwendungen für die Beschaffung der internationalen juristischen Fachliteratur für die Bibliothek, welche rund 520 000 Werke umfasst. Dabei sind die Kosten für die Beschaffung von Fachliteratur für die Bibliothek aufgrund fehlender Beschaffungskapazität gesunken (Fr. 67 000). Am Gebäude, in dem sich das SIR befindet, müssen diverse Instandhaltungs- und Renovationsarbeiten durchgeführt werden. Diese ziehen sich über einen längeren Zeitraum hin und müssen zwischen dem Bundesamt für Bauten und Logistik BBL und der Universität Lausanne sowie dem Kanton Waadt als Eigentümer koordiniert werden. Nach architektonischen Planungsarbeiten hat sich in den Verhandlungen mit der Universität bereits im Jahr 2022 eine Erweiterung als notwendig erwiesen. Dadurch erhöhte sich der Planungsaufwand und verzögert sich die Realisierung des Projektes.

Investitionsausgaben

Die Investition betrifft die Anschaffung einer Schneidemaschine für Papier und andere Materialien im Rahmen des Bibliothekbetriebs.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 124 600 Franken für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	1 296 000	1 296 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	250 000	250 000
Auflösung / Verwendung	–	-101 000	-101 000
Endbestand per 31.12.2023	–	1 445 000	1 445 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	200 000	200 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden 101 000 Franken zweckgebundene Reserven im Zusammenhang mit der Archivierung verwendet.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (1,4 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte Gebäudemassnahmen (0,7 Mio.), Innenausstattung (0,4 Mio.) und Alma/SAP (0,2 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Verzögerungen bei 2 Vorhaben werden zweckgebundene Reserven im Umfang von 200 000 Franken beantragt:

- Kommunikationsprojekt 130 000 Franken

Der Institutsrat hat im April 2023 die Kommunikationsstrategie des Instituts verabschiedet. Diese zielt darauf ab, die Kommunikation stärker an die in der Strategie identifizierten Stakeholder auszurichten. Die Umsetzung der Strategie erfordert die Anpassung der verschiedenen Kommunikationsmittel, insbesondere der Website. Dieser Prozess wurde 2023 begonnen, konnte jedoch aufgrund von Ressourcenmangel nicht beendet werden. Er sollte spätestens 2025 abgeschlossen sein.

- Externe Lagerung eines Teils des Bibliotheksbestandes 70 000 Franken

Nach einer Grundsatzentscheidung des Institutsrats, angesichts der Platzknappheit am Institut die Möglichkeit der externen Lagerung zu prüfen, konnte die Evaluierung 2023 wegen Ressourcenmangels noch nicht vollständig abgeschlossen werden. 2024 werden die Entscheidungsgrundlagen vorliegen, so dass das Projekt bis 2026 umgesetzt werden kann.

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Beaufsichtigung der Spielbanken
- Bekämpfung des illegalen Spielbankenspieles
- Erhebung, Bezug und Transfer der Spielbankenabgabe (zugunsten AHV und Standortkantone der B-Spielbanken)
- Erweiterung der Konzessionen für Online-Spiele

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	358,6	372,0	371,8	13,2	3,7
Laufende Ausgaben	278,9	353,0	352,7	73,9	26,5
Eigenausgaben	9,8	10,8	10,5	0,7	6,7
Transferausgaben	269,0	342,3	342,3	73,2	27,2
Selbstfinanzierung	79,8	18,9	19,1	-60,6	-76,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	–	0,0	0,0	-81,2
Jahresergebnis	79,8	18,9	19,1	-60,6	-76,0
Investitionsausgaben	0,0	–	–	0,0	-100,0

KOMMENTAR

Der wesentliche Teil der Einnahmen besteht aus der Spielbankenabgabe (97,9 %). Die restlichen Einnahmen (2,1 %) sind auf den Funktionsertrag zurückzuführen. Nachdem die landbasierten Spielbanken den Spielbetrieb nach den Coronamassnahmen von 2021 und 2022 wieder ohne Einschränkungen betreiben konnten, hat sich dies positiv auf die Einnahmen ausgewirkt. Ferner ist aus dem Online-Bereich eine weiterhin anhaltende Zunahme an Einnahmen zu verzeichnen. Diese Gegebenheiten führen dazu, dass es zu einem Anstieg der Einnahmen aus der Spielbankenabgabe gekommen ist.

Der Aufwand der ESBK besteht zu 97,0 Prozent aus Transferaufwand, nur 3,0 Prozent stellen Eigenaufwand dar. Dabei fallen im Eigenaufwand die grössten Aufwendungen im Personalbereich (73,2 %) an. Die restlichen Ausgaben sind auf den Sach- und Betriebsaufwand, namentlich auf die Miete der Geschäftsliegenschaft, Informatik, externe Dienstleistungen sowie die Verluste aus Debitoren zurückzuführen.

Der grösste Teil der Einnahmen und der Ausgaben ist bei der ESBK stark gebunden und damit nicht steuerbar. So werden die Spielbankeneinnahmen zu Beginn des übernächsten Jahres an den Ausgleichsfonds der AHV überwiesen. Bei den Transferausgaben des Jahres 2023 handelt es sich somit um die Einnahmen des Jahres 2021. Bussen, Ersatzforderungen und Verfahrensgebühren liegen ausserhalb des Einflussbereichs der ESBK.

Die Mehrausgaben im Eigenbereich gegenüber dem Vorjahr sind insbesondere im Personalbereich entstanden. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehraufwand im Zusammenhang mit der Neuvergabe der Konzessionen entstanden.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Erteilung der Konzessionen für Spielbanken in der Schweiz: Beschluss (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Prüfung der Gesuche um Erteilung einer Spielbankenkonzession: Einladung zur Stellungnahme der Standortkantone und -gemeinden zu den Konzessionsgesuchen (erreicht)

LG1: VOLLZUG DER GELDSPIELGESETZGEBUNG

GRUNDAUFTRAG

Der Vollzug der Spielbankengesetzgebung beinhaltet die Beaufsichtigung der Spielbanken (Überwachung des landbasierten Spielangebotes und der Online-Spiele) und deren Besteuerung sowie die Bekämpfung des illegalen Geldspiels. Ziel ist es, einen sicheren und transparenten Spielbetrieb zu gewährleisten, die Kriminalität und die Geldwäscherei in oder durch Spielbanken zu verhindern und den sozialschädlichen Auswirkungen des Spielbetriebs vorzubeugen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,0	6,0	8,1	2,1	35,0
Aufwand und Investitionsausgaben	9,8	10,8	10,6	-0,2	-1,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Beaufsichtigung der Spielbanken: Die Einhaltung der Vorgaben aus Gesetz und Konzession durch die Spielbanken wird angemessen überprüft, allfällige Pflichtverletzungen werden erkannt und erforderliche Massnahmen eingeleitet			
- Aktive Überwachung der Spielbanken, in % des Totals der für die Beaufsichtigung zugewiesenen Ressourcen (%; min.)	30	40	60
- Bearbeitung der Gesuche der Spielbanken in den vorgeschriebenen Fristen (%; min.)	88	95	96
- Analyse der Jahresberichte und Meldungen der Spielbanken in den vorgeschriebenen Fristen (%; min.)	90	90	96
Bekämpfung des illegalen Spielbankenspiels, Blocking: Sperrung des Zugangs zu nicht bewilligten Online-Spielangeboten			
- Erlass eines Entscheides über die Aufnahme in die Sperrliste innerhalb von 30 Tagen ab Kenntnisnahme des illegalen Online-Spielangebots (%; min.)	90	90	100
Bekämpfung des illegalen Spielbankenspiels, Strafverfolgung: Die illegalen Spielbankenspiele werden verfolgt, die Täter werden verurteilt			
- Anteil der auf Stufe ESBK innerhalb von 8 Monaten ab Verfahrenseröffnung ergangener Strafentscheide (%; min.)	20	50	38
Spielbankenabgabe: Die Abgabe wird einwandfrei und in ihrer Gesamtheit erhoben und in den vorgeschriebenen Fristen der AHV und den Kantonen gutgeschrieben			
- Fristgerechte Auszahlungen der Spielbankenabgabe an die AHV und die Standortkantone (%; min.)	100	100	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht bzw. übertroffen.

Beaufsichtigung der Spielbanken: Im Bereich der Beaufsichtigung der Spielbanken wurden die Sollwerte der Messgrössen übertroffen. Dies ist insbesondere auf die eingeführten Massnahmen zur Reduktion reaktiver Aktivitäten zurückzuführen.

Bekämpfung des illegalen Spielbankenspiels, Blocking: Im Bereich der Bekämpfung des illegalen Spielbankenspiels wurde der Sollwert der Messgrösse übertroffen, da die Ressourcen durch die interne Verschiebung für die Bearbeitung von Anzeigen erhöht wurden.

Bekämpfung des illegalen Spielbankenspiels, Strafverfolgung: Im Bereich Strafverfolgung konnte der Sollwert der Messgrösse nicht erreicht werden. Aufgrund der Zunahme von komplexen Untersuchungshandlungen mit mehreren Beteiligten, aufwändigen Auswertungen von Beweismitteln (insb. Mobiltelefone, Geschäftscomputer) und der damit verbundenen Abhängigkeit von aussen (u.a. Terminfindung für Einvernahmen mit mehreren Anwälten) war die Zielerreichung nicht möglich. Diese exogenen Einflussfaktoren führten zu Verzögerungen. Dies wird sich voraussichtlich auch in Zukunft nicht ändern.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	358 623	371 977	371 977	0	0,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 024	5 977	8 066	2 089	35,0
Fiskalertrag					
E110.0101 Spielbankenabgabe	352 600	366 000	363 911	-2 089	-0,6
Aufwand / Ausgaben	278 876	353 045	352 847	-198	-0,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	9 827	10 794	10 596	-198	-1,8
Kreditverschiebung		-700			
Abtretung		75			
Transferbereich					
LG 1: Vollzug der Geldspielgesetzgebung					
A230.0100 Spielbankenabgabe für die AHV	269 049	342 251	342 251	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		109 546			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 023 553	5 977 100	8 066 498	2 089 398	35,0

Die Erträge setzen sich im Wesentlichen aus der Aufsichtsabgabe, den Verwaltungs- und Verfahrensgebühren, den Bussen, den Ersatzforderungen sowie den eingezogenen Vermögenswerten zusammen. Ein grosser Anteil (3,1 Mio.) des Funktionsertrags entfiel auf die Aufsichtsabgaben der Spielbanken (landbasiert und online). Ein weiterer bedeutender Teil (3,5 Mio.) der Entgelte steht in Zusammenhang mit den Arbeiten für die Neukonzessionierung. Ferner wurden mit den Gebühren aus der Erhebung und Veranlagung der Spielbankenabgabe 0,5 Millionen, für die Analyse der Konzessionserweiterungen für den Online-Betrieb 0,1 Millionen und den Gebühren für Straf- und Administrativverfahren 0,5 Millionen erhoben. Aus den weiteren verschiedenen Einnahmen wurden für Bussen 0,1 Millionen, den Ersatzforderungen 0,2 Millionen und ein geringer Betrag aus dem Einzug der beschlagnahmten Gelder erwirtschaftet.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz über Geldspiele (BGS) vom 29.9.2017, Art. 99–100, 130 und 131

Verordnung über Geldspiele (VGS) vom 7.11.2018, Art. 102–105 und 126

Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0), Art. 70 und 71

Hinweise

Die Spielbanken haben eine jährliche Aufsichtsabgabe zu entrichten. Sie deckt die Aufsichtskosten des Vorjahres, soweit sie nicht durch Gebühren gedeckt sind. Die Aufsichtsabgabe wird vom EJPD jährlich für jede Spielbank in Abhängigkeit des Anteils des Bruttospielertrags (BSE) der einzelnen Spielbank am Gesamt-BSE festgesetzt.

E110.0101 SPIELBANKENABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	352 599 808	366 000 000	363 910 510	-2 089 490	-0,6

Der Bund erhebt eine Spielbankenabgabe auf den BSE. Die ESBK erhebt ebenfalls die Spielbankenabgabe der Standortkantone (Spielbanken mit einer B-Konzession) und zahlt ihnen diese quartalsweise aus.

Der BSE stieg 2023 weniger stark als erwartet, nachdem er 2022 von einem starken Wachstum profitiert hatte. Im Gegensatz dazu übertraf der Anstieg der BSE aus Online-Spielen die Erwartungen. Diese Effekte schlagen sich auf die Einnahmen der Spielbankenabgabe, die geringfügig unter den Erwartungen des Voranschlages geblieben sind, nieder.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz über Geldspiele (BGS) vom 29.9.2017, Art. 119–124

Verordnung über Geldspiele (VGS) vom 7. 11.2018, Art. 112–127

BG vom 20.12.1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), Art. 103 Abs. 2

Hinweise

Die erhobenen Abgaben wurden in der Finanzrechnung des Bundes als zweckgebundene Einnahmen zugunsten des Ausgleichsfonds der AHV verbucht.

Einnahmen zugunsten des zweckgebundenen Fonds «Spielbankenabgabe», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

Die Einnahmen setzen sich aus dem laufenden Steuerjahr 2023 sowie aus allfälligen Nachzahlungen aus Vorjahren und Verzugszinsen zusammen.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	9 826 646	10 793 500	10 595 545	-197 955	-1,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-625 300</i>			
Funktionsaufwand	9 807 500	10 793 500	10 595 545	-197 955	-1,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	9 803 978	10 793 500	10 589 163	-204 337	-1,9
Personalausgaben	7 190 291	8 018 600	7 825 926	-192 674	-2,4
Sach- und Betriebsausgaben	2 613 687	2 774 900	2 763 238	-11 663	-0,4
<i>davon Informatik</i>	<i>554 594</i>	<i>588 400</i>	<i>643 890</i>	<i>55 490</i>	<i>9,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>8 000</i>	<i>8 000</i>	<i>-</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	3 522	-	6 382	6 382	-
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	19 146	-	-	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	44	44	44	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben liegen unter dem Voranschlagswert, obschon die durchschnittlichen Vollzeitstellen gänzlich ausgeschöpft wurden. Dieser Umstand ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich noch viele Mitarbeitende innerhalb ihrer Lohnklasse im Aufstieg befinden.

Sach- und Betriebsaufwand

Der Sach- und Betriebsaufwand hat sich annähernd planungsgemäss entwickelt. Einige Ausgaben wie beispielsweise die Kosten für externe Dienstleistungen und die Verluste aus Debitoren fielen um je 0,1 Millionen tiefer als veranschlagt aus. Andere Ausgaben wie beispielsweise für Parteientschädigungen und für die Informatik haben je um 0,1 Millionen zugenommen.

Die wesentlichen Positionen beim Sach- und Betriebsaufwand entfallen auf die Miete für die Liegenschaften (0,7 Mio.), die Debitorenverluste (0,4 Mio.), externe Dienstleistungen (0,2 Mio.), bundesintern beanspruchte Dienstleistungen (0,3 Mio.), Parteientschädigungen und Vollzugskosten (0,3 Mio.) sowie sonstige Betriebsausgaben (Postversand, Bürobedarf, Reisespesen; 0,2 Mio.).

Der Informatikaufwand liegt leicht über dem veranschlagten Wert. Der Life-Cycle gewisser Hardware sowie die Ausrüstung von Mitarbeitenden haben dazu beigetragen. Beim Informatikaufwand entfallen rund 0,5 Millionen auf Betriebskosten und der Rest auf Projektkosten. Aufgrund des Neukonzessionierungsprojekts haben sich auch geringe initiale Betriebskosten ergeben.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 74 700 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Kreditverschiebungen an Verwaltungseinheiten (0,7 Mio.): 500 000 Franken an das BJ zur Kompensation von höheren Auslieferungskosten sowie 200 000 Franken an fedpol für Mehrausgaben aus der Ablösung des jMessage-Handlers.

Rechtsgrundlagen

Die Entschädigungen der Kommissionsmitglieder richten sich nach der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV; SR 172.010.1).

A230.0100 SPIELBANKENABGABE FÜR DIE AHV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	269 049 424	342 251 400	342 251 310	-90	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>109 546 000</i>			

Der Bund überweist die Spielbankeneinnahmen jeweils zu Beginn des übernächsten Jahres an den Ausgleichsfonds der AHV. Bei den Ausgaben des Jahres 2023 handelt es sich somit um die Einnahmen des Jahres 2021 (inkl. des Einmal-Effekts zur Abgrenzung des 4. Quartals 2022 infolge Umsetzung Motion Hegglin).

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung von 109 546 000 Franken (infolge Motion Hegglin) in Zusammenhang mit der Überweisung des AHV-Beitrags aus der Abgrenzung im Rechnungsjahr 2022.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz über Geldspiele (BGS) vom 29.9.2017, Art. 119

Verordnung über Geldspiele (VGS) vom 7. 11.2018, Art. 127

BG vom 20.12.1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), Art. 103 Abs. 2.

Hinweise

Ausgaben finanziert aus dem zweckgebundenen Fonds «Spielbankenabgabe», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

STAATSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Schnelle und faire Asylverfahren und situationsgerechte Unterbringung
- Optimierung des Wegweisungsvollzugs
- Wirtschaftlich erwünschte und sozial verträgliche Zuwanderung
- Intensivierung und Optimierung der Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Sicherheitsbereich
- Verbesserte berufliche und soziale Integration
- Durchsetzung migrationspolitischer Interessen der Schweiz im Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	31,6	25,4	27,6	-4,0	-12,8
Laufende Ausgaben	2 692,9	4 289,5	3 475,3	782,4	29,1
Eigenausgaben	582,4	773,6	773,0	190,6	32,7
Transferausgaben	2 110,5	3 515,9	2 702,3	591,8	28,0
Selbstfinanzierung	-2 661,3	-4 264,1	-3 447,7	-786,5	-29,6
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5,0	-6,8	8,0	3,0	59,4
Jahresergebnis	-2 656,2	-4 271,0	-3 439,7	-783,5	-29,5
Investitionseinnahmen	1,7	1,6	1,6	0,0	-1,9
Investitionsausgaben	10,4	13,4	14,2	3,9	37,4

KOMMENTAR

Die Ausgaben des SEM werden normalerweise bestimmt von der Anzahl Asylgesuche, der Schutzquote und dem Bestand der in der Schweiz anwesenden Personen aus dem Asylbereich. Wie bereits 2022 war auch im 2023 die Anzahl Schutzsuchende aus der Ukraine eine zusätzliche entscheidende Bestimmungsgrösse. Gegenüber der Rechnung 2022 verzeichnet das SEM in der Rechnung 2023 Mehrausgaben von knapp 800 Millionen. Insgesamt betrugen die Ausgaben für Schutzbedürftige im Jahr 2023 rund 1350 Millionen, d.h. rund 400 Millionen mehr als im Jahr 2022 bzw. rund 750 Millionen weniger als im Voranschlag 2023 budgetiert. Der Bund kommt für die materielle Grundversorgung der Schutzbedürftigen auf und richtete dafür den Kantonen Globalpauschalen von insgesamt 1070 Millionen aus, die in der Staatsrechnung als ausserordentliche Ausgaben verbucht sind. Zudem unterstützte der Bund die Kantone mit Integrationsbeiträgen für Schutzbedürftige in der Höhe von 198 Millionen. Weitere Ausgaben aufgrund des Ukrainekrieges verzeichnete das SEM zudem insbesondere bei den Bundesasylzentren, beim Asylverfahrensaufwand und beim Personal.

Neben den Mehrausgaben infolge des Ukrainekrieges stiegen auch die Ausgaben im Asylbereich, da im Rechnungsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl Asylgesuche weiter zugenommen hat. Im Jahr 2022 verzeichnete die Schweiz 24 511 Asylgesuche und im Rechnungsjahr 2023 30 223 Asylgesuche. Dieser Anstieg führte insbesondere zu Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr von rund 75 Millionen bei der Sozialhilfe, von rund 59 Millionen im Integrationsbereich sowie von rund 160 Millionen bei den Bundesasylzentren.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Resettlementprogramm 2024/2025: Verabschiedung (erreicht)
- Bericht «Projekt reFRONT Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich»: Kenntnisnahme (erreicht)
- Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) (Aufhebung der Bewilligungspflicht beim Wechsel von einer unselbständigen zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden. Die Aufhebung der Bewilligungspflicht soll im Rahmen der Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes vorgenommen werden. Die Vernehmlassung wurde Ende 2023 eröffnet.
- Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik sowie zur Genehmigung der Zusatzvereinbarung über die Beteiligung der Schweiz an diesem Instrument (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Teilnahme der Schweiz am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik (Border Management and Visa Instrument, BMVI-Fonds): Umsetzung des nationalen Programmes (nicht erreicht)
Die Zusatzvereinbarung konnte Anfang 2023 paraphiert werden. Das parlamentarische Verfahren wurde am 9. Oktober 2023 gestartet und die Übernahme der Rechtsgrundlagen wird voraussichtlich per Ende 2024 möglich sein.
- Zweiter Schweizer Beitrag - Rahmenkredit Migration: Umsetzung der vertraglich vereinbarten Länderprogramme (teilweise erreicht)
Beim grössten Länderprogramm mit Griechenland begann die Umsetzung planmässig. Die Unterzeichnung des Abkommens mit Italien verzögerte sich. In Zypern führten Änderungen in der Planung zu Verzögerungen.
- Berichterstattung zu Optimierung Kontingentssystem und Einführung Express-Gebühreinzuschlag für die Bearbeitung von arbeitsmarktlichen Gesuchen (Umsetzungsarbeiten in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651): Kenntnisnahme des Berichtes zu den Umsetzungsarbeiten in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651 (erreicht)

LG1: ASYL UND RÜCKKEHR

GRUNDAUFTRAG

Das SEM entscheidet im Bereich Asyl und Rückkehr über die Asyl- und Schutzgewährung, die vorläufige Aufnahme, die Wegweisung resp. die Überstellung in einen Dublinstaat. Es verfolgt das Ziel, den schutzbedürftigen Ausländern Schutz zu gewähren sowie nicht Schutzbedürftige aus der Schweiz wegzuweisen. Das SEM übernimmt die Koordination für Asyl- und Flüchtlingsfragen zwischen den zuständigen Partnern, veranlasst die Ausrichtung von Subventionen und überwacht deren Verwendung. Es bereitet die Rückkehrpolitik vor und setzt diese in Zusammenarbeit mit den Kantonen um.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	12,3	6,3	11,2	4,8	76,8
Aufwand und Investitionsausgaben	201,5	232,4	229,0	-3,4	-1,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Asyl: Der Asyl- und Wegweisungsprozess wird schnell und effizient durchgeführt. Es gibt keine Rückstände. Die Unterbringung in den Bundesasylzentren erfolgt adäquat und situationsgerecht – auch bei vulnerablen Asylsuchenden.			
– Durchschnittliche Verfahrensdauer im Dublin-Verfahren bis erstinstanzlichem Entscheid (Tage, max.)	67	52	75
– Durchschnittliche Verfahrensdauer der Fälle im beschleunigten Verfahren bis erstinstanzlichem Entscheid (Tage, max.)	72	35	87
– Durchschnittliche Verfahrensdauer der Fälle im erweiterten Verfahren bis erstinstanzlichem Entscheid (Tage, max.)	264	83	327
– Erstinstanzliche Gesuche älter als 1 Jahr (Anzahl, max.)	962	700	4 736
– Hängige erstinstanzliche Gesuche gesamt (Anzahl, max.)	12 239	4 200	15 567
– Erfüllung der Qualitätsstandards im Bereich Unterbringung (% , min.)	–	75,0	89,0
Rückkehr: Der Vollzug von abgewiesenen Asylsuchenden in den Bundesasylzentren wird rasch durchgeführt. Die freiwillige Ausreise wird gefördert durch ein Anreizsystem für Personen, die nicht unter das Asylgesetz fallen.			
– Durchschnittliche Zeitdauer nach Asylentscheid bis Beginn Vollzugsunterstützung (Tage, max.)	76	95	58
– Asylsuchende, die ab Bundesasylzentren mit Rückkehrhilfe ausreisen (Anzahl Personen, min.)	736	500	970

KOMMENTAR

Die im Voranschlag 2023 vorausgeschätzte Anzahl der Asylgesuche (16 000) lag weit unterhalb der Realität (30 223). Die vorhandenen bzw. verstärkten personellen Ressourcen vermochten einen solchen Anstieg nicht zu bewältigen. Die bis Ende 2023 erfolgten Erledigungen betrugen folgedessen nur 62,8 Prozent der neu gestellten und hängigen erstinstanzlichen Asylgesuche gegenüber einem Vorjahreswert von 60,8 Prozent. Daher nahmen die Pendenzen (hängige erstinstanzliche Gesuche und erstinstanzliche Gesuche älter als ein Jahr) weiter zu. Aufgrund der Pendenzensituation benötigten alle Verfahrenstypen erheblich länger als gesetzlich vorgeschrieben bzw. von der Zielvorgabe vorgesehen. Im Rückkehrbereich übertraf das SEM mit einer positiven Entwicklung die Zielvorgaben.

LG2: AUSLÄNDER

GRUNDAUFTRAG

Das SEM berücksichtigt bei der Umsetzung der Ausländerpolitik insbesondere das gesamtwirtschaftliche Interesse, die völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie die demografischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Es entscheidet in seinem Zuständigkeitsbereich insbesondere über die Visumerteilung, die Einreise und den Aufenthalt, die Zulassung zum Arbeitsmarkt und die Erteilung des Bürgerrechts. Das SEM schafft günstige Rahmenbedingungen für die Integration der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer, indem es die Kantone und Gemeinden bei der Erarbeitung und Umsetzung der Integrationsmassnahmen unterstützt und einen Beitrag zu deren Finanzierung leistet. Es kontrolliert die richtige Umsetzung des Ausländerrechts durch die Kantone.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R	VA	R	Δ R23-VA23	
	2022	2023	2023	absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	35,7	26,5	33,0	6,5	24,5
Aufwand und Investitionsausgaben	81,4	86,1	85,0	-1,1	-1,3

ZIELE

	R	VA	R
	2022	2023	2023
Aufenthalt: Die Verfahren werden effizient abgewickelt			
- Gesuchserledigungen Aufenthalt inkl. Reisedokumente (Anzahl je FTE, min.)	2 034	1 600	2 155
Arbeitsmarkt: Die Verfahren werden effizient abgewickelt			
- Gesuchserledigungen Arbeitsmarkt (Anzahl je FTE, min.)	2 059	1 660	2 187
Einbürgerungen: Die Einbürgerungsverfahren werden effizient durchgeführt			
- Erledigungen Einbürgerungsgesuche (Anzahl je FTE, min.)	1 881	1 700	1 707

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht. Die Zielvorgaben wurden im Rahmen des Voranschlags 2024 mit IAFP 2025-2027 erneut erhöht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	53 056	38 752	49 840	11 088	28,6
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	48 043	32 850	44 187	11 337	34,5
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	3 334	4 255	4 006	-249	-5,9
E131.0100 Rückzahlung Finanzierung Unterkünfte für Asylsuchende	1 680	1 647	1 647	0	0,0
Aufwand / Ausgaben	2 717 978	4 321 501	3 502 145	-819 357	-19,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	282 907	318 455	313 967	-4 488	-1,4
Nachtrag		26 200			
Kreditverschiebung		-12 073			
Abtretung		2 752			
A202.0111 Weiterentwicklung Schengen/Dublin	4 265	5 054	5 054	0	0,0
Abtretung		5 054			
A202.0156 Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben	307 005	461 067	461 044	-23	0,0
Nachtrag		191 400			
Kreditverschiebung		7 731			
Abtretung		1 641			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		2 577			
A202.0166 Umsetzung Schengen/Dublin	3 741	3 798	3 797	-1	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		3 500			
A202.0167 Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	2 489	1 101	1 100	0	0,0
Kreditverschiebung		-115			
Abtretung		-8 537			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		219			
A202.0187 Erneuerung zentrales Migrationsinformationssystem (ZEMIS)	3 757	11 879	10 876	-1 002	-8,4
Kreditverschiebung		317			
Abtretung		980			
Transferbereich					
LG 1: Asyl und Rückkehr					
A231.0152 Asylsuchende: Verfahrensaufwand	44 359	57 234	56 663	-571	-1,0
Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)		25 200			
A231.0153 Sozialhilfe Asylsuchende, vorl. Aufgenommene, Flüchtlinge	939 714	1 019 676	1 014 300	-5 376	-0,5
Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)		79 500			
A231.0156 Vollzugskosten und Rückkehrhilfe allgemein	34 383	100 260	41 169	-59 091	-58,9
A231.0158 Migrationszusammenarbeit und Rückkehr	13 000	14 056	14 056	0	0,0
A231.0386 Beitrag an die Erweiterung der EU	7 800	22 100	9 982	-12 118	-54,8
LG 2: Ausländer					
A231.0159 Integrationsmassnahmen Ausländer	353 967	581 006	481 260	-99 746	-17,2
Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet					
A231.0155 Internationale Zusammenarbeit Migrationsbereich	18 598	25 818	19 014	-6 804	-26,4
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone	701 993	1 700 000	1 069 864	-630 136	-37,1

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	48 042 814	32 850 000	44 186 705	11 336 705	34,5
Laufende Einnahmen	34 054 494	25 850 000	27 834 007	1 984 007	7,7
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	13 988 320	7 000 000	16 352 699	9 352 699	133,6

Der in der Rechnung 2023 ausgewiesene Funktionsertrag von total 44,2 Millionen setzt sich insbesondere zusammen aus Gebühren für Amtshandlungen von 27,2 Millionen und dem Ertrag aus Aktivierungen von Eigenleistungen im Bereich Softwareentwicklung von 16,4 Millionen (Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen).

Unter die Gebühren für Amtshandlungen fallen insbesondere:

Gebühr für den Betrieb des Ausländer- und Integrationsbereichs von ZEMIS (Zentrales Migrationsinformationssystem) von 11,5 Millionen: Diese durch die Kantone zu tragende Gebühr richtet sich nach den jährlichen Kosten des SEM für den Vollzug des AIG, den Betrieb und die Amortisation von ZEMIS sowie den Projektkosten für die Weiterentwicklung von ZEMIS.

Gebühren für Einbürgerungsbewilligungen von 6,1 Millionen: Das SEM fordert die Gebühren im Voraus ein für die Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes, für Entscheide über die Einbürgerung und die Gebühren zugunsten der zuständigen kantonalen Behörde (Art. 27 Abs. 2 BÜV). Die Gebühreneinnahmen sind deshalb abhängig von der Zahl der Gesuche um ordentliche Einbürgerung (zur Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes) und der Gesuche um erleichterte Einbürgerung beziehungsweise Wiedereinbürgerung. Im SEM wurden 2023 rund 19 000 Gesuche zur Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes sowie rund 8000 Gesuche um erleichterte Einbürgerung und Wiedereinbürgerung registriert.

Einreise- und Visagebühren von 4,4 Millionen: Die schweizerischen visumausstellenden Behörden (insbesondere die Auslandsvertretungen) haben im Jahr 2023 knapp 700 000 Visumgesuche (nationale und Schengen-Visa) bearbeitet. Die Standardgebühr beträgt 80 Euro pro Gesuch, wobei Gesuche für bestimmte Personen- oder Gesuchskategorien auch unentgeltlich (bspw. Kinder bis 6 Jahre) oder zu einem reduzierten Tarif (bspw. gemäss Visumerleichterungsabkommen) behandelt werden. Der Gebührenanteil SEM pro behandeltes Visumgesuch beträgt 9,1 Prozent. Die Gebühr im Bereich Visa-Einspracheverfahren beträgt 200 Franken. Im Jahr 2023 wurden rund 5400 Einspracheverfahren abgewickelt.

Gebühren Ausländerausweis von 2,1 Millionen: Seit der Einführung des biometrischen Ausländerausweises im Jahr 2011 wird für den Bund ein Gebührenanteil von 5 Franken erhoben. Die Abrechnung erfolgt quartalsweise nachschüssig. Im Jahr 2023 wurden rund 420 000 Ausweise ausgestellt.

Gebühren für Reisepapiere von 2,1 Millionen: Anerkannte Flüchtlinge, Staatenlose sowie schriftenlose ausländische Personen mit Niederlassungsbewilligung C haben einen Anspruch auf Abgabe eines Reisedokuments. Asylsuchenden, schutzbedürftigen und vorläufig aufgenommenen Personen kann ein Reisedokument bzw. ein Rückreisevisum abgegeben werden. Die Anzahl der bearbeiteten Reisedokumentengesuche ist in erster Linie abhängig vom Bestand der anerkannten Flüchtlinge und der vorläufig aufgenommenen ausländischen Personen und steigt stetig. Im Jahr 2023 wurden insgesamt rund 22 100 Reisedokumente durch das BBL ausgestellt sowie rund 900 Rückreisevisa durch das SEM.

Gebühren für Arbeitsbewilligungen bei Rekrutierung von Personal aus Drittstaaten von 0,6 Millionen: Die Gebühr pro arbeitsmarktrechtlichem Zustimmungsentscheid beträgt 180 Franken. Im Jahr 2023 wurden rund 3600 gebührenpflichtige Entscheide in Rechnung gestellt.

Die budgetierten Einnahmen 2023 entsprechen grundsätzlich dem Durchschnittswert aus den Rechnungen der Vorjahre, ausser bei den Drittmittelerträgen. Die Mehreinnahmen bei den laufenden Einnahmen von 2,0 Millionen sind insbesondere auf die Gebühren für Amtshandlungen zurückzuführen.

Bei den Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen – mit einem Mehrertrag von 9,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2023 – handelt es sich um den Ertrag aus Aktivierungen von Eigenleistungen im Bereich Softwareentwicklung.

Die Mindereinnahmen von rund 6,2 Millionen gegenüber der Rechnung 2022 sind insbesondere auf den Wegfall der Erträge aus Drittmitteln zurückzuführen. Unter den *Erträgen aus Drittmitteln* wurden bis zur Rechnung 2022 die Zuweisungen der EU aus dem Internal Security Fund (ISF-Grenze; mit Laufzeit 2014–2020) ausgewiesen. Mit den ersten Zuweisungen der EU aus dem Fonds für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa (BMVI; 2021–2027) ist hingegen frühestens ab 2024 zu rechnen.

Rechtsgrundlagen

ZEMIS Verordnung vom 12.4.2006 (SR 142.513); Bürgerrechtsverordnung vom 17.6.2016 (BÜV; SR 141.01).

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 333 619	4 255 000	4 006 021	-248 979	-5,9

Die Rückerstattungen von Beiträgen und Entschädigungen aus früheren Jahren sind separat zu vereinnahmen. Darunter fallen im Einzelnen:

- Rückerstattungen von Sozialhilfeabgeltungen für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge durch die Kantone: Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit überprüft das SEM die gemäss dem geltenden Finanzierungssystem an die Kantone ausbezahlten Pauschalen. Die aufgrund der Rückforderungen des SEM von den Kantonen zurückerstatteten Beträge, welche nicht die Rechnungsperiode betreffen, werden separat vereinnahmt.
- Rückerstattungen im Bereich Integrationsmassnahmen Ausländer durch die Kantone.
- Rückerstattungen aus übrigen Entschädigungen an Kantone sowie aus übrigen Beiträgen an Dritte.

In der Rechnung 2023 liegen die Einnahmen mit 4,0 Millionen um 0,7 Millionen über dem Wert der Rechnung 2022. Diese Mehreinnahmen betreffen insbesondere die Rückerstattungen von Sozialhilfeabgeltungen aus früheren Jahren durch die Kantone.

Rechtsgrundlagen

Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16.12.2005 (AIG; SR 142.20), Art. 87; Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11.8.1999 (AsylV 2; SR 142.312) Art. 20 bis 29, Art. 31 und Art. 41.

E131.0100 RÜCKZAHLUNG FINANZIERUNG UNTERKÜNFTE FÜR ASYLSUCHENDE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	1 679 748	1 647 000	1 647 335	335	0,0

Die Kantone sind verpflichtet, die gewährten Vorfinanzierungen für Asylunterkünfte entsprechend den Vereinbarungen zurückzuerstatten. Die Rückzahlungen erfolgen in Raten, basierend auf der vereinbarten Nutzungsdauer, wobei die Kantone auch grössere bzw. früher als vereinbart Rückzahlungen tätigen können.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.31), Art. 90; Asylverordnung 2 vom 11.8.1999 (AsylV 2; SR 142.312) Art. 40.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	282 906 657	318 454 850	313 966 502	-4 488 348	-1,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>16 879 750</i>			
Funktionsaufwand	276 682 223	317 060 450	307 681 265	-9 379 185	-3,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	267 721 244	303 255 750	299 343 788	-3 911 962	-1,3
Personalausgaben	190 703 012	215 619 450	215 429 493	-189 957	-0,1
<i>davon Personalverleih</i>	<i>12 802 672</i>	<i>1 388 600</i>	<i>8 615 891</i>	<i>7 227 291</i>	<i>520,5</i>
Sach- und Betriebsausgaben	77 018 231	87 636 300	83 914 295	-3 722 005	-4,2
<i>davon Informatik</i>	<i>39 692 112</i>	<i>43 092 900</i>	<i>38 870 483</i>	<i>-4 222 417</i>	<i>-9,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 175 798</i>	<i>1 451 100</i>	<i>1 256 054</i>	<i>-195 046</i>	<i>-13,4</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	8 960 979	13 804 700	8 337 478	-5 467 222	-39,6
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	6 224 435	1 394 400	6 285 236	4 890 836	350,7
Vollzeitstellen (Ø)	1 102	1 224	1 301	77	6,3

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben mussten mittels Nachtragskredit erhöht werden. Sie steigen gegenüber der Rechnung 2022 um 24,7 Millionen. Im Jahresmittel 2023 waren 1301 Vollzeitstellen besetzt, womit der Stellenbestand um 6,3 Prozent über der Planung lag. Dazu kommen rund 66 Vollzeitstellen, welche im Jahresmittel 2023 über Personalverleih abgedeckt werden mussten. Von den für 2023 im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise geplanten 97 Vollzeitstellen waren im Jahresmittel 2023 rund 83 Vollzeitstellen besetzt. Der Mehrbedarf sowohl beim regulären Personal als auch im Bereich Personalverleih ist eine direkte Folge der Situation im Asylbereich mit einer weiteren Zunahme der Asylgesuche im Jahr 2023 auf 30 223 Gesuche gegenüber den Berechnungsgrundlagen zum Voranschlag 2023 auf der Basis von 19 500 Gesuchen im 2022 sowie 16 000 Gesuchen im 2023.

Die Finanzierung der zusätzlichen Personalausgaben für den gestaffelten Aufbau von 180 Vollzeitstellen im Bereich Asyl wurde mittels Nachtragskredit Ib 2023 von 26,2 Millionen (wovon 23,1 Mio. für Personalbezüge inkl. Arbeitgeberbeiträge sowie 3,1 Mio. für Drittleistungen im Bereich Anhörungspersonal) sichergestellt.

Sach- und Betriebsaufwand

Unter dem Informatiksachaufwand waren im Voranschlag 2023 43,4 Millionen eingestellt. Die in der Rechnung 2023 ausgewiesenen rund 38,9 Millionen (weitere 4,9 Mio. der unter dem Informatiksachaufwand eingestellten Mittel wurden zu den IT-Investitionen transferiert) setzen sich hauptsächlich wie folgt zusammen:

— Mittel für Informatikbetrieb und -wartung inkl. LV	24 660 507
— Mittel für Projektleistungen inkl. LV	14 203 361

Der Aufwand für Informatikbetrieb und -wartung umfasst den Betrieb und Unterhalt der Informatikinfrastruktur (insbesondere Arbeitsplätze und Netzwerke) sowie der diversen Fachanwendungen des SEM (z.B. ZEMIS – Zentrales Migrationsinformationssystem, ORBIS – Nationales Visa-Informationssystem, Systemplattform Biometrie, GEVER, usw.). Der Aufwand für Projektleistungen (Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen) betraf im Jahr 2023 vor allem die folgenden Vorhaben: Weiterentwicklung ZEMIS inkl. eDossier, Weiterentwicklungen der Systeme im Bereich Anhörungsmanagement, Realisierung der digitalen Bewirtschaftung von Rückführungen und Rückkehrhilfe (eRetour) sowie die Ablösung der Schriftgutverwaltung (Word-Vorlagen).

Bei der Beratung beträgt der Minderbedarf gegenüber dem Voranschlag 2023 rund 0,2 Millionen; dieser betrifft insbesondere Mandatsvergaben im Bereich Auftragsforschung.

Unter dem übrigen Betriebsaufwand waren im Voranschlag 2023 29,2 Millionen eingestellt. Aufgrund der Krise in der Ukraine und des starken Anstiegs der Asylgesuche war auch hier ein NK Ib im Umfang von rund 3,1 Millionen für Drittleistungen im Bereich Anhörungspersonal erforderlich. In der Rechnung 2023 setzt sich der übrige Betriebsaufwand insbesondere wie folgt zusammen:

— Drittleistungen im Bereich Anhörungspersonal	15 154 247
— Weitere Drittleistungen	741 218
— Produktionskosten für Reisepapiere	1 474 812
— Parteientschädigungen	843 695

Der Mittelbedarf im Bereich Anhörungspersonal (Mehraufwand von rund 2,3 Mio.) umfasst die Kosten für Sprachexperten/-expertinnen sowie insbesondere für Dolmetscher/-innen, welche im Rahmen der einzelnen Prozessschritte des Asylverfahrens beigezogen werden. Die Entschädigung dieser Personalkategorien erfolgt nach Stunden. Die Höhe der Kosten ist direkt abhängig von der Anzahl neuer Asylgesuche und deren Zusammensetzung nach den verschiedenen Gesuchskategorien. Im Rahmen des Asylverfahrens werden fünf Gesprächskategorien unterschieden (Gespräch zur Personaliaufnahme, Dublinggespräch, Gespräch

mit unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, Anhörung 1 und Anhörung 2), bei welchen ein Dolmetschereinsatz erforderlich ist und zudem auch Fristen einzuhalten sind, bis wann ab Datum des Asylgesuchs die einzelnen Gespräche durchgeführt werden müssen. Dazu kommen Einsätze im Zusammenhang mit mündlichen Entscheideröffnungen direkt in den Bundesasylzentren, weitere Einsätze im Rahmen des Asyl- bzw. des Wegweisungsverfahrens sowie Einsätze im Zusammenhang mit der Prüfung des Verfahrens für Schutzsuchende. Die Berechnungsgrundlagen zum Voranschlag 2023 beruhen auf einem Mengengerüst von 25 000 bis 28 000 Gesprächen mit Beizug eines Dolmetschers (teils direkt vor Ort und mit Beizug eines Protokollführers; teils mit telefonischer Zuschaltung; inkl. Einsätze im Ausreiseprozess sowie Übersetzungsaufträge), tatsächlich abgerechnet wurden im Jahr 2023 rund 31 000 Dolmetschereinsätze.

Der notwendige Abschreibungsaufwand fiel aufgrund zeitlicher Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von neuen Fachanwendungen wie beispielsweise der Anschluss an das Entry/Exit-System der EU (EES) sowie eRetour RE3 gegenüber dem Voranschlag 2023 um rund 5,5 Million tiefer aus.

Investitionsausgaben

Der Mehrbedarf bei den Investitionsausgaben gegenüber dem Voranschlag 2023 von rund 4,9 Millionen steht insbesondere im Zusammenhang mit der Zusammensetzung von aktivierungsfähigen und nichtaktivierungsfähigen Projektphasen bei den einzelnen Vorhaben zur Neu- und Weiterentwicklung von IT-Fachanwendungen. Bei nicht aktivierungsfähigen Projektphasen sind die Mittel für bundesexterne Aufträge im Bereich der Entwicklung von IT-Fachanwendungen unter dem Informatiksachaufwand einzustellen, aktivierungsfähige Projektphasen werden hingegen unter den Investitionskosten eingestellt.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 2 725 800 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen sowie für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Nachtragskredit Ib 2023 von 26,2 Millionen zur Finanzierung des Mehrbedarfs für Personen mit Schutzstatus S sowie aufgrund höherer Migrationsströme.
- Kreditverschiebung des EPA von 26 450 Franken für Innovation Fellowship Projekte.
- Kreditverschiebungen an Verwaltungseinheiten (4,1 Mio): 2 100 000 Franken an fedpol zur Ablösung jMessage-Handler, 1 709 000 Franken an das BBL für zusätzliche Arbeitsplätze und Investitionen, 300 000 Franken an das EDA für Wartungskosten ESYSP sowie 30 000 Franken an das SECO für einen Finanzierungsanteil der Grundlagenstudie zur Umsetzung der Motion Gmür-Schönenberger.
- Kreditverschiebungen aus dem Globalbudget des SEM (8 Mio): 7 731 300 Franken zur Kompensation des Mehrbedarfs aufgrund hoher Asylzahlen bei den Bundesasylzentren sowie 317 000 Franken zur Teilkompensation der Mehrkosten beim Migrationsinformationssystem ZEMIS.
- Kreditverschiebung aus dem Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform von 114 000 Franken im Zusammenhang mit einem Rücktransfer von Lohnaufwand und Arbeitgeberbeiträgen für weiterverrechnetes Personal.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Asyl und Rückkehr		LG 2: Ausländer	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	201	229	81	85
Personalausgaben	145	165	45	50
Sach- und Betriebsausgaben	47	55	30	29
<i>davon Informatik</i>	16	18	23	21
<i>davon Beratung</i>	1	1	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	4	4	4	4
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	4	5	2	2
Vollzeitstellen (Ø)	850	1 025	252	276

A202.0111 WEITERENTWICKLUNG SCHENGEN/DUBLIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	4 265 221	5 053 791	5 053 782	-9	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>5 053 791</i>			
Funktionsaufwand	3 027 948	4 875 280	3 746 784	-1 128 496	-23,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 027 948	4 875 280	3 746 784	-1 128 496	-23,1
Sach- und Betriebsausgaben	3 027 948	4 875 280	3 746 784	-1 128 496	-23,1
Investitionsausgaben	1 237 273	178 511	1 306 998	1 128 487	632,2

Seit dem Voranschlag 2020 werden die Mittel zur Führung des Programms «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» zentral beim GS-EJPD in einem Sammelkredit eingestellt und unterjährig den Verwaltungseinheiten des EJPD abgetreten. Im Jahr 2023 setzte das SEM die 5,1 Millionen insbesondere für die Projekte «Interoperabilitätsplattform (IOP)» und «europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS)» ein.

Kreditmutationen

— Kreditabtretung des GS-EJPD von 5 053 791 Franken für die Weiterentwicklung Schengen/Dublin im SEM.

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31, Art. 2 Abs. 3 und Art. 7).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» (V0345.00, BB vom 11.6.2020 / 8.12.2022), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0156 BUNDESASYLZENTREN (BAZ): BETRIEBSAUSGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	307 004 830	461 066 700	461 043 891	-22 809	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>203 349 000</i>			

Seit dem Jahr 2019 betreibt der Bund in den sechs Regionen Nordwestschweiz, Bern, Westschweiz, Tessin und Zentralschweiz, Ostschweiz und Zürich jeweils ein Bundesasylzentrum (BAZ) mit Verfahrensfunktion sowie ein bis zwei BAZ ohne Verfahrensfunktion (mit Warte- und Ausreisefunktion). Dazu kommt ein besonderes Zentrum für die ganze Schweiz.

In den BAZ mit Verfahrensfunktion werden Asylgesuche eingereicht, geprüft und entschieden. Alle dazu nötigen Akteure befinden sich unter einem Dach. Asylsuchende bleiben für die Dauer ihres Verfahrens in diesen Zentren und werden nur bei Zuweisung in das erweiterte Verfahren an die Kantone überwiesen. In diesen Zentren gibt es neben den Unterkünften für Asylsuchende auch Büros für Befragter/innen, Dolmetscher/innen, Dokumentenprüfer/innen sowie insbesondere auch für die Rechtsvertretung. In den BAZ ohne Verfahrensfunktion halten sich überwiegend Personen auf, deren Asylverfahren unter das Dublin-Abkommen fallen oder deren Asylgesuche im Rahmen des beschleunigten Asylverfahrens abgelehnt wurden. Diese Personen werden nicht in die kantonalen Asylzentren transferiert, da sie in der Regel die Schweiz nach kurzer Zeit wieder verlassen müssen. Wenn ein Asylsuchender die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder den Betrieb des normalen BAZ durch sein Verhalten stört, kann er in einem besonderen Zentrum (BesoZ) untergebracht werden.

Im Total über alle BAZ-Kategorien und Regionen ist bei einer Ausrichtung auf bis zu 20 000 Asylgesuche eine Gesamtkapazität des Bundes von 5000 Betten erforderlich, damit die benötigte Schwankungstauglichkeit hinsichtlich der Anzahl Asylgesuche, hinsichtlich der saisonalen Schwankungen sowie hinsichtlich der Zusammensetzung der Gesuche nach Dublin-Verfahren, beschleunigtem Verfahren sowie erweitertem Verfahren gewährleistet ist. Aktuell sind noch nicht für alle Regionen die endgültigen BAZ-Standorte festgelegt. Auch konnten nicht an allen Standorten die erforderlichen baulichen Anpassungen abgeschlossen werden. Dies hat zur Folge, dass das SEM weiterhin mit Übergangsstrukturen arbeiten muss, damit bis zum Abschluss sämtlicher Neu- bzw. Umbauprojekte die erforderliche Gesamtbettenkapazität von 5000 Betten gewährleistet ist. Der Betrieb von zeitlich befristeten Übergangslösungen mit den entsprechenden Mehrkosten (für Umbau, Aufbau und Rückbau) ist somit unumgänglich.

Der Voranschlag 2023 basierte auf einer Unterbringungskapazität des Bundes von 4500 Betten und einer Auslastung von 70 Prozent und war somit – gestützt auf die regelgebundene Schätzmethode – auf für 2023 erwartete rund 16 000 Asylgesuche ausgerichtet. Zudem waren 18 Millionen (bzw. 500 Betten) für den Betrieb der im Zusammenhang mit der Ukraine Krise zusätzlich erforderlichen Unterbringungsstrukturen berücksichtigt. Aufgrund der hohen Anzahl Asylgesuche sowie der Anzahl neuer Eintritte von Schutzsuchenden musste im Jahresmittel 2023 eine Unterbringungskapazität des Bundes von rund 10 800 Betten betrieben bzw. zumindest in Bereitschaft gehalten werden (+2300 gegenüber Rechnung 2022 bzw. +5800 gegenüber Voranschlag 2023): Die Auslastung lag im Jahresmittel bei rund 65 Prozent.

Im Voranschlag waren 257,7 Millionen eingestellt. Aufgrund der hohen Asylgesuchszahlen sowie der unveränderten Situation im Ukraine Krieg mussten ein Nachtragskredit Ib von 139,9 Millionen, ein Nachtragskredit II von 51,5 Millionen sowie eine Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 2 FHG von 2,6 Millionen (+1 %) beantragt werden. Weiter sind eine Kreditverschiebung aus dem Globalbudget des SEM von 7,7 Millionen sowie eine Kreditabtretung des GS EJPD von 1,6 Millionen erfolgt. Das benötigte Gesamtvolumen von 461 Millionen – wovon rund 35 Millionen die Unterbringung der Schutzsuchenden betreffen – konnte damit vollumfänglich abgedeckt werden.

Die Entwicklung der Mehrheit der aufgeführten Kosten ist direkt abhängig von der Unterbringungskapazität des Bundes. Einzelne Komponenten stehen zudem im Zusammenhang mit der Anzahl Asylgesuche sowie mit der Anzahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender. Die unter dem vorliegenden Kredit ausgewiesenen Kosten werden in vier Kostenblöcke unterteilt, dabei fällt der überwiegende Teil der Ausgaben in den Bereichen Sicherheit, Betreuung und Verpflegung an. Die Aufteilung nach Kostenblöcken sieht wie folgt aus:

– Miet- und Betriebskosten Liegenschaften, Informatikbetrieb, Bereitstellung, Ausrüstung und Einrichtung der Infrastruktur (inkl. LV)	71 655 016
– Unterbringung der Asylsuchenden	308 094 392
– Medizinische Betreuung der Asylsuchenden	65 512 400
– Verfahrens- und Transportkosten	15 782 084

Die Position *Miet- und Betriebskosten Liegenschaften, Informatikbetrieb, Bereitstellung, Ausrüstung und Einrichtung der Infrastruktur des Bundes* (inkl. Umbau- und Rückbaukosten für kurz bis mittelfristig genutzte Unterkünfte) (inkl. LV) beinhaltet Miet-, Mietnebenkosten und Betriebskosten für die Unterbringung der Asylsuchenden sowie für die im Zusammenhang mit dem Asylverfahren in den BAZ erforderlichen Arbeitsplätze gemäss Mietvereinbarungen mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) beziehungsweise dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und Mietkosten für kurz- bis mittelfristig genutzte Unterbringungsstrukturen, welche nicht in den Zuständigkeitsbereich des BBL fallen. Dazu kommen die Informatikbetriebskosten im Zusammenhang mit den BAZ sowie die Kosten für die Bereitstellung, Ausrüstung und Einrichtung der Unterbringungsinfrastruktur des Bundes. Dieser Kostenblock beträgt in der Rechnung knapp 72 Millionen, dessen Anteil somit rund 16 Prozent aller Kosten. Aufgrund der hohen Anzahl Asylgesuche sowie der weiterhin hohen Zahl an neuen Eintritten von Schutzsuchenden stiegen die Kosten in allen Kostenblöcken sowohl gegenüber dem Voranschlag 2023 als auch gegenüber der Rechnung 2022 deutlich. Im vorliegenden Bereich war gegenüber dem Voranschlag 2023 ein Anstieg um knapp 20 Millionen zu verzeichnen (+14 Mio. gegenüber Rechnung 2022).

Unter dem Kostenblock *Unterbringung der Asylsuchenden* werden in der Rechnung 2023 mit rund 308 Millionen rund 67 Prozent aller Kosten zusammengefasst. Darunter fallen insbesondere die Aufwände für Sicherheit/Logen sowie Patrouillendienste (133 Mio.), Betreuung inkl. Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (107 Mio.) und Verpflegung inkl. Betreuung Fachpersonal Küche (56 Mio.) sowie die Kosten für Taschengeld, Bekleidung und allgemeine Auslagen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der Asylsuchenden in den BAZ. Diese Ausgaben stiegen gegenüber dem Voranschlag 2023 um rund 159 Millionen (+110 Mio. gegenüber Rechnung 2022).

Der Anteil der *Kosten für die medizinische Betreuung der Asylsuchenden* während des Aufenthalts in den BAZ beträgt in der Rechnung 2023 knapp 66 Millionen, was rund 14 Prozent aller Kosten entspricht. Darunter fallen insbesondere die Kosten für die Betreuung durch das an allen Standorten eingesetzte Pflegefachpersonal, die Krankenpflegeversicherung sowie die medizinischen Behandlungskosten (Abrechnungen Ärzte/Spitäler gemäss Tarmed; Kosten für Jahresfranchise, Selbstbehalt, Nichtpflichtleistungen) für Personen während des Aufenthalts in den Strukturen des Bundes, welche nicht durch die Leistungsabrechnungen der durch den Bund abgeschlossenen Krankenpflegeversicherung gedeckt sind. Diese Ausgaben stiegen gegenüber dem Voranschlag um rund 33 Millionen (+23 Mio. gegenüber Rechnung 2022).

Die restlichen rund 16 Millionen respektive rund 3 Prozent entfallen auf den Kostenblock *Verfahrens- und Transportkosten*, worunter insbesondere die Kosten für Altersgutachten, Transporte der Asylsuchenden zwischen den BAZ bzw. aus den BAZ in die Kantone sowie die Leistungen der Flughafenpolizei fallen. In diesem Bereich weist das SEM gegenüber dem Voranschlag 2023 Mehrkosten von knapp 11 Millionen aus (+7 Mio. gegenüber Rechnung 2022).

Kreditmutationen

- Nachtragskredite Ib und II/2023 von insgesamt 191 400 000 Franken für die Finanzierung der Mehrausgaben in den Bundesasylzentren aufgrund höherer Migrationsströme.
- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 2 FHG um +1 Prozent (Fr. 2 577 000) aufgrund der hohen Anzahl Asylgesuche.
- Kreditverschiebung aus dem Globalbudget von 7 731 300 Franken zur Kompensation des Mehrbedarfs aufgrund hoher Asylzahlen.
- Kreditabtretung des GS-EJPD von 1 640 700 Franken zur Kompensation des Mehrbedarfs aufgrund hoher Asylzahlen.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.31), Art. 22, 24, 24a, 24c, 24d und 80 Abs. 2; Asylverordnung 1 vom 11.8.1999 (AsylV 1; SR 142.311).

A202.0166 UMSETZUNG SCHENGEN/DUBLIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 741 184	3 798 000	3 796 967	-1 033	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 500 000</i>			
Laufende Ausgaben	1 793 464	298 000	1 764 663	1 466 663	492,2
Investitionsausgaben	1 947 720	3 500 000	2 032 305	-1 467 695	-41,9

Die Schweiz ist seit Dezember 2008 Teil des Schengen- und Dublin-Raums. Im Rahmen der entsprechenden Assoziierungsabkommen hat sich die Schweiz grundsätzlich zur Übernahme aller Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands verpflichtet. Seit dem Jahr 2018 wird für die Finanzierung eines Teils der Neu- und Weiterentwicklungen von nationalen Informatik-Anwendungen des SEM der vorliegende Kredit geführt.

Der Fokus des Mitteleinsatzes im Jahr 2023 lag, aufgrund der Verschiebung des Einführungstermins durch die EU auf 2024 weiterhin auf den Arbeiten für den Anschluss an das Entry/Exit-System (EES) der EU inklusive der Realisierung des dafür notwendigen nationalen Systems PORTIS. Zudem wurden die konzeptionellen Arbeiten für die Anpassung der bestehenden Systeme zur Erstellung von Schengenvisa (N-VIS) gemäss Schengener Besitzstand vorangetrieben.

Die verbuchte Kreditmutation von 3,5 Millionen betrifft die Auflösung von zweckgebundenen Reserven für das Projekt EES.

Kreditmutationen

- Verwendung zweckgebundener Reserven von 3 500 000 Franken für die Umsetzung Schengen/Dublin Entry/Exit-System (EES).

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31, Art. 2 Abs. 3 und Art. 7); Dublin-Assoziierungsabkommen (DAA; SR 0.142.392.68, Art. 1 Abs. 3 und Art. 4).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Umsetzung Schengen/Dublin» (V0287.00, BB vom 14.12.2017), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0167 PROGRAMM UMSETZUNG ERNEUERUNG SYSTEMPLATTFORM (ESYSP)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 489 381	1 100 500	1 100 314	-186	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-8 433 000</i>			
Laufende Ausgaben	2 414 164	118 700	706 322	587 622	495,0
Investitionsausgaben	75 218	981 800	393 992	-587 808	-59,9

Die «Systemplattform eDokumente» stellt die Erfassung von biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder sicher und wurde 2010 in Betrieb genommen. Die Systemplattform wird von den Anwendungen zur Ausstellung des Schweizer Passes und der schweizerischen Identitätskarten (ISA), der Visa (ORBIS), des biometrischen Ausländerausweises (ZEMIS) sowie der Reisedokumente für ausländische Personen (ISR) genutzt (jährlich ca. 1,5 Mio. Erfassungen). Zusätzlich dient die Systemplattform der Kontrolle und Verifikation der biometrischen Daten von Schweizer Pässen und biometrischen Ausländerausweisen durch die Grenzkontrollbehörden. Die wesentlichen Komponenten dieser Plattform sind auf eine Lebensdauer von maximal 10 Jahren ausgelegt, was einen Ersatz notwendig machte. Die Erneuerung erfolgte im Rahmen eines Programms mit dem Namen ESYSP unter der Leitung des SEM. Mitbeteiligt waren fedpol, das ISC-EJPD, das EDA, das BAZG sowie die Vertreter der kantonalen Stellen.

Seit dem Jahr 2018 wurden die Mittel für das Programm ESYSP zentral beim SEM in einem Sammelkredit eingestellt mit entsprechenden unterjährigen Abtretungen an die Verwaltungseinheiten fedpol, ISC-EJPD, EDA und BAZG.

Das Programm ESYSP alimentierte die Projektkosten 2023 insbesondere aus zentralen DTI-Mitteln; entsprechend waren im Voranschlag 2023 Mittel im Umfang von rund 9,5 Millionen zentral beim SEM eingestellt.

Der internationale Rollout mit 96 Standorten wurde 2023 erfolgreich abgeschlossen. Im zweiten Halbjahr 2023 wurden das Gesamtsystem und die Betriebsprozesse weiter optimiert, sodass die letzten Projektarbeiten Ende 2023 abgeschlossen werden konnten. Die mit dem Programm ESYSP verbundenen Verpflichtungskredite werden mit der Rechnung 2023 abgerechnet.

Kreditmutationen

- Abtretungen an die Verwaltungseinheiten für die Umsetzung des Programms ESYSP (3,0 Mio.): 2 340 000 Franken an das EDA, 430 400 Franken an fedpol sowie 244 400 Franken an das ISC-EJPD.

- Abtretungen an die BK: 5 522 000 Franken aus Rückfluss nicht benötigter zentraler DTI-Mittel im Programm ESYSP.
- Kreditverschiebung in das Globalbudget des SEM von 114 800 Franken im Zusammenhang mit einem Rücktransfer von Lohnaufwand und Arbeitgeberbeiträgen für weiterverrechnetes Personal.
- Auflösung zweckgebundener Reserven von 218 600 Franken.

Rechtsgrundlagen

Bundesbeschluss vom 14.6.2017 zur Erneuerung der Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP; BBI 2017 4425); Bundesbeschluss «Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente» (BBI 2008 5309).

Hinweise

Verwaltungseinheitenübergreifende Verpflichtungskredite «Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP) Teil 1 und Teil 2» (V0296.00/V0296.01, BB vom 14.6.2017), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

A202.0187 ERNEUERUNG ZENTRALES MIGRATIONSINFORMATIONSSYSTEM (ZEMIS)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 756 899	11 878 500	10 876 149	-1 002 351	-8,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 297 000</i>			
Laufende Ausgaben	2 873 453	4 488 500	6 648 695	2 160 195	48,1
Investitionsausgaben	883 446	7 390 000	4 227 454	-3 162 546	-42,8

Das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) wurde im Jahr 2008 in Betrieb genommen. Das System ist das umfassende Arbeitsinstrument für den Ausländer- und Asylbereich sowie das Bürgerrecht. Es ist das führende Personenregister für ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz leben oder sich hier aufhalten. ZEMIS enthält über 10 Millionen Personendatensätze.

Die aktuelle Architektur von ZEMIS basiert grösstenteils auf einem rund 10- bis 15-jährigen Technologie-Standard und entsprechend in die Jahre gekommenen Software-Komponenten. Diese Komponenten können mit zunehmender Zeitdauer immer schlechter gewartet und weiterentwickelt werden und sind nicht mit den neuen Cloud-Lösungen kompatibel. Deshalb soll ZEMIS abgestimmt auf die IKT-Strategie Bund sowie die Einführung der neuen Software-Referenz-Architektur des EJPD in zwei Tranchen über die Jahre 2022–2027 erneuert werden. Bei einem Gesamtaufwand von 80,0 Millionen entfallen 50,7 Millionen auf externe Projektkosten, wofür das Parlament einen Verpflichtungskredit gesprochen hat. Im Voranschlag 2023 wurden neben den Eigenmitteln von rund 2,0 Millionen auch zentrale DTI-Mittel in der Höhe von rund 8,6 Millionen eingestellt. Aufgrund sich abzeichnender Mehrkosten wurden diese Mittel mittels Zuteilung von weiteren DTI-Mitteln für das Projekt ISR-to-ZEMIS sowie mittels Kreditverschiebung aus dem Globalbudget des SEM auf insgesamt rund 11,9 Millionen erhöht.

Im Jahr 2023 standen konzeptionelle Arbeiten im Vordergrund. In Zusammenarbeit mit verschiedenen kantonalen Behörden und Verbänden wurde mit der Definition der Soll-Prozesse für die Digitalisierungsprojekte sowie der Dokumentation der Ist-Prozesse begonnen. Weiter wurden die Arbeiten für die Erstellung der technischen Architektur für die Migration der Daten und Anwendungen initialisiert. Um diese Arbeiten mit der nötigen Qualität abschliessen zu können, muss die Konzeptionsphase um 9 Monate verlängert werden.

Der in der Rechnung 2023 ausgewiesene Minderaufwand von 1,0 Millionen ist auf Verzögerungen bei den konzeptionellen Arbeiten aufgrund von aufwändigen Abstimmungsarbeiten mit Behörden und Verbänden auf den einzelnen föderalen Ebenen zurück zu führen. Entsprechend wird die Bildung neuer zweckgebundener Reserven im Umfang von 1,0 Millionen beantragt (vgl. Übersicht über die Reserven).

Kreditmutationen

- Abtretung der BK von 980 000 Franken aus zentralen DTI-Mitteln für das Projekt ISR-to-ZEMIS.
- Kreditverschiebung aus Globalbudget SEM von 317 000 Franken zur Kompensation eines Teils der Mehrkosten im Programm Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystems (ERZ).

Rechtsgrundlagen

Bundesbeschluss vom 7.3.2022 zur Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS; BBI 2022 778).

Hinweise

Verwaltungseinheitenübergreifende Verpflichtungskredite «Programm Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystems (ERZ) Teil 1 und Teil 2» (V0369.00/V0369.01, BB vom 7.3.2022), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	19 770 300	19 770 300
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 184 400	2 184 400
Auflösung / Verwendung	–	-3 718 600	-3 718 600
Endbestand per 31.12.2023	–	18 236 100	18 236 100
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 002 300	1 002 300

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 3 500 000 Franken für Projekte Schengen/Dublin sowie 218 600 Franken für das Programm Umsetzung ESYSP verwendet.

Reservebestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (18,2 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte Schengen/Dublin (15,5 Mio.) Programm Erneuerung ZEMIS (ERZ; 1,2 Mio.) und eGovernment (1,1 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Projektverzögerungen wird die Bildung neuer, zweckgebundener Reserven im Umfang von 1 Million für das Programm Erneuerung ZEMIS beantragt:

— Programm Erneuerung ZEMIS (ERZ) 1 002 300

Die im Jahr 2023 laufenden konzeptionellen Arbeiten in den einzelnen Digitalisierungsprojekten wurden in ihrer inhaltlichen Komplexität und ihrem Umfang unterschätzt. Insbesondere die Arbeiten rund um die Definition der zukünftigen SOLL-Prozesse und deren Abstimmung mit den zahlreichen Partnern auf allen föderalen Ebenen ziehen sich teilweise in die Länge. Dies und die bisher fehlende Architektur hat Verzögerungen in der Konzeptphase von sechs Monaten zur Folge.

TRANSFERKREDITE DER LG1: ASYL UND RÜCKKEHR

A231.0152 ASYLSUCHENDE: VERFAHRENSAUFWAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	44 359 224	57 234 000	56 662 586	-571 414	-1,0
davon Kreditmutationen		25 200 000			

Der Bund finanziert über diesen Kredit den unentgeltlichen Rechtsschutz der Asylsuchenden. Die Entschädigung der Rechtsvertretung erfolgt mittels Fallpauschale pro zugewiesenem Fall. Die Fallpauschalen für die verschiedenen Regionen betragen zwischen 1717 Franken und 2218 Franken. Bei der Entschädigung der kantonalen Rechtsberatungsstellen rechnet das SEM im Durchschnitt über alle 6 Regionen mit rund 720 Franken pro Zuweisung zum erweiterten Verfahren.

Von den 56,7 Millionen gemäss Rechnung 2023 entfallen 49,6 Millionen auf die Rechtsvertretung für das beschleunigte Asylverfahren in den Bundesasylzentren, 4,9 Millionen auf die kantonalen Rechtsberatungsstellen für das erweiterte Asylverfahren sowie 2,1 Millionen auf die Verfahrenskosten von Schutzbedürftigen aus der Ukraine.

Im Voranschlag waren 32,0 Millionen eingestellt. Aufgrund der Krise in der Ukraine und des starken Anstiegs der Asylgesuche musste eine Kreditüberschreitung gemäss Art. 36 Abs. 4 FHG bzw. Art. 10 Abs. 2 Bundesbeschluss über den Voranschlag 2023 beantragt werden. Das Gesamtvolumen belief sich somit auf 57,2 Millionen.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung gemäss Bundesbeschluss vom 8.12.2022 zum Voranschlag 2023 respektive Art. 36 Abs. 4 FHG (geringfügiger Ermessensspielraum) von 25 200 000 Franken aufgrund der höheren Asylgesuchszahlen.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.31), Art. 102k und 102l, Asylverordnung 2 vom 11.8.1999 (AsylV 2; SR 142.312).

A231.0153 SOZIALHILFE ASYLSUCHENDE, VORL. AUFGENOMMENE, FLÜCHTLINGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	939 713 959	1 019 675 900	1 014 299 590	-5 376 310	-0,5
davon Kreditmutationen		79 500 000			

Der Bund entschädigt die Kantone gemäss Asylverordnung 2 für die Kosten, die insbesondere mit der Aufnahme und Betreuung von Asylsuchenden (AS), vorläufig Aufgenommenen (VA) und Flüchtlingen (FL) im Zusammenhang stehen. Die Hauptkomponenten des Kredits sind:

– Globalpauschale AS	194 645 940
– Globalpauschale VA	283 071 545
– Globalpauschale FL	463 402 234
– Nothilfepauschale	17 531 977
– Pauschalbeiträge Verwaltungskosten für Asylsuchende	17 166 664
– Pauschalbeiträge Verwaltungskosten für Schutzbedürftige	13 070 816

Globalpauschale AS und VA: Der Bund gilt den Kantonen die Kosten für die materielle Grundsicherung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung in Form einer Globalpauschale pro Sozialhilfe beziehende Person ab. Die Globalpauschale setzt sich zusammen aus einem Anteil für die Miete, einem Anteil für die Sozialhilfe- und Betreuungskosten, einem Anteil für unbegleitete Minderjährige und einem Anteil für die Krankenkassenprämien, Selbstbehalte und Franchisen. Die Kosten werden mittels Schätzung der Entwicklung des Bestands der Asylsuchenden, der vorläufig Aufgenommenen und der Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung und deren Erwerbsquote budgetiert. Die Globalpauschale betrug pro Monat und Person ab dem 1.1.2023 im gesamtschweizerischen Durchschnitt 1655 Franken für AS und 1463 Franken für VA; zusätzlich erhält jeder Kanton pro Quartal einen Sockelbeitrag für die Aufrechterhaltung einer minimalen Betreuungsstruktur. Dieser Beitrag betrug 28 855 Franken pro Monat.

Globalpauschale FL: Der Bund gilt den Kantonen die Kosten für die materielle Grundsicherung von Flüchtlingen in Form einer Globalpauschale pro Sozialhilfe beziehende Person ab. Die Globalpauschale setzt sich zusammen aus einem Anteil für die Miete, einem Anteil für die Sozialhilfe-, Betreuungs- und Verwaltungskosten, einem Anteil für unbegleitete Minderjährige und einem Anteil für die Selbstbehalte und Franchisen der Krankenkassen. Die Kosten werden gestützt auf die Schätzung der Entwicklung des Bestandes der Flüchtlinge und der Erwerbsquote budgetiert. Die Globalpauschale betrug ab dem 1.1.2023 im gesamtschweizerischen Durchschnitt 1461 Franken pro Monat und Person.

Nothilfepauschale: Der Bund gilt den Kantonen die Kosten ab, die durch die Gewährung von Nothilfe an Personen entstehen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. Seit dem 1.3.2019 richtet der Bund nach der Verfahrensart differenzierte Nothilfepauschalen aus. Diese betrugen für das Jahr 2023 495 Franken pro Person nach dem Dublin-Verfahren, 3887 Franken pro Person nach dem beschleunigten Verfahren und 6755 Franken pro Person nach dem erweiterten Verfahren.

Die *Pauschalbeiträge Verwaltungskosten* sind Beiträge an die Verwaltungskosten der Kantone, die sich aus dem Vollzug des Gesetzes ergeben. Die Pauschale wird gestützt auf die Anzahl Asylgesuche und den massgebenden Schlüssel ausgerichtet, nach welchem die Asylsuchenden auf die Kantone verteilt werden sowie auf die Anzahl Schutzgesuche. Im Jahr 2023 betrug sie 568 Franken pro neues Asylgesuch oder Schutzgesuch.

Neben den oben aufgeführten Hauptkomponenten leistet der Bund Beiträge an die Sicherheitskosten für Standortkantone mit Unterbringungszentren des Bundes, an die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen sowie an die Schulbetreuung. Die Höhe dieser Kosten ist insbesondere abhängig von der Unterbringungskapazität des Bundes.

Der Aufwand im Bereich der Sozialhilfe steht in direktem Zusammenhang mit der Anzahl der Personen in finanzieller Zuständigkeit des Bundes. Der Voranschlag 2023 wurde unter der Annahme von 19 500 Asylgesuchen im Jahr 2022 sowie 16 000 Asylgesuchen im Jahr 2023 und einem durchschnittlichen Bestand von rund 52 600 Personen in finanzieller Zuständigkeit des Bundes berechnet. Effektiv wurden im Jahr 2022 24 511 und im Jahr 2023 30 223 Asylgesuche gestellt und der durchschnittliche Bestand betrug rund 54 800 Personen. Zudem wurden 23 012 Gesuche für den Schutzstatus S eingereicht. Im Voranschlag waren 30 000 Gesuche geplant (siehe auch Kredit A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone).

Im Voranschlag waren ursprünglich 940,2 Millionen eingestellt. Aufgrund des starken Anstiegs der Asylgesuche musste eine Kreditüberschreitung gemäss Art. 36 Abs. 4 FHG bzw. Art. 10 Abs. 2 Bundesbeschluss über den Voranschlag 2023 im Umfang von 79,5 Millionen beantragt werden. Das Gesamtvolumen belief sich somit auf 1019,7 Millionen. Der in der Rechnung 2023 ausgewiesene Minderaufwand von 5,4 Millionen ist darauf zurückzuführen, dass letztendlich weniger Asylsuchende in die Schweiz gekommen sind als anlässlich der Berechnung der Kreditüberschreitung angenommen wurde.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung gemäss Bundesbeschluss vom 8.12.2022 zum Voranschlag 2023 respektive Art. 36 Abs. 4 FHG (geringfügiger Ermessensspielraum) von 79 500 000 Franken aufgrund der höher als budgetierten Anzahl Asylgesuche.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.37) Art. 88, Art. 89, Art. 91; Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11.8.1999 (AsylV 2; SR 142.312) Art. 20 bis 29, Art. 31 und Art. 41.

A231.0156 VOLLZUGSKOSTEN UND RÜCKKEHRHILFE ALLGEMEIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	34 382 668	100 260 000	41 168 760	-59 091 240	-58,9

Die Vollzugskosten umfassen Kosten für die Beschaffung von Reisepapieren, Kosten für die Herkunfts- und Identitätsabklärung, Ausreisekosten, Kosten der Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft. Empfänger sind Kantone, ausländische Vertretungen, Fluggesellschaften, die Internationale Organisation für Migration (IOM) sowie weitere mit Dienstleistungen beauftragte Dritte.

Die Aufwände des Bundes im Bereich Rückkehrhilfe umfassen Ausgaben in Zusammenhang mit der Förderung der freiwilligen und pflichtgemässen Ausreise von Personen aus dem Asylbereich. Empfänger sind ausreisepflichtige Personen sowie die Kantone für deren Rückkehrberatungsstellen.

In der Rechnung 2023 handelt es sich bei rund 60 Prozent des Aufwandes um folgende Kosten:

— Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft	6 909 315
— Ausreise- und Rückführungskosten	13 695 629
— Rückkehrberatung (RKB)	1 946 815
— Individuelle Rückkehrhilfe (IHI)	1 789 965

Für *Personen mit Schutzstatus S* sind die folgenden Aufwände angefallen (rund 18 %):

— Ausreise- und Rückführungskosten	491 652
— Rückkehrberatung (RKB)	5 000 000
— Individuelle Rückkehrhilfe (IHI)	2 113 971

Der Bereich Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft beinhaltet die Entschädigung der Kosten der Kantone. Zurzeit werden diese mit 200 Franken pro Hafttag entschädigt.

Die Ausreise- und Rückführungskosten beinhalten Kosten der Ausreise- und Rückführung von weggewiesenen Asylsuchenden (z.B. Flug- und Reisekosten an die Flughäfen, Jahresbeitrag «Jail-Transport-System» gemäss Verwaltungsvereinbarung über die Beiträge des Bundes an die interkantonalen Häftlingstransporte der Kantone). Infolge der hohen Komplexität von Rückführungen (Durchschubbewilligung, Flugrouting, insbesondere aber Abflugverweigerungen und Renitenz der Rückzuführenden) werden Rückführungen auch mittels Sonderflügen durchgeführt.

Im Rahmen der Rückkehrberatung (RKB) werden interessierte Personen in den Kantonen informiert und individuelle Rückkehrprojekte zusammen mit den Betroffenen erarbeitet. Die Subventionierung der kantonalen Beratungsstellen erfolgt in Form einer Basis- und einer Leistungspauschale; die Leistungspauschale wird jeweils im Folgejahr ausbezahlt.

Die individuelle Rückkehrhilfe (IHI) beinhaltet die finanzielle Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe an Rückkehrer/-innen. Diese kann durch Sachleistungen, namentlich in den Bereichen Beruf, Ausbildung und Wohnraum ergänzt werden. Auch Personen mit abgelaufenen Ausreisefristen sowie Personen mit rechtskräftigen Nichteintretensentscheiden können Rückkehrhilfe beantragen.

Die restlichen 9,2 Millionen (rund 22 %) umfassen die Kosten für Flughafendienste (Vereinbarung mit dem Kanton Zürich, Schalterdienste, Koordinationskosten); Medizinalkosten; Behandlung von Rückübernahmegesuche; Einreisegeld für Flüchtlinge, Schutzbedürftige und Familienzusammenführungen; Delegationsauslagen für zentrale Befragungen; Kosten für polizeiliche beziehungsweise medizinische Begleitung; Papierbeschaffung sowie Reisegeld für Personen in Administrativhaft beziehungsweise Ausreisegeld für Einzelfälle. Des Weiteren werden im Rahmen der Sonstigen Rückkehrhilfe die Erledigung von operativen Aufgaben im Rückkehrbereich durch die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Beschaffung von Informationen zur Vorbereitung der Rückkehr sowie Massnahmen zur Informationsvermittlung an die Zielgruppen entschädigt. Die Rückkehrhilfe ab Bundesasylzentren (RAZ) fördert durch Beratung die kontrollierte und geordnete Ausreise von asylsuchenden Personen. Die RAZ gewährleistet eine finanzielle Unterstützung sowie die Ausreiseorganisation. Diese Personen werden nicht auf die Kantone verteilt und verlassen die Schweiz direkt ab den Strukturen des Bundes.

Gegenüber dem Voranschlag wird ein Minderaufwand von 59,1 Millionen ausgewiesen. Dieser ist in erster Linie auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen; in diesem Zusammenhang wurden im Voranschlag 2023 65,6 Millionen für Ausreisekosten sowie für individuelle Rückkehrhilfe und Rückkehrberatung für 130 000 rückkehrende Personen mit Status S im Falle einer Beendigung des Status S Mitte 2023 vorgesehen. Tatsächlich gab es rund 16 500 rückkehrende Personen mit Status S. Im Bereich des ordentlichen Aufwands wurden hingegen die im Voranschlag 2023 eingestellten Mittel von rund 35 Millionen bis auf einen Minderbedarf im Bereich Einreisekosten aufgrund der vorläufigen Sistierung im Bereich Resettlement nahezu ausgeschöpft.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.37), Art. 92, Art. 93 und Art. 93b; Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16.12.2005; AIG; SR 142.20), Art. 60, Art. 71 und Art. 82.

A231.0158 MIGRATIONSZUSAMMENARBEIT UND RÜCKKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	12 999 717	14 056 000	14 055 875	-125	0,0

Der Bereich Migrationszusammenarbeit und Rückkehr ist ein wichtiges Element der schweizerischen Aussenpolitik. Er umfasst verschiedene Instrumente der internationalen Migrationszusammenarbeit, mit welchen die Umsetzung vertraglicher Verpflichtungen und Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit im Migrationsbereich angestrebt werden. Dazu zählt erstens die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, die durch Migrationsdialoge, -abkommen oder -partnerschaften ausgestaltet wird und beispielsweise Strukturhilfe umfasst. Zweitens kann die Schweiz durch länderspezifische Rückkehrhilfe die Wirkung der allgemeinen Rückkehrhilfe (enthalten in Finanzposition A231.0156) steigern sowie die Formalisierung der Rückübernahme durch den Vollzug der Wegweisungen verbessern. Drittens umfassen «Protection-in-the-Region» Programme Massnahmen zum Schutz von Menschen auf der Flucht in den Herkunfts- und Transit- sowie in den Erstaufnahmeländern. Schliesslich kann die Arbeit von im Flucht- und Migrationsbereich tätigen internationalen Organisationen mit freiwilligen Beiträgen unterstützt werden.

Da es sich vor allem um mehrjährige Projekte handelt, werden diese über einen Verpflichtungskredit gesteuert.

Auch im Jahr 2023 reagierte das SEM mit mehreren Beiträgen auf die Krise in Afghanistan und die Fluchtbewegungen aus der Ukraine. Weitere Schwerpunkte bildeten erstens die Finanzierung von Aktivitäten zur Stärkung der Migrationsstrukturen in besonders geforderten Staaten des Westbalkans, Afrikas und des Mittleren Ostens. In den Bereichen Rückkehr, Reintegration und Rückübernahme wurden mehrere nord- und westafrikanische Staaten sowie die Türkei unterstützt. Zweitens wurden Protection-in-the-Region Projekte in verschiedenen für die Schweizer Migrationsaussenpolitik prioritären Drittstaaten umgesetzt. Im multilateralen Bereich stand die weitere Unterstützung der institutionellen Reformen der Internationalen Organisation für Migration (IOM), einem wichtigen Partner der Schweiz, im Vordergrund. Die Projekte konnten wie im Voranschlag 2023 geplant umgesetzt werden.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.37), Art. 77, Art. 93 und Art. 113; Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16.12.2005 (AIG; SR 142.20) Art. 60 und Art. 100.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Internationale Migrationszusammenarbeit und Rückkehr 2022–2026» (V0220.01; BB vom 16.12.2021), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0386 BEITRAG AN DIE ERWEITERUNG DER EU

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	7 800 000	22 100 000	9 982 444	-12 117 556	-54,8

Unter diesem Kredit sind Mittel eingestellt mit dem Ziel, Staaten in ihren Anstrengungen zu unterstützen, ihre Strukturen und Verfahren für die Aufnahme von Schutzsuchenden zu stärken, Integrationsmassnahmen zu fördern und ein effizienteres Asylverfahren sowie effektivere freiwillige Rückkehrverfahren auf- bzw. auszubauen. Da der Bund in diesem Bereich über zwei Mehrjahresprogramme Verpflichtungen von insgesamt 1161 Millionen mit jeweils zwei bis vier Partnerländern pro Mehrjahresprogramm sowie einem Rapid Response Fund (RRF) als Reserve für kurzfristige Projekte (insbesondere im Fall von Krisensituationen) von total 25 Millionen eingehen wird, ist dieser Kredit über einen Verpflichtungskredit gesteuert.

Der Verpflichtungskredit zur Beteiligung der Schweiz an der Erweiterung der EU – Migration 2019–29 wurde Ende 2019 beschlossen und in der Herbstsession 2021 vom Parlament freigegeben. Die Umsetzungsprinzipien wurden zwischen der Schweiz und der EU in einem rechtlich nicht verbindlichen Memorandum of Understanding (MoU) festgehalten und am 30.6.2022 unterzeichnet.

Mit zwei von drei ausgewählten Partnerstaaten wurden die Umsetzungsabkommen im Jahr 2022 unterzeichnet (Griechenland und Zypern) und in Griechenland wurden schon erste Projekte umgesetzt. Es fanden jedoch noch keine Auszahlungen statt, da im Rahmen des Schweizer Beitrags die Massnahmen in der Regel zuerst vom Partnerstaat finanziert werden und dann erst von der Schweiz zurückbezahlt werden. Erste Auszahlungen sollen in diesem Rahmen daher erst im 2024 stattfinden. Die Verhandlungen mit Italien laufen noch, sollten aber in der ersten Hälfte 2024 abgeschlossen werden.

Im Jahr 2023 wurden unter dem RRF neun Projekte im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Umfang von 8,4 Millionen unterstützt. Es wurden in diesem Kontext unter anderem ein Projekt von Terre des hommes in Ungarn und Rumänien im Bereich der Integration von 1,5 Millionen und ein Projekt von Habitat for Humanity in Polen im Umfang von 0,5 Millionen, um den Zugang zu erschwinglichen und angemessenen Wohnlösungen zu verbessern, finanziert.

Ausserdem wurden je ein Projekt in Italien und Griechenland, die im Rahmen eines Solidaritätsmechanismus der EU eingereicht wurden, für total rund 1,0 Millionen finanziert, welche noch nicht im Rahmen der Länderprogramme aufgenommen werden konnten. 0,4 Millionen wurden für den Abschluss von Projekten in Spanien und Griechenland ausbezahlt, welche im 2022 noch zum Teil mit dem IMR-Kredit finanziert wurden und knapp 0,2 Millionen wurden für ein Projekt von Médecins du Monde in Kroatien ausbezahlt. Im Jahr 2023 wurden somit insgesamt rund 10,0 Millionen unter dem RRF und seit dem Beginn der Umsetzung rund 17,8 Millionen ausbezahlt.

Der in der Rechnung 2023 ausgewiesene Minderbedarf von 12,1 Millionen gegenüber dem Voranschlag ist insbesondere auf die zeitlichen Verzögerungen bei der Implementierung der Mehrjahresprogramme mit den Partnerländern zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.31) Art. 91, Art. 93, Art. 113 und Art. 114.

Hinweise

Verpflichtungskredit «2. Beteiligung der Schweiz an der Erw. EU Migration 2019–29» (V0335.00; BB vom 3.12.2019), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: AUSLÄNDER

A231.0159 INTEGRATIONSMASSNAHMEN AUSLÄNDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	353 967 219	581 005 600	481 259 668	-99 745 932	-17,2

Der Bund richtet den Kantonen finanzielle Beiträge für die spezifische Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz aus.

Die Integrationsförderung setzt sich in der Rechnung 2023 aus folgenden Komponenten zusammen:

— Kantonale Integrationsprogramme Integrationspauschale (KIP-IP)	233 408 810
— Kantonale Integrationsprogramme (KIP)	31 973 163
— Programme und Projekte nationaler Bedeutung (PPnB)	18 294 695

Für Personen mit Schutzstatus S wurden zusätzlich die folgenden Mittel eingesetzt:

— Unterstützungsprogramm für Personen mit Schutzstatus S	197 583 000
--	-------------

Kantonale Integrationsprogramme Integrationspauschale (KIP IP): Als Beitrag an die Integrationsförderung von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme wird den Kantonen pro Person eine einmalige Integrationspauschale ausgerichtet. Die Integrationspauschale beträgt 18 000 Franken pro Person (Fr. 18 599 pro Person ab 1.1.2023) und dient der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz. Diese werden gestützt auf die effektiven Zahlen berechnet. Bis 2022 wurden dabei die Auszahlungen für die von Januar bis November effektiv erfolgten Anerkennungen und Verfügungen vorläufiger Aufnahmen noch im gleichen Jahr getätigt. Die Auszahlungen für Dezember sind hingegen erst im Folgejahr erfolgt und wurden entsprechend passiv abgegrenzt. Ab 2023 werden die Auszahlungen für Januar bis Dezember im gleichen Jahr getätigt und die diesbezügliche passive Rechnungsabgrenzung für Dezember im Umfang von 17,6 Millionen konnte demzufolge per Ende 2023 vollständig aufgelöst werden.

Die spezifische Integrationsförderung wird von Bund und Kantonen im Rahmen von *Kantonalen Integrationsprogrammen* (KIP) geregelt. Für die Umsetzung haben Bund und Kantone Programmvereinbarungen abgeschlossen. Da der Bund über das Voranschlagsjahr hinaus wirkende finanzielle Zusagen macht, hat das Parlament einen Verpflichtungskredit bewilligt. Mit Bundesratsbeschluss vom 7.10.2020 wurde die Weiterführung der Kantonalen Integrationsprogramme für eine Übergangsperiode 2022–2023 beschlossen.

Ergänzend dazu dient die Unterstützung von *Programmen und Projekten von nationaler Bedeutung* (PPnB) generell der Weiterentwicklung und der Qualitätssicherung der kantonalen Integrationsprogramme sowie der Innovation und der Schliessung von Lücken bei der Implementierung der Integrationsförderung. Zudem sind in dieser Position seit 2021 Mittel für Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials eingestellt. Darunter fallen insbesondere die Fortführung des Pilotprogramms «Integrationsvorlehre», das für spät zugewanderte Personen aus EU/EFTA und Drittstaaten geöffnet wurde, und des Pilotprogramms «Finanzielle Zuschüsse».

Unterstützungsprogramm für Personen mit Schutzstatus S: Mit Bundesratsbeschluss vom 13.4.2022 wurde für Geflüchtete aus der Ukraine mit Schutzstatus S ein finanzieller Beitrag an die Kantone von 250 Franken pro Person pro Monat beschlossen. Mit den Unterstützungsbeiträgen des Bundes können die Kantone Massnahmen der kantonalen Integrationsprogramme und der Integrationsagenda für Geflüchtete aus der Ukraine finanzieren, damit die Betroffenen rasch eine Arbeit aufnehmen, sich ausbilden und am sozialen Leben teilnehmen können. Der Beitrag wird quartalsweise ausbezahlt und war vorerst bis März 2024 befristet. Mit Bundesratsbeschluss vom 1.11.2023 wurden diese Unterstützungsmassnahmen bis März 2025 verlängert.

Im Voranschlag 2023 waren 581,0 Millionen eingestellt. Der in der Rechnung 2023 ausgewiesene Minderaufwand von 99,7 Millionen ist insbesondere auf das Unterstützungsprogramm für Personen mit Schutzstatus S zurückzuführen (Minderbedarf von 102,4 Mio.), da der Bestand an Personen mit Schutzstatus S tiefer ausgefallen ist als vorgesehen. Demgegenüber wird im Bereich Kantonale Integrationsprogramme Integrationspauschale (KIP IP) ein Mehraufwand von 14,6 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2023 ausgewiesen, welcher auf die höhere Anzahl Asylgesuche und entsprechend höhere Anzahl an Erledigungen zurückzuführen ist. Zudem erfolgt die Auszahlung der Schlusszahlungen im Bereich des Pilotprogramms Integrationsvorlehre 2022–2023 erst im 2024 (7,8 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16.12.2005 (AIG; SR 142.20), Art. 58; V vom 15.8.2018 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA; SR 142.205), Art. 11ff.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Integrationsförderung: kantonale Integrationsprogramme 2022–2023» (V0237.02; BB vom 16.12.2021), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE

A231.0155 INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT MIGRATIONSBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	18 597 902	25 817 600	19 013 749	-6 803 851	-26,4

Der Bund leistet Pflichtbeitragszahlungen an internationale Organisationen, denen er aufgrund eines Abkommens oder einer völkerrechtlichen Vereinbarung beigetreten ist und welche zwingenden Charakter haben. Die Pflichtbeiträge des SEM umfassen insbesondere Pflichtbeiträge gestützt auf die Assoziierung an Schengen/Dublin im Rahmen der Bilateralen Abkommen II:

Der Bund leistete 2023 nachschüssige Beiträge an die *Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen* (eu-LISA) im Umfang von 13,3 Millionen und konnte zudem die diesbezüglichen Abgrenzungen um 2,0 Millionen reduzieren. Dadurch werden Anbindungen der Schweiz an folgende Informationssysteme sichergestellt: Visa-Informationssystem (VIS), Eurodac und Dublin Allocation; Smart Borders EES (Entry/Exit-System) und ETIAS (European Travel Information and Authorization System; ab 2020) sowie Interoperabilität (IOP; ab 2021). Als Grundlage für die Berechnung der Beitragszahlungen der Schweiz dient mehrheitlich der Schengen-Schlüssel gemäss SAA (Art. 11 Abs. 2 und 3 SAA). Gemäss diesem Schlüssel trägt die Schweiz im Verhältnis des Prozentsatzes ihres BIP zum BIP aller Staaten, die sich an dem spezifischen Instrument beteiligen, bei. Als Grundlage für die Berechnung der Beitragszahlungen der Schweiz an Eurodac dient ein fixer Verteilschlüssel von 7,286 Prozent gemäss SAA (Art. 11 Abs. 1 SAA).

Beiträge an die *Asylagentur der EU* (EUAA, bis 2022 *Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen* – EASO) von rund 6,6 Millionen: EUAA ist nicht Bestandteil der Abkommen von Schengen und Dublin. Die Teilnahme der Schweiz erfolgt gestützt auf die EUAA-Vereinbarung. Als Grundlage für die Berechnung der Beitragszahlungen der Schweiz dient eine analoge Berechnungsmethode zum Schengen-Schlüssel. Der Beitrag wird im gleichen Jahr bezahlt.

Ausserhalb Schengen/Dublin wurden Beiträge an das ICMPD (Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung, Wien), an IOM (Internationale Organisation für Migration) und an das IGC (Intergovernmental Consultations on Migration, Asylum and Refugees, Genf) im Umfang von total rund 1,1 Million geleistet.

Der Minderaufwand von 6,8 Millionen ist insbesondere auf tiefer als erwartete Beiträge für 2023 an die Asylagentur der EU sowie an tiefere nachschüssige Beiträge für 2022 und früher (ETIAS) an die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft (EU/EG; SAA; SR 0.362.37);

Vereinbarung zwischen der Europäischen Union einerseits und dem Königreich Norwegen, der Republik Island, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein andererseits zur Beteiligung dieser Staaten an der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (EU; SAA; SR 0.362.315; für die Schweiz in Kraft seit 1.3.2020).

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN

A290.0144 UKRAINE: BEITRÄGE AN KANTONE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	701 992 912	1 700 000 000	1 069 864 224	-630 135 776	-37,1

Der Bund gilt den Kantonen die Kosten für die materielle Grundsicherung von Schutzbedürftigen in Form einer Globalpauschale pro nichterwerbstätige Person ab. Die Globalpauschale setzt sich zusammen aus einem Anteil für die Miete, einem Anteil für die Sozialhilfe- und Betreuungskosten, einem Anteil für die Krankenkassenprämien, Selbstbehalte und Franchisen sowie einem Anteil an unbegleiteten Minderjährigen. Die Globalpauschale für Schutzbedürftige betrug pro Monat und Person ab dem 1.1.2023 im gesamtschweizerischen Durchschnitt 1463 Franken.

Der Minderaufwand gegenüber dem bewilligten Voranschlag von 1,7 Milliarden beträgt 0,6 Milliarden. Das SEM berechnete den Voranschlag mit einem durchschnittlichen Bestand von rund 100 000 Schutzsuchenden in finanzieller Zuständigkeit des Bundes, der effektive durchschnittliche Bestand betrug dann 65 900 Schutzsuchende.

Rechtsgrundlagen

Asylgesetz vom 26.6.1998 (AsylG; SR 142.31) Art. 88, Art. 89; Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11.8.1999 (AsylV 2; SR 142.312) Art. 20 bis 23; Art. 15 FHG.

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Umsetzung «Ausbau und Betrieb des Verarbeitungssystems zur Fernmeldeüberwachung sowie der polizeilichen Informationssysteme des Bundes» (Programm FMÜ)
- Erneuerung Systemplattform Biometrie
- Bereitstellung cloudbasierter Microservices auf einer PaaS-Plattform (Software-Referenzarchitektur V5)

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	95,9	81,1	99,0	3,1	3,3
Laufende Ausgaben	111,1	122,3	124,9	13,8	12,4
Eigenausgaben	111,1	122,3	124,9	13,8	12,4
Selbstfinanzierung	-15,2	-41,2	-25,9	-10,6	-69,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-7,5	-9,0	-8,4	-0,9	-12,7
Jahresergebnis	-22,7	-50,2	-34,3	-11,6	-51,1
Investitionseinnahmen	-	0,0	-	-	-
Investitionsausgaben	17,5	29,8	23,3	5,8	33,3

KOMMENTAR

Das Informatik Service Center ISC-EJPD ist der Informatik Leistungserbringer des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Als Anbieter von hoch verfügbaren Informationssystemen im sicherheitskritischen Umfeld entwickelt und betreibt es national und international vernetzte, komplexe sowie aufgabenübergreifende Fachanwendungen. Durch den administrativ zugeordneten Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (Dienst ÜPF) werden Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und der Erteilung von Auskünften gemäss Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF; SR 780.1) wahrgenommen.

Der Anstieg der laufenden Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr (+3,1 Mio.) und zum Voranschlag (+17,9 Mio.) resultierte namentlich aus Mehr- und Zusatzleistungen in der Leistungsgruppe IKT-Projekte und Dienstleistungen hauptsächlich zugunsten des Bundesamtes für Justiz (BJ), des Bundesamtes für Polizei (fedpol) und des Staatssekretariats für Migration (SEM).

Die Entwicklung der laufenden Ausgaben gegenüber dem Vorjahr (+13,8 Mio.) ist in erster Linie ebenfalls auf die erhöhte Leistungsnachfrage der Verwaltungseinheiten sowie auf zusätzliche Betriebsausgaben (+1,8 Mio.) für den Dienst ÜPF zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Abschreibungen um 0,9 Millionen höher aus. Aufgrund von leichten Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuer Komponenten aus dem Programm FMÜ resultierten tiefere Abschreibungen als im Voranschlag geplant (-0,6 Mio.).

Die Investitionsausgaben von 23,3 Millionen fielen hauptsächlich beim IKT-Schlüsselprojekt Programm FMÜ (13,6 Mio.) sowie für die Weiterentwicklung Schengen/Dublin (3,3 Mio.) und für weitere Vorhaben (6,4 Mio., u.a. LifeCycle-Vorhaben für Netzwerk-Komponenten, Storage und Virtualisierung, etc.) an. Der Anstieg von 5,8 Millionen gegenüber dem Vorjahr erklärt sich vor allem durch den Aufbau der geforderten Höchstverfügbarkeit in den Rechenzentren des ISC-EJPD (+2,7 Mio.), die Zunahme bei LifeCycle-Vorhaben (+2 Mio.) sowie durch das Programm FMÜ (+1,1 Mio.).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Umsetzung Programm FMÜ: Inbetriebnahme der ersten Version der durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P2020 entwickelten Echtzeitüberwachungskomponente (FLICC) (erreicht)
- Erneuerung Systemplattform Biometriedatenerfassung: Abschluss des Rollouts Schweiz (erreicht)
- Bereitstellung Software-Referenzarchitektur V5: Anwendung der Software-Referenzarchitektur V5 bei sämtlichen Neuentwicklungen und Migration von mindestens 10% der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die Private Cloud (PaaS) (erreicht)

LG1: IKT-BETRIEB

GRUNDAUFTRAG

Das ISC-EJPD betreibt im Auftrag der Leistungsbezüger Anwendungen, Dienste, Services und Systeme. Die Anwendungen können entweder von einem internen Leistungserbringer, in Zusammenarbeit mit Dritten oder von externen Leistungserbringern entwickelt worden sein. Die Dienste können bundesweite Standarddienste sein. Die Leistungen sollen den Kunden so unterstützen, dass er seine Geschäftsprozesse möglichst effizient und wirksam gestalten kann. Die Leistungen werden mit Service Level Agreements (SLA) vereinbart und sollen den Anforderungen und Erwartungen der Leistungsbezüger, der Departemente und der IKT-Lenkung Bund entsprechen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	38,7	37,4	36,8	-0,6	-1,6
Aufwand und Investitionsausgaben	39,5	44,2	42,9	-1,3	-2,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kundenzufriedenheit: Das ISC-EJPD erbringt kundennahe, kundenfreundliche sowie durchgängig integrierte IKT-Leistungen			
- Zufriedenheit der Endbenutzer/-innen, Integrationsmanager/-innen und Anwendungsverantwortlichen; Umfrage alle 2 Jahre (Skala 1-6)	5,1	5,0	5,1
Finanzielle Effizienz: Das ISC-EJPD strebt eine Optimierung des IKT-Kosten/Leistungsverhältnisses für die Leistungsbezüger an			
- Preisindex (Basis: 2022 = 100) gebildet anhand eines gewichteten, selektiven Warenkorb des Angebotes des ISC-EJPD (Index)	100,0	96,1	96,1
Prozesseffizienz: Das ISC-EJPD sorgt dafür, dass die Prozesse effizient organisiert sind und mit guter Qualität erbracht werden			
- Anteil der Incidents, welche direkt vom Service Desk erledigt werden oder innert einer Stunde an den 2nd-Level-Support zugewiesen sind (%; min.)	99,4	96,5	99,2
- Anteil von hoch priorisierten Störungen von Platin-Anwendungen, welche innerhalb der vereinbarten Zeiten behoben werden (%; min.)	100,0	100,0	100,0
- Anteil der MAC-Aufträge (Move, Add, Change), welche automatisiert sind und keine manuelle Eingriffe brauchen (%; min.)	90,3	92,0	90,1
- Anteil der MAC-Aufträge (Move, Add, Change), die gemäss der vereinbarten Durchlaufzeit ausgeführt werden (%; min.)	94,8	95,0	95,0
Qualitative Leistungserbringung: Die IKT-Betriebsleistungen stehen wie vereinbart zur Verfügung			
- Einhaltunggrad Verfügbarkeiten über alle Service Level Agreements (%; min.)	100,0	99,0	99,2
IKT-Betriebssicherheit: Das ISC-EJPD gewährleistet die Sicherheit durch zyklischen Ersatz kritischer Komponenten			
- Die definierten kritischen Komponenten sind in einer jährlich terminierten Planung von 1 - 4 Folgejahren (einzeln terminiert) ersetzt (%; min.)	100,0	95,0	100,0

KOMMENTAR

Kundenzufriedenheit: Die Erhebung findet alle zwei Jahre statt. Für 2023 wurde das Ergebnis aus dem Vorjahr fortgeschrieben.

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht.

Prozesseffizienz:

- MAC-Automatisierung: Nach der im Vorjahr angekündigten Überprüfung konnten einige zusätzliche MAC-Automatisierungen vorgenommen werden. Es ist aber weiterhin eine Zunahme von Aufträgen zu verzeichnen, welche sich nicht automatisieren lassen und auch zukünftig jeweils manuell zugeordnet werden müssen.

LG2: IKT-PROJEKTE UND DIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Das ISC-EJPD unterstützt die Leistungsbezüger (LB) gemäss ihren Aufträgen. Hauptsächlich werden Anwendungen entwickelt, gepflegt und weiterentwickelt, welche die Geschäftsprozesse der LB effizient und wirksam unterstützen. Der Eigenleistungsanteil des ISC-EJPD kann dabei unterschiedlich hoch sein. Von grösster Bedeutung sind die Integrationsleistungen, damit die LB mit durchgängigen IKT-Lösungen unterstützt sind. Die Leistungen werden in Projekt- und Dienstleistungsvereinbarungen definiert und verlässlich in Kosten, Termin und Qualität erbracht.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	44,8	31,8	49,4	17,6	55,1
Aufwand und Investitionsausgaben	47,0	39,3	54,4	15,1	38,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Projekterfolg: Projektleistungen und -abwicklungen werden von den Kunden als qualitativ hochwertig, kostengünstig und termingerecht bewertet			
– Zufriedenheit der Projektauftraggebenden (Skala 1-6)	4,6	4,8	4,9
Wirtschaftliche Leistungserbringung: Dienstleistungen werden zu marktfähigen Preisen erbracht			
– Benchmark: durchschnittlicher eigener Stundentarif im Verhältnis zum durchschnittlichen Stundentarif vergleichbarer externer Anbieter (Quotient, max.)	0,96	1,00	0,95
IKT-Sicherheit: Das ISC-EJPD wirkt darauf hin, dass die Sicherheitsanforderungen je Projekt ausgewiesen und durch Massnahmen gedeckt sind			
– Anteil erfüllter resp. nicht erfüllter jedoch vom Kunden akzeptierten Sicherheitsanforderungen in den Projekten der Leistungsbezüger (%; min.)	100,0	100,0	100,0

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht.

LG3: ÜBERWACHUNG POST- UND FERNMELDEVERKEHR

GRUNDAUFTRAG

Der Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (Dienst ÜPF) ist unabhängig im Sinne von Artikel 3 des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF, SR 780.1) und dem ISC-EJPD lediglich administrativ zugeordnet. Er ist der Garant einer rechtskonformen und rechtsstaatlichen Umsetzung von Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs. Er nimmt Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und der Erteilung von Auskünften gemäss BÜPF wahr. Der Dienst ÜPF hat keine eigentliche Strafverfolgungskompetenz, da er auf Anordnung der Strafverfolgungsbehörden arbeitet. Im Rahmen der Leistungserbringung wird die benötigte administrative und technische Infrastruktur zugunsten der Strafverfolgungsbehörden bereitgestellt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	12,4	11,8	12,8	1,0	8,2
Aufwand und Investitionsausgaben	31,7	54,4	36,1	-18,3	-33,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kunden- und Serviceorientierung: Die Strafverfolgungs- und Untersuchungsbehörden erhalten die Dienstleistungen (Überwachungsmassnahmen, Auskünfte) bedarfsgerecht und in der bestmöglichen Qualität			
– Zufriedenheit der Strafverfolgungs- und Untersuchungsbehörden; Umfrage alle 2 Jahre (Skala 1-6)	5,1	4,7	5,1
Ausbildung Systemnutzende: Der Dienst ÜPF sorgt für ein qualitativ gutes und praxisorientiertes Schulungsangebot für die Anwendenden der Systeme des Dienstes gemäss BÜPF			
– Zufriedenheit der Kursteilnehmenden (Skala 1-6)	5,2	5,0	5,1
Prozesseffizienz: Der Dienst ÜPF sorgt dafür, dass die Prozesse effizient organisiert sind und durch geeignete Instrumente unterstützt werden			
– Erfüllungsgrad anhand einer Checkliste für 10 zufällig ausgewählte Stichproben der Auftragsdossiers pro Monat (%; min.)	86,8	95,0	97,0
Erfüllung der Leistungsbereitschaft: Die Verfügbarkeit des Verarbeitungssystems des Dienstes ÜPF ist gewährleistet			
– Einhaltungsggrad Verfügbarkeit des Verarbeitungssystems (%; min.)	99,9	99,0	99,9

KOMMENTAR

Kunden- und Serviceorientierung: Die Erhebung findet alle zwei Jahre statt. Für 2023 wurde das Ergebnis aus dem Vorjahr fortgeschrieben.

Alle Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		95 900	81 088	99 036	17 949	22,1
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	95 900	81 088	99 036	17 949	22,1
Aufwand / Ausgaben		136 043	161 000	156 579	-4 421	-2,7
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	118 157	137 891	133 470	-4 421	-3,2
	<i>Kreditverschiebung</i>		-756			
	<i>Abtretung</i>		768			
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		8 500			
A202.0112	Weiterentwicklung Schengen/Dublin	635	3 940	3 940	0	0,0
	<i>Abtretung</i>		3 940			
A202.0113	Programm Fernmeldeüberwachung	16 025	18 926	18 925	0	0,0
	<i>Kreditverschiebung</i>		-767			
	<i>Abtretung</i>		7 128			
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		12 438			
A202.0171	Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform (ESYSP)	1 225	244	244	0	0,0
	<i>Abtretung</i>		244			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	95 899 617	81 087 600	99 036 308	17 948 708	22,1
Laufende Einnahmen	95 899 617	81 067 600	99 022 253	17 954 653	22,1
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	14 055	14 055	-
Investitionseinnahmen	-	20 000	-	-20 000	-100,0

Die *laufenden Einnahmen* fielen gegenüber dem Voranschlag insgesamt um 18 Millionen höher aus. Die Erhöhung begründet sich durch Mehrerträge aus den Leistungsgruppen IKT-Projekte und Dienstleistungen (+17,6 Mio.) und Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (+1,0 Mio.) sowie durch Mindererträge aus der Leistungsgruppe IKT-Betrieb (-0,6 Mio.).

— IKT-Betrieb -0,6

Die Mindererträge resultieren aus verspäteten Inbetriebnahmen neuer Anwendungen, verspäteten Ausserbetriebnahmen von Kleinanwendungen sowie Abweichungen bei den User- und Datenspeichermengen.

— IKT-Projekte und Dienstleistungen +17,6

Die Mehrerträge resultieren aus unterjährig vereinbarten Mehr- und Zusatzleistungen (z.B. für die Neuentwicklung des elektronischen Zivilstandsregisters Infostar sowie für die Weiterentwicklungen des zentralen Migrationsinformationssystems ZEMIS, des Schengener Informationssystems SIS und anderer Schengen-Anwendungen wie ETIAS etc. und für das Programm FMÜ).

— Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr +1,0

Die Ertragsprognose basiert auf den durchschnittlich erzielten Erträgen der vergangenen vier Rechnungsjahre. Mit 12,8 Millionen fielen die Gebührenerträge aus Amtshandlungen um 1,0 Millionen höher aus als budgetiert (+0,4 Mio. ggü. Vorjahr).

Rechtsgrundlagen

BG betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF; SR 780.1). V über die Gebühren und Entschädigungen für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (GebV-ÜPF; SR 780.115). BG über den eidgenössischen Finanzhaushalt (FHG; SR 611.0), Art. 41a.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	118 156 829	137 890 500	133 469 760	-4 420 740	-3,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		8 512 600			
Funktionsaufwand	113 800 014	130 745 200	127 106 913	-3 638 287	-2,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	106 349 633	121 776 200	118 694 664	-3 081 536	-2,5
Personalausgaben	50 135 462	57 950 700	54 215 192	-3 735 508	-6,4
Sach- und Betriebsausgaben	56 214 170	63 825 500	64 479 472	653 972	1,0
<i>davon Informatik</i>	41 364 861	48 612 600	48 866 325	253 725	0,5
<i>davon Beratung</i>	280 103	49 100	66 906	17 806	36,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	7 450 381	8 969 000	8 412 248	-556 752	-6,2
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	4 356 816	7 145 300	6 362 847	-782 453	-11,0
Vollzeitstellen (Ø)	283	313	296	-17	-5,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Mit dem Voranschlag 2023 wurden für die Umsetzung der Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes 2022-2025 sowie den Mehrbedarf für die Fernmeldeüberwachung zur Sicherstellung des Betriebs nach der Inbetriebnahme der Komponenten des Verarbeitungssystems (V-FMÜ) 19 zusätzliche FTE gesprochen.

Die zusätzlichen Stellen konnten aufgrund der unverändert angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt für IKT-Fachkräfte nur teilweise besetzt werden. Dank intensiven und ausgeweiteten Rekrutierungsmassnahmen konnte der Mitarbeitendenbestand dennoch gegenüber dem Vorjahr um 13 Vollzeitstellen erhöht werden (Neuanstellungen sowie Ersatz bei Fluktuation und Pensionierungen).

Die Minderausgaben beim Personal von total 3,7 Millionen resultieren in der Summe aus dem Minderbedarf beim internen Personal (-3,2 Mio.) aus noch unbesetzten oder verzögert besetzten Stellen, tieferen Ausgaben beim Personalverleih (-0,3 Mio.) und geringeren übrigen Personalausgaben (-0,2 Mio.).

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen mit 0,7 Millionen um 1,0 Prozent über dem budgetierten Wert.

Die *Informatiksachausgaben* fielen in der Summe um 0,3 Millionen höher aus als geplant. Die Hauptursache für die Mehrausgaben stellt der erhöhte Bedarf an externer Unterstützung für Projekte und Dienstleistungen (+16,4 Mio.) dar. Hingegen fielen aufgrund der verzögerten Inbetriebnahme von neuen Fachanwendungen für den Dienst ÜPF die Ausgaben für den Informatikbetrieb um 14,8 Millionen tiefer aus. Zudem führten nicht umgesetzte Weiterentwicklungen sowie Minderausgaben für Wartungs- und Lizenzverträge zu einer weiteren Ausgabenreduktion von rund 1,4 Millionen.

Die *Beratungsausgaben* für betriebswirtschaftliche oder strategische Fragestellungen fiel aufgrund der betrieblichen Bedürfnisse leicht höher aus als geplant.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben fielen in der Summe um 0,4 Millionen höher aus als geplant; hauptsächlich begründet mit höher ausgefallenen Entschädigungen des Dienstes ÜPF an die Provider (+0,8 Mio.) sowie tieferen Miet- und Liegenschaftsausgaben (-0,3 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die auf der Anlagenbuchhaltung des ISC-EJPD basierenden Abschreibungen fielen mit insgesamt 8,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag um 0,6 Millionen tiefer aus, da sich unter anderem die Inbetriebnahmen von aktivierbaren Beschaffungen von Hardware und Lizenzen, insbesondere im Programm FMÜ, verzögerten.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben fielen für Ausbauten im Rechenzentrum Frauenfeld (+0,6 Mio.) und für LifeCycle-Ablösungen von Backbone, Storage und Virtualisierung (+0,1 Mio.) höher aus als geplant. Demgegenüber stand ein Minderbedarf bei den Vorhaben des Dienstes ÜPF (-0,9 Mio.), bei der LifeCycle-Ablösung Public Key Infrastructure (PKI; -0,4 Mio.) und beim LifeCycle ERM-IT des fedpol (-0,2 Mio.). Das Storage Vorhaben NetApp-System KNOX wurde mittels einer unterjährigen Kreditverschiebung von fedpol von 1,2 Millionen durchgeführt. Teilweise wurden die Vorhaben mit im Vorjahr gebildeten zweckgebundenen Reserven finanziert. Im Gegenzug werden diverse verzögerte Vorhaben (infolge Liefer- und Ressourcenengpässen etc.) in den Folgejahren realisiert (vgl. Antrag zur Bildung neuer zweckgebundener Reserven). Insgesamt beliefen sich die Investitionsausgaben auf 6,4 Millionen und fielen in der Summe 0,8 Millionen tiefer aus als geplant.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamtes von 768 100 Franken für die Reintegration von erkrankten und verunfallten Mitarbeitenden, für die Durchführung von Arbeitsversuchen im Rahmen der beruflichen Reintegration von externen Personen, für die Anstellung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbetreuung.
- Kreditverschiebungen von Verwaltungseinheiten (1,2 Mio.): 1 184 500 Franken von fedpol für das NetApp-System KNOX (Tier-2) sowie 60 000 Franken der BK zur Unterstützung im Programm Mitigation Credential Theft (MCT) zur Stärkung der Informationssicherheit in der Bundesverwaltung.
- Kreditverschiebung an fedpol von 2 000 000 Franken für Mehraufwendungen in Zusammenhang mit der Ablösung des jMessage-Handlers.
- Kreditüberschreitung durch leistungsbedingte Mehrerträge von 7 588 500 Franken, sowohl im Bereich Zusatzleistungen im Rahmen der Leistungsvereinbarungen (Betrieb) sowie bei Projektleistungen.
- Verwendung zweckgebundener Reserven von 911 500 Franken für verschiedene Vorhaben (vgl. Übersicht über die Reserven weiter unten).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: IKT-Betrieb		LG 2: IKT-Projekte und Dienstleistungen		LG 3: Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	39	43	47	54	32	36
Personalausgaben	14	14	23	25	14	15
Sach- und Betriebsausgaben	19	19	24	29	13	16
<i>davon Informatik</i>	14	15	22	27	5	7
<i>davon Beratung</i>	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	3	4	0	0	5	5
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	4	6	0	–	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	97	102	119	126	67	68

A202.0112 WEITERENTWICKLUNG SCHENGEN/DUBLIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	635 360	3 939 884	3 939 883	-1	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		3 939 884			
Laufende Ausgaben	–	305 041	634 808	329 767	108,1
Investitionsausgaben	635 360	3 634 843	3 305 075	-329 768	-9,1

Seit dem Voranschlag 2020 werden die Mittel zur Führung des Programms «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» zentral beim GS-EJPD in einem Sammelkredit eingestellt und unterjährig den Verwaltungseinheiten des EJPD abgetreten. Die abgetretenen Mittel wurden für Hardware-Teilbeschaffungen zum Aufbau der geforderten Höchstverfügbarkeit in den Rechenzentren des ISC-EJPD eingesetzt.

Kreditmutationen

- Abtretung des GS-EJPD von 3 939 884 Franken für die Weiterentwicklung von Schengen/Dublin.

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31, Art. 2 Abs. 3 und Art. 7).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Weiterentwicklung Schengen/Dublin Besitzstand» (V0345.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0113 PROGRAMM FERNMELDEÜBERWACHUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	16 025 163	18 925 600	18 925 361	-239	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>18 799 500</i>			
Funktionsaufwand	3 557 606	96 700	5 328 114	5 231 414	n.a.
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 557 606	96 700	5 328 114	5 231 414	n.a.
Personalausgaben	317 107	96 700	228 045	131 345	135,8
Sach- und Betriebsausgaben	3 240 499	-	5 100 069	5 100 069	-
<i>davon Informatik</i>	<i>3 139 878</i>	<i>-</i>	<i>5 081 651</i>	<i>5 081 651</i>	<i>-</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>4 173</i>	<i>-</i>	<i>3 770</i>	<i>3 770</i>	<i>-</i>
Investitionsausgaben	12 467 557	18 828 900	13 597 247	-5 231 653	-27,8
Vollzeitstellen (Ø)	1	1	1	0	0,0

Durch das Programm Fernmeldeüberwachung (Programm FMÜ) wird die Überwachung der verschiedenen Kommunikationskanäle (Mobiltelefonie, Internet etc.) qualitativ verbessert sowie sichergestellt, dass der Dienst ÜPF seine gesetzlichen Aufgaben gegenüber den Strafverfolgungsbehörden weiterhin vollständig erfüllen kann. Hierzu werden die Informatiksysteme des Dienstes ÜPF und des fedpol erneuert und ausgebaut.

Das Programm FMÜ wird als IKT-Schlüsselprojekt des Bundes geführt und von der Eidgenössischen Finanzkontrolle periodisch überprüft. Die Projektleistungen werden grösstenteils durch das ISC-EJPD erbracht.

Für das Programm FMÜ war eine Abwicklung in den folgenden vier Etappen vorgesehen:

- Ersatzbeschaffungen und Projektierungsarbeiten für die Etappen 2 bis 4 (2016–2018)
- Leistungs- und Kapazitätssteigerungen (2017–2021)
- Systemanpassungen beim Dienst ÜPF und bei fedpol infolge BÜPF-Revision (2018–2021)
- Systemausbauten (2019–2021) – Die Ausgestaltung dieser Etappe wurde durch Bundesbeschluss vom 4.6.2018 angepasst (siehe unten)

Mit Bundesbeschluss vom 11.3.2015 wurde ein Gesamtkredit in Höhe von 99 Millionen bewilligt, dessen erste beide Etappen in Höhe von 28 Millionen mit dem Bundesbeschluss und 14 Millionen am 15.2.2017 durch den Bundesrat freigegeben wurden. Mit Beschluss des Bundesrates vom 20.12.2017 wurden dann die beantragten Mittel für die Etappe 3 für die Projekte der Projektgruppe 3 und das Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-GovWare in Höhe von insgesamt 19 Millionen freigegeben.

Die Bundesversammlung hat am 4.6.2018 eine Änderung des Bundesbeschlusses vom 11.3.2015 zum «Ausbau und zum Betrieb des Verarbeitungssystems zur Fernmeldeüberwachung sowie der polizeilichen Informationssysteme des Bundes» beschlossen. Die Zielsetzung des Programms FMÜ wird hierdurch nicht verändert, jedoch wird die Anzahl der Projekte deutlich reduziert, wodurch der administrative Aufwand verringert und die Koordination vereinfacht werden kann. Zudem steht zum Ende des Programms ein neues, zeitgemässes Echtzeitüberwachungssystem zur Verfügung.

Die Etappe 4 wird durch das neu konzipierte Projekt IKT-ProgFMÜ-P2020 umgesetzt. Sie wurde vom Bundesrat am 30.1.2019 freigegeben und hat zum Ziel, eine zeitgemässe Echtzeitüberwachungskomponente zu beschaffen und die bestehenden Systeme mit technischen und funktionalen Erweiterungen auszubauen.

Wegen verschiedener Projektverzögerungen war eine erneute Neu-Planung des gesamten Programms erforderlich, die durch die Programm-Auftraggeberin mit folgendem Inhalt genehmigt wurde:

- Sämtliche Umsetzungsprojekte werden spätestens auf den 31.3.2024 abgeschlossen.
- Der Abschluss des Programms erfolgt auf den 30.6.2024.

Für die in den Vorjahren aufgrund von Verzögerungen und Umpriorisierungen nicht verwendeten Mittel konnten zweckgebundene Reserven gebildet werden, die neben den Voranschlagskrediten einen Teil der Aufwendungen für die künftigen Aktivitäten decken werden.

Aufgrund der neuen, beziehungsweise geänderten Anforderungen in den Projekten sowie der zeitlichen Verzögerungen des Programms FMÜ ergab sich ein zusätzlicher Mittelbedarf bis zum Programmende in Höhe von 11,5 Millionen.

Im IKT-ProgFMÜ-P3-Ausbauten müssen eine ganze Reihe von zusätzlichen Anforderungen (5 Mio.) abgedeckt werden. Diese sind zum Teil technisch bedingt, wie die Migration auf ein neues Datenbanksystem, die Anbindung an weitere Systeme zur Sicherung der Interoperabilität und Architekturanpassungen insbesondere aufgrund stark gestiegener Datenvolumina. Des Weiteren sind neue Analyseanforderungen aufgrund von Fortschritten in der Telekommunikation und des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus umzusetzen.

Im IKT-ProgFMÜ-P2020 fallen initial Mehrausgaben von 6,5 Millionen über die gesamte Programmdauer an, weil das System modular aufgebaut wird. Diese Modularität wird sich in der Folge durch eine bessere Wartbarkeit und Langlebigkeit des Gesamtsystems auszahlen.

Mit dem Voranschlag 2023 wurde daher ein entsprechender Zusatzkredit für die Realisierung des Programms FMÜ beantragt und bewilligt.

Für das Jahr 2023 waren unter anderem die nachfolgenden Aktivitäten geplant:

- Produktivsetzung der neuen Fachapplikation Federal Lawful Interception Core Component (FLICC) im zweiten Halbjahr 2023 durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P2020
- Produktivsetzung des neuen Ermittlungssystems KasewareCH (ehemals ErmSys) des fedpol im Herbst 2023 durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-EFMÜ
- Start des Pilotbetriebs der Advanced IP-Analyse (AIPA) für ausgewählte Benutzer der Strafbehörden durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P3-Ausbauten
- Realisierung und Einführung des Langzeitdatenaufbewahrungssystems (LZDAS) im Projekt IKT-ProgFMÜ-P3-LZDAS

Folgende Ergebnisse konnten 2023 erreicht werden:

- Projekt IKT-ProgFMÜ-P3-Ausbauten: Das Projekt hat mit Releases im Juni 2023 neue Vorgaben des totalrevidierten Datenschutzgesetzes realisiert sowie im November 2023 die ab 2024 geltenden Kostenpauschalen für Aufträge im Dienst ÜPF umgesetzt. Zusätzlich hat das Teilprojekt AIPA (Advanced IP-Analyse) von Januar bis Juni 2023 einen produktiven Piloten durchgeführt. Die Erkenntnisse aus der Pilotphase wurden anschliessend in einem Bericht ausgewertet. Die Rückmeldungen sind durchgehend positiv, so dass an der eingekauften Komponente festgehalten werden kann. Zudem kann der Benutzerkreis begleitet durch eine zusätzliche Schulung erweitert werden.
- Projekt IKT-ProgFMÜ-P2020: Das Projekt konnte wie geplant im August 2023 mit der ersten Version von FLICC in den produktiven Piloten gehen und anschliessend mit einer zweiten Version im November 2023 die Grundlage erarbeiten, um das Altsystem Interception System Schweiz (ISS) abzulösen.
- Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-EFMÜ: Mit der eingekauften Standardsoftware Kaseware hat das Projekt im September 2023 mit der Produktivsetzung des neuen Ermittlungssystems KasewareCH sein Hauptziel erreicht.
- Projekt IKT-ProgFMÜ-P3-LZDAS: Das Projekt hat bis Ende 2023 die bestehenden Systeme für die Langzeitdatenaufbewahrung erweitert und den Zugriff auf Daten des Altsystems ISS über eine Webapplikation ermöglicht.

Zu einer Verzögerung kam es im folgenden Projekt:

- Projekt IKT-ProgFMÜ-P3-LZDAS: Eine Produktivsetzung dieser Webapplikation namens ISS-Viewer wurde aufgrund der mehrschichtigen Belastung der Enduser auf Februar 2024 verschoben.

Das Programm verläuft immer noch entlang der im Dezember 2020 erstellten Neuplanung. Sämtliche Umsetzungsprojekte werden spätestens auf den 31.3.2024 abgeschlossen. Der Abschluss des Programms wird per 30.6.2024 erfolgen.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamtes von 3100 Franken für höhere Sozialversicherungsbeiträge.
- Abtretung der BK von 7 125 000 Franken aus zentralen Digitalisierungs-Mitteln an das Programm Fernmeldeüberwachung.
- Kreditverschiebung an fedpol von 767 000 Franken für die Beschaffung des neuen Ermittlungssystems im Rahmen des Programms FMÜ.
- Verwendung zweckgebundener Reserven von 12 438 400 Franken.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Programm Fernmeldeüberwachung» (V0253.00, V0253.01, V0253.02, V0253.03; BB vom 11.3.2015, BB vom 4.6.2018; BB vom 8.12.2022), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0171 PROGRAMM UMSETZUNG ERNEUERUNG SYSTEMPLATTFORM (ESYSP)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 225 162	244 400	244 362	-38	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>244 400</i>			
Laufende Ausgaben	1 225 162	100 000	244 362	144 362	144,4
Investitionsausgaben	–	144 400	–	-144 400	-100,0

Die heutige «Systemplattform eDokumente» stellt die Erfassung von biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder sicher und wurde 2010 in Betrieb genommen. Die Systemplattform wird von den Anwendungen zur Ausstellung des Schweizer

Passes und der schweizerischen Identitätskarten (ISA), der Visa (ORBIS), des biometrischen Ausländerausweises (ZEMIS) sowie der Reisedokumente für ausländische Personen (ISR) genutzt. Zusätzlich dient die Systemplattform der Kontrolle und Verifikation der biometrischen Daten von Schweizer Pässen und biometrischen Ausländerausweisen durch die Grenzkontrollbehörden. Die wesentlichen Komponenten dieser Plattform sind auf eine Lebensdauer von maximal 10 Jahren ausgelegt, was einen Ersatz notwendig macht. Die Erneuerung erfolgt im Rahmen des Programms ESYSP unter der Leitung des Staatssekretariats für Migration (SEM). Mitbeteiligt sind fedpol, das ISC-EJPD, das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sowie die Vertreter der kantonalen Stellen.

Seit 2018 sind die Mittel für das Programm ESYSP zentral beim SEM in einem Sammelkredit eingestellt und werden entsprechend dem Programmfortschritt unterjährig an fedpol, das ISC-EJPD, das EDA und das BAZG abgetreten.

Kreditmutationen

- Kreditabtretungen des SEM von 244 400 Franken für die Erneuerung der Systemplattform Biometriedatenerfassung (Programm ESYSP).

Rechtsgrundlagen

Bundesbeschluss «Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente» (BBI 2008 5309).

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Programm Umsetzung Erneuerung Systemplattform Biometriedatenerfassung (ESYSP)» (V0296.00 und V0296.01; BB vom 14.6.2017 / BRB 26.08.2020), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	3 447 000	30 185 500	33 632 500
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 003 000	1 003 000
Auflösung / Verwendung	–	-13 723 200	-13 723 200
Endbestand per 31.12.2023	3 447 000	17 465 300	20 912 300
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	3 368 100	3 368 100

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von insgesamt 13,7 Millionen aufgelöst bzw. verwendet. Dabei wurden 12 438 400 Franken für diverse Teilprojekte aus dem Programm FMÜ eingesetzt. Des Weiteren wurden für den Life Cycle von Faseroptik-Netzwerkkomponenten (Fr. 252 000), für Erneuerungen der Systemplattform Biometriedaten (Fr. 209 500), für Ersatzbeschaffungen bei der Entwicklungsumgebung (Fr. 171 000), für den Aufbau der Elastic Stack Infrastruktur (Such- und Speicherservice zur Verwaltung grosser Datenmengen, Fr. 126 700), für den Life Cycle der für das ASTRA betriebenen DataWareHouse-Plattform (Fr. 112 100) und für externe Sicherheitsaudits des SSO-Portals (Fr. 40 200) in den Vorjahren gebildete zweckgebundene Reserven verwendet. Ausserdem wurden nicht mehr benötigte zweckgebundene Reserven aus diversen Vorhaben der Vorjahre im Umfang von 373 300 Franken aufgelöst.

Reservenbestand

Das ISC-EJPD verfügt über *allgemeine Reserven*, die zur Finanzierung eines allfälligen Mehrbedarfs im Rahmen des Grundauftrags verwendet werden können. Sie schaffen somit Freiräume, die agiles Handeln ermöglichen.

Die bestehenden *zweckgebundenen Reserven* (17,5 Mio.) entfallen hauptsächlich auf Projekte des Programms FMÜ (16,9 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Umpriorisierungen oder Verzögerungen in verschiedenen Vorhaben werden zweckgebundene Reserven im Umfang von 3 368 100 Franken beantragt:

- LifeCycle Zentraler Storage 890 000 Franken

Verzögerungen bei vorgelagerten Vorhaben führten dazu, dass der für 2023 geplante LifeCycle der zentralen Storage in das Folgejahr verschoben werden musste. Die entsprechenden Kosten fallen somit allesamt im Jahr 2024 an.

- LifeCycle Tufin 535 100 Franken

Aufgrund von Lieferengpässen beim Hersteller des Verwaltungssystems von Netzwerksicherheitsrichtlinien (Tufin) muss der für 2023 geplante LifeCycle in das Jahr 2024 verschoben werden (inkl. die unterstützenden externen Dienstleistungen).

- Oracle Lizenzbeschaffung 474 200 Franken

Im Rahmen einer Oracle Migration war geplant, im Dezember 2023 zusätzlich benötigte Lizenzen zu beschaffen. Aufgrund der hohen Arbeitslast und Ressourcenengpässen im Fachbereich Beschaffung wurde entschieden, das komplexe Geschäft in das Jahr 2024 zu verschieben.

- Unterstützung externe Spezialisten 250 000 Franken

Im betrieblichen Umfeld verursachen die Vorhaben im Umfeld der Fernmeldeüberwachung (FMÜ) im Rahmen der Weiterentwicklung weiteren Anpassungsbedarf, der die Unterstützung externer Spezialisten bedarf. Wegen Ressourcenknappheit (bestehende Vakanzen) und dadurch resultierenden Umpriorisierungen und Verzögerungen konnte die externe Unterstützung im Jahr 2023 nicht wie geplant abgerufen werden. Der Ressourcenbedarf fällt dadurch erst im 2024, dafür in erhöhtem Umfang, an.

- Ausbau Secure Private Cloud 250 000 Franken

Der notwendige Hardware-Aufbau verzögert sich bis ins Frühjahr 2024. Somit können die für 2023 geplanten Lizenzbeschaffungen erst 2024 nach erfolgreich abgeschlossenem Hardware-Aufbau ausgelöst werden.

- SSO-Portal goes PaaS 200 000 Franken

Aufgrund fehlender Grundsatzentscheide verzögert sich die für 2023 geplante HW-Erweiterung und fällt im Jahr 2024 an.

- Verkabelung Systemraum 166 800 Franken

Aufgrund mangelnder Ressourcen musste die für 2023 geplante Neuverkabelung im Systemraum (Sicherheitsaspekte) extern vergeben werden. Aufgrund beschaffungsrechtlicher Abklärungen verzögert sich der Arbeitsbeginn in das Jahr 2024.

- PaaS vFMÜ (Verarbeitungssystem Fernmeldeüberwachung) 127 700 Franken

Die für 2023 geplante Lizenzbeschaffung konnte nicht durchgeführt werden; aufgrund eines Besitzerwechsels beim Lizenzgeber wurden ab der 2. Jahreshälfte 2023 keine neuen Lizenzen mehr ausgestellt. Die Beschaffung verschob sich auf das Jahr 2024.

- Virtualisierung 110 400 Franken

Der für 2023 geplante GPU Ausbau (Grafikprozessoren) verschiebt sich in das Jahr 2024, da die Beschaffung 2023 aufgrund von Lieferengpässen nicht mehr möglich war.

- Betriebsunterstützung Individualanwendungen 107 900 Franken

Aufgrund personeller Probleme seitens Lieferanten konnten die bis 31.12.2023 geplanten Leistungen nicht vollumfänglich erbracht werden. Ein Teil der vereinbarten Leistungen kann somit erst 2024 erbracht werden.

- Aufbau Ansible Automation Plattform 100 000 Franken

Aufgrund von Ressourcenknappheit (bestehende Vakanzen, Kündigungen etc.) und Umpriorisierungen musste der Aufbau der Ansible Automation Plattform (AAP-Infrastruktur; Automatisierungswerkzeug zur Orchestrierung, Konfiguration und Administration von Computern) und die Beschaffung der benötigten Lizenzen in das Jahr 2024 verschoben werden.

- Externe Expertise im Bereich KAFKA 96 000 Franken

Der externe Anbieter konnte die Expertise im Bereich KAFKA (Plattform zum Nachrichtenaustausch innerhalb Microservices) nicht wie geplant bis zum Jahresende 2023 fertig stellen, so dass ein Teil der vereinbarten Leistungen erst 2024 erbracht werden kann.

- IKT-Cyberark 60 000 Franken

Beim Grundsystem Cyberark (Applikation zum Schutz vor Identitätsdiebstahl und -Missbrauch) konnte der geplante Ausbau der Infrastruktur (Loadbalancer und Server-Systeme) aufgrund von Abhängigkeiten zu Partnerprojekten nicht fristgerecht abgeschlossen werden. Die notwendigen Loadbalancer und Server-Systeme können daher erst 2024 beschafft werden.

EIDG. DEPARTEMENT
FÜR VERTEIDIGUNG,
BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
UND SPORT

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

5	EIDG. DEPARTEMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND SPORT	311
500	GENERALSEKRETARIAT VBS	317
502	UNABHÄNGIGE AUFSICHTSBEHÖRDE ÜBER DIE NACHRICHTENDIENSTLICHEN TÄTIGKEITEN	325
503	NACHRICHTENDIENST DES BUNDES	331
504	BUNDESAMT FÜR SPORT	337
506	BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ	351
525	VERTEIDIGUNG	363
540	BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE	385
542	ARMASUISSE WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE	391
543	ARMASUISSE IMMOBILIEN	397
570	BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO	405

EIDG. DEP. FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND SPORT

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	1 481,8	1 598,5	1 445,5	-36,3	-2,4
Laufende Ausgaben	7 022,9	6 757,6	6 496,5	-526,4	-7,5
Eigenausgaben	6 720,9	6 483,0	6 232,7	-488,2	-7,3
Transferausgaben	301,9	274,6	263,5	-38,4	-12,7
Finanzausgaben	0,1	-	0,3	0,3	291,3
Selbstfinanzierung	-5 541,1	-5 159,1	-5 051,0	490,1	8,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1 719,8	-1 755,9	-1 645,9	73,9	4,3
Jahresergebnis	-7 261,0	-6 915,0	-6 696,9	564,0	7,8
Investitionseinnahmen	112,8	35,5	33,7	-79,2	-70,2
Investitionsausgaben	1 877,4	1 613,3	1 793,9	-83,5	-4,4

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Dep. für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	6 233	1 918	12 252	297	210	264
500 Generalsekretariat VBS	148	58	301	13	8	2
502 Unabhängige Aufsichtsbehörde über die ND Tätigkeiten	2	2	9	0	0	-
503 Nachrichtendienst des Bundes	97	73	407	2	-	18
504 Bundesamt für Sport	123	67	452	10	5	158
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz	138	51	286	19	5	18
525 Verteidigung	4 988	1 448	9 578	223	167	54
540 Bundesamt für Rüstung armasuisse	130	97	525	12	3	-
542 armasuisse Wissenschaft und Technologie	43	23	124	2	5	-
543 armasuisse Immobilien	475	43	240	3	7	-
570 Bundesamt für Landestopografie swisstopo	89	57	330	14	11	14

GENERALSEKRETARIAT VBS

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung der Departementsvorsteherin in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen sowie der Kommunikation
- Steuerung und Koordination der Ressourcen des Departements
- Wahrnehmung der Eignerinteressen des Bundes gegenüber der RUAG

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1,2	1,1	1,1	-0,1	-6,6
Laufende Ausgaben	904,0	104,7	149,1	-754,9	-83,5
Eigenausgaben	902,6	103,2	147,6	-754,9	-83,6
Transferausgaben	1,5	1,6	1,5	0,0	3,4
Selbstfinanzierung	-902,8	-103,6	-148,0	754,8	83,6
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	-100,1
Jahresergebnis	-902,8	-103,6	-148,0	754,8	83,6
Investitionsausgaben	-	-	0,2	0,2	-

KOMMENTAR

Die Einnahmen des GS-VBS werden zum grössten Teil aus Regressen und Schadenbeteiligungen im Zusammenhang mit Motorfahrzeugunfällen sowie aus Kostenbeteiligungen der Kantone an der «Geschäftsstelle Sicherheitsverbund Schweiz» generiert. Sie fielen fast gleich hoch aus wie im Vorjahr.

Von den laufenden Ausgaben des GS-VBS entfallen rund 99 Prozent auf die Eigenausgaben. Diese umfassen den «Funktionsaufwand» (Globalbudget) sowie die Einzelkredite «Nicht versicherte Risiken» (Motorfahrzeugunfälle), «Departementaler Ressourcenpool» und «Risikominderung Mitholz». Die erhebliche Differenz gegenüber dem Vorjahr ist auf die mit dem Rechnungsabschluss 2022 vorgenommene Erhöhung der Rückstellung für die Munitionsräumung in Mitholz zurückzuführen (+810 Mio.). Per Ende 2023 wird beantragt, diese um 54,6 Millionen zu erhöhen. Die Transferausgaben enthalten einzig die Beiträge an die zivile Friedensförderung, insbesondere die Beiträge ans Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich, die rund 1 Prozent der laufenden Ausgaben ausmachen. Mit den Investitionsausgaben von 0,2 Millionen wurden ein grosses Sitzungszimmer im Bundeshaus Ost mit aktueller Technik ausgerüstet sowie eine Frankiermaschine beschafft.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Strategische Ziele RUAG MRO 2024–2027: Verabschiedung (erreicht)
- Armeebotschaft 2023: Verabschiedung (erreicht)
- Informationssicherheitsgesetz: Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht «Cyberrisiken im All» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 21.4176): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verpflichtungskredit zur Armeebotschaft 2023: Beantragung (erreicht)
- Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung des SEM im Asylbereich: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Verstärkung der Schweizer Beteiligung an der KFOR: Beschluss (erreicht)
- Strategische Ziele Skyguide 2024–2027: Verabschiedung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Programm Entflechtung IKT Basisleistungen VBS: Freigabe Phase Einführung Gruppe Verteidigung (erreicht)
- Cyberdefence VBS: Laufende Umsetzung Strategie (erreicht)
- Cyberdefence VBS: Berichterstattung und Controlling (erreicht)
- Koordinationsstrukturen Sicherheitspolitik und Cyber Bund: Weiterbearbeitung und Umsetzung Überprüfungsergebnisse (erreicht)
- Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Start Plangenehmigungsverfahren (nicht erreicht)
Die Klärung von Fragen im Rahmen des politischen Prozesses haben zu Verzögerungen im Zeitplan geführt.

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG UND RESSOURCENSTEUERUNG

GRUNDAUFTRAG

Das GS-VBS stellt der Departementsvorsteherin führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt sie bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und sichert die Information und Kommunikation des Departements. Es koordiniert und steuert die Ressourcen und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Als Eignerstelle nimmt es Einfluss auf die Geschäftsführung der RUAG MRO und RUAG International sowie der skyguide und unterstützt die Departementsvorsteherin in sämtlichen Belangen der Sicherheitspolitik.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,6	0,5	0,5	0,0	-1,5
Aufwand und Investitionsausgaben	89,5	90,5	87,8	-2,7	-3,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Qualitätsbeurteilung der Koordinationsleistung und der Ressourcensteuerungsprozesse durch die Verwaltungseinheiten (Befragung alle 2 Jahre) (Skala 1-5)	3,9	-	-
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgen			
- Strategische Ziele sind vorhanden; mit der Ruag werden mindestens 4 Eignerggespräche pro Jahr geführt (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	3 095	1 144	1 103	-41	-3,6
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	591	540	532	-8	-1,5
E102.0109 Nicht versicherte Risiken	2 504	604	571	-32	-5,4
Aufwand / Ausgaben	905 931	104 725	149 329	44 604	42,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	89 480	90 500	87 819	-2 681	-3,0
<i>Kreditverschiebung</i>		-607			
<i>Abtretung</i>		1 398			
A202.0103 Nicht versicherte Risiken	4 996	5 500	5 472	-28	-0,5
A202.0104 Departementaler Ressourcenpool	-	7 176	-	-7 176	-100,0
A202.0183 Risikominderung Mitholz	810 000	-	54 535	54 535	-
Transferbereich					
<i>LG 1: Führungsunterstützung und Ressourcensteuerung</i>					
A231.0104 Beiträge Friedensförderung	1 455	1 550	1 504	-46	-3,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	591 413	540 200	531 978	-8 222	-1,5

Diese Finanzposition enthält die Kostenbeteiligungen der Kantone an der «Geschäftsstelle Sicherheitsverbund Schweiz» (0,45 Mio.), Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen an Mitarbeitende und verschiedene Rückerstattungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0); Gebührenverordnung VBS vom 8.11.2006 (GebV-VBS; SR 172.045.103).

E102.0109 NICHT VERSICHERTE RISIKEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 503 776	603 700	571 289	-32 411	-5,4

In dieser Finanzposition verbucht das GS-VBS die Einnahmen aus Regressen und Schadenbeteiligungen im Zusammenhang mit Motorfahrzeugunfällen sowie aus sämtlichen Drittschäden, welche durch die Truppe verursacht werden.

Rechtsgrundlage

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 39.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	89 480 161	90 499 800	87 818 527	-2 681 273	-3,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		791 400			
Funktionsaufwand	89 480 161	90 499 800	87 620 505	-2 879 295	-3,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	89 473 664	90 485 800	87 607 502	-2 878 298	-3,2
Personalausgaben	55 896 903	56 893 000	57 226 976	333 976	0,6
Sach- und Betriebsausgaben	33 576 760	33 592 800	30 380 526	-3 212 274	-9,6
<i>davon Informatik</i>	14 758 913	12 548 600	13 448 462	899 862	7,2
<i>davon Beratung</i>	5 757 802	7 636 600	4 032 937	-3 603 663	-47,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	6 497	14 000	13 003	-997	-7,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	198 022	198 022	-
Vollzeitstellen (Ø)	305	297	301	4	1,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Für Personalausgaben entstand ein Mehrbedarf von 0,3 Millionen. Dieser fiel an bei den Personalbezügen (0,2 Mio.) und für die Rückstellung für Ferien- und Überzeitguthaben (0,1 Mio.). Die Abweichung von durchschnittlich vier Vollzeitstellen zum Planwert ist dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der Fluktuationen mit denselben finanziellen Mitteln mehr Stellen finanziert werden konnten, als ursprünglich geplant waren.

Nicht in den obigen Zahlen enthalten sind die Kosten für Gehälter und Arbeitgeberbeiträge von rund 31 Vollzeitstellen (5,5 Mio.) des Projekts zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers in Mitholz. Diese verteilen sich auf verschiedene Verwaltungseinheiten und werden zulasten der entsprechenden Rückstellung des GS-VBS finanziert. Sie sind nicht Gegenstand der Erfolgsrechnung des Bundes, werden jedoch aus Gründen der Transparenz als ergänzende Information erwähnt.

Sach- und Betriebsausgaben

Informatik: Die benötigten 13,4 Millionen teilten sich auf in 9,2 Millionen für den Betrieb und 4,3 Millionen für Projekte. 2023 wurden folgende IKT-Projekte vorangetrieben: «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» mit Querschnittsleistungen (1 Mio.), Fachanwendungen Basis (1,1 Mio.) sowie Ausweiswesen und Badge (0,1 Mio.), «Sicherheitssystem für Bund, Armee und Dritte» (SIBAD; 0,75 Mio.), Fachstelle GEVER (0,75 Mio.) und Digitalisierung (0,5 Mio.). Mit der Auflösung der Programmleitung für «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» wurden verschiedene Verträge ab 1.5.2023 an die Verteidigung übergeben. Der Mehrbedarf von 0,9 Millionen entstand, weil die aufgelaufenen Kosten bis Ende April 2023 der Verteidigung nicht in Rechnung gestellt wurden.

Beratung: Die 4 Millionen wurden wie folgt eingesetzt: zu Gunsten des Bereichs Raum und Umwelt 2,3 Millionen (Leistungsverrechnungsaufwand) für Beratungen des BABS und der armasuisse Immobilien sowie 0,5 Millionen für den Vollzug von Altlasten und den Nachhaltigkeitsbericht VBS. Im Weiteren wurden 0,3 Millionen für diverse Rechtsberatungen, 0,2 Millionen für die Überprüfung des Immobilienmanagements, 0,1 Millionen für die Erarbeitung von Sicherheitsgrundlagen, 0,1 Millionen für die Erarbeitung einer Prozesslandkarte sowie 0,5 Millionen für diverse kleinere Projekte eingesetzt. Die Ausgaben für Beratungen lagen 2023 um 3,6 Millionen unter dem verfügbaren Kredit: Die für die Führung des VBS für Beratungsleistungen reservierten Mittel wurden nicht vollständig beansprucht (-2,6 Mio.). Zudem resultieren unter anderem in den Bereichen Sicherheitspolitik (- 0,3 Mio.), RUAG (-0,2 Mio.), Digitalisierung, Cyber und Sicherheit (-0,2 Mio.), Raum und Umwelt (-0,1 Mio.) kleinere Minderbedarfe.

Die restlichen Sach- und Betriebsausgaben wurden um 0,5 Millionen unterschritten, weil die geplanten Aufwände für Spesen (-0,2 Mio.), Büromaterial, Druckerzeugnisse und Bücher (-0,2 Mio.) sowie der sonstige Betriebsaufwand (-0,1 Mio.) tiefer ausfielen als geplant.

Abwicklung der Finanzierung des Projekts Mitholz in der Bundesrechnung: Die entsprechende Rückstellung (1,42 Mrd.) in der Bilanz des GS-VBS umfasst die geschätzten, nicht aktivierungsfähigen Ausgaben für das Projekt (v.a. Personal- und Sachausgaben) sämtlicher involvierter Verwaltungseinheiten (GS-VBS, Verteidigung, ar W+T und ar Immo, ASTRA). Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes, gültig seit Voranschlag 2023, ist die Rückstellungsbildung und nicht mehr die Rückstellungsverwendung schuldenbremsenrelevant. Die Rückstellungsverwendung erfolgt ausserhalb der Erfolgsrechnung direkt über die Bilanz. Aktivierungsfähige Ausgaben (insbesondere Schutzbauten Strasse; ASTRA) laufen dagegen ordentlich über die Investitionsrechnung des Bundes resp. den NAF.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+1,4 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 698 900 Franken zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur (zusätzliche Pensionskassenbeiträge), 399 000 Franken für Praktikanten, 175 600 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung, 100 600 Franken für Lernende sowie 24 000 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebungen an andere Verwaltungseinheiten (-0,9 Mio.): 0,8 Millionen an das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) im Rahmen des Programms SUPERB für «Entflechtung SAP zivile VE VBS» sowie 106 700 Franken an swisstopo aufgrund der Rückgabe der Mittel für die AWB-Karte (Ausweiswesen und Badge).
- Kreditverschiebung von der Bundeskanzlei (BK DTI): 0,3 Millionen zentrale Digitalisierungsmittel für das Projekt «Fachanwendung Betriebssicherheitsverfahren» (FABS).

Hinweis

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

A202.0103 NICHT VERSICHERTE RISIKEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 995 691	5 500 000	5 472 045	-27 955	-0,5

Dieser Kredit umfasst die Ausgaben für Schadenfälle mit Beteiligung von Fahrzeugen des Bundes (inkl. Panzer, Schiffe und Fahrräder). Im Zusammenhang mit Personenschäden und komplexen Haftpflichtfällen im In- und Ausland hat der Bund mit der AXA-Winterthur einen Schadenerledigungsvertrag abgeschlossen. Seit 2023 werden auch notwendige Erhöhungen der Rückstellungen schuldenbremsenwirksam diesem Kredit belastet. 2023 wurden die kurzfristigen Rückstellungen (+0,3 Mio.) und die langfristigen Rückstellungen (+0,4 Mio.) gemäss den neusten Erkenntnissen erhöht.

Rechtsgrundlage

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 39.

A202.0104 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	-	7 175 500	-	-7 175 500	-100,0
Funktionsaufwand	-	7 175 500	-	-7 175 500	-100,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	-	7 175 500	-	-7 175 500	-100,0
Personalausgaben	-	2 342 200	-	-2 342 200	-100,0
Sach- und Betriebsausgaben	-	4 833 300	-	-4 833 300	-100,0

Die budgetierten 2,3 Millionen für Personalausgaben und 4,8 Millionen für Informatiksachausgaben wurden nicht benötigt. Dass diese Departementsreserve nicht beansprucht werden muss, bildet die Ausnahme.

A202.0183 RISIKOMINDERUNG MITHOLZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	810 000 000	-	54 534 793	54 534 793	-

Gestützt auf die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz (BBI 2022 3167) genehmigten die Eidg. Räte am 19.9.2023 einen Verpflichtungskredit von 2,59 Milliarden (BBI 2023 2332). Das Projekt zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz erfüllt die Kriterien einer Rückstellung. Diese ist in der Bilanz des GS-VBS zu erfassen und jährlich anhand des erwarteten künftigen Mittelabflusses zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen.

Die künftigen Kosten für die Räumung werden per 31.12.2023 auf 1637 Millionen geschätzt, verteilt über einen Zeitraum von rund 20 Jahren. Die Kosten für die Schutzbauten Strasse im Umfang von geschätzt 217 Millionen weisen unabhängig des Projektes einen Nutzen auf und werden daher aktiviert. Für den restlichen Betrag ist eine Rückstellung von 1420 Millionen auszuweisen.

Per Ende 2022 betrug die Rückstellung 1400 Millionen. 2023 wurden rund 34 Millionen für die laufenden Projektarbeiten verwendet. Aufgrund der neusten Erkenntnisse muss die Rückstellung um 54,6 Millionen erhöht werden. Der Grund liegt in der aktualisierten Schätzung der bundesinternen Personalausgaben für das Projekt Mitholz. Im Zeitpunkt der Erarbeitung der Botschaft zum Verpflichtungskredit Mitholz, die am 16.11.2022 vom Bundesrat verabschiedet wurde, konnte der bundesinterne Personalbedarf noch nicht verlässlich abgeschätzt werden, so dass für das Jahr 2022 eine Annahme von 14 Vollzeitstellen getroffen wurde. Gemäss den rückwirkend erstmals erhobenen Stunden wurden Arbeiten von rund 21 Vollzeitstellen geleistet. Anhand

einer neuen Schätzmethode mittels verwaltungsinternen Vereinbarungen konnten im Jahr 2023 erstmals detaillierte Grundlagen zum Einsatz von bundesinternen Mitarbeitenden erarbeitet werden. 2023 wurden der Rückstellung Mitholz die Personalausgaben für 31 Vollzeitstellen belastet.

Kreditmutation

Schuldenbremsenrelevante bewilligungspflichtige Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 1 FHG) von 54,6 Millionen für die Erhöhung der Rückstellung zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	6 200 000	6 200 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	4 455 000	4 455 000
Auflösung / Verwendung	–	-3 300 000	-3 300 000
Endbestand per 31.12.2023	–	7 355 000	7 355 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	905 000	905 000

Auflösung von Reserven im Jahr 2023

Im Rechnungsjahr 2023 wurden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 3,3 Millionen für das Projekt «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» aufgelöst.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (rund 7,4 Mio.) betreffen das Programm «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS».

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 werden zweckgebundene Reserven für das Projekt «Fachanwendung Betriebssicherheitsverfahren» (FABS) in der Höhe von 0,9 Millionen beantragt. Aufgrund von Ressourcenengpässen beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) konnten die Arbeiten nicht fortschreiten wie geplant.

A231.0104 BEITRÄGE FRIEDENSFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 454 869	1 550 000	1 503 799	-46 201	-3,0

Empfänger der Beiträge ist hauptsächlich das nationale Kompetenzzentrum für Sicherheitspolitik (Center for Security Studies der ETH Zürich CSS; 1,1 Mio.). Es leistet Beiträge an die sicherheitspolitische Diskussion, Forschung und Ausbildung in der Schweiz und im Ausland. Ein kleiner Teil der Mittel wird zudem für Kooperationsprojekte zur zivilen Friedensförderung verwendet (0,45 Mio.). Es handelt sich dabei um finanzielle Beiträge an Projekte, die der Sicherheit und Stabilität dienen und im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz liegen. Zu den Hauptprojekten gehört die Weiterführung der finanziellen Unterstützung für die multinationale Präsenz an der ägyptisch-israelischen Grenze und der ägyptisch-palästinensischen Grenze auf der Sinai-Halbinsel.

Rechtsgrundlage

Bundesgesetz vom 19.12.2003 über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte (SR 193.9), Art. 4.

Hinweis

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Friedensförderung 2020–2023» (V0111.04), siehe Band 1A, Ziffer D 21

UNABHÄNGIGE AUFSICHTSBEHÖRDE ÜBER DIE NACHRICHTENDIENSTLICHEN TÄTIGKEITEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Aufsicht über die nachrichtendienstliche Tätigkeit im VBS und in den kantonalen Nachrichtendiensten
- Jährliche Berichterstattung gegenüber dem VBS und der Öffentlichkeit
- Koordination der Aufsichtstätigkeit mit den parlamentarischen Aufsichtstätigkeiten sowie mit anderen Aufsichtsstellen des Bundes und der Kantone

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R	VA	R	Δ R23-R22	
	2022	2023	2023	absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	-	0,0	0,0	-23,1
Laufende Ausgaben	1,9	2,4	1,9	0,0	0,6
Eigenausgaben	1,9	2,4	1,9	0,0	0,6
Selbstfinanzierung	-1,9	-2,4	-1,9	0,0	-0,6
Jahresergebnis	-1,9	-2,4	-1,9	0,0	-0,6

KOMMENTAR

Die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten (AB-ND) beaufsichtigt den Nachrichtendienst des Bundes (NDB), den Nachrichtendienst der Armee, die kantonalen Vollzugsbehörden sowie beauftragte Dritte und andere Stellen. Sie prüft die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auf ihre Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit. Sie koordiniert ihre Aufsichtstätigkeit mit den parlamentarischen Aufsichtsorganen (insbesondere GPDel) sowie mit anderen Aufsichtsstellen des Bundes [Eidg. Finanzkontrolle (EFK), Unabhängige Kontrollinstanz (UKI), Eidg. Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (EDÖB)] und der Kantone. Die AB-ND kann die kantonalen Dienstaufsichtsstellen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Sie ist dem VBS administrativ zugeordnet. Die AB-ND übt ihre Funktion unabhängig aus und ist weisungsungebunden. Sie informiert das VBS über ihre Tätigkeiten in einem jährlichen Bericht; dieser wird jeweils im ersten Quartal des Folgejahres veröffentlicht.

Die Ausgaben der AB-ND werden vollständig dem Eigenbereich zugeordnet und bestehen vor allem aus Personalausgaben.

Die AB-ND beschäftigte sich 2023 hauptsächlich mit ihrem Kerngeschäft, dem gesetzlichen Prüfauftrag. Der Tätigkeitsbericht 2023 konnte fristgerecht bis Ende April 2024 veröffentlicht werden.

LG1: AUFSICHT

GRUNDAUFTRAG

Die unabhängige Aufsichtsbehörde beaufsichtigt die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten des NDB, der kantonalen Vollzugsbehörden sowie der vom NDB beauftragten Dritten und anderen Stellen. Ihre Tätigkeit koordiniert sie mit den parlamentarischen Aufsichtsorganen sowie mit anderen Aufsichtsstellen des Bundes und der Kantone. In einem jährlichen Bericht informiert sie das VBS über ihre Tätigkeit; dieser Bericht wird veröffentlicht.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	–	0,0	0,0	–
Aufwand und Investitionsausgaben	1,9	2,4	1,9	-0,5	-20,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Aufsicht: Die AB-ND führt ihre Prüfungen anhand eines jährlich aktualisierten, risikobasierten Prüfplans durch			
– Durchgeführte Prüfungen gemäss jährlichem Prüfplan (%; min.)	47	80	69
Empfehlungen: Die Empfehlungen der AB-ND werden von der Chefin bzw. vom Chef des VBS gutgeheissen und die geprüfte Stelle mit der Umsetzung beauftragt			
– Zur Umsetzung beauftragte Empfehlungen (%; min.)	100	90	100
Information und Kommunikation: Die AB-ND veröffentlicht ihren Tätigkeitsbericht in den drei Amtssprachen und stellt so die Berichterstattung gegenüber dem VBS und der Öffentlichkeit sicher			
– Veröffentlichung Tätigkeitsbericht des Vorjahres (Termin)	31.03.	30.04.	18.04.

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht, mit folgender Ausnahme:

Aufsicht: Von den neu für 2023 geplanten 16 Prüfungen konnten 11 vollständig (Prüfungshandlungen plus Berichterstattung) abgeschlossen werden (69 %). Aufgrund der Situation im Jahr 2022 (neue Leitung, viele Vakanzen und Verzögerungen bei früheren Prüfungshandlungen) wurden die Prüfungen, welche für 2023 neu geplant waren, priorisiert und der Zielwert unterjährig auf 12 Prüfungen festgelegt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1	-	1	1	-
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1	-	1	1	-
Aufwand / Ausgaben	1 902	2 400	1 912	-487	-20,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 902	2 400	1 912	-487	-20,3
Abtretung		44			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 309	-	1 006	1 006	-

Die AB-ND budgetiert keine Erträge. Die 1006 Franken stammen aus der Rückvergütung der CO₂-Abgabe, die an alle Arbeitgeber proportional zur abgerechneten AHV-Lohnsumme ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 901 737	2 399 500	1 912 311	-487 189	-20,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>43 500</i>			
Funktionsaufwand	1 901 737	2 399 500	1 912 311	-487 189	-20,3
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	1 901 737	2 399 500	1 912 311	-487 189	-20,3
Personalausgaben	1 719 323	1 992 200	1 724 482	-267 718	-13,4
Sach- und Betriebsausgaben	182 414	407 300	187 829	-219 471	-53,9
<i>davon Informatik</i>	<i>35 004</i>	<i>171 000</i>	<i>42 129</i>	<i>-128 871</i>	<i>-75,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>–</i>	<i>30 000</i>	<i>–</i>	<i>-30 000</i>	<i>-100,0</i>
Vollzeitstellen (Ø)	8	9	9	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Minderbedarf von 0,3 Millionen ist auf unterjährige Vakanzen zurückzuführen.

Sach- und Betriebsausgaben

Informatik: Die budgetierten Aufwände wurden um rund 130 000 Franken unterschritten. Der IKT-Leistungserbringer (BIT) hat für den Betrieb der Informatik 90 000 Franken weniger verrechnet als geplant. Zudem wurde der budgetierte Betrag für externe Unterstützung von 40 000 Franken infolge Sistierung eines Projekts nicht benötigt.

Beratung: Der budgetierte Betrag wurde nicht beansprucht, weil 2023 kein Bedarf an Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Prüftätigkeit der AB-ND bestand.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben wurden um rund 60 000 Franken nicht ausgeschöpft. Die Reisetätigkeit nimmt erst langsam wieder zu (-Fr. 30 000). Zudem gab es kleinere Kreditreste bei den externen Dienstleistungen (-Fr. 13 000), beim Büro-material (-Fr. 10 000) sowie im sonstigen Betriebsaufwand (-Fr. 6000).

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts von 43 500 Franken: 38 300 Franken zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur (zusätzliche Pensionskassenbeiträge) sowie 5200 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung.

Übersicht über die Reserven

Die AB-ND weist keine Reserven auf.

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Beschaffung von Informationen mit nachrichtendienstlichen und offenen Mitteln
- Auswertung und Beurteilung der nachrichtendienstlichen Informationen und Verbreiten der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse an die Leistungsempfänger
- Wahrung der Sicherheit der Schweiz mit operativen und präventiven Leistungen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	43,3
Laufende Ausgaben	110,1	120,9	115,3	5,2	4,7
Eigenausgaben	92,1	102,9	97,3	5,2	5,6
Transferausgaben	18,0	18,0	17,9	0,0	-0,1
Selbstfinanzierung	-110,0	-120,8	-115,1	-5,1	-4,7
Jahresergebnis	-110,0	-120,8	-115,1	-5,1	-4,7

KOMMENTAR

Aufgrund der besonderen Geheimhaltungsvorgaben beim NDB werden keine detaillierten Zahlen und Begründungen publiziert. Die Ressourcenverwendung für die nachrichtendienstliche Tätigkeit wird durch verschiedene dafür beauftragte Aufsichtsorgane aus der Verwaltung und dem Parlament kontrolliert und begleitet [Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten (AB-ND), Unabhängige Kontrollinstanz (UKI), Eidg. Finanzkontrolle (EFK), Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) und Finanzdelegation (FinDel)].

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Teilrevision Nachrichtendienstgesetz (NDG): Durchführung zweite Ämterkonsultation (nicht erreicht)
Aufgrund der Notwendigkeit einer Zusatzvernehmlassung zu den neuen Bestimmungen zur Datenbeschaffung über Cybertätigkeiten konnte die 2. Ämterkonsultation noch nicht durchgeführt werden.
- Beurteilung der Bedrohungslage durch den BR: Kenntnisnahme Bericht (erreicht)
- Umsetzung personelle Verstärkung NDB: Rekrutierung bewilligte Stellen (erreicht)
- Beobachtungsliste NDB: Verabschiedung durch BR (erreicht)

LG1: NACHRICHTENDIENSTLICHE TÄTIGKEITEN

GRUNDAUFTRAG

Die Kernaufgaben des NDB gemäss Nachrichtendienstgesetz (NDG) sind die Früherkennung und Verhinderung von Bedrohungen der inneren und äusseren Sicherheit sowie die Feststellung, Beobachtung und Beurteilung von sicherheitspolitisch bedeutsamen Vorgängen im Ausland. Der NDB beurteilt die Bedrohungslage und orientiert die betroffenen Bundesstellen und kantonalen Vollzugsbehörden laufend über allfällige Bedrohungen sowie die getroffenen und geplanten Massnahmen gemäss NDG. Er unterstützt ferner die Strafverfolgungsorgane bei deren Tätigkeit. Der NDB trägt vor allem mit operativen und präventiven Leistungen direkt zum Schutz der Schweiz bei.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	39,7
Aufwand und Investitionsausgaben	92,1	102,9	97,3	-5,6	-5,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kundenzufriedenheit: Die Qualität der nachrichtendienstlichen Leistungen ist sichergestellt			
- Kundenzufriedenheit Bundesanwaltschaft BA (Skala 1-4)	3	3	3
- Kundenzufriedenheit übrige Bundesverwaltung (Skala 1-4)	3	4	3
- Kundenzufriedenheit Kantonspolizeien (Skala 1-4)	3	3	3
Zeitgerechte Abwicklung ausländerrechtlicher Stellungnahmen: Die Stellungnahmen werden gemäss den vorgegebenen Fristen abgewickelt			
- Anteil zeitgerechter Stellungnahmen (%)	100	100	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu einer Abweichung kam es bei:

Kundenzufriedenheit: Die Leistungen des NDB wurden von der übrigen Bundesverwaltung als gut eingestuft. Dazu zählen SIPOL GS-VBS, fedpol, EDA, SECO, NCSC sowie SEM. Mehrere Kunden zitierten bei ihrer Beurteilung die umfassenden Transformationsarbeiten des NDB im Jahr 2023 und die dadurch etwas eingeschränkten Möglichkeiten der nachrichtendienstlichen Leistungserbringung. So mussten einige Priorisierungen vorgenommen werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	101	104	145	41	39,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	101	104	145	41	39,7
Aufwand / Ausgaben	110 080	120 929	115 261	-5 668	-4,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	92 120	102 929	97 316	-5 613	-5,5
Kreditverschiebung		-3 206			
Abtretung		565			
Transferbereich					
LG 1: Nachrichtendienstliche Tätigkeiten					
A231.0105 Kantonale Nachrichtendienste	17 960	18 000	17 945	-55	-0,3

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	100 996	103 600	144 776	41 176	39,7

Rechtsgrundlage

Verordnung vom 20.5.1992 über die Zuteilung von Parkplätzen in der Bundesverwaltung (SR 172.058.41), Art. 5.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	92 120 377	102 929 200	97 316 371	-5 612 829	-5,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-2 640 100</i>			
Funktionsaufwand	92 120 377	102 929 200	97 316 371	-5 612 829	-5,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	92 120 377	102 929 200	97 316 371	-5 612 829	-5,5
Personalausgaben	68 062 682	77 068 600	72 985 597	-4 083 004	-5,3
Sach- und Betriebsausgaben	24 057 695	25 860 600	24 330 774	-1 529 826	-5,9
Vollzeitstellen (Ø)	390	437	407	-30	-6,9

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Aufwuchs des NDB um die bewilligten 100 Stellen bis Ende 2023 wurde vollständig ausfinanziert und umgesetzt. Jedoch werden Neueintritte in der Regel nicht im Lohnmaximum angestellt. Zudem führte die Transformation des NDB zu einer erhöhten Fluktuation. Diese Umstände begründen die (vorübergehende) Unterschreitung der Personalausgaben des NDB (-4,1 Mio.) und der durchschnittlich besetzten Stellen (-30 FTE).

Kreditmutationen

- Abtretungen (+0,6 Mio.): des Eidgenössischen Personalamts 265 700 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung, 248 700 Franken für Hochschulpraktikanten und 51 000 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebungen (-3,2 Mio.): 2,9 Millionen zum Bundesamt für Statistik (BfS) für Personal- und IT-Kosten (interdepartementaler Ausgleich); 300 000 Franken zum Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) und 5500 Franken zum Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) für die Erschliessung von Standorten.

Übersicht über die Reserven

Der NDB weist keine Reserven aus.

TRANSFERKREDITE

A231.0105 KANTONALE NACHRICHTENDIENSTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	17 960 000	18 000 000	17 945 000	-55 000	-0,3

Abgeltung der Leistungen der Kantone im Vollzug der nachrichtendienstlichen Aufgaben: Die Kantone beschaffen und bearbeiten Informationen unaufgefordert oder aufgrund eines besonderen Auftrags des NDB. Der Bund gilt den Kantonen im Rahmen der bewilligten Kredite diese Leistungen pauschal ab.

Rechtsgrundlagen

Nachrichtendienstgesetz vom 25.9.2015 (NDG; SR 127), Art. 85 Abs. 5; Nachrichtendienstverordnung vom 16.8.2017 (NDV; SR 121.1), Art. 6.

BUNDESAMT FÜR SPORT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Sport- und Bewegungsförderung für alle Alters- und Leistungsstufen
- Förderung der Aus- und Weiterbildung im Bereich des Sports
- Unterstützung des Leistungssports
- Bekämpfung unerwünschter Begleiterscheinungen des Sports (insbesondere Doping, Gewalt, Korruption)

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	74,0	27,1	34,0	-40,0	-54,0
Laufende Ausgaben	318,1	285,6	280,9	-37,2	-11,7
Eigenausgaben	115,8	123,8	122,6	6,8	5,8
Transferausgaben	202,3	161,8	158,3	-43,9	-21,7
Selbstfinanzierung	-244,1	-258,5	-246,9	-2,8	-1,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-15,0	-24,9	-3,9	11,1	74,0
Jahresergebnis	-259,2	-283,4	-250,8	8,3	3,2
Investitionseinnahmen	12,3	21,9	27,1	14,8	119,9
Investitionsausgaben	8,2	22,5	8,0	-0,2	-2,2

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen des BASPO beinhalten die Einnahmen im Eigenbereich von 29,1 Millionen. Davon stammen 64 Prozent aus der Beherbergung, der Restauration und der Benützung von Sportanlagen sowie Theorie- und Seminarräumen in den Sportzentren Magglingen und Tenero und 36 Prozent aus Aus- und Weiterbildungen, Dienstleistungen sowie aus beauftragten Projekten der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen (EHSM). Der Funktionsertrag 2023 lag grösstenteils aufgrund höherer Kundennachfrage um 2,1 Millionen über dem Wert im Vorjahr (2022). Die laufenden Einnahmen umfassen auch die Rückzahlungen von Covid-19-Finanzhilfen. Diese fielen im Vorjahr mit 47,1 Millionen deutlich höher aus als 2023 (4,9 Mio.), was zum insgesamt starken Rückgang bei den laufenden Einnahmen 2023 führte.

Die Eigenausgaben erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Millionen, was hauptsächlich auf den Ausbau (Inbetriebnahme Neubauten) und den Betrieb der Sportzentren Magglingen und Tenero zurückzuführen ist.

Die Transferausgaben lagen um knapp 44 Millionen unter dem Vorjahreswert. 2023 wurden im Unterschied zu 2022 keine Covid-19-Finanzhilfen im Sportbereich mehr ausgerichtet (-50 Mio.). Aufgrund von zwei vom Parlament gesprochenen Verpflichtungskrediten wurden 2,4 Millionen mehr an internationale Sportgrossanlässe bezahlt (2 Mio. für die Rad-WM 2024 und 0,4 Mio. für die Kletter-WM 2023). Zudem gab es 2023 weniger Rückzahlungen im Zusammenhang mit in Vorjahren nicht durchgeführten Sportanlässen (Covid-19-Pandemie).

Die Abnahme bei den Abschreibungen und übrigen Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Millionen ergibt sich aus der Differenz des Buchverlusts aus den Wertberichtigungen der Covid-19-Darlehen im Sportbereich von 7,2 Millionen im Jahr 2022 und des Buchgewinns aus deren Wertberichtigungen im Jahr 2023 von 4,5 Millionen.

Die Investitionseinnahmen beinhalten fast ausschliesslich die Rückzahlungen von Covid-19-Darlehen. 2023 wurden 27 Millionen zurückbezahlt, 14,7 Millionen mehr als 2022. Die Rückzahlungen fallen nicht linear an.

Die Investitionsausgaben beinhalten Beitragszahlungen an den Sportstättenbau (NASAK) sowie Ausgaben für Mobilien, Maschinen, Informatik und Fahrzeuge. Sie fielen nahezu gleich hoch aus wie im Vorjahr.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht «Mitsprache bei olympischen Spielen und anderen Mega-Events» (in Erfüllung des Po. WBK-N 21.3022): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Aufgrund der laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Kandidatur der Schweiz für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 wurde die Erstellung des Berichts verschoben.
- Bericht «Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO» (in Erfüllung des Po. Trede 21.3078): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung der Sportförderungsverordnung: Unabhängige nationale Meldestelle des Schweizer Sports: Inkraftsetzung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Aktionsplan Sportförderung des Bundes: Planmässige Umsetzung (erreicht)
- Verbesserung der Ethik-Situation im Sport: Revision Sportförderungsverordnung (erreicht)
- J+S Agenda 2025: Digitalisierung und Neugestaltung der Lernmedien (erreicht)
- Positionierung der EHSM: Inbetriebnahme Neubau zur Stärkung der F+E (erreicht)
- Planung Revision Sportförderungsgesetz: Festlegung des Vorgehens (erreicht)

LG1: EIDGENÖSSISCHE HOCHSCHULE FÜR SPORT

GRUNDAUFTRAG

Die Eidg. Hochschule für Sport Magglingen (EHSM) ist eine Fachhochschule des Bundes. Ihre Aufgaben und Tätigkeiten erstrecken sich auf die Bereiche Lehre, Forschung/Entwicklung und Dienstleistungen. Die EHSM bietet Vollzeitstudien auf Bachelor und Masterstufe sowie Teilzeitstudien in Spezialgebieten an. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten orientieren sich an interdisziplinär-sportwissenschaftlichen Ansätzen und praxisbezogenen Fragestellungen. Entsprechend dem umfassenden Sportförderungsauftrag des BASPO ist das Spektrum der sportwissenschaftlichen Dienstleistungen breit. Das Angebot beinhaltet die Bereiche allgemeine Sport- und Bewegungsförderung, Bildung und Leistungssport.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	7,9	6,7	7,7	1,0	15,6
Aufwand und Investitionsausgaben	25,7	27,6	28,3	0,7	2,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Lehre: Die EHSM sorgt für ein breit nachgefragtes, qualitativ gutes, praxisorientiertes und wirtschaftlich erbrachtes Aus- und Weiterbildungsangebot			
- Studierende in BSc- und MSc-Lehrgängen der EHSM (Anzahl, min.)	192	150	194
- Durchschnittskosten pro Studierende/r in BSc- und MSc-Lehrgängen der EHSM (CHF, max.)	29 000	39 000	32 300
- Von EHSM-Dozenten erbrachte Ausbildungsleistung zugunsten anderer Hochschulen in ECTS-Punkten (Anzahl, min.)	67	60	70
- Von EHSM-Dozenten erbrachte Weiterbildungsleistung in ECTS-Punkten (Anzahl, min.)	37	30	31
- Teilnehmertage in Aus- und Weiterbildungsangeboten im Bereich Trainerbildung (Anzahl, min.)	3 200	2 700	3 398
- Erfüllung der Qualitätsstandards des Schweizerischen Akkreditierungsrates (ja/nein)	ja	ja	ja
Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen: Die Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungstätigkeiten der EHSM sind anwendungsorientiert, qualitativ hochstehend und bedürfnisgerecht			
- Realisierte F+E-Projekte (Anzahl, min.)	36	30	33
- Internationale und nationale Fachtagungen (Anzahl, min.)	10	8	11
- Kooperationen mit Sportorganisationen, v.a. Verbände (Anzahl, min.)	10	10	12

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht oder übertroffen. Die Anzahl Teilnehmertage in Aus- und Weiterbildungsangeboten im Bereich Trainerbildung haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht und übertreffen den Voranschlagswert deutlich. Die Teilnehmerzahlen haben sich nach der Covid-19-Pandemie schneller erholt als ursprünglich angenommen.

LG2: JUGEND- UND ERWACHSENENSport, FÖRDERPROGRAMME

GRUNDAUFTRAG

Der Bereich Jugend- und Erwachsenensport führt Programme zur Förderung von Sport und Bewegung. Im Vordergrund steht der Vollzug des Programms «Jugend+Sport». Gestützt auf den gesetzlichen Auftrag werden zudem Massnahmen zur Entwicklung und Umsetzung der allgemeinen Sportförderung des Bundes erarbeitet. In diesem Zusammenhang führt das BASPO entsprechende Netzwerke, in die insbesondere auch die Kantone, Gemeinden und private Akteure eingebunden sind.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,0	1,9	2,5	0,6	31,7
Aufwand und Investitionsausgaben	26,0	28,1	25,1	-3,0	-10,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Jugend- und Erwachsenensport: Das BASPO sorgt für ein breit nachgefragtes und qualitativ gutes Aus- und Weiterbildungsangebot			
– Teilnahmen Experten- und Leiterbildung J+S (Anzahl, min.)	67 291	71 000	71 520
– Teilnahmen Experten- und Leiterbildung esa (Anzahl, min.)	5 415	6 000	5 774
– Zertifizierung nach eduQua vorhanden (ja/nein)	ja	ja	ja
Kurse und Lager im Kinder- und Jugendsport: Das BASPO sorgt dafür, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche nach Massgabe der Qualitätsstandards von J+S aktiv Sport treiben			
– Teilnehmende Kinder und Jugendliche in J+S (Anzahl, min.)	613 400	660 000	642 008
– Anteil teilnehmende Kinder und Jugendliche in J+S gemessen an Zielgruppe (% , min.)	44,1	46,9	45,6

KOMMENTAR

Nach drei schwierigen Jahren, die von der Covid-19-Pandemie geprägt waren, erholen sich die Teilnehmerzahlen in den Programmen Jugend und Sport sowie Erwachsenensport wieder. Dennoch konnten die Zielvorgaben im Berichtsjahr teilweise noch nicht erreicht werden.

LG3: NATIONALE SPORTZENTREN

GRUNDAUFTRAG

Das BASPO betreibt je ein Sportzentrum in Magglingen und Tenero. Am Standort Magglingen sind alle wichtigen Bereiche der schweizerischen Sportförderung unter einem Dach vereint: Bildung und Forschung, Entwicklung und Beratung, Sportpolitik und Programmvollzug sowie Trainingsinfrastruktur und Kurswesen. Das Centro Sportivo Tenero (CST) ist das Zentrum des Jugendsports und aufgrund der klimatischen Bedingungen nationales Leistungszentrum einzelner Sportverbände.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	17,2	18,5	19,0	0,5	2,8
Aufwand und Investitionsausgaben	69,5	77,0	75,0	-2,0	-2,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Nationales Sportzentrum Magglingen (NSM): Die Anlagen werden kunden- und bedürfnisorientiert sowie effizient betrieben und erreichen eine hohe Auslastung			
- Zufriedenheit der Gäste (Skala 1-10)	8,9	8,0	9,1
- Anlagenbenutzung (Personentage, min.)	291 051	320 000	321 017
- Zimmerbelegung, Auslastung (% , min.)	59,0	57,0	60,0
- Verpflegungseinheiten (Anzahl, min.)	247 840	220 000	260 603
- Kostendeckungsgrad (% , min.)	29	24	30
Nationales Jugendsportzentrum Tenero (CST): Das CST wird kunden- und bedürfnisorientiert sowie effizient betrieben und erreicht eine hohe Auslastung			
- Zufriedenheit der Gäste (Skala 1-10)	9,3	8,0	9,3
- Anlagenbenutzung (Personentage, min.)	406 582	400 000	422 432
- Zimmerbelegung Unterkunftsgebäude, Auslastung (% , min.)	62,0	60,0	66,0
- Zeltplatzbelegung, Auslastung (% , min.)	74,0	65,0	70,2
- Verpflegungseinheiten (Anzahl, min.)	364 559	360 000	398 531
- Kostendeckungsgrad (% , min.)	30	29	29

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht oder übertroffen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	90 548	48 991	66 511	17 520	35,8
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	27 105	27 050	29 212	2 162	8,0
Transferbereich					
E130.0112 Rückerstattungen Sportverbände und andere Organisationen	226	-	674	674	-
Finanzertrag					
E140.0001 Finanzertrag	-	-	4 452	4 452	-
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0115 Rückzahlungen Internationale Sportanlässe	3 847	-	262	262	-
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0107 Covid: Rückzahlung von Darlehen	600	1 987	1 367	-620	-31,2
E190.0112 Covid: Rückzahlung von Darlehen SFL/SIHF	11 672	19 954	25 655	5 701	28,6
E190.0115 Covid: Rückzahlung Finanzhilfen	47 099	-	4 890	4 890	-
Aufwand / Ausgaben	345 568	332 890	298 254	-34 636	-10,4
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	121 195	132 770	128 424	-4 346	-3,3
<i>Kreditverschiebung</i>		-1 752			
<i>Abtretung</i>		1 390			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		5 835			
Transferbereich					
<i>LG 2: Jugend- und Erwachsenensport, Förderprogramme</i>					
A231.0106 Allgemeine Programme/Projekte; sportwissenschaftl. Forschung	1 257	1 360	1 268	-92	-6,8
A231.0107 Sport in der Schule	459	500	479	-21	-4,1
A231.0108 Sportverbände und andere Organisationen	42 322	43 260	42 799	-461	-1,1
A231.0109 Internationale Sportanlässe	1 000	3 400	3 391	-9	-0,3
A231.0112 J+S-Aktivitäten und Kaderbildung	111 325	113 300	111 342	-1 958	-1,7
A231.0412 Covid: Finanzhilfen	50 000	-	-	-	-
A236.0100 Nationale Sportanlagen	5 400	19 150	5 275	-13 875	-72,5
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	5 400	19 150	5 275	-13 875	-72,5
Finanzaufwand					
A240.0107 Covid: Wertberichtigung Darlehen	7 209	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	27 105 449	27 050 000	29 211 603	2 161 603	8,0
Laufende Einnahmen	27 016 776	27 050 000	29 114 628	2 064 628	7,6
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	44 336	-	41 274	41 274	-
Investitionseinnahmen	44 336	-	55 701	55 701	-

Der Funktionsertrag des BASPO entsteht aus Schulgeldern, Prüfungs- und Teilnahmegebühren im Rahmen der Aus- und Weiterbildungsangebote der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen (EHSM), aus Dienstleistungen im Bereich des Swiss Olympic Medical Centers, aus Verkäufen von Lehr- und Lernmedien, aus der Beherbergung, der Restauration und der Benützung von Sportanlagen sowie Theorie- und Seminarräumen.

Die Mehreinnahmen bei den laufenden Einnahmen von 2,1 Millionen resultierten im Wesentlichen aus einer höheren Kundennachfrage bei der Anlagenbenutzung und Beherbergung/Verpflegung (1,1 Mio.) sowie aus eingeworbenen Drittmitteln im Bereich der EHSM (0,7 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 29; Gebührenverordnung des BASPO vom 15.11.2017 (Geb-V-BASPO; SR 415.013), Art. 3.

E130.0112 RÜCKERSTATTUNGEN SPORTVERBÄNDE UND ANDERE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	225 798	-	673 784	673 784	-

Gestützt auf das Sportförderungsgesetz kann der Bund seit 2020 den Trainings- und Wettkampfbetrieb auf NASAK-Anlagen mit jährlich 10 Millionen unterstützen (vgl. Motion 18.4150 Engler). Die Beiträge werden via Swiss Olympic an die Verbände ausbezahlt. Nicht verwendete Mittel fliessen an den Bund zurück.

2023 wurden nicht benötigte Mittel aus Vorjahren in Höhe von 0,7 Millionen an den Bund zurückbezahlt.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 4; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 41 Abs. 3 Bst. e.

Hinweis

Vgl. A231.0108 Sportverbände und andere Organisationen

E140.0001 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	4 452 210	4 452 210	-

Im Rahmen der Einzelbewertung der Bonität der Covid-19-Darlehensnehmer entstand ein Buchgewinn von 4,5 Millionen. Für die gewährten Covid-19-Darlehen im Umfang von 110,3 Millionen (Buchwert 63,6 Mio.) beträgt die Wertberichtigung neu insgesamt 12,6 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Verordnung Sport vom 20.3.2020 (SR 415.021), Art. 3; Covid-19-Verordnung Mannschaftssport vom 4.11.2020 und vom 18.12.2020 (SR 415.022).

E150.0115 RÜCKZAHLUNGEN INTERNATIONALE SPORTANLÄSSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 846 647	–	261 822	261 822	–

Aufgrund von kurzfristig festgelegten Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie konnte die Winteruniversiade 2021 in Luzern-Zentralschweiz nicht durchgeführt werden. Daher flossen insgesamt 2,9 Millionen (davon 0,3 Mio. im Jahr 2023) von insgesamt ausbezahlten 13,5 Millionen an den Bund zurück. Die eingesetzten Mittel wurden für Vorbereitungsarbeiten verwendet, die trotz den Absagen geleistet wurden.

Rechtsgrundlage

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 17 Abs. 1.

Hinweis

Vgl. A231.0109 Internationale Sportanlässe

E190.0107 COVID: RÜCKZAHLUNG VON DARLEHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	600 000	1 986 800	1 366 800	-620 000	-31,2

Der Bund hat in der Zeit vom 21.3. bis 20.9.2020 zur Abfederung der Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen im Rahmen eines Nothilfepakets Darlehen zur Abwendung drohender Zahlungsunfähigkeit gewährt (9,4 Mio.). Empfänger der Finanzhilfen waren Organisationen, die eine Mannschaft unterhalten, die einer Liga mit überwiegend professionellem Spielbetrieb angehört oder Organisationen, die Wettkämpfe für den überwiegend professionellen Leistungssport durchführen und dazu in einem erheblichen Mass auf die Mitarbeit von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer angewiesen sind.

Die Rückzahlung der Darlehen hat innerhalb von fünf Jahren zu erfolgen, wobei die Frist um zwei Jahre verlängert werden kann. Eine Fristverlängerung erfolgt auf Antrag der Darlehensnehmer. Fünf von sechs Klubs haben termingerecht die für 2023 vorgesehenen Amortisationsstranchen geleistet (total rund 1,4 Mio.), ein Klub ist in Verzug.

Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung vom 18.4.1999 (SR 101.0), Art. 185 Abs. 3; Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SR 415.0), Art. 4 Abs. 1; Covid-19-Verordnung Sport vom 20.3.2020 (SR 415.021), Art. 3.

E190.0112 COVID: RÜCKZAHLUNG VON DARLEHEN SFL/SIHF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	11 671 766	19 954 100	25 655 152	5 701 052	28,6

Der Bund hat zur Abfederung der Folgen, welche die Massnahmen aufgrund der Covid-19-Pandemie verursacht haben, Darlehen an die Klubs in den Sportarten Basketball, Eishockey, Fussball, Handball, Unihockey und Volleyball, die mit einer Mannschaft in einer professionellen oder semiprofessionellen Liga ihrer Sportart spielen, ausgerichtet. Die Amortisation der Darlehen erfolgt je nach Klub über drei bis zehn Jahre.

Der grösste Teil der fälligen Amortisationszahlungen wurde fristgerecht geleistet. Verschiedene Klubs haben höhere Amortisationszahlungen vorgenommen als vereinbart, während einzelne in Zahlungsverzug sind.

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz vom 25.9.2020 (SR 818.102), Art. 13; Covid-19-Verordnung Mannschaftssport vom 4.11.2020 (SR 415.022); Covid-19-Verordnung Mannschaftssport vom 18.12.2020 (SR 415.022), Art. 11-15.

E190.0115 COVID: RÜCKZAHLUNG FINANZHILFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	47 098 783	-	4 889 945	4 889 945	-

Der Bund hat zur Abfederung der Folgen, welche die Massnahmen aufgrund der Covid-19-Pandemie verursacht haben, zur Stützung der Strukturen im Breiten- und im Leistungssport sowie in der leistungsorientierten Nachwuchsförderung Finanzhilfen an Swiss Olympic ausgerichtet (Stabilisierungspaket). Swiss Olympic hat die Gelder via nationale Sportverbände an betroffene Sportvereine, Sportklubs sowie Sportorganisationen weitergeleitet. Nicht verwendete Mittel fliessen an den Bund zurück.

Bei der Überprüfung des Mitteleinsatzes im Jahr 2021 wurde ein nicht zweckbestimmter Einsatz im Umfang von 4,9 Millionen festgestellt. Dieser Betrag wurde von Swiss Olympic zurückgefordert.

Rechtsgrundlage

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 4 Abs. 1.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	121 194 793	132 769 700	128 423 997	-4 345 703	-3,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>5 473 300</i>			
Funktionsaufwand	118 428 046	129 458 800	125 709 974	-3 748 826	-2,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	115 969 289	123 758 800	122 588 985	-1 169 815	-0,9
Personalausgaben	62 637 825	64 992 900	66 931 987	1 939 087	3,0
Sach- und Betriebsausgaben	53 331 464	58 765 900	55 656 998	-3 108 902	-5,3
<i>davon Informatik</i>	<i>10 039 423</i>	<i>9 318 200</i>	<i>10 157 385</i>	<i>839 185</i>	<i>9,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>143 432</i>	<i>100 000</i>	<i>191 955</i>	<i>91 955</i>	<i>92,0</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	2 458 757	5 700 000	3 120 989	-2 579 011	-45,2
Investitionsausgaben	2 766 748	3 310 900	2 714 023	-596 877	-18,0
Vollzeitstellen (Ø)	428	432	452	20	4,6

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen um 1,9 Millionen über dem verfügbaren Kredit. Der zusätzliche Ressourcenbedarf ist im Wesentlichen auf den Ausbau und Betrieb der Sportzentren (hohe Kundennachfrage) Magglingen und Tenero zurückzuführen. Weiter musste aufgrund der Einführung der neuen «Nationalen Datenbank Sport» (NDS) für die Datenbereinigung mit temporärer Unterstützung gearbeitet werden. Aufgrund des zunehmenden Arbeitsvolumens im Bereich der sportpolitischen Geschäfte sowie des erhöhten Kontrollbedarfs, insbesondere im Bereich der Subventionen, wurden zusätzliche Ressourcen aufgestockt. Schliesslich sind Mehrausgaben von 0,2 Millionen für Rückstellungen von Ferien und Überzeit angefallen. Der Mehrbedarf wurde teilweise mit Mehrerträgen finanziert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen um 3,1 Millionen unter dem verfügbaren Kredit. Bei den schuldenbremsenwirksamen Ausgaben blieben 1,9 Millionen unbenutzt, vor allem für Sachgüter und externe Dienstleistungen. Im Bereich der bundesinternen Leistungsverrechnung entstand ein Kreditrest von 1,2 Millionen, insbesondere durch weniger Mietaufwand.

Informatik: Von den eingesetzten 10,2 Millionen entfielen 7,7 Millionen (76 %) auf den Betrieb und 2,4 Millionen (24 %) auf die Weiterentwicklung bestehender Fachanwendungen. Betriebsleistungen wurden im Umfang von 6,1 Millionen bundesintern bezogen (Leistungsverrechnungsaufwand). 2023 wurden die folgenden IKT-Projekte vorangetrieben: «Nationale Datenbank Sport» (NDS), Digitalisierung der Lernmedien sowie das Belegungs- und Reservationssystem SAKUBA. Der Mehrbedarf von 0,8 Millionen fiel an, weil der Betrieb der Plattformen durch das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) teurer ausfiel als geplant.

Beratung: Die Ausgaben für Beratungen lagen mit rund 0,2 Millionen fast doppelt so hoch wie geplant (+0,1 Mio.). Zwecks Begleitung des Umstellungsprozesses «Neue Arbeitswelt» wurde externe Unterstützung beigezogen.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die 3,1 Millionen wurden für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens eingesetzt. Der Abschreibungsaufwand fiel u.a. durch die spätere Inbetriebnahme der Informatikfachanwendung «Nationale Datenbank Sport» (NDS) tiefer aus (-2,6 Mio.).

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben im Umfang von 2,7 Millionen entfielen mehrheitlich auf den Ersatz- und die Neubeschaffung von Gütern (z.B. Sportgeräte, Geräte für die Physiotherapie und Fahrzeuge) und Softwareentwicklung. Der Minderbedarf von 0,6 Millionen resultierte aus zeitlichen Verzögerungen bei Beschaffungsvorhaben (Fahrzeuge, Medizinalgeräte und Sport-/Gebäudeeinrichtungen). Entsprechend wird die Bildung von zweckgebundenen Reserven beantragt.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+1,4 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 590 200 Franken für Lernende, 570 100 Franken für Hochschulpraktikanten, 182 000 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung und 48 000 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebung (+0,1 Mio.): von der Verteidigung im Zusammenhang mit einer Dissertation an der Schnittstelle von Armee und Sport.
- Kreditverschiebungen (-1,9 Mio.): ans Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) 1,8 Millionen für die Beschaffung von Zelten in Tenero sowie 35 000 Franken für eine Pilotausstattung (neue Arbeits- bzw. Bürowelt) in Magglingen; an die Bundeskanzlei 17 000 Franken für Englischübersetzungen.
- Kreditüberschreitungen (+4 Mio.): Verwendung zweckgebundener Reserven zugunsten von Güterbeschaffungen (+3,3 Mio.) wie z.B. Ersatz der Zelte in Tenero, Medizinalgeräte u.a. im Bereich der Leistungsdiagnostik sowie zugunsten von Informatikweiterentwicklungen (+0,7 Mio.) wie «Nationale Datenbank Sport» (NDS) oder Belegungs- und Reservationssystem SAKUBA.
- Kreditüberschreitungen (+1,8 Mio.): In Höhe von 1,1 Millionen wurden Mehrausgaben (insbesondere in den Bereichen Reinigung und Verpflegung) mit leistungsinduzierten Mehreinnahmen gedeckt, in Höhe von 0,7 Millionen wurden Drittmittel zugunsten der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen (EHSM) eingesetzt.

Hinweis

Verpflichtungskredit «Neubau Nationale Datenbank Sport» (NDS) (V0290.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Eidgenössische Hochschule für Sport		LG 2: Jugend- und Erwachsenensport, Förderprogramme		LG 3: Nationale Sportzentren	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	26	28	26	25	69	75
Personalausgaben	20	22	13	14	29	31
Sach- und Betriebsausgaben	5	4	12	10	37	41
<i>davon Informatik</i>	2	2	5	4	3	4
<i>davon Beratung</i>	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	1	0	1	2	2
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	1	1	0	2	1
Vollzeitstellen (Ø)	121	122	77	79	230	251

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	3 030 091	8 090 800	11 120 891
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 487 000	2 487 000
Auflösung / Verwendung	–	-4 035 300	-4 035 300
Endbestand per 31.12.2023	3 030 091	6 542 500	9 572 591
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	700 000	700 000

Verwendung von Reserven im Jahr 2023

2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von rund 4 Millionen verwendet. Diese Mittel wurden für Güterbeschaffungen (3,3 Mio.) sowie für Informatikweiterentwicklungen (0,7 Mio.) eingesetzt. Dabei handelte es sich bei den Güterbeschaffungen vor allem um den Ersatz der Zelte in Tenero, Medizinalgeräte u.a. im Bereich der Leistungsdiagnostik und bei der Informatik um Entwicklungen der «Nationalen Datenbank Sport» (NDS) und des Belegungs- und Reservationssystems SAKUBA.

Reservenbestand

Die verbleibenden zweckgebundenen Reserven (6,5 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die IKT-Projekte «Nationale Datenbank Sport» (NDS; 3,5 Mio.) und das Belegungs- und Reservationssystem SAKUBA (0,6 Mio.) sowie auf die Beschaffung eines Laufbandes (0,9 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Mit der Rechnung 2023 werden aufgrund von Projekt- und Beschaffungsverzögerungen die folgenden Anträge auf Bildung von neuen zweckgebundenen Reserven gestellt (total 0,7 Mio.):

- Medizinalgeräte für die Leistungsdiagnostik
Lärchenplatz in Magglingen 100 000 Franken
Aufgrund von Verzögerungen bei der Auslieferung seitens der Lieferanten konnten die Geräte nicht planmässig geliefert und fakturiert werden.
- Technische Geräte und Ausrüstung für die
Gebäude/Sporthallen in Tenero und Magglingen 260 000 Franken
Aufgrund von Verzögerungen bei der Auslieferung seitens der Lieferanten konnten Geräte und Ausrüstungen für die Gebäude und Sportanlagen nicht planmässig geliefert und fakturiert werden.
- Fahrzeuge in Tenero 140 000 Franken
Aufgrund von Verzögerungen bei der Auslieferung seitens der Lieferanten konnten die Fahrzeuge nicht planmässig geliefert und fakturiert werden.
- J+S-Leihmaterial 100 000 Franken
Aufgrund von Verzögerungen beim Lieferanten konnte die Beschaffung von Leihmaterial für J+S nicht planmässig geliefert und fakturiert werden.
- Fachapplikation Lernmedien 100 000 Franken
Aufgrund von Verzögerungen bei den Lieferanten konnten die vertraglich vorgesehenen Leistungen im Jahr 2023 nicht planmässig erbracht und fakturiert werden.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: JUGEND- UND ERWACHSENSPORT, FÖRDERPROGRAMME

A231.0106 ALLGEMEINE PROGRAMME/PROJEKTE; SPORTWISSENSCHAFTL. FORSCHUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 257 054	1 360 000	1 267 882	-92 118	-6,8

Gemäss Sportförderungsgesetz unterstützt der Bund einerseits Programme und Projekte zur Förderung regelmässiger Sport- und Bewegungsaktivitäten auf allen Altersstufen und kann zudem Beiträge an die sportwissenschaftliche Forschung leisten. Der Bund kann öffentliche und private Organisationen unterstützen, die im Sinne der Ziele von Artikel 1 des Sportförderungsgesetzes tätig sind. Zu den Beitragsempfängern gehören Organisatoren von Programmen und Projekten, insbesondere im Bereich des Erwachsenensports sowie privat- und öffentlich-rechtliche Akteure, die sich mit der Evaluation und Entwicklung von Programmen und Projekten befassen. Im Bereich der sportwissenschaftlichen Forschung sind die Beitragsempfänger natürliche und juristische Personen des Privatrechts sowie öffentlich-rechtliche Institutionen. Die Beitragssätze für Sportförderprojekte liegen in der Regel zwischen einem Drittel und der Hälfte der anrechenbaren Kosten; für sportwissenschaftliche Forschung bis maximal 70 Prozent.

Der Bedarf an Unterstützungsbeiträgen ist im Bereich des Erwachsenensports tiefer ausgefallen als erwartet (-0,1 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 3 und Art. 15; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 32 Abs. 3, Art. 40 Abs. 4 und Art. 69 Abs. 2.

A231.0107 SPORT IN DER SCHULE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	459 461	500 000	479 252	-20 749	-4,1

Mit den Mitteln aus diesem Kredit unterstützt der Bund die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Sportunterricht erteilen. Entschädigt werden die Konzeption, Entwicklung, Koordination, Durchführung und Evaluation von Aus- und Weiterbildungsangeboten, insbesondere mit den Zielen der Förderung von Qualität und regelmässigen Sport- und Bewegungsaktivitäten in Schulen. Der Bund kann öffentlichen und privaten nicht gewinnorientierten Institutionen Finanzhilfen gewähren. Die Finanzhilfen betragen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 13 Abs. 1; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 54a Abs. 1 und Art. 54c Abs. 1.

A231.0108 SPORTVERBÄNDE UND ANDERE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	42 322 068	43 260 000	42 799 040	-460 960	-1,1

Gestützt auf das Sportförderungsgesetz unterstützt der Bund zur Förderung des Leistungssports über diesen Kredit insbesondere den Dachverband der Schweizer Sportverbände (Swiss Olympic). Nebst dem allgemeinen Beitrag an Swiss Olympic (28 Mio.) unterstützt der Bund nachfolgend genannte Massnahmen via Swiss Olympic: Für Massnahmen gegen den Missbrauch von Mitteln und Methoden zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit im Sport wurden im Berichtsjahr Beiträge an Swiss Sport Integrity im Umfang von 3,2 Millionen geleistet. Zudem wurden Massnahmen zur Förderung eines ethisch vertretbaren Leistungssports und zur Verhinderung unerwünschter Begleiterscheinungen mit zusätzlichen Beiträgen an Swiss Sport Integrity in der Höhe von 1 Million (Meldestelle) unterstützt. Seit 2020 wird der Trainings- und Wettkampfbetrieb auf NASAK-Anlagen unterstützt (10 Mio.; vgl. Motion 18.4150 Engler). Die Verbände werden gestützt auf die effektive Nutzung der Anlagen via Swiss Olympic entschädigt. Letztlich wurden an die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) 0,3 Millionen ausgerichtet und für die Schneesportinitiative 0,2 Millionen. Der Bedarf an Unterstützungsbeiträgen für spezifische Fördermassnahmen von Swiss Olympic und der nationalen Sportverbände ist im Jahr 2023 um 0,5 Millionen tiefer ausgefallen als erwartet.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 4 und Art. 19 Abs. 1; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 41 Abs. 3 Bst. d und e und 73 Abs. 2.

Hinweis

Vgl. E130.0112 Rückerstattungen Sportverbände und andere Organisationen

A231.0109 INTERNATIONALE SPORTANLÄSSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 000 000	3 400 000	3 391 048	-8 952	-0,3

Der Bund kann internationale Sportanlässe und -kongresse in der Schweiz, die von europäischer oder weltweiter Bedeutung sind, unterstützen, sofern sich die Kantone angemessen an den Kosten beteiligen. Die Bemessungskriterien richten sich nach Art. 72 Abs. 3 der Sportförderungsverordnung.

Mit den 3,4 Millionen wurden die Sportkletter-/Paraclimbing WM 2023 in Bern, die Rad-Strassen/Paracycling WM 2024 in Zürich, die Eishockey U18 WM 2023 in Basel und Ajoie, die Orientierungslauf WM 2023 in Flims, die Unihockey WM 2022 in Zürich, die Bob- und Skeleton WM 2023 in St. Moritz und die Biathlon EM 2023 in Lenzerheide sowie diverse kleinere Anlässe unterstützt.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 17 Abs. 1; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 72 Abs. 3.

Hinweise

Vgl. E150.0115 Rückzahlungen internationale Sportanlässe

Verpflichtungskredit «Rad-WM 2024» (V0374.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredit «Kletter-WM 2023» (V0375.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021» (V0316.02), siehe Band 1A, Ziffer D 21

A231.0112 J+S-AKTIVITÄTEN UND KADERBILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	111 325 132	113 300 000	111 342 371	-1 957 629	-1,7

Der Bund richtet im Rahmen von Jugend und Sport Beiträge aus an Kurse und Lager sowie an die Kaderbildung (Aus- und Weiterbildung von Leiterinnen und Leitern, Coachs, Expertinnen und Experten) von Kantonen, Gemeinden und privaten Organisationen (Sportverbände, Sportvereine, Schulen und andere Organisationen). Des Weiteren stellt der Bund den Beitragsempfängern Leihmaterial sowie Lehr- und Lernmedien zur Verfügung.

2023 haben 642 008 Kinder und Jugendliche in J+S-Kursen und -Lagern teilgenommen. Das ist nach 2019 mit 642 559 der zweithöchste Wert seit der Einführung von J+S. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um +28 608 teilnehmende Kinder und Jugendliche (+5 %).

Für J+S-Kurse und -Lager (Angebote für 5- bis 20-jährige Kinder und Jugendliche) wurden 2023 Auszahlungen von 97,4 Millionen geleistet, davon 24 Millionen für Lager und 73,4 Millionen für Kurse (mit regelmässigen Trainings und Wettkämpfen). Der Beitragssatz für Lager beträgt 16 Franken pro Tag und teilnehmende Person (respektive Fr. 6.50, falls das Lager ohne Übernachtung durchgeführt wird). Die Aktivitäten in J+S-Kursen werden mit 1,30 Franken pro Stunde und Teilnahme subventioniert. Subventionsempfänger sind Sportvereine (rund 73 %), Schulen (rund 15 %), Jugendorganisationen (rund 8 %) und Kantone, Gemeinden und nationale Sportverbände (rund 4 %).

Für die J+S-Kaderbildung wurden 2023 Auszahlungen von 12,5 Millionen geleistet. Subventionsempfänger sind die Organisatoren der J+S-Kaderbildung (Kantone und Nationale Sportverbände) und die Teilnehmenden der J+S-Kaderbildung.

Der Minderbedarf von rund 2 Millionen entstand vor allem im Bereich der Personentransporte, weil das Wachstum der Aktivitäten im Bereich J+S-Kaderbildung geringer war als geplant.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 11 Abs. 1; Sportförderungsverordnung vom 23.5.2012 (SpoFöV; SR 415.01), Art. 1; Verordnung des VBS vom 25.5.2012 über Sportförderungsprogramme und -projekte (VSpoFöP; SR 415.011), Art. 50 Abs. 2, Anhang 7.

A236.0100 NATIONALE SPORTANLAGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	5 400 000	19 150 000	5 275 000	-13 875 000	-72,5

Der Bund kann gestützt auf das Sportförderungsgesetz Beiträge an den Bau oder an Infrastrukturmassnahmen von Schweizer Stadien, polysportiven Anlagen sowie Eis- und Schneesportanlagen von nationaler Bedeutung gemäss den Kriterien des Nationalen Sportanlagenkonzepts (NASAK) leisten. Beitragsempfänger sind nationale Sportverbände und Dritte, die Träger von nationalen Sportanlagen und -einrichtungen sind. Die Bemessung der Beiträge richtet sich nach den Beschlüssen des Parlaments zu den Krediten NASAK 4, 4plus und 5 sowie nach Art. 80 Abs. 2 der Verordnung des VBS vom 25.5.2012 über Sportförderungsprogramme und -projekte.

Bei mehreren NASAK-Projekten gab es Verzögerungen aus administrativen oder baurechtlichen Gründen. Die Beitragsauszahlungen verschieben sich in die Folgejahre.

Rechtsgrundlagen

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 5 Abs. 2; Verordnung des VBS vom 25.5.2012 über Sportförderungsprogramme und -projekte (VSpoFöP; SR 415.011), Art. 80 Abs. 2.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Sportstättenbau (NASAK 4)» (V0053.02), «Sportstättenbau (NASAK 4plus)» (V0053.03) und «Sportstättenbau (NASAK 5)» (V0053.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Vgl. A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5 400 000	19 150 000	5 275 000	-13 875 000	-72,5

Wertberichtigungen der Investitionsbeiträge an Nationale Sportanlagen (NASAK).

Dieser Kredit ist 1:1 mit dem Kredit A236.0100 verbunden. Die über die Investitionsrechnung geleisteten Transferzahlungen werden im Zeitpunkt der Auszahlung zu 100 Prozent wertberichtigt.

Rechtsgrundlage

Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011 (SpoFöG; SR 415.0), Art. 5 Abs. 2.

Hinweis

Vgl. A236.0100 Nationale Sportanlagen

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Positionierung und Vernetzung des BABS als unverzichtbarer Partner im Bevölkerungsschutz
- Aktualisierte rechtliche Grundlagen zur Umsetzung notwendiger Massnahmen für den Schutz der Bevölkerung
- Sicherstellung der Führungs- und Einsatzfähigkeit im Ereignisfall
- Sicherstellung bevölkerungsschutzrelevanter Alarmierungs- und Kommunikationssysteme

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	17,3	17,5	17,6	0,2	1,2
Laufende Ausgaben	139,9	178,6	156,0	16,1	11,5
Eigenausgaben	126,2	153,7	137,8	11,6	9,2
Transferausgaben	13,7	24,9	18,2	4,5	32,9
Selbstfinanzierung	-122,6	-161,1	-138,5	-15,9	-13,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-11,5	-13,2	-12,2	-0,7	-6,1
Jahresergebnis	-134,1	-174,3	-150,7	-16,6	-12,4
Investitionseinnahmen	-	-	0,0	0,0	-
Investitionsausgaben	5,3	10,4	12,4	7,1	134,3

KOMMENTAR

Die Erfolgs- und Investitionsrechnung des BABS beinhaltet die Einnahmen und Ausgaben der Leistungsgruppen «Bevölkerungsschutz» sowie «Alarmierung und Sicherheitskommunikation». Die laufenden Ausgaben bestehen zu 88 Prozent aus Eigenausgaben und zu 12 Prozent aus Transferausgaben.

Die laufenden Einnahmen haben sich im Vergleich mit dem Vorjahr nur leicht verändert. Die Zunahme um 0,2 Millionen geht vor allem auf die Übernahme des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) zurück. Dieser wurde von der Verteidigung ins BABS verschoben. Dadurch fallen Einnahmen aus dem Betrieb des Informations- und Einsatzsystems (IES) neu beim BABS an.

Die Eigenausgaben haben im Vergleich mit dem Vorjahr um 11,6 Millionen zugenommen. Einer der Hauptgründe war die Verschiebung des KSD zum BABS. Damit verbunden wurden rund 5 Millionen von der Verteidigung zum BABS transferiert. Weiter gab es aufgrund des positiven Projektverlaufs erhöhte Kosten beim Projekt «Werterhalt Polycom 2030» und allgemein im Bereich der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme. Letztlich gab es auch Mehrausgaben, die auf die Teuerung zurückzuführen sind, v.a. im Bereich der Liegenschaftsausgaben.

Die Zunahme bei den Transferausgaben um 4,5 Millionen ist begründet mit mehr Erneuerungs- und Umbauprojekten im Zusammenhang mit Schutzanlagen in den Kantonen. Beim Polycom Zivilschutzmaterial wurden zudem Funkgeräte beschafft, welche sich im Vorjahr verzögert hatten.

Die Investitionsausgaben waren um 7,1 Millionen höher als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf zusätzliche Investitionen im Zusammenhang mit den Werterhaltungsarbeiten bei den Alarmierungs- und Telekommunikationssystemen zurückzuführen. Entsprechend stiegen auch die Abschreibungen (+0,7 Mio.).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem MSK: Grundsatzentscheid zum weiteren Vorgehen (erreicht)
- Bericht «Zukunft der Alarmierungs- und Ereignisinformationssysteme»: Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Aufgrund notwendiger Abstimmungen mit anderen Geschäften des BABS sowie fehlender Ressourcen konnte der Bericht nicht mehr im Berichtsjahr durch den Bundesrat genehmigt werden.
- Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz Teil 1: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Verabschiedung der Botschaft zur Revision des BZG konnte nicht im 2023 erfolgen, da sich die Auswertung der Vernehmlassung verzögert hat (insb. wg. Entscheid weiteres Vorgehen in Sachen Sirenen) und nicht nach Plan abgeschlossen werden konnte.
- Nationale Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Werterhalt Polycom 2030: Migration von weiteren Teilnetzen gemäss Planung (erreicht)
- Sicheres Datenverbundsystem plus (SDVN+): Abschluss Konzeptphase und Start Realisierung (nicht erreicht)
Der Abschluss der Phase Konzept konnte nicht vollständig erreicht werden. Die noch benötigte Konzeptarbeit beim Kommando Cyber ist eingeplant bis Ende Februar 2024.
- Strategie sanitätsdienstliche Schutzanlagen: Vorliegen Konzept (nicht erreicht)
Mit der Neuorientierung des KSD erfolgt auch eine Neubeurteilung und Anpassung der Strategie zu den sanitätsdienstlichen Schutzanlagen. Die Thematik wird neu im Rahmen der «Krisen- und Katastrophenmedizin» analysiert.
- Überprüfung der Ausrichtung des BABS: Vorliegen priorisiertes Leistungs- und Projektportfolio (erreicht)

LG1: BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

GRUNDAUFTRAG

Die Leistungsgruppe «Bevölkerungsschutz» umfasst die Geschäftsbereiche «Zivilschutz und Ausbildung», «Labor Spiez» und «Nationale Alarmzentrale und Ereignisbewältigung». Im Rahmen dieser Leistungsgruppe werden der Bevölkerungs- und Zivilschutz auf nationaler und internationaler Ebene koordiniert und der Werterhalt der Schutzbauteninfrastruktur optimiert. Weiter werden risikobasierte Grundlagen zur Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zugunsten der Behörden und der Bevölkerung erarbeitet und auch die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung im Einsatzfall sichergestellt. Das BABS stellt ein umfassendes Ausbildungsangebot zur Verfügung und leitet Verbundübungen. Das Amt stellt zudem Führungs- und Laborinfrastrukturen bereit, unterstützt die Einsatzkräfte der Kantone bei ABC-Ereignissen und ist die Bundesfachstelle für den Kulturgüterschutz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	15,9	17,1	16,9	-0,2	-1,3
Aufwand und Investitionsausgaben	89,5	109,8	95,9	-13,9	-12,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Bevölkerungsschutzpolitik: Der Bevölkerungsschutz und der Zivilschutz werden weiterentwickelt			
- Verabschiedung Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Termin)	-	31.12.	31.12.
- Aktualisierung Inventar „Objekte kritischer Infrastrukturen“ (Termin)	-	31.12.	31.12.
Labor Spiez: Die nationale und internationale Zusammenarbeit im ABC Schutz wird intensiviert			
- Sicherheitskonferenzen zu ABC Schutz und -Rüstungskontrolle (Anzahl, min.)	3	2	3
- Einsatztage zugunsten internationaler Organisationen (Anzahl, min.)	166	150	191
Nationale Alarmzentrale: Die Produkte der Ereignisbewältigung werden zeit- und lagegerecht zur Verfügung gestellt			
- Verfügbarkeit der Systeme für die Warnung und Lageprodukte (%; min.)	98	98	98
Ausbildung: Die Ausbildungsleistungen des nationalen Kompetenzzentrums für Katastrophen und Notlagen werden in guter Qualität und wirtschaftlich erbracht			
- Kundenzufriedenheit (%; min.)	94	85	92
- Kosten pro Teilnehmer und Tag (CHF, max.)	553	500	529
- Nettozimmerauslastung Seminarinfrastruktur im EAZS (%; min.)	66	45	84

KOMMENTAR

Die Mehrheit der Ziele wurde erreicht oder übertroffen.

Labor Spiez: Die geplanten Einsatztage zugunsten internationaler Organisationen waren deutlich höher als geplant. Nach der Aufhebung der Covid-19-bedingten Reisebeschränkungen in den Vorjahren bestand in verschiedenen Aufgabenbereichen ein Nachholbedarf.

Nicht erreicht wurde:

Ausbildung: Die Kosten pro Teilnehmer und Tag konnten gegenüber dem Vorjahr weiter gesenkt werden, lagen jedoch immer noch über dem Zielwert. Dies wegen dem anhaltenden Mehraufwand für die Einführung neuer Kurse und der digitalen Transformation.

LG2: ALARMIERUNG UND SICHERHEITSKOMMUNIKATION

GRUNDAUFTRAG

Im Rahmen der Leistungsgruppe «Alarmierung und Sicherheitskommunikation» steuert und koordiniert das BABS die Evaluation, Beschaffung, Realisierung, Instandhaltung, den Werterhalt sowie die Weiterentwicklung der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme im Bevölkerungsschutz. Es sind dies die Systeme für die Alarmierung der Bevölkerung im Ereignisfall [Sirenenalarmsystem Polyalert, IBBK Radio (Information der Bevölkerung durch den Bund in Krisenlagen mit Radio) sowie Warnungs- und Ereigniskommunikationssystem Alertswiss] und die Telekommunikationssysteme für die Einsatzorgane und Behörden (mobiles Sicherheitsfunksystem Polycom und Nationales Sicheres Datenverbundsystem SDVS; noch in Prüfung: Mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem MSK).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,5	0,4	0,7	0,3	69,6
Aufwand und Investitionsausgaben	49,7	58,5	57,6	-0,9	-1,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Alarmierung: Die Alarmierungssysteme werden weiterentwickelt			
- Einsatzbereitschaft der Sirenen (%)	98	98	98
- Einsatzbereitschaft des Sirenenalarmsystems Polyalert (%)	98	98	98
Telematik: Die Telekommunikationssysteme werden weiterentwickelt			
- Technische Migration der 28 Teilnetze (inkl. EZV) Polycom (Anzahl, min.)	0	24	22
- Einsatzbereitschaft des mobilen Sicherheitsfunksystems Polycom (%, min.)	98	98	98

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit einer Ausnahme erreicht:

Telematik: Es konnten fast alle geplanten Teilnetze Polycom migriert werden. Bei zwei Teilnetzen kam es zu Verzögerungen, da diese Standorte neu erschlossen wurden und die Arbeiten dadurch etwas mehr Zeit benötigten als geplant. Dies hat aber keine Auswirkungen auf die Gesamtplanung (siehe Kommentare zum Einzelkredit A202.0164 Polycom Werterhaltung).

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		17 402	17 501	17 580	78	0,4
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	17 402	17 501	17 580	78	0,4
Aufwand / Ausgaben		156 770	202 154	180 625	-21 530	-10,7
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	139 179	168 305	153 536	-14 769	-8,8
	<i>Kreditverschiebung</i>		-1 956			
	<i>Abtretung</i>		697			
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		1 225			
A202.0164	Polycom Werterhaltung	3 917	8 294	8 294	0	0,0
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		3 334			
A202.0173	Nationales sicheres Datenverbundsystem SDVS	-	627	627	0	0,0
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		627			
Transferbereich						
LG 1: Bevölkerungsschutz						
A231.0427	Covid: Zivilschutz Einsätze	697	-	-	-	-
LG 2: Alarmierung und Sicherheitskommunikation						
A231.0113	Zivilschutz	12 977	24 928	18 168	-6 760	-27,1
	<i>Kreditübertragung</i>		3 900			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	17 401 946	17 501 300	17 579 574	78 274	0,4
Laufende Einnahmen	17 401 946	17 501 300	17 560 507	59 207	0,3
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	9 533	9 533	-
Investitionseinnahmen	-	-	9 533	9 533	-

Der Funktionsertrag setzt sich aus Einnahmen aus Verkäufen von Ausbildungskursen und der Vermietung von Ausbildungsinfrastrukturen an Dritte sowie aus der Verrechnung von Dienstleistungen des Labors Spiez sowie der Nationalen Alarmzentrale und Ereignisbewältigung (NEOC) an Dritte zusammen. Weiter werden den Betreibern von Kernanlagen die Kosten der Einsatzorganisation Radioaktivität (EOR) und den Betreibern von Stauanlagen die Ausgaben für den Betrieb und Unterhalt von Polyalert (Alarmierung) weiterverrechnet. Die Erträge aus der Leistungsverrechnung stammen aus allgemeinen Dienstleistungen, Beratungen und Expertisen des Labors Spiez v.a. zu Gunsten der Verteidigung und der armasuisse sowie aus dem Betrieb von Gebäuden durch das BABS (Labor Spiez und Eidg. Ausbildungszentrum Schwarzenburg EAZS) im Auftrag von armasuisse Immobilien.

Die kleine Zunahme des Ertrags (+0,1 Mio.) setzt sich wie folgt zusammen: Durch die Neuausrichtung des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) respektive Verschiebung des KSD von der Verteidigung zum BABS fallen die Einnahmen aus dem Betrieb des Informations- und Einsatzsystems (IES) neu beim BABS an (+0,4 Mio.). Im EAZS konnten Mehrerträge (+0,2 Mio.) und durch Konventionalstrafen an Lieferanten ungeplante Einnahmen erzielt werden (+0,2 Mio.). Das Labor Spiez konnte hingegen nicht alle geplanten Dienstleistungen an Dritte erbringen, weil sich drittmittelfinanzierte Projekte verzögerten (-0,7 Mio.).

Rechtsgrundlage

Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 20.12.2019 (BZG; SR 520.1), Art. 54 Abs. 3 und Art. 95.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	139 178 730	168 305 013	153 535 601	-14 769 412	-8,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-34 387</i>			
Funktionsaufwand	136 809 096	162 241 413	147 515 975	-14 725 438	-9,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	125 282 959	149 031 413	135 276 528	-13 754 885	-9,2
Personalausgaben	49 404 725	54 681 900	50 967 879	-3 714 021	-6,8
Sach- und Betriebsausgaben	75 878 234	94 349 513	84 308 649	-10 040 864	-10,6
<i>davon Informatik</i>	<i>14 061 933</i>	<i>20 884 564</i>	<i>19 148 652</i>	<i>-1 735 912</i>	<i>-8,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 743 302</i>	<i>2 232 949</i>	<i>1 787 914</i>	<i>-445 035</i>	<i>-19,9</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	11 526 137	13 210 000	12 239 447	-970 553	-7,3
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	2 369 634	6 063 600	6 019 626	-43 974	-0,7
Vollzeitstellen (Ø)	284	295	286	-9	-3,1

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen um 3,7 Millionen unter dem verfügbaren Kredit. Aufgrund des Fachkräftemangels bestehen Schwierigkeiten, die spezialisierten Fachfunktionen zeitgerecht zu besetzen. Eine weitere Ursache war die Verzögerung im Projekt «Nationales sicheres Datenverbundsystem» (SDVS); die Besetzung der offenen Stellen wurde erst per Ende 2023 notwendig. Aus diesen Gründen konnte die geplante durchschnittliche Anzahl FTE nicht erreicht werden. Diese Tatsache hat das Problem des BABS, dass die budgetierten Mittel z.T. auf Grund von fehlenden personellen Ressourcen nicht ausgeschöpft werden können, noch akzentuiert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben wurden um 10 Millionen unterschritten.

Informatik: Die eingesetzten 19,1 Millionen entfielen zu 15,1 Millionen auf den Betrieb und zu 4 Millionen auf Projekte. Die wichtigsten Informatikprojekte des BABS im Jahr 2023 waren die Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der IKT NEOC am Standort Bern, die Weiterentwicklung der Plattform Ressourcenmanagement Bund (iRES), das Projekt «Informations- und Einsatzsystem neue Generation» (IES NG) sowie die Fachanwendung «Datenbank Ortsdosisleistung» (ODLDB) der NEOC. Der Minderbedarf von 1,7 Millionen entstand durch bundesinterne Minderverrechnungen im Informatik-Betrieb, u.a. im Zusammenhang mit der Entflechtung der IKT zwischen Führungsunterstützungsbasis (FUB; Verteidigung) und Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT, EFD).

Beratung: Die 1,8 Millionen wurden für Forschung und Entwicklung im Bevölkerungsschutz und allgemeine Beratungen in den Bereichen Direktion, Ausbildung, Zivilschutz, Labor Spiez und NEOC eingesetzt. Sie wurden nicht vollständig beansprucht (-0,4 Mio.); insbesondere wurden weniger Mittel im Bereich der Forschung und Entwicklung benötigt.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben von rund 63 Millionen umfassen vor allem den nationalen Anteil von Polycorn, die Ausgaben für die Sirenen und das Alarmierungssystem Polyalert, die Betriebsaufwände des Labors Spiez und der Nationalen Alarmzentrale und Ereignisbewältigung (NEOC) sowie die Mietaufwände (Leistungsverrechnung) für die vier Standorte des BABS (Bern, Zürich, Spiez und Schwarzenburg). Die Unterschreitung um 7,9 Millionen hat verschiedene Gründe: Die Wartungs- und Betriebsleistungen für die nationalen Komponenten in der Alarmierung und Telematik konnten nicht im geplanten Umfang bezogen werden (-6,3 Mio.). Projektverzögerungen und Ressourcenengpässe seitens Lieferanten waren die Ursachen. Zudem wurden infolge von verschiedenen Projektverzögerungen weniger externe Dienstleistungen beansprucht (-0,7 Mio.). Weiter wurden die Betriebsaufwände und der übrige Unterhalt in verschiedenen Bereichen unterschritten (-0,9 Mio.). Bedingt durch die verschiedenen Verzögerungen wird teilweise die Bildung von zweckgebundenen Reserven beantragt.

Abschreibungen und übrige Bewertungen Verwaltungsvermögen

Die 12,2 Millionen betrafen zu grossen Teilen die Alarmierungs- und Telematiksysteme, im Weiteren auch die Messgeräte des Labors Spiez sowie die Fahrzeuge. Aufgrund von Verzögerungen bei verschiedenen Beschaffungen fiel der Abschreibungsaufwand 1 Million tiefer aus als budgetiert.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben von 6 Millionen wurden für Alarmierungs- und Telematiksysteme (2,6 Mio.), für Messgeräte des Labors Spiez (2,8 Mio.), für Installationen im Eidg. Ausbildungszentrum Schwarzenburg (EASZ; 0,5 Mio.) und für Fahrzeuge (0,1 Mio.) eingesetzt.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+0,7 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 215 000 Franken für zusätzliche Pensionskassenbeiträge, 214 200 Franken für Lernende, 158 200 Franken für Hochschulpraktikanten, 104 400 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie 5100 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebungen an andere Verwaltungseinheiten (-7 Mio.): 6 Millionen an armasuisse Immobilien für deren Mehrbedarf bei der Bildung von Rückstellungen, 1 Million an die Verteidigung für die Betriebs- und Unterhaltskosten des Systems VULPUS Telematik sowie 25 000 Franken an die Bundeskanzlei für Englischübersetzungen.
- Kreditverschiebungen von anderen Verwaltungseinheiten (+5,1 Mio.): von der Verteidigung 2,8 Millionen im Zusammenhang mit der Verschiebung des Koordinierten Sanitätsdiensts (KSD) ins BABS und ebenfalls von der Verteidigung 2,3 Millionen für das damit verbundene Informatikprojekt «Informations- und Einsatzsystem neue Generation» (IES NG).
- Kreditüberschreitungen im Zusammenhang mit der Verwendung von zweckgebundenen Reserven (+1,2 Mio.): 448 800 Franken für «Unterhalt Polycom 2000», 294 646 Franken für «NEOC Projekt iRES», 206 318 Franken für «NEOC Plattform iRES», 137 046 Franken für «Elektr. Geschäftsverwaltung GENOVA», 70 000 Franken für «Labor Spiez, VSV-EBOPLUS» sowie 67 703 Franken für «Elektr. Geschäftsverwaltung GENOVA»).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2023–2026» (V0055.07) und «Erneuerung des Informations- und Einsatzsystems» (IES) (V0322.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2019–2022» (V0055.06), siehe Band 1A, Ziffer D 21

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Bevölkerungsschutz		LG 2: Alarmierung und Sicherheitskommunikation		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Aufwand und Investitionsausgaben	89	96	50	58	
Personalausgaben	44	45	5	6	
Sach- und Betriebsausgaben	43	45	33	39	
<i>davon Informatik</i>	5	6	9	13	
<i>davon Beratung</i>	2	2	0	0	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2	2	10	10	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	1	3	1	3	
Vollzeitstellen (Ø)	255	255	29	31	

A202.0164 POLYCOM WERTERHALTUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 917 265	8 293 733	8 293 710	-23	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		3 333 733			
Laufende Ausgaben	1 009 194	4 006 500	1 945 885	-2 060 615	-51,4
Investitionsausgaben	2 908 071	4 287 233	6 347 825	2 060 592	48,1

Gemäss Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) ist der Bund u.a. für die Sicherstellung der Telematiksysteme zuständig. Das Sicherheitsfunksystem Polycom ist das täglich im Einsatz stehende Sicherheitsfunknetz der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz (Polizei, Feuerwehr, Sanitätsrettungswesen, Zivilschutz, Nationalstrassenunterhalt, BABS, BAZG). Es besteht aus rund 750 Basisstationen, wovon das BAZG 250 betreut. Das BABS ist zuständig für die Bereitstellung und den Betrieb der nationalen Komponenten von Polycom.

Polycom soll bis ins Jahr 2035 weiterbetrieben werden. Dafür sind werterhaltende Massnahmen notwendig, die seit 2017 laufen. Das Vorhaben «Polycom Werterhaltung» wird als DTI-Schlüsselprojekt des Bundes geführt und von der Eidgenössischen Finanzkontrolle periodisch geprüft.

Die Gesamtausgaben für das Projekt betragen für den Bund von 2016–2030 500 Millionen. Davon entfallen 326,6 Millionen auf Eigenleistungen der Bundesverwaltung (BAZG: 161,0 Mio.; BABS: 165,6 Mio.). Weitere 13,8 Millionen wurden für Entwicklungsarbeiten bereits im Jahr 2016 verwendet. Die verbleibenden 159,6 Millionen betreffen Dienstleistungen Dritter und werden über einen Verpflichtungskredit abgedeckt.

Das Parlament hat am 6.12.2016 den Verpflichtungskredit für den Werterhalt von Polycom (159,6 Mio.) bewilligt, welcher seinerseits zwei Verpflichtungskredite umfasst:

- Entwicklung, Beschaffung und Betrieb der Nachfolgetechnologie im BABS (94,2 Mio.)
- Ersatz der Basisstationen der EZV (65,4 Mio.)

Das Vorhaben «Polycom Werterhaltung» wird in zwei Etappen abgewickelt. Das Parlament hat am 6.12.2016 die erste Etappe und der Bundesrat am 20.6.2018 die zweite Etappe freigegeben. Die in der Verantwortung des BABS fallenden Bereiche des Vorhabens sind folgendermassen etappiert:

- 1. Etappe: Erstellung Gateway, Ersatz Vermittlerinfrastruktur und Migrationsvorbereitung
- 2. Etappe: Projektmanagement und Parallelbetrieb

Auf dem vorliegenden Kredit waren im Voranschlag 2023 5 Millionen eingestellt. Durch den Einsatz von zweckgebundenen Reserven von 3,3 Millionen konnten Ausgaben von 8,3 Millionen finanziert werden.

Die Erneuerung der Sendestandorte schreitet gut voran. Bis Ende 2024 sollen sämtliche Sendestandorte erneuert sein. Der «Mass-Rollout» verläuft weiterhin nach Plan. Bis Ende 2023 wurden 464 von 782 Basisstationen migriert. Die in den kantonalen Netzen integrierten Bundeskomponenten wurden alle erfolgreich abgenommen und die Mängelbehebung ist abgeschlossen. Als erstes Teilnetz konnten im Kanton Zürich sämtliche Einsatzzentralen auf den neusten Stand umgebaut werden. Bei der Umsetzung der Einsatzzentralen Projekte bestehen in allen weiteren Kantonen sowie beim BAZG Terminrisiken. Aus aktueller Sicht ist ein termingerechter Abschluss der Gesamterneuerung von Polycom unter Einhaltung des Budgets vor Ende 2025 jedoch realistisch.

Das Projekt «Werterhalt Polycom 2030» des BAZG beinhaltet die Erneuerung der Umsysteme und der Anschlussnetze für den Ersatz ihrer ca. 250 Basisstationen. Die Sendestandorte verschiedener Teilnetze sind bis auf wenige Restanzen abgeschlossen. Die Migration der Sendestandorte im Teilnetz St. Gallen ist abgeschlossen. Die Fertigstellung des IP-Backbones im Teilnetz Graubünden ist in Arbeit. Die Erneuerung der Sendestandorte BAZG schreitet trotz anfänglicher Verzögerung rasch voran. Die Vorbereitungen für die Migrationsarbeiten in den Kantonen Tessin, Jura und Wallis laufen. Die Planungen des BAZG sowie die Planungen der Kantone werden in einer vom BABS geführten Gesamtplanung konsolidiert. Mit der engen Abstimmung konnten Verzögerungen aufgeholt werden.

Trotz der guten Fortschritte kann das Risiko eines über 2025 hinausgehenden Parallelbetriebs nicht vollständig ausgeschlossen werden. Im Verpflichtungskredit des Projekts ist ein über 2025 hinausgehender Parallelbetrieb nicht abgedeckt.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung (+3,3 Mio.): Verwendung von zweckgebundenen Reserven für das Projekt «Werterhaltung Polycom 2030».

Rechtsgrundlage

Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 20.12.2019 (BZG; SR 520.1), Art. 18 und 23.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Polycom Werterhaltung» (V0280.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Die Eigenleistungen des BABS für den Betrieb von Polycom werden über das Globalbudget Funktionsaufwand sichergestellt und betragen jährlich rund 7 Millionen.

Vgl. hierzu auch 606 BAZG/A202.0163 Polycom Werterhaltung

A202.0173 NATIONALES SICHERES DATENVERBUNDSYSTEM SDVS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	627 400	627 317	–83	0,0
davon Kreditmutationen		627 400			

Um die Ausfallsicherheit der Telekommunikationssysteme und des breitbandigen Informations- und Datenaustauschs der Führungsorgane, Sicherheitsbehörden, Einsatzorganisationen und Betreiberinnen von kritischen Infrastrukturen sowie den Schutz vor Cyberangriffen zu erhöhen, soll ein Nationales Sicheres Datenverbundsystem (SDVS) aufgebaut werden. Dabei handelt es sich um ein Verbundsystem, an dem sich Bund, Kantone und Dritte gemeinsam beteiligen.

Das SDVS soll die Vernetzung zwischen 40 Standorten des Bundes, 36 Anschlusspunkten der Kantone und 43 Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen auch im Falle einer länger andauernden Strommangellage, bei Stromausfall oder bei Ausfall der kommerziellen Kommunikationsnetze während mindestens zwei Wochen breitbandig sicherstellen. Zudem sollen die Integrität und der Schutz gegenüber Cyberattacken wesentlich verbessert werden. Das Gesamtvorhaben SDVS umfasst ein Sicheres

Datenverbundnetz (SDVN), ein Datenzugangssystem (DZS), den Funktionellen Ersatz für Vulpus (FEV) und ein Lageverbundsystem (LVS). Die einzelnen Komponenten werden gestaffelt umgesetzt.

Die Gesamtausgaben für den Bund belaufen sich von 2020–2027 auf 241,5 Millionen. Davon entfallen 34,4 Millionen auf Eigenleistungen der Bundesverwaltung (BABS und Verteidigung/Kommando Cyber) in Form von Personalkosten, 60,1 Millionen auf Betrieb und Unterhalt und 150 Millionen auf Investitionen. Durch die Ausserbetriebnahme von bestehenden Altsystemen fallen ab 2026 Betriebsaufwände von jährlich 1,5 Millionen weg.

In der Herbstsession 2019 hat das Eidgenössische Parlament für die Entwicklung und Beschaffung des SDVS einen Verpflichtungskredit im Umfang von 150 Millionen genehmigt. Dieser wird in drei Etappen freigegeben:

- 1. Etappe: Projektierung und Konkretisierung der Teilvorhaben
- 2. Etappe: Aufbau eines Testbetriebs und die anschliessende Inbetriebnahme des Netzes
- 3. Etappe: Inbetriebnahme und Weiterentwicklung des Datenzugangssystems

Für die Umsetzung der 1. Etappe (Projektierung) wurden die Mittel im Umfang von 14,7 Millionen mit dem Entscheid des Parlaments zum Verpflichtungskredit freigegeben. Die Freigabe der 2. Etappe (Aufbau) im Umfang von 83,6 Millionen und der 3. Etappe (Erweiterung) im Umfang von 51,7 Millionen haben gemäss Botschaft durch den Bundesrat zu erfolgen. Der Bundesrat hat am 16.12.2022 einen Teil der Mittel für die 2. Etappe (52,9 Mio.) freigegeben.

Das Gesamtprojekt wurde neu strukturiert, wobei die ähnlich ausgerichteten, in der Umsetzung länger dauernden und weiter fortgeschrittenen Projektteile prioritär umgesetzt werden. Mit diesem Vorgehen sollen weitere Projektverzögerungen vermieden werden. Im Rahmen des Teilvorhabens «SDVN+» (Sicheres Datenverbundnetz mit Datenaustausch Bund Kantone) ist geplant, die Führungsstandorte von Bund, Kantonen und kritischen Infrastrukturbetreibern an das sichere Datennetz der Armee anzuschliessen. Es bildet das Rückgrat für das zukünftige SDVS. Dazu sind diverse Baumassnahmen notwendig, um die hohen Anforderungen an die Ausfallsicherheit der Anschlüsse (Stromsicherheit, Schutz vor Naturgefahren) sicherzustellen. Die Ablösung des veralteten Meldesystems VULPUS wird in Zusammenarbeit mit der Polizeitechnik und -informatik Schweiz (PTI) durchgeführt.

Infolge der Neustrukturierung des Projekts und den bestehenden Verzögerungen waren im Voranschlag 2023 keine Mittel eingeplant. Die Projektausgaben 2023 von 0,6 Millionen konnten durch den Einsatz von zweckgebundenen Reserven finanziert werden. Die ersten grösseren Ausgaben werden im Zusammenhang mit den oben erwähnten Baumassnahmen für SDVN+ im Jahr 2024 erfolgen.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung (+0,6 Mio.): Verwendung von zweckgebundenen Reserven für das Projekt «Sicheres Datenverbundsystem» (SDVS).

Rechtsgrundlage

Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 20.12.2019 (BZG; SR 520.1), Art. 19 und 25 Abs. 1 und 2.

Hinweis

Verpflichtungskredit «Nationales Sicheres Datenverbundsystem SDVS» (V0333.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	1 831 000	47 277 960	49 108 960
Bildung aus Rechnung 2022	–	40 183 600	40 183 600
Auflösung / Verwendung	–	-9 953 586	-9 953 586
Endbestand per 31.12.2023	1 831 000	77 507 974	79 338 974
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	7 289 200	7 289 200

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 5,2 Millionen verwendet für diverse in Vorjahren verzögerte Projekte. Im Projekt «Werterhaltung Polycom 2030» waren es 3,3 Millionen, für das «Sichere Datenverbundsystem» (SDVS) 0,6 Millionen und für weitere Vorhaben im Globalbudget insgesamt 1,2 Millionen. Letztere wurden u.a. für die Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER), das Forschungsprojekt «VSV-EBOPLUS» und das «NEOC Projekt iRES» eingesetzt. Zudem wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 4,8 Millionen unbenutzt aufgelöst, weil Beschaffungen günstiger abgeschlossen werden konnten und einzelne Projekte sistiert wurden. An diesen 4,8 Millionen trägt das Vorhaben «Mobile Datenkommunikationsanlage (OWARNA)» den grössten Anteil.

Stand der Reserven

Die bewilligten Eigenausgaben (inkl. Investitionsausgaben) im Voranschlag 2023 lagen bei 160,1 Millionen. Demnach beträgt die Obergrenze von 10 % der Eigenausgaben aktuell rund 16 Millionen. Der Bestand der Reserven des BABS per Ende 2023 betrug 77,5 Millionen. Mit der geplanten Bildung von 7,3 Millionen steigt dieser auf 84,8 Millionen an.

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (77,5 Mio.) entfallen zu grossen Teilen auf die Projekte «Werterhalt Polycom 2030» (10,2 Mio.), «Unterhalt Polycom 2000» (10,3 Mio.), «Nationales Sicheres Datenverbundsystem» (SDVS; 43,6 Mio.) und «Informations- und Alarmierungssysteme» (BIAS; 6,3 Mio.). Zudem verfügt das BABS über allgemeine Reserven im Umfang von 1,8 Millionen. Damit die verzögerten Projekte umgesetzt werden können, ist das BABS zwingend auf diese Reserven angewiesen. Andernfalls müssten neue Budgetmittel beantragt werden.

Eine erste leichte Verbesserung ergab sich im Jahr 2023. Die Reserven-Verwendungen (inkl. Auflösungen) waren um 2,7 Millionen höher als die beantragten neuen Reserven. Mit einer weiteren Verbesserung der Situation wird bis Ende 2024 gerechnet, sobald der Lieferant Eviden (früher Atos) seinen Verpflichtungen im Projekt WEP2030 nachkommen kann. Auch im Projekt SDVS plant das BABS einen Reserven-Einsatz im Jahr 2024. Die vollständige Verwendung der zweckgebundenen Reserven SDVS und die Erreichung der Obergrenze von 10 % der Eigenausgaben kann aber voraussichtlich erst im Jahr 2028 erreicht werden.

Anträge zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Verzögerungen bei verschiedenen Projekten und Vorhaben konnten Mittel im Umfang von 7,3 Millionen nicht wie geplant eingesetzt werden und werden in den Folgejahren benötigt. Dies betrifft die folgenden Vorhaben und Projekte:

- Projekt Integration stationäre und mobile Sirenen 2 200 000 Franken

Die Alarmierung der Bevölkerung mit Sirenen bei Notlagen, Katastrophen und militärischen Ereignissen ist heute wie in Zukunft ein wichtiger Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. In diesem Zusammenhang werden externe Dienstleistungen sowie Sirenen (Hardware) beschafft. Aufgrund von länger andauernden Abklärungen mit den Kantonen haben sich die Arbeiten und Beschaffungen in diesem Bereich 2023 verzögert.

- Polycom Lifecycle Infrastruktur 1 000 000 Franken

Das Sicherheitsfunksystem Polycom ist das täglich im Einsatz stehende Sicherheitsfunknetz der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz. Das BABS ist zuständig für die Bereitstellung und den Betrieb der nationalen Komponenten von Polycom. Der Lifecycle der bestehenden Infrastruktur wird nicht durch das Projekt «Werterhalt Polycom 2030» (WEP2030) abgedeckt. Der Systemintegrator für Polycom weist seit längerem einen personellen Engpass auf. Als Folge musste der gesamte Lifecycle der Infrastruktur verschoben werden und die vorgesehenen Mittel für die Systeme konnten nicht eingesetzt werden.

- Projekt Nationales Sicheres Datenverbundsystem (SDVS) 1 150 000 Franken

Um die Ausfallsicherheit der Telekommunikationssysteme und des breitbandigen Informations- und Datenaustauschs der Führungsorgane, Sicherheitsbehörden, Einsatzorganisationen und Betreibern von kritischen Infrastrukturen sowie den Schutz vor Cyberangriffen zu erhöhen, soll ein Nationales sicheres Datenverbundsystem (SDVS) aufgebaut werden. Die Personalrekrutierung richtet sich nach dem Bedarf der Teilvorhaben. Weitere Verzögerungen und Schwierigkeiten sind durch den Fachkräftemangel aufgetreten. Um Rückstände im Projekt ausgleichen zu können, werden die im Geschäftsjahr nicht eingesetzten Personalressourcen später benötigt.

- Projekt Informations- und Einsatzsystem neue Generation (IES NG) 909 200 Franken

Beim IES handelt es sich um ein System, welches von Bund und Kantonen für die Planung und Bewirtschaftung von zivilen und militärischen sanitätsdienstlichen Kapazitäten dient und von Blaulichtorganisationen im Rahmen von Krisen und Katastrophenfällen eingesetzt wird. Das Projekt IES NG soll das bestehende Informations- und Einsatzsystem durch eine neue Plattform ablösen. Der Wechsel des KSD von der Verteidigung zum BABS führte zu Personalengpässen und zu Verzögerungen in der Abwicklung des Projekts. Die geplanten Realisierungseinheiten konnten nicht vollständig beim Lieferanten beauftragt werden.

- Projekt Integration und Neuausrichtung KSD 500 000 Franken

Mit dem Beschluss des Bundesrats vom 23.9.2022 wurde die Zuständigkeit für den Koordinierten Sanitätsdienst (KSD) dem BABS übertragen. Der Bundesrat hat die Verordnung über den Koordinierten Sanitätsdienst (VKSD) revidiert und damit die Neuunterstellung des KSD rechtlich vollzogen. Die bisherige Geschäftsstelle KSD wurde in den Geschäftsbereich «Nationale Alarmzentrale und Ereignisbewältigung» (NEOC) integriert. Durch personelle Engpässe hat sich das Projekt der Integration und Neuausrichtung des KSD verzögert. Verschiedene Arbeiten und Beschaffungen werden ab 2024 fortgesetzt.

- Lifecycle IKT-NEOC 800 000 Franken

Die Informatik der NEOC muss im Rahmen des Lifecycle-Rhythmus total erneuert werden. Mit der Umsetzung der Informatikstrategie BABS werden gemeinsame Informatik-Architekturen genutzt und Synergien erschlossen. Durch die Verzögerungen im Vorjahr erfolgt die Konzeptphase nun ebenfalls verspätet erst im Jahr 2024, die Realisierung und die Beschaffung, der Aufbau und die Inbetriebnahme der IT-Systeme ab 2025. Dadurch konnten die für 2023 geplanten Mittel nur teilweise eingesetzt werden.

- NEOC Projekt Mobilitätsanalyse 300 000 Franken

Im Projekt «Mobilitätsanalyse» sind bereits in den Vorjahren Verzögerungen durch den verstärkten Einsatz der NEOC im Rahmen von Corona und des Ukrainekriegs sowie wegen personellen Ausfällen aufgetreten. Die WTO-Ausschreibung konnte nun durchgeführt werden und ein Angebot liegt vor. Der finanzielle Rahmen liegt nun aber höher als vom BABS aufgrund des «Request for Information» (RFI) erwartet wurde. Bevor ein Grundsatzentscheid über die Weiterführung des Projekts erfolgt, werden nun für die Beschaffung und den Betrieb des Systems Partner gesucht, die NEOC mitnutzen und -finanzieren werden. Dadurch ergeben sich neue Verzögerungen im Projekt.

- NEOC Projekt Datenbank Ortsdosisleistung 430 000 Franken

Die NEOC ist im Falle eines Unfalls mit Radioaktivität verantwortlich für die Anordnung von Sofortmassnahmen. Um ein Ereignis zu erkennen und um die richtigen Massnahmen am richtigen Ort anordnen zu können, werden u.a. Radioaktivitätsmessdaten verwendet. Diese Messdaten werden von der NEOC und ihren Partnern laufend durch schweizweit eingesetzte automatische Messnetze erhoben und in einer Datenbank abgelegt, die aufgrund des Alters grundlegend modernisiert werden muss. Der Aufwand für die Erstellung des Leistungsbeschreibs war umfangreicher als geplant, da die Anforderungen bzgl. Datensicherheit, Zugangsmethoden, der verwendbaren Softwarekomponenten und der zu verwendenden Datenbanken sich stark verändert haben. Dadurch verzögerte sich der Start der Umsetzung.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: ALARMIERUNG UND TELEMATIK

A231.0113 ZIVILSCHUTZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	12 976 992	24 928 300	18 168 125	-6 760 175	-27,1
davon Kreditmutationen		3 900 000			

Gemäss Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG; SR 520.1) sorgt der Bund für die Sicherstellung der Systeme zur Alarmierung der Bevölkerung und der Telematiksysteme des Zivilschutzes und leistet Beiträge an die kantonalen Infrastrukturen. Weiter sorgt der Bund für das standardisierte Material des Zivilschutzes und die Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der Schutzanlagen für den Fall bewaffneter Konflikte (Pauschalbeiträge an die Kantone).

Der Kreditrest von 6,8 Millionen hat verschiedene Gründe: Es wurden weniger Erneuerungs- und Umbauprojekte von Schutzanlagen in den Kantonen realisiert als budgetiert (-3,6 Mio.). Beim standardisierten Material des Zivilschutzes entstand ein Minderaufwand aufgrund eines geringeren Bedarfs (-2,2 Mio.). Die Jahresentschädigungen an die Kantone für den Betrieb der Sirenen waren tiefer als geplant (-0,5 Mio.). Beim Polycom Zivilschutzmaterial verzögerte sich die Beschaffung von Funkgeräten erneut, da der Lieferant nicht alles Material fristgerecht ausliefern konnte (-0,3 Mio.). Letztlich wurden bei den Pauschalbeiträgen für die Betriebsbereitschaft der Schutzanlagen weniger Mittel beansprucht (-0,2 Mio.).

Kreditmutationen

- Kreditübertragung (+3,9 Mio.): Vom Kreditrest 2022 wurden 3,9 Millionen für die Beschaffung der TPH900 Handfunkgeräte auf 2023 übertragen.

Rechtsgrundlage

Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 20.12.2019 (BZG; SR 520.1), Art. 91 und Art. 99 Abs. 1.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2023–2026» (V0055.07) und «Schutzanlagen und Kulturgüterschutzräume» (V0054.05), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Abgerechnete Verpflichtungskredite «Schutzanlagen und Kulturgüterschutzräume 2019–2022» (V0054.04) und «Material, Alarmierungs- und Telematiksysteme 2019–2022» (V0055.06), siehe Band 1A, Ziffer D 21

VERTEIDIGUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Kriegsverhinderung und Beitrag zur Erhaltung des Friedens
- Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung
- Unterstützung der zivilen Behörden, v.a. bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit und a.o. Lagen
- Wahrung der schweizerischen Lufthoheit
- Leistung von Beiträgen zur Friedensförderung im internationalen Rahmen
- Unterstützung der zivilen Behörden im Ausland
- Erbringung von Basisleistungen für Bund, Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) und Kantone

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	355,1	503,9	349,0	-6,1	-1,7
Laufende Ausgaben	4 829,0	5 315,9	5 041,3	212,4	4,4
Eigenausgaben	4 776,3	5 261,6	4 987,8	211,5	4,4
Transferausgaben	52,7	54,3	53,5	0,9	1,6
Finanzausgaben	0,0	–	0,0	0,0	-11,0
Selbstfinanzierung	-4 473,9	-4 811,9	-4 692,4	-218,4	-4,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1 451,2	-1 468,8	-1 404,4	46,8	3,2
Jahresergebnis	-5 925,1	-6 280,7	-6 096,8	-171,6	-2,9
Investitionseinnahmen	80,8	2,8	1,5	-79,3	-98,1
Investitionsausgaben	1 434,5	1 159,2	1 355,6	-78,9	-5,5

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen sind um rund 6 Millionen tiefer ausgefallen als 2022. Insbesondere wurden rund 5 Millionen weniger Einnahmen aus der Vermietung von Fahrzeugen erzielt. Die laufenden Ausgaben waren um rund 212 Millionen höher als im Vorjahr: Mehrbedarfe fielen insbesondere im Bereich Informatik an (+63 Mio.), vor allem für das Programm «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS», für den Ersatz und den Betrieb der Arbeitsplätze sowie die Weiterentwicklung und den Ausbau der digitalen Interaktionen im Programm «Digitalisierung der Miliz» (DIMILAR). Weitere Mehrausgaben entstanden bei den externen Dienstleistungen (+42 Mio.), vor allem im Zusammenhang mit dem Satellitenauflärungssystem «Composante Spatiale Optique» (CSO), für Personalausgaben aufgrund gestiegener FTE und des Teuerungsausgleichs (+28,5 Mio.), für die Beschaffung von Jodtabletten für die Bevölkerung (+17,6 Mio.), für Truppensold gestützt auf Anpassungen der Ansätze (+15 Mio.), aufgrund von höheren Strompreisen bei den Liegenschaften (+7,2 Mio.) sowie wegen höheren Mietpreisen für Liegenschaften (+7 Mio.). Die Abschreibungen und Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen waren um rund 47 Millionen tiefer als 2022. Dies vor allem aufgrund geringerer Wertberichtigungen der Covid-19-Lagerbestände (-40 Mio.) sowie der Munition an Lager (-11 Mio.). Die Investitionseinnahmen lagen um rund 79 Millionen tiefer als im Vorjahr; insbesondere fielen die Erlöse aus dem Verkauf von Covid-19-Impfstoffen und -Sanitätsmaterial geringer aus (-67 Mio.). Die Investitionsausgaben fielen um rund 79 Millionen tiefer aus: 2023 wurden gegenüber letztem Jahr nur geringe Mengen an Covid-19-Impfstoffen und -Sanitätsmaterial beschafft (-452 Mio.), Mehrausgaben entstanden hingegen durch höhere Rüstungsinvestitionen (+255 Mio.) sowie durch die Beschaffung eines neuen Staatsluftfahrzeuges (+103,2 Mio.).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Schlussbericht zur Weiterentwicklung der Armee: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Relevanz erneuerbarer Energien für die Armee» (in Erfüllung des Po. Jans 19.3779): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderungen des Militärgesetzes, der Armeeorganisation und von weiteren rechtlichen Grundlagen: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht «Weniger Bürokratie für die Milizkader der Armee» (in Erfüllung des Po. Ador 19.4244): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Alimentierung der Armee: Aufzeigen Optionen zur Verbesserung im Schlussbericht WEA (erreicht)
- Alimentierung der Armee: Erhöhung Frauenanteil im Vergleich zum Vorjahr (nicht erreicht)
Der Frauenanteil konnte zwar leicht erhöht werden, wobei die vorgegebenen 16-18% nicht erreicht wurden. Nichtsdestotrotz zeigen die getroffenen Massnahmen eine positive Wirkung und werden somit weiter vorangetrieben.
- Streitkräfteentwicklung: Erarbeitung Armeebotschaft 2023 unter Berücksichtigung Stakeholder (erreicht)
- Streitkräfteentwicklung: Ausarbeitung Planszenarien basierend auf dem Sicherheitspolitischen Bericht 2021 (erreicht)
- Projekt Kommando Cyber: Operationelle Bereitschaft Kommando Cyber (erreicht)
- Projekt Kommando Cyber: Sicherstellung personelle Alimentierung und vordienstliche Cyberausbildung (erreicht)
- Programm FITANIA: Ausschreibung im Projekt RZ VBS/Bund (erreicht)
- Programm FITANIA: Härtung 40 Standorte im Projekt Fhr Netz Schweiz (teilweise erreicht)
Die Härtung der Backbone Standorte schritt stetig voran. Aktuell sind 39 von 44 Standorte komplett gehärtet und krisenresistent. Die globale Liefersituation hat sich etwas entschärft, kann jedoch aufgrund geopolitischer Lage wieder erschwert werden.
- Programm FITANIA: Durchführung Integrationstests und Unterzeichnung Beschaffungsvertrag im Projekt TK A (teilweise erreicht)
Beim Ziel Unterzeichnung von Beschaffungsverträgen befindet sich das Teilprojekt Ersatz Integriertes Militärisches Fernmeldesystem erst in der Beschaffungsvorbereitungsphase. Der Beschaffungsvertrag wird gemäss neuer Planung Ende 2024 unterzeichnet.
- Stabilisierung der Betriebsausgaben: Berücksichtigung Betriebskosten im Rahmen der Streitkräfteentwicklung (erreicht)
- Stabilisierung der Betriebsausgaben: Ausbau und Ausweisung finanzieller Handlungsspielraum (erreicht)
- Zielbild und Strategie Schweizer Armee der Zukunft: Definition Zielbild und Strategie (erreicht)
- Zielbild und Strategie Schweizer Armee der Zukunft: Leistung wesentliche Beiträge zur Nachhaltigkeit (teilweise erreicht)
Es gab Lieferverzögerungen bei Elektrofahrzeugen. Zudem konnte die gesetzte Frist der Lärmschutzverordnung (LSV, SR 814.41) aufgrund Massnahmen und Anpassungen bei Schiessanlagen nicht überall eingehalten werden.

LG1: VORGABEN, PLANUNG UND STEUERUNG

GRUNDAUFTRAG

Mit Leistungen aus der Leistungsgruppe Vorgaben, Planung und Steuerung wird der Chef der Armee in der Führung des Departementsbereichs Verteidigung unterstützt. Dazu werden die politischen Vorgaben auf militärstrategischer Stufe umgesetzt, die Entwicklung, Planung, Ressourcenzuteilung und die unternehmerische Führung sichergestellt. Zudem werden die Interessen der Armee international vertreten und Vorgaben zur Entwicklung und zur Steuerung der Operationen, Ausbildung, Logistik und Führungsunterstützung erlassen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	24,6	13,8	25,9	12,2	88,5
Aufwand und Investitionsausgaben	200,0	238,8	202,8	-36,1	-15,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Glaubwürdigkeit und Vertrauen: Die Armee geniesst Vertrauen und hohe Unterstützung in der Bevölkerung			
- Vertrauen der Bevölkerung in die Armee gemäss Studie Sicherheit der ETH (Skala 1-10)	6,7	6,5	6,8
- Zufriedenheit mit der Leistung der Armee gemäss Studie Sicherheit der ETH (Skala 1-10)	6,6	6,4	6,6
Entwicklung und Planung Departementsbereich Verteidigung: Der personelle und materielle Bedarf zur Erfüllung des Leistungsprofils ist langfristig sichergestellt			
- Dienstage pro Jahr (Anzahl, Mio.)	5,3	5,5	5,4
- Anteil Rüstaufwand am fw Aufwand der Armee (%)	41	39	41
Ausrüstung der Truppe: Die Armee verfügt über Hauptsysteme			
- Ausrüstungsquote mit Hauptsystemen der Truppenkörper und Stäbe über die ganze Armee (%)	95	97	97
- Ausrüstungsquote mit Hauptsystemen der Truppenkörper und Stäbe mit erhöhter Bereitschaft (%)	100	100	100
Konkurrenzfähiger Arbeitgeber: Die Arbeitgeberattraktivität ist durch eine zukunftsorientierte und nachhaltige Personalpolitik sichergestellt			
- Arbeitszufriedenheit gemäss Vollbefragung (alle 3 Jahre) des Eidg. Personalamtes (Punkte 0 - 100)	-	74	71
- Lernende (Anzahl)	453	500	448
Effektive Immobilienbewirtschaftung: Die Bruttomietkosten der Immobilien werden durch einen zweckmässigen und auf die Zukunft ausgerichteten Bestand reduziert.			
- Senkung der Bruttomietkosten (%; min.)	-	0,0	-

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Glaubwürdigkeit und Vertrauen: Die Studie Sicherheit der ETH basiert jährlich auf demselben Fragenkatalog. Der bewaffnete Konflikt Russland/Ukraine war nicht Teil der Befragung. Trotzdem sind wohl durch diesen Krieg das Vertrauen in die resp. die Zufriedenheit mit der Armee gestiegen.

Entwicklung und Planung Departementsbereich Verteidigung: 2023 wurden etwas weniger Dienstage geleistet. Die Bestände in den Rekrutenschulen entwickelten sich etwas weniger gut als geplant; dies infolge von Abgängen von Rekruten, welche ihre militärische Grundausbildung aus medizinischen Gründen durch einen Wechsel in den Zivildienst nicht abgeschlossen haben oder sie aufgrund anstehender Ausbildung verschieben mussten.

Konkurrenzfähiger Arbeitgeber: Der Sollwert für Lernende konnte nicht erreicht werden, da nicht genügend geeignete Bewerber und Bewerberinnen rekrutiert werden konnten. Einerseits sind Handwerks-, Gastronomie- oder Bauberufe wenig im Trend. Andererseits hält der Geburtenrückgang seit 2010 stetig an und schlägt sich auf die Zahl der Lernenden nieder.

LG2: AUSBILDUNG

GRUNDAUFTRAG

Die Planung und Führung der Ausbildung der Armee sind Gegenstand dieser Leistungsgruppe. Dazu werden die notwendigen Vorgaben erlassen sowie das Übungswesen der Armee konzipiert und koordiniert. Weiter werden die Grund- und Verbandsausbildung der Angehörigen der Armee (AdA) bis auf Stufe Einheit durchgeführt und die Milizkader sowie das militärische Berufspersonal ausgebildet. Zudem werden die Einsatzverbände beim Erstellen der Einsatzbereitschaft unterstützt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	1,8	1,0	2,5	1,4	138,5
Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Aufwand	670,7	684,2	673,8	-10,4	-1,5
Investitionsausgaben	0,0	0,1	0,0	0,0	-10,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Bestand: Die personelle Alimentierung ist mittel- und langfristig sichergestellt			
- Soll-Bestand der Armee (Anzahl AdA)	101 854	100 000	99 134
- Effektiv-Bestand der Armee (Anzahl AdA)	151 299	140 000	147 178
Grund- und Verbandsausbildung: Die Ausbildung erfolgt effizient und bedarfsgerecht			
- Einrückende Rekruten 1. Tag RS (Anzahl AdA)	19 535	21 000	20 478
- Ausexerzierte Unteroffiziere und höhere Unteroffiziere (Anzahl AdA)	3 065	3 400	3 071
- Ausexerzierte Subalternoffiziere (Anzahl AdA)	699	800	717
- Auslastungsgrad Gefechtsausbildungszentren (%)	90	95	95
- Auslastungsgrad Führungssimulator (%)	95	95	94
Ausbildung höhere Milizkader ab Stufe Einheit: Die Ausbildung erfolgt bedarfsgerecht			
- Ausexerzierte Einheitskommandanten (Anzahl AdA)	124	110	125
- Brevetierte Truppenkörperkommandanten (Anzahl AdA)	25	25	27
- Ausexerzierte Führungsgehilfen Stufe Grosser Verband (Anzahl AdA)	80	110	82
- Ausexerzierte Führungsgehilfen Stufe Truppenkörper (Anzahl AdA)	300	250	332
- Brevetierte Generalstabsoffiziere (Anzahl AdA)	46	35	13
Ausbildung Berufsmilitär: Die Ausbildung erfolgt bedarfsgerecht			
- Absolventen Militärakademie (Anzahl)	21	33	37
- Absolventen Berufsunteroffiziersschule (Anzahl)	33	38	31

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Bestand: Der Soll-Bestand (Anzahl Aktive) von 100 000 Angehörige der Armee wurde knapp nicht erreicht und ist leicht tiefer als im letzten Jahr. Dies hat vor allem mit den steigenden Abgängen vor der Rekrutenschule (RS) zu tun. Das Ziel wird jedoch weiterhin angestrebt, entsprechende Massnahmen sind in Umsetzung. Der effektive Bestand der Armee (d.h. inklusive Reserve) war höher als der Zielwert. Grund sind Armeeangehörige, die zwar bereits die nötigen Weiterbildungskurse absolviert, aber das Dienstalter noch nicht erreicht haben. Zudem gibt es auch Armeeangehörige, die über das Dienstalter hinaus weiterhin für die Armee tätig sind. Der Bundesrat hat am 1.11.2023 beschlossen, den Effektivbestand der Armee aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage nicht unter 140 000 Armeeangehörige abzusenken.

Grund- und Verbandsausbildung: Es kam zu leicht mehr Abgängen vor der RS als geplant. Dies vor allem aufgrund von Verschiebungen der RS aufgrund von Studium oder Ausbildung sowie durch Abgänge in den Zivildienst. Um dem Überbestand an Unteroffizieren und höheren Unteroffizieren entgegenzuwirken, wurde der Zielwert bewusst nicht erreicht. Bei den ausexerzierten Subalternoffizieren konnten nicht genügend geeignete Anwärter rekrutiert werden, da ab Stufe Unteroffizier keine sogenannte Vorschlagsverpflichtung («Zwang zum Weitermachen») besteht. Der Zielwert von 800 Subalternoffizieren wird jedoch weiterhin angestrebt, und es wird auch demografisch bedingt davon ausgegangen, dass dieser in den kommenden Jahren erreicht werden kann.

Ausbildung höhere Milizkader ab Stufe Einheit: Die ausgebildete Anzahl an Einheitskommandanten sowie die ausgebildete Anzahl Truppenkörperkommandanten richtet sich nach dem effektiven Bedarf der Armee Stufe Grosser Verband und war 2023 etwas höher als der Zielwert. Aufgrund der zu hohen Bestände an ausexerzierten Führungsgehilfen Stufe Grosser Verband war hier eine Reduktion angezeigt. Bei den ausexerzierten Führungsgehilfen Stufe Truppenkörper war das Gegenteil der Fall; hier wurden

die Bestände erhöht. Die Zulassung der brevetierten Generalstabsoffiziere wurde aufgrund der hohen Nachfrage im Vorjahr als Folge der Covid-19-Pandemie (Nachholeffekt) reduziert.

Ausbildung Berufsmilitär: Die Anzahl der Absolventen der Militärakademie hängt mit der jährlichen Schwankung der Bewerberzahl zusammen. Aufgrund der langen Selektions- und Ausbildungsdauer sowie der hohen Anforderungen an Absolventen der Berufsunteroffiziersschule ist es schwierig, die gemäss Nachwuchsbedarf geforderte Anzahl an Absolventen zu erreichen.

LG3: OPERATIONEN

GRUNDAUFTRAG

Die Planung, Führung und Auswertung aller Operationen der Armee im In- und Ausland (inkl. Friedensförderung) sind Gegenstand dieser Leistungsgruppe. Weiter werden die Lufthoheit, die Grund- und Einsatzbereitschaft am Boden sowie in der Luft sichergestellt. Zudem werden die Wiederholungskurse des Heeres, der Luftwaffe und der Territorialdivisionen geplant und geführt. Weiter werden die Angehörigen der Luftwaffenformationen (exkl. Fliegerabwehr), der Spezialkräfte, der Militärpolizei und von SWISSINT ausgebildet (inkl. Wiederholungskurse).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	9,0	10,3	6,6	-3,7	-35,5
Investitionseinnahmen	9,5	–	0,0	0,0	–
Aufwand	820,9	845,0	861,8	16,8	2,0
Investitionsausgaben	0,3	103,8	103,8	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Operationen und Einsätze: Die Planung, Führung und Auswertung aller Operationen und Einsätze im In- und Ausland ist sichergestellt			
– Einsätze im In- und Ausland gleichzeitig planen und nacheinander führen (Anzahl)	7	4	8
– Einsatz Dimension WEF Davos gleichzeitig planen und nacheinander führen (Anzahl)	1	1	1
– Einsatz Dimension grösser als WEF Davos gleichzeitig planen und nacheinander führen (Anzahl)	0	1	0
– AdA im Friedensförderungsdienst (Anzahl)	274	500	264
Bereitschaft: Die Bereitschaft der Truppenkörper und Stäbe ist sichergestellt			
– Grundbereitschaft Truppenkörper und Stäbe mit hoher Bereitschaft (%)	80	80	80
– Grundbereitschaft übrige Truppenkörper und Stäbe (%)	80	80	80
Leistungen der Luftwaffe: Der Schutz des Luftraums sowie Einsätze im Bereich Lufttransport/Luftaufklärung (Suche/Rettung zu Gunsten Polizei etc) sind sichergestellt			
– Abdeckungsgrad bei der Interventionsbereitschaft für Luftpolizeieinsätze 7 Tage / 24 Stunden (% min.)	100	100	100
– Verfügbarkeit eines Helikopters für den Such- und Rettungsdienst (SAR) innerhalb 1 Stunde (%)	100	100	100
Leistungen der Militärpolizei: Die originären Aufgaben gemäss Gesetz und Verordnung sind sichergestellt und die vom Kommando Operationen befohlenen Einsätze im In- und Ausland werden geleistet			
– Angehörige der Militärpolizei für Einsätze z.G. der Armee (Anzahl)	288	272	289
– Angehörige der Militärpolizei z.G. Schutz von Objekten der Armee (Anzahl)	234	250	233
– Angehörige der Militärpolizei für Leistungen z.G. Dritter (z.B. TIGER, AMBA CENTRO) (Anzahl)	50	50	50

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Operationen und Einsätze: Die Einsätze wurden unterjährig den Bedürfnissen angepasst. 2023 fand kein Einsatz in der Dimension grösser als das WEF statt. Die Abweichung zum Zielwert bei den Friedensförderungseinsätzen entstand einerseits dadurch, dass es nach wie vor schwierig ist, genügend Interessenten für solche Einsätze zu finden und andererseits durch die Beendung des Einsatzes MINUSMA (Mali), das Aussetzen der EMP (Ecole Maintien de la Paix alioune blondin beye) in Bamako (Mali) und die Reduktion des Personalbestandes im Sudan.

Leistungen der Militärpolizei: Die effektiven Einsätze wurden unterjährig den Bedürfnissen angepasst.

LG4: LOGISTIK

GRUNDAUFTRAG

Die Sicherstellung der logistischen Bereitschaft und der Sanitätsdienst der Armee sind Gegenstand dieser Leistungsgruppe. Dazu werden selbsterbrachte oder eingekaufte Leistungen geplant und geführt. Weiter werden die Doktrin der Armeelogistik und des Sanitätsdienstes bestimmt sowie das Lebenswegmanagement des Materials verantwortet. Zudem werden die Wiederholungskurse der Logistik- und Sanitätsformationen geplant und geführt sowie Leistungen für die Bundesverwaltung erbracht.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	283,4	282,9	280,0	-2,9	-1,0
Investitionseinnahmen	2,1	2,8	3,6	0,9	31,6
Aufwand	2 342,1	2 501,2	2 425,2	-76,0	-3,0
Investitionsausgaben	78,0	96,1	97,7	1,6	1,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Logistik: Die logistischen Leistungen zu Gunsten von Einsätzen und Ausbildung der Armee sind sichergestellt			
- Auftragserfüllungsgrad Logistik aus Sicht der Leistungsbezüger (%, min.)	96	90	91
- Lieferbereitschaft z.G. der Verbände Miliz mit hoher Bereitschaft (%, min.)	85	80	85
Sanitätsdienst: Die bedarfsgerechte sanitätsdienstliche Bereitschaft und Leistungserbringung ist sichergestellt			
- Lieferbereitschaft Schlüsselprodukte (Medizin) für die Armee (%)	85	95	90
- Lieferbereitschaft Schlüsselprodukte (Pharma) für die Armee (%)	85	95	90
- Lieferbereitschaft der Produkte für Dritte (%)	95	95	95
- Verfügbarkeit des Informations- und Einsatzsystems (IES) des koordinierten Sanitätsdienstes (%)	99,8	99,8	99,8
- Verfügbare strategische Bettenreserven (Anzahl)	800	700	700
- „Nationales Netzwerk Psychologische Nothilfe (NNPN)“ zertifizierte Care Teams/Peer-Support-Organisationen (Anzahl)	34	33	-
- Erfüllungsquote der Vorgaben des BAG an den koordinierten Sanitätsdienst (%)	100	100	-

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Sanitätsdienst: Die Lieferbereitschaft bei Schlüsselprodukten Medizin und Pharma für die Armee lag tiefer als angestrebt, weil die weltweit unterbrochenen Lieferketten zu Verzögerungen führten. Zudem wurden bewusst weniger Produkte beschafft, um Medikamentenabfällen entgegenzuwirken. Der Koordinierte Sanitätsdienst (KSD) wurde per 1.1.2023 von der Verteidigung ins Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) verschoben. Die Neuausrichtung des KSD im BABS führte dazu, dass die beiden Messgrößen «Netzwerk Psych. Nothilfe» und «Erfüllungsquote Vorgaben des BAG» nicht mehr erhoben werden.

LG5: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG (INFORMATIONSS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK)

GRUNDAUFTRAG

Die Sicherstellung der Führungsunterstützungsmittel sowie Planung, Führung und Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik sind Gegenstand dieser Leistungsgruppe. Es werden die Führungsfähigkeit der Armee sowie der Landesregierung sichergestellt und Beiträge zur permanenten Luftraumüberwachung geleistet. Zudem werden Leistungen im elektromagnetischen- und im Cyber-Raum erbracht. Weiter werden informations- und kommunikationstechnische Grundleistungen für Teile der Bundesverwaltung und für Dritte erbracht. Zusätzlich wird die fachliche Führung und die Architektur dieser Grundleistungen verantwortet. Zudem wird die Bereitschaft bezogen auf die Führungsfähigkeit sichergestellt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	40,5	50,4	37,3	-13,1	-26,0
Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Aufwand	467,9	506,9	522,9	16,1	3,2
Investitionsausgaben	10,2	9,3	5,3	-4,0	-43,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Produkte: Die Leistungen für den Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik werden in guter Qualität, kundenfreundlich und betriebssicher erbracht			
- Service-Level-Verletzungen Business-IT-Services (Anzahl, max.)	5	12	0
- Kundenzufriedenheit Armee und Verteidigung (% , min.)	75	80	-
- Kundenzufriedenheit Dritte (% , min.)	79	80	-
Strategie: Die Strategie 2012-2025 der Informations- und Kommunikationstechnik der Armee wird umgesetzt			
- Umsetzungsgrad der Teilstrategie Informations- und Kommunikationstechnologie Verteidigung gemäss definiertem Massnahmenplan (% , min.)	100	90	100
Bereitschaft: Die Bereitschaft und die Einsätze der Führungsunterstützungsverbände sind sichergestellt			
- Bereitschaft der Führungsunterstützungsbrigade 41 (Skala 1-3)	2,5	3,0	2,6
- Zufriedenheit mit der Leistungserbringung in Einsätzen (Skala 1-5)	4,2	4,2	4,0

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Produkte: In der Übergangsphase der laufenden Entflechtung der Büroautomation von der FUB ins BIT wurden keine SLA-Verletzungen vermeldet, da die Prozesse sukzessive voneinander gelöst und neuen Verantwortlichkeiten zugeordnet wurden (BIT / Armeestab / Kdo Cyber). Da sich im Rahmen der Entflechtung das Angebot der IT-Services laufend veränderte und die FUB per Ende 2023 aufgelöst wurde, wurde im Berichtsjahr 2023 auf eine Kundenbefragung verzichtet.

Strategie: Mit der Migration der Betriebsorganisation der FUB ins BIT wurde die Umsetzung der Teilstrategie IKT der Verteidigung abgeschlossen.

Bereitschaft: Acht Truppenkörper der Führungsunterstützungsbrigade 41 waren per Ende 2023 vollständig grundbereit. Fünf Truppenkörper weisen aktuell noch Defizite in den Bereichen Führung, Personelles, Ausbildung oder Logistik auf und sind deshalb nur teilweise grundbereit. Die erhaltenen Rückmeldungen der Leistungsbezüger in Einsätzen waren durchwegs positiv. Sämtliche Einsätze und Unterstützungsleistungen konnten trotz der Phase der Umstrukturierung (Verschiebung der FUB ins BIT) erfüllt werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	440 169	511 168	353 876	-157 292	-30,8
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	359 326	358 408	352 327	-6 081	-1,7
E101.0001 Devestitionen (Globalbudget)	11 536	2 760	3 661	901	32,6
E102.0115 Covid: Rückzahlung Sanitätsmaterial	-	150 000	-2 112	-152 112	-101,4
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0110 Covid: Rückzahlung Sanitätsmaterial	69 307	-	-	-	-
Aufwand / Ausgaben	7 718 991	7 948 356	7 804 719	-143 637	-1,8
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 501 638	4 776 160	4 686 574	-89 585	-1,9
<i>Kreditverschiebung</i>		-79 589			
<i>Abtretung</i>		20 175			
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)	88 565	209 229	206 844	-2 386	-1,1
<i>Nachtrag</i>		103 210			
<i>Kreditverschiebung</i>		-27			
<i>Abtretung</i>		285			
A202.0100 Personalbezüge + AGB Vorruhestandsurlaub	1 080	944	743	-202	-21,3
A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen	1 982 656	2 236 745	2 236 744	-1	0,0
<i>Kreditverschiebung</i>		57 720			
<i>Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)</i>		10 000			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		245 025			
A202.0185 Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial	-	203 596	152 894	-50 701	-24,9
<i>Kreditübertragung</i>		85 600			
<i>Kreditverschiebung</i>		-112 054			
A202.0196 Covid: Wertberichtigung Sanitätsmaterial	-	467 407	467 406	-1	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		467 407			
Transferbereich					
<i>LG 2: Ausbildung</i>					
A231.0100 Ausserdienstliche Ausbildung	1 439	1 966	1 692	-274	-13,9
A231.0102 Beiträge Schiesswesen	6 407	7 200	6 780	-420	-5,8
<i>LG 3: Operationen</i>					
A231.0101 Fliegerische Ausbildung	1 967	2 239	2 219	-20	-0,9
A231.0103 Ausserordentliche Schutzaufgaben Kantone und Städte	42 837	42 870	42 822	-48	-0,1
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0113 Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial	585 002	-	-	-	-
A290.0143 Covid: Wertberichtigung Sanitätsmaterial	507 400	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	359 326 089	358 407 900	352 326 575	-6 081 325	-1,7
Laufende Einnahmen	355 060 663	353 907 900	348 981 233	-4 926 667	-1,4
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	4 265 426	4 500 000	3 345 342	-1 154 658	-25,7

Die laufenden Einnahmen der Verteidigung ergeben sich zu einem grossen Teil aus der bundesinternen Leistungsverrechnung: Leistungen der Logistikbasis der Armee (LBA) zugunsten von armasuisse Immobilien (Betrieb und Instandsetzung von Immobilien), Informatikleistungen der Führungsunterstützungsbasis (FUB) zugunsten der Leistungsbezüger, Leistungen des Lufttransportdienstes des Bundes (LTDB) sowie Fahrzeug- und Materialvermietungen. Hinzu kommen insbesondere die folgenden Einnahmen: Rückerstattungen für Privatbenutzung der Dienstfahrzeuge sowie von Personal- und Transportkosten im Zusammenhang mit Einsätzen zugunsten von UNO-Friedenstruppen, Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen, Einnahmen aus Munitionsverkäufen an Schiessvereine und Dritte, Einnahmenüberschüsse aus Verkäufen von obsoleten Waffensystemen resultierend aus Ausserdienststellungen von Armeematerial gemäss den Systemablösungen sowie aus den Ergebnissen der Weiterentwicklung der Armee (WEA), Landegebühren auf Luftwaffen-Flugplätzen und Einnahmen aus der Vermietung von freien Kapazitäten in Flugsimulatoren an Dritte. Unter Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen fallen insbesondere die Aktivierung von Eigenleistungen wie z.B. die Herstellung von Sanitätsmaterial durch die Armeeapotheke oder die Wertberichtigung von Vorräten.

Die laufenden Einnahmen lagen um rund 4,9 Millionen unter dem geplanten Wert: Im Bereich der Leistungsverrechnung entstanden Mindererträge von 13,9 Millionen: Die FUB erbrachte weniger IKT-Leistungen (-9,9 Mio.), insbesondere weil ein Teil des Projekts «Sicheres Datenverbundnetz plus» (SDVN+) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) nicht wie geplant in den Betrieb überführt werden konnte. Weiter wurden weniger Dienstleistungen erbracht (-8,2 Mio.), z.B. seitens LTDB. Jedoch resultierten 6,2 Millionen mehr Ertrag aus dem Betrieb der Liegenschaften, insbesondere wegen höherer Strompreise, die weiterverrechnet wurden. Im schuldenbremsenwirksamen Bereich entstanden Mehreinnahmen von rund 9 Millionen, insbesondere aus dem Verkauf des Luftfahrzeugs Pilatus-PC9 und von Lastwagenanhängern.

Bei den Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen wurde ein Minderertrag von 1,1 Millionen verzeichnet. Es wurden weniger Vorräte aktiviert (-2,4 Mio.), dafür mehr Buchgewinne aus dem Verkauf von Fahrzeugen erzielt (+1,2 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung VBS vom 8.11.2006 (GebV-VBS; SR 172.045.103), Art. 1-10; Verordnung des VBS vom 9.12.2003 über das militärische Personal (V Mil Pers; SR 172.220.111.310.2), Art. 35; Schiessverordnung VBS vom 11.12.2003 (SR 512.311), Anhang 7.

E101.0001 DEVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	11 535 900	2 760 000	3 660 879	900 879	32,6

Unter diese Finanzposition fallen primär Einnahmen aus Verkäufen von Dienstfahrzeugen. 2023 konnten etwas mehr Fahrzeuge und Maschinen verkauft werden als geplant (+0,9 Mio.).

Rechtsgrundlage

Verordnung des VBS vom 9.12.2003 über das militärische Personal (V Mil Pers; SR 172.220.111.310.2), Art. 34.

E102.0115 COVID: RÜCKZAHLUNG SANITÄTSMATERIAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	-	150 000 000	-2 111 687	-152 111 687	-101,4
Laufende Einnahmen	-	150 000 000	-	-150 000 000	-100,0
Investitionseinnahmen	-	-	-2 111 687	-2 111 687	-

Die Einzelposition «Covid: Rückzahlung Sanitätsmaterial» wurde 2023 neu im ordentlichen Haushalt geführt. Die Einnahmen ergeben sich durch die Abgeltung der Impfdosen durch die Bezüger («Gemeinsame Einrichtung KVG»).

Die Mindereinnahmen von 152 Millionen ergaben sich wie folgt: Im Rechnungsabschluss 2022 wurde eine Ertragsabgrenzung von 20,5 Millionen vorgenommen, weil der zu vergütende Betrag seitens der Kantone noch nicht feststand. Die Rechnung belief sich dann auf 16,4 Millionen. Aus der Auflösung der Abgrenzung und der Rechnungsstellung an die Kantone resultierte eine Ertragsminderung von -4,1 Millionen. Aufgrund einer sehr geringen Impfnachfrage wurden im 2023 nur gerade Einnahmen von rund 2 Millionen verzeichnet. Daraus ergibt sich eine Differenz zum Voranschlagswert von rund 152 Millionen.

Rechtsgrundlage

Verordnung 3 vom 19.6.2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19-Verordnung 3; SR 818.101.24), Art. 14-18.

Hinweis

vgl. A202.0185 «Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial»

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	4 501 638 406	4 776 159 500	4 686 574 297	-89 585 203	-1,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-59 414 300</i>			
Funktionsaufwand	4 501 638 406	4 776 159 500	4 686 574 297	-89 585 203	-1,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 832 488 595	4 038 162 500	4 014 112 925	-24 049 575	-0,6
Personalausgaben	1 418 699 716	1 463 901 400	1 447 185 959	-16 715 441	-1,1
<i>davon Personalverleih</i>	<i>10 033 717</i>	<i>20 338 400</i>	<i>11 604 889</i>	<i>-8 733 511</i>	<i>-42,9</i>
<i>davon Friedensförderung, humanitäre Hilfe</i>	<i>46 061 911</i>	<i>50 346 500</i>	<i>47 903 516</i>	<i>-2 442 984</i>	<i>-4,9</i>
Sach- und Betriebsausgaben	2 413 775 908	2 574 261 100	2 566 915 421	-7 345 679	-0,3
<i>davon Informatik</i>	<i>159 662 444</i>	<i>207 383 500</i>	<i>222 649 235</i>	<i>15 265 735</i>	<i>7,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>10 877 093</i>	<i>14 583 600</i>	<i>8 397 512</i>	<i>-6 186 088</i>	<i>-42,4</i>
<i>davon Mieten und Pachten</i>	<i>970 729 059</i>	<i>983 253 500</i>	<i>977 219 526</i>	<i>-6 033 974</i>	<i>-0,6</i>
<i>davon Betriebsausgaben der Armee</i>	<i>855 293 409</i>	<i>904 546 500</i>	<i>872 167 672</i>	<i>-32 378 828</i>	<i>-3,6</i>
Finanzausgaben	12 971	-	11 545	11 545	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	669 149 810	737 997 000	672 461 372	-65 535 628	-8,9
Vollzeitstellen (Ø)	9 528	9 559	9 578	19	0,2
<i>davon Friedensförderung, humanitäre Hilfe</i>	<i>400</i>	<i>405</i>	<i>396</i>	<i>-9</i>	<i>-2,2</i>

Insgesamt wurde der Funktionsaufwand um 89,6 Millionen unterschritten. Davon entfielen rund 37 Millionen auf den schuldenbremsenwirksamen Bereich und rund 65 Millionen auf den nicht schuldenbremsenwirksamen Bereich (v.a. weniger Abschreibungen von Rüstungsmaterial). Im Bereich der Leistungsverrechnung (LV) entstand ein Mehraufwand von rund 13 Millionen, insbesondere für den Bezug von IKT-Leistungen beim BIT.

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben sind gegenüber dem verfügbaren Kredit um 16,7 Millionen tiefer ausgefallen: Im Personalverleih Informatik fielen 8,7 Millionen weniger an, weil wegen des Fachkräftemangels nicht genügend Ressourcen auf dem Markt verfügbar waren und weil mit Blick auf die Bildung des neuen Bundesamts Kommando Cyber weniger Personalverleihverträge im IKT-Bereich abgeschlossen wurden. Infolge einer erhöhten Fluktuation sowie des verzögerten Aufbaus des militärischen Personals aufgrund der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt fiel ein Minderbedarf für Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge an (-3,4 Mio.). Die vom Personalumbau betroffenen Personen konnten grösstenteils vermittelt werden, so dass die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Sozialplan tiefer ausfielen (-2,9 Mio. gegenüber Budget). Im Bereich friedensfördernder Operationen fielen Minderausgaben bei den Personalausgaben von 2,4 Millionen an. Es bestehen weiterhin grosse Schwierigkeiten, adäquate Interessenten resp. Kandidaten für spezifische Einsatzländer zu rekrutieren. Zudem wurden auch einige wenige Einsätze eingestellt (Mali, Sudan). Letztlich mussten die Rückstellungen für Ferien und Überzeit um 1 Million erhöht werden.

Der Personalbestand Verteidigung (inkl. Friedensförderung) betrug im Jahresmittel rund 9'578 FTE. Gegenüber dem Planwert waren durchschnittlich 19 Vollzeitstellen mehr besetzt (+0,2 %).

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen um 7,3 Millionen unter dem verfügbaren Kredit.

Informatik: Die 222,6 Millionen für Informatik teilen sich in 184,3 Millionen für Betrieb und in 38,3 Millionen für Projekte auf. Die wichtigsten IKT-Projekte im 2023 waren: Das Programm «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» (16,2 Mio.), Programm «Digitalisierung der Miliz» (DIMILAR; 10 Mio.), Zentralisierung des Abrechnungssystems Verteidigung und der Vereins- und Verbandsadministration (1,5 Mio.), «Transport Management System Bund» (TMS Bund; 1,1 Mio.), Hazard and Risk Analysis Management (HARAM NG; 0,3 Mio.) sowie Schliesssystemverwaltung Verteidigung (0,3 Mio.). Der Mehrbedarf von 15,3 Millionen setzt sich einerseits zusammen aus rund zusätzlichen 18 Millionen insbesondere für Projektarbeiten hinsichtlich der Entflechtung der Büroautomation von der FUB zum BIT und für den Ersatz und Betrieb der Arbeitsplätze. Andererseits entstand bei IKT-Projekten ein Minderbedarf von 3 Millionen als Folge von Verzögerungen.

Beratung: Die im Rechnungsjahr 2023 eingesetzten 8,4 Millionen entfielen vor allem auf den Bereich «Langfristige Entwicklung der Verteidigung und der Armee» (2,1 Mio.), auf Projekte für technische Applikationen und Optimierungen von Prozessen (0,9 Mio.), auf Expertisen und Fachberatungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) zugunsten des Kommandos Ausbildung, der Logistikbasis der Armee (LBA) und des Armeestabs (0,5 Mio.), auf Assessments im Bereich Personal (0,5 Mio.) sowie auf Rechtsberatungen (0,3 Mio.). Der Kreditrest von 6,2 Millionen entstand zu einem grossen Teil beim Projekt «Langfristige Entwicklung Verteidigung und der Armee» (-3 Mio.) aufgrund einer Reorganisation des Projektteams per 1.7.2023.

Mieten und Pachten

Die Mietaufwände für Immobilien waren um 6 Millionen tiefer als geplant, weil gewisse Objekte der Verteidigung vorübergehend durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) für Schutzsuchende aus der Ukraine genutzt wurden.

Betriebsausgaben der Armee

Die Minderausgaben von 32,4 Millionen resultierten hauptsächlich bei den übrigen Betriebsausgaben (-21,5 Mio.). Zudem wurden weniger Truppentransporte getätigt (-6,7 Mio.) sowie weniger Unterkünfte und Verpflegung für die Truppe benötigt (-2,1 Mio.).

Die restlichen Sach- und Betriebsaufwände von rund 480 Millionen wurden insbesondere für externe Dienstleistungen (158,3 Mio.), Betreiberleistungen an Immobilien (149,7 Mio.), Spesen (38,2 Mio.), Materialausgaben (27,9 Mio.) Transporte und Betriebsstoffe (17,2 Mio.), Büromaterial (12,5 Mio.), sonstige Betriebsaufwände (11,8 Mio.), übriger Unterhalt (9,6 Mio.) sowie Dienstleistungen (7,7 Mio.) verwendet. Der Mehrbedarf betrug rund 22 Millionen und entstand bei den externen Dienstleistungen, vor allem im Zusammenhang mit dem Satellitenaufklärungssystem «Composante Spatiale Optique» (CSO).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die rund 672 Millionen wurden hauptsächlich für Abschreibungen von Rüstungsgütern (581 Mio.), von Sachanlagen entsprechend der vorgegebenen Nutzungsdauer bei Mobilien, Informatik und Software sowie für Verluste beim Anlagenabgang von Mobilien benötigt. Die Verlängerung der Abschreibungsdauer bei bestehenden Hauptsystemen sowie Lagerbestandesänderungen bei Rüstungsmaterial, das ausser Dienst gestellt wurde, erklären den im Vergleich zum Voranschlag tieferen Abschreibungsaufwand (-59 Mio.).

Kreditmutationen

- Abtretungen (+20,2 Mio.): 17,1 Millionen vom Eidgenössischen Personalamt: rund 8 Millionen für Lernende, 3,8 Millionen zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur (zusätzliche Pensionskassenbeiträge), 3 Millionen für die familienergänzende Kinderbetreuung, 1,9 Millionen für Hochschulpraktikanten, 360 200 Franken für die berufliche Integration; 3,1 Millionen von der Bundeskanzlei (Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung Bund; DTI Bund): 2,7 Millionen für das «Optische Behördennetz Bund» und 407 000 Franken für die Installation von Netzwerkkomponenten an Nutzerstandorten und in Rechenzentren.
- Kreditverschiebung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) in Höhe von 1 Million für den Betrieb von Vulpus Telematik.
- Kreditverschiebungen (-80,6 Mio.): 57,7 Millionen zum Einzelkredit der Verteidigung «Rüstungsaufwand und -Investitionen» zur Deckung des Mehrbedarfs bei den Rüstungsausgaben (Air2030 sowie Mehrkosten beim Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf AEB); 17,2 Millionen an armasuisse Immobilien für Gebäudemanagement, Digitalisierung, Instandsetzungs-Nachholbedarf, Altlastensanierungen und Lärmschutzmassnahmen; 5,1 Millionen ans BABS im Zusammenhang mit der Verschiebung des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) von der Verteidigung zum BABS; 500 000 Franken an die Bundeskanzlei (DTI Bund) für IKT-Dienstleistungen sowie 100 000 Franken an das Bundesamt für Sport (BASPO) für eine Dissertation an der Schnittschnelle Armee und Sport.

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredit «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» (V0371.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredit «Pandemiebereitschaft 2020–2024» (V0249.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredit «Satellitenaufklärungssystem Composante Spatiale Optique CSO» (V0328.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A201.0001 INVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	88 565 170	209 229 200	206 843 562	-2 385 638	-1,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>103 468 100</i>			
Laufende Ausgaben	2 159	-	-439 206	-439 206	-
Investitionsausgaben	88 563 011	209 229 200	207 282 768	-1 946 432	-0,9

Die Investitionsausgaben der Verteidigung werden vor allem für Beschaffungen an Lager von Armeeproviant, Treib- und Brennstoffen, Schmier- und Betriebsmitteln für die Armee und die übrige Bundesverwaltung sowie von Medikamenten und Rohstoffen für die pharmazeutische Eigenproduktion verwendet. Auch der Erwerb von Mobilien, Maschinen, Informatikmitteln und Dienstfahrzeugen ist Bestandteil dieses Kredites. Im 2023 erfolgte die Investition in ein neues Staatsluftfahrzeug für den Lufttransportdienst des Bundes (103,2 Mio.).

Die Minderausgaben von 2,4 Millionen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Einerseits entstanden weniger Ausgaben für Beschaffungen von Informatikmitteln (-4,6 Mio.) sowie tiefere Ausgaben beim Einkauf von Treibstoffen (-4,2 Mio.). Andererseits resultierten infolge von Mehrbeschaffungen von Brennstoffen (+3,1 Mio.) sowie von Fahrzeugen (+2,8 Mio.) Mehrausgaben.

Kreditmutationen

- Abtretung von 285 000 Franken seitens BK DTI für die Umsetzung von MCT-Massnahmen (Mitigation Credential Theft) zur Stärkung der Informationssicherheit der Bundesverwaltung.
- Kreditverschiebung von 26 900 Franken ans Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) für IKT-Investitionen.
- Nachtrag II 2023 von 103,2 Millionen für ein neues Staatsluftfahrzeug für den Lufttransportdienst des Bundes (LTDB).

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Vorgaben, Planung und Steuerung		LG 2: Ausbildung		LG 3: Operationen	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	200	203	671	674	821	966
Personalausgaben	127	105	327	329	417	423
Sach- und Betriebsausgaben	73	97	335	335	379	412
<i>davon Informatik</i>	4	29	-	-	-	-
<i>davon Beratung</i>	7	5	3	3	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	0	9	10	25	27
Verwaltungsvermögen						
Finanzausgaben	0	-	0	0	0	0
Investitionsausgaben	-	-	0	0	0	104
Vollzeitstellen (Ø)	619	476	2 236	2 249	2 761	2 756
Mio. CHF	LG 4: Logistik		LG 5: Führungsunterstützung (Informations- und Kommunikationstechnik)			
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023		
Aufwand und Investitionsausgaben	2 420	2 523	478	528		
Personalausgaben	371	402	177	188		
Sach- und Betriebsausgaben	1 345	1 396	282	326		
<i>davon Informatik</i>	-	-	155	193		
<i>davon Beratung</i>	1	1	1	0		
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	626	627	9	9		
Verwaltungsvermögen						
Finanzausgaben	0	0	0	-		
Investitionsausgaben	78	98	10	5		
Vollzeitstellen (Ø)	2 956	3 101	956	996		

A202.0100 PERSONALBEZÜGE + AGB VORRUHESTANDSURLAUB

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 079 780	944 200	742 674	-201 526	-21,3

Dieser Kredit enthält Mittel für die Lohnfortzahlungen inkl. Arbeitgeberbeiträge für das militärische Berufspersonal während des Vorruhestandsurlaubs sowie für Austrittsleistungen. Der Minderbedarf ist dadurch begründet, dass nicht genau geplant werden kann, wer wann in den Vorruhestandsurlaub übertritt.

Rechtsgrundlagen

Bundespersonalverordnung vom 3.7.2001 (BPV, SR 172.220.111.3), Art. 34 und 34a Absatz 3; Verordnung vom 20.2.2013 über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP; SR 172.220.111.35), Art. 8.

Hinweise

Die Regelung wird per Ende 2024 aufgehoben.

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021-2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A202.0101 RÜSTUNGS-AUFWAND UND -INVESTITIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 982 656 082	2 236 745 000	2 236 744 037	-963	0,0
davon Kreditmutationen		312 745 000			
Laufende Ausgaben	932 375 653	1 018 873 000	942 811 413	-76 061 587	-7,5
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	278 922 813	267 872 000	267 871 487	-513	0,0
Investitionsausgaben	771 357 616	950 000 000	1 026 061 137	76 061 137	8,0

Der Kredit «Rüstungsaufwand und -investitionen» beinhaltet die Ausgaben für die zeit- und bedarfsgerechte Neubeschaffung von Rüstungsmaterial für die Armee, den Ersatz und die Werterhaltung von Armeematerial zur Aufrechterhaltung der materiellen Einsatzbereitschaft der Armee (Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf, AEB), die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) und die Beschaffung von Einsatz- und Übungsmunition sowie von Sport- und Spezialmunition (Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung, AMB).

Rüstungsmaterial

Das Parlament bewilligt die Verpflichtungskredite für die Rüstungsbeschaffungen jährlich mit der Armeebotschaft. Daraus abgeleitet ergibt sich der jährliche Zahlungsbedarf für die Rüstungsgüter, der dem Parlament mit dem Kredit «Rüstungsaufwand und -investitionen» beantragt wird. Das eingeführte Rüstungsmaterial unterliegt der Mehrwertsteuer (MWST). Als Grundlage für die Berechnung der MWST auf Importen (MIMP) dienen die bis heute bewilligten und in den nächsten Jahren geplanten Beschaffungsvorhaben sowie eine Schätzung der bis heute noch nicht bekannten Materialvorhaben.

Die Verteidigung hat 2023 insgesamt rund 1401 Millionen für die Beschaffung grösserer Rüstungsgüter ausgegeben, rund 34 Millionen weniger als verfügbar war (Voranschlag inkl. unterjährige Mutationen), aber rund 295 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Mittel wurden vor allem eingesetzt für Air2030, Fahrzeuge für die Panzersappeurinnen und -sappeure, Duro I Werterhalt, Schutergestützte Mehrzweckwaffe (SMW) sowie für das Projekt 8,1 cm Mörser 19. Die Kapazitätsengpässe aufgrund der geopolitischen Lage wirkten sich negativ auf die Projekt- und Beschaffungsfortschritte aus, was zur Unterschreitung des verfügbaren Kreditanteils geführt hat. Davon betroffen waren hauptsächlich die Vorhaben «Modulares Bekleidungs- und Ausrüstungssystem» (MBAS), «Aufklärungsdrohnensystem 15» (ADS 15) und «Wärmebildgerät und Restlichtverstärker Neue Generation» (WGBG +RLV). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist durch das Programm Air2030 begründet (neue Kampfflugzeuge und bodengestützte Luftverteidigung).

Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (AEB)

Die Mittel zur Aufrechterhaltung der materiellen Einsatzbereitschaft der Armee (AEB) werden für den Ersatz und die Werterhaltung von Armeematerial eingesetzt. Mit dem AEB werden die persönliche Ausrüstung und Bewaffnung der Armeee Angehörigen, Ersatz- und Nachbeschaffungen von Armeematerial, umfassende Revisionen und Änderungen sowie erstmalige Beschaffungen von Armeematerial mit finanziell nachgeordneter Bedeutung finanziert.

Für den AEB wurden im Jahr 2023 rund 348 Millionen ausgegeben, rund 24 Millionen mehr als verfügbar war (Voranschlag inkl. unterjährige Mutationen). Diese Mehrausgaben sind einerseits auf effizientere Beschaffungsabwicklungen in den Bereichen Führungsunterstützung, Versorgung und Transportdienst sowie übriges Armeematerial und andererseits auf die höhere Teuerung

sowie gestiegene Lieferkosten zurückzuführen. Die Mehrmittel wurden innerhalb des Einzelkredits «Rüstungsaufwand und -investitionen» kompensiert.

Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB)

Die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) von Armeematerial stellt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Armee sicher. Mit der PEB wird bei Rüstungsvorhaben der Übergang von der konzeptionellen in die Umsetzungsphase finanziert. Danach werden die beschaffungsreifen Vorhaben im Rahmen der Armeebotschaft beantragt.

Für die PEB verwendete die Verteidigung rund 105 Millionen, rund 5 Millionen mehr als budgetiert. Die Mehrausgaben sind unter anderem in den Bereichen Führungsunterstützung und Flugmaterial sowie durch vermehrte technische Abklärungen und Neuerkenntnisse bei Entwicklungen und Weiterentwicklungen entstanden. Die Mehrmittel wurden innerhalb des Einzelkredits «Rüstungsaufwand und -investitionen» kompensiert.

Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung (AMB)

Beschafft werden Einsatz- und Übungsmunition sowie Sport- und Spezialmunition. Zudem werden die Erhaltung der Einsatztauglichkeit der Munition, die Bewirtschaftung und Revision der Munition sowie die Entsorgung bzw. Liquidation von Munition und Armeematerial sichergestellt.

Im Rechnungsjahr wurden für die AMB rund 115 Millionen ausgegeben, 5,3 Millionen mehr als verfügbar war (Voranschlag inkl. unterjährige Mutationen). Munitionshersteller konnten durch erhöhte Produktionskapazitäten Armeebestellungen effizienter abwickeln. Die Mehrmittel wurden innerhalb des Einzelkredits «Rüstungsaufwand und -investitionen» kompensiert.

Im Zusammenhang mit der Aktivierung von Rüstungsgütern (inkl. Munition) seit 2017 wurde entschieden, jeweils Ende Jahr den Bilanzwert der Munition an ihren Lagerwert anzupassen. Die angenommene Differenz zwischen Bilanz- und Lagerwert wird budgetiert und Ende Jahr berichtet. Von den budgetierten 170 Millionen wurden 117 Millionen benötigt. Aufgrund von Liquidationen inkl. Bestandesreduktionen korrigierte sich der Lagerwert nach unten. Zudem musste 2023 Munition nachaktiviert werden: Zusätzlich zu den noch verfügbaren 53 Millionen waren weitere rund 98 Millionen erforderlich, weshalb eine nicht schuldenbremsenwirksame Kreditüberschreitung beantragt werden musste.

Kreditmutationen:

- Kreditverschiebung von 57,7 Millionen aus dem Globalbudget Funktionsaufwand der Verteidigung zur Deckung eines Mehrbedarfs bei den Rüstungsausgaben (Air2030 sowie Mehrkosten beim Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf AEB).
- Kreditüberschreitung nach Finanzhaushaltgesetz Art. 36 Abs. 2 von 10 Millionen zur Deckung eines erhöhten Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarfs (AEB).
- Kreditüberschreitungen (+147,2 Mio.): Verwendung von zweckgebundenen Reserven: 48 Millionen für Schultergestützte Mehrzweckwaffe (SMW); 19,4 Millionen für Kampfflugzeuge F/A-18 NUV; 17 Millionen für Werterhaltung Lastwagen leicht, geländegängig 4x4 Duro I (DURO I WE); 16,9 Millionen für Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung; 14,5 Millionen für Werterhalt des Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems (IFASS WE); 11,4 Millionen für Individuelle ABC-Schutzausrüstung (IABCS); 5,7 Millionen für Luftraumüberwachungssystem Florako, Werterhalt Flores (FLORES WE); 5,3 Millionen für Werterhalt von Teilen des Luftraumüberwachungssystems Florako (WE FLORAKO); 5,1 Millionen für Programm ERPSYSVAR; 2,5 Millionen für 8,1 cm Mörser 19 (Anteil Munition) und 1,3 Millionen für das Projekt Aufklärungsdrohnensystem 15 (ADS 15).
- Nicht schuldenbremsenwirksame Kreditüberschreitung von 97,8 Millionen für die Nachaktivierung von Munition.

Rechtsgrundlage

Verordnung des VBS vom 26.3.2018 über die Beschaffung, die Nutzung und die Ausserdienststellung von Material (Materialverordnung VBS, MatV; SR 514.20).

Hinweise

Verpflichtungskredite: siehe Band 1B, Ziffer B 1:

Rüstungsprogramme (RP) 2014–2023 (V0250.00–V0250.02, V0260.00–V0260.06, V0276.00–V0276.06, V0298.00–V0298.03, V0314.00–V0314.04, V0329.00–V0329.03, V0348.00–V0348.04, V0361.00–V0361.05, V0381.00–V0381.03, V0394.00–V0394.02)

Ausrüstung und Erneuerungsbedarf (AEB) 2018–2023 (V0314.06, V0329.05, V0348.06, V0361.07, V0381.05, V0394.04)

Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) 2018–2023 (V0314.05, V0329.04, V0348.05, V0361.06, V0381.04, V0394.03)

Munition (AMB) 2018–2023 (V0314.07, V0329.06, V0348.07, V0361.08, V0381.06, V0394.05)

Programm ERP Systeme V/ar (V0351.00)

Abgerechnete Verpflichtungskredite: siehe Band 1A, Ziffer D 21:

Rüstungsprogramme (RP 2013) (V0006.00), Ausrüstung und Erneuerungsbedarf (AEB 2017) (V0298.05), Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB 2017) (V0298.04)

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A202.0185 COVID: BESCHAFFUNG SANITÄTSMATERIAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	–	203 595 719	152 894 398	–50 701 321	–24,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		–26 454 281			
Laufende Ausgaben	–	203 595 719	30 601 852	–172 993 868	–85,0
Investitionsausgaben	–	–	122 292 546	122 292 546	–

Dieser Einzelkredit wird neu im ordentlichen Bundeshaushalt geführt. Er deckt die Beschaffungen der Verteidigung (Logistikbasis der Armee, Armeeapotheke) von Impfstoffen und Arzneimitteln zur Bekämpfung von Covid-19 ab. Zur Unterstützung der Versorgung der Kantone und ihrer Gesundheitseinrichtungen, von gemeinnützigen Organisationen (z.B. Schweizerisches Rotes Kreuz) und von Dritten (z.B. Labors, Apotheken) können wichtige medizinische Güter durch den Bund beschafft werden, falls der Bedarf über die normalen Beschaffungskanäle nicht gedeckt werden kann. Die Armeeapotheke ist für die Beschaffung gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zuständig.

Es fielen Ausgaben im Umfang von rund 145 Millionen an. Zusätzlich wurde eine Rückstellung in Höhe von rund 8,4 Millionen für eine allfällige Restzahlung an Novavax gebildet. Die eingesetzten Mittel wurden für Impfstoffe (151 Mio. inkl. Rückstellung) und für Logistikleistungen (1,4 Mio.) verwendet. Es wurden rund 51 Millionen weniger benötigt als verfügbar war, da die Nachfrage nach Covid-19-Impfstoffen abgenommen hat. Es wurden daher keine Arzneimittel beschafft (–25 Mio.) und weniger Logistikleistungen im Bereich Sanitätsmaterial in Anspruch genommen (–4,5 Mio.). Aufgrund der tiefen Impfnachfrage wurden zudem die vereinbarten Leistungen für die Produktion von Impfsätzen reduziert (–3,4 Mio.), infolge der fehlenden Zulassung konnte der Vertragsausstieg bei Astra Zeneca erfolgen (–3,3 Mio.), weiter wurden auch weniger kleine Gebinde benötigt (–8,9 Mio.) und fielen weniger Logistikleistungen im Bereich Impfstoffe (–2,1 Mio.) an.

Kreditmutationen:

- Nachtragskredit I 2023: Kreditübertragung in Höhe von 85,6 Millionen: mit einigen Covid-19-Impfstofflieferanten wurde vereinbart, gewisse Lieferungen und Leistungen von 2022 auf 2023 zu verschieben.
- Kreditverschiebungen von 112,1 Millionen zum EDA zwecks Abgabe von Covid-19-Impfstoffen im Rahmen der Humanitären Hilfe.

Rechtsgrundlage

Verordnung 3 vom 19.6.2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19-Verordnung 3; SR 818.101.24), Art. 14–18.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial und Impfstoffe» (V0355.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Vgl. A102.0115 «Covid: Rückzahlung Sanitätsmaterial»

A202.0196 COVID: WERTBERICHTIGUNG SANITÄTSMATERIAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	–	467 407 000	467 406 360	–640	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		467 407 000			

Dieser Einzelkredit wird neu im ordentlichen Bundeshaushalt geführt. Über diesen Kredit werden die Wertberichtigungen von Covid-19-Impfstoffen und -Sanitätsmaterial an Lager verbucht. Da es sich beim beschafften Material (v.a. Impfstoffe) um verderbliche Ware handelt, müssen diese beim Überschreiten der Lagerfähigkeit vernichtet werden.

Im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) hat die Armeeapotheke einen Vorrat an Sanitätsmaterial gekauft. Um dieses Material lagern zu können, kamen zivile Akteure ins Spiel, insbesondere für die Lagerung bei zivilen Logistikunternehmen. Während der Pandemie wurde dieses Material an die verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens, insbesondere an die Kantone, ausgeliefert. Schutzmaterial ist aktuell noch an mehreren Standorten bei der Armeeapotheke eingelagert.

Aufgrund der Entwicklung der Pandemie und der Entspannung bei den Schutzmassnahmen ging die Nachfrage zurück, und eine gewisse Anzahl von Materialien blieb und bleibt an Lager. Im Rahmen des Projekts MERCATO wurde ein Teil der Bestände zu Marktpreisen verkauft.

Ende 2023 lief bei vielen der zu Beginn der Pandemie gekauften Artikeln die Haltbarkeit ab. In der zweiten Jahreshälfte wurde daher eine grosse Anzahl von Artikeln liquidiert, und die beiden externen Lager wurden geleert. Ein Recycling wurde in Betracht gezogen, aber sowohl der ökologische als auch der finanzielle Gewinn wären marginal gewesen.

Kreditmutation:

Nicht schuldenbremsenwirksame Kreditüberschreitung von 467,4 Millionen für Wertberichtigungen von Covid-19-Impfstoffen und -Sanitätsmaterial infolge Ablaufs des Haltbarkeitsdatums.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	310 285 000	310 285 000
Auflösung / Verwendung	–	-147 153 000	-147 153 000
Endbestand per 31.12.2023	–	163 132 000	163 132 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	15 351 900	15 351 900

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

2023 wurden Reserven von total 147,2 Millionen wie folgt verwendet:

- Schultergestützte Mehrzweckwaffe (SMW) 48,0 Millionen
Die Auslieferung und die weitere Produktion der Einsatzmunition mussten im Jahr 2021 gestoppt werden, da die Anforderungen nicht erfüllt wurden. Die Fehleranalyse wurde durchgeführt und Verbesserungen wurden umgesetzt, so dass es 2023 zu Zahlungen kam.
- Nutzungsverlängerung Kampfflugzeuge F/A-18 (F/A-18; NUV) 19,4 Millionen
Das Struktursanierungsprogramm erfuhr eine Verzögerung aufgrund altersbedingten Unterhaltsarbeiten, langer Durchlaufzeiten sowie Ressourcenengpässen beim Lieferanten. Dadurch verzögerten sich diverse Leistungen, wie die Entwicklung von Reparaturlösungen, ins Jahr 2023.
- Werterhaltung Lastwagen leicht, geländegängig, 4x4, Duro I (DURO I WE) 17,0 Millionen
Es ergaben sich aufgrund Insolvenz des Herstellers Lieferverzögerungen. Es wurde ein neuer Lieferant beauftragt, welcher nun die Auslieferung der neuen Motoren 2023 vornehmen konnte.
- Rahmenkredit 2019 / 2020 AMB 16,9 Millionen
Im 2021 erfuhr die Beschaffung von Einsatzmunition Verzögerungen aufgrund von technischen Schwierigkeiten. Durch genaue Fehleranalyse konnte nun der Missstand behoben werden, so dass im 2023 eine weitere Lieferung erfolgen konnte.
- Werterhalt des Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems IFASS WE 14,5 Millionen
Das Projekt IFASS WE steht in enger Abhängigkeit zum Projekt IFASS Phase2. Die Verzögerungen im Projekt IFASS Phase2 hatten erhebliche Auswirkungen auf die Planung des Projekts IFASS WE. Des Weiteren waren aufgrund von technischen und qualitativen Herausforderungen mit dem Lieferanten Analysen und Korrekturmassnahmen erforderlich, welche umgesetzt wurden. In Folge dessen wurden mit dem Lieferanten die Planung überarbeitet und neu terminiert, so dass es 2023 zu einer weiteren Zahlung kam.
- Individuelle ABC-Schutzausrüstung (IABCS 23) 11,4 Millionen
Bei den Ausbildungsanzügen ergaben sich Mängel beim Innenfutter. Diese mussten zuerst durch den Lieferanten behoben werden, bevor Zahlungen vorgenommen wurden.
- Luftraumüberwachungssystem Florako, Werterhalt Radarsystem Flores (FLORES WE) 5,7 Millionen
Wegen Verzögerungen im Teilprojekt Flores Werterhalt war eine Neuplanung mit dem Lieferanten notwendig, welche zu einer Verschiebung von Zahlungen ins Jahr 2023 führte.
- Luftraumüberwachungssystem Florako, Werterhaltung und Fähigkeitserweiterung von Sekundärradar-Sensoren (WE FLORAKO) 5,3 Millionen
Das Projekt steht in Abhängigkeit zum Teilprojekt Flores Werterhalt und kam deswegen in Verzug. Durch die ergriffenen Massnahmen im Projekt Flores konnten auch hier 2023 Leistungen erbracht und Zahlungen geleistet werden.

- Projekt ERP Systeme Verteidigung/armasuisse (ERPSYSVAR) 5,1 Millionen

Die Covid-19-Situation führte 2021 zu Herausforderungen und Einschränkungen in der Zusammenarbeit (Home-Office, Reisebeschränkungen usw.). In dieser Zeit war der Fokus auf prioritäre Arbeiten gerichtet. Weniger dringliche Arbeiten wurden deshalb in die Jahre 2022 und 2023 verschoben.

- 8,1 cm Mörser 19 2,5 Millionen

Aufgrund technischer Schwierigkeiten sowie Covid-19-Restriktionen konnte 2021 das geplante Erprobungsschiessen nicht durchgeführt werden. Dies führte zu Verzögerungen bei den gesamten Lieferterminen. Die Folge war, dass sich die Losauslieferung in die fortfolgenden Jahre verschob.

- Projekt Aufklärungsdrohnensystem 15 1,3 Millionen

Es mussten mit dem Lieferanten seit 2019 mehrere Planungsanpassungen vorgenommen werden, die nun Wirkung zeigten, sodass in diesem Jahr erneut Leistungen zur Zahlung kommen konnten.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (163,1 Mio.) entfallen auf folgende Vorhaben: Aufklärungsdrohnensystem 15 (ADS 15; 62,4 Mio.) Schultergestützte Mehrzweckwaffe (SMW; 49,6 Mio.), Werterhalt des Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems (IFASS WE; 34,1 Mio.), 8,1 cm Mörser 19 (12 Mio.), Werterhalt Radarsystem Flores (FLORES WE; 4,0 Mio.) sowie Individuelle ABC-Schutzausrüstung (IABCS 23; 1 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Die Verteidigung beantragt im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2023, in Höhe von 15,4 Millionen neue zweckgebundene Reserven wie folgt zu bilden:

- CO₂-Kompensation Klimapakete Bundesverwaltung 2,6 Millionen

Die Umsetzung der United Nations Development Programm (UNDP)-Projekte verzögert sich. Start war 2019, der geplante Abschluss ist 2030. Das Budget für 2023 betrug ursprünglich 7,6 Millionen, wurde dann seitens Bundesamts für Umwelt (BAFU) auf 2,6 Millionen korrigiert. Infolge der Verzögerung blieb der gesamte Betrag unbenutzt. Bis spätestens 2031 werden aber alle Tranchen fällig.

- Beschaffung von Jodtabletten für die Schweizer Bevölkerung durch die Armeeapotheke (Umkreis von 50 km um die KKW) 7,4 Millionen

Es ergaben sich Verzögerungen bei der Beschaffung, weil der Lieferant Produktionsunterbrüche hatte. Das Budget für 2023 betrug 25 Millionen. Rund ein Viertel der geplanten Lieferungen von Jodtabletten-Packungen erfolgte nun im 1. Quartal 2024.

- Entflechtung BURAU/UCC Verteidigung (EBUV) 1,9 Millionen

Dabei geht es um die Entflechtung der Büroautomation und der Telefonie von der FUB (Verteidigung) zum BIT (EFD). Bereits 2022, aber auch 2023, kam es zu Verzögerungen durch fehlende Prozesse (z.B. zwischen den Systemen PISA, ICAM, Pegasus und AIS). Die geplante Projektdauer war von Oktober 2022 bis September 2023. Das Budget für 2023 betrug 3,4 Millionen. Infolge der Verzögerungen kamen nur 1,5 Millionen zur Zahlung.

- «Electronic Flight Bag» (EFB) 2,5 Millionen

Heutzutage werden die für Flugvorbereitung, Durchführung und Debriefing benötigten Unterlagen digital bereitgestellt. Mit der Realisierung des Projekts EFB soll u.a. die ortsunabhängige Flugvorbereitung ermöglicht werden, wodurch eine höhere Flexibilität bei der Planung gewährleistet wird. Durch vertieft geprüfte Abhängigkeiten zum Projekt WEBIS (Wetterinformations- und Briefingsystem) und Definition von Abgrenzungen kam es zu Verzögerungen. Das Projekt dauert von Oktober 2020 bis März 2026. Das Budget für 2023 betrug 2,5 Millionen. Infolge der Verzögerung wird der gesamte Betrag später benötigt.

- «Transportmanagement-System Bund» (TMS Bund) 1,0 Million

Der Bereich Verkehr und Transport der Logistikbasis der Armee (LBA) betreibt ein eigenes Transportsystem für die Material- und Gütertransporte der Schweizer Armee in allen Lagen, organisiert Personen- und Repräsentationstransporte für die gesamte Bundesverwaltung und betreibt eine Armeefahrzeug-Datenbank (ADB). Diese Produkte werden im Projekt TMS Bund neu entwickelt. Die heute bestehenden Applikationen sind veraltet und müssen abgelöst werden. 2023 kam es zu Verzögerungen, weil der zeitliche Aufwand für die Erstellung, Definition und Implementierung der Prozesse unterschätzt wurde. Zudem haben sich die Anforderungen verändert. Die ursprüngliche Projektdauer war von September 2019 bis November 2021. Das Budget für 2023 betrug 2,1 Millionen. Davon kamen nur 1,1 Millionen zur Zahlung.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: AUSBILDUNG

A231.0100 AUSSERDIENSTLICHE AUSBILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 439 131	1 966 000	1 691 904	-274 096	-13,9

Dieser Subventionskredit umfasst die Ausgaben für die fachtechnische Vorbereitung von Jugendlichen auf die Rekrutenschule sowie für wehrsportliche Veranstaltungen. Die Hauptkomponenten der ausserdienstlichen Ausbildung sind Kurse und Wettkämpfe im In- und Ausland (Sommer-/Winterarmeemeisterschaften), vordienstliche Ausbildungen, Entschädigungen an Militärvereine und Beiträge an den Conseil International du Sport Militaire (CISM) für Aktivitäten im In- und Ausland.

Der Minderbedarf von 0,3 Millionen entstand, weil von 14 im Ausland budgetierten Weltmeisterschaften nur deren 7 ausgerichtet wurden, weil für die in der Schweiz organisierte 1. CISM Halbmarathon-Weltmeisterschaft weniger Mittel benötigt wurden sowie weil die beiden Wettkämpfe «Internationaler CISM Fallschirmwettkampf» und «Armeemeisterschaften/Militärwettkämpfe» nicht durchgeführt wurden.

Rechtsgrundlagen

Militärsgesetz vom 3.2.1995 (MG; SR 510.10), Art. 62 Abs. 1 und 3, Art. 64; Verordnung vom 29.10.2003 über den Militärsport (SR 512.38), Art. 6, 7, 12-14 und 21; Verordnung vom 26.11.2003 über die ausserdienstliche Tätigkeit in den militärischen Gesellschaften und Dachverbänden (VATV; SR 512.30), Art. 5 und 11.

Hinweis

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A231.0102 BEITRÄGE SCHIESSWESEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 406 807	7 200 000	6 780 361	-419 639	-5,8

Die Beiträge für das Schiesswesen setzen sich aus den folgenden Komponenten zusammen: Leistungen an Schützenverbände und Schiessvereine für die Durchführung des Obligatorischen Programms (OP), des Feldschiessens (FS) und der Jungschützenkurse; Entschädigungen an den Kursstab der Nachschiess- und Verbliebenenkurse; Vergütungen an Schiesskommissäre für Sicherheits- und Kontrollarbeiten.

Die Beiträge werden einerseits als pauschalisierte Grundbeiträge an die Schützenverbände und Schiessvereine und andererseits auf Basis der an Schiessübungen und Kursen teilnehmenden Anzahl Personen ausgerichtet.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Teilnehmerzahlen am Obligatorischen Programm, am Feldschiessen, an den Jungschützenkursen, an den Schützenmeisterkursen und an den Schützenmeister-Wiederholungskursen leicht angestiegen, jedoch weniger stark als prognostiziert, was zu einem Kreditrest von 0,4 Millionen geführt hat.

Nebst den obigen Beiträgen erhalten die Schiessvereine vom Bund Ordonnanzmunition, welche sich aus Gratis- und Kaufmunition (zum vom VBS festgelegten Kaufpreis) zusammensetzt (Art. 38 Bst. a und b der Schiessverordnung). Die Armee beschafft diese Munition über den Kredit A202.0101 «Rüstungsaufwand und -investitionen» (Teil Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung AMB). Die Vergünstigungen für die Abnehmer sind im vorliegenden Kredit nicht enthalten, haben aber Subventionscharakter. Sie werden aus Transparenzgründen nachfolgend kurz dargelegt.

Die Schiessvereine verwenden die Gratismunition für das obligatorische Schiessprogramm, das Feldschiessen sowie für die Jungschützenkurse. 2023 absolvierten rund 99 000 Schiesspflichtige und rund 63 000 Freiwillige das obligatorische Schiessprogramm.

Am freiwilligen Feldschiessen nahmen rund 121 000 Schützinnen und Schützen und an den Jungschützenkursen rund 8100 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren teil. Dafür hat das VBS rund 6,2 Millionen Gewehr- und Pistolenpatronen kostenlos abgegeben, was einem Nettoaufwand von rund 3,6 Millionen entspricht (Lager- und Transportkosten nicht eingerechnet).

Die verbilligte Kaufmunition für freiwillige Schiessübungen im Schiesswesen ausser Dienst umfasste rund 34,5 Millionen Gewehr- und Pistolenpatronen und entspricht einem Wert von rund 22,2 Millionen (Lager- und Transportkosten nicht eingerechnet). Die Schiessvereine bezahlten für diese Munition rund 10,5 Millionen und erhielten damit Vergünstigungen von 11,8 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Militärsgesetz vom 3.2.1995 (MG; SR 510.10), Art. 62 Abs. 2 und 63; Schiessverordnung vom 5.12.2003 (SR 512.31), Art. 37–41.

Hinweis

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

TRANSFERKREDITE DER LG 3: OPERATIONEN

A231.0101 FLIEGERISCHE AUSBILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 967 498	2 239 000	2 218 767	-20 233	-0,9

Aus diesem Subventionskredit werden Beiträge an die Aus- und Weiterbildung in der Aviatik geleistet, um den Einstieg in die Luftfahrt unter anderem zu Gunsten der Armee zu ermöglichen. Empfänger der Beiträge sind private Institutionen, wie z.B. der Aeroclub der Schweiz (Ausbildung SPHAIR).

Rechtsgrundlage

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 103a.

Hinweis

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A231.0103 AUSSERORDENTLICHE SCHUTZAUFGABEN KANTONE UND STÄDTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	42 836 618	42 870 000	42 822 303	-47 697	-0,1

Dieser Subventionskredit enthält die Abgeltungen an Kantone und Städte zum Schutz ausländischer Vertretungen. Die Vereinbarungen mit den Kantonen Genf, Bern, Waadt und der Stadt Zürich regeln die Gewährleistung der aus dem Völkerrecht hervorgehenden Schutzpflichten gegenüber den auf dem Gebiet der Stadt und des Kantons liegenden diplomatischen und konsularischen Vertretungen. Die Polizei der Kantone und der Stadt garantiert die Sicherheit und die operative Umsetzung. Der Bundessicherheitsdienst (BSD) des EJPD legt die Gefährdungsstufe fest. Der Bund entrichtet den Kantonen und der Stadt 80 Prozent der Pauschalbeträge für Polizeiasistenten (Fr. 150 000) und für private Sicherheitskräfte (Fr. 80 000).

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz vom 21.3.1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120), Art. 28 Abs. 2; Verordnung vom 27.6.2001 über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung (VSB; SR 120.72), Art. 12a.

Hinweise

Abgerechneter Verpflichtungskredit «a.o. Schutzaufgaben 2021–2023» (V0341.00), siehe Band 1A, Ziffer D 21

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN

A290.0113 COVID: BESCHAFFUNG SANITÄTSMATERIAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	585 001 730	–	–	–	–
Laufende Ausgaben	10 394 282	–	–	–	–
Investitionsausgaben	574 607 448	–	–	–	–

Über diesen a.o. Kredit wurde 2023 nichts mehr budgetiert. Neu wurden die Beschaffungen von Covid-19-Sanitätsmaterial und -Impfstoffen über den ordentlichen Kredit A202.0185 abgewickelt.

A290.0143 COVID: WERTBERICHTIGUNG SANITÄTSMATERIAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	507 400 174	–	–	–	–

Über diesen a.o. Kredit wurde 2023 nichts mehr budgetiert. Neu wurden die Wertberichtigungen von Covid-19-Sanitätsmaterial und -Impfstoffen über den ordentlichen Kredit A202.0196 abgewickelt.

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Erarbeitung und Sicherstellung gesamtheitlicher Lösungen mit optimalem Kosten/Nutzen-Verhältnis über den ganzen Lebensweg
- Evaluation, Erst- und Nachbeschaffungen von technisch komplexen Systemen für das VBS im Wehr- und Sicherheitsbereich
- Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für die ganze Bundesverwaltung in gesetzlich festgelegten Warengruppen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	3,8	7,8	4,4	0,6	16,3
Laufende Ausgaben	125,0	129,6	130,4	5,4	4,3
Eigenausgaben	124,9	129,6	130,0	5,1	4,1
Finanzausgaben	0,1	–	0,3	0,3	343,3
Selbstfinanzierung	-121,2	-121,9	-126,0	-4,8	-3,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1,0	-5,3	-0,7	0,3	32,1
Jahresergebnis	-122,2	-127,2	-126,6	-4,4	-3,6
Investitionsausgaben	0,9	1,6	0,7	-0,2	-23,2

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen setzen sich vorwiegend aus Entgelten für Materialverkäufe ab Lager, Lizenzeinnahmen für die Marken SWISS ARMY, SWISS MILITARY und SWISS AIR FORCE und übrigen Erträgen wie z.B. Rückerstattungen Dritter aus früheren Verträgen zusammen. Die Mehreinnahmen (+0,6 Mio.) gegenüber dem Vorjahr sind durch höhere Rückerstattungen Dritter und Konventionalstrafen begründet.

Die laufenden Ausgaben bestehen zu 74 Prozent aus Personalausgaben. Die Mehrausgaben (+5,4 Mio.) gegenüber dem Vorjahr sind vor allem auf höhere Personalausgaben (+3,8 Mio.) infolge Fortsetzung der Internalisierung und Aufstockung von Personal zur Bewältigung von Grossprojekten zurückzuführen. Damit verbunden stiegen auch die Aufwände für den Informatikbetrieb um 0,4 Millionen sowie für Reisespesen (+0,6 Mio.) an. Weiter erhöhten sich auch der Bedarf für Büromaterial und Druckerzeugnisse (+0,3 Mio.) sowie die Ausgaben für den Unterhalt der Fluginfrastruktur in Emmen (+0,3 Mio.). Bei den Finanzausgaben betrugen die nicht budgetierten Bewertungsdifferenzen des US-Dollar-Kontos 0,3 Millionen.

Die Abschreibungen und übrigen Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen fielen aufgrund geringerer Warenentnahme (z.B. Halbfabrikate/Gewebe) aus dem Lager der armasuisse tiefer aus (-0,3 Mio.).

Die Investitionsausgaben lagen um 0,2 Millionen unter dem Vorjahreswert, dies hauptsächlich aufgrund von verzögerter Materialauslieferung für das Radarsystem der Flugerprobungsanlage in Emmen. Entsprechend beantragt das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) die Bildung zweckgebundener Reserven.

Die Ausgaben des Bundesamts für Rüstung (armasuisse) werden vollständig dem Eigenbereich zugeordnet.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht «Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren» (in Erfüllung des Po. Seiler Graf 21.3245): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren» (in Erfüllung des Po. Seiler Graf 21.3246): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges sowie des Bodluf-Systems: Erbringung der definierten Beiträge 2023 zur Beschaffung (erreicht)
- Beitrag zum Programm ERP Systeme Verteidigung/armasuisse: Erbringung Beitrag zum Programm gemäss Roadmap (erreicht)
- Klimapaket und Umweltmassnahmen: Realisierung der Ziele für 2023 (erreicht)

LG1: EVALUATION UND BESCHAFFUNG

GRUNDAUFTRAG

Das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) ist als eigenständiges Kompetenzzentrum verantwortlich für die Evaluation, Erst- und Nachbeschaffung sowie die Ausserdienststellung von komplexen Systemen und Gütern im Wehr- und Sicherheitsbereich, mit dem Ziel, gesamtheitliche Lösungen mit einem optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnis zu realisieren. Mit den gleichen Zielsetzungen beschafft armasuisse in gesetzlich festgelegten Warengruppen Güter und Dienstleistungen für die ganze Bundesverwaltung. Während der Vorhabensplanung und der Nutzungsphase unterstützt armasuisse ihre Kunden aktiv. Sie überwacht zudem, ob Investitionen im Ausland mit Gegengeschäften in der Schweiz kompensiert werden (Offset).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,8	7,8	4,4	-3,4	-43,3
Aufwand und Investitionsausgaben	126,9	136,6	131,7	-4,9	-3,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Beschaffung: Die Bedarfsträger verfügen termin- und kostengerecht über das auf ihre Bedürfnisse abgestimmte System			
- Aufträge, die gemäss Projektauftrag vollständig und termingerecht erfüllt wurden (% , min.)	98	95	98
- Aufträge, die gemäss Projektauftrag im Kostenrahmen erfüllt wurden (% , min.)	100	95	92
- Aufträge, die gemäss Projektauftrag in der geforderten Qualität erfüllt wurden (% , min.)	98	95	100
- Kundenzufriedenheit (% , min.)	98	95	99
Beschaffungsverfahren: Die Beschaffungsverfahren werden formal korrekt durchgeführt			
- Beschwerden bei beschwerdefähigen Verfahren (% , max.)	2	3	5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich übertroffen. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Beschaffung (Aufträge, die gemäss Projektauftrag im Kostenrahmen erfüllt wurden): Bei einem Projekt führten verschiedene Gründe (Baugenehmigungen, technische Umsetzung) zu mehrjährigen Verzögerungen, welche Überschreitungen bei den Eigenleistungen (Personalstunden) zur Folge hatten. Die bewilligten Verpflichtungs- und Voranschlagskredite wurden zu jeder Zeit eingehalten.

Beschaffungsverfahren (Beschwerden bei beschwerdefähigen Verfahren): Bei öffentlich auszuschreibenden Beschaffungen (Investitionen, Verbrauchsgüter und Dienstleistungen) wurden von Unternehmen/Anbietern bei Nichtzuschlag Beschwerden eingereicht. Im Berichtsjahr gingen vier Beschwerden für drei unterschiedliche Ausschreibungen ein (was einem Anteil von 5 % entspricht). Die Beschwerden waren per Ende Jahr noch vor dem Bundesverwaltungsgericht hängig. Ob und wie viele Beschwerden eingereicht werden, ist nicht steuerbar.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		3 787	7 762	4 403	-3 358	-43,3
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	3 787	7 762	4 403	-3 358	-43,3
Aufwand / Ausgaben		126 860	136 577	131 713	-4 864	-3,6
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	126 860	136 577	131 713	-4 864	-3,6
	Kreditverschiebung		-1 350			
	Abtretung		1 837			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 787 370	7 761 800	4 403 499	-3 358 301	-43,3

Die Erträge des Bundesamtes für Rüstung (armasuisse) setzen sich wie folgt zusammen:

- Entgelte aus Lagerverkäufen von Berufskleidern und diversem Material
- Lizenzgebühreneinnahmen für Marken wie Swiss Army, Swiss Military und Swiss Air Force
- Erträge aus Dienstleistungen für Dritte wie z.B. Erfüllen von Beschaffungs- und Beratungsaufträgen im kommerziellen und technischen Bereich für Bekleidungs- und Ausrüstungsmaterial
- Rückerstattungen Dritter aus Verträgen früherer Jahre

Die laufenden Einnahmen sind um 3,4 Millionen tiefer ausgefallen, hauptsächlich, weil infolge geringerer Nachfrage weniger Gewebe, Berufskleider und diverses Material an die Armee und Bundesstellen verkauft werden konnte (-2,5 Mio.). Die Erholung der Wirtschaft ist bei den Einnahmen aus Lizenzgebühren erkennbar; trotzdem wurde der geplante Wert um 0,7 Millionen nicht erreicht. Die Aufwendungen für den Schutz der Marken, welche vom tatsächlichen Umsatzerlös mit den lizenzierten Produkten in Abzug gebracht wurden, fielen höher aus, weil die Kosten für die Markenverteidigung weltweit gestiegen sind.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0); Gebührenverordnung VBS vom 8.11.2006 (GebV-VBS; SR 172.045.103).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	126 860 226	136 576 700	131 712 985	-4 863 715	-3,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>486 800</i>			
Funktionsaufwand	125 982 644	134 976 700	131 039 067	-3 937 633	-2,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	124 990 624	129 631 700	130 365 259	733 559	0,6
Personalausgaben	92 971 970	97 857 500	96 780 423	-1 077 077	-1,1
Sach- und Betriebsausgaben	31 943 286	31 774 200	33 250 728	1 476 528	4,6
<i>davon Informatik</i>	<i>11 394 755</i>	<i>11 661 000</i>	<i>11 775 428</i>	<i>114 428</i>	<i>1,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>2 425 333</i>	<i>2 314 000</i>	<i>2 449 597</i>	<i>135 597</i>	<i>5,9</i>
Finanzausgaben	75 368	-	334 108	334 108	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	992 020	5 345 000	673 808	-4 671 192	-87,4
Investitionsausgaben	877 582	1 600 000	673 918	-926 082	-57,9
Vollzeitstellen (Ø)	510	513	525	12	2,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der Minderbedarf (-1,1 Mio.) fiel insbesondere aufgrund geringerem Einsatz von temporärem Personal (Personalverleih) zur Überbrückung von Vakanzen im Informatikbereich an (-0,7 Mio.). Der Informatikbetrieb konnte hauptsächlich mit internem Personal sichergestellt werden. Personalfluktuationen führten zu tieferen Ausgaben für Aus- und Weiterbildung (-0,4 Mio.). Die Erhöhung der Rückstellungen für Ferien und Überzeit um 0,1 Millionen konnte innerhalb der Personalausgaben kompensiert werden. Der Anstieg der Vollzeitstellen steht im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Internalisierung, befristeten Anstellungen und der Besetzung von vakanten Stellen.

Sach- und Betriebsausgaben

Informatik: Von den 11,8 Millionen entfielen 11,1 Millionen (94 %) auf den Betrieb, vor allem für Leistungen des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT; 6,3 Mio.), der Führungsunterstützungsbasis (FUB; 3,3 Mio.) sowie des Information Service Center WBF (ISCeco; 0,9 Mio.). Die restlichen 0,7 Millionen fielen an für Entwicklungskosten, insbesondere für das Projekt «CU-MUNU» zur Munitionsüberwachung sowie für die Web-Applikation «Ressourcenplanungstool CC WTO». Der geringe Mehrbedarf von 0,1 Millionen fiel an für den Informatikbetrieb durch den Leistungserbringer BIT infolge Personalaufstockung.

Beratung: Die 2,4 Millionen wurden für die Unterstützung des Betriebs von GEVER armasuisse, für das Projekt «IMS/HERMES VBS», für Rechtsberatungen und die Unterstützung bei Beschaffungsvorhaben sowie für Beratungen des BABS (Labor Spiez) im Bereich der ABC-Technologie eingesetzt. Die Mehrausgaben (+0,1 Mio.) fielen für externe Unterstützung in juristischen Verfahren an, welche nicht planbar waren.

Der Mehrbedarf bei den übrigen Sach- und Betriebsausgaben von 1,2 Millionen ist hauptsächlich auf die erhöhte Reisetätigkeit im Zusammenhang mit Rüstungsbeschaffungen zurückzuführen.

Finanzausgaben

Die 0,3 Millionen wurden für Bewertungsdifferenzen des US-Dollar-Kontos in der USA verwendet. Dieses Konto steht im Zusammenhang mit dem Programm Foreign Military Sales (FMS) der US-Regierung, welches der Schweiz die Beschaffung von Rüstungsmaterial bei US-Rüstungsfirmen ermöglicht.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Der Minderaufwand von 4,7 Millionen ist hauptsächlich auf die Priorisierung der Beschaffung des «Modularen Bekleidungs- und Ausrüstungssystems» (MBAS) gegenüber der «Kampfbekleidung 18» zurückzuführen. Dadurch bezogen die Herstellerfirmen (Konfektionäre) eine geringere Menge an Gewebe ab Lager der armasuisse.

Investitionsausgaben

Das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) tätigte im Berichtsjahr Beschaffungen (Investitionen) für 0,7 Millionen, insbesondere Elektrodienstfahrzeuge, Maschinen für die Flugerprobungsanlage in Emmen sowie Arbeitsbekleidung und Gewebe an Lager. Die Minderausgaben (-0,9 Mio.) resultierten hauptsächlich aus Lieferverzögerungen beim Testsystem Radarbedrohung der Flugerprobungsanlage in Emmen sowie aus einem geringeren Lagereinkauf von Halbfabrikaten (Gewebe) aufgrund von Engpässen bei den Produzenten und der Priorisierung der Produktion des «Modularen Bekleidungs- und Ausrüstungssystems» (MBAS). Betreffend das Testsystem Radarbedrohung der Flugerprobungsanlage in Emmen beantragt das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) die Bildung zweckgebundener Reserven.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts (+1,8 Mio.): 827 400 Franken zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur, 370 600 Franken für Lernende, 325 900 Franken für Hochschulpraktikanten, 259 900 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie 53 000 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebung von 1,4 Millionen an armasuisse Wissenschaft und Technologie für deren Mehrbedarf bei den Sachausgaben (1,1 Mio.) sowie für Abschreibungen (0,3 Mio.).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	495 000	495 000

Reservenbestand

Das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) weist keine Reserven aus.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Die Auslieferung des Testsystems Radarbedrohung der Flugerprobungsanlage in Emmen verzögerte sich. Die Mittel (0,5 Mio.) werden im Jahr 2024 benötigt, weshalb die Bildung von zweckgebundenen Reserven beantragt wird.

ARMASUISSE WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Zeitgerechte Beratung hinsichtlich der technologischen und finanziellen Risikominimierung im VBS, insbesondere im Bereich Verteidigung
- Früherkennung der technologischen Entwicklung mit Relevanz für die Armee und die nationale Sicherheit
- Erarbeitung technologisch fundierter Entscheide zur Wirkungs- und Kostenoptimierung von Armeesystemen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,1	0,3	0,1	0,0	-0,5
Laufende Ausgaben	43,3	41,8	43,0	-0,3	-0,7
Eigenausgaben	43,3	41,8	43,0	-0,3	-0,7
Selbstfinanzierung	-43,2	-41,5	-42,9	0,3	0,7
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-2,4	-2,6	-2,4	0,0	-1,3
Jahresergebnis	-45,6	-44,1	-45,3	0,3	0,6
Investitionsausgaben	3,1	2,9	1,7	-1,4	-45,3

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen werden hauptsächlich aus gewerblichen Leistungen für privatwirtschaftliche Unternehmen zur verbesserten Auslastung der eigenen Spezialinfrastrukturen erzielt. Diese gehen seit einigen Jahren tendenziell zurück, weil ar W+T ihre Leistungen nicht aktiv am Markt verkauft, sondern primär zu Gunsten der Armee erbringt. 2023 hat ar W+T nahezu gleich viele Einnahmen erzielt wie im Vorjahr.

Die laufenden Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Millionen tiefer ausgefallen. Einerseits wurden weniger Sach- und Betriebsausgaben benötigt (-1,8 Mio.), insbesondere für Auftragsforschung in den Bereichen Cyber-Defence Campus und Innovationsräume VBS. Die entsprechenden Ausgaben wurden – im Unterschied zum Vorjahr – teilweise von der Verteidigung getragen. Andererseits stiegen die Personalausgaben (+1,5 Mio.) im Zusammenhang mit dem Aufbau des Cyber-Defence Campus sowie durch die Wiederbesetzung vakanter Stellen. Der Abschreibungsaufwand lag in der Grössenordnung des Vorjahres. Die Investitionsausgaben lagen deutlich unter dem Vorjahreswert (-1,4 Mio.), was vor allem auf längere Lieferzeiten bei Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und auf die Verschiebung eines Investitionsvorhabens (Schutzcontainer für Schiessversuche) auf 2024 zurückzuführen ist.

Die Ausgaben von ar W+T werden vollständig dem Eigenbereich zugeordnet.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Forschungsplan für die Jahre 2025-2028: Erarbeitung des langfristigen Forschungsplanes (erreicht)
- Operationalisierung Innovationsträume@VBS: Operativsetzung der Innovationsräume (erreicht)
- Cyber Defence Campus: Planmässige Umsetzung der Strategie Cyber VBS 2021-2024 gemäss Masterplan (erreicht)
- Schweizer Drohnen- und Robotik-Zentrum: Durchführung von Tests mit den Laufroboter-Prototypen zugunsten der Schweizer Armee (erreicht)
- Internationale Konzeptstudie Defence Mobility Energy: Abschluss internationale Konzeptstudie zum Elektroantrieb für geländegängige Fahrzeuge der Schweizer Armee (erreicht)
- Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz: Initiierung Detailkonzept Entsorgung und Konkretisierung Infrastrukturbedarf (erreicht)

LG1: TECHNOLOGIEMANAGEMENT UND -EXPERTISEN

GRUNDAUFTRAG

armasuisse Wissenschaft und Technologie (ar W+T) verantwortet als unabhängiges Technologiezentrum des VBS das Technologiemanagement sowie Expertisen und Tests. Dies umfasst einerseits die Technologiefrüherkennung, -bewertung und Strategieformulierung für die Armeeplanung. Dadurch werden ein kohärenter Einsatz der Technologien erreicht sowie technologische und finanzielle Risiken reduziert. Andererseits werden zugunsten armasuisse und weiterer Kunden spezifische Testmethoden und eine moderne Messinfrastruktur eingesetzt, insbesondere um den Nutzen der Systeme bei der Armee zu optimieren. Durch angewandte Forschungstätigkeiten werden intern und in externen Expertennetzwerken die für das VBS notwendigen Technologiekompetenzen erschlossen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,3	0,1	-0,1	-45,8
Aufwand und Investitionsausgaben	48,8	47,3	47,1	-0,2	-0,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Risikominimierung: Mittels des Technologie- und Forschungsmanagements werden die technologischen und finanziellen Risiken für den Verteidigungsbereich minimiert			
– Beurteilung der erreichten Risikominimierung durch den Bereich Verteidigung (Skala 1-4)	3,6	3,0	3,6
Bereitstellung Entscheidungsgrundlagen: W+T unterstützt die Kunden mit unabhängigen Expertisen und Tests, um den technologischen Nutzen der Systeme (Einsatz- und Wirkungsfähigkeit, Sicherheit, Schutz von Menschen) sowie den finanziellen Nutzen zu optimieren			
– Kundenzufriedenheit mit Entscheidungsgrundlagen (%; min.)	92,0	90,0	92,0
– Erzielter finanzieller Nutzen im Bereich Munitionsüberwachung (CHF, Mio.; min.)	209,0	100,0	209,0
Auftragserfüllung: Die Aufträge werden termingerecht und im Rahmen des vereinbarten Kostendachs abgewickelt			
– Anteil Aufträge mit Einhaltung des vereinbarten Kostenrahmens (%; min.)	95,0	95,0	96,0
– Anteil Aufträge mit Einhaltung des vereinbarten Termins (%; min.)	100,0	95,0	100,0
Technologiekompetenzen: Die benötigten Technologiekompetenzen werden rechtzeitig aufgebaut			
– Beurteilung der Technologiekompetenzen durch armasuisse und die Verteidigung alle 2 Jahre (Skala 1-4)	–	3,0	3,1

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden übertroffen. Zu einer deutlichen Übererfüllung kam es bei:

Bereitstellung Entscheidungsgrundlagen: Durch Munitionsüberwachung kann die Lebensdauer von Munition an Lager verlängert bzw. die Beschaffung neuer Munition hinausgezögert werden, was zu Kostenersparnis (finanzieller Nutzen) führt. Der Wert 2023 lag wie im Vorjahr deutlich über dem Zielwert. Zwar wurde Flieger- und Fliegerabwehrmunition entsorgt, jedoch wurde mehr Übungsmunition überwacht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		142	260	141	-119	-45,8
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	142	260	141	-119	-45,8
Aufwand / Ausgaben		48 785	47 276	47 125	-150	-0,3
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	48 785	47 276	47 125	-150	-0,3
	<i>Kreditverschiebung</i>		1 350			
	<i>Abtretung</i>		711			
	<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		125			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	141 697	260 000	140 983	-119 017	-45,8

armasuisse Wissenschaft und Technologie (ar W+T) generiert Einnahmen aus Erprobungsversuchen mit Waffensystemen und Munition, Sprengversuchen an Schutzelementen und Prüfungen von Sicherheitsbauteilen der Industrie.

Die budgetierten Einnahmen entsprachen dem Durchschnittswert der Rechnungen 2018–2021. Sie wurden um 0,1 Millionen unterschritten. Die Einnahmen aus Drittaufträgen sind seit ein paar Jahren tendenziell rückläufig. Dies aufgrund der strategischen Ausrichtung von ar W+T, Leistungen primär zu Gunsten der Armee zu erbringen.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0); Gebührenverordnung VBS vom 8.11.2006 (GebV; SR 172.045.103), Art. 3.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	48 784 756	47 275 875	47 125 449	-150 426	-0,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		2 186 475			
Funktionsaufwand	45 709 116	44 350 400	45 442 417	1 092 017	2,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	43 318 706	41 800 400	43 021 856	1 221 456	2,9
Personalausgaben	21 829 896	23 512 600	23 316 905	-195 695	-0,8
Sach- und Betriebsausgaben	21 488 810	18 287 800	19 704 950	1 417 150	7,7
<i>davon Informatik</i>	1 148 063	1 020 200	1 517 184	496 984	48,7
<i>davon Beratung</i>	6 578 663	4 870 000	4 518 744	-351 256	-7,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2 390 410	2 550 000	2 420 562	-129 438	-5,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	3 075 639	2 925 475	1 683 032	-1 242 443	-42,5
Vollzeitstellen (Ø)	122	125	124	-1	-0,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen aufgrund von Neuanstellungen mit tieferen Anfangslöhnen und Vakanzen um 0,2 Millionen unter dem Voranschlagswert.

Sach- und Betriebsausgaben

Informatik: Von den benötigten 1,5 Millionen entfielen rund 0,8 Millionen auf den Betrieb und wurden primär zu Gunsten folgender Vorhaben eingesetzt: Telekommunikation der Armee (TK A), Integriertes Funkaufklärungs- und Sendesystem (IFASS), Militärisches Anflugleitsystem Plus (MALS Plus), Cyber-Defence Campus sowie Innovationsprojekte. Die Informatikentwicklungskosten betrugen 0,7 Millionen. Die Mehrausgaben von 0,5 Millionen sind im Wesentlichen auf den Ausbau und die Entwicklung der «Technologie Markt Monitoring Plattform» für den Cyber-Defence Campus zurückzuführen.

Beratung: Die 4,5 Millionen wurden vor allem für Projekte im Bereich des Cyber-Defence Campus, für Forschung sowie die Innovationsräume VBS verwendet. Zudem wurden Beratungsdienstleistungen für die Projekte im Bereich der Arbeits- und Umweltsicherheit sowie für die Weiterentwicklung von ar W+T in Anspruch genommen. Der Minderbedarf von knapp 0,4 Millionen entstand im Bereich des Cyber-Defence Campus infolge vorübergehender Sistierung eines Projekts.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben fielen höher aus als geplant (+1,3 Mio.). Dies ist durch einen Mehrbedarf an externen Dienstleistungen für Studien (z.B. Cyber-Defence Campus, Unterstützung Studie Verschlüsselung), durch einen höheren Bedarf an Sachmitteln für das Schweizer Drohnen- und Robotik-Zentrum (SDRZ) sowie für den Cyber-Defence Campus, aber auch durch höhere Spesen im Zusammenhang mit Fachkonferenzen, Veranstaltungen und Auslandskampagnen begründet.

Abschreibungen

Aufgrund von weniger Investitionen fielen die Abschreibungen um 0,1 Millionen geringer aus als budgetiert.

Investitionsausgaben

2023 wurde vor allem in Mess- und Erprobungsinfrastrukturen und in den Cyber-Defence Campus (Hardware) investiert. Der Minderbedarf von 1,2 Millionen entstand hauptsächlich aufgrund sehr langer Lieferzeiten bei Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und durch die Verschiebung eines Investitionsvorhabens (Schutzcontainer für Schiessversuche) auf 2024.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+0,7 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 634 200 Franken für Hochschulpraktikanten und 76 800 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung.
- Kreditverschiebung (+1,4 Mio.): vom Bundesamt für Rüstung (armasuisse) für einen angenommenen Mehrbedarf bei den Investitionen und bei den Abschreibungen. Der Mehrbedarf entstand dann aber bei den Sachausgaben.
- Kreditüberschreitung (+0,1 Mio.): Verwendung von zweckgebundenen Reserven für zwei Radaranlagen für Geschoss-Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Schiessversuche.

Hinweis

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	1 073 138	–	1 073 138
Bildung aus Rechnung 2022	–	131 450	131 450
Auflösung / Verwendung	–	-131 450	-131 450
Endbestand per 31.12.2023	1 073 138	–	1 073 138

Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven in der Höhe von rund 0,1 Millionen verwendet. Diese Mittel wurden für zwei Radaranlagen für Geschoss-Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Schiessversuche eingesetzt.

Reservenbestand

ar W+T verfügt über allgemeine Reserven von 1,1 Millionen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Für das Berichtsjahr werden keine Reserven zur Bildung beantragt.

ARMASUISSE IMMOBILIEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Sicherstellung eines nachhaltigen Immobilienmanagements unter Berücksichtigung der Interessen der öffentlichen Hand
- Realisierung gesamtheitlicher Lösungen mit optimalem Kosten-/Nutzen-Verhältnis über den ganzen Lebensweg
- Reduktion des Kernbestandes an Immobilien mit einer bedarfsorientierten Angebotsplanung
- Optimierung des Deckungsbeitrags im Dispositionsbestand an Immobilien durch gezielte Devestitionen und Reduktion der Betriebskosten

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1 012,0	1 023,0	1 023,0	11,0	1,1
Laufende Ausgaben	455,8	473,9	475,1	19,3	4,2
Eigenausgaben	455,8	473,9	475,1	19,3	4,2
Selbstfinanzierung	556,3	549,1	547,9	-8,3	-1,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-238,9	-242,7	-221,8	17,1	7,1
Jahresergebnis	317,4	306,4	326,1	8,7	2,8
Investitionseinnahmen	19,7	10,8	5,0	-14,7	-74,6
Investitionsausgaben	423,4	411,5	412,5	-10,9	-2,6

KOMMENTAR

Die Rechnung von ar Immo ist gekennzeichnet von einem im Vergleich zu anderen Verwaltungseinheiten relativ hohen Investitionsanteil von rund einem Drittel des Gesamtaufwands.

Die laufenden Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 11 Millionen höher ausgefallen, was vor allem auf die steigenden Betriebskosten der Immobilien in den Bereichen Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser, Abwasser, Kehricht) sowie Betreuung und Pflege (Hauswartdienste, Umgebungspflege) zurückzuführen ist. Zu begründen ist dies mit höheren Strompreisen und der Teuerung. Diese höheren Kosten werden den Mietern (insbesondere der Verteidigung) in Rechnung gestellt (Leistungsverrechnung).

Die laufenden Ausgaben waren im Vorjahr vor allem aufgrund der Reduktion von Rückstellungen für Restrukturierungen und Rückbaukosten um 19,3 Millionen tiefer.

Der Abschreibungsaufwand und weitere Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen waren um 17,1 Millionen tiefer als im Vorjahr, weil 2023 weniger ausserplanmässige Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Liegenschaften zu verzeichnen waren.

Die Investitionseinnahmen fielen um 14,7 Millionen tiefer aus, weil im Vorjahr ein grösseres Objekt in Bellinzona verkauft werden konnte.

Die Investitionsausgaben waren 2022 um 10,9 Millionen höher, zum einen wegen der Finanzierung der Liegenschaftskäufe im Zusammenhang mit dem Projekt «Munitionsräumung Mitholz» und zum anderen, weil viele im Jahr 2021 verzögerte Bauvorhaben 2022 realisiert werden konnten.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Immobilienprogramm Armeebotschaft 2023: Genehmigung durch Bundesrat (erreicht)
- Harmonisierung der Immobilienprozesse: Datenbereinigung und Datenmigration sowie Umsetzung Prozesse und Change Management (teilweise erreicht)
Die Datenbereinigung konnte aufgrund mangelnder Personalressourcen nur teilweise umgesetzt werden.
- Klimapaket und Umweltmassnahmen: Fortsetzung der Umsetzung Ersatz von Ölheizungen und Bau von Photovoltaikanlagen (teilweise erreicht)
Die Ölheizungen wurden planmässig ersetzt. Der Ausbau der Photovoltaik-Anlagen wurde nicht erreicht, da aus finanziellen Gründen die Projekte später realisiert werden.

LG1: KERNBESTAND IMMOBILIEN VBS

GRUNDAUFTRAG

armasuisse Immobilien (ar Immo) stellt als Eigentümervertreterin für das VBS ein nachhaltiges Immobilienmanagement unter Berücksichtigung der Interessen der öffentlichen Hand sicher. Sie vermietet Immobilien (inkl. dafür notwendige Investitionen in Liegenschaften) und betreibt die Gebäude (Reinigung, Hauswartdienste, Inspektion etc.) in einem optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnis.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	1 013,1	1 021,2	1 019,7	-1,5	-0,2
Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Aufwand	698,9	695,9	674,9	-21,0	-3,0
Investitionsausgaben	424,0	412,5	412,5	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Finanzierung Immobilienmanagement: armasuisse Immobilien gewährleistet einen nachhaltigen Mitteleinsatz			
- Kernbestand langfristig: Instandhaltungsaufwand im Verhältnis zum Wiederbeschaffungswert (%; min.)	0,9	1,5	0,9
- Kernbestand langfristig: Investitionsausgaben im Verhältnis zum Wiederbeschaffungswert (%; min.)	2,2	2,5	2,1
Ressourcenschonendes Immobilienmanagement: armasuisse Immobilien fördert den ressourcenschonenden Betrieb der Infrastrukturen			
- Maximaler CO ₂ -Ausstoss pro Jahr für Wärmeproduktion (Tonnen)	32 094	27 688	26 202
- Minimale Eigenproduktion von Strom aus Photovoltaik (GWh)	8,0	11,0	10,0
Reduktion Portfolio Kernbestand: armasuisse Immobilien trägt aktiv zum Portfolioabbau im Kernbestand bei			
- Anteil termingerechte Rücknahme gekündigter Objekte (%; min.)	100,0	98,0	100,0

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht. Zu Abweichungen kam es bei:

Finanzierung Immobilienmanagement: 2023 erfuhr der Wiederbeschaffungswert aufgrund der anhaltenden Teuerung und somit der Indexierungsanpassung wiederum eine signifikante Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr. Sowohl der Instandhaltungsaufwand als auch die Investitionsausgaben blieben gegenüber dem Vorjahr im Total unverändert. Das Immobilienportfolio ist nach wie vor zu gross respektive stehen im Vergleich zur Portfoliogrösse insgesamt zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung.

Ressourcenschonendes Immobilienmanagement: Der Heizölverbrauch bzw. der CO₂-Ausstoss für die Wärmeproduktion konnte auf 26 202 tCO₂eq reduziert werden und war somit deutlich tiefer als im Vorjahr und auch als der Zielwert für 2023. Der Ausbau der PV-Anlagen konnte von 8 auf 10 GWh gesteigert werden. Es wurden Massnahmen ergriffen, um das Ausbau-Ziel von 25 GWh bis 2030 zu erreichen; z.B. wurde eine Dachfläche von 3660 m² als lichtdurchlässige PV-Anlage in Aigle erstellt.

LG2: DISPOSITIONSBESTAND IMMOBILIEN VBS

GRUNDAUFTRAG

armasuisse Immobilien (ar Immo) stellt als Eigentümervertreterin für das VBS ein nachhaltiges Immobilienmanagement unter Berücksichtigung der Interessen der öffentlichen Hand sicher. Beim Dispositionsbestand kümmert sich ar Immo um den minimalen Unterhalt, den Verkauf, die Abgabe im Baurecht, die Vermietung, die Stilllegung oder den Rückbau von nicht mehr betriebsnotwendigen Immobilien des VBS.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	30,8	12,1	8,3	-3,8	-31,3
Investitionseinnahmen	19,7	10,8	5,0	-5,8	-53,7
Aufwand	27,1	30,0	26,9	-3,1	-10,4
Investitionsausgaben	-	-	-	-	-

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kostenminimierung im Dispositionsbestand: armasuisse Immobilien erhöht den Deckungsbeitrag im Dispositionsbestand			
- Aufwandüberschuss Dispositionsbestand (CHF, Mio., max.)	22,3	25,9	22,7
Reduktion Portfolio Dispositionsbestand: armasuisse Immobilien trägt aktiv zum Portfolioabbau im Dispositionsbestand bei			
- Stilllegungen Gebäude und Anlagen (Anzahl, min.)	75	100	62
- Abgänge Gebäude und Anlagen (Anzahl, min.)	362	200	164

KOMMENTAR

Es wurde nur ein Ziel erreicht. Zu Abweichungen kam es bei:

Reduktion Portfolio Dispositionsbestand: Im Berichtsjahr konnte trotz des faktischen Verkaufsstopps (Überprüfung des Dispo- bestandes durch die Militärführung im Zusammenhang mit der aktuellen sicherheitspolitischen Lage) eine stattliche Anzahl Objekte veräussert, rückgebaut oder stillgelegt werden, was zu einer erneuten Reduktion des Portfolios führte. Die Zielwerte für 2023 wurden aber verfehlt – dies aus dem obgenannten Grund der Überprüfung des Dispo- bestandes im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der damit verbundenen Reduktion von Verkäufen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1 063 640	1 044 087	1 032 972	-11 115	-1,1
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 043 965	1 033 297	1 027 972	-5 324	-0,5
E101.0001 Devestitionen (Globalbudget)	19 675	10 790	5 000	-5 790	-53,7
Aufwand / Ausgaben	1 149 973	1 138 404	1 114 301	-24 103	-2,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	726 015	725 874	701 773	-24 101	-3,3
Kreditverschiebung		11 700			
Abtretung		648			
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)	423 958	412 530	412 528	-2	0,0
Kreditverschiebung		11 650			
Abtretung		880			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 043 964 934	1 033 296 900	1 027 972 407	-5 324 493	-0,5
Laufende Einnahmen	1 035 492 874	1 022 986 900	1 023 479 601	492 701	0,0
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	8 472 060	10 310 000	4 492 806	-5 817 194	-56,4

Der Funktionsertrag von ar Immo wird primär durch die Vermietung von Liegenschaften an die Verwaltungseinheiten des VBS generiert (Erträge aus der Leistungsverrechnung). Er lag insgesamt um 5,3 Millionen unter dem Planwert. Der Minderertrag ist insbesondere bei den Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen angefallen (-5,8 Mio.).

Die laufenden Einnahmen umfassen grösstenteils die Leistungsverrechnungserträge aus der Vermietung von Liegenschaften an andere Verwaltungseinheiten des VBS. Mehreinnahmen (+0,5 Mio.) entstanden durch die Auflösung von Rückstellungen im Umweltbereich.

Die Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens enthalten Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen sowie Aufwertungsgewinne aufgrund von Nachaktivierungen von Gebäuden. Der budgetierte Wert entspricht dem Durchschnitt der Erträge aus den vier letzten Rechnungsjahren (2018–2021). Zu erzielende Buchgewinne und Aufwertungsgewinne können nicht genau budgetiert werden, da sie nicht planbar sind; erstere lagen 2023 um 3,9 Millionen und die Aufwertungsgewinne um 1,9 Millionen unter dem Planwert, der wie oben ausgeführt dem Durchschnittswert der letzten vier Rechnungsjahre entsprechen muss.

Rechtsgrundlage

Verordnung vom 5.12.2008 über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes (VILB; SR 172.010.21).

E101.0001 DEVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	19 675 302	10 790 000	4 999 771	-5 790 229	-53,7

Die Investitionseinnahmen enthalten die Einnahmen aus dem Verkauf von Liegenschaften aus dem Dispositionsbestand. Einnahmen aus dem Verkauf dieser Immobilien sind beschränkt, da sich diese Objekte aufgrund ihrer Lage ausserhalb der Bauzone, ihres Zustandes oder ehemaligen Zwecks nur selten für eine zivile Nachnutzung eignen. Die Verkaufserlöse lagen um 5,8 Millionen unter dem budgetierten Wert, wobei letzterer dem Durchschnitt der Einnahmen aus Rechnungsjahren 2018–2021 entspricht.

Rechtsgrundlage

Verordnung vom 5.12.2008 über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes (VILB; SR 172.010.21).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 AUFWAND / AUSGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	726 015 414	725 874 100	701 772 979	-24 101 121	-3,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		12 347 900			
Funktionsaufwand	726 015 414	725 874 100	701 772 979	-24 101 121	-3,3
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	478 662 430	472 874 100	475 472 905	2 598 805	0,5
Personalausgaben	41 612 623	45 020 700	43 026 547	-1 994 153	-4,4
Sach- und Betriebsausgaben	437 049 807	427 853 400	432 446 358	4 592 958	1,1
<i>davon Informatik</i>	4 123 900	5 905 000	2 656 022	-3 248 978	-55,0
<i>davon Beratung</i>	1 952 083	1 442 300	1 294 802	-147 498	-10,2
<i>davon Betriebsausgaben Liegenschaften</i>	235 088 575	235 968 300	243 513 205	7 544 905	3,2
<i>davon Instandsetzung Liegenschaften</i>	108 619 192	99 640 800	94 328 862	-5 311 938	-5,3
<i>davon Mieten und Pachten</i>	60 132 759	59 840 000	62 935 354	3 095 354	5,2
Abschreibungsaufwand und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	247 352 984	253 000 000	226 300 074	-26 699 926	-10,6
Vollzeitstellen (Ø)	238	246	240	-6	-2,4

Der Funktionsaufwand von ar Immo enthält sämtliche Ausgabenpositionen für die Immobilienbetreuung inkl. Aufwendungen für die Zumiete und die Aufwandpositionen der Leistungsverrechnung für die Betreiberleistungen, welche hauptsächlich die Logistikkbasis der Armee (LBA) im Auftrag von ar Immo erbringt.

Der Funktionsaufwand lag im Rechnungsjahr 2023 um 24,1 Millionen unter dem verfügbaren Kredit. Der Minderaufwand resultierte vor allem aus tieferen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immobilien. Diese sind nicht im Voraus genau planbar.

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben fielen um 2 Millionen tiefer aus, da die Internalisierung von Personen sowie die Besetzung von Vakanzen aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation noch nicht vollständig umgesetzt werden konnte. Der durchschnittliche Personalbestand lag u.a. auch deshalb um 6 FTE unter dem Planwert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben waren um 4,6 Millionen höher, was vor allem auf die teureren Energiepreise zurückzuführen ist.

Informatik: ar Immo bezieht IKT-Leistungen (Leistungsverrechnungsaufwand) bei der Führungsunterstützungsbasis (FUB) und beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT). Die verwendeten rund 2,7 Millionen teilten sich in 2,5 Millionen für Betrieb und Wartung und in 0,2 Millionen für die Projektierung der Realisierung der Bauwerksautomatisierung in Bauprojekten (z.B. Überwachungssysteme, Zutrittssteuerungen) auf. Der Minderaufwand von 3,2 Millionen ergab sich aus geplanten, aber noch nicht erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit Gebäudeautomatisierungen auf einsatzrelevanten Standorten.

Beratung: Im Berichtsjahr wurden rund 1,3 Millionen für Mandate im Zusammenhang mit Digitalisierungsprojekten der ar Immo eingesetzt, wobei Verzögerungen bei verschiedenen Mandaten zu geringen Minderausgaben (-0,1 Mio.) führten.

Die *Betriebsausgaben für die Liegenschaften* (243,5 Mio.) entfallen grösstenteils auf bundesinterne Betreiberleistungen an Liegenschaften, welche durch die Logistikkbasis der Armee (LBA; Verteidigung) sowie durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) im Auftrag von ar Immo erbracht werden. Die Betreiberleistungen umfassen unter anderem Ver- und Entsorgungen, Hauswartung, Reinigung, Wartung und Inspektion von Liegenschaften inkl. deren Umgebung. Die Betriebsausgaben für die Liegenschaften (Leistungsverrechnungsaufwand) fielen um 7,5 Millionen höher aus als budgetiert, dies vor allem aufgrund von wesentlich höheren Energiekosten.

Die *Ausgaben für die Instandsetzung von Liegenschaften* (94,3 Mio.) decken werterhaltende Massnahmen an Liegenschaften sowie Sanierungen von Altlasten ab. Im Rechnungsjahr wurden 5,3 Millionen weniger beansprucht als geplant. Insbesondere wurde seitens LBA (Verteidigung) weniger Unterhaltsarbeiten erbracht und verrechnet (-4,7 Mio.).

Die *Ausgaben für Mieten und Pachten* (rund 63 Mio.) entfallen grösstenteils auf die externe Zumiete von Liegenschaftsobjekten. Sie lagen über dem Budget (+3,1 Mio.), um den z.T. kurzfristig notwendigen Raumflächenbedürfnissen an diversen Standorten der Armee gerecht zu werden. Von diesen Mehrausgaben entfielen 0,4 Millionen auf höhere Nebenkosten aufgrund der gestiegenen Energiepreise.

Die verbleibenden Sach- und Betriebsausgaben von ar Immo (27,7 Mio.) werden vor allem für die Begleichung von weiteren Betreiberleistungen der LBA (Verteidigung) verwendet, wobei aus Sonderaufträgen (z.B. konzeptionelle Mitarbeit bei der Energieplanung oder Unterstützung bei alpiner Rettung bei Seilbahnen) ein Mehraufwand entstand (+3,2 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen und übrigen Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens enthalten die plan- und ausserplanmässigen Abschreibungen auf Gebäuden (226,3 Mio.). Sie wurden sowohl gegenüber dem Budgetwert als auch gegenüber dem Vorjahreswert deutlich unterschritten, da im Vergleich weniger ausserplanmässige Wertberichtigungen, wie z.B. Buchverluste durch Verkäufe von Liegenschaften, zu verzeichnen waren. Durch die sicherheitspolitische Lage wurden 2023 weniger Objekte verkauft und dadurch weniger Buchverluste realisiert.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+0,6 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 392 800 Franken zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur (zusätzliche Pensionskassenbeiträge), 117 600 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung, 113 500 Franken für Hochschulpraktikanten und 24 000 Franken für die berufliche Integration.
- Kreditverschiebungen (+11,7 Mio.) von der Verteidigung: 5,7 Millionen für Rückstellungen für Altlastensanierungen und Lärmschutzmassnahmen, 3 Millionen für den Mehraufwand beim kaufmännischen und technischen Gebäudemanagement sowie 3 Millionen für Datendigitalisierungsvorhaben.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Anmiete von Immobilien in Epeisses und Aire-la-Ville GE» (V0300.09), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

A201.0001 INVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	423 957 717	412 530 000	412 528 184	-1 816	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>12 530 000</i>			
Laufende Ausgaben	570 825	1 000 000	75 911	-924 090	-92,4
Investitionsausgaben	423 386 893	411 530 000	412 452 273	922 273	0,2

Die Investitionsausgaben enthalten bauliche Massnahmen für Liegenschaften. Sie entfallen vollständig auf die Leistungsgruppe 1 «Kernbestand Immobilien VBS». Die Investitionsausgaben werden vor allem für neue Bedürfnisse eingesetzt, aber auch, um den bestehenden Nachholbedarf an Investitionen und Instandsetzungsmassnahmen abzubauen.

Die laufenden Ausgaben fielen um 0,9 Millionen tiefer aus, da nachträgliche Baumassnahmen seit Änderung der Buchungspraxis (seit 1.1.2022) fast ausschliesslich über die Investitionsausgaben abgewickelt werden.

Kreditmutationen

- Abtretung (+0,9 Mio.) von der Bundeskanzlei (Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung des Bundes; DTI Bund) für den Aufbau des «Optischen Behördennetzes Bund».
- Kreditverschiebungen (+11,7 Mio.): vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) 6 Millionen und von der Verteidigung 5,5 Millionen für den Abbau des aufgelaufenen Instandsetzungsbedarfs und des Nachholbedarfs beim Vollzug gesetzlicher Auflagen sowie vom Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) 150 000 Franken für bauliche Massnahmen gemäss Regelung betreffend Objektübertragungen zwischen Bau- und Liegenschaftsorganen (BLO) des Bundes.

Hinweise

Laufende Verpflichtungskredite «Immobilien», jährlich mit besonderer Botschaft beantragt (Immobilienbotschaft VBS bis 2015 bzw. Immobilienprogramm in der Armeebotschaft seit 2016): V0251.01, V0259.01, V0259.03, V0275.00 bis V0275.03, V0300.00 bis V0300.05, V0300.07, V0315.00 bis V0315.06, V0330.00 bis V0330.03, V0349.00 bis V0349.04, V0362.00 bis V0362.06, V0380.00 bis V0380.03, V0381.07 bis V0381.08 sowie V0395.00 bis V0395.07, siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite: «Nationales Sicheres Datenverbundsystem (SDVS)» (V0333.00) und «Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz» (V0393.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Immobilien»: V0300.08, siehe Band 1A, Ziffer D 21

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Armee 2021–2024» (Z0060.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Kernbestand Immobilien VBS		LG 2: Dispositionsbestand Immobilien VBS	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	1 123	1 087	27	27
Personalausgaben	40	41	2	2
Sach- und Betriebsausgaben	413	408	25	25
<i>davon Informatik</i>	4	3	0	0
<i>davon Beratung</i>	2	1	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	247	226	-	-
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	423	412	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	227	230	11	10

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	-	7 640 000	7 640 000
Endbestand per 31.12.2023	-	7 640 000	7 640 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Keine.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (7,6 Mio.) entfallen auf die Projekte Gesamtsanierung 2. Etappe in Frauenfeld aus dem Immobilienprogramm (IP) 2020 (5,4 Mio.), Neubau Munitionsmagazin in Bière aus dem IP 2017 (1,5 Mio.) und Erneuerung LAN-Infrastruktur, Flugplatz Payerne aus dem IP 2018 (0,8 Mio.).

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Definition der Massnahmen und rollende Umsetzung der «Strategie Geoinformation Schweiz», in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesstellen und den Kantonen
- Sicherstellung der Verfügbarkeit der aktuellsten Georeferenzdaten der Schweiz (flächendeckend und in der erforderlichen Qualität)
- Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz – Schaffung der rechtlichen Grundlagen
- Umsetzung der Massnahmen zur «Strategie swisstopo 2025»
- Erneuerung der Produktionsinfrastruktur von swisstopo (Programm «NEPRO»)

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	18,2	17,8	16,2	-2,0	-11,1
Laufende Ausgaben	95,8	104,2	103,5	7,6	8,0
Eigenausgaben	81,9	90,2	89,4	7,5	9,1
Transferausgaben	13,9	14,1	14,1	0,2	1,1
Selbstfinanzierung	-77,7	-86,5	-87,3	-9,6	-12,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,2	1,5	-0,5	-0,7	-344,2
Jahresergebnis	-77,5	-84,9	-87,8	-10,3	-13,3
Investitionseinnahmen	-	-	0,0	0,0	-
Investitionsausgaben	2,1	5,2	2,9	0,8	41,2

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen von swisstopo werden durch den Verkauf von Verlagsprodukten, Dienstleistungen und Facharbeiten generiert. 73 Prozent des Ertrags wurden mit Leistungen für andere Bundesstellen erzielt (v.a. Verteidigung, Bundesamt für Umwelt, armasuisse Immobilien und Bundesamt für Strassen). Die Mindereinnahmen von -2 Millionen im Vergleich zum Vorjahr sind auf geringere Bezüge von Dienstleistungen durch andere Bundesämter, auf das neue, vereinfachte Verrechnungsmodell mit tieferen Gebührensätzen beim Swiss Positioning Service (swipos) sowie auf rückläufige Kartenverkäufe zurückzuführen.

Die laufenden Ausgaben bestehen zu 86 Prozent aus Eigenausgaben und zu 14 Prozent aus Transferausgaben. Die Eigenausgaben umfassen insbesondere Personalausgaben (64 %), Informatikausgaben, Ausgaben für externe Dienstleistungen und Mietaufwand. Die Zunahme um 7,6 Millionen ist knapp zur Hälfte durch höhere Personalausgaben aufgrund des Personalaufbaus um durchschnittlich 15 Vollzeitstellen begründet. Noch stärker hat der Sach- und Betriebsaufwand zugenommen: Höhere Aufwendungen verzeichneten die Bereiche Informatik (z.B. für die Projekte Verkehrsnetz Schweiz, Nationales Geologisches Modell NGM, BIM Mont Terri, Programm Neue Produktionssysteme NEPRO), externe Dienstleistungen (z.B. für das Projekt NGM und Dienstleistungen zu Gunsten der Landesgeologie) sowie Publikationen und Drucksachen (z.B. für den Anlass Connected der Verteidigung). Die Transferausgaben enthalten die Abgeltungen an die Kantone für die amtliche Vermessung und den ÖREB-Kataster und waren ähnlich hoch wie im Vorjahr.

Die Abschreibungen und übrigen Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen lagen um 0,7 Millionen über dem Vorjahr, insbesondere aufgrund von Abschreibungen von immateriellen Anlagen.

Die Zunahme der Investitionsausgaben (+0,8 Mio.) ist vor allem auf den Kauf von kleinen Servern mit höheren Rechenleistungen zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Botschaft konnte aufgrund einer leichten Verzögerung im Zeitplan nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet werden.
- Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Schlussbericht zu der gewünschten Machbarkeitsstudien sowie die Auswertung der aufgetragenen Gruppengesprächen lag erst im November vor, so dass die Botschaft dem Bundesrat im Berichtsjahr nicht mehr unterbreitet werden konnte.
- Teilrevision der Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV): Inkraftsetzung (nicht erreicht)
Die Änderung des GeolG wurde durch den Bundesrat am 23.08.2023 genehmigt. Diese Änderung muss erst im Parlament behandelt werden, bevor die Verordnungsänderung abgeschlossen werden kann.
- Verpflichtungskredit zum Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz (Teilrevision des GeolG): Beantragung (nicht erreicht)
Das Geschäft kann erst nach der Verabschiedung der Botschaft finalisiert werden. Die parlamentarische Behandlung der Botschaft konnte noch nicht gestartet werden, so dass die Grundlagen für die Finanzwerte im VK noch nicht definitiv feststehen.
- Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Nutzerorientierte Weiterentwicklung (erreicht)
- Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Umsetzung gemäss Aktionsplan «Nationales Geologisches 3D-Modell» (NGM) (erreicht)
- Strategie «Geoinformation Schweiz»: Umsetzung gemäss Aktionsplan (erreicht)

LG1: TOPOGRAFIE UND KARTOGRAFIE

GRUNDAUFTRAG

Dreidimensionale Vermessung der Schweiz in hoher Aktualität und Qualität: swisstopo erstellt und aktualisiert die topografische und kartografische Landesvermessung sowie die daraus abgeleiteten amtlichen Produkte in analoger und digitaler Form gemäss Bundesrecht. Dabei werden genaue, zuverlässige, flächendeckende, nachhaltige, interessensneutrale und aktuelle Georeferenzdatensätze für einen breiten Kreis von Nutzenden in zeitgemässer Form bereitgestellt. Die Geodatensätze der Landesvermessung bilden eine Grundvoraussetzung für politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und sind die zentrale Basis der Nationalen Geodateninfrastruktur.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	8,9	12,0	8,5	-3,5	-29,6
Aufwand und Investitionsausgaben	41,8	49,6	45,5	-4,2	-8,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Topografische Landesvermessung: Die Daten werden regelmässig aktualisiert und an neue Benutzerbedürfnisse angepasst			
- Orthophotos: Vermessene Fläche der Schweiz pro Jahr (%; min.)	28	30	35
- Höhenmodelle: Vermessene Fläche der Schweiz pro Jahr (%; min.)	16	15	15
- Topografisches Landschaftsmodell: Vermessene Fläche der Schweiz pro Jahr (%; min.)	15	15	18
- Erstellung eines Oberflächenmodells des Gesamtperimeters (%)	80	87	88
Kartografische Landesvermessung: Die Daten werden regelmässig aktualisiert und die Produktion auf eine digitale Form umgestellt			
- Landeskartenwerk: Vermessene Fläche der Schweiz (%; min.)	20	15	17
- Neu publizierte Datensätze von thematischen Geobasisdaten (Anzahl)	15	18	16
- Stand der technischen Harmonisierung der Daten des angrenzenden Auslands im Kartenwerk der Schweiz (%)	33	66	66

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht oder übertroffen. Zu einer Abweichung kam es bei:

Kartografische Landesvermessung: Die zwei fehlenden Datensätze bei den thematischen Geobasisdaten wurden unmittelbar nach dem Jahreswechsel publiziert.

LG2: VERMESSUNG UND GEOKOORDINATION

GRUNDAUFTRAG

Geoinformationen bilden die Basis für Entscheidungen in sehr vielen Lebensbereichen. swisstopo koordiniert und fördert die Harmonisierung aller Geoinformationen von nationaler Bedeutung und stellt deren rasche, einfache und nachhaltige Verfügbarkeit sicher. Die Leistungsgruppe 2 stellt mit der geodätischen Landesvermessung die Grundlage für alle Vermessungen in der Schweiz sicher, erbringt Fachdienstleistungen und pflegt die Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI). Die Rechtssicherheit bezüglich Grund und Boden wird garantiert, indem swisstopo flächendeckend die Daten der amtlichen Vermessung bereitstellt und den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen mit den Kantonen betreibt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R	VA	R	Δ R23-VA23	
	2022	2023	2023	absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	10,8	9,2	9,2	0,0	-0,2
Aufwand und Investitionsausgaben	28,9	32,9	30,7	-2,1	-6,5

ZIELE

	R	VA	R
	2022	2023	2023
Rechtssicherheit: swisstopo ermöglicht eine vollumfängliche Dokumentation und Veröffentlichung der rechtlich verbindlichen Situation an Grund und Boden			
- Amtliche Vermessung in digitalem Standard (% min.)	87	89	89
- Kantone, bei denen das Konzept für die Weiterentwicklung des ÖREB-Katasters bewilligt wurde (Anzahl min.)	8	16	25
Geodätische Landesvermessung: Die Daten werden laufend aktualisiert			
- Verfügbarkeit der Permanent- und Fixpunktnetze (% min.)	97	96	99
- Verfügbarkeit der Rechen- und Transformationsdienste (% min.)	99	97	99
Geodaten: Die Bundes Geodateninfrastruktur ist hoch verfügbar, die Nachfrage steigt			
- Verfügbarkeitsgrad der Geodateninfrastruktur (% min.)	100	98	100
- Jährliche Zunahme der Nutzung von Geodaten der BGDI (%)	-3	5	-6

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht oder übertroffen. Zu einer Abweichung kam es bei:
Geodaten: Die Abnahme bei der jährlichen Nutzung der Geodaten im Jahr 2023 um 6 Prozent kommt daher, dass der Indikator nicht mehr zeitgemäss ist, weil er nicht alle Geodaten umfasst (lediglich den Kartenviewer). Würden die Geodienste miteinbezogen, wäre eine Zunahme um 16,6 Prozent zu verzeichnen. Dieses Ziel entfällt ab dem Jahr 2024.

LG3: LANDESGEOLOGIE

GRUNDAUFTRAG

swisstopo erstellt und aktualisiert die geologischen Grundlagendaten in analoger und digitaler Form, leitet und betreibt das Untergrund-Forschungslabor Mont Terri und erstellt das geologische 3D-Modell der Schweiz für einen breiten Kreis von Nutzern (Behörden, Hochschulen und Private). Die geologischen Daten bilden die Grundlagen für den Schutz und die Nutzung des Untergrundes im Hinblick auf die Energiestrategie 2050, die Entsorgung nuklearer Abfälle, die Nutzung einheimischer Rohstoffe und des Grundwassers sowie den Bau von unterirdischen Infrastrukturanlagen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,2	1,2	1,0	-0,2	-16,0
Aufwand und Investitionsausgaben	15,9	16,0	19,1	3,1	19,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Informationssystem für Untergrunddaten: Das Informationssystem wird ausgebaut			
- Verfügbare geologische Datensätze via Internet (Anzahl, min.)	-	9 500	0
- Publierte geologische Atlasblätter der Schweiz 1:25'000 (Anzahl)	178	183	178
- Aktualisierung der Datenlayer Geologie und Georessourcen auf map.geo.admin.ch (Anzahl, min.)	22	5	5
- Aktualisierung nationale geologische Modelle (%)	10	10	10
Mont Terri: Die swisstopo betreibt das Untergrund-Forschungslabor			
- Erweiterung des Portfolios durch neue Experimente aus dem Bereich CO ₂ -Speicherung und Geothermie (Anzahl, min.)	1	1	1
- Besucher im Besucherzentrum des Felslabors (Anzahl, min.)	3 574	4 000	3 843

KOMMENTAR

Die Ziele wurden teilweise erreicht. Zu Abweichungen kam es bei:

Informationssystem für Untergrunddaten: Die geologischen Datensätze sind nach wie vor verfügbar, die Anzahl ist aufgrund des Umbaus der IT-Infrastruktur jedoch nicht mehr auswertbar (Ziel entfällt ab Voranschlag 2024). Aufgrund der Umstellung auf ein neues Produktionssystem konnte auch der Zielwert bei den publizierten geologischen Atlasblätter nicht erreicht werden.

Mont Terri: Im Untergrund-Forschungslabor konnte bei den Besucherzahlen das Niveau vor der Pandemie noch nicht ganz erreicht werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	20 970	22 421	18 667	-3 754	-16,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	20 970	22 421	18 667	-3 754	-16,7
Aufwand / Ausgaben	100 487	112 564	109 337	-3 227	-2,9
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	86 579	98 497	95 271	-3 227	-3,3
Kreditverschiebung		-333			
Abtretung		2 362			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		942			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		1 334			
Transferebereich					
LG 2: Vermessung und Geokoordination					
A231.0115 Abgeltung der amtlichen Vermessung und des ÖREB-Katasters	13 907	14 067	14 066	-1	0,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	20 969 620	22 421 300	18 667 470	-3 753 830	-16,7
Laufende Einnahmen	18 189 006	17 766 300	16 162 671	-1 603 629	-9,0
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	2 780 615	4 655 000	2 478 938	-2 176 062	-46,7
Investitionseinnahmen	-	-	25 861	25 861	-

Der Funktionsertrag von swisstopo wird aus Verkäufen (z.B. von Geodaten oder Landeskarten) und Dienstleistungen an Dritte (wie z.B. Positionierungsdienst swipos, Dienstleistungen von KOGIS), aus der Aktivierung von Eigenleistungen (z.B. zu Gunsten des Programms «Neue Produktionssysteme» NEPRO und Herstellung von Landeskarten) sowie aus der Verrechnung von Leistungen an andere Bundesämter (z.B. Abgabe von Landeskarten an die Armee) generiert.

Die laufenden Einnahmen lagen um 1,6 Millionen unter den Erwartungen. Der Planwert für den Ertrag aus bundesinterner Leistungsverrechnung wurde zu 93 Prozent erreicht (-0,9 Mio.). Die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) für das Projekt «Oberflächenbewegungen mittels InSAR» (Interferometric Synthetic Aperture Radar) wurde aufgrund von Problemen beim Lieferanten der swisstopo aufgehoben (-0,3 Mio.). Zudem waren insbesondere geringere Leistungsbezüge verantwortlich für den Rückgang. Die schuldenbremsenwirksamen Mindereinnahmen von 0,7 Millionen sind auf das neue, vereinfachte Verrechnungsmodell mit tieferen Gebührensätzen beim Swiss Positioning Service swipos (-0,4 Mio.) sowie auf die rückläufigen Verkäufe der Karten (-0,4 Mio.) zurückzuführen.

Der Minderertrag von 2,2 Millionen bei den Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens ist auf zeitliche Verzögerungen im Programm «Neue Produktionssysteme» (NEPRO) zurückzuführen; dadurch konnten weniger Eigenleistungen (v.a. Personalsstunden) erbracht und aktiviert werden als geplant.

Die Investitionseinnahmen stammen aus dem Verkauf eines Druckers, der ersetzt worden ist.

Rechtsgrundlage

Geoinformationsgesetz vom 5.10.2007 (GeolG; SR 510.62), Art. 15 und 19.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	86 579 400	98 497 376	95 270 651	-3 226 725	-3,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		4 304 776			
Funktionsaufwand	84 523 620	93 301 873	92 367 035	-934 838	-1,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	81 940 990	90 161 873	89 404 627	-757 246	-0,8
Personalausgaben	53 530 964	57 870 600	56 910 631	-959 969	-1,7
Sach- und Betriebsausgaben	28 410 026	32 291 273	32 493 996	202 723	0,6
<i>davon Informatik</i>	11 566 467	13 132 420	13 714 267	581 847	4,4
<i>davon Beratung</i>	3 432 478	4 815 000	3 600 008	-1 214 992	-25,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2 582 630	3 140 000	2 962 408	-177 592	-5,7
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	2 055 780	5 195 503	2 903 616	-2 291 887	-44,1
Vollzeitstellen (Ø)	315	331	330	-1	-0,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Geschäftsleitung der swisstopo hat beschlossen, bei Vertrauensarbeitszeit die Option «6 Prozent mehr Lohn» nicht mehr zuzulassen. Dies führte insbesondere zu Minderausgaben von rund 1,1 Millionen. Weitere 0,1 Millionen wurden bei den übrigen Personalausgaben (Personalinsetrate und Assessments) eingespart. Die Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben nahmen aufgrund des Personalaufbaus und der damit verbundenen Einarbeitung der neuen Mitarbeiter um 0,2 Millionen zu. Der durchschnittliche Personalbestand lag aufgrund längerer Vakanzen infolge des Fachkräftemangels knapp unter dem Planwert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben fielen um 0,2 Millionen höher aus. Dieser Mehrbedarf wurde innerhalb des Kredits kompensiert.

Informatik: Die 13,7 Millionen verteilten sich wie folgt auf Betrieb und Projekte: Rund 11 Millionen resp. 80 Prozent wurden für den Betrieb eingesetzt. Bei den Projekten (knapp 2,8 Mio.) wurden Mittel für das Programm «Neue Produktionssysteme» (NEPRO; 0,8 Mio.), für das «Nationale Geologische 3D-Modell des Untergrundes» (NGM; 0,8 Mio.), für «Verkehrsnetz Schweiz» (0,6 Mio.), für «BIM Mont Terri» (0,2 Mio.) sowie für «Next Generation Map» (0,2 Mio.) verwendet. Die Mehrausgaben von 0,6 Millionen sind auf zusätzliche Informatikentwicklungen zugunsten der Projekte «NGM» und «Verkehrsnetz Schweiz» zurückzuführen.

Beratung: Von den 3,6 Millionen wurden 1,6 Millionen zugunsten des Bereichs KOGIS (v.a. für Arbeiten im Zusammenhang mit der Nationalen Geodateninfrastruktur NGDI), 1,2 Millionen für Beratungen des Bereichs Landesgeologie (z.B. Koordination Georessourcen Schweiz, Arbeiten für das Projekt NGM und Datenmanagement mit dem Bundesamt für Energie), 0,4 Millionen für Beratungen des Bereichs Vermessung (z.B. Geometerkommission und ÖREB-Kataster) und 0,4 Millionen zugunsten des Bereichs Topografie (insbesondere für die Projekte «Verkehrsnetz Schweiz» und «GoTOP» sowie für eine Forschung zu künstlicher Intelligenz für die topografische Kartierung) eingesetzt. Die Ausgaben für «Verkehrsnetz Schweiz» fielen nicht wie geplant vor allem für Beratungen an, sondern grösstenteils in der Informatik. Dies sowie Verzögerungen in den Projekten «Verkehrsnetz Schweiz» und «Vertriebsunterstützung» führten zu einem Minderbedarf von 1,2 Millionen. Entsprechend wird die Bildung von zweckgebundenen Reserven beantragt.

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben von 15,2 Millionen umfassen insbesondere externe Dienstleistungen (46 %), Mietaufwand (27 %, v.a. Leistungsverrechnungsaufwand), sonstigen Betriebsaufwand (7 %), Lufttransportdienste (5 %) sowie Spesen (4 %). Sie lagen um 0,8 Millionen über dem Voranschlagswert. Mehrausgaben von 1 Million entstanden für externe Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Landesgeologie (z.B. für geologische Landesaufnahme und für Experimente im Felslabor Mont Terri) und Vermessung (z.B. für Übersetzungen, Pilotprojekt Dienstbarkeiten). Der durch das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) geplante Ausbau des Gebäudes von swisstopo wurde auf 2024 verschoben, weshalb der Mietaufwand tiefer ausfiel als geplant (-0,5 Mio.). Da wieder mehr gereist wurde, fielen die Spesen höher aus (+0,2 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die rund 2,3 Millionen Abschreibungsaufwand fielen wie folgt an: 1 Million für Informatiksysteme, 0,7 Millionen für mobiles Anlagevermögen, 0,5 Millionen für immaterielle Anlagen und 0,2 Millionen für Software. Der Abschreibungsaufwand entsprach dem Voranschlagswert 2023. Die Lagerabgänge von Verlagsprodukten lagen hingegen mit 0,6 Millionen um 0,2 Millionen unter dem Voranschlagswert, da weniger Verlagsprodukte (z.B. Landeskarten 1: 25 000) verkauft werden konnten.

Investitionsausgaben

2023 wurden Investitionen im Umfang von 2,9 Millionen getätigt. Im Vordergrund standen die Storage-Erweiterung, die Reservation von Rechenleistungen, der Kauf eines Luftbildscanners sowie von Kartenpapier. Der Minderbedarf von 2,3 Millionen ist

einerseits darauf zurückzuführen, dass die geplanten Ausgaben für NEPRO und NGM hauptsächlich in der Informatik resp. den externen Dienstleistungen anfielen und weniger bei den Investitionen, andererseits auf Verzögerungen in diesen Projekten und beim Kauf von Kartenpapier. Entsprechend beantragt swisstopo die Bildung zweckgebundener Reserven.

Kreditmutationen

- Abtretungen (+2,4 Mio.): vom Eidgenössischen Personalamt 525 600 Franken für Hochschulpraktikanten, 408 100 Franken für Lernende, 531 000 Franken zum Ausgleich der ungünstigen Alters- und Lohnklassenstruktur (zusätzliche Pensionskassenbeiträge), 171 700 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung und 16 000 Franken für die berufliche Integration; von der Bundeskanzlei (BK DTI) für die Digitalisierungsprojekte «BIM Mont Terri» 400 000 Franken, «Next Generation Map» 200 000 Franken sowie «Dienstbarkeiten Grundbuch» 110 000 Franken.
- Kreditverschiebung (+0,1 Mio.): Rücktransfer von 106 700 Franken vom GS-VBS, da swisstopo keine neuen AWB-Karten (Ausweis und Badge) benötigt.
- Kreditverschiebung (-0,4 Mio.): 440 000 Franken an das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) für die Finanzierung der swisstopo App.
- Kreditüberschreitungen (+2,3 Mio.): 1 333 750 Franken für die Verwendung von zweckgebundenen Reserven zugunsten zahlreicher in Vorjahren verzögerter Projekte (z.B. Hard- und Software für Server des Netzwerks, Support Swiss Map, Softwarewartung Leica Geosystems, Landkartenpapier) und 941 926 Franken gestützt auf die neue Möglichkeit der Kreditüberschreitung um 1 Prozent (FHG Art. 36 Abs. 2).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Neue Produktionssysteme (NEPRO)» (V0387.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Topografie und Kartografie		LG 2: Vermessung und Geokoordination		LG 3: Landesgeologie	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	42	45	29	31	16	19
Personalausgaben	27	29	19	19	7	9
Sach- und Betriebsausgaben	12	13	9	10	8	10
davon Informatik	5	7	4	5	2	3
davon Beratung	0	0	2	2	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2	2	0	1	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	1	2	0	1	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	173	182	104	105	38	43

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	4 021 349	1 295 518	5 316 867
Bildung aus Rechnung 2022	–	4 678 790	4 678 790
Auflösung / Verwendung	–	-1 511 638	-1 511 638
Sonstige Transaktionen	–	-810 000	-810 000
Endbestand per 31.12.2023	4 021 349	3 652 670	7 674 019
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 800 000	1 800 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 1,3 Millionen eingesetzt: 325 928 Franken für die Beschaffung von Hard- und Software für Server des Netzwerks, 264 000 Franken für den Support der Swiss Map, 117 420 Franken für die Weiterentwicklung Leica Geosystems, 92 291 Franken für Landkartenpapier, 90 000 Franken für das Projekt «Co-Creation für das Swiss Territorial Data Lab (STD L)», 84 269 Franken für die Entwicklung eines QA-Frameworks für die Migration auf ArcObjects 11, 55 028 Franken für die Beschaffung «Bring your own device», 50 000 Franken für das Projekt «Analyse der Auswirkungen der OGD-Einführung bei swisstopo», 50 000 Franken für das Projekt Rack Jobbing, 46 542 Franken für das Projekt Next Generation Map, 45 000 Franken für Externe Bedarfsanalyse der «Krisenresistenz» swisstopo, 25 705 Franken für Print on Demand, 24 638 Franken für das Projekt «OWARNA II», 19 863 Franken für das Projekt «CMS-Migration», 19 077 Franken für das Projekt «Externalisierung Software-Entwicklung», 16 846 Franken für die Sicherheitsanlage Mont Terri und 7143 Franken für das Projekt «Nationales Bohrkernlager (NBKL)». Aufgrund der Aufhebungsvereinbarung für das Projekt «Oberflächenbewegungen mittels InSAR» (Interferometric Synthetic Aperture Radar) wurden bestehende Reserven im Umfang von 0,8 Millionen ans Bundesamt für Umwelt (BAFU) übertragen. Zudem wurden für nicht mehr benötigte Mittel Reserven aufgelöst (0,2 Mio.).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (3,7 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte NEPRO (1,6 Mio.), NGM – Digitalisierung kantonale Archive (0,5 Mio.), NGM – Datenrechte (0,5 Mio.), NGM – GeoCover (0,3 Mio.), Weiterentwicklung swisstopo App (0,2 Mio.), Externalisierung Software Entwicklung (0,2 Mio.), Rack Jobbing (0,1 Mio.), Next Generation Map (0,1 Mio.), CMS-Migration (0,1 Mio.) und die Beschaffung eines neuen Fahrzeugs (0,1 Mio.). Zudem verfügt swisstopo über allgemeine Reserven in Höhe von 4 Millionen.

Anträge zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Verzögerungen bei mehreren Projekten konnten Mittel im Umfang von 1,8 Millionen nicht wie geplant eingesetzt werden:

- NEPRO-Projekt K2 550 000 Franken

Das Projekt K2 ist ein Upgrade-Projekt im Rahmen des DTI-Schlüsselprogramms NEPRO (neue Produktionssysteme swisstopo) mit dem Ziel der Einführung der zweiten Generation GIS-basierter Produktionssysteme für die Kartografie bis 2025. Die finanziellen Mittel basieren auf dem Verpflichtungskredit NEPRO 2023–29, mit entsprechender Tranche für 2023. Der Beschaffungsprozess für die Formulierung der WTO-Grundlagen dauerte länger als vorgesehen, der unterzeichnete Vertrag lag erst Anfang September 2023 vor. Darauf folgend starteten die Arbeiten zum ersten Einzelvertrag, sie konnten jedoch nicht mehr 2023 abgeschlossen werden, so dass noch keine Zahlungen geleistet werden konnten. Die für 2023 vorgesehenen Mittel (0,6 Mio.) werden in den Folgejahren zweckgebunden eingesetzt für die Umsetzung des Upgrade-Projekts, unter Berücksichtigung von Abhängigkeiten zu anderen Projekten innerhalb des Programms NEPRO.

- NEPRO-Projekt GoTOP 550 000 Franken

Das Projekt GoTOP ist ein Upgrade-Projekt im Rahmen des DTI-Schlüsselprogramms NEPRO und bezweckt die Ablösung des Produktionssystems TOPGIS für die Topografie und die Landesgeologie. Die finanziellen Mittel basieren auf dem Verpflichtungskredit NEPRO 2023–29, mit entsprechender Tranche für 2023. Die Erarbeitung der WTO-Unterlagen für die Beschaffung der Dienstleistungen dauerte länger als vorgesehen, der unterzeichnete Vertrag lag erst Mitte Dezember 2023 vor. Darauf folgend starteten die Arbeiten zum ersten Einzelvertrag. Diese konnten jedoch nicht mehr 2023 abgeschlossen werden, der Kickoff verzögerte sich infolge von Unklarheiten zum Vertragskonstrukt. Zudem war es aufgrund des Fachkräftemangels schwierig, die Spezialisten für die Formulierung der WTO-Anforderungen zu finden, der Rekrutierungsprozess dauert länger als geplant. Die für 2023 vorgesehenen Mittel (0,6 Mio.) werden aber in den Folgejahren verwendet, weshalb sie in die zweckgebundenen Reserven eingelegt werden sollen.

- Projekt Verkehrsnetz Schweiz 400 000 Franken

Der Bundesrat hat im Februar 2022 entschieden, dass die Nutzung von Mobilitätsdaten verbessert und das Verkehrssystem effizienter gemacht werden soll. Unter anderem hat er dazu VBS/swisstopo mit der Realisierung von Verkehrsnetz CH – der zukünftigen, nationalen Geodateninfrastruktur für die Mobilität – beauftragt. Dazu hat er für die Jahre 2023 bis 2025 entsprechende Finanzmittel gesprochen. Diese Mittel wurden dabei gleichmässig auf die drei Jahre aufgeteilt (Personalausgaben von 0,95 Mio., Sachausgaben von 1,3 Mio. pro Jahr). Wie sich im Rechnungsjahr herausstellte, entspricht diese lineare Verteilung nicht dem Projektverlauf, da durch den benötigten Beschaffungsprozess nach WTO erst im August 2023 die Unterstützung durch externe Dienstleistungsmandate gestartet werden konnte. Zusätzlich wurde das Projekt um rund zwei Monaten verzögert, da die bewilligten Stellen bei swisstopo mangels geeigneter Bewerbungen später als geplant besetzt werden konnten. Gemäss Projektplanung sollten die nun beantragten zweckgebundenen Reserven in den Folgejahren eingesetzt werden.

- Projekt Beschaffung LIDAR-Daten 2025–2023,
WTO Realisierungsetappe (RE) 2022/23 200 000 Franken

Im Rahmen des Projektes zur Beschaffung der Luftbilddaten (LIDAR = Light Detection and Ranging) werden die Daten von externen Firmen mit einem LIDAR-Sensor in einem Flugzeug erfasst und anschliessend im Büro aufbereitet. Die Erfassung dieser Daten soll in Zeiträumen erfolgen, in denen die Belaubung der Bäume minimal ist und kein Schnee am Boden liegt. Es war geplant, die RE 2022/23 abzuschliessen. Leider konnten die Erfassungsflüge seitens der Firma Sintégra nicht wie geplant abgeschlossen werden. Es fehlen noch 4 Prozent der geplanten Fläche. Gründe dafür sind einerseits der warme Herbst und der sehr späte Laubfall, andererseits der rasche Wintereinbruch mit Schnee. Arbeiten (Befliegungen, Datenverarbeitung, Lieferung und Abnahme der Produkte und Berichte) werden daher noch in den Folgejahren notwendig sein, das Projekt kann erst dann abgeschlossen werden.

- Projekt OWARNA 100 000 Franken

Beim Projekt OWARNA geht es um die Optimierung von Warnung und Alarmierung der Bevölkerung vor Naturgefahren. Es gibt zwei Gründe für die verzögerte Realisierung: 1. Verzögerung des Projektstarts um 1/2 Jahr: Das Projekt konnte aufgrund von Rekrutierungsproblemen (Fachkräftemangel) erst ein halbes Jahr später operativ begonnen werden. Diese Verzögerung hatte weitreichende Auswirkungen auf den Fortschritt des Projekts, insbesondere bezüglich Evaluation, Konzeption, Entwicklung und Inbetriebnahme der Satellitendaten-Verarbeitungsprozesskette. 2. Veränderter Bedarf an finanziellen Mitteln: In den ersten sechs Monaten lag der Fokus auf der Entwicklung der Verarbeitungsprozesskette, erst acht Monate nach Projektstart können

die kostenintensiven Daten-Reprozessierungen gestartet werden, wodurch einige Mittel nicht mehr wie geplant 2023 verwendet werden konnten.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: VERMESSUNG UND GEOKOORDINATION

A231.0115 ABGELTUNG DER AMTLICHEN VERMESSUNG UND DES ÖREB-KATASTERS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	13 907 487	14 066 900	14 066 264	-636	0,0

Bund und Kantone finanzieren die amtliche Vermessung und den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) gemeinsam. Die budgetierten Mittel richten sich nach den in den Kantonen für diese Aufgaben vorgesehenen Projekten. Ist die Finanzierung seitens der Kantone sichergestellt, gilt der Bund die Arbeiten zu 15 bis 60 Prozent ab. Jährlich werden vom Transferkredit für die Amtliche Vermessung und den ÖREB-Kataster rund 30 Prozent für ÖREB ausbezahlt.

Rechtsgrundlage

Geoinformationsgesetz vom 5.10.2007 (GeolG; SR 510.62), Art. 38 und 39.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2012–2015» (V0151.01), «Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2016–2019» (V0151.02), «Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2020–2023» (V0151.03) und «Abgelt. amtl. Vermessung + ÖREB-Kataster 2024–2027» (V0151.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

STAATSRECHNUNG

20

VERWALTUNGSEINHEITEN

23

EFD
WBF
UVEK

2B

IMPRESSUM

REDAKTION

Eidg. Finanzverwaltung

Internet: www.efv.admin.ch

VERTRIEB

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 601.300.23d

INHALTSÜBERSICHT

BAND 1A A KOMMENTAR ZUR BUNDESRECHNUNG

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

ZUSAMMENFASSUNG

B ZUSATZERLÄUTERUNGEN

C VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN

D STEUERUNG DES HAUSHALTES

E FONDS MIT SONDERRECHNUNGEN

F BUNDESBESCHLÜSSE

BAND 1B A JAHRESRECHNUNG DES BUNDES

B KREDITSTEUERUNG

C SPEZIALFONDS DER BUNDESRECHNUNG

D SPEZIALTHEMEN

BAND 2A RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

BEHÖRDEN UND GERICHTE

EIDG. DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR VERTEIDIGUNG, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
UND SPORT

BAND 2B RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG

EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE
UND KOMMUNIKATION

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

6	EIDG. FINANZDEPARTEMENT	3
600	GENERALSEKRETARIAT EFD	9
601	EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG	21
602	ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE	39
603	EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT	49
604	STAATSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN	55
605	EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG	63
606	BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT	81
609	BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION	113
611	EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE	123
614	EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT	129
620	BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK	139

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	72 167,9	77 482,4	76 029,5	3 861,5	5,4
Laufende Ausgaben	17 019,3	18 802,8	18 141,6	1 122,2	6,6
Eigenausgaben	2 961,1	3 159,3	3 002,5	41,4	1,4
Transferausgaben	13 053,6	14 350,8	13 846,7	793,1	6,1
Finanzausgaben	1 004,6	1 292,7	1 292,3	287,7	28,6
Selbstfinanzierung	55 148,6	58 679,7	57 887,9	2 739,3	5,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-344,7	-445,5	-357,3	-12,6	-3,6
Ergebnis aus Beteiligungen	1 515,6	1 423,0	2 409,9	894,3	59,0
Jahresergebnis	56 319,4	59 657,2	59 940,5	3 621,1	6,4
Investitionseinnahmen	651,6	870,9	841,6	189,9	29,1
Investitionsausgaben	548,3	605,6	536,3	-12,1	-2,2

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Finanzdepartement	3 003	1 385	8 729	653	78	13 847
600 Generalsekretariat EFD	48	34	165	8	2	-
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	61	36	185	18	4	3 493
602 Zentrale Ausgleichsstelle	158	126	786	14	2	-
603 Eidgenössische Münzstätte Swissmint	5	2	15	0	0	-
604 Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	22	19	85	1	1	25
605 Eidgenössische Steuerverwaltung	572	179	1 025	61	1	9 762
606 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit	959	638	4 384	131	59	567
609 Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	577	216	1 153	323	2	-
611 Eidgenössische Finanzkontrolle	33	28	125	2	2	-
614 Eidgenössisches Personalamt	24	11	132	8	0	-
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	544	95	674	88	4	-

GENERALSEKRETARIAT EFD

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung der Departementsvorsteherin in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen sowie der Kommunikation
- Steuerung und Koordination der Ressourcen des Departements
- Bearbeitung von Verwaltungsstrafverfahren im Bereich der Finanzmarktdelikte und Verantwortlichkeitsverfahren (Staatshaftung Bund)
- Wahrnehmung der Eignerinteressen des Bundes gegenüber der FINMA
- Förderung und Unterstützung der Digitalisierung
- Verbesserung der Cybersicherheit Bund und Schweiz

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	4,1	4,0	6,3	2,3	55,2
Laufende Ausgaben	41,0	62,7	48,1	7,1	17,2
Eigenausgaben	41,0	62,7	48,1	7,1	17,2
Selbstfinanzierung	-37,0	-58,7	-41,8	-4,8	-13,0
Jahresergebnis	-37,0	-58,7	-41,8	-4,8	-13,0

KOMMENTAR

Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus den Beiträgen der Kantone zur paritätischen Mitfinanzierung der Organisation und Umsetzungsplanung «Digitale Verwaltung Schweiz» von 3,1 Millionen inklusive der Beiträge einzelvertraglich mitwirkender Gemeinwesen sowie Strafzahlungen aus Verwaltungsstrafverfahren im Bereich der Finanzmarktgesetze. Die eingenommenen Strafzahlungen setzen sich zusammen aus rund 1,3 Millionen Wiedergutmachungszahlungen, eine Million Ersatzforderungen und 0,5 Millionen Bussen. Die eingenommenen Verfahrenskosten betragen rund 0,1 Millionen. Die Strafzahlungen begründen im Wesentlichen die erhöhten Einnahmen gegenüber dem Vorjahr.

Die Ausgaben bestehen zu drei Vierteln aus Personalausgaben und einem Viertel aus Sach- und Betriebsausgaben. Auf die Informatik entfällt mit 7,6 Millionen rund die Hälfte der Sach- und Betriebsausgaben. Die Ausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 7,1 Millionen. Diese Entwicklung ist auf den Ausbau des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit und der Digitalen Verwaltung Schweiz sowie Beratungsmandate hauptsächlich im Rahmen der Administrativuntersuchung zur Aufarbeitung der Ereignisse rund um den Datenabfluss bei der Firma Xplain, Informatikprojekte und verschiedene personelle Verstärkungen zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Grundsatzentscheid (erreicht)
- Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Vernehmlassung konnte nicht im Berichtsjahr eröffnet werden, weil gemäss Bundesratsbeschluss vom 15. Februar 2023 die Variantendiskussion erst nach Vorliegen der Strategie DVS fortgesetzt werden soll.
- Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG): Inkraftsetzung (erreicht)
- Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Vernehmlassung konnte nicht im Berichtsjahr eröffnet werden, weil das Parlament die Gesetzesvorlage erst im Rahmen der Herbstsession 2023 beschlossen hat.
- Optimierung der Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken: Beschluss / Umsetzung (erreicht)
- Bericht «Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 20.4594): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Nationale Cybersicherheitsstrategie (NCS): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Administrativuntersuchung zur Aufarbeitung der Ereignisse rund um den Datenabfluss bei der Firma Xplain: Beschluss (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS): Planmässige Umsetzung oder entsprechende Initialisierung der für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben (erreicht)
- Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS): Planmässige Umsetzung der für 2023 spezifisch für die Bundesverwaltung geplanten Umsetzungsvorhaben (erreicht)

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat stellt der Departementsvorsteherin führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt sie bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und stellt den erforderlichen Informationsfluss sicher. Es steuert die Ressourcen des Departements und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Im Rahmen der Corporate Governance nimmt es die Aufgaben der Eignerstelle gegenüber der FINMA wahr. Das im GS-EFD integrierte Nationale Zentrum für Cybersicherheit sorgt für die Verbesserung der Cybersicherheit des Bundes und der Schweiz. Ausserdem werden Übersetzungsleistungen für das Departement erbracht.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,0	0,9	3,1	2,2	238,4
Aufwand und Investitionsausgaben	37,2	44,6	43,4	-1,2	-2,7

KOMMENTAR

Der Funktionsertrag besteht weitgehend aus Strafzahlungen und Gebühren aus Verwaltungsstrafverfahren im Bereich der Finanzmarktgesetze. Rund drei Viertel des Funktionsaufwands fallen auf Personalausgaben, mit dem Rest werden Sach- und Betriebsausgaben gedeckt. Der Minderaufwand im Vergleich zum Voranschlag ist hauptsächlich auf den etappierten Aufbau des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit NCSC zurückzuführen.

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementengeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
– Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
– Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgt			
– Strategische Ziele sind vorhanden; mit der FINMA werden Eignergespräche geführt (ja/nein)	ja	ja	ja
Rechtsdienst: Die Rechtsverfahren werden zeitnah geführt und erledigt			
– Erledigungsquote der Verwaltungsstrafverfahren im Bereich der Finanzmarktdelikte (erledigte Verfahren / neue Verfahren) (%)	108	110	75
– Erledigungsquote der Staatshaftungsverfahren (erledigte Verfahren / neue Verfahren) (%)	115	100	80
Sprachdienste: Die Revisions- und Übersetzungsleistungen werden effizient und zur Zufriedenheit der Kunden erbracht			
– Durchschnittliche Kosten pro übersetzter Seite (CHF)	252	260	267
– Zufriedenheit der Kunden mit der Einhaltung des SLA (Skala 1-5)	4,6	4,5	4,6
Cybersicherheit: Das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) leistet einen Mehrwert zum Schutz vor Cyberrisiken in der Schweiz.			
– Einschätzung des Mehrwerts durch die Leistungsbezüger/-innen (Net Promoter Score) (Skala -100 bis +100)	50	50	50

KOMMENTAR

Rechtsdienst: Die angestrebten Erledigungsquoten konnten nicht erreicht werden.

Verwaltungsstrafverfahren: Im Jahr 2023 sind 243 neue Strafanzeigen eingegangen und 183 erledigt worden. Dies ergibt eine Erledigungsquote von 75 Prozent. Nachdem im Vorjahr eine grössere Zahl einfach abzuschliessender Verfahren erledigt werden konnte («low hanging fruits»), waren dieses Jahr tendenziell aufwändigere Fälle zu erledigen und gleichzeitig stieg die Anzahl neuer Strafanzeigen um fast 23 Prozent. Per Anfang 2024 beläuft sich die Anzahl unerledigter Strafanzeigen auf 541.

Staatshaftungsverfahren: Der Allgemeine Rechtsdienst war im laufenden Jahr stark mit Geschäften ausgelastet, die in der Erledigungsstatistik nicht erfasst werden (Sperrungsverfahren nach SRVG, Erarbeitung der EMBAV, Administrativuntersuchung Datenabfluss), weshalb die Erledigungsquote der Staatshaftungsverfahren von 100 Prozent nicht erreicht werden konnte.

Sprachdienste: Die durchschnittlichen Kosten pro übersetzte Seite werden auf Basis der Vollkosten berechnet. 2023 liegen sie sieben Franken über dem Sollwert. Während das Auftragsvolumen sich kaum verändert hat, sind die Ausgaben gegenüber den Kalkulationsgrundlagen für den Sollwert angestiegen. Dies ist auf die Lohnmassnahmen 2023 und das IKT-Projekt «E2E-Sprachdienste EFD» (E2E = Betrachtung des Übersetzungsprozesses von Anfang bis Ende) zurückzuführen. Ohne diese Effekte betrüge der Wert 259 Franken.

LG2: DIGITALE VERWALTUNG SCHWEIZ

GRUNDAUFTRAG

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) gründet auf einem vernetzten, gesamtschweizerischen Ansatz, koordiniert die Steuerung der digitalen Transformation zwischen und innerhalb der institutionellen Ebenen und ermöglicht Mitsprache und Mitgestaltung. Die Leistungen der DVS schaffen einen Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen und fördern die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,1	3,1	3,2	0,2	5,5
Aufwand und Investitionsausgaben	3,9	6,4	4,7	-1,7	-26,8

KOMMENTAR

Bund und Kantone finanzieren die Projekte und Aufgaben sowie die Geschäftsstelle E Government Schweiz paritätisch, wovon der Beitrag der Kantone 3 Millionen Franken beträgt. Im Budgetjahr 2023 beteiligten sich ausserdem 12 Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein mit einem Gesamtbetrag von 77 000 Franken. Beim Funktionsaufwand handelt es sich hauptsächlich um Personal- und Informatikausgaben. Die Budgetunterschreitung ist insbesondere auf verzögerte Projekte im Rahmen des Umsetzungsplans und der Agenda DVS zurückzuführen.

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Digitale Verwaltung Schweiz: Das GS-EFD führt die Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz administrativ zur Zufriedenheit der Partner			
- Sicht der Partner: Umfrage Zufriedenheit der Führungsgremien (operatives Führungsgremium und Delegierte) mit dem Status Jahresplanung (Skala 1-6)	5,3	5,0	5,1
- Projektsicht: Umfrage Zufriedenheit der projekt- und leistungsverantwortlichen Organisationen (Skala 1-6)	5,3	5,0	5,5

KOMMENTAR

Zur Messung der Zufriedenheit 2023 wurden 87 Delegierte, 14 Mitglieder des operativen Führungsgremiums DVS sowie 33 Personen der leistungsverantwortlichen Organisationen befragt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	4 081	3 985	6 332	2 347	58,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 009	913	3 089	2 176	238,4
E100.0002 Funktionsertrag (Globalbudget) Digitale Verwaltung Schweiz	3 072	3 073	3 243	170	5,5
Aufwand / Ausgaben	41 032	62 667	48 094	-14 573	-23,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	37 170	44 610	43 403	-1 207	-2,7
<i>Kreditverschiebung</i>		35			
<i>Abtretung</i>		1 706			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		1 309			
A200.0002 Funktionsaufwand (Globalbudget) Digitale Verwaltung Schweiz	3 863	6 408	4 691	-1 717	-26,8
<i>Abtretung</i>		-8 902			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		122			
A202.0114 Departementaler Ressourcenpool	-	11 649	-	-11 649	-100,0
<i>Nachtrag</i>		7 000			
<i>Abtretung</i>		-8 103			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 008 765	912 900	3 089 249	2 176 349	238,4

Der Funktionsertrag des GS-EFD umfasst die Verfahrenskosten und Strafzahlungen aus Verwaltungsstrafverfahren im Bereich der Finanzmarktgesetze, die Gebühren für Verfügungen nach Art. 271 Ziff. 1 StGB sowie die Vermietung von Parkplätzen an Mitarbeitende. 2023 konnten zudem Wiedergutmachungszahlungen im Umfang von 1.3 Millionen verbucht werden. Diese Zahlungen sowie Ersatzforderungen waren für den Anstieg gegenüber dem Voranschlag verantwortlich.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0). Allgemeine Gebührenverordnung vom 8.9.2004 (Allg-GebV; SR 172.041.1).

E100.0002 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET) DIGITALE VERWALTUNG SCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 072 462	3 072 500	3 242 861	170 361	5,5

Der Funktionsertrag «Digitale Verwaltung Schweiz» umfasst den Basisbeitrag der Kantone von 3 Millionen zur paritätischen Mitfinanzierung der Organisation und des Umsetzungsplans «Digitale Verwaltung Schweiz». Zudem beteiligten sich einzelne Gemeinwesen und das Fürstentum Liechtenstein auf einzelvertraglicher Basis an der DVS. Diese Beiträge belaufen sich im 2023 auf rund 77 000 Franken. Die Einnahmen liegen gegenüber dem Voranschlag um rund 0,2 Millionen höher. Diese Zunahme ist zurückzuführen auf die Rückzahlung nicht verwendeter Mittel aus dem Umsetzungsplan E-Government Schweiz durch die Schweizerische Informatikkonferenz SIK.

Rechtsgrundlagen

Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, genehmigt am 24.09.2021 durch den Bundesrat und am 17.12.2021 durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	37 169 560	44 609 900	43 403 322	-1 206 578	-2,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 050 400</i>			
Funktionsaufwand	37 169 560	44 609 900	43 403 322	-1 206 578	-2,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	37 169 560	44 609 900	43 403 322	-1 206 578	-2,7
Personalausgaben	28 595 924	33 025 000	32 066 722	-958 278	-2,9
Sach- und Betriebsausgaben	8 573 636	11 584 900	11 336 599	-248 301	-2,1
<i>davon Informatik</i>	<i>4 187 967</i>	<i>5 973 700</i>	<i>5 929 880</i>	<i>-43 820</i>	<i>-0,7</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>143 135</i>	<i>1 038 400</i>	<i>1 320 988</i>	<i>282 588</i>	<i>27,2</i>
Vollzeitstellen (Ø)	145	161	156	-5	-3,1

Der Anteil des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit NCSC am Funktionsaufwand beträgt rund 12,2 Millionen Franken.

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* liegen infolge eines gestaffelten Vorgehens bei den Rekrutierungen für das NCSC um rund eine Million unter dem Voranschlag.

Sach- und Betriebsausgaben

Im Bereich *Informatik* wurden im Kontext des Programms SUPERB insgesamt 0,9 Millionen für die Testkoordination bei Fachanwendungen in den Ämtern des EFD aufgewendet. Im Rahmen der Digitalisierung EFD-interner Prozesse wurden rund 0,6 Millionen für die Projekte «Folgearbeiten GENOVA EFD» und «Unternehmensarchitektur» eingesetzt sowie weitere 0,3 Millionen für den Ersatz des BIT Vorlagenmanagers EFD und das Projekt «E2E» der Sprachdienste EFD. Im Nationalen Zentrum für Cybersicherheit NCSC wurden 0,8 Millionen für die Ablösung der Plattform MELANI-NET und 0,6 Millionen für die «Bug Bounty Plattform» aufgewendet. Für den Informatikbetrieb fielen insgesamt 2,9 Millionen an, wovon 0,3 Millionen für die nationale Anlaufstelle für Cyberrisiken MELANI.

Die Ausgaben für *Beratung* haben sich gegenüber dem Voranschlag um 0,3 Millionen erhöht. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf Mandate im Rahmen der Administrativuntersuchung zur Aufarbeitung der Ereignisse rund um den Datenabfluss bei der Firma Xplain zurückzuführen.

Bei den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* (4 Mio.) entfallen 2,6 Millionen auf die Unterbringung und 0,9 Millionen auf Bürobedarf, Druckerzeugnisse und Spesen. Für externe Dienstleistungen bei Projekten des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit NCSC wurden rund 0,3 Millionen aufgewendet, weitere 0,2 Millionen für verschiedene Aufgaben des GS-EFD. Die Minderausgaben von 0,5 Millionen gegenüber dem Voranschlag fallen insbesondere im Bereich Förderung der Mehrsprachigkeit sowie dem NCSC an.

Kreditmutationen

- Abtretung aus dem Departementalen Ressourcenpool (+1,0 Mio.): 376 000 Franken für die Testkoordination bei Fachanwendungen im Programm SUPERB, 492 700 Franken für die Administrativuntersuchung «Datenabfluss» und 85 700 Franken für die Bewältigung des CS-UBS Geschäfts
- Abtretung des Eidg. Personalamts von 601 700 Franken für die Ausbildung von Hochschulpraktikanten, Kinderbetreuung, Förderprämie für die berufliche Integration und höhere Sozialversicherungsbeiträge
- Abtretung der Bundeskanzlei von 150 000 Franken als Zuteilung zurückfliessender zentraler Digitalisierungsmittel 2023 für das Bug-Bounty-Programm des NCSC
- Kreditverschiebung der Eidg. Finanzkontrolle von 90 000 Franken für Übersetzungsleistungen
- Kreditverschiebung an das Bundesamt für Bauten und Logistik von 54 800 Franken als Rückforderung einer Besitzstandgarantie
- Kreditüberschreitungen durch die Verwendung zweckgebundener Reserven (+1,3 Mio.): 541 000 für die Testkoordination bei Fachanwendungen im Programm SUPERB, 446 300 Franken für das Projekt «Folgearbeiten GENOVA EFD», 170 000 Franken für das Projekt «MELANI» und 151 800 Franken für das Projekt «Unternehmensarchitektur»

A200.0002 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET) DIGITALE VERWALTUNG SCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	3 862 698	6 408 200	4 690 984	-1 717 216	-26,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-8 779 800</i>			
Funktionsaufwand	3 862 698	6 408 200	4 690 984	-1 717 216	-26,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	3 862 698	6 408 200	4 690 984	-1 717 216	-26,8
Personalausgaben	1 463 291	2 710 800	1 899 594	-811 206	-29,9
Sach- und Betriebsausgaben	2 399 407	3 697 400	2 791 390	-906 010	-24,5
<i>davon Informatik</i>	<i>1 472 889</i>	<i>3 128 700</i>	<i>1 875 816</i>	<i>-1 252 884</i>	<i>-40,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>352 815</i>	<i>-</i>	<i>196 399</i>	<i>196 399</i>	<i>-</i>
Vollzeitstellen (Ø)	7	13	9	-4	-30,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* der Geschäftsstelle DVS sind gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen gestiegen, um die Agenda DVS umzusetzen. Infolge Verzögerungen bei den Rekrutierungen bleiben die Personalausgaben DVS um 0,8 Millionen unter dem Voranschlag.

Sach- und Betriebsausgaben

Für *Informatik* wurden insgesamt 1,9 Millionen aufgewendet. Dabei handelt es sich primär um Projekte und Leistungsschwerpunkte des Umsetzungsplans E-Government 2023 und der Agenda DVS. Die Ausgaben liegen um 1,3 Millionen unter dem Voranschlag, was insbesondere auf verzögerte Projekte zurückzuführen ist. Es wird die Bildung einer zweckgebundenen Reserve beantragt, weil die Projektmittel in den Folgejahren benötigt werden.

Die Ausgaben für *Beratung* im Bereich Organisations- und Projektentwicklung DVS *haben sich gegenüber dem Vorjahr um 156 000 Franken auf 0,2 Millionen reduziert*.

Bei den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* (0,7 Mio.) fielen rund 0,3 Millionen auf externe Dienstleistungen für die Unterstützung bei Projekten im Rahmen der Agenda DVS, Studien, die neue Ausrichtung des ICT-Arbeitsprogramms und die Erstellung des Abschlussberichts der E-Government-Strategie. Insgesamt wurden 0,2 Millionen für Unterbringung und 0,2 Millionen für Bürobedarf, Druckerzeugnisse und Spesen aufgewendet sowie 50 000 Franken für die Mitgliedschaft des Bundes im Verein eCH.

Der Umsetzungsplan E-Government konkretisiert die strategischen Ziele der E-Government Strategie 2021–2023 in Themen, Umsetzungszielen und Massnahmen. Im Jahr 2023 wurden folgende Umsetzungsziele unterstützt:

Umsetzungsziele (2,6 Mio.):

- E-Voting neu ausrichten
- E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern
- Nutzerfreundlichkeit der Behördenleistungen und Betrieb neues ch.ch
- Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen
- Open Government Data (OGD) zugänglich machen
- Standardisierung fördern (eCH)
- E-Government Architektur erarbeiten
- Innovative Projekte fördern
- Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten (eJustice)
- Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern
- Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken

Die Agenda DVS unterstützte im Jahr 2023 mit 9,0 Millionen folgende Massnahmen, gegliedert nach Ambitionen:

Initiativmassnahmen

Ambition I «Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung» (4 %; 0,4 Mio.):

- Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»
- Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»
- Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs

Ambition II «Automatisierung Wirtschaft zur Verwaltung» (2 %; 0,2 Mio.):

- Standardisierung E-Bilanz
- Machbarkeitsstudie «Transport eCH Standards» via Distributor

Ambition III «Identitätsmanagement und E-ID» (52 %; 4,6 Mio.):

- Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV), (3,1 Mio.): eines staatlichen Logins für die gesamte Schweiz (Erweiterung des Bundesservice zu einem schweizweiten Service)
- E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte (1,3 Mio.)
- PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeit Pass
- Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (VC, digitale Nachweise)

Ambition IV «Föderales Datenmanagement» (42 %; 3,8 Mio.)

- Aufbau Anforderungsmanagement und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen einer nationalen Datenaustauschinfrastruktur / DataHub (1,4 Mio.)
- Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen (1,1 Mio.)
- Koordination Datenmanagement in den Kantonen (0,4 Mio.)
- IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)
- Optimierung Open Government Data (OGD) und beschleunigte Mehrfachnutzung
- Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung
- Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden
- Stammdaten Gebäude und Wohnungen im Grundbuch

Sofern eine Verwaltungseinheit des Bundes für ein Umsetzungsziel verantwortlich ist, werden die entsprechenden Mittel abgetreten und bei den entsprechenden Verwaltungseinheiten im Band 2A und 2B zur Staatsrechnung ausgewiesen (siehe Kreditmutationen).

Kreditmutationen

- Kreditabtretung an die Bundeskanzlei (5 Mio.): 3 100 000 Franken für die Umsetzung eines Authentifizierungsdienstes der Schweizer Behörden (AGOV), 1 400 000 Franken für Aufbau und Weiterentwicklung einer Architektur für die Gouvernanz und Trägerschaft eines Schweizer Datenökosystems, 450 000 Franken für E-Voting und 100 000 Franken für die Erarbeitung und Führung einer nationalen E-Government Architektur
- Kreditabtretung an das Bundesamt für Statistik (2,4 Mio.): 1 914 200 Franken für Projekte und Leistungsschwerpunkte der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» und 450 000 Franken für jene des Umsetzungsplans 2020–2023
- Kreditabtretung an das Bundesamt für Justiz von 1 300 000 Franken für die Umsetzung des Projekts E-ID
- Kreditabtretung an das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO von 120 000 Franken für den Ausbau von EasyGOV.swiss und 100 000 Franken für die Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»
- Abtretung des Eidg. Personalamts von 32 700 Franken für Kinderbetreuung und zum Ausgleich höherer Sozialversicherungsbeiträge
- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG: Mehrleistungen aus einem Rücktransfer von 121 700 Franken nicht verwendeter Mittel aus dem Umsetzungsplan E-Government Schweiz durch die Schweizerische Informatikkonferenz

Rechtsgrundlagen

Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, genehmigt am 24.9.2021 durch den Bundesrat und am 17.12.2021 durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen.

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 20 Abs. 3.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften und Ressourcen		LG 2: Digitale Verwaltung Schweiz	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	37	43	4	5
Personalausgaben	29	32	1	2
Sach- und Betriebsausgaben	9	11	2	3
davon Informatik	4	6	1	2
davon Beratung	0	1	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	145	156	7	9

A202.0114 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	-	11 648 900	-	-11 648 900	-100,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-1 102 800</i>			
Funktionsaufwand	-	11 648 900	-	-11 648 900	-100,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	-	11 648 900	-	-11 648 900	-100,0
Sach- und Betriebsausgaben	-	11 648 900	-	-11 648 900	-100,0
<i>davon Informatik</i>	-	<i>6 000 000</i>	-	<i>-6 000 000</i>	<i>-100,0</i>
<i>davon Beratung</i>	-	<i>5 648 900</i>	-	<i>-5 648 900</i>	<i>-100,0</i>

Der departementale Ressourcenpool dient der Finanzierung von unvorhersehbaren Aufwänden und IKT-Projekten im EFD; die Mittel werden im Budgetvollzug an die Verwaltungseinheiten des EFD abgetreten. Per Nachtragskredit wurden zudem 7 Millionen für externe Beratungsmandate zur Bewältigung des Credit Suisse-UBS Geschäfts bereitgestellt. Im Berichtsjahr wurden gemäss nachstehender Auflistung insgesamt 8,1 Millionen an andere Verwaltungseinheiten abgetreten. Der Kreditrest setzt sich zusammen aus den nicht beanspruchten Mitteln der Programmreserve DaziT von 6 Millionen und von 5,6 Millionen Beratung für die Bewältigung des Crédit Suisse-UBS Geschäfts.

Kreditmutationen

- Nachtrag Ib/2023 7 000 000 Franken gemäss BB 15.06.2023 zur Bewältigung und Aufbereitung der Geschehnisse rund um den Fall Credit Suisse
- Abtretung an das Bundesamt für Zoll und Grenzschutz (2,1 Mio.): 2 064 000 Franken für die SAP ERP Life Cycle Migration und Upgrade auf S4/Hana sowie 50 000 Franken für die Prüfung der Auswirkungen bei der Einführung von Office 365/Windows 11
- Abtretung an die Eidg. Steuerverwaltung von 2 000 000 Franken als Finanzierungsbeitrag zur Deckung des Mehrbedarfs im Bereich IKT-Betriebsmittel
- Abtretung von 1 351 100 Franken für die Bewältigung des Crédit Suisse-UBS Geschäfts, wovon 800 400 Franken an das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen, 465 000 Franken an die Eidg. Finanzverwaltung und 85 700 Franken an das Generalsekretariat EFD
- Abtretung an das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation von 1 000 000 Franken als Finanzierungsbeitrag an das Programm Amboss sowie 199 000 Franken für Anpassungen der Software Schale 3b, Migration Office 365 Bit, Windows 11 sowie für die Ablösung alter Officeformate
- Abtretung an das Generalsekretariat EFD von 492 700 Franken für die Administrativuntersuchung «Datenabfluss» und 376 000 Franken für die Testkoordination bei Fachanwendungen im Programm SUPERB
- Abtretung an das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten von 500 000 Franken als Finanzierungsbeitrag für das Point Zero Forum in der Schweiz
- Abtretung an die Zentrale Ausgleichsstelle von 70 000 Franken für die Prüfung der Auswirkungen bei der Einführung von Windows 11

Rechtsgrundlagen

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.07), Art. 20 Abs. 3.

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit Programm DaziT «V Reserven» (V0301.07; BB vom 12.9.2017, BB vom 5.5.2020), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	6 297 200	6 297 200
Bildung aus Rechnung 2022	–	4 194 000	4 194 000
Auflösung / Verwendung	–	-1 549 000	-1 549 000
Endbestand per 31.12.2023	–	8 942 200	8 942 200
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	7 476 400	7 476 400

Auflösung und Verwendung von Reserven im 2023

Die Reserven der Projekte «GENOVA» und «Unternehmensarchitektur» wurden im Umfang der im 2023 aufgelaufenen Ausgaben verwendet und der Restbetrag an Reserven aufgelöst. Die Reserve «MELANI» wurde vollständig verwendet.

Reservenbestand

Von den bestehenden zweckgebundenen Reserven von 8,9 Millionen entfallen 5,1 Millionen auf Projekte des Umsetzungsplans «eGovernment Schweiz» 2020–2023, 3,8 Millionen auf SUPERB Fachanwendungen. Die geplante Verwendung der Mittel verteilt sich auf die nächsten Jahre.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Das Parlament hat mittels Nachtrag Ia 2023 einen Betrag von 7 Millionen zur Bewältigung und Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den Fall Credit Suisse gesprochen. Davon wurden insgesamt 1,35 Millionen, verteilt auf SIF, EFV und GS-EFD im 2023 benötigt. Weil 2024 und 2025 noch grössere Arbeiten für die Aufarbeitung und Schadensbegrenzung anstehen, wird die Bildung einer zweckgebundenen Reserve von 5,6 Millionen beantragt. Die aktuell im Voranschlag 2024 und Finanzplan 2025 eingestellten je 3 Millionen werden die noch erwarteten Aufwände nicht abdecken können.

Digitale Verwaltung Schweiz: Aufgrund von Verzögerungen in mehreren Projekten und Leistungsschwerpunkten des Umsetzungsplans 2020–2023 sowie der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» konnten Mittel im Umfang von 1,7 Millionen nicht wie geplant im 2023 eingesetzt werden. Da diese von Bund und Kantonen bereitgestellten Mittel in den kommenden Jahren benötigt werden, sollen zweckgebundene Reserven gebildet werden.

Infolge Verzögerungen in den Projekten «Aufbau Informationssicherheitsmanagement System» und «Nuix Forensik Tool» des Rechtsdienstes werden zweckgebundene Reserven im Umfang von insgesamt 181 000 Franken beantragt.

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bereitstellung der Entscheidungsgrundlagen für die finanzielle Steuerung des Bundes
- Wahrung des Gleichgewichts der Bundesfinanzen und der Budgetqualität
- Weiterentwicklung der ziel- und ergebnisorientierten Verwaltungsführung
- Weiterentwicklung des nationalen Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund/Kantone
- Bereitstellung der IT-Infrastruktur für den Supportprozess Finanzen (SuPro FI) in der Bundesverwaltung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	2 198,2	2 131,5	644,3	-1 553,8	-70,7
Laufende Ausgaben	4 541,0	5 099,9	4 735,2	194,2	4,3
Eigenausgaben	54,5	66,8	61,0	6,5	11,9
Transferausgaben	3 574,6	3 851,4	3 492,9	-81,7	-2,3
Finanzausgaben	911,9	1 181,7	1 181,3	269,4	29,5
Selbstfinanzierung	-2 342,8	-2 968,4	-4 090,8	-1 748,0	-74,6
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,2	0,0	0,0	0,1	83,3
Ergebnis aus Beteiligungen	1 515,6	1 423,0	2 409,9	894,3	59,0
Jahresergebnis	-827,4	-1 545,4	-1 680,9	-853,6	-103,2
Investitionseinnahmen	632,6	833,0	832,3	199,7	31,6
Investitionsausgaben	-	-	-	-	-

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen bestehen zu 65 Prozent aus Zinseinnahmen und 31 Prozent aus Risiko- und Bereitstellungsprämien der Credit Suisse sowie der Vertragsabschlussgebühr für die Verlustabsicherungsgarantie der UBS. Trotz der höheren Zinseinnahmen liegen die Einnahmen massiv hinter dem Vorjahresniveau zurück. Dies ist insbesondere auf die fehlende Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen, diese konnte aufgrund des Jahresverlustes im 2022 und der damit entstandenen negativen Gewinnausschüttungsreserve keine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone vornehmen.

Die laufenden Ausgaben bestehen zu rund 74 Prozent aus Transferausgaben (NFA, Spezialfinanzierungen) und zu 25 Prozent aus Finanzausgaben. Die Eigenausgaben, im Wesentlichen Personal- und Informatikausgaben, machen nur 1 Prozent aus. Der grösste Teil der Ausgaben der EFV ist stark gebunden und damit nicht steuerbar. Das trifft insbesondere auf die Finanzausgaben (Passivzinsen) und auf die Transferausgaben (NFA, Spezialfinanzierungen) zu. Die Eigenausgaben (ohne Berücksichtigung der Debitorenverluste in der Zentralen Inkassostelle) nahmen um 6,5 Millionen (9,2 %) zu. Dies ist insbesondere auf die Ausgaben im Zusammenhang mit Verlustgarantien UBS, Rechtsverfahren CS sowie höhere Personalausgaben zurückzuführen. Die Veränderung in den Transferausgaben gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die Erhöhung der Dotation des Ressourcenausgleichs (+197,7 Mio.), der Veränderung der Spezialfinanzierungen (-218,8 Mio.) sowie der Auflösung der Rückstellung für Bürgschaft von Zinsausgaben der SBB gegenüber Eurofima (-27,1 Mio.) zurückzuführen. Die Finanzausgaben stiegen aufgrund mehrerer Leitzinserhöhungen der SNB. Die Zinsausgaben der Eidgenossenschaft stehen in direkter Verbindung zu den Leitzinsen der SNB. Das insbesondere für die kurzfristigen Geldmarkt-Buchforderungen. Da pro Jahr nur ein relativ kleiner Teil der langfristigen Anleihen fällig und refinanziert werden muss, ist die Auswirkung auf die Zinskosten der Eidg. Anleihen kurzfristig geringer. Höhere Zinsausgaben gab es auch bei den Depotkonten. Das Ergebnis aus Beteiligungen liegt mit 2,4 Milliarden deutlich über dem Vorjahreswert. Hauptverantwortlich für die Zunahme ist der hohe berücksichtigte Gewinn der SBB AG in der Höhe von 1,2 Milliarden. Nebst dem handelsrechtlichen Gewinn (0,3 Mrd.) werden für die Beteiligungsbewertung insbesondere auch die neu zugeflossenen bedingt rückzahlbaren Darlehen zur Finanzierung der Bahninfrastruktur (0,8 Mrd.) als wirtschaftlicher Gewinn angerechnet. Der Anstieg in den Investitionseinnahmen ist auf die a.o. Dividendeneinnahme der RUAG International AG (200 Mio.) zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Würth 20.4257): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Überprüfung der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzierungsverantwortung zwischen dem Bund und den Kantonen (Projekt Aufgabenteilung II): Grundsatzentscheid (nicht erreicht)
Auf Wunsch der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde der Termin um ein Jahr verschoben, da die KdK den Zeitpunkt für den Grundsatzentscheid (Ende Juni 2023) als ungünstig beurteilte.
- Bericht «Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben» (in Erfüllung des Po. FK-N 21.4337): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bericht konnte im Berichtsjahr nicht gutgeheissen werden, da der Ständerat im Herbst 2023 das Postulat 23.3605 zur Flexibilisierung der gebundenen Ausgaben angenommen hat und dieser Auftrag in den Bericht zum Postulat 21.4337 integriert wird.
- Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit»: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Änderung des Bundesgesetzes über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (BIFG) und des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2023 erreicht (erreicht)
- Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Umsetzung Migration auf die S/4 HANA-Plattform im Q3/2023 (erreicht)
- Datenplattform EFV: Plattform für Kennzahlen Bund und Finanzstatistik in Betrieb (erreicht)
- Weiterentwicklung des Neuen Führungsmodells des Bundes: Umsetzung Ergebnisse Evaluation NFB (erreicht)

LG1: FINANZ- UND AUSGABENPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Die Finanzpolitik fördert mit einem wirksamen Mitteleinsatz das Wirtschaftswachstum und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie begünstigt eine stabile Wirtschaftsentwicklung und sorgt für einen ausgeglichenen Haushalt. Die EFV berät den Bundesrat und die Verwaltung in Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Ausgaben-, Eigner- und Risikopolitik und trägt damit zur Erreichung der übergeordneten Ziele der Finanzpolitik bei. Insbesondere sorgt die EFV dafür, dass der Bundesrat den jährlichen Voranschlag schuldenbremsekonform verabschieden kann, die Verwaltung die Mittel effektiv und effizient verwendet sowie Risiken für den Bund und seinen Haushalt frühzeitig erkannt und reduziert werden. Mit der Publikation von Daten zu den öffentlichen Finanzen der Schweiz und der Weiterentwicklung des nationalen Finanzausgleichs stärkt die EFV den Föderalismus.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand und Investitionsausgaben	17,6	18,3	17,9	-0,4	-2,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Einnahmenschätzungen: Die EFV trägt dazu bei, dass die Einnahmen korrekt geschätzt werden			
– 10-jährige, durchschnittliche prozentuale Abweichung Rechnung gegenüber Budget +/- zwei Standardabweichungen (%)	-0,2	1,2	-0,4
Ausgabenplanung: Die EFV trägt dazu bei, dass die Ausgaben des Bundes zuverlässig geplant werden			
– Abweichung Rechnung gegenüber Budget (%; max.)	0,7	1,5	0,8
Ausgabenpolitik: Die EFV berät die VE in ausgabenpolitischen Fragen kompetent			
– Zufriedenheit der Verwaltungseinheiten; Befragung alle 2 Jahre (Skala 1-6)	–	5,0	5,5
Finanzausgleich: Die EFV berechnet die jährlichen Finanzausgleichszahlungen sowie die halbjährlichen Zahlungen fehlerfrei			
– Identifizierte Fehler anlässlich der Anhörung der Kantone oder bei den Audits durch die EFK (Anzahl)	0	0	0
Risikomanagement Bund: Die EFV setzt den Risikomanagement-Prozess um			
– Jährliche Risikoberichterstattung (inkl. Update) zuhänden Bundesrat (ja/nein)	ja	ja	ja
– 100% ausgebildete Risikomanager, mind. 90% ausgebildete Risikocoaches (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Die EFV trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgt			
– Strategische Ziele sind vorhanden; mit Swisscom, Post, SBB, Skyguide, RUAG, ETH, SERV werden mind. 2 Eignergespräche geführt (ja/nein)	ja	ja	ja
Finanzberichterstattung: Die EFV entwirft den Finanzplan, den Voranschlag sowie die Staatsrechnung termin- und adressat/innen gerecht			
– Zufriedenheit der Finanzkommissionen; Befragung alle 2 Jahre (Skala 1-6)	–	5,0	5,0

KOMMENTAR

Sämtliche Ziele *wurden erreicht*.

LG2: FINANZ- UND RECHNUNGSWESEN

GRUNDAUFTRAG

Die EFV erbringt zur Sicherstellung wirtschaftlicher Finanzprozesse in der gesamten Bundesverwaltung ausgewählte Dienstleistungen im Finanz- und Rechnungswesen. Sie stellt die fachlichen und systemtechnischen Grundlagen zur Verfügung, setzt einheitliche und standardisierte Prozesse durch, sorgt mit ihrer Beratungskompetenz für eine ordnungsgemässe und transparente Haushaltführung und betreibt das zentrale Dienstleistungszentrum Finanzen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	5,7	4,8	4,9	0,2	4,1
Aufwand und Investitionsausgaben	31,7	34,4	33,2	-1,2	-3,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Rechnungsführung: Die EFV trägt dazu bei, dass die Rechnung des Bundes ordnungsgemäss geführt wird			
– Die EFK bestätigt die Ordnungsmässigkeit der Jahresrechnung ohne Einschränkung (ja/nein, Ist-Wert=Vorjahr)	nein	ja	nein
Finanz- und Rechnungswesen: Die EFV sorgt dafür, dass die Systemlandschaft für das Finanz- und Rechnungswesen des Bundes wirtschaftlich und zuverlässig geführt wird			
– Betriebskosten für die Finanzsysteme des Bundes (CHF, Mio., max.)	11,9	13,7	12,5
– Systemverfügbarkeit (%; min.)	99	99	99
Dienstleistungszentrum Finanzen: Die EFV führt das Dienstleistungszentrum Finanzen gemäss vereinbarten Zielen bezüglich Qualität, Terminen und Kosten			
– Kundenzufriedenheit DLZ FI; Befragung im Rahmen der Kundengespräche (Skala 1-6)	5,2	5,0	5,2

KOMMENTAR

Die Ziele wurden weitgehend erreicht. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Rechnungsführung: Die Berücksichtigung der Rückstellung bei der Verrechnungssteuer in der Finanzierungsrechnung führte wie bereits in den Vorjahren zu einem eingeschränkten Prüfungsurteil der EFK zur Rechnung 2022. Der Sachverhalt wird im Rahmen der Umsetzung der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (im Jahr 2023) bereinigt.

Finanz- und Rechnungswesen: Der stabile Betrieb der SAP-Finanzsysteme des Bundes sorgte für das insgesamt bessere Ergebnis. Mit einer restriktiven Beurteilung von Change Requests konnten zusätzlich Kosten eingespart werden.

Dienstleistungszentrum Finanzen: Die Kundenzufriedenheit (Qualität, Leistungserfüllung) konnte über dem Zielwert gehalten werden.

LG3: BUNDESTRESORERIE

GRUNDAUFTRAG

Die Tresorerie stellt die permanente Zahlungsfähigkeit sicher. Sie sorgt dafür, dass die Mittelbeschaffung risikogerecht und kostengünstig erfolgt, bei der Budgetierung der Passivzinsen und der in fremden Währungen zu leistenden Zahlungen eine angemessene Planungssicherheit besteht und kurzfristige Mittel sicher angelegt sind und einen marktkonformen Ertrag abwerfen. Mit einem effizienten Inkasso von schwereinbringlichen Forderungen und Verlustscheinen trägt sie überdies zur Wahrung einer hohen Zahlungs- und Steuermoral bei.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,9	0,8	0,9	0,1	16,1
Aufwand und Investitionsausgaben	5,3	8,4	6,0	-2,4	-28,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Sicherstellung Zahlungsfähigkeit: Die EFV stellt sicher, dass der Bund jederzeit zahlungsfähig ist			
– Minimale liquide Mittel (CHF, Mrd.)	7,4	2,0	6,6
Refinanzierungsrisiko: Die EFV trägt dazu bei, dass das Refinanzierungsrisiko des Bundes tragbar ist			
– Fälligkeitsprofil Geld- und Kapitalmarktschulden unter 1 Jahr (% max.)	23	30	20
– Fälligkeitsprofil Geld- und Kapitalmarktschulden unter 5 Jahren (% max.)	38	60	38
– Fälligkeitsprofil Geld- und Kapitalmarktschulden unter 10 Jahren (% max.)	60	85	59
Zinsänderungsrisiken: Die EFV trägt dazu bei, dass das Zinsänderungsrisiko für den Bundeshaushalt kurz- und mittelfristig tragbar ist			
– Zinsrisiko für die folgende 4-Jahresperiode kumuliert: zusätzl. Zinsaufwand, der in 9/10 Fällen nicht übertroffen wird (CHF, Mio.)	337,0	500,0	383,0
Zentrales Inkasso: Die EFV erfüllt ihren Auftrag zur Eintreibung von Forderungen auf dem Rechtsweg und zur Verwertung von Verlustscheinen kostendeckend und effizient			
– Inkassoerlös gemessen an den Betriebskosten der Zentralen Inkassostelle (ZI) (% min.)	545	400	427

KOMMENTAR

Sämtliche Ziele wurden erreicht.

Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit: Traditionell verzeichnet der Bundeshaushalt im ersten Quartal starke Mittelabflüsse. Entsprechend nimmt die Liquidität ab und erreicht den Tiefststand in der Regel im Verlaufe des Februars. Dies war auch im Jahr 2023 der Fall. Das Minimalziel wurde wie in den Vorjahren deutlich übertroffen.

Refinanzierungs- und Zinsänderungsrisiken: Die Ziele wurden übertroffen, teilweise deutlich.

Zentrales Inkasso: Der Inkassoerlös fiel im 2023 zum ersten Mal seit 2015 wieder auf unter 9 Millionen. Der zunehmende Wegfall der MWST-Dossier mit vergleichsweise hohen Forderungsvolumen macht sich mehr und mehr bemerkbar. Teilweise kompensiert wurde dies mit Effizienzsteigerungen durch die fortschreitende Digitalisierung im Inkasso.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	3 896 727	4 507 192	4 230 740	-276 452	-6,1
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 626	5 511	5 827	316	5,7
E102.0116 Gebühren, Einnahmen Verlustgarantien UBS	-	-	40 000	40 000	-
Regalien und Konzessionen					
E120.0101 Gewinnausschüttung SNB	666 700	666 700	-	-666 700	-100,0
Finanzertrag					
E140.0100 Ausschüttungen namhafte Beteiligungen	-	633 000	632 300	-700	-0,1
E140.0102 Geld- und Kapitalmarktanlagen	171 835	109 985	416 606	306 622	278,8
E140.0109 Ergebnis aus Beteiligungen	1 515 580	1 423 000	2 409 905	986 905	69,4
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0102 Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	182 982	119 656	321 538	201 882	168,7
E150.0103 Liquidationserlöse nachrichtenlose Vermögen	19 705	16 041	7 110	-8 931	-55,7
E150.0120 Einnahmen Bereitstellungsprämie CS	-	-	100 694	100 694	-
E150.0122 Abnahme Finanzverbindlichkeit für Garantie	-	-	22 647	22 647	-
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0100 Gewinneinziehungen FINMA	-	-	13 488	13 488	-
E190.0118 a.o. Gewinnausschüttung SNB	1 333 300	1 333 300	-	-1 333 300	-100,0
E190.0120 a.o. Ausschüttungen RUAG	-	200 000	200 000	0	0,0
E190.0122 a.o. Einnahmen Risikoprämie Liquiditätshilfe-Darlehen	-	-	60 625	60 625	-
Aufwand / Ausgaben	4 724 106	5 219 617	5 079 373	-140 243	-2,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	54 524	61 143	57 122	-4 021	-6,6
<i>Kreditverschiebung</i>		133			
<i>Abtretung</i>		1 270			
A202.0115 Nicht versicherte Risiken	130	600	582	-18	-3,1
A202.0194 Aufwände Verlustgarantien UBS	-	5 090	3 277	-1 813	-35,6
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		5 090			
Transferbereich					
<i>LG 1: Finanz- und Ausgabenpolitik</i>					
A231.0161 Ressourcenausgleich	2 409 076	2 606 815	2 606 815	0	0,0
A231.0162 Geografisch-topografischer Lastenausgleich	361 412	370 448	370 448	0	0,0
A231.0163 Soziodemografischer Lastenausgleich	501 412	510 448	510 448	0	0,0
A231.0164 Härteausgleich NFA	151 448	139 798	139 798	0	0,0
A231.0391 Temporäre Abfederungsmassnahmen	200 000	160 000	160 000	0	0,0
<i>LG 2: Finanz- und Rechnungswesen</i>					
A231.0369 Beiträge an Rechnungslegungsgremien	55	55	55	0	0,0
A231.0389 Zunahme Finanzverbindlichkeit für Garantie	4 469	-	-	-	-
Finanzaufwand					
A240.0100 Kommissionen, Abgaben und Spesen	33 419	26 181	25 811	-369	-1,4
A240.0101 Passivzinsen	878 471	1 155 501	1 155 501	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		270 160			
Übriger Aufwand und Investitionen					
A250.0100 Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	129 689	183 538	49 516	-134 022	-73,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 625 879	5 510 700	5 826 987	316 287	5,7

Der Funktionsertrag enthält insbesondere:

- Entgelte anderer Verwaltungseinheiten für das Dienstleistungszentrum Finanzen EFD (4,3 Mio.)
- Einnahmen der Zentralen Inkassostelle: Verwertete Verlustscheine (0,6 Mio.)
- Diverse Einnahmen (0,9 Mio.): Ablieferungen der SUVA aus Geltendmachung von Regressansprüchen für Arbeitgeberleistungen des Bundes gegenüber Dritten, Busseneinnahmen Swissmedic, nicht verwendete Entlastungszahlungen, Ablieferung der FINMA aus Liquidationserlösen, Einnahmen der Sparkasse des Bundespersonals (Maestro-Kartengebühren, Bancomatkommissionen und Provisionen).

E102.0116 GEBÜHREN, EINNAHMEN VERLUSTGARANTIE UBS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	–	–	40 000 000	40 000 000	–

Im Kontext der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wurde am 19.3.2023 ein Massnahmenpaket durch den Bundesrat verabschiedet. Zum Massnahmenpaket gehörte unter anderem eine Verlustübernahmegarantie der Eidgenossenschaft an die UBS im Umfang von 9 Milliarden Franken. Die Verlustabsicherungsgarantie wurde am 11.8.2023 formell und ersatzlos beendet. Unabhängig der Beendigung der Verlustabsicherungsgarantie bezahlte die UBS für den Abschluss der Verlustabsicherungsgarantie die vereinbarte Vertragsabschlussgebühr von 40 Millionen Franken.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über zusätzliche Liquiditätshilfe-Darlehen und die Gewährung von Ausfallgarantien des Bundes für Liquiditätshilfe-Darlehen der Schweizerischen Nationalbank an systemrelevante Banken vom 16.3.2023 (SR 952.3), Art. 14a.

E120.0101 GEWINNAUSSCHÜTTUNG SNB

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	666 700 000	666 700 000	–	-666 700 000	-100,0

Gemäss der Vereinbarung zwischen dem EFD und der SNB über die Gewinnausschüttung 2020–2025 vom 29.1.2021 hängt die Höhe der jährlichen Ausschüttung von der Höhe des Bilanzgewinns der SNB ab. Der Bilanzgewinn setzt sich aus dem ausschüttbaren Jahresgewinn und dem Gewinnvortrag zusammen. Die Ausschüttung geht zu zwei Drittel an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund. Die höchstmögliche Gewinnausschüttung an Bund und Kantone ist auf insgesamt 6 Milliarden begrenzt. Dieser Maximalbetrag ist vorgesehen, falls der Bilanzgewinn für das betreffende Geschäftsjahr 40 Milliarden oder mehr beträgt. Bei einem tieferen Bilanzgewinn nimmt die Ausschüttung schrittweise ab. Der Grundbetrag von 2 Milliarden wird ausgeschüttet, falls ein Bilanzgewinn von mindestens 2 Milliarden vorhanden ist. Bei einem Bilanzverlust erfolgt keine Ausschüttung.

Die SNB erzielte im Jahr 2022 einen Jahresverlust von 132,5 Milliarden. Nach Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven beträgt die Gewinnausschüttungsreserve -39,5 Milliarden (Vorjahr 102,5 Mrd.). Aufgrund der negativen Gewinnausschüttungsreserve wurde im 2023 keine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

Nationalbankgesetz vom 3.10.2003 (NBG; SR 951.11), Art. 31.

E140.0100 AUSSCHÜTTUNGEN NAMHAFTTE BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	-	633 000 000	632 299 791	-700 209	-0,1

Die Gewinnausschüttungen der Unternehmen werden als Investitionseinnahmen verbucht. Im Rechnungsjahr wurden folgende Gewinnausschüttungen vereinnahmt:

- Der Bund ist Mehrheitsaktionär der Swisscom AG. Die Dividende betrug wie im Vorjahr und im Voranschlag 22 Franken pro Aktie. Der Bestand von 26 394 000 Swisscom-Aktien ergibt eine Dividendenausschüttung von 581 Millionen.
- Die Schweizerische Post ist eine AG im 100-prozentigen Besitz des Bundes. Angesichts der grossen wirtschaftlichen und strategischen Herausforderungen mit erhöhtem Investitionsbedarf verzichtet der Bund vorübergehend auf den grössten Teil der bisherigen Dividende. Im Berichtsjahr wurde analog zum Vorjahr und gemäss Voranschlag eine Dividende von 50 Millionen ausgeschüttet.
- Der Bund besitzt 100 Prozent der Aktien der RUAG MRO Holding AG sowie der RUAG International Holding AG. Die strategischen Ziele 2020–2023 sehen einen Zielwert für Dividendenausschüttungen in Höhe von mindestens 40 Prozent des ausgewiesenen Reingewinns der RUAG Real Estate (Teil der RUAG MRO Holding) bzw. der RUAG International Holding vor. Zudem sollen Devestitionserlöse von RUAG International sowie Erlöse aus Immobilien- und Grundstückverkäufen der RUAG Real Estate grundsätzlich als Sonderdividende dem Bund zufließen. Die RUAG International Holding wird bis Ende 2025 vollständig privatisiert. Die Verkaufserlöse aus den vollzogenen Devestitionen werden dem Bund schrittweise in Form von Sonderdividenden ausgeschüttet (siehe dazu E190.0120). Ordentlich auf der vorliegenden Position vereinnahmt wird die Ausschüttung aus der RUAG Real Estate. Diese betrug im Jahr 2023 1,6 Millionen und entspricht 40 Prozent des Reingewinns. Im Voranschlag waren insgesamt 2 Millionen vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Telekommunikationsunternehmungsgesetz vom 30.4.1997 (TUG; SR 784.11), Art. 2, 3 und 6; Postorganisationsgesetz vom 17.12.2010 (POG; SR 783.1), Art. 2, 3 und 6; Bundesgesetz über die Rüstungsunternehmen des Bundes vom 10.10.1997 (BGRB; SR 934.27), Art. 1, 2, 3; Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 48 Abs. 1.

E140.0102 GELD- UND KAPITALMARKTANLAGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	171 834 518	109 984 500	416 606 062	306 621 562	278,8
Zinseinnahmen Banken	30 202 437	35 082 300	284 805 924	249 723 624	711,8
Zinseinnahmen Darlehen aus Finanzvermögen	49 518 768	43 800 000	52 517 820	8 717 820	19,9
Zinseinnahmen BIF	42 970 413	29 072 200	41 563 467	12 491 267	43,0
Währungsgewinne	-	-	14 295 090	14 295 090	-
Kursgewinne auf Finanzinstrumenten	38 488 374	-	-	-	-
Verschiedene Finanzeinnahmen	10 654 527	2 030 000	23 423 761	21 393 761	n.a.

Die EFV legt die für den Zahlungsbedarf nicht benötigten Gelder so an, dass die Sicherheit und ein marktkonformer Ertrag gewährleistet sind. Sie kann zudem gestützt auf spezialgesetzliche Grundlagen Tresoreriedarlehen vergeben.

Nach mehreren Leitzinserhöhungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) liegen die Zinsen seit September 2022 wieder im positiven Bereich. Dadurch konnte die Liquidität in SNB-Festgeldanlagen (180,6 Mio.), auf dem Girokonto bei der SNB (69,8 Mio.) sowie bei Banken und am Repo-Markt (5,5 Mio.) wieder zinsbringend angelegt werden. Die Fremdwährungen des Bundes werden von der SNB bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) oder bei den Zentralbanken kurzfristig angelegt (28,9 Mio.).

Die Einnahmen aus den Darlehen aus Finanzvermögen sind aufgrund des Zinsanstieges für neue Darlehen leicht angestiegen. Beim Bahninfrastrukturfonds (BIF) sind die Einnahmen aufgrund der langsameren Darlehensrückzahlungen über dem Voranschlag.

Die nicht budgetierbaren Währungsgewinne aufgrund von Wechselkursbewegungen umfassen den Erfolg aufgrund von Bewertungskorrekturen der Fremdwährungsbestände in den Währungen Euro, US-Dollar, Norwegenkronen und Schwedenkrone. Die Währungserfolge werden netto ausgewiesen. Bei den Zinssatzswaps resultierte ein Währungsverlust (vgl. A240.0101 Passivzinsen). Bei den verschiedenen Finanzeinnahmen schlagen insbesondere die Zinseinnahmen auf den Treuhandkonten des amerikanischen Foreign Military Sales zu Buche.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 60, 61, 62, für Bewertungskorrekturen Art. 35, 36; Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 70, 73, 74.

E140.0109 ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 515 579 516	1 423 000 000	2 409 905 379	986 905 379	69,4
Veränderung von Equitywerten	1 515 579 516	1 423 000 000	2 409 905 379	986 905 379	69,4

Die namhaften Beteiligungen des Bundes (u.a. SBB und weitere konzessionierte Transportunternehmen [KTU], Swisscom, Post, RUAG) werden zum Anteil des Bundes am Eigenkapital der Unternehmen bilanziert (Equitywert). Damit partizipiert der Bund anteilmässig am Ergebnis der namhaften Beteiligungen.

Bei den KTU können die handelsrechtlichen Ergebnisse nicht unverändert übernommen werden, weil diese nicht den Vorgaben gemäss IPSAS entsprechen. Unter IPSAS werden folgende Tatbestände anders behandelt als in den Rechnungslegungsvorschriften der KTU:

- Die KTU erhalten bedingt rückzahlbare Darlehen zur Finanzierung der Bahninfrastruktur. Die Rückzahlung der Darlehen ist an Bedingungen geknüpft, welche in aller Regel nicht eintreten. Die bedingt rückzahlbaren Darlehen sind in den Rechnungen der KTU im Fremdkapital als Verbindlichkeit ausgewiesen. Unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung sind die im Berichtsjahr erhaltenen Mittel im Umfang von 1036 Millionen für die Beteiligungsbewertung wirtschaftlich als Ertrag der KTU zu behandeln.
- Gestützt auf die Verordnung des UVEK über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen (RKV) werden die getätigten Investitionen für Tunnel-Ausbrucharbeiten in den Rechnungen der KTU als Aufwand erfasst. Für die Beteiligungsbewertung nach IPSAS werden diese Infrastrukturbauten entsprechend ihrem Nutzenpotenzial (Service Potential) bilanziert und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Berichtsjahr beträgt die Differenz zwischen Investitionen und Abschreibungen netto 6 Millionen.

Die grössten anteilmässigen Gewinne entfallen auf die SBB (1235 Mio.; davon 826 Mio. aus bedingt rückzahlbaren Darlehen und 142 Mio. aus Tunnelausbrüchen), Swisscom AG (866 Mio.) und die Post (164 Mio.). RUAG MRO Holding AG und RUAG International Holding AG verzeichnen Gewinne von 27 Millionen bzw. 8 Millionen.

E150.0102 ENTNAHME AUS SPEZIALFINANZIERUNGEN IM FREMDKAPITAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	182 981 878	119 656 100	321 538 349	201 882 249	168,7

Spezialfinanzierungen werden unter dem Fremdkapital bilanziert, wenn das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung keinen Handlungsspielraum einräumt. Schwankungen im Bestand solcher Spezialfinanzierungen werden der Erfolgsrechnung belastet beziehungsweise gutgeschrieben.

Bei folgenden Spezialfinanzierungen resultierte in der Rechnung 2023 eine Entnahme (Ausgaben > Einnahmen): CO₂-Abgabe, Gebäudeprogramm (120,6 Mio.), CO₂-Abgabe, Rückverteilung (120,0 Mio.), Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern (32,3 Mio.), Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (22,8 Mio.), Sanktion CO₂-Verminderung (21,5 Mio.), VEG Glas (2,7 Mio.) und VOC/HEL-Lenkungsabgabe (1,8 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 53 und Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 62.

Hinweise

Für weiterführende Informationen zu Spezialfinanzierungen wird auf Band 1B, Ziffer A 82/12 verwiesen.

E150.0103 LIQUIDATIONSERLÖSE NACHRICHTENLOSE VERMÖGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	19 705 386	16 041 000	7 109 838	-8 931 162	-55,7

Banken liquidieren nachrichtenlose Vermögenswerte nach 50 Jahren, wenn sich die berechnete Person auf vorgängige Publikation hin nicht meldet. Der Erlös der Liquidation fällt an den Bund.

Die neuen Bestimmungen des BankG sowie die totalrevidierte BankV sind seit 1.1.2015 in Kraft. Die Liquidation kann frühestens ein Jahr (Art. 49 Abs. 1 BankV) und muss spätestens zwei Jahre nach der Publikation (Art. 54 Abs. 1 Bst. a BankV) oder nach der Feststellung unberechtigter Ansprüche (Bst. b) erfolgen. Im 2023 lagen die Liquidationserlöse deutlich unter den Vorjahren und somit dem im Voranschlag angenommenen Schätzwert aus dem Durchschnittswert der Rechnungen der letzten vier Jahre.

Rechtsgrundlagen

BG vom 8.11.1934 über die Banken und Sparkassen (BankG; SR 952.0), Artikel 37m; V vom 30.4.2014 über die Banken und Sparkassen (BankV; SR 952.02), Art. 57.

E150.0120 EINNAHMEN BEREITSTELLUNGSPRÄMIE CS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	100 694 444	100 694 444	-

Der Bundesrat hat am 16. und am 19.3.2023 verschiedene Massnahmen beschlossen, um einen unmittelbar drohenden Ausfall der global tätigen und systemrelevanten Credit Suisse (CS) und damit eine Finanzkrise sowie einen ausserordentlich hohen Schaden für den Finanzplatz Schweiz und die gesamte Volkswirtschaft abzuwenden. Zum Massnahmenpaket gehörte eine Liquiditätshilfe-Darlehen der SNB zugunsten der CS mit Garantie des Bundes von 100 Milliarden Schweizer Franken (Public Liquidity Backstop). Für das staatlich garantierte Liquiditätsdarlehen bezahlte die CS dem Bund unter anderem eine Bereitstellungsprämie von 0,25 Prozent pro Jahr auf dem Garantiebetrug (100 Mrd.). Die UBS als neue Eigentümerin der CS kündigte das Liquiditätshilfe-Darlehen mit Ausfallgarantie am 11.8.2023. Die aufgelaufene Bereitstellungsprämie für die Dauer vom 19.3. bis 21.8.2023 belief sich auf 100,7 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über zusätzliche Liquiditätshilfe-Darlehen und die Gewährung von Ausfallgarantien des Bundes für Liquiditätshilfe-Darlehen der Schweizerischen Nationalbank an systemrelevante Banken (SR 952.3), Art. 8 (Version vom 19.3.2023).

Hinweise

Risikoprämie CS (E190.0122)

E150.0122 ABNAHME FINANZVERBINDLICHKEIT FÜR GARANTIE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	22 646 615	22 646 615	-

Der Bund bürgt aufgrund einer staatsvertraglichen Verpflichtung für Darlehen, welche die Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (Eurofima) der SBB gewährt. Per 31.12.2023 sind Darlehen im Umfang von 3100 Millionen offen. Basierend auf den offenen Darlehen und einer Ausfallwahrscheinlichkeit (Rating) wird eine bilanzielle Verpflichtung des Bundes berechnet. Im Berichtsjahr hat die Verpflichtung um 23 Millionen abgenommen.

Rechtsgrundlagen

Abkommen über die Gründung der «Eurofima», Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (SR 0.742.105), Art. 5.

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN**E190.0100 GEWINNEINZIEHUNGEN FINMA**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	13 487 664	13 487 664	-

Wegen schwerer Verstösse gegen schweizerische Finanzmarktgesetze ordnete die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA im 2023 die Einziehung von Gewinnen zugunsten des Bundes in der Höhe von 13,5 Millionen an. Die Verfügungen gegen Mirabaud Cie SA, R. Steiner und die St. Galler Kantonalbank wurden im 2023 rechtskräftig.

E190.0118 A.O. GEWINNAUSSCHÜTTUNG SNB

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 333 300 000	1 333 300 000	-	-1 333 300 000	-100,0

Ab der Staatsrechnung 2021 werden zusätzliche Gewinnausschüttungen der SNB, welche den Grundbetrag von 2 Milliarden übersteigen, zu Gunsten des Abbaus der Coronaschulden als ausserordentliche Einnahmen verbucht.

Die SNB weist für das Jahr 2022 einen Jahresverlust von 132,5 Milliarden aus. Nach Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven beträgt die Gewinnausschüttungsreserve -39,5 Milliarden (Vorjahr +102,5 Mrd.). Aufgrund der negativen Gewinnausschüttungsreserve wurde im 2023 keine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

Nationalbankgesetz vom 3.10.2003 (NBG; SR 951.11), Art. 31.

E190.0120 A.O. AUSSCHÜTTUNGEN RUAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	-	200 000 000	200 000 000	0	0,0

Der Bund besitzt jeweils 100 Prozent der Aktien der RUAG MRO Holding AG und der RUAG International Holding AG. Die RUAG International Holding AG wird bis 2025 vollständig privatisiert. Die strategischen Ziele 2020–2023 sahen vor, dass die Erlöse aus dem Verkauf ihrer Geschäftseinheiten grundsätzlich als Sonderdividende dem Bund zufließen. Ebenso werden Erlöse aus Immobilien- und Grundstückverkäufen der RUAG Real Estate AG (Immobilien-gesellschaft der RUAG MRO Holding AG) prinzipiell mittels Sonderdividende dem Bund ausgeschüttet. Im Rahmen der Privatisierung der RUAG International Holding AG werden die einzelnen Unternehmensbereiche schrittweise veräussert. Bereits vollzogen sind insbesondere die Verkäufe der Munitionsherstellerin RUAG Ammotec und des Geschäftsbereichs Simulation & Training. Die Ausschüttung der Verkaufserlöse erfolgt gestaffelt, weil ein Teil der Erlöse vorerst als Liquiditätsreserve im Unternehmen verbleiben muss, um finanzielle Risiken aus dem Geschäftsbetrieb und dem Devestitionsprozess abdecken zu können.

Im Jahr 2023 war erstmals eine Ausschüttung von Verkaufserlösen der RUAG International Holding AG an den Bund möglich, und zwar in der Höhe der budgetierten 200 Millionen.

E190.0122 A.O. EINNAHMEN RISIKOPRÄMIE LIQUIDITÄTSHILFE-DARLEHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	60 625 000	60 625 000	-

Der Bundesrat hat am 16. und am 19.3.2023 verschiedene Massnahmen beschlossen, um einen unmittelbar drohenden Ausfall der global tätigen und systemrelevanten Credit Suisse (CS) und damit eine Finanzkrise sowie einen ausserordentlich hohen Schaden für den Finanzplatz Schweiz und die gesamte Volkswirtschaft abzuwenden. Zum Massnahmenpaket gehörte ein Liquiditätshilfe-Darlehen der SNB zugunsten der CS mit Garantie des Bundes von 100 Milliarden Schweizer Franken (Public Liquidity Backstop). Für das staatlich garantierte Liquiditätshilfe-Darlehen bezahlte die CS dem Bund unter anderem eine Risikoprämie von 1,5 Prozent pro Jahr auf dem bezogenen Betrag (70 Mrd. ab 20.3., in der Folge sukzessive wieder zurückgeführt). Die UBS als neue Eigentümerin der CS kündigte das Liquiditätshilfe-Darlehen mit Ausfallgarantie am 11.8.2023. Die aufgelaufene Risikoprämie für die Dauer vom 19.3. bis 21.8.2023 belief sich auf 60 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über zusätzliche Liquiditätshilfe-Darlehen und die Gewährung von Ausfallgarantien des Bundes für Liquiditätshilfe-Darlehen der Schweizerischen Nationalbank an systemrelevante Banken (SR 952.3), Art. 8 (Version vom 19.3.2023).

Hinweise

Bereitstellungsprämie CS (E150.0120)

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	54 524 384	61 142 500	57 121 877	-4 020 623	-6,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 403 200</i>			
Funktionsaufwand	54 524 384	61 142 500	57 121 877	-4 020 623	-6,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	54 353 609	61 114 000	57 093 415	-4 020 585	-6,6
Personalausgaben	34 335 187	36 050 500	35 893 207	-157 293	-0,4
Sach- und Betriebsausgaben	20 018 422	25 063 500	21 200 208	-3 863 292	-15,4
<i>davon Informatik</i>	<i>17 967 759</i>	<i>19 375 600</i>	<i>18 176 628</i>	<i>-1 198 972</i>	<i>-6,2</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>575 908</i>	<i>1 550 200</i>	<i>867 900</i>	<i>-682 300</i>	<i>-44,0</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	170 775	28 500	28 462	-38	-0,1
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	185	184	185	1	0,5

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Bei den Personalbezügen und Arbeitgeberbeiträgen wurden die vorhandenen Mittel um rund 0,25 Millionen nicht ausgeschöpft. Dies hängt in erster Linie mit Vakanzen während dem Jahr zusammen. Weiter wurden die Mittel bei den übrigen Personalausgaben (insbesondere bei der Aus- und Weiterbildung) um rund 0,3 Millionen unterschritten. Die Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben mussten um 0,35 Millionen erhöht werden. Dies ist insbesondere auf den erhöhten Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Einführung von SUPERB zurückzuführen. Gesamthaft liegen die Personalausgaben 0,4 Prozent unter dem Voranschlag.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Informatiksachausgaben* lagen um rund 1,2 Million unter dem Voranschlag (Projekte 0,3 Mio. über Voranschlag und Betrieb 0,9 Millionen unter Voranschlag).

Die Projektkosten beliefen sich insgesamt auf 0,9 Millionen oder rund 5 Prozent der Informatikausgaben.

Die Kosten für den Betrieb und die erweiterte Wartung beliefen sich insgesamt auf 17,3 Millionen (0,9 Millionen unter dem Voranschlag). Insbesondere der stabile Betrieb der SAP-Finanzsysteme des Bundes, der Fachanwendungen der EFV (u.a. Bundestresorerie, Finanzstatistik, Sparkasse Bundespersonal, zentrales Inkasso) und der Standarddienste sowie eine zurückhaltende Weiterentwicklung in den Fachanwendungen sorgten für das insgesamt bessere Ergebnis.

Für *Beratung* wurden rund 0,7 Millionen weniger Mittel verwendet als budgetiert. Die Mittel wurden insbesondere für externe Beratung im Zusammenhang mit Rechtsverfahren CS (0,46 Mio.) und für den Einsatz externer Spezialisten im Rahmen von Projekten und zur Klärung von Sachfragen verwendet.

Von den *restlichen Sach- und Betriebsausgaben* entfallen 2,6 Millionen auf Raummieten und rund 1 Million auf den übrigen Sach- und Betriebsaufwand, namentlich externe Dienstleistungen (insbesondere Kaderworkshops, Seminare und Anlässe), Post- und Versandkosten sowie Büromaterial. Durch die nicht budgetierten Veränderungen des Delkrederes entstand ein zusätzlicher Kreditrest von 1,4 Millionen.

Abschreibungsaufwand

Unter dem übrigen Funktionsaufwand werden jährliche Abschreibungen auf den Softwarelizenzen «ALM Focus und Adaptiv» vorgenommen.

Kreditmutationen

- Abtretung des GS-EFD von 465 000 Franken für die Bewältigung des CS-UBS Geschäftes
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 406 200 Franken für zusätzliche PK-Beiträge
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 254 900 Franken für die Hochschulpraktikanten
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 104 900 Franken für die Familienexterne Kinderbetreuung
- Abtretungen des Eidg. Personalamts von 39 000 Franken für die berufliche Integration
- Kreditverschiebung des GS UVEK von 232 800 Franken für die Übernahme der Dienstleistungen Finanzbuchhaltung, Debitorenbuchhaltung und Controlling für GS UVEK, SUST und RegInfra durch die EFV
- Kreditverschiebung an das BBL von 180 000 Franken für den Stv. Programmleiter SUPERB
- Kreditverschiebung des BAKOM von 80 400 Franken für die Übernahme der Dienstleistungen Finanzbuchhaltung durch die EFV

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Finanz- und Ausgabenpolitik		LG 2: Finanz- und Rechnungswesen		LG 3: Bundestresorerie	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	18	18	32	33	5	6
Personalausgaben	14	14	16	17	4	4
Sach- und Betriebsausgaben	4	4	16	16	1	2
davon Informatik	2	2	14	14	2	2
davon Beratung	0	1	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	-	-	0	0	-	-
Verwaltungsvermögen						
Vollzeitstellen (Ø)	69	66	88	92	28	27

A202.0115 NICHT VERSICHERTE RISIKEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	130 285	600 000	581 630	-18 370	-3,1

Der Bund trägt das Risiko für Schäden an seinen Vermögenswerten und für die haftpflichtrechtlichen Folgen seiner Tätigkeit in der Regel selbst (Grundsatz der Eigenversicherung).

Die Eigenversicherung umfasst:

- Schäden an Fahrhabe des Bundes (insbes. Elementar-, Diebstahl- und Transportschäden);
- Personen- und Sachschäden von Bundesangestellten;
- Haftpflichtschäden (zu beurteilen z. B. gestützt auf das Verantwortlichkeitsgesetz [SR 170.32], das Zivildienstgesetz [SR 824.0], das Obligationenrecht [SR 220], usw.).

Durch die geopolitische Lage hat sich das Schadenpotential generell verschärft. Im 2023 mussten neun Angestellte des EDA den Sudan unverzüglich verlassen. Fünf EDA-Schadenfälle konnten im 2023 mit einer Gesamtsumme von 366 000 Franken abgeschlossen werden. Weiter hat sich ein Sturmschaden ereignet, welcher Kosten in der Höhe von rund 120 000 Franken generiert hat. Gesamthaft wurden 43 Schadenfälle bearbeitet.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 39. Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 50 und Weisungen EFV über die Risikotragung und Schadenerledigung im Bund vom 11.9.2015.

A202.0194 AUFWÄNDE VERLUSTGARANTIE UBS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	5 090 000	3 277 454	-1 812 546	-35,6
davon Kreditmutationen		5 090 000			

Im Kontext der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wurde am 19.3.2023 ein Massnahmenpaket durch den Bundesrat verabschiedet. Zum Massnahmenpaket gehörte unter anderem eine Verlustübernahmegarantie der Eidgenossenschaft an die UBS im Umfang von 9 Milliarden Franken. Für die Konzeption und die Verhandlung der Verlustabsicherungsgarantie war die Eidgenossenschaft auf externe Fachspezialisten angewiesen. Sie hat dazu Rechts- und Wirtschaftsberater mandatiert. Die Verlustgarantie wurde bereits am 11.8.2023 beendet, weshalb die Aufwendungen tiefer als ursprünglich geplant ausfielen. Die Aufwendungen sind durch Erträge aus der Verlustabsicherungsgarantie (E102.0116) gedeckt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über zusätzliche Liquiditätshilfe-Darlehen und die Gewährung von Ausfallgarantien des Bundes für Liquiditätshilfe-Darlehen der Schweizerischen Nationalbank an systemrelevante Banken vom 19.3.2023, Art. 14a

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG im Umfang von 5,09 Millionen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	4 450 000	4 450 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	320 000	320 000
Endbestand per 31.12.2023	–	4 770 000	4 770 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	240 000	240 000

Bestand zweckgebundene Reserven

Für folgende Projekte im Bereich Informatik bestehen zweckgebundene Reserven:

- Mobil Arbeiten Ausstattung IKT: 0,35 Millionen
- Tresorerie Management System: 1,6 Millionen
- Prozessoptimierung Finanzstatistik (Evaluation und Einführung neue Softwarelösung): 1,25 Millionen
- Datencenter@EFV: 0,2 Millionen
- ResysPlus: 0,95 Millionen
- Neue Inkasso-Lösung ZI: 0,3 Millionen
- RPA@FRW: 0,07 Millionen
- Geschäftsverwaltung EFV: 0,05 Millionen

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund fehlender Personalressourcen, Abhängigkeiten zu anderen Projekten sowie fehlender Ressourcen zur Klärung von juristischen und technischen Einzelheiten konnten Mittel im Umfang von 0,24 Millionen nicht wie geplant eingesetzt werden. Da diese Mittel in den kommenden Jahren benötigt werden, sollen zweckgebundene Reserven für die folgenden Informatikprojekte gebildet werden.

- Prozessunterstützung mit KI: 120 000 Franken
- GwG21 (Geldwäschereigesetz): 120 000 Franken

TRANSFERKREDITE DER LG 1: FINANZ- UND AUSGABENPOLITIK

A231.0161 RESSOURCENAUSGLEICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 409 075 808	2 606 815 200	2 606 815 173	-27	0,0

Der Ressourcenausgleich besteht aus einem horizontalen (Beitrag der ressourcenstarken Kantone) und einem vertikalen Ressourcenausgleich (Beitrag des Bundes). Er wird in Abweichung von Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a FHV netto ausgewiesen. Die Angaben beziehen sich deshalb nur auf den vertikalen Ressourcenausgleich. Die Kantonsbeiträge (horizontaler Ressourcenausgleich) werden nicht als Ertrag oder Minderaufwand ausgewiesen, da es sich lediglich um eine Umverteilung von Kantonsmitteln handelt. Der gesamte Ressourcenausgleich beträgt 4,3 Milliarden. Davon entfallen 2,6 Milliarden auf den Bund und 1,7 Milliarden auf die ressourcenstarken Kantone.

Rechtsgrundlagen

BG über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3.10.2003 (FiLaG; SR 613.2), Art. 3 bis Art. 4 und Art. 19a.

A231.0162 GEOGRAFISCH-TOPOGRAFISCHER LASTENAUSGLEICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	361 412 393	370 447 800	370 447 703	-97	0,0

Mit dem geografisch-topografischen Lastenausgleich werden Beiträge an Kantone geleistet, die aufgrund einer dünnen Besiedelung und/oder der topografischen Verhältnisse überdurchschnittlich hohe Kosten bei der Bereitstellung des staatlichen Angebots aufweisen. Im Jahr 2023 haben 18 Kantone Leistungen aus dem geografisch-topografischen Lastenausgleich erhalten. Dieser Ausgleich wird ausschliesslich vom Bund finanziert.

Rechtsgrundlagen

BG über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3.10.2003 (FiLaG; SR 613.2), Art. 7 bis Art. 9.

A231.0163 SOZIODEMOGRAFISCHER LASTENAUSGLEICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	501 412 393	510 447 800	510 447 703	-97	0,0

Mit dem soziodemografischen Lastenausgleich werden Beiträge an Kantone geleistet, die aufgrund der Bevölkerungsstruktur und/oder der Zentrumsfunktion der grossen Kernstädte überdurchschnittlich hohe Kosten bei der Bereitstellung des staatlichen Angebots aufweisen. Im Jahr 2023 haben 10 Kantone Leistungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich erhalten. Dieser Ausgleich wird wie der geografisch-topografische Lastenausgleich ausschliesslich vom Bund finanziert.

Rechtsgrundlagen

BG über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3.10.2003 (FiLaG; SR 613.2), Art. 7 bis Art. 9.

A231.0164 HÄRTEAUSGLEICH NFA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	151 448 179	139 798 400	139 798 319	-81	0,0

Der Härteausgleich wird zu 2/3 durch den Bund und zu 1/3 durch die Kantone finanziert. Er wird in Abweichung von Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a FHV netto ausgewiesen. Die Angaben zum Härteausgleich beziehen sich deshalb nur auf den Bundesbeitrag. Die Kantonsbeiträge an den Härteausgleich werden nicht als Ertrag oder Minderaufwand ausgewiesen, da es sich lediglich um eine Umverteilung von Kantonsmitteln handelt.

Gemäss Artikel 19 Absatz 3 FiLaG wird der Betrag des Härteausgleichs seit 2016 um jährlich 5 Prozent des Ausgangsbetrags reduziert. Der Härteausgleich betrug im Jahr 2023 insgesamt 210 Millionen. Der Beitrag des Bundes belief sich auf 140 Millionen, jener der Kantone auf 70 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3.10.2003 (FiLaG; SR 613.2), Art. 19; BB vom 22.6.2007 über die Festlegung des Härteausgleichs (SR 613.26), Art. 1.

A231.0391 TEMPORÄRE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	200 000 000	160 000 000	160 000 000	0	0,0

Der Bund leistet in den Jahren 2021 bis 2025 Beiträge zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen der Finanzausgleichsreform 2020. Die jeweiligen Beträge sind gesetzlich festgelegt und werden proportional zur Bevölkerung auf die ressourcenschwachen Kantone verteilt. Ein Kanton verliert seinen Anspruch dauerhaft, wenn sein Ressourcenpotenzial über den schweizerischen Durchschnitt steigt. Im Jahr 2023 wurden Zahlungen im Umfang von 160 Millionen an 17 Kantone ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

BG über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3.10.2003 (FiLaG; SR 613.2), Art. 19c.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: FINANZ- UND RECHNUNGSWESEN**A231.0369 BEITRÄGE AN RECHNUNGSLEGUNGSGREMIEN**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	55 000	55 000	55 000	0	0,0

Der Bund unterstützt gemeinsam mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) das Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP) mit finanziellen Beiträgen. Das SRS-CSPCP befasst sich mit der Erarbeitung und Auslegung von Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor, die von gesamtschweizerischer Bedeutung sind und die im Interesse des Bundes stehen (z. B. bei der Erhebung von vergleichbaren finanzstatistischen Daten bei Kantonen und Gemeinden).

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 48 Abs. 4.

A231.0389 ZUNAHME FINANZVERBINDLICHKEIT FÜR GARANTIE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 468 919	-	-	-	-

Im Berichtsjahr resultiert aus der Berechnung der Garantieverpflichtung ein Ertrag (siehe E150.0122).

Rechtsgrundlagen

Abkommen über die Gründung der «Eurofima», Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (SR 0.742.105), Art. 5.

WEITERE KREDITE**A240.0100 KOMMISSIONEN, ABGABEN UND SPESEN**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	33 418 815	26 180 700	25 811 274	-369 426	-1,4

Der Kredit umfasst sämtliche Kommissionen, Abgaben und Spesen im Zusammenhang mit der Geldbeschaffung der Bundestresorerie.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 60; Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 70.

A240.0101 PASSIVZINSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	878 471 290	1 155 501 200	1 155 501 168	-32	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>270 159 600</i>			
Eidg. Anleihe	821 127 026	768 593 400	768 593 389	-11	0,0
Gmbf	-37 035 395	214 153 900	214 153 863	-37	0,0
Festgelder	-	-	19 791 448	19 791 448	-
Sparkasse Bundespersonal	13 859 103	35 055 400	35 055 411	11	0,0
Kursverluste aus Finanzinstrumenten	-	-	16 589 534	16 589 534	-
Übrige Konten	47 368 311	137 698 500	101 317 522	-36 380 978	-26,4
Währungsverluste	33 152 246	-	-	-	-

Die Ausgaben für die Passivzinsen sind einerseits abhängig vom ausstehenden Volumen der verzinslichen Schulden des Bundes und andererseits von der Höhe der kurzfristigen Geld- und langfristigen Kapitalmarktzinsen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung ging man davon aus, dass die kurzfristigen Zinsen mit 0,3 Prozent im Jahresdurchschnitt nur leicht im positiven Bereich und die langfristigen Zinsen bei 0,9 Prozent liegen würden. Tatsächlich hat die SNB ihre Geldpolitik deutlich schneller und stärker gestrafft als erwartet: Bereits Anfang 2023 lag der SNB-Leitzins bei 1,0 Prozent und wurde bis zur geldpolitischen Lagebeurteilung im Juni weiter angehoben auf insgesamt 1,75 Prozent. Zwar haben sich auch die langfristigen Zinsen erhöht, aber mit einer durchschnittlichen Rendite von 1,1 Prozent deutlich weniger stark als die Zinsen am kurzen Ende.

Dadurch stiegen die Ausgaben für die Passivzinsen markant an und machten eine Überschreitung des Voranschlagkredits um 270 Millionen nötig (Kreditmutation). Mit 147 Millionen entfiel der Grossteil der Kreditmutation auf die kurzfristigen Geldmarktbuchforderungen (Gmbf), welche in direkter Verbindung zu den Leitzinsen der SNB stehen. Bei den Eidgenössischen Anleihen waren die Auswirkungen geringer, da pro Jahr nur ein relativ kleiner Teil der langfristigen Anleihen fällig wird und refinanziert werden muss.

Die im Jahr 2023 fällige Anleihe mit einer durchschnittlichen Emissionsrendite von 3,4 Prozent wurde durch Neuemissionen mit einer deutlich tieferen Durchschnittsrendite von 1,2 Prozent ersetzt. Der Bestand der Eidgenössischen Anleihe wuchs netto um 3,75 Milliarden auf nominal 72,0 Milliarden per Ende 2023. Die Gmbf mussten aufgrund der Leitzinserhöhung in den positiven Bereich wieder mit einem Diskontabschlag emittiert werden. Dies führt zu höheren Diskontausgaben. Die erzielte Durchschnittsrendite der Gmbf lag über das ganze Jahr bei rund 1,5 Prozent. Per Ende 2023 ist bei den Gmbf ein Volumen von nominal rund 14 Milliarden (Vorjahr 14,9 Mrd.) ausstehend.

Die Festgelder beinhalten kurzfristige Anlagen der Arbeitslosenversicherung bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Die ALV hat im Jahr 2023 aufgrund der inversen Zinskurve Gelder aus dem Depotkonto auf höher verzinsten Festgeldanlagen mit kurzen Laufzeiten umgeschichtet.

Die Zinsausgaben für die Sparkasse Bundespersonal (SKB) lagen aufgrund der tieferen Zinssätze im langfristigen Bereich im zweiten Halbjahr insgesamt unter dem Voranschlag. Der Bestand belief sich auf rund 3,2 Milliarden per Ende 2023. Unter den übrigen Konten sind in erster Linie die Depotkonten der Spezialfonds und Stiftungen im Umfang von rund 9,6 Milliarden per Ende 2023 zusammengefasst, die bei den Verwaltungseinheiten geführt werden. Weiter gab es bei den Zinssatzswaps nicht budgetierbare Kursverluste. Die Währungserfolge werden netto ausgewiesen (vgl. E140.0102 Geld- und Kapitalmarktanlagen).

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung in der Höhe von 270,2 Millionen. Aufgrund der mehrmaligen Leitzinserhöhungen der SNB stiegen die Zinsen im 2023 bis auf 1.75 %. Dies führte zu höheren Zinsausgaben bei den Gmbf (+147,5 Mio.), den Eidg. Anleihen (+44,3 Mio.), der Sparkasse Bundespersonal (+14,3 Mio.) und den Übrigen Konten (Depotkonten; +64,1 Mio.).
- Gemäss Bundesbeschluss Ia zum Voranschlag 2023 sind die Passivzinsen von der Nachtragspflicht ausgenommen, da der Bundesrat nur über ein geringfügiges Ermessen für die Aufwände und Investitionsausgaben verfügt (Art. 36 Abs. 4 FHG).

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 60, 61, für Bewertungskorrekturen 35, 36; Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 70, 71, 72, 73.

A250.0100 EINLAGE IN SPEZIALFINANZIERUNGEN IM FREMDKAPITAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	129 688 635	183 537 900	49 515 837	-134 022 063	-73,0

Spezialfinanzierungen werden unter dem Fremdkapital bilanziert, wenn das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung keinen Handlungsspielraum einräumt. Schwankungen im Bestand solcher Spezialfinanzierungen werden der Erfolgsrechnung belastet beziehungsweise gutgeschrieben.

Bei folgenden Spezialfinanzierungen resultierte in der Rechnung 2023 eine wesentliche Einlage (Einnahmen > Ausgaben): Spielbankenabgabe (21,7 Mio.), Abwasserabgabe (13,0 Mio.), Altlastenfonds (9,4 Mio.), VEG Batterien (4,2 Mio.) und Medienforschung und Rundfunktechnologie (1,2 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 53; Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 62.

Hinweise

Für weiterführende Informationen zu den Spezialfinanzierungen wird auf Band 1B, Ziffer A 82/12 verwiesen.

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Proaktives Engagement für die Entwicklungen im Bereich der Sozialversicherungen der 1. Säule
- Schaffung flexibler Organisationsstrukturen und rationaler Prozesse, um die Qualität der Dienstleistungen effizient zu gewährleisten
- Innovation, um passende und zuverlässige Dienstleistungen und Lösungen für Leistungsempfänger und Partner bereitzustellen
- Schaffung eines modernen Umfelds, das die berufliche Entwicklung und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz fördert

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	153,1	147,5	156,5	3,4	2,2
Laufende Ausgaben	157,6	158,5	157,5	-0,1	-0,1
Eigenausgaben	157,6	158,5	157,5	-0,1	-0,1
Selbstfinanzierung	-4,5	-11,1	-1,0	3,5	77,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,6	-0,6	-0,6	0,0	3,7
Jahresergebnis	-5,2	-11,7	-1,6	3,5	68,1
Investitionsausgaben	0,7	1,2	0,1	-0,6	-80,5

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus den Rückerstattungen der Ausgleichsfonds der AHV/IV/EO (die über 85 % des Aufwands decken) sowie aus den Verwaltungskostenbeiträgen von Bund und anderen angeschlossenen Arbeitgebern an die EAK (Leistungsgruppe 4) zusammen. Sie stiegen gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 um 3,4 Millionen (+2,2 %). Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die nach den Artikeln 95 AHVG und 66 IVG durch die AHV/IV/EO-Fonds zurückerstatteten tatsächlichen Betriebskosten unter anderem den Teuerungsausgleich bei den Löhnen (2,9 Mio.) sowie nicht budgetierte Ausgaben (vgl. Kreditmutationen) umfassten.

Die laufenden Ausgaben der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) sind schwach gebunden und vollständig dem Eigenbereich zugeordnet. Der Funktionsaufwand entfällt zu rund 90 Prozent auf das Personal und die Informatik. Er dient in erster Linie der Rentenverwaltung, der Führung der zentralen Register und der Versichertenkonti (AHV/IV) sowie der Bearbeitung der Rentengesuche und Revisionen (IV).

Die laufenden Ausgaben und die Investitionsausgaben sind gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 leicht gesunken (-0,7 Mio.). Einerseits nahmen die Ausgaben nach Ablauf der letzten SLA-Verträge für das Hosting von Anwendungen beim BIT Ende 2022 ab. Andererseits erhöhten sie sich durch den teuerungsbedingten Anstieg der Personalausgaben.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Electronic Exchange of Social Security Information (EESSI), Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit): Abschluss der Realisierungsphase (teilweise erreicht)
Die Realisierungsphase konnte nicht abgeschlossen werden, da die zu entwickelnde und in die IT der ZAS zu integrierende Fachanwendung komplexer als angenommen ist. Die Gesamtplanung wurde unter anderem mit dem BSV überarbeitet.
- Versichertenportal eCdC, Implementierung eines sicheren Webportals (basierend auf der EFD-Portal-Lösung), um Online-Dienste anzubieten: Ende der Realisierungsphase (erreicht)
- UPI | eCH-V2, Harmonisierung von Sonderzeichen in amtlichen Registern: Ende der Realisierungsphase (erreicht)
- MOSAR, Modernisierung des elektronischen Austauschs zwischen den AHV-Ausgleichskassen und dem Versichertenregister, Verbesserung Datenqualität und Geschäftsprozesse sowie neue Dienstleistungen für die Versicherten: Ende der Initialisierungsphase (nicht erreicht)
Das BSV lieferte den Projektauftrag und die Anforderungen mit Verspätung. Daher musste die Planung der Initialisierung revidiert werden und die Freigabe ist nun Anfang 2024 geplant.
- Digitalisierung EO, Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: In der Konzeptionsphase (erreicht)

LG1: ZENTRALE LEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Diese Leistungsgruppe umfasst im Wesentlichen die Tätigkeiten, die im schweizerischen Sozialversicherungssystem der 1. Säule zentral erbracht werden müssen. Dazu gehören die Führung und Konsolidierung der AHV-, IV- und EO-Rechnungen, die Verwaltung des Geldverkehrs von und zu den Ausgleichskassen, die Verwaltung der zentralen Datenbanken der 1. Säule (diverse Register, u. a. AHVN13, Renten, Versicherte, Familienzulagen) und die Gewährleistung eines sicheren Zugangs zu denselben. Zudem umfasst diese Leistungsgruppe die internationale Verwaltungshilfe, die als Schnittstelle zwischen den schweizerischen AHV/IV-Organen und ausländischen Sozialversicherungsinstitutionen fungiert.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	35,4	32,5	34,9	2,3	7,1
Aufwand und Investitionsausgaben	42,1	39,5	37,4	-2,1	-5,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Zentralregister: Führung der einzelnen Register (Versicherte, Renten, UPI, Familienzulagen, EO, EL, Sachleistungen) gemäss quantitativen und qualitativen Kriterien, die durch die Regulierungsstandards vorgegeben sind			
– Integrierter Qualitätsindikator für alle Register (Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit, Aktualität) (%)	100	95	94
Internationale Verwaltungshilfe: Effiziente Verfahrenskoordination zwischen den Durchführungsstellen der Schweizer AHV/IV und den ausländischen Verbindungsstellen und Übermittlung der für die Prüfung ausländischer Rentengesuche erforderlichen Angaben			
– Durchschnittliche Zeit, die der/die Sachbearbeiter/in benötigt, um Anfragen nach administrativer Unterstützung zu bearbeiten (Tage)	6,4	9,5	6,1
Buchhaltung der Fonds der 1. Säule: Fristgerechter und gesetzeskonformer Abschluss sowie Publikation der AHV-, IV- und EO-Rechnungen			
– Monatsabschlüsse (von Februar bis Dezember): 45 Tage nach Monatsende (ja/nein)	ja	ja	ja
– Jahresabschluss (+ Januarabschluss): 10. April des Folgejahrs (ja/nein)	ja	ja	ja
Zahlung der individuellen AHV/IV-Leistungen: Auszahlung von individuellen AHV/IV-Leistungen: Rechnungen von Leistungserbringern und Versicherten effizient erfassen, prüfen und bezahlen			
– Anteil der elektronisch eingereichten Rechnungen der individuellen Leistungen AHV/IV (% min.)	70	72	76
– Durchschnittliche Bearbeitungszeit (Registrierung, Kontrolle und Auszahlung) der Rechnungen der individuellen Leistungen AHV/IV. (Tage)	13,1	14,0	15,3
– Durchschnittliche Kosten pro Rechnung für AHV/IV-Leistungen (CHF)	5,7	5,4	5,5

KOMMENTAR

Zahlung der individuellen Leistungen: Zur Erreichung des Ziels für die durchschnittlichen Kosten pro Rechnung wurde der Stellenbestand reduziert, während sich die Anzahl an Rechnungen erhöhte (+2 %, 52 495 Rechnungen). Die elektronisch eingereichten Rechnungen wurden vorrangig bearbeitet. Dadurch kam es bei der Bearbeitung der Papierrechnungen (24 % des Gesamtvolumens) zu Verzögerungen, wodurch sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit erhöhte (+1,3 Tage).

Qualitätsindikator für alle Register: Bei drei von sieben Registern wurden die Ziele nicht erreicht. EO-Register: Im Januar wurden die Berichte aufgrund eines technischen Problems mit achttägiger Verspätung verschickt. Rentenregister: Im Februar wurden infolge einer fehlerhaften Ausführung von nachträglichen Rentenanpassungen die Meldungen mit dreiwöchiger Verspätung bearbeitet. Register der AHV/IV-Leistungsbezügerinnen und -bezüger: Aufgrund der vorrangigen Bearbeitung der elektronisch eingereichten Rechnungen kam es bei der Bearbeitung der Papierrechnungen für individuelle AHV/IV-Leistungen zu Verzögerungen.

LG2: BEITRÄGE UND LEISTUNGEN DER SCHWEIZERISCHEN AUSGLEICHSKASSE

GRUNDAUFTRAG

Die Schweizerische Ausgleichskasse (SAK) führt die AHV für Versicherte im Ausland durch. Sie stellt die Ansprüche der im Ausland wohnhaften Versicherten fest, zahlt entsprechende Leistungen aus und verwaltet diese. Sie stützt sich dabei auf die relevanten Sozialversicherungsabkommen. Überdies führt sie die freiwillige Versicherung (AHV/IV) für die Anspruchsberechtigten durch.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	67,9	65,6	71,3	5,7	8,7
Aufwand und Investitionsausgaben	68,1	69,9	71,3	1,5	2,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Leistungseffizienz: Effiziente Bearbeitung der Versichertendossiers			
– Durchschnittliche Kosten pro laufende Rente (CHF)	44,9	43,2	47,1
– Anteil der Rentengesuche, die innert 75 Tagen nach Eingang verarbeitet sind (%; min.)	95	93	96
Dienstleistungsqualität: Die Versicherten erhalten zuverlässige Informationen und gesetzeskonforme Leistungen			
– Zufriedenheit der Versicherten mit Schriftverkehr (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	–	5,3	5,5
– Zufriedenheit der Versicherten, die sich beim ZAS-Empfang in Genf melden (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	5,8	–	–
– Anteil der im laufenden Monat bearbeiteten Anträge um Anpassungen des Zahlungsmodus (%; min.)	99	98	99

KOMMENTAR

Leistungseffizienz: Die durchschnittlichen Kosten sind höher als im Voranschlag. Grund dafür ist eine Überschreitung des budgetierten Aufwands (+1,5 Mio. bzw. +2,7 %) bei den Projekten AHV 21 und EESSI-CH. Die budgetierten Zielwerte für die durchschnittlichen Kosten beruhen zudem auf den Finanzwerten, die zum Zeitpunkt des Kreditbegehrens vorliegen. Sie berücksichtigen nicht die zentral eingestellten Mittel oder die bewilligten Krediterhöhungen (insgesamt 4 Mio.), da die Höhe der Beträge bei der Budgetierung nicht bekannt ist.

LG3: LEISTUNGEN INVALIDENVERSICHERUNG

GRUNDAUFTRAG

Die IV-Stelle führt die Invalidenversicherung für Versicherte mit Wohnsitz im Ausland durch. Sie prüft die entsprechenden Rentengesuche, nimmt die nötigen Abklärungen und Begutachtungen vor, berechnet die Leistungen und zahlt diese aus. Sie stützt sich dabei auf die relevanten internationalen Sozialversicherungsabkommen. Mittels Revisionen wird der Leistungsanspruch regelmässig überprüft.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	35,8	35,5	36,5	1,0	2,8
Aufwand und Investitionsausgaben	36,0	37,2	36,5	-0,7	-1,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Leistungseffizienz: Effiziente Bearbeitung der Versichertendossiers			
- Durchschnittliche Kosten pro Beschluss (CHF)	3 065,5	2 707,1	2 873,9
- Durchschnittliche Kosten pro laufende Rente (CHF)	237,7	229,0	252,0
- Durchschnittliche Kosten pro Revision (CHF)	2 474,7	2 610,4	2 939,4
- Anteil der innert eines Jahres nach Eingang behandelten Leistungsgesuche (% min.)	87	85	86
- Anteil der berechneten Renten nach Erhalt des Beschlusses der IVST innert 60 Tagen (% min.)	97	95	96
Dienstleistungsqualität: Die Versicherten erhalten zuverlässige Informationen und gesetzeskonforme Leistungen			
- Zufriedenheit der Versicherten mit dem Schriftverkehr (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	-	5,3	5,3
- Anteil der vom Richter aufgehobenen Verfügungen wegen Verletzung des Anhörungsverfahrens oder unzureichender Begründung (% max.)	1,2	3,0	0,6

KOMMENTAR

Leistungseffizienz: Trotz tieferer Kosten (0,7 Mio. bzw. 1,9 % unter dem Budget) sind die durchschnittlichen Kosten höher als veranschlagt. Die budgetierten Zielwerte für die durchschnittlichen Kosten beruhen auf den Finanzwerten, die zum Zeitpunkt des Kreditbegehrens vorliegen. Sie berücksichtigen keine zentral eingestellten Mittel (+0,8 Mio.). Die bearbeiteten Volumen liegen nahe an den Prognosen.

LG4: BEITRÄGE UND LEISTUNGEN DER EIDGENÖSSISCHEN AUSGLEICHSKASSE

GRUNDAUFTRAG

Die EAK erhebt die Versicherungsbeiträge an AHV/IV/EO/ALV/FamZG und MUV bei der Bundesverwaltung sowie den bundesnahen Organisationen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und richtet die entsprechenden Leistungen aus. Sie führt ausserdem eine Familienausgleichskasse für die Bundesverwaltung und die übrigen angeschlossenen Unternehmen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	14,0	13,9	13,9	0,0	0,0
Aufwand und Investitionsausgaben	12,8	13,8	13,0	-0,8	-5,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Leistungseffizienz 1. Säule: Effiziente Bearbeitung der Versichertendossiers			
- Durchschnittliche Kosten pro laufende AHV/IV-Rente (CHF)	36,3	38,6	37,6
- Durchschnittliche Kosten pro Individuelles Konto (CHF)	14,8	15,1	14,4
- Anteil der Rentengesuche, die innert 60 Tagen nach Eingang verarbeitet sind (%; min.)	100	99	100
- Anteil der innerhalb von 7 Tagen gezahlten EO (%; min.)	100	99	100
Dienstleistungsqualität 1. Säule: Arbeitgeber und Versicherte erhalten zuverlässige Informationen und gesetzeskonforme Leistungen			
- Zufriedenheit der Arbeitgeber (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	5,7	-	-
- Zufriedenheit der Versicherten (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	-	-	-
Familienausgleichskasse: Die Versichertendossiers werden effizient bearbeitet			
- Durchschnittskosten pro ausbezahlte Familienzulage (CHF)	35,5	37,9	35,4
- Zufriedenheit der Arbeitgeber (Befragung alle 4 Jahre) (Skala 1-6)	5,7	-	-

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	153 099	147 486	156 507	9 022	6,1
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	153 099	147 486	156 507	9 022	6,1
Aufwand / Ausgaben	159 009	160 419	158 300	-2 119	-1,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	159 009	160 419	158 300	-2 119	-1,3
Nachtrag		2 600			
Kreditverschiebung		-45			
Abtretung		2 471			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		360			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	153 099 104	147 485 600	156 507 329	9 021 729	6,1

Nach Artikel 95 des BG über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG), Artikel 66 des BG über die Invalidenversicherung (IVG) und Artikel 29 des BG über den Erwerbsersatz (EOG) werden dem Bund die Kosten der ZAS für die 1. Säule (ausgenommen die Kosten der EAK) von den Ausgleichsfonds der AHV/IV/EO vollumfänglich vergütet. Die Kosten für die Durchführung der freiwilligen Versicherung werden höchstens um jenen Betrag zurückerstattet, der nicht durch Verwaltungskostenbeiträge gedeckt ist.

Die Rückvergütung des Funktionsaufwands der ZAS durch die Ausgleichsfonds der AHV/IV/EO stellt den Hauptteil (138,5 Mio.) des Ertrags der ZAS dar (156,5 Mio.). Die Verwaltungskostenbeiträge an die Eidgenössische Ausgleichskasse (EAK) und an die Familienausgleichskasse (FAK-EAK) betragen 11,2 Millionen beziehungsweise 2,6 Millionen, diejenigen an die freiwillige Versicherung 1,5 Millionen. Die übrigen Einnahmen belaufen sich auf 2,7 Millionen und enthalten die Fakturierung von EESSI-Supportleistungen von 1,7 Millionen an die Familienausgleichskassen zulasten der Rechnung des BSV.

Der Ertrag 2023 liegt über dem Budget (+9,0 Mio.). Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die nach den Artikeln 95 AHVG und 66 IVG durch die AHV/IV/EO-Fonds zurückerstatteten tatsächlichen Betriebskosten den Teuerungsausgleich bei den Löhnen (2,9 Mio.), Kreditmutationen zugunsten der ZAS (2,4 Mio.), über einen Nachtragskredit gedeckte nicht budgetierte Ausgaben (2,6 Mio.) und die Verwendung zweckgebundener Reserven (0,4 Mio.) umfassten.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	159 008 744	160 418 900	158 299 642	-2 119 258	-1,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>5 386 300</i>			
Funktionsaufwand	158 263 867	159 192 100	158 154 172	-1 037 928	-0,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	157 632 646	158 544 300	157 546 235	-998 065	-0,6
Personalausgaben	122 988 367	124 726 900	125 826 579	1 099 679	0,9
<i>davon Personalverleih</i>	<i>1 720 163</i>	<i>1 839 100</i>	<i>1 504 437</i>	<i>-334 663</i>	<i>-18,2</i>
Sach- und Betriebsausgaben	34 644 278	33 817 400	31 719 656	-2 097 744	-6,2
<i>davon Informatik</i>	<i>18 041 911</i>	<i>15 195 000</i>	<i>13 725 937</i>	<i>-1 469 063</i>	<i>-9,7</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>15 420</i>	<i>190 000</i>	<i>11 238</i>	<i>-178 762</i>	<i>-94,1</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	631 221	647 800	607 937	-39 863	-6,2
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	744 877	1 226 800	145 470	-1 081 330	-88,1
Vollzeitstellen (Ø)	786	792	786	-6	-0,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen (FTE)

Das Rechnungsjahr 2023 zeichnet sich durch eine leichte Budgetüberschreitung bei den Personalausgaben aus (+0,9 %).

Die Ausgaben für das festangestellte Personal (eigenes Personal) belaufen sich auf 123,1 Millionen und liegen damit 1,5 Millionen (+1,3 %) über dem Budget. Der durchschnittliche Bestand an festangestelltem Personal liegt bei 786 FTE und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Budgetüberschreitung beim festangestellten Personal erklärt sich durch einen Anstieg der Durchschnittslöhne, der auf eine geringe Personalfuktuation zurückzuführen ist.

Die Ausgaben für Personalverleih (1,5 Mio.) sanken insgesamt um 0,3 Mio. (-22,2 %): Während im Verwaltungsbereich weniger Ressourcen verwendet wurden als veranschlagt (-0,5 Mio.), waren es im Informatikbereich mehr (+0,1 Mio.).

Die übrigen Personalausgaben belaufen sich auf insgesamt 1,2 Millionen, das sind 0,1 Millionen weniger als budgetiert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Informatiksachausgaben betragen 13,7 Millionen und die Leistungen wurden zu etwas weniger als der Hälfte vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) erbracht und zum übrigen Teil bei verwaltungsexternen Leistungserbringern beschafft. Sie liegen insgesamt unter dem budgetierten Wert (-1,5 Mio.). Die Ausgaben für die Fachanwendungen belaufen sich auf 5,0 Millionen, das sind 0,5 Millionen weniger als veranschlagt. Grund dafür sind hauptsächlich die geringeren Kosten für die bei der EAK verwendete Fachanwendung. Es ist zu erwähnen, dass sich die Kosten für die Anwendungen nach dem Ende der Benutzung der Hostingplattform des BIT gegenüber dem Vorjahr halbiert haben. Die Infrastrukturausgaben sind mit 6,1 Millionen geringer als budgetiert (-0,8 Mio.), da die Ausgaben für Lizenzen tiefer ausfielen. Die Ausgaben für externe Projekte und Mandate liegen mit insgesamt 2,4 Millionen 0,2 Millionen unter dem Budget. Grund dafür sind Verzögerungen bei mehreren Projekten. Die Realisierung der Projekte AHV 21 und EESSI-CH beanspruchte 2023 einen wesentlichen Teil der Ressourcen: 1,3 Millionen der primären IT-Kosten und 6915 Personentage (d. h. mehr als die Hälfte der Personalressourcen für Projekte und Mandate).

Die Liegenschaftsausgaben liegen mit 12,9 Millionen unter dem veranschlagten Betrag (-0,2 Mio.), aber 1,8 Millionen über dem Vorjahreswert, was auf die nachträgliche Verbuchung der Nebenkosten 2018 bis 2023 für die durch die ZAS belegten Flächen in Genf zurückzuführen ist.

Der übrige Betriebsaufwand (inkl. Beratungsaufwand) beträgt 5,1 Millionen und ist um 0,5 Millionen tiefer als veranschlagt. Diese Abweichung erklärt sich insbesondere durch einen Minderbedarf bei den externen Dienstleistungen (Übersetzerinnen und Übersetzer, Sozialdetektivinnen und Sozialdetektive, Beratung) (-0,2 Mio.), der Rechtsberatung (-0,2 Mio.) und den Postspesen (-0,1 Mio.).

Abschreibungen

Diese Ausgaben sind abhängig vom Anlageportfolio und der Nutzungsdauer der einzelnen Anlagen. Sie entsprechen dem Voranschlag.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben (0,1 Mio.) liegen deutlich unter dem Budget (-1,1 Mio.). Die ZAS hatte für 2023 einen erheblichen Betrag für die ordentliche Erneuerung ihrer IT-Infrastruktur budgetiert. Sie hat Bestellungen für Server aufgegeben, welche aufgrund der längeren Lieferfristen am IT-Markt aber erst 2024 geliefert werden. Aus diesem Grund wurde die Bildung einer zweckgebundenen Reserve beantragt.

Kreditmutationen

- Das Eidgenössische Personalamt (EPA) hat der ZAS 2,5 Millionen für Personalaufwand abgetreten.
- Die ZAS hat für die Finanzierung von Beschaffungen 44 700 Franken an das BIT transferiert.
- Die ZAS hat einen Nachtragskredit in Höhe von 2,6 Millionen zur Deckung zweier nicht budgetierter Ausgaben erhalten: Das sind zum einen die endgültigen Nebenkostenabrechnungen der Jahre 2018 bis 2023 für den ZAS-Standort in Genf und zum anderen die Mehrausgaben von 800 000 Franken im Zusammenhang mit dem Projekt AHV 21.
- Des Weiteren hat die ZAS zweckgebundene Reserven in Höhe von 360 000 Franken verwendet.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Zumiete Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS), Genf» (V0293.00, BB vom 14), siehe Band 1B Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Zentrale Leistungen		LG 2: Beiträge und Leistungen der Schweizerischen Ausgleichskasse		LG 3: Leistungen Invalidenversicherung	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	42	37	68	71	36	37
Personalausgaben	29	29	56	58	29	29
Sach- und Betriebsausgaben	13	8	12	13	7	7
<i>davon Informatik</i>	9	5	4	5	2	2
<i>davon Beratung</i>	0	–	–	–	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	171	172	362	361	192	191
	LG 4: Beiträge und Leistungen der Eidgenössischen Ausgleichskasse					
	R 2022	R 2023				
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	13	13				
Personalausgaben	9	10				
Sach- und Betriebsausgaben	3	3	–			
<i>davon Informatik</i>	2	2				
<i>davon Beratung</i>	–	–				
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0				
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	–			
Vollzeitstellen (Ø)	61	62				

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	616 000	616 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	504 000	504 000
Auflösung / Verwendung	–	-580 000	-580 000
Endbestand per 31.12.2023	–	540 000	540 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 691 000	1 691 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Die ZAS hat im Rechnungsjahr 2023 im Zusammenhang mit Projekten, die abgeschlossen wurden, zweckgebundene Reserven in Höhe von 220 000 Franken aufgelöst. Zudem hat sie zweckgebundene Reserven zur Finanzierung zweier Projekte verwendet, deren Kosten im Jahr 2023 anfielen: BI ZAS (Fr. 100 000) und eCH-v2 (Fr. 260 000).

Reservenbestand per Ende 2023

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven entfallen auf geplante Aufwendungen und Investitionen für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten im Rahmen des Projekts «EESSI-CH» (Fr. 466 000) und ein Berechtigungsmanagementprojekt (Fr. 74 000).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Die ZAS beantragt auf der Basis der Rechnung 2023 und aufgrund der Verschiebung von Aktivitäten bei der Realisierung von Projekten auf die kommenden Rechnungsjahre die Bildung zweckgebundener Reserven im Gesamtbetrag von 1 691 000 Franken.

- Ein für 2023 budgetiertes Projekt zur Beschaffung von Hardware (Fr. 1 076 000) geht auf 2024 über, weil diese aufgrund der längeren Lieferfristen am IT-Markt erst 2024 geliefert werden kann.
- Bei den folgenden Projekten verzögern sich einige Tätigkeiten gegenüber der ursprünglichen Planung. Sie werden auf die nächsten Jahre verschoben und sind mit den zweckgebundenen Reserven zu finanzieren:
 - 124 000 Franken für das im Februar 2021 initialisierte Projekt «EXUSNAVS», das die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Verwaltungsbehörden ermöglichen soll; diese ist mit Änderungen der operativen Abläufe in den Bereichen Meldungsabwicklung und Berechtigungsmanagement verbunden.
 - 122 000 Franken für das vom BSV an die ZAS delegierte Projekt «N-APG», das im Juni 2022 initialisiert wurde und die Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen zum Ziel hat, durch das der Arbeitsaufwand aller beteiligten Partner minimiert wird.
 - 131 000 Franken für das im Juni 2021 initialisierte Mandat zur Umsetzung übergreifender Sicherheitsanforderungen, dessen Ziel es ist, mithilfe einer Taskforce die Sicherheitslücken der IS der ZAS zu beheben.
 - 138 000 Franken für das im November 2022 initialisierte Projekt «AHV 21», das die Anpassung der Prozesse und Anwendungen der ZAS zum Ziel hat, damit diese mit den aus der Reform AHV 21 hervorgehenden gesetzlichen Bestimmungen in Einklang stehen.
 - 100 000 Franken für das Modernisierungsprogramm, dessen Start auf 2024 verschoben wurde und das folgende Ziele hat: Ermittlung der potenziellen Prozessvereinfachungen, mit denen sich die Effizienz steigern lässt; Identifizierung der Geschäftsprozesse und Anwendungen, die gemeinsam genutzt und standardisiert werden können; Entwurf der künftigen Architektur der Geschäftsprozesse und der Anwendungslandschaft der ZAS und Vorlage eines Konzepts für die Realisierung dieser neuen Anwendungslandschaft.

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Sichere und termingerechte Produktion qualitativ hochstehender Umlaufmünzen
- Wirtschaftliche Produktion und Vermarktung numismatischer Produkte

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	24,4	9,8	6,0	-18,3	-75,2
Laufende Ausgaben	7,3	6,1	5,3	-2,0	-27,4
Eigenausgaben	7,3	6,1	5,3	-2,0	-27,4
Selbstfinanzierung	17,1	3,7	0,7	-16,3	-95,7
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-8,1	-7,7	-5,0	3,1	38,4
Jahresergebnis	8,9	-3,9	-4,3	-13,2	-147,8
Investitionseinnahmen	0,0	-	-	0,0	-100,0
Investitionsausgaben	7,3	7,9	7,2	-0,1	-1,9

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen des Münzumlaufes sowie aus den Verkäufen von Sondermünzen und Buntmetallschrotten zusammen. Die wichtigsten Aufwandskomponenten sind die laufenden Ausgaben für Material, Waren und Personal sowie die Abschreibungen auf Maschinen und Lagerbezüge. Hinzu kommen die Investitionen (Metalle/Münzrondellen, Verpackungsmaterial, Erneuerung Maschinenpark).

Die laufenden Einnahmen fallen im 2023 um 18,3 Millionen tiefer aus als im Vorjahr und betragen 6,0 Millionen. Einerseits entwickelte sich der Münzumlauf im 2023 rückläufig und konnte somit nicht an das starke Jahr nach der Corona-Pandemie anknüpfen. Die Abnahme des Münzumlaufes sowie ein Lageraufbau bei der SNB führen im 2023 zu einer Einnahmenminderung von -4,0 Millionen (-15,1 Mio. ggü. 2022). Andererseits fielen auch die Einnahmen aus dem Verkauf von Numismatikprodukten und Metallschrott tiefer aus und beliefen sich auf 10,0 Millionen (-3,2 Mio.). Der Rückgang erklärt sich hauptsächlich durch den Wegfall einer einmaligen Einnahme aus dem Verkauf von Silberbriefen im 2022 (-2,9 Mio.), welcher sich auch auf der Aufwandseite widerspiegelt (-0,8 Mio.). Der Aufwand wird zudem durch geringere Lagerbezüge und tieferen Ausgaben für Verpackungsmaterial beeinflusst. Die Investitionsausgaben fielen aufgrund von tieferen Rohmaterialpreisen sowie Lieferverzögerungen ebenfalls leicht tiefer als im Vorjahr aus.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Flächenoptimierung Münzstätte: Optimierung abgeschlossen (erreicht)

LG1: PRÄGEN VON MÜNZEN

GRUNDAUFTRAG

Der Bund betreibt eine eigene Münzstätte und gewährleistet so zusammen mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die Bargeldversorgung des Landes. Die Produktion der Schweizer Umlaufmünzen gemäss Bestellung der SNB stellt den Grundauftrag der Swissmint dar und besitzt absolute Priorität. Zur Sicherstellung und Weiterentwicklung des vorhandenen Fachwissens und zur Verbesserung der Auslastung entwickelt, produziert und vermarktet die Swissmint hochwertige, künstlerisch ansprechende und marktfähige Sondermünzen. Die Swissmint ist die offizielle Prüfinstanz für die Echtheitsprüfung von Münzen im Auftrag von Bundesbehörden.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	13,4	11,6	10,0	-1,5	-13,3
Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Aufwand	15,5	13,7	10,3	-3,4	-24,9
Investitionsausgaben	7,3	7,9	7,2	-0,7	-8,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Umlaufmünzen: Termingerechte und effiziente Produktion von qualitativ hochstehenden Umlaufmünzen			
- Verspätete Lieferungen gemäss Vorgabe SNB (Anzahl)	0	0	0
- Durchschnittlich geprägte Münzen pro Prägestempel (Anzahl, min.)	195 000	330 000	200 000
- Anteil der Umlaufmünzen, der aufgrund von Produktionsfehlern vernichtet werden muss (Ausschussrate) (% max.)	0,11	0,20	0,02
Numismatische Produkte: Wirtschaftliche Produktion marktfähiger numismatischer Produkte			
- Verkaufte Goldmünzen (Verkaufsziel = maximale Prägemenge) (Anzahl)	10 001	10 000	7 657
- Verkaufte Silbermünzen (Verkaufsziel = maximale Prägemenge) (Anzahl)	32 244	65 750	53 461
- Kostendeckungsgrad der Gedenkmünzen (% min.)	109	100	102

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Abweichungen gab es in folgenden Bereichen:

Umlaufmünzen: Die Stempelstandzeit (durchschnittlich geprägte Münzen pro Prägestempel) ist abhängig von der Qualität der Prägwerkzeuge, der Prägbarkeit der gelieferten Rondellen und der aufgewendeten Prägekraft in Tonnen. Die Sollwerte wurden bei wesentlich höheren Prägeprogrammen und Stückzahlen festgelegt. Bei geringeren Prägemenzen besteht bei einem Zwischenfall somit kaum noch eine Kompensationsmöglichkeit. Das gesteckte Ziel bei der Stempelstandzeit wurde hauptsächlich aus diesem Grund verfehlt. Diese Messgrösse wird künftig durch eine prozentuale Zielerreichung «Erfüllungsgrad» von 100 Prozent ersetzt.

Numismatische Produkte: Im 2023 wurden deutlich mehr Sondermünzen verkauft als im Vorjahr. Da eine Goldmünze und eine Silbermünze jedoch erst im November herausgegeben wurden, konnte bis zum Jahresabschluss noch nicht die gesamte Prägmenge verkauft und somit der Zielwert innert Jahresfrist nicht erreicht werden. Die Silbermünzen wurden zu rund 81,3 Prozent verkauft, gegenüber 60,3 Prozent im Vorjahr.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	24 457	13 775	10 034	-3 742	-27,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	13 369	11 580	10 034	-1 546	-13,3
Regalien und Konzessionen					
E120.0102 Zunahme Münzumsatz	11 087	2 196	-	-2 196	-100,0
Aufwand / Ausgaben	22 784	25 584	21 489	-4 095	-16,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	15 480	13 746	10 321	-3 425	-24,9
Abtretung		16			
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)	7 304	7 862	7 192	-670	-8,5
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		105			
A202.0184 Abnahme Münzumsatz	-	3 976	3 976	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		3 976			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	13 369 041	11 579 500	10 033 728	-1 545 772	-13,3
Laufende Einnahmen	13 277 937	11 579 500	10 033 728	-1 545 772	-13,3
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	45 552	-	-	-	-
Investitionseinnahmen	45 552	-	-	-	-

85,5 Prozent des Funktionsertrags gehen auf die Verkäufe von Sondermünzen zurück. Die restlichen 14,5 Prozent resultiert aus dem Verkauf von Münzschrotten. Der Funktionsertrag liegt um 1,5 Millionen unter dem Voranschlag. Budgetiert wird jeweils der Verkauf der gesamten jährlichen Prägmenge an Sondermünzen, welche im 2023 jedoch verfehlt wurde (-1,0 Mio.). Beim Verkauf von Münzschrott war der Erlös bedingt durch eine geringere Gewichtsmenge um 0,5 Millionen tiefer als budgetiert.

Der Erlös aus der Ablieferung der Umlaufmünzen an die Nationalbank wird ausserhalb des Globalbudgets verbucht (siehe dazu E120.0102 «Zunahme Münzumlauf» bzw. A202.0184 «Abnahme Münzumlauf»).

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.12.1999 über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG; SR 941.10), Art. 4a und 6.

E120.0102 ZUNAHME MÜNZUMLAUF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	11 087 471	2 195 900	-	-2 195 900	-100,0

Der Bund liefert der SNB die produzierten Umlaufmünzen zum Nennwert ab und nimmt die von ihr aussortierten abgenutzten oder beschädigten Münzen (ebenfalls zum Nennwert) wieder zurück.

Die Einnahmen errechnen sich aus der Differenz zwischen dem Nennwert der von der Swissmint in einem Jahr produzierten Umlaufmünzen und dem im gleichen Zeitraum erfolgten Rückfluss sowie der Veränderung der Rückstellung. Im 2023 kam es zu einer Abnahme des Münzumlaufs. Die damit verbundenen Ausgaben werden beim Kredit A202.0184 erläutert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.12.1999 über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG; SR 941.10), Art. 4.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	15 479 557	13 746 200	10 321 078	-3 425 122	-24,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		15 900			
Funktionsaufwand	15 479 557	13 746 200	10 321 078	-3 425 122	-24,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	4 319 582	6 081 100	5 314 423	-766 677	-12,6
Personalausgaben	2 616 008	2 267 200	2 276 574	9 374	0,4
Sach- und Betriebsausgaben	1 703 573	3 813 900	3 037 849	-776 051	-20,3
<i>davon Informatik</i>	447 604	375 600	295 959	-79 641	-21,2
<i>davon Beratung</i>	23 954	250 000	12 242	-237 758	-95,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	11 159 975	7 665 100	5 006 655	-2 658 445	-34,7
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	16	16	15	-1	-6,3

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben bleiben stabil. Aufgrund von Personalabgängen und des damit verbundenen Fachkräftemangels, mussten personelle Lücken nach Möglichkeit mit temporären Mitarbeitenden aufgefangen werden.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Informatikausgaben* entfielen fast ausschliesslich auf den Betrieb der Büroautomation und des E-Shops für Numismatikprodukte. Die Kosten liegen leicht unter dem budgetierten Niveau (-0,08 Mio.).

Die *Beratungsausgaben* werden in erster Linie für externe Mandate zur Weiterentwicklung des Münzwesens eingesetzt. Im 2023 wurde nur ein geringer Teil der budgetierten Mittel verwendet (-0,24 Mio.). Zudem fielen auch die Ausgaben für das Verpackungsmaterial tiefer aus als budgetiert (-0,5 Mio.).

Die weiteren Ausgaben verteilen sich auf die Liegenschaftsmiete, den Bürobedarf und die Leistungen des Dienstleistungszentrums Finanzen EFD.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Rund 44 Prozent des *Funktionsaufwands* fallen auf die übrige Bewertungsänderungen und Verwaltungsvermögen (4,6 Mio.). Der Aufwand lag um 2,7 Millionen unter dem budgetierten Wert. Dies ist hauptsächlich auf geringere Lagerbezüge aufgrund nicht verkaufter Sondermünzen in Gold und Silber (-1,67 Mio.) zurückzuführen. Die Abschreibungen betreffen ausschliesslich die Produktionsanlagen; sie entsprechen dem Voranschlagswert.

Kreditmutationen

— Abtretung des eidg. Personalamts von 15 900 Franken für Arbeitgeberbeiträge, Kinderbetreuung und Teuerungsausgleich

A201.0001 INVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	7 304 210	7 861 700	7 191 552	-670 148	-8,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		105 000			
<i>Laufende Ausgaben</i>	2 977 012	-	4 095	4 095	-
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	3 046	3 046	-
Investitionsausgaben	7 305 960	7 861 700	7 167 375	-694 325	-8,8

Die Investitionen lagen 0,7 Millionen unter dem budgetierten Wert. Einerseits konnte das Feingold zu einem niedrigeren Preis als budgetiert beschafft werden, andererseits wurden geplante Maschinenanschaffungen aufgrund der weltweiten Lieferschwierigkeiten sowie Konflikten im roten Meer verzögert. Für Letzteres wird die Bildung einer zweckgebundenen Reserve beantragt.

Kreditmutation

— Verwendung der zweckgebundenen Reserve für einen Spannzylinder im Umfang von 105 000 Franken

A202.0184 ABNAHME MÜNZUMLAUF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	3 976 130	3 976 129	-1	0,0
davon Kreditmutationen		3 976 130			

Das Prägeprogramm 2023 umfasste 16 Millionen Münzen mit einem Nominalwert von 9,3 Millionen Franken. Gleichzeitig wurden Umlauf- und Sondermünzen im Wert von 23,5 Millionen zur Vernichtung an die Swissmint zurückgeschoben. Im Voranschlag 2023 waren dafür 22 Millionen eingeplant. Die von der Swissmint zur Verschrottung zurückgenommenen Münzen übersteigen im 2023 somit die neu geprägten Münzen um über 14 Millionen Franken.

Der Bund führt in der Bilanz eine Rückstellung für den Fall, dass er sämtliche Umlauf- und Sondermünzen zurücknehmen muss. Gegenwärtig beträgt die gesamte Rückstellung 2,3 Milliarden. Aufgrund von internationalen Erfahrungswerten wird davon ausgegangen, dass nur rund 65 Prozent der Münzen zurückgegeben werden. Deshalb wird die Rückstellung jährlich auf 65 Prozent des Nettowertes des Münzumschlags (Umlauf- und Sondermünzen) angepasst. Für den physischen Lagerbestand der SNB werden 100 Prozent Rückstellungen gebildet. Das tiefe Prägeprogramm im 2023 sowie die grosse Menge an zurückgeschobenen Münzen führte zu einer Reduktion des Münzumschlags und einer Rückstellungsauflösung in der Höhe von 10,2 Millionen.

Unter Berücksichtigung des Erlöses für die neu geprägten Münzen (-9,3 Mio.), der Ausgaben für die zurückgeschobenen Münzen (23,5 Mio.) sowie der Rückstellungsauflösung (-10,2 Mio.) resultierten beim Münzumschlag aus Gesamtsicht Ausgaben von knapp 4 Millionen für das Jahr 2023.

Kreditmutation

— Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 Bst. g FHG von 3 976 130 Franken

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Bildung aus Rechnung 2022	–	495 000	495 000
Auflösung / Verwendung	–	-105 000	-105 000
Endbestand per 31.12.2023	–	390 000	390 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	496 000	496 000

Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Die zweckgebundene Reserve von 105 000 Franken für den Spannzylinder wurde wie geplant verwendet.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

A201.0001 Investitionen (Globalbudget) (0,495 Mio.): Bei der Beschaffung einer Verpackungsanlage (0,045 Mio.) und einer Laserquelle (0,265 Mio.) kam es zu Verzögerungen bei der Lieferung sowie bei der WTO-Ausschreibung. Aufgrund von Konflikten im roten Meer kommt es zudem zu einer verspäteten Lieferung der Münzrondellen (0,185 Mio.). Die Laserquelle sowie die Rondellen sollten im ersten Quartal 2024 geliefert werden können, bei der Verpackungsanlage dürfte es zweites Quartal 2024 werden.

STAATSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Innovation: Umsetzung einer Finanzmarkt- und Steuerpolitik zur Begünstigung einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Innovation
- Nachhaltigkeit: Unterstützung von nachhaltigem Wachstum, adäquatem Umgang mit Risiken und Integrität durch geeignete Rahmenbedingungen
- Vernetzung: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, Handel und Besteuerungsrechte der in der Schweiz tätigen Unternehmen
- Früherkennung, Mitgestaltung und angemessene Umsetzung internationaler Standards und Empfehlungen
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Stabilität und Integrität des Finanzplatzes durch gezielte Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen
- Wahrung bzw. Optimierung des grenzüberschreitenden Marktzutritts

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-54,2
Laufende Ausgaben	21,2	47,9	47,4	26,3	123,9
Eigenausgaben	21,2	22,9	22,4	1,3	5,9
Transferausgaben	–	25,0	25,0	25,0	–
Selbstfinanzierung	-21,2	-47,9	-47,4	-26,3	-124,2
Jahresergebnis	-21,2	-47,9	-47,4	-26,3	-124,2

KOMMENTAR

Die Eigenausgaben bestanden zu knapp 85 Prozent aus Personalausgaben. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr (rd. +1,3 Mio.) resultieren hauptsächlich aus höheren Personal- (rd. +0,6 Mio.) und Beratungsausgaben (rd. +0,5 Mio.).

Die Transferausgaben (25 Mio.) setzten sich aus Beiträgen der Schweiz im Rahmen von Massnahmen und in Zusammenarbeit auf Initiativen des IWF zusammen (vgl. Begründungen unten).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Finanzdienstleistungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revidierte Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Schweizer Beitrag an den neuen IWF-Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (RST): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte im Berichtsjahr die Botschaft zur Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV) nicht verabschieden, da der Entscheid im IWF über eine Verlängerung der NKV erst Mitte Dezember getroffen wurde.
- Anpassung oder Erweiterung der internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Infolge der erst im ersten Halbjahr 2023 abgeschlossenen entsprechenden internationalen Arbeiten hat der Bundesrat am 28.06.2023 das EFD beauftragt, die Vernehmlassungsvorlage bis Ende Juni 2024 zu unterbreiten.
- Genehmigung der Protokolle zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der besonderen Verwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, zwischen der Schweiz und Singapur sowie zwischen der Schweiz und der EU: Eröffnung der Vernehmlassung (teilweise erreicht)
Das Verhandlungsmandat für die Änderung des AIA-Abkommens mit der EU wurde im 2. Halbjahr 2023 verabschiedet. Für Singapur und Hongkong wurde ein Alternativvorgehen gewählt (Übergang zum multilateralen Regelwerk).
- Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA-Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG): Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Vernehmlassungen zur Anpassung der ALBA-Vereinbarung und des ALBAG wurden nicht eröffnet, weil die damit zusammenhängenden Arbeiten auf Stufe OECD ausgesetzt wurden. Der Grund hierfür sind die Arbeiten zur OECD/G20-Mindestbesteuerung.
- Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit weiteren Partnerstaaten per 2024/2025: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Das Geschäft ist mangels geeigneter Partnerstaaten gegenstandslos.
- Börsenschutzmassnahme: Inkraftsetzung (erreicht)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Beschluss (erreicht)
- Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Beschluss (erreicht)
- Revision der Aufsichtsverordnung (AVO): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revidiertes Kollektivanlagengesetz (KAG) (Einführung Limited Qualified Investor Fund; L-QIF): Inkraftsetzung (nicht erreicht)
Die Inkraftsetzung konnte nicht im Berichtsjahr erfolgen, da die Auswertung der Vernehmlassung aufgrund der zahlreichen und komplexen Eingaben mehr Zeit als erwartet in Anspruch nahm.
- Einführung eines Public Liquidity Backstops: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» (in Erfüllung des Po. Andrey 21.3893): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bericht konnte nicht im Berichtsjahr gutgeheissen werden, da das Postulat neu Teil der Evaluierung des Too-big-to-Fail-Regelwerks ist, die im TBTF-Bericht nach Art. 52 BankG im April 2024 publiziert wird.
- Änderung des Bankengesetzes (Gewährung von Ausfallgarantien des Bundes für Liquiditätshilfe-Darlehen der Schweizerischen Nationalbank an systemrelevante Banken): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Steuerfragen aufgrund von Home Office: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen (erreicht)
- Ausbau und Pflege der internationalen Beziehungen: Teilnahme am G20 Finance Track 2024 gesichert (erreicht)
- Verbesserung Marktzugang mit ausgewählten Partnerstaaten: Verbesserung der Rahmenbedingungen für das grenzüberschreitende Geschäft mit einem Partnerstaat (erreicht)
- Arbeiten der OECD im Bereich CO₂-Bepreisung: Aktive Rolle des EFD im zuständigen Steuerungsgremium der OECD (erreicht)
- Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen (erreicht)

LG1: INTERNATIONALE FINANZ-, WÄHRUNGS- UND STEUERFRAGEN UND FINANZMARKTPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Das SIF trägt zu möglichst guten Rahmenbedingungen für den Schweizer Finanzsektor bei und unterstützt damit die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es beurteilt den Handlungsbedarf der Schweiz als Folge internationaler Entwicklungen im Finanzbereich und schätzt die Auswirkungen möglicher staatlicher Massnahmen ab. Bilaterale und multilaterale Vereinbarungen sollen den Zutritt für Schweizer Finanzdienstleister zu ausländischen Märkten erleichtern und den Schweizer Einfluss in internationalen Gremien erhöhen. Die internationale steuerliche Zusammenarbeit sowie Anpassungen im Steuersystem sollen die steuerlichen Standortfaktoren der Schweiz verbessern und die internationale Akzeptanz erhöhen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-55,0
Aufwand und Investitionsausgaben	21,2	22,9	22,4	-0,5	-2,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Innovation: Das SIF gestaltet aktiv die Finanzmarkt- sowie internationale Finanz- und Steuerpolitik, damit diese wachstums- und beschäftigungsfreundliche Innovation begünstigen.			
– Verabschiedung von mind. einem Bericht / einer Vorlage mit Schwerpunkt neue Technologien in Finanz- und internationalen Steuerfragen (ja/nein)	ja	ja	nein
– Aktive Politikgestaltung über Dialoggremien mit Wissenschaft, Startups, Tech-Unternehmen (Anzahl, min.)	8	8	10
Nachhaltigkeit: Die Schweiz bringt sich in internationalen Gremien für Nachhaltigkeit aktiv ein und verbessert die Rahmenbedingungen für einen Finanzplatz, der eine nachhaltige Wirtschaft befördert.			
– Aktive Teilnahme an für Nachhaltigkeit in Finanz- und Steuerfragen wichtigsten internationalen Arbeiten (ja/nein)	ja	ja	ja
– Verabschiedung von mind. einem Bericht / einer Vorlage mit einem Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit in Finanz- und internationalen Steuerfragen (ja/nein)	ja	ja	ja
Vernetzung: Der internationale Austausch zu Finanz- und Steuerfragen wird über bilaterale Kontakte und Dialoge gefördert.			
– Dialoge / Verhandlungen mit Ziel Verbesserung Marktzugang oder Vermeidung von Doppelbesteuerung (Anzahl, min.)	10	8	10
– Mitgliedschaft in den wichtigsten Gremien (G20 Finance Track, OECD, Global Forum, IWF, FSB, GAFI) (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgender Ausnahme erreicht:

Innovation: Aufgrund der Bankenkrise (Credit Suisse) wurde auf das Ziel verzichtet und bewusst kein Bericht oder keine Vorlage verabschiedet.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	29	30	13	-16	-55,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	29	30	13	-16	-55,0
Aufwand / Ausgaben	21 189	47 925	47 445	-480	-1,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	21 189	22 925	22 445	-480	-2,1
Kreditverschiebung		35			
Abtretung		1 222			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		17			
Transferbereich					
<i>LG 1: Internationale Finanz-, Währungs- und Steuerfragen und Finanzmarktpolitik</i>					
A231.0165 Beitrag an den Treuhandfonds des IWF	-	10 000	10 000	0	0,0
A231.0407 Beitrag zur Entschuldung Somalias gegenüber dem IWF	-	7 500	7 500	0	0,0
A231.0433 Beitrag zur Entschuldung Sudans gegenüber dem IWF	-	7 500	7 500	0	0,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	29 030	29 600	13 309	-16 291	-55,0

Die laufenden Einnahmen lagen unter dem Durchschnittswert der letzten Jahre. Die Einnahmen setzten sich aus Parkplatzmieten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Rückverteilung der Erträge aus der CO₂-Abgabe sowie Entgelte für Referate von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	21 188 953	22 924 600	22 444 916	-479 684	-2,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 273 500</i>			
Funktionsaufwand	21 188 953	22 924 600	22 444 916	-479 684	-2,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	21 188 953	22 924 600	22 444 916	-479 684	-2,1
Personalausgaben	18 336 451	18 953 400	18 907 487	-45 913	-0,2
Sach- und Betriebsausgaben	2 852 501	3 971 200	3 537 429	-433 771	-10,9
<i>davon Informatik</i>	<i>636 364</i>	<i>752 500</i>	<i>677 058</i>	<i>-75 442</i>	<i>-10,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>185 860</i>	<i>640 666</i>	<i>712 345</i>	<i>71 679</i>	<i>11,2</i>
Vollzeitstellen (Ø)	86	83	85	2	2,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen leicht unter dem Voranschlag. Die neue Mitfinanzierung einer IWF-Advisorenstelle mit der Schweizerischen Nationalbank hat zu weniger Ausgaben geführt als budgetiert. Die Anzahl von Vollzeitstellen hat zugenommen: Es wurde ab September 2023 eine Vollzeitstelle für das neue Financial Innovation Desk (FIND) geschaffen und besetzt, sowie eine befristete Stellenbesetzung für die Aufarbeitung und Krisenbewältigung des Credit Suisse-UBS Geschäfts.

Sach- und Betriebsausgaben

Der Minderbedarf in den Sach- und Betriebsausgaben (rd. -0,4 Mio.) war namentlich auf reduzierte Reisekosten und Spesen (rd. -0,2 Mio.) und tiefere Kosten für Übersetzungsarbeiten (-0,1 Mio.) im Vergleich zum Voranschlag zurückzuführen. Die Informatikausgaben lagen leicht unter dem Voranschlag. Die Beratungsausgaben erhöhten sich leicht im Vergleich mit dem Voranschlag. Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben umfasst im Wesentlichen die Miete der Büroräumlichkeiten (1,4 Mio.) beim BBL.

Kreditmutationen:

- Abtretungen des EPA von 421 000 Franken für zusätzliche Arbeitgeberbeiträge, Hochschulpraktikanten und Kinderbetreuung;
- Abtretungen des GS EFD dep. Ressourcenpool von 800 400 Franken für die Aufarbeitung der Übernahme von Credit Suisse;
- Kreditverschiebung von der BK von 35 000 Franken im Rahmen des Financial Innovation Desk (FIND);
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 17 000 Franken durch Verwendung zweckgebundener Reserven (siehe Übersicht über die Reserven).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	120 000	120 000
Auflösung / Verwendung	–	-17 000	-17 000
Endbestand per 31.12.2023	–	103 000	103 000

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (0,1 Mio.) entfallen auf das pandemiebedingt verschobene Hosting für das dritte Treffen der G20 Infrastructure Working Group (IWG) in der Schweiz. Im Berichtsjahr wurde ein Teil der Reserven (14 %) für diesen Anlass verwendet und keine neuen Reserven beantragt.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: INTERNATIONALE FINANZ-, WÄHRUNGS- UND STEUERFRAGEN UND FINANZMARKTPOLITIK

A231.0165 BEITRAG AN DEN TREUHANDFONDS DES IWF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	10 000 000	10 000 000	0	0,0

Die Schweiz beteiligt sich, gestützt auf Artikel 3 des Währungshilfegesetzes, an der Aufstockung des Zinsverbilligungs- und Reservekontos des IWF-Treuhandfonds zugunsten der ärmeren Länder. Der jährliche Beitrag über 10 Millionen ist befristet bis 2027.

Rechtsgrundlagen

Währungshilfegesetz vom 19.3.2004 (WHG; SR 941.13), Art. 3.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Beitrag Zinsverbilligung Kredite IWF-Treuhandfonds 2023–2027» (V0232.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0407 BEITRAG ZUR ENTSCULDUNG SOMALIAS GEGENÜBER DEM IWF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	7 500 000	7 500 000	0	0,0

Die Schweiz beteiligte sich, gestützt auf Artikel 3 des Währungshilfegesetzes, an Entschuldungsmassnahmen der internationalen Gemeinschaft zugunsten Somalias. Der Umfang betrug 7,5 Millionen Franken und wurde im Berichtsjahr an den IWF überwiesen.

Rechtsgrundlagen

Währungshilfegesetz vom 19.3.2004 (WHG; SR 941.13), Art. 3.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Beitrag zur Entschuldung Somalias gegenüber dem IWF» (V0344.00), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

A231.0433 BEITRAG ZUR ENTSCULDUNG SUDANS GEGENÜBER DEM IWF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	7 500 000	7 500 000	0	0,0

Die Schweiz beteiligte sich, gestützt auf Artikel 3 des Währungshilfegesetzes, an Entschuldungsmassnahmen der internationalen Gemeinschaft zugunsten Sudans. Der Umfang betrug 7,5 Millionen Franken und wurde im Berichtsjahr an den IWF überwiesen.

Rechtsgrundlagen

Währungshilfegesetz vom 19.3.2004 (WHG; SR 941.13), Art. 3.

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Fokus auf Kernleistungen und Anspruchsgruppen
- effiziente Ressourcenallokation
- Etablierung agiler Arbeitsformen
- Ausbau des Angebots digitaler Lösungen
- Intensivierung der Digitalisierung von internen Prozessen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	56 244,9	62 142,3	62 118,6	5 873,7	10,4
Laufende Ausgaben	9 525,4	10 566,3	10 440,7	915,3	9,6
Eigenausgaben	542,3	577,7	571,6	29,3	5,4
Transferausgaben	8 894,1	9 881,4	9 761,9	867,8	9,8
Finanzausgaben	89,0	107,2	107,2	18,2	20,4
Selbstfinanzierung	46 719,6	51 576,1	51 678,0	4 958,4	10,6
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5,5	-7,1	-3,3	-8,9	-160,3
Jahresergebnis	46 725,1	51 569,0	51 674,6	4 949,5	10,6
Investitionsausgaben	3,0	0,1	1,7	-1,3	-44,1

KOMMENTAR

Die Einnahmen umfassen nebst den Fiskaleinnahmen (Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Quellensteuer, Stempelabgaben, Mehrwertsteuer) verschiedene Abgaben (Wehrpflichtersatzabgabe und Durchführung STA in Liechtenstein) sowie Entgelte (Unternehmensabgabe für Radio und Fernsehen und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren). Unter die Eigenausgaben fallen das Globalbudget und die Debitorenverluste Steuern und Abgaben. Die Hauptkomponenten beim Globalbudget bilden mit rund 2/3 Anteil die Personalausgaben sowie mit rund 1/4 Anteil die Informatik-Sachausgaben. Der Transferausgaben enthalten fast ausschliesslich Anteile der Kantone und Sozialversicherungen an Einnahmen des Bundes. Der grösste Teil dieser Ausgaben ist stark gebunden, beziehungsweise nicht steuerbar.

Die Zunahme bei den Einnahmen gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die Mehreinnahmen bei der Direkten Bundessteuer (+3,1 Mrd.), Verrechnungssteuer (+2,6 Mrd.) sowie bei der Mehrwertsteuer (+0,6 Mrd.) zurückzuführen. Die Stempelabgaben hingegen verzeichneten einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 0,3 Milliarden.

Die Eigenausgaben nahmen gegenüber 2022 um 29,3 Millionen zu, insbesondere aufgrund höherer Debitorenverluste. Bei den Transferausgaben ist die Zunahme von 0,9 Milliarden durch die positive Entwicklung der Direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer bedingt, welche zu höheren Einnahmeanteilen für die Kantone führt.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über die Individualbesteuerung: Verabschiedung der Botschaft (teilweise erreicht)
Ende 2022 beschloss der Bundesrat, die Vorlage zur Individualbesteuerung der «Steuergerechtigkeits-Initiative» als indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Eckwerte für die Botschaft wurden am 30. August 2023 festgelegt.
- Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden: Ergebnis der Vernehmlassung (erreicht)
- Bericht «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken» (in Erfüllung des Po. Derder 17.4292): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bundesgesetz über die Besteuerung des mobilen Arbeitens im internationalen Verhältnis: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bundesgesetz über die Erstreckung der Verlustverrechnung (in Umsetzung der Mo. WAK-N 21.3001): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Änderung der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV): Elektronische Verfahren: Inkraftsetzung (erreicht)
- Teilrevision der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV): Besteuerung von Onlineplattformen: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Digitalisierungsinitiative ESTV: Initiierung und Umsetzung der ersten Vorhaben (teilweise erreicht)
Die ESTV hat die ersten Vorhaben initiiert und arbeitet an deren Umsetzung.
- Umsetzung Teilrevision des MWSTG und der MWSTV: Prozesse der ESTV und die Systemlandschaft sind angepasst (UWM) (teilweise erreicht)
Mit der Anpassung der Prozesse der ESTV und der Systemlandschaft konnte erst nach der Beratung und Verabschiedung der Revision durch das Parlament in der Sommersession begonnen werden.
- Internationale Amts- und Rechtshilfe: Umsetzung FATCA gemäss Vereinbarung mit dem IRS (erreicht)

LG1: DIREKTE BUNDESSTEUER, VERRECHNUNGSSTEUER UND STEMPELABGABEN SOWIE AMTSHILFE

GRUNDAUFTRAG

Die ESTV erhebt für den Bund die Verrechnungssteuer (VST), die Stempelabgabe (STA) sowie die staatsvertraglich vereinbarte Quellensteuer und beaufsichtigt die Kantone bei der Direkten Bundessteuer (DBST), der Verrechnungssteuer, der Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen, der pauschalen Steueranrechnung und der Wehrpflichtersatzabgabe. Sie führt dazu interne und externe Prüfungen durch, legt die Praxis fest und stellt das notwendige Informationsangebot bereit. Zudem erarbeitet sie Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung des Steuerwesens. Mit der Prüfung von Amts- und Rechtshilfeersuchen werden staatsvertragliche Vereinbarungen eingehalten.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	7,1	0,6	4,6	4,0	690,7
Aufwand und Investitionsausgaben	121,3	126,9	125,5	-1,4	-1,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Erhebung der Verrechnungssteuer und der Stempelabgaben: Die ESTV sorgt für eine effiziente und gesetzeskonforme Erhebung sowie Rückerstattung der VST und Erhebung der STA			
- Extern geprüfte Unternehmen in den Bereichen VST, STA und AIA (Anzahl)	1 354	1 500	1 471
- Intern geprüfte Unternehmen in den Bereichen VST, STA und AIA (Anzahl)	-	1 000	1 119
- Durchschnittliche Durchlaufzeiten der Deklarationen VST (Tage)	22,0	40,0	32,0
- Durchschnittliche Durchlaufzeiten der Rückerstattungsanträge VST (Tage)	49,0	60,0	40,5
Aufsicht Direkte Bundessteuer: Die ESTV sorgt für die gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung durch die Kantone			
- Durch die ESTV geleistete Aussendiensttage für die Aufsicht der Kantone (Anzahl)	1 204	1 130	1 080
Digitalisierung und Dienstleistungsqualität: Im Bereich der VST und der STA baut die ESTV das digitale Angebot aus und pflegt einen kompetenten, partnerschaftlichen und effizienten Umgang mit den Steuerpflichtigen			
- Anteil der digitalen Deklarationseingänge VST im Verhältnis zu sämtlichen Deklarationseingängen VST (%; min.)	6,7	15,0	10,0
- Anteil der online beantragten Rückerstattungen VST im Verhältnis zu sämtlichen beantragten Rückerstattungen VST (%; min.)	47,2	70,0	61,6
Internationale Amtshilfe: Die ESTV sorgt für die effiziente und gesetzeskonforme Erledigung der Amtshilfefälle			
- Anteil innerhalb von 90 Tagen erledigte Einzelsuchen (%; min.)	35,8	40,0	43,3
- Anteil erledigter Einzelsuchen im Verhältnis zu eröffneten Einzelsuchen (%; min.)	94,0	90,0	82,7

KOMMENTAR

Die Mehrheit der Sollwerte wurde erreicht oder übertroffen. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Aufsicht Direkte Bundessteuer: Der gesetzte Sollwert konnte aufgrund von personellen Absenzen nicht ganz erreicht werden.

Digitalisierung und Dienstleistungsqualität: Bei beiden Messgrössen zeigen sich die Auswirkungen der verspäteten und angepassten Umsetzung des Vorhabens «Verrechnungssteuer Online Einreichung» (VOE 2.0) im 2022. Allerdings konnten die Sollwerte für 2023 Ende 2022 für den VA 2023 nicht mehr nach unten korrigiert werden. Eine entsprechende Anpassung wurde für 2024 vorgenommen (Sollwert Deklarationseingänge 2024: 7 %, online Rückerstattungen 2024: 60 %).

Internationale Amtshilfe: Bei der Messgrösse «Anteil erledigter Einzelsuchen im Verhältnis zu eröffneten Einzelsuchen» gilt es zu berücksichtigen, dass die Anzahl der eingehenden Ersuchen seitens ESTV nicht beeinflusst werden kann. Die Anzahl dieser Ersuchen war im 2023 sehr hoch, so dass der anvisierte Sollwert von 90 % nicht ganz erreicht werden konnte.

LG2: MEHRWERTSTEUER

GRUNDAUFTRAG

Die ESTV erhebt die Mehrwertsteuer (MWST). Sie führt interne und externe Prüfungen durch, legt die Praxis fest und stellt das notwendige Informationsangebot bereit. Sie erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung des Steuerwesens. Dadurch wird sichergestellt, dass dem Bund finanzielle Mittel zur Finanzierung der Staatsaufgaben zur Verfügung stehen und die Erhebung der Steuer effizient und rechtsgleich erfolgt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	11,1	5,7	6,4	0,8	13,4
Aufwand und Investitionsausgaben	146,5	150,9	148,2	-2,7	-1,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Erhebung der Mehrwertsteuer: Die ESTV sorgt für eine effiziente und gesetzeskonforme Erhebung der Mehrwertsteuer (MWST)			
- Extern geprüfte Unternehmen im Bereich MWST (Anzahl, min.)	9 085	9 000	9 140
- Intern geprüfte Unternehmen im Bereich MWST (Anzahl, min.)	4 952	5 000	4 962
Digitalisierung und Dienstleistungsqualität: Im Bereich der MWST baut die ESTV das digitale Angebot aus und pflegt einen kompetenten, partnerschaftlichen und effizienten Umgang mit den Steuerpflichtigen			
- Anteil online abrechnende Steuerpflichtige MWST an Steuerpflichtigen MWST Total (%; min.)	92,2	90,0	93,8

KOMMENTAR

Die Sollwerte wurden grösstenteils erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	56 256 965	62 142 332	62 122 851	-19 481	0,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	18 154	6 255	11 006	4 751	76,0
Fiskalertrag					
E110.0102 Direkte Bundessteuer	24 781 315	27 141 000	27 835 127	694 127	2,6
E110.0103 Verrechnungssteuer	3 878 665	6 649 000	6 439 427	-209 573	-3,2
E110.0104 Zusätzlicher Steuerrückbehalt USA	9 513	25 500	6 017	-19 483	-76,4
E110.0105 Stempelabgaben	2 483 085	2 375 000	2 180 732	-194 268	-8,2
E110.0106 Mehrwertsteuer	24 588 419	25 410 000	25 147 839	-262 161	-1,0
Finanzertrag					
E140.0103 Verzugszinsen Steuern und Abgaben	158 403	274 000	196 448	-77 552	-28,3
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0104 Wehrpflichtersatzabgabe	167 153	170 000	167 924	-2 076	-1,2
E150.0105 Durchführung der Stempelabgaben in Liechtenstein	625	562	530	-32	-5,6
E150.0107 Bussen	171 632	91 015	137 801	46 786	51,4
Aufwand / Ausgaben	9 534 903	10 573 466	10 449 927	-123 539	-1,2
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	267 779	277 807	273 706	-4 102	-1,5
Nachtrag		5 000			
Kreditverschiebung		-198			
Abtretung		5 830			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		2 642			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		362			
A202.0117 Debitorenverluste Steuern und Abgaben	284 056	307 125	307 125	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		36 125			
Transferbereich					
<i>LG 1: Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben sowie Amtshilfe</i>					
A230.0101 Direkte Bundessteuer	5 298 371	5 910 099	5 910 099	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		122 287			
A230.0102 Verrechnungssteuer	376 272	654 136	633 673	-20 462	-3,1
A230.0103 Zusätzlicher Steuerrückbehalt USA	344	1 966	-26	-1 992	-101,3
A230.0106 Wehrpflichtersatzabgabe	33 078	34 015	34 015	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		15			
A231.0166 Beiträge an internationale Organisationen	97	146	126	-20	-13,7
<i>LG 2: Mehrwertsteuer</i>					
A230.0104 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	3 185 921	3 281 000	3 184 037	-96 963	-3,0
Finanzaufwand					
A240.0103 Vergütungszinsen Steuern und Abgaben	88 984	107 172	107 172	0	0,0
Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)		12 172			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	18 154 038	6 254 900	11 005 889	4 750 989	76,0
Laufende Einnahmen	8 199 563	6 254 900	6 771 095	516 195	8,3
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	9 954 475	–	4 234 793	4 234 793	–

Der Funktionsertrag liegt 4,8 Millionen über dem budgetierten Wert. Dies ist mit 4,2 Millionen auf die Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen zurückzuführen, welche vollständig durch die Aktivierung der Eigenleistungen aus fünf IT-Projekten entstanden. Die laufenden Einnahmen umfassen die Entschädigung von 4,2 Millionen für die Erhebung der umsatzabhängigen Abgaben für Radio und Fernsehen (Voranschlag 4,7 Mio.), die Entschädigung im Verwaltungsverfahren von 1,4 Millionen (Voranschlag 0,7 Mio.) sowie Erträge aus Parkplatzvermietungen an Mitarbeitende, Verrechnung von Privattelefonen und -kopien, aus Weiterbildungskursen und Drucksachenerträgen.

Rechtsgrundlagen

V vom 25.11.1974 über die Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren (SR 313.32); BG vom 26.9.2014 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 68a Abs. 1 Bst. f.

E110.0102 DIREKTE BUNDESSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	24 781 314 887	27 141 000 000	27 835 126 835	694 126 835	2,6
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	12 574 803 740	13 341 000 000	13 407 250 304	66 250 304	0,5
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	12 420 409 847	13 960 000 000	14 743 329 634	783 329 634	5,6
Anrechnung ausländischer Quellensteuer natürlicher Personen	-42 779 740	-35 000 000	-63 090 621	-28 090 621	-80,3
Anrechnung ausländischer Quellensteuer juristischer Personen	-171 118 959	-125 000 000	-252 362 482	-127 362 482	-101,9

Steuer auf dem Einkommen der natürlichen Personen (Einkommenssteuer) und auf dem Reingewinn der juristischen Personen (Gewinnsteuer). Der Bezug im Jahr 2023 erfolgte grundsätzlich aufgrund der im Steuer- und Bemessungsjahr 2022 erzielten Einkommen.

Mit 27 835 Millionen resultierten gegenüber dem Voranschlag (27 141 Mio.), der noch in Unkenntnis der Vorjahreseinnahmen erstellt wurde, Mehreinnahmen von 694 Millionen (+66 Mio. Einkommenssteuer, +783 Mio. Gewinnsteuer und +155 Mio. Anrechnung ausländischer Quellensteuer). Die Eingänge aus dem Hauptfälligkeitssjahr übertrafen die Erwartungen (+484 Mio.); die vorzeitig fälligen Beträge ebenfalls leicht (+118 Mio.). Die Einnahmen aus früheren Steuerperioden hingegen gingen nach einem Hoch im Vorjahr wieder zurück (-472 Mio.).

Ab dem Voranschlagsjahr 2023 werden die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer nicht mehr nach dem Cash-Prinzip, sondern nach dem Forderungsprinzip verbucht. Damit werden die Einnahmen verbucht, wenn die Steuerforderung entsteht (bei Ausstellung der Steuerrechnung) und nicht erst, wenn die Zahlungen beim Bund eingehen. Gegenüber der zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend umgestellten Vorjahresrechnung (24 781 Mio.) ergeben sich Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden (+12,3 %), davon 1,0 Milliarde aus Hauptfälligkeit (+4,9 %), 201 Millionen vorzeitig (+16,6 %) und 2,1 Mrd. aus früheren Perioden (+8,3 %). Letztere waren im Vorjahr um 1,5 Milliarden zurückgegangen. Die Anrechnung ausländischer Quellensteuer nahm um 102 Mio. zu.

Bei der Einkommenssteuer (natürliche Personen) war insgesamt ein moderates Wachstum von 832 Millionen (+6,6 %) zu verzeichnen: die Eingänge aus Hauptfälligkeit nahmen um 494 Mio. zu (+4,7 %), jene aus früheren Perioden stiegen um 234 Mio. (+16,2 %). Die vorzeitig fälligen Beträge wuchsen um 104 Mio. (+17,6 %).

Bei der Gewinnsteuer (juristische Personen) resultierte ein rasantes Wachstum von 2,3 Milliarden (+18,7 %): eine sehr starke Zunahme bei den früheren Perioden (+1,7 Mrd. oder +131,7 %) wurde diesmal von moderat wachsenden Eingängen nach Fälligkeit (+537 Mio. oder +5,1 %) und einem Anstieg der vorzeitig fälligen Beträge (+98 Mio. oder +15,6 %) begleitet.

Die Eingänge sind relativ gleichmässig zwischen Einkommenssteuer (47,6 %) und Gewinnsteuer (52,4 %) verteilt, wobei die Einnahmen aus der Gewinnsteuer klar stärker gewachsen sind.

Rechtsgrundlagen

BG vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.17). Letzte massgebende Tarifierrevisionen: BG vom 25.9.2009 über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern (AS 2010 455). Inkrafttreten: 1.1.2011. V vom 2.9.2013 über die kalte Progression (VKP, SR 642.119.2). Inkrafttreten: 1.1.2014. BG vom 28.09.2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung. Inkrafttreten: 1.1.2020.

Hinweise

Der Anteil der Kantone an den Einnahmen der direkten Bundessteuer beträgt 21,2 Prozent (vgl. A230.0101).

E110.0103 VERRECHNUNGSSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 878 664 517	6 649 000 000	6 439 426 582	-209 573 418	-3,2
Eingänge	40 145 062 594	38 972 000 000	38 126 866 138	-845 133 862	-2,2
davon Obligationen	1 451 530 785	1 782 000 000	1 801 711 891	19 711 891	1,1
davon Aktien, GmbH- u. Genossenschaftsanteile	35 239 162 513	33 052 000 000	31 517 063 965	-1 534 936 035	-4,6
davon Kundenguthaben	188 893 640	182 000 000	1 204 930 277	1 022 930 277	562,0
davon Übrige Eingänge	3 265 475 655	3 956 000 000	3 603 160 005	-352 839 995	-8,9
Rückerstattungen	-35 766 398 077	-32 323 000 000	-33 587 439 555	-1 264 439 555	-3,9
davon Juristische Personen	-23 172 555 822	-16 878 000 000	-20 816 711 836	-3 938 711 836	-23,3
davon Ausländische Antragssteller	-5 286 128 393	-5 231 000 000	-4 591 236 111	639 763 889	12,2
davon Kantone	-7 307 713 862	-10 214 000 000	-8 179 491 609	2 034 508 391	19,9
Veränderung Rückstellung (Einlage - / Entnahme +)	-500 000 000	-	1 900 000 000	1 900 000 000	-

An der Quelle zur Sicherung der Steueransprüche erhobene Steuer auf dem Ertrag beweglichen Kapitalvermögens (Obligationen, Aktien, Spareinlagen usw.), auf den Gewinnen aus Geldspielen oder aus Lotterien sowie auf Versicherungsleistungen.

Der Rohertrag der Verrechnungssteuer beträgt 6,4 Milliarden. Budgetiert waren 6,6 Milliarden, und das Vorjahresergebnis lag bei 3,9 Milliarden. Die Eingänge fielen um 2,2 Prozent tiefer und die Rückerstattungen um 3,9 Prozent höher aus als veranschlagt. Damit liegt der Rohertrag 210 Millionen (-3,2 %) unter dem budgetierten Wert und 2,6 Milliarden (+66,0 %) über dem Vorjahresergebnis.

Die Eingänge beliefen sich auf 38,1 Milliarden und fielen somit um 2,0 Milliarden (-5,0 %) tiefer aus als 2022.

Mit 1,8 Milliarden lagen die Eingänge aus Obligationen 20 Millionen (+1,1 %) über dem budgetierten Betrag und 350 Millionen (+24,1 %) über dem Vorjahresergebnis. Dieses Ergebnis, das auf die Aufhebung der Negativzinsen durch die SNB Ende September 2022 und den anschliessenden leichten Zinsanstieg zurückzuführen ist, ist zwar positiv. Ein Grossteil der Obligationen weist aber noch immer eine sehr tiefe Verzinsung auf, weshalb diese Verbesserung bescheiden ausfällt.

Mit 82,7 Prozent machen die Dividenden aus Aktien und Gesellschaftsanteilen den Löwenanteil der Eingänge aus. Sie beliefen sich auf 31,5 Milliarden und lagen damit 1,5 Milliarden (-4,6 %) unter dem Voranschlag und 3,7 Milliarden (-10,6 %) unter dem Vorjahresergebnis. Hier ist zu erwähnen, dass per 1. Januar 2023 die Beteiligungsquote, ab der das Meldeverfahren im nationalen und internationalen Konzernverhältnis zulässig ist, von 20 auf 10 Prozent gesenkt wurde, was zu Mindereinnahmen führte. Des Weiteren können einige Unternehmen aufgrund der diversen Covid-Hilfen, die sie empfangen haben, noch immer keine Dividenden ausschütten, da sie die betreffenden Hilfen sonst zurückzahlen müssten.

Die Eingänge aus den Kundenguthaben beliefen sich auf 1,2 Milliarden. Sie lagen 1,0 Milliarden (+562,0 %) über dem budgetierten Wert und 1,0 Milliarden (+537,9 %) über dem Vorjahresergebnis. Dieses hervorragende Ergebnis erklärt sich ebenfalls durch die Aufhebung der Negativzinsen durch die SNB und den leichten Anstieg der Sparzinsen.

Die Eingänge aus den übrigen Einnahmen lagen unter dem Voranschlag, aber über dem Vorjahreswert. Die Einnahmen in dieser Rubrik sind hauptsächlich auf Erträge aus den Fondsanteilscheinen zurückzuführen, die sich 2023 auf 3,5 Milliarden beliefen.

Die Rückerstattungen, von denen die Mehrheit an juristische Personen in der Schweiz erfolgt, beliefen sich auf 33,6 Milliarden, das sind 1,3 Milliarden (+3,9 %) mehr als budgetiert und 2,2 Milliarden (-6,1 %) weniger als im Vorjahr. Die Rückerstattungsquote lag 2023 bei 88,1 Prozent, der Voranschlag rechnete mit 82,9 Prozent. Die Aufhebung der Negativzinsen (gegen Ende 2022) hat unsere Partner auch 2023 dazu veranlasst, ihre Gesuche um Rückerstattung der Verrechnungssteuer zügiger einzureichen, wodurch weitere Rückstände aus den Vorjahren abgebaut wurden. Ein Vergleich der Rückerstattungsquote über mehrere Jahre bleibt daher schwierig.

Aufgrund der umfangreichen Rückerstattungen im Rechnungsjahr 2023 ist der Rückstellungsbedarf um 1,9 Milliarden gesunken. Folglich wurde eine teilweise Auflösung der Rückstellung in dieser Höhe vorgenommen, wodurch sich das Jahresgesamtergebnis der Verrechnungssteuer um ebendiesen Betrag erhöhte.

Rechtsgrundlagen

BG vom 13.10.1965 über die Verrechnungssteuer (VStG; SR 642.27).

Hinweise

Der Anteil der Kantone am Reinertrag der Verrechnungssteuer beträgt 10 Prozent (vgl. A230.0102).

E110.0104 ZUSÄTZLICHER STEUERRÜCKBEHALT USA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	9 512 826	25 500 000	6 016 702	-19 483 298	-76,4
Steuerrückbehalt USA Eingänge	91 296 576	82 500 000	88 846 400	6 346 400	7,7
Steuerrückbehalt USA Rückerstattungen	-81 783 750	-57 000 000	-82 829 697	-25 829 697	-45,3

Auf amerikanischen Dividenden und Zinsen durch schweizerische Finanzinstitute mit dem Status «Qualified Intermediary» für die Rechnung von in der Schweiz ansässigen Personen erhobene Sicherheitssteuer.

Das Ergebnis belief sich bei Eingängen von 88,8 Millionen und Rückerstattungen von 82,8 Millionen auf 6 Millionen. Damit liegt es 19,5 Millionen (-76,4 %) unter dem Budget und 3,5 Millionen unter dem Vorjahresergebnis. Die Eingänge und die Rückerstattungen fielen höher aus als die budgetierten Beträge. Die Eingänge sind tiefer als im Vorjahr, die Rückerstattungen dagegen höher. Das Ergebnis lag daher sowohl unter dem budgetierten Wert als auch unter dem Vorjahresergebnis. Die Rückerstattungsquote (93,2 %) fiel dementsprechend höher aus als erwartet (69,1 %).

Rechtsgrundlagen

V vom 15.6.1998 zum schweizerisch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 2.10.1996 (SR 672.933.67). Letzte massgebende Tarifrevision: Änderungen vom 1.11.2000.

Hinweise

Der Anteil der Kantone beträgt 10 Prozent (vgl. A230.0103).

E110.0105 STEMPELABGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 483 084 592	2 375 000 000	2 180 732 415	-194 267 585	-8,2
Emissionsabgabe	262 332 727	250 000 000	218 536 862	-31 463 138	-12,6
Umsatzabgabe	1 451 042 592	1 370 000 000	1 164 096 976	-205 903 024	-15,0
davon inländische Wertpapiere	209 147 102	215 000 000	184 560 561	-30 439 439	-14,2
davon ausländische Wertpapiere	1 241 895 491	1 155 000 000	979 536 415	-175 463 585	-15,2
Prämienquittungsstempel und Übrige	769 709 272	755 000 000	798 098 578	43 098 578	5,7

Stempelabgaben werden insbesondere auf der Emission von Beteiligungsrechten (Aktien, Stammanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und von Genossenschaften), auf dem Umsatz in- und ausländischer Wertpapiere sowie auf bestimmten Versicherungsprämien erhoben.

Mit einem Gesamtbetrag von 2,181 Milliarden lagen die Einnahmen aus den Stempelabgaben 194 Millionen (-8,2 %) unter dem Voranschlag und 302 Millionen (-12,2 %) unter dem Vorjahresergebnis. Der Ertrag aus den Emissionsabgaben belief sich auf 219 Millionen und lag damit 31 Millionen (-12,6 %) unter dem Budgetwert und 44 Millionen (-16,7 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die Abweichung zum Budget erklärt sich zum Teil durch die Einführung des Kapitalbands sowohl im Aktienrecht als auch im Stempelabgabengesetz per 1. Januar 2023. Dieses neue Institut ermöglicht es unter bestimmten Voraussetzungen, während einer Dauer von maximal fünf Jahren das Aktienkapital zu erhöhen oder herabzusetzen und die Steuerforderung entsprechend aufzuschieben.

Die Umsatzabgabe, die 53,4 Prozent der Gesamteinnahmen ausmacht, brachte mit 1,164 Milliarden 206 Millionen (-15,0 %) weniger ein als veranschlagt und 287 Millionen (-19,8 %) weniger als im Vorjahr. Die Eingänge aus inländischen Papieren lagen mit 185 Millionen 30 Millionen (-14,2 %) unter dem Voranschlag und 25 Millionen (-11,8 %) unter dem Vorjahreswert. Die ausländischen Papiere brachten 980 Millionen ein, 175 Millionen (-15,2 %) weniger als budgetiert und 262 Millionen (-21,1 %) weniger als 2022.

Die Einnahmen aus Prämienquittungen betrugen 798 Millionen. Sie lagen 43 Millionen (+5,7 %) über dem budgetierten Wert und 28 Millionen (+3,7 %) über dem Vorjahresergebnis.

Rechtsgrundlagen

BG vom 27.6.1973 über die Stempelabgaben (StG; SR 641.10). Letzte Tarifrevision: Änderung vom 18.3.2005 betr. neue dringliche Massnahmen, in Kraft seit dem 1.1.2006. Letzte massgebende Gesetzesänderung: Änderung vom 30.9.2011 betr. Stärkung der Stabilität im Finanzsektor. In Kraft seit dem 1.3.2012.

E110.0106 MEHRWERTSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	24 588 419 493	25 410 000 000	25 147 839 349	-262 160 651	-1,0
Allgemeine Bundesmittel	19 640 020 813	20 310 000 000	20 129 205 694	-180 794 306	-0,9
Zweckgebundene Mittel	4 948 398 680	5 100 000 000	5 018 633 656	-81 366 344	-1,6
davon Krankenversicherung 5 %	1 038 436 446	1 070 000 000	1 053 175 468	-16 824 532	-1,6
davon Finanzierung AHV	3 194 267 410	3 290 000 000	3 239 605 167	-50 394 833	-1,5
davon Finanzierung Bahninfrastruktur	715 694 824	740 000 000	725 853 021	-14 146 979	-1,9

Der Mehrwertsteuer unterliegen die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt, die Einfuhr von Gegenständen sowie der Bezug von Dienstleistungen und gewissen Lieferungen im Inland von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

Die Einnahmen beinhalten die Forderungen vor Abzug der Debitorenverluste. Nicht enthalten sind die Bussen und Zinsen aus Mehrwertsteuer. Sie werden in separaten Positionen verbucht (Bussen in E150.0107; Verzugszinsen in E140.0103; Vergütungszinsen in A240.0103).

Die Mehrwertsteuereinnahmen belaufen sich im Rechnungsjahr auf 25 148 Millionen und teilen sich auf die oben aufgeführten Einnahmenanteile auf. Die daraus abgeleiteten – aber wegen der Berücksichtigung der Bussen und Zinsen sowie der Debitorenverluste nicht identischen – Anteile Dritter und Einlagen in Spezialfinanzierungen sind im nachstehenden Abschnitt «Hinweise» dargestellt.

Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer liegen um 262 Millionen unter dem Voranschlag (-1,0 %). Gegenüber dem Vorjahr resultiert eine Zunahme um 559 Millionen (+2,3 %).

Die Mehrwertsteuereinnahmen ergeben sich aus den folgenden Positionen (Beträge in Mio.):

– Abrechnungen Soll (Guthaben ESTV)	24 628
– Abrechnungen Haben (Vorsteuerüberschüsse)	-11 708
– Ergänzungsabrechnungen	923
– Gutschriften	-552
– Korrekturen im Zusammenhang mit pendenten Steuerjustizverfahren	-1
– Erlasse	-
– Rückbuchung auf offenen Forderungen aus Schätzungen	-19
– Abgrenzungsbuchungen	-7
– Rückstellungen	31
– Einfuhrsteuer (Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG)	12 066
– Kompensationszahlungen Samnaun und Valsot	4
– Liquiditätszahlungen an Fürstentum Liechtenstein	-38
– Liquiditätszahlungen des Fürstentums Liechtenstein	79
– Anteil Fürstentum Liechtenstein am Poolertrag	-254
– Zwischentotal	25 151

Die Korrekturen im Zusammenhang mit pendenten Steuerjustizverfahren beinhalten erfolgswirksame Anpassungen von Forderungen und Verbindlichkeiten. Sie resultieren aus der auf Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) erfolgten Bewertung der hängigen Steuerjustizverfahren, wobei man sich auf Verfahren mit einem Streitwert von mehr als 1 Million beschränkt. Erlasse liegen vor, wenn die ESTV gestützt auf Artikel 92 MWStG rechtskräftig festgesetzte Mehrwertsteuerforderungen erlässt. Die Rückbuchung auf offenen Forderungen aus Schätzungen basiert auf der seit dem Rechnungsabschluss 2016 umgesetzten Empfehlung der EFK, wonach jener Teil der per Ende Jahr offenen Forderungen wegen Nichteinreichens der Mehrwertsteuerabrechnungen auszubuchen sei, bei welchem der Mittelzufluss aufgrund der Vergangenheitswerte als unwahrscheinlich (kleiner als 50 %) eingeschätzt wird. Die Rückstellungen betreffen mutmassliche Steuerrückerstattungen im Zusammenhang mit offenen Mehrwertsteuer-Justizverfahren und einem Bundesgerichtsurteil (BGE 149 II 43). Bei den Liquiditätszahlungen Fürstentum Liechtenstein handelt es sich um die Zahlungen zwecks Ausgleichs des am Ende des Monats beim Fürstentum Liechtenstein bestehenden Liquiditätsengpasses (mit einer Auszahlung an das Fürstentum Liechtenstein in der Höhe des Engpasses) oder Liquiditätsüberschusses (mit einer Einzahlung durch das Fürstentum Liechtenstein in der Höhe des Überschusses). Ein geringer Teil der 25 151 Millionen stammt aus der deutschen Enklave Büsingen am Hochrhein. Gemäss dem am 4.9.2001 rückwirkend auf den 1.1.1999 in Kraft getretenen Abkommen zwischen dem Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

(BBl 2000 5640) richtet die Schweiz der Gemeinde Büsingen einen Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen aus. Als Ausgleich für seine Leistungen an Büsingen wird auch der Kanton Schaffhausen entschädigt. Ein weiterer geringer Anteil an den 25 151 Millionen stammt aus der deklarierten Mehrwertsteuer der Betriebe des gemeinsamen Autobahnzollamtes Basel/Weil am Rhein. Gestützt auf den am 10.6.1980 in Kraft getretenen Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über den Autobahnzusammenschluss im Raum Basel und Weil am Rhein (SR 0.725.127) überweist die Schweiz der Bundesrepublik Deutschland den ihr davon zustehenden Anteil. Im Rechnungsjahr waren Zahlungen an Büsingen, Schaffhausen und die Bundesrepublik Deutschland in der Höhe von insgesamt rund 3 Millionen fällig.

Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer liegen um 1,0 Prozent unter dem Voranschlagswert von 25 410 Millionen. Noch bis in den Herbst des Rechnungsjahres wurde aufgrund der sich bis dahin gezeigten Einnahmenentwicklung das Erreichen des Voranschlagswerts erwartet. Die sich gegen Ende des Jahres eintrübenden Prognosen zum allgemeinen Wirtschaftswachstum haben sich dann auch im Einnahmenwachstum der Mehrwertsteuer gezeigt. So haben die Einnahmen der Monate November und Dezember insgesamt lediglich das Vorjahresniveau erreicht, nicht zuletzt aufgrund der im Vorjahresvergleich rückläufigen Einnahmen aus der Einfuhrsteuer. Dennoch liegen die Mehrwertsteuereinnahmen insgesamt mit 25 148 Millionen um rund 2,3 Prozent über dem Vorjahreswert von 24 588 Millionen. Dieser Anstieg fällt damit nur minim niedriger aus als jener des nominalen, sportevent-bereinigten Bruttoinlandprodukts (BIP), welcher auf 2,4 Prozent geschätzt wird (Prognose der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes vom 13.12.2023).

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 130, Art. 196 Ziff. 14. BG vom 12.6.2009 über die Mehrwertsteuer (MWStG; SR 641.20). Mehrwertsteuerverordnung vom 27.11.2009 (MWStV; SR 641.201).

Hinweise

Massgebend für die Ermittlung der Einlagen in den «Bahninfrastrukturfonds» und in die Spezialfinanzierungen für die AHV und die Krankenversicherung sind die Einnahmen zuzüglich der Bussen und Verzugszinsen aus Mehrwertsteuer und abzüglich der Vergütungszinsen und Debitorenverluste aus Mehrwertsteuer (vgl. dazu auch E140.0103, E150.0107, A240.0103, A202.0117). Die Netto-Einnahmen – also die für die Finanzierung der Aufgaben effektiv zur Verfügung stehenden Mittel – betragen insgesamt 25 080 Millionen mit folgenden Anteilen:

– Allgemeine Bundesmittel	20 147 342 690
– Krankenversicherung (5 %)	1 035 110 744
– MWSt-Prozent für die AHV	3 184 037 432
– Finanzierung Bahninfrastruktur	713 402 735

Dabei berücksichtigt werden musste eine einmalige Korrektur aufgrund der am 1.1.2022 in Kraft gesetzten Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) und deren erstmaligen Umsetzung im Voranschlag und in der Rechnung 2023. Dies deshalb, weil für die Verteilung der Mehrwertsteuereinnahmen der Einnahmebegriff gemäss Schuldenbremse massgebend ist und dieser mit der Anpassung des Rechnungsmodells geändert hat. Das bis und mit 2022 angewendete Modell kannte zwei Rechnungen, die Erfolgsrechnung nach IPSAS und die Finanzierungsrechnung der Schuldenbremse. In der Erfolgsrechnung wurde unterschieden zwischen finanzierungswirksamen und nicht-finanzierungswirksamen Transaktionen. Mit der Revision des FHG gibt es nun keine Finanzierungsrechnung mehr. Das Ergebnis der Schuldenbremse wird neu direkt aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung abgeleitet. Damit werden viele Transaktionen, welche bis 2022 nicht-finanzierungswirksam gebucht wurden, neu der Schuldenbremse belastet. Konkret werden Rückstellungen neu bereits bei deren Bildung und nicht erst bei deren Verwendung (bzw. bei der Auszahlung) der Schuldenbremse unterstellt. Rückstellungsverwendungen werden neu über die Bilanz gebucht. Sie belasten die Erfolgsrechnung nicht und sind damit auch nicht relevant für die Ermittlung der Zweckbindungen. Ohne Korrekturen würden die Zweckbindungen, nachdem sie bei der Bildung der Rückstellungen nicht partizipiert hatten, auch bei der Verwendung der Rückstellungen nicht partizipieren. Die Zweckbindungen müssen deshalb einmalig im Verhältnis ihres Anteils an den Gesamt-Mehrwertsteuereinnahmen am Bestand der Rückstellungen per Ende 2022 beteiligt werden. Dadurch erhöhen sich die allgemeinen Bundesmittel entsprechend. Diese Beteiligung ist in den oben ausgewiesenen Einnahmenanteilen enthalten.

Einnahmen für zweckgebundene Fonds, siehe Band 1, Teil B, Ziffer 82/34:

– «Krankenversicherung»	1 035 110 744
– «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung»	3 184 037 432

Vgl. auch A230.0104.

Zweckgebundene Einnahmen für Sonderrechnungen, siehe Band 1, Teil D, Ziffer 1:

– «Bahninfrastrukturfonds»	713 402 735
----------------------------	-------------

Vgl. auch 802/A236.0110.

E140.0103 VERZUGSZINSEN STEUERN UND ABGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	158 403 164	274 000 000	196 448 166	-77 551 834	-28,3

Direkte Bundessteuer

Mit der Umstellung der Verbuchung von Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf das Sollprinzip per 1.1.2023 werden u.a. hiermit zusammenhängende Zinserträge separat als Finanzertrag ausgewiesen.

– Zinsertrag direkte Bundessteuer natürliche Personen	51 426 205
– Zinsertrag direkte Bundessteuer juristische Personen	29 286 529

Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und allgemein

Hierbei geht es um Verzugszinsen, die im Rahmen von Strafverfahren im Zusammenhang mit der Hinterziehung von Verrechnungssteuern und Stempelabgaben in Rechnung gestellt werden. Die Verzugszinsen der Verrechnungssteuer beliefen sich 2023 auf 39,3 Millionen. Budgetiert waren 70 Millionen. Die Verzugszinsen der Stempelabgaben betrugen 11,1 Millionen bei einem budgetierten Betrag von 16 Millionen. Im Detail:

– Zinsertrag Verrechnungssteuer	39 268 063
– Zinsertrag Stempelabgaben	11 077 913
– Zinsertrag Steuerrückbehalt USA	4 075
– Zinsertrag EU Steuerrückbehalt	367 671
– Zinsertrag Abgeltungssteuer IQA	0
– Zinsertrag allgemein (QST Abrechnung)	0

Mehrwertsteuer

Die Verzugszinsen aus der Mehrwertsteuer belaufen sich im Rechnungsjahr auf 65 Millionen. Sie liegen damit um rund 5 Millionen über dem Vorjahres- und rund 7 Millionen über dem budgetierten Wert. Die Verzugszinsen aus der Mehrwertsteuer fliessen mit ein in die Ermittlung der Einlagen aus der Mehrwertsteuer in den «Bahninfrastrukturfonds» und in die Spezialfinanzierungen für die AHV und die Krankenversicherung. Aus diesem Grunde werden die Verzugszinsen auf die gleichen Einnahmekategorien aufgeteilt wie die Mehrwertsteuereinnahmen, und zwar im Verhältnis dieser Einnahmenanteile an den Gesamteinnahmen der Mehrwertsteuer (Anteile vor einmaliger Korrektur infolge Revision des Finanzhaushaltsgesetzes; s. dazu E110.106 und A202.0117, jeweils Abschnitt «Hinweise»):

– Zinsertrag MWSt, Allgemeine Bundesmittel	51 980 813
– Zinsertrag MWSt, Krankenversicherung (5 %)	2 735 832
– Zinsertrag MWSt, MWSt-Prozent für die AHV	8 415 517
– Zinsertrag MWSt, Finanzierung Bahninfrastruktur	1 855 547

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.2009 über die Mehrwertsteuer (MWStG; SR 641.20), Art. 57, 87, 108. V des EFD über die Verzugs- und die Vergütungszinssätze vom 11.12.2009 (SR 641.207.1), Art. 1. V des Bundesrats über den befristeten Verzicht auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern, Lenkungsabgaben und Zollabgaben sowie Verzicht auf die Darlehensrückerstattung durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit vom 20.3.2020 (SR 641.207.2), Art. 2.

E150.0104 WEHRPFLICHTERSATZABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	167 153 316	170 000 000	167 923 567	-2 076 433	-1,2

Schweizer Bürger, die ihre Wehrpflicht nicht oder nur teilweise durch persönliche Dienstleistung (Militär- oder Zivildienst) erfüllen, haben einen Ersatz in Geld zu leisten. Der Ertrag hängt von vielen Variablen ab (Konjunkturlage, Anzahl der Dienstverschieber im Militär- bzw. Zivildienst, geleistete Dienstage im Zivildienst, Anzahl Ersatzbefreite gemäss WPEG, Zahlungsmoral, Anzahl der Mindestabgaben, Anzahl der für untauglich Erklärten, Anzahl der Neueinbürgerungen, Anzahl der Auslandbeurlaubten, Bearbeitungsstand in den 26 Kantonen etc.). Der Ertrag fliesst in die allgemeine Bundeskasse.

Der Betrag bezieht sich auf das Veranlagungsjahr 2023 bzw. das Ersatzjahr 2022. Der budgetierte Wert wurde leicht unterschritten. Obwohl 9756 weniger untaugliche Ersatzpflichtige verzeichnet wurden, hat sich der Rohertrag im Vergleich zum Vorjahr um fast 5 Millionen erhöht. Nach Abzug der jeweiligen Veränderung im Debitorenbestand ergibt sich noch eine Erhöhung um 0,8 Mio. Dies sind die Auswirkungen der Anpassung der Altersgrenzen per 1.1.2019. Altrechtlich musste die Ersatzabgabe bis längstens zum 30. Altersjahr bezahlt werden. Neu ist es das 37. Altersjahr. Mit zunehmendem Alter wird in der Regel auch mehr verdient, somit ergibt sich eine Erhöhung der durchschnittlich bezahlten Ersatzabgabe von 796 im Vorjahr auf nun 863 Franken.

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG; SR 667). Letzte massgebende Tarifrevision: Änderung vom 3.10.2008.

E150.0105 DURCHFÜHRUNG DER STEMPELABGABEN IN LIECHTENSTEIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	625 499	562 000	530 388	-31 612	-5,6

Laut Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet erhebt die ESTV die Stempelabgaben im Fürstentum Liechtenstein.

Der Voranschlag wurde um 5,6 Prozent unterschritten. Die Einnahmen wurden in Abhängigkeit vom Ertrag aus den Stempelabgaben in der Schweiz geschätzt. Im Berichtsjahr beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 50 038 828.95 Franken. Nach Abzug des für das Fürstentum Liechtenstein bestimmten Anteils, betrug der in Bundeshand verbleibende Restbetrag 530 388 Franken (1 % der Gesamteinnahmen zzgl. Fr. 30 000 Jahrespauschale).

Rechtsgrundlagen

BG vom 27.6.1973 über die Stempelabgaben (StG; SR 641.10). Vertrag vom 29.3.1923 zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums an das schweizerische Zollgebiet (SR 0.631.112.514).

E150.0107 BUSSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	171 632 495	91 015 000	137 800 939	46 785 939	51,4

Direkte Bundessteuer

Mit der Umstellung der Verbuchung von Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf das Sollprinzip per 1.1.2023 werden u.a. hiermit zusammenhängende Bussenerträge separat als Finanzertrag ausgewiesen.

- Bussenertrag Direkte Bundessteuer natürliche Personen 108 794 122
- Bussenertrag Direkte Bundessteuer juristische Personen 9 303 941

Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und allgemein

Die Bussen, die im Rahmen von Strafverfahren im Zusammenhang mit der Hinterziehung von Verrechnungssteuern und Stempelabgaben in Rechnung gestellt werden, waren mit 2,7 Millionen leicht tiefer als budgetiert (Fr. 3 010 000). Im Detail:

- Bussenertrag Verrechnungssteuer 2 694 597
- Bussenertrag Stempelabgaben 14 000
- Bussenertrag Allgemein (Strafbescheid SEI) 242 800

Mehrwertsteuer

Die Bussen aus der Mehrwertsteuer betragen rund 16,8 Millionen. Sie liegen damit um rund 1,5 Millionen über dem Niveau des Vorjahres (15,3 Mio.) und rund 3,8 Millionen über dem Voranschlagswert (13 Mio.). Die Bussen aus der Mehrwertsteuer fliessen mit ein in die Ermittlung der Einlagen aus der Mehrwertsteuer in den «Bahnhofinfrastrukturfonds» und in die Spezialfinanzierungen für die AHV und die Krankenversicherung. Aus diesem Grunde werden die Bussen auf die gleichen Einnahmekategorien aufgeteilt wie die Mehrwertsteuereinnahmen, und zwar im Verhältnis dieser Einnahmenanteile an den Gesamteinnahmen der Mehrwertsteuer (Anteile vor einmaliger Korrektur infolge Revision des Finanzhaushaltsgesetzes; s. dazu E110.106 und A202.0117, jeweils Abschnitt «Hinweise»):

- Bussenertrag MWSt, Allgemeine Bundesmittel 13 392 590
- Bussenertrag MWSt, Krankenversicherung (5 %) 704 873
- Bussenertrag MWSt, MWSt-Prozent für die AHV 2 168 215
- Bussenertrag MWSt, Finanzierung Bahnhofinfrastruktur 485 802

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.2009 über die Mehrwertsteuer (MWStG; SR 641.20), Art. 96 ff. BG vom 13.10.1965 über die Verrechnungssteuer (VStG; SR 642.21), Art. 64A ff. BG vom 27.6.1973 über die Stempelabgaben (StG; SR 641.10), Art. 45ff. BG vom 22.3.1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0). BG vom 28.9.2012 über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG; SR 651.1), Art. 9 Abs. 5 und Art. 10 Abs. 4.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	267 778 797	277 807 200	273 705 564	-4 101 636	-1,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>13 635 400</i>			
Funktionsaufwand	264 743 088	277 698 200	272 007 176	-5 691 024	-2,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	260 313 948	270 618 200	264 439 656	-6 178 544	-2,3
Personalausgaben	175 706 884	179 107 100	179 409 703	302 603	0,2
Sach- und Betriebsausgaben	84 607 064	91 511 100	85 029 952	-6 481 148	-7,1
<i>davon Informatik</i>	<i>61 412 465</i>	<i>66 171 200</i>	<i>61 093 334</i>	<i>-5 077 866</i>	<i>-7,7</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>173 498</i>	<i>304 100</i>	<i>346 274</i>	<i>42 174</i>	<i>13,9</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	4 429 140	7 080 000	7 567 520	487 520	6,9
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	3 035 709	109 000	1 698 388	1 589 388	n.a.
Vollzeitstellen (Ø)	1 041	1 027	1 025	-2	-0,2

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben liegen 0,3 Millionen über dem Voranschlag, da der von der ESTV selbst zu tragende Teil des Teuerungsausgleiches nicht vollumfänglich intern kompensiert werden konnte. Die Vollzeitstellen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 16 Stellen ab. Dies ist insbesondere auf die Beendigung von befristeten Stellen im Inkasso und in der Stammdatenverwaltung zurückzuführen.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Informatikausgaben liegen nach erfolgten Kreditmutationen (9,8 Mio.) ohne Berücksichtigung der Investitionsausgaben (1,6 Mio.) rund 5,1 Millionen unter dem Voranschlag 2023. Die Gründe für die Kreditmutationen liegen hauptsächlich in den bereits im Vorjahr gestiegenen Preise für Betriebsleistungen beim Leistungserbringer.

Informatik-Betrieb (55,5 Mio.): Die Ausgaben im Bereich der Leistungsverrechnung umfassen Service Level Agreements (SLA) mit dem BIT und dem iscECO (GEVER) für Betrieb und Wartung der Informatikanwendungen und Dienstleistungsvereinbarungen (DLV) mit dem BIT zur Weiterentwicklung von Anwendungen und Umsetzung von Changes und neuen Releases. Anpassungen zur Sicherstellung des laufenden Betriebs fielen vor allem bei den Steuerfachanwendungen (CORE-IT und ePortal-Anwendungen), IC-Tax (Erstellung amtlicher Kurslisten für Wertpapiere) und den IDV-Anwendungen (Kleinanwendungen Büroautomation) an. Hinzu kam der Anteil des Bundes an den Betriebskosten für die Anwendung Business Valuation Tax (BVTax) und des CH-Melbewesen Steuern (elektronischer Datenaustausch Bund/Kanton im Steuerbereich).

Informatik-Projekte (5,6 Mio.): Wichtigste Projekte waren die Weiterführung des Projektes für das Verrechnungssteuer Eingabebot «VSTKR I», «eDocuments ESTV» und «Neue Scanning-Lösung» sowie dem Start der Projekte «Umsetzung Weiterentwicklung MWST» und Online-Services für Steuerpflichtige «Cockpit ESTV».

Die Beratungsausgaben umfassen den Einsatz externer Spezialisten im Rahmen von Projekten und zur Klärung internationaler Steuerfragen (Studien, Expertisen) sowie die Ausgaben für Expertenkommissionen und Arbeitsgruppen. Die Ausgaben sind 0,04 Millionen tiefer als budgetiert, da weniger externe Expertisen notwendig waren.

Von den übrigen Sach- und Betriebsausgaben in der Höhe von 23,6 Millionen entfielen 13,6 Millionen auf die Immobilienausgaben und 10,0 Millionen auf die übrigen Betriebsausgaben (v.a. Spesen, Post- und Versandkosten, Bürobedarf, Drucksachen, Betriebskosten und Parteientschädigungen).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen von 7,6 Millionen ergeben sich im Wesentlichen aufgrund untenstehender aktivierter IT-Vorhaben:

- OIT – Online Steuerrechner 2.0 (0,2 Mio.)
- OIT – CbCR (0,3 Mio.)
- OIT – Cash2Soll (0,7 Mio.)
- OIT – SAP 4/HANA (1,0 Mio.)
- OIT – eTVA 2.0 (2,6 Mio.)
- OIT – UDAI (0,2 Mio.)
- OIT – VOE 2.0 (1,6 Mio.)
- OIT – ANFA (0,9 Mio.)

Gegenüber dem Voranschlag resultiert ein Mehrbedarf bei den Abschreibungen von 0,5 Millionen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus der Aktivierung von Software, die im Rahmen der Digitalisierungsinitiative entwickelt wurde.

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben setzen sich aus Hard- und Softwareinvestitionen (1,7 Mio.) zusammen. Dabei entfiel der grösste Teil auf Softwareinvestitionen (1,6 Mio.). Im 2023 wurden die Applikationen Umsetzung Weiterentwicklung MWST, VSTKR I, Neue Scanning Lösung sowie eDocuments intern weiterentwickelt und aktiviert.

Kreditmutationen

- Abtretungen vom EPA im Personalbereich (3,8 Mio.) für Praktikanten, Lernende, Berufsintegration, Pensionskassenbeiträge und Familienunterstützung
- Kreditüberschreitung 1 % oder 10,0 Mio. gemäss Art. 36 Abs. 2 FHG (3,0 Mio.)
- Abtretung vom GS-EFD im Informatikbereich (2,0 Mio.) zur Deckung der IT-Betriebskosten
- Nachtragskredit II (5,0 Mio.) zur Deckung der IT-Betriebskosten
- Kreditverschiebung von der ESTV an das BIT für ESTV2RHOS (-0,2 Mio.)
- Verwendung von insgesamt 0,4 Millionen an zweckgebundenen Reserven für die IT-Projekte Prüfungswerkzeug für Partnerprüfung ESTV-PP (0,037 Mio.) und VSTKR I (0,325 Mio.)

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben sowie Amtshilfe		LG 2: Mehrwertsteuer	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	121	125	146	148
Personalausgaben	76	77	100	102
Sach- und Betriebsausgaben	41	43	43	42
davon Informatik	31	32	30	29
davon Beratung	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2	4	2	4
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	2	1	1	0
Vollzeitstellen (Ø)	464	451	577	574

A202.0117 DEBITORENVERLUSTE STEUERN UND ABGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	284 056 187	307 124 729	307 124 728	-1	0,0
davon Kreditmutationen		36 124 729			

Die Debitorenverluste beinhalten zum einen die effektiv eingetretenen Debitorenverluste und zum andern die Veränderung der mutmasslichen Debitorenverluste (Delkredere).

Direkte Bundessteuer

Mit der Umstellung der Verbuchung von Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf das Sollprinzip per 1.1.2023 werden u.a. hiermit zusammenhängende Debitorenverluste und Delkredereanpassungen separat unter den Ausgaben ausgewiesen.

- Debitorenverluste Direkte Bundessteuer natürliche Personen 78 210 453
- Debitorenverluste Direkte Bundessteuer juristische Personen 46 223 827

Die Anpassung des Delkredere erfolgt jährlich nach festgelegten Regeln. Gestützt auf die offenen Debitoren wurde das Delkredere per Ende 2023 wie folgt revidiert:

- Delkredereanpassung Direkte Bundessteuer natürliche Personen 10 631 422
- Delkredereanpassung Direkte Bundessteuer juristische Personen 15 869 942

Stempelabgaben und Verrechnungssteuer

Debitorenverluste:

- Stempelabgaben 931 151
- Verrechnungssteuer 14 717 615

Die Anpassung des Delkredere erfolgt jährlich nach festgelegten Regeln. Gestützt auf die offenen Debitoren wurde das Delkredere per Ende 2023 wie folgt revidiert:

- Stempelabgaben 512 100
- Verrechnungssteuer -6 211 700

Mehrwertsteuer

Die Debitorenverluste aus der Mehrwertsteuer belaufen sich insgesamt auf rund 146 Millionen.

Die realisierten Debitorenverluste aus der Mehrwertsteuer betragen rund 124 Millionen. Rund 1,7 Prozent davon entfallen auf die Einfuhrsteuer, der übrige Teil auf die Inlandsteuer. Sie liegen um 6 Millionen unter dem Voranschlagswert und um 14 Millionen unter dem Vorjahresergebnis. Dieser Rückgang hat sich bereits im gesamten Verlauf des Rechnungsjahres abgezeichnet und lässt darauf schliessen, dass sich die Covid-19-Pandemie im Rechnungsjahr geringer ausgewirkt hat als noch im Vorjahr.

Das Delkredere wurde gestützt auf die offenen Debitoren per Ende 2023 um 22 Millionen nach oben revidiert. Veränderungen im Delkredere lassen sich nicht budgetieren.

Die Aufteilung dieser 146 Millionen an Debitorenverlusten auf die einzelnen Einnahmenanteile erfolgt im Verhältnis dieser Anteile an den geschätzten Gesamteinnahmen der Mehrwertsteuer unter Einschluss der Bussen und Zinsen aus der Mehrwertsteuer, allerdings unter Berücksichtigung einer einmaligen Korrektur aufgrund der am 1.1.2022 in Kraft gesetzten Revision des Finanzhaushaltsgesetzes und deren erstmaligen Umsetzung in der Rechnung 2023 (s. dazu die entsprechenden Ausführungen im Abschnitt «Hinweise»):

— Allgemeine Bundesmittel	44 458 175
— Krankenversicherung (5 %)	21 359 207
— MWSt-Prozent für die AHV	65 701 681
— Finanzierung Bahninfrastruktur	14 720 857

Hinweise

Mit obgenannter Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen oder Delkredere ausgeweitet (sog. Periodenverschiebungen). Die Bestände per 31.12.2022 der neu schuldenbremswirksamen Bilanzpositionen müssen einmalig den Zweckbindungen zugeführt (aktive Rechnungsabgrenzung) oder belastet (passive Rechnungsabgrenzung, Rückstellung, Delkredere) werden. Dies, weil z. B. die Bildung und Auflösung des Delkrederes unter dem alten FHG nicht finanzwirksam gebucht wurden und damit nicht in die Berechnung der zweckgebundenen Einnahmen einfließen. Neu wird dies berücksichtigt. Entsprechend würde ohne Korrektur eine Zweckbindung unter Umständen von einer Verminderung des Delkrederes profitieren, obwohl sie nicht an deren Bildung partizipiert hatte. Diese einmalige Zuführung an die Zweckbindungen erfolgt im Verhältnis ihres jeweiligen Anteiles an den Gesamteinnahmen aus der Mehrwertsteuer und ist in den oben ausgewiesenen Einnahmenanteilen enthalten.

Siehe auch E110.0106 Mehrwertsteuer, E140.0103 Verzugszinsen Steuern und Abgaben, E150.0107 Bussen, A240.0103 Vergütungszinsen Steuern und Abgaben.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	4 900 000	4 900 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	325 000	325 000
Auflösung / Verwendung	–	-362 000	-362 000
Endbestand per 31.12.2023	–	4 863 000	4 863 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im 2023 wurden zweckgebunden Reserven für zwei IT-Projekte verwendet:

- VSTKR I (0,325 Mio.): Vollständige Auflösung der Reserven, aufgrund der im Vorjahr gebildeten zweckgebundenen Reserven wegen Projektverzögerung
- ESTV-PP (0,037 Mio.): Teilverwendung, weil das Projekt im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnte

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (4,9 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die IT-Projekte SwissTaxFree (1,9 Mio.) sowie UDAI (2,0 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Im 2023 wurden keine neuen Reserven gebildet.

TRANSFERKREDITE DER LG1: DIREKTE BUNDESSTEUER, VERRECHNUNGSSTEUER UND STEMPELABGABEN SOWIE AMTSHILFE

A230.0101 DIREKTE BUNDESSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 298 371 108	5 910 098 536	5 910 098 536	0	0,0
davon Kreditmutationen		122 286 536			
Steuer auf Einkommen und Reingewinne	5 298 371 108	5 944 939 395	5 956 095 682	11 156 287	0,2
Anrechnung ausländischer Quellensteuer	-	-34 840 859	-45 997 146	-11 156 287	-32,0

Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer beträgt 21,2 Prozent. Für die Berechnung des Kantonsanteils sind die Bruttoeinnahmen vor Berücksichtigung der Anrechnung ausländischer Quellensteuern (ehemals pauschale Steueranrechnung) massgebend.

Rechtsgrundlagen

BG vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.11), Art. 196; BG vom 28.09.2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung. Inkrafttreten: 1.1.2020.

Hinweise

Siehe auch E110.0102 Direkte Bundessteuer

A230.0102 VERRECHNUNGSSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	376 272 062	654 135 900	633 673 488	-20 462 412	-3,1

Der Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer beträgt 10 Prozent des Reinertrags. Für einen periodengerechten Ausweis des Transferaufwands wird eine aktive, nicht schuldenbremsrelevante Rechnungsabgrenzung vorgenommen. Sie entspricht 10 Prozent der Rückstellungsveränderung und begründet sich darin, dass ein künftiger Abbau des Rückstandes bei den Rückerstattungen durch tiefere Kantonsanteile kompensiert wird. Der Ausweis in der Bundesrechnung erfolgt damit periodengerecht. Die Berechnung und die Ausschüttung des Kantonsanteils verändern sich dadurch nicht.

Rechtsgrundlagen

BG vom 13.10.1965 über die Verrechnungssteuer (VStG; SR 642.21), Art. 2.

Hinweise

Siehe auch E110.0103 Verrechnungssteuer

A230.0103 ZUSÄTZLICHER STEUERRÜCKBEHALT USA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	344 498	1 965 700	-26 235	-1 991 935	-101,3

Kantonsanteil: 10 Prozent des Reinertrags.

Rechtsgrundlagen

V vom 15.6.1998 zum schweizerisch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 2.10.1996 (SR 672.933.61), Art. 18.

Hinweise

Siehe auch E110.0104 Zusätzlicher Steuerrückbehalt USA

A230.0106 WEHRPFLICHTERSATZABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	33 078 471	34 015 361	34 015 361	0	0,0
davon Kreditmutationen		15 361			

Bezugsprovision der Kantone: 20 Prozent des Rohertrags.

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG; SR 667), Art. 45.

Hinweise

Siehe auch E150.0104 Wehrpflichtersatzabgabe

A231.0166 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	97 328	146 000	126 041	-19 959	-13,7

Es handelt sich um die Beiträge an die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) und an das Forum on Tax Administration der OECD (FTA).

TRANSFERKREDITE DER LG2: MEHRWERTSTEUER**A230.0104 MEHRWERTSTEUERPROZENT FÜR DIE AHV**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 185 920 922	3 281 000 000	3 184 037 432	-96 962 568	-3,0

Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) per 1.1.2020 gehen 100 Prozent des seit 1999 erhobenen Mehrwertsteuerprozents direkt an die AHV.

Massgebend für die Spezialfinanzierung für die AHV sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer unter Einschluss der Bussen und Zinsen und nach Abzug der Debitorenverluste aus der Mehrwertsteuer. Der Wert von 3184 Millionen ergibt sich somit aus dem entsprechenden Anteil am Total aus Fiskaleinnahmen, Bussen und Zinsen aus Mehrwertsteuer nach dem Bruttoprinzip (3250 Mio. von insgesamt 25226 Mio.) abzüglich des Anteils von 66 Millionen an den Debitorenverlusten.

Sie liegen damit um rund 97 Millionen unter dem Voranschlag. Dies ist zu einem grossen Teil auf eine einmalige Korrektur in Form einer Minderung um rund 62 Millionen zurückzuführen. Der Grund für diese Korrektur liegt in der am 1.1.2022 in Kraft gesetzten Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) und deren erstmaligen Umsetzung in der Rechnung 2023. Mit dieser Revision wurde der für Zweckbindungen massgebende Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen oder Delkrederer ausgeweitet (sog. Periodenverschiebungen). Die Bestände per 31.12.2022 der neu schuldenbremsrelevanten Bilanzpositionen müssen einmalig den Zweckbindungen zugeführt (aktive Rechnungsabgrenzung) oder belastet (passive Rechnungsabgrenzung, Rückstellung, Delkrederer) werden. Dies, weil z. B. die Bildung einer Rückstellung und die Bildung und die Auflösung des Delkrederes unter dem alten FHG in der Regel nicht in die Berechnung der zweckgebundenen Einnahmen einfließen. Neu wird dies berücksichtigt. Entsprechend würde eine Zweckbindung unter Umständen von einer Auflösung einer Rückstellung oder Verminderung des Delkrederes profitieren, obwohl sie nicht an deren Bildung partizipiert hatte. Abgesehen von dieser einmaligen Korrektur bewegen sich die Ausgaben parallel zu den Einnahmen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.2009 über die Mehrwertsteuer (MWStG; SR 641.20). BB vom 20.3.1998 über die Anhebung der Mehrwertsteuersätze für die AHV/IV (SR 641.203). BG vom 28.9.2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF; AS 2019 2395). V vom 19.4.1999 über das Verfahren zur Überweisung des für die AHV bestimmten Mehrwertsteuer-Ertragsanteils an den AHV-Ausgleichsfonds (SR 641.203.2).

Hinweise

Siehe auch E110.0106 Mehrwertsteuer, E140.0103 Verzugszinsen Steuern und Abgaben, E150.0107 Bussen, A202.0117 Debitorenverluste Steuern und Abgaben, A240.0103 Vergütungszinsen Steuern und Abgaben.

Ausgabe finanziert aus zweckgebundenem Fonds «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

FINANZAUFWAND

A240.0103 VERGÜTUNGSZINSEN STEUERN UND ABGABEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	88 984 071	107 172 296	107 172 296	0	0,0
davon Kreditmutationen		12 172 296			

Vergütungszinsen werden für in Rechnung gestellte und bezahlte Steuerbeträge geleistet, die sich im Nachhinein (Schlussabrechnung) als überhöht erweisen.

Direkte Bundessteuer

Mit der Umstellung der Verbuchung von Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf das Sollprinzip per 1.1.2023 werden u.a. hiermit zusammenhängende Vergütungs- und Rückerstattungszinsen separat als Finanzaufwand ausgewiesen.

— Zinsaufwand Direkte Bundessteuer natürliche Personen	51 713 743
— Zinsaufwand Direkte Bundessteuer juristische Personen	51 950 394

Stempelabgaben und Verrechnungssteuer

— Stempelabgaben – Verrechnungssteuer	33 140
---------------------------------------	--------

Mehrwertsteuer

Die Vergütungszinsen aus der Mehrwertsteuer belaufen sich auf rund 3,5 Millionen. Sie liegen damit um rund 1,9 Millionen über dem Vorjahres- und rund 0,5 Millionen unter dem budgetierten Wert. Die Vergütungszinsen aus der Mehrwertsteuer entwickeln sich sehr volatil. Darüber hinaus ist die Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu einem grossen Teil auf finanzielle Ansprüche zurückzuführen, welche im Zusammenhang mit einem im Rechnungsjahr 2022 ergangenen Bundesgerichtsurteil (BGE 149 II 43) von steuerpflichtigen Personen geltend gemacht wurden für vom Urteil betroffene Sachverhalte, die noch nicht verjährt oder in Rechtskraft erwachsen waren.

Die Vergütungszinsen fliessen mit ein in die Ermittlung der Einlagen aus der Mehrwertsteuer in den Bahninfrastrukturfonds und in die Spezialfinanzierungen für die AHV und die Krankenversicherung. Aus diesem Grunde werden die Vergütungszinsen auf die gleichen Einnahmekategorien aufgeteilt wie die Mehrwertsteuereinnahmen, und zwar im Verhältnis dieser Einnahmenanteile an den Gesamteinnahmen der Mehrwertsteuer (Anteile vor einmaliger Korrektur infolge Revision des Finanzhaushaltsgesetzes; s. dazu E110.106 und A202.0117, jeweils Abschnitt «Hinweise»):

— Zinsaufwand MWSt, Allgemeine Bundesmittel	2 778 232
— Zinsaufwand MWSt, Krankenversicherung (5 %)	146 223
— Zinsaufwand MWSt, MWSt-Prozent für die AHV	449 786
— Zinsaufwand MWSt, Finanzierung Bahninfrastruktur	100 777

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.2009 über die Mehrwertsteuer (MWStG; SR 641.20), Art. 61, 88, 108. V des EFD über die Verzugs- und die Vergütungszinssätze vom 11.12.2009 (SR 641.207.1), Art. 2.

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bewältigung einer unerwarteten Zunahme von Kontrollen an der Grenze
- Totalrevision des Zollgesetzes hinsichtlich DaziT, Weiterentwicklung BAZG und Harmonisierung nichtzollrechtlicher Erlasse
- Transformation des BAZG mit Fokus auf Digitalisierung, Kultur und Zusammenarbeit

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	12 030,9	11 651,2	11 519,5	-511,4	-4,3
Laufende Ausgaben	1 517,2	1 583,0	1 525,4	8,3	0,5
Eigenausgaben	932,1	990,0	958,5	26,4	2,8
Transferausgaben	585,0	592,9	566,9	-18,1	-3,1
Finanzausgaben	0,1	0,0	0,0	-0,1	-82,9
Selbstfinanzierung	10 513,7	10 068,2	9 994,1	-519,7	-4,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5,5	-4,3	0,5	-5,1	-91,7
Jahresergebnis	10 519,2	10 063,9	9 994,5	-524,7	-5,0
Investitionseinnahmen	0,1	0,3	0,0	0,0	-62,7
Investitionsausgaben	12,3	43,4	18,8	6,5	52,8

KOMMENTAR

Der Aufwand im Globalbudget setzt sich aus Personalausgaben (72,7 %), übrigen Sach- und Betriebsausgaben (23,9 %; davon IKT-Ausgaben 9,7 %), Abschreibungen (2,8 %) sowie Investitionen (0,6 %) zusammen. Der Ertrag im Globalbudget besteht aus Gebühren, Mieterträgen, Kofinanzierungen sowie anderem Ertrag. Ausserhalb des Globalbudgets werden die Fiskaleinnahmen sowie verschiedene damit verbundene Ausgaben- und Einnahmenelemente geführt. Dazu gehören Einnahmenanteile der Kantone, Aufwandentschädigungen, Debitorenverluste, Finanzeinnahmen und -ausgaben sowie Busseneinnahmen. Ebenfalls ausserhalb der Globalbudgets werden die Einzelkredite für die Programme DaziT und Polycorn Werterhaltung, die Überbrückungsrenten für besondere Personalkategorien sowie Beiträge an internationale Organisationen (insb. FRONTEX) und die Alkoholprävention geführt.

Die Abnahme der Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr war massgeblich auf die CO₂-Abgabe (milder Winter, Umstellung auf alternative Energieträger), die Mineralölsteuer (höhere Preise im Vergleich zum Ausland, Umstellung auf E-Fahrzeuge), die Tabaksteuer (Verkaufsrückgang) und die Schwerverkehrsabgabe (stagnierendes Verkehrsaufkommen, Umstellung auf emissionsärmere Fahrzeuge) zurückzuführen. Zudem wurden im 2023 erstmalig Rückstellungen für Rückerstattungen gebildet (408 Mio.). Dies konnte nur teilweise durch höhere Einnahmen aus der Automobilsteuer (Teuerung, verbesserte Liefersituation) und der Nationalstrassenabgabe (Zunahme Reiseverkehr) ausgeglichen werden. Die Eigenausgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund erhöhter Ausgaben für Personal, Informatik und Debitorenverluste. Die Transferausgaben sanken hauptsächlich aufgrund tieferer Kantonsanteile an der Schwerverkehrsabgabe.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Teilrevision des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SVAG): Inkraftsetzung (nicht erreicht)
Die Inkraftsetzung konnte nicht im Berichtsjahr erfolgen, da eine Beschwerde gegen den Zuschlag im Beschaffungsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht hängig ist.
- Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Vernehmlassung konnte im Berichtsjahr nicht durchgeführt werden, da noch keine gefestigte Version des revidierten Zollgesetzes, nach erfolgter Detailberatung durch das Parlament, vorliegt.
- Änderung der Automobilsteuerverordnung (AStV): Inkraftsetzung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Einführung des neuen Warenverkehrssystems Passar: Go-Live und Start der Transitionsphase von Passar 1.0 (teilweise erreicht)
Passar 1.0. wurde für die direkte, internationale Durchfuhr am 1. Juni 2023 in Betrieb genommen. Da die weiteren Umsetzungsschritte in Absprache mit der Wirtschaft neu etappiert erfolgen, ist die Einführung noch nicht vollständig abgeschlossen.
- Einführung des neuen Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystems: Start der Entwicklung im neuen «Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem» für den Teil Rapportierung (teilweise erreicht)
Der Zuschlag wurde am 30. Januar 2023 auf Simap publiziert, die Vertragsunterzeichnung erfolgte im April. Die Entwicklung des Teils Rapportierung wurde im vierten Quartal 2023 gestartet.

LG1: ERHEBUNG VON ABGABEN

GRUNDAUFTRAG

Das BAZG veranlagt an der Grenze und im Inland Handels- und Privatwaren in allen Verkehrsarten. Die Abgaben beinhalten Mehrwertsteuer bei der Einfuhr, Mineralölsteuer, Schwerverkehrs- und Nationalstrassenabgaben, Zölle, Automobilsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer und Spirituosensteuer. Der Fokus richtet sich auf Waren, welche mit hohen Abgaben belastet sind. Einfache Prozesse und elektronische, zeitgemässe Verfahren unterstützen die Veranlagung. Falschanmeldungen und Schmuggel werden durch risikoorientierte Kontrollen aufgedeckt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	13,5	12,0	13,9	2,0	16,3
Aufwand und Investitionsausgaben	238,0	252,0	241,0	-11,0	-4,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Veranlagung: Bei Kontrollen verhilft das Aufdecken von Missbräuchen zu korrektem Deklarationsverhalten und zur besseren Durchsetzung der Abgabepflicht			
– Unregelmässigkeiten, Falschanmeldungen und Schmuggel im Handelswarenverkehr (Anzahl, min.)	5 543	6 150	5 676
– Unregelmässigkeiten, Falschanmeldungen und Schmuggel im Reiseverkehr im Rahmen der erwarteten Migrationslage (Anzahl, min.)	14 472	14 600	15 787
– Unregelmässigkeiten und Falschanmeldungen im Bereich Strassenverkehrsabgaben (Anzahl, min.)	11 343	9 600	12 861
Strafverfolgung: Die Strafverfolgung dient zur besseren Durchsetzung der Abgabepflicht			
– Nachgeforderte Abgaben aufgrund Strafverfolgung (CHF, Mio., min.)	57,8	16,0	8,1

KOMMENTAR

Die Ziele wurden aufgrund angepasster Schwerpunkte nur teilweise erreicht. Zusätzlich zur Unterstützung des SEM bei der Registrierung der Ukraine-Flüchtlinge in den Bundesasylzentren kam die angespannte Migrationslage hinzu, was die personellen Ressourcen des BAZG stark forderte.

Veranlagung: Die erwähnte Schwerpunktbildung wirkte sich auf den Bereich «Unregelmässigkeiten, Falschmeldungen und Schmuggel im Handelswarenverkehr» aus. Dort standen weniger Ressourcen für nachträgliche Kontrollen von Veranlagungen zur Verfügung, welche häufig zu Aufdeckungen von Unregelmässigkeiten führen.

Strafverfolgung: Die jährliche Entwicklung ist volatil. Die Entwicklung ist längerfristig zu betrachten, da grosse Fälle eine längere Bearbeitungszeit beanspruchen und teilweise auch von Rechtshilfeverfahren im Ausland abhängig sind.

LG2: SICHERHEIT UND MIGRATION

GRUNDAUFTRAG

Das BAZG leistet risikoorientiert einen Beitrag zur Umsetzung der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik. Es bekämpft grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Migration und stellt einen effizienten Sicherheitsfilter dar. Es hält unfallrisikobelastete Fahrzeuge und Fahrzeuglenker an der Grenze an. Es zertifiziert Unternehmen als «zugelassene Wirtschaftsbeteiligte» (AEO) und somit als sichere Glieder in der internationalen Logistikkette.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	29,1	25,3	26,7	1,4	5,6
Aufwand und Investitionsausgaben	401,2	432,7	406,8	-25,9	-6,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung: Das BAZG trägt zur Aufklärung und Verminderung der grenzüberschreitenden Kriminalität bei			
- Festnahme ausgeschriebener Personen (Anzahl Personen, min.)	21 316	26 000	22 733
- Aufgedeckte Verstösse gegen Waffen-, Kriegsmaterial-, Güterkontrollgesetz und Embargomassnahmen (Anzahl, min.)	3 741	4 500	4 335
- Beschlagnahme von Tatwerkzeugen, Deliktsgut und Barmitteln (Anzahl, min.)	2 210	2 000	2 195
- Beschlagnahme von Betäubungsmitteln (kg, min.)	1 087,0	1 400,0	623,0
- Gefälschte und missbräuchlich verwendete Dokumente (Anzahl, min.)	2 066	2 300	2 146
Illegale Migration: Das BAZG vermindert die illegale Migration und geht gegen Schleuser vor			
- Bewältigung der Migrationslage bis zu den definierten Schwellenwerten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Abgeklärte Verdachtsfälle auf Schleusertätigkeit (Anzahl, min.)	476	500	388
Verkehrspolizeiliche Kontrollen an der Grenze: Durch die Ahndung von Gesetzesverstössen trägt das BAZG dazu bei, dass die Fahrzeuglenkenden sich und ihre Fahrzeuge in fahrtauglichem Zustand halten			
- Geahndete oder angezeigte Fahrzeuglenkende im Schwerverkehr (Anzahl Personen, min.)	1 705	2 000	1 546
- Geahndete oder angezeigte Fahrzeuglenkende, andere (Anzahl Personen, min.)	6 568	6 000	6 798
- Geahndete oder angezeigte Fälle nicht konformer Fahrzeuge und Ladungen im Schwerverkehr (Anzahl, min.)	10 462	12 500	9 448
- Geahndete oder angezeigte Fälle nicht konformer Fahrzeuge und Ladungen, andere (Anzahl, min.)	4 376	4 500	4 622

KOMMENTAR

Die Ziele wurden insbesondere aufgrund angepasster Schwerpunkte (vgl. LG1) mehrheitlich nicht erreicht.

Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung: Der Rückgang bei der «Festnahme ausgeschriebener Personen» hängt mit der Aufgabenpriorisierung im Bereich der Migration zusammen. Bei der «Beschlagnahme von Betäubungsmitteln» gab es im Vergleich zum letzten Jahr keinen ausserordentlich grossen Fall. Hingegen nahmen Aufgriffe im Bereich der neuen psychoaktiven Stoffe (NPS-Drogen) zu, welche gewichtsmässig kaum zu Buche schlagen, aber eine hohe Wirkungskraft bei sehr kleinen Mengen erzielen. In der aktuellen Migrationslage haben die meisten aufgegriffenen Personen keine Identitätsdokumente bei sich. Im Gegensatz zur Migrationslage 2015 werden auch weniger gefälschte Ausweisdokumente auf dem Postweg an Asylbewerbende zugestellt. Dies führte dazu, dass das Ziel «Gefälschte und missbräuchlich verwendete Dokumente» nicht erreicht wurde.

Illegale Migration: Das Ziel «Abgeklärte Verdachtsfälle auf Schleusertätigkeit» wurde nicht erreicht, da die Migrantinnen und Migranten zu einem grossen Teil unbegleitet mit dem öffentlichen Verkehr in die Schweiz kamen und nicht wie noch im Jahr 2015 in Kleinbussen über die Grenze gebracht wurden.

Verkehrspolizeiliche Kontrollen an der Grenze: In den Bereichen «Geahndete oder angezeigte Fahrzeuglenkende im Schwerverkehr» und «Geahndete oder angezeigte Fälle nicht konformer Fahrzeuge und Ladungen im Schwerverkehr» wurde der Sollwert aufgrund der erwähnten Schwerpunktbildung unterschritten.

LG3: UNTERSTÜTZUNG DES INTERNATIONALEN HANDELS

GRUNDAUFTRAG

Das BAZG bietet der Wirtschaft einfache, schnelle und kostengünstige Zollveranlagungsprozesse an. Der Zeit- und Kostendruck an der Zollgrenze und die zollbedingten Regulierungen für die Wirtschaft werden auf das absolute Minimum reduziert. Das BAZG vollzieht Massnahmen zum Schutz der Landwirtschaft, des geistigen Eigentums, für die wirtschaftliche Landesversorgung und Edelmetallkontrolle. Es erstellt die Aussenhandelsstatistik.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	25,3	24,3	23,1	-1,1	-4,7
Aufwand und Investitionsausgaben	158,3	162,3	161,4	-0,9	-0,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Verfügbarkeit der Ware: Die Veranlagungsprozesse erfolgen speditiv und effizient			
- Durchschnittliche Dauer bis zur Freigabe gesperrter, nicht beschauter Sendungen (Minuten, max.)	7	8	7
Schutz und Unterstützung der Schweizer Wirtschaft: Durch ihre Tätigkeit schützt und unterstützt das BAZG die Interessen von Unternehmen und Wirtschaftszweigen			
- Falschanmeldungen oder Schmuggel landwirtschaftlicher Produkte im Handelswarenverkehr (Anzahl, min.)	1 650	2 250	1 813
- Unregelmässigkeiten, Falschanmeldungen und Schmuggel landwirtschaftlicher Produkte im Reiseverkehr im Rahmen der erwarteten Migrationslage (Anzahl, min.)	16 723	22 600	13 344
- Aufgedeckte Verstösse gegen Marken-, Design- und Urheberrecht (Anzahl, min.)	10 481	7 000	9 967
- Beanstandungen der Qualität von Edelmetallwaren, inkl. Inland (Anzahl, min.)	1 433	1 600	1 330
- Aufgriff von Personen mit Verdacht auf illegale Erwerbstätigkeit/Umgehung der Meldepflicht (Anzahl Personen, min.)	3 356	3 900	3 276
- Sanktionierte Produkte im Bereich Tabakschmuggel (kg, min.)	11 395	17 600	9 290
- Sanktionierte Produkte im Bereich Fleischschmuggel (kg, min.)	120 418	180 000	263 053
Lagerverkehr: Zollfreilager und Offene Zolllager werden wirksam kontrolliert			
- Quote Unregelmässigkeiten bei Bestandeskontrollen (% , min.)	61	55	66

KOMMENTAR

Die Ziele wurden auch aufgrund angepasster Schwerpunkte (vgl. LG1) nur teilweise erreicht.

Schutz und Unterstützung der Schweizer Wirtschaft: Bei den «Unregelmässigkeiten, Falschanmeldungen und Schmuggel landwirtschaftlicher Produkte im Reiseverkehr» zeigte sich, dass der Einkaufstourismus immer noch unter dem Niveau des Jahres 2019 lag. Dabei spielte auch die hohe Teuerung in Deutschland eine Rolle. Die Unterschreitung bei den «sanktionierten Produkten im Bereich Tabakschmuggel» war darauf zurückzuführen, dass keine grossen Fälle aufgedeckt wurden. In der Vergangenheit wurden häufig Fälle mit Herkunft Ukraine festgestellt, welche nun wegfielen. Mit der Schaffung einer «Task Force Tabak» wurde eine Massnahme ergriffen, um interdisziplinär insbesondere den Schmuggel von Wasserpfeifentabak effizient zu bekämpfen. Die Wirkung wird sich mittelfristig zeigen.

LG4: SCHUTZ VON GESUNDHEIT UND UMWELT

GRUNDAUFTRAG

Das BAZG schützt Bevölkerung und Umwelt bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren (Lebensmittelsicherheit, Pflanzen-, Tier- und Artenschutz, radioaktive, giftige Stoffe sowie Abfälle). Es erhebt Lenkungsabgaben, um das Verhalten der Abgabepflichtigen in die vom Gesetzgeber festgelegte Richtung zu lenken. Das BAZG reguliert den Handel mit alkoholischen Getränken und vollzieht entsprechende Werbebestimmungen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	4,3	3,5	4,2	0,7	21,1
Aufwand und Investitionsausgaben	56,5	57,4	57,5	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Umwelt und Gesundheit: Durch ihre Kontrolltätigkeit trägt das BAZG dazu bei, dass keine gesundheitsschädigenden, umweltgefährdenden und/oder verbotenen Waren und Einflüsse über die Grenze gelangen			
– Aufdeckungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit (Anzahl, min.)	529	200	385
– Aufdeckungen in den Bereichen Heilmittel und Doping (Anzahl, min.)	7 806	9 500	9 038
– Aufdeckungen in den Bereichen radioaktive, giftige Stoffe und Abfälle (Anzahl, min.)	560	400	565
– Aufdeckungen im Bereich Produktesicherheit (Anzahl, min.)	629	450	577
Lenkungsabgaben: Durch die Ahndung von Missbräuchen trägt das BAZG dazu bei, dass Zollbeteiligte und Wirtschaft die geschuldeten Lenkungsabgaben entrichten			
– Aufdeckungen im Bereich Lenkungsabgaben auf VOC (Anzahl, min.)	941	850	805
– Quote von Unregelmässigkeiten bei kontrollierten Veranlagungen im Bereich CO ₂ -Abgabe (%; min.)	7	5	12
Pflanzen-, Tier- und Artenschutz: Durch ihre Kontrollen im grenzüberschreitenden Verkehr trägt das BAZG zum Schutz von Pflanzen, Tieren und bedrohten Arten bei			
– Aufdeckungen im Bereich Tierschutz (Anzahl, min.)	2 059	2 600	538
– Aufdeckungen im Bereich Tierseuchen (Anzahl, min.)	5 255	5 300	5 196
– Aufdeckungen im Bereich Artenschutz (Anzahl, min.)	646	800	801
– Aufdeckungen im Bereich Pflanzengesundheit (Anzahl, min.)	4 873	4 500	4 074

KOMMENTAR

Die Ziele wurden auch aufgrund angepasster Schwerpunkte (vgl. LG1) nur teilweise erreicht.

Pflanzen-, Tier- und Artenschutz: Bei den «Aufdeckungen im Bereich Tierschutz» wurde das Ziel nicht erreicht, da im Gegensatz zur COVID-19-Phase wesentlich weniger Tiere importiert wurden und zeitgleich im inländischen Tierheimmarkt ein grosses Überangebot vorhanden war.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	12 055 101	11 669 783	11 545 614	-124 169	-1,1
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	72 168	65 040	68 006	2 966	4,6
Fiskalertrag					
E110.0108 Tabaksteuer	2 081 746	2 051 282	2 024 833	-26 449	-1,3
E110.0109 Biersteuer	115 258	115 000	112 353	-2 647	-2,3
E110.0110 Spirituosensteuer	302 044	281 996	288 281	6 285	2,2
E110.0111 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 664 435	2 616 244	2 620 810	4 566	0,2
E110.0112 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 754 756	1 709 645	1 706 772	-2 873	-0,2
E110.0113 Mineralölsteuer auf Brennstoffen	14 317	15 000	13 543	-1 457	-9,7
E110.0114 Automobilsteuer	331 351	331 000	383 459	52 459	15,8
E110.0115 Nationalstrassenabgabe	429 314	415 385	474 360	58 975	14,2
E110.0116 Schwerverkehrsabgabe	1 690 414	1 713 684	1 644 625	-69 059	-4,0
E110.0117 Einfuhrzölle	1 221 272	1 166 000	1 183 571	17 571	1,5
E110.0118 Lenkungsabgabe auf VOC	108 942	86 225	84 144	-2 081	-2,4
E110.0119 CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	1 255 718	1 085 743	925 056	-160 687	-14,8
Finanzertrag					
E140.0104 Finanzertrag	5 127	5 510	8 709	3 199	58,1
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0108 Bussenertrag	8 239	12 029	7 092	-4 937	-41,0
Aufwand / Ausgaben	1 548 090	1 648 906	1 569 874	-79 032	-4,8
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	854 091	904 409	866 754	-37 655	-4,2
Nachtrag		9 030			
Kreditverschiebung		587			
Abtretung		9 438			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		2 831			
A202.0123 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	40 163	41 200	40 622	-578	-1,4
Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)		4 700			
A202.0124 Aufwandentschädigungen Bezug der Schwerverkehrsabgabe	8 914	18 580	11 033	-7 547	-40,6
Nachtrag		6 871			
A202.0125 Debitorenverluste	-1 367	6 050	6 041	-9	-0,1
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		850			
A202.0126 Überbrückungsrenten gemäss VPABP	7 060	9 778	9 530	-248	-2,5
A202.0162 Gesamterneuerung und Modernisierung IKT-Anwendung	44 511	53 869	47 392	-6 477	-12,0
Kreditverschiebung		-900			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		1 065			
A202.0163 Polycom Werterhaltung	1 286	14 243	14 211	-32	-0,2
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		4 799			
A202.0181 Weiterentwicklung Schengen/Dublin	-	29	26	-3	-9,6
Abtretung		29			
Transferbereich					
LG 1: Erhebung von Abgaben					
A230.0107 Schwerverkehrsabgabe	522 942	524 732	503 624	-21 108	-4,0
LG 2: Sicherheit und Migration					
A231.0174 Beiträge an internationale Organisationen	32 933	39 813	35 338	-4 475	-11,2
LG 4: Schutz von Gesundheit und Umwelt					
A230.0113 Kantonsanteil Spirituosensteuer	27 755	26 995	26 578	-417	-1,5
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		1 000			
A231.0374 Beitrag an die Alkoholprävention	1 329	1 406	1 359	-46	-3,3
Finanzaufwand					
A240.0104 Finanzaufwand	8 473	7 803	7 364	-438	-5,6

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	72 167 943	65 040 000	68 006 275	2 966 275	4,6
Laufende Einnahmen	48 458 207	46 440 000	42 940 498	-3 499 502	-7,5
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	23 643 663	18 300 000	25 041 136	6 741 136	36,8
Investitionseinnahmen	66 073	300 000	24 641	-275 359	-91,8

Der Funktionsertrag lag mit 68,0 Millionen um 3,0 Millionen über dem Voranschlagswert. Die Budgetierung basierte auf den Rechnungsergebnissen der Vorjahre. Die Aktivierung von Eigenleistungen (+6,7 Mio.), die Auflösung von Rückstellungen im Personalbereich (+1,0 Mio.) sowie die Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen (+0,6 Mio.) lagen über dem Voranschlagswert. Dagegen lagen die Einnahmen aus Drittmittel und Kofinanzierungen (-1,5 Mio.), andere verschiedene Einnahmen (-1,3 Mio.), der Liegenschaftsertrag (-1,4 Mio.), die Gebühren für Amtshandlungen (-0,8 Mio.) sowie Veräusserungen von Mobilien (-0,3 Mio.) unter dem Voranschlagswert. Die nicht schuldenbremsrelevanten Erträge von 25,0 Millionen ergaben sich grösstenteils aus der Aktivierung von Eigenleistungen.

Rechtsgrundlagen

Zollgesetz vom 18.3.2005 (ZG; SR 631.0), Art. 89; BG vom 20.12.1968 über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021); V vom 10.9.1969 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren (SR 172.041.0); V vom 4.4.2007 über die Gebühren des Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (SR 631.035); Edelmetallkontrollgesetz vom 20.6.1933 (EMKG; SR 941.31); V vom 6.11.2019 über die Erhebung von Gebühren und Aufsichtsabgaben durch die Edelmetallkontrolle (SR 941.319); Gebührenverordnung Publikationen vom 19.11.2014 (GebV-Publ; SR 172.041.11).

Hinweise

Entschädigung durch die Wohlfahrtskasse des Zollpersonals (WOKA; Spezialfonds gemäss Art. 52 Abs. 1 FHG) für Personalausgaben im Bereich Liegenschaften (Ferienwohnungen) in Höhe von rund 0,2 Millionen (1,2 FTE).

Vollzugsentschädigung für Tabak-Sonderabgaben in Höhe von rund 0,3 Millionen; vgl. E110.0108 Tabaksteuer.

E110.0108 TABAKSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 081 745 994	2 051 282 000	2 024 832 930	-26 449 070	-1,3
Tabaksteuer	2 029 702 344	2 000 000 000	1 974 212 107	-25 787 893	-1,3
Vollzugsentschädigung	52 043 650	51 282 000	50 620 823	-661 177	-1,3

Die Tabaksteuer wird auf Tabakfabrikaten sowie auf Erzeugnissen, die wie Tabak verwendet werden (Ersatzprodukte), erhoben. Die Vollzugsentschädigung beträgt 2,5 Prozent des Tabaksteuerertrags (Art. 42 TStV).

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer beliefen sich im 2023 auf 2,0 Milliarden. Sie lagen damit rund 26 Millionen (-1,3 %) unter dem Voranschlag und 57 Millionen (-2,7 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr resultierten aus dem Verkaufsrückgang bei den Zigaretten von 4 Prozent, welcher doppelt so hoch ausfiel wie im langjährigen Mittel (2 %). Aufgrund der teils beträchtlichen Preisunterschiede wurden mehr Zigaretten im preisgünstigeren Ausland oder in den Zollfreiläden eingekauft. Das geänderte Konsumverhalten weg von herkömmlichen Zigaretten hin zu tiefer besteuerten Produkten wie Tabakprodukten zum Erhitzen oder Snus setzte sich fort. Der Einnahmerückgang wurde zudem durch die stetig sinkenden Raucherzahlen verstärkt.

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	2 039 265 683
— Abzüglich Rückerstattung	-6 837 286
— Abzüglich Anteil FL	-7 595 467

Laufende Einnahmen	2 024 832 930
– Abzüglich Vollzugsentschädigung	-50 620 823
– Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-528 045
– Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-8 554 000
Reinertrag	1 965 130 062

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 131; Tabaksteuergesetz vom 21.3.1969 (TStG; SR 641.31); Tabaksteuerverordnung vom 14.10.2009 (TStV; SR 641.311); letzte massgebende Tarifrevision: V vom 14.11.2012 über die Änderung des Tabaksteuergesetzes (AS 2012 6085), Inkrafttreten 1.12.2012.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung». Weiterführende Informationen zu den einzelnen Spezialfinanzierungen siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Ausserhalb der Erfolgsrechnung werden zudem folgende zweckgebundenen Sonderabgaben verbucht:

- Die Hersteller und Importeure von Zigaretten und Feinschnitttabak sind verpflichtet, eine Abgabe von 1,30 Franken je 1000 Stück Zigaretten resp. 1,73 Franken je Kilogramm Feinschnitttabak in den Tabakpräventionsfonds zu entrichten (Art. 28 Abs. 2 Bst. c TStG). Das BAZG erhebt diese zweckgebundene Sonderabgabe (2023: 12,5 Mio.) gemeinsam mit der Tabaksteuer und führt diese Mittel dem Tabakpräventionsfonds zu, abzüglich einer Vollzugsentschädigungen von 2,5 Prozent (vgl. E100.0001 Funktionsertrag [Globalbudget]; 2023: 0,3 Mio.). Der Tabakpräventionsfonds stellt einen Spezialfonds gemäss Artikel 52 FHG dar. Er wird durch eine Fachstelle verwaltet, welche administrativ dem Bundesamt für Gesundheit (vgl. 316 BAG) angegliedert ist und unter der Aufsicht des EDI steht. Mit den vorhandenen Mitteln werden insbesondere Präventionsmassnahmen finanziert, die den Einstieg in den Tabakkonsum verhindern, den Ausstieg fördern und die Bevölkerung vor Passivrauch schützen.
- Die Hersteller und Importeure von Zigaretten und Feinschnitttabak sind verpflichtet, eine Abgabe von 1,30 Franken je 1000 Stück Zigaretten resp. 1,73 Franken je Kilogramm Feinschnitttabak in den für die Mitfinanzierung des Inlandtabaks geschaffenen Finanzierungsfonds zu entrichten (Art. 28 Abs. 2 Bst. b TStG). Das BAZG erhebt diese zweckgebundene Sonderabgabe – anders als betreffend Tabakpräventionsfonds – nur bei der Einfuhr (2023: 3,3 Mio.) gemeinsam mit der Tabaksteuer und führt diese Mittel dem Finanzierungsfonds zu, abzüglich einer Vollzugsentschädigungen von 2,5 Prozent (vgl. E100.0001 Funktionsertrag [Globalbudget]; 2023: 0,1 Mio.). Der Finanzierungsfonds wird von einer Branchenorganisation – der Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak SOTA – verwaltet. Die SOTA erhebt die Sonderabgabe im Inland (2023: 9,1 Mio.) und erwirtschaftet Erträge aus Tabakverkäufen zugunsten des Fonds. Der Finanzierungsfonds steht unter der Aufsicht des BAZG. Mit den vorhandenen Mitteln werden insbesondere Preisausgleichsmassnahmen zugunsten der Tabakproduzenten finanziert.

E110.0109 BIERSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	115 258 486	115 000 000	112 353 293	-2 646 707	-2,3

Der Bund erhebt eine Steuer auf Bier, welches im schweizerischen Zollgebiet hergestellt oder in dieses eingeführt wird.

Die Einnahmen aus der Biersteuer beliefen sich 2023 auf 112,4 Millionen. Sie lagen damit 2,6 Millionen (-2,3 %) unter dem Voranschlag und 2,9 Millionen (- 2,5 %) unter dem Vorjahresergebnis.

Der Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	112 938 389
– Abzüglich Rückerstattung	-157 500
– Abzüglich Anteil FL	-427 596

Laufende Einnahmen	112 353 293
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-165 765
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-310 000
Reinertrag	111 877 528

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 131; Biersteuergesetz vom 6.10.2006 (BStG; SR 641.411); Biersteuerverordnung vom 15.6.2007 (BStV; SR 641.411.1).

Hinweise

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0110 SPIRITUOSENSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	302 043 707	281 996 000	288 281 314	6 285 314	2,2
Spirituosensteuer	250 808 242	260 000 000	239 209 780	-20 790 220	-8,0
Spirituosensteuer Kantonsanteil	27 754 756	–	26 585 592	26 585 592	–
Vollzugsentschädigung	23 480 709	21 996 000	22 485 943	489 943	2,2

Die Spirituosensteuer («Steuer auf gebrannten Wassern») wird auf Spirituosen, Süssweinen, Wermuth, Alcopops sowie auf Ethanol zu Trinkzwecken erhoben. Für inländische und importierte Spirituosen und Ethanol zu Trinkzwecken gilt ein Einheitssatz von 29 Franken je Liter reinem Alkohol. Süssweine und Wermuth unterliegen dem ermässigten Steuersatz von 14,50 Franken je Liter reinem Alkohol. Alcopops werden aus Jugendschutzgründen mit dem vierfachen Steuersatz belastet (116 Franken je Liter reinem Alkohol). Die Vollzugsentschädigung beträgt 7,8 Prozent des Ertrags aus der Spirituosensteuer (Art. 44 AlkG, Art. 74 AlkV).

Die Einnahmen aus der Besteuerung von Spirituosen hängen von der Quantität und Qualität der einheimischen Obsternten, den Konsumgewohnheiten und der demographischen Entwicklung ab. Sie beliefen sich im 2023 auf 288 Millionen und lagen damit 6,3 Millionen (+ 2,2 %) über dem Voranschlag und 13,8 Millionen (-4,6 %) unter dem Vorjahresergebnis. Der Rückgang der Einnahmen im Vergleich zur Rechnung 2022 erklärte sich zum einen dadurch, dass der Einkaufstourismus im Ausland nicht mehr eingeschränkt war und durch den starken Franken angekurbelt wurde, und zum anderen durch ein Jahr mit einer mageren Ernte in der Schweiz.

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	292 048 878
— Abzüglich Rückerstattung	-2 681 614
— Abzüglich Anteil FL	-1 085 950
Laufende Einnahmen	288 281 314
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-22 485 943
— Zuzüglich erstmalige Berücksichtigung Abgrenzungen	25 345 577
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	60 547
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-73 243
Reinertrag	291 128 252
Reinertrag exkl. erstmalige Berücksichtigung Abgrenzungen und Delkredere	265 929 162

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 105, 112 und 131; Alkoholgesetz vom 21.6.1932 (AlkG; SR 680); Alkoholverordnung vom 15.9.2017 (AlkV; SR 680.11).

Hinweise

Die Einnahmen aus der Spirituosensteuer sind zweckgebunden. Vom Reinertrag der Spirituosensteuer werden 10 Prozent an die Kantone überwiesen (26,6 Mio.; vgl. A230.0113 Kantonsanteil Spirituosensteuer). Dieser Anteil ist für die Bekämpfung der

Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. 90 Prozent des Reinertrags werden für die Mitfinanzierung der Bundesbeiträge an die Sozialversicherungen AHV/IV verwendet.

- Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12 239 270 327

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 671.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Bei der vorliegenden Berechnung des Reinertrags wurden die Einmaleffekte aus der erstmaligen Berücksichtigung der Abgrenzungen (+25,3 Mio.) und des Delkredere (-0,1 Mio.) zwar berücksichtigt, jedoch versehentlich nicht den Zweckbindungen und Kantonsanteilen weiterbelastet. Die entsprechende Ausgleichszahlung an die Kantone im Umfang von 2,5 Mio. erfolgt anfangs 2024. Die Auswirkung auf die Spezialfinanzierung AHV/IV im Umfang von 22,7 Millionen neutralisiert sich 2023 automatisch über die entsprechend angepassten Beiträge aus dem allgemeinen Bundeshaushalt.

E110.011 MINERALÖLSTEUER AUF TREIBSTOFFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 664 434 653	2 616 244 000	2 620 809 557	4 565 557	0,2
Grundsteuer ohne Zweckbindung	1 126 148 372	1 107 065 600	1 108 778 615	1 713 015	0,2
Grundsteuer Spezialfinanzierung Strassenverkehr	1 292 861 471	1 269 605 000	1 272 283 458	2 678 458	0,2
Grundsteuer NAF	186 085 694	181 434 400	181 970 092	535 692	0,3
Grundsteuer Spezialfinanzierung Flugverkehr	19 372 596	18 895 000	18 465 248	-429 752	-2,3
Vollzugsentschädigung	39 966 520	39 244 000	39 312 143	68 143	0,2

Die Mineralölsteuer wird auf Erdöl, anderen Mineralölen, Erdgas und den bei ihrer Verarbeitung gewonnenen Produkten wie Treibstoffen erhoben. Die Vollzugsentschädigung beträgt 1,5 Prozent des Ertrags aus der Mineralölsteuer (Art. 3 MinöStV).

Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und dem Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen lagen mit 4,3 Milliarden um 91,6 Millionen (-2,1 %) unter dem Vorjahreswert (4,4 Mrd.) und 1,7 Millionen (-0,1 %) unter dem Voranschlagswert (4,3 Mrd.). Die Preise sanken gegenüber dem Vorjahr leicht, es bestand jedoch nach wie vor eine Preisdifferenz zum Ausland, insbesondere beim Dieselöl. Zusammen mit der Zunahme der Elektrofahrzeuge führte dies zu leicht sinkenden Einnahmen. In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-63 Mio.).

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	2 842 718 955
— Abzüglich Rückerstattung	-149 078 330
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-63 000 000
— Abzüglich Anteil FL	-9 831 068
Laufende Einnahmen	2 620 809 557
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-39 312 143
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-1 608 355
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-10 296 000
Reinertrag	2 569 593 057

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 86, 87b und 131; Mineralölsteuergesetz vom 21.6.1996 (MinöStG; SR 641.61); Mineralölsteuerverordnung vom 20.11.1996 (MinöStV; SR 641.611); letzte massgebende Tarifrevision: V vom 1.7.2020 über die Anpassung der Mineralölsteuersätze für Benzin und Dieselöl (SR 641.613;).

Hinweise

Mit 60 Prozent des Reinertrags der Mineralölsteuer auf Treibstoffen des Strassenverkehrs finanziert der Bund einen Teil seiner Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Strassenverkehr (50 % zugunsten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», in der Regel 10 % als Einlage in den «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds»). Mit der Hälfte des Reinertrags der Mineralölsteuer auf Flugtreibstoffen finanziert der Bund einen Teil seiner Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Luftverkehr:

- Einnahmen zugunsten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr»,
siehe Band 1B, Ziffer A 82/12 1 272 283 458
- Einlage in den «Nationalstrassen- und
Agglomerationsverkehrsfonds»,
Sonderrechnung, siehe Band 1, Ziffer E 2 180 779 656
- Einnahmen zugunsten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr»,
siehe Band 1B, Ziffer A 82/12 18 465 248

Weiterführende Informationen zur Sonderrechnung «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» siehe Band 1, Ziffer E 2, und zu den einzelnen Spezialfinanzierungen siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. E110.0112 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen, 806 ASTRA/A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Beim Ausgabenkredit 806 ASTRA/A250.0101 «Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» wurden die Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (-1,03 Mio.) und erstmalige Berücksichtigung Delkredere (-0,2 Mio.) anteilig berücksichtigt.

E110.0112 MINERALÖLSTEUERZUSCHLAG AUF TREIBSTOFFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 754 755 692	1 709 645 000	1 706 771 571	-2 873 429	-0,2
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 701 972 557	1 656 170 000	1 655 948 097	-221 903	0,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Flugtreibstoffen	26 461 800	27 830 000	25 221 900	-2 608 100	-9,4
Vollzugsentschädigung	26 321 335	25 645 000	25 601 574	-43 426	-0,2

Der Mineralölsteuerzuschlag wird auf Treibstoffen erhoben. Die Vollzugsentschädigung beträgt 1,5 Prozent des Ertrags aus der Mineralölsteuer (Art. 3 MinöStV).

Die Begründung für die Entwicklung dieser Einnahmen ist dieselbe wie bei der Mineralölsteuer (vgl. E110.0111). In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-68 Mio.).

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	1 916 198 730
— Abzüglich Rückerstattung	-135 024 790
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-68 000 000
— Abzüglich Anteil FL	-6 402 369
Laufende Einnahmen	1 706 771 571
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-25 601 574
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	426
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-5 772 019
Reinertrag	1 675 398 406

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 86, 87b und 131; Mineralölsteuergesetz vom 21.6.1996 (MinöStG; SR 641.61); Mineralölsteuerverordnung vom 20.11.1996 (MinöStV; SR 641.611); letzte massgebende Tarifrevision: V vom 1.7.2020 über die Anpassung der Mineralölsteuersätze für Benzin und Dieselöl (SR 641.613;).

Hinweise

Mit dem Reinertrag des Mineralölsteuerzuschlags auf Treibstoffen finanziert der Bund einen Teil seiner Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Strassen- bzw. Luftverkehr.

– Einlage in den «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds», Sonderrechnung, siehe Band 1, Ziffer E 2	1 650 177 051
– Einnahmen zugunsten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12	25 221 900

Weiterführende Informationen zur Sonderrechnung «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds» siehe Band 1A, Ziffer E 2, und zu den einzelnen Spezialfinanzierungen siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. E110.0111 Mineralölsteuer auf Treibstoffen, 806 ASTRA/A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 671.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Beim Ausgabenkredit 806 ASTRA/A250.0101 «Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds» wurden der Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (-96 Fr.) und erstmalige Berücksichtigung Delkredere (-5,8 Mio.) berücksichtigt.

E110.0113 MINERALÖLSTEUER AUF BRENNSTOFFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	14 316 569	15 000 000	13 543 326	-1 456 675	-9,7

Die Mineralölsteuer wird auf Erdöl, anderen Mineralölen, Erdgas und den bei ihrer Verarbeitung gewonnenen Produkten wie Brennstoffen erhoben.

Die Einnahmen lagen 0,8 Millionen unter dem Vorjahreswert und rund 1,5 Millionen unter dem Voranschlagswert. Die Verbrauchsvorgaben (Reduktion fossile Brennstoffe) gemäss CO₂-Gesetz und die nach wie vor hohen Brennstoffpreise beschleunigten den Ausstieg aus fossil betriebenen Heizungsanlagen (insbesondere Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen).

Der Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	13 659 078
– Abzüglich Rückerstattung	-64 950
– Abzüglich Anteil FL	-50 803
Laufende Einnahmen	13 543 325
– Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	0
– Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-40 212
Reinertrag	13 503 113

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 131; Mineralölsteuergesetz vom 21.6.1996 (MinöStG; SR 641.61); Mineralölsteuerverordnung vom 20.11.1996 (MinöStV; SR 641.611).

Hinweise

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 671.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0114 AUTOMOBILSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	331 350 924	331 000 000	383 458 589	52 458 589	15,8

Der Automobilsteuerpflicht unterstehen die eigentlichen Personenautomobile, die Automobile im Stückgewicht von nicht mehr als 1600 Kilogramm zum Befördern von zehn Personen oder mehr sowie Automobile im Stückgewicht von nicht mehr als

1600 Kilogramm zum Befördern von Waren. Es bestehen verschiedene Steuerbefreiungen. Die bei Einfuhr und in geringem Masse bei der Herstellung im Inland erhobene Automobilsteuer beträgt 4 Prozent auf dem Wert.

Die Einnahmen aus der Automobilsteuer beliefen sich 2023 auf 383,5 Millionen. Sie lagen damit 52,5 Millionen (+15,8 %) über dem Voranschlag und 52,1 Millionen (+15,7 %) über dem Vorjahresergebnis. Die im 2022 vorherrschenden Lieferschwierigkeiten, bedingt durch Mikrochip- und Teilemangel, konnten im 2023 weitgehend überwunden werden. Dies führte zu einer Zunahme der Importe steuerpflichtiger Automobile um etwa 9 Prozent. Zudem bestand nach wie vor ein Trend zu grossen und teuren Fahrzeugen (SUV), der die Steuereinnahmen positiv beeinflusste. Die Einfuhren der im 2023 letztmals von der Steuer befreiten Elektroautomobile stieg erneut stark an (+33 %), was zu entsprechenden Einnahmeausfällen führte (-105 Mio.).

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeinnäge	399 005 332
— Abzüglich Rückerstattung	-14 108 330
— Abzüglich Anteil FL	-1 438 413
Laufende Einnahmen	383 458 589
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	338 971
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-1 700 071
Reinertrag	382 097 487

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 86b und 131; Automobilsteuergesetz vom 21.6.1996 (AStG; SR 641.57); Automobilsteuerverordnung vom 20.11.1996 (AStV; SR 641.511).

Hinweise

Der Reinertrag ist vollumfänglich für Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Strassenverkehr zweckgebunden und wird in den «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» eingelegt.

Weiterführende Informationen zur Sonderrechnung «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» siehe Band 1A, Ziffer E 2.

Vgl. 806 ASTRA/A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds.

Mit der Revision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0115 NATIONALSTRASSENABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	429 313 958	415 385 000	474 359 992	58 974 992	14,2
Nationalstrassenabgabe	418 581 109	405 000 000	462 500 992	57 500 992	14,2
Vollzugsentschädigung	10 732 849	10 385 000	11 859 000	1 474 000	14,2

Für Motorfahrzeuge und Anhänger, die auf Nationalstrassen erster oder zweiter Klasse verkehren und nicht der Schwerverkehrsabgabe unterliegen, ist eine jährliche Abgabe von 40 Franken zu bezahlen (Vignette). Ausschlaggebend für die Erträge sind im Wesentlichen der Bestand vignettenpflichtiger Fahrzeuge (insbesondere im Inland) sowie die Entwicklung im Tourismus respektive der Fahrten in und durch die Schweiz (international). Die Vollzugsentschädigung beträgt 2,5 Prozent des Ertrags aus der Nationalstrassenabgabe (Art. 19 NSAG, Art. 2 V des EFD vom 30.10.2011 über die Aufwandentschädigung im Zusammenhang mit der Erhebung der Nationalstrassenabgabe).

Die Einnahmen aus der Nationalstrassenabgabe beliefen sich 2023 auf 474,4 Millionen. Sie lagen damit 54,8 Millionen (+13,4 %) über dem Voranschlag und 40,9 Millionen (9,5 %) über dem Vorjahresergebnis. Im Dezember 2023 wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 31 Millionen höhere Einnahmen verbucht, was im Wesentlichen auf die Einführung der E-Vignette per 1.8.2023 zurückzuführen ist.

Die Bruttoeingänge von 477,6 Millionen der Nationalstrassenabgabe stammen aus folgenden Quellen:

– Einnahmen Klebevignetten durch das BAZG	50 904 437
– Einnahmen Klebevignetten im Ausland	107 221 951
– Einnahmen Klebevignetten im Inland durch Dritte	277 185 960
– Einnahmen E-Vignetten durch das BAZG über Webshop	42 265 267

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	477 577 615
– Abzüglich Rückerstattung	-3 217 623
Laufende Einnahmen	474 359 992
– Abzüglich Vollzugsentschädigung	-11 859 000
– Abzüglich Aufwandentschädigung für den Bezug der Nationalstrassenabgabe (vgl. A202.0123 Aufwandentschädigung Bezug der Nationalstrassenabgabe)	-40 622 469
– Abzüglich Vignettenverkauf durch Dritte (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand Globalbudget)	-2 031 113
Reinertrag	419 847 412

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 85a und 86; Nationalstrassenabgabegesetz vom 19.3.2010 (NSAG; SR 741.71); Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes vom 18.12.2020 (AS 2023 337; Inkraftsetzung per 01.08.2023); Nationalstrassenabgabeverordnung vom 24.8.2011 (NSAV; SR 741.711); Änderung der Nationalstrassenabgabeverordnung vom 16.6.2023 (Inkraftsetzung per 1.8.2023); V des EFD vom 30.10.2011 über die Aufwandentschädigung im Zusammenhang mit der Erhebung der Nationalstrassenabgabe (SR 741.712), Art. 2.

Hinweise

Der Reinertrag ist vollumfänglich für Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Strassenverkehr zweckgebunden und wird in den «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» eingelegt.

Weiterführende Informationen zur Sonderrechnung «Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds» siehe Band 1B, Ziffer E 2.

Vgl. 806 ASTRA/A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkreder (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0116 SCHWERVERKEHRSABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 690 414 499	1 713 684 000	1 644 625 380	-69 058 620	-4,0
Finanzierung polizeilicher Kontrollen des Schwerverkehrs	26 112 309	39 095 000	29 477 090	-9 617 911	-24,6
Einlage in den Eisenbahnfonds	1 045 884 689	1 049 464 000	1 012 236 505	-37 227 495	-3,5
Übrige Abgabekomponenten	10 954 432	14 709 000	14 562 265	-146 735	-1,0
Kantonsanteile	522 942 344	524 732 000	506 118 252	-18 613 748	-3,5
Vollzugsentschädigung	84 520 725	85 684 000	82 231 269	-3 452 731	-4,0

Der Bund erhebt die Schwerverkehrsabgabe für die Benützung öffentlicher Strassen. Abgabepflichtig sind sowohl in- als auch ausländische Motorfahrzeuge und Anhänger mit einem Gesamtgewicht von je über 3,5 Tonnen. Die Abgabe wird emissionsabhängig erhoben und bemisst sich nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeuges sowie den gefahrenen Kilometern. Für einen festgelegten Fahrzeugkreis, namentlich Reise- und schwere Wohnmobile, erfolgt die Abgabbeerhebung pauschal. Die Vollzugsentschädigung beträgt 5 Prozent der Bruttoeingänge aus der Schwerverkehrsabgabe (Art. 2 V des EFD vom 5.5.2000 über die Entschädigung des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit für den Vollzug der Schwerverkehrsabgabe).

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe beliefen sich 2023 auf 1,6 Milliarden. Sie lagen damit 69,1 Millionen (-4,0 %) unter dem Voranschlag und 45,8 Millionen (-2,7 %) unter dem Vorjahresergebnis. Der Grund für die Mindereinnahmen lag in einem leicht rückläufigen Verkehrsvolumen sowie in der nach wie vor dynamischen Umrüstung des Fahrzeugparks auf modernere und

somit weniger hoch belastete Fahrzeuge. In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-7 Mio.).

Die Bruttoeinnahmen von 1,6 Milliarden der Schwerverkehrsabgabe stammen aus folgenden Quellen:

— Ertrag inländischer Fahrzeuge	1 274 361 180
— Ertrag ausländischer Fahrzeuge	413 913 043

Der Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeinnahmen	1 688 274 223
— Abzüglich Rückerstattung	-25 273 675
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-7 000 000
— Abzüglich Anteil FL	-11 375 168
Laufende Einnahmen	1 644 625 380
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-82 231 269
— Abzüglich Aufwandentschädigung an Kantone (vgl. A202.0124 Aufwandentschädigung Bezug der Schwerverkehrsabgabe)	-11 032 949
— Abzüglich Entschädigung Kantone für Kontrollen des Schwerverkehrs (vgl. 806 ASTRA/A231.0308 Polizeiliche Kontrollen des Schwerverkehrs)	-29 477 090
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-3 529 315
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-7 482 699
Reinertrag	1 510 872 060

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 85 und Art. 196 (Ziff. 2 der Übergangsbestimmungen zu Art. 85); Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19.12.1997 (SVAG; SR 641.81); Änderung des Schwerverkehrsabgabengesetz vom 17.3.2023 (BBI 2023 789; Inkraftsetzung geplant per 1.5.2024); Schwerverkehrsabgabeverordnung vom 6.3.2000 (SVAV; SR 641.811); V des EFD vom 5.5.2000 über die Entschädigung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit für den Vollzug der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.912), Art. 1, Grundsatz zur Anpassung gemäss BRB vom 31.8.2022.

Hinweise

Vom zweckgebundenen Reinertrag werden ein Drittel an die Kantone überwiesen (503,6 Mio.) und höchstens zwei Drittel in den «Bahninfrastrukturfonds» (1007,2 Mio.) eingelegt. Mit den zwei Dritteln finanziert der Bund einen Teil der ungedeckten Kosten des Schwerverkehrs und seine Einlage in den «Bahninfrastrukturfonds»:

— Einlage in den «Bahninfrastrukturfonds», Sonderrechnung, siehe Band 1A, Ziffer E 1	1 007 248 040
— Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Krankenversicherung», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12	0

Vgl. A230.0107 Schwerverkehrsabgabe, 316 BAG/A231.0214 Individuelle Prämienverbilligung, 802 BAV/A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0117 EINFUHRZÖLLE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 221 271 780	1 166 000 000	1 183 570 784	17 570 784	1,5

Alle Waren, die über die schweizerische Zollgrenze ein- oder ausgeführt werden, müssen nach dem Generaltarif in den Anhängen 1 und 2 des Zolllarifgesetzes verzollt werden (Art. 1 Zolllarifgesetz). Vorbehalten bleiben Abweichungen, die sich aus Staatsverträgen, besonderen Bestimmungen von Gesetzen sowie Verordnungen des Bundesrates ergeben.

Die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen beliefen sich 2023 auf 1,2 Milliarden. Sie lagen damit 17,6 Millionen (+1,5 %) über dem Voranschlag und 37,7 Millionen (-3,1 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die erwarteten Lieferverschiebungen ins 2024 infolge Wegfalles der Industriezölle fielen somit deutlich tiefer als prognostiziert aus.

In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-22 Mio.).

Der Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeinzüge	1 343 342 842
— Abzüglich Rückerstattungen	-133 332 297
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-22 000 000
— Abzüglich Anteil FL	-4 439 761
Laufende Einnahmen	1 183 570 784
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-64 648
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-29 042 652
Reinertrag	1 154 463 484

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 133; Zollgesetz vom 18.3.2005 (ZG; SR 631.0), Art. 7; Zolltarifgesetz vom 9.10.1986 (ZTG; SR 632.10); Freihandelsverordnung 1 vom 18.6.2008 (SR 632.421.0); Freihandelsverordnung 2 vom 27.6.1995 (SR 632.319).

Hinweise

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0118 LENKUNGSABGABE AUF VOC

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	108 942 298	86 225 000	84 143 615	-2 081 385	-2,4
Lenkungsabgabe VOC	107 441 063	82 000 000	80 020 578	-1 979 422	-2,4
Vollzugsentschädigung	1 501 234	4 225 000	4 123 037	-101 963	-2,4

Die VOC-Abgabe ist eine Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC). Die Abgabe wird auf den in den Anhängen 1 und 2 der VOC-Verordnung aufgeführten Stoffen, Gemischen und Gegenständen erhoben. Der Abgabesatz beträgt 3 Franken je Kilogramm VOC. Die Einnahmen (Reinertrag) aus der VOC-Abgabe werden an die Bevölkerung rückverteilt. Die Vollzugsentschädigung beträgt 4,9 Prozent der Einnahmen aus der VOC-Abgabe (Art. 4 VOCV).

Die Einnahmen aus der VOC-Abgabe beliefen sich 2023 auf 84 Millionen. Sie lagen damit rund 2,1 Millionen (-2,4 %) unter dem Voranschlag und 24,8 Millionen (-22,8 %) unter dem Vorjahresergebnis. In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-22 Mio.), was den Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt.

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeinzüge	133 845 295
— Abzüglich Rückerstattungen	-27 345 985
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-22 000 000
— Abzüglich Anteil FL	- 355 695
Laufende Einnahmen	84 143 615
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-4 123 037
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	-348 637
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-699 674
Reinertrag	78 972 267

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 74; Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.07), Art. 35a und 35c; V vom 12.11.1997 über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV; SR 814.078); letzte massgebende Tarifrevision: Änderung der V über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen vom 2.4.2008 (AS 2008 1765), Inkrafttreten 1.1.2009.

Hinweise

Der Reinertrag wird mit zwei Jahren Verzögerung unter Aufsicht des BAFU an die Bevölkerung rückverteilt, vgl. 810 BAFU/A231.0110 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC.

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «VOC/HEL-Lenkungsabgabe», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. E140.0104 Finanzertrag.

Mit der Revision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E110.0119 CO₂-ABGABE AUF BRENNSTOFFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 255 718 212	1 085 743 000	925 055 890	-160 687 110	-14,8
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	1 237 510 298	1 070 000 000	911 642 580	-158 357 420	-14,8
Vollzugsentschädigung	18 207 914	15 743 000	13 413 310	-2 329 690	-14,8

Die CO₂-Abgabe ist eine Lenkungsabgabe auf CO₂-Emissionen aus der energetischen Nutzung von fossilen Brennstoffen (Heizöl, Gas, Kohle und andere). Die Vollzugsentschädigung beträgt 1,4 Prozent des Ertrags aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen (Art. 132 CO₂-Verordnung).

Die Einnahmen lagen mit 0,9 Milliarden um 160,7 Millionen (-14,8 %) unter dem Voranschlag und um 330,6 Millionen (-26,3 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die Verbrauchsvorgaben (Reduktion fossile Brennstoffe) gemäss CO₂-Gesetz und die nach wie vor hohen Brennstoffpreise beschleunigten den Ausstieg aus fossil betriebenen Heizungsanlagen (insbesondere Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen). Die Satzerhöhung per 1.1.2022 führte im Jahr 2023 zu 10 Prozent höheren Rückerstattungen. In der Rechnung enthalten ist auch die erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen von Vorjahreseinnahmen (-226 Mio.).

Der zweckgebundene Reinertrag leitet sich wie folgt ab:

Bruttoeingänge	1 506 609 889
— Abzüglich Rückerstattungen	-347 850 810
— Abzüglich erstmalige Rückstellungsbildung für Rückerstattungen	-226 000 000
— Abzüglich Anteil FL	-7 703 189
Laufende Einnahmen	925 055 890
— Abzüglich Vollzugsentschädigung	-13 413 310
— Abzüglich Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere (vgl. A202.0125 Debitorenverluste)	0
— Abzüglich erstmalige Berücksichtigung Delkredere	-1 248 872
Reinertrag	910 393 708

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 74 und 89; CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71); CO₂-Verordnung vom 30.11.2012 (SR 641.711); letzte massgebende Tarifrevision: Änderung der V über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 25.11.2020 (AS 2020 6081), Inkrafttreten 1.1.2021.

Hinweise

Vom Reinertrag der CO₂-Abgabe verwendet der Bund im Rahmen der Teilzweckbindung grundsätzlich einen Drittel, maximal aber 450 Millionen, für das Gebäudeprogramm und für Geothermie-Vorhaben (max. 30 Mio.). Zudem werden maximal 25 Millionen für den Technologiefonds verwendet. Der übrige Reinertrag sowie nicht gemäss Teilzweckbindung verwendbare Mittel werden an die Bevölkerung und Wirtschaft rückverteilt.

Einnahmen zugunsten der folgenden Spezialfinanzierungen, siehe Band 1B, Ziffer A 82/12:

– Spezialfinanzierung «CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds»	620 260 151
– Spezialfinanzierung «CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm»	290 133 557

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Spezialfinanzierungen siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Vgl. E140.0104 Finanzertrag, 810 BAFU/A230.0111 Rückverteilung CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, 810 BAFU/A236.0127 Einlage Technologiefonds, 805 BFE/A236.0116 Gebäudeprogramm.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 671.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkreder (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

E140.0104 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	5 126 894	5 510 000	8 708 995	3 198 995	58,1

Der Finanzertrag fällt in Zusammenhang mit der Vereinnahmung der Fiskalerträge an (z. B. Verzugszinsen, Fremdwährungsgewinne). Bei der endgültigen Verrechnung von anders als durch Barhinterlagen sichergestellten Zöllen und Zollabgaben wird ein Zins von 4,5 Prozent erhoben, hinzu kommen allfällige Verzugszinsen. Fremdwährungsgewinne resultieren aus dem Barzahlungsverkehr an der Grenze. Die Budgetierung basiert auf den Rechnungsergebnissen der Vorjahre.

Der Zinsertrag auf Guthaben (7,5 Mio.) lag aufgrund des steigenden Zinsniveaus um 3,8 Millionen über dem Voranschlagswert. Hingegen fielen die Fremdwährungsgewinne (1,2 Mio.) aufgrund der Zunahme bei Kreditkartenzahlungen um 0,6 Millionen tiefer aus.

Die abgerechneten und vereinnahmten Lenkungsabgaben auf VOC und CO₂ werden bis zur Rückverteilung an die Wohnbevölkerung bzw. ihrer zweckgebundenen Verwendung einem verzinslichen Konto des Bundes gutgeschrieben. Das Guthaben wird von der Bundestresorerie zu 7/10 des internen Zinssatzes verzinst. Die Zinserträge auf der CO₂-Abgabe beliefen sich auf 0,4 Millionen und auf der VOC-Abgabe auf 1,6 Millionen.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71), Art. 34-38; Zollgesetz vom 18.3.2005, (ZG; SR 631.0), Art. 74; Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 35a, 35b und 35bbis; V vom 12.11.1997 über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV; SR 814.018); V vom 12.11.1997 über die Lenkungsabgabe auf Heizöl «Extraleicht» mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1 Prozent (HELV; SR 814.019); V vom 15.10.2003 über die Lenkungsabgabe auf Benzin und Dieselöl mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,001 Prozent (BDSV; SR 814.020); Zollverordnung vom 1.11.2006 (ZV; SR 631.01), Art. 186; V vom 4.4.2007 über die Gebühren des Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (SR 631.035).

Hinweise

Die Zinserträge auf der VOC- und CO₂-Abgabe sind wie die jeweiligen Abgaben zweckgebunden.

Einnahmen zugunsten der folgenden Spezialfinanzierungen, siehe Band 1B, Ziffer A 82/12:

– Spezialfinanzierung «VOC/HEL-Lenkungsabgabe»	1 568 079
– Spezialfinanzierung «CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds»	205 299
– Spezialfinanzierung «CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm»	211 348

Vgl. E110.0118 Lenkungsabgabe auf VOC, E110.0119 CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, 810 BAFU/A240.0105 Zinsen auf CO₂-Abgabe Brennstoffe.

E150.0108 BUSSENERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	8 239 283	12 029 000	7 092 097	-4 936 903	-41,0

Der Bussenertrag fällt in Zusammenhang mit der Erhebung von Fiskalerträgen (insbesondere von Zöllen und Mehrwertsteuer) und Falschdeklarationen durch Abgabepflichtige an. Die Budgetierung basierte auf den Rechnungsergebnissen der Vorjahre. Die Einnahmen lagen unter dem Durchschnitt der letzten Jahre namentlich aufgrund der Priorisierung der personellen Ressourcen zur Schwerpunktbildung (vgl. LG1).

Rechtsgrundlagen

Zollgesetz vom 18.3.2005 (ZG; SR 631.0), Art. 97 und 117 ff.; BG vom 22.3.1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0); V vom 25.11.1974 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsstrafverfahren (SR 313.32); Schwerverkehrsabgabegesetz vom 29.12.1997 (SVAG; SR 641.81); Mineralölsteuergesetz vom 21.6.1996 (MinöstG; SR 641.61); Automobilsteuergesetz vom 21.6.1996 (AstG; SR 641.51); Nationalstrassenabgabegesetz vom 19.3.2010 (NSAG; SR 741.71); Ordnungsbussengesetz vom 18.3.2016 (OBG; SR 314.1).

Hinweise

Vgl. E110.0117 Einfuhrzölle, 605 ESTV/E110.0106 Mehrwertsteuer.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	854 091 285	904 408 700	866 753 597	-37 655 103	-4,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		21 885 200			
Funktionsaufwand	843 746 400	873 827 100	861 377 235	-12 449 865	-1,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	825 535 775	851 263 800	836 794 442	-14 469 358	-1,7
Personalausgaben	618 828 642	626 717 000	629 835 239	3 118 239	0,5
<i>davon Personalverleih</i>	222 674	1 299 100	1 412 329	113 229	8,7
Sach- und Betriebsausgaben	206 707 133	224 546 800	206 959 202	-17 587 598	-7,8
<i>davon Informatik</i>	77 935 033	87 143 200	83 715 432	-3 427 768	-3,9
<i>davon Beratung</i>	1 997 134	2 217 800	1 110 545	-1 107 255	-49,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	18 210 625	22 563 300	24 582 794	2 019 494	9,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	10 344 885	30 581 600	5 376 362	-25 205 238	-82,4
Vollzeitstellen (Ø)	4 424	4 355	4 384	29	0,7

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben lagen rund 3,1 Millionen über dem Voranschlagswert. Aufgrund der Altersstruktur wurden die budgetierten Arbeitgeberbeiträge nicht ausgeschöpft (-2,4 Mio.). Die Personalbezüge fielen höher aus (+6,3 Mio.). Der übrige Personalaufwand wurde nicht ausgeschöpft (-0,9 Mio.) und der Personalverleih fiel minimal höher aus (+0,1 Mio.).

Die Funktionsbewertungen im Rahmen der Weiterentwicklung des BAZG lagen für einige Bereiche noch nicht final vor, obwohl die entsprechenden Funktionen bereits übernommen wurden. Damit konnten die einhergehenden Lohnanpassungen nicht zeitgerecht im 2023 erfolgen. Aus diesem Grund wurde eine Abgrenzung im Umfang von 0,6 Millionen gebildet.

Für DaziT wurden interne Personalleistungen im Umfang von insgesamt 9 Millionen bzw. durchschnittlich 41,6 FTE eingesetzt.

Die Anzahl Vollzeitstellen lag über den im Voranschlag ausgewiesenen finanzierbaren Stellen, was sich auch in der Entwicklung der Personalbezüge widerspiegelt.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben lagen mit 207,0 Millionen um 17,6 Millionen unter dem Voranschlagswert. Kreditreste fielen namentlich in den Bereichen übriger Betriebsaufwand (-11,2 Mio.), Informatik (-3,4 Mio.), Mieten und Pachten (-1,5 Mio.), Beratung und Auftragsforschung (-1,1 Mio.), Instandsetzung Liegenschaften (-0,8 Mio.) sowie nicht aktivierbare Sachgüter (-0,5 Mio.) an. Dagegen ist ein Mehrbedarf in den Bereichen übrige Material- und Warenausgaben (+0,2 Mio.), Betriebsaufwand Liegenschaften (+0,3 Mio.) sowie übriger Unterhalt (+0,4 Mio.) zu verzeichnen.

Informatiksachausgaben

Die Informatiksachausgaben lagen mit 83,7 Millionen um 3,4 Millionen unter dem Voranschlag. Der Minderbedarf ergab sich im Wesentlichen aus den Verzögerungen bei den Projekten Explotar (Analysetool für grosse Datenmengen; -1,0 Mio.), Posizium (Ablösung Datenbank des Lage- & Analysezentrum; -0,4 Mio.), Import Control System Release 3 (-0,2 Mio.), Laborumgebung für Data Analytics Plattform (-0,1 Mio.), Einführung von Machine Learning Modellen (-0,1 Mio.), den Aufbau Kundenportal Finanzen (-0,3 Mio.), Migration des Webauftritts BAZG (-0,2 Mio.), Optimierung der Rollen- und Berechtigungsvergabe (-0,2 Mio.), Einführung von Tankkarten als elektronisches Zahlungsmittel in den Abfertigungsterminals (-0,2 Mio.) sowie Optimierung Belegnachweis im Bereich European Electronic Toll Service (-0,1 Mio.). Die Betriebskosten 2023 lagen um 0,2 Millionen unter dem Voranschlag 2023.

Für Betrieb, Wartung und Unterhalt sowie Telekommunikation wurden 78,3 Millionen aufgewendet. Davon entfielen 69,3 Millionen auf bundesinterne Leistungserbringer. Dies umfasst insbesondere Aufwendungen für den Workplace (29,4 Mio.), Plattform (5,7 Mio.), e-dec (elektronische Ein-/Ausfuhrveranlagung; 4,1 Mio.), Passarella (Business-to-Business-Schnittstelle zwischen Geschäftspartnern; 2,2 Mio.), Anpassungen Fachanwendungen aufgrund SUPERB (2,1 Mio.), Via 4.0 (E-Vignette & PSVA; 1,5 Mio.) und ICS2 Effizienzsteigerung (1,4 Mio.). Ausgaben in der Höhe von 8,9 Millionen entfielen auf bundesexterne Leistungserbringer. Dies umfasste hauptsächlich Wartungs- und Betriebskosten im Bereich der LSVA-Anwendungen (4,6 Mio.) und der Einsatzleitsysteme (1,2 Mio.).

Für Beschaffungen von Hardware, Software und Lizenzen wurden 2,0 Millionen (insb. Life-Cycle LSVA II; 1,1 Mio.) ausgegeben.

Für Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistung wurden 3,4 Millionen ausgegeben. Diese umfassten hauptsächlich Ausgaben für die Projekte Neues Registrierkassensystem (0,5 Mio.), Via 4.0 (E-Vignette & Pauschale Schwerverkehrsabgabe;

0,3 Mio.), Optimierung Flottenmanagement-Tool (0,2 Mio.) und Life-Cycle der audiovisuellen Systemanlagen (0,2 Mio.) sowie die Anpassungen an der Systemplattform eDokumente zur Erfassung der biometrischen Daten (0,4 Mio.), am National Entry System (0,3 Mio.) und an der LSVA II (0,2 Mio.). 0,2 Millionen entfielen auf die Querschnittsleistungen aus dem Programm DaziT.

Beratungsausgaben

Die Beratungsausgaben von 1,1 Millionen (-1,1 Mio.) fielen hauptsächlich in Zusammenhang mit diversen Kleinprojekten (0,8 Mio.) sowie Rechtsgutachten (0,3 Mio.) an.

Übrige Sach- und Betriebsausgaben

Die übrigen Sach- und Betriebsausgaben lagen mit 122,1 Millionen um 13,0 Millionen unter dem Voranschlagswert.

Für die Betriebs- und Instandsetzung von Liegenschaften fielen Ausgaben in der Höhe von 7,6 Millionen an, was um 0,4 Millionen unter dem Voranschlag lag. Tiefere Kosten entstanden bei der Instandsetzung Liegenschaften (-0,8 Mio.), dem Hausdienstmaterial (LV; -0,1 Mio.) sowie den nutzerspezifischen Basisdienstleistungen (LV; -0,1 Mio.). Dem standen Mehrausgaben im Bereich Betreuung und Pflege (+0,4 Mio.) sowie Ver- und Entsorgung Liegenschaften (+0,1 Mio.) gegenüber.

Der übrige Unterhalt lag mit 8,0 Millionen um 0,4 Millionen über dem Voranschlag. Die Mittel wurden für den Unterhalt in den Bereichen Funknetz Polycom (3,8 Mio.), Transportmittel (3,1 Mio.), Röntgenanlagen (0,5 Mio.), Erfassungsgeräte LSVA (0,2 Mio.) sowie Reparaturen allgemein (0,1 Mio.) eingesetzt.

Die übrigen Material- und Warenausgaben betrugen 0,6 Millionen (+0,2 Mio.).

Bei den Mieten und Pachten fielen Ausgaben in der Höhe von 73,9 Millionen (-1,5 Mio.) an. Die Minderausgaben resultieren insbesondere bei der Materialmiete (-2,0 Mio.). Dem standen Mehrausgaben bei Mieten/Pachten Liegenschaften (+0,3 Mio.) und Fahrzeugmiete (+0,2 Mio.) gegenüber.

Die Ausgaben für nicht aktivierbare Sachgüter beliefen sich auf 2,9 Millionen (-0,5 Mio.). Die Differenz zum Voranschlag resultierte mehrheitlich aus Minderausgaben in den Bereichen Pistolen (-0,4 Mio.), Mobiliar (LV; -0,3 Mio.), persönliche Ausrüstung (-0,1 Mio.), Verkehrssignalisation Strassenkontrollen (-0,1 Mio.) sowie Revisionsgeräte (-0,1 Mio.). Dagegen war ein Mehrbedarf für Handfunkgeräte Polycom (+0,4 Mio.) und Dokumentenhandprüfgeräte (+0,2 Mio.) zu verzeichnen.

Die übrigen Betriebsausgaben betrugen 29,2 Millionen (-11,2 Mio.). Minderbedarf ergab sich in den Bereichen Transporte und Betriebsstoffe (-4,6 Mio.), externe Dienstleistungen (-1,7 Mio.; inkl. Erhebung und Kontrolle NSA durch Dritte [+0,2 Mio.]), Bürobedarf (-1,6 Mio.), effektive Spesen (-1,4 Mio.), Post- und Kurierversand (-0,6 Mio.) sowie sonstige Betriebsausgaben (-0,9 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Der Abschreibungsaufwand lag mit 24,6 Millionen um 2,0 Millionen über dem Voranschlag, hauptsächlich aufgrund höherer Abschreibungen für Software (+3,5 Mio.).

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben lagen mit 5,4 Millionen um 25,2 Millionen unter dem Voranschlagswert und entfielen vollständig auf die Beschaffung von Mobilien. Minderkosten ergaben sich aufgrund von Lieferverzögerung bei Mobilien, Installationen, Lagereinrichtungen, Maschinen (-12,6 Mio.) in den Bereichen Notstrom Sendeanlagen Bund (-11,5 Mio.), Via 4.0 (E-Vignette & PSVA; -0,8 Mio.) und Standortanpassungen Polycom (-0,6 Mio.) sowie bei den Investitionen für Fahrzeuge (-4,6 Mio.). Weiter verzögerte sich die Beschaffung im Bereich Erfassung auf der Strasse (LSVA III; -8,3 Mio.) aufgrund einer Einsprache gegen den Vergabeentscheid. Dagegen war ein Mehrbedarf für Informatik Hardware (+0,3 Mio.) zu verzeichnen.

Kreditmutationen

Die Kreditmutationen von netto 21,9 Millionen beinhalten:

- Geleistete Kreditverschiebungen in Höhe von 0,3 Millionen an das BIT für LSVA-Hardware-Wechsel
- Erhaltene Kreditverschiebung in Höhe von 0,9 Millionen innerhalb dem BAZG von DaziT (A202.0162) für Personalverleih Informatik
- Erhaltene Abtretungen des EPA in Höhe von 7,3 Millionen für zusätzliche Arbeitgeberbeiträge (VPABP), Lohnmassnahmen, Lernende und Praktikanten, berufliche Integration sowie externe Kinderbetreuung
- Erhaltene Abtretungen des GS-EFD in Höhe von 2,1 Millionen für die Anpassung der Fachanwendungen BAZG aufgrund SUPERB und Prüfung der Auswirkungen einer Einführung von Office 365
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 2,8 Millionen durch Verwendung zweckgebundener Reserven für Registrierkasse (0,4 Mio.), Garderobenschränke (0,4 Mio.), Multifunktionswesten (0,3 Mio.), Polycom (0,1 Mio.), Investitionen (0,2 Mio.) und IKT (1,4 Mio.)
- Nachtrag 1b (gemäss BB 15.06.2023) von 9,0 Millionen für die Erneuerung des Systems zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (LSVA III)

Hinweise

Diverse Aufwände in Zusammenhang mit der Erhebung und dem Vollzug von Abgaben werden über prozentuale Vollzugsentschädigungen aus diesen Abgaben finanziert (vgl. Kreditgruppe E110), wobei neben dem BAZG noch weitere Verwaltungseinheiten beteiligt sind.

Die Ausgaben für den Verkauf von Autobahnvignetten durch Dritte (vom BAZG beauftragte externe Hilfskräfte an grossen Grenzübergangsstellen; 2,0 Mio.) werden aus der Nationalstrassenabgabe finanziert (vgl. E110.0115 Nationalstrassenabgabe).

Das System zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe wird erneuert (LSVA III). Die Gesamtaufwendungen belaufen sich gemäss aktueller Planung auf 561 Millionen im Zeitraum 2023–2032, die vollständig aus der Schwerverkehrsabgabe (vgl. E110.0116) gegenfinanziert werden. Das Parlament hat am 28.2.2023 einen Verpflichtungskredit über 515 Millionen bewilligt. Im Jahr 2023 wurden Mittel per Nachtragskredit in Höhe von 9,0 Millionen eingestellt. Gegen eine Vergabeentscheid wurde Einsprache erhoben, weshalb sich das Projekt verzögert. Die Ausgaben (inkl. Gegenfinanzierung;) verlagern sich in die Folgejahre. Entsprechend resultierte 2023 ein Kreditrest von 9,0 Millionen (Sach- und Betriebsausgaben 0,7 Mio.; Investitionsausgaben 8,3 Mio.).

Die vom BAZG betriebenen Polycom-Sendeanlagen werden mit Notstromversorgungen ausgestattet. Die Gesamtaufwendungen belaufen sich gemäss aktueller Planung auf 45,5 Millionen (Variante Batteriesysteme) bis 64,3 Millionen (Variante Notstromaggregate) im Zeitraum 2023–2035. Das Parlament hat am 8.6.2022 einen Verpflichtungskredit über 60,0 Millionen bewilligt und die erste Tranche über 41,2 Millionen freigegeben. Im Jahr 2023 wurden Mittel in Höhe von 12,6 Millionen eingestellt. Die Standortbesichtigungen und die Ausarbeitung der Verträge für die Beschaffungen haben mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant, weshalb sich das Projekt verzögert. Die Ausgaben verlagern sich in die Folgejahre. Entsprechend resultierte 2023 ein Kreditrest von 12,3 Millionen (Sach- und Betriebsausgaben 0,8 Mio.; Investitionsausgaben 11,5 Mio.).

Einlage in die Wohlfahrtskasse des Zollpersonals (WOKA; Spezialfonds gemäss Art. 52 Abs. 1 FHG) für finanzielle Leistungen (Darlehen, Ausbildungs- und Krankheitskostenbeiträge) in Höhe von 0,6 Millionen.

Vgl. A202.0162 Gesamterneuerung und Modernisierung IKT-Anwendung, A202.0163 Polycom Werterhaltung.

Verpflichtungskredite «Polycom Stromversorgung» (V0372.00) und «LSVA III» (V0390.00), siehe Staatsrechnung Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: Erhebung von Abgaben		LG 2: Sicherheit und Migration		LG 3: Unterstützung des internationalen Handels	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	238	241	401	407	158	161
Personalausgaben	169	172	286	291	121	123
Sach- und Betriebsausgaben	63	61	100	101	32	33
davon Informatik	30	31	32	35	12	13
davon Beratung	1	0	1	1	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	5	7	9	12	3	5
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	1	2	7	3	2	1
Vollzeitstellen (Ø)	1 197	1 180	2 089	2 069	790	788
	LG 4: Schutz von Gesundheit und Umwelt					
	R 2022	R 2023				
Mio. CHF						
Aufwand und Investitionsausgaben	57	57				
Personalausgaben	43	44				
Sach- und Betriebsausgaben	12	12	–			
davon Informatik	4	5				
davon Beratung	0	0				
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	1				
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	–			
Vollzeitstellen (Ø)	348	347				

A202.0123 AUFWANDENTSCHÄDIGUNGEN BEZUG DER NATIONALSTRASSENABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	40 163 343	41 200 000	40 622 469	-577 531	-1,4
davon Kreditmutationen		4 700 000			

Die Aufwandentschädigung an Dritte für den Verkauf der Autobahnvignetten beträgt 10 Prozent des Preises der von ihnen verkauften Klebevignetten. Der Voranschlagswert wurde um 4,6 Millionen überschritten. Die höheren Einnahmen bei den Nationalstrassenabgaben aus den verkauften Klebevignetten führten zu grösseren Aufwandentschädigungen.

Rechtsgrundlagen

Nationalstrassenabgabegesetz vom 19.3.2010 (NSAG; SR 741.71), Art. 9, 18 und 19; Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes vom 18.12.2020 (AS 2023 337; Inkraftsetzung per 01.08.2023); Nationalstrassenabgabeverordnung vom 24.8.2011 (NSAV; SR 741.711), Art. 2; Änderung der Nationalstrassenabgabeverordnung vom 16.6.2023 (Inkraftsetzung per 1.8.2023); V des EFD vom 30.10.2011 über die Aufwandentschädigung im Zusammenhang mit der Erhebung der Nationalstrassenabgabe (SR 741.712), Art. 1.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 4 FHG) in Höhe von 4,7 Millionen

Hinweise

Im Inland sind die Kantone für den Verkauf der Klebevignetten zuständig, den sie über ihre Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) durch die Post und das Automobilgewerbe (Garagen und Tankstellen) organisiert haben. An der Grenze ist das BAZG zuständig für den Verkauf der Klebevignetten (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand [Globalbudget]). Für den Verkauf der E-Vignette ist das BAZG zuständig.

Die Aufwandentschädigung für den Verkauf der Autobahnklebevignetten durch Dritte wird aus der Nationalstrassenabgabe finanziert (vgl. E110.0115 Nationalstrassenabgabe).

A202.0124 AUFWANDENTSCHÄDIGUNGEN BEZUG DER SCHWERVERKEHRSABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 913 515	18 580 000	11 032 949	-7 547 051	-40,6
davon Kreditmutationen		6 871 000			

Der Bund vergütet den Kantonen pauschal ihren Aufwand zur Erhebung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Die Pauschale bemisst sich nach der Anzahl der im Zusammenhang mit der LSVA zu bewirtschaftenden Fahrzeuge, die jeder Kanton immatrikuliert hat. Für die ersten tausend massgebenden Fahrzeuge werden 130 Franken je Fahrzeug und danach für jedes weitere Fahrzeug 65 Franken vergütet.

Der Bund vergütet den vom BAZG zugelassenen Anbietern von interoperablen Erfassungsgeräten eines europäischen Dienstes zur elektronischen Erhebung von Strassenbenützungsgebühren (European Electronic Toll Service; EETS-Anbieter) pauschal ihren Aufwand für Dienstleistungen in Zusammenhang mit der elektronischen Erhebung der LSVA. Die prozentuale Pauschale bemisst sich im Verhältnis zu den in Rechnung gestellten Abgaben. Die Dienstleistungen umfassen einerseits die Erfassung und Übermittlung von Fahrleistungsdaten, deren Entschädigung ab 2023 neu auf vorliegender Finanzposition statt auf A240.0104 Finanzaufwand verbucht wird (1 %), und andererseits das Inkasso, dessen Entschädigung wie bisher auf Finanzposition A240.0104 Finanzaufwand verbucht wird (Inkassokommissionen; 1,7 %).

Insgesamt fielen Minderausgaben von 7,6 Millionen an. Einerseits wurde der Voranschlagswert bedingt durch das leicht rückläufige Verkehrsvolumen um 0,7 Millionen unterschritten. Andererseits wird das System zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe erneuert (LSVA III; vgl. A200.0001). Im Jahr 2023 wurden hierfür Mittel per Nachtragskredit in Höhe von 6,9 Millionen eingestellt. Gegen einen Vergabeentscheid wurde Einsprache erhoben, weshalb sich das Projekt verzögert. Die Ausgaben (inkl. Gegenfinanzierung;) verlagern sich in die Folgejahre. Entsprechend resultierte ein Kreditrest von 6,9 Millionen.

Kreditmutationen

— Nachtrag 1b (gemäss BB 15.06.2023) von 6,9 Millionen zur Erneuerung des Systems zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (LSVA III)

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 101), Art. 85; Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19.12.1997 (SVAG, SR 641.81), Art. 10; Schwerverkehrsabgabeverordnung vom 6.3.2000 (SVAV; SR 641.811), Art. 45; V des EFD vom 5.5.2000 über die Entschädigung der kantonalen

Behörden für den Vollzug der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.911), Art. 18 und Art. 27; V des EFD vom 11.02.2020 über den Einbezug von EETS- und Tankkarten-Anbietern zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.423).

Hinweise

Die Aufwandentschädigungen für den Bezug der Schwerverkehrsabgabe werden aus der Schwerverkehrsabgabe finanziert (vgl. E110.0116 Schwerverkehrsabgabe).

Verpflichtungskredit «LSVA III» (V0390.00), siehe Staatsrechnung Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. A240.0104 Finanzaufwand

A202.0125 DEBITORENVERLUSTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-1 367 392	6 050 000	6 041 431	-8 569	-0,1
davon Kreditmutationen		850 000			

Die Debitorenverluste beinhalten die effektiv eingetretenen Debitorenverluste und die Veränderung der mutmasslichen Debitorenverluste (Delkredere). Die Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere fielen namentlich auf Schwerverkehrsabgaben (3,5 Mio.), Mineralölsteuer (1,6 Mio.), Tabaksteuer (0,5 Mio.), Lenkungsabgaben VOC (0,4 Mio.), Automobilsteuer (-0,3 Mio.), Biersteuer (0,2 Mio.), Spirituosensteuer (-0,1 Mio.), Einfuhrzölle (0,1 Mio.) und Verfahrenskosten (0,2 Mio.) an. Der ursprüngliche Voranschlagswert wurde um 0,8 Millionen überschritten.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. f FHG) in Höhe von 0,85 Millionen

Hinweise

Vgl. Kreditgruppe E110.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Ab Staatsrechnung 2023 werden die Debitorenverluste inkl. Veränderung Delkredere konsequent den einzelnen Fiskaleinnahmen zugeordnet.

Das BAZG erhebt die Mehrwertsteuer an der Grenze. Die definitive Verbuchung der diesbezüglichen Debitorenverluste und ab 2023 neu auch der Veränderung des Delkredere in der Erfolgsrechnung erfolgt bei der ESTV (vgl. 605 ESTV/A202.0117 Debitorenverluste Steuern und Abgaben).

A202.0126 ÜBERBRÜCKUNGSRENTEN GEMÄSS VPABP

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	7 060 341	9 777 800	9 529 694	-248 106	-2,5

Angehörige der besonderen Personalkategorien gemäss Übergangsbestimmung haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine vollständig vom Arbeitgeber finanzierte Überbrückungsrente. Im 2023 fielen hierfür 9,5 Millionen an.

Die Angehörigen des GWK gelten seit 2008 während des Vorruhestandsurlaubs für die Eidgenössische Ausgleichskasse als Nichterwerbstätige. Der Bundesrat hat entschieden, die seit dem 1.1.2009 bereits entrichteten und weiterhin zu entrichtenden AHV-Beiträge als Nichterwerbstätige den Angehörigen des GWK zu erstatten. Auf Grund dieses Entscheids wurden im Jahr 2023 Rückerstattungen von 19 000 Franken vorgenommen.

Rechtsgrundlagen

V vom 20.2.2013 über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP; SR 172.220.111.35).

Hinweise

Die Überbrückungsrente gemäss der per 1.5.2019 in Kraft getretenen Übergangsbestimmung (Art. 9a VPABP) gilt für Angehörige des GWK, die per 1.1.2020 das 50. Altersjahr oder 23 Dienstjahre vollendet haben. Sie läuft für Angehörige des GWK mit Geburt vor dem 1.1.1970 im Jahr 2032 aus.

Vgl. 614 EPA/A202.0131 Ausgleich Arbeitgeberbeiträge.

A202.0162 GESAMTERNEUERUNG UND MODERNISIERUNG IKT-ANWENDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	44 510 647	53 869 100	47 392 211	-6 476 889	-12,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>165 000</i>			
Laufende Ausgaben	43 285 410	53 869 100	47 392 211	-6 476 889	-12,0
Investitionsausgaben	1 225 237	-	-	-	-

Die Erneuerung der IKT-Landschaft im Rahmen der digitalen Gesamttransformation des BAZG (Programm DaziT) beinhaltet die Überprüfung und Vereinfachung der Geschäftsprozesse, die Anpassung der Organisation und die Sicherstellung der passenden IKT-Unterstützung.

Das Programm DaziT fokussiert auf die folgenden Ziele:

- Vollständige Digitalisierung des Geschäftsverkehrs. Die heute technologisch möglichen Vereinfachungen können im internen und externen Geschäftsverkehr genutzt und damit auf allen Ebenen Einsparungen beim administrativen Aufwand erzielt werden.
- Kundennähe und Mobilität. Kunden können über Internet jederzeit und ortsunabhängig mit dem BAZG in Kontakt treten, mit ihm kommunizieren, auf seine Dienste zugreifen und diese medienbruchfrei sowie mit einem Minimum an Aufwand nutzen.
- Agile, reaktionsfähige Organisation. Das BAZG ist technologisch und organisatorisch in der Lage, sich zeitnah und im Verbund mit Partnern im In- und Ausland auf neue Herausforderungen (z. B. die koordinierte Überwachung des Grenzraums) auszurichten.

Das Programm DaziT wird als IKT-Schlüsselprojekt des Bundes geführt und insbesondere von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) periodisch überprüft.

Die Gesamtaufwendungen des Programms DaziT belaufen sich gemäss aktueller Planung auf 475 Millionen. Davon entfallen 393 Millionen auf Dienstleistungen Dritter bzw. des internen Leistungserbringers (BIT), wobei die einmaligen projektbezogenen Ausgaben rund 315 Millionen und der Betriebsaufwand für die schrittweise Inbetriebnahme der neuen IKT ca. 78 Millionen betragen. Weitere rund 82 Millionen entfallen auf personelle Eigenleistungen für die Projektrealisierung.

Das Parlament hat am 12.9.2017 Verpflichtungskredite für das Programm DaziT über 393 Millionen bewilligt, welche gemäss neuer Struktur in Folge des BB vom 5.5.2020 folgende Verpflichtungskredite umfassen:

- I) Steuerung & Grundlagen (164,4 Mio.)
- II) Portal & Kunden (43,5 Mio.)
- III) Redesign Fracht/Abgaben (123,8 Mio.)
- IV) Kontrolle & Befund (29,6 Mio.)
- V) Reserven (31,7 Mio.)

Die Verpflichtungskredite wurden in vier Tranchen freigegeben.

- Tranche 1 «Aufbau & Grundlagen Warenverkehr» (2018–2024) und Reserven (194,7 Mio.): Freigabe der Tranche 1a (71,7 Mio.) durch das Parlament am 12.9.2017 und der Tranche 1b (123 Mio.) durch den Vorsteher des EFD am 27.11.2018
- Tranche 2 «Konsolidierung Daten & Optimierung Abgaben» (2020–2024; 89,6 Mio.): Freigabe durch den Bundesrat am 20.11.2019
- Tranche 3 «Konsolidierung Anwendungen & Optimierung Kontrolle und Rapportierung» (2022–2026; 59,2 Mio.): Teilfreigabe (34,5 Mio.) durch den Bundesrat am 21.4.2021
- Tranche 4 «Harmonisierung Architektur & Optimierung Risikoanalyse» (2024–2026; 49,5 Mio.): Teilfreigabe (16,1 Mio.) durch den Bundesrat am 21.4.2021; vollständige Freigabe am 19.4.2023

Im Jahr 2023 wurde für DaziT ursprünglich mit Ausgaben in Höhe von 53,7 Millionen gerechnet, davon 32,3 Millionen für bundesinterne sowie 20,5 Millionen für bundesexterne Leistungserbringer. Die Mittel wurden per Kreditverschiebung in den Funktionsaufwand (Globalbudget) um 0,9 Millionen auf 52,8 Millionen reduziert. Durch die Verwendung von zweckgebundenen Reserven im Projektbereich II) Portal & Kunde wurden die Mittel um 1,1 Millionen auf 53,9 Millionen erhöht

Insgesamt wurden 2023 47,4 Millionen aufgewendet, wobei gegenüber dem Betrag in Höhe von 53,9 Millionen für das Jahr 2023 ein Minderbedarf von 6,5 Millionen bestand:

- Projektbereich I) Steuerung & Grundlagen: Plan 18,7 Millionen; Ist 24,6 Millionen; Mehrbedarf 5,9 Millionen
- Projektbereich II) Portal & Kunden: Plan 1,8 Millionen; Ist 1,2 Millionen; Minderbedarf 0,6 Millionen
- Projektbereich III) Redesign Fracht/Abgaben: Plan 24,2 Millionen; Ist 19,2 Millionen; Minderbedarf 5,0 Millionen
- Projektbereich IV) Kontrolle & Befund: Plan 9,2 Millionen; Ist 2,4 Millionen; Minderbedarf 6,7 Millionen

Projektbereich I) Steuerung & Grundlagen

Der grösste Teil des Mehrbedarfs (5,5 Mio.) stammte aus übergeordneten Themen. Die Ausgaben für Querschnittsleistungen hatten sich nicht in dem Masse wie angenommen reduziert (+3,7 Mio.). Auch die übergeordneten Betriebsausgaben für Comprehensive Cloud und Public Cloud (+1,1 Mio.), die Kosten für Usability-Leistungen (+0,4 Mio.) sowie für die Weiterentwicklung der Cybersecurity (+0,3 Mio.) lagen über Plan.

Im Value Stream Intervention wurden die Arbeiten zum neuen Personaleinsatzplanungssystem «Turnus» aufgenommen, was zu einem Mehrbedarf von 0,4 Millionen führte.

Projektbereich II) Portal & Kunden

Im 2023 lag der Fokus auf den Themen «Onboarding», «Selfcare Geschäftskunden» und «Nachvollziehbarkeits-Service» (Minderbedarf 0,6 Mio.).

Projektbereich III) Redesign Fracht/Abgaben

Die Entwicklungsarbeiten im Agile Release Train (ART Acziun) waren mehrheitlich auf die Umsetzung von «Passar» und «LSVA III» ausgerichtet. Nach erfolgreicher Einführung von Passar 1.0 per Juni 2023 wurde die Umsetzung der nationalen Durchfuhr und die Ausfuhr (vollständige Ablösung von NCTS) in Absprache mit Vertretenden der Wirtschaft auf den 17. März 2024 verschoben. Dadurch entstand im 2023 ein Minderbedarf von 5,0 Millionen. Die Kosten verlagern sich in die Folgejahre.

Projektbereich IV) Kontrolle & Befund

Die Arbeiten zur Umsetzung des neuen Rapportierungssystems «Raporta» wurden aufgenommen. Aufgrund der überarbeiteten Planung resultierte ein Minderbedarf von 6,7 Millionen für 2023. Die Kosten verlagern sich in die Folgejahre.

Kreditmutationen

- Geleistete Kreditverschiebung in Höhe von 0,9 Millionen an A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) für Personalverleih
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 1,1 Millionen durch Verwendung zweckgebundener Reserven im Projektbereich II) Portal & Kunde

Hinweise

Im Zusammenhang mit dem Programm DaziT werden gewisse Eigenleistungen (insb. personelle Ressourcen) und Abschreibungen über A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) und nicht über A202.0162 Gesamterneuerung und Modernisierung IKT- Anwendung abgedeckt.

Der Betrieb der alten IKT-Landschaft muss temporär parallel zu den neuen Applikationen weitergeführt werden.

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «DaziT I) Steuerung & Grundlagen» (V0301.01), «DaziT II) Portal & Kunden» (V0301.02), «DaziT III) Redesign Fracht/Abgaben» (V0301.03), «DaziT IV) Kontrolle & Befund» (V0301.06), «DaziT V) Reserven» (V0301.07), siehe Staatsrechnung Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. 601 GS-EFD/A202.0114 Departementaler Ressourcenpool.

A202.0163 POLYCOM WERTERHALTUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 285 753	14 243 100	14 211 207	-31 893	-0,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>4 799 000</i>			
Laufende Ausgaben	555 373	1 459 800	788 001	-671 799	-46,0
Investitionsausgaben	730 380	12 783 300	13 423 206	639 906	5,0

Gemäss Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG) ist der Bund u.a. für die Sicherstellung der Telematiksysteme zuständig. Das Sicherheitsfunksystem Polycom ist das täglich im Einsatz stehende Sicherheitsfunknetz der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz (Polizei, Feuerwehr, Sanitätsrettungswesen, Zivilschutz, Nationalstrassenunterhalt, Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), BAZG). Das System besteht aus rund 750 Basisstationen, wovon das BAZG rund 250 betreut. Das BABS ist zuständig für die Bereitstellung und den Betrieb der nationalen Komponenten von Polycom.

Polycom soll mindestens bis ins Jahr 2030 weiterbetrieben werden. Dafür sind werterhaltende Massnahmen notwendig. Das Vorhaben «Polycom Werterhaltung» wird als IKT-Schlüsselprojekt des Bundes geführt und von der EFK periodisch geprüft.

Die Gesamtaufwendungen für das Vorhaben «Polycom Werterhaltung» betragen für den Bund von 2016 bis 2030 500 Millionen. Davon entfallen 326,6 Millionen auf Eigenleistungen der Bundesverwaltung (BAZG: 161,0 Mio.; BABS: 165,6 Mio.). Weitere

13,8 Millionen wurden für Entwicklungsarbeiten bereits im Jahr 2016 verwendet. Die verbleibenden 159,6 Millionen betreffen Dienstleistungen Dritter und werden über Verpflichtungskredite abgedeckt.

Das Parlament hat am 6.12.2016 Verpflichtungskredite für den Werterhalt von Polycom (159,6 Mio.) bewilligt:

- Entwicklung, Beschaffung und Betrieb der Nachfolgetechnologie im BABS (94,2 Mio.)
- Ersatz der Basisstationen des BAZG (65,4 Mio.)

Das Vorhaben «Polycom Werterhaltung» wird in zwei Etappen abgewickelt. Das Parlament hat am 6.12.2016 die Verpflichtungskredite für die erste Etappe freigegeben (72,4 Mio., davon BAZG 14,2 Mio.) und der Bundesrat am 20.6.2018 die Verpflichtungskredite für die zweite Etappe (87,2 Mio.; davon BAZG 51,2 Mio.). Die in die Verantwortung des BAZG fallenden Bereiche des Vorhabens sind folgendermassen etappiert (aktualisierte Planung):

- 1. Etappe: Anpassungen der Umsysteme (Richtfunk und Multiplexer; 2017–2024)
- 2. Etappe: Abschluss der Anpassungen der Umsysteme, Ersatz der Basisstationen und Anbindung der BAZG-Leitstellen (2019–2025)

Die Umsetzung wies per Ende 2023 nach wie vor eine Verzögerung von rund vier Jahren gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan auf. Richtfunk und IP-Backbone sind die Basis der ganzen Migration auf die IP-Technologie. Vom Rollout der Richtfunksysteme und Router (Etappe 1) hängt auch der Rollout der Basisstationen (Etappe 2) ab. Der Rollout Etappe 1 wurde 2023 weitergeführt, die Etappe 2 wurde anfangs 2023 gestartet.

Die Projektausgaben beliefen sich 2023 auf 14,4 Millionen (+4,8 Mio. gegenüber ursprünglichem Voranschlag). Es wurden folgende Arbeiten vorgenommen:

Etappe 1:

- Weiterführen des Umbaus der Umsysteme (Richtfunk und Multiplexer) in verschiedenen Kantonen
- Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen für die weiteren Kantone
- Vornahme notwendiger Standortverschiebungen aufgrund des neuen IP-Backbones

Etappe 2:

- Installation und Inbetriebnahme der neuen Basisstationen
- Erarbeitung Konzepte für die Anbindung der BAZG-Leitstellen

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 4,8 Millionen durch Verwendung zweckgebundener Reserven

Rechtsgrundlagen

Bevölkerungs- und Zivildienstgesetz vom 20.12.2019 (BZG; SR 520.1), Art. 23–27.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Polycom Werterhaltung» (V0281.00), siehe Staatsrechnung, Band 1B, Ziffer B 1.

Eigenleistungen an personellen Ressourcen und Aufwand für den laufenden Betrieb und die Wartung von Polycom werden über A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) abgedeckt (ca. 10,5 Mio. pro Jahr).

Vgl. 506 BABS/A202.0164 Polycom Werterhaltung; Verpflichtungskredit «Polycom Werterhaltung» (V0280.00), siehe Staatsrechnung, Band 1B, Ziffer B 1.

A202.0181 WEITERENTWICKLUNG SCHENGEN/DUBLIN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	28 764	26 004	–2 760	–9,6
davon Kreditmutationen		28 764			

Für IT-Anwendungen im Rahmen des Programms «Weiterentwicklung Schengen/Dublin» in den Jahren 2020 bis 2025 wurden ab 2020 Mittel zentral beim GS-EJPD in einem Sammelkredit eingestellt, mit entsprechenden unterjährig Abtretungen an die mitbeteiligten Verwaltungseinheiten.

Kreditmutationen

- Erhaltene Abtretungen des GS-EJPD in Höhe von netto 28 764 Franken

Rechtsgrundlagen

Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG/EU (SAA; SR 0.362.31), Art. 2 Abs. 3 und Art. 7.

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Verpflichtungskredit «Weiterentwicklung Schengen/Dublin Besitzstand» (V0345.00), siehe Staatsrechnung Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. 401 GS-EJPD/A202.0105 «Weiterentwicklung Schengen/Dublin».

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	61 829 300	61 829 300
Bildung aus Rechnung 2022	–	28 993 000	28 993 000
Auflösung / Verwendung	–	-10 330 400	-10 330 400
Endbestand per 31.12.2023	–	80 491 900	80 491 900
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	30 544 000	30 544 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden Reserven in der Höhe von 10,3 Millionen aufgelöst, davon 8,7 Millionen mit und 1,6 Millionen ohne Verwendung:

- *Polycom Ersatz Batterien (Fr. 100 000)*: Ein Teil der Ersatz-Batterien wurde im 2023 geliefert, wofür ein entsprechender Reservenanteil verwendet wurde (Beibehaltung 0,8 Mio.).
- *Polycom elektr. Messgeräte (Fr. 220 000)*: Ein Teil der elektrischen Messgeräte wurden im 2023 geliefert, wofür ein entsprechender Reservenanteil verwendet wurde (Beibehaltung 0,4 Mio.).
- *Multifunktionswesten (Fr. 322 000)*: Ein Teil der Multifunktionswesten wurden im Jahr 2023 geliefert, wofür ein entsprechender Reservenanteil verwendet wurde (Beibehaltung 0,7 Mio.).
- *Corporate Design (CD) (Fr. 89 000)*: Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden (Auflösung mit Verwendung Fr. 14 000, ohne Verwendung Fr. 75 000).
- *Input IMS (Fr. 302 000)*: Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden (Auflösung mit Verwendung 0,1 Mio., ohne Verwendung 0,2 Mio.).
- *Camions (LSVA III) (Fr. 202 000)*: Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden (Auflösung mit Verwendung 0,2 Mio., ohne Verwendung Fr. 22 000).
- *Garderobenschränke (Fr. 350 000)*: Die Garderobenschränke wurden im Jahr 2023 geliefert.
- *Via 4.0 (E-Vignette & PSVA) (Fr. 926 000)*: Das Projekt wurde 2023 vorangetrieben, dessen Abschluss erfolgt im Jahr 2024.
- *LSVA HW Wechsel ODA (Fr. 477 000)*: Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden (Auflösung mit Verwendung 0,2 Mio., ohne Verwendung 0,3 Mio.).
- *Neues Registrierkassensystem (Fr. 419 000)*: Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden.
- *Polycom RAS 3.0 (Fr. 739 400)*: Auflösung ohne Verwendung von 0,7 Mio.
- *IOP BAZG – Interoperabilität Agil (Fr. 320 000)*: Auflösung ohne Verwendung von 0,3 Mio.
- *Polycom Werterhalt (Fr. 4 799 000)*: Ein Teil der Arbeiten wurden im Jahr 2023 geleistet, wofür ein entsprechender Reserveanteil verwendet wurde (Beibehaltung 5,4 Mio.).
- *DaziT II Portal & Kunden (Fr. 1 065 000)*: Ein Teil der Arbeiten wurden im Jahr 2023 geleistet, wofür ein entsprechender Reserveanteil verwendet wurde (Beibehaltung 2,5 Mio.).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (80,5 Mio.) entfallen hauptsächlich auf die Projekte Werterhalt Polycom (32,1 Mio.), DaziT (29,3 Mio.; I Steuerung & Grundlagen 15,3 Mio., II Portal & Kunden 2,5 Mio., III Redesign Fracht/Abgaben 11,2 Mio., IV Kontrolle & Befund 0,2 Mio.), Personenwagen (4,4 Mio.), Polycom Standortanpassungen (3,6 Mio.), weitere Vorhaben in Zusammenhang mit Polycom (2,2 Mio.; Handfunkgeräte 1,0 Mio., Batterieersatz 0,8 Mio., elektrische Messgeräte Funktechnik 0,4 Mio., Mobilfunkgeräte 0,1 Mio.), Waffen inkl. Waffenschränke (3,1 Mio.), ICS2 (1,4 Mio.), Dienstbekleidung (1,8 Mio.), Multifunktionswesten (0,7 Mio.), Smartphones (1,1 Mio.), IKT-Projekte (0,6 Mio. und Organisationsprojekte (0,2 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

– Allgemeine Reserven	0
– Zweckgebundene Reserven	30 544 000
– Total Reserven	30 544 000

Aus dem Kredit A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) 24 074 000

- *Polycom Stromversorgung (Fr. 12 350 000)*: Das Parlament hat am 8.6.2022 einen Verpflichtungskredit zur Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Polycom-Sendeanlagen des Bundes verabschiedet. Die Standortbesichtigungen und die Ausarbeitung der Verträge für die Beschaffung der Batteriesystem (USV) auf Lithium-Ionen-Basis haben mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant, weshalb sich das Projekt verzögert. Die Ausgaben verlagern sich somit in die Folgejahre.

- *Polycom – Standortanpassungen (Fr. 3 710 000)*: Im Jahr 2023 waren 87 Standortanpassungen geplant, wovon 63 aufgrund von Verzögerungen in den Bewilligungsverfahren noch nicht umgesetzt werden konnten. Die Umsetzung ist in den Folgejahren geplant.
- *Einführung einer ausgebauten KLR (Fr. 130 000)*: Das BAZG will die bestehende Kosten- und Leistungsrechnung neu konzipieren und einführen, damit die betriebswirtschaftliche Führung gestärkt wird. Das Projekt startete mit Verzögerung, da die Ausschreibung des externen Projektleiters länger dauerte als ursprünglich geplant.
- *Micro Waagen EMK (Fr. 240 000)*: Aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung und Lieferung können 6 Waagen für die Edelmetallkontrolle (EMK Laboranlagen inkl. Ofen) erst 2024 geliefert werden.
- *Personenwagen (Fr. 5 160 000)*: Aufgrund von Lieferengpässen und Problemen bei der Fahrzeugherstellung kam es zu Verzögerungen.
- *Dienstbekleidung und Textilien (Fr. 1 475 000)*: Aufgrund von Verzögerungen bei der Ausschreibung und Lieferung können gewisse Artikel erst 2024 geliefert werden. Der Pilotversuch «E-Bike» dauerte bis Ende 2023. Die für den Rollout vorgesehene Bekleidung wird daher erst 2024 beschafft werden können.
- *BAZG Rollen und Berechtigungen (Fr. 225 000)*: Höchstmögliche Automatisierung der Benutzerprofilverwaltung durch Standardisierung, Aufgabenorientierung, Zentralisierung. Das Projekt startete mit Verzögerung und wurde im Oktober 2023 reorganisiert.
- *Tankkarte in NMVS (Fr. 170 000)*: Das BAZG akzeptiert heute zur Bezahlung der LSVA an den Abfertigungsterminals verschiedene Tankkarten als elektronisches Zahlungsmittel. Da Tankkarten auch künftig als Zahlungsmittel zugelassen bleiben sollen, müssen sie in die BAZG-Umgebung (BAZG Payment Service) eingebunden werden. Das Projekt startete mit Verzögerung, da die Rückmeldung der Tankkartenanbieter längere Zeit ausblieb.
- *Explotar (Fr. 400 000)*: Für die Durchführung von substanziellen und effizienten Analysen von sehr grossen Datenmengen (AFV, Warenanmeldungen, LSVA, Rapportierungssysteme, ICS2, IVZ etc.) benötigen die Fachbereiche im Direktionsbereich Risikoanalyse und Analytik (DB RAA) ein interaktives Analysetool. Das Projekt startete aufgrund der umfangreichen Rechtsgrundlagenanalyse mit Verzögerung und wird daher erst ab 2024 umgesetzt.
- *MLops (Analyse & Implementing) Fr. 100 000)*: Schaffung von konzeptionellen und technischen Grundlagen, um Machine Learning-Modelle produktiv nutzen zu können. Das Projekt startete aufgrund fehlender personeller Ressourcen mit Verzögerung und wird im 2024 fertig umgesetzt.
- *Laborumgebung DA Plattform (Fr. 114 000)*: Der Ausbau der Laborumgebung der Data Analytics-Plattform wird notwendig, da die aktuelle Umgebung die Anforderungen für die Entwicklung und Verwendung von Machine Learning-Modellen nicht erfüllt. Das Projekt startete aufgrund von Klärungen bezüglich der Offerte des BIT mit Verzögerung und wird erst im 2024 vollständig realisiert.

Aus dem Kredit A202.0162 Gesamterneuerung und Modernisierung

IKT-Anwendungen

6 470 000

- *DaziT-Bereich III) Redesign Fracht Abgaben (Fr. 2 290 000)*: Verschiedene Vorhaben verzögerten sich und gewisse Aktivitäten konnten nicht abgeschlossen werden, weshalb sich die Kosten in die Folgejahre verlagern. Der Einführungstermin von «Passar 1.1» wurde in Absprache mit Vertretern der Wirtschaft ins Jahr 2024 verschoben. Das Vorhaben Grenzkontrollsystem («GKS») verzögerte sich aufgrund von Abhängigkeiten zu externen Partnern (EU). Aufgrund des bisherigen Arbeitsfortschritts von «Passar» und der neu definierten Meilensteine verschieben sich ausserdem Vorhaben im Umfeld Dokumente («Gever», «Outputmanagementsystem» und «Ursprung») und Finanzen («TADOC» und «TARES») in die Folgejahre.
- *DaziT-Bereich IV) Kontrolle und Befund (Fr. 4 180 000)*: Bei der Einführung des neuen Rapportierungssystems «Raporta» kam es zu Verzögerungen bei der WTO-Ausschreibung und Mängeln seitens des Lieferanten. Daher verschieben sich Kosten in die Folgejahre.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: ERHEBUNG VON ABGABEN

A230.0107 SCHWERVERKEHRSABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	522 942 345	524 732 000	503 624 021	-21 107 980	-4,0

Ein Drittel des zweckgebundenen Reinertrages aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe wird den Kantonen zugewiesen.

Die tieferen Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe führten zur Reduktion der Kantonsanteile.

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 85; Schwerverkehrsabgabegesetz vom 19.12.1997 (SVAG; SR 641.87), Art. 19; Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetz vom 17.3.2023 (BBi 2023 789; Inkraftsetzung geplant per 1.5.2024).

Hinweise

Vgl. E110.0116 Schwerverkehrsabgabe.

Mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; SR 671.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkreder (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: SICHERHEIT UND MIGRATION

A231.0174 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	32 933 067	39 813 000	35 338 169	-4 474 831	-11,2

Dieser Kredit dient hauptsächlich der Finanzierung des Schweizer Beitrags für die operative Zusammenarbeit an den Aussen-grenzen des Schengen-Raums (FRONTEX).

Ursprünglich war für FRONTEX ein Betrag von 39,8 Millionen budgetiert. Da FRONTEX das eigene Gesamtbudget für 2023 reduzierte, verkleinerte sich auch der Beitrag der Schweiz auf 35,3 Millionen. Die weiteren Mittel von 0,2 Millionen entfielen auf den Mitgliedsbeitrag an die Weltzollorganisation (WZO; 161 279 Franken) und für das Übereinkommen zur Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (18 690 Franken).

Rechtsgrundlagen

BB vom 1.10.2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (AS 2022 462); Konvention vom 15.12.1950 betreffend die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (SR 0.631.121.2); Übereinkommen vom 15.11.1972 betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (SR 0.941.31).

TRANSFERKREDITE DER LG 4: SCHUTZ VON GESUNDHEIT UND UMWELT

A230.0113 KANTONSANTEIL SPIRITUOSENSTEUER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	27 754 756	26 995 000	26 578 265	-416 735	-1,5
davon Kreditmutationen		1 000 000			

10 Prozent des zweckgebundenen Reinertrags der Spirituosensteuer wird den Kantonen zugewiesen. Dieser sogenannte «Alkoholzehntel» ist zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Alkoholismus sowie von Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und Medikamentenmissbrauch zu verwenden. Über die Verwendung der Mittel legen die Kantone Rechenschaft in Form eines Berichts zu Händen des BAZG ab. Die Verteilung an die Kantone richtet sich nach ihrer Wohnbevölkerung.

Im Vergleich zum Voranschlag fielen die Einnahmen aus der Spirituosensteuer höher aus, was zu einer Erhöhung des Kantonsanteils führte.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 FHG) in Höhe von 1,0 Millionen

Rechtsgrundlagen

BV vom 18.4.1999 (SR 107), Art. 112 und 131; Alkoholgesetz vom 21.6.1932 (AlkG; SR 680), Art. 44 und Art. 45.

Hinweise

Vgl. E110.0110 Spirituosensteuer

Mit der Revision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; SR 611.0) wurde der Einnahmenbegriff auf Transaktionen wie Abgrenzungen, Rückstellungen und Delkredere (sogenannte Periodenverschiebungen) ausgeweitet. Die Staatsrechnung 2023 ist der erste Abschluss nach neuem Recht. Alle Bestände per 31.12.2022 dieser neu schuldenbremswirksamen Positionen müssen 2023 einmalig und deren Veränderung ab 2023 wiederkehrend bei der Herleitung des Reinertrags berücksichtigt werden. Die Zweckbindungen und Kantonsanteile partizipieren daran im Verhältnis ihres jeweiligen Anteils.

Bei der vorliegenden Berechnung des Reinertrags wurden die Einmaleffekte aus der erstmaligen Berücksichtigung der Abgrenzungen (+25,3 Mio.) und des Delkredere (-0,1 Mio.) zwar berücksichtigt, jedoch versehentlich nicht den Zweckbindungen und Kantonsanteilen weiterbelastet. Die entsprechende Ausgleichszahlung an die Kantone im Umfang von 2,5 Mio. erfolgt anfangs 2024.

A231.0374 BEITRAG AN DIE ALKOHOLPRÄVENTION

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 329 244	1 405 600	1 359 270	-46 330	-3,3

Der Bund unterstützt Organisationen, die schweizweit den problematischen Alkoholkonsum bekämpfen. Diese Organisationen befassen sich hauptsächlich mit der strukturellen Prävention. Im Rahmen des Jugendschutzes werden Testkäufe durchgeführt. Zur Verwendung der Mittel legen die Organisationen für jedes Jahr einen Zwischen- und einen Schlussbericht vor.

Mit den Mitteln wurden die Organisationen Sucht Schweiz (0,56 Mio.), Blaues Kreuz Schweiz (0,6 Mio.), Schweizerische Stiftung für Alkoholforschung (0,18 Mio.) sowie diverse Einzelprojekte (0,03 Mio.) unterstützt.

Rechtsgrundlagen

Alkoholgesetz vom 21.6.1932 (AlkG SR 680), Art. 43a

Hinweise

Der Beitrag für die Alkoholprävention wird aus der Spirituosensteuer finanziert (vgl. E110.0110 Spirituosensteuer).

WEITERE KREDITE

A240.0104 FINANZAUFWAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 473 002	7 802 500	7 364 406	-438 094	-5,6

Der Finanzaufwand fällt in Zusammenhang mit der Erhebung von Fiskalerträgen an (z.B. Vergütungszinsen, Kommissionsgebühren). Die Kommissionsgebühren für LSVA-Tankkarten betrugen 2,5 Millionen, für EETS-Inkassogebühren 3,4 Millionen und für Kreditkarten 1,4 Millionen. Weiter waren Fremdwährungsverluste von 0,02 Millionen zu verzeichnen.

Rechtsgrundlagen

V des EFD vom 11.02.2020 über den Einbezug von EETS- und Tankkarten-Anbietern zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811.423).

Hinweise

Vgl. A202.0124 Aufwandentschädigungen Bezug der Schwerverkehrsabgabe.

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Industrialisierung & Standardisierung der IT-Produktion: Angebot eines standardisierten Leistungskatalogs basierend auf einem hohen Automatisierungsgrad
- Skalierbare Software-Fabrik (Skalierbare Software-Factory): Effizientes und effektives Abdecken der steigenden Nachfrage nach individuellen Kundenlösungen
- Fokus auf Dienstleistungen mit Mehrwert (Fokus auf Value Added Services): Fokussierung der eigenen Ressourcen auf Leistungen, welche spezifisches Fachwissen (Know-How) über die öffentliche Verwaltung voraussetzen sowie einen besonderen Mehrwert generieren
- BIT als begehrtester Arbeitgeber (BIT most wanted IT-Employer): Steigerung der Attraktivität als IT-Arbeitgeber
- Denk IT – Denk BIT (Think IT – Think BIT): Positionierung als attraktiver IT-Partner für die öffentliche Verwaltung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	584,0	476,9	638,0	54,0	9,3
Laufende Ausgaben	546,4	598,7	576,8	30,4	5,6
Eigenausgaben	546,4	598,7	576,8	30,4	5,6
Selbstfinanzierung	37,5	-121,8	61,2	23,7	63,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-34,8	-35,6	-35,7	-0,9	-2,6
Jahresergebnis	2,7	-157,4	25,5	22,8	832,8
Investitionseinnahmen	–	–	0,1	0,1	–
Investitionsausgaben	31,6	35,1	52,5	21,0	66,3

KOMMENTAR

Das BIT verrechnet den Leistungsbezügern gemäss Verrechnungspreiskonzept die gesamten Kosten für die Leistungserbringung.

Die Einnahmen des BIT sind im Vergleich zum Vorjahr um 54,0 Millionen gestiegen. Das Wachstum von 2022 auf 2023 ist mehrheitlich auf die Entflechtungsprogramme für Büroautomation/UCC und Fachanwendungen bei der Verteidigung (28,2 Mio.), Leistungen für das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (+9,2 Mio.), das Bundesamt für Justiz (+6,0 Mio.) sowie für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds und den Ausgleichsfonds für Arbeitslosenversicherung (+4,7 Mio.) zurückzuführen.

Diesen zusätzlichen Einnahmen stehen höhere Ausgaben von 30,4 Millionen gegenüber, insbesondere im Bereich internes Personal (9,0 Mio.) und externer Dienstleistungen (15,2 Mio.).

Die Investitionsausgaben stiegen im Bereich der Arbeitsplätze um 7,5 Millionen, wovon ein erheblicher Teil im Rahmen der Entflechtung der Büroautomation/UCC bei der Verteidigung angefallen ist. Zudem konnten die Rückstände im Bereich der Server, Speichersysteme (Storage) und Netzwerkkomponenten aufgrund vergangener Lieferverzögerungen im 2023 kompensiert werden, was zu 12,5 Millionen höheren Ausgaben führte.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Programm SUPERB: Umstellung Supportprozesse auf S/4 (neue Software) (erreicht)
- Aufbau und Etablierung Intermediär / Cloud Service Broker: BIT ist als CSB/BV etabliert, Abrufe erfolgen über WTO-20007 (erreicht)
- Rechenzentrum-Campus BIT: Aufbau von 50 Fachanwendungen im Rechenzentrum-CAMPUS (erreicht)
- Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS: Entflechtung BURAUT/UCC - Gruppe Verteidigung (erreicht)

LG1: IKT-BETRIEB

GRUNDAUFTRAG

Das BIT betreibt im Auftrag der Leistungsbezüger Anwendungen, Dienste und Systeme. Die Anwendungen können entweder von einem internen Leistungserbringer, in Zusammenarbeit mit Dritten oder von externen Leistungserbringern entwickelt worden sein. Die Dienste können bundesweite Standarddienste sein. Die Leistungen sollen den Kunden so unterstützen, dass er seine Geschäftsprozesse möglichst effizient und wirksam gestalten kann. Die Leistungen sollen den Anforderungen und Erwartungen der Leistungsbezüger, der Departemente und der IKT-Lenkung Bund entsprechen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	340,4	333,4	368,0	34,6	10,4
Aufwand und Investitionsausgaben	370,6	417,5	405,4	-12,0	-2,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kundenzufriedenheit: Das BIT erbringt kundennahe, kundenfreundliche sowie durchgängig integrierte IKT-Leistungen			
- Zufriedenheitsindex aus Befragung der Kundengruppen Endbenutzer/-in, Integrationsmanager/-in, Anwendungsverantwortliche (Skala 1-6)	4,86	5,00	4,75
Finanzielle Effizienz: Das BIT strebt eine Optimierung des IKT-Kosten/Leistungsverhältnisses für die Leistungsbezüger an			
- Preisindex (Basisjahr 2015) gebildet anhand eines gewichteten, selektiven Warenkorbes des Angebotes des BIT (Index)	76,81	84,00	77,14
Prozesseffizienz: Das BIT sorgt dafür, dass die Prozesse effizient organisiert sind und mit guter Qualität erbracht werden			
- Offerten, welche in der versprochenen Zeit erstellt sind (% min.)	97,2	94,0	96,7
- Ordermanagement: Anfragen die in der versprochenen Zeit behandelt wurden (% min.)	94,15	95,00	96,28
- Ordermanagement: Aus Qualitätsgründen zurückgewiesene Bestellungen (% max.)	5,45	6,00	5,24
- Incidentmanagement: Incidents, welche in der vorgegebenen Zeit abgehandelt wurden (% min.)	91,92	93,00	92,10
- Incidentmanagement: Anteil wiedereröffneter Tickets (% max.)	1,91	3,00	1,94
Qualitative Leistungserbringung: Die IKT-Betriebsleistungen stehen wie vereinbart zur Verfügung			
- Einhaltungsgrad der Verfügbarkeit über alle Service Level Agreements (% min.)	99,96	99,00	99,98
IKT-Betriebssicherheit: Das BIT gewährleistet die Sicherheit durch zyklischen Ersatz kritischer Komponenten			
- Die definierten kritischen Komponenten sind in einer jährlich terminierten Planung von 1-4 Folgejahren (einzeln terminiert) ersetzt (% min.)	97,70	95,00	97,63

KOMMENTAR

Das BIT konnte im Jahr 2023 fast alle seine Leistungsziele erfüllen. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Bundesverwaltung mit den Leistungen im Büroautomationsbereich blieb nahezu unverändert hoch. Damit sind die User der Büroautomation im vierten Jahr in Folge mit den IT-Dienstleistungen und dem Support des BIT sehr zufrieden. Das Ziel Kundenzufriedenheit konnte insgesamt jedoch nicht erreicht werden. Dies ist auf das stärker aufkommende Bedürfnis der «Entscheider/-innen» nach einer aktiveren Rolle des BIT als Full-Service-Anbieter zurückzuführen. Daher intensiviert das BIT die Zusammenarbeit und Beratung bei den entsprechenden Geschäftsbeziehungen.

Die Einhaltung der vorgegebenen Laufzeiten bei Standard-Tickets (eine Messgrösse zum Ziel Prozesseffizienz) konnte mit 92,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr nochmal verbessert werden (2022: 91,92 %) und befindet sich nur noch knapp unter dem angestrebten Zielwert (93 %). 2023 sind die Ticketzahlen trotz Zunahme der Anzahl User (normales Wachstum plus VBS Entflechtung), nur leicht angestiegen. Die grössten Tickettreiber sind Anfragen zu Software im Büroautomationsumfeld, Windows-Account/Smartcard, Home Office nach der Pandemie sowie die fortschreitende Migration VBS.

LG2: IKT-PROJEKTE UND -DIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Das BIT unterstützt die Leistungsbezüger gemäss ihren Aufträgen. Hauptsächlich werden Anwendungen entwickelt, gepflegt und weiterentwickelt, welche die Geschäftsprozesse der Leistungsbezüger effizient und wirksam unterstützen. Der Eigen-Leistungsanteil des BIT kann dabei unterschiedlich hoch sein. Von grosser Bedeutung sind die Integrationsleistungen, damit die Leistungsbezüger mit durchgängigen IKT-Lösungen unterstützt sind. Die Leistungen werden in Projekt- und Dienstleistungsvereinbarungen definiert und verlässlich in Kosten, Terminen und Qualität erbracht.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	244,3	143,5	270,1	126,6	88,2
Aufwand und Investitionsausgaben	242,9	252,0	259,6	7,7	3,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Projekterfolg: Projektleistungen und -abwicklungen werden von den Kunden als qualitativ hochwertig, kostengünstig und termingerecht bewertet			
– Zufriedenheit der Projektauftraggebenden (Skala 1-6)	5,14	5,00	4,99
Wirtschaftliche Leistungserbringung: Dienstleistungen werden zu marktfähigen Preisen erbracht			
– Benchmark: durchschnittlicher Stundentarif (Kosten) im Verhältnis zum durchschnittlichen Stundentarif vergleichbarer externer Anbieter (Quotient, max.)	0,85	0,90	0,83
IKT-Sicherheit: Das BIT wirkt darauf hin, dass die Sicherheitsanforderungen je Projekt ausgewiesen und durch Massnahmen gedeckt sind			
– Anteil erfüllter resp. nicht erfüllter, jedoch vom Kunden akzeptierter Sicherheitsanforderungen in den Projekten der LB (%, min.)	100,0	100,0	100,0

KOMMENTAR

Die Leistungsziele in der LG2 konnten 2023 mit einer Ausnahme erfüllt werden. Die angestrebte Zufriedenheit der Projektauftraggebenden wurde knapp nicht erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	584 670	476 922	638 132	161 210	33,8
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	584 670	476 922	638 132	161 210	33,8
Aufwand / Ausgaben	613 521	669 408	665 038	-4 370	-0,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	613 521	669 408	665 038	-4 370	-0,7
Nachtrag		3 200			
Kreditverschiebung		4 689			
Abtretung		7 739			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		4 888			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		160 080			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	584 669 540	476 921 600	638 131 802	161 210 202	33,8
Laufende Einnahmen	584 669 540	476 921 600	637 986 750	161 065 150	33,8
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	19 800	19 800	-
Investitionseinnahmen	-	-	125 252	125 252	-

Die *laufenden Einnahmen* des BIT setzen sich hauptsächlich aus der internen Leistungsverrechnung gegenüber Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung (598,2 Mio.) für Büroautomation, Kommunikation (Netzwerk und Telefonie), Berechtigungen und Zugänge sowie den Betrieb von mehreren hundert Applikationen zusammen. Die Einnahmen aus Leistungen gegenüber Dritten ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung betragen 39,5 Millionen.

Die *laufenden Einnahmen* nehmen im Vergleich zum Voranschlag 2023 insgesamt um 161,1 Millionen zu.

Im Bereich der *Betriebsleistungen* wurde im Vergleich zum Voranschlag 2023 ein Mehrertrag in Höhe von 34,3 Millionen erzielt. Davon wurden 6,1 Millionen mit Dritten ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung und 28,2 Millionen mit den Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung realisiert.

Die relevantesten Veränderungen gab es bei den folgenden Leistungsbezügern:

- VBS (+10,2 Mio.), im Wesentlichen bei der Verteidigung im Bereich der Arbeitsplätze (+8,5 Mio.) und Fachanwendungen (+1,3 Mio.)
- EJPD (+8,9 Mio.), insbesondere beim Staatssekretariat für Migration (SEM) im Bereich der persönlichen Arbeitsplätze und Identitäten (+4,8 Mio.), bei der IT-Infrastruktur der Gebäude und der Arbeitsplätze (+2,4 Mio.) sowie bei den Zusatzdiensten für persönliche Arbeitsplätze (+0,6 Mio.)
- EFD (+5,1 Mio.), namentlich bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) in den Bereichen der Fachanwendungen (+2,5 Mio.) und der betriebswirtschaftlichen Lösungen (+0,4 Mio.) beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) bei den Zusatzdiensten und persönlichen Arbeitsplätzen (+0,7 Mio.) sowie im Bereich Identity & Access Management (+0,7 Mio.)
- Dritte ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung: Beim Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung im Bereich der Fachanwendungen (+2,9 Mio.), bei der Swissmedic im Bereich Fachanwendungen (+0,6 Mio.) sowie der persönlichen Arbeitsplätze (+0,6 Mio.) und beim Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) im Betrieb der Fachanwendungen MISTRA und DevOps (+0,7 Mio.) und für Identity & Access Management und Network & Security (+0,5 Mio.)

Im Bereich der *Projekt- und Dienstleistungen* wurde im Vergleich zum Voranschlag 2023 ein Mehrertrag in Höhe von 126,6 Millionen erzielt. Die Krediterhöhung aufgrund von leistungsbedingten Mehrerträgen fiel um 0,9 Millionen tiefer aus, weil das BIT für Eigenleistungen im Projekt elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) bereits die Kreditmittel durch den Nachtragskredit Ib/2023 erhalten hatte.

Die relevantesten Veränderungen gab es bei den folgenden Leistungsbezügern:

- EFD (+60,8 Mio.), namentlich für das Vorhaben SUPERB beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) (+50,2 Mio.) sowie für das Vorhaben Core-IT bei der eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) (+8,7 Mio.)
- EDI (+21,6 Mio.), insbesondere beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) für die Weiterentwicklung diverser Anwendungen (+11,3 Mio.), Arbeiten am Statistischen Informationssystem (SIS Relaunch; +5,8 Mio.) und an der Anwendung Nationale Datenbewirtschaftung (NaDB; +2,5 Mio.) beim Bundesamt für Statistik (BFS) sowie Arbeiten für die Anwendung zur Kontrolle der Lohnungleichheit LOGIB (+1,0 Mio.) für das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)
- VBS (+11,7 Mio.), im Wesentlichen für die Entflechtung der IKT-Basisleistungen BURAUT/UCC von der Verteidigung zum BIT (+8,1 Mio.) und diverse weitere ungeplante Projekte des VBS
- EJPD (+10,1 Mio.), insbesondere für das übergreifende Vorhaben E-ID (+5,9 Mio.) beim Bundesamt für Justiz (BJ) und diverse Projekte (+2,0 Mio.) und die Weiterentwicklung der Fachanwendungen (+1,0 Mio.) für das Staatssekretariat für Migration (SEM)
- Bundeskanzlei (+9,6 Mio.), unter anderem für die Identitäts- und Zugriffsverwaltung AGOV (+1,5 Mio.) und die Service Releases eIAM (+7,4 Mio.)

- Dritte ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung: Diverse nicht geplante Projekte (+9,4 Mio.); insbesondere mit dem Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung (IT-Systeme AVAM +1.3 Mio. und eIAM +3,3 Mio.) und dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (Vorhaben RIMA +1.9 Mio.)

Bei den *Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen* handelt es sich um den Gewinn aus dem ungeplanten Verkauf von Arbeitsplatzgeräten aus dem Lager. Die Geräte wurden zum offiziellen Verkaufspreis an die Leistungsbezüger weiterbelastet, auch wenn diese bereits teilweise abgeschrieben wurden.

Bei den *Investitionseinnahmen* handelt es sich um den Restbuchwert der weiterbelasteten Arbeitsplatzgeräte aus dem Lager, welche durch andere Verwaltungseinheiten (Agroscope und BASPO) gekauft wurden. Diese Geräte werden nicht mehr im BIT betrieben.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	613 521 367	669 408 200	665 038 427	-4 369 773	-0,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>180 595 200</i>			
Funktionsaufwand	581 935 344	634 337 100	612 501 853	-21 835 247	-3,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	547 150 424	598 737 100	576 805 373	-21 931 727	-3,7
Personalausgaben	208 648 148	228 381 100	215 826 169	-12 554 931	-5,5
<i>davon Personalverleih</i>	<i>6 023 817</i>	<i>4 989 000</i>	<i>3 898 318</i>	<i>-1 090 682</i>	<i>-21,9</i>
Sach- und Betriebsausgaben	338 502 276	370 356 000	360 979 204	-9 376 796	-2,5
<i>davon Informatik</i>	<i>302 128 574</i>	<i>332 003 000</i>	<i>322 668 643</i>	<i>-9 334 357</i>	<i>-2,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 586 682</i>	<i>1 200 000</i>	<i>1 838 355</i>	<i>638 355</i>	<i>53,2</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	34 784 920	35 600 000	35 696 480	96 480	0,3
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	31 586 023	35 071 100	52 536 574	17 465 474	49,8
Vollzeitstellen (Ø)	1 132	1 190	1 153	-37	-3,1

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Besetzung offener Stellen gestaltet sich weiterhin als Herausforderung aufgrund der teilweise trockenen Arbeitsmarktsituation für IT-Fachkräfte und einer steigenden Anzahl Abgänge durch Pensionierung. Im Jahresdurchschnitt lag der Personalbestand 37 Vollzeitstellen unter dem Planwert. Dies trotz jährlich zunehmender Bemühungen bei der Rekrutierung und im Personalmarketing. Zusätzlich fiel auch der Aufwand für die Aus- und Weiterbildung sowie für Fachkräfte mit Personalverleihverträgen tiefer aus, was insgesamt zum Minderbedarf von 12,5 Millionen führte.

Sach- und Betriebsausgaben

Im Vollzugsjahr 2023 fielen die Sach- und Betriebsausgaben im Vergleich zum Voranschlag um 9,4 Millionen tiefer aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die im Voranschlag angenommene Teuerung dank längerfristiger Verträge im Vollzug zum Teil gemindert werden konnte. Zudem fielen die Kosten im Vergleich zum Voranschlag aufgrund von Verzögerungen oder Repriorisierungen von internen operativen Vorhaben tiefer aus.

Des Weiteren wurden dem BIT von der Verteidigung 1,8 Millionen tiefere LV-Kosten für Kommunikationssysteme verrechnet.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die auf der Anlagebuchhaltung des BIT basierenden Abschreibungen bewegen sich im Rahmen des Voranschlags. Dies trotz höheren Investitionen, da ein grosser Teil der Investitionen erst Ende des Jahres vollzogen werden konnte.

Investitionsausgaben

Die Investitionen fielen um 17,5 Millionen höher aus, als im Voranschlag 2023 geplant.

Die Migration der Büroautomation/UCC der Verteidigung konnte aufgrund einer Neuplanung beschleunigt werden, weshalb die Investitionen im Bereich der Arbeitsplatzgeräte um 9,7 Millionen höher ausfielen als budgetiert.

Zudem wurden im Rechnungsjahr 2022 geplante Investitionen aufgrund von Lieferverzögerungen erst im Vollzugsjahr 2023 realisiert. Damit erklärt sich die Abweichung von 6,8 Millionen für Server und Speichersysteme (Storage) im Vergleich zum Voranschlag 2023. Bei den immateriellen Anlagen wurde ein Lizenzupgrade für die Netzwerkinfrastruktur in Höhe von 1,0 Millionen bezogen, das zum Zeitpunkt der Voranschlagsplanung 2023 noch nicht berücksichtigt war.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 3 200 000 Franken für das Vorhaben Amboss (Nachfolgelösung für eine Container-Cloud Plattform)
- Kreditverschiebungen von Kunden zur Finanzierung spezifischer Hardware von 898 700 Franken.
- Kreditverschiebungen von der Bundeskanzlei/DTI von 3 790 000 Franken für die Vorhaben Amboss, Aufbau Offline Backup BIT sowie den Ausbau des Cloud Service Broker (CSB)
- Kreditabtretungen vom Eidg. Personalamt von 4 367 100 Franken für Lernende, berufliche Reintegration, zusätzliche Pensionskassenbeiträge und Kinderbetreuung.
- Kreditabtretung vom Generalsekretariat EFD von 1 199 000 Franken zur Finanzierung ungeplanter Ausgaben.
- Kreditabtretung vom Bundesamt für Bauten und Logistik von 2 172 400 Franken zur Finanzierung des Servers im Rahmen des Programms SUPERB.
- Kreditüberschreitung 1 % / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 4 888 000 Franken

- Kreditüberschreitung durch nicht budgetierte, leistungsbedingte Mehrerträge (Art. 30a Abs. 4 Bst. a FHG) im Haushaltsvollzug von 160 080 000 Franken

Hinweise

Verpflichtungskredite «Weiterbetrieb Auslandstandorte KOMBV4» (V0256.00; BB 17.12.2015) und «Migration und Umzug ins Rechenzentrum Campus (RZMig2020)» (V0302.00; BB 12.9.2017/KV BRB 27.11.2019), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verwaltungseinheitenübergreifende Verpflichtungskredite «DaziT I Steuerung & Grundlagen» (V0301.01; BB 12.9.2017 und 5.5.2020), «DaziT II Portal & Kunden» (V0301.02; BB 12.9.2017 und 5.5.2020), «DaziT III Redesign Fracht / Abgaben» (V0301.03; BB 12.9.2017 und 5.5.2020), «DaziT IV Kontrolle & Befund» (V0301.06; BB 12.9.2017 und 5.5.2020), «DaziT V Reserven» (V0301.07; BB 12.9.2017 und 5.5.2020) «Programm SUPERB» (V0350.00; BB 22.9.2020), «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» (V0371.00; BB 8.12.2022), «Pilotphase E-ID-Vertrauensinfrastruktur und Wallet» (BB 15.06.2023; V0386.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

	LG 1: IKT-Betrieb		LG 2: IKT-Projekte und -Dienstleistungen		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Mio. CHF					
Aufwand und Investitionsausgaben	371	405	243	260	
Personalausgaben	136	137	73	79	
Sach- und Betriebsausgaben	168	181	170	180	
<i>davon Informatik</i>	143	154	160	169	
<i>davon Beratung</i>	2	2	–	0	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	35	36	–	–	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	32	53	–	–	
Vollzeitstellen (Ø)	792	807	340	346	

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	7 150 000	155 056	7 305 056
Endbestand per 31.12.2023	7 150 000	155 056	7 305 056
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	4 293 100	4 293 100

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im 2023 wurden weder allgemeine noch zweckgebundene Reserven verwendet.

Reservenbestand

Das BIT verfügt über allgemeine Reserven in Höhe von 7,1 Millionen. Sie schaffen somit Freiräume, die agiles Handeln ermöglichen.

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven entfallen auf noch ausstehende Softwarebeschaffungen für den Malwareschutz (Fr. 155 056).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Gesamthaft werden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 4 293 100 Franken beantragt. Die Reserven sollen auf dem Kredit A200.0001 Funktionsaufwand (GB) gebildet werden.

- Cloud Service Broker (CSB) in Höhe von 558 000 Franken:
Im 2023 erfolgten zwei Kreditverschiebungen von der BK-DTI an das BIT in Gesamthöhe von 1 300 000 Franken zur teilweisen Finanzierung der Anbindung der Cloud Service Broker an die Cloudlösungen des BIT. Die Anbindungen haben im 2023 aus organisatorischen wie auch beschaffungstechnischen Gründen nicht im gewünschten Masse vollzogen werden können.
- Aufbau Offline-Backup – Digitalisierungsmittel in Höhe von 499 200 Franken:
Im 2023 erfolgten zwei Kreditverschiebungen von der BK-DTI an das BIT in Gesamthöhe von 1 490 000 zur teilweisen Finanzierung des Aufbaus einer Offline-Backup Lösung. Die im 2023 angefallenen Aufwände belaufen sich auf 990 800 Franken. Die restlichen Mittel werden gemäss Vereinbarung mit der BK-DTI für die weiteren Arbeiten im 2024 benötigt.
- Umsetzung Data Document Initiative (DDI) LifeCycle in Höhe von 679 100 Franken:
Aufgrund von personellen Veränderungen entstanden innerhalb des Projektes Verzögerungen bei der Umsetzung der Arbeiten. Die Arbeiten können im 2024 ff. durch neue Ressourcenlösungen fortgesetzt werden.

- Netzwerkkomponenten und Dienstleistungen / WTO20011 in Höhe von 511 000 Franken:
Der Rollout konnte aufgrund von Verzögerungen seitens Lieferanten nicht wie geplant stattfinden. Die Beschaffung der WLAN Access Points erfolgt daher erst im 2024.
- Initialbeschaffung für die Erweiterung der Netzwerkprotokolle (ECN Cisco Core) in Höhe von 231 000 Franken:
Lieferverzögerung seitens des Lieferanten haben dazu geführt, dass die Initialbeschaffung nicht wie geplant im 2023 erfolgen konnte und nun ins 2024 verschoben werden muss.
- Errichtung einer Firewall zum Schutz vor einer bestimmten Cyberattacke (WAF DDoS) als Betriebsoptimierung in Höhe von 900 000 Franken:
Die technische Lösungsfindung hat sich als komplexer herausgestellt als geplant. Zudem führten personelle Veränderungen zu einer zusätzlichen Verzögerung der Beschaffung der benötigten Hardware. Die Arbeiten werden im 2024 ff. fortgeführt.
- Life Cycle Logdatensammler-LCLDS in Höhe von 301 800 Franken:
Aufgrund von Lieferverzögerungen der Hardware konnte die Dienstleistung für den Einbau, die Migration und die Inbetriebnahme nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden, da die dafür eingeplanten externen Ressourcen nicht mehr zur Verfügung standen. Die Arbeiten werden im 2024 durchgeführt.
- Rechenzentren-Migration Trust in Höhe von 160 000 Franken:
Aufgrund von Verzögerungen im Projektfortschritt (höherer Arbeitsaufwand als angenommen und daraus resultierende Ressourcenengpässe) konnten die Dokumente nicht wie geplant erstellt und die externen Firmen nicht mehr rechtzeitig mit der Überprüfung der Dokumente beauftragt werden. Die Aufwände werden daher erst im 2024 anfallen.
- Lifecycle Netzwerkinfrastruktur in Höhe von 453 000 Franken:
Aufgrund von komplexeren Anforderungen während der aktuellen Projektphase, deren Klärung mehr Zeit in Anspruch genommen hat als erwartet, konnten die Arbeiten nicht vollumfänglich im 2023 durchgeführt werden. Die Arbeiten sind nun für 2024 vorgesehen.

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Umsetzung des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz, FKG)
- Schwerpunktsetzung auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit
- Fokussierung auf Empfänger von bedeutenden Subventionen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1,2	1,1	1,2	0,0	-3,9
Laufende Ausgaben	31,8	35,2	33,1	1,4	4,3
Eigenausgaben	31,8	35,2	33,1	1,4	4,3
Selbstfinanzierung	-30,6	-34,0	-32,0	-1,4	-4,6
Jahresergebnis	-30,6	-34,0	-32,0	-1,4	-4,6

KOMMENTAR

Im 2023 liegen die Einnahmen um 3,9 Prozent tiefer und die Ausgaben um 4,3 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Einnahmen werden aus der Verrechnung der Leistungen für Revisionsstellenmandate bei selbständigen Anstalten, Bundesunternehmen und angeschlossenen Organisationen erzielt.

Von den Gesamtausgaben entfallen 83 Prozent auf das Personal, 4,9 Prozent auf die Informatik und 5,1 Prozent auf Personalverleih und externe Dienstleistungen im Auditbereich. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr (+1,4 Mio.) ist auf die schrittweise Aufstockung des Personalbestandes der EFK im Hinblick auf eine wirksamere Risikoabdeckung sowie auf die Umsetzung der neu zugedachten Aufgaben zur Schaffung von Transparenz bei der Politikfinanzierung zurückzuführen.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Jahresplanung 2023 (Veröffentlichung im Januar 2023): Umsetzung (erreicht)

LG1: FINANZAUFSICHT NACH FINANZKONTROLLGESETZ

GRUNDAUFTRAG

Die EFK ist das oberste Finanzaufsichtsorgan des Bundes. Sie ist gemäss Artikel 1 des FKG in ihrer Prüftätigkeit nur der Bundesverfassung und dem Gesetz verpflichtet. Die EFK unterstützt die Bundesversammlung in ihrer Oberaufsicht und den Bundesrat bei der Ausübung seiner Aufsicht über die Bundesverwaltung. Der Gesetzgeber hat in Artikel 8 FKG den Aufsichtsbereich der EFK umfassend geregelt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,2	1,1	1,2	0,0	2,0
Aufwand und Investitionsausgaben	31,8	35,2	33,1	-2,0	-5,8

KOMMENTAR

Die gemäss Jahresprogramm geplanten Prüfungen wurden wo notwendig und sinnvoll an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags war jederzeit gewährleistet.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		1 197	1 140	1 163	23	2,0
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	1 197	1 140	1 163	23	2,0
Aufwand / Ausgaben		31 762	35 178	33 129	-2 049	-5,8
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	31 762	35 178	33 129	-2 049	-5,8
	Kreditverschiebung		-44			
	Abtretung		601			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 196 721	1 140 000	1 163 047	23 047	2,0

Die EFK erzielt ihre Einnahmen aus der Verrechnung ihrer Leistungen für Revisionsstellenmandate bei selbstständigen Anstalten, Bundesunternehmen und angeschlossenen Organisationen. Internationale Organisationen sind für Revisionsstellenmandate nur gebührenpflichtig, wenn dies in der entsprechenden Satzung vorgesehen ist. Aus der Finanzaufsicht über die zentrale Bundesverwaltung werden keine Einnahmen erzielt, da es sich dabei um eine hoheitliche Aufgabe handelt.

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung EFK vom 19.1.2005 (SR 172.041.17).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	31 762 328	35 177 500	33 128 897	-2 048 603	-5,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>556 900</i>			
Funktionsaufwand	31 762 328	35 177 500	33 128 897	-2 048 603	-5,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	31 762 328	35 177 500	33 128 897	-2 048 603	-5,8
Personalausgaben	26 746 570	29 436 900	27 672 571	-1 764 329	-6,0
Sach- und Betriebsausgaben	5 015 758	5 740 600	5 456 326	-284 274	-5,0
<i>davon Informatik</i>	<i>1 378 459</i>	<i>1 706 300</i>	<i>1 616 019</i>	<i>-90 281</i>	<i>-5,3</i>
Vollzeitstellen (Ø)	122	132	125	-7	-5,3

Personalausgaben

Die Personalausgaben haben sich gegenüber der Rechnung 2022 um rund 1 Million Franken erhöht und der durchschnittliche Stellenbestand hat um 3 Vollzeitstellen zugenommen. Die vakanten Stellen, welche sich aus der Personalfuktuation und der vom Parlament beschlossenen Aufstockung des Personalbestandes ergeben, konnten nur teilweise besetzt werden. Dies wegen der anspruchsvollen Arbeitsmarktsituation und der hohen Ansprüche der EFK an die notwendigen Kompetenzen der zu rekrutierenden Mitarbeitenden. Daraus ergibt sich ein Kreditrest bei den Personalausgaben von 1,8 Millionen. Davon entfallen 1,3 Millionen Franken auf Personalbezüge. Die rasche Besetzung der 7 offenen Stellen ist aufgrund der grossen Aufsichtsrisiken eine wichtige Priorität. Für die Wahrnehmung der neuen Aufgaben im Bereich der Transparenz in der Politikfinanzierung wurden in den Jahren 2022 und 2023 die 3 vom Parlament bewilligten Stellen besetzt.

Sach- und Betriebsaufwand

Die Ausgaben im Informatiksachaufwand liegen im Rahmen des Voranschlags. Bei den Spesen und den externen Dienstleistungen fielen die Ausgaben tiefer aus als geplant (-0,3 Million)

Der Aufwand für extern vergebene Prüfmandate entfällt in Anwendung der geltenden Kontierungsrichtlinien auf die «externen Dienstleistungen» und den «Personalverleih». Der Aufwand für externe Experten ist von der jährlichen Revisionsplanung abhängig und zum Zeitpunkt der Budgetierung schwierig abzuschätzen.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung an GS EFD, Erhöhung Kontingent Übersetzungsdienstleistungen (-90 000 Franken)
- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts (600 900 Franken) für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, Kinderbetreuung (Famex) sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge
- Kreditverschiebung der Bundeskanzlei (46 000 Franken) für das Teilprojekt LINDAS beim Projekt Transparenz bei der Politikfinanzierung

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	200 000	200 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 920 000	1 920 000
Auflösung / Verwendung	–	-1 920 000	-1 920 000
Endbestand per 31.12.2023	–	200 000	200 000

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (0,2 Million Franken) entfallen auf die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten zur Digitalisierung der Geschäftsverwaltung.

Die zweckgebundene Reserve zur Entwicklung der Software zur Ausübung der Aufgaben im Bereich der Transparenz bei der Politikfinanzierung von 1,9 Million Franken wurde aufgelöst. Entgegen den ursprünglichen Plänen für eine Eigenentwicklung konnte mit einer Software als Dienstleistung (Software as a Service) eine deutlich günstigere Lösung umgesetzt werden.

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Führung der Personal- und Vorsorgepolitik des Bundes
- Umsetzung der Personalstrategie 2020–2023
- Führung des Ausbildungszentrums der Bundesverwaltung für die bundesweite Aus- und Weiterbildung
- Bundesweite Ressourcensteuerung und Sicherstellung des strategischen Controllings im Personalbereich
- Betrieb und Weiterentwicklung des zentralen Personalinformationssystems der Bundesverwaltung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	5,8	6,0	5,8	0,0	-0,2
Laufende Ausgaben	98,1	108,8	23,9	-74,2	-75,6
Eigenausgaben	98,1	108,8	23,9	-74,2	-75,6
Selbstfinanzierung	-92,4	-102,8	-18,2	74,2	80,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	-92,4	-102,8	-18,2	74,2	80,3
Investitionsausgaben	-	-	-	-	-

KOMMENTAR

Die Aufgaben und Dienstleistungen des EPA betreffen ausschliesslich den Eigenbereich der Bundesverwaltung. Die laufenden Ausgaben werden stark durch die Veränderung der Rückstellungen im Bereich der beruflichen Vorsorge beeinflusst: im Jahr 2023 wurden 29,6 Millionen aufgelöst, was einer Abweichung von -74 Millionen gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die übrigen Ausgaben (53,6 Mio.) setzen sich zu drei Vierteln aus dem Globalbudget und einem Viertel aus den Sammelkrediten zusammen, auf denen Mittel für die gesamte Bundesverwaltung eingestellt werden. Die laufenden Ausgaben im Globalbudget bestehen im Wesentlichen aus den Personal-, Informatik- und Personalschulungsausgaben. Die Sammelkredite umfassen unter anderem zentral budgetierte Arbeitgeberbeiträge, die Mittel für die Finanzierung von Lehrstellen und vorzeitigen Pensionierungen sowie die familienexterne Kinderbetreuung.

Die laufenden Einnahmen (5,8 Mio.) bestehen hauptsächlich aus der Leistungsverrechnung des Dienstleistungszentrums Personal EFD an andere Verwaltungseinheiten (5,6 Mio.).

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRAATES 2023

- Optimierungen am Lohnsystem der Bundesverwaltung (in Umsetzung des Po. FK-N 19.3974): Beschluss (teilweise erreicht)
Der Bundesrat hat am 25.10.2023 Stossrichtung und Eckwerte gutgeheissen. Zudem hat er die Detailkonzepterarbeitung sistiert bis der Vergleich der Anstellungsbedingungen (Po. 23.3087 und 23.3070) vorliegt.
- Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027: Beschluss (erreicht)
- Revision des Bundespersonalgesetzes (BPG) (Berufliche Vorsorge): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Gesetzesrevision konnte 2023 vom Bundesrat nicht verabschiedet werden, weil es angezeigt war, den Parlamentsentscheid zu zwei Motionen betreffend berufliche Vorsorge des Bundespersonals (22.3959 und 22.3960) abzuwarten.
- Bericht «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen (agile Organisationsformen) in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung des Po. Marti Min Li 21.4162): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle» (in Erfüllung des Po. WBK-N 20.4342): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- SUPERB im HR-Bereich der Bundesverwaltung: Einführung von HR-Anwendungen (z.B. Lernmanagement, Spesen, Zeitwirtschaft) (erreicht)
- Personalstrategie Bundesverwaltung 2020–2023: Zurverfügungstellen von Konzept und Angeboten für das HR (erreicht)

LG1: PERSONAL- UND VORSORGEPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Das EPA ist die Fachstelle für die Personalpolitik des Bundes. Es entwickelt Grundlagen und Instrumente zur Steuerung, Weiterentwicklung und Koordination des Personalwesens, bietet Unterstützung bei der bundesweiten Personalressourcensteuerung und trägt in diesen Bereichen zur nachhaltigen Entwicklung bei. Es bereitet die personalpolitischen Geschäfte des Bundesrates vor und berät Departemente und Verwaltungseinheiten beim Vollzug der Personalpolitik. Es führt Befragungen durch und pflegt die Kontakte zu den Sozialpartnern. Es sorgt dafür, dass die Bundesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig ist. Das EPA betreibt das Ausbildungszentrum der Bundesverwaltung (AZB) und bildet das Personal bedarfsgerecht aus.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,2	0,3	0,1	-0,1	-43,8
Aufwand und Investitionsausgaben	32,9	34,8	36,1	1,3	3,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Personal- und Vorsorgepolitik: Das EPA trägt mit der Entwicklung von Grundlagen sowie Umsetzungs- und Steuerungsinstrumenten zur Attraktivität der Arbeitgeberin Bund bei			
– Bundesweite Rücklaufquote Personalbefragung (%; min.)	70,0	70,0	70,0
– Erreichte Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement 2020-2023 (%; min.)	44,4	90,0	77,8
Personalbedarfsplanung und Ressourcensteuerung: Das EPA bietet Unterstützung bei der Steuerung der bundesweiten Personalressourcen und trägt zu einer wirtschaftlichen Entwicklung sowie zu einer zuverlässigen Planung der Personalausgaben des Bundes bei			
– Abweichung der Personalausgaben in der Rechnung gegenüber Budget (%; max.)	1,3	1,0	2,6
Ausbildungszentrum der Bundesverwaltung (AZB): Das EPA / AZB stellt den Bundesangestellten ein bedarfsgerechtes, qualitativ gutes Aus- und Weiterbildungsangebot bereit			
– Qualitätsbeurteilung des Angebots durch die Teilnehmenden (Skala 1-6)	5,3	5,0	5,2
– Durchschnittliche direkte Kosten pro Kurstag (CHF; max.)	615	390	586
Personaldatenmanagement: Das EPA sorgt für den Unterhalt, die Weiterentwicklung und die Stabilität des Personalinformationssystems			
– Pünktliche Auszahlung der Löhne (%; min.)	100	100	100

KOMMENTAR

Personal- und Vorsorgepolitik: Die Kennzahlen im Personalmanagement zeigen eine positive Entwicklung. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 wurden drei weitere Sollwerte erreicht (Frauenanteil in den Lohnklassen 30-38, beim Grenzwachtkorps und beim Anteil Menschen mit Behinderungen). Es liegen jedoch noch nicht alle Kennzahlen im vorgegebenen Zielband. Insbesondere im Bereich der Frauenanteile sind noch weitere Anstrengungen nötig.

Personalbedarfsplanung und Ressourcensteuerung: Der Kreditrest betreffend den Personalausgaben beträgt im Rechnungsjahr 2023 voraussichtlich 165,9 Millionen (2,6 %). Unter Ausklammerung des Vorsorgeaufwands nach IPSAS 39, welcher nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet wird und stark vom Zinsumfeld abhängt, resultiert ein Kreditrest von 86,3 Millionen (1,4 %). Hinweis: Das EPA ist bei der operativen Ressourcensteuerung gegenüber den Departementen nur in beratender Funktion tätig, daher ist der Einfluss begrenzt.

Ausbildungszentrum der Bundesverwaltung (AZB): Die durchschnittlichen Kosten pro Kurstag konnten gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. Der Voranschlagswert 2023 konnte aufgrund nachfolgender Gründe nicht erzielt werden: Neben den teuerungsbedingten höheren Kosten hat das AZB in die Digitalisierung der Ausbildungsformate investiert. Da diese neuen digitalen Lernformate (Online-Schulungen etc.) zurzeit erst erarbeitet werden, können diese noch nicht in Kurstagen erfasst werden. Online-Kurse werden zudem mit weniger Teilnehmenden abgehalten und sind kürzer als Präsenzkurse. Schliesslich hat die Auslastung der Kurse leicht abgenommen, dies führt ebenfalls zu einer Reduktion der Kurstage und deswegen zu höheren durchschnittlichen Kurskosten.

LG2: PERSONALDIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Die Personaldienstleistungen umfassen die Leistungen der Personal- und Sozialberatung (PSB) und des Dienstleistungszentrums Personal EFD (DLZ Pers EFD) in der Personaladministration. Das DLZ Pers EFD erbringt für alle Verwaltungseinheiten des EFD und die Bundesanwaltschaft administrative Leistungen in den operativen HR-Prozessen. Die PSB kann bei arbeitsplatzbezogenen, sozialen, finanziellen, gesundheitlichen und rechtlichen Fragen beratend beigezogen werden. Sie berät einerseits Mitarbeitende sowie Pensionierte und andererseits Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung. Ferner ist sie Fachstelle für die berufliche Integration und nimmt eine zentrale Rolle beim Case Management wahr.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	5,6	5,8	5,7	-0,1	-1,7
Aufwand und Investitionsausgaben	9,0	9,8	5,6	-4,2	-42,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Dienstleistungszentrum Personal EFD: Die Dienstleistungen werden in hoher Qualität und wirtschaftlich erbracht			
- Anteil eingehaltener Service Level Agreement SLA (%; min.)	99	96	100
- Zufriedenheit der HR-Partner mit den erbrachten Leistungen (Skala 1-4)	3,65	3,30	3,70
- Aufwand pro betreute Person inkl. Externe, Lernende, Praktikanten (CHF, max.)	471	550	474
Personal- und Sozialberatung (PSB): Die PSB bearbeitet sämtliche an sie herangetragenen Anliegen und führt diese einer Lösungsfindung zu			
- Wiedereingliederungsquote aus dem Case Management (CM) (%; min.)	62	70	69

KOMMENTAR

PSB – Wiedereingliederungsquote aus dem Case-Management: Die Wiedereingliederungsquote konnte gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 signifikant um 7,0 Prozentpunkte gesteigert werden. Der Voranschlagwert wurde um lediglich 1,0 Prozentpunkt verfehlt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	11 779	6 025	38 726	32 701	542,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	5 795	6 025	5 816	-209	-3,5
E102.0110 Entnahme Rückstellungen Vorsorgeaufwand IPSAS 39	5 984	-	32 910	32 910	-
Aufwand / Ausgaben	104 178	108 828	56 935	-51 893	-47,7
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	41 899	44 556	41 660	-2 895	-6,5
Kreditverschiebung		-283			
Abtretung		938			
A202.0129 Lehrstellen, Hochschulpraktika, Integration	-	845	-	-845	-100,0
Abtretung		-45 184			
A202.0131 Ausgleich Arbeitgeberbeiträge	31	108	108	0	0,0
Abtretung		-49 559			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		492			
A202.0132 Arbeitgeberleistungen und vorzeitige Pensionierungen	2 261	3 350	2 156	-1 194	-35,7
Abtretung		-2 300			
A202.0133 Übriger Personalaufwand zentral	9 575	9 969	9 679	-290	-2,9
Abtretung		-7 868			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		177			
A202.0157 Einlage Rückstellungen Vorsorgeaufwand IPSAS 39	50 413	50 000	3 332	-46 668	-93,3

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	5 795 185	6 025 400	5 816 073	-209 327	-3,5

Der Funktionsertrag des EPA besteht hauptsächlich aus der Leistungsverrechnung des Dienstleistungszentrums Personal EFD (DLZ Pers EFD). Zudem werden auf dieser Position verschiedene schuldenbremswirksame Einnahmen verbucht:

- Verrechnung der Kursbesuche von Mitarbeitenden der dezentralen Bundesverwaltung
- Einnahmen aus der Personal- und Sozialberatung
- Einnahmen aus der Rückerstattung der CO₂-Lenkungsabgabe
- Vermietung von Parkplätzen an Mitarbeitende
- Einnahmen aus Gutscheinen von der SBB für die Abwicklung des Ticketbezuges via SwissPass-Business Shop

Die laufenden Einnahmen lagen rund 0,2 Millionen Franken unter dem Budget, das gemäss dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 2018–2021 errechnet wurde. Die Einnahmen aus der Leistungsverrechnung des DLZ Pers EFD betrugen rund 5,6 Millionen.

E102.0110 ENTNAHME RÜCKSTELLUNGEN VORSORGEAUFWAND IPSAS 39

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	5 984 000	–	32 910 000	32 910 000	–

Der Vorsorgeaufwand wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und in der Erfolgsrechnung gemäss IPSAS 39 verbucht. Der im 2022 stark gestiegene Zinssatz führt in der Rechnung 2023 zu einem versicherungsmathematischen Vorsorgeaufwand von 677 Millionen. Diesem Betrag stehen die vom Arbeitgeber in die Vorsorgewerke einbezahlten Beiträge von 710 Millionen gegenüber. Die Differenz führt zu einer Entnahme aus der Rückstellung von knapp 33 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 53; Botschaft zur Optimierung des Rechnungsmodells (NRM; BBl 2014 9329), Kapitel 1.3.2.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	41 898 523	44 555 700	41 660 475	-2 895 225	-6,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		655 500			
Funktionsaufwand	41 898 523	44 555 700	41 660 475	-2 895 225	-6,5
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	41 874 059	44 530 700	41 636 011	-2 894 690	-6,5
Personalausgaben	28 676 090	30 584 200	28 884 811	-1 699 389	-5,6
Sach- und Betriebsausgaben	13 197 969	13 946 500	12 751 199	-1 195 301	-8,6
<i>davon Informatik</i>	8 248 779	8 845 100	8 175 322	-669 778	-7,6
<i>davon Beratung</i>	200 891	235 800	182 646	-53 154	-22,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	24 464	25 000	24 464	-536	-2,1
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	132	132	132	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben des EPA bestehen zum einen aus den Personalbezügen und Arbeitgeberbeiträgen (22,6 Mio.), zum anderen aus Personalverleih Informatik (0,3 Mio.) und ferner aus den übrigen Personalausgaben (6,0 Mio.), die hauptsächlich die zentrale Personalschulung des Bundes (5,2 Mio.) sowie das Personalmarketing des Bundes (0,7 Mio.) umfassen. Bei den Personalbezügen und Arbeitgeberbeiträgen wurde der Kredit um 0,5 Millionen nicht ausgeschöpft, dies als Folge von Vakanzen, Mutations- und Fluktuationsgewinnen bei Ersatzanstellungen. Der Kreditrest von 1,5 Millionen bei den übrigen Personalausgaben resultiert hauptsächlich aus Minderausgaben bei der zentralen Personalschulung (-1,0 Mio.). Einerseits ergaben sich unvorhersehbare Kursabsagen und andererseits konnten im Rahmen der Reform der kaufmännischen Grundbildung nicht alle geplanten Vorhaben umgesetzt werden. Beim Personalmarketing des Bundes entstand aufgrund von Projektverzögerungen bei der Überarbeitung des Arbeitgeberauftritts, sowie bei den Umsetzungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Corporate Identity Arbeitgeberin Bundesverwaltung und von nicht realisierten Massnahmen im Bereich der Personalwerbung ein Kreditrest von 0,4 Millionen.

Sach- und Betriebsausgaben

Von den *Informatiksachausgaben* entfielen 8,0 Millionen auf den Betrieb und die Wartung. Insgesamt weisen die Informatikausgaben gegenüber dem Voranschlag 2023 einen Kreditrest von 0,7 Millionen aus. Mit dem Kreditrest wurde der Personalverleih Informatik von 0,3 Millionen finanziert. Aufgrund von Verzögerungen in der Projektroadmap wurden für die Leistungen «SAP Services für Success Factors und weitere Cloud Anwendungen» zweckgebundene Reserven von 0,1 Millionen beantragt. Der verbleibende Kreditreste von 0,3 Millionen begründet sich damit, dass einerseits kein Releasewechsel durchgeführt oder Supportpackages eingespielt wurden und andererseits infolge des längeren Systemfreeze im Rahmen von SUPERB. Aufgrund dessen wurden auf den alten Systemen weniger Changes eingereicht und umgesetzt.

Die *Beratungsausgaben* enthalten Ausgaben im Zusammenhang mit laufenden Projekten sowie Entschädigungen für die Führung der Vertrauensstelle des Bundespersonals. Die Entschädigung der Vertrauensstelle für das Bundespersonal bewegte sich mit 51 680 Franken im selben Rahmen wie im Vorjahr.

Bei den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben*, die zu 3,5 Millionen auf Raummieten und zu 1,0 Millionen auf die übrigen Betriebsausgaben entfallen, resultiert ein Kreditrest von rund 0,5 Millionen. Dieser begründet sich hauptsächlich durch tiefere Ausgaben beim Bürobedarf, den Druckerzeugnissen und den Übersetzungskosten.

Abschreibungsaufwand und Investitionsausgaben

Der *Abschreibungsaufwand* betrifft die neue Anlage «Konferenz- und Referateninfrastruktur» und entspricht dem Voranschlagswert.

Kreditmutationen

- Abtretung aus den Sammelkrediten des EPA von 538 000 Franken für höhere Sozialversicherungsbeiträge, Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, Förderprämie Berufliche Integration, familienergänzende Kinderbetreuung sowie für die Lohnmassnahmen 2022
- Kreditabtretung vom BBL Programm SUPERB, SAP Services für Success Factors und weitere Cloud Anwendungen von CHF 400 000 Franken
- Kreditverschiebung an BBL Programm SUPERB, Mitteltransfer Services SAP-HR von CHF 150 000 Franken
- Kreditverschiebung an BK DTI für Learning Management System Authentication Bridge von CHF 132 000 Franken

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Personal- und Vorsorgepolitik		LG 2: Personaldienstleistungen	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	33	36	9	6
Personalausgaben	22	24	7	4
Sach- und Betriebsausgaben	11	12	2	1
davon Informatik	7	8	1	0
davon Beratung	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen				
Vollzeitstellen (Ø)	82	82	50	50

A202.0129 LEHRSTELLEN, HOCHSCHULPRAKTIKA, INTEGRATION

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	845 050	-	-845 050	-100,0
davon Kreditmutationen		-45 184 050			

Der *Sammelkredit* umfasst die zentral eingestellten Mittel zur Finanzierung der Lehrstellen, der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen sowie der Stellen von Fachhochschul- und Hochschulpraktikant/innen.

Kreditmutationen

Das EPA trat im Budgetvollzug 2023 die Mittel in der Höhe von insgesamt 45,2 Millionen inklusive Arbeitgeberbeiträge für die besonderen Personalkategorien bedarfsgerecht an die Bundeskanzlei und die Departemente ab:

Kreditabtretung:

— Lernende	18 748 550
— Berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen	4 899 800
— Fachhochschul- und Hochschulpraktikant/innen	17 317 300
— Arbeitgeberbeiträge	4 218 400

Die laufenden Ausgaben werden in den Rechnungen der Verwaltungseinheiten ausgewiesen.

A202.0130 LOHNMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	-	-	-	-

Die Lohnmassnahmen für das Bundespersonal (Teuerungsausgleich, Realloohnerhöhungen) werden aus diesem Sammelkredit bereits in der Budgetphase dezentralisiert. 2023 betrugen die eingestellten Lohnmassnahmen insgesamt 146 Millionen. Davon waren 29 Millionen auf die mit dem Nachtragskredit I/2022 angebehrten Lohnmassnahmen 2022 von 0,5 Prozent zurückzuführen. Die übrigen vorsorglich eingestellten Mittel für das Jahr 2023 betrugen 116,5 Millionen, was einem Teuerungsausgleich von 2 Prozent entsprach. Die eingestellten Mittel wurden vom EPA nach dem Beschluss des Parlaments zum Voranschlag 2023 dezentralisiert und fallen als laufende Ausgaben bei den jeweiligen Verwaltungseinheiten an.

A202.0131 AUSGLEICH ARBEITGEBERBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	31 000	107 600	107 550	-50	0,0
davon Kreditmutationen		-49 067 700			

Der *Sammelkredit* umfasst die zentral budgetierten Arbeitgeberbeiträge im Personalbereich.

Die Beiträge für die 1. und 2. Säule sowie für die SUVA wurden durch die Verwaltungseinheiten auf eines vorgegebenen Einheitsatzes (21,55 %) budgetiert. Der Aufwand von 107 550 Franken beinhaltet Beiträge an verschiedene Berufsbildungsfonds für die gesamte Bundesverwaltung sowie eine Nachzahlung aufgrund einer SUVA-Revision der Jahre 2018 bis 2021.

Kreditmutationen

- Die Mittel sind den Verwaltungseinheiten, die aufgrund ihrer Altersstruktur zusätzliche Mittel benötigten, bedarfsgerecht abgetreten worden (34,1 Mio.). Der Mehrbedarf von 5,9 Millionen in Folge der sich verändernden Altersstruktur und konnte innerhalb des Kredits kompensiert werden. Für die zusätzlichen Beiträge des Arbeitgebers an die berufliche Vorsorge gemäss den Vorgaben der VPABP wurden 10,4 Millionen an die entsprechenden Verwaltungseinheiten abgetreten. Zudem wurden 5 Millionen mittels Kreditverschiebung zu Gunsten Kredit A202.0133 zur Deckung des Defizits bei der familienergänzenden Kinderbetreuung abgetreten.
- Beanspruchung Kreditüberschreitung gemäss Art. 36 FHG: +0,5 Millionen

Rechtsgrundlagen

Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien vom 20.2.2013 (VPABP; SR 172.220.111.35).

A202.0132 ARBEITGEBERLEISTUNGEN UND VORZEITIGE PENSIONIERUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 260 860	3 350 000	2 155 571	-1 194 429	-35,7
davon Kreditmutationen		-2 300 000			

Als Arbeitgeberleistungen werden vorab Aufwendungen bezeichnet, die im Zusammenhang mit vorzeitigen Pensionierungen anfallen. Die Arbeitgeberleistungen stehen im Gegensatz zu den Arbeitgeberbeiträgen (1. und 2. Säule, SUVA) in keinem direkten Zusammenhang mit den Löhnen. Im Rechnungsjahr 2023 betrugen die Aufwendungen für diese auf Sonderregelungen basierenden Arbeitgeberleistungen insgesamt 2,2 Millionen. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

- Leistungen bei Berufsunfällen (Art. 63 BPV) 527 618
- Beteiligungen an Überbrückungsrenten (Art. 88f BPV) 1 627 953
- Reorganisation Sozialplan vorzeitige Pensionierungen 0

Gegenüber dem Voranschlag resultiert in Bezug auf die Überbrückungsrenten ein Minderbedarf von 2,4 Millionen. Die Leistungen für Berufsunfälle lagen um rund 0,1 Millionen unter dem Voranschlag. Im Rechnungsjahr 2023 gab es keine Fälle betreffend Reorganisation Sozialplan vorzeitige Pensionierungen in der zivilen Verwaltung, die über den zentral eingestellten Kredit finanziert wurden (Kreditrest 1,0 Mio.).

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung zu Gunsten Kredit A202.0133 (familienergänzende Kinderbetreuung) im Betrag von 2,3 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Bundespersonalgesetz vom 24.3.2000 (BPG; SR 172.220.1), Art. 19, 31 und 32k; Bundespersonalverordnung vom 3.7.2001 (BPV; SR 172.220.111.3), Art. 63, 88f, 105a, 105b und 105c.

A202.0133 ÜBRIGER PERSONALAUFWAND ZENTRAL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 574 652	9 969 400	9 679 105	-290 295	-2,9
davon Kreditmutationen		-7 691 500			

Der übrige Personalaufwand zentral gliedert sich in nachfolgende Hauptkomponenten:

- Ärztliche Untersuchungen 263 562
- Verwaltungskosten PUBLICA 5 170 543
- Verwaltungskosten EAK 4 245 000

Es verbleibt ein Kreditrest von 0,3 Millionen gegenüber dem Voranschlag. Für die familienergänzende Kinderbetreuung wurden 15,1 Millionen bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Der Mehrbedarf von 7,3 Millionen wurde mittels Kreditverschiebungen sichergestellt. Der Aufwand für die ärztlichen Untersuchungen (-0,4 Mio.) fällt tiefer aus als geplant. Die Verwaltungskosten PUBLICA waren mit 0,1 Millionen leicht höher als budgetiert.

Kreditmutationen

- Für die familienergänzende Kinderbetreuung wurden 15,1 Millionen bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten.
- Kreditverschiebung von Kredit A202.0131 (Ausgleich Arbeitgeberbeiträge) im Betrag von 5 Millionen.

- Kreditverschiebung von Kredit A202.0132 (Arbeitgeberleistungen und vorzeitige Pensionierungen) im Betrag von 2,3 Millionen.
- Beanspruchung Kreditüberschreitung gemäss Art. 36 FHG: +0,2 Millionen

Hinweise

Verordnung des EFD vom 6.12.2001 zur Bundespersonalverordnung (VBPV; SR 172.220.111.37), Art. 51a und 51b.

A202.0157 EINLAGE RÜCKSTELLUNGEN VORSORGEAUFWAND IPSAS 39

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	50 413 000	50 000 000	3 332 000	-46 668 000	-93,3

Aufgrund der Teilrevision des FHG sind die Einlagen bzw. Entnahmen in die Rückstellung Vorsorgeaufwand in der Rechnung 2023 erstmals schuldenbremswirksam zu erfassen. Bereits im Voranschlag 2023 wurde daher ein Kredit eingestellt. Der geschätzte Betrag von 50 Millionen war mit Unsicherheit behaftet und entsprach der erwarteten Differenz zwischen dem Vorsorgeaufwand nach IPSAS und den vom Arbeitgeber einbezahlten Beiträgen in die berufliche Vorsorge.

Der Vorsorgeaufwand nach IPSAS wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und ist in hohem Masse abhängig vom Zinsniveau. Dabei führen steigende Zinssätze zu einem tieferem Vorsorgeaufwand. Gemäss den Vorgaben von IPSAS ist bei der Berechnung des Vorsorgeaufwands der Zinssatz des Vorjahres massgebend. Der im 2022 stark gestiegene Zinssatz führt in der Rechnung 2023 zu einem Vorsorgeaufwand von 677 Millionen. Diesem Betrag stehen die vom Arbeitgeber in die Vorsorgewerke einbezahlten Beiträge von 710 Millionen gegenüber. Der Vorsorgeaufwand ist somit nicht wie budgetiert 50 Millionen höher, sondern 33 Millionen tiefer als die Arbeitgeberbeiträge (siehe Kredit E102.0110). Aufgrund der hohen Volatilität des Zinsumfelds wird ab Voranschlag 2024 wieder auf die Budgetierung der Vorsorgeverpflichtung verzichtet. Auf dieselben Kredite werden auch die Einlagen bzw. Entnahmen in die Rückstellung für Treueprämien erfasst. Im Berichtsjahr nahm die Rückstellung für Treueprämien gemäss aktuellem versicherungstechnischem Gutachten um 3 Millionen zu.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 53; Botschaft zur Optimierung des Rechnungsmodells (NRM; BBl 2014 9329), Kapitel 1.3.2.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	110 000	110 000

Der beantragten zweckgebundenen Reserven betreffen die Leistungen für «SAP Services für Success Factors und weitere Cloud Anwendungen». Aufgrund von Verzögerungen in der Projektroadmap, verschieben sich einzelne Anwendungen. Gemäss der neuen Roadmap, fallen diese erst in den Jahren 2024 bis 2026 an.

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Konzentration der Unterbringung von Organisationseinheiten der Bundesverwaltung im Eigentum des Bundes, soweit dies wirtschaftlich ist
- Bereitstellung neuer Bundesasylzentren gemäss Standortkonzept des SEM und verfügbarer Finanzierung
- Integration der Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in alle Geschäftsprozesse und Vorgaben
- Fortsetzung der Harmonisierung des öffentlichen Beschaffungswesens auf allen drei föderalen Ebenen in der Einführungs- und Umsetzungsphase des neuen Beschaffungsrechts
- Modernisierung der Supportprozesse der Bundesverwaltung (Programm SUPERB)
- Digitale und standardisierte Zurverfügungstellung von Daten gemäss bundesrätlicher OpenData-Strategie

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	921,4	912,0	933,2	11,8	1,3
Laufende Ausgaben	532,3	535,6	548,1	15,7	3,0
Eigenausgaben	528,7	531,8	544,3	15,5	2,9
Finanzausgaben	3,6	3,8	3,8	0,2	5,8
Selbstfinanzierung	389,1	376,3	385,1	-3,9	-1,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-312,0	-390,2	-313,1	-1,0	-0,3
Jahresergebnis	77,0	-13,8	72,1	-5,0	-6,5
Investitionseinnahmen	18,9	37,6	9,1	-9,8	-51,9
Investitionsausgaben	493,4	518,0	455,9	-37,4	-7,6

KOMMENTAR

Der Ertrag des BBL besteht in erster Linie aus der bundesinternen Liegenschaftsvermietung, der Bereitstellung von Büroausrüstung und Publikationen sowie dem Verkauf von Ausweisschriften. Rund 76 Prozent des Aufwandes entfallen auf Bundesbauten (ziviler und ETH-Bereich), 16 Prozent auf die Logistik, 8 Prozent auf das Programm SUPERB und auf weitere Aktivitäten des BBL. Praktisch der gesamte Aufwand des BBL ist dem Eigenbereich der Verwaltung zugeordnet und nicht gesetzlich gebunden.

Die laufenden Einnahmen lagen in der Staatsrechnung 2023 um 1,3 Prozent über dem Vorjahr (+11,8 Mio.). Die Mehrerträge resultierten insbesondere aus zusätzlich beschafftem Informatikmaterial für bundesnahe Institutionen, höheren Agenturleistungen sowie höheren Absatzmengen beim Pass und der Identitätskarte.

Die Investitionseinnahmen (Portfoliobereinigung) lagen 9,9 Millionen tiefer als im Vorjahr, wobei 2022 ein bedeutender Verkauf im ETH-Bereich (Scheuchzerstrasse 68/70) über 8,6 Millionen enthalten war.

Die Zunahme der laufenden Ausgaben um 15,7 Millionen gegenüber dem Vorjahr ergab sich aus höheren Ausgaben für Liegenschaften (BBL +38,8 Mio.), Mehrmengen beim Pass, zusätzlich beschafftem Informatikmaterial für bundesnahe Institutionen, rückläufigen ETH-Ausgaben (-19,3 Mio.) sowie weiteren Effekten (-3,7 Mio.).

Die Investitionsausgaben fielen um 7,6 Prozent (-37,4 Mio.) tiefer aus als 2022. Minderausgaben im Bauprogramm der ETH von -27,4 Millionen sowie die im 2022 getätigten Erneuerungsinvestitionen der Passprojekte (-9,8 Mio.) waren die wesentlichen Gründe für den Rückgang. Auch gegenüber dem Voranschlag fielen die Investitionsausgaben (-62,1 Mio.) tiefer aus und begründen sich durch Projektverzögerungen und strategische Portfolio-Entscheide. Ein Antrag für zweckgebundene Reserven (14 Mio.) wurde eingereicht.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Unterbringungskonzept 2024: Fertigstellung Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen (erreicht)
- Nachhaltiges Bauen: Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS beim Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen mit Zertifizierung (mind. Gold-Zertifikat) (erreicht)
- Immobilienkonzept Sport: Fertigstellung Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration in Magglingen (erreicht)
- Einführung neue Identitätskarte: Realisierung der Personalisierung der neuen Identitätskarte im 2. Quartal 2023 (erreicht)

LG1: UNTERBRINGUNG BUND ZIVIL

GRUNDAUFTRAG

Das BBL stellt eine angemessene Unterbringung der zivilen Bundesverwaltung im In- und Ausland, der Bundesbehörden und bundesnahen Institutionen sowie die langfristige Kosten-Nutzen-Optimierung in diesem Bereich sicher. Die Immobilien und Infrastrukturen sollen den Nutzern optimal zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen. Zu den strategischen Aufgaben gehören die Konzentration von Arbeitsplätzen, die optimale Bewirtschaftung der Nutzflächen und die Werterhaltung der vorhandenen Bausubstanz. Das BBL stellt das Immobilienmanagement über den ganzen Lebenszyklus sicher und ist dabei verantwortlich für die strategische, die dispositive und die operative Steuerung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	646,4	618,0	620,9	2,9	0,5
Investitionseinnahmen	10,3	33,9	8,9	-25,0	-73,8
Aufwand	488,4	521,1	521,1	0,0	0,0
Investitionsausgaben	254,8	295,9	276,9	-19,1	-6,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Nachhaltige Unterbringung: Das BBL berücksichtigt die drei Nachhaltigkeitsdimensionen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei der Unterbringung der zivilen Bundesverwaltung			
- Investitionskosten pro Arbeitsplatz gemäss Baukostenplan (BKP) 1-9 (CHF)	128 217	139 000	127 643
- Betriebskosten pro m ² Geschossfläche (CHF, max.)	66,18	65,50	66,47
- Anteil Arbeitsplätze in Bundeseigentum (% min.)	84,82	79,00	85,40
- Anteil zertifizierter Ökostrom (%)	12	26	26
- Energieproduktion mit Photovoltaik im Inland (GWh)	1,5	1,4	1,7
- Wärmeverbrauch pro m ² Energiebezugsfläche (KWh/m ²)	60,0	64,0	52,0

KOMMENTAR

Die Betriebskosten pro m² Geschossfläche liegen aufgrund der Energie- und Bauteuerung leicht über dem Soll-Wert. Die übrigen Ziele wurden erreicht.

LG2: LOGISTIK FÜR GÜTER UND DIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Das BBL erbringt Leistungen zur Versorgung der Bundesstellen im In- und Ausland mit den für die Ausrüstung der Arbeitsplätze und zur Wahrnehmung der Aufgaben notwendigen Gütern, Dienstleistungen und Publikationen. Zur Aufwandoptimierung betreibt das BBL ein strategisches Beschaffungsmanagement, das durch die Betrachtung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Nachhaltigkeit sowie die Ordnungsmässigkeit der Beschaffungen sicherstellt. Im Weiteren ist das BBL zuständig für den Vertrieb von Bundespublikationen an die Öffentlichkeit, die zentrale Ausgabe von hoheitlichen Bundesdaten und die Personalisierung von nationalen Ausweisschriften mit biometrischen Daten.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	102,5	97,6	120,5	22,9	23,4
Investitionseinnahmen	0,0	-	0,0	0,0	-
Aufwand	148,6	144,1	143,9	-0,2	-0,1
Investitionsausgaben	38,6	20,8	25,9	5,1	24,3

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Wirtschaftliche Versorgung: Das BBL sorgt für eine wirtschaftliche Versorgung der zivilen Bundesverwaltung mit Gütern und Dienstleistungen			
- Anteil der von den Leistungsbezüglern bestellten Güter, die im Standard-Sortiment des BBL verfügbar sind (% min.)	86	80	86
Kundenzufriedenheit: Das BBL erbringt qualitativ hochstehende Logistikdienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen			
- Zufriedenheit der Kund/innen (Skala 1-6)	5,1	5,0	5,5
Elektronische Distribution: Printprodukte werden vermehrt auch elektronisch angeboten			
- Anteil der auch elektronisch verfügbaren Printprodukte (%)	93	92	94
Effiziente Ausweisproduktion: Der Schweizer Pass wird effizient produziert und fristgerecht ausgeliefert			
- Anteil der innert 10 Tagen zugestellten Schweizer Pässe (%)	99	98	99

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

LG3: KOORDINATION UND SUPPORT BEI BESCHAFFUNGEN DES BUNDES

GRUNDAUFTRAG

Das BBL erbringt für die Bundesverwaltung sowie für Dritte verschiedene Querschnittsleistungen. Diese bewirken eine Kosteneinsparung und Steigerung der Effizienz und Rechtssicherheit sowie eine gemeinsame strategische Ausrichtung der öffentlichen Bauherren und ihrer Vertragspartner. Sie fördern den Handel und die Sicherheit von Bauprodukten, führen zu übergeordneten Strategien und unterstützen die Verwaltungseinheiten im öffentlichen Beschaffungswesen. Zudem ermöglichen sie die Durchführung eines bundesweiten Beschaffungscontrollings und erlauben die professionelle Ausbildung und Beratung bei Beschaffungen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	56,2	35,1	50,0	14,9	42,3
Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Aufwand	36,3	44,1	44,2	0,2	0,4
Investitionsausgaben	9,6	–	–	–	–

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Beschaffungskonferenz des Bundes BKB: Etablierung eines Jahresberichts der zentralen Beschaffungsstellen des Bundes			
– Der Jahresbericht wird jährlich veröffentlicht (ja/nein)	ja	ja	ja
Koordinationskonferenz der Bau und Liegenschaftsorgane KBOB: Die KBOB unterstützt ihre Mitglieder bei der Umsetzung des revidierten Beschaffungsrechts und fördert die Berücksichtigung der politischen Vorgaben gemäss revidiertem Beschaffungsrecht (Vergabekultur)			
– Durchführung einer jährlichen Veranstaltung für die Mitglieder und eines Treffens mit der Bauwirtschaft zur Vergabekultur (ja/nein)	ja	ja	ja
Kompetenzzentrum Beschaffungswesen Bund KBB: Das BBL schult, berät und unterstützt die Beschaffungsstellen der Bundesverwaltung in beschaffungs- und vertragsrechtlichen Fragen			
– Informationsveranstaltungen für Anbietende (je eine in d, f, i pro Sprachgebiet) (Anzahl)	3	3	3
– Anteil Publikationen, welche innert max. 3 Arbeitstagen ab Erhalt der definitiven Unterlagen od. auf vereinbarte Datum auf simap.ch erfolgen (%)	99	95	100
Fachstelle Beschaffungscontrolling Bund FSBC: Etablierung des neuen Reporting Sets BC BVerw der Bedarfs- und zentralen Beschaffungsstellen des Bundes			
– Der Bericht wird jährlich veröffentlicht (ja/nein)	ja	ja	ja
– Jährliche Ausbildungen zur Erstellung von individuellen Controllingberichten zugunsten Bedarfs- bzw. zentrale Beschaffungsstellen (Anzahl)	2	2	3

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1 045 610	988 063	1 093 526	105 463	10,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	805 118	750 763	791 345	40 583	5,4
E101.0001 Devestitionen (Globalbudget)	10 309	33 928	8 903	-25 025	-73,8
E102.0104 Liegenschaftsertrag ETH	221 557	199 717	293 074	93 357	46,7
E102.0105 Veräusserung ETH-Bauten	8 626	3 656	204	-3 452	-94,4
Aufwand / Ausgaben	1 443 017	1 482 289	1 468 288	-14 001	-0,9
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	673 287	709 310	709 310	0	0,0
Kreditverschiebung		2 031			
Abtretung		1 386			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		6 728			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		26 409			
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)	302 975	316 749	302 748	-14 001	-4,4
Kreditverschiebung		3 297			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		3 050			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		5 354			
A202.0134 Investitionen ETH-Bauten	224 760	201 221	201 221	0	0,0
Kreditverschiebung		-13 490			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		211			
A202.0135 Liegenschaftsaufwand ETH	170 895	183 317	183 317	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		16 592			
A202.0180 Programm SUPERB	71 100	71 692	71 692	0	0,0
Kreditverschiebung		950			
Abtretung		8 678			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		550			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		6 509			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	805 118 213	750 762 600	791 345 269	40 582 669	5,4
Laufende Einnahmen	719 406 375	712 262 600	730 672 070	18 409 470	2,6
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	85 711 837	38 500 000	60 673 199	22 173 199	57,6

Der schuldenbremswirksame Teil der laufenden Einnahmen des BBL besteht grösstenteils aus bundesexternen Mieterträgen und dem Erlös aus dem Verkauf von Ausweisschriften. Ebenfalls enthalten sind die Beiträge aus Kofinanzierungen für das Bundesverwaltungsgericht St. Gallen, für das Bundesstrafgericht Bellinzona und das Schweizerische Landesmuseum Zürich. Die bundesinterne Leistungsverrechnung bildet hauptsächlich die Erträge aus bundesinterner Miete, die Verrechnung von Agenturleistungen, Büromaterial und Bürotechnik ab. In den Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen widerspiegeln sich hauptsächlich Erträge aus der Aktivierung von Eigenleistungen (Programm SUPERB 55,9 Mio. und Ausweisschriften 3,8 Mio.) sowie Buchgewinne aus Veräusserungen.

Der schuldenbremswirksame Teil der laufenden Ausgaben lag 28,3 Millionen über dem Voranschlag. Im Wesentlichen ergaben sich die Mehreinnahmen aus zusätzlich beschafftem Informatikmaterial und weiteren Logistikgütern für dezentrale Verwaltungseinheiten (+14,8 Mio., haushaltsneutral) sowie den höheren Absatzmengen beim Pass und der Identitätskarte (+7,6 Mio.). Zudem fielen Mehreinnahmen im Liegenschaftsertrag gegenüber Dritten an (+5,9 Mio.).

Der Voranschlag bei den Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen wurde um 22,2 Millionen übertroffen. Die Abweichung begründet sich unter anderem mit Aktivierungen aus Eigenleistungen (Programm SUPERB; +14,3 Mio.), Veräusserungsgewinnen (+6,5 Mio.) sowie weiteren Effekten (+1,4 Mio.).

Die Einnahmen aus bundesinterner Leistungsverrechnung liegen aufgrund des tieferen Unterbringungsbedarfes der Verwaltungseinheiten (-6,7 Mio.) sowie der geringeren bundesinternen Nachfrage nach Büroausrüstungsgütern und Auftragsproduktionen (-10,9 Mio.) unter dem Voranschlag. Gegenläufig wirkten höhere Einnahmen aus der Beschaffung von Agenturleistungen (+7,7 Mio.).

E101.0001 DEVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	10 308 622	33 928 000	8 902 883	-25 025 117	-73,8

Die Devestitionen enthalten den Verkauf von nicht mehr benötigten Liegenschaften. Die Verkäufe erfolgen im Rahmen der Optimierung des zivilen Immobilienportfolios des Bundes im In- und Ausland.

Der Budgetwert der Investitionseinnahmen entspricht jeweils dem Mittel der vier vorhergehenden Rechnungsjahre. Die effektiven Einnahmen lagen um 25 Millionen unter diesem Wert.

Wesentliche Verkäufe im Jahr 2023 waren unter anderem Brasilia, Dienstwohnung (2,2 Mio.), Sézégny, Dienstwohnungen (1,6 Mio.), Karachi, Generalkonsulat und Residenz (1,5 Mio.), La Paz, Residenz (1,4 Mio.) und Rabat, Dienstwohnung (1,2 Mio.).

E102.0104 LIEGENSCHAFTSERTRAG ETH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	221 557 049	199 716 500	293 073 792	93 357 292	46,7
Laufende Einnahmen	216 516 096	199 716 500	231 429 276	31 712 776	15,9
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	5 040 953	-	61 644 516	61 644 516	-

Der Bund verrechnet dem ETH-Bereich für die Liegenschaften eine Miete. Diese ist schuldenbremswirksam, aber haushaltsneutral; es erfolgt kein Mittelfluss. Die Miete setzt sich hauptsächlich aus linearen Abschreibungen und der Verzinsung auf dem Anlagewert (198,7 Mio.) zusammen. Die Institutionen des ETH-Bereichs können die Nutzung der im Eigentum des Bundes befindlichen Grundstücke vorübergehend Dritten überlassen (Nutzungsüberlassung, Art. 34b bis ETH-Gesetz, SR 414.110).

Die Beiträge von Dritten zur Finanzierung von ETH-Bauten im Eigentum des Bundes (Kofinanzierungen) werden über die Lebensdauer der Objekte abgeschrieben (4,5 Mio.).

Für Altlasten (v.a. Rückbau von Kernanlagen) wurden insgesamt 0,9 Millionen verwendet. Aufgrund der neuen Schätzung der Gesamtkosten des Bundes für die Entsorgung von radioaktiven Abfällen wurden 28 Millionen Rückstellungen NAGRA aufgelöst.

Bei einer grösseren Sanierung (Gebäude ML/FHK) fand eine Nachaktivierung von 61,6 Millionen statt, um den Anlagenabgang durch den Umbau darstellen zu können.

Hinweise

Dem Ertrag steht ein Aufwand beim GS-WBF gegenüber (vgl.701/A231.0182 «Beitrag an Unterbringung ETH-Bereich»).

E102.0105 VERÄUSSERUNG ETH-BAUTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionseinnahmen</i>	8 625 725	3 656 000	204 373	-3 451 627	-94,4

Die Immobilien des ETH-Bereichs sind grösstenteils im Eigentum des Bundes. Der Erlös aus dem Verkauf nicht mehr benötigter Objekte wird auf dieser Position vereinnahmt. Der Voranschlagswert entspricht jeweils dem gerundeten Durchschnitt der letzten vier Rechnungsjahre.

Im Jahr 2023 fand kein substanzieller Liegenschaftsverkauf statt.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	673 200 109	709 310 300	709 310 206	-94	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>36 553 600</i>			
Funktionsaufwand	673 200 109	709 310 300	709 310 206	-94	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	440 759 961	463 950 200	458 000 241	-5 949 959	-1,3
Personalausgaben	92 771 575	94 068 600	95 579 617	1 511 017	1,6
Sach- und Betriebsausgaben	344 381 503	366 038 500	358 606 180	-7 432 320	-2,0
<i>davon Informatik</i>	<i>18 241 287</i>	<i>23 085 100</i>	<i>22 769 258</i>	<i>-315 842</i>	<i>-1,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>1 574 288</i>	<i>1 908 000</i>	<i>1 107 991</i>	<i>-800 009</i>	<i>-41,9</i>
<i>davon Betriebsausgaben Liegenschaften</i>	<i>76 392 413</i>	<i>80 814 600</i>	<i>84 304 887</i>	<i>3 490 287</i>	<i>4,3</i>
<i>davon Instandsetzung Liegenschaften</i>	<i>51 832 139</i>	<i>54 322 500</i>	<i>56 229 613</i>	<i>1 907 113</i>	<i>3,5</i>
<i>davon Mieten und Pachten</i>	<i>100 645 772</i>	<i>102 652 300</i>	<i>97 841 105</i>	<i>-4 811 195</i>	<i>-4,7</i>
Finanzausgaben	3 606 883	3 843 100	3 814 445	-28 655	-0,7
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	232 440 148	245 360 100	251 309 965	5 949 865	2,4
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	680	665	674	9	1,4

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die *Personalausgaben* fallen um 1,5 Millionen (1,6 %) höher aus als budgetiert. Der Grund dafür sind intensive Mehrarbeiten im Zusammenhang mit dem Programm SUPERB (+0,7 Mio. Lohnkosten sowie +0,7 Mio. Rückstellungen im Bereich der Ferien- und Zeitguthaben per 31.12.2023).

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Informatiksachausgaben* lagen um 0,3 Millionen unter dem Voranschlag. Auf Betrieb und Unterhalt (Büroautomation, BBL-eigene und bundesweite Fachanwendungen) entfielen 19,5 Millionen (86 %), auf Projekte 3,3 Millionen (14 %). Bei den Projektkosten entstand ein Minderbedarf (-2,3 Mio.). Dies ist einerseits auf weniger Leistungsbezug beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) zurückzuführen (unter anderem Priorisierungen aufgrund des Programms SUPERB) und andererseits entstand beim Projekt Gebäudeautomation (IKT Basisinfrastruktur Domotik) eine zeitliche Projektverschiebung. Der Mehraufwand (+2,0 Mio.) im Betrieb entstand durch die Finanzierung des Wechsels des Lizenzierungsmodells von SAP (SAP Conversion Single Metrik Lizenzen). Ein Teil der Mehrkosten wurde durch die Verwendung von zweckgebundenen Reserven SUPERB@BIL (Beschaffung Immobilien Logistik, +0,5 Mio.) finanziert. Für die Konvertierung des Vertrags- und Lieferantenmanagements auf die neue SAP-Umgebung S/4HANA wurden 1,4 Millionen und für die Gebäudeautomation (IKT Basisinfrastruktur Domotik) 2,3 Millionen ausgegeben.

Für die *Beratung* wurden rund 0,8 Millionen weniger ausgegeben, was hauptsächlich aufgrund der finanziellen angespannten Situation auf kurzfristig veränderte Prioritäten und punktuelle Reduktionen bei Vorhaben zurückzuführen ist. Rund 23 Prozent wurden für Mandate aus der LG1 (Unterbringung Bund zivil), 25 Prozent für die LG2 (Logistik für Güter und Dienstleistungen) und 52 Prozent für die Wahrnehmung bundesweiter Aufgaben aus der LG3 (Koordination und Support bei Beschaffungen des Bundes) ausgegeben. Dazu gehören Gutachten, Studien oder die externe Begleitung von Beschaffungsgeschäften durch das KBB, die KBOB, die BKB oder die BauPK.

Sowohl bei den *Betriebsausgaben Liegenschaften* (+3,5 Mio.) wie auch bei der *Instandsetzung Liegenschaften* (+1,9 Mio.) fielen insgesamt höhere Kosten von gut 5,4 Millionen an. Diese sind auf höhere Energiekosten und die Bauteuerung zurückzuführen.

Bei den *Mieten und Pachten* wurde der Voranschlag insgesamt um 4,8 Millionen unterschritten. Dies ist hauptsächlich auf Portfolioentscheide sowie fehlenden Verfügbarkeiten (Markt) zurückzuführen und es konnten Provisorien früher als erwartet abgelöst werden (z.B. Paris).

Im Übrigen enthalten die *Sach- und Betriebsausgaben* unter anderem die Ausgaben für Bürobedarf, Publikationen und Informatikmaterial (66,7 Mio.), für Material- und Waren (6,5 Mio.) sowie Post- und Versandkosten (10,9 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die *Abschreibungen* umfassen die folgenden Bereiche:

– Abschreibungen Gebäude	194,2 Mio.
– Rückbau/Anlageabgang Gebäude	17,6 Mio.
– Abschreibungen Mobilien	2,8 Mio.
– Abschreibung Software	8,8 Mio.
– Abschreibungen Informatik	0,9 Mio.

Der Lagerbezug von Waren und Materialien fiel mit 26 Millionen um 6,1 Millionen höher aus als budgetiert. Bei den Bewertungsänderungen resultieren 1,2 Millionen durch Verluste aus Verkauf Sachanlagen.

Finanzausgaben

Die *Finanzausgaben* umfassen die Leasingzinsen für das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen sowie die Währungsverluste in Zusammenhang mit dem Schweizer Haus Mailand (CSM).

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 1,4 Millionen für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, familienexterne Kinderbetreuung sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge
- Kreditverschiebung von EFV 180 000 Franken für das Programm SUPERB
- Kreditverschiebung von GS EFD 54 800 Franken für Rückforderung Besitzstandgarantie
- Kreditverschiebung von SEM 1,1 Millionen für zusätzliche Arbeitsplätze für Rechtsvertretungen und Mitarbeitende SEM
- Kreditverschiebungen verschiedener Verwaltungseinheiten zum BBL in Höhe von 1,2 Millionen zur Finanzierung von übernommenen Aufgaben im Bereich der Publikationsleistungen (BFE, swisstopo)
- Kreditverschiebung BBL Globalbudget Funktionsaufwand zu BBL Globalbudget Investitionen von 471 000 Franken für Mehrbedarf Passproduktion
- Kreditüberschreitung (Art. 35 Abs. 3 FHG) von 14,8 Millionen für leistungsbedingte Mehrerträge bei der Beschaffung für bundesnahe Institutionen
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 FHG) von 11,1 Millionen a.o. Abschreibungen
- Kreditüberschreitung 1 % (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 6,7 Millionen
- Verwendung von 466 000 Franken der zweckgebundenen Reserven «SUPERB@BIL»

Hinweise

Verpflichtungskredite: V0129.00, V0240.00, V0252.02, V2061.03, V0272.00, V0292.02, V0292.04, V0312.02, siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A201.0001 INVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	302 980 179	316 748 800	302 748 837	-13 999 963	-4,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>11 701 800</i>			
Laufende Ausgaben	16 859 676	–	32 074 597	32 074 597	–
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	4 687	–	732	732	–
Investitionsausgaben	286 115 816	316 748 800	270 673 508	-46 075 292	-14,5

Das Globalbudget Investitionen wurde zu rund 89 Prozent für zivile Bauprojekte und zu 11 Prozent für Maschinen und Einkäufe von Logistikgütern (Passkomponenten, Büromaterial, Mobiliar und Hausdienstmaterial) beansprucht.

Aufgrund von Projektverzögerungen (Unterkunfts- und Ausbildungsgebäude in Magglingen, Bundesasylzentrum in Le Grand-Saconnex Genf) konnten Mittel im Umfang von 14 Millionen nicht wie geplant im 2023 eingesetzt werden. Da diese Mittel in den kommenden Jahren benötigt werden, werden zweckgebundene Reserven beantragt.

Die wichtigsten Liegenschaftsprojekte 2023 waren:

– Bern, Guisanplatz 1, Neubau Verwaltungsgebäude 2. Etappe	28,6 Mio.
– Zollikofen, Eichenweg 5, Neubau Verwaltungsgebäude 3. Etappe	21,1 Mio.
– Zollikofen, Eichenweg 7, Neubau Verwaltungsgebäude 4. Etappe	15,0 Mio.
– Tenero, Via Brere 10, Ausbau Sportzentrum 4. Etappe	11,0 Mio.
– Balerna/Novazzano, Kauf, Neu- und Umbau Bundesasylzentrum	10,9 Mio.
– Magglingen, Alpenstrasse 16, Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration	9,6 Mio.
– Ittigen, Mühlestrasse 2, Sanierung und Umbau Verwaltungsgebäude	8,3 Mio.
– Posieux, Route de Grangeneuve, Ersatzneubau Verpflegungs- und Konferenzgebäude	6,2 Mio.

- Le Grand-Saconnex, Chemin du Bois-Brûlé, Neubau Bundesasylzentrum 6,2 Mio.
- Tenero, Via Brere 10, Ersatzneubau Unterkunftsgebäude 5,9 Mio.
- Bern, Kochergasse 5, Teilsanierung Infrastruktur und Sanitäranlagen 4,8 Mio.
- Singapur, Swiss Club Link 1, Gesamtsanierung und Erweiterung der Kanzlei 4,5 Mio.

In der LG2 (Logistik für Güter und Dienstleistungen) wird das Investitionsbudget aufgrund der verzögerten Einführung des neuen Schweizer Passes und der Identitätskarte IDK (+5,4 Mio.) überschritten. Dafür wurden zweckgebundene Reserven verwendet, welche in den vergangenen Jahren gebildet wurden.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung von BASPO in Höhe von 1,8 Millionen für Investitionen neue Sportanlage Tenero
- Kreditverschiebung von NDB in Höhe von 0,3 Millionen für Kostenbeteiligung Loft
- Kreditverschiebung von BAR und fedpol in Höhe von 0,2 Millionen für verschiedene Bedürfnisse
- Kreditverschiebung von SEM in Höhe von 0,6 Millionen für Videoüberwachung
- Kreditverschiebung BBL Globalbudget Funktionsaufwand zu BBL Globalbudget Investitionen von 471 000 Franken für Mehrbedarf Passproduktion
- Kreditüberschreitung 1 % (Art. 36 Abs. 2 FHG) in Höhe von 3,1 Millionen für Mehrbedarf Investitionen
- Verwendung von 5,4 Millionen der zweckgebundenen Reserven Erneuerung Pass und Projekt IDK

Hinweise

Verpflichtungskredite: V0272.00, V0282.01, V0282.02, V0282.03, V0292.00 bis V0292.09, V0312.01, V0318.00, V0318.01, V0318.02, V0334.00 bis V0334.05, V0354.00 bis V0354.02, V0365.00 bis V0365.05, V0384.00 bis V0384.04, V0398.00 bis V0398.03, siehe Band 1B, Ziffer B 1; für abgerechnete Verpflichtungskredite, siehe Band 1A, Ziffer D 21.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Unterbringung Bund zivil		LG 2: Logistik für Güter und Dienstleistungen		LG 3: Koordination und Support bei Beschaffungen des Bundes	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	738	791	162	147	46	44
Personalausgaben	50	52	29	29	13	14
Sach- und Betriebsausgaben	251	279	90	90	21	21
davon Informatik	2	4	3	3	13	16
davon Beratung	0	0	1	0	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	201	218	30	25	2	9
Verwaltungsvermögen						
Finanzausgaben	4	4	–	–	–	–
Investitionsausgaben	233	238	14	3	10	–
Vollzeitstellen (Ø)	405	401	201	195	74	78

A202.0134 INVESTITIONEN ETH-BAUTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	224 760 000	201 221 000	201 221 000	0	0,0
davon Kreditmutationen		-13 279 000			
Laufende Ausgaben	18 396 330	–	22 240 979	22 240 979	–
Investitionsausgaben	206 363 670	201 221 000	178 980 021	-22 240 979	-11,1

Der Bund stellt die bauliche Infrastruktur für den ETH-Bereich bereit.

Folgende grössere Projekte wurden bearbeitet:

- ETH Zürich, HPQ Neubau 34,4 Mio.
- ETH Zürich, HIF Sanierung 29,2 Mio.
- EMPA, neuer Forschungscampus 24,9 Mio.
- ETH Zürich, Sanierung HPT 7,2 Mio.
- EPFL Energiezentrale und Data Center 4,1 Mio.
- ETH Zürich, BSS Neubau 3,1 Mio.
- ETH Zürich, ML/FHK Sanierung 2,7 Mio.
- ETH Zürich, HG Sanierung 2,7 Mio.
- PSI, Neubau WLGB 1,3 Mio.

Die restlichen Mittel wurden für verschiedene kleinere Vorhaben verwendet. Diese Vorhaben dienen der Wert- und Funktionserhaltung des Immobilienbestands sowie der bedarfsgerechten Erweiterung des Flächen- und Infrastrukturangebots.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung ohne BRB von 0,2 Millionen für leistungsbedingte Mehrerträge Kofinanzierung Drittmittel Gasversorgung Zürich GVZ
- Kreditverschiebung von 13,5 Millionen zu GS-WBF 701/A231.0181 «Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich» aufgrund von Verzögerungen bei Bauvorhaben

Rechtsgrundlagen

ETH-Gesetz vom 4.10.1991 (SR 414.110), Art. 34b; V über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes (VILB; SR 172.010.21).

Hinweise

Verwaltungseinheitenübergreifende Zahlungsrahmen «Bereich der Eidg. Techn. Hochschulen (ETH-Bereich) 2021–2024» (Z0014.04), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

Verpflichtungskredite «ETH Bauten» (V0233.01, V0248.01, V0255.00, V0269.00 bis V0269.02, V0295.00, V0295.01, V0308.00, V0308.03, V0324.00, V0324.01, V0343.00 bis V0343.04, V0360.00, V0360.01, V0376.00 bis V0376.03, V0379.00, V0392.00, V0392.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1; für abgerechnete Verpflichtungskredite, siehe Band 1A, Ziffer D 21.

Zwischen den Krediten GS-EDI 701/A231.0181 «Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich» und BBL 620/A202.0134 «Investitionen ETH-Bereich» besteht eine Verschiebungsmöglichkeit im Umfang von 20 Prozent des Investitionskredits (vgl. BB Ia über den Voranschlag, Art. 8 Abs. 5).

A202.0135 LIEGENSCHAFTSAUFWAND ETH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	170 894 905	183 317 000	183 316 939	-61	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		16 592 000			
Laufende Ausgaben	545 672	–	-751 577	-751 577	–
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	170 349 234	183 317 000	184 068 516	751 516	0,4

Die Anlagen des ETH-Bereiches im Eigentum des Bundes wurden um 184,1 Millionen abgeschrieben (inkl. Anlagenabgänge). Zusätzlich wurden insgesamt Rückstellungen über 0,8 Millionen aufgelöst.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 FHG) von 16,6 Millionen für Abschreibungen Liegenschaften

A202.0180 PROGRAMM SUPERB

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	71 099 690	71 691 600	71 691 561	-39	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		16 686 600			
Funktionsaufwand	70 217 889	71 691 600	65 424 749	-6 266 851	-8,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	70 217 699	71 691 600	65 424 749	-6 266 851	-8,7
Sach- und Betriebsausgaben	70 217 699	71 691 600	65 424 749	-6 266 851	-8,7
<i>davon Informatik</i>	69 830 199	70 556 600	65 281 019	-5 275 581	-7,5
<i>davon Beratung</i>	327 097	–	65 095	65 095	–
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	190	–	–	–	–
Investitionsausgaben	881 801	–	6 266 812	6 266 812	–

Das Programm SUPERB beinhaltet die Modernisierung von Supportprozessen der Bundesverwaltung in den Bereichen Finanzen, Personal, Logistik, Beschaffung und Immobilien sowie die IKT-Unterstützung dieser Prozesse. Die «Enterprise Ressource Planning»-Systeme (ERP-Systeme) der zivilen Bundesverwaltung werden auf den SAP-Standard «S/4HANA» migriert. Die neue SAP-Plattform verändert Datenmodelle und Prozesse und bietet etliche Möglichkeiten, die Support- und Geschäftsprozesse zu vereinfachen und zu optimieren und somit – im Sinne der Digitalisierung – zusätzlichen Nutzen zu realisieren. Das Programm SUPERB wird als IKT-Schlüsselprojekt des Bundes geführt und von der Eidgenössischen Finanzkontrolle periodisch überprüft. Leistungserbringer für die Umsetzung von SUPERB sowie den Betrieb, die Wartung und Weiterentwicklung ist das Bundesamt

für Informatik und Telekommunikation (BIT). Die geplanten Gesamtaufwendungen des Programms SUPERB für die Jahre 2020 bis 2026 belaufen sich auf 365 Millionen (Dienstleistungen Dritter bzw. Dienstleistungen des internen Leistungserbringers BIT). Zuzüglich werden 120 Millionen in Form von Eigenleistungen erbracht.

Im Jahr 2023 wurden Mittel in Höhe von 71,7 Millionen verwendet. Das Programm SUPERB hat am 18.9.2023 die Supportprozesse der zivilen Bundesverwaltung auf die neueste SAP-Technologie S/4 migriert (Schritt 2 des Step-by-Step Vorgehens). Zudem wurden am 30.9.2023 die Systeme im Bereich des Berichtswesens (Analytics-Systeme) mit den Planungsanwendungen und Berichten umgestellt. Die sehr anspruchsvolle Migration erfolgte rund 15 Monate früher als gemäss Botschaft SUPERB geplant. Mit dieser erfolgreichen Produktivsetzung konnte ein bedeutender Meilenstein erreicht und eine wichtige Grundlage für die weiterführende digitale Transformation der Bundesverwaltung gelegt werden. Im Bereich *Finanzen* wurden neben umfassenden technischen und fachlichen Anpassungen auch die zentrale Verwaltung des Geschäftspartners (Stammdatenverwaltung) eingeführt sowie die Zentralisierung und Harmonisierung des Kontenplans in der Bundesverwaltung umgesetzt.

Damit nach der Systemumstellung auf allfällige Betriebsherausforderungen rasch reagiert werden konnte, wurde eine intensivierete Betreuung (Hypercare) durch das Programm eingeleitet. Diese Organisation hat sich im Bereich des Kreditorenworkflows, wo im Anschluss an die Produktivsetzung Probleme auftraten, sehr bewährt. Sie diente auch zur Sicherstellung des Abschlusses der Jahresrechnung des Bundes für das Jahr 2023.

Im Bereich *Personal* wurden die Personalzeitwirtschaft sowie das Spesenmanagement für Dienstreisen und Spesen realisiert. Zudem wurden in diesem Kontext die Spesenberichte überarbeitet. Der «SAP Companion for Web» wurde auf diversen Systemen konfiguriert und erfolgreich erste Schulungsunterlagen damit erstellt.

Im Bereich *Beschaffung* fand der Go-Live (Schritt 2) der Beschaffungs-, Logistik- und Vertriebslösungen statt. Danach wurden die notwendigen Fehlerkorrekturen vorgenommen und das Projektteam auf die neue Programmphase ausgerichtet.

Im Bereich *Immobilien* wurden die Konvertierung auf S/4HANA inkl. der neuen Lösung «Flächenmanagement» als Vollintegration in SAP umgesetzt. Zudem wurde das Branchentool für die strategische Erhaltungsplanung realisiert.

Im Bereich *VBS zivil* konnten die bis Ende 2023 vorgesehenen Arbeiten zu den Themenbereichen Finanzen, Personal, Beschaffung und Fachanwendungen bearbeitet und abgeschlossen werden. Zudem wurde das Vorgehen für Anpassungen der bestehenden Entwicklungsobjekte aus dem heutigen System definiert.

Ein Mehrbedarf ergab sich vorwiegend aufgrund von aufgehobten Verzögerungen bzw. verschobenen Arbeiten aus den Vorjahren (inkl. Entflechtung SAP-Lösungen der zivilen VBS Verwaltungseinheiten). Dieser wurde mittels diverser Kreditabtretungen und durch die Verwendung von zweckgebundenen Reserven finanziert.

Kreditmutationen

- Kreditabtretung von zentralen Digitalisierungsmitteln der BK DTI von 11,3 Millionen
- Kreditabtretung von EPA von 0,2 Millionen für Services SAP HR
- Kreditabtretung von GS VBS von 0,8 Millionen für Entflechtung SAP zivile VE VBS
- Kreditabtretung an BIT von 2,2 Millionen für Beschaffung Server
- Kreditabtretung an EPA von 0,4 Millionen für SAP Services für Success Factors und weitere Cloud Anwendungen
- Kreditüberschreitung 1 % (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 0,6 Millionen
- Verwendung von 6,5 Millionen zweckgebundene Reserven Programm SUPERB

Rechtsgrundlagen

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV, SR 611.01), Art. 20 Abs. 3.

Hinweise

Verwaltungsübergreifender Verpflichtungskredit «Programm SUPERB» (V0350.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. Verpflichtungskredit «Programm ERP Systeme V/ar» (V0351.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1; Vgl. Verteidigung 525.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	48 552 811	48 552 811
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 676 500	1 676 500
Auflösung / Verwendung	–	-12 329 400	-12 329 400
Endbestand per 31.12.2023	–	37 899 911	37 899 911
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	14 000 000	14 000 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

- «Erneuerung Schweizerpass» und «Neue Identitätskarte» (5,4 Mio.): Aufgrund der Verzögerung bei den Passprojekten wurden Investitionen zur Erneuerung der Infrastruktur erst im Jahr 2023 getätigt.
- SUPERB@BIL (0,5 Mio.): Für Wechsel Lizenzierungsmodell von SAP (SAP Conversion Single Metrik Lizenzen)
- Programm SUPEB (6,5 Mio.): Mehrbedarf aufgrund von aufgehobenen Verzögerungen bzw. verschobenen Arbeiten aus den Vorjahren

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (37,9 Mio.) bestehen hauptsächlich für Bauprojekte der Bundesasylzentren (30 Mio.), für die Vorhaben «Erneuerung Schweizerpass» und «Neue Identitätskarte» (1,6 Mio.) sowie das Projekt «SUPERB@BIL (Beschaffung Immobilien Logistik)» (0,9 Mio.) und das Programm SUPERB (5,4 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es werden zweckgebundene Reserven in Höhe von 14 Millionen aus dem Kredit A201.0001 Investitionen (Globalbudget) beantragt:

- Magglingen, Neubau Unterkunfts- und Ausbildungsgebäude (13 Mio.): Projektverzögerung aufgrund einer Petition. Derzeitig wird frühestens 2029 mit der Inbetriebnahme gerechnet
- Le Grand-Saconnex, Neubau Bundesasylzentrum (1 Mio.): Projektverzögerung aufgrund Brandfall im Mai 2022.

EIDG. DEPARTEMENT FÜR
WIRTSCHAFT, BILDUNG UND
FORSCHUNG

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

7	EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG	153
701	GENERALSEKRETARIAT WBF	159
704	STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT	173
708	BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT	203
710	AGROSCOPE	219
724	BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG	227
725	BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN	233
727	WETTBEWERBSKOMMISSION	241
735	BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENT	247
740	SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE	253
750	STAATSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION	259
785	INFORMATION SERVICE CENTER WBF	283

EIDG. DEPARTEMENT FÜR WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	508,0	361,1	402,9	-105,1	-20,7
Laufende Ausgaben	13 650,0	13 154,1	12 557,4	-1 092,7	-8,0
Eigenausgaben	654,7	691,0	595,3	-59,5	-9,1
Transferausgaben	12 995,3	12 463,1	11 962,1	-1 033,2	-8,0
Selbstfinanzierung	-13 142,1	-12 792,9	-12 154,5	987,6	7,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-163,9	-244,1	-192,5	-28,6	-17,4
Jahresergebnis	-13 306,0	-13 037,0	-12 347,0	959,0	7,2
Investitionseinnahmen	33,4	45,3	32,4	-1,0	-2,9
Investitionsausgaben	190,5	271,3	216,8	26,3	13,8

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	595	413	2 255	86	68	11 962
701 Generalsekretariat WBF	-56	20	98	4	1	3 101
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	163	103	523	19	25	931
708 Bundesamt für Landwirtschaft	76	43	226	11	14	3 474
710 Agroscope	190	126	771	10	7	-
724 Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	12	8	41	2	2	1
725 Bundesamt für Wohnungswesen	10	6	27	1	3	5
727 Wettbewerbskommission	16	13	64	1	0	-
735 Bundesamt für Zivildienst	38	17	119	5	0	3
740 Schweizerische Akkreditierungsstelle	12	8	42	1	3	0
750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	91	54	259	6	14	4 446
785 Information Service Center WBF	44	16	85	26	0	-

GENERALSEKRETARIAT WBF

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung des Departementsvorstehers in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen sowie der Kommunikation
- Steuerung und Koordination der Ressourcen des Departements, inkl. Synergieförderung und Governance
- Wahrnehmung der Eignerinteressen des Bundes gegenüber dem ETH-Bereich, der EHB, der SERV, der SIFEM AG, der Identitas AG und der Innosuisse
- Preisüberwachung: Verhinderung von Preismissbrauch
- Büro für Konsumentenfragen: Förderung von Konsumenteninformation und -schutz zur Gewährleistung einer dynamischen Wirtschaft

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	1,1
Laufende Ausgaben	3 001,8	3 130,4	3 045,6	43,8	1,5
Eigenausgaben	27,0	29,0	-55,7	-82,7	-306,7
Transferausgaben	2 974,9	3 101,3	3 101,3	126,5	4,3
Selbstfinanzierung	-3 001,7	-3 130,3	-3 045,5	-43,8	-1,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	-3 001,7	-3 130,3	-3 045,5	-43,8	-1,5
Investitionsausgaben	-	0,0	-	-	-

KOMMENTAR

Die negativen Eigenausgaben sind mehrheitlich auf die Auflösung von Rückstellungen für die Abfälle aus Beschleuniger- und Kernanlagen im ETH-Bereich (PSI) im Umfang von 83,2 Millionen zurückzuführen.

Die Transferausgaben setzen sich aus den Beiträgen an den ETH-Bereich, die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB), die Innosuisse sowie die Konsumentenorganisationen zusammen. Der Zuwachs von 127 Millionen gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf das gemäss BFI-Botschaft 2021-2024 geplante Wachstum zurückzuführen. Diese Mittel sind schwach gebunden.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- IKT-Sourcing-Strategie Bund beim ISCeco: Start Aufbau der IKT-Plattformen für die neuen Fachanwendungen des WBF (erreicht)
- Einführung SUPERB: Umsetzung der Supportprozesse im WBF (erreicht)
- Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS): Aufbau und Inbetriebnahme eines ISMS gemäss Informationssicherheitsverordnung (ISV) (teilweise erreicht)

Das GS-WBF hat sich aus Effizienz- und Synergienutzungsgründen entschieden, die übergeordneten Vorgaben und Umsetzungsempfehlungen des VBS sowie die Beschaffung der bundesweiten ISMS-Anwendung abzuwarten. Konzeptionelle Arbeiten sind im Gange.

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat stellt dem Departementsvorsteher führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt ihn bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und sichert die Information. Es koordiniert und steuert die Ressourcen und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Als Eigner nimmt es Einfluss auf den ETH-Bereich, die Innosuisse, die EHB, die SERV, die SIFEM AG sowie die Identitas AG.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,1	83,3	83,2	n.a.
Aufwand und Investitionsausgaben	20,9	22,2	21,2	-1,0	-4,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgen			
- Strategische Ziele sind vorhanden; mit den Einheiten wird jährlich mind. 1 Eignergespräch geführt (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

LG2: PREISÜBERWACHUNG

GRUNDAUFTRAG

Die Preisüberwachung ist eine Wettbewerbsbehörde. Das oberste Ziel sind möglichst wettbewerbsnahe Preise. Ihre Hauptaufgaben sind die Verhinderung missbräuchlicher Preise, die Preisbeobachtung sowie die Orientierung der Öffentlichkeit. Grundsätzlich werden jene Preise überprüft, welche von marktmächtigen Unternehmen oder dem Staat festgelegt werden. Zu den wichtigsten Gebieten gehören: Tarife des öffentlichen Verkehrs, die wichtigsten Posttaxen, die Wasser-, Abwasser- und Abfallpreise der Gemeinden, die Kaminfeger-, Fernwärme- und Telekompreise, die Gebühren für Radio und Fernsehen, die Medikamentenpreise, die Spital- und Ärztetarife sowie seit Kürzerem auch Preise marktmächtiger (digitaler) Plattformen und aufgrund der Ukraine Krise in starkem Masse zunehmend Energiepreise, allen voran Preise der Gasversorgungsunternehmen sowie von Treibstoffen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	0,0	–	0,0	-100,0
Aufwand und Investitionsausgaben	5,1	5,2	5,4	0,1	2,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Missbrauchspotenzial: Der Preisüberwacher führt bei Fällen mit Anhaltspunkten für ein hohes Missbrauchspotenzial eine vertiefte Analyse durch			
– Vertiefte Analysen bei Unternehmen (% , min.)	11	50	13
– Vertiefte Analysen bei Behörden (% , min.)	51	75	42

KOMMENTAR

Beide Ziele wurden nicht erreicht.

Bei den von *Unternehmen selbständig festgelegten Preisen* konnten 13 Prozent der Fälle mit hohem Missbrauchspotential vertieft analysiert werden. Das Ziel von 50 Prozent wurde damit deutlich verfehlt. Ursache ist eine starke Kapazitätsauslastung, die vor allem vermehrte Abklärungen im Krankenzusatzversicherungsbereich erschwerte. Unter Ausklammerung des Gesundheitswesens resultierte mit 43 Prozent Anteil der vertieft analysierten Fälle mit hohem Missbrauchspotential ein deutlich besserer Zielerreichungsgrad.

Bei den *behördlich festgelegten Preisen* wurden 42 Prozent der Fälle mit hohem Missbrauchspotential vertieft untersucht (Ziel: 75 %). Das Ziel konnte vor allem im Bereich der Spitaltarife nicht erreicht werden, weil die entsprechenden Konsultationen von den Kantonen noch nicht unterbreitet worden sind. Unter Ausklammerung des Gesundheitswesens wurde ein Wert von 74 Prozent erreicht, das Ziel wurde in diesen Bereichen somit nur knapp verfehlt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	94	59	83 269	83 210	n.a.
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	94	59	83 269	83 210	n.a.
Aufwand / Ausgaben	3 001 828	3 130 380	3 128 813	-1 567	-0,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	25 974	27 367	26 505	-862	-3,2
Kreditverschiebung		-5			
Abtretung		1 459			
A202.0136 Departementaler Ressourcenpool	-	637	-	-637	-100,0
Abtretung		-2 364			
A202.0137 Büro für Konsumentenfragen	998	1 029	961	-68	-6,6
Kreditverschiebung		-40			
Abtretung		22			
Transferbereich					
LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften und Ressourcen					
A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich	2 441 410	2 534 998	2 534 998	0	0,0
Kreditverschiebung		13 490			
A231.0182 Beitrag an Unterbringung ETH-Bereich	201 600	195 200	195 200	0	0,0
A231.0183 Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB)	38 069	38 750	38 750	0	0,0
A231.0184 Unterbringung EHB	2 396	2 420	2 420	0	0,0
A231.0185 BFK: Konsumenteninfo	976	983	983	0	0,0
A231.0380 Finanzierungsbeitrag an Innosuisse	289 752	328 337	328 337	0	0,0
A231.0381 Unterbringung Innosuisse	653	659	659	0	0,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	94 483	58 700	83 268 809	83 210 109	n.a.

Der Funktionsertrag des GS-WBF umfasst Gebühren für Kontrollen (Fr. 11 750) und Bussen (Fr. 26 840) für Verstösse gegen die Deklaration von Holz und Holzprodukten sowie die Bussen und Gebühren für Verstösse gegen die Deklaration von Pelzprodukten (Fr. 11 270). Zudem beinhaltet diese Position diverse Einnahmen (Provision für das Quellensteuerinkasso), Erträge aus der Vermietung von Parkplätzen an die Mitarbeitenden (Fr. 27 180) und die CO₂-Lenkungsabgabe (Fr. 10 310).

Der Voranschlagswert wurde deutlich überschritten: Für die Endlagerung der bis Ende des Jahres 1999 angefallenen radioaktiven Abfällen aus Beschleuniger- und Kernanlagen im ETH-Bereich (PSI) waren Rückstellungen von insgesamt 308,2 Millionen eingestellt. Diese Rückstellungen werden alle fünf Jahre neu bewertet und angepasst. Aufgrund der aktualisierten Berechnung konnten Rückstellungen in der Höhe von 83,2 Millionen aufgelöst werden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.12.1968 über das Verwaltungsverfahren (VWVG; SR 172.021); V vom 4.6.2010 über die Deklaration von Holz und Holzprodukten (SR 944.021); Pelzdeklarationsverordnung vom 7.12.2012 (SR 944.022)

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	25 973 924	27 367 338	26 505 153	-862 185	-3,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 454 438</i>			
Funktionsaufwand	25 973 924	27 367 338	26 505 153	-862 185	-3,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	25 972 174	27 365 538	26 503 403	-862 135	-3,2
Personalausgaben	18 700 978	19 489 400	19 493 453	4 053	0,0
Sach- und Betriebsausgaben	7 271 196	7 876 138	7 009 950	-866 188	-11,0
<i>davon Informatik</i>	<i>4 226 206</i>	<i>5 344 538</i>	<i>4 357 935</i>	<i>-986 603</i>	<i>-18,5</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>461 633</i>	<i>173 000</i>	<i>316 059</i>	<i>143 059</i>	<i>82,7</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 750	1 800	1 750	-50	-2,8
Verwaltungsvermögen					
Vollzeitstellen (Ø)	91	93	94	1	1,1

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen höher als budgetiert und wurden mit einer Kreditabtretung aus dem Ressourcenpool WBF und einer Kreditverschiebung aus dem Büro für Konsumentenfragen abgedeckt. Damit wurden punktuelle und befristete Verstärkungen in der Preisüberwachung, im Stab, dem Bereich Ressourcen sowie zusätzliche Hochschulpraktikantenstellen finanziert.

Sach- und Betriebsausgaben

Rund 63 Prozent der Informatiksachausgaben wurden für Projekte eingesetzt, die restlichen 37 Prozent für Betrieb und Wartung. Die Ausgaben in diesem Bereich lagen um rund 1,0 Millionen unter dem budgetierten Wert, was auf Verzögerungen bei diversen Projekten zurückzuführen ist:

- Beim Programm *SUPERB* wurde auf Stufe Bund eine Neuplanung vorgenommen, weshalb sich gewisse Arbeiten, insbesondere für die Anbindung der Fachanwendungen, auf die Folgejahre verschieben (0,13 Mio.).
- Im Rahmen der digitalen Transformation haben mehrere WBF Verwaltungseinheiten Initiativen lanciert und Mittelbedürfnisse gemeldet. Das GS-WBF unterstützt die Ämter mit Anschubfinanzierungen um sicherzustellen, dass die Prinzipien der Strategie Digitale Bundesverwaltung umgesetzt werden und innerhalb des WBF möglichst viele Synergien genutzt werden können. Verschiedene Projektarbeiten konnten nicht 2023 abgeschlossen werden (0,2 Mio.).
- Das Projekt *TransFit* hat zum Ziel, das ISCeco auf die wachsenden Bedürfnisse der Digitalisierung im Departement auszurichten. Im Jahr 2023 stand die Ausstattung der neuen Netzwerkzonen des RZ-Verbundes im Vordergrund. Bei der Lieferung von Hardware kam es teilweise zu Verzögerungen (0,3 Mio.).
- Die Vorbereitungsarbeiten der Einführung von *CEBA* (Cloud Enabled Büro Automation) haben sich auf Ebene Bund verzögert. Diese Arbeiten werden in Abhängigkeit des DTI-Projektes umgesetzt (0,3 Mio.).

Für die verzögerten Projekte werden zweckgebundene Reserven beantragt.

Bei den Beratungsausgaben wurden für Beratungsleistungen in Sachen Bundesbürgschaften zur Finanzierung von Hochseeschiffen 0,3 Millionen und damit 0,2 Millionen mehr als budgetiert benötigt.

Die verbleibenden *Sach- und Betriebsausgaben* lagen im Rahmen des Budgets.

Kreditmutationen

- Abtretung von 729 700 Franken vom Eidgenössischen Personalamt (EPA) für Lernende, Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten, familienexterne Kinderbetreuung, für die berufliche Integration sowie für Lohnmassnahmen
- Abtretung von 425 000 Franken aus dem departementalen Ressourcenpool (A202.0136) zum Ausgleich von Personalkosten
- Kreditabtretung von 300 000 Franken aus dem departementalen Ressourcenpool (A202.0136) für die RZ-Migration Fachanwendungen
- Kreditverschiebung von 40 000 Franken aus dem Büro für Konsumentenfragen (A202.0137) zum Ausgleich von Personalkosten
- Abtretung von 4 738 Franken aus dem departementalen Ressourcenpool (A202.0136) für Anpassungen an Fachanwendungen
- Kreditverschiebung von 45 000 Franken aus zentralen Mitteln Standarddienste für die Desk Sharing Reservationslösung des SECO

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Führungsunterstützung, Steuerung und Koordination von Geschäften und Ressourcen		LG 2: Preisüberwachung	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	21	21	5	5
Personalausgaben	14	15	5	5
Sach- und Betriebsausgaben	7	6	1	1
davon Informatik	4	4	0	0
davon Beratung	0	0	-	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen				
Vollzeitstellen (Ø)	71	73	20	21

A202.0136 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	-	637 210	-	-637 210	-100,0
davon Kreditmutationen		-2 363 890			
Funktionsaufwand	-	614 410	-	-614 410	-100,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	-	614 410	-	-614 410	-100,0
Personalausgaben	-	324 500	-	-324 500	-100,0
Sach- und Betriebsausgaben	-	289 910	-	-289 910	-100,0
davon Informatik	-	151 110	-	-151 110	-100,0
davon Beratung	-	138 800	-	-138 800	-100,0
Investitionsausgaben	-	22 800	-	-22 800	-100,0

Dieser Kredit dient der Departementsleitung des WBF zur Finanzierung von temporären Personaleinsätzen in den Verwaltungseinheiten (z.B. wegen Langzeitkrankheiten oder zeitlich beschränktem Ressourcenbedarf), zur Finanzierung von departemental geführten IT-Projekten und zur Unterstützung der Verwaltungseinheiten für Informatik- und Beratungsvorhaben. Für den Fall, dass eine Verwaltungseinheit Bedarf anmeldet, beinhaltet der Kredit auch Mittel zur Beschaffung von Personenwagen (Fr. 22 800).

Für die Anbindung von Fachapplikationen an das neue SAP S/4HANA System waren 0,4 Millionen budgetiert. Aufgrund der Möglichkeit, vorerst die Fachanwendungen mittels Dispatcher an SAP S/4HANA anzubinden, sind diese Kosten tiefer ausgefallen (0,2 Millionen). In diesem Kredit erfolgen grundsätzlich keine Verbuchungen.

Kreditmutationen

- Abtretung von 55 000 Franken an die WEKO (A200.0001) zur Deckung des Mehraufwands für Parteientschädigungen und Hausdurchsuchungen
- Abtretung von 115 600 Franken an das BAFU für einen beruflichen Wiedereinstieg
- Abtretung von 165 000 Franken an das BWL (A200.0001) zum Ausgleich von Personalkosten
- Abtretung von 425 000 Franken an das GS-WBF (A200.0001) zum Ausgleich von Personalkosten
- Abtretung von 42 218 Franken an das BWL (A200.0001) für das Projekt Monitoring medizinische Güter
- Abtretung von 26 400 Franken an das SBFI (A200.0001) für die Anpassung der Schnittstelle zu SAP S/4HANA der Fachanwendung Maturität
- Abtretung von 4 738 Franken an das GS-WBF (A200.0001) für die Anpassung Fachanwendungen
- Abtretung von 152 334 Franken an das BLW (A200.0001) für die Anpassung der Schnittstellen zu SAP S/4HANA der Fachanwendung eKontingente, dbMilch und ProVar
- Abtretung von 7 000 Franken an das BWO (A200.0001) für die Anpassung der Schnittstelle zu SAP S/4HANA der Fachanwendung Wohnweb
- Abtretung von 6 600 Franken an das SECO (A200.0001) für die Anpassung der Schnittstelle zu SAP S/4HANA der Fachanwendung Elic und eSHAB
- Abtretung von 1 050 000 Franken an das BWL (A200.0001) für die Studie Treibstoffrationierung sowie Beteiligung an den Kosten für das Gasmonitoring
- Abtretung von 14 000 Franken an das BWL (A200.0001) für die Beteiligung an den Kosten für die Automatisierung des Prozesses Marktabfrage Humanarzneimittel
- Abtretung von 300 000 Franken an das GS-WBF (A200.0001) für die Kosten RZ-Migration Fachanwendungen

Rechtsgrundlagen

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.07), Art. 20 Abs. 3.

A202.0137 BÜRO FÜR KONSUMENTENFRAGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	997 664	1 028 500	960 731	-67 769	-6,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>-18 200</i>			
Funktionsaufwand	997 664	1 028 500	960 731	-67 769	-6,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	997 664	1 028 500	960 731	-67 769	-6,6
Personalausgaben	947 703	940 400	926 967	-13 433	-1,4
Sach- und Betriebsausgaben	49 961	88 100	33 765	-54 335	-61,7
<i>davon Beratung</i>	<i>19 208</i>	<i>20 700</i>	<i>20 172</i>	<i>-528</i>	<i>-2,6</i>
Vollzeitstellen (Ø)	5	5	4	-1	-20,0

Das Eidgenössische Büro für Konsumentenfragen (BFK) ist das Kompetenzzentrum des Bundes für die Belange der Konsumentinnen und Konsumenten im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Das BFK vertritt die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten in der Bundesverwaltung und in internationalen Gremien. Es identifiziert Dysfunktionen im Markt, welche die Konsumentinnen und Konsumenten daran hindern, ihre Funktion als Motor für wirtschaftliches Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft wahrzunehmen und sorgt für deren Linderung/Behebung. Das BFK skizziert Lösungsvorschläge, setzt sich für deren Umsetzung ein, beteiligt sich an der Ausgestaltung von Massnahmen und sichert deren Zweckmässigkeit und Qualität.

Des Weiteren erfüllt das BFK folgende Aufgaben:

- Es vergibt Finanzhilfen an Konsumentenorganisationen.
- Es vollzieht die Kontrolle der Holzdeklaration.
- Es fungiert als Sekretariat der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen (EKK).
- Es führt gemeinsam mit dem SECO die Informations- und Meldestelle Produktsicherheit, u.a. betreibt es in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Marktaufsichtsbehörden die Web-App für Produktrückrufe «RecallSwiss».

Die Sach- und Betriebsausgaben dienen dem Beizug von Sachverständigen für Expertisen, Gutachten und Beratungsleistungen sowie für Entschädigungen der Mitglieder der EKK.

Kreditmutationen

- Abtretung von 21 800 Franken vom Eidgenössischen Personalamt (EPA) für zusätzliche PK-Beiträge und Lohnmassnahmen
- Kreditverschiebung von 40 000 Franken an den Funktionsaufwand (Globalbudget) des Generalsekretariats WBF (A200.0001) zum Ausgleich von Personalkosten

Rechtsgrundlagen

Organisationsverordnung vom 14.6.1999 für das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (OV-WBF; SR 172.216.1).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 584 600	2 584 600
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 548 600	1 548 600
Endbestand per 31.12.2023	–	4 133 200	4 133 200
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 243 408	1 243 408

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im 2023 wurden keine Reserven aufgelöst oder verwendet.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (4,1 Mio.) entfallen auf folgende Projekte:

- Hochseeschiffahrt: 0,4 Mio
- Integrale Sicherheit: 0,1 Mio.
- PGM SUPERB WBF: 0,8 Mio.
- SUPERB zentrale Mittel für die Anpassung von Fachanwendungen: 1,6 Mio.
- BWL Digitalisierungsvorhaben: 0,3 Mio.
- SUPERB Aufbau WSG-HUB WBF: 0,9 Mio.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Gesamthaft werden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 1,2 Millionen beantragt:

- 25885 PGM SUPERB WBF 132 042 Franken

Aufgrund der Neuplanung des Programms SUPERB werden die für 2023 geplanten Arbeiten, insbesondere für die Anbindung der Fachanwendungen ohne Dispatcher an MDG-Once-Only, auf die Folgejahre verschoben.

- Umsetzung Strategie Digitale Bundesverwaltung im WBF 203 500 Franken

Im Rahmen der digitalen Transformation haben mehrere Verwaltungseinheiten des WBF Initiativen gestartet und Mittelbedarf angemeldet. Diese Entwicklung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Das GS-WBF unterstützt die Ämter mit Anschubfinanzierungen, damit die Grundsätze der Strategie Digitale Bundesverwaltung umgesetzt und Synergien innerhalb des WBF optimal genutzt werden können.

- ISCeco TransFit 300 000 Franken

Aufgrund der Corona-Pandemie haben sich diverse Arbeiten verzögert und werden in den Jahren 2023 und 2024 weitergeführt.

- SUPERB zentrale Mittel Fachanwendungen 258 866 Franken

Die meisten Fachanwendungen des WBF konnten 2023 über einen Dispatcher an das neue SAP-System angebunden werden. Die Anbindung an MDG-Once-Only konnte jedoch noch nicht für alle Fachanwendungen umgesetzt werden. Die Umstellung der Schnittstellentechnologie sowie die Anbindung an MDG-Once-Only erfolgt nun in einem departementalen Projekt in den Jahren 2024 und 2025.

- BWL Digitalisierungsvorhaben 350 000 Franken

Als Folge der Covid-Krise und der Energiemangellage mussten unerwartet verschiedene IKT- und Digitalisierungs-Vorhaben im BWL neu priorisiert werden (beispielsweise Gasmonitoring, Medikamenten-Monitoring, Pflichtlagerverwaltung, Treibstoffrationierung). Das GS-WBF begleitet und unterstützt diese Projekte hinsichtlich Gouvernanz, Sicherheit, Strategie und teils auch Ressourcen.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

A231.0181 FINANZIERUNGSBEITRAG AN ETH-BEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 441 410 400	2 534 998 100	2 534 998 100	0	0,0
davon Kreditmutationen		13 490 000			

Der Finanzierungsbeitrag deckt den laufenden Aufwand für Lehre, Forschung sowie für den Wissens- und Technologietransfer des gesamten Bereichs der Eidg. Technischen Hochschulen (ETH-Bereich) ab. Dieser wird über die strategischen Ziele geführt, welche der Bundesrat am 21.4.2021 verabschiedet hat (BBl 2021 1038). Die Verteilung des Beitrags innerhalb des ETH-Bereichs erfolgt hauptsächlich gemäss den strategischen Zielen und gestützt auf die Budgetanträge der ETH und der Forschungsanstalten. Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist der ETH-Rat, der als strategisches Führungsorgan für die Zuteilung der Mittel zuständig ist.

Die Mittel dienen in erster Linie der Erfüllung des Grundauftrags in Lehre und Forschung sowie für den Wissens- und Technologietransfer. Der ETH-Rat teilte 2,4 Milliarden wie folgt zu (in Mio.):

- Eidg. Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich) 1 201,1
- École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) 677,1
- Paul Scherrer Institut (PSI) 291,6
- Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) 61,4
- Eidg. Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) 82,8
- Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) 60,2
- ETH-Rat 15,0

Der ETH-Bereich hat im Berichtsjahr zudem weitere Mittel (169,3 Mio.) für folgende strategische Zwecke eingesetzt:

- für Forschungsinfrastrukturen und Grossforschungsprojekte von gesamtschweizerischer Bedeutung, z.B. das Upgrade der Synchrotron-Lichtquelle Schweiz SLS 2.0, den Aufbau des Catalysis Hub (SwissCAT+), das Blue Brain Project oder das Sustained scientific user lab for simulation based science (CSCS) an der ETH Zürich (73,2 Mio.);
- für die Weiterführung der Forschung in den Fokusbereichen «Personalized Health and Related Technologies (PHRT)», «Data Science» und «Advanced Manufacturing» (29,1 Mio.);

- für die Joint Initiatives «Energie, Klima und ökologische Nachhaltigkeit» und «Engagement und Dialog mit der Gesellschaft» im Rahmen der Strategischen Schwerpunkte 2025–2028 (12,4 Mio.);
- für eine zweckgebundene Zusatzfinanzierung des Masterplans Forschungscampus Empa/Eawag (8,0 Mio.);
- für diverse Projekte im ETH-Bereich wie das «Quantum Matter and Materials Center (QMMC)» oder das «ETH Domain Quantum Technology Network (QTNNet)» (8,0 Mio.);
- für Klimaschutzmassnahmen an den Gebäuden (10,0 Mio.);
- für Anreiz- und Anschubfinanzierungen von diversen kleineren strategischen Projekten in Lehre und Forschung (17,6 Mio.);
- für die Sicherstellung der Finanzierung des Rückbaus der Beschleunigeranlagen am PSI; diese Mittel wurden auf einem Sparkonto beim Bund angelegt (11,0 Mio.).

Der ETH-Rat verwendete Reserven im Umfang von 23,4 Millionen.

Rechtsgrundlagen

ETH-Gesetz vom 4.10.1991 (SR 414.110), Art. 34b; V ETH-Bereich vom 19.11.2003 (V ETH-Bereich; SR 414.110.3).

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung von 13 490 000 Franken aus dem BBL (A202.0134) Investitionen ETH-Bauten (BB Ia VA 2023 Art. 8, Abs. 5)

Hinweise

Verwaltungseinheitsübergreifender Zahlungsrahmen «Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen (ETH-Bereich) 2021–2024» (Z0014.04), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0182 BEITRAG AN UNTERBRINGUNG ETH-BEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	201 600 000	195 200 000	195 200 000	0	0,0

Der Beitrag an die Unterbringung dient der Deckung der Mietkosten des ETH-Bereichs für die Nutzung der Liegenschaften im Eigentum des Bundes und der Bewirtschaftungsleistungen des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL). Er ist schuldenbremsenwirksam, jedoch haushaltsneutral; es erfolgt kein Mittelfluss. Der Wert wurde wie folgt ermittelt (in Mio.):

- Lineare Abschreibungen Anlagewert 166,7
- Verzinsung auf Anlagewert (Kapitalkosten) 28,0
- Dienstleistungen BBL 0,5

Die Abnahme um 6,4 Millionen gegenüber 2022 ist hauptsächlich auf die Senkung des kalkulatorischen Zinssatzes von 1,0 Prozent auf 0,75 Prozent zurückzuführen. Demgegenüber stiegen die Abschreibungen aufgrund der getätigten Aktivierungen leicht an.

Der Neuwert der Gebäude und Anlagen liegt bei 7,1 Milliarden. Der Wert der Grundstücke liegt unverändert bei 1,1 Milliarden. Der Buchwert der Anlagen (Restwert der Gebäude und Grundstücke) beläuft sich per Ende 2023 auf 3,8 Milliarden.

Rechtsgrundlagen

ETH-Gesetz vom 4.10.1991 (SR 414.110), Art. 35a und Art. 35b.

Hinweise

Diesen Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen beim BBL gegenüber (vgl. 620/E102.0104 «Liegenschaftsertrag ETH»).

A231.0183 EIDGENÖSSISCHE HOCHSCHULE FÜR BERUFSBILDUNG (EHB)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	38 069 000	38 749 700	38 749 700	0	0,0

Die EHB ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Zollikofen. Sie ist das Kompetenzzentrum des Bundes für Lehre und Forschung in der Berufspädagogik, der Berufsbildung und der Berufsentwicklung der gesamten Schweiz. Die EHB erbringt Leistungen in den Bereichen:

- Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen
- Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen
- Forschung und Entwicklung in der Berufsbildung
- Berufsentwicklung

Der Finanzierungsbeitrag des Bundes dient zur Deckung des Betriebsaufwands der EHB für Lehre und Forschung.

Rechtsgrundlagen

Berufsbildungsgesetz vom 13.12.2002 (BBG; SR 412.10), Art. 48; Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung vom 25.09.2020 (EHB-Gesetz; SR 412.106); Verordnung über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung vom 18.06.2021 (EHB-Verordnung; SR 412.106.1).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) 2021–2024» (Z0038.03), Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0184 UNTERBRINGUNG EHB

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 396 000	2 420 000	2 420 000	0	0,0

Der Beitrag an die Unterbringung dient der Deckung der Mietkosten der EHB für die Nutzung der Liegenschaft in Zollikofen (Eigentum Bund) und der Bewirtschaftungsleistungen des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL). Er ist zwar schuldenbremsenwirksam, aber haushaltsneutral (kein Mittelfluss). Basis der Berechnung sind die Abschreibungen und die kalkulatorischen Kapitalkosten zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr.

Rechtsgrundlagen

Berufsbildungsgesetz vom 13.12.2002 (BBG; SR 412.10), Art. 48; Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung vom 25.09.2020 (EHB-Gesetz; SR 412.106), Art. 27; Verordnung über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung vom 18.06.2021 (EHB-Verordnung; SR 412.106.1).

Hinweise

Diesen Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen beim BBL gegenüber (vgl. 620/E100.0001 «Funktionsertrag (Globalbudget)»).

A231.0185 BFK: KONSUMENTENINFO

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	976 200	982 900	982 900	0	0,0

Mit Beiträgen an die Konsumentenorganisationen fördert der Bund die objektive und fachgerechte Information der Konsumentinnen und Konsumenten (Publikationen in gedruckten oder elektronischen Medien, Durchführung von vergleichenden Tests, Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen).

Die Beiträge wurden wie folgt auf die verschiedenen Konsumentenorganisationen aufgeteilt:

– Fédération romande des consommateurs FRC	392 916
– Stiftung für Konsumentenschutz SKS	296 154
– Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera Italiana ACSI	146 792
– Schweizerisches Konsumentenforum kf	89 594
– ZeroWaste Switzerland	42 324
– Touring Club Schweiz TCS	15 121

Rechtsgrundlagen

Konsumenteninformationsgesetz vom 5.10.1990 (KIG; SR 944.0), Art. 5; V vom 1.4.1992 über Finanzhilfen an Konsumentenorganisationen (SR 944.05).

A231.0380 FINANZIERUNGSBEITRAG AN INNOSUISSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	289 752 400	328 337 000	328 337 000	0	0,0

Die Innosuisse ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Bern. Sie ist zuständig für die Förderung wissenschaftsbasierter Innovationen in der Schweiz durch finanzielle Beiträge an Projekte, durch professionelle Beratung und durch die Unterstützung von Netzwerken. Der Bundesrat führt die Innosuisse über strategische Ziele, welche er am 31.3.2021 für die Periode 2021–2024 verabschiedet hat (BBl 2021 802).

Über 90 Prozent des Finanzierungsbeitrages des Bundes an die Innosuisse werden für die Förderung eingesetzt, daneben dient der Bundesbeitrag zur Deckung der Funktionskosten. Der um 13 Prozent höhere Finanzierungsbeitrag gegenüber 2022 ist die Folge des Beschlusses des Parlaments, den Finanzierungsbeitrag 2023 an Innosuisse um 35,0 Millionen zu erhöhen. Diese Mittel wurden vorwiegend für die zusätzliche Stärkung der Übergangsmassnahmen des Bundes aufgrund der Nicht-Assoziierung an Horizon Europe eingesetzt (Swiss Accelerator).

Im Berichtsjahr teilten sich die ausbezahlten Mittel aus dem Finanzierungsbeitrag an Innosuisse wie folgt auf:

— Standard Innovationsprojekte (und Vorstudien)	59 %
— Start-up Innovationsprojekte	7 %
— Internationale Innovationsprojekte	8 %
— Flagship-Initiative	3 %
— Bridge	4 %
— Wissens- und Technologietransfer	4 %
— Wissenschaftsbasiertes Unternehmertum	3 %
— Swiss Accelerator	4 %
— Funktionskosten Innosuisse	8 %

Der Grossteil der Fördermittel ist für die finanzielle Unterstützung von *Standard Innovationsprojekten* vorgesehen, welche beitragsberechtigte Forschungsinstitutionen gemeinsam mit Wirtschaftspartnern (Unternehmen) durchführen. Die Beiträge werden dabei nur an die Forschungsinstitutionen ausgerichtet und decken durchschnittlich rund 55 Prozent der Projektkosten.

Basierend auf dem revidierten Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG, SR 420.1) können seit 2023 wissenschaftsbasierte Jungunternehmen, die noch vor dem Markteintritt stehen, direkt und ohne Beteiligung eines Forschungspartners finanzielle Beiträge für ihre *Start-up Innovationsprojekte* beantragen.

Im Rahmen der *Internationalen Zusammenarbeit* setzt Innosuisse Mittel für die Unterstützung von grenzüberschreitenden Innovationsprojekten ein. Dies erfolgt über verschiedene bi- und multilaterale Förderinstrumente. Innosuisse finanziert dabei ausschliesslich Kosten der Schweizer Projektpartner.

Mit der *Flagship-Initiative* definiert Innosuisse Themenfelder von grosser gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung und lädt Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft und Praxis dazu ein, transdisziplinär und mit einem gesamtheitlichen, systemischen Ansatz innovative Lösungen für die definierten Herausforderungen zu erarbeiten.

Im Rahmen des gemeinsamen Programms *Bridge* ermöglichen der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und Innosuisse Forschungsgruppen sowie jungen Forschenden, vielversprechende Forschungsergebnisse Richtung Anwendung weiterzuentwickeln.

Durch ihre Aktivitäten im Bereich *Wissens- und Technologietransfer* stimuliert Innosuisse über themenorientierte Netzwerke und Veranstaltungen den Austausch zwischen Forschung und KMU und unterstützt die KMU bei der Planung von Innovationsprojekten (Mentoring) sowie bei der internationalen Partnersuche (Enterprise Europe Network).

Im Bereich *Wissenschaftsbasiertes Unternehmertum* unterstützt Innosuisse durch ihr Coaching-Angebot innovative Jungunternehmen dabei, sich im Markt zu behaupten und neue Arbeitsplätze in der Schweiz zu schaffen. Mit Sensibilisierungs- und Trainingsmodulen werden angehende Unternehmensgründerinnen und -gründer bei der Ideenentwicklung gefördert und für den Aufbau von Jungunternehmen geschult.

Gegenüber 2022 kamen mit den Start-up Innovationsprojekten (22,4 Mio.) und dem Swiss Accelerator (13,8 Mio.) zwei neue Förderinstrumente hinzu. Der Anteil der Standard Innovationsprojekte sank um 10 Prozent, die Höhe der ausbezahlten Mittel nahm jedoch nur um 5 Prozent ab. Die Anteile in den übrigen Förderbereichen und beim Funktionsaufwand lagen auf dem Vorjahresniveau.

Zusätzlich zum Finanzierungsbeitrag des Bundes in Höhe von 328,3 Millionen erhielt Innosuisse 2023 53,5 Millionen für Übergangsmassnahmen des Bundes aufgrund der Nicht-Assoziierung an Horizon Europe (vgl. Verwaltungseinheit 750, VA-Kredit AA231.0435 «Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021–2027»).

Rechtsgrundlagen

Innosuisse-Gesetz vom 17.6.2016 (SAFIG; SR 420.2), Art. 15.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Innovationsförderung Innosuisse (KTI) 2021–2024» (Z0061.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0381 UNTERBRINGUNG INNOSUISSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	652 900	659 400	659 400	0	0,0

Der Beitrag an die Unterbringung dient der Deckung der Mietkosten von Innosuisse für die Nutzung der Liegenschaft an der Einsteinstrasse 2 in Bern (Eigentum Bund) und der Bewirtschaftungsleistungen des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL). Er ist zwar schuldenbremsenwirksam, aber haushaltsneutral (kein Mittelfluss). Basis der Berechnung sind die Abschreibungen und die kalkulatorischen Kapitalkosten zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr.

Rechtsgrundlagen

Innosuisse-Gesetz vom 17.6.2016 (SAFIG; SR 420.2), Art. 22.

Hinweise

Diesen Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen beim BBL gegenüber (vgl. 620/E100.0001 «Funktionsertrag (Globalbudget)»).

STAATSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums durch kohärente Ordnungs-, Wettbewerbs-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik
- Förderung des Standorts Schweiz, Reduktion der administrativen Belastung und Sicherstellung einer kohärenten KMU-Politik
- Sicherung und Verbesserung des Marktzugangs im Ausland und Förderung einer regelorientierten, marktwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung
- Unterstützung der weltwirtschaftlichen Integration von Entwicklungs-/Transformationsländern
- Unterstützung der Sozialpartnerschaft, Gewährleistung sicherer und fairer Arbeitsbedingungen sowie Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Gewährleistung eines Ersatzeinkommens für Arbeitslose und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	9,7	9,6	8,9	-0,8	-7,9
Laufende Ausgaben	2 467,8	1 277,1	1 093,4	-1 374,4	-55,7
Eigenausgaben	152,4	164,7	162,6	10,2	6,7
Transferausgaben	2 315,4	1 112,5	930,8	-1 384,6	-59,8
Selbstfinanzierung	-2 458,1	-1 267,5	-1 084,5	1 373,6	55,9
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-2,9	-28,6	-28,2	-25,3	-859,7
Jahresergebnis	-2 461,1	-1 296,1	-1 112,7	1 348,3	54,8
Investitionseinnahmen	2,0	4,2	1,9	-0,1	-5,1
Investitionsausgaben	21,7	44,0	40,6	18,9	87,0

KOMMENTAR

Das SECO ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle Kernfragen der Wirtschaftspolitik. Sein Ziel ist es, für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sorgen. Dafür schafft es die nötigen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Die Entwicklung der Rechnungsergebnisse des SECO war in den letzten Jahren geprägt von der Covid-19-Pandemie, insbesondere durch die ausserordentlichen Bundesbeiträge an die Arbeitslosenversicherung und an die kantonalen Härtefallmassnahmen. In der Rechnung 2022 gab das SECO insgesamt noch 1,2 Milliarden für Covid-Massnahmen aus, in der Rechnung 2023 lediglich noch 30 Millionen. Dies erklärt zu einem grossen Teil den Rückgang der Transferausgaben um mehr als die Hälfte im Vergleich zur Vorjahresrechnung. Hingegen nahmen die Eigenausgaben um 10 Millionen zu. Damit hat das SECO insbesondere 15 zusätzliche Stellen geschaffen, weitgehend zur Um- und Durchsetzung der Sanktionen gegenüber Russland und Belarus. Zudem hat das SECO die Digitalisierung vorangetrieben und für die Weiterentwicklung im Bereich E-Government (EasyGov) im vergangenen Jahr zusätzliche 3 Millionen eingesetzt.

Die gestiegenen *Investitionsausgaben* und *Abschreibungen und Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen* erklären sich durch die erstmalige Vergabe von Investitionsbeiträgen in der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweiz beteiligt sich damit in Zusammenarbeit mit weiteren Staaten an Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht «Covid-19-Härtefallverordnung»: Gutheissung (erreicht)
- Botschaft über die Standortförderung 2024–2027: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Revision Bundesgesetz über Regionalpolitik: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Revision Verordnung Regionalpolitik (VRP): Verabschiedung (nicht erreicht)
Der Bundesrat hat die Verordnung noch nicht verabschiedet, damit sie auf die Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik vom 29. September 2023 abgestimmt werden kann (Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 2024).
- Revision Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft (Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit): Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Vernehmlassung noch nicht eröffnen, da im Rahmen der Revision die Anliegen der Motionen Stöckli (19.3234) und der WAK-N (22.3021) aufgenommen werden sollen.
- Revision Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour): Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht über die Evaluation und Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete und der Agglomerationspolitik: Verabschiedung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht nicht verabschieden, da zuerst die interessierten Kreise konsultiert werden sollen.

- Bericht über die Evaluation und Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete und der Agglomerationspolitik: Verabschiedung der Agglomerationspolitik und Politik für ländliche Räume (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht nicht verabschieden, da zuerst die interessierten Kreise konsultiert werden sollen.
- Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG): Kurzarbeitsentschädigung für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Wiedereinstieg und Verbleib in der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern» (in Erfüllung des Po. Arslan 20.4327): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone» (in Erfüllung des Po. WAK-S 19.4379): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Teilrevision des Kartellgesetzes: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG): Entschädigungssystem der Arbeitslosenkassen: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Zwischenbericht über die Covid-19-Solidarbürgschaftskredite: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Botschaft noch nicht verabschieden, da die Verhandlungen noch nicht genug weit fortgeschritten sind.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Moldawien: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Botschaft noch nicht verabschieden, da die Verhandlungen erst gerade abgeschlossen wurden. Die Botschaft wird dem Bundesrat leicht verzögert unterbreitet.
- Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten» (in Erfüllung des Po. Portmann 20.3087): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Stärkung des Pharma- und Biotechnologie Standorts Schweiz» (in Erfüllung des Po. Schmid 20.3752): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Arbeitskräfte – nachhaltige Berufsentwicklung» (in Erfüllung der Po. Graf 21.3290 und WAK-N 21.4342): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Teilrevision des Entsendegesetzes (EntsG): Inkraftsetzung (erreicht)
- Einführung einer Investitionsprüfung (in Erfüllung der Mo. Rieder 18.3021): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Auswirkungen von CO₂-Grenzausgleichsmechanismen auf die Schweiz» (in Erfüllung des Po. APK-N 20.3933): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Neues Bundesgesetz über den Handel mit Foltergütern: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung: Verabschiedung (erreicht)
- Festigung der Position in den internationalen Finanzinstitutionen: Wiederauffüllung Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF 16) (erreicht)
- Festigung der Position in den internationalen Finanzinstitutionen: Überprüfung und Festlegung der Kapitalbasis der interamerikanischen Entwicklungsbank (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte noch nicht über eine Kapitalerhöhung beschliessen, da die entsprechenden Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten.
- Bilaterale Umsetzungsabkommen mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU Mitgliedstaaten: Umsetzung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Plurilaterale Vereinbarung zu innerstaatlichen Regulierungen im Dienstleistungsbereich: Genehmigung (teilweise erreicht)
Wurde vom BR am 16.11.2022 genehmigt. Die Liste wurde der WTO (GATS) am 20.12.2022 zur Genehmigung vorgelegt, aber zwei Mitglieder blockieren. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.
- Begleitmassnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte: Evaluation (nicht erreicht)
Die Evaluation konnte nicht rechtzeitig durchgeführt werden, da eine entsprechende Ausschreibung des SECO für die Evaluation bei potenziellen Auftragnehmern keine genügende Resonanz fand.

LG1: WIRTSCHAFTSPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Die Leistungsgruppe umfasst die Analyse und Dokumentation der Wirtschaftsentwicklung der Schweiz. Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf wird abgeklärt und Entscheidungsgrundlagen für die Wirtschaftspolitik werden erarbeitet. Das SECO verfolgt damit das Ziel, dem Bundesrat, dem Parlament, der Verwaltung und der Öffentlichkeit ökonomisch fundierte Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheide zu liefern. Es prüft gesamtwirtschaftlich relevante Vorlagen und schlägt konkrete Massnahmen vor mit dem Ziel einer langfristigen Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,4	0,3	0,3	0,0	-8,1
Aufwand und Investitionsausgaben	8,7	9,6	9,6	0,1	0,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Wirtschaftspolitische Beratung: Das SECO erbringt wirtschaftspolitische Beratung und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für gesamtwirtschaftlich relevante Vorlagen			
– Forschungsprojekte zur Weiterentwicklung der öffentlichen Stellenvermittlung und der Arbeitsmarktlichen Massnahmen (Anzahl, min.)	2	3	2
– Laufende Überprüf. der Wachstumspolitik, Feststellung des wirtschaftspolitischen Reformbedarfs und Berichterstattung an den BR alle 4 Jahre (ja/nein)	ja	ja	ja
– Strukturberichterstattung mit Forschungsfragen zum Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft (Veröffentlichte Studien) (Anzahl, min.)	2	5	0
Regulierung: Das SECO stellt die Qualität von Regulierung und Gesetzgebung hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Auswirkungen sicher			
– Analysen, welche vom SECO durchgeführt oder begleitet wurden (Anzahl, min.)	5	5	5
Konjunktur: Die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz wird analysiert und dokumentiert: Zahlen und Analysen werden zeitgerecht erarbeitet und publiziert			
– Fristgerechte Publikation der vierteljährlichen offiziellen Konjunkturprognosen (ja/nein)	ja	ja	ja
– Fristgerechte Erstellung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz (ja/nein)	ja	ja	ja
– Laufende, interne Evaluation der Qualität der BIP-Quartalsschätzungen des Bundes (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht.

Wirtschaftspolitische Beratung: Bei den Forschungsprojekten zur Weiterentwicklung der öffentlichen Stellenvermittlung und der arbeitsmarktlichen Massnahmen wurden im Jahr 2023 insgesamt zwei Studien veröffentlicht. Die Abweichung begründet sich mit einer Verzögerung der Datenlieferung für eine Studie zur Wirkung unterschiedlicher Sanktionen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV).

Bei der Strukturberichterstattung kam es aufgrund der Arbeiten zur Energiekrise im 2022 zu Verzögerungen, weshalb die laufenden Studien zur Strukturberichterstattung 2023 erst 2024 publiziert werden.

LG2: STANDORTFÖRDERUNG

GRUNDAUFTRAG

Die Standortförderung unterstützt den Standort Schweiz im internationalen Wettbewerb und damit die Erhaltung und Erhöhung des Wohlstands. Sie fördert die Standortentwicklung durch Bund, Kantone und Gemeinden, die Standortnutzung durch Unternehmen sowie die Standortnachfrage (u.a. durch Investoren und Touristen) und trägt zur Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen bei. Ihre Instrumente sind die KMU-Politik, die Exportförderung, die Exportrisikoversicherung, die Standortpromotion, die Regional- und Raumordnungspolitik sowie die Tourismuspolitik. Das SECO arbeitet hierfür im Rahmen von Vereinbarungen mit verschiedenen Partnern zusammen und stellt das Controlling sicher.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,4	0,4	0,3	-0,1	-14,8
Aufwand und Investitionsausgaben	21,3	23,0	24,9	1,9	8,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Aussenwirtschaftsförderung: Das SECO stellt einen bedürfnisgerechten, wirkungsvollen und effizienten Einsatz der Instrumente zur Exportförderung, zur Standortpromotion sowie der Exportrisikoversicherung sicher			
– Zufriedenheit mit den Leistungen von Switzerland Global Enterprise in der Standortpromotion, Umfrage bei allen beteiligten Kantonen (Skala 1-6)	4,65	4,75	4,50
Tourismuspolitik: Das SECO trägt mit der Konzipierung und dem Vollzug der Tourismuspolitik des Bundes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Tourismusstandort bei			
– Zufriedenheit der Gesuchsteller mit dem Vollzug des Programmes «Innotour» (min. Durchschnittswert einer periodischen Befragung) (Skala 1-6)	5,10	–	–
Regionalpolitik: Das SECO trägt mit der Konzipierung und dem Vollzug der Regionalpolitik in Zusammenarbeit mit den Kantonen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen bei			
– Zufriedenheit der Kantone mit dem Vollzug der Regionalpolitik (min. Durchschnittswert einer periodischen Befragung, Durchschnittswert) (Skala 1-6)	5,00	–	–

KOMMENTAR

Die Ziele wurden im Wesentlichen erreicht.

Aussenwirtschaftsförderung: Die Zielvorgabe wurde im Berichtsjahr unterschritten. Das zuständige Gremium «Steuerungs- ausschuss Standortpromotion» mit Kantons- und Bundesvertretern wird das Resultat analysieren und allfällige Massnahmen zur weiteren Optimierung einleiten.

LG3: AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Zum Erhalt und zur Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung in der Schweiz verfolgt die Aussenwirtschaftspolitik drei strategische Ziele: i) ein breit abgestütztes, verlässliches, multilaterales, internationales Regelsystem für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen, ii) einen rechtlich abgesicherten und möglichst weitreichenden Zugang zu internationalen Märkten und iii) grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung im In- sowie im Ausland beitragen. Die Aussenwirtschaftspolitik trägt zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei und schafft die Rahmenbedingungen und Instrumente, damit die Aussenwirtschaft weiterhin einen wichtigen Beitrag zum schweizerischen Lebensstandard leisten kann.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,0	1,7	1,8	0,1	6,4
Aufwand und Investitionsausgaben	29,5	31,9	32,0	0,1	0,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Internationale Abkommen: Die aussenwirtschaftspolitische Strategie des Bundesrates wird durch die Aushandlung und Umsetzung von Staatsverträgen (u.a. Freihandelsabkommen) und Beschlüssen internationaler Organisationen (insb. WTO, OECD) umgesetzt			
– Freihandelsabkommen in Kraft (ohne FHA CH-EU und ohne EFTA-Konvention) (Anzahl, min.)	33	34	33
– Investitionsschutzabkommen und FHA mit Investitionsschutzbestimmungen in Kraft (Anzahl, min.)	115	116	115
Exportkontrolle: Das SECO prüft Ausfuhrgesuche für Güter, die der Exportkontrolle unterstehen, korrekt und rasch.			
– Anteil Ausfuhrgesuche gemäss Kriegsmaterialgesetz, die durch das SECO innert 9 Arbeitstagen beurteilt wurden. (% , min.)	82	90	84
– Anteil der innert 5 Wochen gemeinsam mit dem EDA beurteilten Ausfuhrgesuche gemäss Kriegsmaterialgesetz (% , min.)	95	90	79
– Anteil der innert 9 Tagen durch das SECO beurteilten Ausfuhrgesuche gemäss Güterkontrollgesetz (% , min.)	87	80	86
– Anteil der innert 6 Wochen gemeinsam mit dem EDA, VBS, UVEK, NDB beurteilten Ausfuhrgesuche gemäss Güterkontrollgesetz (% , min.)	55	50	72
– Anteil der innert 13 Wochen beurteilten Ausfuhrgesuche mit staatlichen Garantien gemäss Güterkontrollgesetz (% , min.)	81	50	96
Kriegsmaterialausfuhr: Das SECO überprüft die Einhaltung der Nichtwiederausfuhr von schweizerischen Kriegsmaterialexporten durch die Empfängerstaaten			
– Durchgeführte Überprüfungen (Post-shipment Verifications) von Kriegsmaterialexporten im Ausland (Anzahl, min.)	6	5	5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

Internationale Abkommen: Sowohl bei den Freihandelsabkommen als auch bei den Investitionsschutzabkommen unterscheidet sich die geplante Anzahl Abkommen aus dem Voranschlag um ein Abkommen mit dem aktuellen Stand. Das Freihandelsabkommen mit Moldau ist noch nicht in Kraft, jedoch wurden die Verhandlungen dazu bereits abgeschlossen und das Abkommen 2023 unterzeichnet. Bei den Investitionsschutzabkommen (ISA) wird das Abkommen mit Indonesien erst im Jahr 2024 in Kraft treten.

Exportkontrolle: Das Ziel, die Ausfuhrgesuche gemäss Kriegsmaterialgesetz rasch zu bearbeiten, wurde dieses Jahr nicht insbesondere aufgrund langfristiger gesundheitsbedingter Personalausfälle erreicht.

LG4: WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

GRUNDAUFTRAG

Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO hat zum Ziel, in Entwicklungs- und Transitionsländern sowie den neuen EU-Mitgliedstaaten ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und so Armut und Ungleichheit zu mindern. Dies geschieht im Einklang mit der Aussenwirtschaftsstrategie des Bundes über die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Binnenwirtschaften. Die Instrumente sind: Multilaterale Zusammenarbeit, Erweiterungsbeitrag, makroökonomische Unterstützung, Infrastrukturfinanzierung, sowie Förderung von Handel, Privatsektor und klimafreundlichem Wachstum.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,5	0,4	0,3	0,0	-5,4
Aufwand und Investitionsausgaben	36,6	40,9	38,4	-2,5	-6,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Multilaterale Zusammenarbeit: Die Interessen der Schweiz in der Zusammenarbeit mit den multilateralen Entwicklungsbanken sind gewahrt			
– Von der Schweiz geführte Stimmrechtsgruppen in multilateralen Entwicklungsbanken (Anzahl, min.)	1	3	3
– Anteil kofinanzierter Projekte der Entwicklungsbanken am Gesamtaufwand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Transitionszusammenarbeit (%; min.)	39	30	41
Kohäsionsbeitrag: Die Schweiz trägt u.a. zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU bei			
– Eigenaufwand gemessen an den geplanten Verpflichtungen (%; max.)	0,6	5,0	1,1
– Anteil verpflichteter Mittel des Kohäsionsbeitrages bis 2024 (% kumuliert)	77	100	98
Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit: Das SECO unterstützt fortgeschrittene Entwicklungsländer in Afrika, Asien, Lateinamerika und Transitionsländer in Osteuropa, die mit grossen Armuts- und Entwicklungsproblemen konfrontiert sind.			
– Abweichung der Verpflichtungen in bilateralen Massnahmen gegenüber 60%-Zielwert bei der Südzusammenarbeit (%; max.)	16	10	7
– Abweichung der Verpflichtungen in bilateralen Massnahmen gegenüber 80%-Zielwert bei der Ostzusammenarbeit (%; max.)	12	10	4
– Erfolgsquote der Projekte auf Basis der OECD-Kriterien (Ist-Wert = Durchschnitt der letzten drei Jahre) (%; min.)	86	80	87
– Eingesetzte Finanzmittel zur Bekämpfung des Klimawandels (CHF, Mio.; min.)	124,1	92,0	116,6

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

Kohäsionsbeitrag: Zu beachten ist, dass der Zielwert für den Anteil verpflichteter Mittel kumuliert für die Jahre 2021–2024 gilt. Die noch offenen Verpflichtungen dürften 2024 eingegangen werden.

LG5: ARBEITSMARKTPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Die Arbeitsmarktpolitik hat zum Ziel, möglichst allen Menschen im Erwerbsalter eine Erwerbstätigkeit zu fairen, sicheren und gesunden Bedingungen zu ermöglichen. Stellensuchende werden durch die öffentliche Arbeitsvermittlung bei der Arbeitssuche unterstützt. Ebenso werden Missbräuche der schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen bekämpft und die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz gefördert. Die Schwarzarbeit soll eingedämmt werden. Im internationalen Kontext steht die Schweiz für die Respektierung der Rechte der Arbeitnehmenden ein.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,0	3,4	2,2	-1,2	-36,0
Aufwand und Investitionsausgaben	34,6	35,9	35,3	-0,6	-1,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Öffentliche Arbeitsvermittlung: Beitrag zum Erhalt eines ausgeglichenen Arbeitsmarkts durch die effiziente Beratung von Stellensuchenden und den gezielten Einsatz von Qualifizierungsmassnahmen			
- Wirkungsvereinbarungen mit den Kantonen zur raschen und nachhaltigen Wiedereingliederung Stellensuchender (Anzahl)	25	25	25
- Pünktliche Publikationen der monatlichen Arbeitsmarktstatistik (ja/nein)	ja	ja	ja
Schutz der Arbeitsbedingungen: Die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen werden gewahrt			
- Leistungsvereinbarungen des SECO mit Paritätischen Kommissionen der GAV und Kantonen zur Einhaltung der FlaM durch die Vollzugsorgane (Anzahl)	47	48	47
- Leistungsvereinbarungen des SECO mit Kantonen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Anzahl)	23	23	23
Arbeitnehmerschutz: Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz werden gefördert			
- Jährliche Durchführung von Audits bei einem Drittel der Durchführungsorgane (Kantone) des Arbeitsgesetzes (Anzahl)	9	8	8
- Jährliche Durchführung von Audits bei den mit dem Vollzug des Produktsicherheitsgesetzes beauftragten Organisationen (Anzahl, min.)	5	5	5

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

Schutz der Arbeitsbedingungen: Bei Lücken in der Allgemeinverbindlicherklärung oder der Nichtverlängerung von allgemeinverbindlichen GAV ist der Bund nicht in der Lage, mit der Branche eine Vereinbarung zu treffen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	539 463	55 017	217 996	162 979	296,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 410	6 148	4 946	-1 202	-19,5
E102.0106 Erträge Amtliche Wirtschaftspublikationen	2 978	2 988	3 546	558	18,7
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	8 224	2 498	49 522	47 024	n.a.
E130.0110 Rückerstattung Beiträge Entwicklungsländer	6 386	7 030	13 643	6 613	94,1
E131.0101 Rückzahlung Darlehen + Beteiligungen, Entwicklungsländer	1 944	4 227	1 861	-2 366	-56,0
Finanzertrag					
E140.0001 Finanzertrag	4 886	626	706	80	12,8
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0114 Covid: Bürgschaften	2 300	31 500	143 772	112 272	356,4
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0116 Covid: Bürgschaften	506 334	-	-	-	-
Aufwand / Ausgaben	3 020 288	1 390 921	1 369 465	-21 456	-1,5
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	130 754	141 295	140 244	-1 051	-0,7
<i>Kreditverschiebung</i>		1 448			
<i>Abtretung</i>		1 674			
<i>Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)</i>		1 365			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		300			
A202.0139 Junge Arbeitslose	176	568	112	-456	-80,2
A202.0140 Amtliche Wirtschaftspublikationen	4 055	4 488	3 826	-662	-14,7
<i>Abtretung</i>		138			
A202.0141 Informatikanwendungen AVAM-Umfeld ALV	17 872	18 499	18 499	0	0,0
Transferbereich					
<i>LG 2: Standortförderung</i>					
A231.0192 Schweiz Tourismus	74 026	70 442	70 442	0	0,0
A231.0193 Dokumentations- und Beratungsstelle CH Tourismusverbandes	33	-	-	-	-
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus	6 909	12 380	11 521	-859	-6,9
A231.0195 Weltorganisation Tourismus	338	347	347	0	0,0
A231.0196 Bürgschaften für KMU	5 695	11 700	10 487	-1 213	-10,4
A231.0197 Bürgschaftsgewährung in Berggebieten	-45	10	-28	-38	-377,0
A231.0198 Exportförderung	23 691	24 543	24 332	-211	-0,9
A231.0208 Neue Regionalpolitik	25 150	25 324	25 324	0	0,0
A231.0211 Info über den Unternehmensstandort Schweiz	4 104	4 189	4 189	0	0,0
A231.0411 Covid: Bürgschaften	-	24 000	21 446	-2 554	-10,6
<i>Nachtrag</i>		13 000			
A231.0430 Covid: Schutzschirm für Publikumsanlässe	3 113	-	-	-	-
A231.0451 Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	-	-	7 229	7 229	-
<i>LG 3: Aussenwirtschaftspolitik</i>					
A231.0199 Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV)	1 861	1 870	1 861	-9	-0,5
A231.0203 Org. wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	8 420	8 585	8 367	-218	-2,5
A231.0204 Welthandelsorganisation (WTO)	3 497	3 763	3 763	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		63			
A231.0205 Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Genf	8 715	10 994	9 219	-1 775	-16,1
A231.0212 Mitgliedschaft beim Vertrag über den Waffenhandel	212	234	14	-220	-93,8
<i>LG 4: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>					
A231.0200 Internationale Rohstoff Übereinkommen	152	167	162	-5	-2,7
A231.0201 Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)	1 478	1 411	1 411	0	0,0
A231.0202 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)	230 780	214 961	213 396	-1 565	-0,7
<i>Kompensation Nachtrag</i>		-13 000			
A231.0209 Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten	6 489	12 000	1 026	-10 974	-91,5
A231.0210 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens	113 383	121 277	121 277	0	0,0
<i>Nachtrag</i>		40 000			

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
A235.0101 Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer	21 379	25 000	21 550	-3 450	-13,8
A236.0142 Investitionsbeiträge Entwicklungsländer	-	19 000	19 000	0	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	-	19 000	19 000	0	0,0
<i>LG 5: Arbeitsmarktpolitik</i>					
A231.0187 Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Genf	4 173	4 356	3 922	-434	-10,0
A231.0188 Leistungen des Bundes an die ALV	615 988	572 482	572 482	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		22 482			
A231.0189 Produktesicherheit	4 602	4 784	4 647	-138	-2,9
A231.0190 Bekämpfung der Schwarzarbeit	4 806	5 300	4 828	-472	-8,9
A231.0191 Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmer	14 053	17 612	15 704	-1 909	-10,8
A231.0396 Kontrollkosten Stellenmeldepflicht	297	800	408	-392	-48,9
Finanzaufwand					
A240.0001 Finanzaufwand	7 376	9 539	9 457	-83	-0,9
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		9 539			
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0105 Covid: Bundesbeitrag an die ALV	1 148 508	-	-	-	-
A290.0106 Covid: Bürgschaften	379 512	-	-	-	-
A290.0132 Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	148 736	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	6 409 955	6 148 200	4 946 308	-1 201 892	-19,5
Laufende Einnahmen	6 373 683	6 148 200	4 946 308	-1 201 892	-19,5
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	18 136	-	-	-	-
Investitionseinnahmen	18 136	-	-	-	-

Der Funktionsertrag umfasst die Gebühren für Arbeitszeitbewilligungen, für Bewilligungen von Kriegsmaterialexporten sowie für Bewilligungen von Arbeitsvermittlung und Personalverleih. Hinzu kommen Rückerstattungen für Präventionstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Unfallversicherungsgesetz im Auftrag der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS). Ferner werden in diesem Kredit die Vergütungen der ALV an das SECO für operative Leistungen (Büroautomationskosten, Lizenzen) sowie Entschädigungen für weitere Dienstleistungen des SECO berücksichtigt.

Der budgetierte Ertrag 2023 wurde anhand des Durchschnitts der Erträge aus den vier Rechnungsjahren 2018 bis 2021 ermittelt.

Der Minderertrag zum Voranschlag 2023 von 1,2 Millionen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Weiterverrechnung der Kosten für das Projekt EESSI (elektronischer Datenaustausch in Europa) für das Jahr 2023 an den ALV-Fonds (1,0 Mio.) erst 2024 gebucht wird.

Rechtsgrundlagen

Arbeitsgesetz vom 13.3.1964 (ArG; SR 822.11), Art. 49; Arbeitsvermittlungsgesetz vom 6.10.1989 (AVG; SR 823.11), Art. 5, und 15; Kriegsmaterialverordnung vom 25.2.1998 (KMV; SR 514.511), Art. 22; BG vom 12.6.2009 über die Produktesicherheit (PrSG; SR 930.11), BG vom 6.10.2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR 830.1), Art. 75c.

E102.0106 ERTRÄGE AMTLICHE WIRTSCHAFTSPUBLIKATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 977 530	2 987 500	3 545 556	558 056	18,7

Die Erträge aus den amtlichen Wirtschaftspublikationen setzen sich zusammen aus Gebühreneinnahmen für Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (1,4 Mio.), aus dem Entgelt verschiedener Kantone für die Publikation von deren kantonseigenen Amtsblättern (1,2 Mio.) sowie aus Einnahmen für die Bereitstellung der Plattform Simap für öffentliche Beschaffungen (rund 1,0 Mio.).

Der Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag 2023 und die positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr ist auf eine insgesamt höhere Anzahl publizierter Meldungen auf allen föderalen Ebenen zurückzuführen. Da zunehmend regulatorische Voraussetzungen für digitale amtliche Meldungen geschaffen werden, dürfte sich dieser Trend – wenn auch in abgeschwächter Form – fortsetzen.

Rechtsgrundlagen

V vom 15.2.2006 über das Schweizerische Handelsamtsblatt (VSHAB; SR 221.415); V vom 12.2.2020 über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB; SR 172.056.11).

Hinweise

Vgl. A202.0140 «Amtliche Wirtschaftspublikationen».

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	8 224 453	2 497 800	49 521 707	47 023 907	n.a.

Bei den Rückerstattungen von Beiträgen und Entschädigungen handelt es sich unter anderem um Rückzahlungen von nicht verwendeten Beiträgen an die Vollzugskosten des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit sowie der flankierenden Massnahmen (FlaM). Seit 2023 werden Auflösungen von diversen Rückstellungen sowie Gutschriften ebenfalls in diesem Ertragskredit gebucht. Der budgetierte Betrag entspricht dem Durchschnitt der Rückerstattungen aus den vier letzten Rechnungsjahren (2018–2021).

Im Voranschlag 2023 wurden insbesondere die folgenden Positionen nicht budgetiert, welche zugleich den Mehrertrag im Vergleich zum Voranschlag erklären:

– Auflösung von Rückstellungen für Verlustbeteiligungen bei Bürgschaften für KMU	1 649 970
– Vollständige Auflösung der Rückstellungen für den Schutzschirm	3 420 473
– Gutschriften zugunsten des Bundes im Rahmen von Rückzahlungen von Härtefallhilfen	41 992 665

Hinweise

Von den Erträgen entfallen 2,4 Millionen auf die Weiterbelastung von Ausgaben für die Bekämpfung der Schwarzarbeit an die drei Sozialwerke SUVA, ALV und AHV (vgl. Kredit A231.0190 «Bekämpfung der Schwarzarbeit»).

Vgl. A231.0451 «Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen» sowie A231.0196 «Bürgschaften für KMU»

E130.0110 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE ENTWICKLUNGSLÄNDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 385 943	7 030 300	13 642 928	6 612 628	94,1

Bei den Rückerstattungen von Beiträgen handelt es sich um nicht verwendete Mittel aus Projekten im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der budgetierte Betrag entspricht dem Durchschnitt der Erträge aus den vier letzten Rechnungsjahren (2018–2021). Die tatsächlichen Rückerstattungen unterliegen jährlichen Schwankungen, was die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2023 von 6,6 Millionen erklärt.

E131.0101 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN + BETEILIGUNGEN, ENTWICKLUNGSLÄNDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	1 944 077	4 227 300	1 861 317	-2 365 983	-56,0

Die Rückzahlungen setzten sich wie folgt zusammen:

– SECO Start-up Fund (SSF)	1 133 968
– Mischkredit Indonesien I	283 333
– Konsolidierungsabkommen Pakistan I	208 844
– Genossenschaft Feriendorf Fiesch	125 000
– Konsolidierungsabkommen Bangladesch I	38 172

Die Mindereinnahmen von rund 2,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2023 sind auf tiefere Rückzahlungen aus der Darlehensvergabe im Rahmen des SSF zurückzuführen. Die Darlehensvergabe und die daraus resultierende Rückzahlung unterliegen jährlichen Schwankungen, was die Planbarkeit der Rückzahlung erschwert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0); BB vom 20.3.1975 über die Schuldenkonsolidierungsabkommen mit Bangladesch und Pakistan (BBI 1975 I 1152); BB vom 16.12.1965 über die Gewährung eines Hypothekendarlehens an die Genossenschaft Kurs- und Erholungszentrum Fiesch in Goms (BBI 1965 III 733); V vom 20.3.2020 über den befristeten Verzicht auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern, Lenkungsabgaben und Zollabgaben sowie Verzicht auf die Darlehensrückerstattung durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit (SR 641.207.2), Art. 4.

Hinweise

Vgl. E140.0001 «Finanzertrag» sowie A235.0101 «Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer».

E140.0001 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	4 886 185	626 100	706 311	80 211	12,8
Laufende Einnahmen	381 442	626 100	425 036	-201 064	-32,1
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	4 504 743	-	281 275	281 275	-

Der Finanzertrag setzt sich wie folgt zusammen:

— Zinsertrag Darlehen	425 036
— Wertberichtigungen Darlehen	281 275

Der budgetierte Finanzertrag entspricht den durchschnittlichen Wertaufholungen der letzten vier Rechnungsjahre aus den Darlehen, welche der Bund in früheren Jahren unter anderem im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt hat.

Hinweise

Vgl. E131.0101 «Rückzahlung Darlehen + Beteiligungen, Entwicklungsländer» sowie A231.0196 «Bürgschaften für KMU».

E150.0114 COVID: BÜRGSCHAFTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	2 300 000	31 500 000	143 771 911	112 271 911	356,4

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen behördlichen Massnahmen zum Schutz der Gesundheit führten in der Schweiz bei zahlreichen Unternehmen zu Einnahmeausfällen. Damit insbesondere KMU und Selbständigerwerbende ihre Fixkosten trotzdem begleichen konnten, wurde im Frühling 2020 ein rascher Zugang zu Überbrückungsfinanzierungen geschaffen, um die Liquidität dieser Unternehmen sicherzustellen. Gestützt auf die Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung wurden Kredite an KMU verbürgt.

Die Bürgschaftsverluste aus diesen Covid-19-Krediten werden mit den in der Staatsrechnung 2022 gebildeten Rückstellungen beglichen. Der Stand der Rückstellungen für die Honorierung von Covid-19-Bürgschaftsverlusten beträgt Ende 2023 722 Millionen.

Nach der Honorierung von Bürgschaftsverlusten wird die Forderung von der Bank an die Bürgschaftsorganisationen abgetreten. Im Rahmen der Bewirtschaftung dieser Forderungen können Einnahmen aus Rückzahlungsvereinbarungen generiert werden. Diese Wiedereingänge von Bürgschaftsverlusten aus Covid-19-Krediten (vgl. A231.0411 «Covid: Bürgschaften») werden als Ertrag gebucht. Mit dem Rechnungsabschluss 2023 wurde zudem eine Forderung im Umfang der künftigen Wiedereingänge aus bereits honorierten Bürgschaften in die Bundesbilanz aufgenommen (gut 122 Mio.).

Im Jahr 2023 erhielt der Bund Wiedereingänge in Höhe von rund 19,7 Millionen.

Die Positionen im Berichtsjahr setzen sich hauptsächlich wie folgt zusammen:

— Wiedereingänge Covid Bürgschaften	19 725 597
— Bildung Forderung für Wiedereingänge	122 477 062

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.2006 über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25).

Hinweise

Vgl. A231.0411 «Covid: Bürgschaften», A231.0196 «Bürgschaften für KMU» und ausserordentliche Positionen E190.0116 «Covid: Bürgschaften» und A290.0106 «Covid: Bürgschaften».

E190.0116 COVID: BÜRGSCHAFTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	506 334 424	-	-	-	-

In der Staatsrechnung 2023 werden Aufwände und Erträge in Zusammenhang mit den Covid-19-Solidarbürgschaften ordentlich verbucht.

Hinweise

Vgl. E150.0114 «Covid: Bürgschaften», A231.0411 «Covid: Bürgschaften».

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	130 753 714	141 295 183	140 244 156	-1 051 027	-0,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>4 786 883</i>			
Funktionsaufwand	130 421 073	141 248 483	140 238 252	-1 010 231	-0,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	130 330 472	141 216 483	140 164 274	-1 052 209	-0,7
Personalausgaben	94 321 424	101 112 200	100 765 384	-346 816	-0,3
Sach- und Betriebsausgaben	36 009 049	40 104 283	39 398 890	-705 393	-1,8
<i>davon Informatik</i>	<i>16 354 671</i>	<i>16 750 683</i>	<i>18 155 441</i>	<i>1 404 758</i>	<i>8,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>4 351 652</i>	<i>5 497 900</i>	<i>4 701 176</i>	<i>-796 724</i>	<i>-14,5</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	90 601	32 000	73 978	41 978	131,2
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	332 641	46 700	5 904	-40 796	-87,4
Vollzeitstellen (Ø)	495	510	508	-2	-0,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Der gegenüber dem Vorjahr geplante Aufbau von 15 Vollzeitstellen, insbesondere für die Verstärkung des Sanktionsbereichs, konnte nahezu realisiert werden. Der Minderaufwand von 0,3 Millionen gegenüber dem Voranschlag ist insbesondere bei den Personalkosten für die Schweizer Vertretungen an den multilateralen Entwicklungsbanken aufgrund höherer Rückerstattungen durch die Banken angefallen.

Weitere Hinweise:

- Die Personalausgaben für das Lokalpersonal des SECO im Ausland für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten betrug 3,7 Millionen (75 Vollzeitstellen). Das Personal wird vom EDA mit einem lokalen Vertrag angestellt. Entsprechend erscheinen die Löhne zwar im Personalaufwand des SECO, die Vollzeitstellen sind jedoch unter der Leistungsgruppe 3 (Aussennetz) des EDA aufgeführt.
- Nicht in den vorliegenden Zahlen enthalten sind die Kosten für Gehälter und Arbeitgeberbeiträge von rund 153 Vollzeitstellen (26,4 Mio.) im SECO-Leistungsbereich Arbeitsmarkt/ALV, die gestützt auf Artikel 92 Absatz 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes direkt durch die Arbeitslosenversicherung finanziert werden und somit nicht im Funktionsaufwand bzw. der Staatsrechnung des Bundes erscheinen. Sie sind nicht Gegenstand der Erfolgsrechnung des Bundes, werden jedoch aus Gründen der Transparenz vorliegend als ergänzende Information aufgeführt.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag von 0,7 Millionen sind in erster Linie auf tiefere Beratungskosten und auf Verzögerungen bei verschiedenen Projekten zurückzuführen. Aus diesem Grund beantragt das SECO die Bildung von zweckgebundenen Reserven.

Die *Informatikausgaben* lagen 1,4 Millionen über dem Voranschlag 2023. Das SECO konnte die Digitalisierung und die damit verbundenen Weiterentwicklungen im Bereich E-Government (EasyGov) schneller als geplant vorantreiben und die Mehrausgaben teilweise bei den externen Dienstleistungen im Bereich EasyGov kompensieren.

Die *Beratungsausgaben* lagen 0,8 Millionen unter dem budgetierten Wert. Dies ist hauptsächlich dadurch begründet, dass weniger Kontrollmassnahmen bei den Härtefallmassnahmen durch Externe durchgeführt wurden.

Investitionsausgaben

Die gegenüber dem Vorjahr tieferen Investitionsausgaben (rund Fr. 240 000) sind auf vier Beschaffungen im Jahr 2022 von Laborgeräten im Ressort Arbeitsbedingungen, Grundlagenarbeit und Gesundheit, sowie auf die Digitalisierung der Sitzungszimmer im SECO zurückzuführen. Dank der Beschaffungen 2022 konnten die Investitionskosten 2023 auf ein Minimum reduziert werden.

Kreditmutationen

Die Summe aller Kreditmutationen beträgt rund 4,8 Millionen:

- Diverse Abtretungen im Umfang von rund 1,7 Millionen vom Eidgenössischen Personalamt für zusätzliche Pensionskassenbeiträge, Lohnmassnahmen Teuerungskorrektur, Lernende und Förderprämien berufliche Integration.
- Diverse Kreditverschiebungen und -abtretungen von rund 1,6 Millionen der BK DTI, dem GS WBF und der EFV zum SECO und vom SECO zum BAR.
- Kreditüberschreitung 1 Prozent (1,36 Mio.) nach Art. 36 Abs. 2 FHG sowie aufgrund von Mehrerträgen der EKAS (0,1 Mio.).

Hinweise

Verpflichtungskredit «E-Government 2020–2023» (V0149.03), siehe Band 1 B, Ziffer B 1.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Wirtschaftspolitik		LG 2: Standortförderung		LG 3: Aussenwirtschaftspolitik	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	9	10	21	25	30	32
Personalausgaben	6	7	10	11	23	25
Sach- und Betriebsausgaben	2	3	12	14	7	7
<i>davon Informatik</i>	1	0	7	10	3	3
<i>davon Beratung</i>	1	1	2	1	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	34	35	53	57	121	128
Mio. CHF	LG 4: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		LG 5: Arbeitsmarktpolitik			
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023		
Aufwand und Investitionsausgaben	37	38	35	35		
Personalausgaben	30	32	26	27		
Sach- und Betriebsausgaben	7	7	9	8		
<i>davon Informatik</i>	2	2	4	4		
<i>davon Beratung</i>	1	1	1	1		
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	–		
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	0	0	0	0		
Vollzeitstellen (Ø)	143	141	144	147		

A202.0139 JUNGE ARBEITSLOSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	175 866	568 000	112 488	-455 512	-80,2

Der Bundesrat erachtet die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als prioritär. Der Bund engagiert sich entsprechend als Arbeitgeber mit dem Programm «Berufspraktika in der Bundesverwaltung», das sich an stellenlose, bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) angemeldete Jugendliche richtet.

Die eingestellten Mittel sind so bemessen, dass auf eine Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit rasch reagiert werden kann. Empfänger sind die Arbeitslosenkassen der Praktikantinnen und Praktikanten. Diese finanzieren für die Dauer von 6 Monaten ein Berufspraktikum. Die Finanzierung solcher Berufspraktika von arbeitslosen Personen (Beteiligung an den Taggeldkosten) wird von der ALV und vom beschäftigenden Unternehmen sichergestellt, wobei die Praktikumsbetriebe 25 Prozent der Taggeldzahlungen zu leisten haben. Dieser Kostenanteil wird im Fall des Bundes über den vorliegenden Kredit zentral beglichen, d. h. den Verwaltungseinheiten mit Praktikumsstellen erwachsen durch die Anstellung von Praktikantinnen und Praktikanten über dieses Programm keine Kosten.

Der Betrag in der Rechnung 2023 fiel um rund 0,45 Millionen tiefer aus als budgetiert. Die Arbeitslosenquote war im Jahr 2023 tief, weshalb auch weniger Praktika nachgefragt wurden.

Rechtsgrundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25.6.1982 (AVIG; SR 837.0), Art. 64a Abs. 1 Bst. b und 64b Abs. 2.

A202.0140 AMTLICHE WIRTSCHAFTSPUBLIKATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	4 054 933	4 488 000	3 826 486	-661 514	-14,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>138 100</i>			
Funktionsaufwand	4 054 933	4 488 000	3 789 763	-698 237	-15,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	4 054 933	4 488 000	3 789 763	-698 237	-15,6
Personalausgaben	2 434 331	2 484 400	2 467 451	-16 949	-0,7
Sach- und Betriebsausgaben	1 620 602	2 003 600	1 322 312	-681 288	-34,0
<i>davon Informatik</i>	<i>1 404 168</i>	<i>1 740 700</i>	<i>1 114 587</i>	<i>-626 113</i>	<i>-36,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>35 710</i>	<i>40 000</i>	<i>1 214</i>	<i>-38 786</i>	<i>-97,0</i>
Investitionsausgaben	-	-	36 723	36 723	-
Vollzeitstellen (Ø)	16	16	15	-1	-6,3

Das Ressort Publikationen sammelt, validiert, redigiert, veredelt und vertreibt die wichtigsten amtlichen und allgemein wirtschaftspolitischen Informationen für die Öffentlichkeit und Wirtschaft. Als Kompetenzstelle für moderne Publikations- und Prozesslösungen (flexible IT-Lösungen, konsequente Anwendung der E-Government-Strategie) wird ein wesentlicher Beitrag zur administrativen Entlastung von Unternehmen und der Verwaltung geleistet.

Die Ausgaben für die Aufbereitung und den Vertrieb von insgesamt 3,8 Millionen verteilte sich wie folgt auf die drei Publikationen:

- Für das Amtsblattportal (Schweizerisches Handelsamtsblatt und kantonale Amtsblätter) wurden 2 Millionen eingesetzt. Die Ausgaben setzten sich hauptsächlich aus den Personalkosten (1,1 Mio.) und aus den Kosten für Informatik (0,8 Mio.) zusammen. Die Rechnung konnte wie vorgeschrieben mit einem Kostendeckungsgrad von 100 Prozent abgeschlossen werden.
- Für die Beschaffungsplattform Simap wurden rund 0,9 Millionen eingesetzt, wobei die Mittel für Personal (0,6 Mio.) und Informatik (0,3 Mio.) verwendet wurden. Die Kosten konnten zu rund 100 Prozent mit Einnahmen aus Dienstleistungen rund um die Beschaffungsplattform finanziert werden.
- Die verwendeten Mittel für das Magazin «Die Volkswirtschaft» betrugen rund 0,9 Millionen. Die grössten Ausgaben wurden für Personal getätigt (0,8 Mio.). Der Kostendeckungsgrad betrug im Rechnungsjahr 3 Prozent.

Der Kreditrest von 0,7 Millionen ist auf tiefere Informatikausgaben, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Neuentwicklung des Amtsblattportals zurückzuführen. Aufgrund einer revidierten Projektplanung und der Durchführung einer fundierten Marktstudie fallen für 2023 geplante Projektkosten erst im Jahre 2024 an, weshalb das SECO die Bildung einer zweckgebundenen Reserve in diesem Umfang beantragt.

Kreditmutationen

- Abtretung im Bereich Personal vom Eidgenössischen Personalamt von 35 600 Franken.
- Kreditabtretungen vom GS WBF für Beteiligung SUPERB, sowie vom GS-EFD (DVS) für die Neuentwicklung Amtsblattportal von 102 500 Franken.

Rechtsgrundlagen

V vom 15.2.2006 über das Schweizerische Handelsamtsblatt (VSHAB; SR 221.415); V vom 12.2.2020 über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB; SR 172.056.11).

Hinweise

Vgl. E102.0106 «Erträge Amtliche Wirtschaftspublikationen».

A202.0141 INFORMATIKANWENDUNGEN AVAM-UMFELD ALV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	17 872 200	18 498 800	18 498 800	0	0,0

Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Informationssysteme der Arbeitslosenversicherung (ALV), soweit diese durch Bundesaufgaben bedingt sind. Die Kostenbeteiligung wird festgehalten in einer Vereinbarung zwischen der Aufsichtskommission der ALV und dem Bund, vertreten durch das SECO.

Seit 2019 wird der Finanzierungsanteil des Bundes auf der Basis der effektiv angefallenen Informatikkosten der vorangehenden fünf Jahre im Bereich Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik berechnet. Daher sind die Voranschlags- und Rechnungswerte jeweils identisch.

Die Kostensteigerung im Jahr 2023 ist auf IT-Projekte zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25.6.1982 (AVIG; SR 837.0), Art. 83 Abs. 1 Bst. i; Arbeitsvermittlungsgesetz vom 6.10.1989 (AVG; SR 823.17), Art. 35 Abs. 4.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Bildung aus Rechnung 2022	–	660 000	660 000
Endbestand per 31.12.2023	–	660 000	660 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 711 000	1 711 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Berichtsjahr wurden keine Reserven aufgelöst oder verwendet.

Reservenbestand

Der Reservenbestand bleibt unverändert bei 660 000 Franken für das Informatikprojekt SICHEM.

Antrag zur Bildung neuer zweckgebundener Reserven

Für Projekte, die sich im Laufe des Jahres 2023 verzögert haben, wird die Bildung von Reserven in Höhe von 1 051 000 Franken aus dem Kredit A200.0001 «Funktionsaufwand (Globalbudget)» beantragt. Es handelt sich dabei um folgende verzögerte Projekte: SECOWeb (Fr. 370 000), GEVER eFormulaire (Fr. 100 000), Toolbox BLV (Fr. 95 000), Trexmo (Fr. 160 000), Elic (Fr. 100 000), FlaM-Plattform (Fr. 146 000), Pilotprojekt JARI (Fr. 50 000), Service Trade Cockpit (Fr. 30 000).

Weiter wird aus dem Kredit A202.0140 «Amtliche Wirtschaftspublikationen» eine Reserve in Höhe von 600 000 Franken beantragt. Dies für das Projekt Relaunch Amtsblattportal, welches zum Ziel hat, die bestehende Publikationsplattform Amtsblattportal bis Ende 2026 abzulösen. Aufgrund der revidierten Projektplanung (u. a. aufgrund der Durchführung einer Marktstudie) verzögerte sich die Phase Konzept um mehrere Monate, so dass ein substantieller Teil der im Jahr 2023 geplanten Ausgaben erst im 2024 anfallen werden.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: STANDORTFÖRDERUNG**A231.0192 SCHWEIZ TOURISMUS**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	74 025 600	70 442 000	70 442 000	0	0,0

Der Bund leistet Finanzhilfen an die öffentlich-rechtliche Körperschaft Schweiz Tourismus für die Erfüllung ihres Auftrages, die touristische Landeswerbung der Schweiz im In- und Ausland zu organisieren und durchzuführen.

Die im Voranschlag 2023 eingestellten Mittel entsprechen den vom Bundesrat in der Botschaft über die Standortförderung 2020–2023 beantragten Mitteln abzüglich einer Teuerungskorrektur.

Im Rahmen des Recovery Programms für den Schweizer Tourismus hat das Parlament den Bundesbeitrag an Schweiz Tourismus um 30 Millionen aufgestockt, davon 17 Millionen im Jahr 2022 und 13 Millionen im Jahr 2023. Die Mittel wurden hälftig für Marketingkampagnen und für Entlastungszahlungen an die Tourismuspartnerinnen und -partner von Schweiz Tourismus eingesetzt. Die Differenz von rund 3,5 Millionen zwischen der Rechnung 2023 und der Rechnung 2022 ist hauptsächlich auf die unterschiedliche Verteilung der Recovery-Mittel auf die beiden Jahre zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 21.12.1955 über Schweiz Tourismus (SR 935.21).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Schweiz Tourismus 2020–2023» (Z0016.04), siehe Band 1 B, Ziffer B 2.

A231.0194 FÖRDERUNG VON INNOVATIONEN UND ZUSAMMENARBEIT IM TOURISMUS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 908 777	12 380 100	11 521 218	-858 882	-6,9

Mit diesem Förderinstrument werden Vorhaben unterstützt, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus durch wirtschaftliche, technologische, soziale oder ökologische Innovationen, durch verstärkte Zusammenarbeit und durch gezielten Wissensaufbau stärken sollen. Für die Finanzierung dieser Vorhaben haben die eidgenössischen Räte in der Herbstsession 2019 einen Verpflichtungskredit für Innotour für die Jahre 2020–2023 im Umfang von 30 Millionen verabschiedet.

Zudem hat das Parlament in der Frühjahrssession 2023 eine Gesetzesänderung beschlossen, wonach der Bundesanteil bei Innotour-Projekten im Zeitraum 2023–2026 von zuvor maximal 50 Prozent auf neu maximal 70 Prozent erhöht wird. Die Gesetzesänderung trat am 17.7.2023 in Kraft. Die knappe Frist bis Ende Jahr hat dazu geführt, dass rund 0,9 Millionen im 2023 nicht verwendet wurden.

Gleichzeitig hat das Parlament beschlossen, für die Umsetzung des Recovery Programms bei Innotour im Jahr 2023 zusätzlich 5 Millionen zur Verfügung zu stellen, was die Differenz zum Vorjahr erklärt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2011 über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (SR 935.22).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Förderung Innovation und Zusammenarbeit Tourismus 2020–2023» (V0078.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0195 WELTORGANISATION TOURISMUS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	338 300	347 200	347 150	-50	0,0

Der Bund entrichtet über den vorliegenden Kredit einen Jahresbeitrag an die Weltorganisation für Tourismus (UNWTO). Die Jahresbeiträge der Mitgliedsländer basieren auf einem Verteilschlüssel, der den wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Länder gemäss UNO-Statistiken und die Bedeutung des Tourismus in den Ländern berücksichtigt.

Rechtsgrundlagen

Statuten der Weltorganisation für Tourismus vom 27.9.1970 (SR 0.935.21).

A231.0196 BÜRGSCHAFTEN FÜR KMU

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 695 132	11 700 000	10 487 461	-1 212 539	-10,4

Der Bund erleichtert leistungs- und entwicklungsfähigen Klein- und Mittelbetrieben die Aufnahme von Bankdarlehen. Zu diesem Zweck richtet er Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen für KMU aus. Gemäss dem Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen für KMU kann der Bund 65 Prozent der Bürgschaftsverluste übernehmen, Verwaltungskosten der Bürgschaftsorganisationen mitfinanzieren und in Ausnahmefällen nachrangige Darlehen gewähren. Das maximale Bürgschaftsvolumen ist gesetzlich auf 600 Millionen beschränkt. Per Ende 2023 betrug der Bürgschaftsbestand 302,3 Millionen. Der Stand der Rückstellungen für die Honorierung von Bürgschaften betrug Ende 2023 33,5 Millionen.

Zudem werden aus diesem Kredit auch Verluste aus Startup-Bürgschaften gedeckt. Im Jahr 2020 wurden Bürgschaften an ausichtsreiche Startups mit pandemiebedingten Liquiditätsengpässen über das Bürgschaftswesen für KMU vergeben. Insgesamt wurden 359 Kredite mit einem Volumen von insgesamt 98,8 Millionen verbürgt. Per Ende 2023 betrug der Bürgschaftsbestand noch 64,6 Millionen. Der Stand der Rückstellungen für die Honorierung von Startup-Bürgschaften betrug Ende 2023 4,5 Millionen.

Die ordentlichen Verwaltungskostenbeiträge des Bundes sind auf 3 Millionen pro Jahr plafoniert.

Die Positionen im Berichtsjahr setzen sich wie folgt zusammen:

– Verwaltungskostenbeitrag	3 000 000
– Bildung von Rückstellungen für Verluste Bürgschaftswesen KMU	3 442 957
– Bildung von Rückstellungen für Verluste Bürgschaftswesen Start-up	2 475 252
– Startup-Bürgschaftsverluste	1 569 252

Die Minderausgaben von 1,2 Millionen erklären sich dadurch, dass die Bürgschaftsverluste tiefer als erwartet ausgefallen sind.

Nicht enthalten in diesem Betrag sind die Verwaltungskostenbeiträge und Bürgschaftsverluste aus den Covid-19-Krediten. Diese Beiträge werden aus einem eigenen Kredit (Verweis auf diesen Kredit?) bezahlt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.2006 über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25).

Hinweise

Vgl. E130.0001 «Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen» und E140.0001 «Finanzertrag», A231.0411 «Covid Bürgschaften» und E150.0114 Covid Bürgschaften».

A231.0197 BÜRGSCHAFTSGEWÄHRUNG IN BERGGEBIETEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-44 560	10 000	-27 701	-37 701	-377,0

Gestützt auf die Übergangsbestimmungen im Bundesgesetz über die Aufhebung des Bundesgesetzes zur Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) übernimmt der Bund einen Teil der Verwaltungskosten und der Verluste aus den noch bestehenden Bürgschaften der drei regionalen, vom Bund anerkannten Bürgschaftsgenossenschaften. Das BGB wurde am 1.3.2020 aufgehoben. Die laufenden Bürgschaften werden von den drei regionalen Bürgschaftsgenossenschaften verwaltet, neue Bürgschaften werden keine mehr eingegangen. Ende 2023 betrug der Saldo der ausstehenden Bürgschaften rund 0,5 Millionen.

Die Budgetierung von Verlusten wird anhand von Erfahrungswerten vorgenommen. Der Betrag umfasst die an die Bürgschaftsgenossenschaften ausbezahlten Verwaltungskostenbeiträge abzüglich der Wiedereingänge von Verlusten aus früheren Jahren. Der Anteil der Verwaltungskosten ist bescheiden und abschätzbar.

Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag 2023 sind darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2023 keine Verluste honoriert werden mussten und der Betrag der Wiedereingänge von Verlusten (Fr. 7200) aus früheren Jahren höher war als die ausbezahlten Verwaltungskostenbeiträge (Fr. 1950). Zusätzlich konnten im Rechnungsjahr Rückstellungen (Fr. 22 451) aufgelöst werden, weil der Bestand an Bürgschaften laufend abnimmt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 14.12.2018 über die Aufhebung des BG über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB; SR 901.2).

A231.0198 EXPORTFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	23 691 464	24 543 000	24 331 719	-211 281	-0,9

Die Exportförderung soll in Ergänzung zu privaten Initiativen Absatzmöglichkeiten im Ausland ermitteln, die schweizerischen Exporteure als international konkurrenzfähige Anbieter positionieren und den Zugang von Schweizer Firmen zu ausländischen Märkten unterstützen. Der privatrechtlich organisierte Verein Switzerland Global Enterprise (S-GE) ist vom SECO mit der Umsetzung der Exportförderung beauftragt.

Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag 2023 sind darauf zurückzuführen, dass Beiträge an Massnahmen und Projekte im internationalen Messewesen aufgrund des reduzierten Messevolumens nicht wie geplant ausbezahlt werden konnten.

Rechtsgrundlagen

Exportförderungsgesetz vom 6.10.2000 (SR 946.14).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Exportförderung 2020–2023» (Z0017.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0208 NEUE REGIONALPOLITIK

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	25 149 600	25 323 600	25 323 600	0	0,0

Die Neue Regionalpolitik zielt auf die Stärkung der regionalen Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit ab. Der Bund unterstützt Initiativen, Programme und Projekte, die diesen Zielen gerecht werden, mit Mitteln aus dem Fonds für Regionalentwicklung. Die entsprechenden Globalbeiträge werden den Kantonen basierend auf Programmvereinbarungen ausgerichtet, die Kantone entscheiden über die zu fördernden Projekte. Die Beiträge des Bundes richten sich dabei grundsätzlich nach der Wirksamkeit der Massnahmen. Finanziert werden zudem auch Begleitmassnahmen zur Umsetzung der Regionalpolitik. Für das Mehrjahresprogramm 2016–2023 stand dafür ein Zahlungsrahmen von maximal 230 Millionen zur Verfügung; davon wurden 205 Millionen effektiv zur Verfügung gestellt und als Einlage in den Fonds für Regionalentwicklung verwendet.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.2006 über Regionalpolitik (SR 901.0).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung 2016–2023» (Z0037.01), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0211 INFO ÜBER DEN UNTERNEHMENSSTANDORT SCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 103 700	4 189 100	4 189 100	0	0,0

Die nationale Standortpromotion (Information über den Unternehmensstandort Schweiz) hat zum Ziel, den Wirtschaftsstandort Schweiz in ausgewählten Ländern und Sektoren erfolgreich zu positionieren und die langfristige und nachhaltige Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu fördern. Empfänger des Kredits ist der privatrechtlich organisierte Verein Switzerland Global Enterprise (S-GE). Er führt den entsprechenden Auftrag des Bundes in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen respektive mit kantonalen Zusammenschlüssen aus und trägt mit seiner Koordinationsrolle zu einem möglichst einheitlichen Auftritt der Schweiz im Ausland bei.

Die Mittel werden gestützt auf den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz vom 11.9.2019 ausbezahlt; dieser sah einen Zahlungsrahmen von maximal 17,6 Millionen für die Jahre 2020–2023 vor.

Rechtsgrundlagen

BG vom 5.10.2007 zur Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz (SR 194.2).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Information über den Unternehmensstandort Schweiz 2020–2023» (Z0035.04), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0411 COVID: BÜRGSCHAFTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	24 000 000	21 445 750	-2 554 250	-10,6
davon Kreditmutationen		13 000 000			

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen behördlichen Massnahmen zum Schutz der Gesundheit führten in der Schweiz bei zahlreichen Unternehmen zu Einnahmeausfällen. Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei KMU wurde im Frühling 2020 ein rascher Zugang zu Überbrückungsfinanzierungen geschaffen (sog. Covid-19-Kredite).

Für diese Covid-19-Kredite übernimmt der Bund die Bürgschaftsverluste sowie die damit verbundenen Verwaltungskosten der Bürgschaftsorganisationen. Massgebend für die Festsetzung der zu übernehmenden Verluste sind der verbürgte Kredit (abzüglich der geleisteten Amortisation) und der verbürgte Jahreszins. Die Bürgschaftsorganisationen können zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Dritte beiziehen.

Die Ausgaben setzen sich im Rechnungsjahr 2023 wie folgt zusammen:

– Verwaltungskostenbeitrag für den Beizug Dritter	19 360 481
– Verwaltungskostenbeitrag der Bürgschaftsorganisationen	2 085 269

Nur etwa 10 Prozent des Betrags entfällt auf die Verwaltungskosten der Bürgschaftsorganisationen. Der weitaus grösste Teil der Kosten ist auf den Beizug Dritter zurückzuführen. Diese Position wird stark von den Kosten der Missbrauchsbekämpfung beeinflusst.

Anfang 2023 waren Bürgschaften für Covid-19-Kredite im Umfang von rund 9,5 Milliarden ausstehend. Im Verlauf des Jahres 2023 wurden von den Kreditnehmenden Covid-19-Kredite im Umfang von insgesamt rund 1,6 Milliarden zurückbezahlt. Gleichzeitig musste der Bund Bürgschaftsverluste von rund 377,6 Millionen decken. Der Bürgschaftsbestand betrug Ende 2023 noch 7,5 Milliarden; die Rückstellung für daraus resultierende Verluste beläuft sich auf 722 Millionen.

Der Kreditrest von rund 2,5 Millionen ist auf die letztlich niedrigeren effektiven Kosten für den Beizug Dritter im Rechnungsjahr zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.12.2020 über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge der Covid-19-Pandemie (Covid-19-SBüG; SR 951.26); V vom 25.3.2020 zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften infolge der Covid-19-Pandemie (Covid-19-SBüV; SR 951.267).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Covid: Bürgschaften für Unternehmen (Corona-Härtefallhilfen)» (V0336.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. E150.0114 «Covid: Bürgschaften».

Kreditmutation

— Nachtrag II 2023 von 13 Millionen

A231.0451 COVID: KANTONALE HÄRTEFALLMASSNAHMEN FÜR UNTERNEHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	–	7 229 047	7 229 047	–

Der Bund hat kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen unterstützt, die aufgrund der Covid-19-Pandemie einen Umsatzrückgang von mehr als 40 Prozent verzeichneten oder auf behördliche Anordnung geschlossen wurden. Zu diesem Zweck wurde 2021 ein Verpflichtungskredit von 8,2 Milliarden bewilligt. Gestützt darauf haben die Kantone Härtefallhilfen an gut 35 000 Unternehmen gesprochen, schwergewichtig in Form von nicht rückzahlbaren Beiträgen (rund 5 Mrd.). Zudem haben 15 Kantone Darlehen, Bürgschaften oder Garantien im Umfang von 220 Millionen gewährt; diese sind auf höchstens zehn Jahre befristet. Der Bund beteiligt sich zu 70 Prozent (Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 5 Mio.) bzw. zu 100 Prozent (Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 5 Mio.) an den kantonalen Härtefallmassnahmen.

Die noch offenen Darlehen, Bürgschaften und Garantien betrugen per Ende 2023 139 Millionen. Für Verluste daraus stellten die Kantone dem Bund im 2023 Rechnung von rund 1 Million, dafür wurde die Rückstellung verwendet. Aufgrund des geringeren Saldos von noch hängigen Darlehen, Bürgschaften und Garantien kann die Rückstellung für Verluste reduziert werden: Sie betrug im Rechnungsabschluss 2022 rund 24,3 Millionen und wurde mit dem Rechnungsabschluss 2023 auf 20,2 Millionen vermindert.

Abgesehen von Fällen, die vor einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde hängig sind, haben die Kantone dem Bund die nicht rückzahlbaren Härtefallmassnahmen bereits per Ende 2022 in Rechnung gestellt. Für die Fälle mit hängigen Verfahren wurde im Rahmen der Staatsrechnung 2022 eine Rückstellung im Umfang von 45 Millionen gebildet. Davon wurden im Verlauf des Jahres rund 30,3 Millionen verwendet. Die Rückstellung für nicht rückzahlbare Hilfen wurde per Ende 2023 neu berechnet und beläuft sich auf 25 Millionen.

Der verbuchte Betrag von rund 7,2 Millionen entspricht der netto Erhöhung der beiden Rückstellungen: Einerseits der Auflösung von rund 3 Millionen in der Rückstellung für Verluste auf Darlehen, Bürgschaften und Garantien, andererseits der Aufstockung von rund 10,3 Millionen der Rückstellung für Fälle, die vor einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde hängig sind. Gleichzeitig stellten die Kantone auch Gutschriften von rund 42 Millionen zugunsten des Bundes im Rahmen von Rückzahlungen von Härtefallhilfen aus, insbesondere in Fällen von Missbrauch oder wenn sich Unternehmen zu einer freiwilligen Rückzahlung entschlossen, um eine Dividende ausschütten zu können (vgl. E130.0001).

Kreditmutation

— Kreditüberschreitung mit dringlichem Nachtragskredit mit Sachgeschäft (Art. 33 + 34 FHG / Art. 24 + 25 FHV).

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz vom 25.9.2020 (SR 818.102), Art. 12.; Covid-19-Härtefallverordnung 2020 (HFMV 20; SR 951.262); Covid-19-Härtefallverordnung 2022 vom 2.2.2022 (HFMV 22; SR 951.264).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen» (V0357.00), siehe BB Ia über den Nachtrag zum Voranschlag 2022 sowie Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. E130.0001 «Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen»

TRANSFERKREDITE DER LG 3: AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK**A231.0199 SCHWEIZERISCHE NORMEN-VEREINIGUNG (SNV)**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 860 770	1 870 000	1 860 770	-9 230	-0,5

Der Beitrag an die Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV) ist eine pauschale Abgeltung für die per Verordnung an die SNV übertragenen Arbeiten (Sicherstellen einer Auskunftsstelle betreffend technische Vorschriften und Normen, Aufbereiten der staatlichen Notifikationen über neue technische Vorschriften zuhanden schweizerischer Unternehmen und Behörden, Vertretung der Schweizer Interessen bei der Erarbeitung von internationalen Normen). Empfängerinnen sind die SNV und ihre normenschaaffenden Mitgliederverbände SIA (Bauwesen), Electrosuisse/SEV (Elektrotechnik) und Asut (Telekommunikation). Die SNV muss jährlich Rechenschaft über die Erfüllung der ihr übertragenen Arbeiten einschliesslich der von den Mitgliederverbänden wahrgenommenen Aufgaben ablegen.

Rechtsgrundlagen

Notifikationsverordnung vom 17.6.1996 (SR 946.511), Art. 4.

A231.0203 ORG. WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 420 246	8 585 000	8 367 488	-217 512	-2,5

Die OECD erstellt alle zwei Jahre ihr Budget und ihr Programm. Der Jahresbeitrag der Mitgliedstaaten wird jährlich anhand einer Formel berechnet, welche die relative Grösse der Volkswirtschaft sowie die Wachstumsrate und den Wechselkurs jedes Mitgliedstaates berücksichtigt. Eine präzise Berechnung des jährlichen Beitrags ist daher im Voraus nicht immer möglich und die Budgetplanung erfolgt anhand einer Schätzung. Der Anteil der Schweiz am ordentlichen Haushalt der OECD betrug im Jahr 2023 rund 2,1 Prozent.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 14.12.1960 über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (SR 0.970.4), Art. 20.

A231.0204 WELTHANDELSORGANISATION (WTO)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 496 731	3 763 375	3 763 375	0	0,0
davon Kreditmutationen		63 375			

Der WTO-Mitgliederbeitrag berechnet sich auf Basis des Anteils des jeweiligen Landes am Welthandel (Ein- und Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen). Seit 2013 wird auch der Handel mit nicht-monetärem Gold in der Berechnungsmethodik berücksichtigt. Wegen der Struktur des schweizerischen Aussenhandels fällt dies stark ins Gewicht. Aus diesem Grund ist mit grösseren Schwankungen des Schweizer Anteils trotz gleichbleibendem WTO-Gesamtbudget zu rechnen. Der Anteil der Schweiz am Welthandel ist im Jahr 2023 von 1,883 Prozent auf 1,925 Prozent gestiegen, was den Anstieg gegenüber dem Vorjahr erklärt.

Kreditmutation

- Kreditüberschreitung mit geringfügigem Ermessensspielraum gemäss Art. 36 Abs. 4 FHG von 63 375 Franken aufgrund des höheren Beitragssatzes.

Rechtsgrundlagen

Abkommen vom 15.4.1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation (SR 0.632.20), Art. VII.

A231.0205 EUROPÄISCHE FREIHANDELSASSOZIATION (EFTA), GENF

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 714 806	10 993 600	9 218 553	-1 775 047	-16,1

Die Beiträge der EFTA-Mitgliedstaaten werden jährlich auf der Grundlage eines Kostenschlüssels festgelegt. Dieser beruht auf verschiedenen Berechnungsfaktoren (u. a. der Entwicklung des BIP in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung von Wechselkursfluktuationen). Die Beitragszahlungen sind zu rund zwei Dritteln in Euro (für die Standorte Brüssel und Luxemburg) und zu rund einem Drittel in Schweizer Franken (für den Standort Genf) zu entrichten. Im EFTA-Budget gilt weiterhin das Prinzip des realen Nullwachstums. Trotzdem kommt es wegen der jeweiligen Preisentwicklung an den drei Standorten zu nominellen Budgetanpassungen. Ausgabenschwankungen sind aufgrund einer schwer vorhersehbaren Anzahl von Verhandlungsrunden und Unterstützungsprojekten zugunsten von Drittländern oder wegen veränderter Personalausgaben im Verlauf eines Budgetjahres durchaus möglich.

Die Beiträge für 2023 lagen über dem Voranschlagswert. Allerdings erhielt die Schweiz unvorhergesehene Rückvergütungen aus Budgetüberschüssen – grösstenteils für das Rechnungsjahr 2021 (Minderausgaben während Covid-19-Pandemie) – in der Höhe von rund 2,3 Millionen. Diese Rückvergütungen wurden mit den Beiträgen 2023 verrechnet, was die ausgewiesene Minderausgabe erklärt.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 4.1.1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA; SR 0.632.37).

A231.0212 MITGLIEDSCHAFT BEIM VERTRAG ÜBER DEN WAFFENHANDEL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	212 000	234 300	14 420	-219 880	-93,8

Der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) ist für die Schweiz 2015 in Kraft getreten. Die Kosten der jährlichen Staatenkonferenzen sowie des Vertragssekretariats werden von den Vertragsstaaten anteilmässig übernommen. Die Pflichtbeiträge der einzelnen Vertragsstaaten errechnen sich nach einem bei internationalen Organisationen gebräuchlichen Schlüssel, der sich mit der Anzahl der Vertragsstaaten verändert. Der Anteil der Schweiz am Budget liegt bei rund 1,3 Prozent und betrug für das Berichtsjahr 14 420 Franken.

Grundsätzlich finanziert die Schweiz auch das ATT Sponsorship Programms zur Unterstützung der Teilnahme von Expertinnen und Experten aus Entwicklungsländern an den Arbeitsgruppen und Konferenzen und den ATT Treuhandfonds zur Finanzierung von Projekten zur Umsetzung des Vertrags. Im Berichtsjahr verfügten beide Instrumente über die notwendigen Mittel, weshalb kein Beitrag der Schweiz erforderlich war. Dies erklärt die Differenz zum Voranschlagswert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag vom 2.4.2013 über den Waffenhandel (SR 0.518.61).

TRANSFERKREDITE DER LG 4: WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

A231.0200 INTERNATIONALE ROHSTOFF ÜBEREINKOMMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	151 628	166 700	162 139	-4 561	-2,7

Die Mitgliedschaft in den internationalen Rohstofforganisationen ermöglicht es der Schweiz, ihre wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen zu vertreten und die Politik der Organisationen mitzubestimmen. Die Mitgliederbeiträge der Schweiz am ordentlichen Budget der einzelnen Rohstofforganisationen berechnen sich auf der Basis des Importanteils der Schweiz.

Die Pflichtbeiträge an internationale Rohstofforganisationen setzten sich im Jahr 2023 wie folgt zusammen:

– Internationale Kaffee-Organisation	101 181
– Internationale Kakao-Organisation	22 446
– Internationale Organisation für tropisches Holz	38 512

Rechtsgrundlagen

Internationales Kaffee-Übereinkommen von 2007 (SR 0.916.117.1); Internationales Kakao-Übereinkommen von 2010 (SR 0.916.118.1); Internationales Tropenhölzer-Übereinkommen von 2006 (SR 0.921.11).

A231.0201 ORGANISATION FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG (UNIDO)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 478 497	1 411 300	1 411 292	-8	0,0

Die Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) ist eine Entwicklungsagentur der UNO, die Entwicklungs- und Transitonsländer in deren Bestreben nach einer nachhaltigen industriellen Entwicklung unterstützt. Der Anteil der Schweiz am Budget der UNIDO belief sich auf 1,9 Prozent des ordentlichen Haushalts, der durch die Generalkonferenz aller Mitgliedsländer festgelegt wurde.

Rechtsgrundlagen

Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung vom 8.4.1979 (SR 0.974.11), Art. 15.

A231.0202 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (BILATERAL)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	230 780 198	214 961 300	213 396 426	-1 564 874	-0,7
davon Kreditmutationen		-13 000 000			

Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz unterstützt Entwicklungsländer bei der Gestaltung des Strukturwandels, der Entwicklung des Privatsektors und der Integration in die globale Wirtschaft. Ihre Aktivitäten fördern zuverlässige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und innovative privatwirtschaftliche Initiativen, die Menschen und Unternehmen den Zugang zu Märkten und Opportunitäten erleichtern sowie menschenwürdige Erwerbsmöglichkeiten schaffen. Damit trägt die Schweiz in diesen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltigem Wohlstand bei.

2023 wurden entlang der zwei Hauptaktivitäten der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit folgende Beiträge eingesetzt:

- Zugang zu Märkten und Opportunitäten durch zuverlässige Rahmenbedingungen 143,1 Millionen
- Erwerbsmöglichkeiten durch innovative privatwirtschaftliche Initiativen 70,3 Millionen

Begünstigte sind Regierungsstellen, Zivilgesellschaften, Privatunternehmen und andere Partner in den Empfängerländern, wenn möglich in Partnerschaft mit Schweizer Unternehmen und Dienstleistern. Gezielte Projekte werden auch in Zusammenarbeit mit multilateralen Finanzierungsinstitutionen (z. B. Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank) im Namen der Schweiz durchgeführt.

Kreditmutation

- Kompensation für Nachtragskredit A231.0210 «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens» von 13 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Die aus diesem Kredit geleisteten Beiträge werden vom Entwicklungsausschuss der OECD an die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz angerechnet.

Verpflichtungskredite «Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit» (V0076.05–V0076.08), resp. «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0076.09), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0209 SCHWEIZER BEITRAG AN AUSGEWÄHLTE EU-MITGLIEDSTAATEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 489 004	12 000 000	1 025 976	-10 974 024	-91,5

Mit dem zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten stärkt und vertieft die Schweiz ihre bilateralen Beziehungen mit den Partnerländern und der gesamten EU. Zudem kann die Schweiz mit den thematischen Schwerpunkten des zweiten Schweizer Beitrags zur Bewältigung aktueller Herausforderungen in Europa beitragen, die auch die Schweiz betreffen.

Da die letzten bilateralen Umsetzungsabkommen mit den Partnerländern erst 2023 fertig ausgehandelt werden konnten, fielen die für 2023 geplanten Projektauszahlungen deutlich tiefer aus (-10 Mio.).

Im Rahmen des ersten Schweizer Erweiterungsbeitrag fielen noch 1,0 Millionen an Auszahlungen für Kroatien an. Aufgrund von administrativen Verzögerungen bei Projektabschlüssen ist dies 1,0 Millionen weniger als geplant.

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2016 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1).

Hinweise

Siehe auch Band 2A, 202 EDA, Kredit A231.0337 «Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten».

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «Beteiligung der Schweiz an der Erweiterung der EU» (V0154.00 und V0154.02), resp. «Zweiter CH-Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 2019–24» (V0154.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0210 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT LÄNDER DES OSTENS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	113 382 798	121 277 200	121 276 826	-374	0,0
davon Kreditmutationen		40 000 000			

Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz unterstützt Entwicklungsländer bei der Gestaltung des Strukturwandels, der Entwicklung des Privatsektors und der Integration in die globale Wirtschaft. Ihre Aktivitäten fördern zuverlässige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und innovative privatwirtschaftliche Initiativen, die Menschen und Unternehmen den Zugang zu Märkten und Opportunitäten erleichtern sowie menschenwürdige Erwerbsmöglichkeiten schaffen. Damit trägt die Schweiz in diesen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltigem Wohlstand bei.

2023 wurden entlang der zwei Hauptaktivitäten der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit folgende Beiträge eingesetzt:

- Zugang zu Märkten und Opportunitäten durch zuverlässige Rahmenbedingungen 94,7 Millionen
- Erwerbsmöglichkeiten durch innovative privatwirtschaftliche Initiativen 26,6 Millionen

Von diesen Beiträgen flossen 50 Millionen für Unterstützungsmassnahmen in die vom Krieg betroffene Ukraine.

Begünstigte sind Regierungsstellen, Zivilgesellschaften, Privatunternehmen und andere Partner in den Empfängerländern, wenn möglich in Partnerschaft mit Schweizer Unternehmen und Dienstleistern. Gezielte Projekte werden auch in Zusammenarbeit mit multilateralen Finanzierungsinstitutionen (z. B. Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD) im Namen der Schweiz durchgeführt.

Kreditmutation

- Mit dem Nachtrag Ib genehmigte das Parlament 40 Millionen zur Umsetzung eines Hilfspakets für Unterstützungsmassnahmen in der Ukraine. Davon wurden 13 Millionen auf dem Kredit A231.0202 «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)» kompensiert.

Rechtsgrundlagen

BG vom 30.9.2016 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1), Art. 1 und 10.

Hinweise

Die aus diesem Kredit geleisteten Beiträge werden vom Entwicklungsausschuss der OECD an die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz angerechnet.

Verwaltungseinheitsübergreifende Verpflichtungskredite «Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten» resp. «Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas» (V0021.02–V0021.04) und «Entwicklungszusammenarbeit Ost 2021–2024» (V0021.05), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A235.0101 DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN ENTWICKLUNGSLÄNDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	21 379 000	25 000 000	21 549 704	-3 450 296	-13,8

Das SECO vergibt gezielt Darlehen und Beteiligungen an spezialisierte Finanzintermediäre und Schweizer KMU. Damit soll der Privatsektor stärker in die Aktivitäten der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden und so zur Mobilisierung von zusätzlichen privaten Geldern für eine nachhaltige Entwicklung beitragen.

Mit 20 Millionen wurde das Eigenkapital der Swiss Investment Fund for Emerging Markets AG (SIFEM) aufgestockt. In einem zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kann die SIFEM so ihre wichtige antizyklische Rolle wahrnehmen und ihre entwicklungspolitische Wirkung weiter verstärken. Die SIFEM investiert ihre Mittel in Finanzintermediäre (z. B. Risikokapitalfonds für KMU, Kreditlinien oder Leasinggesellschaften) in Entwicklungs- und Transitionsländern. Dies dient der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Ländern.

Die restlichen 1,5 Millionen betreffen Darlehen im Rahmen des SECO Start-up Fund (SSF). Der SSF ist ein entwicklungspolitisches Darlehensinstrument, mit welchem Investitionsprojekte im Privatsektor in Ländern unterstützt werden, deren Wirtschaft in Entwicklung oder im Umbruch ist. Das Ziel des SSF ist es, die Finanzierung und das Risiko mit den Investoren und Investorinnen zu teilen, indem die Aufbauphase von Investitionsvorhaben mitfinanziert wird. Die Nachfrage nach solchen Darlehen unterliegt grossen Schwankungen und erschwert dadurch die Planbarkeit der Darlehensvergabe. Dies erklärt die Differenz von rund 3,5 Millionen zum Voranschlag.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Die aus diesem Kredit geleisteten Beiträge werden vom Entwicklungsausschuss der OECD an die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz angerechnet. Verpflichtungskredite «Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit» (V0076.05–V0076.08), resp. «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0076.09), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A236.0142 INVESTITIONSBEITRÄGE ENTWICKLUNGSLÄNDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	-	19 000 000	19 000 000	0	0,0

Das SECO vergibt gezielt Darlehen an spezialisierte Finanzintermediäre und KMU. Investitionsbeiträge werden an den Privatsektor vergeben, damit er stärker in die Aktivitäten der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit eingebunden wird und so zur Mobilisierung von zusätzlichen privaten Geldern für eine nachhaltige Entwicklung beiträgt.

Im 2023 wurden 19 Millionen im Rahmen einer mehrjährigen Finanzierungsrunde an die Private Infrastructure Development Group (PIDG) in Form von Darlehen mit Investitionsbeitragscharakter vergeben. PIDG ist eine Multigeberplattform (in Zusammenarbeit mit Grossbritannien, Niederlande, Schweden und Australien), welche Lösungen für die Entwicklung und Finanzierung von nachhaltigen und inklusiven Infrastrukturprojekten anbietet, mit dem Ziel, private Investitionen zu mobilisieren. PIDG ist hauptsächlich in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sowie in Süd- und Südostasien tätig.

Die Investitionsbeiträge werden vollständig wertberichtigt (vgl. Kredit A238.0001 «Wertberichtigungen im Transferbereich»).

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.3.1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0), Art. 9 Abs. 1.

Hinweise

Die aus diesem Kredit geleisteten Beiträge werden vom Entwicklungsausschuss der OECD an die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz angerechnet. Verpflichtungskredite «Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit» (V0076.05–V0076.08), resp. «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024» (V0076.09), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	-	19 000 000	19 000 000	0	0,0

Die Investitionsbeiträge werden zulasten der Erfolgsrechnung vollständig wertberichtigt. (vgl. Kredit A236.0142 «Investitionsbeiträge Entwicklungsländer»).

TRANSFERKREDITE DER LG 5: ARBEITSMARKTPOLITIK**A231.0187 INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION (ILO), GENÈVE**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	4 172 721	4 355 500	3 921 581	-433 919	-10,0

Als Mitglied in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entrichtet die Schweiz einen Mitgliederbeitrag. Die Höhe des Anteils der Schweiz am Budget der ILO wird anhand der Beitragsskala der Vereinten Nationen (UNO) errechnet. Das Budget der ILO wird für zwei Jahre festgelegt, der Verteilschlüssel der UNO in der Regel für drei Jahre.

Die Einsparung von 0,4 Millionen des effektiven Mitgliederbeitrags 2023 gegenüber dem Voranschlag ergibt sich durch die Anpassung des Verteilschlüssels anlässlich der 110. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2022. Dieser sank von 1,152 Prozent auf 1,135 Prozent. Dadurch verringerte sich auch der Mitgliederbeitrag der Schweiz für 2023.

Rechtsgrundlagen

Verfassung der internationalen Arbeitsorganisation vom 28.6.1919 (SR 0.820.1), Art. 13.

A231.0188 LEISTUNGEN DES BUNDES AN DIE ALV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	615 988 000	572 482 000	572 482 000	0	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		22 482 000			

Der Bund beteiligt sich an den Kosten für Vermittlung und arbeitsmarktliche Massnahmen. Empfänger ist die Arbeitslosenversicherung (ALV). Die Leistungen des Bundes an die ALV belaufen sich auf 0,159 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme (alle Löhne und Lohnbestandteile bis zum maximal versicherten Verdienst von Fr. 148 200). Der Betrag ist gesetzlich gebunden und nicht steuerbar. Zusätzlich setzt die ALV im Rahmen des im Mai 2019 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmenpakets zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zwei Massnahmen um. Hierfür leistete der Bund für die Jahre 2020–2022 einen Betrag von jeweils 69,5 Millionen.

Die definitive Berechnung des geschuldeten ordentlichen Bundesbeitrags an die ALV für 2023 ist erst nach Abschluss der Jahresrechnung des ALV-Fonds im Frühjahr 2024 möglich. Eine allfällige Korrektur kann somit erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 vorgenommen werden. Sind die Bundesbeiträge im Jahr 2023 zu hoch ausgefallen, wird die Differenz mit künftigen Zahlungen im Jahr 2024 verrechnet; sind sie zu niedrig, wird 2024 eine Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 Bst d FHG nötig. Im Jahr 2023 musste entsprechend eine Kreditüberschreitung im Umfang von rund 22,5 Millionen beantragt werden, da gemäss Schlussabrechnung 2022 ein zu tiefer Betrag überwiesen wurde.

Die Differenz von -43,5 Millionen zur Vorjahresrechnung ist zum einen auf das Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme, die Schlussabrechnung 2022 und zum anderen auf den Wegfall des Impulsprogrammes von 69,5 Millionen in 2023 zurückzuführen.

Kreditmutation

- Mit der Kreditüberschreitung 2023 nach Art. 36 Abs. 3 Bst d FHG wurde der Kredit im Umfang von rund 22,5 Millionen erhöht.

Rechtsgrundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25.6.1982 (AVIG; SR 837.0), Art. 90 Bst. b und Art. 90a.

Hinweis

Neben dem ordentlichen Bundesbeitrag leistete der Bund im Rechnungsjahr infolge der Covid-19-Pandemie auch noch Nachzahlungen für Ferien- und Feiertagsentschädigungen an die ALV und erhielt Rückerstattungen von zu viel geleisteten Kurzarbeitsentschädigungen (vgl. Erläuterungen zur Position A290.0105 «Covid: Bundesbeitrag an die ALV»).

A231.0189 PRODUKTESICHERHEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 602 456	4 784 400	4 646 788	-137 612	-2,9

Der Bund hat die gesetzliche Aufgabe, die Produktesicherheit in der Schweiz und den freien Warenverkehr mit der EU/EWR sicherzustellen. Im Rahmen des Vollzugs des Produktesicherheitsgesetzes werden den beauftragten Marktüberwachungsorganisationen deren Kontroll- und Prüfkosten abgegolten. Die Produktesicherheitsgesetzgebung ist Bestandteil des bilateralen Abkommens Schweiz-EU über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen.

Mit den beauftragten Organisationen bestehen Leistungsvereinbarungen. Das SECO führt jährlich Audits bei den beauftragten Organisationen durch.

Die für den Vollzug mandatierten Kontrollorgane erstellen einerseits risikobasierte Datengrundlagen. Andererseits nehmen sie über Stichproben risikoorientierte Produktkontrollen und -prüfungen in definierten Produktkategorien vor. Sie untersuchen von Dritten gemeldete Verdachtsfälle und beobachten das Erscheinen neu in Verkehr gebrachter Produkte. Während die Stichproben geplant werden können, sind Kontrollen aufgrund von Meldungen Dritter, anderer Ämter und aufgrund von Unfällen nicht vorhersehbar.

Rechtsgrundlagen

BG vom 12.6.2009 über die Produktesicherheit (PrSG; SR 930.11).

A231.0190 BEKÄMPFUNG DER SCHWARZARBEIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 806 278	5 300 000	4 828 128	-471 872	-8,9

Gemäss dem Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA) gehen die Kosten von Betriebskontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die durch Gebühren und Bussen nicht gedeckt sind, je zur Hälfte zulasten des Bundes und der Kantone. Die Mittel werden für die Lohnkosten der kantonalen Inspektorinnen und Inspektoren eingesetzt. Empfänger sind die kantonalen Vollzugsstellen. Die genaue Anzahl der vom Bund mitfinanzierten Inspektoren wird auf der Grundlage der geplanten Kontrolltätigkeit der Kantone zwischen Bund und Kantonen vereinbart.

Die Kantone haben nicht alle Inspektoren beschäftigt, die im Rahmen des Voranschlags 2023 geplant waren (- 9 Vollzeitäquivalente für die gesamte Schweiz). Dies erklärt die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag von 0,5 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 17.6.2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA; SR 822.41).

Hinweise

Einnahmen aus der Weiterbelastung an die SUVA und der Unfallversicherung sowie ALV und AHV werden im Ertragskredit E130.0001 «Rückerstattungen Beiträge und Entschädigungen» vereinnahmt. Sie beliefen sich im Rechnungsjahr auf rund 2,4 Millionen.

A231.0191 BUNDESGESETZ ÜBER DIE IN DIE SCHWEIZ ENTSANDTEN ARBEITNEHMER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	14 053 054	17 612 400	15 703 509	-1 908 891	-10,8

Gestützt auf das Entsendegesetz entrichtet der Bund eine Entschädigung für die Kosten, welche im Zusammenhang mit den durch die Vollzugsorgane ausgeübten Kontrollaufgaben ausgelöst werden. Empfänger dieser Entschädigung sind die kantonalen Vollzugsstellen und die paritätischen Kommissionen, welche die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge (GAV) ausgehandelt haben.

Die Kosten zulasten dieses Kredits setzen sich wie folgt zusammen: Der Bund übernimmt 50 Prozent der von den kantonalen Inspektorinnen und Inspektoren verursachten Lohnkosten. Überdies können die Sozialpartner Anspruch auf Entschädigung der Kosten erheben, welche ihnen zusätzlich zum üblichen Vollzug des GAV oder aus den Kontrollen von meldepflichtigen Stellenantritten entstehen. Die Sozialpartner sind Vertragspartei eines allgemeinverbindlich erklärten GAV, daher können sie Anspruch auf eine Kostenentschädigung erheben. Zur Berechnung der Kontrollkosten für den Bund wird die Anzahl der kantonalen Kontrollen und die Anzahl der hierzu erforderlichen Inspektoren herangezogen. Daraus können die Lohnkosten, welche zu 50 Prozent vom Bund übernommen werden, ermittelt werden. Hinzu kommen die Kosten für die von den paritätischen Kommissionen

durchgeführten Kontrollen. Hier werden vorgängig die Entschädigung pro Kontrolle sowie die Anzahl der Kontrollen festgelegt. Zusätzlich wird noch ein Betrag zur Deckung eines Teils der Koordinationskosten sowie eine Marge für die Kosten der Spezialkontrollen hinzugefügt.

Für die tieferen Ausgaben im Umfang von 1,9 Millionen im Rechnungsjahr gegenüber dem Voranschlag 2023 gibt es mehrere Gründe:

- Rückgang der Kontrolltätigkeit durch die paritätischen Kommissionen aufgrund der Covid-19-Pandemie (-0,7 Mio.).
- Fehlender GAV in der Schreinerbranche für das Jahr 2021: Die dafür vorgesehene Vollzugskostenentschädigung wurde nicht ausbezahlt (-0,9 Mio.).
- Rückgang der Kosten in den Kantonen: Die Kantone haben nicht die gesamte budgetierte Entschädigung für Expertinnen und Experten beansprucht (-0,3 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Entsendegesetz vom 8.10.1999 (EntsG; SR 823.20).

Hinweise

Einnahmen aus Rückerstattungen der Vollzugsorgane werden im Ertragskredit E130.0001 «Rückerstattungen Beiträge und Entschädigungen» vereinnahmt.

A231.0396 KONTROLLKOSTEN STELLENMELDEPFLICHT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	296 760	800 000	408 420	-391 580	-48,9

Die Kantone sind verpflichtet, die Einhaltung der Stellenmeldepflicht zu kontrollieren. Angesichts der gesamtschweizerischen Bedeutung einer konsequenten Anwendung hat das Parlament beschlossen, dass der Bund den Kantonen für die Jahre 2020 bis 2023 Pauschalbeiträge für die Kontrolltätigkeit erstattet. Für Bildschirmkontrollen werden 30 Franken, für Kontrollen vor Ort 110 Franken entrichtet. Die Beiträge werden den Kantonen rückwirkend erstattet. Aufgrund einer vorgehenden Befragung zum Ausmass der geplanten Kontrolltätigkeiten wurden für das Jahr 2022 800 000 Franken budgetiert.

Die Ausgaben in der Rechnung 2023 für die Bundesbeiträge an den Kontrollkosten der Kantone im Jahr 2022 fielen um rund 0,4 Millionen tiefer aus als budgetiert. Bei rekordtiefer Arbeitslosigkeit und rekordhoher Anzahl an Stellenmeldungen sahen die Kantone keine Notwendigkeit, ihre Kontrolltätigkeiten weiter auszubauen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 27.9.2019 über die Beiträge an die Kosten der Kantone für die Kontrolle der Einhaltung der Stellenmeldepflicht (BKSG; SR 823.12).

WEITERE KREDITE

A240.0001 FINANZAUFWAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	7 375 783	9 539 058	9 456 557	-82 501	-0,9
davon Kreditmutationen		9 539 058			

Das SECO hat an der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) eine Beteiligung über 142,73 Millionen Euro. Weil diese Beteiligung in Schweizer Franken bilanziert ist, werden per Ende des Jahres allfällige Wertveränderungen aufgrund von Wechselkursschwankungen im Finanzertrag respektiv im Finanzaufwand verbucht. Per Ende des Jahres 2023 musste aufgrund des tieferen Wechselkurs EUR/CHF eine Wertminderung der Beteiligung EBRD und Darlehen TCX-Fund von rund 9,1 Millionen vorgenommen werden. Zudem wurden Wertberichtigungen von rund 0,4 Millionen auf den Darlehen «SECO-Start-up-Fund» sowie im Darlehen «Entwicklungszusammenarbeit» gebildet. Der Kreditrest ergibt sich aus der Wertaufholung 2022 für das Darlehen «Fiesch» von 82 501 Franken, gebucht im 2023.

Kreditmutation

- Kreditüberschreitung im Umfang von 9,5 Millionen für nicht budgetierte Wertberichtigung für Start-up-Fund (0,2 Mio.) und für das Darlehen Entwicklungszusammenarbeit (0,2 Mio.), sowie Wertminderung Beteiligung EBRD (8,2 Mio.) und TCX-Fund (0,9 Mio.).

A290.0105 COVID: BUNDESBEITRAG AN DIE ALV

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 148 508 264	-	-	-	-

Um auch unter den arbeitsmarktlichen Folgen von Covid-19 die Handlungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung (ALV) als Konjunkturstabilisator zu erhalten, leistete der Bund einen ausserordentlichen Beitrag an die ALV im Umfang der Kurzarbeitsentschädigung (KAE) sowie an die Kosten für die Nachzahlungen der Ferien- und Feiertagsentschädigungen (FFE) für Mitarbeitende im Monatslohn für die Abrechnungsperioden März 2020 – Dezember 2021.

Die Frist für die Einreichung der Gesuche durch die Betriebe für die Nachzahlungen für FFE bestand bis am 31.12.2022. Daher wurde für die noch im Jahr 2023 zu bearbeitenden Gesuche für Nachzahlungen FFE eine zusätzliche Rückstellung von 485 Millionen gebildet. Der Stand der Rückstellung betrug Anfang 2023 somit 505 Millionen. Im Rechnungsjahr wurden davon bereits rund 500 Millionen bezogen. Per 31.12.2023 wurden für die Nachzahlungen FFE zusätzliche Rückstellungen in der Höhe von 16,3 Millionen gebildet, welche zu 100 Prozent mit den Rückzahlungen der KAE verrechnet wurden. Der Stand der Rückstellungen beträgt somit Ende 2023 21,3 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25.6.1982 (AVIG; SR 837.0), Art. 90a Abs. 3.

A290.0106 COVID: BÜRGSCHAFTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	379 511 746	-	-	-	-

In der Staatsrechnung 2023 werden Aufwände und Erträge in Zusammenhang mit den Covid-19-Solidarbürgschaften ordentlich verbucht.

Rechtsgrundlagen

BG vom 18.12.2020 über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge der Covid-19-Pandemie (Covid-19-SBüG; SR 951.26).

Hinweise

Vgl. E150.0114 «Covid: Bürgschaften» und A231.0411 «Covid: Bürgschaften».

Verpflichtungskredit «Covid: Bürgschaften für Unternehmen (Corona-Härtefallhilfen)» (V0336.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A290.0132 COVID: KANTONALE HÄRTEFALLMASSNAHMEN FÜR UNTERNEHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	148 736 140	-	-	-	-

In der Staatsrechnung 2023 werden Aufwände und Erträge in Zusammenhang mit den «Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen» ordentlich verbucht.

Rechtsgrundlagen

Covid-19-Gesetz vom 25.9.2020 (SR 818.102 in der Fassung vom 1.7.2022), Art. 12.; Covid-19-Härtefallverordnung 2020 (HFMV 20; SR 951.262); Covid-19-Härtefallverordnung 2022 vom 2.2.2022 (HFMV 22; SR 951.264).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen» (V0357.00), siehe BB Ia über den Nachtrag zum Voranschlag 2022 sowie Band 1B, Ziffer B 1.

Vgl. A231.0451 «Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen» und E130.0001 «Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen».

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

Schaffung und Gewährleistung guter Rahmenbedingungen für

- eine standortgerechte und nachhaltige Produktion sowie die Erhaltung des Produktionspotentials
- eine optimale Wertschöpfung der Land- und Ernährungswirtschaft auf den Märkten
- die unternehmerische Entfaltung der Betriebe

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	234,4	218,0	237,9	3,5	1,5
Laufende Ausgaben	3 548,1	3 580,1	3 550,1	2,0	0,1
Eigenausgaben	73,2	76,3	76,1	2,9	4,0
Transferausgaben	3 475,0	3 503,8	3 474,1	-0,9	0,0
Selbstfinanzierung	-3 313,7	-3 362,1	-3 312,2	1,5	0,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-76,6	-90,5	-87,0	-10,4	-13,5
Jahresergebnis	-3 390,4	-3 452,6	-3 399,2	-8,9	-0,3
Investitionseinnahmen	2,0	2,0	2,0	0,0	-0,3
Investitionsausgaben	88,9	88,5	87,6	-1,3	-1,5

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen umfassen insbesondere die Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen (237 Mio.) und den Funktionsertrag (1 Mio.). Die Mehreinnahmen von rund 4 Millionen oder 1,5 Prozent gegenüber der Vorjahresrechnung ergaben sich hauptsächlich aus einem Plus bei den Versteigerungen in den Bereichen Schlachttiere und Fleisch sowie Wurstwaren.

Die Investitionseinnahmen widerspiegeln die Entnahme von 2 Millionen aus dem Fonds de Roulement Investitionskredite für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen.

Die Ausgaben bestehen zu rund 98 Prozent aus Transferausgaben, die zum grössten Teil über drei landwirtschaftliche Zahlungsrahmen (Produktionsgrundlagen, Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen) gesteuert werden. Die übrigen 2 Prozent entfallen auf die Eigenausgaben. Letztere stiegen um 3 Millionen aufgrund zusätzlicher Stellen sowie höherer Informatikausgaben. Die Transferausgaben blieben unverändert. Die überwiegende Mehrheit der Transferausgaben im Bereich der Landwirtschaft sind schwach gebunden. Stark gebunden sind ein Teil der Zulagen für die Milchwirtschaft (308,5 Mio.).

Die Investitionsausgaben sanken gegenüber dem Vorjahr um rund 1 Million, insbesondere aufgrund tieferer Informatikinvestitionen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Anpassung der Suisse-Bilanz an die effektiven Verhältnisse (in Erfüllung der Mo. WAK-S 21.3004): Abschluss (erreicht)
- Landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026–2029: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement: Abschluss Phase Konzept (erreicht)
- Kompetenzzentrum für den digitalen Transformationsprozess in der Landwirtschaft: Aufbau Geschäftsstelle (erreicht)
- Agrarbericht 2023plus: Freigabe Realisierung (teilweise erreicht)

Das Projekt wurde sistiert, um ein Konzept für den Internetauftritt des BLW zu erarbeiten. Erste Elemente standen im 3. Quartal 2023 zur Verfügung.

LG1: AGRARPOLITIK

GRUNDAUFTRAG

Gestützt auf Art. 104 und 104a BV setzt sich das BLW für eine multifunktionale Landwirtschaft ein, die einen wesentlichen Beitrag leistet zur sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft und zur dezentralen Besiedlung des Landes. Mit der Erarbeitung von Grundlagen zur Agrarpolitik, der Ausrichtung von Subventionen via die Kantone sowie der Bereitstellung von Vollzugshilfen schafft es günstige Rahmenbedingungen für die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für ökologische Leistungen der Landwirtschaft und für eine sozialverträgliche Landwirtschaft.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,0	1,8	3,0	1,2	63,4
Aufwand und Investitionsausgaben	78,0	82,0	80,0	-2,0	-2,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Agrarpolitische Vorhaben: Berichte, Botschaften und Umsetzungsbestimmungen werden zeitgerecht verabschiedet. Finanzielle Mittel werden optimal auf Ziele ausgerichtet			
- Abschluss parlamentarische Beratung Agrarpolitik 2022+ (Quartal)	-	Q2	Q2
Vollzug: Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen funktioniert reibungslos, der administrative Aufwand sinkt und die Agrarpolitik ist akzeptiert.			
- Risikobasierte Kontrollen im Rahmen der Oberaufsicht über den kantonalen Vollzug der Direktzahlungen (Anzahl, min.)	10	10	10
- Verfügbarkeit Internetportal für Landwirtschaft, Tiere und Nahrungsmittel, www.agate.ch (%)	99,7	99,8	99,9
Wirkung der Agrarpolitik: Die Agrarpolitik steigert die Wertschöpfung der Schweizer Landwirtschaft am Markt, erhöht die betriebliche Effizienz und reduziert die Umweltbelastung sowie den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen.			
- Erhaltung der offenen Ackerfläche, Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (%; min.)	26	26	26
- Bruttowertschöpfung gemäss landwirtschaftlicher Gesamtrechnung zu laufenden Preisen, Dreijahresmittel (CHF, Mio., min.)	4 264,7	4 000,0	4 339,2
- Jährliche Zunahme Basisflächen für Nachhaltigkeitslabels, LN mit mindestens einem Produktionssystembeitrag (%; min.)	1,0	2,0	2,0
- Verhältnis Bruttoanlageinvestitionen zum Produktionswert der Landwirtschaft, Dreijahresmittel (%; min.)	15,4	15,0	16,4
- Steigerung Arbeitsproduktivität, Fünfjahresmittel (%; min.)	2,5	1,5	2,3
- Anteil offene Acker-, Obst- und Rebfläche in mindestens einem Programm zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes (%; min.)	41	42	42
- Anteil Biodiversitätsförderflächen mit Qualität II (%; min.)	45	45	45

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	250 763	222 229	244 495	22 266	10,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	2 961	1 815	2 967	1 151	63,4
Regalien und Konzessionen					
E120.0103 Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	233 389	216 787	237 171	20 385	9,4
Transferbereich					
E130.0104 Rückerstattung von Subventionen	1 564	1 849	1 367	-482	-26,0
E131.0109 Rückzahlung Darlehen	2 000	2 000	2 000	0	0,0
Finanzertrag					
E140.0001 Finanzertrag	10 851	-222	990	1 211	546,2
Aufwand / Ausgaben	3 728 066	3 761 324	3 729 338	-31 987	-0,9
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	77 963	81 960	80 007	-1 953	-2,4
Kreditverschiebung		-307			
Abtretung		1 022			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		773			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		3 171			
Transferbereich					
LG 1: Agrarpolitik					
A231.0223 Beiträge an internationale Organisationen	8 114	8 233	8 190	-42	-0,5
A231.0224 Landwirtschaftliches Beratungswesen	11 016	11 190	11 055	-135	-1,2
A231.0225 Forschungsbeiträge	18 180	18 308	18 308	0	0,0
A231.0226 Bekämpfungsmassnahmen	1 969	3 022	1 697	-1 324	-43,8
A231.0227 Entsorgungsbeiträge	47 834	48 589	47 172	-1 417	-2,9
A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht	39 867	44 328	43 979	-350	-0,8
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung	63 851	75 550	67 802	-7 748	-10,3
A231.0230 Zulagen Milchwirtschaft	387 274	387 274	378 470	-8 804	-2,3
A231.0231 Beihilfen Viehwirtschaft	4 711	5 961	2 884	-3 077	-51,6
A231.0232 Beihilfen Pflanzenbau	66 526	75 099	68 865	-6 235	-8,3
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft	2 811 296	2 812 040	2 811 234	-806	0,0
A231.0382 Getreidezulage	15 633	15 788	15 691	-97	-0,6
A236.0105 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen	87 038	87 038	87 038	0	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	86 794	86 945	86 945	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		141			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 960 552	1 815 100	2 966 565	1 151 465	63,4
Laufende Einnahmen	1 018 395	1 175 100	769 863	-405 237	-34,5
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	1 936 657	640 000	2 196 701	1 556 701	243,2
Investitionseinnahmen	5 500	-	-	-	-

Der Funktionsertrag setzt sich zusammen aus

- Gebühren für Amtshandlungen (0,4 Mio.);
- Liegenschafts- und andere verschiedene Einnahmen sowie übrige Entgelte (0,4 Mio.);
- Aktivierungen von Eigenleistungen (2,2 Mio.)

Der Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag (1,2 Mio.) resultiert hauptsächlich aus folgenden gegenläufigen Faktoren: Das Verwaltungsvermögen wuchs gegenüber dem Voranschlag deutlich (+1,6 Mio.), hauptsächlich weil Eigenleistungen in Informatikprojekten (2,2 Mio.), namentlich beim Projekt digiFLUX, aktiviert wurden. Demgegenüber fielen die Gebühren für Amtshandlungen (-0,4 Mio.) tiefer aus als budgetiert.

Rechtsgrundlagen

Sortenschutzverordnung vom 25.6.2008 (SR 232.161), Art. 11-17; V vom 16.6.2006 über Gebühren des BLW (GebV BLW; SR 910.11).

Hinweise

Vgl. A200.0001 Funktionsaufwand

E120.0103 EINNAHMEN AUS KONTINGENTSVERSTEIGERUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	233 388 649	216 786 500	237 171 328	20 384 828	9,4

Die Einnahmen aus den Kontingentsversteigerungen setzen sich aus folgenden Komponenten zusammen:

— Geflügel	108 144 565
— Schlachttiere und Fleisch	78 908 149
— Wurstwaren	29 425 557
— Milchpulver und Butter	16 047 495
— Zuchtrinder	1 381 750
— Kartoffeln und Kartoffelprodukte	3 263 812

Im Jahr 2023 wurden gegenüber dem Voranschlag rund 20,4 Millionen mehr eingenommen. Diese Mehreinnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Mit den Versteigerungen bei Geflügel wurden dank höherer Freigabemengen Mehreinnahmen von rund 6,6 Millionen erzielt. Die Versteigerungen im Bereich Schlachttiere und Fleisch erzielten ein Plus von rund 3,3 Millionen. Diese Mehreinnahmen kamen vor allem durch höhere Freigabemengen bei der Versteigerung von «Rindsedelstücken» zustande. Bei der Versteigerung von Wurstwaren wurden dank höherer Gebotspreise 5,9 Millionen mehr eingenommen. Ein Plus von rund 6,5 Millionen wurde dank höherer Freigabemengen bei Versteigerungen von Butter erzielt. Bei Versteigerungen der übrigen Produkte wurde hingegen rund 1,9 Millionen weniger eingenommen, unter anderem weil Erzeugnisse aus Kernobst seit 2022 nicht mehr versteigert werden.

Rechtsgrundlagen

Agrareinfuhrverordnung vom 26.10.2011 (AEV; SR 916.01), Art. 16-20, Art. 35; Schlachtviehverordnung vom 26.11.2003 (SV; SR 916.341), Art. 17-19; V vom 7.12.1998 über die Ein- und Ausfuhr von Gemüse-, Obst- und Gartenbauerzeugnissen (VEAGOG; SR 916.121.10), Art. 15 und 16; Tierzuchtverordnung vom 31.10.2012 (TZV; SR 916.310), Art. 32; Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen aus der Versteigerung von Zollkontingenten (SR 0.631.112.514.8).

E130.0104 RÜCKERSTATTUNG VON SUBVENTIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 563 593	1 848 900	1 367 345	-481 555	-26,0
Laufende Einnahmen	1 319 200	1 615 400	1 274 445	-340 956	-21,1
Investitionseinnahmen	244 393	233 500	92 901	-140 599	-60,2

Dieser Kredit setzt sich zusammen aus Rückerstattungen von Beiträgen an Dritte und von Investitionsbeiträgen (insb. Bekämpfungsmassnahmen 0,2 Mio., Entsorgungsbeiträge 0,1 Mio., Direktzahlungen 0,2 Mio. und Strukturverbesserungsbeiträge 0,1 Mio.) sowie der Rückerstattung des Fürstentums Liechtenstein im Rahmen der Vereinbarung zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik (0,6 Mio.). Die von Jahr zu Jahr stark schwankenden Rückerstattungen aus Vorjahren sind insgesamt um 0,5 Millionen tiefer als budgetiert ausgefallen.

Rechtsgrundlagen

Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik (mit Anhängen) vom 28.9.2020 (SR 0.916.051.41).

E131.0109 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionseinnahmen</i>	2 000 000	2 000 000	2 000 000	0	0,0

In den Jahren 2022–2025 werden jeweils 2 Millionen aus dem Fonds de Roulement für die Investitionskredite, welche den Kantonen gemäss Art. 105ff. LwG zur Verfügung gestellt werden, entnommen. Diese Entnahme dient der Gegenfinanzierung einer Erhöhung der Mittel für die landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 105ff.

Hinweise

Vgl. A236.0105 «Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen».

E140.0001 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	10 850 633	-221 800	989 625	1 211 425	546,2
Laufende Einnahmen	1 296	–	–	–	–
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	10 849 337	-221 800	989 625	1 211 425	546,2

Der Bund tätigte in der Vergangenheit Einlagen in die Fonds de Roulement «Investitionskredite Landwirtschaft» und «Betriebs-hilfe». Die Fondsvermögen werden in der Bilanz des Bundes als Darlehen an die Kantone ausgewiesen. Die Kantone haben aber nicht alle erhaltenen Mittel als zinslose Darlehen an die Landwirte weitergegeben. In geringem Umfang werden Mittel auf Bankkonten liquide gehalten, die nach einer längeren Phase mit Negativzinsen wieder Zinserträge abwerfen. Die Zinserträge führen in der Rechnung 2023 zu einer Aufwertung der kantonalen Darlehen (Bewertungsänderung Verwaltungsvermögen). Hingegen entfallen ab 2023 die Zinserträge aus der Aufzinsung der unverzinslichen Darlehen, was die Differenz zum Vorjahr erklärt. Ab 2023 wird in der Bundesrechnung auf die Diskontierung der erwarteten Zahlungseingänge und die anschliessende Aufzinsung der zinslosen und zinsgünstigen Darlehen verzichtet.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 78 und 110.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	77 962 646	81 959 918	80 007 073	-1 952 845	-2,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>4 658 818</i>			
Funktionsaufwand	75 806 628	80 270 418	79 324 700	-945 718	-1,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	73 200 164	76 328 218	76 091 072	-237 146	-0,3
Personalausgaben	40 540 427	42 974 500	42 567 200	-407 300	-0,9
Sach- und Betriebsausgaben	32 659 737	33 353 718	33 523 872	170 154	0,5
<i>davon Informatik</i>	<i>10 711 183</i>	<i>10 275 836</i>	<i>11 241 479</i>	<i>965 643</i>	<i>9,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>749 481</i>	<i>966 700</i>	<i>893 750</i>	<i>-72 950</i>	<i>-7,5</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2 606 464	3 942 200	3 233 629	-708 571	-18,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	2 156 018	1 689 500	682 372	-1 007 128	-59,6
Vollzeitstellen (Ø)	221	234	226	-8	-3,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag von 0,4 Millionen (-0,9 %) erklären sich dadurch, dass mehrere Stellen (insbesondere im IT-Bereich) erst mit grosser Verzögerung besetzt werden konnten. Der Übergang wurde zum Teil mit temporärem Personal (Personalverleih) überbrückt. Zudem hat das BLW bereits im 2023 mit der Umsetzung des ab 2024 geltenden Sparauftrags (-4 Stellen) begonnen.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Informatikausgaben von insgesamt 11,2 Millionen liegen um 1,0 Millionen über dem Budget. Von den 11,2 Millionen entfielen 7,3 Millionen auf den Betrieb, die Wartung und die Weiterentwicklung der Fachanwendungen, 2,4 Millionen auf Informatikprojekte und 1,5 Millionen auf Standarddienstleistungen (Netzwerke, Büroautomation, GEVER etc. inkl. SAP). Der Grund für die Zunahme der Informatikausgaben sind um 2 Millionen höhere Ausgaben für LV Informatikentwicklung, Beratung und Dienstleistungen, während alle anderen Posten abnehmen. Dem stehen tiefere Informatikinvestitionen gegenüber (vgl. entsprechende Minderausgaben bei den Investitionsausgaben).

Die *Beratungsausgaben* im Umfang von gut 0,9 Millionen wurden hauptsächlich eingesetzt für Auftragsforschung, Evaluationen sowie diverse kleinere Beratungsmandate zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik resp. deren Vollzug. Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag in Höhe von 0,1 Millionen sind damit zu erklären, dass weniger Beratungsprojekte angestossen wurden als ursprünglich geplant (-0,3 Mio.), wogegen die Ausgaben für Auftragsforschung über dem Budget lagen (+0,2 Mio.).

Die *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* im Umfang von 21,4 Millionen setzten sich vor allem aus den folgenden Positionen zusammen: Ruummiete und Nebenkosten (2,9 Mio.), Debitorenverluste (2,7 Mio.), externe Dienstleistungen (total 13,2 Mio.; davon für die Administration der Milchpreisstützung 3,3 Mio., die Entschädigung an private Organisationen im Bereich Schlachtvieh und Fleisch 6,2 Mio., die Auswertungen der landwirtschaftlichen Einkommen und weitere Erhebungen 2,5 Mio.) sowie sonstige Betriebsausgaben.

Die Differenz der übrigen Sach- und Betriebsausgaben gegenüber dem Voranschlag (-0,7 Mio.) ist hauptsächlich durch folgende Faktoren begründet:

- Insgesamt ergaben sich Minderausgaben im Umfang von 1,4 Millionen. Es wurden 0,8 Millionen weniger externe Dienstleistungen bezogen. Diese betrafen unter anderen die Marktanalysen (-0,1 Mio.), die Auswertungen der landwirtschaftlichen Einkommen und weitere Erhebungen (-0,3 Mio.), die Finanzierung des Prototyps Datenaustauschplattform Agrardaten (-0,1 Mio., siehe auch Bildung von zweckgebundenen Reserven) sowie die Erstellung der Webplattform für Agrarmarktdaten (siehe Mehrausgaben Agenturleistungen, -0,3 Mio.). Weitere Minderausgaben ergaben sich bei den effektiven Spesen (-0,1 Mio.) und bei den sonstigen Betriebsausgaben (-0,5 Mio.);
- Mehrausgaben von 0,7 Millionen entstanden bei der internen Leistungsverrechnung durch Agenturleistungen (öffentliche Beschaffungen, welche durch das BBL abgewickelt werden), diese Leistungen wurden unter anderem für Informatikprojekte wie digiFLUX oder blw.admin.ch beansprucht.

Abschreibungen

Der Abschreibungsaufwand in der Höhe von 3,2 Millionen entstand mehrheitlich im Bereich Software.

Investitionsausgaben

Von den budgetierten Mitteln in Höhe von 1,7 Millionen wurden 0,7 Millionen in die Umsetzung von Informatikprojekten umgeleitet (RIA 0,2 Millionen und digiFLUX 0,5 Millionen). Insgesamt wurden 0,9 Millionen – anstatt wie budgetiert als Investitionsausgaben – als Informatiksachausgaben in den Projekten ausgegeben (siehe Mehrausgaben bei den Informatiksachausgaben).

Kreditmutationen

- Abtretungen des EPA von 869 500 Franken für die berufliche Grundbildung, die Kinderbetreuung, zusätzliche Pensionskassenbeiträge sowie Förderprämien für die berufliche Integration;
- Kreditverschiebung von 27 000 Franken ans BAR für die Nutzung von LINDAS (Linked Data Service);
- Kreditverschiebung von 150 000 Franken von der BK für das Projekt Prototyp Datenaustauschplattform Agrardaten
- Kreditverschiebung von 180 000 Franken an Agroscope betreffend Evaluation des Grenzschatzes und der Versorgungssicherheitsbeiträge bezüglich Biodiversität
- Kreditverschiebung von 200 000 Franken an Agroscope für das Forschungsprojekt «Insect decline in Switzerland? Quantitative assessment of effects and drivers»
- Kreditverschiebung von 50 000 Franken ans BLV für das Projekt Smart Animal Health;
- Kreditverschiebung von 152 334 Franken vom departementalen Ressourcenpool WBF für das Projekt SUPERB;
- Kreditüberschreitung von 773 000 Franken nach Art. 36 Abs. 2 FHG;
- Kreditüberschreitung von 2 580 984 Franken für Debitorenverluste im Bereich Kontingentsversteigerungen;
- Kreditüberschreitung von 590 000 Franken durch Auflösung zweckgebundener Reserven.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement» (V0373.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	430 000	1 269 250	1 699 250
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 406 000	1 406 000
Auflösung / Verwendung	–	-668 000	-668 000
Endbestand per 31.12.2023	430 000	2 007 250	2 437 250
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 243 000	1 243 000

Auflösung zweckgebundener Reserven

- Die für das Projekt RIA gebildeten Reserven im Betrag von 240 000 Franken wurden verwendet.
- Von den für die Webplattform Marktdaten gebildeten Reserven von 185 000 Franken konnten 160 000 Franken verwendet werden.
- Von den für das Projekt Evaluation Landschaftsqualitätsbeiträge gebildete Reserven von 100 000 Franken konnten 90 000 Franken verwendet werden.
- Die für das Projekt Evaluation Biodiversität gebildeten Reserven von 100 000 Franken wurden verwendet.
- Die für das Swiss Plant Breeding Center gebildeten Reserven von 78 000 konnten nicht verwendet werden und wurden aufgelöst.

Reservenbestand

Nebst den allgemeinen Reserven von 430 000 Franken bestehen zweckgebundene Reserven für die Projekte digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittel-Management (digiFlux, Fr. 1 476 000), das Kommunikationskonzept im Bereich Marktanalysen (Fr. 20 000) das Modell zur Analyse von Handelsauswirkungen (CAPRI-Modell, Fr. 36 250), für das Projekt Webplattform Marktdaten (Fr. 218 000), für das Projekt Risikomonitoring Milch (Fr. 30 000), für das Projekt Kommunikation Infografiken (Fr. 40 000), für das Projekt Evaluation Landschaftsqualitätsbeiträge (Fr. 10 000), für das Projekt Evaluation Treiber und Hemmer Tierintensität (Fr. 117 000) sowie für das Projekt Evaluation Grenzschutzsystem Brot- und Futtergetreide (Fr. 60 000).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Für das Projekt Kommunikation Infografiken wird eine zweckgebundene Reserve in der Höhe von 55 000 Franken beantragt. Mit der Konzeption und Umsetzung von Infografiken für verschiedene Agrar- und Lebensmittelmärkte wird ein Überblick über diese Märkte geschaffen und gleichzeitig die Markttransparenz und das Marktverständnis verbessert. Aufgrund der intensiven Arbeit am Aufbau der Webplattform Agrarmarktdaten und den Verzögerungen bei diesem Projekt (aufgrund später Bereitstellung der Power BI Umgebung usw.) sowie einem Führungswechsel im entsprechenden Fachbereich konnte das Projekt Infografiken im 2023 noch nicht umgesetzt werden.

- Für das Projekt Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittel-Management (digiFLUX) wird eine zweckgebundene Reserve in der Höhe von 520 000 Franken beantragt. Im Projekt wird ein Informationssystem entwickelt, welches den Einsatz von Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteln zentral speichert und den automatisierten Datenaustausch sowie die administrativen Prozesse der Verwaltung, der Landwirte und weiteren betroffenen Stellen vereinfacht. Das System bildet die Grundlage für die Nährstoffbilanz 26+, für die Quantifizierung der eingesetzten Pflanzenschutzmittel und für ergänzende Anwendungen. Die Beschaffung der externen Leistungen konnte bis Mitte 2023 abgeschlossen und die Rahmenverträge konnten unterzeichnet werden. Erste konzeptionelle Arbeiten haben begonnen. Insgesamt hat der gesamte Beschaffungsprozess zu weiteren Verzögerungen im Projekt geführt. Zur Sicherstellung der Finanzierung der Entwicklung und Einführung des Informationssystems werden die bisher nicht verbrauchten Investitionsmittel in die Folgejahre übertragen.
- Für das Projekt Web Auftritt (blw.admin.ch) wird eine zweckgebundene Reserve von 450 000 Franken beantragt. Das Projekt Web Auftritt blw.admin.ch hat zum Ziel, einen umfassenden Web-Auftritt für das BLW zu konzipieren und zu realisieren. Das Projekt wurde im Juli 2022 aufgrund von Unklarheiten über den Leistungskatalog des Standarddienstes Web (SD-WEB) sistiert. Im Jahr 2023 wurden die Projektarbeiten wieder aufgenommen und ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Dieses Konzept wurde Ende des Jahres fertiggestellt. Dennoch ergab sich insgesamt eine Verzögerung von rund einem Jahr. Um die Finanzierung und die Umsetzung der Lösung sicherzustellen, werden die bisher nicht verwendeten Investitionsmittel in die Folgejahre übertragen.
- Für das Projekt BA Forschungsaufträge wird eine zweckgebundene Reserve von 100 000 Franken beantragt. Ziel des Projekts ist eine Machbarkeitsstudie für freiwillige Zielvereinbarungen mit dem Detailhandel und freiwillige Umweltkennzeichnung (Variante 1: staatliches Label oder Variante 2: Mindestanforderungen an eine Kennzeichnung). Der Schlussbericht musste vom Vertragspartner stärker überarbeitet werden, als dies vorgesehen war. Darum war ein Projektabschluss auf Ende 2023 nicht mehr möglich.
- Für das Projekt Pilot Datenaustauschplattform Agrardaten wird eine zweckgebundene Reserve von 118 000 Franken beantragt. Das BLW entwickelt eine Pilot-Datenaustauschplattform, die auf realen Bedürfnissen von Kontroll- und Zertifizierungsorganisationen im Agrar- und Ernährungssektor basiert. In den Arbeitsschritten von Pilot & Demo, wie auch beim Schreiben des Abschlussberichtes, wurden noch sehr viele offene Aspekte entdeckt. Sie sind wichtig, um ein Pflichtenheft für die Datenaustauschplattform agridata.ch erstellen zu können. Entsprechend konnten die Arbeiten nicht wie geplant vorangetrieben werden.

A231.0223 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 114 030	8 232 500	8 190 447	-42 053	-0,5

Die Schweiz ist seit 1946 Mitglied der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) und unterstützt mit ihrem Beitrag an das Budget deren Tätigkeiten im Bereich Ernährung und Landwirtschaft. Entsprechend ihrem Auftrag hat die FAO zum Ziel, die Ernährung, die Produktivität der Landwirtschaft und die Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Das Budget der FAO deckt die wichtigsten technischen Geschäfte, die Zusammenarbeit und die Partnerschaften, die Informationen und die allgemeine Politik sowie die Leitung und die Verwaltung ab. Die übrigen Beiträge werden an Programme und Projekte ausgerichtet, die die Schweiz in Zusammenarbeit mit der FAO und internationalen Partnerschaften und Initiativen sowie international tätiger Organisatoren und Institutionen im Bereich der Pflanzen- und Tierzucht im Rahmen der Strategie für eine internationale nachhaltige Landwirtschaft unternimmt.

Weiter ist die Schweiz aufgrund der Ratifizierung von entsprechenden Übereinkommen Mitglied in internationalen Organisationen mit Bezug zur Landwirtschaft.

Die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen teilen sich wie folgt auf:

—	FAO, Rom	5 234 594
—	Int. Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen UPOV, Genf	80 462
—	Pflanzenschutzorganisation Europa/Mittelmeerraum OEPP, Paris	69 352
—	Internationale Weinorganisation, Paris	24 360
—	Internationale Zuckerorganisation	24 684
—	Internationaler Getreiderat, London	10 371
—	FAO Rom (ITPGRFA)	49 524
—	Bioversity International, Maccaresse	22 943

Als übrige Beiträge wurden 2,7 Millionen mehrheitlich an die FAO ausbezahlt, 0,3 Millionen entfielen auf internationale Tätigkeiten im Bereich pflanzengenetische Ressourcen.

Rechtsgrundlagen

Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (SR 0.910.5), Art. XVIII; Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (SR 0.232.167), Art. 26; Übereinkommen zur Gründung der Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum (SR 0.916.202), Art. XVIII; Abkommen zur Errichtung der Internationalen Weinorganisation (SR 0.916.148), Art. 6 und 7; Internationales Zucker-Übereinkommen von 1992 (SR 0.916.113.1), Kapitel VII; Internationales Getreide-Abkommen von 1995 (SR 0.916.111.311), Art. 21; Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 113, 136, 140 und 147a.

A231.0224 LANDWIRTSCHAFTLICHES BERATUNGSWESEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	11 015 720	11 190 000	11 055 272	-134 728	-1,2

Über diesen Kredit werden die Beratungszentrale AGRIDEA (8,2 Mio.), die überregionalen Beratungsdienste von Organisationen (1,3 Mio.), Vorabklärungen für innovative Projekte (0,2 Mio.) und Projekte zur Stärkung des Wettbewerbs im landwirtschaftlichen Beratungswesen (1,5 Mio.) finanziert.

Die Beratungszentrale AGRIDEA unterstützt die kantonalen Beratungsdienste durch Methodenentwicklung, Weiterbildung, Dokumentation und Hilfsmittel. Zudem fördert sie durch Netzwerkfunktionen den verbesserten Austausch zwischen Forschung und Praxis bzw. zwischen allen Akteuren in den entsprechenden Fachgebieten und zwischen den Beratungsdiensten selber. Eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Konferenz kantonalen Landwirtschaftsdirektoren legt die Aufgaben und Handlungsfelder der AGRIDEA fest.

Die Ausgaben für die überregionalen Beratungsdienste betreffen Beratungsleistungen in Spezialbereichen (z.B. Geflügel, Biolandbau, Imkerei, Alpwirtschaft) in Form von Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen, Informationen und Einzelberatungen sowie Projektbegleitungen, die von den Kantonen nicht abgedeckt werden.

Mit Finanzhilfen für die Vorabklärung innovativer Projekte (VIP) wird die fachliche Begleitung im Rahmen einer Vorabklärung zur Erarbeitung eines Projektes oder Projektgesuchs für die Planung und/oder Umsetzung von gemeinschaftlichen Projektinitiativen unterstützt. Die Vorabklärung ist insbesondere die Grundlage für Projekte zur regionalen Entwicklung nach Art. 93 Abs. 1 Bst. c LwG und die Erarbeitung von Projektgesuchen im Rahmen des Ressourcenprogramms nach Art. 77 Bst. a/b LwG.

Die Unterstützung von Beratungsprojekten hat zum Ziel, mehr Wettbewerb und Kostenvergleichbarkeit, aber auch mehr Handlungsspielraum und Innovation im Beratungswesen zu ermöglichen.

Die Minderausgaben von 0,1 Millionen gegenüber dem Voranschlag ist begründet durch eine geringere Anzahl bewilligter Gesuche für Beratungsprojekte und Finanzhilfen für Vorabklärungen für innovative Projekte als geplant.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 136; Landwirtschaftsberatungsverordnung vom 3.11.2021 (SR 915.1), Art. 8, 9, 10 und 11.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktionsgrundlagen 2022–2025» (Z0022.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0225 FORSCHUNGSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	18 179 942	18 307 800	18 307 800	0	0,0

Die Forschungsbeiträge werden eingesetzt zur Finanzierung von Finanzhilfverträgen mit öffentlichen oder privaten Forschungsinstitutionen (14,7 Mio.) – insbesondere mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL, 14,5 Mio.) – und für Beiträge an verschiedene politik- bzw. praxisbezogene Forschungsvorhaben (3,6 Mio.), vor allem zur Förderung der Synergien zwischen den Forschungsansätzen im Biolandbau und der nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft. Insgesamt flossen Mittel in der Höhe von rund 15,5 Millionen an das FiBL, davon wurden knapp 1,0 Millionen für Projekte bezahlt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 14.12.2012 über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG; SR 420.1), Art. 16; Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 116; V vom 23.5.2012 über die landwirtschaftliche Forschung, Art. 11, 12.

Hinweise

Rahmenbedingungen der Kreditverwendung (BB Ib vom 12.12.2019, Anhang 2 zu Art. 2): Die vom Parlament ab dem Voranschlag 2020 vorgenommene Aufstockung der Forschungsbeiträge um insgesamt 7,5 Millionen wurde vollumfänglich als Finanzhilfe an das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) ausgerichtet.

A231.0226 BEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 968 994	3 021 500	1 697 091	-1 324 409	-43,8

Die Mittel dieses Kredits werden für die Abgeltung der Aufwendungen der Kantone zur Überwachung und Bekämpfung besonders gefährlicher Krankheiten und Schädlinge von Pflanzen (z.B. Japankäfer, Feuerbakterium, Flavescence dorée der Weinrebe, Tomato Brown Rugose Fruit Virus, Feuerbrand) eingesetzt. Sie werden des Weiteren für die Entschädigung von unabhängigen privaten Organisationen für die Durchführung von phytosanitären Kontrollen nach LwG Art. 157 (Pflanzenpass-System) in Bezug auf diese Schadorganismen verwendet. Der Bund übernimmt einen Teil der Kosten für die Durchführung dieser Kontrollmassnahmen. Diese Ausgaben betreffen Personal- und Materialkosten (z.B. bezüglich Ausrüstung für Probenahmen und Geräte für die Dekontamination, Vernichtung, Transport und Entsorgung von Pflanzen). Im Fall von Schäden, die vom Bund verursacht werden (z.B. aufgrund von Tilgungsmassnahmen in Betrieben wie Baumschulen, wo gesund aussehende Pflanzen wegen einem Verdacht auf latente Befall von Quarantäneorganismen vorsorglich vernichtet werden), werden zudem Abfindungen nach Billigkeit ausgerichtet.

In den vergangenen Jahren wurde eine deutliche Zunahme des Auftretens von neuen besonders gefährlichen Schadorganismen in der Schweiz beobachtet – dies ist insbesondere auf den stetig steigenden globalen Handel von Waren zurückzuführen, mit denen ungewollt auch neue gebietsfremde Krankheiten und Schädlinge von Pflanzen eingeschleppt und verbreitet werden. Es muss deshalb generell mit einer Zunahme der durch solche Schadorganismen angerichteten Schäden und der Kosten für Gegenmassnahmen gerechnet werden. Da das Ausmass der erforderlichen Massnahmen von der Anzahl und Grösse neuer Befallsherde sowie der Witterung abhängt, ist der Finanzbedarf jeweils schwer planbar.

Die Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag von 1,3 Millionen lassen sich deshalb hauptsächlich damit begründen, dass die Ausgaben für entsprechende Bekämpfungsmassnahmen und den Schaden nicht vorhersehbar sind. Die Anzahl Ausbrüche von besonders gefährlichen Schadorganismen, welche der Bund und die Kantone im Jahr 2023 bekämpfen mussten (darunter ein Ausbruch des Japankäfers in Kloten ZH), ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen. Die Abgeltungen des Bundes an die Kantone für ihre Aufwände im Jahr 2023 werden jedoch beim Bund erst die Rechnung 2024 belasten (die Kantone stellen die Gesuche um Bundesbeiträge für ihre Ausgaben jeweils im Folgejahr bis 31. März). Der Bund hat lediglich einem Kanton eine Akonto-Zahlung über 0,5 Millionen für seine Personal- und Materialausgaben in der Bekämpfung des Japankäfers geleistet – die effektiven Kosten des Kantons und dadurch auch die Vergütung durch den Bund fallen voraussichtlich aber höher als die Teilzahlung des Bundes aus. Ausserdem richteten die Kantone im Jahr 2022 vergleichsweise weniger Abfindungen nach Billigkeit an geschädigte Eigentümerinnen und Eigentümer aus, womit beim Bund 2023 relativ geringe Kosten für entsprechende Abgeltungen an die Kantone entstanden sind. Keine Gesuche gestellt wurden zudem für Abfindungen an Betriebe für Bekämpfungsmassnahmen, die der Bund z.B. in Baumschulen anordnet.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 149, 153, 155-157; Pflanzengesundheitsverordnung vom 31.10.2018 (PGesV; SR 916.20).

A231.0227 ENTSORGUNGSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	47 833 569	48 589 200	47 172 144	-1 417 056	-2,9

Die Beiträge an die zusätzlichen Kosten aus der Pflicht zur Entsorgung von tierischen Nebenprodukten wurden im Rahmen des Tiermehlfütterungsverbots eingeführt. Rund zwei Drittel der Mittel werden als Entsorgungsbeiträge für Rinder, der restliche Drittel für Kleinvieh, Equiden und Geflügel ausgerichtet. Empfänger der Beiträge sind die Schlachtbetriebe (insgesamt 28,9 Mio. für Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Equiden und Geflügel) und Rindvieh-, Schaf- und Ziegenproduzenten (18,3 Mio.). Die Beiträge werden via Identitas AG ausbezahlt.

Dieser Betrag setzt sich aus folgenden Hauptkomponenten zusammen:

– Entsorgungsbeiträge Rinder (Geburt und Schlachtung)	31 485 438
– Entsorgungsbeiträge Schweine (Schlachtung)	10 934 384
– Entsorgungsbeiträge Schafe und Ziegen (Geburt + Schlachtung)	2 886 948

– Entsorgungsbeiträge Equiden (Schlachtung)	26 650
– Entsorgungsbeiträge Geflügel (Schlachtung)	1 838 724

Die Beiträge für die Entsorgung tierischer Nebenprodukte entwickeln sich proportional zu den Geburten von Rindern, Schafe und Ziegen sowie zu den Schlachtungen von Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen, Equiden und Geflügel. Aufgrund der leicht rückläufigen Tierzahlen ergab sich ein Kreditrest von 1,4 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40); V vom 10.11.2004 über die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten der Entsorgung tierischer Nebenprodukte (SR 916.407).

A231.0228 PFLANZEN- UND TIERZUCHT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	39 867 337	44 328 400	43 978 747	-349 653	-0,8

Über diesen Kredit werden Beiträge zur Förderung und Erhaltung der inländischen Pflanzen- und Tierzucht ausgerichtet. Ein Grossteil der Mittel (23,8 Mio.) wird für die Rindviehzucht verwendet. Weitere Mittel werden zu Gunsten der Pferde-, Kleinvieh-, Honigbienen- und Neuweltkamelidenzucht sowie der tier- und pflanzengenetischen Ressourcen ausgerichtet. Empfänger sind anerkannte Zucht- und Erhaltungsorganisationen.

– Tierzucht und Erhaltung der Schweizer Tierrassen	37 590 548
– Davon: Erhaltung der Freibergerrasse	832 500
– Davon: Erhaltung von Schweizer Rassen mit gefährdetem oder kritischem Status	2 770 000
– Pflanzengenetische Ressourcen	4 202 589
– Stärkung Pflanzenzüchtung	1 685 610
– Kompetenz- und Innovationsnetzwerk Pflanzenzüchtung	500 000

Das Parlament hat 2023 für die Erhaltung einheimischer Nutztierassen zusätzliche 3,9 Millionen gesprochen. Für die Erhaltung von Schweizer Rassen mit gefährdetem oder kritischem Status (Referenzperiode 1.6.2023 bis 31.5.2024) wird eine Abgrenzung für den Zeitraum vom 1. Juni bis am 31. Dezember von 2,8 Millionen vorgenommen, da die entsprechenden Auszahlungen erst 2024 erfolgen werden. Im Rechnungsjahr verbleibt bei den Erhaltungsbeiträgen ein Kreditrest von rund 0,3 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 24, Art. 140–146, Art. 147a und b; Tierzuchtverordnung vom 31.10.2012 (TZV; SR 916.310); V vom 28.10.2015 über die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGRELV; SR 916.181).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktionsgrundlagen 2022–2025» (Z0022.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0229 QUALITÄTS- UND ABSATZFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	63 851 305	75 549 900	67 802 243	-7 747 657	-10,3

Mit diesen Beiträgen werden die Absatzförderung für Landwirtschaftsprodukte einschliesslich die Förderung von Exportinitiativen unterstützt. Zudem sind auch Mittel für die Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in diesem Kredit enthalten. Die Beiträge dienen der subsidiären Förderung von Massnahmen und Initiativen zur Erhöhung der Wertschöpfung am Markt. Empfänger der Fördermittel sind Organisationen und Trägerschaften der Ernährungswirtschaft.

Die Beiträge betragen jeweils höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten für die Unterstützung der Massnahmen im Bereich von Art. 11 (Qualität und Nachhaltigkeit) und Art. 12 (Absatzförderung für schweizerische Landwirtschaftsprodukte, einschliesslich Exportinitiativen) des Landwirtschaftsgesetzes (SR 910.1).

Der Kreditrest von 7,7 Millionen erklärt sich hauptsächlich durch zwei Faktoren: Erstens blieb die Nachfrage nach Mitteln im Bereich Qualität und Nachhaltigkeit sowie nach ergänzenden Projekten zur Absatzförderung wiederum deutlich unter den Erwartungen. Zweitens haben mehrere Projekte im Rahmen der Schlussabrechnung weniger Mittel beansprucht, als zugesichert worden waren. Insbesondere Exportinitiativen (Käse und Fleisch) schöpften nur einen Bruchteil der verfügbaren Beträge aus und ein Projekt wurde komplett aufgegeben und zurückbezahlt (Bio Kindernahrung).

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 11 und Art. 12; Landwirtschaftliche Absatzförderungsverordnung vom 9.6.2006 (LAfV; SR 916.070); V vom 23.10.2013 über die Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft (QuNaV; SR 910.16).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2022–2025» (Z0023.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0230 ZULAGEN MILCHWIRTSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	387 274 000	387 274 000	378 469 598	-8 804 402	-2,3

Über diesen Kredit werden drei Arten von Zulagen finanziert: Die Zulage für verkäste Milch wirkt als Rohstoffverbilligung. Die Zulage für Fütterung ohne Silage fördert die qualitativ hochstehende Rohmilchkäseproduktion. Diese beiden Zulagen werden monatlich an die Milchverwerter ausbezahlt, welche die Mittel an die Milchproduzentinnen und Milchproduzenten via Milchgeldabrechnung weiterleiten. Seit dem Jahr 2019 richtet der Bund zudem eine Zulage an alle Produzenten und Produzentinnen von Verkehrsmilch aus. Dadurch sollen die Milchproduzentinnen und Milchproduzenten von Molkereimilch für den höheren Marktdruck kompensiert werden, dem sie nach dem Wegfall der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggigesetz») bei der Belieferung der Nahrungsmittelindustrie ausgesetzt sind. Von der Zulage für Verkehrsmilch flossen 2023 aufgrund der tatsächlich produzierten Milchmengen 81,9 Millionen an die Produzentinnen und Produzenten von Molkereimilch und 88,5 Millionen an Produzentinnen und Produzenten von verkäster Milch. Im Jahr 2023 wurde aufgrund der geringeren Nachfrage nach Schweizer Käse im Ausland deutlich weniger Milch zu Käse verarbeitet als in den Vorjahren. Gleichzeitig wurde etwas weniger Milch produziert. Dadurch konnten weniger Zulagen als in den Vorjahren ausbezahlt werden. Diese Effekte führten zum Kreditrest von 8,8 Millionen.

Die ausbezahlten Zulagen setzen sich aus folgenden Komponenten zusammen:

– Zulage für verkäste Milch (10 Rp./kg)	178 930 368
– Zulage für Fütterung ohne Silage (3,0 Rp./kg)	29 204 936
– Zulage für Verkehrsmilch (5 Rp./kg)	170 334 294
(davon für verkäste Milch 88 465 220 Franken)	

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 28, 38–40 und 43; Milchpreisstützungsverordnung vom 25.6.2008 (MSV; SR 916.350.2).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2022–2025» (Z0023.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0231 BEIHILFEN VIEHWIRTSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 711 419	5 960 500	2 883 836	-3 076 664	-51,6

Über diesen Kredit werden Massnahmen zur Stützung der Fleisch- und Eierpreise sowie zur Verwertung der inländischen Schafwolle unterstützt. Empfänger sind Fleischverwerter, Eier-Packstellen und Verwerter inländischer Schafwolle.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

– Inlandbeihilfen Schlachtvieh und Fleisch	74 614
– Beihilfen Inlandeier	1 999 288
– Verwertung der Schafwolle	778 868
– Infrastrukturbeiträge im Berggebiet	31 066

Der Kreditrest entstand im Bereich der Inlandbeihilfen für Schlachtvieh und Fleisch. Aufgrund der guten Marktlage wurden diese Mittel kaum beansprucht.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 50–52; Schlachtviehverordnung vom 26.11.2003 (SV; SR 916.341); V vom 25.6.2008 über die Verwertung der inländischen Schafwolle (SR 916.361); Eierverordnung vom 26.11.2003 (EiV; SR 916.371).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2022–2025» (Z0023.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0232 BEIHILFEN PFLANZENBAU

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	66 525 580	75 099 400	68 864 829	-6 234 571	-8,3

Mit den Mitteln dieses Kredits werden Massnahmen zur Erreichung einer angemessenen Versorgung mit inländischen Körnerleguminosen, Speiseölen, Zucker und Obst sowie Massnahmen zu Gunsten der Weinqualität subventioniert. Empfänger sind Produzenten von Ölsaaten, Körnerleguminosen, Zuckerrüben und Saatgut, Verarbeitungsbetriebe von Obst sowie die Kantone (Weinlesekontrolle).

Dieser Betrag setzt sich aus folgenden Hauptkomponenten zusammen:

– Zuckerrüben	35 134 555
– Ölsaaten, Soja und Körnerleguminosen	29 386 820
– Obstverwertung	1 968 874
– Saatgut und Weinbau	2 374 580

Nach dem Beschluss in der Herbstsession 2021, die Stützung für den Zuckerrübenanbau befristet bis 2026 zu erhöhen, erhöhte das Parlament ab 2022 die Mittel für Zuckerrüben um jährlich 8 Millionen. Angestrebt wird eine Zuckerrübenfläche von gegen 20 000 Hektaren. Der Kreditrest von 6,2 Millionen ist insbesondere auf die geringeren Ausgaben für Zuckerrüben zurückzuführen, da die Anbaufläche trotz der Erhöhung weit unter den angestrebten 20 000 Hektaren blieb.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 54, 58, 64 und 140; Einzelkulturbeitragsverordnung vom 23.10.2013 (EKBV; SR 910.17); Obstverordnung vom 23.10.2013 (SR 916.131.11); Weinverordnung vom 14.11.2007 (SR 916.140).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2022–2025» (Z0023.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0234 DIREKTZAHLUNGEN LANDWIRTSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 811 296 075	2 812 039 500	2 811 233 872	-805 628	0,0

Im Rahmen des Direktzahlungskredites werden die folgenden Beiträge ausgerichtet:

Versorgungssicherheitsbeiträge

Zur Aufrechterhaltung der Kapazität der Nahrungsmittelproduktion werden flächenbezogene Versorgungssicherheitsbeiträge ausgerichtet. Diese umfassen einen einheitlichen Basisbeitrag, einen Beitrag für offene Ackerflächen und Dauerkulturen sowie einen nach Zonen abgestuften Erschwernisbeitrag im Hügel- und Berggebiet. Eine Abstufung nach Produktionsintensität erfolgt bei der Grünfläche, wo für Biodiversitätsförderflächen (BFF) der halbe Basisbeitrag ausgerichtet wird. Der Basisbeitrag wird ab 60 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche eines Betriebs schrittweise abgestuft.

Kulturlandschaftsbeiträge

Der nach Zonen abgestufte Offenhaltungsbeitrag unterstützt die Bewirtschaftung in den einzelnen Zonen und fördert damit die Erhaltung einer offenen Kulturlandschaft. Zur Sicherstellung einer angemessenen Bestossung des Sömmerungsgebietes wird ein Sömmerungsbeitrag ausgerichtet. Zudem erhalten Ganzjahresbetriebe, die ihre Tiere sömmeren, einen Alpungsbeitrag. Zur Förderung der Bewirtschaftung unter topografischen Erschwernissen wird ein nach Neigung abgestufter Hangbeitrag ausgerichtet. Betriebe mit einem hohen Anteil an Flächen über 35 Prozent Neigung erhalten zusätzlich einen Steillagenbeitrag.

Biodiversitätsbeiträge

Zur Förderung der Biodiversität wird ein zweistufiger Qualitätsbeitrag gewährt. Für Biodiversitätsflächen, die eine Grundqualität erfüllen, wird der Beitrag der Qualitätsstufe I ausgerichtet. Weisen diese Flächen zusätzliche botanische Qualität oder biodiversitätsfördernde Strukturen auf, so wird auch noch der Beitrag der Qualitätsstufe II bezahlt. Zudem unterstützt der Bund Projekte der Kantone zur Förderung der Vernetzung und der angepassten Bewirtschaftung von Biodiversitätsförderflächen. Die Vernetzungsbeiträge werden zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent von den Kantonen finanziert.

Landschaftsqualitätsbeiträge

Mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen werden Leistungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung vielfältiger und qualitativ wertvoller Kulturlandschaften gefördert. Die Massnahmen werden in Projekten auf Basis regionaler Ziele entwickelt. Die Beiträge, die zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent von den Kantonen finanziert sind, werden anhand eines projektspezifischen Beitragschlüssels ausgerichtet. Die Ausgaben für die Landschaftsqualitätsbeiträge sind je Kanton plafoniert.

Produktionssystembeiträge

Zu den Produktionssystembeiträgen gehören gesamtbetriebliche und pflanzenbauliche Beiträge wie der Biobeitrag, die Beiträge für den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, der Beitrag für die funktionale Biodiversität, die Beiträge für die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und der Beitrag für einen effizienten Stickstoffeinsatz im Ackerbau. Weiter gehören auch Beiträge für Programme dazu, die im Zusammenhang mit der Tierhaltung ausgerichtet werden. Hierzu gehören der Beitrag für eine graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF) sowie die Tierwohlbeiträge RAUS (regelmässiger Auslauf im Freien), BTS (Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme) und WEIDE (besonders hoher Auslauf- und Weideanteil).

Ressourceneffizienzbeiträge

Diese Beiträge fördern, zeitlich befristet, die nachhaltigere Nutzung der natürlichen Ressourcen und die Effizienz beim Einsatz von Produktionsmitteln. Gefördert wird der Einsatz von präziser Applikationstechnik und eine stickstoffreduzierte Phasenfütterung von Schweinen.

Übergangsbeiträge

Die Übergangsbeiträge stellen eine sozialverträgliche Entwicklung beim Übergang vom alten zum weiterentwickelten Direktzahlungssystem sicher. Sie werden bei hohen Einkommen und Vermögen reduziert. Mit zunehmender Beteiligung an den freiwilligen Programmen sinken die für die Übergangsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Direktzahlungen setzten sich aus nachfolgend aufgeführten Hauptkomponenten zusammen:

— Versorgungssicherheitsbeiträge	950 345 508
— Kulturlandschaftsbeiträge	529 007 756
— Biodiversitätsbeiträge	449 146 291
— Landschaftsqualitätsbeiträge	147 138 826
— Produktionssystembeiträge	684 655 422
— Ressourceneffizienzbeiträge	4 476 558
— Übergangsbeiträge	26 349 743

Folgende weitere Subventionen werden über den Direktzahlungskredit ausbezahlt:

— In-situ-Beitrag	695 350
— Gewässerschutz- und Ressourcenprojekte	19 418 418

Der im Jahr 2023 für die Direktzahlungen verfügbare Kredit wurde praktisch vollständig ausgeschöpft. Die Direktzahlungen werden in drei Tranchen (Akontozahlung ab Mitte Juni, Hauptzahlung ab Mitte Oktober und Schlusszahlung ab Ende November) ausbezahlt. Damit der Faktor für die Berechnung der Übergangsbeiträge rechtzeitig für die Schlussabrechnung festgelegt werden kann, liefern die Kantone zusammen mit der Hauptabrechnung eine Schätzung der erwarteten, offenen Beiträge bis Ende Kalenderjahr.

Bei den Versorgungssicherheitsbeiträgen wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 124 Millionen weniger ausbezahlt. Gegenüber dem budgetierten Wert waren es hingegen 31 Millionen mehr (3,4 % des budgetierten Totals). Die Reduktion gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der Umlagerung der Gelder innerhalb des Direktzahlungskredits von den Versorgungssicherheits- zu den Produktionssystembeiträgen. Auf Anfang 2023 hat der Bundesrat in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» verschiedene neue Programme bei den Produktionssystembeiträgen eingeführt. Die Umlagerung dient der Finanzierung dieser neuen Programme. Die Mehrausgaben von 31 Millionen gegenüber dem budgetierten Wert sind auf den Entscheid des Bundesrates vom 2.11.2022 zurückzuführen, einen Teil (37 Mio.) der früher beschlossenen Umlagerung rückgängig zu machen.

Bei den Kulturlandschaftsbeiträgen wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 6 Millionen mehr ausbezahlt. Gegenüber dem budgetierten Wert sind es 4 Millionen mehr (0,8 % des budgetierten Totals). Die Mehrausgaben stammen vor allem vom Alpungsbeitrag sowie vom Sömmerungsbeitrag.

Bei den Biodiversitätsbeiträgen wurden im Vergleich zum Vorjahr gut 7 Millionen mehr ausbezahlt. Gegenüber dem budgetierten Wert wurde 1 Million mehr benötigt (0,3 % des budgetierten Totals). Sowohl beim Qualitätsbeitrag als auch beim Vernetzungsbeitrag nahm die beitragsberechtigte Fläche im Vergleich zum Vorjahr zu.

Bei den Landschaftsqualitätsbeiträgen liegen die Ausgaben auf dem Vorjahresniveau und entsprechen dem budgetierten Wert.

Die Zunahme bei den Produktionssystembeiträgen überstieg die Erwartungen und damit den Voranschlag um 93 Millionen. Grund dafür ist eine deutlich höhere Beteiligung an den neuen und weiterentwickelten Programmen als erwartet.

Im Bereich der Ressourceneffizienzbeiträge liegen die ausbezahlten Beiträge etwa 0,5 Millionen unter dem budgetierten Wert, womit die Beteiligung leicht unter den Erwartungen lag.

Bei den weiteren Subventionen, die über den Direktzahlungskredit ausbezahlt werden, wurde der Voranschlag nicht vollständig ausgeschöpft: Beim In-situ-Beitrag wurde der Voranschlag um 1 Million unterschritten. Bei den Gewässerschutz- und Ressourceneffizienzprojekten wurden über 5 Millionen weniger ausbezahlt als budgetiert.

Die Ausgaben beim Übergangsbeitrag waren 27 Millionen tiefer als im Vorjahr und lagen 123 Millionen unter dem budgetierten Wert. Dies ist hauptsächlich die Folge der Mehrausgaben bei den Versorgungssicherheits- und Produktionssystembeiträgen.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 70–77, 77a, 77b, 147a; Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20), Art. 62a.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Direktzahlungen 2022–2025» (Z0024.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A231.0382 GETREIDEZULAGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	15 633 026	15 788 000	15 690 881	-97 119	-0,6

Die Getreidezulage wurde als Nachfolgelösung der landwirtschaftlichen Ausfuhrbeiträge («Schoggigesetz») eingeführt und im Jahr 2019 erstmals ausgerichtet. Aus den im Budget eingestellten Mitteln und der zur Zulage berechtigenden Fläche errechnet sich die Zulage pro Hektare und Jahr. 2023 betrug sie 129 Franken/Hektare. Die Auszahlung erfolgt wie die Direktzahlungen über die Kantone.

Aus den durch die Kantone gemeldeten Flächen und den daraus resultierenden Auszahlungen ergab sich gegenüber dem Voranschlag eine Abweichung von knapp 0,1 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1), Art. 55; Einzelkulturbeitragsverordnung vom 23.10.2013 (EKBV; SR 910.17).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2022–2025» (Z0023.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A236.0105 LANDWIRTSCHAFTLICHE STRUKTURVERBESSERUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total Investitionsausgaben	87 038 300	87 038 300	87 038 300	0	0,0

Der Bund unterstützt die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und die von der Landwirtschaft benötigten Infrastrukturen. Die Empfänger sind Landwirtinnen und Landwirte sowie Genossenschaften und Gemeinden. Die Beiträge werden via Kantone ausbezahlt. Im Jahr 2023 wurden 2,0 Millionen zu Gunsten der Strukturverbesserungen aus dem Fonds de Roulement Investitionskredite Landwirtschaft entnommen.

Der Kredit wurde vollständig ausgeschöpft. Zahlungsbereite Projekte im Umfang von gut 2,2 Millionen mussten auf das Folgejahr verschoben werden.

Rechtsgrundlagen

Landwirtschaftsgesetz vom 29.4.1998 (LwG; SR 910.1) Art. 87; Strukturverbesserungsverordnung vom 7.12.1998 (SVV; SR 913.1); V vom 26.11.2003 des BLW über Investitionshilfen und soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (IBLV; SR 913.211).

Hinweise

Vgl. E131.0109 «Rückzahlung Darlehen».

Verpflichtungskredite «Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen» (J0005.00, V0266.00, V0266.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Zahlungsrahmen «Produktionsgrundlagen 2022–2025» (Z0024.05), siehe Band 1B, Ziffer B 2

Die Investitionsbeiträge werden zu 100 Prozent wertberichtigt (vgl. A238.0001 «Wertberichtigungen im Transferbereich»).

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	86 793 907	86 945 400	86 945 399	-1	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		140 600			

Die Beiträge für landwirtschaftliche Strukturverbesserungen werden zu 100 Prozent wertberichtigt, da sie A-fonds-perdu-Zahlungen des Bundes darstellen. Weitere Wertberichtigungen können im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Investitionskrediten und den Betriebshilfen entstehen. Über den Fonds de Roulement, der aus Einlagen und laufenden Rückzahlungen aus amortisierten Darlehen gespeisen wird, werden zinslose Darlehen an die Landwirtinnen und Landwirte ausgerichtet. Die Wertberichtigungen widerspiegeln den Zinsvorteil auf den ausgezahlten Darlehen. Aufgrund der aktuellen Zinslage wurden 2023 jedoch noch keine Wertberichtigungen in diesem Bereich vorgenommen.

Kreditmutationen

- Der Kredit für die landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen wurde vollständig ausgeschöpft. Die Rückerstattungen aus Vorjahren fielen um 140 600 Franken tiefer aus als veranschlagt. Entsprechend wurde eine Kreditüberschreitung von 140 600 Franken notwendig.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 51.

Hinweise

Vgl. A236.0105 «Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen»; E130.0104 «Rückerstattung von Subventionen».

AGROSCOPE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Förderung der Resilienz der Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten
- Förderung der Produktion sichererer und gesunder Nahrungsmittel
- Aufzeigen von Zielen und Wegen zur Steigerung der Wettbewerbskraft der Schweizer Landwirtschaft am Markt
- Förderung des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen durch effizientere Nutzung und Sicherung von Ökosystemleistungen
- Stärkung des Wissenstransfers für die Akteure der Land- und Ernährungswirtschaft
- Sicherstellung der Aufgaben im Bereich Vollzug und Vollzugshilfen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	24,6	17,9	24,1	-0,6	-2,3
Laufende Ausgaben	189,4	193,5	190,1	0,7	0,4
Eigenausgaben	189,4	193,5	190,1	0,7	0,4
Selbstfinanzierung	-164,8	-175,7	-166,0	-1,3	-0,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-4,8	-5,4	-5,0	-0,2	-4,3
Jahresergebnis	-169,6	-181,1	-171,0	-1,5	-0,9
Investitionseinnahmen	0,1	–	0,0	-0,1	-78,8
Investitionsausgaben	4,2	7,1	5,5	1,3	31,9

KOMMENTAR

Die Einnahmen stammen zu 76,6 Prozent aus Drittmitteln für Forschungsprojekte und zu 14,7 Prozent aus Verkäufen, hauptsächlich von Kulturen für die Käseproduktion. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vorwiegend aus Einnahmen für Liegenschaften und Dienstleistungen. Die Drittmiteleinnahmen beliefen sich auf 18,5 Millionen. Diese Einnahmen sind im Vergleich zu 2022 leicht tiefer (0,2 Mio.). Die laufenden Ausgaben entfallen vollumfänglich auf Eigenausgaben. Diese fielen zu 66 Prozent für Personalausgaben und zu 34 Prozent für Sachausgaben (insbesondere Liegenschaften) an. Insgesamt stiegen die Ausgaben gegenüber 2022 um 0,7 Millionen.

Mit der Umsetzung der Standortstrategie («Zukunftsprojekt») konzentriert Agroscope bis 2028 seine Aktivitäten auf den Campus Posieux sowie die beiden Forschungszentren in Changins und Reckenholz. Diese auf die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen ausgerichteten Standorte werden durch die dezentralen Versuchsstationen ergänzt, in denen gemeinsam mit den Kantonen, der Beratung und der Landwirtschaftsbranche anwendungsorientierte Fragen im jeweiligen regionalen und klimatischen Kontext beantwortet werden. Die aus der Infrastrukturoptimierung und Verdichtung resultierenden Einsparungen bei den Mieten (Effizienzgewinne) werden für die landwirtschaftliche Forschung verwendet.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 7,5 Millionen dieser zusätzlichen Mittel für die Erweiterung der neuen, dezentralen Versuchsstationen und zur Stärkung der Forschung eingesetzt. Mit den Effizienzgewinnen finanziert wurden insbesondere Forschungsprojekte zu den Themen Pflanzenschutz, Nachhaltigkeit und Effizienz in der Tierhaltung, standortangepasste Landwirtschaft sowie zusätzliche Stellen in den Bereichen Nachhaltigkeitsbewertung, Agrarökonomie und Agrarsoziologie. Überdies dienen die Mittel dazu, die notwendigen Stellen für den Vollzug der neuen Pflanzengesundheitsverordnung zu finanzieren. Ebenfalls über die Effizienzgewinne finanziert werden die Ausgaben zur Begleitung des Zukunftsprojekts (Projektleitung und -management, Begleitung Bauprojekte inkl. Drittaufträge, Kommunikation).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Stoffflüsse und Absenkpfade: Ergebnisse zur Schliessung der Ziellücken der Umweltziele Landwirtschaft (erreicht)
- Reduktion Pflanzenschutzmittel: Entwicklung von Risikoindikatoren und Kennzahlen (erreicht)
- «One Health»-Konzept für die Ernährung: Publikation wissenschaftlicher Grundlagen (erreicht)
- Umsetzung Standortstrategie: Realisierung der geplanten Umzüge von Gruppen und Aktualisierung des Controllings zu den Effizienzgewinnen (teilweise erreicht)
 - Die Ingebrauchnahme des Laborgebäudes in Posieux verzögert sich im Minimum um ein Jahr. Die Konsequenzen auf die Umsetzung der Standortstrategie und die Effizienzgewinne werden laufend beurteilt.
- Verwendung Effizienzgewinne für Versuchsstationen: Definition vom Projekten mit «Ko-Kreation-Ansatz» und Start Umsetzung (erreicht)

LG1: NACHHALTIGE PRODUKTION

GRUNDAUFTRAG

Für die langfristige Ernährungssicherheit und Unterstützung einer gesunden Ernährung mit Lebensmitteln schweizerischer Herkunft setzt sich Agroscope für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung ein. Verfolgt wird dies mit der Entwicklung ressourceneffizienter, resilienter Produktionssysteme für die Tierhaltung und den Pflanzenbau, mit innovativen Verarbeitungsverfahren sowie Analysen und Empfehlungen zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen. Zudem stellt Agroscope Pflanzensorten mit verbesserter Ökosystemleistung bereit. Damit wird eine wettbewerbsfähige, qualitativ hochwertige Produktion von gesunden pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln angestrebt. Durch Publikationen und Veranstaltungen wird das gewonnene Wissen an die Branche und den Nachwuchs vermittelt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	16,8	11,5	13,6	2,1	18,6
Aufwand und Investitionsausgaben	138,2	145,3	133,4	-11,9	-8,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Ressourceneffiziente Agrarsysteme: Agroscope entwickelt ressourceneffiziente Produktionsmethoden und standortangepasste Produktionssysteme			
– An Sortenmarketingpartner übergebene neu gezüchtete Agroscope-Sorten mit verbesserter Ökosystemleistung (Anzahl, min.)	13	16	15
– Empfehlungen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz im Pflanzenbau (Anzahl, min.)	6	5	5
Hochwertige Lebensmittel: Agroscope trägt durch die Verbesserung von Verfahren zu einer gesunden und vielfältigen Ernährung bei			
– Sensorische Beurteilung von Lebensmitteln durch trainierte Testpersonen (Anzahl)	18 298	17 000	20 786
– Produzierte mikrobielle Kulturen für die Herstellung von Käse und weiteren fermentierten Lebensmitteln (kg, min.)	8 467	8 500	9 135
Wettbewerbskraft: Die Wettbewerbskraft der schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft wird bewertet			
– Analysen und Studien zur Weiterentwicklung der Agrar-, Umwelt- und Handelspolitik (Anzahl, min.)	6	6	6
Wissenstransfer und Wissensaustausch: Forschungsergebnisse und Erkenntnisse werden nachgefragt und erreichen zahlreiche Interessenten			
– Praxisorientierte Publikationen (Anzahl, min.)	657	600	664
– Wissenschaftliche Publikationen (Anzahl, min.)	287	360	281
– Gutachten für die Milchwirtschaft (Anzahl)	599	370	601
– Tagungen, Veranstaltungen, Praxisinteraktionen (Anzahl, min.)	92	75	101
Wirtschaftlichkeit: Die Wirtschaftlichkeit von Agroscope verbessert sich			
– Projektbearbeitung mit Drittmitteln (CHF, Mio., min.)	10,8	9,1	10,5
– Projektbearbeitung mit Mitteln anderer Verwaltungseinheiten (CHF, Mio.)	2,3	1,9	1,6

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht oder übertroffen.

Ressourceneffiziente Agrarsysteme: Die Züchtung neuer Sorten ist über die Jahre hinweg variabel. Es wurde eine Sorte weniger als ursprünglich geplant an die Marketingpartner übergeben.

Hochwertige Lebensmittel: Der im Voranschlag 2023 geplante Wert «sensorische Beurteilung von Lebensmitteln» zum Beispiel von Käse oder Obst wurde übertroffen. Der Absatz von Kulturen für die Produktion von Käse konnte deutlich gesteigert werden. Dies ist auf den vermehrten Einsatz von Oberflächenkulturen zurückzuführen, die auf die Rinde von Käse aufgetragen werden. Dadurch wird die äussere Qualität der Käse sichergestellt.

Wissenstransfer und Wissensaustausch: Die Anzahl praxisorientierter Publikationen deckt die rege Nachfrage der Praxis bezüglich konkreter Empfehlungen ab. Die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen ist ähnlich wie im Vorjahr und erreichte das Ziel nicht. Dies kann damit erklärt werden, dass diese Leistungsgruppe bei unveränderter Zielvorgabe ein strategisches Forschungsfeld weniger aufweist als früher. Deutlich übertroffen wurde das Ziel bei der Anzahl durchgeführter Tagungen und Veranstaltungen mit Praxisinteraktionen. Die gleichbleibende Nachfrage führte zu ähnlich vielen Gutachten für die Milchwirtschaft wie im Vorjahr.

Wirtschaftlichkeit: Der Umfang an Drittmitteln ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, übertrifft das Ziel insgesamt aber deutlich. Die Mittel anderer Verwaltungseinheiten sind tiefer als im Vorjahr und gleichzeitig unter der Zielvorgabe.

LG2: SCHUTZ VON MENSCH, UMWELT, TIER UND PFLANZE

GRUNDAUFTRAG

Die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft und Biodiversität werden für die Produktion landwirtschaftlicher Güter genutzt. Damit diese langfristig gesichert werden, betreibt Agroscope verschiedene Monitoringprogramme. Auf dieser Grundlage werden Schutz- und Nutzungskonzepte bewertet oder entwickelt. Für die nachhaltige Entwicklung werden Massnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel vorgeschlagen. Die Nutztiergesundheit wird mit der Entwicklung präventiver Massnahmen gefördert. Durch wissenschaftliche Arbeiten und Vollzugstätigkeiten unterstützt Agroscope die Erhaltung der Biodiversität und den Schutz des Menschen in der Land- und Ernährungswirtschaft. Alle Grundlagen und Anwendungen stellt Agroscope den politischen Behörden, der Wissenschaft und Praxis zur Verfügung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	8,0	6,4	10,4	4,1	64,2
Aufwand und Investitionsausgaben	60,3	60,8	67,2	6,4	10,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Sicherung der natürlichen Ressourcen: Boden, Wasser, Luft und Biodiversität werden nachhaltig geschützt			
– Berichte des Agrarumwelt-Monitorings und der nationalen Bodenbeobachtung zum Zustand ausgewählter natürlicher Ressourcen (Anzahl, min.)	6	6	6
– Erstellung der fachlich-technischen Anweisungen zur Kontrolle von potenziell gefährlichen Organismen (% min.)	100	100	100
Klimawandel: Agroscope trägt zum Klimaschutz und der Anpassung der Land- und Ernährungswirtschaft an den Klimawandel bei			
– Erstellung des Treibhausgasinventars der Schweizer Landwirtschaft für das internationale Klimareporting IPCC (Termin)	15.04.	15.04.	15.04.
– Empfehlungen für Massnahmen zur Emissionsreduktion im Produktionsbereich zur Erreichung der Klimaschutzziele (Anzahl, min.)	7	7	7
Tiergesundheit: Agroscope sorgt mit präventiven Massnahmen und tiergerechten Haltungssystemen für das Wohl der landwirtschaftlichen Nutztiere			
– Produktkontrollen zur Überprüfung von Sicherheit und Qualität von Futtermitteln (Anzahl, min.)	1 179	1 250	1 306
– Analysen und Studien zur Verhinderung von Krankheiten und Stress in verschiedenen Tierhaltungssystemen in der Praxis (Anzahl)	7	6	7
Wissenstransfer und Wissensaustausch: Forschungsergebnisse und Erkenntnisse werden nachgefragt und erreichen zahlreiche Interessenten			
– Praxisorientierte Publikationen (Anzahl, min.)	163	100	196
– Wissenschaftliche Publikationen (Anzahl, min.)	338	230	303
– Tagungen, Veranstaltungen, Praxisinteraktionen (Anzahl, min.)	18	17	23
Wirtschaftlichkeit: Die Wirtschaftlichkeit von Agroscope verbessert sich			
– Projektbearbeitung mit Drittmitteln (CHF, Mio., min.)	6,6	3,0	8,0
– Projektbearbeitung mit Mitteln anderer Verwaltungseinheiten (CHF, Mio.)	4,0	3,3	4,1

KOMMENTAR

Die Ziele wurden alle erreicht oder gar übertroffen.

Tiergesundheit: Die Anzahl durchgeführter Produktkontrollen von Futtermitteln für Nutz- und Heimtiere wurde leicht übertroffen, nachdem in den Vorjahren das Ziel jeweils knapp verfehlt wurde.

Wissenstransfer und Wissensaustausch: Die Anzahl praxisorientierter und wissenschaftlicher Publikationen wurde deutlich übertroffen. Gründe dafür sind eine sehr hohe Publikationstätigkeit und das strategische Forschungsfeld «Tiergesundheit und Tierhaltungssysteme», das mit dem neuen Arbeitsprogramm bei unveränderter Zielvorgabe zu dieser Leistungsgruppe beiträgt. Übertroffen wurde das Ziel bei der Anzahl durchgeführter Tagungen und Veranstaltungen mit Praxisinteraktionen.

Wirtschaftlichkeit: Der Umfang an Drittmitteln ist gegenüber dem Vorjahr nochmals höher und übertrifft das Ziel deutlich. Die Mittel anderer Verwaltungseinheiten sind ähnlich hoch wie im Vorjahr.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	24 830	17 863	24 091	6 228	34,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	24 830	17 863	24 091	6 228	34,9
Aufwand / Ausgaben	198 506	206 067	200 637	-5 430	-2,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	198 506	206 067	200 637	-5 430	-2,6
Kreditverschiebung		1 805			
Abtretung		2 174			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		12 078			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	24 830 470	17 863 000	24 091 030	6 228 030	34,9
Laufende Einnahmen	24 635 648	17 863 000	24 067 891	6 204 891	34,7
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	165 547	-	15 192	15 192	-
Investitionseinnahmen	29 275	-	7 947	7 947	-

Die Einnahmen von insgesamt 24,1 Millionen stammen im Rechnungsjahr hauptsächlich aus Beteiligungen Dritter an Forschungsprojekten (18,5 Mio.; davon nichtstaatliche Organisationen: 4,2 Mio., die EU: 3,0 Mio., Privatwirtschaft: 2,6 Mio., Schweiz. Nationalfonds: 2,9 Mio. sowie Kantone, Innosuisse, Universitäten und Hochschulen, Fachhochschulen und andere Forschungseinrichtungen). Weitere Einnahmen stammen aus Produktverkäufen (3,5 Mio., darunter 2,3 Mio. aus dem Verkauf von Kulturen für die Käseproduktion), Entgelten für Infrastrukturleistungen und Mieten (0,9 Mio.), Gebühren für Amtshandlungen (0,4 Mio.) und Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen (0,3 Mio.).

Die Einnahmen liegen um 6,2 Millionen oder 34,7 Prozent über dem Budget 2023. Diese Mehreinnahmen sind im Wesentlichen auf zusätzliche Einnahmen aus Drittmittelprojekten zurückzuführen, die den Budgetwert um insgesamt 7,2 Millionen übertrafen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Einnahmen aus Drittmitteln für Forschungsprojekte um 0,3 Millionen. Die Einnahmen aus Verkäufen sind im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	198 506 072	206 067 427	200 637 205	-5 430 222	-2,6
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>16 057 327</i>			
Funktionsaufwand	194 369 022	198 951 935	195 128 849	-3 823 086	-1,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	189 392 841	193 536 635	190 097 689	-3 438 946	-1,8
Personalausgaben	121 938 383	125 760 000	125 815 899	55 899	0,0
Sach- und Betriebsausgaben	67 454 458	67 776 635	64 281 790	-3 494 845	-5,2
<i>davon Informatik</i>	<i>9 560 262</i>	<i>9 140 400</i>	<i>10 041 752</i>	<i>901 352</i>	<i>9,9</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>457 118</i>	<i>417 400</i>	<i>454 433</i>	<i>37 033</i>	<i>8,9</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	4 976 181	5 415 300	5 031 160	-384 140	-7,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	4 137 050	7 115 492	5 508 356	-1 607 136	-22,6
Vollzeitstellen (Ø)	774	750	771	21	2,8

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben von 125,8 Millionen liegen geringfügig über dem Voranschlagswert (+0,1 Mio.). Von den Personalausgaben entfielen 14,9 Millionen (11,9 %) auf Arbeiten für Drittmittelprojekte sowie 4,7 Millionen (3,8 %) auf Projekte, die im Auftrag anderer Verwaltungseinheiten ausgeführt wurden (sogenannte «Zweitmittel»).

Aus den unterjährigen Kreditmutationen (diese beinhalten nebst den Zweit- und Drittmitteln auch die Auflösung zweckgebundener Reserven) werden im Berichtsjahr jeweils Ausgaben für die Projekte, darunter auch Personalausgaben, finanziert. Damit erklärt sich die Differenz der Anzahl Vollzeitstellen zwischen Rechnung und Voranschlag, da die Stellen aus unterjährigen Kreditmutationen im FTE-Wert für den Voranschlag nicht enthalten sind. Ebenso werden bestimmte Personalkategorien (Stellen mit Ausbildungscharakter wie Doktorierende, Praktikanten) nicht als Stammpersonal gezählt und sind aufgrund der vorgegebenen Berechnungsweise im ausgewiesenen Bestand von 771 Vollzeitstellen nicht enthalten.

Mit den «Effizienzgewinnen» (LV-Einsparungen aus der Konzentration der Standorte, welche für die landwirtschaftliche Forschung eingesetzt werden) wurden im Jahr 2023 Personalausgaben von 6,7 Millionen getätigt. Mit den Effizienzgewinnen wurden 45,9 Vollzeitstellen finanziert (25,7 FTE für Forschungsprojekte, 15,2 FTE für dezentrale Versuchsstationen sowie 5 FTE für die Projektumsetzung inkl. Projektmanagement). Diese Angaben beinhalten auch die Stellen mit Ausbildungscharakter.

Sach- und Betriebsausgaben

Insgesamt lagen die Sach- und Betriebsausgaben mit 64,3 Millionen um 5,1 Prozent bzw. um 3,4 Millionen unter dem Voranschlag. Die Ausgaben verteilten sich insbesondere auf die folgenden Bereiche: Material- und Warenausgaben: 4,8 Millionen; Liegenschaften: 33,8 Millionen; übrige Betriebsausgaben: 15,2 Millionen (davon 6,7 Mio. externe Dienstleistungen) sowie Informatik und Beratung (vgl. unten).

Die Ausgaben für *Informatik* lagen mit 10 Millionen um 9,9 Prozent oder 0,9 Millionen über dem Voranschlag. Der Mehrbedarf begründet sich durch Mehrausgaben für die Erneuerung und Erweiterung der IT-Infrastruktur (Forschungs- und Laborinformatik), um die weitere Digitalisierung der Forschung zu ermöglichen. Gegenüber dem Vorjahr wurden höhere Ausgaben für Lizenzen getätigt (+0,8 Mio.). Zudem stiegen die Ausgaben für das BIT (Workplace) um 0,2 Millionen.

Die *Beratungsausgaben* betrugen im Jahr 2023 0,4 Millionen. Rund 33 Prozent dieser Mittel stehen im Zusammenhang mit dem «Zukunftsprojekt» von Agroscope, mit dem die neue Standortstrategie umgesetzt wird.

Die Budgetüberschreitung im Informatiksachaufwand wurde kompensiert durch geringere Ausgaben bei *Betriebsausgaben*, *Liegenschaften*, *Mieten und Pachten* und *übrige Material- und Warenausgaben*. Aufgrund von Lieferverzögerungen kam es zu Minderausgaben (-1,4 Mio.) bei den Material- und Warenausgaben. Zudem lagen die Mieten und Pachten um knapp 1,7 Millionen unter dem Voranschlag.

Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen setzen sich aus den Hauptkomponenten Mobilien (4,4 Mio.) und Informatik (0,6 Mio.) zusammen. Im Vergleich zum Budget 2023 sind insbesondere weniger Abschreibungen bei Maschinen und Geräten (-0,4 Mio.) angefallen.

Investitionsausgaben

Die Investitionen setzen sich folgendermassen zusammen: 65 Prozent für Maschinen und Geräte, 31 Prozent für Informatik, 2 Prozent für Personen-, Last- und Lieferwagen und 1 Prozent für Zuchttiere. 38 Prozent der Ausgaben entfielen auf folgende

Investitionen: ein Kleinparzellenmähdrescher für den Standort Changins, eine Kirschensortiermaschine für den Standort Breitenhof Rüti sowie im Informatikbereich hauptsächlich Lizenzen für Storage Nutanix und das Projekt Damasys.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung von 4 078 147 Franken durch Auflösung zweckgebundener Reserven für diverse Informatik- und Forschungsprojekte sowie für Investitionen.
- Abtretung des Eidg. Personalamts von 2 174 300 Franken für Lohnmassnahmen, die Eingliederung von Personen mit Behinderungen, die Ausbildung von Lernenden, Hochschulpraktikanten sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge und familienexterne Kinderbetreuung.
- Kreditüberschreitung von 8 000 000 Franken wegen Mehrertrag für durch Drittmittel finanzierte Projekte; effektiv beansprucht wurden 7,2 Millionen.
- Kreditverschiebung für Forschungsprojekte von 1 909 700 Franken vom Bundesamt für Umwelt (BAFU), 266 180 Franken vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), 380 000 Franken vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und 186 000 Franken vom Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz).
- Abtretung von Krediten an andere Verwaltungseinheiten von 937 000 Franken davon 850 000 Franken für das Bundesamt für Umwelt (BAFU), 27 000 Franken für das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) und 60 000 Franken für das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).

Hinweise: Verwendung der Effizienzgewinne

Durch die Konzentration der Standorte («Zukunftsprojekt») fallen Einsparungen bei den verrechneten Mieten an. Diese «Effizienzgewinne» wurden im Detailkonzept zur Standortstrategie 2020 für den Zeitraum 2021–2028 auf insgesamt 59,8 Millionen geschätzt. Sie sollen von Agroscope vollumfänglich für die Forschung verwendet werden können (Aufstockung des Ausgabenplans von Agroscope). In der Rechnung 2022 wurden 6,2 Millionen dieser Mittel verwendet; für 2023 wurde die Verwendung von weiteren 8,5 Millionen budgetiert. Effektiv wurden für Personalausgaben 6 647 705 Franken eingesetzt. Weitere 805 587 Franken entfielen auf Sach- und Betriebsausgaben sowie Investitionen. Der Einsatz der Effizienzgewinne ermöglichte hauptsächlich Forschungsprojekte in den Bereichen Innovativer Pflanzenschutz, Pflanzengesundheit, Standortangepasste Landwirtschaft aber auch Optimierung der Nachhaltigkeit und Effizienz des Tiersystems, Aufbau Soziologie, Ausbau Nachhaltigkeitsbewertung / Umweltwirkungen. Zudem wurde die Erweiterung der Versuchsstationen mit 3,3 Millionen unterstützt. Die totalen Ausgaben zur Begleitung des Zukunftsprojekts (Projektleitung und -management, Begleitung Bauprojekte inkl. Drittaufträge, Kommunikation) beliefen sich auf 1,4 Mio.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Nachhaltige Produktion		LG 2: Schutz von Mensch, Umwelt, Tier und Pflanze	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	138	133	60	67
Personalausgaben	83	83	39	43
Sach- und Betriebsausgaben	48	43	19	21
davon Informatik	7	7	3	3
davon Beratung	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	4	3	1	2
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	3	4	1	2
Vollzeitstellen (Ø)	594	569	180	202

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 656 223	2 656 223
Bildung aus Rechnung 2022	–	5 033 130	5 033 130
Auflösung / Verwendung	–	-4 084 047	-4 084 047
Endbestand per 31.12.2023	–	3 605 306	3 605 306
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	4 191 618	4 191 618

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 4 078 147 Franken aufgelöst und verwendet. Davon entfallen 1 442 592 Franken auf Investitionen, 1 444 555 Franken auf Informatikprojekte und 1 191 000 Franken auf Forschungsprojekte.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (Fr. 3 605 306) entfallen auf 30 Forschungsprojekte (davon 18 durch Agroscope finanziert für Fr. 742 880 und 12 im Auftrag anderer Verwaltungseinheiten im Umfang von Fr. 743 153). Zudem bestehen Reserven von 1 101 973 Franken für Informatikprojekte und von 1 101 973 Franken für Investitionen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es werden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 4 191 618 Franken beantragt.

Von diesem Betrag entfallen 1 063 000 Franken auf die Projekte der Effizienzgewinne, einerseits auf Grund von Verzögerungen in den Arbeiten der Versuchsstationen, andererseits auf Grund von Verzögerungen in den Forschungsprojekten. Weitere 1 589 143 Franken entfallen auf insgesamt 29 Forschungsprojekte, bei denen Verzögerungen eingetreten sind. 14 dieser Projekte werden von anderen Verwaltungseinheiten finanziert (Fr. 771 900). Verschiedene IT-Projekte konnten ebenfalls nicht pünktlich abgeschlossen werden, sodass ein Teil der Ausgaben von 860 000 Franken erst 2024 oder später anfallen wird. Sodann werden 679 475 Franken für Investitionsprojekte beantragt, die zwar für 2023 geplant waren, aber aufgrund von Verzögerungen bei der Lieferung oder der Veröffentlichung der Ausschreibung verschoben werden mussten.

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bereichsübergreifende Planung und Koordination der wirtschaftlichen Landesversorgung (WL)
- Sicherstellung der Rechtsgrundlagen für den Vollzug von Massnahmen im Krisenfall
- Sicherstellung der Vorratshaltung (u.a. Pflichtlagerhaltung), Aufsicht über die Pflichtlagerorganisationen
- Betreuung und Ausbildung der kantonalen WL-Organen
- Nationale und internationale Kooperation im Bereich Krisenversorgungssicherheit

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	4,8	0,0	0,2	-4,5	-94,8
Laufende Ausgaben	10,1	12,8	12,6	2,5	24,9
Eigenausgaben	9,3	12,2	11,9	2,6	28,4
Transferausgaben	0,7	0,6	0,6	-0,1	-18,4
Selbstfinanzierung	-5,3	-12,8	-12,3	-7,0	-133,6
Jahresergebnis	-5,3	-12,8	-12,3	-7,0	-133,6

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen resultieren mehrheitlich aus dem Bereich der Hochseeschifffahrt. Gegenüber dem Vorjahr gehen diese stark zurück, da keine Erlöse aus dem Verkauf von Hochseeschiffen anfielen.

Die Eigenausgaben lagen um 2,6 Millionen über dem Vorjahreswert. Grund dafür sind hauptsächlich die höheren Personalausgaben von 1,0 Millionen (zusätzliche Stellen aufgrund der Reorganisation der WL) und die Zunahme der Informatikausgaben um 1,2 Millionen aufgrund der Übergangslösung des Gasmonitorings. Weiter wurden für das Projekt Heilmittelplattform sowie für die Erstellung des Vorratshaltungsberichtes mehr Mittel für Beratungsleistungen und externe Dienstleistungen beansprucht.

Die Transferausgaben beinhalten die Finanzierung des Pflichtlagers für Ethanol sowie die Ausgaben für das Strommonitoring und veränderten sich kaum.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Reorganisation Wirtschaftliche Landesversorgung (RWL): Stärkung BWL als Stabsstelle der WL-Organisation (erreicht)
- Energieversorgung Strom- und Gasmangellage: Einführung Strommonitoring und Bewirtschaftungsmassnahmen Gas (erreicht)
- Produktionsoptimierung Nahrungsmittelproduktion: Erhöhung des Selbstversorgungsgrades gezielt bei Bedarf (teilweise erreicht)

Aufgrund von Ressourcenengpässen konnten die Arbeiten zur Produktionsoptimierung nur eingeschränkt fortgeführt werden. Im Rahmen der Neuausrichtung des Fachbereichs werden die Interventionsmassnahmen überprüft.
- Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten im Krisenfall: Sicherstellung der Transportkapazität bei Versorgungskrisen (erreicht)
- Ergänzung der IKT-Minimalstandards: Ergänzung der IKT-Minimalstandards mit Supply-Chain-Risiken (erreicht)

LG1: VERSORGUNGSSICHERUNG

GRUNDAUFTRAG

Das BWL ist das «Stabsorgan» der wirtschaftlichen Landesversorgung (WL). Es hat gemäss Verfassungsauftrag für die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen bei schweren Mangellagen zu sorgen, denen die Wirtschaft nicht selber begegnen kann. Das BWL koordiniert sämtliche Arbeiten der WL, erstellt die für die Krisenbewältigung nötigen Rechtsgrundlagen und vollzieht die Massnahmen im Krisenfall gemeinsam mit den Bereichen der Kaderorganisation. Es ist verantwortlich für das Pflichtlagerwesen und für die Kommunikationsbelange der WL, bereitet mit den Kantonen die Umsetzung der Massnahmen vor und stellt die Zusammenarbeit mit dem Ausland sicher.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,2	0,0	0,2	0,1	381,9
Aufwand und Investitionsausgaben	9,3	12,2	12,1	-0,1	-1,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Strategieprozess: Die Strategie des BWL wird in einem standardisierten Prozess alle vier Jahre überarbeitet			
- Gefährdungs- und Verwundbarkeitsanalyse (Termin)	30.06.	-	-
- Überprüfung der strategischen Ausrichtung (Termin)	31.12.	-	-
- Überprüfung der Massnahmen und Instrumente (Termin)	-	31.12.	31.12.
Versorgungssicherung: Der Vorbereitungsstand der wirtschaftlichen Landesversorgung wird mit der Umsetzung von Massnahmen erhöht			
- Bewirtschaftungsmassnahmen im Energiebereich (% kumuliert)	80	90	90
- Erarbeitung spezifischer IKT-Minimalstandards für 16 kritische Teilsektoren bis 2025 (% kumuliert)	40	60	50
- Erweiterung Sortiment Pflichtlager Ernährung (% kumuliert)	25	40	35
- Versorgungssicherung mit lebenswichtigen Humanarzneimitteln (% kumuliert)	-	25	25
Pflichtlagerhaltung: Erstellung Bericht über die Pflichtlagerhaltung			
- Jährliche Berichterstattung der Aufsichtstätigkeit über die Garantiefonds der Pflichtlagerorganisationen (Termin)	28.02.	28.02.	28.02.

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Zu Abweichungen kam es im Bereich *Versorgungssicherung*: Geringe Verzögerungen gab es namentlich bei der Erarbeitung spezifischer *IKT-Minimalstandards für 16 kritische Teilsektoren* sowie bei den Arbeiten im Bereich Ernährung, *Erweiterung Sortiment Pflichtlager Ernährung*. Der Grund dafür ist, dass die notwendigen personellen Ressourcen des Milizkaders nicht im geplanten Ausmass für diese Arbeiten eingesetzt werden konnten.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	4 783	35	393	358	n.a.
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	216	35	170	134	381,9
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0113 Hochseeschifffahrt	4 567	-	224	224	-
Aufwand / Ausgaben	10 050	12 848	12 699	-150	-1,2
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	9 305	12 230	12 091	-140	-1,1
Abtretung		1 443			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		100			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		100			
Transferbereich					
LG 1: Versorgungssicherung					
A231.0416 Covid: Lagerhaltung Ethanol	465	468	468	0	0,0
A231.0439 Überwachung Stromversorgung	280	150	140	-10	-6,7

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	215 762	35 200	169 628	134 428	381,9

Der Funktionsertrag resultiert aus Bussengeldern, Sanktionen, Konventionalstrafen der Pflichtlagerhalter, der Auflösung von Rückstellung für Ferien- und Überzeitguthaben sowie der Parkplatzmieten der Mitarbeitenden. Der Unterschied gegenüber dem Voranschlagswert resultiert mehrheitlich aus dem Abbau von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben.

E150.0113 HOCHSEESCHIFFFAHRT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	4 567 127	–	223 517	223 517	–

Aus der Saldierung des Liquidationskontos der Gesellschaft SCL Helvetia AG ergaben sich übrige Einnahmen von 0,2 Millionen. Ab dem Voranschlag 2023 wurden keine Erlöse mehr aus der Hochseeschiffahrt budgetiert.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	9 305 118	12 230 118	12 090 525	-139 593	-1,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 642 518</i>			
Funktionsaufwand	9 305 118	12 230 118	12 090 525	-139 593	-1,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	9 305 118	12 230 118	12 090 525	-139 593	-1,1
Personalausgaben	6 841 021	7 808 300	7 783 782	-24 518	-0,3
Sach- und Betriebsausgaben	2 464 097	4 421 818	4 306 743	-115 075	-2,6
<i>davon Informatik</i>	<i>785 271</i>	<i>1 852 518</i>	<i>1 953 539</i>	<i>101 021</i>	<i>5,5</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>339 743</i>	<i>529 700</i>	<i>253 734</i>	<i>-275 966</i>	<i>-52,1</i>
Vollzeitstellen (Ø)	35	40	41	1	2,5

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen infolge Fluktuationen leicht unter dem Voranschlag. Demgegenüber nahmen sie, im Vergleich zum Vorjahr, um 1,0 Millionen zu. Zur Stärkung und Optimierung der Organisationstruktur (WL Reform) wurden für die Jahre 2023 und 2024 zusätzliche befristete und unbefristete Stellen bewilligt. Folglich nahm der Personalbestand des BWL im Vergleich zur Rechnung 2022 um durchschnittlich sechs Vollzeitstellen zu.

Sach- und Betriebsausgaben

Rund 76 Prozent der Informatiksachausgaben wurden für Projekte eingesetzt, die restlichen rund 24 Prozent für Betrieb und Wartung. Die Ausgaben in diesem Bereich nahmen gegenüber dem budgetierten Wert um 0,1 Millionen zu. Grund dafür ist hauptsächlich die Umsetzung der Übergangslösung des Gasmonitorings.

Die *Beratungsausgaben* von 0,3 Millionen fielen vor allem für die Entschädigung des Milizkaders sowie im Bereich der Marktsituation der Heilmittel an. Gegenüber dem Voranschlag ergaben sich Minderausgaben von 0,3 Millionen infolge geringerer Leistungsbezüge im Bereich der Kommunikation und für die Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes.

Bei den übrigen *Sach- und Betriebsausgaben* wurden 0,1 Millionen weniger ausgegeben, u.a. weil die Arbeiten zur Langfristlösung des Gasmonitoring nicht wie geplant umgesetzt werden konnten.

Kreditmutationen

- Abtretungen vom Eidgenössischen Personalamt von 0,2 Millionen für zusätzliche Pensionskassen-Sparbeiträge, für die berufliche Integration, für Hochschulpraktikanten, familienexterne Kinderbetreuung sowie für Lohnmassnahmen.
- Kreditabtretung vom GS-WBF von 1,3 Millionen für die Übergangslösung Gasmonitoring
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 0,1 Millionen aufgrund BRB «Änderung der Verordnung über Organisation zur wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich Gaswirtschaft»
- Kreditüberschreitung (Art. 33 Abs. 3 FHG) von 0,1 Millionen für die Verwendung zweckgebundener Reserven «Vorratshaltungsbericht»

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Bildung aus Rechnung 2022	–	100 000	100 000
Auflösung / Verwendung	–	-100 000	-100 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	100 000	100 000

Das BWL weist keine Reserven auf.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Gas-Monitoring (Langfristlösung) 100 000 Franken

Aufbau Monitoring Gas (VOWG): Der Bundesrat (BRB v. 10.05.2023; EXE Nr. 2023.0991) hat das BWL beauftragt ein Monitoringsystem aufzubauen, welches Informationen zur aktuellen Gas-Versorgungslage bereitstellt. Die im 2023 vorgesehenen Arbeiten haben sich verzögert, weshalb diese Kosten erst im 2024 anfallen werden. Dafür wird eine zweckgebundene Reserve von 0,1 Millionen beantragt.

A231.0416 COVID: LAGERHALTUNG ETHANOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	465 000	468 300	468 200	-100	0,0

Um bei einem erneuten Ausbruch einer Pandemie oder bei anderen Beeinträchtigungen die Landesversorgung mit Ethanol garantieren zu können, hat der Bund mit einem Dritten einen Vertrag zur Lagerung von 6000 Tonnen Ethanol in verschiedenen Qualitäten abgeschlossen. Für die Kosten des Sicherstellungsvertrags kommt der Bund auf.

Rechtsgrundlagen

Landesversorgungsgesetz vom 17.6.2016 (LVG; SR 531), Art. 38; V vom 10.5.2017 über die wirtschaftliche Landesversorgung (VWL, SR 531.11), Art. 10 Abs. 2.

Hinweise:

Verpflichtungskredit «Ethanol Sicherheitslager» (V0346.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0439 ÜBERWACHUNG STROMVERSORGUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	280 000	150 000	140 000	-10 000	-6,7

Gestützt auf Art. 60 des Landesversorgungsgesetzes (LVG) kann der Bundesrat öffentliche Aufgaben – bspw. im Bereich der Marktbeobachtung – an Organisationen der Wirtschaft übertragen. Damit das BWL die nötigen Informationen zur Überwachung der Versorgungslage im Strombereich erhält, wurde die nationale Netzgesellschaft Swissgrid beauftragt, ein nationales Monitoringsystem aufzubauen und zu betreiben. Für den Betrieb dieses Monitoringsystems sind jährliche Beiträge von 0,15 Millionen vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Landesversorgungsgesetz vom 17.6.2016 (LVG; SR 531), Art. 57 Abs. 1 und Art. 60 Abs. 1; V vom 10.5.2017 über die Organisation zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich der Elektrizitätswirtschaft (VOEW; SR 531.35), Art. 4.

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Gezielte Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus
- Förderung des Ausgleichs der unterschiedlichen Interessen von Mieterinnen und Mietern sowie Vermieterinnen und Vermietern
- Erarbeitung und Pflege von Richtlinien und Grundlagen sowie Unterstützung der Kantone und Gemeinden bei der Umsetzung von wohnungspolitischen Massnahmen
- Berücksichtigung des Querschnittsthemas «Wohnen» in den übrigen Aufgabenfeldern des Bundes

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	11,5	12,2	7,2	-4,3	-37,2
Laufende Ausgaben	21,5	17,6	15,4	-6,1	-28,3
Eigenausgaben	10,4	10,1	10,0	-0,4	-4,3
Transferausgaben	11,1	7,5	5,5	-5,6	-50,9
Selbstfinanzierung	-10,0	-5,4	-8,2	1,8	18,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-23,9	-16,5	-17,1	6,8	28,4
Jahresergebnis	-33,9	-21,9	-25,3	8,6	25,4
Investitionseinnahmen	29,3	39,1	28,5	-0,8	-2,8
Investitionsausgaben	20,9	28,2	26,7	5,8	27,5

KOMMENTAR

Die Einnahmen unterschritten den Vorjahreswert um 4,3 Millionen, was insbesondere auf die sehr hohen Rückzahlungen von Darlehen in den Vorjahren zurückzuführen ist. Die Investitionseinnahmen lagen um 0,8 Millionen unter dem Vorjahr. Die Eigenausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen ab. Die Ausgaben im Transferbereich sanken um 5,6 Millionen gegenüber der Rechnung 2022; dies hängt namentlich mit den auslaufenden Zusatzverbilligungen bei den Mietzinsen zusammen. Der Abschreibungsaufwand und die übrigen Bewertungsänderungen im Verwaltungsvermögen nahmen um 6,8 Millionen ab. Die Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger hat 2023 Emissionen über 296,2 Millionen getätigt. Im Gegenzug wurden Emissionen im Volumen von 256,7 Millionen zur Rückzahlung fällig. In der Folge wurde die Rückstellung des Bundes zur Abdeckung von Ausfallrisiken um rund 1,8 (im Vorjahr: 7,8) Millionen auf 42,2 Millionen aufgestockt. Die Investitionsausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Millionen auf 26,7 Millionen an.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Unterstützung der Rechtskommissionen von National- und Ständerat bei der Umsetzung von parlamentarischen Initiativen im Mietrecht (erreicht)
- Forschungsprogramm im Bereich Wohnungswesen: Verabschiedung Forschungsprogramm für die Periode 2024–2027 (erreicht)
- Taschenstatistik Gemeinnütziger Wohnungsbau: Publikation einer Taschenstatistik mit Daten zum gemeinnützigen Wohnungsbau (teilweise erreicht)

Nach Verzögerungen bei der grafischen Umsetzung beim BFS ist die Publikation der Taschenstatistik anfangs 2024 geplant.

LG1: WOHNUNGSWESEN

GRUNDAUFTRAG

Das BWO verbilligt im Rahmen des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG) Wohnungen für einkommensschwache Haushalte. Es unterstützt gemäss Wohnraumförderungsgesetz (WFG) den gemeinnützigen Wohnungsbau mit Finanzhilfen über landesweit tätige Organisationen. Es erarbeitet wohnungspolitische Entscheidungsgrundlagen sowie Richtlinien und Standards, die für kantonale und kommunale Massnahmen als Bezugsgrössen dienen. Mit Beratungsleistungen unterstützt das BWO schweizweit relevante Modellvorhaben. Das BWO fördert mit verschiedenen Plattformen die Koordination der wohnungspolitischen Massnahmen der drei Staatsebenen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,2	0,3	0,2	-0,1	-20,4
Aufwand und Investitionsausgaben	10,4	10,1	10,0	-0,1	-1,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Wohnraumförderung: Die Subventionen zur Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum werden zielgerichtet und effizient sowie vorschriftsgemäss ausgerichtet			
- WFG: Neu verbürgtes Anleihevolumen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger EGW (CHF, Mio.)	248,300	300,000	296,200
- WFG: Gesamtbestand von mit Darlehen geförderten Wohnungen (Anzahl)	18 912	21 790	19 614
- WEG: Anteil amtlich kontrollierter Mieten am Total der geförderten Liegenschaften (%; min.)	14	20	19
Mietrecht: Missbräuchliche Forderungen aus Mietverhältnissen werden durch geeignete mietrechtliche Regeln verhindert, und die unterschiedlichen Interessen von Vermietern und Mietern werden ausgeglichen (Ziel ohne Messgrösse)			

KOMMENTAR

Die Ziele wurden fast oder ganz erreicht. Zu geringfügigen Abweichungen kam es in den folgenden Bereichen:

Wohnraumförderung WFG: Das BWO verbürgt Anleihen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW). 2023 hat die EGW drei Anleihen im Umfang von 296,2 Millionen emittiert. Somit wurde das Ziel marginal unterschritten. Die Nachfrage nach Darlehen aus dem Fonds de roulement hat sich unter den Planwerten entwickelt. Aufgrund der Entwicklungen am Hypothekarmarkt ist allerdings festzustellen, dass die Nachfrage nach den zinsgünstigen Darlehen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat.

Wohnraumförderung WEG: Jährlich werden gesamtschweizerisch 1/5 aller dem WEG unterstellten Liegenschaften auf missbräuchliche Mietzinsen überprüft. Wegen des Auslaufens der Bundeshilfe ergeben sich geringfügige Abweichungen vom Soll-Wert.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	53 396	51 287	35 743	-15 545	-30,3
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	190	260	207	-53	-20,4
Transferbereich					
E130.0105 Rückerstattungen von Subventionen	1 830	3 303	1 434	-1 869	-56,6
E131.0102 Rückzahlung Vorschüsse und Darlehen	7 403	16 330	8 328	-8 002	-49,0
E131.0103 Rückzahlung Darlehen WBG	21 908	22 740	20 172	-2 568	-11,3
Finanzertrag					
E140.0105 Finanzertrag Darlehen und Beteiligungen	22 064	8 655	5 603	-3 052	-35,3
Aufwand / Ausgaben	78 967	62 268	59 278	-2 990	-4,8
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	10 430	10 096	9 974	-121	-1,2
Abtretung		83			
Transferbereich					
LG 1: Wohnungswesen					
A231.0236 Zusatzverbilligung Mietzinse	6 129	6 500	3 631	-2 869	-44,1
A235.0104 Förderung von gemeinnützigen Bauträgern	20 937	26 700	26 700	0	0,0
A235.0105 Garantieleistungen	7 798	3 124	3 124	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		694			
Finanzaufwand					
A240.0106 Finanzaufwand Darlehen und Beteiligungen	33 673	15 849	15 849	0	0,0
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		15 849			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	189 824	259 500	206 626	-52 874	-20,4

Der Funktionsertrag des BWO besteht aus drei Ertragskomponenten, nämlich aus Rückzahlungen bereits abgeschriebener Forderungen früherer Jahre, aus Gebühren für Amtshandlungen und schliesslich aus Mietzinseinnahmen aus der Vermietung der bundeseigenen Einstellhallenplätze an das Personal. Die Unterschreitung des Voranschlags 2023 im Umfang von rund 50 000 Franken ist insbesondere auf eine unterdurchschnittliche Rückzahlung von abgeschriebenen Forderungen aus früheren Jahren zurückzuführen. Budgetiert wurde gemäss bundesweiter Praxis der Durchschnittswert der Erträge der Jahre 2018–2021.

E130.0105 RÜCKERSTATTUNGEN VON SUBVENTIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 830 442	3 303 000	1 433 920	-1 869 080	-56,6

Unter dieser Finanzposition werden die Erträge aus der Rückerstattung von Bundesbeiträgen infolge von Verkauf mit Gewinn, Zweckentfremdung, Nichteinhalten der Subventionsbestimmungen sowie aus freiwilligen Rückzahlungen ausgewiesen. Die stark schwankenden Erträge liegen um rund 1,9 Millionen unter dem Voranschlag 2023. Budgetiert wurde gemäss bundesweiter Praxis der Durchschnitt der Erträge der Jahre 2018–2021.

Rechtsgrundlagen

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4.10.1974 (WEG; SR 843); BG vom 19.3.1965 über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus (AS 1966 433).

E131.0102 RÜCKZAHLUNG VORSCHÜSSE UND DARLEHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	7 402 953	16 330 000	8 327 768	-8 002 232	-49,0

Die Erträge auf dieser Finanzposition bestehen ausschliesslich aus Rückzahlungen und Amortisationen nach altrechtlichen Fördertatbeständen. Es handelt sich um Rückzahlungen von Darlehen zugunsten der gemeinnützigen Wohnbauträger und Amortisationszahlungen aus der Förderungsaktion von 1993 zur Abfederung der Folgen aus der damaligen Immobilienkrise sowie schliesslich aus der Rückzahlung von Grundverbilligungs-Vorschüssen für Mietwohnungen. Die Einnahmen liegen um 8,0 Millionen unter dem Voranschlag 2023. Budgetiert wurde gemäss bundesweiter Praxis der Durchschnitt der Erträge der Jahre 2018–2021.

Rechtsgrundlagen

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4.10.1974 (WEG; SR 843); BB vom 19.3.1993 über Finanzhilfen für die Förderung der Beschäftigung im Wohnungsbau und im landwirtschaftlichen Hochbau (AS 1993 1068).

E131.0103 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN WBG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	21 908 391	22 740 000	20 171 953	-2 568 047	-11,3

Auf dieser Finanzposition werden Rückzahlungen von Darlehen an Wohnbaugenossenschaften und von vor 1989 vergebenen Hypothekendarlehen an Professorinnen und Professoren der ETH verbucht. Die Erträge aus diesen Rückzahlungen liegen um rund 2,6 Millionen unter dem Voranschlag 2023. Budgetiert wurde gemäss bundesweiter Praxis der Jahresdurchschnitt der Erträge der Jahre 2018–2021.

Rechtsgrundlagen

Verordnung des WBF vom 19.5.2004 über Wohnbaugenossenschaften des Bundespersonals (SR 842.18); ETH-Gesetz vom 4.10.1991 Art. 40b Abs. 4 (SR 414.110); Verordnung betreffend die Überführung der Ruhegehaltsordnung der vor 1995 gewählten ETH-Professorinnen und -Professoren in die Pensionskasse des Bundes Publica (SR 414.146).

E140.0105 FINANZERTRAG DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	22 064 401	8 654 900	5 602 553	-3 052 347	-35,3
Laufende Einnahmen	9 480 452	8 654 900	5 580 968	-3 073 932	-35,5
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	12 583 949	-	21 585	21 585	-

Auf dieser Finanzposition werden die Erträge aus den Zinsen auf verschiedenen Darlehen und den Dividenden aus Beteiligungen im Bereich der Wohnbauförderung verbucht (Zinsertrag aus den Fonds-de-Roulement-Darlehen von Dachorganisationen der gemeinnützigen Bauträger, Zinsen von Darlehen an gemeinnützige Bauträger und Dividenden aus Beteiligungen, Zinsertrag von Darlehen an die Wohnbaugenossenschaften des Bundespersonals und Zinsertrag von Hypothekendarlehen an Professoren der ETH sowie Zinsertrag von rückzahlbaren Grundverbilligungs-Vorschüssen zur Verbilligung der Mietzinse gemäss WEG).

Die Erträge lagen insgesamt um rund 3 Millionen unter dem Voranschlag 2023. Budgetiert wurde gemäss bundesweiter Praxis der Jahresdurchschnitt der Erträge der Jahre 2018–2021.

Rechtsgrundlagen

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4.10.1974 (WEG; SR 843); ETH-Gesetz vom 4.10.1991 Art. 40b Abs. 4 (SR 414.110).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	10 429 534	10 095 600	9 974 491	-121 109	-1,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		82 800			
Funktionsaufwand	10 429 534	10 095 600	9 974 491	-121 109	-1,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	10 429 534	10 095 600	9 974 491	-121 109	-1,2
Personalausgaben	5 682 259	6 037 400	5 683 145	-354 255	-5,9
Sach- und Betriebsausgaben	4 747 275	4 058 200	4 291 346	233 146	5,7
<i>davon Informatik</i>	945 931	766 800	681 031	-85 769	-11,2
<i>davon Beratung</i>	898 140	933 800	925 064	-8 736	-0,9
Vollzeitstellen (Ø)	29	31	27	-4	-12,9

Personalaufwand und Vollzeitäquivalente

Der Personalaufwand im BWO lag im Rechnungsjahr um rund 0,35 Millionen oder 5,9 Prozent unter dem Niveau des Budgets 2023. Entsprechend lag der Bestand an Vollzeitstellen um 4 FTE unter demjenigen des Voranschlags 2023. Verzögerungen bei Stellenbesetzungen führten zu einem rückläufigen Personalbestand. Infolge einer Langzeitabsenz musste eine Person befristet angestellt werden.

Sach- und Betriebsaufwand

Der *Informatiksachaufwand* von 0,7 Millionen unterschritt das Budget 2023 um gut 11 Prozent. Es wurden weniger Mittel für den Betrieb und die Wartung ausgegeben. Das Informatikprojekt Wohnungsbewertungssystem «WBS Digital» konnte infolge einer Langzeitabsenz nicht fristgerecht weiterverfolgt werden. Das Projekt wurde 2022 gestartet und dauert voraussichtlich bis Ende 2027. Es handelt sich um eine Planstandardisierung und Automatisierung der Bewertung nach dem Wohnungsbewertungssystem WBS im Gesamtumfang von ca. 3,75 Millionen.

Der *Beratungsaufwand* entfällt im Wesentlichen auf die Wohnungsmarkt- und Bauforschung sowie auf Modellvorhaben für eine nachhaltige Raumentwicklung; er blieb in etwa konstant.

Vom *übrigen Sach- und Betriebsaufwand* des BWO entfallen rund 1,9 Millionen auf externe Dienstleistungen, was 0,3 Millionen über dem ursprünglich budgetierten Betrag liegt und zur Abgeltung von Negativzinsen beim Fonds de Roulement gebraucht wurde. Etwa 0,5 Millionen entfallen auf die Mieten und Pachten. Letztere Ausgaben entsprechen dem Budgetbetrag.

Kreditmutationen

— Abtretung des EPA von 82 800 Franken für Sozialleistungen

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Bildung aus Rechnung 2022	616 848	237 318	854 166
Endbestand per 31.12.2023	616 848	237 318	854 166
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	120 000	120 000

Reservenbestand

Das BWO verfügt per Ende 2023 über Reserven von 854 166 Franken.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es werden zweckgebundene Reserven von 120 000 Franken für das Projekt «WBS Digital» beantragt. Das Projekt wurde im Februar 2022 gestartet und hat eine Laufzeit bis Dezember 2027. Aufgrund einer Langzeitabsenz gab es zeitliche Verzögerungen beim Projekt.

A231.0236 ZUSATZVERBILLIGUNG MIETZINSE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 129 228	6 500 000	3 631 286	-2 868 714	-44,1

Mit den Zusatzverbilligungen (ZV) für die Mietzinsen bzw. für die Eigentümerlasten werden bestimmte Bevölkerungskreise mit A-fonds-perdu-Beiträgen des Bundes bei den Wohnkosten finanziell entlastet. Anrecht auf Zusatzverbilligungen I (ZV I) haben Haushalte mit beschränkten Einkommen; von den Zusatzverbilligungen II (ZV II) profitieren Betagte, Invalide und pflegebedürftige Personen. Seit Beginn 2002 werden keine neuen Leistungen nach dem WEG mehr zugesprochen. Es handelt sich vielmehr bei diesen Finanzhilfen um die Einlösung von altrechtlichen Verpflichtungen des Bundes mit Laufzeiten von bis zu 21 (ZV I) respektive 25 Jahren (ZV II). Aus diesem Grunde nehmen die Bundesausgaben langfristig sukzessive ab.

Die Ausgaben fielen rund 2,9 Millionen niedriger aus als im Voranschlag 2023 budgetiert. Damit lagen die Aufwendungen für die Zusatzverbilligungen um etwa 2,5 Millionen unter den in der Rechnung 2022 ausgewiesenen Beträgen, was den langfristig deutlich abnehmenden Trend der Ausgaben auf diesem Kredit bestätigt.

Rechtsgrundlagen

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4.10.1974 (WEG; SR 843), Art. 35 Abs. 2 und Art. 42.

Hinweise

Rahmenkredit für nicht rückzahlbare Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung (V0087.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A235.0104 FÖRDERUNG VON GEMEINNÜTZIGEN BAUTRÄGERN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	20 937 000	26 700 000	26 700 000	0	0,0

Auf diesem Kredit werden die Ausgaben für Darlehen des Bundes an die Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum budgetiert. Dabei werden Einlagen des Bundes in den von den Dachverbänden treuhänderisch verwalteten Fonds de Roulement einbezahlt. Aus dem Fonds werden den gemeinnützigen Bauträgern zinsgünstige Darlehen gewährt. Die Gelder dienen der Rest- oder Überbrückungsfinanzierung bei der Erstellung, Erneuerung und dem Erwerb von preisgünstigen Liegenschaften oder auch dem Erwerb von Baugrundstücken. Die Rückzahlungsbeträge fliessen in den Fonds de Roulement zurück. Die Zinserträge werden unter der Finanzposition E140.0105 «Finanzertrag Darlehen und Beteiligungen» vereinnahmt.

Am 9. Februar 2020 haben Volk und Stände die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» abgelehnt, womit der vom Parlament als indirekter Gegenvorschlag konzipierte Bundesbeschluss in Kraft trat. Dieser sieht eine Aufstockung des Fonds de Roulement im Umfang von 250 Millionen Franken über die Jahre 2020 bis 2029 vor. Die Ausgaben im Rechnungsjahr entsprechen dem Voranschlag. Per Ende 2023 verfügte der Fonds über eine Liquidität von 219,1 Millionen; davon waren 76,7 Millionen für Bauprojekte verpflichtet.

Rechtsgrundlagen

Wohnraumförderungsgesetz vom 21.3.2003 (WFG, SR 842), Art. 43

Hinweise

Rahmenkredit «Wohnraumförderung; rückzahlbare Darlehen und Beteiligungen» (V0130.05) siehe Band 1B, Ziffer B 1.; Vgl. E140.0105 Finanzertrag Darlehen und Beteiligungen.

A235.0105 GARANTIELEISTUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	7 798 455	3 123 839	3 123 838	-1	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>693 839</i>			
Laufende Ausgaben	4 966 000	980 000	1 818 900	838 900	85,6
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	2 832 455	693 839	1 304 938	611 099	88,1
Investitionsausgaben	-	1 450 000	-	-1 450 000	-100,0

Dieser Kredit umfasst erstens die Ausgaben für die Honorierung von Forderungen aus altrechtlichen Bürgschaften des Bundes gegenüber Kreditinstituten nach der Zwangsverwertung einer Liegenschaft. Zweitens würden auf diesem Kredit die Kosten verbucht, die aus der Vergabe von Darlehen nach WFG durch die Emissionszentrale der gemeinnützigen Wohnbauträger (EGW) resultieren. Solche Kosten entstehen, wenn die Einlösung von Anleihensquoten bevorsteht und eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Bauträger seiner Rückzahlungspflicht nicht nachkommen kann. In diesem Fall wird die Garantie gegenüber der EGW fällig und die noch nicht definitiv abgeschriebenen Forderungen gegenüber dem Bauträger werden von der EGW an den Bund zediert (bisher ist dieser Fall jedoch noch nie eingetreten). Schliesslich werden auch Korrekturen der Rückstellung des Bundes zur Absicherung des Ausfallrisikos bei den EGW-Anleihensquoten auf diesem Kredit verbucht.

Der Bund musste 2023 keine Zahlungen aus altrechtlichen Forderungen leisten. Hingegen wurde die Rückstellung des Bundes zur Abdeckung von Ausfallrisiken bei Bürgschaften angepasst: Aufgrund von drei Neuemissionen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger in der Höhe von 296,2 Millionen sowie Rückzahlungen von 256,7 Millionen und unter Berücksichtigung der längeren durchschnittlichen Laufzeit der ausstehenden Emissionen um rund 1,8 Millionen nach oben korrigiert. Die Wertberichtigung von 1,3 Millionen entspricht einer Abschreibung altrechtlicher Sanierungsdarlehen des Bundes an die EGW.

Die Rückstellung beläuft sich per Ende 2023 auf rund 42,2 Millionen. Die Summe der ausstehenden Anleihen der EGW beträgt rund 3933 Millionen.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 693 839 Franken aufgrund der Neubewertung des Ausfallrisikos bei Bürgschaften.

Rechtsgrundlagen

Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4.10.1974 (WEG; SR 843); Art. 51, Bundesgesetz vom 21.3.2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, SR 842), Art. 35.

Hinweise

Rahmenkredite für Bürgschaften und Schuldverpflichtungen für die Wohnbau- und Eigentumsförderung und für die Wohnraumförderung (V0087.04, V0130.02, V0130.03, V0130.04, V0130.06), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A240.0106 FINANZAUFWAND DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	33 673 216	15 848 876	15 848 876	0	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>15 848 876</i>			

Dieser Kredit umfasst die Ausgaben für Ausfälle auf altrechtlichen Verpflichtungen nach WEG (Darlehen an gemeinnützige Wohnbauträger und rückzahlbare Grundverbilligungsvorschüsse), Ausfälle bei Darlehensrückzahlungen an den Fonds de Roulement sowie für Bewertungskorrekturen auf ausstehenden Darlehen und Beteiligungen. Der Aufwand wird aufgrund einer jährlichen Risikobewertung nach standardisierten Vorgaben durch eine externe Treuhandfirma berechnet. 2023 ergab sich ein Aufwand von 15,9 Millionen. Er setzt sich zusammen aus effektiven Ausfällen von 1 589 798 Franken auf Grundverbilligungsvorschüssen sowie aus Bewertungskorrekturen von insgesamt 14,3 Millionen.

Per Ende 2023 betrug der Darlehensbestand in der Bilanz des BWO noch 1070 Millionen (Ende 2022: 1074 Mio.). Davon entfielen 644 Millionen auf den Fonds de Roulement, 96 Millionen auf treuhänderisch verwaltete Darlehen der Publica an Wohnbaugenossenschaften und 330 Millionen auf altrechtliche Darlehen (darunter noch 1,1 Millionen auf Grundverbilligungsvorschüsse).

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 15 848 876 Franken für eine Wertberichtigung auf den Darlehen und Beteiligungen.

Hinweise

Vgl. Ertragsposition E140.0105, Finanzertrag Darlehen und Beteiligungen.

WETTBEWERBSKOMMISSION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Bekämpfung harter Kartelle und anderer Wettbewerbsbeschränkungen zur Minderung schädlicher Auswirkungen auf Volkswirtschaft und Gesellschaft
- Abbau von Behinderungen bei Parallelimporten
- Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	126,3	11,1	25,4	-100,9	-79,9
Laufende Ausgaben	15,7	15,8	15,7	0,0	-0,2
Eigenausgaben	15,7	15,8	15,7	0,0	-0,2
Selbstfinanzierung	110,5	-4,7	9,6	-100,9	-91,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	–	0,0	0,0	51,9
Jahresergebnis	110,5	-4,7	9,6	-100,9	-91,3
Investitionsausgaben	0,1	–	–	-0,1	-100,0

KOMMENTAR

Die ordentlichen Einnahmen der WEKO beinhalten die Verfahrenskosten sowie die Sanktionen und Bussen. Die Einnahmen hängen von der Anzahl rechtskräftig abgeschlossener Untersuchungen sowie von der Höhe allfälliger Sanktionen ab. Im letzten Jahr wurden direkt keine Sanktionen ausgesprochen; die vereinnahmten Mittel stammen aus Verfahren der Eidg. Gerichte, welche rechtskräftig wurden. Insgesamt wurden 25,4 Millionen vereinnahmt. Dies teilt sich auf Verfahrenskosten von 1,9 Millionen und 23,6 Millionen Sanktionen auf.

Ausserordentliche Einnahmen aus Sanktionen und Bussen von mindestens 10 Millionen pro Fall werden ausserhalb des Globalbudgets ausgewiesen, da die Höhe der Busse sowie der Zeitpunkt des Abschlusses und der Ausgang des Verfahrens nicht zuverlässig abgeschätzt werden können. Im Jahr 2023 wurden keine entsprechenden Verfahren rechtskräftig.

Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben.

LG1: WETTBEWERB

GRUNDAUFTRAG

Die WEKO und ihr Sekretariat fördern und schützen den Wettbewerb im Interesse einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung. Sie verhindern unzulässige Abreden, unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen, wettbewerbsverhindernde Zusammenschlüsse sowie wettbewerbshemmende Regulierungen. Sie fördern die berufliche Mobilität und den freien Wirtschaftsverkehr im Binnenmarkt Schweiz und intervenieren gegen marktzugangsbeschränkende Regulierungen im kantonalen und kommunalen Recht. Sie beraten und stehen in Kontakt mit Unternehmen, Behörden, Amtsstellen, Konsumentinnen und Konsumenten sowie Gerichten.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,0	2,6	1,8	-0,8	-30,0
Aufwand und Investitionsausgaben	15,8	15,8	15,8	0,0	-0,1

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Wettbewerbsverstösse: Untersuchungen bei unzulässigen Wettbewerbsabreden und unzulässigen Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen werden formell korrekt durchgeführt (Ziel ohne Messgrösse)			
Kontrolle von Zusammenschlüssen: Zusammenschlüsse werden fristgerecht, formell korrekt und sachgerecht geprüft (Ziel ohne Messgrösse)			

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

Wettbewerbsverstösse: Die WEKO hat im Jahr 2023 insgesamt 25 Untersuchungen gegen Wettbewerbsverstösse durchgeführt: Sieben Untersuchungen wurden 2023 neu eröffnet, zwei Untersuchungen konnten abgeschlossen werden. In diesen abgeschlossenen Untersuchungen (Netzbaustrategie Swisscom und Deponie Höli Liestal AG) hat die WEKO Sanktionen ausgesprochen.

Kontrolle von Zusammenschlüssen: Die WEKO hat 33 Zusammenschlussverfahren geprüft. In zwei dieser Fälle war eine vertiefte Prüfung angezeigt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	126 272	11 097	25 439	14 342	129,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	1 986	2 641	1 849	-792	-30,0
E102.0111 Einnahmen aus Sanktionen und Bussen	12 766	8 456	23 590	15 134	179,0
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0105 a.o. Ertrag Bussen	111 520	-	-	-	-
Aufwand / Ausgaben	15 846	15 825	15 812	-13	-0,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	15 846	15 825	15 812	-13	-0,1
Kreditverschiebung		-29			
Abtretung		372			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 985 687	2 641 000	1 849 068	-791 932	-30,0

Der Funktionsertrag umfasst Gebühren für Verfügungen über die Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen, für die Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen sowie für Gutachten und sonstige Dienstleistungen.

Die Höhe der Gebühren ist schwer abschätzbar, da die Wahrscheinlichkeit, dass der Rechtsweg beschritten wird, nicht zuverlässig vorausgesagt werden kann. Es wurde daher als Voranschlagswert 2023 der Durchschnitt aus den Rechnungsjahren 2018–2021 verwendet. Die Einnahmen aus Gebühren fielen im Berichtsjahr etwas tiefer aus als budgetiert (-0,8 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Kartellgesetz vom 6.10.1995 (KG; SR 257), Art. 53a; KG-Gebührenverordnung vom 25.2.1998 (GebV-KG; SR 257.2); KG-Sanktionsverordnung vom 12.3.2004 (SVKG; SR 257.5).

E102.0111 EINNAHMEN AUS SANKTIONEN UND BUSSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	12 766 446	8 455 900	23 590 217	15 134 317	179,0

Die Höhe der Einnahmen aus Bussen, Sanktionen und Konventionalstrafen ist schwer abschätzbar. In der Budgetierung wurde daher der Durchschnitt der Rechnungen der Jahre 2018 bis 2021 verwendet.

Im Berichtsjahr wurden zwei Untersuchungen abgeschlossen; dies ist eine Untersuchung mehr als im Vorjahr. Der budgetierte Wert wurde deutlich überschritten (15,1 Mio.). Dies ist insbesondere auf den Abschluss von bisher hängigen Fällen am Bundesverwaltungsgericht zurückzuführen, in welchen im Anschluss Sanktionen zur Zahlung fällig wurden.

Rechtsgrundlagen

Kartellgesetz vom 6.10.1995 (KG; SR 257); KG-Sanktionsverordnung vom 12.3.2004 (SVKG; SR 257.5).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	15 845 557	15 824 800	15 811 946	-12 854	-0,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>343 700</i>			
Funktionsaufwand	15 779 463	15 824 800	15 811 946	-12 854	-0,1
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	15 734 833	15 824 800	15 790 481	-34 319	-0,2
Personalausgaben	12 604 194	13 276 300	13 220 578	-55 722	-0,4
Sach- und Betriebsausgaben	3 130 639	2 548 500	2 569 903	21 403	0,8
<i>davon Informatik</i>	<i>829 558</i>	<i>796 900</i>	<i>631 295</i>	<i>-165 605</i>	<i>-20,8</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>13 040</i>	<i>42 800</i>	<i>1 530</i>	<i>-41 270</i>	<i>-96,4</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	44 630	-	21 464	21 464	-
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	66 094	-	-	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	63	63	64	1	1,6

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Auf die Personalkosten sowie die darin enthaltenen Vergütungen an Kommissionsmitglieder entfielen rund 83,6 Prozent des Gesamtaufwands (13,2 Mio.). Durch Kreditmutationen (Abtretungen aus dem Globalkredit des EPA) stiegen die für Personal zur Verfügung stehenden Mittel im Vollzug 2023 um rund 0,4 Millionen an. Aus diesen Mitteln wurden unter anderem die Anstellung von Hochschulpraktikanten sowie Arbeitgeberbeiträge finanziert.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben entwickelten sich wie geplant. Insbesondere die Parteientschädigungen – welche aus Verfahren der Eidg. Gerichte fällig wurden – haben die Rechnung 2023 mit insgesamt 0,9 Mio. belastet.

Investitionsausgaben

Im Jahr 2023 wurden keine Investitionen getätigt.

Kreditmutationen

- Abtretung des EPA im Umfang von 372 400 Franken für die Finanzierung von befristeten Anstellungen (Hochschulpraktikanten) und für den Ausgleich in den Arbeitgeberbeiträgen (Sparbeiträge).
- Kreditverschiebung an das fedpol von 28 700 Franken zur Finanzierung der Aufwände der Bundeskriminalpolizei.

Reserven

Die Verwaltungseinheit weist keine Reserven auf.

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENTST

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Klärung der Einordnung des zivilen Ersatzdienstes in der Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	35,0	35,4	37,9	2,9	8,2
Laufende Ausgaben	40,3	43,4	41,1	0,7	1,9
Eigenausgaben	36,9	39,8	37,6	0,6	1,7
Transferausgaben	3,4	3,5	3,5	0,1	3,1
Selbstfinanzierung	-5,3	-8,0	-3,2	2,1	40,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1,5	–	0,4	1,9	126,8
Jahresergebnis	-6,8	-8,0	-2,8	4,0	58,9
Investitionsausgaben	–	–	1,4	1,4	–

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen (37,9 Mio.) bestehen zum Grossteil aus den Abgaben der Einsatzbetriebe an den Bund als Gegenleistung für die erhaltene Arbeitskraft. Gegenüber dem Vorjahr resultieren um 2,9 Millionen oder 8,2 Prozent höhere Einnahmen, insbesondere aufgrund einer höheren Anzahl Dienstage.

Die Eigenausgaben sind leicht höher ausgefallen als im Vorjahr (+0,6 Mio.). Der Personalaufwand erhöhte sich um 0,5 Millionen (Projekt «Neue Fachanwendung ZIVI»). Die Eigenausgaben umfassen 91 Prozent der laufenden Ausgaben.

Die Transferausgaben entsprechen 8,5 Prozent der Ausgaben und liegen mit 3,5 Millionen etwas höher als die Ausgaben des Vorjahres (+0,1 Mio.). Mit der Subvention «Entschädigungen an Einsatzbetriebe» werden Projekte unterstützt, bei welchen Zivildienstpflichtige eingesetzt werden. Die Unterstützung erfolgt in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege und Kulturgütererhaltung.

Die seit August 2023 anfallenden Investitionsausgaben für das Projekt «Neue Fachanwendung ZIVI» belaufen sich auf 1,4 Millionen. Zusätzlich wurden Eigenleistungen in Höhe von 0,4 Millionen erbracht, diese sind in der laufenden Rechnung als Bewertungsänderung dargestellt.

Durch die höheren Einnahmen steigt die Selbstfinanzierung auf -3,2 Millionen. Nach Abzug der Bewertungsänderungen aus den Investitionsausgaben resultiert ein Jahresergebnis von -2,8 Millionen.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems I: Antragstellung an den Bundesrat zur Vernehmlassungsvorlage Änderung ZDG (teilweise erreicht)
Das federführende VBS plant die Antragstellung an den BR zur Änderung von MG, BZG und ZDG zur Umsetzung des Auftrags vom 30.06.2021 für April 2024.
- Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems II: Erreichen der im Projektauftrag des VBS definierten Meilensteine (teilweise erreicht)
Als «teilweise erreicht» beurteilt, weil das federführende VBS verschiedenen Anträgen des ZIVI zum Vorgehen nicht entsprochen hat.
- Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems III: Umsetzung der Empfehlungen 1 und 4 EFK-20542 (teilweise erreicht)
Empfehlung 1 wurde nicht erreicht. Der Lead ist beim VBS, das ZIVI hat keinen Einfluss auf den Arbeitsfortschritt. Empfehlung 4 wurde erreicht. Die Kommunikation durch SVS wird Anfang 2024 erfolgen.
- Pilot mit versuchsweisen Einsätzen von Zivildienstpflichtigen zur Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen: Berichterstattung über Durchführung und Evaluation von 100 Piloteinsätzen und Bundesratsbeschluss über das weitere Vorgehen (erreicht)
- Digitale Transformation ZIVI: Entscheid Abschluss Phase Konzept und Entscheid Freigabe Phase Realisierung (erreicht)

LG1: VOLLZUG ZIVILDIENTST

GRUNDAUFTRAG

Das ZIVI vollzieht den Zivildienst nach Artikel 59 der Bundesverfassung. Der Zivildienst ermöglicht Personen, die aus Gewissensgründen nicht Militärdienst leisten können, die Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Pflicht mit einer persönlichen Dienstleistung. Wer Zivildienst leistet, erbringt gemeinnützige zivile Arbeitsleistungen im öffentlichen Interesse, für die Ressourcen fehlen oder nicht genügen. Der Zivildienst leistet gemäss Artikel 3a Zivildienstgesetz Beiträge, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, insbesondere die Situation Betreuungs-, Hilfe- und Pflegebedürftiger zu verbessern; friedensfähige Strukturen aufzubauen und Gewaltpotenziale zu reduzieren; die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu erhalten sowie die nachhaltige Entwicklung zu fördern; das kulturelle Erbe zu erhalten; die schulische Bildung und Erziehung zu unterstützen. Er leistet Beiträge im Rahmen der Aufgaben des Sicherheitsverbundes Schweiz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	35,1	35,4	38,3	2,9	8,3
Aufwand und Investitionsausgaben	38,5	39,8	38,9	-0,9	-2,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Zivildienstleistende: Die Zivildienstpflichtigen nehmen ihre Pflichten wahr			
- Anteil der ordentlich entlassenen Zivildienstpflichtigen, die bei ihrer Entlassung alle Dienstage geleistet haben (% min.)	97	97	97
Einsatzbetriebe: Die Einsatzbetriebe nehmen ihr Pflichten wahr			
- Anteil der Inspektionen mit schweren Beanstandungen (% max.)	1,8	3,0	5,3
Ausbildung: Die Qualität der einsatzspezifischen Ausbildungskurse ist hoch			
- Beurteilung der externen Kursanbieter im Rahmen von Audits (Skala 1-6)	5,0	5,1	5,1
- Beurteilung durch die Zivildienstpflichtigen nach dem Kursende (Skala 1-6)	5,2	5,0	4,9
Einsätze: Die Zivildienstesätze stiften Nutzen für die Einsatzbetriebe			
- Jährliche Beurteilung durch die Einsatzbetriebe (Skala 1-6)	4,6	5,0	4,5
Leistungserbringung: Die Wirtschaftlichkeit wird kontinuierlich verbessert			
- Nettokosten pro Dienstag (CHF, max.)	2,00	1,55	0,35
- Geleistete Dienstage pro Vollzeitäquivalent (Anzahl, min.)	14 576	14 600	15 378

KOMMENTAR

Einsatzbetriebe: Die Inspektionen werden nach einem überarbeiteten Konzept durchgeführt. Das Konzept sieht verstärkt risikoorientierte Inspektionen sowie eine einheitlichere Erfassung vor. Der hohe Anteil schwerer Beanstandungen ist auch auf diese Anpassungen zurückzuführen. Das ZIVI spricht je nach Art der Beanstandung Ermahnungen und Verwarnungen aus. Es überprüft, ob die festgestellten Mängel behoben werden. In gravierenden Fällen verfügt es Einsatzabbrüche oder den Widerruf der Anerkennung als Einsatzbetrieb.

Ausbildung: Die Beurteilung durch die Zivildienstpflichtigen ist leicht kritischer, ohne dass dies an objektiven Veränderungen festgemacht werden kann. Die Kursqualität wird zwischen dem ZIVI und den Kursanbietenden (beauftragte Drittorganisationen) laufend thematisiert, auch in Bezug auf Verbesserungspotential.

Einsätze: Die Beurteilung ist unterschiedlich (Tätigkeitsbereiche; Sprachregionen). Da es keine klaren Korrelationen zwischen Nettonutzen und anderen Faktoren gibt, es ist schwierig, Massnahmen zu definieren, die den Wert deutlich steigern können.

Leistungserbringung: Die Nettokosten pro Dienstag sind vorwiegend aufgrund von höheren Einnahmen (mehr Dienstage) gesunken. Gleichzeitig ist der Verwaltungsaufwand für den Vollzug wirtschaftlicher ausgefallen. Mit dem Voranschlag 2024 erfolgt eine Umstellung auf den Ausweis von Bruttokosten pro Dienstag.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	35 057	35 366	38 291	2 925	8,3
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	35 057	35 366	38 291	2 925	8,3
Aufwand / Ausgaben	41 868	43 369	42 444	-925	-2,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	38 478	39 839	38 947	-892	-2,2
Kreditverschiebung		-6			
Abtretung		174			
Transferbereich					
LG 1: Vollzug Zivildienst					
A231.0238 Entschädigungen an Einsatzbetriebe	3 390	3 530	3 497	-33	-0,9

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	35 056 753	35 366 100	38 291 223	2 925 123	8,3
Laufende Einnahmen	35 056 753	35 366 100	37 895 519	2 529 419	7,2
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	–	–	395 704	395 704	–

Der Funktionsertrag besteht zum Grossteil aus der Abgabe der Einsatzbetriebe an den Bund als Gegenleistung für die erhaltene Arbeitskraft. Zudem werden auf dieser Position kleinere Einnahmen, wie beispielsweise Einnahmen aus Bussen, die Zivildienstpflichtigen aufgrund disziplinarischer Verstösse auferlegt werden, verbucht. Auch diese Einnahmen fliessen in die allgemeine Bundeskasse. Gegenüber dem Voranschlag resultierte im Rechnungsjahr ein um 8,3 Prozent oder 2,9 Millionen höherer Ertrag. Ausschlaggebend dafür war der Umstand, dass die Anzahl geleisteter Dienstage um 4 Prozent höher lag als prognostiziert (63 000 Dienstage mehr als im Voranschlag angenommen) und die durchschnittlichen Einnahmen pro Dienstag mit 21,28 Franken um 65 Rappen höher lagen als im Voranschlag 2023 erwartet.

Rechtsgrundlagen

Zivildienstgesetz vom 6.10.1995 (ZDG; SR 824.0), Art. 46; Zivildienstverordnung vom 11.9.1996 (ZDV; SR 824.01), Anhang 2a.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	38 478 182	39 838 500	38 946 786	-891 714	-2,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>168 500</i>			
Funktionsaufwand	38 478 182	39 838 500	37 594 470	-2 244 030	-5,6
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	37 001 893	39 838 500	37 594 470	-2 244 030	-5,6
Personalausgaben	16 667 102	16 776 000	17 220 359	444 359	2,6
Sach- und Betriebsausgaben	20 334 792	23 062 500	20 374 111	-2 688 389	-11,7
<i>davon Informatik</i>	<i>4 840 094</i>	<i>6 299 500</i>	<i>4 663 869</i>	<i>-1 635 631</i>	<i>-26,0</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>172 191</i>	<i>155 800</i>	<i>110 635</i>	<i>-45 165</i>	<i>-29,0</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 476 289	-	-	-	-
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	1 352 317	1 352 317	-
Vollzeitstellen (Ø)	118	120	119	-1	-0,8

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die durchschnittliche Anzahl Vollzeitstellen liegt mit 119 FTE leicht unter den budgetierten 120 FTE. Der Personalaufwand hingegen liegt 2,6 Prozent über dem Planwert. Die Gründe für den Mehraufwand liegen im Projekt «Neue Fachanwendung», für welches Personen mit höheren Lohnklassen benötigt werden.

Sach- und Betriebsausgaben

Insgesamt resultieren in den Sach- und Betriebsausgaben gegenüber dem Voranschlag Minderausgaben von 2,7 Millionen.

Die *Informatikausgaben* von 4,7 Millionen fielen gesamthaft um 1,6 Millionen tiefer aus als geplant. Von den ursprünglich budgetierten Informatiksachausgaben wurden zudem 1,3 Millionen für Investitionen eingesetzt (s. unten). Minderausgaben resultierten zudem aus einer reduzierten Weiterentwicklung der bestehenden Fachanwendung E-ZIVI sowie aus einer zeitlichen Verzögerung im Phasenablauf des Projekts «Neue Fachanwendung ZIVI» (-0,3 Mio.; die im Projektauftrag vorgegebene Terminierung für die Betriebsaufnahme ist nicht betroffen).

Die *Beratungsausgaben* lagen 45 000 Franken unter dem budgetierten Wert. Es wurden unter anderem externe Mandate vergeben für eine Studie im Rahmen des Pilotprojektes ambulante Betreuung sowie Care Dienstleistungen. Verglichen mit den Personalausgaben betragen die Beratungsausgaben 0,6 Prozent.

Von den *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* (15,6 Mio.) entfielen 10,7 Millionen auf Aufwendungen für die Ausbildung von Zivildienstpflichtigen sowie 1,3 Millionen auf ÖV-Entschädigungen für die Zivildienstpflichtigen im Einsatz. Der Rest entfiel auf Positionen wie Post- und Versandkosten, Bürobedarf und Spesen.

Abschreibungsaufwand

Der Abschreibungsaufwand umfasst die jährlich wiederkehrende Abschreibung der Fachapplikation E-ZIVI. Diese wurde mit der Staatsrechnung 2022 vollumfänglich abgeschrieben.

Die Investitionsausgaben im Umfang von 1,3 Millionen wurden für das Projekte «Neue Fachanwendung ZIVI» eingesetzt. Diese Ausgaben wurden als Informatikausgaben budgetiert., weil zu diesem Zeitpunkt keine genaue Aussage über die genaue Höhe gemacht werden konnte (s. Informatikausgaben).

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 174 000 Franken für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten, die berufliche Integration und familienergänzende Kinderbetreuung
- Kreditverschiebung ans BIT von 5 500 Franken

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	700 745	1 100 000	1 800 745
Bildung aus Rechnung 2022	–	900 000	900 000
Endbestand per 31.12.2023	700 745	2 000 000	2 700 745
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	800 000	800 000

Reservenbestand

Es besteht eine allgemeine Reserve in der Höhe von 0,7 Millionen. Diese wurde nicht verwendet. Darüber hinaus besteht eine Reserve in der Höhe von 2 Millionen für das Projekt «Neue Fachanwendung ZIVI».

Antrag zur Bildung neuer Reserven

- Campus Schwarzsee: 100 000 Franken:
- Organisatorische und bauliche Massnahmen zur Verhinderung und Behebung von Sachbeschädigungen haben sich aufgrund der Klärung der Rechtslage (Haftung) verzögert.
- Digitalisierungsprojekte: 700 000 Franken:
- In der übergeordneten Projektplanung des Bundes verzögerte sich die Einführung von CEBA. In Abhängigkeit davon konnte das Amtsprojekt für Microsoft 365 nicht wie geplant im 2023 gestartet werden. Die erwarteten Kosten fürs 2023 belaufen sich auf 50 000 Franken.
- Beim Projekt Robotic Process Automation RPA verzögerte sich die WTO Beschaffung der Technologie auf Stufe Bund, wodurch der Bezug als Marktleistung beim BIT im 2023 nicht mehr möglich war. Das ZIVI plante fürs 2023 eine Erweiterung der Prozessautomatisierung in der Höhe von 150 000 Franken.
- Beim Projekt Datenmanagement benötigten die Konzeptabklärungen mehr Zeit. Entsprechend verzögert sich der Start der Umsetzung ins 2024. Für die ersten Umsetzungsarbeiten im 2023 plante das ZIVI Mittel in der Höhe von 400 000 Franken.
- Aufgrund von zusätzlichen rechtlichen und technischen Abklärungen konnte der mit 100 000 Franken geplante Proof of Concept PoC beim Projekt «Wissensmanagement» nicht realisiert werden.

A231.0238 ENTSCHÄDIGUNGEN AN EINSATZBETRIEBE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 390 168	3 530 400	3 496 941	-33 459	-0,9

Damit in den Tätigkeitsbereichen «Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege und Wald» sowie «Kulturgütererhaltung» die für den Vollzug notwendigen Einsätze erfolgen können, kann der Bund ausnahmsweise Entschädigungen an Einsatzbetriebe leisten (Art. 47 ZDG). Im Rechnungsjahr gingen die Mittel an 17 Einsatzbetriebe (18 Projekte) mit zum Teil schweizweiten Projekten. Durch die Finanzhilfe wurden in den erwähnten Bereichen Gruppeneinsätze im Umfang von knapp 58 000 Diensttagen im Jahr 2023 ermöglicht.

Insgesamt wurden rund 33 500 Franken weniger ausbezahlt als budgetiert. Die Projekte werden durch die jeweiligen Kantone vorgeprüft und die Einsatzbetriebe müssen sich im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Prüfung qualifizieren.

Rechtsgrundlagen

Zivildienstgesetz vom 6.10.1995 (ZDG; SR 824.0), Art. 47.

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Sicherung und Förderung des international anerkannten mehrstufigen Systems zur Qualitätssicherung von Gütern und Dienstleistungen
- Förderung des Schutzes und der Sicherheit von Konsumentinnen und Konsumenten dank kompetenter Konformitätsbewertungsstellen
- Unterstützung des Abbaus technischer Handelshemmnisse als Beitrag zu offenen Märkten
- Förderung der nationalen und internationalen Abstützung des Akkreditierungssystems

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	9,6	10,1	9,9	0,3	3,5
Laufende Ausgaben	11,7	12,6	12,4	0,7	6,2
Eigenausgaben	11,7	12,5	12,4	0,7	6,3
Transferausgaben	0,0	0,1	0,0	0,0	-14,4
Selbstfinanzierung	-2,1	-2,4	-2,5	-0,4	-18,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,4	-0,5	-0,5	-0,1	-30,7
Jahresergebnis	-2,5	-3,0	-3,0	-0,5	-20,2
Investitionsausgaben	0,4	–	–	-0,4	-100,0

KOMMENTAR

Die Einnahmen der SAS bestehen aus Gebühren für die Begutachtung, Akkreditierung und Überwachung von Konformitätsbewertungsstellen wie insbesondere Laboratorien, Inspektions- und Zertifizierungsstellen. Im Jahr 2023 lagen diese Einnahmen 0,3 Millionen höher als in der Rechnung 2022 und blieben 0,2 Millionen unter dem Voranschlag.

Die Eigenausgaben der SAS bestehen zu rund zwei Dritteln aus Personalausgaben. Für die Finanzierung von externen Fachexperten, welche für die Begutachtungen hinzugezogen werden, wird ein Fünftel der Eigenausgaben aufgewendet. Der Rest verteilt sich auf die Sach- und Betriebsausgaben. Die Eigenausgaben im Jahr 2023 haben gegenüber 2022 um 0,7 Millionen zugenommen, insbesondere aufgrund der Besetzung von Personalvakanz, erhöhter Kostenverrechnung durch die IKT-Leistungserbringer sowie vermehrter Akkreditierungen.

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt. Die Entwicklung der vordringlichsten Funktionen der Fachapplikation FA SAS wurde 2022 abgeschlossen.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Kundenzufriedenheit: Auswertung der Umfrageergebnisse (erreicht)
- Peer Evaluation durch die EA (European co-operation for Accreditation): Durchführung (erreicht)

LG1: AKKREDITIERUNG VON PRÜF- UND KONFORMITÄTSBEWERTUNGSSTELLEN

GRUNDAUFTRAG

Die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) ist organisatorisch dem SECO angegliedert und Teil der internationalen Akkreditierungsarchitektur. Als fachlich unabhängige Stelle akkreditiert die SAS Prüf- und Konformitätsbewertungsstellen in der Schweiz nach international anerkannten Anforderungen. Mit der Akkreditierung wird die Kompetenz einer Stelle anerkannt, normgerecht Prüfungen oder Konformitätsbewertungen durchzuführen. Die unter einer Akkreditierung erstellten und im Rahmen internationaler Abkommen auch im Ausland anerkannten Berichte und Zertifikate fördern die Qualität und Sicherheit von Produkten als auch Dienstleistungen und tragen zum Abbau technischer Handelshemmnisse bei.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	9,6	10,1	9,9	-0,2	-2,0
Aufwand und Investitionsausgaben	12,5	13,0	12,9	-0,1	-0,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Akkreditierung: Die Konformität der Akkreditierung zu den Vorgaben wird gewahrt.			
- Überwachung der Prozesseinhaltung und der Qualitätsanforderungen sowie Umsetzung notwendiger Massnahmen (ja/nein)	ja	ja	ja
- Durchführung der fachspezifischen Ausbildungstage für die Akteure der SAS gemäss Normforderung (Anzahl, min.)	5	5	5
Kontinuität: Die SAS stellt die zeitlich lückenlose Ablösung ablaufender Akkreditierungen sicher.			
- Durchführung der Begutachtungen zur erneuten Akkreditierung bis 120 Tage vor Ablauf der geltenden Akkreditierung (% min.)	95	95	95
Anerkennung: Die Grundlagen und der Betrieb des Schweizerischen Akkreditierungssystems genügen den internationalen Anforderungen			
- Umsetzung der Auflagen der European co-operation for Accreditation EA zur Aufrechterhaltung der internationalen Anerkennung (ja/nein)	-	ja	ja
- Bestehen der periodischen internationalen Beurteilung (Peer Evaluation) durch die European co-operation for Accreditation (EA) (ja/nein)	-	-	-

KOMMENTAR

Alle Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	9 575	10 112	9 913	-199	-2,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	9 575	10 112	9 913	-199	-2,0
Aufwand / Ausgaben	12 541	13 077	12 950	-127	-1,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	12 507	13 026	12 921	-105	-0,8
Abtretung		265			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		113			
Transferbereich					
LG 1: Akkreditierung von Prüf- und Konformitätsbewertungsstellen					
A231.0250 Beiträge an internationale Organisationen	34	51	29	-22	-42,7

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	9 574 507	10 112 000	9 912 605	-199 395	-2,0

Die Akkreditierungsleistungen für Konformitätsbewertungsstellen wie insbesondere Laboratorien, Inspektions- und Zertifizierungsstellen sind gebührenpflichtig. Für jährlich wiederkehrende administrative Arbeiten zugunsten der akkreditierten Stellen wird zudem ein Jahresbeitrag erhoben.

Die budgetierten Einnahmen wurden leicht unterschritten, weil etwas weniger Akkreditierungsdienstleistungen erbracht werden konnten als geplant. Zurückzuführen ist dies auf die Ressourcenbindung der Mitarbeitenden für die Überprüfung durch die European co-operation for Accreditation EA (Peer Evaluation) im Frühjahr 2023, den Aufbau des neuen Akkreditierungsbereiches Biobanken sowie die Einarbeitung einer überdurchschnittlichen Anzahl neuer Mitarbeitender.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.1995 über die technischen Handelshemmnisse (THG; SR 946.51), Art. 16; V vom 17.6.1996 über das schweizerische Akkreditierungssystem und die Bezeichnung von Prüf-, Konformitätsbewertungs-, Anmelde- und Zulassungsstellen (AkkBV; SR 946.512); V vom 10.3.2006 über die Gebühren des Staatssekretariats für Wirtschaft im Bereich der Akkreditierung (GebV-Akk; SR 946.513.7).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	12 506 928	13 026 000	12 920 726	-105 274	-0,8
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>377 700</i>			
Funktionsaufwand	12 066 928	13 026 000	12 920 726	-105 274	-0,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	11 668 609	12 505 500	12 400 185	-105 315	-0,8
Personalausgaben	7 716 169	8 327 600	8 283 363	-44 237	-0,5
Sach- und Betriebsausgaben	3 952 440	4 177 900	4 116 821	-61 079	-1,5
<i>davon Informatik</i>	<i>739 047</i>	<i>655 200</i>	<i>586 711</i>	<i>-68 489</i>	<i>-10,5</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>23 224</i>	<i>137 900</i>	<i>133 876</i>	<i>-4 024</i>	<i>-2,9</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	398 319	520 500	520 541	41	0,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	440 000	-	-	-	-
Vollzeitstellen (Ø)	41	43	42	-1	-2,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die budgetierten *Personalausgaben* wurden aufgrund der Fluktuation leicht unterschritten.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Ausgaben von 0,6 Millionen in der *Informatik* beinhalten die Wartung und den Betrieb der Fachapplikation der SAS sowie weitere Dienstleistungen des Bundesamtes für Informatik und Technologie BIT.

Abschreibungsaufwand

Die Fachapplikation FA SAS wurde um 0,5 Millionen abgeschrieben.

Investitionsausgaben

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt. Die Entwicklung der vordringlichsten Funktionen der Fachapplikation FA SAS wurde 2022 abgeschlossen.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts (EPA) von 0,3 Millionen für zusätzliche Sparbeiträge des Arbeitgebers (2. Säule).
- Auflösung von allgemeinen und zweckgebundenen Reserven in der Höhe von 0,1 Millionen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	436 430	1 423 416	1 859 847
Auflösung / Verwendung	-78 575	-34 425	-113 000
Endbestand per 31.12.2023	357 855	1 388 991	1 746 847

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden 0,03 Millionen aus den zweckgebundenen Reserven und 0,08 Millionen aus den allgemeinen Reserven zur Finanzierung eines Beratungsauftrages (Prüfung der Organisationsstruktur der SAS) verwendet.

Reservenbestand

Die verbleibenden zweckgebundenen Reserven (1,4 Mio.), hauptsächlich für IKT Projekte der SAS, und die allgemeinen Reserven (0,4 Mio.) stehen weiterhin zur Verfügung.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Für das Jahr 2023 wird weder die Bildung allgemeiner noch zweckgebundener Reserven beantragt.

A231.0250 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	34 386	51 400	29 427	-21 973	-42,7

Dieser Kredit ist für Mitgliederbeiträge an folgende internationale Akkreditierungs-Organisationen vorgesehen: European co-operation for Accreditation (EA), International Laboratory Accreditation Cooperation (ILAC) und International Accreditation Forum (IAF).

Jede dieser Organisationen errechnet die Mitgliederbeiträge je nationale Akkreditierungsstelle auf Basis der Anzahl Konformitätsbewertungsstellen, welche von dieser akkreditiert sind.

Rechtsgrundlagen

BG vom 6.10.1995 über die technischen Handelshemmnisse (THG; SR 946.51), Art. 10 Abs. 3 Bst. b und Art. 14; V vom 17.6.1996 über das schweizerische Akkreditierungssystem und die Bezeichnung von Prüf-, Konformitätsbewertungs-, Anmelde- und Zulassungsstellen (AkkBV; SR 946.512), Art. 22.

STAATSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Entwicklung einer strategischen Gesamtschau für den BFI-Standort Schweiz sowie Erarbeitung der Leistungs- und Ressourcenplanung des Bundes
- Förderung eines breiten, durchlässigen und vielfältigen Bildungssystems mit gleichwertigen, allgemeinbildenden und berufsbezogenen Bildungswegen
- Förderung der Hochschulen und der höheren Berufsbildung als sich ergänzende Bereiche der Tertiärbildung
- Förderung von Forschung und Innovation (inkl. Raumfahrt) und Koordination der Förderorgane
- Förderung der Integration der Schweiz in das europäische und weltweite BFI-System

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	6,1	6,6	6,8	0,7	11,6
Laufende Ausgaben	4 299,8	4 825,9	4 537,4	237,7	5,5
Eigenausgaben	85,0	92,0	91,1	6,2	7,3
Transferausgaben	4 214,8	4 733,8	4 446,3	231,5	5,5
Selbstfinanzierung	-4 293,7	-4 819,3	-4 530,6	-237,0	-5,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-53,5	-102,1	-54,5	-1,1	-2,0
Jahresergebnis	-4 347,1	-4 921,3	-4 585,2	-238,0	-5,5
Investitionsausgaben	53,5	102,0	54,5	1,1	2,0

KOMMENTAR

Die Einnahmen umfassen hauptsächlich Gebühren, Drittmittel und Kofinanzierungen.

Die laufenden Ausgaben unterteilen sich in Eigenausgaben (2 %) und Transferausgaben (98 %). Die im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 Millionen höheren Eigenausgaben sind hauptsächlich auf höhere Personalausgaben zur administrativen Abwicklung von Übergangsmassnahmen aufgrund der Nicht-Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe und zur Wahrnehmung der Interessen der Schweiz bei sechs internationalen Forschungsinfrastrukturnetzwerken (ERIC) zurückzuführen.

Die Transferausgaben werden zum Grossteil über die BFI-Botschaft gesteuert. Zusätzlich zum vorgesehenen Ausgabenwachstum beim SNF (+37 Mio.) hat das Parlament für das Jahr 2023 eine Erhöhung um 50 Millionen beschlossen, was einen Teil des Anstiegs gegenüber dem Vorjahr erklärt. Zudem wurden für die Übergangsmassnahmen aufgrund der Nicht-Assoziierung der Schweiz 381 Millionen eingesetzt (+115 Mio. gegenüber 2022), was einen weiteren Teil des Ausgabenwachstums erklärt. Etwa 2,8 Prozent der Beiträge und Entschädigungen sind Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (bspw. CERN, ESA) und damit gebunden. Die Investitionsausgaben beinhalten die Bauinvestitionsbeiträge gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) ohne die Baunutzungsbeiträge (bzw. Mietbeiträge). Aufgrund von Verzögerungen bei verschiedenen Bauprojekten – insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie und des Ukrainekriegs sowie durch die Einsprache beim Fachhochschulcampus Biel – konnten weniger Beiträge ausgerichtet werden als geplant. Die Investitionsausgaben bewegten sich deshalb auf dem Niveau des Vorjahres.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bericht «Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik» (in Erfüllung des Po. Atici 21.3235): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen» (in Erfüllung der Po. WBK-N 20.3927 und WBK-S 20.3462): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Die Erstellung des Berichts erwies sich als aufwändiger als geplant.
- Lancierung einer neuen Runde Nationaler Forschungsprogramme (NFP): Beschluss (erreicht)
- Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Assoziierungsabkommen der Schweiz am EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport «Erasmus+» 2021–2027: Abschluss (nicht erreicht)
Die Beziehungen zur EU haben im 2023 keine Eröffnung von Verhandlungen ermöglicht.
- Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens (Anerkennung von Berufsqualifikationen): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Beziehungen zur EU haben im 2023 keine Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens (Anerkennung von Berufsqualifikationen) ermöglicht.

- Aktualisierung der Weltraumpolitik: Verabschiedung (erreicht)
- Revision der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) und der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen: Beschluss (erreicht)
- Bericht «Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Romano 19.3764): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2025–2028: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation (Horizon Europe) und weiteren Elementen des Horizon-Pakets 2021–2027: Abschluss (nicht erreicht)
Die Beziehungen zur EU haben im 2023 keine Eröffnung von Verhandlungen ermöglicht. Daher hat der Bundesrat für das Jahr 2023 Übergangsmassnahmen im Umfang von 625 Millionen beschlossen.
- Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIG): Schaffung der gesetzlichen Grundlage zum Sachplan des Bundes für zukünftige CERN-Projekte: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Aufgrund einer leichten zeitlichen Verzögerung konnte die Botschaft 2023 noch nicht verabschiedet werden.
- Sachplan des Bundes für die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN): Verabschiedung (nicht erreicht)
Aufgrund der leichten Verzögerung der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIG) konnte der Sachplan des Bundes für zukünftige CERN-Projekte noch nicht verabschiedet werden.
- Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Institut Laue-Langevin (ILL) über die wissenschaftliche Mitgliedschaft der Schweiz in den Jahren 2024–2028: Abschluss (nicht erreicht)
Aufgrund zeitlicher Überschneidung mit der Vorbereitung der BFI Botschaft 2025–28 konnten die Verhandlungen für ein Abkommen noch nicht abgeschlossen werden.
- Horizon-Paket 2021–2027: Übergangsmassnahmen für die ERC Starting Grants und Consolidator Grants 2024: Beschluss (erreicht)
- Bericht «Entwicklung der Vorgaben zu überbetrieblichen Kursen» (in Erfüllung des Po. Bauer 21.3687): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg: Evaluation» (in Erfüllung des Po. Marchesi 21.3767): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Positionierung höhere Fachschulen: Umsetzung (erreicht)
- Konsolidierung der Schweizer Lösung für Erasmus+: Umsetzung (erreicht)
- Übergangsmassnahmen: Alternativinstrumente bei SNF, Innosuisse, ESA und anderen Akteuren / Krediten für Forschende, die angesichts des Ausschlusses der Schweiz aus dem Horizon-Paket 2021–2027 keinen Zugang zu gewissen Instrumenten mehr haben (inkl. nötige Kreditverschiebungen an diese Institutionen): Umsetzung (erreicht)
- Zwischenevaluation ETH-Bereich 2023: Publikation (erreicht)
- Berichterstattung Imagekampagne «Langzeitpflege»: Publikation (erreicht)

LG1: BFI-POLITIK

GRUNDAUFTRAG

Mit dieser Leistungsgruppe steuert das SBFI mit den Verbundpartnern die Berufsbildung und koordiniert den Hochschulbereich sowie die Forschungsorgane. Es beteiligt sich an der Finanzierung der Berufsbildung, der Hochschulen und der Forschung. Es fördert die internationale Vernetzung der BFI-Akteure zugunsten der Schweiz. Es sorgt für ein vielfältiges und konkurrenzfähiges BFI-System und leistet damit einen Beitrag zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	–	–	1,3	1,3	–
Aufwand und Investitionsausgaben	36,4	38,6	41,2	2,6	6,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
BFI-Verwaltung: Die Vorbereitung der BFI-Politik sowie der Vollzug der Massnahmen erfolgen konsensorientiert und effizient			
– Anteil des Personalaufwands pro Transferaufwand (%; max.)	0,58	0,54	0,66
Steuerungsgrundlagen: Die Vorbereitung, Begleitung und Weiterentwicklung der BFI-Politik stützt sich auf evidenzbasierte Steuerungsgrundlagen ab			
– Vorliegen des CH-Bildungsberichts (Termin)	–	–	07.03.
– Vorliegen des ETH-Zwischenberichts (Termin)	–	31.12.	01.12.
– Vorliegen der Roadmap Forschungsinfrastrukturen (Termin)	–	30.06.	02.06.
Berufsbildung: Die Berufsbildung ermöglicht Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt und sorgt für Nachwuchs an qualifizierten Fach- und Führungskräften			
– Übergang in die Sekundarstufe II: Quote der sofortigen Übergänge in die Sekundarstufe II in % der Abgänger/innen der obligatorischen Schule (%; min.)	76,6	76,0	78,0
– Lehrstellenquote: Lernende in % der Beschäftigten (VZÄ) (%; min.)	4,5	4,5	4,5
– Abschlussquote Sekundarstufe II: Mittlere Nettoquote bis zum 25. Altersjahr, in % der gleichaltrigen Referenzbevölkerung (%; min.)	90,1	91,0	90,7
– Übergangsquote HBB: Absolvent/innen der höheren Berufsbildung in % derjenigen mit einer beruflichen Grundbildung nach Wirtschaftsabschnitt (%; min.)	30,2	30,0	30,2
Hochschulen: Die Hochschulpolitik des Bundes trägt zur Effizienz und hohen Qualität des Schweizer Hochschulraumes bei			
– Studienerfolgsquote an den Hochschulen auf Bachelorstufe mit maximaler Abweichung von +/- 5 Prozentpunkten (%)	84	85	86
– Ausbildungsniveauidäquate Beschäftigung der Hochschulabsolvent/innen (%; min.)	80	75	0
– Studienplätze Humanmedizin auf Masterstufe (Anzahl; min.)	1 460	1 400	1 460
Forschung und Innovation: Die Massnahmen zur Forschungs- und Innovationsförderung sind wirksam und leisten einen Beitrag, die Position der Schweiz als führenden Wissenschafts- und Innovationsstandort zu sichern			
– Abschluss der Leistungsvereinbarungen mit den Förderorganisationen (Termin)	–	–	–
– Vorliegen der Zwischenbilanzen der Förderorganisationen (Termin)	–	01.08.	31.05.
– Spitzenposition der Schweiz betreffend Impact der wiss. Publikationen (Rang; min.)	–	4	3
– Die Schweiz gehört zu den Innovation Leader gemäss European Innovation Scoreboard der EU (ja/nein)	ja	ja	ja
Internationalität: Die Interessen der BFI-Akteure werden über die BFI-Aussenpolitik durch Regierung und Verwaltung gewahrt und gefördert			
– Bilaterale Treffen auf Ministerebene und auf vergleichbarer Stufe (Anzahl; min.)	85	50	98

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

BFI-Verwaltung: Per 1.1.2023 erfolgte eine Reorganisation, welche zu einer haushaltsneutralen Erhöhung der Personalausgaben in der LG 1 führte. Der Sollwert wurde vor der Reorganisation berechnet.

Berufsbildung Abschlussquote Sekundarstufe II: Diverse Projekte der «Berufsbildung 2030» tragen dazu bei, die Quote weiterhin zu erhöhen.

Hochschulen, Ausbildungsniveauidäquate Beschäftigung der Hochschulen: Die Erhebung findet neu nur alle zwei Jahre statt, das nächste Mal im Mai 2024.

LG2: BFI-DIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Mit dieser Leistungsgruppe erbringt das SBFI für unterschiedliche Zielgruppen im BFI-System Dienstleistungen: Unterstützung der Organisationen der Arbeit; Durchführung der schweizerischen Maturitätsprüfungen; Diplomanerkennung; Projektförderung im F&I-Bereich (EU-Rahmenprogramme, Raumfahrtprogramme u.a.); Koordination der Ressortforschung des Bundes; Unterstützung der BFI-Akteure durch das BFI-Aussennetz; Vergabe von Regierungsstipendien; Unterstützung des schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) und der schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK). Mit diesen gezielten Leistungen erhöht das SBFI dank seiner spezifischen Position die Gesamtleistung des schweizerischen BFI-Systems.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,1	6,6	5,5	-1,1	-16,1
Aufwand und Investitionsausgaben	45,7	50,0	47,1	-2,9	-5,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Internationale Bildungsmobilität: Austausch und Mobilität werden gefördert mit dem Ziel, höhere Beteiligungszahlen zu erreichen. Die teilnehmenden Personen erwerben Kompetenzen, die auch für die Berufswelt wichtig sind			
- Geförderte Personen in internationaler Bildungsmobilität (Outgoing) (Anzahl Personen, min.)	9 164	9 100	9 070
- Geförderte Personen in internationaler Bildungsmobilität (Incoming) (Anzahl Personen, min.)	7 002	7 900	7 729
Berufsbildung: Die Berufsbildung vermittelt aktuelle, arbeitsmarktorientierte Kompetenzen			
- Überprüfte Bildungsverordnungen und -pläne (von total 230) (Anzahl, min.)	15	15	18
- revidierte Prüfungsordnungen (eidg. Prüfungen) (von total 400) (Anzahl, min.)	19	20	27
Diplomanerkennung: Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse erfolgt rechtskonform und zeitgerecht			
- Anteil der fristgerecht entschiedenen Anerkennungen am Total der entschiedenen Anerkennungen (% , min.)	92	90	96
Projektförderung: Die schweizerischen F&I-Akteure nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden internationalen Beteiligungsmöglichkeiten			
- Neue Schweizer Projektbeteiligungen an Forschungs- und Innovationsprojekten der EU-Forschungsrahmenprogramme (Anzahl, min.)	776	1 040	666
- Geförderte schweizerische Vertragspartner in der Raumfahrt, 2-jähriger Mittelwert (Anzahl, min.)	71	109	105
- Wert der Förderverträge durch die Europäische Weltraumorganisation ESA zugunsten CH-Akteure, 2-jähriger Mittelwert (EUR, Mio.)	131	139	75
Aussennetz: Die Dienstleistungen des BFI-Aussennetzes entsprechen den Bedürfnissen und Interessen der BFI-Akteure			
- Anteil der Zweit- und Drittmittel an den Projektkosten von Swissex (% , min.)	81	66	80
Regierungsstipendien: Die Vergabe der Stipendien der Eidgenössischen Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS) trägt zur weltweiten Vernetzung der BFI-Akteure im Interesse der Schweiz bei (u.a. dank Gegenseitigkeit)			
- Länder, an die ein Regierungsstipendium vergeben wurde (Anzahl, min.)	93	66	69
- Anteil der Länder, welche Schweizer Studierenden auf Grund der Gegenseitigkeit ein Regierungsstipendium anbieten (% , min.)	38	40	38

KOMMENTAR

Die Ziele wurden weitestgehend erreicht. Zu Abweichungen kam es v.a. in der Projektförderung:

Internationale Bildungsmobilität: Aufgrund geringfügiger, jährlicher Schwankungen des Budgets für Mobilitätsaktivitäten wurde der Soll-Wert knapp verpasst.

EU-Forschungsprogramme: Da die Schweiz an Horizon Europe nicht assoziiert ist, können Schweizer Forschende zurzeit nur an ungefähr zwei Drittel der Ausschreibungen teilnehmen.

Raumfahrt / ESA: Die Anzahl und das Volumen bei den von der ESA vergebenen Verträgen schwankt jährlich, was sich sowohl auf das Auftragsvolumen als auch auf die Anzahl geförderter Vertragspartner aus der Schweiz auswirken kann.

Regierungsstipendien: Die Anzahl Kandidaturen aus Industrieländern ist jährlichen Schwankungen unterworfen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	12 178	13 805	14 615	810	5,9
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 090	6 572	6 794	222	3,4
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	6 088	7 233	7 821	588	8,1
Aufwand / Ausgaben	4 412 764	5 037 183	4 654 290	-382 892	-7,6
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	82 132	88 570	88 233	-336	-0,4
<i>Abtretung</i>		1 119			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		48			
A202.0145 Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	79	79	79	0	0,0
A202.0146 Institutionen der Bildungszusammenarbeit (SKBF und Educa)	2 806	3 423	2 875	-549	-16,0
Transferbereich					
<i>LG 1: BFI-Politik</i>					
A231.0259 Pauschalbeiträge und höhere Berufsbildung	860 309	866 261	866 260	-1	0,0
A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge	38 480	60 240	33 988	-26 253	-43,6
<i>Kompensation Nachtrag</i>		-3 500			
A231.0261 Grundbeiträge Universitäten HFKG	724 992	734 657	734 657	0	0,0
A231.0262 Projektgebundene Beiträge nach HFKG	37 925	33 094	29 424	-3 670	-11,1
A231.0263 Grundbeiträge Fachhochschulen HFKG	569 958	578 583	578 583	0	0,0
A231.0264 Ausbildungsbeiträge	24 877	25 049	25 049	0	0,0
A231.0266 Steuerung und Qualitätssicherung Hochschulsystem	3 129	3 142	3 141	0	0,0
A231.0267 Kantonale französischsprachige Schule in Bern	1 389	1 397	1 392	-5	-0,4
A231.0268 Finanzhilfen WeBiG	12 520	16 026	15 246	-779	-4,9
A231.0271 Internationale Zusammenarbeit in der Bildung	6 697	6 743	6 262	-481	-7,1
A231.0272 Institutionen der Forschungsförderung	1 182 826	1 269 753	1 269 753	0	0,0
A231.0273 Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung	113 373	115 600	115 600	0	0,0
A231.0278 Europäisches Laboratorium für Teilchenphysik (CERN)	46 282	48 204	48 204	0	0,0
<i>Nachtrag</i>		2 787			
A231.0279 Europäische Organisation für astronomische Forschung (ESO)	9 318	8 936	8 936	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		205			
A231.0280 European Spallation Source ERIC	8 068	7 255	7 255	0	0,0
A231.0281 Freier Elektronenlaser mit Röntgenstrahlen (European XFEL)	2 282	2 255	2 255	0	0,0
A231.0282 Europäisches Labor für Synchrotron-Strahlung (ESRF)	4 458	4 223	4 222	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		46			
A231.0283 Europäische Molekular-Biologie (EMBC/EMBL)	6 721	6 662	6 662	0	0,0
A231.0284 Institut von Laue-Langevin (ILL)	2 537	2 364	2 364	0	0,0
A231.0285 Internationale Kommission Erforschung Mittelmeer (CIESM)	55	53	53	0	0,3
A231.0287 Internationale Zusammenarbeit in der Forschung	15 744	17 366	17 276	-90	-0,5
A231.0399 Betriebsbeiträge Stiftung Switzerland Innovation	835	984	867	-117	-11,9
A231.0400 Square Kilometre Array Observatory (SKAO)	1 990	2 400	2 400	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung geringf. Ermes. (Art. 36 Abs. 4 FHG)</i>		6			
A231.0401 Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege	-	1 994	-	-1 994	-100,0
A236.0137 Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge HFKG	63 454	111 194	67 477	-43 716	-39,3
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	53 429	102 032	54 494	-47 539	-46,6
<i>LG 2: BFI-Dienstleistungen</i>					
A231.0269 Internationale Mobilität Bildung	46 223	54 759	54 516	-243	-0,4
<i>Nachtrag</i>		3 500			
A231.0270 Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz	9 667	9 876	9 875	-1	0,0
A231.0274 Nationale Aktivitäten Raumfahrt (NAR)	5 706	6 654	6 099	-555	-8,3
A231.0276 EU-Forschungsprogramme	19 066	270 261	13 867	-256 394	-94,9
<i>Kreditverschiebung</i>		-55 625			
A231.0277 Europäische Weltraumorganisation (ESA)	189 573	196 072	195 934	-138	-0,1
A231.0435 Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021-2027	265 867	381 025	380 994	-31	0,0
<i>Kreditverschiebung</i>		55 625			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 090 150	6 571 800	6 794 278	222 478	3,4

Im Funktionsertrag enthalten sind Spruch- und Schreibgebühren aus Beschwerdeentscheiden, für Registereintragungen von Diplominhaberinnen und -inhabern, Bearbeitungsgebühren für den nachträglichen Erwerb des Fachhochschultitels, für die Anerkennung (Gleichwertigkeit) ausländischer Diplome und Ausweise sowie für die Diplomanerkennung von Absolventen einer höheren Fachschule in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst (GSK). Zudem erhebt das SBFI Gebühren für Sprengausweise sowie Anmeldungs- und Prüfungsgebühren für die zentralen schweizerischen Maturitäts- und die Ergänzungsprüfungen. Des Weiteren werden auf diesem Kredit die Erträge (Drittmittel) vereinnahmt, welche die Swissnex Standorte aus Projekten und Dienstleistungen für ihre privaten und öffentlichen Partner erwirtschaften. Ebenfalls enthalten sind Rückerstattungen aus der CO₂-Abgabe, weitere Rückerstattungen (EO, SUVA u.a.) sowie Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen an Mitarbeitende und weitere Einnahmen.

Die Swissnex Standorte akquirierten im Jahr 2023 Drittmittel in der Höhe von 3,0 Millionen. Für diejenigen Ertragsanteile, welche Projektaufwände in späteren Jahren decken sollen, wurde eine passive Rechnungsabgrenzung von 676 058 Franken gebildet.

Die jährlichen Einnahmen unterliegen leichten Schwankungen, was die Mehreinnahmen von 0,2 Millionen gegenüber dem Voranschlag erklärt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 20.12.1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021); V vom 27.11.2000 über explosionsgefährliche Stoffe (SprstV; SR 941.411), Art. 113; V vom 3.11.2010 über Gebühren und Entschädigungen für die schweizerische Maturitätsprüfung und die Ergänzungsprüfungen (SR 172.044.13).

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 088 166	7 232 800	7 820 712	587 912	8,1

In diesem Kredit werden Rückerstattungen aus zu viel ausgerichteten Subventionen im Bau- und Mietbereich, z.B. wegen Umnutzungen oder Umzügen sowie weitere, übrige Rückerstattungen verbucht. Zudem sind Rückforderungen aufgrund der Schlussberichte zu EU-Bildungs- und Jugendprogrammen oder zu Forschungsprojekten der EU darin enthalten.

Im Voranschlag wurde mit den durchschnittlichen Einnahmen aus den Rechnungen 2018–2021 budgetiert. Die tatsächlichen Rückerstattungen unterliegen jährlichen Schwankungen, was die Mehreinnahmen von 0,6 Millionen erklärt.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	82 131 651	88 569 700	88 233 372	-336 328	-0,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 166 600</i>			
Funktionsaufwand	82 105 789	88 569 700	88 218 938	-350 762	-0,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	82 077 599	88 545 700	88 191 875	-353 825	-0,4
Personalausgaben	49 302 217	52 256 600	53 708 884	1 452 284	2,8
Sach- und Betriebsausgaben	32 775 381	36 289 100	34 482 991	-1 806 109	-5,0
<i>davon Informatik</i>	<i>6 091 832</i>	<i>6 245 700</i>	<i>6 317 069</i>	<i>71 369</i>	<i>1,1</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>11 347 794</i>	<i>11 309 300</i>	<i>10 936 024</i>	<i>-373 276</i>	<i>-3,3</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	28 190	24 000	27 063	3 063	12,8
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	25 862	-	14 434	14 434	-
Vollzeitstellen (Ø)	243	260	259	-1	-0,4

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben des SBFI fallen um 1,4 Millionen höher aus als budgetiert. Die zusätzlichen Ausgaben im Personalbereich resultieren aus unterjährigen Abfederungsmassnahmen von Ressourcenengpässen, um wichtige Projekte voranzutreiben (z.B. Quantum) und aus der Erhöhung der Rückstellungen für Zeitguthaben um rund 0,4 Millionen. Die im Voranschlag 2023 geplante und von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) finanzierte Stelle für das Sekretariat der Schweizerischen Maturitätskommission wird wegen verschiedenen Anpassungen im Bereich der Maturitätsprüfungen erst im Laufe des Jahres 2024 besetzt (0,2 Mio., 1 FTE). Die Mehrausgaben wurde im Funktionsaufwand vollumfänglich kompensiert.

Sach- und Betriebsausgaben

Ausgaben für Informatik: Der Aufwand für den Betrieb und die Wartung der IT-Infrastruktur, der Netzwerke, der Arbeitsplatz- und der Telekommunikationssysteme (UCC) sowie für die Soft- und Hardware beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) bzw. beim Information Service Center WBF (ISCeco) betrug 4,5 Millionen. Für Informatik-Projekte wurden 1,5 Millionen ausgegeben; diese Projekte umfassten hauptsächlich die Informationsplattform IAB für die Diplomanerkennung, die Ablösung der Fachanwendung Eskas New Generation (Eidgenössische Stipendienkommission für ausländische Studierende), ProFund (Anpassung der Fachapplikation für das Horizon-Paket 2021-2027 nach Sistierung des Rahmenabkommens mit der EU) sowie Weiterentwicklungen bestehender Applikationen wie die Fachanwendung Diplomanerkennung (FaDa), Subjektfinanzierung höhere Berufsbildung (SuFi) und Sprengausweise (SpreOn). Im Bereich Aussennetz (inkl. Swissnex) wurden rund 0,3 Millionen ausgerichtet.

Für die *Beratung* wurden folgende Mittel aufgewendet:

- 4,0 Millionen für die Berufsbildung und die Berufsbildungsforschung, insbesondere für die Anerkennungsverfahren, für Expertisen und Studien im Zusammenhang mit der Initiative «Berufsbildung 2030», für die Unterstützung von Forschungsprojekten in fünf prioritären Themenbereichen (z.B. im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt) und zur Weiterentwicklung der drei bestehenden «Leading Houses» (Kompetenznetzwerke an Schweizer Hochschulen);
- 2,4 Millionen für den Bildungsraum Schweiz, insbesondere für gemeinsame Vorhaben von Bund und Kantonen, wie z.B. das Bildungsmonitoring, das «Programme for International Student Assessment» (PISA);
- 2,3 Millionen für Aufträge und Mandate im Zusammenhang mit der Berufs- und Weiterbildung, insbesondere für Anerkennungsverfahren, für Expertisen und Studien im Zusammenhang mit der Initiative «Berufsbildung 2030»;
- 0,5 Million für Aufträge und Mandate im Zusammenhang mit der Forschungs- und Hochschulpolitik sowie der Raumfahrt;
- 0,5 Millionen für Forschung und Innovation;
- 0,4 Millionen für den Bereich Hochschulen, insbesondere für die Evaluation «Mitnahmeeffekte bei Bauinvestitionsbeiträgen und die Schlussevaluation des praxisintegrierten Bachelor-Studiums»;
- 0,3 Millionen für die Entschädigungen der Mitglieder von Kommissionen und Arbeitsgruppen (Eidg. Kommission für Weltraumfragen, Eidg. Stipendienkommission für ausländische Studierende, Schweizerische Maturitätskommission, SWR usw.);
- 0,3 Millionen für die bilaterale Forschungszusammenarbeit (Swissnex);
- 0,1 Millionen für den Schweizerischen Wissenschaftsrat (SWR);
- 0,1 Millionen für die Weiterbildungsforschung.

Die um 0,4 Millionen tieferen Ausgaben sind auf Projektverzögerungen im Zusammenhang mit dem Bildungsraum Schweiz (0,1 Mio.) und im Bereich Berufsbildung und der Berufsbildungsforschung (0,1 Mio.) zurückzuführen. Weniger ausgegeben wurde

zudem für Aufträge und Mandate im Zusammenhang mit der Forschungs- und Hochschulpolitik sowie der Raumfahrt (0,2 Mio.), für die Bildungszusammenarbeit (0,4 Mio.), für Forschung und Innovation (0,3 Mio.), für den SWR (0,1 Mio.) und für die Auftragsforschung Weiterbildung (0,1 Mio.). Höhere Ausgaben gab es hingegen im Bereich der Hochschulen (0,3 Mio.), bei den Aufträgen und Mandaten im Zusammenhang mit der Berufs- und Weiterbildung (0,4 Mio.) und für die bilaterale Forschungszusammenarbeit (Swissnex, 0,2 Mio.).

Die *übrigen Sach- und Betriebsausgaben* beinhalten im Wesentlichen die Raummieten (inkl. Raummiete für 6 Swissnex Standorte), die Ausgaben für die Durchführung der zentralen schweizerischen Maturitätsprüfungen, sowie der Ergänzungsprüfungen, die externen Dienstleistungen (hauptsächlich Übersetzungen), Spesen, den Bürobedarf sowie sonstige Betriebsaufwände. Es wurden 1,5 Millionen weniger ausgegeben, was sich dadurch erklärt, dass die Ausgaben für Mieten und Pachten Liegenschaften (0,3 Mio.), für Bürobedarf, für Druckerzeugnisse und Bücher (0,1 Mio.), für sonstigen Betriebsaufwand (1,4 Mio.) und für Dienstleistungen (0,1 Mio.) tiefer ausgefallen sind. Höhere Ausgaben waren allerdings bei den effektiven Spesen (0,4 Mio.) nötig.

Kreditmutationen

- Abtretung des Eidg. Personalamts von 1 118 800 Franken für externe Kinderbetreuung, Erwerbsbehinderte, Praktikanten und Lernende, Arbeitgeberbeiträge sowie für den übrigen Personalausgaben.
- Kreditüberschreitung gemäss Art. 36 Abs. 3 Bst. a FHG von 47 800 Franken durch die Auflösung zweckgebundener Reserven für die Ausarbeitung des Sachplans CERN-Projekte (Fr. 27 800) und für die neuen Arbeitsformen in der Bundesverwaltung (Fr. 20 000)

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: BFI-Politik		LG 2: BFI-Dienstleistungen		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Aufwand und Investitionsausgaben	36	41	46	47	
Personalausgaben	22	25	28	28	
Sach- und Betriebsausgaben	15	16	18	19	
<i>davon Informatik</i>	3	3	3	3	
<i>davon Beratung</i>	8	8	4	3	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	0	-	0	0	
Vollzeitstellen (Ø)	118	129	125	130	

A202.0145 SCHWEIZERISCHE HOCHSCHULKONFERENZ (SHK)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	78 600	78 600	78 600	0	0,0

Die SHK ist das oberste hochschulpolitische Organ und wird gemeinsam von Bund und Kantonen getragen. Sie tagt in der Zusammensetzung als Plenarversammlung sowie als Hochschulrat je ein- bis dreimal pro Jahr. Die dafür notwendigen Betriebskosten (Tagungen, Sitzungen, Ausschüsse und Kommissionen) tragen der Bund und die Kantone je hälftig.

Des Weiteren führt der Bund die Geschäftsstelle der SHK und trägt deren Kosten (v.a. Personal- sowie Sach- und Betriebsaufwand); diese Mittel sind Teil des Globalbudgets des SBFI.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG; SR 414.20), Art. 7, 9, 10-18; Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich vom 26.2.2015 (ZSAV-HS, SR 414.205), Art. 2.

A202.0146 INSTITUTIONEN DER BILDUNGSZUSAMMENARBEIT (SKBF UND EDUCA)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 806 286	3 423 300	2 874 550	-548 750	-16,0

Die schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung und die Fachagentur Educa sind gemeinsame Organe von Bund und Kantonen, welche die Kosten je hälftig übernehmen. Die Arbeiten von Educa zur Konzeptionierung der «Datenföderation für die Berufsbildung» (DBB) wurden nicht im Oktober 2022 wie ursprünglich geplant, sondern erst in März 2023 abgeschlossen. Darauf basierend haben die SBFI-Direktion und die Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen

und -direktoren (EDK) in Juni 2023 entschieden, von der Realisierung der Datenföderation abzusehen. Die eingestellten Mittel für das Jahr 2023 (0,5 Mio.) betreffend das Projekt wurden nicht verwendet.

Rechtsgrundlagen

Vereinbarung vom 16.12.2016 zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Schweiz (ZSAV-BiZ; SR 410.21), Art. 7, 7a, 8.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	800 000	800 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	381 100	381 100
Auflösung / Verwendung	–	-131 100	-131 100
Endbestand per 31.12.2023	–	1 050 000	1 050 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	122 800	122 800

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

- Es wurden zwei Reserven verwendet: Neue Arbeitsformen in der Bundesverwaltung (Fr. 20 000) und Ausarbeitung Sachplan CERN-Projekte (Fr. 27 800).
- Die im 2022 gebildete Reserve für die «Datenföderation für die Berufsbildung» in der Höhe von 83 300 Franken wurde aufgelöst, weil das Projekt nicht realisiert wird (vgl. Ausführungen zu A202.0146).

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (1,1 Mio.) entfallen auf die beiden IT-Projekte ESKAS (0,5 Mio.) und Infoportal Diplomanerkennung (0,55 Mio.)

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 werden zweckgebundene Reserven in der Höhe von 0,1 Millionen beantragt.

- Externe Expertise 71 400 Franken

Das auf Raumplanung spezialisierte externe Rechtsgutachten zur Begleitung der Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation FIG und der dazugehörigen Verordnung konnte im Jahr 2023 nicht abgeschlossen werden, da das Vernehmlassungsverfahren zum Verordnungsentwurf um sechs Monate verschoben wurde. Die zur Finanzierung des Gutachtens vorgesehenen Mittel (Fr. 71 300) konnten deshalb 2023 nicht verwendet werden. Das Vorhaben soll nun 2024 umgesetzt werden.

- Externe Expertise 30 000 Franken

Die vom Schweizer Komitee für die Evaluation des Future Circular Collider (FCC) geforderte externe Expertise wurde auf 2024 verschoben. Die für die Finanzierung dieser Expertise vorgesehenen Mittel (Fr. 30 000) konnten daher 2023 nicht verwendet werden.

- Kompensation CO₂-Emissionen 2023 21 400 Franken

Das Bundesamt für Umwelt BAFU konnte 2023 keine Rechnung für die Kompensationen der CO₂-Emissionen zustellen. Dies ist auf Verzögerungen bei der Umsetzung der Projekte zurückzuführen und darauf, dass im Jahr 2023 keine Lieferung von internationalen Bescheinigungen («Internationally Transferred Mitigation Outcomes», kurz «ITMO») ausgeführt wurde. Da es aufgrund dieser Verzögerung möglich ist, dass 2024 mehr ITMO als erwartet ausgeliefert werden, empfahl das GS-UVEK den Verwaltungseinheiten, für 2024 eine zweckgebundene Reserve zu bilden, die maximal so hoch ist wie der 2023 budgetierte Betrag.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: BFI-POLITIK

A231.0259 PAUSCHALBEITRÄGE UND HÖHERE BERUFSBILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	860 309 422	866 260 500	866 259 872	-628	0,0

Die Pauschalbeiträge an die Kantone (Art. 53 BBG) richten sich nach deren Leistungen und bemessen sich auf der Grundlage der Anzahl Personen, die sich in der beruflichen Grundbildung befinden. Sie werden praktisch für den gesamten Berufsbildungsbereich ausgerichtet.

Der Bund unterstützt Personen, die einen vorbereitenden Kurs auf eine eidgenössische Berufs- oder höhere Fachprüfung besuchen und die die entsprechende Prüfung absolviert haben (Subjektfinanzierung, Art. 56a BBG). Den Vollzug der Subjektfinanzierung

führt das Schweizerische Dienstleistungszentrum Berufsbildung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (SDBB) im Auftrag des Bundes aus.

Der Bund unterstützt zudem die Durchführung von eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen sowie die Durchführung von Bildungsgängen an höheren Fachschulen mit Beiträgen gemäss Artikel 56 BBG. Empfänger der Beiträge sind die Träger der eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie die Träger der Bildungsgänge an höheren Fachschulen.

— Pauschalbeiträge an die Kantone	712,7 Mio.
— Subjektfinanzierung	109,8 Mio.
— Vollzug Subjektfinanzierung	1,5 Mio.
— Durchführung von eidgenössischen Prüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen	42,2 Mio.

Die Beiträge für die Subjektfinanzierung lagen um 13,7 Millionen unter dem Voranschlag. Von diesen nicht für die Subjektfinanzierung verwendeten Mitteln wurden 4,7 Millionen an die mit der Durchführung von eidgenössischen Prüfungen ermächtigten Trägerschaften geleistet und 9,0 Millionen an die Kantone ausbezahlt (Pauschalbeiträge).

Rechtsgrundlagen

Berufsbildungsgesetz vom 13.12.2002 (BBG; SR 412.10), Art. 53, 56 und 56a; Berufsbildungsverordnung vom 19.11.2003 (BBV; SR 412.101).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzierung der Berufsbildung 2021–2024» (Z0018.04), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0260 INNOVATIONS- UND PROJEKTBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	38 480 329	60 240 300	33 987 620	-26 252 680	-43,6
davon Kreditmutationen		-3 500 000			

Gestützt auf das Berufsbildungsgesetz fördert der Bund in der Berufsbildung Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätsentwicklung sowie besondere Leistungen im öffentlichen Interesse. Empfänger der Finanzhilfen sind Organisationen der Arbeitswelt, Kantone und Andere (Private, Vereine, usw.).

Die Mittel wurden wie folgt eingesetzt:

— Für Innovations- und Projektbeiträge zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätssicherung	7,8 Mio.
— Für Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse	26,1 Mio.

Die Minderausgaben von 26,3 Millionen begründen sich hauptsächlich dadurch, dass weniger Projekte eingereicht und unterstützt werden konnten als ursprünglich geplant.

Kreditmutationen

— Kompensation des Nachtragskredites für die Förderung der Schweizer Beteiligung an der European Universities Initiative um 3,5 Millionen (Nachtrag II, siehe VA-Kredit A231.0269 «Internationale Mobilität Bildung»).
--

Rechtsgrundlagen

Berufsbildungsgesetz vom 13.12.2002 (BBG; SR 412.10), Art. 54 und 55; Berufsbildungsverordnung vom 19.11.2003 (BBV; SR 412.101).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Innovations- und Projektbeiträge Berufsbildung» (V0083.02–V0083.04), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0261 GRUNDBEITRÄGE UNIVERSITÄTEN HFKG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	724 991 800	734 656 800	734 656 800	0	0,0

Mit den Grundbeiträgen nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) werden Bundesbeiträge an die Betriebsaufwendungen der kantonalen Universitäten und zwei akkreditierter Institutionen des Hochschulbereichs (Stiftung Universitäre Fernstudien Schweiz und das Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien IHEID) geleistet.

Die Beiträge an die kantonalen Universitäten werden mit Ausnahme der Università della Svizzera italiana und der Universität Bern via die Kantone ausbezahlt. Die Beiträge an die zwei Institutionen des Hochschulbereichs werden direkt ausgerichtet. Die Grundbeiträge werden hauptsächlich entsprechend der Leistungen in Lehre und Forschung entrichtet. Massgebend dafür sind unter anderem die Anzahl der Studierenden und die eingeworbenen Forschungsmittel. Der Mechanismus zur Verteilung der Beiträge auf die einzelnen Hochschulen und Institutionen wird in der V-HFKG (SR 414.201) umschrieben.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG; SR 414.20), Art. 48 Abs. 2 Bst. a und Art. 50 Bst. a.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Grundbeiträge Unis u. Institutionen 2021–2024» (Z0008.04), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0262 PROJEKTGEBUNDENE BEITRÄGE NACH HFKG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	37 924 887	33 094 000	29 424 000	-3 670 000	-11,1

Die Beiträge werden an Projekte mit gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung geleistet. Sie werden durch den Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) gesprochen. Empfänger der Mittel sind die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen, die ETH sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Pädagogischen Hochschulen.

Im Jahr 2023 wurden folgende Projekte und Vorhaben im Hochschulbereich unterstützt: Doktoratsprogramme, Studienreform Vetsuisse-Fakultät, Swiss Learning Health System, Aufbau von wissenschaftlichen Datenbanken (Open Science), erleichterter Zugang und Wiederverwendung von Forschungsdaten (Open Research Data), swissuniversities Development and Cooperation Network (SUDAC), Diversität Inklusion und Chancengerechtigkeit, Fachdidaktiken, Programm «Digital Skills», Förderung der Bildung im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), Kompetenzprofil Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen, Zentrum für Islam, AGE-NT Alter(n) in der Gesellschaft: Nationales Innovationsnetzwerk, Nachhaltige Entwicklung an Schweizer Hochschulen – Studierendenprojekte. Aufgrund von Verzögerungen im Projektfortschritt ergab sich im Jahr 2023 beim Projekt P-5B Open Research Data ein Minderbedarf von 1,7 Millionen. Zudem blieben die vorgesehenen Mittel von 2 Millionen für das Projekt Pflegeinitiative (Erhöhung der Bachelorabschlüsse Fachhochschulen in Pflege im Rahmen eines Sonderprogramms «Pflege») aufgrund der noch fehlenden gesetzlichen Grundlage gesperrt.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG; SR 414.20), Art. 59. Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (BBI 2022 3205).

Hinweise

– Verpflichtungskredit «Projektgebundene Beiträge nach HFKG 2021–2024» (V0035.05), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0263 GRUNDBEITRÄGE FACHHOCHSCHULEN HFKG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	569 957 500	578 583 000	578 583 000	0	0,0

Mit den Grundbeiträgen nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) werden Bundesbeiträge an die Betriebsaufwendungen der kantonalen Fachhochschulen geleistet. Im 2023 wurden somit Beiträge an neun kantonale Fachhochschulen ausgerichtet. Sofern eine Fachhochschule von mehreren Kantonen getragen wird, zahlt der Bund den Beitrag direkt an die Schule, ansonsten an den Trägerkanton. Die Beiträge werden hauptsächlich entsprechend der Leistungen in Lehre und Forschung entrichtet. Massgebend sind unter anderem die Anzahl der Studierenden und die eingeworbenen Forschungsmittel. Der Mechanismus zur Verteilung der Beiträge auf die einzelnen Fachhochschulen wird in der V-HFKG (SR 414.201) umschrieben.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG; SR 414.20), Art. 48 Abs. 2 Bst. b und Art. 50 Bst. b.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Grundbeiträge Fachhochschulen 2021–2024» (Z0019.04), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0264 AUSBILDUNGSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	24 876 600	25 048 600	25 048 600	0	0,0

Die Beiträge an die kantonalen Aufwendungen für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich wurden in pauschalisierter Form proportional zur Wohnbevölkerung der einzelnen Kantone ausbezahlt. 120 000 Franken wurden zur Mitfinanzierung der bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) eingerichteten Geschäftsstelle «Stipendienharmonisierung» eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Ausbildungsbeitragsgesetz vom 12.12.2014 (SR 416.0), Art. 3 und 6.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Beiträge an Kantone für Ausbildungsbeiträge 2021–2024» (Z0013.04), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0266 STEUERUNG UND QUALITÄTSSICHERUNG HOCHSCHULSYSTEM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 128 644	3 141 500	3 141 476	-24	0,0

Der Bund unterstützte zur Steuerung und Qualitätssicherung im Schweizerischen Hochschulsystem drei Organe:

- die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen (swissuniversities; 1,9 Mio.): swissuniversities fördert als Verein die Kooperation und Koordination unter den schweizerischen Hochschulen und handelt auf internationaler Ebene als Rektorenkonferenz für die Gesamtheit der universitären Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen der Schweiz. Zusätzlich übernimmt swissuniversities themenspezifische Aufgaben des Bundes, welche dieser direkt per Mandat finanziert (Stipendien- und Austauschprogramme).
- den Akkreditierungsrat (0,3 Mio.): Dieser ist ein gemeinsam von Bund und Kantonen getragenes Organ, das aus 15 von der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) gewählten Mitgliedern besteht. Der Rat entscheidet über die Akkreditierung nach HFKG, welche Voraussetzung für die Beitragsberechtigung von Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs ist.
- die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (AAQ; 1 Mio.): Die AAQ ist als unselbständige Anstalt dem Akkreditierungsrat unterstellt und ist in erster Linie zuständig für die Durchführung der institutionellen Akkreditierungen sowie der Programmakkreditierungen.

Die SHK delegiert gemäss HFKG die Aufgaben an die drei Organe, deren Kosten (v.a. Personalaufwand, Honorare, Sach- und Betriebsaufwand) der Bund und die Kantone je hälftig tragen.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG, SR 414.20), Art. 7, 9, 19–22; Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich vom 26.2.2015 (ZSAV-HS, SR 414.205), Art. 2, 6–8.

A231.0267 KANTONALE FRANZÖSISCHSPRACHIGE SCHULE IN BERN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 389 298	1 396 500	1 391 541	-4 959	-0,4

Der Bund leistet einen jährlichen Beitrag von höchstens 25 Prozent an die Betriebskosten der Kantonalen französischsprachige Schule in Bern (ECLF). Dadurch wird die Aufnahme von französisch sprechenden Kindern von Bundesangestellten und von Diplomaten vergütet. Empfänger ist der Kanton Bern, der Träger dieser Schule ist.

Rechtsgrundlagen

BG vom 17.6.2022 über Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern (SR 411.3), Art. 1 und 4.

A231.0268 FINANZHILFEN WEBIG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	12 520 038	16 025 700	15 246 472	-779 229	-4,9

Das Weiterbildungsgesetz (WeBiG) ordnet die Weiterbildung in den Bildungsraum Schweiz ein und legt Grundsätze fest. Gestützt auf Artikel 12 WeBiG wurden Beiträge an Organisationen der Weiterbildung im Umfang von 4,2 Millionen ausgerichtet. Damit wurden für das Weiterbildungssystem Leistungen in den Bereichen Information, Koordination, Qualitätssicherung sowie Entwicklung erbracht. Ausserdem richtete der Bund 11 Millionen an die Kantone aus zur Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener gemäss Artikel 16 WeBiG. Die Kantone haben für diese Massnahmen 0,7 Millionen weniger beansprucht als veranschlagt, was der Hauptgrund für den Kreditrest darstellt. Mehrere Kantone konnten aufgrund eingeschränkter Personal- und Zeitressourcen die Förderstrukturen nicht plangemäss entwickeln oder keine Vereinbarung abschliessen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.2.2016 über die Weiterbildung (WeBiG, SR 419.1) Art. 12 und 16; V vom 24.2.2016 über die Weiterbildung (WeBiV, SR 419.11).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Finanzierung der Weiterbildung 2021–2024» (Z0056.02), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0271 INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER BILDUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 696 581	6 742 500	6 261 939	-480 561	-7,1

Mit diesem Kredit werden primär Initiativen zur Förderung der internationalen Kooperation in der Bildung, die Mitarbeit der Schweiz bei Projekten internationaler Organisationen, schweizerische Nachwuchskräfte für Studienaufenthalte an europäischen Hochschulinstitutionen und das Schweizerhaus in der «Cité internationale universitaire» in Paris unterstützt.

Empfänger der Mittel sind auf dem Gebiet der internationalen Bildungszusammenarbeit und der grenzüberschreitend erfolgenden Wissenschaftsnachwuchsförderung tätige Institutionen und Vereinigungen, unter anderen die Universitäten Fribourg und St. Gallen für ihre Zusammenarbeit mit ausgewählten «Institutes for Advanced Studies» im Ausland (rund 1 Mio.). Im Bereich der Stärkung wissenschaftlicher Potentiale und des wissenschaftlichen Nachwuchses wurden bspw. die internationalen Aktivitäten der Stiftung Schweizer Jugend forscht (rund 0,6 Mio.) sowie des Verbands der Schweizer Wissenschaftsolympiaden (rund 0,4 Mio.) oder die Schweizerische Studienstiftung (1,1 Mio.), sowie das Schweizerhaus in Paris gefördert.

Der Kreditrest von knapp 0,5 Millionen gegenüber dem Voranschlag begründet sich damit, dass Institutionen oder Organisationen Mittel für Projekte nicht abgerufen haben (namentlich Schweizerhaus in Paris bzw. ein Kooperationsprojekt mit Institutionen in der Ukraine) oder Einzelpersonen auf Stipendien (namentlich für Stipendien an europäischen Hochschulinstituten) verzichtet haben.

Rechtsgrundlagen

BG vom 25.9.2020 über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB; SR 414.51); V vom 23.2.2022 über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung, (VIZMB; SR 414.513), Art. 13–24 & 31–33.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Internationale Zusammenarbeit in der Bildung 2021–2024» (V0158.03), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0272 INSTITUTIONEN DER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 182 825 900	1 269 753 400	1 269 753 400	0	0,0

Empfänger der Mittel sind der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) und die Akademien der Wissenschaften Schweiz. Der SNF ist neben der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung Innosuisse (vgl. 701/A231.0380) das wichtigste Förderorgan des Bundes im BFI-Bereich. Der SNF legt dabei besonderes Gewicht auf die durch die Wissenschaft initiierte Grundlagenforschung.

Zu den Aufgaben des SNF gehören die Förderung der wissenschaftlichen Forschung in allen Disziplinen (Projekte an Hochschulen, Forschungsinstituten und von unabhängigen Forschenden), die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (allgemeine Projekt- und Karriereförderung), die Durchführung von Programmforschung (nationale Forschungsprogramme [NFP] und nationale Forschungsschwerpunkte [NFS]), das Programm Bridge (in Zusammenarbeit mit Innosuisse), sowie die Förderung von Forschungsinfrastrukturen (inkl. Dateninfrastrukturen). Zudem beteiligt sich der SNF aktiv an der Ausgestaltung der internationalen Forschungszusammenarbeit der Schweiz und setzt die Ergänzungsmassnahme im Bereich Forschung und Innovation (Förderung von bi- und multilateralen Forschungs Kooperationen) um. Der SNF ist für die weitere, dem Wettbewerb unterliegende Zuteilung der Mittel an die Endbegünstigten (Forschende, Hochschulen) zuständig.

Der Verbund der Akademien der Wissenschaften Schweiz stellt namentlich mit seinen vier Fachakademien (bestehend aus Fachgesellschaften, Kommissionen und Arbeitsgruppen) ein umfassendes im Milizsystem organisiertes wissenschaftliches Netzwerk zur Verfügung. Die Akademien setzen sich für die Früherkennung von gesellschaftlich relevanten Themen und die Wahrnehmung ethisch begründeter Verantwortung im Bereich Forschung und Innovation sowie für den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein. Sie betreiben Langzeitunternehmen und Editionsprojekte (Historisches Lexikon der Schweiz, Nationale Wörterbücher, usw.) sowie Koordinationsplattformen/-sekretariate zu international koordinierten Programmen. Vom Bund sind sie mit Zusatzaufgaben im Bereich der MINT-Nachwuchsförderung, der Durchführung der Nationalen Förderinitiative «Personalisierte Medizin», der Zugänglichmachung naturwissenschaftlicher Sammlungen und der Umsetzung der Swiss Quantum Initiative SQI (Ergänzungsmassnahme im Bereich F&I) beauftragt.

Die Aufteilung der Beiträge auf die beiden Institutionen war wie folgt:

SNF:

— Grundbeitrag (Grundlagenforschung; wiss. Nachwuchsförderung	
— inkl. Bridge, COST)	998 028 600
— Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS)	54 340 000
— Nationale Forschungsprogramme (NFP)	14 820 000
— Abgeltung indirekter Forschungskosten (Overhead)	124 428 400
— Grosse internationale Forschungsprojekte (FLARE)	10 821 400
— Bilaterale Programme	8 853 900
— Ergänzungsmassnahmen im Bereich F&I (Forschungs Kooperationen)	5 000 000

Schweizerische Akademien:

— Akademien (Grundauftrag)	25 356 700
— Langzeitunternehmen	10 809 600
— Nachwuchsförderung MINT	2 654 200
— Nationale Förderinitiative Personalisierte Medizin	7 403 700
— Zugänglichmachung naturwissenschaftlicher Sammlungen	3 236 900
— Ergänzungsmassnahmen im Bereich F&I (SQI)	4 000 000

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 4 Bst. a, Art. 7 Abs. 1 Bst. c, Art. 10 und 11; Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung vom 29.11.2013 (V-FIFG; SR 420.11).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Institutionen der Forschungsförderung 2021–2024» (Z0009.04), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0273 FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN VON NATIONALER BEDEUTUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	113 373 300	115 599 900	115 599 900	0	0,0

Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung erfüllen Aufgaben, die nicht von bestehenden Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs wahrgenommen werden können. Unterstützt werden die nationale Förderinitiative Personalisierte Medizin (Datenkoordination) sowie 34 Institutionen, die zu einer der drei folgenden Kategorien gehören: Forschungsinfrastrukturen (bspw. 3R Kompetenzzentrum Schweiz [3RCC], Schweizerisches Zentrum für Angewandte Humantoxikologie [SCAHT], Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Klinische Krebsforschung [SAKK], Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft [SIK]), Forschungsinstitutionen (bspw. Biotechnologie-Institut Thurgau [BITg], Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut [Swiss TPH], Institut de recherche [IDIAP], Schweizerisches Institut für Allergie- und Asthmaforschung [SIAF]) und Technologiekompetenzzentren (bspw. Schweizer Zentrum für Elektronik und Mikrotechnologie [CSEM], sitem-insel AG, Balgrist Campus SA).

Die Aufteilung der Beiträge auf die erwähnten Kategorien war wie folgt:

– Forschungsinfrastrukturen	35 488 000
– Forschungsinstitutionen	19 519 700
– Technologiekompetenzzentren	51 284 400
– Nationale Förderinitiative Personalisierte Medizin	9 307 800

Die Aufteilung der Beiträge richtete sich nach der Prioritätensetzung bei den Kategorien gemäss BFI-Botschaft 2021–2024 und den Beschlüssen des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung vom 17.12.2020, 23.6.2021 und 28.11.2022.

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 4 Bst. c Ziff. 3, Art. 7, Abs. 1 Bst. d, Art. 15; Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung vom 29.11.2013 (V-FIFG; SR 420.11), Art. 20 ff.

Hinweise

Zahlungsrahmen «Forschungseinrichtungen nationaler Bedeutung 2021–2024» (Z0055.02), siehe Band 1B, Ziffer B2.

A231.0278 EUROPÄISCHES LABORATORIUM FÜR TEILCHENPHYSIK (CERN)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	46 281 900	48 203 700	48 203 750	50	0,0
davon Kreditmutationen		2 786 700			

Das CERN in Genf gehört mit seinen 2500 Mitarbeitenden zu den weltweit grössten und renommiertesten Forschungslaboratorien. Es dient der Zusammenarbeit europäischer Staaten auf dem Gebiet der Hochenergie- und Teilchenforschung zu ausschliesslich friedlichen Zwecken und stellt die entsprechenden Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung.

Der Pflichtbeitrag eines Mitgliedstaates berechnet sich jährlich auf Basis der prozentualen Anteile am Netto-Nationaleinkommen der Mitgliedstaaten. Das Gesamtbudget des CERN wird an die Teuerung angepasst. Die entsprechende Indexierung basiert unter anderem auf dem Lebenskostenindex in Genf und auf den Eurostat-Teuerungszahlen. Der Schweizer Beitragssatz für 2023 betrug 3,79 Prozent.

Kreditmutationen

- Nachtrag II/2023: Aufgrund des starken Anstiegs der Teuerung und der Energiepreise rief der CERN-Rat in seiner Sitzung vom 22. Juni 2023 zur Zahlung eines zusätzlichen Beitrags auf, was zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2 729 100 Franken führte. Als Ausgleich für den nicht eingeforderten Beitrag der Ukraine zum CERN-Budget für 2023 leistete die Schweiz gemäss dem Entscheid des CERN-Rates einen Anteil von 57 600 Franken.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 1.7.1953 zur Errichtung einer Europäischen Organisation für Kernforschung (SR 0.424.091), Art. 7.

A231.0279 EUROPÄISCHE ORGANISATION FÜR ASTRONOMISCHE FORSCHUNG (ESO)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 318 100	8 935 500	8 935 500	0	0,0
davon Kreditmutationen		204 600			

Zweck der ESO ist der Bau, die Ausrüstung und der Betrieb von auf der südlichen Halbkugel gelegenen astronomischen Observatorien.

Der Beitragssatz berechnet sich jährlich auf der Basis der prozentualen Anteile am Netto-Nationaleinkommen der Mitgliedstaaten (OECD-Wirtschaftsstatistiken) und betrug 2023 für den Schweizer Pflichtbeitrag 4,08 Prozent. Die Beiträge sind in Euro geschuldet.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung mit geringfügigem Ermessensspielraum nach Art. 36 Abs. 4 FHG: Der Mehrbedarf von 204 600 Franken ist auf die vom ESO-Rat am 6. Dezember 2022 anerkannte höhere Indexierung des Jahresbudgets 2023 von 4,4 Prozent zurückzuführen. Für die Abschätzung des Schweizer Beitrags im März 2022 hatte die ESO noch mit einer Indexierung von 2 Prozent gerechnet.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 5.10.1962 zur Gründung einer Europäischen Organisation für Astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (SR 0.427.7).

A231.0280 EUROPEAN SPALLATION SOURCE ERIC

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	8 067 700	7 254 500	7 254 500	0	0,0

Zweck der European Spallation Source ERIC ist der Bau und Betrieb der weltweit leistungsfähigsten Neutronenquelle. Die Organisation soll den Forschungsgebieten der Festkörperphysik, Materialwissenschaften, Biologie und Chemie vielversprechende und neuartige Möglichkeiten eröffnen.

Die Schweiz beteiligt sich vorerst bis ins Jahr 2026 im Umfang von 165,8 Millionen am Bau und am Betrieb. Als Gründungsmitglied leistet die Schweiz dabei einen Beitrag sowohl in Form von Geldbeträgen (in Schwedischen Kronen überwiesen) als auch in Form von Sachleistungen, welche von Schweizer Lieferanten erbracht werden.

Es wurden sowohl Beiträge in Schwedischen Kronen im Umfang von 5,56 Millionen wie auch Beiträge von 1,7 Millionen für Sachleistungen, welche Schweizer Lieferanten zukommen, geleistet.

Rechtsgrundlagen

Satzung der ERIC Europäische Spallationsquelle (ESS) vom 19.8.2015 (SR 0.423.131).

Hinweise

Verpflichtungskredit «European Spallation Source 2014–2026» (V0228.00), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0281 FREIER ELEKTRONENLASER MIT RÖNTGENSTRAHLEN (EUROPEAN XFEL)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 281 985	2 254 700	2 254 626	-74	0,0

European XFEL ist ein wegweisendes Grossgerät der Materialforschung in Hamburg. Diese Röntgenquelle der neuesten Generation dient den verschiedensten Naturwissenschaften sowie industriellen Anwendern.

Die Schweiz beteiligt sich mit 1,47 Prozent an den Kosten des Betriebs. Dieser Satz ist vertraglich festgelegt und die Beiträge sind in Euro geschuldet. Ab 2024 wird der Beitragsschlüssel neu aufgrund der Nutzung der Anlage berechnet.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 30.11.2009 über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (SR 0.422.10).

A231.0282 EUROPÄISCHES LABOR FÜR SYNCHROTRON-STRAHLUNG (ESRF)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 458 300	4 222 500	4 222 428	-72	0,0
davon Kreditmutationen		45 600			

Die Röntgenstrahlen der European Synchrotron Radiation Facility (ESRF), welche in Grenoble stationiert ist, werden für Strukturanalysen in der Festkörperphysik, der Molekularbiologie, der Materialwissenschaft, für Diagnose und Therapie in der Medizin sowie für spezielle Experimente in der Radiobiologie, der Grundlagenphysik und der physikalischen Chemie benötigt.

Der Beitragssatz eines Mitgliedstaates ist vertraglich festgelegt. Für die Schweiz gilt ein Beitragssatz von 4 Prozent. Die Beträge sind in Euro geschuldet.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung mit geringfügigem Ermessensspielraum: Der Mehrbedarf von 45 600 Franken ist auf den Beschluss des ESRF-Rates vom 29. und 30. November 2022 zurückzuführen, die Indexierung der Beiträge für Mitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter von 2 auf 3 Prozent anzuheben. Da dieser Beschluss allein nicht ausreicht, um die tatsächliche Inflation auszugleichen, hat der Rat auch eine Reihe von Sparmassnahmen beschlossen.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 16.12.1988 über den Bau und Betrieb einer europäischen Synchrotronstrahlungsanlage (SR 0.424.10), Art. 6.

A231.0283 EUROPÄISCHE MOLEKULAR-BIOLOGIE (EMBC/EMBL)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 721 372	6 661 800	6 661 653	-147	0,0

Die europäische Konferenz für Molekularbiologie (EMBC) und das europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), beide in Heidelberg, bezwecken die Zusammenarbeit europäischer Staaten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung in der Molekularbiologie und in anderen hiermit eng zusammenhängenden Forschungsbereichen.

Rund 83 Prozent des Kredites wurden für das EMBL benötigt. Die restlichen Mittel waren für die EMBC bestimmt.

Die Beitragssätze berechnen sich auf der Basis der prozentualen Anteile am Netto-Nationaleinkommen der Mitgliedstaaten und sind in Euro geschuldet. Sie betrugen für EMBC 3,69 Prozent und für EMBL 4,07 Prozent.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 13.2.1969 zur Gründung einer Europäischen Konferenz für Molekularbiologie, Art. 6 und 7 (SR 0.421.09); Übereinkommen vom 10.5.1973 zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie, Art. 9 und 10 (SR 0.421.091). BRB vom 3.11.2021 über «Position de la Suisse concernant le budget de l'EMBL 2022–2026» (EXE 2021.2666).

A231.0284 INSTITUT VON LAUE-LANGEVIN (ILL)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 536 600	2 364 100	2 364 075	-25	0,0

Das Institut von Laue-Langevin (ILL) widmet sich der Aufgabe, eine leistungsfähige Neutronenquelle für Forschungsarbeiten und Untersuchungen auf den Gebieten Materialwissenschaften, Festkörperphysik, Chemie, Kristallographie, Molekularbiologie sowie Kern- und Grundlagenphysik zur Verfügung zu stellen. Der Schweizer Beitrag wird auf der Basis von wissenschaftlichen Partnerschaftsverträgen ausgehandelt und ist in Euro geschuldet.

Rechtsgrundlagen

Abkommen vom 15.7.2019 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Institut Max von Laue-Paul Langevin (ILL) über die wissenschaftliche Mitgliedschaft der Schweiz für die Jahre 2019–2023 (SR 0.423.14).

Hinweise

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Institut Max von Laue-Paul Langevin 2019–2023» (V0039.03), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

A231.0285 INTERNATIONALE KOMMISSION ERFORSCHUNG MITTELMEER (CIESM)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	54 980	53 300	53 445	145	0,3

Der Mittelmeerforschungsrat (CIESM) fördert die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Meeresforschung, indem er die internationale Nutzung von nationalen Forschungsstationen begünstigt und Konferenzen und Workshops organisiert. Für die Beiträge der Mitgliedstaaten werden vier Beitragsklassen vorgesehen. Die Schweiz ist in der Beitragsklasse C eingestuft, für die der prozentuale Anteil am CIESM-Budget 4 Prozent beträgt. Die Beiträge sind in Euro geschuldet.

Rechtsgrundlagen

BRB vom 7.8.1970 über den Beitritt der Schweiz zur internationalen Kommission für die wissenschaftliche Erforschung des Mittelmeeres.

A231.0287 INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER FORSCHUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	15 743 953	17 366 100	17 276 466	-89 634	-0,5

Es werden Beiträge an qualitativ hochstehende bilaterale oder multilaterale wissenschaftliche Vorhaben von gesamtschweizerischem Interesse ausgerichtet. Diese ermöglichen die grenzüberschreitende, wissenschaftliche Zusammenarbeit, die Intensivierung des fachbereichsübergreifenden Austauschs und die Erkundung von neuen Wegen zur wissenschaftlichen Vernetzung. Namentlich:

- Bilaterale und regionale Zusammenarbeit (4,6 Mio.): Es wurden Programme, Projekte und Pilotaktivitäten zur Förderung und Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit aufstrebenden Ländern und Regionen finanziert, die von den Leading Houses (Hochschulen und dem Schweizer Tropen- und Public Health Institut) verwaltet werden.
- Beteiligung an internationalen Forschungsinfrastrukturen (9,6 Mio.): Es wurden Beiträge zur verstärkten Beteiligung der Schweiz an verschiedenen international koordinierten Forschungsinfrastrukturen im Kontext mit der Schweizer Roadmap 2019 geleistet. Weiter wurden Beiträge für die European Life-Science Infrastructure for Biological Information (Elixir), die Global Biodata Coalition (GBC) und das Human Frontier Science Program (HFSP) vergeben. Zudem wurden Beiträge an Schweizer Institutionen für deren Leistungen für das Cherenkov Telescope Array Observatory Projekt und das Square Kilometre Array Observatory Projekt, Beiträge an die EPFL für die Forschungszusammenarbeit mit dem CEA-Grenoble zu Neutronenstreu-Experimenten am Reaktor des Laue-Langevin-Instituts (ILL), Beiträge an das Paul Scherrer Institut (PSI) für dessen Teilnahme an gemeinsamen Projekten mit dem ILL, Beiträge an das Swiss Institute of Particle Physics (CHIPP) zur Unterstützung der Schweizer Beteiligung am European Particle Physics Communication Network (EPPCN) sowie Beiträge an die EPFL für die Beherbergung des Industrial Liaison Offices und Beiträge für wissenschaftliche Kongresse zur Sicherstellung der koordinierten europäischen Vernetzung im EU-Raum vergeben.
- Gezielt wurden folgende Einrichtungen in der Schweiz und im Ausland unterstützt (3,1 Mio.): Schweizerische Archäologische Schule in Griechenland, Istituto Svizzero di Roma (ISR), Global Earthquake Model Foundation (GEM), bilaterale Unterstützung von Dissertationsprojekten, die gemeinsam von einer schweizerischen und einer französischen, deutschen oder österreichischen Universität betreut werden (Cotutelles Stipendien).

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 29, Bst. a–c; Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung vom 29.11.2013 (V-FIFG; SR 420.11).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Internationale Zusammenarbeit in der Forschung» (V0229.01–02), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0399 BETRIEBSBEITRÄGE STIFTUNG SWITZERLAND INNOVATION

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	835 373	984 000	866 510	-117 490	-11,9

Mit diesem Beitrag wird der Betrieb der Geschäftsstelle der Stiftung «Switzerland Innovation» zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugunsten des Schweizerischen Innovationsparks sichergestellt. Er wird auf der Basis einer Leistungsvereinbarung zwischen der Stiftung und dem SBFI geleistet.

Der Kreditrest von 0,1 Millionen ist darauf zurückzuführen, dass die Geschäftsstelle den Schweizerischen Innovationspark aufgrund der Folgen der Pandemie im Ausland nur sehr reduziert vermarkten konnte und deshalb die entsprechenden Kosten nicht anfielen.

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 33 Abs. 1 Bst. f; Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung vom 29.11.2013 (V-FIFG; SR 420.11).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Stiftung Switzerland Innovation 2021–2024» (Z0064.00). siehe Band 1B, Ziffer B2. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Bundesrat und der Stiftung «Switzerland Innovation» über den Innovationspark, Änderung vom 19.03.2021 (BBI 2021 705).

A231.0400 SQUARE KILOMETRE ARRAY OBSERVATORY (SKAO)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 990 419	2 400 200	2 400 156	-44	0,0
davon Kreditmutationen		5 500			

Das Square Kilometre Array Observatory (SKAO) wird zur radioastronomischen Beobachtung entwickelt. Der Endausbau soll aus einem Netz von Teleskopen mit einer Gesamtsammelfläche von etwa einem Quadratkilometer bestehen und 3000 Antennen unterschiedlicher Art umfassen, die in mehreren Staaten im Süden Afrikas und in Australien installiert sind. Mit der Beteiligung der Schweiz am Bau und Betrieb des SKAO soll der Zugang von Schweizer Institutionen mit ihren Kompetenzen in der Astronomie

sichergestellt werden. Zudem soll die Schweizer Industrie nach Möglichkeit Aufträge im Zusammenhang mit dem Bau des Observatoriums erhalten.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung mit geringfügigem Ermessensspielraum nach Art. 36 Abs. 4 FHG: Der SKAO-Rat hat am 14./15. März 2023 entschieden, eine Indexierung von 4 Prozent für das Jahr 2023 (VA2023: 3,76 %) und die darauffolgenden Jahre 2024 und 2025 anzuwenden.

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIGG; SR 420.1). Vereinbarung vom 17.12.2021 zwischen der Schweiz und der internationalen Forschungsorganisation Square Kilometre Array Observatory (SKAO) über den Beitritt der Schweiz zu SKAO (SR 0.425.511).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Square Kilometre Array Observatory (SKAO) 2021–2030» (V0364.00), Band 1B, Ziffer B1.

A231.0401 FÖRDERUNG DER AUSBILDUNG IM BEREICH DER PFLEGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total laufende Ausgaben	–	1 994 000	–	–1 994 000	–100,0

Am 28.11.2021 wurde die Initiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» (18.079) angenommen. Folglich wurde die gesetzliche Grundlage des indirekten Gegenvorschlags «Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität» (19.401) nicht in Kraft gesetzt, weshalb die budgetierten Mittel für die Förderung der Anzahl Abschlüsse an höheren Fachschulen nicht ausbezahlt werden konnten.

Rechtsgrundlagen

Entwurf Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (BBI 2019 8063)

Hinweise

Entwurf BB über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (BBI 2019 8075).

A236.0137 BAUINVESTITIONS- UND BAUNUTZUNGSBEITRÄGE HFKG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23–VA23 %
Total	63 453 582	111 193 800	67 477 374	–43 716 426	–39,3
Laufende Ausgaben	10 024 947	9 161 500	12 983 814	3 822 314	41,7
Investitionsausgaben	53 428 635	102 032 300	54 493 560	–47 538 740	–46,6

Es wurden Beiträge an Bauinvestitionen und Baunutzung (Mieten) der kantonalen Universitäten, der anderen Institutionen des Hochschulbereichs und der Fachhochschulen geleistet, die der Lehre, Forschung sowie anderen Hochschulzwecken zugutekommen. Die Beiträge an die kantonalen Universitäten wurden mehrheitlich via Kantone ausbezahlt; die Beiträge an die Università della Svizzera italiana (USI) sowie an die beitragsrechtlich anerkannte Institution des Hochschulbereichs (Universitäre Fernstudien Schweiz) wurden diesen direkt ausgerichtet. Bei den Fachhochschulen waren die Empfänger die Kantone oder die Fachhochschule selbst, wenn diese von mehreren Kantonen getragen wird.

Es erfolgte folgende Aufteilung:

— Bauinvestitionsbeiträge	54 493 560
— Baunutzungsbeiträge	12 983 814

Der Kreditrest von 43,7 Millionen erklärt sich folgendermassen:

Zahlreiche Bauinvestitionsprojekte erfuhren Verzögerungen in Planung und Ausführung. Zu nennen ist u.a. der Fachhochschulcampus Biel (2019 zugesicherter Bundesbeitrag 65,5 Mio.), welcher bis 2022 durch eine Einsprache blockiert wurde und bei dem auch 2023 noch keine Teilzahlungen ausgelöst werden konnten. Zudem bestehen nach wie vor bei Baumaterialien Lieferengpässe. Schliesslich durchlaufen grosse Bauvorhaben umfangreiche Genehmigungsverfahren, was sich verzögernd auf die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen auswirkt.

Rechtsgrundlagen

Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30.9.2011 (HFKG; SR 414.20), Art. 54–58.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Hochschulförderung/Sachinvestitionsbeiträge bzw. Investitionsbeiträge Universitäten und Institutionen» (V0045.03-04) und «Investitionsbeiträge HFKG» (V0045.05-06), siehe Band 1B, Ziffer B1.

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Investitionsbeiträge an Fachhochschulen» (V0157.01), siehe Band 1A, Ziffer D21.

Die Bauinvestitionsbeiträge werden wertberichtigt (siehe Kredit A238.0001 «Wertberichtigungen im Transferbereich»).

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	53 428 635	102 032 300	54 493 560	-47 538 740	-46,6

Die Bauinvestitionsbeiträge werden zu 100 Prozent wertberichtigt, da es sich um à-fonds-perdu-Zahlungen handelt. Für die Baunutzungsbeiträge (Mieten) waren keine Wertberichtigungen notwendig, da es sich nicht um Investitionen handelt.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG, SR 611.0), Art. 51.

Hinweise

Siehe Kredit A231.0137 «Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge HFKG».

TRANSFERKREDITE DER LG2: BFI-DIENSTLEISTUNGEN**A231.0269 INTERNATIONALE MOBILITÄT BILDUNG**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	46 222 672	54 758 600	54 515 770	-242 830	-0,4
<i>davon Kreditmutationen</i>		3 500 000			

Bisher konnten für das Programm Erasmus+ 2021–2027 weder exploratorische Gespräche noch Verhandlungen mit der Europäischen Kommission aufgenommen werden. Der Bundesrat hat deshalb dem Parlament mit der BFI-Botschaft 2021–2024 beantragt, die Schweizer Lösung zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung weiterzuführen.

Empfänger der Mittel sind Institutionen und Personen aus dem Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendbereich. Die Beiträge werden für die Durchführung der Mobilitäts- und Kooperationsaktivitäten, namentlich für den Studierendenaustausch, für Berufspraktika und für die institutionelle Zusammenarbeit zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung (47,9 Mio.) ausgerichtet. Ausserdem werden sie für den Betrieb einer nationalen Agentur (Movetia, 3,9 Mio.) sowie für Begleitmassnahmen (2,7 Mio.) eingesetzt.

Schweizer Hochschulen wurden erst mit der Ausschreibung 2022 zur Beteiligung an den «European Universities Initiative» zugelassen, weshalb im Voranschlag 2023 keine Mittel budgetiert waren (haushaltneutraler Nachtragskredit in der Höhe von 3,5 Mio.). Der Kreditrest von 0,2 Millionen ergibt sich aus dem Umstand, dass einige mandatierte Institutionen für die Begleitmassnahmen weniger Mittel zur Auszahlung beantragt haben als budgetiert waren.

Kreditmutationen

- Nachtragskredit von 3,5 Millionen für die Förderung der Schweizer Beteiligungen an der European Universities Initiative (Nachtrag II, siehe VA-Kredit A231.0260 «Innovations- und Projektbeiträge»).

Rechtsgrundlagen

BG vom 25.9.2020 über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) (SR 414.51), Art. 3-6; V vom 23.2.2022 über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (VIZMB, Art. 7, 12 und 30 (SR 414.513).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Internationale Mobilität Bildung 2021–2024» (V0304.00-03), siehe Band 1B, Ziffer B1

A231.0270 STIPENDIEN AN AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE IN DER SCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 666 526	9 876 300	9 874 939	-1 361	0,0

Die Stipendien werden ausländischen Studierenden (Postgraduierten) gewährt, welche ihre Kenntnisse in einem bestimmten Gebiet vertiefen möchten. Die Stipendien gehen zur Hälfte an Studierende aus Entwicklungsländern, um diesen eine höhere Ausbildung oder eine Weiterbildung zu ermöglichen. Die andere Hälfte geht an Studierende aus Industrieländern.

Die Stipendien werden jährlich in einer Verfügung zugesprochen und vom SBFI (monatlich) via die jeweiligen Hochschulen an die Stipendiatinnen und Stipendiaten ausbezahlt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 19.6.1987 über Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschaffende in der Schweiz (SR 416.2), Art. 2 und 4; V vom 30.1.2013 über Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschaffende in der Schweiz (SR 416.21), Art. 7.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz 2021–2024» (V0038.04), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0274 NATIONALE AKTIVITÄTEN RAUMFAHRT (NAR)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 705 686	6 654 400	6 099 178	-555 222	-8,3

Nationale Aktivitäten Raumfahrt (NAR) dienen der Umsetzung der Schweizer Weltraumpolitik. Im Rahmen der NAR wurden insbesondere unterstützt: Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Akteure (1,2 Mio.); Massnahmen zur Vertiefung der Partnerschaft mit der ESA (3,8 Mio.); das International Space Science Institut (ISSI, 1,1 Mio.). Empfänger waren Schweizer Wissenschaftsinstitute (Institute der ETH, von kantonalen Universitäten oder Fachhochschulen).

Der Kreditrest von 0,5 Millionen ist auf die Aussetzung einer Massnahme zur Vertiefung der Partnerschaft mit der ESA zurückzuführen (0,4 Mio.). Ausserdem waren die geförderten Konsortialprojekte kleiner als erwartet.

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 29 Abs. 1 Bst. a, b; Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung vom 29.11.2013 (V-FIFG; SR 420.11), Verordnung vom 17.12.2021 über die Förderung von nationalen Aktivitäten im Bereich der Raumfahrt (NARV; SR 420.125).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Ergänzende Nationale Aktivitäten Raumfahrt» (V0165.02-03), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0276 EU-FORSCHUNGSPROGRAMME

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 065 816	270 261 100	13 866 714	-256 394 386	-94,9
davon Kreditmutationen		-55 625 100			

Horizon Europe (2021–2027) – 9. Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation

Das Ziel des Bundesrates ist die Vollasoziiierung am Horizon-Paket 2021–2027. Da die Assoziierung im Jahr 2023 nicht möglich war, hat der Bundesrat – wie schon in den Vorjahren – Übergangsmassnahmen beschlossen. Zur vollständigen Transparenz wurden sämtliche Übergangsmassnahmen über den Voranschlagskredit A231.0435 «Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021–2027» abgewickelt.

Die Begleitmassnahmen, welche zur Förderung der Beteiligung von Schweizer Forschenden an den Programmen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation eingesetzt werden, wurden weiterhin über den Kredit EU-Forschungsprogramme finanziert. Empfänger waren Forschende, private und öffentliche Forschungsinstitute, Unternehmen sowie das Schweizer Informationsnetz zur Unterstützung von Schweizer Projektteilnehmenden.

Horizon 2020 (2014–2020) – 8. Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation

Zusätzlich waren eingegangene Verpflichtungen für national subventionierte Projekte zu honorieren, welche aufgrund der Teil-Assoziierung an Horizon 2020 in den Jahren 2014–2016 keine Finanzierung aus Brüssel erhielten. Die Auszahlung aller während der Teilassoziierung eingegangenen Projektverpflichtungen erfolgt in Tranchen gemäss dem jeweiligen Projektfortschritt.

Die Beiträge von 13,9 Millionen teilten sich wie folgt auf:

— Projektweise Finanzierung von Schweizer Partnern in Horizon 2020	
Verbundprojekten	6 121 252
— Information und Beratung für Horizon Europe	4 809 655
— Initiativen und Projekte mit Kofinanzierungsbedarf oder von Schweizer Interesse	2 935 807
— Horizon 2020	945 807
— Horizon Europe	1 990 000

Die gegenüber dem Voranschlag um 256,4 Millionen tieferen Ausgaben sind das Resultat folgender Faktoren:

- 250 Millionen konnten aufgrund der Nicht-Assoziierung nicht ausbezahlt werden. Der Betrag von 55,6 Millionen für die Kreditverschiebung (siehe Kreditmutationen und VA-Kredit A231.0435) wurde auf den ursprünglich budgetierten Betrag für den Pflichtbeitrag (305,6 Mio.) angerechnet. Anstelle der Assoziierung werden Beiträge für Übergangsmassnahmen nach Projektfortschritt ausbezahlt.
- Ein Kreditrest von 6,4 Millionen ergab sich bei der Direktfinanzierung von Horizon 2020-Verbundprojekten. Bei einigen Projekten lagen die finanziellen Schlussberichte vor, hingegen fehlten die Schlusssdokumente der Europäischen Union (technische Berichterstattungen, Prüfbericht der Europäischen Kommission), welche für den Abschluss der Projekte nötig sind.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung von 55,6 Millionen auf den VA-Kredit A231.0435 «Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021–2027».

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIG, SR 420.1), Art. 29 und 31; V vom 20.1.2021 über die Massnahmen für die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation (FIPBV, SR 420.126).

Hinweise

Verpflichtungskredite «EU Forschung und Innovation 2014–2020» (V0239.00–01) und «EU Forschung und Innovation 2021–2027» (V0239.03–05), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Zwischen den Voranschlagskrediten A231.0276 «EU-Forschungsprogramme» und A231.0435 «Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021–2027» bestand eine Verschiebungsmöglichkeit im Umfang von 86,2 Millionen (vgl. BB Ia über den Voranschlag, Art. 8 Abs. 7).

A231.0277 EUROPÄISCHE WELTRAUMORGANISATION (ESA)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	189 572 930	196 072 300	195 934 301	-137 999	-0,1

Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) fördert die Zusammenarbeit europäischer Staaten auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen und Innovationen für ausschliesslich friedliche Zwecke (z.B. Meteorologie, Klima- und Umweltüberwachung, Migration, usw.) im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme.

Empfängerin ist die ESA, welche Aufträge an Schweizer Wissenschaftsinstitute und Firmen vergibt. Die Aufteilung der Mittel war wie folgt:

— Pflichtbeitrag (Basisaktivitäten)	42 509 001
— Programmbeiträge	153 425 300

Der Pflichtbeitrag wird u.a. aus dem Bruttonationaleinkommen, der Schweizer Industriebeteiligung an gewissen Infrastrukturaktivitäten sowie weiteren Elementen bestimmt und wird periodisch angepasst. Der Kreditrest von rund 138 000 Franken erklärt sich durch Minderaufwände seitens ESA in verschiedenen Komponenten des Pflichtbeitrags.

Die Programmbeiträge fliessen in die mehr als 60 Programme, an denen sich die Schweiz gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten beteiligt. Schwergewichtig werden Programme in den Bereichen Trägerraketen, Technologie/Telekommunikation, wissenschaftliche Instrumente (PRODEX), bemannte und robotische Exploration und Erdbeobachtung unterstützt. Die Beiträge

werden an den ESA-Ministerratstagungen in Euro verpflichtet. Die letzte Ministerratstagung fand Ende 2022 statt, die nächste wird voraussichtlich im Jahr 2025 stattfinden.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 30.5.1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) (SR 0.425.09); Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIFG; SR 420.1), Art. 29 und 31.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Beteiligung an den Programmen der ESA» (V0164.00-03), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0435 ÜBERGANGSMASSNAHMEN HORIZON-PAKET 2021-2027

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	265 866 661	381 025 100	380 994 124	-30 976	0,0
davon Kreditmutationen		55 625 100			

Die Schweiz gilt beim EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und den damit verbundenen Programmen und Initiativen (Euratom-Programm, ITER, Digital Europe Programme) als nicht-assoziiertes Drittland. Eine Assoziierung der Schweiz am Horizon-Paket zum frühestmöglichen Zeitpunkt bleibt das Ziel des Bundesrats. Anstelle der Assoziierung hat der Bundesrat Übergangsmassnahmen vorgesehen. Durch die Abwicklung sämtlicher Übergangsmassnahmen über diesen Voranschlagskredit wird transparent ausgewiesen, welche Mittel insgesamt ausgegeben wurden.

Bundesrat und Parlament haben Übergangsmassnahmen im Umfang von über 1,85 Milliarden für die von der EU in den Jahren 2021, 2022 und 2023 durchgeführten Ausschreibungen beschlossen. Dies entspricht der Grössenordnung der Mittel, die bei einer Assoziierung aus den verschiedenen Instrumenten des Horizon-Pakets in die Schweiz fliessen würden (Rücklaufquote). Das SBFI finanziert Schweizer Forschende und Innovatoren bei allen Programmteilen und Instrumenten direkt (sog. Direktfinanzierung), wo sich diese zwar an EU-Projekten beteiligen, aber keine Mittel der EU erhalten können (rund 2/3 aller EU-seitigen Ausschreibungen bzw. circa 95 % aller Verbundprojekte). Ausserdem überweist das SBFI Mittel an Forschungs- und Innovationsförderorgane (Schweizer Nationalfonds [SNF], Innosuisse) und die Europäische Weltraumorganisation (ESA), damit diese Massnahmen für Programmteile und Instrumente anbieten, welche Schweizer Forschenden und Innovatoren im Horizon-Paket nicht offenstehen (rund 1/3 der Ausschreibungen).

Die Auszahlungen erfolgen nach effektivem Bedarf gemäss Projektverlauf und kommen damit zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie bei einer Assoziierung bei den Forschenden an. Im Gegensatz zum Pflichtbeitrag, den der Bund bei einer Assoziierung jedes Jahr als einmalige Vorauszahlung an die EU leisten würde, fallen die Ausgaben für Übergangsmassnahmen demnach über eine längere Zeitspanne beim Bund an. Das erklärt, warum vom geplanten Pflichtbeitrag 2023 (vgl. Kredit A231.0276 «EU-Forschungsprogramme») nur ein Teil in diesen Kredit verschoben wurde (55,6 Mio.). Die weiteren Beträge für die bewilligten Vorhaben werden erst in den Folgejahren zur Zahlung fällig.

Die Beiträge teilen sich wie folgt auf:

Direktfinanzierung durch das SBFI:

- Einzelförderungsprojekte des European Research Councils (ERC), des European Innovation Councils (EIC) und Einzelstipendien innerhalb der Marie Skłodowska-Curie Aktionen (MSCA) 27 386 868
- Verbundprojekte Horizon Europe, Digital Europe Programme, Euratom Programm und mit der ITER-Organisation 195 420 474
- Stärkung der Führungsrolle der Schweiz im Bereich des Hochleistungsrechners im Rahmen von Swiss Twins (Digital Europe Programme), Quantum und Sicherung des Zugangs zur Entwicklung von Grossrechnern (EuroHPC des Digital Europe Programme) 12 001 300

Finanzierung via Förderorgane:

- Schweizerischer Nationalfonds: Einzelpersonenförderung (Massnahmen für den ERC), Mobilitätsförderung (Massnahmen für die MSCA) und Verwertung von Forschungsergebnissen (Bridge Instrument) 74 699 820

- Innosuisse: Förderung von KMU und Start-ups (Swiss Accelerator, Alternative zum Förderprogramm des European Innovation Councils, EIC) und Sicherstellung eines einfacheren Zugangs zu digitalen Techniken (Digital Innovation Hubs des Digital Europe Programme). Ausserdem Stärkung der Flagships Initiative und Instrumente der internationalen Zusammenarbeit 53 485 662
- Europäische Weltraumorganisation (ESA): Übergangsmassnahmen im Raumfahrt-Bereich, für Teile des Digital Europe Programme sowie für Quantentechnologien durch die Zusatzfinanzierung von bestehenden ESA-Programmen (u.a. FLPP, NAVISP, ARTES, PRODEX, GSTP) 18 000 000

Die gegenüber dem Voranschlag um 55,6 Millionen höheren Ausgaben sind mit dem höheren Bedarf bei der Finanzierung von Einzelprojekten (Innosuisse und SNF) und bei der Direktfinanzierung von Verbundprojekten durch das SBFI begründet. Die Auszahlung erfolgt hier nach effektivem Bedarf gemäss Projektfortschritt. Im Jahr 2022 kam es zu Verzögerungen bei der Auszahlung bei Innosuisse und SNF, da es sich gezeigt hat, dass von der Ausschreibung bis zu den effektiven Zahlungen an die Schweizer Forschenden etwa ein Jahr vergeht. Gleichzeitig wurden die budgetierten Mittel für die Direktfinanzierung für das Jahr 2023 zu knapp veranschlagt.

Kreditmutationen

- Kreditverschiebung von 55,6 Millionen von VA-Kredit A231.0276 «EU-Forschungsprogramme».

Rechtsgrundlagen

Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz vom 14.12.2012 (FIGG, SR 420.1). V vom 20.1.2021 über die Massnahmen für die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation (FIPBV, SR 420.126).

Hinweise

Verpflichtungskredite «EU Forschung und Innovation 2021–2027» (V0239.03–04), Band 1B, Ziffer B1.

Zwischen den Voranschlagskrediten A231.0276 «EU-Forschungsprogramme» und A231.0435 «Übergangsmassnahmen Horizon-Paket 2021–2027» bestand eine Verschiebungsmöglichkeit im Umfang von 86,2 Millionen (vgl. BB Ia über den Voranschlag, Art. 8 Abs. 7).

INFORMATION SERVICE CENTER WBF

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Stärkung des ISCeco in seiner Rolle als departementaler, fachnaher IKT-Leistungserbringer im WBF (IKT-Strategie Bund, Initiativen SI-02 und SI-03)
- Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots und der Lieferfähigkeit für Cloud-basierte E-Gov Lösungen (SI-04)
- Festigung als bundesweiter Leistungserbringer für den neuen Standarddienst (SD) «GEVER» (elektronische Geschäftsverwaltung; SI-02)

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	46,0	40,2	44,5	-1,5	-3,3
Laufende Ausgaben	43,8	44,9	43,5	-0,3	-0,7
Eigenausgaben	43,8	44,9	43,5	-0,3	-0,7
Selbstfinanzierung	2,2	-4,7	1,0	-1,2	-54,5
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-0,2	-0,5	-0,4	-0,2	-77,0
Jahresergebnis	1,9	-5,2	0,5	-1,4	-71,6
Investitionsausgaben	0,8	1,4	0,5	-0,2	-27,4

KOMMENTAR

Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus der Leistungsverrechnung für Informatikleistungen an die bundesinternen Leistungsbezüger. Die Informatikleistungen setzen sich zu 69 Prozent aus der Leistungsgruppe 1 (IKT-Betrieb) und zu 31 Prozent aus der Leistungsgruppe 2 (IKT-Projekte und Dienstleistungen) zusammen. Der Anteil an erbrachten Informatikleistungen für das WBF beträgt 40 Prozent. Die restlichen 60 Prozent sind Leistungen für andere Departemente der Bundesverwaltung. Der Anteil von GEVER in der Leistungsgruppe 1 beträgt 66 Prozent (20,2 Mio.).

Der Einnahmenrückgang gegenüber der Rechnung 2022 (-1,5 Mio.) erklärt sich im Wesentlichen aus dem geringer ausgefallenen Projektgeschäft der Leistungsgruppe 2. Wesentliche Gründe sind grössere Projektabschlüsse im 2022, welche durch die Anschlussprojekte im 2023 nicht vollständig kompensiert wurden. In diesem Zusammenhang ist auch die Zurückhaltung der Kunden in der Neubeauftragung zu erwähnen.

Die Ausgaben in der Rechnung 2023 fallen gegenüber der Vorjahresrechnung etwas tiefer aus (-0,3 Mio.). Einerseits fielen die Ausgaben im Projektgeschäft für Kunden tiefer aus. Andererseits waren höhere Ausgaben nötig für die Realisierung des Projekts Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen (Umsetzung des neuen Zonenkonzepts) sowie aufgrund höherer Betriebskosten für IT-Wartungen und Lizenzen bedingt durch veränderte Marktsituationen.

Die Investitionsausgaben beinhalten den Ersatz von IT-Systemen und nahmen gegenüber der Rechnung 2022 bedingt durch die Lieferverzögerungen für das Projekt Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen ab (-0,2 Mio.).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Vorbereitung und Planung Umzug RZ-Verbund SD GEVER: Auszug aus dem RZ Titanic (Realisierung der «Überbrückungslösung») (erreicht)
- Vorbereitung für den Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund: Start des Aufbaus der Basisinfrastruktur in den neuen Netzwerkzonen von RZ-Verbund (erreicht)
- Vorbereitung für den Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund: Durchführung eines PoC zur Nutzung der Private Cloud Services des BIT (erreicht)
- Verbesserung der Resilienz: Vorstellung von Realisierungsvarianten zur Ausschöpfung des Potentials von RZ-Verbund zur Verbesserung der Resilienz von Fachanwendungen (erreicht)

LG1: IKT-BETRIEB

GRUNDAUFTRAG

Das ISCeco betreibt im Auftrag der Leistungsbezüger Anwendungen, Dienste und Systeme. Die Anwendungen können entweder von einem internen Leistungserbringer, in Zusammenarbeit mit Dritten oder von externen Leistungserbringern entwickelt worden sein. Die Dienste können bundesweite Standarddienste sein. Die Leistungen sollen den Kunden so unterstützen, dass er seine Geschäftsprozesse möglichst effizient und wirksam gestalten kann. Die Leistungen werden mit Service Level Agreements (SLA) vereinbart und sollen den Anforderungen und Erwartungen der Leistungsbezüger und der IKT-Lenkung Bund entsprechen. Der Grundauftrag ist insbesondere mit der IKT-Strategie Bund (SI-02 und SI-03) abgestimmt.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	30,8	31,7	30,8	-0,9	-3,0
Aufwand und Investitionsausgaben	31,1	32,6	31,5	-1,0	-3,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Kundenzufriedenheit FA WBF: Das ISCeco erbringt kundennahe, kundenfreundliche sowie durchgängig integrierte IKT-Leistungen			
– Zufriedenheit der WBF Endbenutzer/-innen, Integrationsmanager/-innen, Anwendungsverantwortlichen (Skala 1-6)	5,3	5,2	5,5
Kundenzufriedenheit GEVER Bund: Das ISCeco erbringt kundenfreundliche und stabile Betriebsleistungen für GEVER Bund			
– Zufriedenheit der Endbenutzer/-innen und der Anwendungsverantwortlichen (Skala 1-6)	5,1	4,3	4,8
Prozesseffizienz: Das ISCeco sorgt dafür, dass die Prozesse effizient organisiert sind und mit guter Qualität erbracht werden			
– Anteil der Incidents, welche vom Service Desk innerhalb der vereinbarten Reaktionszeit an den Fachsupport weitergeleitet werden (% min.)	98	91	97
– Anteil der Incidents, welche vom Fachsupport innerhalb der vereinbarten Interventionszeit bearbeitet werden (% min.)	99	93	99
Finanzielle Effizienz: Das ISCeco strebt eine Optimierung des IKT-Kosten/Leistungsverhältnisses für die Leistungsbezüger an			
– Preisindex gebildet anhand der mengenbereinigten Marktleistungen des SD GEVER (Index)	99	98	97
Qualitative Leistungserbringung: Die IKT-Betriebsleistungen stehen wie vereinbart zur Verfügung			
– Einhaltungsggrad Verfügbarkeiten über alle Service Level Agreement SLA (% min.)	100	98	99
IKT-Betriebssicherheit: Das ISCeco gewährleistet die Sicherheit durch zyklischen Ersatz kritischer Komponenten			
– Die definierten kritischen Komponenten sind in einer jährlich terminierten Planung von 1-4 Jahren (einzeln terminiert) ersetzt (% min.)	97	95	99

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollständig erreicht.

Kundenzufriedenheit Fachanwendungen WBF: Die hohe Zufriedenheit ist insbesondere auf den stabilen Betrieb, die operative Sicherheit und das Service Level Reporting (SLR) zurückzuführen.

Kundenzufriedenheit GEVER Bund: Besonders zu erwähnen ist die gute Bewertung in den Kategorien Beauftragung neuer Objekte, operative Sicherheit sowie Interventionszeit bei Betriebsstörungen.

LG2: IKT-PROJEKTE UND DIENSTLEISTUNGEN

GRUNDAUFTRAG

Das ISCeco unterstützt die Leistungsbezüger (LB) gemäss ihren Aufträgen. Hauptsächlich werden Anwendungen entwickelt, gepflegt und weiterentwickelt, welche die Geschäftsprozesse der LB effizient und wirksam unterstützen. Der Eigen-Leistungsanteil des ISCeco kann dabei unterschiedlich hoch sein. Von grösster Bedeutung sind die Integrationsleistungen, damit die LB mit durchgängigen IKT-Lösungen unterstützt sind. Die Leistungen werden in Projekt- und Dienstleistungsvereinbarungen definiert und verlässlich in Kosten, Terminen und Qualität erbracht. Der Grundauftrag ist abgestimmt mit der IKT-Strategie Bund (SI-02).

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	15,2	8,5	13,7	5,2	61,4
Aufwand und Investitionsausgaben	13,7	14,3	13,0	-1,3	-9,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Projekterfolg: Projektleistungen und -abwicklungen werden von den Kunden als qualitativ hochwertig, kostengünstig und termingerecht bewertet			
– Zufriedenheit der Projektauftraggebenden (Skala 1-6)	5,7	5,0	5,9
Wirtschaftliche Leistungserbringung: Dienstleistungen werden zu marktfähigen Preisen erbracht			
– Benchmark: durchschnittlicher eigener Std.-tarif im Verhältnis zum Std.-tarif vergleichbarer externer Anbieter, Quotient kleiner 1 = besser (Quotient, max.)	0,99	1,00	1,00
IKT-Sicherheit: Das ISCeco wirkt darauf hin, dass die Sicherheitsanforderungen je Projekt ausgewiesen und durch Massnahmen gedeckt sind			
– Anteil erfüllter resp. nicht erfüllter jedoch vom Kunden akzeptierter Sicherheitsanforderungen in den Projekten der Leistungsbezüger (%; min.)	100	100	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollständig erreicht.

Projekterfolg: Die sehr hohe Zufriedenheit der Projektauftraggebenden ist hervorzuheben, die in den Kundenprojekten «eCert» (BLV), «WBS Webseite Relaunch» (BWO) und «BI BLW – SAP BO Upgrade» (BLW) erreicht wurde.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	45 994	40 219	44 488	4 269	10,6
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	45 994	40 219	44 488	4 269	10,6
Aufwand / Ausgaben	44 827	46 808	44 489	-2 319	-5,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	44 827	46 808	44 489	-2 319	-5,0
Nachtrag		1 710			
Kreditverschiebung		350			
Abtretung		292			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		394			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		4 674			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	45 994 200	40 218 900	44 488 266	4 269 366	10,6

Beim *Funktionsertrag* handelt es sich insbesondere um Einnahmen aus der Leistungsverrechnung. Weitere Komponenten des Funktionsertrags sind Einnahmen aus der Rückverteilung der CO₂-Abgaben und Parkplatzvermietungen.

Der Funktionsertrag aus Leistungsverrechnung resultiert aus der Summe aller zwischen dem ISCeco und den inner- sowie ausser-departmentalen Leistungsbezügern vereinbarten Leistungsbeziehungen. Dieser setzt sich zusammen aus den Anteilen Service Level Agreements (SLA) von 30,8 Millionen, Projektvereinbarungen (PVE) von 9,3 Millionen und Dienstleistungsvereinbarungen (DLV) von 4,4 Millionen.

Der Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag beruht auf zusätzlichen unterjährigen Projektleistungen (+4,3 Mio.). Wesentliche Beispiele sind die Projekte «digiFlux» (0,9 Mio.; Datenmanagementsystem über den Einsatz von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln), «MAF – Meine Agradatenfreigabe» (0,2 Mio.; Weiterentwicklung der Fachanwendung zum vereinfachten Datenaustausch zwischen Bewirtschaftern und Datenbezügern) für das Bundesamt für Landwirtschaft BLW, «EasyGov» (0,1 Mio.; Projekt- und Integrationsarbeiten für die Online-Plattform für Unternehmen) für das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sowie Projektleistungen für GEVER Bund (1,5 Mio.). Des Weiteren wurden zusätzliche Projektleistungen für die Weiterentwicklung der eGovernment Plattform des UVEK (0,8 Mio.) erbracht.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	44 826 878	46 807 991	44 488 914	-2 319 077	-5,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		7 419 991			
Funktionsaufwand	44 073 814	45 376 532	43 941 968	-1 434 564	-3,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	43 825 361	44 885 232	43 502 234	-1 382 998	-3,1
Personalausgaben	14 515 699	19 117 800	15 652 736	-3 465 064	-18,1
Sach- und Betriebsausgaben	29 309 662	25 767 432	27 849 499	2 082 067	8,1
<i>davon Informatik</i>	28 184 598	24 360 332	26 308 133	1 947 801	8,0
<i>davon Beratung</i>	179 224	135 000	135 541	541	0,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	248 453	491 300	439 734	-51 566	-10,5
Investitionsausgaben	753 064	1 431 459	546 946	-884 513	-61,8
Vollzeitstellen (Ø)	81	90	85	-5	-5,6

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben fielen gegenüber dem Voranschlag 2023 insgesamt um 3,5 Millionen tiefer aus. Die Personalausgaben für interne Mitarbeitende liegen um 0,8 Millionen tiefer als budgetiert. Der mit zusätzlichen 6 Vollzeitstellen geplante Ausbau der internen Kapazitäten, hauptsächlich für den Standarddienst GEVER, konnte im Verlauf des Jahres bis auf eine Vakanz vollständig realisiert werden. Aufgrund von Fluktuation und Pensionierungen konnten nicht alle Stellen lückenlos wiederbesetzt werden, was insgesamt zu einem durchschnittlichen Bestand der Vakanzen von -5 FTE geführt hat. Im *Personalverleih* (-2,7 Mio.) wurden weniger externe Mitarbeitende über Personalleihverträge beschäftigt. Stattdessen wurden mehr Dienstleistungsverträge abgeschlossen (Sach- und Betriebsausgaben).

Sach- und Betriebsausgaben

Höhere Ausgaben in der Informatik begründen im Wesentlichen den Anstieg in den Sach- und Betriebsausgaben (+2,1 Mio.).

In der *Informatik* fielen die Ausgaben insgesamt um 1,9 Millionen höher aus. Die Ausgaben für die LV-Informatikdienstleistungen des BIT lagen unter dem Voranschlag (-0,2 Mio.). Hauptgrund hierfür war der geringere Bedarf an Speicherkapazitäten der Kunden für den Standarddienst GEVER. Gegenläufig war die Ausgabenentwicklung für Software-Lizenzen und für die IKT-Beratung im Projektgeschäft (+2,1 Mio.) – bedeutsame Projekte waren «digiFlux» (BLW), Projektleistungen für GEVER Bund sowie für das Projekt Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen.

Die *Beratungsausgaben* für betriebswirtschaftliche oder strategische Fragestellungen lagen im Rahmen des Voranschlags, die Mittel wurden hauptsächlich für IT-Sicherheits- und Kulturthemen der Verwaltungseinheit eingesetzt.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die Position umfasst Abschreibungen auf Informatikhardware und Software, die über ihre Nutzungsdauer linear abgeschrieben werden. Der Aufwand ist abhängig vom Anlageportfolio und der Nutzungsdauer der einzelnen Anlagen. Der um 0,1 Millionen tiefere Abschreibungsaufwand erklärt sich aus den neuen Anlagen, welche aufgrund von Lieferverzögerungen erst im Folgejahr aktiviert werden.

Investitionsausgaben

Neben der kontinuierlichen, wiederkehrenden Investitionstätigkeit wurden für die Realisierung des Projekts Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen zusätzliche Investitionen getätigt (Bereitstellung der neuen Basisinfrastruktur). Durch die Lieferverzögerungen in der Beschaffung der Investitionsgüter (z.B. Server) für das Projekt Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen erklären sich die um 0,9 Millionen tieferen Ausgaben. Diese Investitionsausgaben können erst im Jahr 2024 getätigt werden (vgl. auch Abschnitt Hinweise Kreditübertragung).

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung durch nicht budgetierte, leistungsbedingte Mehrerträge (Art. 30a Abs. 4 Bst. a FHG) im Haushaltsvollzug von 4 262 144 Franken, u.a. für zusätzliche Dienstleistungen in der Leistungsgruppe 2 (vgl. LG2).
- Nachtragskredit (Nachtrag II zum Voranschlag 2023) gemäss Art. 33 FHG im Umfang von 1 710 000 Franken für dringende Aktualisierungen der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER), für die Realisierung des Projekts Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen sowie für höhere Beschaffungskosten für IT-Wartungen und Lizenzen.
- Auflösung zweckgebundener Reserven im Umfang von 412 167 Franken.
- Kreditüberschreitung 1 % (Art. 36 Abs. 2 FHG) von 393 880 Franken.

- Kreditverschiebung von der BK DTI für die Kostenbeteiligung am Projekt Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen von 350 000 Franken.
- Abtretung vom Eidg. Personalamt 291 800 Franken für die Ausbildung von Lernenden und Kinderbetreuung sowie für höhere Sozialversicherungsbeiträge.

Hinweise

- Kreditübertragung in der Höhe von 971 372 Franken aufgrund von Lieferverzögerungen (Hardware inkl. der dazugehörenden Lizenzen, Wartungen und Dienstleistungen) für das Projekt Migration Rechenzentren-Verbund Fachanwendungen (Antrag mit Botschaft zum NKI/2024).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: IKT-Betrieb		LG 2: IKT-Projekte und Dienstleistungen	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	31	32	14	13
Personalausgaben	12	11	3	4
Sach- und Betriebsausgaben	19	19	11	9
<i>davon Informatik</i>	18	18	11	8
<i>davon Beratung</i>	0	0	0	0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	–	–
Verwaltungsvermögen				
Investitionsausgaben	1	1	–	–
Vollzeitstellen (Ø)	61	64	20	21

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	337 376	337 376
Bildung aus Rechnung 2022	–	1 703 038	1 703 038
Auflösung / Verwendung	–	-412 167	-412 167
Endbestand per 31.12.2023	–	1 628 247	1 628 247
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	1 347 700	1 347 700

Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von 412 167 Franken für die folgenden Projekte verwendet:

- Lifecycle der Fachanwendungs-Infrastrukturplattformen (0,3 Mio.)
- Rechenzentren-Verbund (RZ-Verbund) Konzeptphase GEVER (0,1 Mio.)

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven von 1 628 247 Franken entfallen hauptsächlich auf die Migration der GEVER-Infrastruktur in den RZ-Verbund (1,2 Mio.), RZ-Verbund Konzeptphase GEVER (0,2 Mio.) sowie für die Ersatzbeschaffung Web Service Gateway WSG (0,2 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Verzögerungen in drei Vorhaben werden zweckgebundene Reserven in Höhe von 1 347 700 Franken beantragt:

- Werterhalt Bundesstandarddienst GEVER 95 000 Franken

Aufgrund von Verzögerungen im Projekt Geschäftskonfiguration und dem weiteren Aufbau der Offline-Backup-Lösung für den Ransomware-Schutz werden die Mittel im Folgejahr benötigt.

- Projekt Migration RZ-Verbund Fachanwendungen 352 700 Franken

Aufgrund von Verzögerungen konnte das Projekt «Betrieb von Anwendungen im RZ-Verbund» nicht wie geplant umgesetzt werden.

- Projekt Migration RZ-Verbund GEVER 900 000 Franken

Aufgrund von nicht beeinflussbaren Verzögerungen bei der Realisierung von «RZ-Verbund» konnte die Migration von SD GEVER nicht wie ursprünglich beantragt im 2023 durchgeführt werden. Die Migration ist frühestens im 2025 möglich. Die dafür mittels Bundesratsbeschluss bewilligten Mittel (2. Tranche) werden daher erst im 2025 benötigt.

EIDG. DEPARTEMENT FÜR
UMWELT, VERKEHR,
ENERGIE UND
KOMMUNIKATION

INHALTSVERZEICHNIS

RECHNUNGEN DER VERWALTUNGSEINHEITEN

8	EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION	291
801	GENERALSEKRETARIAT UVEK	297
802	BUNDESAMT FÜR VERKEHR	305
803	BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT	321
805	BUNDESAMT FÜR ENERGIE	335
806	BUNDESAMT FÜR STRASSEN	351
808	BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION	365
810	BUNDESAMT FÜR UMWELT	377
812	BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG	401
816	SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE	407
817	REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR	413

EIDG. DEP. FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-R22 %
Laufende Einnahmen	2 398,7	2 359,8	2 496,3	97,6	4,1
Laufende Ausgaben	11 933,6	12 029,6	11 476,0	-457,6	-3,8
Eigenausgaben	947,7	829,0	806,8	-140,9	-14,9
Transferausgaben	10 984,5	11 200,3	10 666,8	-317,7	-2,9
Finanzausgaben	1,5	0,3	2,4	0,9	62,2
Selbstfinanzierung	-9 534,9	-9 669,8	-8 979,7	555,3	5,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-2 523,3	-2 804,5	-2 608,6	-85,3	-3,4
Jahresergebnis	-12 058,2	-12 474,3	-11 588,3	470,0	3,9
Investitionseinnahmen	61,9	63,7	67,2	5,3	8,6
Investitionsausgaben	2 979,7	6 884,4	3 077,7	98,0	3,3

EIGEN - UND TRANSFERAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEINHEITEN (R 2023)

Mio. CHF/Anzahl FTE	Eigen- ausgaben	Personal- ausgaben	Anzahl Vollzeit- stellen	Informatik	Beratung und externe Dienst- leistungen	Transfer- ausgaben
Eidg. Dep. für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	807	482	2 526	103	157	10 667
801 Generalsekretariat UVEK	34	19	97	10	2	-
802 Bundesamt für Verkehr	79	61	302	4	8	6 923
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	75	58	303	6	3	91
805 Bundesamt für Energie	103	51	275	5	34	1 322
806 Bundesamt für Strassen	186	115	600	45	14	1 111
808 Bundesamt für Kommunikation	62	46	247	9	2	76
810 Bundesamt für Umwelt	221	102	551	20	84	1 143
812 Bundesamt für Raumentwicklung	22	15	80	1	5	0
816 Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle	7	4	15	0	2	-
817 Regulierungsbehörden Infrastruktur	18	11	56	4	2	-

GENERALSEKRETARIAT UVEK

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination und Steuerung der politischen Sachgeschäfte des Departements
- Unterstützung und Beratung des Departementsvorstehers in allen politischen, juristischen und betrieblichen Belangen sowie der Kommunikation
- Steuerung und Koordination der Ressourcen des Departements
- Wahrnehmung der Eignerinteressen gegenüber den bundesnahen Unternehmen SBB, Post, Swisscom und Skyguide

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	0,1	0,0	0,0	-28,9
Laufende Ausgaben	30,8	38,2	33,9	3,1	10,1
Eigenausgaben	30,8	38,2	33,9	3,1	10,1
Selbstfinanzierung	-30,8	-38,2	-33,9	-3,1	-10,1
Jahresergebnis	-30,8	-38,2	-33,9	-3,1	-10,1

KOMMENTAR

Einnahmen und Ausgaben des Generalsekretariats UVEK betreffen ausschliesslich den Eigenbereich. Auf der Einnahmenseite sind lediglich kleinere Rückerstattungsbeträge zu verzeichnen. Die Ausgabenseite ist vor allem von Personal- (57 %) und Informatikausgaben (43 %) geprägt.

Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Ausgaben rund 3,1 Millionen (rd. +10 %) über dem Rechnungswert 2022, was hauptsächlich durch höhere Ausgaben in den Bereichen Personal (rd. +1,4 Mio.), Beratung (rd. +1,1 Mio.) sowie bei der Informatik (rd. +0,4 Mio.) bedingt war. Die Zunahme der Personalausgaben war einerseits auf die mit dem Voranschlag 2023 internalisierten Stellen im Bereich IKT und bei den Sprachdiensten zurückzuführen. Darüber hinaus fielen Ausgaben für die haushaltsneutrale Verschiebung der Abteilung Energie & Klima (EK Bund) vom Bundesamt für Energie (BFE) in das Generalsekretariat UVEK an. Weitere Mehrausgaben waren bei den externen Dienstleistungen (rd. +0,2 Mio.) zu verzeichnen.

Gegenüber dem Voranschlag fielen die Ausgaben um rund 4,3 Millionen geringer aus. Ausschlaggebend dafür waren niedrigere Ausgaben in den Bereichen Informatik (rd. -3 Mio.), Personal (rd. -1,8 Mio.) und übrige Sach- und Betriebsausgaben (rd. -0,2 Mio.). Demgegenüber lagen die externen Dienstleistungen gut 0,7 Millionen über dem budgetierten Betrag (vgl. Begründungen unten).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- E-Government UVEK: Formeller Abschluss Programm und Koordination Amtsprojekte im Rahmen Service auf Stufe Departement (erreicht)

LG1: FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG, STEUERUNG UND KOORDINATION VON GESCHÄFTEN UND RESSOURCEN

GRUNDAUFTRAG

Das Generalsekretariat stellt dem Departementsvorsteher führungsrelevante Informationen zur Verfügung, unterstützt ihn bei der politischen Arbeit, betreut den Planungsprozess, koordiniert, begleitet und bewertet die Geschäftsabwicklung in den Ämtern und sichert die Information. Es koordiniert und steuert die Ressourcen und sorgt dafür, dass Planung und Tätigkeiten mit den anderen Departementen und dem Bundesrat koordiniert werden. Darüber hinaus nimmt es innerhalb des Departements die Eignerinteressen gegenüber den bundesnahen Unternehmen SBB, Post, Swisscom und Skyguide wahr.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	23,1
Aufwand und Investitionsausgaben	22,4	25,2	25,2	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Führungsunterstützung, Geschäfts- und Ressourcenkoordination: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung und Koordination der Parlaments-, Bundesrats- und Departementsgeschäfte sowie der Verwaltungsressourcen in guter Qualität erfolgen			
- Fristgerechte Durchführung aller Budgetgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
- Fristgerechte Durchführung aller Leistungsvereinbarungsgespräche mit den Verwaltungseinheiten (ja/nein)	ja	ja	ja
Public Corporate Governance: Das Generalsekretariat trägt dazu bei, dass die Steuerung der ausgelagerten Einheiten der definierten Corporate Governance-Politik von Bundesrat und Parlament folgt			
- Strategische Ziele sind vorhanden; mit den bundesnahen Unternehmen werden Eignerggespräche geführt (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele konnten wie geplant erreicht werden.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		77	63	77	15	23,1
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	77	63	77	15	23,1
Aufwand / Ausgaben		30 848	38 248	33 953	-4 295	-11,2
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	22 418	25 211	25 202	-9	0,0
	Nachtrag		1 100			
	Kreditverschiebung		-675			
	Abtretung		723			
A202.0147	Departementaler Ressourcenpool	8 430	13 037	8 751	-4 286	-32,9
	Kreditübertragung		4 255			
	Kreditverschiebung		313			
	Abtretung		-1 954			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	76 794	62 800	77 301	14 501	23,1

Rund 74 Prozent der Einnahmen betrafen Rückerstattungen aus Vorjahren (massgeblich AHV, SUVA, CO₂-Abgabe). Die restlichen Erträge resultierten aus Parkplatzvermietungen an Mitarbeitende. Der Voranschlagswert wurde als Durchschnittswert aus den vier Vorjahren berechnet. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

Per Jahresende wurden Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben in der Höhe von rund 57 000 Franken aufgelöst und über den Funktionsertrag verbucht.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	22 418 396	25 210 900	25 201 717	-9 183	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 147 300</i>			
Funktionsaufwand	22 418 396	25 210 900	25 201 717	-9 183	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	22 418 396	25 210 900	25 201 717	-9 183	0,0
Personalausgaben	17 962 302	19 509 200	19 413 483	-95 717	-0,5
Sach- und Betriebsausgaben	4 456 095	5 701 700	5 788 234	86 534	1,5
<i>davon Informatik</i>	<i>1 156 490</i>	<i>1 531 600</i>	<i>1 480 054</i>	<i>-51 546</i>	<i>-3,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>232 767</i>	<i>1 059 000</i>	<i>1 115 313</i>	<i>56 313</i>	<i>5,3</i>
Vollzeitstellen (Ø)	92	97	97	0	0,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Minderausgaben in Höhe von knapp 0,1 Millionen gegenüber dem Voranschlag resultieren massgeblich aus niedrigeren Ausgaben für die Kinderbetreuung, Aus- und Weiterbildung sowie Sprachausbildungen. Die Personalbezüge beliefen sich auf annähernd 15,7 Millionen, die Arbeitgeberbeiträge auf gut 3,6 Millionen. Die im Voranschlag internalisierten Stellen im Bereich IKT und bei den Sprachdiensten wurden wie geplant umgesetzt. Die Anzahl Vollzeitstellen belief sich dementsprechend im Rechnungsjahr auf planmässig 97.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Informatikausgaben beliefen sich auf annähernd 1,5 Millionen und lagen damit 3,4 Prozent unter dem Voranschlagswert. Für die verwaltungsinternen Leistungsbezüge im Rahmen der Leistungsverrechnung – massgeblich für den Betrieb und die Wartung der Systeme und Applikationen – wurden gut 1,4 Millionen verrechnet (rd. +0,4 Mio.). Der im Voranschlag budgetierte externe Leistungsbezug von rund 0,5 Millionen für Informatikdienstleistungen (Projekte) wurde nicht beansprucht. Der Minderbedarf beruht auf zeitlichen Verzögerungen von Projekten auf Amtsstufe (insbesondere Verzögerungen beim Ausrollen) und Teilprojekten (insbesondere Lieferverzögerungen) im Rahmen des Programms E-Government UVEK.

Die Beratungsausgaben dienen der Finanzierung von externen Aufträgen in den verschiedenen Leistungsbereichen des Departements, wie beispielsweise Expertisen und Beurteilungen von Fragen im Zusammenhang mit dem Service public, bei der Infrastruktur oder den bundesnahen Betrieben. Der im Voranschlag eingestellte Betrag in Höhe von rund 1,1 Millionen wurde nur minimal überschritten.

Von den verbleibenden Sach- und Betriebsausgaben in der Höhe von knapp 3,2 Millionen betrafen rund 1,6 Millionen die verwaltungsinterne Leistungsverrechnung; der Mietaufwand machte mit 91 Prozent den weitaus grössten Anteil daran aus. Die übrigen schuldenbremswirksamen Betriebsausgaben beliefen sich auf annähernd 1,6 Millionen und beinhalten im Wesentlichen den Aufwand für Übersetzungsleistungen, Spesen, den Logistik- und allgemeinen Betriebsaufwand. Die nach Aufwand verrechnete Abgeltung an das ENSI für Aufgaben zu Gunsten des Bundes fiel höher aus, weil in der Abrechnung noch Positionen aus 2022 enthalten waren (siehe Kreditabtretung unten).

Investitionsausgaben

Im Berichtsjahr erfolgten keine Beschaffungen mit Investitionscharakter.

Kreditmutationen

- Kreditübertrag aus Nachtrag I/2023 aus BFE zugunsten Personal Energie und Klima: 1 100 000 Franken;
- Abtretung durch EPA zusätzliche PK-Beiträge, 1. Tranche 2023: 227 200 Franken;
- Abtretung durch EPA zusätzliche PK-Beiträge, 2. Tranche 2023: 12 900 Franken;
- Abtretung durch EPA Lernende, 1. Tranche 2023: 26 100 Franken;
- Abtretung durch EPA Lernende, 2. Tranche 2023: 16 200 Franken;
- Abtretung durch EPA Fachhochschulpraktikanten 2023: 82 200 Franken;
- Abtretung durch EPA Förderprämie für berufliche Integration, 1. Tranche 2023: 2 000 Franken;
- Abtretung durch EPA Förderprämie für berufliche Integration, 2. Tranche 2023: 6 000 Franken;
- Kreditverschiebung zur EFV zugunsten DLZ Finanzen gem. Dienstleistungsvereinbarung: -232 800 Franken;
- Kreditverschiebung an BK gem. Vereinbarung zu Übersetzungsdienstleistungen: -130 000 Franken;
- Kreditabtretung vom Departementalen Ressourcenpool für ENSI Gebühren: +350 000 Franken;
- Kreditverschiebung an Departementalen Ressourcenpool für Informatik und Beratung aufgrund Transfers «Energie und Klima»: -312 500 Franken.

A202.0147 DEPARTEMENTALER RESSOURCENPOOL

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	8 429 554	13 037 200	8 750 915	-4 286 285	-32,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>2 613 900</i>			
Funktionsaufwand	8 429 554	13 037 200	8 750 915	-4 286 285	-32,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	8 429 554	13 037 200	8 750 915	-4 286 285	-32,9
Personalausgaben	-	1 679 000	-	-1 679 000	-100,0
Sach- und Betriebsausgaben	8 429 554	11 358 200	8 750 915	-2 607 285	-23,0
<i>davon Informatik</i>	<i>8 429 554</i>	<i>11 451 200</i>	<i>8 538 226</i>	<i>-2 912 974</i>	<i>-25,4</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>-</i>	<i>257 000</i>	<i>204 384</i>	<i>-52 616</i>	<i>-20,5</i>

Im departementalen Ressourcenpool sind diejenigen Kreditmittel budgetiert, welche entweder im Jahresverlauf bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten oder für zentral finanzierte departementale Vorhaben eingesetzt werden.

Den Ämtern des UVEK wurden personelle Mittel im Umfang von 1,6 Millionen aus dem departementalen Ressourcenpool übertragen (s. unter Kreditmutationen).

Für die departemental geführten IKT-Vorhaben wurden von den eingestellten rund 11,4 Millionen knapp 8,8 Millionen beansprucht:

- Aus dem Voranschlagskredit wurden für das Programm E-Government UVEK anteilig gut 8,4 Millionen zugesprochen. Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen von Amtsprojekten und Teilprojekten im Rahmen des Programms E-Government UVEK sind davon lediglich knapp 6,0 Millionen benötigt worden. Rund 3,0 Millionen wurden den UVEK-Ämtern weiterbelastet und aufwandmindernd kompensiert. Das Programm E-Government UVEK auf Stufe Departement ist abgeschlossen. Im Rahmen des Betriebs wird die Weiterentwicklung fortgesetzt.
- Aufgrund von Verzögerungen wurden die geplanten Mittel für departementale Vorhaben wie die Anwendung GEVER, die Standarddienste ISB, die Optimierung der Geschäftsprozesse (Innovator) und weitere kleinere Projekte nicht vollständig ausgeschöpft.

Kreditmutationen

- Kreditübertragung Nachtrag I/2023 aus 2022 GEVER/GENOVA: Supportunterstützung bei Migrationsleistungen, Programmunterstützung: 410 000 Franken;
- Kreditübertragung Nachtrag I/2023 aus 2021 E-Government: Arbeiten in Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und dem Betrieb der Plattform E-GOV-UVEK: 2 954 000 Franken;
- Kreditübertragung Nachtrag I/2023 aus 2022 übrige IT-Vorhaben: Einführung «Innovator», JIRA-UVEK und Beratung Digitale Transformation: 461 400 Franken;
- Kreditübertragung Nachtrag I/2023 aus 2022: Abgangsentschädigungen: 430 000 Franken;
- Kreditabtretung an ARE (Defizitgarantie): -579 000 Franken;
- Kreditabtretung an BAV (Defizitgarantie): -1 025 000 Franken;
- Kreditabtretung an GS UVEK für ENSI-Gebühren: -350 000 Franken
- Kreditverschiebung von GS UVEK aufgrund Transfers «Energie und Klima: 312 500 Franken.

Rechtsgrundlagen

Sammelkredit gemäss Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.07), Art. 20 Abs. 3.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	3 063 000	3 063 000
Bildung aus Rechnung 2022	–	590 000	590 000
Endbestand per 31.12.2023	–	3 653 000	3 653 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	2 990 000	2 990 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Rechnungsjahr 2023 wurden keine zweckgebundenen Reserven verwendet bzw. aufgelöst.

Reservenbestand

Es bestehen keine allgemeinen Reserven. Der zweckgebundene Reservenbestand beläuft sich auf annähernd 3,7 Millionen und liegt damit rund 0,6 Millionen über dem Endjahreswert 2022. Die Reserven entfallen hauptsächlich auf das Programm SUPERB (rd. 3 Mio.), das Programm E-Government UVEK (rd. 0,3 Mio.) sowie weitere Informatikvorhaben (rd. 0,4 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Für das Programm E-Government wird ein Antrag auf eine zweckgebundene Reserve von 2,4 Millionen gestellt. Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen von Amtsprojekten und Teilprojekten wurden die Mittel nicht ausgeschöpft. Ein weiterer Antrag auf eine zweckgebundene Reserve im Umfang von 590 000 Franken zu Gunsten des bundesweiten Programms SUPERB wird gestellt. Infolge Verzögerung des geplanten Rollouts der Fachanwendungen und Anpassungen des Einführungsvorgehens auf die Variante «Step-by-Step» können die im 2023 geplanten Arbeiten an den Fachanwendungen erst im 2024 gestartet werden.

BUNDESAMT FÜR VERKEHR

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Steuerung und Finanzierung von Betrieb, Unterhalt und Erhalt der Bahninfrastruktur
- Gestaltung und Finanzierung der Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur
- Finanzierung und effiziente Erbringung des öffentlichen Personenverkehrs
- Finanzierung und effiziente Erbringung des Schienengüterverkehrs, Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs
- Gestaltung und Durchsetzung der Rahmenbedingungen für die Verkehrssicherheit (Schiene, Seilbahn, Schiff und Bus)
- Gestaltung des Wandels der Mobilität (Teil öV) aufgrund der technologischen Entwicklung

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	602,5	611,9	618,8	16,3	2,7
Laufende Ausgaben	6 975,3	7 102,4	7 001,4	26,1	0,4
Eigenausgaben	77,8	78,9	78,7	1,0	1,2
Transferausgaben	6 897,5	7 023,4	6 922,6	25,1	0,4
Selbstfinanzierung	-6 372,8	-6 490,5	-6 382,6	-9,8	-0,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-14,0	-91,9	-30,6	-16,6	-118,4
Jahresergebnis	-6 386,8	-6 582,4	-6 413,2	-26,4	-0,4
Investitionseinnahmen	30,9	29,2	29,9	-0,9	-3,1
Investitionsausgaben	20,3	88,0	26,8	6,5	32,1

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen beliefen sich auf knapp 619 Millionen und erhöhten sich gegenüber der Rechnung 2022 um rund 16 Millionen (+2,7 %). Der Hauptanteil der Einnahmen war auf die Kantonsbeiträge in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) in der Höhe von 606 Millionen (+6,9 Mio. bzw. 4,8 %) zurückzuführen. Die laufenden Ausgaben betrugen rund 7 Milliarden (+0,4 %). Davon entfielen gut 5,7 Milliarden auf die Einlage in den BIF (+2,2 %). Knapp 1,2 Milliarden wurden für die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs (RPV) aufgewendet (+0,7 %), rund 109 Millionen für die Förderung des Schienengüterverkehrs (-0,9 %). Fast 99 Prozent der Ausgaben entfallen auf den Transferbereich, etwas mehr als 1 Prozent auf die Eigenausgaben.

Die Eigenausgaben lagen gegenüber der Rechnung 2022 um eine Million höher, was im Wesentlichen auf den Anstieg der Personalausgaben zurückzuführen ist. Der Anstieg in den Personalausgaben konnte durch tiefere Sach- und Betriebsausgaben teilweise kompensiert werden.

Die Investitionseinnahmen betrugen rund 30 Millionen und lagen um 3,1 Prozent unter dem Vorjahr. Im Berichtsjahr wurden weniger Darlehen zurückbezahlt. Die Investitionsausgaben stiegen auf gut 27 Millionen (+32,1 %), da mehr Mittel in Güterverkehrsanlagen und in den Autoverlad investiert wurden.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und Perspektive BAHN 2050: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG): Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die Vorlage muss aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung angepasst werden. Diese Arbeiten laufen noch.
- Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur: Beantragung (erreicht)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Ausbau der internationalen Verbindung Zürich – München» (in Erfüllung des Po. KVF-S 19.3006): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr» (in Erfüllung des Po. Reynard 20.3874): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene» (in Erfüllung des Po. KVF-S 20.4259): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs» (in Erfüllung des Po. Storni 21.3076): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verlagerungsbericht 2023: Verabschiedung (erreicht)
- Änderung des Eisenbahngesetzes (EBG): Umsetzung der technischen Säule des vierten EU-Eisenbahnpakets: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Klimaschutzpotenzial in der Schifffahrt» (in Erfüllung des Po. Flach 19.3485): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2023. Verlagerungsbericht Juli 2021 – Juni 2023: Gutheissung des Verlagerungsberichts 2023 durch den Bundesrat (erreicht)

LG1: BAHNINFRASTRUKTUR

GRUNDAUFTRAG

Betrieb und Substanzerhalt der Eisenbahninfrastruktur sollen effizient sichergestellt und die Infrastruktur laufend an die Erfordernisse des Verkehrs und dem Stand der Technik angepasst werden. Über den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und den Substanzerhalt des bestehenden Netzes wird eine Verbesserung der Voraussetzungen für den schienengebundenen Güter-, Fern- und Regionalverkehr angestrebt. Im Rahmen der Verfahren werden die Rechte Dritter vor unerwünschten und nicht rechtskonformen Einwirkungen aus Bau und Betrieb geschützt, auch bei Seilbahnen und Schiffsanlegestellen. Mit der Bereitstellung der Infrastruktur kann die Schiene einen substanziellen Teil der Verkehrsnachfrage abdecken.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	7,2	7,6	7,5	-0,1	-1,3
Aufwand und Investitionsausgaben	20,3	20,8	21,0	0,1	0,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Betrieb, Substanzerhalt und Ausbau der Infrastruktur: Betrieb und Substanzerhalt der vorhandenen Infrastruktur sowie Ausbau der Infrastruktur sind sichergestellt			
- Durchschnittliche Netzzustandsnote (1=neuwertig) über alle Infrastrukturbetreiberinnen nach Branchenstandard (Skala 1-5)	2,7	2,7	2,7
- Störungen, die durch Infrastruktur verursacht werden und zu Verspätungen > 3 Min. führen, pro 1 Mio. Trassenkm (Anzahl, max.)	96	88	91
- Summe der Ist-Kosten im Verhältnis zur Endkostenprognose ZEB (Preisstand aktuell) (% , min.)	75	74	72
- Summe der Ist-Kosten im Verhältnis zur Endkostenprognose AS 2025 (Preisstand aktuell) (% , min.)	15	20	18
Verfahren: Die Plangenehmigungsverfahren (PGV) zum Ausbau der Infrastruktur werden zeitgerecht durchgeführt			
- Erstinstanzliche Behandlungsfrist für PGV bei Eisenbahnen und Seilbahnen eingehalten (% , min.)	60	68	59
Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz: Der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Verkehr (öV) ist umgesetzt			
- Anteil Bahnhöfe, bei denen die Perrons barrierefrei zugänglich sind (% , min.)	52	64	55
Effizienz: Die Mittel für die Infrastruktur werden effizient eingesetzt			
- Netznutzungseffizienz der Bahnen in Trassenkm je Hauptgleiskm pro Tag (Anzahl, min.)	73	73	74
- Betriebsbeitrag pro Zugskm (CHF, max.)	2,78	2,70	2,33

KOMMENTAR

Die Ziele konnten mehrheitlich nicht erreicht werden. Zu Abweichungen kam es in folgenden Bereichen:

Betrieb, Substanzerhalt und Ausbau der Infrastruktur: Die Anlagestörungen konnten gegenüber 2022 reduziert werden, liegen aber immer noch über dem Zielwert. Bei der SBB gab es zudem wie im Vorjahr einen statistischen Effekt aufgrund der Einführung eines neuen Erfassungstools, welcher in der Prognose noch nicht berücksichtigt werden konnte. Die Zielwerte Summe der Ist-Kosten im Verhältnis zur Endkostenprognose ZEB und AS2025 konnten aufgrund des Anstiegs der Endkostenprognosen bei laufenden Projekten nicht eingehalten werden.

Verfahren: Der Zielwert von 68 Prozent konnte nicht eingehalten werden. Die Verfahrensdauer hängt von vielen Faktoren ab, die nicht alle vollständig durch das BAV beeinflusst werden können. Insbesondere die Qualität der Dossiers, das Resultat der Vernehmlassungen bei Kantons- und Bundesstellen sowie die Anzahl der Einsprachen und Projektänderungen lassen sich nur beschränkt beeinflussen.

Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz: Die Anpassungen der Bahnhöfe an das BehiG, die Anforderungen für Sicherheit und Kapazität sowie die Umsetzung der Ausbauschritte führen bei allen Infrastrukturbetreiberinnen (ISB) zu sehr grossen Bautätigkeiten. Zudem ist bei den ISB die interne und externe Ressourcensituation für die Planung und Realisierung sehr angespannt. Daher konnte der Zielwert nicht erreicht werden.

LG2: ÖFFENTLICHER VERKEHR UND SCHIENENGÜTERVERKEHR

GRUNDAUFTRAG

Durch Sicherstellung der Finanzierung und das Schaffen geeigneter Rahmenbedingungen für eine effiziente Erbringung des Personenverkehrs und des schienengebundenen Güterverkehrs trägt das BAV zur landesweiten gesetzeskonformen Versorgung bei. In Übereinstimmung mit den europäischen Regeln wird der Marktzugang beim strassengebundenen Güter- und Personenverkehr sichergestellt. Im alpenquerenden Güterverkehr wird das Verlagerungsziel angestrebt. Dank dieser Leistungen profitieren Bevölkerung und Wirtschaft von einer verkehrlichen Grundversorgung, wird der Anteil des öffentlichen Personenverkehrs erhöht und alpenquerender Güterverkehr auf die Schiene verlagert.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	3,1	1,8	2,0	0,1	7,7
Aufwand und Investitionsausgaben	15,0	15,0	15,0	0,1	0,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Personenverkehr Grundversorgung: Die Grundversorgung im Personenverkehr (Angebotsumfang und Qualität) ist gesichert			
– Personenkm im öV gesamt (Anzahl, Mrd.)	17,161	21,700	18,386
– Kurskm im regionalen Personenverkehr (RPV) (Anzahl, Mio., min.)	350,787	341,400	357,851
– Anteil der mit Güteklasse D (geringe Erschliessung) oder besser erschlossenen Wohnbevölkerung an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung (% min.)	84,4	83,0	84,3
– Auslastung im RPV (% min.)	15,1	16,5	16,1
Alpenquerender Güterverkehr (AQGV): Der Modal Split-Anteil und die Effizienz der Schiene im AQGV werden erhöht			
– Modal Split-Anteil der Schiene im AQGV (% min.)	74,9	72,0	73,4
– Transportmengen im alpenquerenden Schienengüterverkehr (Tonnen, Mio., min.)	28,356	30,500	28,300
– Abgeltung pro Sendung im alpenquerenden Unbegleiteten Kombinierten Verkehr (CHF, max.)	98	76	77
Versorgung Güterverkehr in der Fläche: Das Angebot im Schienengüterverkehr in der Fläche entwickelt sich nachhaltig			
– Nachgefragte Transportleistung (Netto-Tkm) im Schienengüterverkehr in der Fläche (Anzahl, Mrd.)	10,398	11,500	10,479
– Beförderte, beladene Bahnwagen auf dem Normalspurnetz (Anzahl, Mio., min.)	1,021	1,075	0,966
– Betriebsfähige, private Anschlüsse an das Normalspurnetz (Anzahl, min.)	571	560	563
Personenverkehr: Der Modal Split-Anteil und die Effizienz des öV werden längerfristig erhöht			
– Modal Split öffentlicher Personenverkehr (% min.)	20,7	20,5	17,6
– Abgeltung pro Personenkm (CHF, max.)	0,27	0,20	0,25
– Kostendeckungsgrad im RPV (% min.)	47,2	49,6	49,2

KOMMENTAR

Die Ziele konnten mehrheitlich nicht erreicht werden (*Ist-Werte beziehen sich mehrheitlich auf die Vorjahre, da diese im Zeitpunkt der Erstellung der Finanzberichterstattung noch nicht vorliegen*):

Personenverkehr Grundversorgung: Die Personenkm im öV konnten 2021 (t-2) coronabedingt den Zielwert nicht erreichen. Der Auslastungsgrad im RPV liegt leicht unter dem Zielwert, aber höher als im Vorjahr. Er entspricht jedoch den vereinbarten Angeboten für 2023.

Alpenquerender Güterverkehr (AQGV): Die Transportmengen im alpenquerenden Schienengüterverkehr (t-1) lagen tiefer als prognostiziert, was sich auch auf die Abgeltung pro Sendung auswirkte. Gleichzeitig liegt das Aufkommen weitgehend über dem Niveau der Jahre vor Beginn der Covid-Pandemie. Diese Entwicklung ist in Verbindung mit den weiteren Massnahmen des Bundes zur Unterstützung der Verlagerung auf die vollständige Inbetriebnahme von NEAT und des 4-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse zurückzuführen. Ursache für die stagnierende Entwicklung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs ist einerseits die schwierige Konjunkturlage. Andererseits zeigt sich, dass die mit der Inbetriebnahme des CBT und des 4-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse verbundene Nachfrage und Verlagerung aktuell ausgeschöpft scheint. Zusätzlichen Neuverkehren steht aktuell die schlechte Zuverlässigkeit des alpenquerenden Schienengüterverkehrs im Wege. Hauptursachen hierfür sind die mangelnde Verfügbarkeit und die Überlastung der Schieneninfrastruktur auf den Zulaufstrecken.

Güterverkehr in der Fläche: Die stagnierende Entwicklung der Transportleistung im Güterverkehr-Gesamtverkehr gilt ebenfalls für den Schienengüterverkehr in der Fläche. Für die Stagnation dürfte massgeblich die national und international wirksame konjunkturelle Abschwächung im Zuge der Energiekrise (als Folge des Ukrainekriegs) verantwortlich sein.

Personenverkehr: Bei der Messgrösse Modal Split öffentlicher Personenverkehr (t-3) schlägt der Covid-Effekt durch. Die Abgeltungen pro Personenkilometer und der Kostendeckungsgrad entsprechen den vereinbarten Angeboten der Transportunternehmen für 2023. Die Unternehmen sind nach Covid von einer langsameren Nachfrageerholung ausgegangen und haben entsprechend niedrigere Einnahmen in den Angeboten eingerechnet. Auf der Kostenseite wurden die Angebote 2023 mit verschiedenen Unsicherheiten und steigenden Kosten (u.a. Energie, Löhne) kalkuliert. Aus diesen Gründen konnten die Zielwerte nicht erreicht werden.

LG3: SICHERHEIT ÖFFENTLICHER VERKEHR

GRUNDAUFTRAG

Durch Weiterentwicklung der Regelwerke und Sicherheitsaufsicht über Unternehmen, den Betrieb, die Anlagen und Fahrzeuge sowie das Personal werden die Rahmenbedingungen für die Verkehrssicherheit im Schienen-, Seilbahn-, Schiffs- und Busverkehr gestaltet und durchgesetzt. Dank dieser Leistungen verfügen Bevölkerung und Wirtschaft über einen sicheren, effizienten sowie regelkonformen öffentlichen Personen- und Güterverkehr.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	2,6	3,1	3,3	0,2	5,0
Aufwand und Investitionsausgaben	42,5	43,2	43,0	-0,2	-0,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
öV-Sicherheit Schweiz: Die öV-Sicherheit bleibt mindestens gleich hoch			
– Personenschäden im Einflussbereich der Transportunternehmen: Summe der Toten (Gewicht 1.0) und schwerverletzten Personen (Gewicht 0.1) (Anzahl, max.)	7,7	8,2	9,3
– Relevante Ereignisse im öV-CH: Unfälle mit relevantem Personen- oder Sachschaden sowie Gefährdungen (Anzahl, max.)	538	600	548
öV-Sicherheit im Vergleich: Die Sicherheit der Schweizer Eisenbahnen ist im europäischen Vergleich sehr gut			
– Vergleich zwischen der Schweiz und ausgewählten europäischen Ländern auf der Grundlage von EU-Sicherheitszielen (CST) und -indikatoren (CSI) (Rang, min.)	2	5	3
Sicherheitsaufsicht: Die Sicherheitsaufsicht ist gewährleistet			
– Sicherheitsaufsicht im Betrieb: Summe der Audits, Managementgespräche sowie Betriebskontrollen (Anzahl, min.)	510	480	530
– Sicherheit Güterzüge: Gravierende Beanstandungen (Fehlerklasse 5) im Verhältnis zu allen kontrollierten Güterwagen (% max.)	4	4	4

KOMMENTAR

Die Ziele wurden grösstenteils erreicht.

öV-Sicherheit Schweiz: Der maximale Zielwert für Personenschäden im Einflussbereich der Transportunternehmen (t-1) konnte nicht erreicht werden, da es im 2022 mehr Unfälle mit Todesfolge gab.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	853 499	641 487	707 196	65 709	10,2
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	12 886	12 555	12 755	200	1,6
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	4 503	-	2 937	2 937	-
E130.0114 Auflösung Rückstellungen Bürgschaftsrahmenkredit	-	-	54 990	54 990	-
E131.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	30 866	28 540	29 894	1 354	4,7
E132.0001 Rückzahlung Investitionsbeiträge	1 406	625	127	-498	-79,7
E132.0101 Kantonsbeiträge Bahninfrastrukturfonds	578 259	599 134	606 029	6 895	1,2
E138.0001 Wertaufholungen im Transferbereich	398	400	-	-400	-100,0
Finanzertrag					
E140.0001 Finanzertrag	20 293	234	460	226	96,3
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0121 Entnahme Rückstellungen COVID-19	204 889	-	5	5	-
Aufwand / Ausgaben	11 623 021	7 282 668	7 117 322	-165 346	-2,3
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	77 764	78 967	78 963	-3	0,0
<i>Kreditverschiebung</i>		25			
<i>Abtretung</i>		3 213			
<i>Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)</i>		748			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		166			
Transferbereich					
<i>LG 1: Bahninfrastruktur</i>					
A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds	5 605 551	5 758 798	5 729 691	-29 106	-0,5
<i>LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr</i>					
A231.0289 Zwischenstaatliche Org. f. d. intern. Eisenbahnverkehr OTIF	88	100	94	-6	-5,7
A231.0290 Regionaler Personenverkehr	1 152 747	1 171 333	1 160 674	-10 659	-0,9
<i>Nachtrag</i>		87 000			
A231.0291 Autoverlad	1 800	2 066	1 800	-266	-12,9
A231.0292 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	98 456	85 000	82 182	-2 818	-3,3
A231.0293 Schienengüterverkehr in der Fläche	5 972	6 023	6 023	0	0,0
A231.0387 Finanzverbindlichkeit für gewährte Garantien	43 410	-	-	-	-
A231.0415 Covid: Abgeltung Schienengüterverkehr	4 525	-	-	-	-
A236.0111 Güterverkehrsanlagen und technische Neuerungen Güterverkehr	15 342	73 500	20 963	-52 537	-71,5
A236.0139 Investitionsbeiträge Autoverlad	5 215	12 750	5 622	-7 128	-55,9
<i>Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet</i>					
A236.0109 Behindertengleichstellung	1 144	1 700	185	-1 515	-89,1
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	4 416 484	87 950	26 643	-61 307	-69,7
Finanzaufwand					
A240.0001 Finanzaufwand	183	4 366	4 366	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		4 366			
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0135 Covid: Abgeltung Regionaler Personenverkehr	106 591	-	-	-	-
A290.0136 Covid: Abgeltung Ortsverkehr	59 753	115	115	0	0,0
<i>Kreditübertragung</i>		115			
A290.0141 Covid: Abgeltung Touristischer Verkehr	27 996	-	-	-	-

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	12 886 374	12 554 500	12 754 604	200 104	1,6
Laufende Einnahmen	12 886 374	12 554 500	12 702 604	148 104	1,2
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	26 000	26 000	-
Investitionseinnahmen	-	-	26 000	26 000	-

Das BAV erhebt Aufsichts- und Regalabgaben sowie Gebühren für Dienstleistungen und Verfügungen. Zudem werden Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen erzielt. Aus dem Verkauf eines nicht mehr benötigten und vollständigen abgeschriebenen Dienstfahrzeugs resultierte einmalig eine Aufwertung im Verwaltungsvermögen (nicht schuldenbremsrelevant) respektive eine schuldenbremsrelevante Investitionseinnahme.

Seit 2017 werden die Personalkosten, die dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) in Rechnung gestellt werden, brutto verbucht. Die entsprechenden Einnahmen betrugen 4,9 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Gebührenverordnung für den öffentlichen Verkehr vom 25.11.1998 (GebV-öV; SR 742.102) und V vom 20.5.1992 über die Zuteilung von Parkplätzen in der Bundesverwaltung (SR 172.058.41), Art. 5.

Hinweise

Die dem BIF belasteten Einnahmen werden für die Finanzierung der beim BAV anfallenden und in direktem Zusammenhang mit dem BIF stehenden Personalkosten verwendet; vgl. A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget), Personalaufwand.

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	4 502 515	-	2 937 363	2 937 363	-

In den Vorjahren wurden zu hohe Beiträge an die Kosten des regionalen Personenverkehrs geleistet. Im Jahr 2023 wurden von drei Unternehmen Beiträge in der Höhe von 0,2 Millionen zurückerstattet. Bei drei weiteren Unternehmen sind die hängigen Verfahren abgeschlossen worden, die Rückzahlungen lagen um 0,1 Millionen über den abgegrenzten Forderungen.

Zudem wurde von einem Unternehmen des Ortsverkehrs in 2023 Beiträge aus Covid-Hilfen für den öV in Höhe von 2,6 Millionen zurückerstattet.

Rechtsgrundlagen

Personenbeförderungsgesetz vom 20.3.2009 (PBG; SR 745.1), Art. 28 Abs. 1; V vom 11.11.2009 über die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs (ARPV; SR 745.16). Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise von 25.9.2020 und Änderung des Bundesgesetzes über die Personenbeförderung vom 17.12.2021 (Verlängerung der Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise).

Hinweise

Betrifft zum Teil Verpflichtungskredit «Regionaler Personenverkehr 2022–2025» (V0294.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

E130.0114 AUFLÖSUNG RÜCKSTELLUNGEN BÜRGSCHAFTSRAHMENKREDIT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	54 989 542	54 989 542	-

Der Bund gewährt Bürgschaften an Unternehmen des regionalen Personenverkehrs. Die Bewertung dieser Garantien orientiert sich an den geschätzten Verlusten, welche der Bund aus der Garantie erwarten muss. Aufgrund einer neuen Berechnungsmethode konnten im 2023 einmalig Rückstellungen in der Höhe von 55 Millionen aufgelöst werden.

Hinweise

Bürgschaftsrahmenkredit für «Betriebsmittelbeschaffung im öV» (V0209.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

E131.0001 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	30 865 534	28 539 900	29 894 208	1 354 308	4,7

Für die Beschaffung von Rollmaterial sowie für Terminalanlagen im kombinierten Verkehr wurden vom BAV rückzahlbare Darlehen gewährt. Die Darlehen werden laufend zurückbezahlt.

Im Jahr 2023 wurden Darlehensrückzahlungen von 40 Transportunternehmen für Rollmaterial in der Höhe von 24,6 Millionen sowie von Terminalbetreibern im Umfang von 5,3 Millionen geleistet. Aufgrund von vorgezogenen Rückzahlungen wurde der Voranschlagswert um knapp 1,4 Millionen überschritten.

Rechtsgrundlagen

Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG; SR 742.101); BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2), Art. 18.

Hinweise

Einnahmen von 5,3 Millionen zugunsten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

E132.0001 RÜCKZAHLUNG INVESTITIONSBEITRÄGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	1 405 787	624 700	126 845	-497 855	-79,7

Investitionsbeiträge werden anteilmässig zurückgefordert, wenn Bauten, Anlagen, Einrichtungen oder Bahnfahrzeuge nicht mehr dem Zweck entsprechend oder endgültig nicht mehr benützt werden. Der budgetierte Wert entsprach dem Durchschnitt der zurückgezahlten Investitionsbeiträge der letzten vier Rechnungsjahre.

Im 2023 wurden Rückzahlungen von zwei Unternehmen in der Höhe von 0,1 Millionen geleistet.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2), Art. 18; Gütertransportverordnung vom 25.5.2016 (GüTV; SR 742.411), Art. 14.

E132.0101 KANTONSBEITRÄGE BAHNINFRASTRUKTURFONDS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	578 259 000	599 133 500	606 028 500	6 895 000	1,2

Die Kantone leisteten 2023 einen an die Entwicklung des realen Bruttoinlandproduktes und des Landesindex der Konsumentenpreise angepassten Beitrag von 606 Millionen an den Bahninfrastrukturfonds (BIF). Dieser wird in der Rechnung des BAV vereinnahmt und in den BIF eingelegt.

Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung vom 18.4.1999 (BV, SR 101), Art. 87a Abs. 3; Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG, SR 742.101), Art. 57 Abs. 1.

Hinweise

Vgl. A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds.

E138.0001 WERTAUFHOLUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	398 452	400 000	-	-400 000	-100,0

Werden bedingt rückzahlbare Darlehen zurückgezahlt, müssen auch die bei deren Gewährung gebildeten Wertberichtigungen korrigiert werden. Ab diesem Rechnungsjahr erfolgt der Ausweis neu in der Position E140.0001 Finanzertrag.

Rechtsgrundlagen

Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG; SR 742.101), Art. 51b Abs. 2.

Hinweise

Vgl. E131.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen bzw. E140.0001.

E140.0001 FINANZERTRAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	20 293 008	234 300	459 863	225 563	96,3
Laufende Einnahmen	11 343 459	234 300	103 788	-130 512	-55,7
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	8 949 548	-	356 075	356 075	-

Die laufenden Einnahmen setzten sich aus den Zinseinnahmen von Darlehen sowie Dividendeneinnahmen zusammen. Werden bedingt rückzahlbare Darlehen zurückgezahlt, müssen auch die bei deren Gewährung gebildeten Wertberichtigungen korrigiert werden. Der Ausweis erfolgt unter den «Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen». 2023 wurden bedingt rückzahlbare Darlehen in der Höhe von 0,4 Millionen zurückbezahlt.

Bis 2022 wurden im Transferbereich des BAV auch jene Zinsvorteile abgebildet, von denen die im regionalen Personenverkehr tätigen Unternehmen bei der Inanspruchnahme von Bürgschaften des Bundes profitieren können. Der zum Zeitpunkt der Bürgschaftsvergabe verbuchte Aufwand im Umfang des gesamten Zinsvorteils wurde über die Laufzeit der Bürgschaften durch jährliche Zinserträge nachträglich wieder ausgeglichen. Die Verbuchung des Transferaufwandes und der Zinserträge werden ab 2023 nicht weitergeführt, entsprechend lässt sich der im Vergleich zu 2022 deutlich tiefere Wert im Finanzertrag erklären.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01), Art. 53 Abs. 1 und Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG; SR 742.101), Art. 51b Abs. 2.

E190.0121 ENTNAHME RÜCKSTELLUNGEN COVID-19

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Einnahmen</i>	204 888 617	-	5 383	5 383	-

Die verbleibenden, zum Ausgleich der coronabedingten Verluste der Transportunternehmen in 2021 gebildeten Rückstellungen wurden 2023 zum überwiegenden Teil verwendet. Beim Ortsverkehr verblieb ein kleiner Restbetrag, der erfolgswirksam aufgelöst wurde.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise vom 25.9.2020 und Änderung des Bundesgesetzes über die Personenbeförderung vom 17.12.2021 (Verlängerung der Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	77 763 739	78 966 849	78 963 365	-3 484	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>4 152 149</i>			
Funktionsaufwand	77 763 739	78 966 849	78 795 963	-170 886	-0,2
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	77 760 177	78 943 249	78 788 913	-154 336	-0,2
Personalausgaben	59 744 060	61 568 700	61 356 790	-211 910	-0,3
Sach- und Betriebsausgaben	18 016 117	17 374 549	17 432 123	57 574	0,3
<i>davon Informatik</i>	<i>4 202 234</i>	<i>3 667 600</i>	<i>4 092 193</i>	<i>424 593</i>	<i>11,6</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>3 921 311</i>	<i>4 043 702</i>	<i>3 048 983</i>	<i>-994 719</i>	<i>-24,6</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	3 562	23 600	7 050	-16 550	-70,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	167 402	167 402	-
Vollzeitstellen (Ø)	299	299	302	3	1,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* des BAV lagen um 0,2 Millionen unter dem Voranschlag. Für die übrigen Personalausgaben, d.h. nicht direkte Lohn- oder Lohnnebenkosten, wurden weniger Mittel beansprucht.

Aufgrund tieferen Ferien-, Überzeit- und anderer Zeitguthaben konnten die entsprechenden Rückstellungen reduziert werden. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Rückstellungen um gut 77 000 Franken ab. Die Auflösung der Rückstellung ist Teil des Funktionsertrages. Insgesamt beliefen sich die Rückstellungen in diesem Bereich per 31.12.2023 auf 3,6 Millionen. Der durchschnittliche Rückstellungsbedarf pro Vollzeitstelle betrug rund 12 000 Franken oder rund 15 Tage.

Sach- und Betriebsausgaben

Die *Informatikausgaben* lagen um 0,4 Millionen über dem Voranschlag. Dies ist auf die Realisierung wichtiger Digitalisierungsprojekte zurückzuführen. Auf Betrieb und Wartung entfielen 3,1 Millionen, auf Projekte 0,9 Millionen und auf Hardware- und Softwarebeschaffungen 0,1 Millionen. Die grössten Ausgaben wurden für LV-Bezüge beim BIT im Bereich Workplace (1,5 Mio.), für die Geschäftsverwaltungslösung GEVER (0,5 Mio.) und für das Verzeichnis der Transportunternehmen TUV (0,5 Mio.) ausgegeben.

Die *Beratungsausgaben* fielen knapp eine Million tiefer aus als budgetiert. Für Auftragsforschungen im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 wurden lediglich 1,5 Millionen der vorgesehenen 3,0 Millionen ausgegeben.

Bei den verbleibenden *Sach- und Betriebsausgaben* entfielen 4,7 Millionen auf externe Dienstleistungen, davon wurden 2,8 Millionen für das Qualitätsmesssystem im regionalen Personenverkehr (QMS RPV) verwendet. 3,5 Millionen betrafen Raummieten und Nebenkosten (namentlich LV-Bezüge beim BBL). Für Spesen wurden rund 0,8 Millionen ausbezahlt.

Investitionsausgaben

Für die Beschaffung eines neuen Dienstfahrzeuges sind 2023 Investitionen in Höhe von knapp 0,2 Millionen angefallen.

Kreditmutationen

- Abtretungen des Eidg. Personalamts (EPA) für Arbeitgeberbeiträge, Personalbezüge sowie für die familienergänzende Kinderbetreuung in Höhe von insgesamt 2,2 Millionen;
- Kreditverschiebung vom BFS für das Projekt Datenaufbereitung und Publikation der öV-Statistik 25 000 Franken;
- Kreditüberschreitung 1 % / 10 Millionen (Art. 36 Abs. 2 FHG) 0,7 Millionen;
- Kreditabtretung von GS-UVEK (Defizitgarantie) 1,0 Millionen;
- Kreditüberschreitung aus zweckgebundenen Reserven 0,2 Millionen (Art. 36 Abs. 3 FHG).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Bahninfrastruktur		LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr		LG 3: Sicherheit öffentlicher Verkehr	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	20	21	15	15	42	43
Personalausgaben	17	18	10	10	33	34
Sach- und Betriebsausgaben	3	3	5	5	10	9
davon Informatik	1	1	1	1	2	2
davon Beratung	0	0	0	0	3	2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	0	0
Verwaltungsvermögen						
Investitionsausgaben	-	0	-	0	-	0
Vollzeitstellen (Ø)	99	89	40	51	160	162

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	-	625 000	625 000
Auflösung / Verwendung	-	-190 000	-190 000
Endbestand per 31.12.2023	-	435 000	435 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Von den acht Projekten konnten im Jahr 2023 drei abgeschlossen werden. Dafür wurden Reserven von 165 702 Franken verwendet. Bei zwei der abgeschlossenen Projekte musste nicht der vollständige Betrag beansprucht werden, entsprechend wurden die Restbestände im Umfang von 24 298 Franken aufgelöst. Es verbleiben Reserven für fünf Projekte in der Höhe von 435 000 Franken.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven in Höhe von 435 000 Franken entfallen auf IT-Projekte (Fr. 335 000) und Beratungsleistungen (Fr. 100 000).

TRANSFERKREDITE DER LG 1: BAHNINFRASTRUKTUR

A236.0110 EINLAGE BAHNINFRASTRUKTURFONDS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 605 551 416	5 758 797 700	5 729 691 331	-29 106 369	-0,5

Die Bahninfrastruktur wird aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) finanziert, dem zur Deckung seiner Ausgaben zweckgebundene Einnahmen sowie Einlagen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt zugewiesen werden. Deren Höhe richtet sich nach den Vorgaben der BV und des BIFG.

— Einlage aus dem allgemeinen Bundeshaushalt	2 874 767 700
— Anteil Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	1 007 248 040
— Kantonsbeitrag	606 028 500
— Mehrwertsteuer-Promille	713 402 735
— Anteil Mineralölsteuer	262 485 750
— Anteil direkte Bundessteuer	265 758 606

Die Einlagen in den BIF betrugen 5 730 Millionen. Die zweckgebundenen Einlagen lagen mit Ausnahme des Kantonsbeitrags (+1,2 %) tiefer als budgetiert. Die LSVA-Einlage verzeichnete mit einem Minus von 4 Prozent die grösste Abweichung. Aber auch die Einlagen aus der Mehrwertsteuer lagen mit -3,3 Prozent deutlich unter dem Voranschlag. Die indexierten Einlagen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt nahmen um 1,2 Prozent zu.

Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung vom 18.4.1999 (BV; SR 101), Artikel 87a und Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 (Übergangsbestimmung zu Art. 87); Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21.6.2013 (BIFG; SR 742.140).

Hinweise

Die Einlage wird im Umfang von 262 Millionen (Mineralölsteuermittel) zulasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr» belastet, siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: ÖFFENTLICHER VERKEHR UND SCHIENENGÜTERVERKEHR**A231.0289 ZWISCHENSTAATLICHE ORG. F. D. INTERN. EISENBAHNVERKEHR OTIF**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	88 394	100 000	94 271	-5 729	-5,7

Mit diesem Kredit wird die Mitgliedschaft der Schweiz in der «Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr» (OTIF) finanziert. Die Organisation mit Sitz in Bern wurde 1985 mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) gegründet und hat zurzeit 50 Mitgliedstaaten.

Zweck der OTIF ist es, auf die Schaffung einer einheitlichen Rechtsordnung für die Beförderung von Personen und Gütern im durchgehenden internationalen Verkehr hinzuwirken sowie deren Vollzug und Weiterentwicklung zu erleichtern.

Die Beiträge der Mitgliedstaaten werden zu 3/5 proportional zur Länge des UIC-Eisenbahn- und Schifffahrtsnetzes und zu 2/5 auf Grundlage des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen berechnet.

Rechtsgrundlagen

BB vom 14.12.2001 zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr.

A231.0290 REGIONALER PERSONENVERKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 152 747 346	1 171 332 900	1 160 674 288	-10 658 612	-0,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>87 000 000</i>			

Gemäss Artikel 28 PBG vergüten Bund und Kantone den Transportunternehmen (TU) gemeinsam die geplanten ungedeckten Kosten des regionalen Personenverkehrs. Zusammen mit den Kantonen wurden 1587 Linien von 111 verschiedenen Transportunternehmen bestellt und abgegolten.

Die Abgeltungen für die Periode zwischen dem Fahrplanwechsel im Dezember 2023 und dem 31.12.2023 werden im ersten Quartal 2024 ausbezahlt, die entsprechende passive Rechnungsabgrenzung beläuft sich auf rund 63,6 Millionen. Die in der Rechnung 2022 für den gleichen Zweck gebildeten Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 64,8 Millionen wurden vollständig aufgelöst.

Bundesbeiträge von 10 Millionen und mehr haben folgende Unternehmen erhalten: Schweizerische Bundesbahnen SBB, PostAuto AG, BLS AG, Rhätische Bahn AG (RhB), Transports publics fribourgeois Trafic (TPF TRAFIC) SA, Turbo AG, Schweizerische Südostbahn AG, Matterhorn Gotthard Verkehrs AG, zb Zentralbahn AG, REGIONALPS SA, Regionalverkehr Bern-Solothurn AG, Compagnie du Chemin de fer Montreux Oberland bernois SA, Transports Publics du Chablais SA, Transports Publics Neuchâtelois SA, Aargau Verkehr AG (AVA), BLT Baselland Transport AG, Appenzeller Bahnen AG, Aare Seeland mobil AG und Società per le Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi (FART) Società Anonima.

Im Berichtsjahr unterstützte der Bund zudem Innovationsprojekte im RPV mit rund 4,8 Millionen.

Kreditmutationen

— Kreditnachtrag in der Höhe von 87 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Personenbeförderungsgesetz vom 20.3.2009 (PBG; SR 745.1), Art. 28 Abs. 1; V vom 11.11.2009 über die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs (ARPV; SR 745.16).

Hinweis

Verpflichtungskredit «Regionaler Personenverkehr 2022–2025» (V0294.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0291 AUTOVERLAD

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 800 000	2 066 400	1 800 000	-266 400	-12,9

Dank der Verbilligung der Autoverlade am Furka- und 2023 letztmals am Oberalppass (wird danach eingestellt) kann insbesondere im Winter die Erreichbarkeit der Randgebiete Goms, Urserental und Surselva mit Motorfahrzeugen verbessert werden. Die Abgeltung von 1,8 Millionen wurde an die Matterhorn Gotthard Verkehrs AG ausbezahlt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2), Art. 18; Gütertransportverordnung vom 25.5.2016 (GüTV; SR 742.411).

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0292 ABGELTUNG ALPENQUERENDER KOMBINIERTER VERKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	98 455 849	85 000 000	82 182 249	-2 817 751	-3,3

Die Förderung des alpenquerenden kombinierten Verkehrs (KV) durch Betriebsbeiträge dient der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Unterstützt werden Angebote im alpenquerenden unbegleiteten kombinierten Verkehr (UKV) und im begleiteten kombinierten Verkehr (rollende Landstrasse, RoLa), die nicht kostendeckend geführt werden können. Dabei bestellte der Bund bei knapp 20 Operateuren des KV rund 80 Zugverbindungen und bezahlte für die erbrachten Leistungen Betriebsabgeltungen. Die Mittel verteilten sich wie folgt:

- Abgeltung alpenquerender unbegleiteter kombinierter Verkehr (UKV) 60 012 874
- Abgeltung rollende Landstrasse (RoLa) 22 169 375

Die Höhe der Abgeltung ist abhängig von der Anzahl Züge und der transportierten Sendungen sowie vom Abfahrts- und Bestimmungsort der gefahrenen Relationen. Die durchschnittliche Höhe der Abgeltung je Sendung nimmt im UKV von Jahr zu Jahr ab.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2), Art. 3 Bst. c Ziff. 2; Güterverkehrsverlagerungsgesetz vom 19.12.2008 (GVVG; SR 740.1).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Abgeltung alpenquerender Schienengüterverkehr 2011–2030» (Z0047.00), siehe Band 1B, Ziffer B 2. Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0293 SCHIENENGÜTERVERKEHR IN DER FLÄCHE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 972 344	6 022 800	6 022 798	-2	0,0

Der Kredit dient der Beteiligung des Bundes an den Bestellungen des Gütertransports der Schmalspurbahnen durch die Kantone. 2023 wurden Mittel im Umfang von 6 Millionen ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

Gütertransportgesetz vom 25.9.2015 (GüTG; SR 742.41), Art. 9.

A236.0111 GÜTERVERKEHRSANLAGEN UND TECHNISCHE NEUERUNGEN GÜTERVERKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	15 341 570	73 500 000	20 963 070	-52 536 930	-71,5

Der Bund kann Finanzhilfen an den Bau, die Erweiterung und die Erneuerung von Güterverkehrsanlagen (Anschlussgleisen und KV-Umschlagsanlagen) leisten. Zudem werden Investitionsbeiträge für technische Neuerungen im Gütertransport auf der Schiene über diesen Kredit abgewickelt. Die Mittel werden prioritär für Projekte entrichtet, die der Erreichung der verkehrspolitischen Ziele beitragen und ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Der Bund übernimmt in der Regel zwischen 40 bis 60 Prozent der anrechenbaren Kosten der Vorhaben.

Im Jahr 2023 wurden die folgenden Beiträge geleistet:

— Investitionsbeiträge Güterverkehrsanlagen	13 520 836
— Investitionsbeiträge Anschlussgleise	5 437 585
— Investitionsbeiträge technische Neuerungen	2 004 649

Aufgrund der Wiedererwägung des Grossprojekts Milano Smistamento, der Berücksichtigung der Kostensteigerung beim Erweiterungsprojekt der KV-Umschlagsanlage der Contargo AG am Hafenbecken 2 in Basel sowie der Beurteilung der Projektänderung beim Vorhaben der CargoBeamer Terminal Domodossola S.r.l für den Neubau einer KV-Umschlagsanlage für nicht kranbare Sattelaufleger bei Domodossola konnte im Berichtsjahr nur ein Teil der zur Förderung von KV-Umschlagsanlagen eingestellten Beiträge ausbezahlt werden. Der höchste Beitrag für KV-Umschlagsanlagen wurde im 2023 an den Bau der KV-Umschlagsanlage in Piacenza ausbezahlt (rd. 11,8 Mio.). Die im 2023 für Anschlussgleise ausbezahlten Investitionsbeiträge betrafen rund 40 Projekte (z.B. an den Standorten Frauenfeld, Emmenbrücke, Härkingen, Monthey, Sierre, Visp, Vernier).

Im Bereich der technischen Neuerungen wurden 2023 an zwei Projekte Investitionsbeiträge ausbezahlt. Der Wagenhalter Wascosa wurde bei seinem Bestreben, eine internationale Zulassung für elektrifizierte Güterwagen für den Transport von temperaturgeführten Gütern zu erlangen, finanziell unterstützt. Die andere Zahlung betraf einen Pilotzug, auf welchem SBB Cargo gemeinsam mit der Hochschule Luzern die digitale automatische Kupplung erprobt hat.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2), Art. 3 Bst. c Ziff. 1 und 2 sowie Art. 18; Gütertransportgesetz vom 25.9.2015 (GüTG; SR 742.41), Art 8 und Art. 10.

Hinweise

Rahmenkredit Investitionsbeiträge Güterverkehr 2021–2024 (V0274.01) sowie Rahmenkredit Investitionsbeiträge Güterverkehr 2016–2020 (V0274.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1. Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0139 INVESTITIONSBEITRÄGE AUTOVERLAD

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	5 214 946	12 750 000	5 622 092	-7 127 908	-55,9

Der Bund kann gestützt auf das MinVG Investitionsbeiträge zur Förderung des Transports begleiteter Motorfahrzeuge (Autoverlad) leisten. Die Mittel wurden mehrheitlich für die Beschaffung von sechs Auffahrwagen (3,4 Mio.) und für den Erwerb von zwei Lokomotiven durch die RhB (1,4 Mio.) beansprucht. Die MGB hat in Zutrittssysteme (u.a. Geräte und Software für Zugangskontrollen) 0,1 Millionen investiert. Zudem konnte die BLS sechs Lokomotiven des Typs RE465 für den kommerziellen Autoverlad in Betrieb nehmen (0,7 Mio.).

Der Kreditrest von rund 7,1 Millionen resultierte, weil sich die Beschaffung von neuen RhB-Wagen wiederholt aufgrund notwendiger Zusatzabklärungen zum neuen Betriebskonzept verzögerte. Zudem konnte die BLS sechs weitere RE465 Lokomotiven nicht im geplanten Ausmass für den kommerziellen Autoverlad einsetzen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG, SR 725.116.2), Art. 18.

Hinweise

Verpflichtungskredit Investitionsbeiträge Autoverlad 2019 (V0311.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1. Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE

A236.0109 BEHINDERTENGLEICHSTELLUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionsausgaben</i>	1 143 510	1 700 000	184 557	-1 515 443	-89,1

Bund und Kantone ergreifen Massnahmen, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Empfänger der Bundesleistungen sind die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs. Gemäss VböV haben diese dem BAV Umsetzungsprogramme vorzulegen. Auf dieser Basis definiert das BAV ein gesamtschweizerisches Umsetzungskonzept, das periodisch aktualisiert wird.

Die Finanzhilfen werden grundsätzlich à fonds perdu ausgerichtet, da mit den unterstützten BehiG-relevanten Massnahmen keine Verlängerung der Lebensdauer einer Anlage bzw. eines Fahrzeugs erreicht wird (z.B. Perron-Teilerhöhung auf bestehendem Perron, Einbau von Schiebe/Klapptritten).

Drei Rollmaterialprojekte, für die bereits Zusicherungsverfügungen für BehiG-Finanzhilfen des Bundes aus Vorjahren bestehen und deren Auszahlung ursprünglich im 2023 vorgesehen war, verzögerten sich aufgrund von Lieferengpässen beim verwendeten Material. Im 2023 konnten lediglich 0,2 Millionen ausbezahlt werden.

Rechtsgrundlagen

Behindertengleichstellungsgesetz vom 13.12.2002 (BehiG; SR 151.3); V vom 12.11.2003 über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VböV; SR 151.34).

Hinweise

Zahlungsrahmen «Investitionsbeiträge Behindertengleichstellungsgesetz» (Z0027.00), siehe Band 1B, Ziffer B 2.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	4 416 483 802	87 950 000	26 642 873	-61 307 127	-69,7

Die Investitionsbeiträge und bedingt rückzahlbaren Darlehen werden zulasten der Erfolgsrechnung vollständig wertberichtigt:

– Autoverlad (Investitionsbeiträge)	5 622 092
– Güterverkehrsanlagen und technische Neuerungen Güterverkehr (Investitionsbeiträge)	20 963 070
– Behindertengleichstellung (Investitionsbeiträge)	184 557
– Rückerstattungen Investitionsbeiträge Vorjahre	-126 845

WEITERE KREDITE

A240.0001 FINANZAUFWAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	183 325	4 366 100	4 365 980	-120	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		4 366 100			

Die höhere Risikobewertung von Darlehen und die Bewertungsveränderung von in Euro vergebenen Darlehen führte per Ende 2023 zu einem Aufwand von 4,4 Millionen.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG von 4,4 Millionen.

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN

A290.0136 COVID: ABGELTUNG ORTSVERKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	59 752 549	114 918	114 918	0	0,0
davon Kreditmutationen		114 918			

Mit der Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) beschloss das Parlament Unterstützungsmassnahmen für die von der Covid-19-Krise betroffenen Transportunternehmen (TU). Gemäss Artikel 28 Absatz 2bis PBG kann der Bund für die Jahre 2020 und 2021 Abgeltungen in Höhe eines Drittels der coronabedingten finanziellen Verluste an den Ortsverkehr ausrichten. Im Voranschlag 2022 waren dafür inkl. Nachtrag für die Abgeltungen des Jahres 2021 61 Millionen eingestellt.

Der Voranschlagskredit 2022 wurde mit 59,8 Millionen belastet (Kreditrest 1,2 Mio.). Den betroffenen TU wurden Zahlungen in Höhe von 58,9 Millionen geleistet. Zudem wurde eine Rückstellung in Höhe von 0,9 Millionen gebildet.

2023 wurden die Rückstellungen vollständig verwendet. Die Ansprüche eines TU in Höhe von 114 918 Franken wurden in der Rückstellungsbildung 2022 jedoch nicht mitberücksichtigt. Diese Ansprüche wurden unter Anwendung einer Kreditübertragung in 2023 beglichen.

Kreditmutationen

— Kreditübertragung in der Höhe von 114 918 Franken.

Rechtsgrundlagen

Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise vom 25.9.2020 und Änderung des Bundesgesetzes über die Personenbeförderung vom 17.12.2021 (Verlängerung der Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise), Art. 28 Abs. 2bis (PBG; SR 745.1).

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Beitrag zu einem im europäischen Vergleich hohen Sicherheitsstandard der schweizerischen Zivilluftfahrt
- Unterstützung von Vorhaben der Aviatik für eine nachhaltige Steigerung der Effizienz des Luftfahrtsystems der Schweiz
- Beitrag zur Sicherstellung eines wettbewerbsfähigen Luftfahrtangebots zur Anbindung der Schweiz auf europäischer und interkontinentaler Ebene
- Sicherstellung einer langfristigen, aktiven Rolle der Schweiz im internationalen Luftverkehr
- Erarbeitung der Massnahmen zur Luftraumoptimierung unter Einbezug künftiger Mobilitätsbedürfnisse

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	24,9	13,9	13,6	-11,3	-45,4
Laufende Ausgaben	172,8	206,1	166,4	-6,4	-3,7
Eigenausgaben	75,1	77,6	75,4	0,3	0,4
Transferausgaben	97,6	128,5	90,9	-6,7	-6,8
Selbstfinanzierung	-147,9	-192,2	-152,8	-4,9	-3,3
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-3,9	-2,9	-2,2	1,7	44,4
Jahresergebnis	-151,8	-195,1	-155,0	-3,2	-2,1
Investitionseinnahmen	0,8	30,8	30,8	30,0	n.a.
Investitionsausgaben	1,9	1,6	0,9	-1,0	-54,3

KOMMENTAR

Einnahmen des BAZL resultieren hauptsächlich aus Gebühren. Die laufenden Ausgaben setzen sich zu 55 Prozent aus Transfer- und 45 Prozent aus Eigenausgaben zusammen. Die Eigenausgaben bestehen zu rund 77 Prozent aus Personalausgaben. Die Transferausgaben umfassen neben Beiträgen an internationale Zivilluftfahrtorganisationen und Beiträge für hoheitliche Sicherheitsmassnahmen die finanziellen Leistungen an Skyguide für Ertragsausfälle in den delegierten Lufträumen im benachbarten Ausland, gebührenbefreite Flüge und die Flugsicherungsdienste für U-Space. Ausserdem umfassen die Transferausgaben die Subventionen für den Aufbau und Betrieb eines Luftfahrt Datensammlungsdienstes sowie für die finanzielle Unterstützung von Massnahmen im Sicherheits- und Umweltbereich. Letztere werden aus zweckgebundenen Mineralölsteuererträgen über die Spezialfinanzierung Luftverkehr finanziert.

2021 wurde der Skyguide ein Darlehen in Höhe von 250 Millionen gewährt. Durch die erstmalige Teilrückzahlung dieses Darlehens im Umfang von 30 Millionen resultieren im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Investitionseinnahmen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG): Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Erarbeitung der Gesetzesbestimmungen zu einzelnen Themen der Revision, so insbesondere der Vorschlag zur Redlichkeitskultur (Just Culture), hat mehr Zeit in Anspruch genommen als ursprünglich geplant.
- Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL): Verabschiedung (teilweise erreicht)
Die Objektblätter der Flugplätze San Vittore und St. Stephan konnten verabschiedet werden. Ein Objektblatt (Schafhausen) musste zurückgestellt werden und wird dem Bundesrat separat zum Entscheid vorgelegt.
- Verordnungsänderung für die Einführung und Finanzierung des Low Flight Networks (LFN): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Die Kostenfragen erwiesen sich als sehr komplex. Das Geschäft verzögert sich.
- Änderung der Verordnung über die Luftfahrt (LFV): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Komplexe Abklärungen sowie diverse Bereinigungen mit anderen Bundesämtern sind noch in Gang. Diese sind für das Konzept, die Umsetzung sowie die Akzeptanz Voraussetzung.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Flughafen Zürich: Anpassung des SIL-Objektblatts Flughafen Zürich: Anhörung und Mitwirkung (nicht erreicht)
Verzögerung durch Zusatzarbeiten wegen Inputs Rechtsexperten.
- Dekarbonisierung Luftfahrt: Umsetzung SAF-Strategie und generelle Unterstützung der Transition zum Einsatz von erneuerbaren Flugtreibstoffen (erreicht)

LG1: LUFTFAHRTENTWICKLUNG

GRUNDAUFTRAG

Die Zivilluftfahrt ist für den Standort Schweiz von grosser Bedeutung. Sie stellt die Anbindung der Schweiz an Europa und die Welt sicher. Durch Gewährleistung bestmöglicher rechtlicher, finanzieller und raumplanerischer Rahmenbedingungen trägt das BAZL dazu bei, dass die Schweiz auch im internationalen Luftverkehr eine aktive Rolle spielt und an die europäischen und weltweiten Zentren adäquat angebunden wird. Zudem strebt es an, dass die schweizerische Flugsicherung optimal in den europäischen Luftraum integriert ist, die Schweizer Luftfahrt einen Beitrag zur Klimaverbesserung leistet und die Rechte von Passagieren durchgesetzt werden.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,5	1,3	1,5	0,1	10,3
Aufwand und Investitionsausgaben	19,8	20,3	19,5	-0,7	-3,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Internationale Anbindung: Die verkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen werden verbessert und eine adäquate Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg wird gewahrt			
– Neu abgeschlossene liberalisierte Abkommen (Anzahl, min.)	1	2	2
– Luftverkehrsabkommen: Abgedeckte Liniendestinationsgesuche von CH-Airlines (% , min.)	95	95	95
Spezialfinanzierung Luftverkehr: Die Gesuche werden zeitgerecht und korrekt erledigt			
– Anteil innerhalb von 12 Monaten seit Eingabe mittels Verfügung erledigte Gesuche (% , min.)	99	95	95
– Anteil innerhalb von 3 Monaten seit Einreichung Abrechnung ausbezahlte Gelder (% , min.)	90	65	75
Passagierrechte: Die Verwaltungsstrafverfahren werden zeitgerecht abgeschlossen			
– Die Verwaltungsstrafverfahren werden innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen (Ausnahme: weiterzuführende Bussenverfahren) (% , min.)	68	100	42

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgender Ausnahme erreicht:

Passagierrechte: Aufgrund der knappen personellen Ressourcen konnten nicht alle Verfahren zeitgerecht abgeschlossen werden.

LG2: LUFTFAHRTSICHERHEIT

GRUNDAUFTRAG

Um einen Beitrag für einen im europäischen Vergleich hohen Sicherheitsstandard in der schweizerischen Zivilluftfahrt zu leisten, bewilligt und beaufsichtigt das BAZL Infrastrukturanlagen, Flugsicherungs- und Luftfahrtunternehmen sowie Luftfahrtpersonal und -material. Massgebende Richtschnur bildet dabei die Einhaltung von nationalen und internationalen Normen unter Berücksichtigung eines risikobasierten Ansatzes. Der Bereich Luftfahrtsicherheit sorgt für die technischen und operationellen Voraussetzungen im Hinblick auf die Förderung von innovativen An- und Abflugverfahren sowie für eine angemessene Ausbildung des Luftfahrtpersonals.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	9,8	9,8	10,6	0,8	8,1
Aufwand und Investitionsausgaben	57,6	58,9	57,4	-1,5	-2,5

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Sicherheitsstandard schweizerische Zivilluftfahrt (Safety): Die schweizerische Zivilluftfahrt weist im europäischen Vergleich einen hohen Sicherheitsstandard auf			
- Unfälle mit Todesfolgen im gewerbsmässigen Lufttransport (Flächenflugzeuge) (Anzahl)	0	0	0
- Unfälle mit Todesfolgen im gewerbsmässigen Lufttransport (Helikopter) (Anzahl)	0	0	0
- Einhaltung des Mindestniveaus der Wirksamkeit des Sicherheitsmanagements in der Flugsicherung gemäss EU-Regulierung (EU-R 2019/317) (ja/nein)	ja	ja	nein
- Durchschnittliches Leistungs- und Risikoprofil der EASA-regulierten Flugplätze (Skala 1-10)	4,4	6,0	5,2
- Gravierende Beanstandungen zum Compliance und Safety Management zu den internationalen Regulierungen von EASA und ICAO (Anzahl)	0	0	0
Sicherheitsstandard schweizerische Zivilluftfahrt (Security): Die schweizerische Zivilluftfahrt weist im europäischen Vergleich einen hohen Sicherheitsstandard auf			
- Terroristische Anschläge (Anzahl)	0	0	0

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgender Ausnahme erreicht:

Einhaltung des Mindestniveaus der Wirksamkeit des Sicherheitsmanagements in der Flugsicherung gemäss EU Regulierung (EU R 2019/317): Die Zielerreichung konnte für eine der Anforderungen zum 'Sicherheitsrisiko Management' per Ende 2023 nicht nachgewiesen werden und wird im nächsten Zyklus weiterverfolgt.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	29 083	45 725	59 580	13 855	30,3
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	11 281	11 131	12 062	931	8,4
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	-	-	361	361	-
E130.0107 Entnahme Rückstellungen Eurocontrol Pension Fund	3 400	1 000	14 800	13 800	n.a.
E131.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	779	30 794	30 802	8	0,0
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0113 Covid: Einnahmen Unterstützung Luftverkehr	13 623	2 800	1 554	-1 246	-44,5
Aufwand / Ausgaben	181 987	211 666	184 597	-27 069	-12,8
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	77 413	79 136	76 961	-2 175	-2,7
Abtretung		1 751			
Transferbereich					
LG 1: Luftfahrtentwicklung					
A231.0296 Internationale Zivilluftfahrtorganisationen	3 978	3 010	2 953	-57	-1,9
A231.0297 Hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	1 802	2 006	1 817	-189	-9,4
A231.0298 Technische Sicherheitsmassnahmen	33 269	42 322	37 904	-4 418	-10,4
A231.0299 Umweltschutz-Massnahmen	2 144	13 920	2 759	-11 161	-80,2
A231.0300 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	3 332	9 920	2 826	-7 094	-71,5
A231.0301 Abgeltung Skyguide für Ertragsausfälle Ausland	43 560	44 076	44 076	0	0,0
A231.0385 Abgeltung Skyguide für gebührenbefreite Flüge	9 192	9 577	9 334	-243	-2,5
LG 2: Luftfahrtsicherheit					
A231.0394 Luftfahrt Datensammlungsdienst	2 313	2 466	1 479	-987	-40,0
A231.0434 Abgeltung Skyguide für Flugsicherungsdienst U-Space	3 208	3 725	3 725	0	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	1 777	1 510	764	-746	-49,4

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	11 280 718	11 130 500	12 061 696	931 196	8,4
Laufende Einnahmen	11 280 718	11 130 500	12 040 696	910 196	8,2
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-	-	10 500	10 500	-
Investitionseinnahmen	-	-	10 500	10 500	-

Der Funktionsertrag besteht fast vollständig aus Gebühreneinnahmen. Daneben fallen Einnahmen in Form von Zinsen aus Darlehen an.

Der Funktionsertrag lag gut 0,9 Millionen über dem budgetierten Wert (Durchschnitt der letzten vier Rechnungsjahre). Dies ist namentlich auf eine Zunahme der Gebühreneinnahmen zurückzuführen. Im Gegensatz zu den von der Pandemie beeinflussten Jahren wurden von der Industrie wieder mehr Leistungen des BAZL in Anspruch genommen (Aufsicht und Zulassung von Instandhaltungsbetrieben, Air Operator Zertifikate, Ausweise für fliegendes Personal). Die Zinseinnahmen für Darlehen, die der Bund unter altem Recht den Flugplatzhaltern gewährt hatte (0,04 Mio.), sowie für das Covid-bedingte Darlehen an Skyguide (knapp 0,7 Mio.) entsprachen dem Voranschlagswert.

Rechtsgrundlagen

Allgemeine Gebührenverordnung vom 8.9.2004 (AllgGebV; SR 172.041.1); V vom 28.9.2007 über die Gebühren des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (GebV-BAZL; SR 748.112.11). Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 40d (Darlehen Skyguide).

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	361 212	361 212	-

Die An- und Abflugsicherung auf den Flugplätzen mit Flugsicherung (Kat. II) wird vom Bund subventioniert. Zeigt sich nachträglich, dass die Subventionen über den nicht durch Gebühren oder andere Einnahmen gedeckten Kosten lagen, sind die entsprechenden Beträge zurückzuerstatten. Wie im Vorjahr fielen keine solche Rückererstattungen an.

Dafür wurden bei anderen, über die Spezialfinanzierung Luftverkehr (SFLV) finanzierten Subventionen bereits ausbezahlte Unterstützungseinnahmen zurückerstattet.

Rechtsgrundlagen

Art. 87b BV (SR 101); BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2); V vom 29.6.2011 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (MinLV; SR 725.116.22); V vom 18.12.1995 über den Flugsicherungsdienst (VFSD; SR 748.132.1), Verordnung über die Finanzhilfen für Ausbildungen im Bereich der Luftfahrt (VFAL; SR 748.03).

Hinweise

Einnahmen zugunsten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

Vgl. A231.0298 «Technische Sicherheitsmassnahmen»

E130.0107 ENTNAHME RÜCKSTELLUNGEN EUROCONTROL PENSION FUND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 400 000	1 000 000	14 800 000	13 800 000	n.a.

2023 konnte die Rückstellung um 14,8 Millionen verringert werden. Die Neubewertung durch die Wechselkursanpassung (-1,7 Mio.), die Neuberechnung der Verpflichtung gemäss IAS 19 (-8,5 Mio.) und die Anpassung des Schweizer Anteils von 2,7 auf 2,4 Prozent (-3,7 Mio.) reduzierten den Rückstellungsbedarf um 13,9 Millionen. Die Zahlung an den Eurocontrol Pension Fund von 0,9 Millionen verringerte den Rückstellungsbedarf weiter.

Die schweizerische Restschuld beträgt wechsellkursbereinigt (0,92978; Stand 31.12.2023) 13,6 Millionen Franken.

Rechtsgrundlagen

BB vom 4.10.1991 betreffend das internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt «EUROCONTROL (SR 0.748.05); Decision No. 102 of 5.11.2004 of Eurocontrol approving the setting up of a Eurocontrol Pension Fund».

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 101a (aufgehoben per 1.1.2008); Luftfahrtverordnung vom 14.11.1973 (LFV; SR 748.07).

E131.0001 RÜCKZAHLUNG DARLEHEN UND BETEILIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	778 855	30 794 000	30 802 447	8 447	0,0
Laufende Einnahmen	6	–	1 410	1 410	–
Investitionseinnahmen	778 849	30 794 000	30 801 037	7 037	0,0

Der Bund hatte unter altem Recht verschiedenen Flugplätzen Darlehen gewährt, die vereinbarungsgemäss laufend zurückbezahlt werden. 2023 wurden 4 Darlehen komplett zurückbezahlt: Montricher (1), Basel (2) und Bern (1). Aktuell verwaltet das BAZL noch 12 Darlehen nach altem Recht: Darlehen an die Flugplätze Basel (10), Schänis (1) sowie das Darlehen an die frühere Swissair. 2021 ist das Covid-bedingte Darlehen an die Skyguide dazu gekommen. Die Rückzahlungen für Darlehen unter altem Recht beliefen sich auf 0,8 Millionen. Die Skyguide hat eine Rückzahlung im Umfang von 30 Millionen geleistet.

Hinweise

Vgl. E140.0001, E190.0103.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 101a (aufgehoben per 1.1.2008) sowie Art. 40d (Darlehen Skyguide); Luftfahrtverordnung vom 14.11.1973 (LFV; SR 748.07).

E190.0113 COVID: EINNAHMEN UNTERSTÜTZUNG LUFTVERKEHR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	13 623 025	2 800 000	1 554 480	-1 245 520	-44,5

Zur Unterstützung der kritischen Infrastrukturen der Luftfahrt während der Covid-19-Pandemie gewährte der Bund schweizerischen Luftfahrtunternehmen und flughnahen Betrieben Bürgschaften zur Sicherung von Bankdarlehen. Erträge fallen in Form von Zinsmargen und Commitment bzw. Participation Fees an.

Die Einnahmen fielen tiefer aus, da die SR Technics ihren Vertrag bereits im Sommer 2023 statt wie angenommen Ende Jahr gekündigt hat. Künftig fallen keine Einnahmen aus der Covid-Unterstützung Luftverkehr mehr an.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 101, 102, 102a.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	77 413 107	79 135 700	76 960 830	-2 174 870	-2,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 751 100</i>			
Funktionsaufwand	77 306 322	79 044 100	76 864 695	-2 179 405	-2,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	75 147 416	77 606 200	75 428 834	-2 177 366	-2,8
Personalausgaben	57 705 702	58 908 400	58 191 482	-716 918	-1,2
Sach- und Betriebsausgaben	17 441 714	18 697 800	17 237 353	-1 460 447	-7,8
<i>davon Informatik</i>	<i>5 311 299</i>	<i>5 683 200</i>	<i>5 847 824</i>	<i>164 624</i>	<i>2,9</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>818 246</i>	<i>735 000</i>	<i>90 597</i>	<i>-644 403</i>	<i>-87,7</i>
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	2 158 906	1 437 900	1 435 861	-2 039	-0,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	106 785	91 600	96 135	4 535	5,0
Vollzeitstellen (Ø)	309	302	303	1	0,3

Personalaufwand und Vollzeitäquivalente

Die *Personalausgaben* von gut 58 Millionen lagen rund 0,7 Millionen unter dem budgetierten Wert, was insbesondere auf Vakanzen zurückzuführen war. Der Wert für Personalbezüge und Arbeitgeberleistungen wurde um 0,3 Millionen, derjenige für den Personalverleih und die übrigen Personalausgaben (inkl. Veränderung Rückstellungen) wurde um 0,4 Millionen unterschritten.

Die Überschreitung um 1 FTE gegenüber dem Voranschlag hat folgende Gründe: Das BAZL besetzt jährlich 4 Praktikumsstellen, die nicht vom EPA finanziert werden. Diese FTE sind im Voranschlag nicht enthalten, fliessen jedoch in die Erhebung für die Staatsrechnung ein. Die Fluktuation – es konnten nicht alle Vakanzen zeitnah besetzt werden – führten dazu, dass diese Praktikumsstellen fast vollständig kompensiert werden wurden.

Von den *Informatiksachausgaben* in Höhe von annähernd 5,8 Millionen (+0,2 Mio.) entfielen rund 4,3 Millionen auf Betrieb und Wartung (+0,1 Mio.) sowie rund 1,1 Millionen auf Projekte (+0,1 Mio.). Die restlichen 0,4 Millionen wurden für Hardware, Software und Lizenzen aufgewendet (-0,1 Mio.). Das E-Gov-Projekt für die Deklaration von Versendern von Gefahrgütern (Dangerous Goods), das Projekt EMPIC-Workflow sowie das Projekt Swiss Aviation Pass konnten zum Abschluss gebracht werden. Das Projekt dLis zur Digitalisierung der Lizenzausstellungsprozesse (Piloten, Mechaniker und Air Traffic Controller) sowie die Drohnenregistrierung/-bewilligung konnten 2023 nach einigen Verzögerungen gestartet werden. In Verbindung zu dLIS konnte auch das Projekt dEXAM, das die Kurs- und Prüfungsorganisation für Pilotenlizenzen sicherstellen und die Prüfungssoftware liefern soll, begonnen werden. 2023 hatte das Programm SUPERB und damit verbunden die Anpassung der Schnittstellen Priorität. Daher konnten die Projekte «Digital IT System Environment», EMPIC-DMS sowie EMPIC-Workflow, welche eine automatische Dokumentenablage und Anbindung von externen Stakeholdern zum Ziel haben, nicht wie geplant vorangetrieben werden.

Die *Beratungsausgaben* lagen gut 0,6 Millionen unter dem budgetierten Wert und summierten sich auf knapp 0,1 Millionen. Dies insbesondere weil die Ausgaben für die externe Beratung in Zusammenhang mit den Covid-bedingten Bürgschaften an Schweizer Fluggesellschaften und flugnahe Betriebe tiefer als erwartet ausfielen (0,02 Mio.). Fast ein Drittel der Beratungsleistung floss in die Unterstützung der Einführung eines Führungsfeedback im BAZL (0,03 Mio.). Für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des ICAO-Umweltkomitees war ebenfalls externe Unterstützung nötig (0,02 Mio.). Der restliche Betrag resultiert aus internen Projekten zur Verbesserung der Amtssteuerung und der Weiterentwicklung des Schweizer U-Space.

Die verbleibenden übrigen *Sach- und Betriebsausgaben* in Höhe von annähernd 11,3 Millionen (-1,0 Mio.) entfielen insbesondere auf Ausgaben für Miete und Unterhalt (4,3 Mio.), externe Dienstleistungen (3,3 Mio., davon 2,2 Mio. für die Entlohnung der Sicherheitsbeauftragten Luftverkehr; vgl. A231.0297) sowie Reisespesen (1,7 Mio.).

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Der Aufwand ergibt sich vorab aus den Abschreibungen bei Dienst- und Luftfahrzeugen.

Investitionsausgaben

2023 wurden zwei Dienstfahrzeuge durch neue E-Fahrzeuge ersetzt.

Kreditmutationen

- Erhaltene Abtretungen des EPA in Höhe von 1,8 Millionen für Lernende, Hochschulpraktikanten, Sozialversicherungsbeiträge und externe Kinderbetreuung.

Hinweise

Ausgaben teilweise (0,6 Mio. bzw. 5,4 FTE) zulasten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Luftfahrtentwicklung		LG 2: Luftfahrtsicherheit		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Aufwand und Investitionsausgaben	20	20	58	57	
Personalausgaben	14	14	44	44	
Sach- und Betriebsausgaben	6	6	11	12	
<i>davon Informatik</i>	1	1	4	5	
<i>davon Beratung</i>	1	0	0	0	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	-	-	2	1	
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	-	0	0	
Vollzeitstellen (Ø)	63	63	246	240	

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	500 000	3 360 800	3 860 800
Bildung aus Rechnung 2022	-	781 000	781 000
Auflösung / Verwendung	-	-936 800	-936 800
Endbestand per 31.12.2023	500 000	3 205 000	3 705 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	2 150 000	2 150 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

2023 wurden Reserven im Umfang von rund 1,0 Millionen ohne Verwendung aufgelöst, da die Projekte über das ordentliche Budget finanziert werden konnten oder nicht mehr weiterverfolgt werden.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven in Höhe von 3,2 Millionen entfallen auf verschiedene Projekte: Erweiterung EMPIC (Softwarelösung zur Umsetzung der europäisch harmonisierten Sicherheitsvorschriften; 0,4 Mio.), dLis (digitales Lizenzsystem; 1,1 Mio.), Digital IT System Environment (1,0 Mio.), Luftraum- und Aviatikinfrastruktur (0,2 Mio.), sowie Ablösung Managementsystem, Superb Innovationsphase, technische Unterstützung Spezialfinanzierung Luftverkehr (SLFV) und für den Prüfungsraum. Daneben bestehen allgemeine Reserven in Höhe von 0,5 Millionen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Das BAZL beantragt die Bildung von zweckgebundenen Reserven in Höhe von 2,2 Millionen für die folgenden verzögerten Projekte:

Ersatztriebwerk PC12 (1,0 Mio.): Das Triebwerk des UVEK-eigenen PC12 wurde 2022 bei einem Flugeinsatz schwer beschädigt. Die Überholungsarbeiten am Ersatztriebwerk dauerten länger als vorgesehen und waren Ende 2023 noch nicht abgeschlossen. Der Einbau kann voraussichtlich im 1. Quartal 2024 erfolgen.

Hoheitliche Sicherheitsmassnahmen – Mock-Up Flugzeugtyp A350 (0,5 Mio.): Das Fedpol unterrichtete das BAZL im Frühling 2023, dass ein neuer Mock-Up (Attrappe eines Flugzeugrumpfes) nötig wird, um die Einsatzkräfte im Ausbildungszentrum Kreuzlingen auch künftig adäquat Schulen zu können. Die Beschaffung war für die zweite Jahreshälfte 2023 geplant, musste aufgrund von personellen Engpässen aber auf 2024 verschoben werden.

Hoheitliche Sicherheitsmassnahmen – Beschaffung neuer Waffen (0,4 Mio.): Die Waffen der Einsatzkräfte im Bereich der hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen müssen ersetzt werden. Die Evaluation eines valablen Produktes hat sich verzögert, sodass die Waffen nicht bereits 2023 definitiv beschafft werden konnten.

EMPIC-EAP (0,3 Mio.): EMPIC ist eine zentrale Softwarelösung zur Umsetzung und Überwachung von Luftfahrtregelungen. Sie wird zu erheblichen Entlastungen der personellen Ressourcen bei den Bedarfsträgern führen. Aufgrund personeller Engpässe konnte die Realisierung einiger Projektschritte nicht mehr 2023 umgesetzt werden.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: LUFTFAHRTENTWICKLUNG

A231.0296 INTERNATIONALE ZIVILLUFTFAHRTORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 977 627	3 010 000	2 953 225	-56 775	-1,9

Die Beiträge an internationale Organisationen sind völkerrechtlich gebunden. Die Ausgaben der internationalen Organisationen werden in der Regel nach Massgabe des BIP auf die teilnehmenden Staaten aufgeteilt. Die Beiträge der Schweiz setzen sich aus den folgenden Hauptkomponenten zusammen:

— European Aviation Safety Agency (EASA)	2 039 848
— Internationale Zivilluftfahrt-Organisationen (ICAO)	780 588
— Europäische Zivilluftfahrt Konferenz (ECAC)	55 437
— COSPAS/SARSAT (Zwischenstaatliches Abkommen über Satellitensysteme für den Such- und Rettungsdienst)	46 970
— ABIS-Gruppe der ICAO (gemeinsame Interessenvertretung acht europäischer Länder bei der ICAO)	30 382

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 7.12.1944 über die internationale Zivilluftfahrt (SR 0.748.0); Resolution der Europäischen Zivilluftfahrt-Konferenz vom 10.7.1956; Beschluss Nr. 3/2006 des Luftverkehrsausschusses Europäische Gemeinschaft/Schweiz zur Änderung des Anhangs des Abkommens vom 21.6.1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Luftverkehr (AS 2006 5971, SR 0.748.127.192.68).

A231.0297 HOHEITLICHE SICHERHEITSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 801 732	2 005 600	1 816 682	-188 918	-9,4

Die hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen dienen sowohl dem Schutz der Passagiere und Besatzungen schweizerischer Luftfahrzeuge vor Terroranschlägen als auch dem Schutz der Schweiz vor erpresserischen Handlungen. Der Bund deckt namentlich spezifische Aus- und Weiterbildung, Einsatzplanung, Lohnkosten, Spesen und Ausrüstung der sich im Einsatz befindenden Sicherheitsspezialisten. Diese werden als Sicherheitsbeauftragte Luftverkehr an Bord von Flugzeugen (Tigers bzw. Airmarshalls) und am Boden auf ausländischen Flugplätzen (Foxes bzw. Groundmarshalls) eingesetzt. Über den vorliegenden Kredit werden die mit den Einsätzen der Sicherheitsbeauftragten zusammenhängende Aufgaben abgegolten, die auf die Luftverkehrsunternehmen übertragen werden.

Insgesamt wurden beim BAZL für hoheitliche Sicherheitsmassnahmen Mittel in Höhe von rund 5,8 Millionen aufgewendet (1,8 Mio. aus vorliegendem Kredit, 4,0 Mio. im Funktionsaufwand [Globalbudget]; Vorjahr: 4,9 Mio.; +1,1 Mio.). Bei allen beteiligten Verwaltungseinheiten wurden für Hoheitliche Sicherheitsmassnahmen insgesamt Mittel in Höhe von 11,1 Millionen aufgewendet (Vorjahr: 9,4 Mio.; +1,7 Mio.). Diese Zunahme ist auf eine Erhöhung der Flugbewegungen gegenüber den Pandemie Jahren zurückzuführen. Gegenüber dem Voranschlag resultierte ein Minderaufwand (-0,2 Mio.).

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG, SR 748.0); Luftfahrtverordnung vom 14.11.1973 (SR 748.01), Art. 122e-122o; V vom 20.7.2009 über die Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr (SR 748.122).

Hinweise

Am Vollzug der hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen sind neben dem BAZL namentlich das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sowie das Bundesamt für Polizei (fedpol) beteiligt.

Über den vorliegenden Kredit werden nur die Kosten und Ertragsausfälle abgegolten, die den Luftverkehrsabkommen aus den Einsätzen der Sicherheitsbeauftragten entstehen. Über den Funktionsaufwand (Globalbudget; A200.0001) werden die Entschädigungen von Angehörigen der Polizeikorps von Kantonen und Gemeinden sowie der Transportpolizei finanziert, die als Sicherheitsbeauftragte tätig sind.

Bis zu 50 Prozent der «Tiger»-Einsätze und nahezu 100 Prozent der «Fox»-Einsätze werden durch das BAZG erbracht. Deshalb wurden dauerhaft Mittel von 2,9 Millionen pro Jahr an das BAZG verschoben (vgl. 606 BAZG/A200.0001 Funktionsaufwand [Globalbudget]). Das BAZG beschäftigte 2023 rund 104 Mitarbeitende im poolorganisierten Milizsystem für die Aufgaben im Bereich Luftsicherheit, wovon 69 für «Tiger»-Einsätze und 35 für «Fox»-Einsätze vorgesehen waren. Die personellen Mittel

wurden seitens des BAZG vollumfänglich bereitgestellt. Im Jahr 2023 wurden mit einem Total von 3 227 Tagen weniger «Tiger»-Einsatztage geleistet als geplant (3360). Die geleisteten 1493 «Fox»-Einsatztage lagen leicht über dem anvisierten Ziel (1440). Die im Jahr 2023 im Bereich «Ausbildung und Instruktion» geleisteten Einsatztage lagen mit Total 362 über den Erwartungen (200). Gemäss Dienstleistungsvereinbarung wird vom BAZG eine Gesamtleistung von total 5000 Einsatztagen erwartet. Im 2023 hat das BAZG insgesamt 5082 Einsatztage geleistet. Dies entspricht einer Erfüllungsquote von 102 Prozent. Im Jahr 2023 hat das BAZG die zur Verfügung stehenden Mittel von 2,9 Millionen ausgeschöpft.

1,9 Millionen pro Jahr sind dauerhaft für Mitarbeitende, die für Einsatzplanung und Ausbildung zugunsten der Sicherheitsbeauftragten Luftverkehr zuständig sind, sowie für damit zusammenhängende Sachaufwände zum fedpol verschoben (vgl. 403 fedpol/A200.0001 Funktionsaufwand [Globalbudget]). Im Jahr 2023 verwendete das fedpol Mittel im Umfang von 2,4 Millionen für Personal (11 Vollzeitstellen; 2,0 Mio.), Sachausgaben (0,1 Mio.) und Abschreibungen (Infrastruktur Kreuzlingen; 0,3 Mio.).

A231.0298 TECHNISCHE SICHERHEITSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	33 268 911	42 321 800	37 904 112	-4 417 688	-10,4

Gemäss Artikel 87b der Bundesverfassung werden die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Flugtreibstoffen sowie der darauf erhobene Zuschlag für Aufgaben und Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Luftverkehr verwendet. 50 bis 75 Prozent der verfügbaren Mittel sollen für den Bereich «Technische Sicherheitsmassnahmen» verwendet werden. Dabei können Beiträge geleistet werden an:

- An- und Abflugsicherungsdienste auf einzelnen schweizerischen Regionalflughäfen;
- Unfallverhütungsprogramme sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben;
- bauliche Massnahmen;
- Entwicklung technischer Systeme;
- Aus- und Weiterbildung.

Insgesamt wurden annähernd 38 Millionen verwendet. Es resultierte ein Kreditrest von rund 4,4 Millionen. Dies aufgrund von Projektverzögerungen. Ausserdem wurden im Bereich der Ausbildungsunterstützung Luftfahrt verschiedene bewilligte Ausbildungen abgebrochen, da Covid-19-bedingt die Auflagen nicht mehr eingehalten werden konnten.

Der Bund verfügte im Jahr 2023 einen Betrag von 32,4 Millionen (+4,9 Mio. gegenüber Vorjahr) zur Entschädigung der Flugsicherungskosten auf Regionalflugplätzen, der sich wie folgt aufteilt:

— Flughafen Bern AG	6 988 720
— Lugano Airport SA	6 484 990
— Regionalflugplatz Jura-Grenchen AG	5 816 623
— Airport Altenrhein AG	3 981 889
— Aéroport Les Eplatures	2 836 416
— Airport-Buochs AG	2 722 208
— Aéroport civil de Sion	2 387 927
— Engadin Airport AG	1 153 402

Daneben wurden Finanzhilfen in Höhe von 2,5 Millionen für 48 in den Vorjahren (seit 2012) bewilligte Projekte im Bereich Safety ausbezahlt; 4 davon wurden im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2016–2019 und 44 im Rahmen des Mehrjahresprogrammes 2020–2023 verfügt.

Des Weiteren unterstützt der Bund seit 2016 Ausbildungen im Bereich Luftfahrt (Piloten, Fluglehrer und Luftfahrzeugtechniker). Hierfür wurden Finanzhilfen in Höhe von 3,0 Millionen an 171 Kandidaten entrichtet. Von den insgesamt 158 im Jahr 2023 neu verpflichteten Beträgen betreffen 102 Gesuche von angehenden Berufspiloten, 47 solche von Fluglehrern und 9 Eingaben von Flugzeugtechnikern.

Rechtsgrundlagen

Art. 87b BV (SR 101); BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2); Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG, SR 748.0), Art. 103a und 103b; V vom 29.6.2011 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (MinLV; SR 725.116.22); V vom 18.12.1995 über den Flugsicherungsdienst (VFSD; SR 748.132.1); V vom 1.7.2015 über die Finanzhilfen für Ausbildungen im Bereich der Luftfahrt (VFAL; SR 748.03).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2017–2019» (V0268.00), «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2020–2023» (V0268.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

A231.0299 UMWELTSCHUTZ-MASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 144 093	13 920 000	2 758 824	-11 161 176	-80,2

Gemäss Artikel 87b der Bundesverfassung werden die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Flugtreibstoffen sowie der darauf erhobene Zuschlag für Aufgaben und Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Luftverkehr verwendet. 12,5 bis 25 Prozent der verfügbaren Mittel sollen zur Finanzierung von Umweltschutzmassnahmen eingesetzt werden. Darunter fallen insbesondere Beiträge für:

- Schutz der Bevölkerung vor Lärm- und Schadstoffimmissionen;
- Entwicklung umweltschonender Flugverfahren;
- Forschungsarbeiten im Bereich der Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Umwelt;
- Aus- und Weiterbildung zur Anwendung umweltschonender Flugverfahren.

Es wurden Finanzhilfen in Höhe von rund 2,8 Millionen für 19 in den Vorjahren (seit 2012) bewilligte Projekte ausbezahlt, eines davon wurde im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2012–2015, 4 wurden im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2016–2019 und 14 im Rahmen des Mehrjahresprogrammes 2020–2023 verfügt. Aufgrund der beschränkten Anzahl unterstützungswürdiger Gesuche und Projektverzögerungen resultierte ein Kreditrest in Höhe von knapp 11,2 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Art. 87b BV (SR 101); BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2); V vom 29.6.2011 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (MinLV; SR 725.116.22).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2017–2019» (V0268.00), «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2020–2023» (V0268.01), siehe Band 1B, Ziffer B1.

Ausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

A231.0300 NICHT-HOHEITLICHE SICHERHEITSMASSNAHMEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 332 166	9 920 000	2 825 511	-7 094 489	-71,5

Gemäss Artikel 87b der Bundesverfassung werden die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Flugtreibstoffen sowie der darauf erhobene Zuschlag für Aufgaben und Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Luftverkehr verwendet. 12,5 bis 25 Prozent der verfügbaren Mittel sollen für Massnahmen zur Abwehr widerrechtlicher Handlungen eingesetzt werden. Beiträge werden insbesondere verwendet für:

- Kontrolle und Überwachung der Fluggäste, des Gepäcks und der Luftfahrzeuge;
- Schutz von Infrastrukturanlagen oder Luftfahrzeugen gegen Einwirkungen;
- Ausbildung von Sicherheitspersonal auf Flugplätzen;
- Forschung, Entwicklung und Qualitätssicherung im Bereich der Luftverkehrssicherheit.

2023 wurden Finanzhilfen in Höhe von gut 2,8 Millionen für 13 Projekte ausgerichtet, 4 davon wurden im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2016–2019 und 9 davon im Rahmen des Mehrjahresprogrammes 2020–2023 verfügt. Aufgrund der beschränkten Anzahl unterstützungswürdiger Gesuche und Projektverzögerungen resultierte ein Kreditrest in Höhe von knapp 7,1 Millionen.

Rechtsgrundlagen

Art. 87b BV (SR 101); BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2); V vom 29.6.2011 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (MinLV; SR 725.116.22).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2017–2019» (V0268.00), «Rahmenkredit Spezialfinanzierung Luftverkehr 2020–2023» (V0268.01), siehe Band 1B, Ziffer B1.

Ausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Luftverkehr», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

A231.0301 ABGELTUNG SKYGUIDE FÜR ERTRAGSAUSFÄLLE AUSLAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	43 560 300	44 075 600	44 075 600	0	0,0

Von Skyguide werden im Interesse der schweizerischen Flughäfen Flugsicherungsleistungen in angrenzenden ausländischen Lufträumen erbracht. Mit Ausnahme von Frankreich wird Skyguide für diese Dienstleistungen nicht (Österreich und Italien) oder nur zu einem kleinen Teil (Deutschland) entschädigt. Dadurch entstehen Skyguide erhebliche Ertragsausfälle, die der Bund durch die Gewährung von Abgeltungen kompensiert.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG, SR 748.0), Art. 101b; Luftfahrtverordnung vom 14.11.1973 (LFV; SR 748.01); V über den Flugsicherungsdienst vom 18.12.1995 (VFSD; SR 748.132.1).

A231.0385 ABGELTUNG SKYGUIDE FÜR GEBÜHRENBEFREITE FLÜGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	9 191 554	9 576 800	9 333 881	-242 919	-2,5

Von Skyguide werden Flugsicherungsleistungen für Flüge erbracht, die von Flugsicherungsgebühren befreit sind (insb. Suche und Rettung, Kontrolle und Vermessung, Sichtflug, humanitäre Zwecke und offizielle Missionen). Dadurch entstehen Skyguide Ertragsausfälle, die der Bund durch die Gewährung von Abgeltungen kompensiert.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG, SR 748.0), Art. 49; V über den Flugsicherungsdienst vom 18.12.1995 (VFSD; SR 748.132.1).

TRANSFERKREDITE DER LG 2: LUFTFAHRTSICHERHEIT**A231.0394 LUFTFAHRTDATENSAMMLUNGSDIENST**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 312 642	2 465 800	1 478 918	-986 882	-40,0
Laufende Ausgaben	536 023	955 800	714 697	-241 103	-25,2
Investitionsausgaben	1 776 619	1 510 000	764 221	-745 779	-49,4

Bei Luftfahrt Daten handelt es sich um Geoinformationen über Luftfahrtinfrastrukturen, Lufträume, Flugverfahren und Luftfahrt Hindernisse. Der Bund ist zuständig für Errichtung und Betrieb einer nationalen Datenerfassungsschnittstelle für zivile und militärische Luftfahrt Daten, wobei er diese Aufgabe auf eine juristische Person des Privatrechts übertragen kann.

Zur Übertragung dieser Aufgabe auf einen Dritten wurde eine WTO-Beschaffung durchgeführt. In der Umsetzung des komplexen DCS CH Digitalisierungsprojektes wurden aufgrund unzähliger Abhängigkeiten (intern und extern über das BAZL hinaus) verschiedene Verschiebungen und Umplanungen notwendig, womit sich auch die Investitionen verschoben haben und diese heute nicht mehr der initialen Planung entsprechen. Aufgrund von internen und externen Ressourcenengpässen konnten nicht alle geplanten Leistungen abgerufen werden.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG; SR 748.0), Art. 40a.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Luftfahrt datensammlungsdienst» (V0325.00), siehe Band 1B, Ziffer B1.

A231.0434 ABGELTUNG SKYGUIDE FÜR FLUGSICHERUNGSDIENST U-SPACE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	3 208 000	3 725 000	3 725 000	0	0,0

Zur Wahrung der Flugsicherheit muss Skyguide Verfahren und Systeme spezifisch für Drohnen und dem von diesen genutzten Luftraum entwickeln (zusammengefasst unter dem Begriff «U-Space»). Gemäss Artikel 12a VFSD trägt der Bund diese Flugsicherungskosten.

Rechtsgrundlagen

Luftfahrtgesetz vom 21.12.1948 (LFG, SR 748.0), Art. 49; V über den Flugsicherungsdienst vom 18.12.1995 (VFSD; SR 748.132.1), Art. 12a.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	1 776 619	1 510 000	764 221	-745 779	-49,4

Die über den Kredit A231.0394 LuftfahrtDATENSAMMLUNGSDIENST ausgerichteten Investitionsbeiträge werden vollständig wertberichtigt.

BUNDESAMT FÜR ENERGIE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Schaffung der Voraussetzungen zur Sicherstellung der Energieversorgung der Schweiz
- Gewährleistung der technischen Sicherheitsanforderungen im Energiebereich, Begleitung des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie
- Schaffung der Rahmenbedingungen für einen effizienten Strom- und Gasmarkt sowie eine angepasste Infrastruktur
- Förderung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energien, Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien
- Förderung der marktorientierten Energieforschung und -innovation sowie der Information und Sensibilisierung für Energiethemen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	1 341,2	1 342,5	1 459,0	117,9	8,8
Laufende Ausgaben	1 609,7	1 501,7	1 424,9	-184,7	-11,5
Eigenausgaben	252,0	106,7	102,7	-149,3	-59,2
Transferausgaben	1 357,7	1 395,1	1 322,2	-35,4	-2,6
Finanzausgaben	0,0	–	–	0,0	-100,0
Selbstfinanzierung	-268,5	-159,2	34,1	302,6	112,7
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-405,6	-432,6	-398,5	7,1	1,7
Jahresergebnis	-674,1	-591,9	-364,4	309,7	45,9
Investitionsausgaben	405,7	4 436,1	399,2	-6,5	-1,6

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen setzen sich hauptsächlich aus den Einnahmen des Netzzuschlages, den CO₂-Sanktionen für leichte Motor- und Nutzfahrzeuge, den Wasserzinsanteilen, der Bereitstellungspauschale für den Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft sowie aus der Rückzahlung der Ausgaben für das Reservekraftwerk (RKW) Birr zusammen. Die laufenden Ausgaben bestehen zu 93 % aus der Einlage in den Netzzuschlagfonds. Sie bestehen somit fast ausschliesslich aus Transferaufwand. Die Zweckbindung der Mittel für das Gebäudeprogramm und für den Netzzuschlagfonds sind als stark gebunden einzustufen.

Gegenüber der Rechnung 2022 erhöhten sich die Einnahmen um annähernd 118 Millionen, was sich hauptsächlich mit den Entgelten aus der Bereitstellungspauschale für den Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft, die die systemkritischen Unternehmen zu entrichten haben, sowie der Rückzahlung für das RKW Birr erklären lässt. Gleichzeitig sanken die Eigenausgaben um gut 149 Millionen, was hauptsächlich damit zusammenhängt, dass die Ausgaben für die Reservekraftwerke ab 2023 beim Netzbetreiber anfallen. Bei den Transferausgaben war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, was auf eine tiefere Einlage in den NZF zurückzuführen ist. Die Investitionsausgaben wurden fast vollständig für das Gebäudeprogramm und den Technologietransfer getätigt und fielen gegenüber Vorjahr leicht tiefer aus. Dieser Effekt zeigt sich infolge auch im Rückgang der Wertberichtigungen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (BATE): Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten (BATE): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Bericht «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze» (in Erfüllung des Po. UREK-N 21.3974): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht nicht im Berichtsjahr genehmigen, weil durch die Arbeiten zum Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien weitere Abklärungen für den Bericht nötig sind.
- Bericht «Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen» (in Erfüllung des Po. Grossen 20.4627): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen» (in Erfüllung des Po. Fraktion RL 19.4052): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Auslegeordnung Wasserstoff und Handlungsoptionen für die Schweiz» (in Erfüllung des Po. Candinas 20.4709): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz» (in Erfüllung des Po. Masshardt 19.3562): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verordnung über die Errichtung einer Stromreserve für den Winter (Winterreserververordnung): Inkraftsetzung (erreicht)
- Bericht «Störfallanalysen bei Kernanlagen und ionisierende Strahlung im Niedrigdosisbereich» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4107): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revision der Verordnung über die Errichtung einer Stromreserve für den Winter (Winterreserververordnung): Inkraftsetzung (erreicht)
- Konzept für das Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung (RUMBA) für die Periode 2024–2027: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Entsorgungsprogramm 2021: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Umsetzung der Änderung vom 1. Oktober 2021 des Energiegesetzes auf Verordnungsstufe: Inkraftsetzung (erreicht)
- Totalrevision der Stauanlagenverordnung: Inkraftsetzung (erreicht)

LG1: ENERGIEVERSORGUNG, -NUTZUNG UND FORSCHUNG IM ENERGIEBEREICH

GRUNDAUFTRAG

Der Bund setzt sich mit seiner Energiepolitik für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung und für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch ein. Das BFE trägt mit der Erarbeitung von Grundlagen zu ökonomischen und technologischen Fragen dazu bei, dass Bundesrat und Parlament die energiepolitischen Aufgaben im Rahmen ihrer verfassungsmässigen Zuständigkeit erfüllen können. Es vollzieht Programme zur Information, Beratung und zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz, koordiniert die Energieforschung und wirkt darauf hin, dass die schweizerische Energiepolitik auf die internationale Energiepolitik abgestimmt ist.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	5,8	8,0	6,0	-2,0	-24,8
Aufwand und Investitionsausgaben	85,5	91,2	88,0	-3,2	-3,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Energieversorgung und -nutzung: Die Erarbeitung und Änderung der Rahmenbedingungen schreiten planmässig voran			
- Stromnetze: Durchschnittliche Verfahrensdauer ausgewählter wichtiger Netzevorhaben auf der Übertragungsnetzebene (Jahre)	10,5	12,0	14,5
Förderung Energieeffizienz und erneuerbare Energien: Das BFE fördert die Senkung des Endenergieverbrauchs, die Stromeffizienz und den effizienten Zubau erneuerbarer Energien			
- Förderung Energieeffizienz und erneuerbare Energien: Fristgerechte Publikation des jährlichen Monitoringberichts zur Energiestrategie 2050 (ja/nein)	ja	ja	ja
- Förderung Stromeffizienz über Netzzuschlag (wettbewerbliche Ausschreibungen): Verhältnis Vollzugsaufwand zu bewilligten Fördermitteln (%)	5,2	6,5	6,1
- Förderung erneuerbare Energien über Netzzuschlag: Verhältnis Vollzugskostenanteil zu Förderaufwand (Abschlusszahlen Netzzuschlagsfonds) (%)	2,11	1,65	1,63
Forschung, Innovation und Sensibilisierung: Die Koordination und Förderung von Forschung und Innovation sowie die Information und Sensibilisierung für Energiethemen tragen zur Erreichung der energiepolitischen Ziele bei			
- Energieforschung: Anteil Aufwendungen BFE für Schwerpunktthemen gemäss Forschungskonzept (%; min.)	90	90	91
- Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprojekte: Verhältnis der neu ausgelösten direkten Investitionen zum Subventionsvolumen (Quotient)	3,08	1,50	1,98
- EnergieSchweiz: Anteil erfolgreich abgeschlossener Projekte (%; min.)	95,0	95,0	95,0

KOMMENTAR

Die angestrebten Ziele wurden mit einer Ausnahme erreicht. Die Abweichung liegt im Bereich Verfahrensdauer ausgewählter wichtiger Netzevorhaben auf der Übertragungsnetzebene vor. Die Liste der Projekte, die zur Berechnung der durchschnittlichen Verfahrensdauer herangezogen werden, ist begrenzt (11 Projekte im Jahr 2023). Sie besteht aus Projekten sehr unterschiedlicher Art (Länge, Technologie, Geografie). Jedes Jahr kommen neue Projekte in die Statistik und abgeschlossene fallen heraus. Aus diesen Gründen kann der Durchschnitt von Jahr zu Jahr stark schwanken. Im Jahr 2023 führten komplexe Projekte, die bestimmte Verfahrensphasen abgeschlossen hatten, zu einem Anstieg des Gesamtdurchschnitts.

LG2: SICHERHEIT IM ENERGIEBEREICH

GRUNDAUFTRAG

Das BFE trägt dazu bei, dass negative Auswirkungen der Energiegewinnung und -verteilung auf Bevölkerung und Umwelt minimiert werden. Es schafft insbesondere Voraussetzungen, dass die schweizerischen Kernanlagen nach ihrer Ausserbetriebnahme fachgerecht stillgelegt und die vorhandenen Abfälle in geologische Tiefenlager verbracht werden. Es sorgt ferner dafür, dass die in den internationalen Verträgen betreffend die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgeschriebenen Safeguardsmassnahmen eingehalten werden.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	8,3	9,7	7,7	-2,0	-21,0
Aufwand und Investitionsausgaben	15,7	16,4	15,4	-1,0	-5,9

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Entsorgung radioaktive Abfälle: Das BFE schafft die nötigen Voraussetzungen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle			
- Informationsanlässe zur Standortsuche für geologische Tiefenlager für Stakeholder (Anzahl, min.)	4	0	0
- Entsorgungsprogramm 2021: Berichterstattung an das Parlament (Termin)	-	31.12.	08.12.
- Entsorgungsprogramm 2021: Genehmigung durch den Bundesrat (Termin)	-	31.12.	08.12.
Stilllegung Kernanlagen: Das BFE nimmt seine Rolle als verfahrensleitende Behörde bei der Stilllegung von Kernanlagen wahr			
- Kernkraftwerk Mühleberg: Vollzug der Stilllegung erfolgt laufend und unter Einhaltung des Umweltrechts (ja/nein)	ja	ja	ja
Sicherheit von Energieanlagen: Die Risiken der Anlagen zur Gewinnung und Verteilung von Energie sind für Mensch, Tier und Umwelt minimiert			
- Unkontrollierte Ablässe grosser Wassermassen bei Talsperren unter direkter Bundesaufsicht (Anzahl)	0	0	0
Aufsicht über das Kernmaterial der Schweiz: Die Schweiz erfüllt das Abkommen mit der IAEA über die Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Rahmen der Nichtverbreitung von Kernwaffen (Safeguard-Abkommen) und das Zusatzprotokoll zum Safeguard-Abkommen vollumfänglich			
- IAEA erteilt der Schweiz die «Broader Conclusion» (ja/nein)	ja	ja	ja
- Anlagen, die das Safeguardsziel nicht erreicht haben (Anzahl)	0	0	0

KOMMENTAR

Die angestrebten Ziele wurden allesamt erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	1 341 271	1 342 511	1 459 049	116 539	8,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	14 060	17 707	13 689	-4 018	-22,7
Fiskalertrag					
E110.0121 Sanktion CO ₂ -Verminderung leichte Motorfahrzeuge	28 514	2 500	802	-1 698	-67,9
E110.0122 Ertrag Netzzuschlag	1 274 023	1 288 000	1 225 834	-62 166	-4,8
Regalien und Konzessionen					
E120.0104 Wasserzinsanteile	4 303	4 304	4 303	-1	0,0
Finanzertrag					
E140.0107 Zinsen auf Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	-	130	130	-
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0118 Bereitstellungspauschale Rettungsschirm Strom	20 371	30 000	63 500	33 500	111,7
E150.0119 Rückzahlung Aufwendungen Reservekraftwerk Birr	-	-	150 791	150 791	-
Aufwand / Ausgaben	3 695 063	6 370 477	2 222 629	-4 147 848	-65,1
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	101 211	107 592	103 373	-4 219	-3,9
Nachtrag		7 000			
Kompensation Nachtrag		-1 100			
Kreditverschiebung		1 200			
Abtretung		744			
Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)		1 799			
A202.0191 Reservekraftwerke	150 942	-	-	-	-
Transferbereich					
<i>LG 1: Energieversorgung, -nutzung und Forschung im Energiebereich</i>					
A231.0304 Programme EnergieSchweiz	26 413	42 402	32 068	-10 334	-24,4
A231.0307 Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)	228	308	214	-93	-30,4
A231.0366 Energiecharta	127	139	121	-18	-12,9
A231.0388 Energieforschung	25 491	31 616	31 188	-428	-1,4
A236.0116 Gebäudeprogramm	410 600	434 655	407 827	-26 828	-6,2
Kreditübertragung		3 100			
A236.0117 Technologietransfer	14 110	20 272	10 428	-9 845	-48,6
A236.0118 Einlage Netzzuschlagsfonds	1 274 023	1 288 000	1 225 834	-62 166	-4,8
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	1 679 581	432 349	398 498	-33 851	-7,8
<i>LG 2: Sicherheit im Energiebereich</i>					
A231.0303 Internationale Atomenergieagentur	6 075	6 196	6 131	-65	-1,0
A231.0305 Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI)	1 961	1 974	1 974	0	0,0
A231.0306 Wasserkrafteinbussen	4 303	4 304	4 303	-1	0,0
A231.0436 Abgeltung Eidgenössisches Starkstrominspektorat (ESTI)	-	670	670	0	0,0
Ausserordentliche Transaktionen					
A290.0145 Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft	-	4 000 000	-	-4 000 000	-100,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	14 059 820	17 707 000	13 688 675	-4 018 325	-22,7

Der Funktionsertrag des BFE besteht aus gesetzlich verrechenbaren Vollzugs- und Aufsichtsleistungen der Leistungsgruppen Energieversorgung, -nutzung und Forschung sowie Sicherheit. Rund 89 Prozent der Erträge entfallen auf weiterverrechnete Leistungen des BFE an den NZF, den Sachplan geologische Tiefenlager (SGT) sowie auf Gebühren im Aufsichtsbereich (Talsperren, Kernmaterial und Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS)).

Gesamthaft liegen die Funktionserträge rund 4 Millionen unter dem budgetierten Wert. Die wesentlichen Mindereinnahmen entfallen mit rund 1,5 Millionen auf den NZF und mit rund 1,3 Millionen auf den Sachplan geologische Tiefenlager. Diese Effekte wirken sich auf die entsprechenden Ausgaben im Funktionsaufwand aus (vgl. A200.0001).

Rechtsgrundlagen

Verordnung vom 22.11.2006 über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich (GebV-En; SR 730.05).

E110.0121 SANKTION CO₂-VERMINDERUNG LEICHTE MOTORFAHRZEUGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	28 513 854	2 500 000	802 295	-1 697 705	-67,9

In der Schweiz gelten seit 2020 analog zur EU verschärfte CO₂-Emissionsvorschriften für Neufahrzeuge. Erstmals zum Verkehr in der Schweiz zugelassene Personenwagen (PW) sollen im Durchschnitt maximal 95 Gramm CO₂/km ausstossen (bzw. 118 Gramm ab 2021 gemäss dem neuen Prüfverfahren für den Treibstoffverbrauch und die Emissionen von leichten Motorfahrzeugen WLTP – Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure). Zudem gilt auch für erstmals zugelassene Lieferwagen und leichte Sattelschlepper (LNF) eine Vorgabe von maximal 147g CO₂/km (bzw. ab 2021 unter WLTP 186g CO₂/km). In diesem Zusammenhang erhält jeder Importeur von PW und LNF ein spezifisches Emissionsziel für die von ihm importierte und erstmals in Verkehr gesetzte Fahrzeugflotte. Werden die Ziele nicht erreicht, werden finanzielle Sanktionen erhoben. Das BFE erhebt die Sanktionen bei den Grossimporteuren und das ASTRA bei den Kleinimporteuren.

Die Einnahmen liegen knapp 1,7 Mio. unter dem Voranschlagswert. Dies basiert auf einer Schätzdifferenz. Die Schlussabrechnungen liegen immer um ein Jahr verzögert vor, weshalb es sich beim Voranschlag jeweils um eine Schätzung der Sanktionen des Vorjahres und des laufenden Jahres handelt.

Die Abweichung zur Rechnung 2022 begründet sich einerseits in der die fortschreitenden Effizienzsteigerung und Elektrifizierung der Neuwagenflotte. Andererseits hat auch das Marktumfeld mit seinen rückläufigen Fahrzeugabsatzzahlen bei gleichzeitig guter Verfügbarkeit von elektrischen Fahrzeugen zur Senkung der Flottenemissionen beigetragen. Insbesondere jene Grossimporteure von Fahrzeugen, die vormals ihre Zielvorgabe mit Sanktionsfolge überschritten hatten, konnten diese im Vergleich zum Vorjahr weitgehend einhalten.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011, Art. 13. (SR 641.71).

Hinweise

Einnahmen zu Gunsten der Spezialfinanzierung «Sanktion CO₂-Verminderung leichte Motorfahrzeuge», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Der Reinertrag der Sanktion (Bruttoerträge ASTRA und BFE abzüglich Total der Erhebungskosten) wird jeweils im Folgejahr dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF) zugewiesen.

E110.0122 ERTRAG NETZZUSCHLAG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 274 023 255	1 288 000 000	1 225 834 461	-62 165 539	-4,8

Zur Förderung der Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energiequellen sowie zur Steigerung der Energieeffizienz wird seit 2009 ein Zuschlag auf dem Netznutzungsentgelt für das Übertragungsnetz erhoben (Netzzuschlag). Dieser wird durch die Verteilnetzbetreiber (VNB) an deren Endkunden weiterverrechnet. Die Erträge aus dem Netzzuschlag werden in der Bundesrechnung vereinnahmt und in den Netzzuschlagsfonds (NZF) eingelegt (s. A236.0118 Einlage Netzzuschlagsfonds). Die Vereinnahmung des Netzzuschlags bei den VNB erfolgt durch die vom Bund eingesetzte Vollzugstelle Pronovo AG.

Der Ertrag aus dem Netzzuschlag liegt rund 62 Millionen unter dem budgetierten Wert, was mit einem im Vergleich zur Planung um ca. 4,5 Prozent tieferen Stromverbrauch zu erklären ist. Die Abnahme im Stromverbrauch ist auf die relativ milden Temperaturen sowie auf die Einsparungen von Bevölkerung, Unternehmen und öffentlicher Hand zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0), Art. 37.

E140.0107 ZINSEN AUF SANKTION CO₂-VERMINDERUNG PERSONENWAGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	129 741	129 741	-

Die Einnahmen aus den CO₂-Sanktionen werden nach Abzug der Vollzugskosten in die Spezialfinanzierung eingelegt. Der Saldo der Einlagen und Entnahmen wird verzinst. Aufgrund des angestiegenen Zinsniveaus fällt im laufenden Rechnungsjahr ein ungeplanter Zinsertrag von gut 0,1 Millionen an. Die Zinserträge werden in die Spezialfinanzierung eingelegt.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011, Art. 38. (SR 641.71).

Hinweise

Einnahmen zu Gunsten der Spezialfinanzierung «Sanktion CO₂-Verminderung leichte Motorfahrzeuge», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

E120.0104 WASSERZINSANTEILE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	4 302 676	4 303 500	4 302 676	-825	0,0

Gemäss WRG kann der Bund Wasserzinsanteile zur Finanzierung von Ausgleichsbeiträgen zur Kompensation des Verzichts auf die Wasserkraftnutzung erheben. Die Höhe der vereinnahmten Wasserzinsanteile ergibt sich aus der Höhe der zu leistenden Ausgleichsbeiträge (vgl. A231.0306 Wasserkrafteinbussen).

Rechtsgrundlagen

Wasserrechtsgesetz vom 22.12.1916 (WRG; SR 721.80), Art. 22; V vom 16.4.1997 über den Anteil am Wasserzins (SR 721.832).

E150.0118 BEREITSTELLUNGSPAUSCHALE RETTUNGSSCHIRM STROM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	20 371 241	30 000 000	63 500 000	33 500 000	111,7

Mit dem Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft) soll die Elektrizitätsversorgung der Schweiz bei aussergewöhnlichen Marktentwicklungen, denen die Elektrizitätswirtschaft nicht selber zu begegnen vermag, sichergestellt werden. Gegebenenfalls würde der Bund den systemkritischen Unternehmen Finanzhilfen in Form von Darlehen gewähren.

Um die nötige Liquidität kurzfristig zur Verfügung stellen zu können, hält der Bund während der Gültigkeit des Gesetzes durchgehend zusätzliche Mittel im Umfang von 10 Milliarden bereit. Die systemkritischen Unternehmen werden im Gegenzug verpflichtet, dem Bund die Kosten dieser Mittelbereitstellung in Form einer Bereitstellungspauschale zu erstatten. Der Aufwand für die Bereitstellung bemisst sich an den Refinanzierungskosten des Bundes sowie an den Vollzugskosten.

Für die Berechnung der Refinanzierungskosten wird seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (FiREG) ab Oktober 2022 ein Zinssatz von 0,635 Prozent angewendet. Bei Inkrafttreten des FiREG lag der Zinssatz aufgrund der Leitzinserhöhung der Schweizerischen Nationalbank höher als zum Zeitpunkt der Notverordnung des Bundesrats im Sommer 2022 (massgebend für die angenommene Verzinsung im Voranschlag 2023). Dadurch fielen die Einnahmen 33,5 Millionen höher aus als veranschlagt. Das FiREG ist bis Ende 2026 in Kraft.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (FiREVO; SR 731.31); Art. 17ff

Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft vom 30.9.2022 (FiREG; SR 734.91); Art. 18ff

Hinweise

Verpflichtungskredit «Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft» V0378.00, siehe Band 1B, Ziffer B 1.

E150.0119 RÜCKZAHLUNG AUFWENDUNGEN RESERVEKRAFTWERK BIRR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	150 791 338	150 791 338	-

Als Folge des Ukrainekriegs und aufgrund von strukturellen Problemen der europäischen Stromerzeugungskapazität drohten im Winter 2022/2023 Strommangellagen. Dieser Situation begegnete der Bund mit der Bereitstellung von Reservekraftwerken sowie Vorbereitungsmaßnahmen für den Einsatz von Notstromgruppen (vgl. A202.0191). Im Jahr 2022 sind für das Reservekraftwerk Birr Ausgaben in Höhe von rund 151 Millionen für den Transport und die Einrichtung der Anlage angefallen, die vollständig vom Bund vorfinanziert wurden. Diese Ausgaben werden ab 2024 in 36 Monatsraten vom Netzbetreiber an den Bund zurückbezahlt. Der Ertrag wird auf Grund der geltenden Rechnungslegungsprinzipien vollständig in der Rechnung 2023 ausgewiesen.

Rechtsgrundlage

Winterreserververordnung vom 25.1.2023, (WResV; 734.722), Art. 23

Hinweise

Verpflichtungskredit «Reservekraftwerk Birr 2022–2026» V0377.00, siehe Band 1B, Ziffer B 1.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	101 211 221	107 592 202	103 372 809	-4 219 393	-3,9
<i>davon Kreditmutationen</i>		9 642 302			
Funktionsaufwand	101 091 911	106 926 573	102 707 180	-4 219 393	-3,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	101 078 156	106 653 273	102 696 193	-3 957 080	-3,7
Personalausgaben	47 089 469	50 935 400	51 181 192	245 792	0,5
Sach- und Betriebsausgaben	53 974 947	55 717 873	51 515 001	-4 202 872	-7,5
<i>davon Informatik</i>	3 992 080	5 091 100	4 732 862	-358 238	-7,0
<i>davon Beratung</i>	3 041 298	3 575 900	6 148 262	2 572 362	71,9
Finanzausgaben	13 740	-	-	-	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	13 755	273 300	10 986	-262 314	-96,0
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	119 310	665 629	665 629	0	0,0
Vollzeitstellen (Ø)	254	262	275	13	5,0

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Aufgrund der anhaltend hohen Dynamik im Energiesektor und den damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben des BFE wurde der Personalbestand weiter aufgestockt. Dies zeigte sich unter anderem an der Zunahme der durchschnittlichen Anzahl Vollzeitstellen von 262 auf 275 FTE, die rund 5 Prozent über dem Voranschlagswert lag. Diese Entwicklung war bereits in den letzten Jahren absehbar. Ein grosser Teil des aufgestockten Personalaufwands ist gegenfinanziert und konnte durch Umwandlung von Sachmitteln und mit Hilfe einer Kreditverschiebung vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) in Höhe von 0,8 Millionen vollständig gedeckt werden. Die verbleibende Abweichung zum Voranschlag von 0,2 Millionen entspricht annähernd der notwendigen Erhöhung der Rückstellung für Ferien und Überzeit.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Sach- und Betriebsausgaben fielen gesamthaft rund 4,2 Millionen tiefer aus. Neben Projektverzögerungen (-1 Mio.) sowie tieferen zweckgebundenen Ausgaben für die Kommunikation des Gebäudeprogrammes (-0,4 Mio.) sind insbesondere reduzierte Ausgaben für die Winter-Energie-Spar-Initiative WESPI (-2,8 Mio.) Grund für die Kreditreste.

Das Budget für die WESPI lag bei 9,1 Millionen, verwendet wurden 6,3 Millionen. Davon fallen 2,6 Millionen als Mehrausgaben für die Beratung an, 3,7 Millionen wurden für Dienstleistungen, PR und Kommunikation eingesetzt und den übrigen Sach- und Betriebsausgaben zugeordnet. Die Ausgaben für die Kampagne wurden zu 33 Prozent über Eigenmittel und zu 67 Prozent über einen Nachtragskredit finanziert.

Die Abweichung zum Voranschlag bei den Informatiksachausgaben von knapp 0,4 Millionen ist im Wesentlichen auf die Verzögerung in einem Projekt zurückzuführen. Die Mehrausgaben im Vergleich zur Rechnung 2022 sind auf das steigende Projektvolumen zurückzuführen, das durch die fortschreitende Digitalisierung der Bundesverwaltung getrieben ist. Das Verhältnis Wartungs- zu Projektkosten lag 2023 bei 66 zu 34 Prozent.

Bei den übrigen Sach- und Betriebsausgaben ergaben sich Minderausgaben im Umfang von 6,4 Millionen. Diese sind im Wesentlichen auf folgende Effekte zurückzuführen:

- Winter-Energie-Spar-Initiative WESPI (-5,4 Mio.): Das Budget in Höhe von 9,1 Millionen wurde vollumfänglich bei den übrigen Betriebsausgaben eingestellt. Unter dieser Position sind aber nur 3,7 Mio. für Dienstleistungen, PR und Kommunikation angefallen (vgl. oben);
- Netzzuschlagsfonds NZF (-1,6 Mio.): Minderausgaben insbesondere aufgrund tieferer Aufwendungen der externen Geschäftsstelle für wettbewerbliche Ausschreibungen (weniger Kommunikation und Audits), tiefere Anzahl Evaluationen für Geothermie und geringere Vollzugsausgaben für die Marktprämie Grosswasserkraft, da keine Gesuche beurteilt werden mussten;
- Sachplan geologische Tiefenlager SGT (-1,1 Mio.): Die Ausgaben der Arbeitsgruppe Verpackungsanlage geologisches Tiefenlager fiel tiefer aus als erwartet. Es wurden keine Massnahmen betreffend Monitoring vorgenommen und die kantonale Expertengruppe Sicherheit erstellte eine geringere Anzahl von Berichten als erwartet. Weiter wurden keine vertieften Untersuchungen in der Standortregion und weniger Partizipationsanlässe durchgeführt;
- Informatik (+0,5 Mio.): Die Ausgaben für das Projekt «Monitoring Netze» wurden nicht unter den übrigen Betriebsausgaben eingeplant;
- Vollzugaufgaben (+0,2 Mio.): Ausserordentliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Begleitung von Rechtsetzungsobjekten (v.a. KIG).
- Diverse Mehrausgaben (+0,2 Mio.).

Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben sind vollumfänglich für das Projekt «Zielvereinbarungen post 2020» angefallen. Diese konnten aus zweckgebundenen Reserven finanziert werden.

Abschreibungsaufwand

Die Abschreibungen betreffen fast vollständig das Projekt «Zielvereinbarungen post 2020». Im Voranschlag wurde davon ausgegangen, dass die getätigten Investitionen früher aktiviert und abgeschrieben werden.

Kreditmutationen

Insgesamt wurden Abtretungen und Kreditverschiebungen in Höhe von 9,6 Millionen mutiert:

- Nachtragskredit für die Winter-Energiespar-Initiative (WESPI) von +7 Millionen;
- Kompensation des haushaltsneutralen Nachtrags für den Transfer der Geschäftsstelle RUMBA an das GS-UVEK von -1,1 Millionen;
- Kreditverschiebung vom BAFU für das Projekt «Zielvereinbarung post 2020» von +1,0 Millionen;
- Kreditverschiebung vom ASTRA zur Deckung von unvorhergesehenen Personalausgaben von +0,8 Millionen;
- Kreditverschiebung für den FTE-Transfer vom ASTRA zur Erhebung der CO₂-Sanktionen bei den Kleinimporteuren von +0,2 Millionen;
- Kreditverschiebung ans BBL für die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Energiejournal von -0,8 Millionen;
- Verwendung von zweckgebundenen Reserven in Höhe von +1,8 Millionen;
- Kreditabtretungen vom EPA für Lernende, Hochschulpraktikanten; familienexterne Betreuung, zusätzliche PK-Beiträge sowie Förderprämie berufliche Integration von gesamthaft +0,7 Millionen.

Hinweise

Vom Funktionsaufwand wurden 19,7 Millionen für das Programm EnergieSchweiz eingesetzt. Die übrigen Mittel des Programmes EnergieSchweiz sind unter dem Kredit A231.0304 eingestellt.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Sachplan geologische Tiefenlager (SGT) (Personal- und Sachkosten) werden der Nagra weiterverrechnet (vgl. E100.0001 Funktionsertrag). Die Finanzierung der Personalkosten für den Vollzug der CO₂-Sanktionen Personenwagen erfolgt über den zweckgebundenen Fonds «Sanktion CO₂-Verminderung leichte Motorfahrzeuge». Im Zusammenhang mit der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe wird für die Programmkommunikation des Gebäudeprogramms Beratungsaufwand im Umfang von höchstens einer Million zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm» finanziert (vgl. Band 1B Ziffer A82/12). Schliesslich werden dem BFE auch die Kosten für den Vollzug der kostendeckenden Einspeisevergütung und der wettbewerblichen Ausschreibungen über den Netzzuschlagsfonds (NZF) abgegolten (vgl. E100.0001).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Energieversorgung, -nutzung und Forschung im Energiebereich		LG 2: Sicherheit im Energiebereich		
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	
Aufwand und Investitionsausgaben	85	88	16	15	
Personalausgaben	36	40	11	12	
Sach- und Betriebsausgaben	50	48	4	4	
<i>davon Informatik</i>	4	4	0	0	
<i>davon Beratung</i>	3	6	0	0	
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	0	0	
Verwaltungsvermögen					
Finanzausgaben	0	-	0	-	
Investitionsausgaben	0	1	0	-	
Vollzeitstellen (Ø)	187	202	67	73	

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	2 026 700	2 026 700
Bildung aus Rechnung 2022	–	2 331 000	2 331 000
Auflösung / Verwendung	–	-1 799 222	-1 799 222
Endbestand per 31.12.2023	–	2 558 478	2 558 478
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	925 000	925 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Für neun Projekte wurden zweckgebundene Reserven im Umfang von rund 1,8 Millionen erfolgswirksam verwendet. Diese Projekte hatten sich in den Vorjahren verzögert.

Reservenbestand per Ende 2023

Die verbleibenden zweckgebundenen Reserven in Höhe von rund 2,6 Millionen entfallen auf das Projekt «Zielvereinbarungen post 2020» (0,8 Millionen für IT-Dienstleistungen und -Investitionen), auf zwei Informatik-Projekte (0,5 Millionen für das Programm SUPERB bzw. Ablösung der bestehenden SAP-Lösung und 0,1 Millionen für das IKT-Projektmanagement im BFE), das Projekt «Weiterentwicklung Online-Verbrauchskatalog (0,1 Millionen) sowie auf verschiedene Projekte, bei denen die Reserven noch nicht vollständig verwendet wurden (0,1 Millionen). Weiter besteht eine Reserve in Höhe von 1 Million für das RUMBA-Tool, die noch nicht aufgelöst wurde.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Aufgrund von Projektverzögerungen wird für das Rechnungsjahr 2023 die Bildung folgender zweckgebundener Reserven in Höhe von 0,9 Millionen beantragt:

- 125 000 Franken für das Projekt «Verbrauchsmonitoring CH Metadaten-Akquisition und Clustering». Aufgrund von Lieferverzögerungen der datenliefernden Unternehmen verschiebt sich der Mittelbedarf in das Folgejahr;
- 510 000 Franken für das Projekt «Vorbild Energie und Klima». Bedingt durch Verzögerungen bei der Ausarbeitung der Anforderungen im Rahmen des KIG;
- 50 000 Franken für das Projekt «Ökobilanzwerkzeuge Mobilität». Aufgrund von Ressourcenengpässen beim BIT verschiebt sich der Mittelbedarf in das Folgejahr;
- 110 000 Franken für das Projekt «Zielvereinbarungen post 2020». Basierend auf Verzögerungen bei der Festlegung des Formats für die Lieferung der Massnahmen für das neue Zielvereinbarungstool und Ressourcenengpässen;
- 130 000 Franken für die Durchführung einer «volkswirtschaftlichen Beurteilung des Art. 10 des Klimaschutzgesetzes». Erforderlich aufgrund von Projektverzögerung aufgrund der Komplexität des Themas und Ressourcenengpässen.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: ENERGIEVERSORGUNG, -NUTZUNG UND FORSCHUNG IM ENERGIEBEREICH

A231.0304 PROGRAMME ENERGIESCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	26 412 623	42 402 100	32 067 759	-10 334 341	-24,4

Das Programm EnergieSchweiz zielt auf die Erhöhung der Energieeffizienz sowie auf die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien ab. EnergieSchweiz soll mit freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, Privathaushalte und der öffentlichen Hand zur Umgestaltung der Schweizer Energielandschaft beitragen. Das Programm soll bis 2030 insbesondere die Wirkung der regulativen Massnahmen und Fördermassnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 verstärken und damit einen wesentlichen Beitrag zur Zielerreichung in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien leisten.

Rund 75 Prozent der eingesetzten Programm-Mittel wurden für Projekte der prioritären Handlungsfelder Mobilität, Gebäude und erneuerbare Energien sowie Anlagen und Prozesse eingesetzt. Rund 25 Prozent der Mittel wurden für die Querschnittsthemen Städte und Gemeinden, Aus- und Weiterbildung, handlungsfeldübergreifende Projekte sowie die Programmleitung ausgegeben. Die wesentlichen Gründe für die Abweichung zum Voranschlag sind die folgenden:

- EnergieSchweiz wurde vom Generalsekretariat UVEK mit zwei zusätzlichen Projekten und entsprechendem Zusatzbudget für die Förderung von Elektromobilität und Photovoltaik in Gemeinden beauftragt. Die auf 2023 begrenzten Initiativen waren für die Gemeinden zu kurz, um die notwendigen Projekte zu entwickeln und umzusetzen;
- Das Budget für die Förderung von Projekten in Städten und Gemeinden konnte nicht vollständig genutzt werden, da unerwartet viele Gemeinden ihre Projekte nicht umgesetzt haben;

- Das Zusatzbudget für die vom Parlament beschlossene Förderung des Heizungersatzes wurde nicht ausgeschöpft. Dies ist auf die Nachfrage nach Beratungen zum Heizungswechsel zurückzuführen, die tiefer als erwartet ausgefallen ist;
- Die finanzielle Unterstützung von Unternehmen für Energieberatungen sowie für die Erstellung von Netto-Null Fahrplänen (zur Vorbereitung der Umsetzung des Klimagesetzes) wurden aufgrund der starken Nachfrage während der Energiekrise 2022 für 2023 zu hoch budgetiert;
- Schwankungen der Beiträge in den über 400 Subventionsprojekten.

Rechtsgrundlagen

Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0), Art. 47, 48 und 50.

Hinweise

Weitere Mittel für das Programm EnergieSchweiz sind im Funktionsaufwand eingestellt (A200.0001).

A231.0307 INTERNATIONALE AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN (IRENA)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	227 540	307 700	214 300	-93 400	-30,4

Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) setzt sich für einen verstärkten Einsatz und die nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Die Mitgliedschaft der Schweiz bedeutet eine Verstärkung der Energieaussenpolitik und entspricht den Zielen der vom Bundesrat verabschiedeten Energiestrategie 2050. Der Kredit dient der Finanzierung des schweizerischen Mitgliederbeitrags (Pflichtbeitrag), der gemäss dem allgemeinen Verteilschlüssel der Vereinten Nationen berechnet wird.

Rechtsgrundlagen

BB vom 1.10.2010 über die Genehmigung der Satzung der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA, SR 0.731.1).

A231.0366 ENERGIECHARTA

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	126 809	139 000	121 045	-17 955	-12,9

Der Energiecharta-Vertrag ist ein Investitions-Schutzabkommen im Energiebereich und regelt u.a. den Energiehandel und -transport, wodurch die Versorgungssicherheit der Schweiz erhöht wird. Der Kredit dient der Finanzierung des schweizerischen Mitgliederbeitrags, der gemäss dem allgemeinen Verteilschlüssel der Vereinten Nationen berechnet wird; es handelt sich um einen Pflichtbeitrag.

Rechtsgrundlagen

BB vom 14.12.1995 über die Genehmigung des Vertrags über die Energiecharta (SR 0.730.0), Art. 37.

A231.0388 ENERGIEFORSCHUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	25 491 054	31 615 800	31 187 631	-428 169	-1,4

Die Energieforschung basiert inhaltlich auf dem Energieforschungskonzept des Bundes, das alle vier Jahre von der Eidgenössischen Energieforschungskommission (CORE) überarbeitet wird. Über die Beteiligung an den Implementing Agreements der Internationalen Energieagentur (multilaterale Technologie-Initiativen, in deren Rahmen öffentliche Institutionen und private Organisationen gemeinsam an Forschungsprojekten arbeiten), stellt die Schweiz den Zugang der Schweizer Forschenden zum internationalen Umfeld sicher.

Der Kredit umfasst auch die Mittel für das Förderinstrument SWEET (SWiss Energy research for the Energy Transition). Ziel von SWEET ist die Förderung von Innovationen, die wesentlich zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2050 und der Erreichung der Schweizer Klimaziele beitragen. Im 2023 lag das Förderbudget 4 Millionen höher als im Vorjahr.

Die Abweichung zum Voranschlag ist primär auf Projektverzögerungen bei Forschungsprojekten zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0), Art. 49 und 51, Bundesgesetz vom 14.12.2012 über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG; SR 420.1); Art 3 und 4.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Swiss Energy Research for the Energy Transition» (V0352.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1 (Anteil Forschungsaufwand SWEET).

A236.0116 GEBÄUDEPROGRAMM

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	410 599 625	434 655 200	407 827 490	-26 827 710	-6,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>3 100 000</i>			
Laufende Ausgaben	19 151 314	19 478 800	19 757 303	278 503	1,4
Investitionsausgaben	391 448 311	415 176 400	388 070 187	-27 106 213	-6,5

Gemäss Art. 34 des CO₂-Gesetzes wird ein Drittel des Ertrags aus der CO₂-Abgabe, höchstens aber 450 Millionen pro Jahr, zur Finanzierung von Förderprogrammen zur Verminderung der CO₂-Emissionen bei Gebäuden verwendet (Teilzweckbindung). Diese Mittel fliessen hauptsächlich ins Gebäudeprogramm und werden als Globalbeiträge an die Kantone ausgerichtet, wobei Private und Unternehmen die Endempfänger sind. Maximal 30 Millionen der für die Teilzweckbindung vorgesehen Mittel kann der Bund für Projekte zur direkten Nutzung von Geothermie für die Wärmebereitstellung verwenden. Von den verbleibenden rund zwei Dritteln des Ertrags aus der CO₂-Abgabe werden maximal 25 Millionen für die Förderung von Technologien zur Verminderung von Treibhausgasen (Technologiefonds) eingesetzt. Der Restbetrag wird an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt (Art. 35 u. 36 CO₂-Gesetz).

Die Ausgaben in Höhe von gut 407,8 Millionen beinhalten die Investitionsbeiträge an die Kantone von rund 377,9 Millionen für Massnahmen zur Sanierung von Gebäudehüllen, Förderung von erneuerbaren Energien, Abwärme-Nutzung und Förderung der Gebäudetechnik. Für Projekte zur direkten Nutzung von Geothermie wurden rund 10,2 Millionen aufgewendet. Der Vollzugaufwand der Kantone wurde mit Beiträgen von rund 19,8 Millionen abgegolten.

Die nicht ausgeschöpften Mittel wurden vom BFE an das BAFU verschoben und an Wirtschaft und Bevölkerung zurückverteilt (CO₂-Verordnung, Art. 124, vgl. BAFU 810/A230.0111 Rückverteilung CO₂-Abgabe auf Brennstoffen).

Kreditmutationen

- Bei den Kreditmutationen in der Höhe von 3,1 Millionen handelt es sich um geplante Fördermittel für Geothermieprojekte, welche aufgrund von Verzögerungen noch nicht in 2022 ausbezahlt werden konnten und somit ins 2023 übertragen wurden.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71); Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG SR 730.0) Art. 47, 48, 50–52, CO₂-Verordnung vom 30.11.2012, (SR 641.711), Art. 109 Abs. 1.

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

Verpflichtungskredit «Geothermie Teilzweckbindung CO₂-Abgabe 2018–2025» (V0288.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Der Anteil Programmkommunikation (1 Mio.) ist teilzweckgebunden in Kredit A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) enthalten.

Vgl. 606 EZV/E110.0119 CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, 810 BAFU/A230.0111 Rückverteilung CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, 810 BAFU/A236.0127 Technologiefonds.

A236.0117 TECHNOLOGIETRANSFER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionsausgaben</i>	14 109 547	20 272 400	10 427 602	-9 844 798	-48,6

Der Kredit dient der Mitfinanzierung von Pilot- und Demonstrationsprojekten, welche ein wichtiges Bindeglied zwischen der Forschung und dem Markt darstellen. Die Finanzhilfe dient der Risikominderung der privatwirtschaftlichen Akteure und unterstützt innovative Projekte in einem sensiblen Entwicklungsstadium. Die Investitionsbeiträge sind auf maximal 40 Prozent (in Ausnahmefällen bis zu 60 Prozent) der nicht amortisierbaren Entwicklungskosten der Projekte beschränkt.

Im Rechnungsjahr 2023 wurden insgesamt 115 Pilot- und Demonstrationsprojekte unterstützt. Die ausbezahlten Investitionsbeiträge liegen gut 9,8 Millionen unter dem budgetierten Wert. Die Abweichung zum Voranschlag ist sowohl auf Projektverzögerungen als auch auf eine geringere Anzahl eingegangener Projekte zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0), Art. 49.

A236.0118 EINLAGE NETZZUSCHLAGSFONDS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	1 274 023 255	1 288 000 000	1 225 834 461	-62 165 539	-4,8

Die Erträge aus dem Netzzuschlag werden vollumfänglich in den Netzzuschlagsfonds (NZF) eingelegt. Aus dem Fonds werden die Einspeisevergütung, sowie verschiedene Investitionsbeiträge für erneuerbare Energien finanziert. Bestehende Wasserkraftwerke können unter bestimmten Bedingungen zudem eine Marktprämie sowie Entschädigungen für Sanierungsmassnahmen zur Renaturierung von Flüssen und Bächen in Anspruch nehmen. Im Weiteren werden im Rahmen von geregelten Ausschreibungsverfahren (wettbewerbliche Ausschreibungen) auch Stromeffizienzmassnahmen finanziell unterstützt. Über den Fonds können ferner Garantien sowie Erkundungsbeiträge für Geothermie-Anlagen vergeben werden. Schliesslich erhalten stromintensive Unternehmen eine teilweise oder vollständige Rückerstattung des Netzzuschlags. Die bei der Vollzugsstelle, dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem BFE anfallenden Vollzugskosten werden vollumfänglich über den Netzzuschlagsfonds abgegolten.

Die Einlage in den Netzzuschlagsfonds (NZF, vgl. E110.0122) liegt rund 62 Millionen unter dem budgetierten Wert, was mit einem im Vergleich zur Planung geringeren Stromverbrauch zu erklären ist. Die leichte Abnahme im Stromverbrauch ist auf die relativ milden Temperaturen sowie auf Einsparungen von Bevölkerung, Unternehmen und öffentlicher Hand zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0), Art. 37.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	1 679 581 113	432 348 800	398 497 789	-33 851 011	-7,8

Die über die Kredite Gebäudeprogramm (vgl. A236.0116) und Technologietransfer (vgl. A236.0117) ausgerichteten Investitionsbeiträge werden vollständig wertberichtigt. Die Abweichung zum Voranschlag erklärt sich mit den tieferen Investitionsbeiträgen für das Gebäudeprogramm, die Geothermie und den Technologietransfer. Die Abweichung zur Rechnung 2022 hängt damit zusammen, dass die Einlage in den NZF (vgl. A236.0118) ab 2023 nicht mehr als Investitionsausgabe eingestuft und damit nicht mehr wertberichtigt wird.

TRANSFERKREDITE DER LG 2: SICHERHEIT IM ENERGIEBEREICH

A231.0303 INTERNATIONALE ATOMENERGIEAGENTUR

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	6 074 648	6 195 500	6 130 725	-64 776	-1,0

Der Kredit dient der Finanzierung des schweizerischen Mitgliederbeitrags an die Internationale Atomenergieagentur IAEA. Der Pflichtbeitrag der Schweiz beträgt 1,1 Prozent des Gesamtbudgets der IAEA (4,6 Mio.). Die IAEA hat im 2023 neue Mitgliedsstaaten begrüsst und somit sank der durchschnittliche Beitrag aller Mitgliedsstaaten. Die IAEA hat aktuell 178 Mitgliedsstaaten. Die restlichen Mittel bilden den schweizerischen Beitrag an den Fonds für technische Kooperation. Die Mitgliedschaft der Schweiz bei der IAEA dient der Umsetzung der Energiestrategie 2050 mit hauptsächlichem Schwerpunkt auf der stetigen Verbesserung der nuklearen Sicherheit und Sicherung sowie der Safeguardsaktivitäten. Gleichzeitig lässt die Energiestrategie 2050 eine Weiterführung der nuklearen Energieforschung zu, mit dem Ziel des Kompetenzerhalts, um dadurch die Urteilsfähigkeit der Schweiz in nuklearen Fragestellungen zu ermöglichen. Des Weiteren setzt sich die Schweiz für die zivilen Anwendungen von nuklearen Technologien ein, wie z. B. in der Strahlenmedizin, Landwirtschaft und der Ernährung, welche die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen (UN) unterstützen.

Rechtsgrundlagen

Statut der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) vom 26.10.1956 (SR 0.732.011); Kernenergiegesetz vom 21.3.2003 (KEG; SR 732.1), Art. 87.

A231.0305 EIDGENÖSSISCHES NUKLEARSICHERHEITSINSPEKTORAT (ENSI)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 960 800	1 974 400	1 974 400	0	0,0

Der Beitrag dient der Finanzierung von Projekten im Bereich der Kernenergieforschung. Empfänger ist das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI). Der Einsatz der Mittel orientiert sich an den Forschungsschwerpunkten des ENSI.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.6.2007 über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG; SR 732.2), Art. 12.

A231.0306 WASSERKRAFTEINBUSSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 302 676	4 303 500	4 302 676	-825	0,0

Gemäss WRG kann der Bund Wasserzinsanteile zur Finanzierung von Ausgleichsbeiträgen zur Kompensation des Verzichts auf die Wasserkraftnutzung erheben. Empfänger sind die Kantone Graubünden und Wallis. Die Höhe der Ausgleichsbeiträge entspricht den entgangenen Wasserzinsen gemäss Anhang zum Artikel 6 VAEW. Haushaltsneutrale Finanzierung über Wasserzinsanteile (vgl. E120.0104 Wasserzinsanteile).

Rechtsgrundlagen

Wasserrechtsgesetz vom 22.12.1916 (WRG; SR 721.80), Art. 22; V vom 25.10.1995 über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung (VAEW; SR 721.821).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Wasserkrafteinbussen» (V0106.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0436 ABGELTUNG EIDGENÖSSISCHES STARKSTROMINSPEKTORAT (ESTI)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	-	670 000	670 000	0	0,0

Das BFE entschädigt das ESTI für seine Aktivitäten zur Marktüberwachung für elektrische Geräte. Mit der Durchführung der Marktüberwachung leistet das ESTI einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit von Produkten sowie zum Schutz von Personen, Haustieren und Sachen; es trägt ausserdem zu einem geordneten freien Wettbewerb bei.

Rechtsgrundlagen

Vereinbarung zwischen dem UVEK und dem ESTI zur Regelung der Rechte und Pflichten in Bezug auf die Durchführung der Marktüberwachung von Produkten nach Artikel 1 der Verordnung über elektrische Niederspannungserzeugnisse (NEV, SR 734.26) und Artikel 1 der Verordnung über Geräte und Schutzsysteme zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (VGSEB, SR 734.6) durch das ESTI.

AUSSERORDENTLICHE TRANSAKTIONEN**A290.0145 RETTUNGSSCHIRM ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	-	4 000 000 000	-	-4 000 000 000	-100,0

Auf den europäischen Energiemärkten ist es 2022 aufgrund der Ukraine Krise und der schlechten Verfügbarkeit des französischen Kernkraftwerksparks zu starken Preisaufschlägen gekommen. Um systemkritische Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft bei Liquiditätsengpässen unterstützen zu können, hat das Parlament einen Verpflichtungskredit von 10 Milliarden gesprochen. Für den Kreditrahmen an die Axpo AG wurden im Voranschlag 2023 4 Milliarden als ausserordentliche Ausgaben budgetiert. Auf Antrag der Axpo hat das UVEK per 1. Dezember 2023 den Kreditrahmen der Axpo wieder vollständig aufgehoben. Während der Laufzeit des Kreditrahmens wurden keine Zahlungen an die Axpo ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

Verordnung über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (FiREVO; SR 731.31); Art. 3ff

Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft vom 30.9.2022 (FiREG; SR 734.91); Art. 3ff.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Rettungsschirm Elektrizitätswirtschaft» (V0378.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

BUNDESAMT FÜR STRASSEN

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Optimierung von Funktionalität, Verfügbarkeit, Sicherheit und Verträglichkeit des Nationalstrassennetzes
- Stärkung des Langsamverkehrs in Umsetzung des neuen Verfassungsauftrags
- Verbesserung der Strassenverkehrssicherheit ergänzend zum Handlungsprogramm «Via sicura»
- Erschliessung des Potenzials der automatisierten und vernetzten Mobilität zur besseren Auslastung der Infrastruktur und Erhöhung der Sicherheit
- Langfristige Verminderung der Abhängigkeit der Strassenfinanzierung vom Treibstoffverbrauch

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	67,6	55,4	63,7	-3,9	-5,7
Laufende Ausgaben	1 331,0	1 619,0	1 296,9	-34,1	-2,6
Eigenausgaben	185,0	192,2	185,9	1,0	0,5
Transferausgaben	1 146,0	1 426,8	1 111,0	-35,0	-3,1
Finanzausgaben	0,0	–	–	0,0	-100,0
Selbstfinanzierung	-1 263,4	-1 563,6	-1 233,2	30,2	2,4
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1 747,9	-1 878,2	-1 781,8	-33,8	-1,9
Jahresergebnis	-3 011,3	-3 441,9	-3 014,9	-3,6	-0,1
Investitionseinnahmen	24,5	1,2	2,4	-22,1	-90,3
Investitionsausgaben	2 198,2	1 958,7	2 251,9	53,7	2,4

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen sowie aus Gebühreneinnahmen zusammen.

Die laufenden Ausgaben enthalten die Eigenausgaben (14,3 % der Ausgaben) sowie die Transferausgaben (85,7 % der Ausgaben) mit den Beiträgen an Kantone, Gemeinden, Dritte und dem Pflichtbeitrag an die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS, sowie der nicht aktivierbare Aufwand der Einlage in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Der grösste Teil der Ausgaben, namentlich bei den Transferausgaben und bei den Investitionsausgaben, ist stark gebunden. Während die Eigenausgaben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben sind, führte bei den Transferausgaben ein geringerer Anteil nicht aktivierbarer Aufwände der Einlage NAF (primär Betriebsausgaben) zu einem Minderaufwand gegenüber dem Vorjahr.

Die Investitionsausgaben zeigen im Wesentlichen den aktivierbaren Anteil der Einlage in den NAF für den Nationalstrassenbau. Dieser ist infolge der tieferen Betriebsausgaben gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Investitionseinnahmen beinhalten Veräusserungen von nicht mehr benötigten Parzellen entlang der Nationalstrasse.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Die für die Festlegung des weiteren Vorgehens notwendigen Machbarkeitsstudien sind noch nicht abgeschlossen.
- Rechtsgrundlagen für eine Abgabe als Ersatz der Mineralölsteuern: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Die Abklärung komplexer Fragen dauerte länger als geplant.
- Regelung des automatisierten Fahrens: Eröffnung der Vernehmlassung (erreicht)
- 11. Langfristiges Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen: Verabschiedung (erreicht)
- Bericht «Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung» (in Erfüllung des Po. Schneider 19.3559): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Revision der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften für Lieferwagenfahrer: Eröffnung der Vernehmlassung zur Revision der Chauffeurverordnung (ARV 1) (erreicht)
- Senkung des Mindestalters zum Führen von langsamen E-Bikes: Verabschiedung der Revision der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) (nicht erreicht)
Die geplante Revision wurde in ein anderes Geschäft mit längerem Zeitplan integriert.
- Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS): Verabschiedung der Revision der VTS (erreicht)
- Umsetzung von Massnahmen zur Motion 20.4339 «Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren»: Verabschiedung verschiedener Verordnungsanpassungen und der Botschaft zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) (nicht erreicht)
Die durchgeführte Vernehmlassung zeigte umstrittene Aspekte der Vorlage auf.
- Datengestützte Projektbearbeitung dank Building Information Modeling (BIM): Erstellung eines BIM-Datenerfassungshandbuchs (nicht erreicht)
Die Arbeiten zur Erstellung des Handbuchs sind im Gang. Es gab Verzögerungen bei der Grundlagenbeschaffung und der Schulungs- und Koordinationsbedarf ist grösser als anfänglich gedacht.
- Strukturelle Optimierungen im Aufgabengebiet Nationalstrassen: Berichterstattung an den Bundesrat (erreicht)
- Langfristiges Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen: Genehmigung/Guttheissung (erreicht)

LG1: STRASSENNETZE UND VERKEHRSMANAGEMENT

GRUNDAUFTRAG

Das ASTRA erforscht die Anforderungen an die Strasseninfrastruktur, legt die Standards fest, prüft die Funktionsfähigkeit, plant Strassenetze verkehrsträgerübergreifend, betreut Agglomerationsprogramme. Die Umsetzung eines kundenorientierten Verkehrsmanagements trägt zur Befriedigung steigender Mobilitätsbedürfnisse bei, festigt den Wirtschaftsstandort Schweiz und reduziert negative Einflüsse auf Umwelt, Natur und Mensch.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	0,6	0,3	0,3	-0,1	-23,8
Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-15,2
Aufwand und Investitionsausgaben	37,9	40,4	36,0	-4,4	-10,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Gewährleistung der Nationalstrassenfunktionalität: Das ASTRA optimiert seine Instrumente, Studien und Massnahmen so, dass die Funktionalität der Nationalstrassen langfristig gewährleistet ist			
- Durchgeführte Analysen zur Gewährleistung und Optimierung der Funktionalität der Nationalstrassen gemäss Jahresprogramm ASTRA (% , min.)	80	80	80
Flüssiger Verkehr auf den Nationalstrassen: Das ASTRA wendet Massnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs an und entwickelt das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen kontinuierlich weiter			
- Überprüfung, Aktualisierung und Fortschreibung der Verkehrsmanagement-Grundlagendokumente gem. Mehrjahresprogramm ASTRA (% , min.)	90	80	89
- Sichergestellter Betrieb der Verkehrsmanagementzentrale (VMZ-CH) (% , min.)	99,8	99,5	99,6
- Netzlänge der Nationalstrasse der durch die VMZ-CH überwacht ist (% , min.)	75	75	75
- Anzahl Stautunden im Nationalstrassennetz inkl. NEB (Stunden, max., Ist-Wert=Vorjahr)	32 481	28 000	39 863
Definition und Aufrechterhaltung der Standards der NS: Mittels Normen, Weisungen, Richtlinien setzt das ASTRA die Standards für die Nationalstrassen fest und stellt deren Kontinuität sicher			
- Überprüfung und -arbeitung der Standards gemäss Mehrjahresprogramm (% , min.)	85	80	80
- Durchführung des jährlichen Auditprogramms durch den Bereich Standards und Sicherheit der Infrastruktur (Anzahl, min.)	5	5	7
Stärkung und Weiterentwicklung des Langsamverkehrs: Das ASTRA fördert mit geeigneten Massnahmen die Stärkung und Weiterentwicklung des Langsamverkehrs			
- Grundlagen für die Verbesserung der fachlichen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Langsamverkehr (Anzahl, min.)	7	4	4

KOMMENTAR

Die Ziele wurden fast vollständig erreicht. Zu einer Abweichung kam es im folgenden Bereich:

Flüssiger Verkehr auf den Nationalstrassen: Das Nationalstrassennetz ist auf einigen Abschnitten – besonders in den Städten und Agglomerationen – regelmässig überlastet. Dies wirkt sich negativ auf die Entwicklung der Stautunden aus. Längerfristige Verbesserung verspricht sich das UVEK durch punktuelle Erweiterungen der am meisten belasteten Abschnitte (Spurerergänzungen gemäss STEP Nationalstrasse).

LG2: NATIONALSTRASSENINFRASTRUKTUR

GRUNDAUFTRAG

Die Erhaltung eines leistungs- und funktionsfähigen, sicher befahrbaren, möglichst verträglichen und optimal verfügbaren Nationalstrassennetzes dient der Sicherstellung des volkswirtschaftlichen Nutzens des Strassenverkehrs. Das ASTRA sorgt dafür, dass Anlagewert und Funktionalität der Nationalstrassen langfristig gewahrt bleiben. Diesem Ziel dienen namentlich die Netzfer-tigstellung, Kapazitätserweiterungen und spezifische Massnahmen zur Erhöhung der Verfügbar- und Verträglichkeit sowie der Sicherheit als auch der betriebliche Unterhalt. Damit soll zugleich der individuelle Strassenverkehr als wichtiger Teil der Mobilität gesichert werden.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	63,0	43,7	55,4	11,7	26,7
Investitionseinnahmen	24,5	1,2	2,4	1,2	95,3
Aufwand und Investitionsausgaben	1 700,8	1 800,5	1 718,3	-82,2	-4,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Substanzerhalt der Nationalstrasse: Das ASTRA stellt durch vorbeugenden Unterhalt sicher, dass die Nationalstrassen als Bauwerk dauerhaft erhalten werden können			
– Anteil Brücken mit dringendem Reparaturbedarf (%; max.)	1,0	4,0	0,6
Präzise Kostenschätzung der Projekte: Das ASTRA stellt durch die Anwendung von modernen Projektierungsinstrumenten die Einhaltung der Genauigkeitsvorgaben für die Kostenschätzung der Generellen Projekte sicher			
– Projekte mit Kosten Ausführungsprojekt > 110% Kosten Generelles Projekt (Anzahl; max.)	0	0	0
Verfügbarkeit Verkehrsfläche: Das ASTRA sorgt für eine hohe Verfügbarkeit der bestehenden Verkehrsfläche			
– Spurbau länger als 72 Std. zusammenhängend am selben Ort auf stark befahrenen Strecken (Ø Tagesverkehr ≥ 40'000 Fahrzeuge) (Anzahl; max.)	10	10	10
– Baustellen (ohne KBU) im Mehrschichtbetrieb mit oder ohne Nachtarbeit mit Dauer > 20 Tage und Ø Tagesverkehr ≥ 40'000 Fahrzeuge (%; min.)	80	80	80
BIM - Datengestützte Projektbearbeitung: Das ASTRA erarbeitet Wissen und Standards für die effizientere Durchführung von Bau- und Unterhaltsprojekten durch die Planungsmethode BIM.			
– Anzahl BIM-Anwendungsfälle (Anzahl; min.)	–	200	210

KOMMENTAR

Die Ziele wurden vollumfänglich erreicht.

LG3: STRASSENVERKEHR

GRUNDAUFTRAG

Mit Hilfe von Regeln und Vorschriften wird der Strassenverkehr für die Verkehrsteilnehmenden sicherer gemacht. Die mit dem Strassenverkehr verbundenen Risiken und Nachteile, vor allem die hohe Zahl der Verkehrstoten und negativen Beeinträchtigungen durch Lärm und Abgase, werden zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt reduziert. Vorschriften betreffend Fahrzeugführenden, Fahrzeugen und Verhaltensvorschriften bezüglich Sicherheit und Umweltschutz sollen gleichwertig den Vorschriften der EU sein. Damit werden Handelshemmnisse reduziert und Innovationen gefördert, die zur Erreichung von Zielen in Verkehrssicherheit und Umweltschutz beitragen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag	12,2	10,2	13,8	3,6	35,2
Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-19,1
Aufwand und Investitionsausgaben	45,2	50,0	51,4	1,4	2,8

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Erhöhung der Verkehrssicherheit: Das ASTRA trägt mit Verkehrssicherheitsmassnahmen für Menschen, Fahrzeuge und Infrastruktur dazu bei, dass die Anzahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten reduziert werden kann.			
– Verkehrstote (Anzahl, max.)	241	170	236
– Schwerverletzte (Anzahl, max.)	4 002	3 200	4 096
Rechtssicherheit: Das ASTRA stellt sicher, dass die zum korrekten Vollzug des Bundesrechts nötigen Auskünfte an die Kantone rechtzeitig erfolgen			
– Anteil der innerhalb von 10 Tagen erledigten Anfragen (%; min.)	99	90	96
Abstimmung Strassenverkehrsrecht CH auf das der EU: Das ASTRA verfolgt die Entwicklung des EU-Rechts in den Bereichen Fahrzeugführer, Fahrzeuge und Verhaltensvorschriften. Gegebenenfalls leitet es die Anpassung der entsprechenden schweizerischen Erlasse ein			
– Anteil EU-kompatibler Schweizer Verkehrserlasse (%; min.)	100	90	95

KOMMENTAR

Die Zielsetzungen in den Bereichen Rechtssicherheit und Abstimmung auf das EU-Strassenverkehrsrecht wurden erreicht. Zu einer Abweichung kam es im folgenden Bereich:

Erhöhung der Verkehrssicherheit: Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Verkehrstoten zurückgegangen, hingegen ist die Zahl der Schwerverletzten angestiegen. Die Zielsetzung zu den Verkehrstoten und Schwerverletzten im Strassenverkehr wurde verfehlt. Deutlich zugenommen hat insbesondere die Zahl der schwerverunfallten Motorrad-Fahrenden, welche seit Jahren im Vergleich zu allen anderen Gruppen von Verkehrsteilnehmenden am höchsten ist.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	123 117	56 584	85 353	28 770	50,8
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	75 749	54 233	69 396	15 164	28,0
E101.0001 Devestitionen (Globalbudget)	24 501	1 214	2 367	1 153	95,0
E102.0108 Ertrag aus Übernahme Nationalstrassen	21 169	-	11 436	11 436	-
Fiskalertrag					
E110.0124 Sanktion CO ₂ -Verminderung leichte Motorfahrzeuge	1 697	1 137	1 967	830	73,1
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	-	-	187	187	-
Aufwand / Ausgaben	5 492 009	5 455 934	5 349 800	-106 134	-1,9
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 783 852	1 890 979	1 805 779	-85 199	-4,5
<i>Kreditverschiebung</i>		-985			
<i>Abtretung</i>		3 832			
Transferbereich					
<i>LG 1: Strassennetze und Verkehrsmanagement</i>					
A231.0308 Polizeiliche Kontrollen des Schwerverkehrs	25 839	39 095	29 477	-9 618	-24,6
A231.0309 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	2 399	3 595	3 248	-346	-9,6
A236.0129 Historische Verkehrswege	2 772	2 807	2 727	-80	-2,9
<i>Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet</i>					
A230.0108 Allgemeine Strassenbeiträge	315 761	310 317	310 316	-1	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		710			
A230.0109 Kantone ohne Nationalstrassen	6 981	6 871	6 870	-1	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		15			
A231.0310 Europäische Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS	62 618	64 890	62 409	-2 481	-3,8
A236.0119 Hauptstrassen	140 785	140 785	140 785	0	0,0
A236.0128 Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	39 535	39 535	39 535	0	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	366 975	183 126	183 046	-80	0,0
Übriger Aufwand und Investitionen					
A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds	2 744 493	2 773 935	2 765 608	-8 327	-0,3
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		133 918			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	75 748 894	54 232 900	69 396 413	15 163 513	28,0
Laufende Einnahmen	66 422 460	54 232 900	61 801 816	7 568 916	14,0
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	9 326 434	–	7 594 597	7 594 597	–

Die wichtigsten Komponenten des Funktionsertrages sind Einnahmen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen im Bereich der Nationalstrasse (38,8 Mio.), aus Vermietungen und aus strassenbaupolizeilichen Verträgen (12 Mio.; insbesondere Verträge für die Errichtung von Mobilfunk-Antennen, Gewährung von Durchleitungsrechten, Mietverträge), aus Gebühren in Zusammenhang mit dem Fahrzeug- und Fahrzeugführer-Register (0,8 Mio.) sowie Fahrtschreiberkarten (1,9 Mio.), aus Typengenehmigungen (4,1 Mio.) sowie aus Sonderbewilligungen (3,8 Mio.). Die Bewertungsänderung im Verwaltungsvermögen ergibt sich insbesondere mit der Aktivierung von Eigenleistungen für die Entwicklung von IT-Systemen.

Die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2023 sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass mehr Beteiligungen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen angefallen sind. Ausserdem wurden im Voranschlag keine Bewertungsänderungen eingeplant.

Rechtsgrundlagen

V über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen vom 7.11.2007 (SR 172.047.40); V über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (TGV) vom 19.6.1995 (SR 741.511).

E101.0001 DEVESTITIONEN (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	24 500 955	1 214 000	2 367 018	1 153 018	95,0

In den Devestitionen werden die Bruttoerlöse aus dem Verkauf von Parzellen, die für den Nationalstrassenbau nicht mehr benötigt werden (bspw. Bau-/Installationsflächen, Reserve Landumlegungen), ausgewiesen.

Die Verkäufe richten sich einerseits nach der Verfügbarkeit der Parzellen und andererseits nach der Marktsituation und sind deshalb nicht im Einzelnen planbar. Der Voranschlagswert entsprach dem Durchschnitt der letzten Jahre. Im Berichtsjahr fielen gegenüber dem Vorjahr weniger Investitionseinnahmen an, da in geringerem Masse Restparzellen veräussert wurden.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

E102.0108 ERTRAG AUS ÜBERNAHME NATIONALSTRASSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	21 169 496	–	11 435 824	11 435 824	–

Das beschlossene Nationalstrassennetz wird gemäss Neuem Finanzausgleich (NFA) als Verbundaufgabe von Bund und Kantonen gemeinsam fertiggestellt. Mit der Inbetriebnahme gehen die Teilstücke in den Besitz des Bundes über. Die Bewertungsänderungen im Berichtsjahr basieren auf Nachaktivierungen von bereits in Betrieb genommenen Abschnitten.

Rechtsgrundlagen

BG vom 8.3.1960 über die Nationalstrassen (NSG; SR 725.11), Art. 62a.

E110.0124 SANKTION CO₂-VERMINDERUNG LEICHTE MOTORFAHRZEUGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 697 327	1 136 600	1 967 033	830 433	73,1

In der Schweiz gelten, analog zur EU, CO₂-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen. Erstmals zum Verkehr in der Schweiz zugelassene Personenwagen dürfen eine maximal vorgegebene Menge an CO₂ pro Kilometer ausstossen. Seit dem Jahr 2020 gilt für Personenwagen ein Zielwert von 95 Gramm CO₂ pro Kilometer. Ausserdem wurden auf diesen Zeitpunkt CO₂-Emissionsvorschriften für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper eingeführt. Diese müssen einen Zielwert von 147 Gramm CO₂ pro Kilometer einhalten. Falls die Importeure diese Ziele nicht erreichen, wird eine Sanktion fällig.

Bei den Grossimporteuren werden die Sanktionen durch das BFE erhoben. Das ASTRA ist für die Sanktionen bei Importeuren zuständig, die pro Jahr weniger als 50 neu zugelassene Fahrzeuge einführen («Kleinimporteure»).

Der Voranschlagswert entspricht dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 2018 bis 2021. Die seit 2020 gültigen Zielwerte für den CO₂-Ausstoss führten zu Mehreinnahmen gegenüber der Planung.

Rechtsgrundlagen

BG vom 23.12.2011 über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz, SR 641.71), Art. 10-13, Art. 37.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Sanktion CO₂-Verminderung leichte Motorfahrzeuge», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Der Reinertrag der Sanktion (Bruttoerträge ASTRA und BFE abzüglich Total der Erhebungskosten) wird dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverfunds (NAF) zugewiesen. Der Bestand der Spezialfinanzierung wird verzinst.

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	-	186 816	186 816	-

Zur Durchsetzung der Vorschriften des Strassenverkehrsrechts und zur Erreichung der Ziele des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes nehmen die Kantone in dafür vorgesehenen Zentren sowie mit mobilen Einheiten Schwerverkehrskontrollen vor. Die entsprechende Entschädigung wird im Aufwandkredit A231.0308 Polizeiliche Kontrollen des Schwerverkehrs abgebildet.

Anlässlich der Abrechnung der Leistungen 2022 hat sich ergeben, dass geplante Intensivierungen der Kontrollen nicht umgesetzt werden konnten. Die daraus entstandene Rückerstattung führte zu einer Ertragsbuchung.

Rechtsgrundlagen

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG, SR 741.01), Art. 53a; Schwerverkehrsabgabegesetz vom 19.12.1997 (SVAG, SR 641.81), Art. 19 Abs. 2; Güterverkehrsverlagerungsgesetz vom 19.12.2008 (GVVG, SR 740.1).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	1 783 851 838	1 890 978 800	1 805 779 377	-85 199 423	-4,5
<i>davon Kreditmutationen</i>		2 847 500			
Funktionsaufwand	1 780 819 850	1 887 298 800	1 803 688 220	-83 610 580	-4,4
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	185 471 436	192 175 300	185 950 305	-6 224 995	-3,2
Personalausgaben	111 522 204	113 119 300	115 034 857	1 915 557	1,7
Sach- und Betriebsausgaben	73 948 957	79 056 000	70 915 448	-8 140 552	-10,3
<i>davon Informatik</i>	47 023 990	48 817 200	45 262 066	-3 555 134	-7,3
<i>davon Beratung</i>	12 653 339	12 650 500	11 834 786	-815 714	-6,4
Finanzausgaben	275	-	-	-	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	1 595 348 415	1 695 123 500	1 617 737 915	-77 385 585	-4,6
Investitionsausgaben	3 031 987	3 680 000	2 091 158	-1 588 842	-43,2
Vollzeitstellen (Ø)	594	593	600	7	1,2

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* des ASTRA lagen rund 1,9 Millionen (+1,7 %) über dem Voranschlag 2023. Der Mehrbedarf begründet sich im Wesentlichen mit teuerungsbedingten Mehrausgaben aus den Lohnmassnahmen 2023 für den Personalkörper des ASTRA sowie der Weiterbeschäftigungen von Schlüsselpersonen über das Pensionsalter hinaus. Die Mehrausgaben konnte vollumfänglich in den Sach- und Betriebsausgaben kompensiert werden.

Die Rückstellung für nicht bezogene Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben des Personals verblieb mit 5,9 Millionen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Anzahl besetzter Stellen lag über dem geplanten Bestand. Der vorübergehende Anstieg begründet sich vorab durch einen zusätzlichen Personalbedarf für die Abwicklung der laufenden Aufgaben und Projekte, welcher primär mittels Weiterbeschäftigungen über das Pensionsalter hinaus gedeckt wurde.

Sach- und Betriebsausgaben

Bei den Sach- und Betriebsausgaben entstand ein Minderbedarf von 8,1 Millionen gegenüber dem budgetierten Wert. Innerhalb der Sach- und Betriebsausgaben sind insbesondere bei den Informatikprojekten, den externen Dienstleistungen sowie bei der Auftragsforschung im Bereich Beratung Minderaufwände entstanden.

Bei den *Informatikausgaben* entfielen rund 37,8 Millionen auf den Betrieb der Fachapplikationen (Vorjahr 35,8 Mio.) sowie rund 7,4 Millionen auf Projekte und Weiterentwicklungen bestehender Anwendungen (Vorjahr 11,3 Mio.). Zu erwähnen sind folgende Fachapplikationen: Informationssystem Verkehrszulassungen IVZ, Initial Vehicle Information IVI, Verkehrsunfallfasserfassung VU, ASTRA Analysen und Auswertungen ASTRANA, Fachapplikation Baukostenmanagement BKM und die Modernisierung der Supportprozesse im Rahmen des Generationenwechsels der SAP-Systeme auf das neue SAP S/4HANA Programm «SUPERB». Gegenüber dem Voranschlag 2023 sind Mehraufwände für den Betrieb von rund 1,3 Millionen und Minderausgaben für Projekte und Weiterentwicklungen aufgrund von Verzögerungen von rund 4,8 Millionen zu verzeichnen. Zugenommen haben insbesondere die Ausgaben für den Betrieb bei den bundesinternen Leistungserbringern.

Bei den *Beratungsausgaben* entfielen rund 6,8 Millionen auf die Auftragsforschung und rund 5 Millionen auf die allgemeinen Beratungsausgaben. Die Mittel der Auftragsforschung wurden für Arbeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung, bautechnischen Studien und der Forschung im Rahmen der Strassen- und Verkehrssicherheit sowie des nachhaltigen Verkehrs verwendet. In den allgemeinen Beratungsausgaben sind Leistungen für diverse fachliche Unterstützungen angefallen: Normierung im Strassen- und Verkehrswesen, Strukturelle Reformen, Vorbereitung der lokalen Teilnetze der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen auf den Nationalstrassen sowie Intelligente Mobilität. Gesamthaft sind Minderausgaben von knapp 0,8 Millionen entstanden, namentlich bei Aufträgen im Zusammenhang mit der Forschung.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Der *Abschreibungsaufwand* besteht zur Hauptsache aus den Abschreibungen für den Nationalstrassenbau und den projektgestützten Unterhalt. Gegenüber der Planung ist ein Kreditrest entstanden, da Inbetriebnahmen später erfolgten, wodurch auch die damit zusammenhängenden Abschreibungen erst in den Folgejahren anfallen.

Investitionsausgaben

Die *Investitionsausgaben* sind deutlich tiefer ausgefallen als geplant. Die Abweichung begründet sich mit Lieferverzögerungen für bestellte Verwaltungsfahrzeuge der Filialen sowie einem tieferen Anteil aktivierungsfähiger Ausgaben in den Informatikprojekten.

Kreditmutationen

- Kreditabtretungen über 3 717 400 Franken von EPA für die Ausbildung von Lernenden und Hochschulpraktikanten sowie höhere Arbeitgeberbeiträge und Lohnmassnahmen 2023;
- Kreditabtretung über 115 000 Franken von fedpol für die Anpassung der Halterdatenbank IVZ im Zusammenhang mit dem Programm Prüm Plus;
- Kreditverschiebung über 184 900 Franken an das BFE für die Abtretung von Stellen für die Erhebung der Sanktionen CO₂-Verminderung Kleinimporteure;
- Kreditverschiebung über 800 000 Franken an das BFE zur Deckung von Mehrausgaben im Globalbudget.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Wartung und Weiterentwicklung IVZ 2019–2023» (V0305.00) und «Umsetzung Programm Prüm Plus» (V0366.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Strassennetze und Verkehrsmanagement		LG 2: Nationalstrasseninfrastruktur		LG 3: Strassenverkehr	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	38	36	1 701	1 718	45	51
Personalausgaben	19	19	75	77	18	19
Sach- und Betriebsausgaben	18	16	32	26	24	29
<i>davon Informatik</i>	6	6	20	13	21	26
<i>davon Beratung</i>	11	9	2	2	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	0	1 592	1 614	3	3
Verwaltungsvermögen						
Finanzausgaben	0	–	0	–	0	–
Investitionsausgaben	0	0	2	1	1	1
Vollzeitstellen (Ø)	98	101	396	398	100	101

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	4 080 000	4 080 000
Endbestand per 31.12.2023	–	4 080 000	4 080 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	–	3 630 000	3 630 000

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven entfallen auf Projekte zur Anpassung von Fachanwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung SUPERB (2,1 Mio.) und für das Programm BIM Building Information Modeling (2 Mio.), welche 2024 in intensive Umsetzungs- und Einführungsphasen gelangen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es konnten Mittel im Umfang von annähernd 3,7 Mio. nicht wie geplant eingesetzt werden. Da diese Mittel in den kommenden Jahren benötigt werden, sollen zweckgebundene Reserven für die folgenden Informatikprojekte sowie Investitionen gebildet werden.

- *IVZ Hardware Ersatz:* *1 000 000 Franken*

Der Hardware Ersatz beim Informationssystem Verkehrszulassung (IVZ) war zur Umsetzung beim Betreiber BIT im Jahr 2023 geplant. Infolge technischer Probleme und ungenügende Performance der ursprünglich vorgesehenen Hardware-Komponenten konnte der Ersatz nicht im geplanten Umfang vollzogen werden. Lieferverzögerungen führen dazu, dass die Installationen erst 2024 vorgenommen werden können.

- *Projekt NZRF / TARGA:* *2 030 000 Franken*

Das Projekt Neues Zulassungsregime Fahrzeuge (NZRF) sollte per 31.12.2023 das Altsystem TARGA ablösen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, da der vorgängige Aufbau eines Kunden-Portals in der Umsetzung mehr Zeit und finanzielle Ressourcen als geplant beanspruchte. Dadurch verzögerte sich die Bereitstellung des neuen Zulassungsregimes für Fahrzeuge und die Ablösung des Altsystems.

— *Projekt ATRANA VMON:* 300 000 Franken

Das Projekt ASTRANA Verkehrsmonitoring (ASTRANA VMON) hätte per 31.12.2023 abgeschlossen und die bisherige Anwendung der alten Terradata Infrastruktur beim BIT ablösen sollen. Durch personelle Engpässe von Entwicklerleistungen beim Leistungserbringer und einem Lieferantenwechsel konnten die geplanten Meilensteine nicht eingehalten werden. Die Umsetzung des Projektes verzögert sich deutlich.

— *Ersatzbeschaffung Verwaltungsfahrzeuge:* 300 000 Franken

Die Ersatzbeschaffung von Verwaltungsfahrzeugen für die ASTRA Filialen hat sich aufgrund von Lieferengpässen bei den Herstellern verzögert. Die Lieferung der sechs betroffenen Fahrzeuge wird in der Folge nun im Jahr 2024 und teilweise im 2025 erwartet.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: STRASSENNETZE UND VERKEHRSMANAGEMENT

A231.0308 POLIZEILICHE KONTROLLEN DES SCHWERVERKEHRS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	25 839 493	39 095 000	29 477 090	-9 617 911	-24,6

Zur Durchsetzung der Vorschriften des Strassenverkehrsrechts und zur Erreichung der Ziele des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes nehmen die Kantone zusätzliche Schwerverkehrskontrollen vor. Diese Kontrollen finden in den eigens errichteten Schwerverkehrskontrollzentren Unterrealta (GR), Misox (GR) Schaffhausen (SH), Ostermundigen (BE), Ripshausen (UR), St. Maurice (VS), Simplon (VS) und Giornico (TI) statt. Daneben werden mobile Kontrollen durchgeführt. Mit den eingestellten Mitteln werden die Kantone für ihre Aufwände im Zusammenhang mit der Schwerverkehrskontrolle entschädigt.

Da die Kantone insbesondere wegen Personalmangel weniger Kontrollen durchführen konnten, sind im Berichtsjahr für die Schwerverkehrskontrollen gesamthaft tiefere Ausgaben angefallen als geplant.

Rechtsgrundlagen

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG, SR 741.01), Art. 53a; Schwerverkehrsabgabegesetz vom 19.12.1997 (SVAG, SR 641.81), Art. 19, Abs. 2; Güterverkehrsverlagerungsgesetz vom 19.12.2008 (GVVG, SR 740.1).

Hinweise

Finanzierung aus Mitteln der LSVA (vgl. Ertragsposition Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit E110.0116 Schwerverkehrsabgabe).

A231.0309 LANGSAMVERKEHR, FUSS- UND WANDERWEGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 398 617	3 594 600	3 248 354	-346 246	-9,6

Mit seinen Beiträgen verfolgt der Bund das Ziel, die Effizienz des Alltagsverkehrs im Agglomerationsgebiet zu steigern. Dazu gehören insbesondere Fuss- und Veloverkehr als eigenständige Mobilitätsformen und in Kombination mit anderen Verkehrsmitteln. Zudem soll das Wandern attraktiver werden. Mit einer Erhöhung des Anteils dieser langsamen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr soll die Umweltbelastung verringert werden. Zu diesem Zweck leistet der Bund Beiträge an ausgewählte Pilotprojekte mit nationaler Vorbildwirkung und Ausstrahlung und berät die Kantone, Agglomerationen und Gemeinden bei der Umsetzung von Massnahmen. Endempfänger sind – gestützt auf detaillierte Leistungsvereinbarungen – Fachorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung (z. B. Schweizer Wanderwege, Stiftung SchweizMobil, Fussverkehr Schweiz). Die Ausgabe dient zu rund 47 Prozent den Fuss- und Wanderwegen sowie zu 53 Prozent dem Langsamverkehr.

Eine tiefere Anzahl an Projekteingaben führte zu Minderausgaben gegenüber der Planung.

Rechtsgrundlagen

BG vom 4.10.1985 über Fuss- und Wanderwege (FWG, SR 704), Art. 8, 11 und 12; BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 25.

Hinweise

53 Prozent der Ausgaben (Anteil Langsamverkehr) finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0129 HISTORISCHE VERKEHRSWEGE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Investitionsausgaben</i>	2 772 063	2 806 800	2 726 786	-80 014	-2,9

Der Bund gewährt Beiträge an die Erhaltung und Pflege inventarisierter historischer Verkehrswege (schützenswerte Landschaften und Kulturdenkmäler). Endempfänger sind vor allem die Wegeigentümer, in der Regel Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften. Die Beiträge bemessen sich nach den Bestimmungen des Natur- und Heimatschutzgesetzes.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG; SR 725.116.2), Art. 28 und 29; BG vom 1.7.1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451), Art. 5, 13 und 14a; V vom 14.4.2010 über das Bundesinventar der historischen Verkehrswege der Schweiz (VIVS; SR 451.13).

Hinweise

30 Prozent der Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE**A230.0108 ALLGEMEINE STRASSENBEITRÄGE**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	315 760 791	310 317 100	310 315 848	-1 252	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		710 000			

Die Kantone erhalten 27 Prozent der Hälfte des Reinertrags der Mineralölsteuer auf Treibstoffen des Strassenverkehrs zur Finanzierung von Strassenaufgaben. 98 Prozent dieses Anteils werden an alle Kantone mit Nationalstrassen verteilt. Die restlichen 2 Prozent gehen an die Kantone ohne Nationalstrassen (vgl. nachfolgende Finanzposition A230.0109). Die Beiträge je Kanton bemessen sich dabei nach der Länge der dem Motorfahrzeugverkehr geöffneten Strassen ohne Nationalstrassen und den Strassenlasten. Die Beiträge berücksichtigen seit 2020 einen Kompensationsbeitrag der Kantone im Zusammenhang mit der Übernahme von rund 400 Kilometer NEB-Strecken durch den Bund. Von den insgesamt 60 Millionen entfallen rund 26,3 Millionen auf die allgemeinen Strassenbeiträge.

Die für die Bemessung der allgemeinen Strassenbeiträge massgebenden Einnahmen bei der Mineralölsteuer sind mit 0,2 Prozent leicht höher ausgefallen als geplant. Damit sind gegenüber dem Voranschlag höhere allgemeine Strassenbeiträge an die Kantone im Umfang von 0,7 Millionen entstanden.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG im Umfang vom 0,7 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 4 und 34.

Hinweise

Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A230.0109 KANTONE OHNE NATIONALSTRASSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	6 981 452	6 870 900	6 870 331	-569	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		15 000			

Die Kantone, durch deren Gebiet keine Nationalstrassen führen, erhalten jährlich Ausgleichsbeiträge in der Höhe von 2 Prozent des Kantonsanteils an den zweckgebundenen Mineralölsteuererträge des Bundes. Diese Beiträge sind für Strassenaufgaben zu verwenden. Die Beiträge je Kanton bemessen sich dabei nach der Länge der dem Motorfahrzeugverkehr geöffneten Strassen und den Strassenlasten dieser Kantone.

Die für die Bemessung massgebenden Einnahmen bei der Mineralölsteuer sind leicht höher ausgefallen als geplant und führen zu einem Mehrbedarf gegenüber dem Voranschlag.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG im Umfang vom 0,02 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 4 und 35.

Hinweise

Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0310 EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME GALILEO UND EGNOS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	62 617 700	64 890 000	62 408 637	-2 481 363	-3,8

Der jährliche Beitrag der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS berechnet sich nach den von der Europäischen Union (EU) für Galileo und EGNOS eingesetzten Mitteln sowie dem Verhältnis der Bruttoinlandprodukte der Schweiz und der EU. Auf der Basis eines mehrjährigen Finanzrahmens der EU werden die jährlich durchgeführten Massnahmen und Aktivitäten der Programme definiert.

Als Folge der durchgeführten Massnahmen und Aktivitäten der GNSS-Programme der EU wurden weniger Mittel beansprucht. Dadurch ist der Beitrag der Schweiz gegenüber der Planung tiefer ausgefallen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss des Bundesrates vom 13.12.2013 zur vorläufigen Anwendung des am 12.3.2013 paraphierten Abkommens zu den europäischen Satellitennavigationsprogrammen.

A236.0119 HAUPTSTRASSEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	140 784 500	140 784 500	140 784 500	0	0,0

Der Bund leistet Beiträge an die Kosten der Kantone für die Hauptstrassen. Diese werden in Form von Globalbeiträgen ausgerichtet, welche mit der Übernahme der NEB-Strecken von den Kantonen im Jahr 2020 um einen wiederkehrenden Kompensationsbeitrag von 27,5 Millionen reduziert wurden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 13; V vom 7.11.2007 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV, SR 725.116.21), Anhang 2.

Hinweise

Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0128 HAUPTSTRASSEN IN BERGGEBIETEN UND RANDREGIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	39 535 000	39 535 000	39 535 000	0	0,0

Der Bund leistet Beiträge an die Kosten der Kantone für die Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese werden in Form von Globalbeiträgen ausgerichtet, welche mit der Übernahme der NEB-Strecken von den Kantonen im Jahr 2020 um einen wiederkehrenden Kompensationsbeitrag von 6,2 Millionen reduziert wurden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 14; V vom 7.11.2007 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV, SR 725.116.21), Anhang 3.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Hauptstrassen Berggebiete und Randregionen» (V0168.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben finanziert aus der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen</i>	366 974 822	183 126 300	183 046 286	-80 014	0,0

Die Wertberichtigungen im Transferbereich beziehen sich auf die Investitionsbeiträge an Hauptstrassen und an die historischen Verkehrswege sowie auf die als Investitionsbeitrag ausgeschiedenen Anteile der Einlagen in den NAF. Da diese Ausgaben für den Bund nicht zu einem Vermögenszuwachs in Form von fertiggestellten Infrastrukturen führen, werden sie im gleichen Jahr vollständig wertberichtigt.

Gegenüber dem Voranschlag sind die Wertberichtigungen tiefer ausgefallen, da Verzögerungen in kantonalen Projekten geringere Investitionsbeiträge für den Agglomerationsverkehr aus dem NAF beansprucht haben.

WEITERE KREDITE**A250.0101 EINLAGE NATIONALSTRASSEN- UND AGGLOMERATIONSVERKEHRSFONDS**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 744 492 923	2 773 935 000	2 765 607 575	-8 327 425	-0,3
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>133 917 600</i>			
Laufende Ausgaben	2 744 492 923	1 002 071 400	698 864 724	-303 206 676	-30,3
Investitionsausgaben	-	1 771 863 600	2 066 742 851	294 879 251	16,6

Die Einlage in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds basiert auf den zweckgebundenen Einnahmen des Bundes zugunsten des Nationalstrassennetzes, Einnahmen aus Drittmitteln und übrigen Erträgen. Die Mittel des NAF dienen der effizienten und umweltverträglichen Bewältigung der für eine leistungsfähige Gesellschaft und Wirtschaft erforderlichen Mobilität in allen Landesgegenden.

Die Einlage in den NAF setzt sich 2023 wie folgt zusammen:

— Mineralölsteuerzuschlag	1 650 177 051
— Mineralölsteuer (10 %, abzüglich Einlage in den Haushalt von 72 Mio.)	180 779 656
— Automobilsteuer	382 097 487
— Nationalstrassenabgabe	419 847 412
— Sanktion CO ₂ -Verminderung leichte Motorfahrzeuge	22 019 700
— Bewirtschaftungserträge Nationalstrassen / Erträge Drittmittel	50 686 269
— Kompensationsbeiträge Kantone für NEB-Strecken	60 000 000

Die Einlage in den NAF lag gesamthaft rund 134 Millionen über den Erwartungen. Die Abweichung wird durch höhere Einnahmen bei der Automobilsteuer (+52,5 Mio.), der Nationalstrassenabgabe (+53,2 Mio.) und bei den Bewirtschaftungserträge und Erträge aus Drittmitteln (+28 Mio.) verursacht.

Kreditmutationen

- Kreditüberschreitung nach Art. 36 Abs. 3 FHG im Umfang vom 133,9 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BV Art. 86 (SR 101); BG vom 30.9.2016 über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAFG; SR 725.13), Art. 4 und 12; BG vom 23.12.2011 über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz, SR 641.71), Art. 10–13, Art. 37.

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Stärkung eines vielfältigen Mediensystems, das zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung beiträgt
- Ermöglichung von vielfältigen, preiswerten und konkurrenzfähigen Fernmelde- und Postdiensten (inkl. Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs)
- Gewährleistung von sicheren und modernen Kommunikationsinfrastrukturen
- Gewährleistung einer effizienten und nachhaltigen Verwaltung der Frequenz-, Adressierungs- und kritischen Internetressourcen
- Sicherstellung eines störungsfreien Funkverkehrs und Regelung des Marktzugangs für Fernmeldeanlagen und elektrische Geräte
- Förderung von Sicherheit und Vertrauen in digitale Entwicklungen im Kommunikationssektor
- Mitgestaltung der globalen digitalen Gouvernanz und Stärkung des internationalen Genf als deren Zentrum

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	120,7	119,6	117,2	-3,5	-2,9
Laufende Ausgaben	142,2	141,0	138,5	-3,7	-2,6
Eigenausgaben	60,0	63,3	62,1	2,0	3,4
Transferausgaben	82,2	77,7	76,4	-5,7	-7,0
Finanzausgaben	–	–	0,0	0,0	–
Selbstfinanzierung	-21,5	-21,4	-21,3	0,2	1,0
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-1,2	-1,4	-1,2	0,0	-1,5
Jahresergebnis	-22,7	-22,8	-22,5	0,2	0,9
Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	-82,2
Investitionsausgaben	1,3	1,7	2,3	1,0	78,7

KOMMENTAR

Die laufenden Einnahmen von rund 117,2 Millionen stammten mit 87,1 Mio. zum grössten Teil aus den Auktionen für die Vergabe der Mobilfunkfrequenzen in den Jahren 2012 und 2019. Weitere namhafte Einnahmen resultierten aus Verwaltungsgebühren (15,4 Mio.) und Funkkonzessionsgebühren (7,5 Mio.) im Fernmeldebereich und aus Verwaltungsgebühren im Medienbereich (4,4 Mio.). Die Mindereinnahmen von rund 3,5 Millionen begründeten sich namentlich aus der Rückerstattung von Leistungen der indirekten Presseförderung, welche 2021 im Rahmen von Covid19-bedingten Massnahmen ausbezahlt und 2022 zurückerstattet wurden.

Die Eigenausgaben machten rund 45 Prozent und die Transferausgaben rund 55 Prozent der laufenden Ausgaben aus. Die Eigenausgaben von knapp 62,1 Millionen bestanden zu 74 Prozent aus Personalausgaben. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr (+2 Mio.) resultierten hauptsächlich aus höheren Personal- (+1,0 Mio.), Informatik- (+0,3 Mio.) und Beratungsausgaben (+0,6 Mio.). Die Reduktion der Transferausgaben resultierte grösstenteils aus der im Jahr 2022 rückerstatteten Mehrwertsteuer auf der Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen (4,3 Mio.) sowie aus der Verschiebung der Finanzierung der Aufsichtstätigkeit betreffend die Erfüllung des Leistungsauftrags der konzessionierten Programme Radio und Fernsehender in den Funktionsaufwand (1,1 Mio.).

Die stark gebundenen Ausgaben umfassten die indirekte Presseförderung mit 50 Millionen sowie die Beiträge an Internationale Organisationen mit gut 4 Millionen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Grundsatzpapier «Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen» (in Erfüllung des Po. Pult 20.3949): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken?» (in Erfüllung des Po. SiK-S 21.3450): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Hochbreitbandstrategie des Bundes» (in Erfüllung des Po. KVF-N 21.3461): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren» (in Erfüllung des Po. Pult 20.3984): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Künftige Frequenznutzung für den Mobilfunk im sog. Millimeterwellenbereich. Einbezug der Kantone aufnehmen» (in Erfüllung des Po. KVF-S 21.3596): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Ausgestaltung der Grundversorgung im Telekommunikationsbereich ab 2024: Beschluss und Festlegung weiteres Vorgehen durch den Bundesrat (erreicht)
- Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung (FDV) bezüglich Erhöhung der Sicherheit der Fernmeldenetze.: Verabschiedung (teilweise erreicht)
Der Bundesrat eröffnete im Berichtsjahr die Vernehmlassung. Aufgrund der komplexen und umfangreichen Vorarbeiten konnte er die Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung (FDV) nicht verabschieden.
- Erteilung der Konzessionen für Lokalradios und Regionalfernsehen: Entscheid (nicht erreicht)
Das UVEK konnte die Konzessionsentscheide nicht im Berichtsjahr erteilen. Die Auswertung der 51 Bewerbungen für 38 Veranstalterkonzessionen erforderte mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen.
- Verhaltenskodex für vertrauenswürdige Datenräume: Verabschiedung (erreicht)
- World Radio Conference (WRC-23): Erfüllung der Zielvorgaben des Bundesrates (erreicht)

LG1: MEDIEN

GRUNDAUFTRAG

Die Rahmenbedingungen für die Stärkung eines vielfältigen Mediensystems zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung werden unter Berücksichtigung der technischen und ökonomischen Transformationsprozesse sowie der sich ändernden Nutzungsgewohnheiten sichergestellt. Es werden die Voraussetzungen für die Gewährleistung eines identitätsstiftenden Service public auf nationaler, sprachregionaler und lokaler Ebene im Bereich der elektronischen Medien geschaffen sowie die Grundlagen für eine nachhaltige Medienförderung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	4,7	4,5	4,5	0,0	0,9
Aufwand und Investitionsausgaben	12,5	13,2	13,1	-0,1	-1,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Medienplatz Schweiz: Die Grundlagen zur Stärkung des Medienplatzes Schweiz werden geschaffen			
– Publikation des Medienmonitors Schweiz zur Medienmacht (ja/nein)	ja	ja	ja
Service public - Erfüllung Leistungsaufträge: Die SRG und die lokalregionalen Radio- und Fernsehveranstalter erbringen die konzessionsrechtlich verlangten Leistungen			
– Analyse der publizistischen SRG-Angebote (Radio, TV, Online) durchgeführt (ja/nein)	ja	ja	ja
– Programmanalyse der konzessionierten Lokalradios und Regionalfernsehen durchgeführt (ja/nein)	ja	–	–
– Repräsentative Publikumsbefragung zu den Angeboten des Service public durchgeführt (ja/nein)	ja	–	–
Radio- und Fernsehgebühren: Die Finanzierung von Radio und Fernsehen wird sichergestellt			
– Jährliche Revision zur Qualitätssicherung (juristische und Finanzaufsicht) bei der Erhebungsstelle durchgeführt (ja/nein)	ja	ja	ja
– Jährliche Prüfung des Finanzhaushalts der SRG gestützt auf die Berichterstattung des Verwaltungsrates erfolgt (ja/nein)	ja	ja	ja
– Subventionsrechtliche Überprüfungen bei privaten Radio- und Fernsehveranstaltern und Dritten pro Jahr (Anzahl, min.)	5	5	3
– Evaluation Abgabetarife (ja/nein)	ja	–	–
Digitalisierung: Radio wird über digitale Verbreitungswege genutzt			
– Anteil der Radionutzung, die über digitale Verbreitungswege erfolgt (DAB+, IP-Netze) (%; min.)	77	86	80

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgenden Ausnahmen erreicht:

Radio- und Fernsehgebühren: Aufgrund der im Berichtsjahr behandelten Konzessionsgesuche im Rahmen der Neukonzessionierung 2025–2034, die zeitlich aufwändig waren (siehe «Projekte und Vorhaben»), konnten nur 3 statt der üblichen 5 bei privaten Radio- und Fernsehveranstaltern durchgeführten subventionsrechtlichen Überprüfungen vorgenommen werden.

Digitalisierung: Der Zielwert für den Anteil Radionutzung über digitale Verbreitungswege wurde leicht unterschritten. Die UKW-Verbreitung läuft gemäss den verlängerten Funkkonzessionen Ende 2026 aus. Aus anderen Abschaltprojekten (so auch in Norwegen) ist bekannt, dass ab einer Nutzung von ca. 75 Prozent bis zur effektiven Abschaltung kaum noch erhebliche Steigerungen zu erwarten sind.

LG2: FERNMELDE- UND POSTWESEN

GRUNDAUFTRAG

Die Rahmenbedingungen für wirksamen Wettbewerb und eine bedürfnisgerechte Grundversorgung werden sichergestellt, damit Bevölkerung und Wirtschaft sichere, moderne Kommunikationsinfrastrukturen und vielfältige, preiswerte sowie konkurrenzfähige Fernmelde- und Postdienste (inkl. Grundversorgung im Zahlungsverkehr) zur Verfügung gestellt werden können. Im Fernmeldebereich werden zudem die Versorgung mit Funkfrequenzen und Adressierungselementen gewährleistet, ein störungsfreier Funkverkehr sichergestellt, der Marktzugang für Fernmeldeanlagen und elektrische Geräte geregelt sowie eine effiziente Frequenznutzung und Umsetzung technischer Innovationen gefördert.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	15,5	16,8	15,5	-1,3	-8,0
Aufwand und Investitionsausgaben	50,1	52,9	52,4	-0,5	-1,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Digitalisierung: Das Vertrauen von Bevölkerung und Wirtschaft in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird gestärkt und die globale digitale Gouvernanz mitgestaltet			
– Interesse an der Publikation „Geschichten aus dem digitalen Alltag“ - Konsultationen Print und digital (Anzahl, min.)	96 760	110 000	131 201
– Monitoring der Leitlinien «Künstliche Intelligenz für den Bund» durchgeführt (ja/nein)	ja	–	–
Fernmeldemarkt: Die Grundlagen zur Förderung von Wettbewerb werden geschaffen, um die Entwicklung und Vielfalt in den Bereichen Dienste und (Netz-)Infrastruktur weiter voranzutreiben			
– Aktuelle Fernmeldestatistik ist erstellt und wird publiziert (ja/nein)	ja	ja	ja
– Bedeckung der Gebäude mit Hochbreitbandanschlüssen mit mind. 100 Mbit/s (% min.)	86	85	82
– Anteil Gesuche für Adressierungselemente über das elektronische Portal am Total der Zuteilungsgesuche (% min.)	–	84	–
Funkfrequenzen: Die bedarfsgerechte Verfügbarkeit und Zuteilung, der gleichberechtigte Zugang und die störungsfreie Nutzung werden sichergestellt			
– Jährliche Genehmigung des Nationalen Frequenzzuweisungsplans (NaFZ) durch den Bundesrat (ja/nein)	ja	ja	ja
– Anteil berechnete Beanstandungen an den bearbeiteten Funkkonzessionen bei der Erteilung und Mutation (% max.)	0,35	0,50	0,33
– Durchgeführte Massnahmen zur Sicherstellung eines störungsfreien Funkverkehrs (Anzahl, min.)	–	210	234
Marktzugang: Der Marktzugang für Fernmeldeanlagen und elektrische Geräte wird in Abstimmung mit den europäischen und internationalen Entwicklungen geregelt			
– Durchgeführte Produktkontrollen Marktaufsicht (Anzahl, min.)	226	250	236
Postgesetzgebung: Der Inhalt der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten sowie die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb im Postbereich werden evaluiert und allfällige Anpassungen vorgeschlagen.			
– Durchführung der Evaluation Postgesetzgebung und Erstellung Bericht zuhänden Parlament (ja/nein)	–	–	–

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgenden Ausnahmen erreicht:

Fernmeldemarkt: 2022 wurden die Prozesse zur Zuteilung von Adressierungselementen auf die neue eGov-Plattform des UVEK migriert. Auf der neuen Plattform stehen die Messinstrumente zur Eruiierung des Anteils Gesuche für Adressierungselemente gegenwärtig nicht mehr zur Verfügung. Die prozentuale Hochbreitbandabdeckung der Gebäude hat aufgrund der gestiegenen Anzahl Gebäude in der Grundgesamtheit leicht abgenommen.

Marktzugang: Produktkontrollen werden vermehrt auch auf Online-Plattformen durchgeführt. Entsprechend werden in diesem Bereich zurzeit neue Zusammenarbeitsformen aufgebaut. Stabile Erfahrungswerte stehen noch nicht zur Verfügung. Das BAKOM hat insgesamt 236 Funkanlagen und elektrische Geräte kontrolliert und dazu beigetragen, mehr als 3 100 Produktangebote aus dem Internet zu entfernen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	120 861	119 644	117 197	-2 447	-2,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	20 191	21 340	20 041	-1 299	-6,1
Regalien und Konzessionen					
E120.0105 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	1 511	1 500	1 982	482	32,1
E120.0106 Funkkonzessionsgebühren	7 934	9 473	7 492	-1 981	-20,9
E120.0108 Abgrenzung Auktionen Funkfrequenzen	-	87 134	87 134	0	0,0
Übriger Ertrag und Devestitionen					
E150.0111 Einnahmen aus Verwaltungsverfahren/-strafverfahren	130	197	71	-126	-64,0
Ausserordentliche Transaktionen					
E190.0102 a.o. Ertrag Mobilfunkfrequenzen	87 134	-	-	-	-
E190.0114 Covid: Rückerstattung Ausbau der indirekten Presseförderung	3 961	-	478	478	-
Aufwand / Ausgaben	144 796	144 097	141 939	-2 158	-1,5
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	62 594	66 096	65 457	-639	-1,0
<i>Kreditverschiebung</i>		-91			
<i>Abtretung</i>		1 586			
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		255			
A202.0148 Debitorenverluste	48	325	67	-258	-79,5
Transferbereich					
<i>LG 1: Medien</i>					
A231.0311 Beitrag Angebot SRG für das Ausland	19 374	19 475	19 389	-86	-0,4
A231.0312 Beitrag Ausbildung Programmschaffender	1 015	1 034	1 033	-1	-0,1
A231.0313 Beitrag Verbreitung Programme in Bergregionen	848	854	854	0	0,0
A231.0315 Beitrag Medienforschung	2 101	1 073	744	-329	-30,6
A231.0318 Zustellermässigung Zeitungen und Zeitschriften	50 000	50 000	50 000	0	0,0
A231.0390 Rückerstattung MWST Empfangsgebühren	4 337	663	-	-663	-100,0
<i>Kreditübertragung</i>		663			
<i>LG 2: Fernmelde- und Postwesen</i>					
A231.0314 Beiträge an Internationale Organisationen	4 480	4 577	4 395	-182	-4,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	20 191 490	21 340 000	20 040 684	-1 299 316	-6,1
Laufende Einnahmen	20 169 479	21 330 000	20 036 761	-1 293 239	-6,1
Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	11 005	–	1 962	1 962	–
Investitionseinnahmen	11 005	10 000	1 962	-8 039	-80,4

Der Funktionsertrag des BAKOM stammt zu 77 Prozent aus Verwaltungsgebühren im Fernmelde- und zu 23 Prozent aus Verwaltungsentschädigungen im Medienbereich. Der grösste Teil entfiel auf Gebühren für die Verwaltung und technische Kontrolle des Frequenzspektrums (10,5 Mio.), die Verwaltung und Zuteilung von Adressierungselementen (2,8 Mio.), auf Entschädigungen für die Aufgaben des BAKOM im Zusammenhang mit der Erhebung der Radio- und Fernsehgebühr und der Durchsetzung der Abgabepflicht gemäss RTVG (4,4 Mio.) sowie auf Erträge aus der Zuteilung und Verwaltung der Internetdomain «.swiss» (1,8 Mio.). Der Funktionsertrag lag knapp 1,3 Millionen unter dem Voranschlagswert (Durchschnitt der letzten vier Jahre). Die Abweichung resultierte aus dem Inkrafttreten des revidierten Fernmeldegesetzes am 1.1.2021, durch welches neu Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) von Verwaltungsgebühren für Funkkonzessionen befreit sind, sowie aus der Korrektur der Kostenüberdeckung beim mobilen Landfunk per 1.1.2022, die anlässlich der Vergabe der Mobilfunkfrequenzen im Jahr 2019 entstanden war.

Die Investitionseinnahmen stammten aus dem Verkauf eines Verwaltungsfahrzeuges.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 68a Abs. 1 Bst. f und Art. 100; Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10), Art. 40.

E120.0105 KONZESSIONSABGABEN PROGRAMMVERANSTALTER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	1 510 702	1 500 000	1 981 944	481 944	32,1

Konzessionierte Veranstalter schweizerischer Programme entrichten eine jährliche Konzessionsabgabe. Die Abgabe beträgt pro Kalenderjahr 0,5 Prozent der 500 000 Franken übersteigenden Bruttoeinnahmen der Veranstalter aus Werbung und Sponsoring.

Die Einnahmen lagen knapp 0,5 Millionen über dem Voranschlag. Die ordentlichen Einnahmen bewegten sich im Rahmen des Voranschlags. Zusätzlich konnte die sistierte Konzessionsabgabe bei drei Veranstaltern definitiv festgelegt werden.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 22.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Medienforschung und Rundfunktechnologie», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

E120.0106 FUNKKONZESSIONSGEBÜHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	7 934 016	9 473 000	7 492 158	-1 980 842	-20,9

Die Funkkonzessionäre bezahlen für die ihnen übertragenen Nutzungsrechte am Frequenzspektrum eine Konzessionsgebühr. Der überwiegende Teil der Einnahmen stammt aus Funkkonzessionsgebühren für den Richtfunk. Dieser wird namentlich für den Datentransport von Mobilfunkantennen zu den Übertragungsleitungen eingesetzt.

Die Einnahmen aus den Funkkonzessionsgebühren lagen annähernd 2,0 Millionen unter dem Durchschnitt der letzten vier Jahre. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mobilfunkanbieter für die Erschliessung ihrer Antennen vermehrt auf Glasfaserleitungen statt Richtfunk setzen.

Rechtsgrundlagen

Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10), Art. 39; Fernmeldegebührenverordnung vom 18.11.2020 (GebV-FMG; SR 784.106).

E120.0108 ABGRENZUNG AUKTIONEN FUNKFREQUENZEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	-	87 134 000	87 133 848	-152	0,0

In den Jahren 2012 und 2019 wurde im Auftrag der ComCom je eine Auktion zur Neuvergabe von Mobilfunkfrequenzen durchgeführt. Aus der Auktion 2012 resultierten Einnahmen von insgesamt 1,025 Milliarden (inkl. Zinsen), aus der Auktion 2019 in Höhe von gut 379 Millionen. Beim ausgewiesenen Betrag handelt es sich um die periodengerechte Abgrenzung der in den Vorjahren erzielten Auktionseinnahmen über die Laufzeit der Konzessionen (bis 2028 resp. 2034).

Rechtsgrundlagen

Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10).

Hinweise

Bis zum Jahr 2022 wurde der Betrag ausserordentlich ausgewiesen (E190.0102 a.o. Ertrag Mobilfunkfrequenzen). Mit der Umsetzung der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes gelten die Einnahmen ab 2023 als ordentlich und schuldenbremsrelevant.

E150.0111 EINNAHMEN AUS VERWALTUNGSVERFAHREN/-STRAFVERFAHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	129 900	197 000	70 890	-126 110	-64,0

Die Einnahmen stammen aus der Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich Fernmeldeanlagen und Funkkonzessionen sowie aus Bussen für Widerhandlungen von Privathaushalten gegen die Radio- und Fernsehabgabepflicht (ungerechtfertigte Opting out-Anträge).

Die Einnahmen lagen gut 0,1 Millionen unter dem Durchschnitt der letzten vier Jahre.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 89 und 90; Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10), Art. 58-60.

E190.0114 COVID: RÜCKERSTATTUNG AUSBAU DER INDIREKTEN PRESSEFÖRDERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	3 960 851	-	477 520	477 520	-

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie leistete der Bundesrat im Jahr 2021 Unterstützungsmassnahmen im Bereich der indirekten Presseförderung, die den Verlegern über die Schweizerische Post ausgerichtet wurden.

Im Jahr 2023 wurden aufgrund rückwirkender Dividendenausschüttungen für das Geschäftsjahr 2021 die unrechtmässig bezogenen Beiträge zurückerstattet.

Rechtsgrundlagen

V vom 20.5.2020 über Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien, SR 783.03).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	62 594 365	66 096 400	65 457 288	-639 112	-1,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 750 300</i>			
Funktionsaufwand	61 321 044	64 411 000	63 182 483	-1 228 517	-1,9
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	60 154 070	63 011 000	62 007 633	-1 003 367	-1,6
Personalausgaben	44 740 873	47 008 400	45 768 618	-1 239 782	-2,6
Sach- und Betriebsausgaben	15 413 197	16 002 600	16 234 503	231 903	1,4
<i>davon Informatik</i>	<i>8 218 620</i>	<i>7 145 500</i>	<i>8 515 378</i>	<i>1 369 878</i>	<i>19,2</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>902 329</i>	<i>3 149 600</i>	<i>1 477 939</i>	<i>-1 671 661</i>	<i>-53,1</i>
Finanzausgaben	-	-	4 512	4 512	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 166 974	1 400 000	1 174 850	-225 150	-16,1
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	1 273 321	1 685 400	2 274 805	589 405	35,0
Vollzeitstellen (Ø)	248	251	247	-4	-1,6

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die Personalausgaben fielen gegenüber dem Voranschlag gut 1,2 Millionen tiefer aus. Gründe dafür sind zahlreiche vakante Stellen, welche nur mit Zeitverzögerung wiederbesetzt werden konnten.

Sach- und Betriebsausgaben

Die Informatikausgaben lagen knapp 1,4 Millionen über dem Voranschlag. Von den Gesamtausgaben von rund 8,5 Millionen entfielen rund 5,8 Millionen auf den Informatikbetrieb und 2,8 Millionen auf Projekte. Die Projektmittel wurden hauptsächlich für das Programm «E-Government UVEK» (neue eGov-Plattform mit BAKOM als Pilotamt) verwendet. Für den Betrieb wurden für die Büroautomation, Telekommunikation und SAP durch das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) knapp 4,0 Millionen in Rechnung gestellt.

Die Beratungsausgaben bezogen sich im Wesentlichen auf Leistungen zur Finanzierung der durch Dritte unterstützten Aufsicht über die Einhaltung der Leistungsaufträge der konzessionierten Radio- und Fernsehprogramme. Weitere Leistungen entfielen auf eine Studie im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit, eine Datenerhebung zum Fernmeldemarkt, ein Rechtsgutachten zum zulässigen Tätigkeitsbereich der Schweizerischen Post, auf Kommissionsentschädigungen (EMEK) und Organisations- und Managementberatung. Die Ausgaben lagen knapp 1,7 Millionen unter dem Voranschlag, da sich einzelne Aufgaben zeitlich verschoben haben oder ohne externe Unterstützung ausgeführt werden konnten.

Investitionsausgaben

Bei den Investitionsausgaben (+0,6 Mio.), die im Wesentlichen für die Infrastruktur des schweizweiten Funkmessnetzes des BAKOM eingesetzt wurden, konnten Verzögerungen in den Beschaffungsprozessen teilweise aufgeholt werden.

Kreditmutationen

- Erhaltene Abtretungen des EPA in Höhe von 1,6 Millionen für zusätzliche Arbeitgeberbeiträge, familienergänzende Kinderbetreuung, Lernende sowie Fach- und Hochschulpraktikanten;
- Geleistete Abtretungen an die EFV resultierend aus dem Transfer personeller Ressourcen sowie an das BIT für Leistungen im Informatikbereich gesamthaft in Höhe von 0,1 Millionen;
- Kreditüberschreitung (Art. 36 Abs. 3 Bst. e FHG) in Höhe von 0,3 Millionen durch Verwendung zweckgebundener Reserven (siehe Übersicht über die Reserven).

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Medien		LG 2: Fernmelde- und Postwesen	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	13	13	50	52
Personalausgaben	9	9	36	37
Sach- und Betriebsausgaben	3	3	12	13
davon Informatik	2	2	7	7
davon Beratung	0	0	1	1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	0	0	1	1
Verwaltungsvermögen				
Finanzausgaben	-	0	-	0
Investitionsausgaben	0	0	1	2
Vollzeitstellen (Ø)	52	51	196	196

A202.0148 DEBITORENVERLUSTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	48 085	324 900	66 520	-258 380	-79,5

Debitorenverluste, die auf den ausserhalb des Globalbudgets verbuchten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (E120.0105), Funkkonzessionsgebühren (E120.0106) und Verwaltungsverfahren und -strafverfahren (E150.0111) anfallen, werden ebenfalls ausserhalb des Globalbudgets verbucht.

Die Debitorenverluste lagen unter den Erwartungen (Ausgaben schwierig vorherzusehen).

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40); Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	513 000	4 415 280	4 928 280
Bildung aus Rechnung 2022	-	695 000	695 000
Auflösung / Verwendung	-	-255 400	-255 400
Endbestand per 31.12.2023	513 000	4 854 880	5 367 880
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	305 000	305 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Es wurden zweckgebundene Reserven von annähernd 0,3 Millionen für Investitionen in den Funkmessplatz für Empfänger für QS-Messungen im Frequenzspektrum verwendet.

Reservenbestand

Der Reservenbestand von knapp 5,4 Millionen setzt sich aus allgemeinen (0,5 Mio.) und zweckgebundenen Reserven (4,9 Mio.) zusammen, die hauptsächlich auf die folgenden Vorhaben entfallen:

- Programm «BAKOM digital» (3,0 Mio.);
- Investitionen in das landesweite Funkmessnetz des BAKOM (1,4 Mio.);
- Regulierungsgrundlagen Fernmeldedienste (0,3 Mio.);
- Grundlagen Funktechnologien und elektromagnetische Verträglichkeit (EMV; 0,1 Mio.).

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Das BAKOM beantragt die Bildung von zweckgebundenen Reserven in Höhe von rund 0,3 Millionen für folgende verzögerte Projekte:

- «Messgeräte im Bereich 5G» (0,2 Mio.): Die Umsetzung der Beschaffungsvorhaben wurde durch die verspätete Verabschiedung internationaler Standards für die Konkretisierung der grundlegenden Anforderungen im 5G-Mobilfunkbereich verzögert.
- «Gigabitstrategie» (0,1 Mio.): Die Vorarbeiten zur Erarbeitung einer Gigabitstrategie stellten sich als umfangreicher als ursprünglich gedacht heraus. Am 8. Dezember 2023 hat der Bundesrat dem UVEK beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage bis Ende 2024 zu erarbeiten.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: MEDIEN

A231.0311 BEITRAG ANGEBOT SRG FÜR DAS AUSLAND

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 374 014	19 475 200	19 389 159	-86 041	-0,4

Der Bund leistet Beiträge an die SRG für die Internetportale swissinfo.ch und tvsvizzera.it sowie für die internationalen Programme TV5Monde und 3Sat. Diese Kanäle sollen die Verbindung zwischen den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern und der Schweiz stärken sowie die Präsenz der Schweiz und das Verständnis für deren Anliegen im Ausland fördern.

Der Bundesrat legt zusammen mit der SRG das Auslandangebot in einer Leistungsvereinbarung fest. Die Leistungsvereinbarung für die Jahre 2023–2024 (abgestimmt auf die Laufzeit der SRG-Konzession) wurde vom Bundesrat am 7.9.2022 genehmigt. Der Bund entschädigt der SRG die Hälfte der Kosten des Angebotes, wobei in der Leistungsvereinbarung mit der SRG ein Kostendach definiert ist. Die Ausgaben entsprechen dem Voranschlagswert:

Komponenten des Beitrags:

— swissinfo.ch	8 854 500
— TV5Monde	6 191 659
— 3Sat	3 849 500
— tvsvizzera.it	493 500

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 28.

A231.0312 BEITRAG AUSBILDUNG PROGRAMMSCHAFFENDER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 014 500	1 034 300	1 033 000	-1 300	-0,1

Der Bund kann die Aus- und Weiterbildung Programmschaffender namentlich durch Beiträge an entsprechende Institutionen fördern. Die Förderung erfolgt gestützt auf mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, die kontinuierliche Angebote für Radio und Fernsehen namentlich im Bereich des Informationsjournalismus führen.

Die grössten Beitragsempfänger im Jahr 2023 waren das MAZ – Institut für Journalismus und Kommunikation, das Centre de Formation au Journalisme et aux Médias (CFJM), die Radioschule klipp+klang sowie der Corso di Giornalismo.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 76.

Hinweise

Die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitenden von Veranstaltern mit Abgabenanteil wird ergänzend über Überschüsse aus der früheren Empfangsgebühr unterstützt, die für diesen Zweck bestimmt wurden, bis diese abgebaut sind (vgl. Art. 109a Abs. 1 Bst. a RTVG). Die Abwicklung erfolgt gemäss Art. 68 Abs. 3 RTVG ausserhalb der Staatsrechnung; siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0313 BEITRAG VERBREITUNG PROGRAMME IN BERGREGIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	847 894	853 800	853 799	-1	0,0

Der Bund leistet Beiträge an Programmveranstalter mit einer Konzession mit Abgabenanteil, deren jährlicher Betriebsaufwand für die Verbreitung des Programms und die Zuführung des Sendesignals ausserordentlich hoch ist. Der Kredit wird im Verhältnis zum Aufwand je versorgte Person auf die beitragsberechtigten Veranstalter aufgeteilt. Grundlage für die Berechnung bildet der Betriebsaufwand für die Verbreitung und die Signalführung des Vorjahres. Ein Beitrag darf höchstens einen Viertel dieses Betriebsaufwands ausmachen.

Im Berichtsjahr erfüllten neun Veranstalter (zehn im 2022) die Kriterien für die finanzielle Unterstützung.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 57.

A231.0315 BEITRAG MEDIENFORSCHUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 100 627	1 073 300	744 354	-328 946	-30,6

Mit der Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsprojekte sollen Hinweise auf programmliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Entwicklungen sowie die Umsetzung der Programmaufträge bei Radio und Fernsehen gewonnen werden, die es der Verwaltung und der Branche ermöglichen, auf diese Entwicklungen zu reagieren. Empfänger sind Forschungsinstitutionen und Beratungsinstitute.

Im Berichtsjahr wurden weniger Mittel eingesetzt als geplant: Teilleistungen eines grösseren Forschungsprojektes und der Start einer Beschaffung wurden auf das Jahr 2024 verschoben, zudem wurde auf die Ausschreibung eines geplanten Projektes vorläufig verzichtet.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 22 und 77.

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Medienforschung und Rundfunktechnologie», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A231.0318 ZUSTELLERMÄSSIGUNG ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	50 000 000	50 000 000	50 000 000	0	0,0

Der Bund vergünstigt die Zustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften im Tageskanal der Schweizerischen Post mit gesetzlich festgelegten Beiträgen. Ermässigungen werden gewährt für abonnierte Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse (30 Mio.) sowie Publikationen von nicht gewinnorientierten Organisationen der Mitgliedschafts- und Stiftungspressen (20 Mio.). Das BAKOM ist für die Genehmigung der Gesuche um indirekte Presseförderung zuständig. Die Zustellermässigungen pro Exemplar werden für beide Kategorien jährlich neu berechnet und vom Bundesrat genehmigt.

Rechtsgrundlagen

Postgesetz vom 17.12.2010 (PG; SR 783.0), Art. 16; Postverordnung vom 29.8.2012 (VPG; SR 783.01).

A231.0390 RÜCKERSTATTUNG MWST EMPFANGSGEBÜHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 337 273	662 727	-	-662 727	-100,0
davon Kreditmutationen		662 727			

Vor dem Hintergrund von vier Bundesgerichtsentscheiden aus dem Jahr 2018 mit Leitcharakter und im Rahmen der Erfüllung der Motion 15.3416 Flückiger-Bäni wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer an alle Haushalte und Unternehmen ermöglicht.

Ab 2021 wurde Privat- und Kollektivhaushalten einmalig ein Pauschalbetrag von 50 Franken auf einer Rechnung der Erhebungsstelle SERAFE AG gutgeschrieben. Unternehmen erhalten unter gewissen Voraussetzungen eine Rückerstattung auf Gesuch hin. Die aus den Gutschriften resultierenden Mindereinnahmen bei der Radio- und Fernsehgebühr werden mit Bundesmitteln ausgeglichen.

2022 wurde der beantragte Nachtragskredit nicht vollständig ausgeschöpft. Der Kreditrest wurde auf das Jahr 2023 übertragen. In einer Nettobetrachtung wurden 2023 keine Mittel zurückerstattet.

Kreditmutation

— Kreditübertragung gemäss Art. 37 FHG im Umfang von 0,66 Millionen.

Rechtsgrundlagen

BG vom 25.9.2020 über die pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen (SR 784.41).

TRANSFERKREDITE DER LG 2: FERNMELDE- UND POSTWESEN

A231.0314 BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 479 540	4 576 500	4 394 573	-181 927	-4,0

Die Beiträge lagen knapp 0,2 Millionen unter dem Voranschlagswert. Es erfolgten Beitragszahlungen an neun internationale Organisationen. Der Hauptteil in Höhe von 3,2 Millionen entfiel auf die International Telecommunications Union (ITU). Weitere erwähnenswerte jährliche Beiträge leistete die Schweiz wie folgt: Universal Postal Union (UPU; 0,3 Mio.), European Communications Office (ECO; 0,1 Mio.); European Telecommunications Standards Institute (ETSI; 0,1 Mio.).

Zur Mitgestaltung der globalen digitalen Gouvernanz und zur Stärkung des internationalen Genf als deren Zentrum wurden im Berichtsjahr Aktivitäten im Umfang von rd. 0,5 Millionen Franken unterstützt.

Rechtsgrundlagen

BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 104; Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10), Art. 64.

BUNDESAMT FÜR UMWELT

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Schutz der Menschen vor gesundheitsgefährdenden Immissionen
- Schutz der Umwelt vor umweltschädigenden Immissionen
- Erhaltung und Förderung der natürlichen Ressourcen inklusive Rohstoffe, der biologischen Vielfalt (Biodiversität) und der Landschaft
- Schutz des Menschen und erheblicher Sachwerte vor Naturgefahren
- Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22 absolut	%
Laufende Einnahmen	235,5	209,5	217,2	-18,3	-7,8
Laufende Ausgaben	1 621,5	1 371,6	1 366,5	-255,1	-15,7
Eigenausgaben	216,7	222,7	220,7	4,0	1,8
Transferausgaben	1 403,4	1 148,6	1 143,5	-259,9	-18,5
Finanzausgaben	1,4	0,3	2,3	0,9	63,5
Selbstfinanzierung	-1 386,1	-1 162,2	-1 149,3	236,8	17,1
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	-350,6	-397,2	-394,3	-43,7	-12,5
Jahresergebnis	-1 736,7	-1 559,4	-1 543,6	193,1	11,1
Investitionseinnahmen	5,7	2,5	4,1	-1,7	-29,0
Investitionsausgaben	352,4	398,3	396,7	44,3	12,6

KOMMENTAR

Die grössten Anteile der Einnahmen (217,2 Mio.) entfielen auf die Kredite Abwasser- (rund 68,6 Mio.) und Altlastenabgabe (rund 49,3 Mio.). Hinzu kommen die Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Emissionsrechte (rund 37,7 Mio.) sowie die seit 2021 ausgewiesenen Gebühren für die Entsorgung von Glas (rund 33,6 Mio.) und Batterien (rund 22,2 Mio.).

Für das Jahr 2023 wurden laufende Ausgaben in Höhe von annähernd 1,4 Milliarden verbucht, davon entfallen 16 Prozent auf die Eigen- und 84 Prozent auf die Transferausgaben. Die Abnahme um rund 255 Millionen gegenüber der Rechnung 2022 lässt sich insbesondere auf die einmalig verbuchte Rückstellung in Umsetzung der Empfehlung der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) zur periodengerechten Verbuchung der VOC und CO₂-Rückerstattungen in Höhe von rund 192 Millionen zurückführen. Da sich die Rückverteilungen auf die Einnahmenschätzung abstützen und diese im 2023 tiefer ausfiel, resultierten insgesamt Minderausgaben für die Rückverteilungen von rund 282 Millionen. Zudem fallen in der Rechnung 2023 Mehrausgaben von insgesamt 27 Millionen gegenüber der Rechnung 2022 an. Diese ergeben sich insbesondere aus den Krediten Abwasserreinigungsanlagen, Sanierung Altlasten sowie Lärmschutz. Rund 70 Prozent des Transferaufwands entfällt auf die Rückverteilung von Lenkungsabgaben (VOC rund 83 Mio. und CO₂ rund 717 Mio.); der Rest verteilt sich auf verschiedene Subventionen insbesondere in den Bereichen Gefahrenprävention und Naturschutz.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Aktionsplan zur Strategie Biodiversität Schweiz, Umsetzungsphase II (2024–2027): Grundsatzentscheid (erreicht)
- Bericht «Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4095): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht im Berichtsjahr nicht verabschieden. Der Bericht soll zusammen mit der Revision der Jagdverordnung, welche den Herdenschutz umfasst, verabschiedet werden.
- Bericht «Stopp der Verschotterung von Grünflächen» (in Erfüllung des Po. Munz 19.3611): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revision der Jagdverordnung: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Weniger Kehrriechverbrennung, mehr Recycling» (in Erfüllung des Po. Chevalley 19.4183): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Kohlenstoffsequestrierung in Böden» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.3639): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Vierter Staatsvertrag mit Österreich über die Regulierung des Rheines: Verabschiedung der Botschaft (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Botschaft im Berichtsjahr nicht verabschieden. Die Verhandlungen erwiesen sich technisch komplexer als erwartet (insb. die Berücksichtigung der Beziehungen zu betroffenen Dritten).
- Schweizer Teilnahme an Copernicus (EU-Leitinitiative zur Erdbeobachtung): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. Zanetti 20.3625): Zuströmbereiche bei Trinkwasserfassungen: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Vernehmlassung im Berichtsjahr nicht eröffnen. Es sind weitere Grundlagenarbeiten nötig, und die Umsetzung erfolgt neu gemeinsam mit den Motionen 20.4261 und 20.4262.
- Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. WAK-N 20.4261 und 20.4262): Abwasserreinigungsanlagen: Eröffnung der Vernehmlassung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte die Vernehmlassung im Berichtsjahr nicht eröffnen. Es sind weitere Grundlagenarbeiten nötig. Die Umsetzung erfolgt neu gemeinsam mit der Motion 20.3625.
- Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung (2017–2021): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Bericht «Was heisst Netto Null für den Hochbau und wie kann dieses Ziel erreicht werden?» (in Erfüllung des Po. Schaffner 20.4135): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht im Berichtsjahr nicht verabschieden. Verschiedene Massnahmen werden direkt in die laufende USG-Revision im Rahmen der Pa.Iv. 20.433 integriert. Der Bericht ist darauf abzustimmen.
- Bericht «Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz» (in Erfüllung des Po. Burkart 20.3477): Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte den Bericht im Berichtsjahr nicht verabschieden. Aufgrund notwendiger Zusatzabklärungen kam es zu Verzögerungen.
- Bericht «Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling» (in Erfüllung der Po. Bourgeois 20.3062, Munz 20.3090, Clivaz 20.3727, Gapany 20.4411 und Chevalley 20.3110): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Änderung des Wasserbaugesetzes: Verabschiedung der Botschaft (erreicht)
- Massnahmenpaket Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft: Genehmigung / Gutheissung (nicht erreicht)
Der Bundesrat konnte das Massnahmenpaket im Berichtsjahr nicht verabschieden. Vor der Festlegung der Massnahmen ist der Abschluss der Parlamentarischen Beratung zur Pa.Iv. 20.433 abzuwarten.
- Bericht «Regulierung der Gentechnik im Ausserhumanbereich» (in Erfüllung der Po. Chevalley 20.4211, WBK-N 21.3980 und WBK-S 21.4345): Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Verpflichtungskredit für die Sanierung von Altlasten (2024–2029): Beantragung (erreicht)
- Konzept schweizweite Bodenkartierung: Genehmigung / Gutheissung (erreicht)
- Gentechnik-Regulierung: Grundsatzentscheid (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Mobilfunk und Strahlung: Umsetzung der begleitenden Massnahmen (erreicht)

LG1: KLIMAPOLITIK UND GEFAHRENPRÄVENTION

GRUNDAUFTRAG

Mit Massnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit im Umweltbereich trägt das BAFU zu einem optimalen Schutz von Leben und erheblichem Sachwert vor Naturgefahren (Bedrohung durch Hochwasser, Erdbeben, Steinschlag, Lawinen, Rutschungen und Waldbrand) sowie vor jenen Gefahren bei, welche die Menschen durch ihr Einwirken auf die Umwelt und auf das Klima verursachen. Sowohl durch Mitwirkung in der nationalen und internationalen Klimapolitik als auch durch Prävention, Vorhersage und Warnung sowie Mithilfe im Schadenfall bei der Bewältigung von Katastrophen werden Risiken minimiert und Mensch sowie Umwelt geschützt beziehungsweise unterstützt. Das BAFU stützt sich hierbei auf das Bundesgesetz für den Wasserbau, das Waldgesetz sowie das CO₂-Gesetz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,9	0,8	0,3	-0,4	-58,2
Aufwand und Investitionsausgaben	86,8	88,8	88,5	-0,3	-0,4

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Klimapolitik: Der Treibhausgasausstoss wird schweizweit reduziert und die Schweiz wird an den Klimawandel angepasst			
– Treibhausgasemissionen der Schweiz (Reduktion gegenüber 1990) (%), min., Ist-Wert=Vorjahr	18	24	–
Gefahrenprävention: Die Sicherheit der Bevölkerung vor Natur-, technischen, chemischen und biologischen Gefahren wird gewährleistet			
– Behandelte Schutzwaldfläche (von insgesamt 580'000 ha Schutzwald) (ha, Tsd., Ist-Wert=Vorjahr)	10	10	11
– Auftreten von gentechnisch verändertem Raps entlang von Bahngeleisen (Anteil GVO-positiver Proben) (%), max.)	0,00	0,25	0,00

KOMMENTAR

Klimapolitik: Der Rechnungswert der Treibhausgasemissionen liegt zum Zeitpunkt der Publikation noch nicht vor. Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Ziele erreicht werden.

Gefahrenprävention: Die Zielwerte konnten erreicht werden.

LG2: IMMISSIONSSCHUTZ

GRUNDAUFTRAG

Mit Massnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Gesundheit im Umweltbereich werden die menschlichen Einwirkungen auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und Luft derart beeinflusst, dass die negativen Auswirkungen von Umweltbelastungen sowie die daraus resultierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden. Neben Mitfinanzierungen bei der Sanierung von Altlasten sowie bei Abwasserreinigungsanlagen betrifft dies u.a. auch Massnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung. Das BAFU stützt sich hierbei auf das Umweltschutzgesetz und das Gewässerschutzgesetz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	1,7	1,5	1,2	-0,3	-21,8
Aufwand und Investitionsausgaben	55,2	57,2	57,1	-0,1	-0,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Umweltbelastung Lärm: Die messbare Belastung der Umwelt durch Lärm wird reduziert			
- Anzahl der geschützten Personen vor Strassenlärm (Anzahl, Ist-Wert=Vorjahr)	218 690	307 400	232 000
Stoffliche Einwirkungen, Qualität Wasser, Boden und Luft: Stoffliche Einwirkungen, die zur Belastung der Bevölkerung führen, werden beseitigt, verhindert oder reduziert; die Wasser-, Boden- und Luftqualität wird verbessert			
- Feinstaub-Emissionen territorial PM10 (1000 t) (Tonnen, Tsd., Ist-Wert=Vorjahr)	13,6	13,9	14,7
- Sanierte ARA: von Spurenstoffen entlastete Einleitungen von Abwasser in Gewässer (Ziel von rund 100 im 2035) (Anzahl kumuliert)	21	37	28
- Sanierte Altlasten (Ziel rund 4'000) (Anzahl kumuliert)	1 738	1 840	1 785

KOMMENTAR

Umweltbelastung Lärm: Bei der Lärmbelastung wird das Ziel für die Anzahl der von Lärm geschützten Personen übertroffen (VA 2022 = 190 900), da eine höhere Anzahl der Kantone ihre Strategie verstärkt resp. geändert haben und vermehrt Massnahmen an der Quelle (z.B. lärmarme Beläge und Temporeduktionen) umsetzen.

Stoffliche Einwirkungen, Qualität Wasser, Boden und Luft: Der Zielwert von 37 ausgebauten ARA wurde nicht erreicht, da bei einzelnen Ausbauprojekten der Baustart aufgrund offener Planungsfragen oder Einsprachen verzögert wurde. Belastete Standorte, die zu schädlichen und lästigen Einwirkungen führen (Altlasten), sollen bis spätestens 2040 saniert werden. Der Zielwert wurde nicht ganz erreicht. Die Zielgrösse 2040 ist rechtlich nicht verbindlich, weshalb die Kantone teilweise andere Vorhaben priorisieren.

LG3: SCHUTZ UND NUTZUNG DER ÖKOSYSTEME

GRUNDAUFTRAG

Das BAFU fördert den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und die effiziente Nutzung der Rohstoffe. Es trägt damit zu einer dauerhaften Erhaltung des Lebensraums und der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Mit Massnahmen im Rahmen eines Aktionsplans Biodiversität soll die Vielfalt von Flora und Fauna in ihren jeweiligen Lebensräumen erhalten bleiben, so dass die Ökosysteme ihre natürlichen Aufgaben erfüllen können. Das BAFU setzt sich zudem für eine effiziente Nutzung und die Schonung der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe wie Holz, Mineralien, Boden oder Wasser ein. Das BAFU stützt sich hierbei auf das Natur- und Heimatschutzgesetz, das Gewässerschutzgesetz, das Jagdgesetz, das Nationalparkgesetz, das Bundesgesetz über die Fischerei sowie das Waldgesetz.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	4,4	3,8	3,8	-0,1	-2,0
Aufwand und Investitionsausgaben	77,5	79,7	77,6	-2,1	-2,6

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Ressourceneffizienz: Natürliche Ressourcen und Rohstoffe werden effizient und nachhaltig bewirtschaftet. Der Ressourcenverbrauch durch den Konsum in der Schweiz wird reduziert			
– Gepflegter Jungwald ausserhalb Schutzwald (Mindestfläche) (ha, Tsd., Ist-Wert=Vorjahr)	11	15	13
– Recyclingquote Siedlungsabfälle (%; min., Ist-Wert=Vorjahr)	52	53	52
– Stammholz (Anzahl, min., IST-Wert = Vorjahr) (m3, Mio.)	2,5	2,5	2,6
Biodiversität und Landschaft: Abnahme der Landschafts- und Bodenqualität wird reduziert. Biodiversität wird langfristig erhalten. Die Landschaftscharakteren werden bewahrt und weiterentwickelt			
– Ausgewiesene Gebiete für Biodiversität (%)	13,4	14,0	13,6
– Länge der revitalisierten Gewässerstrecken (1000 km bis 2030) (km, min., Ist-Wert=Vorjahr)	206	330	223
– Anteil Waldreservate an Gesamtwaldfläche (10% bis 2030) (%; min., Ist-Wert=Vorjahr)	7,0	8,2	7,3

KOMMENTAR

Ressourceneffizienz: Die Kantone haben etwas weniger Jungwaldfläche ausserhalb des Schutzwaldes gepflegt. Der Zielwert soll jedoch über die gesamte Periode der Programmvereinbarung 2020–2024 kompensiert werden.

Die Recyclingquote unterlag bereits in der Vergangenheit geringfügigen Schwankungen, die primär aufgrund von verzögerten Rückläufen einiger separat gesammelter Abfallfraktionen zurückzuführen ist.

Biodiversität und Landschaft: Der Zielwert der ausgewiesenen Gebiete für die Biodiversität wurde nicht erreicht. Mit Ausnahme der Waldreservate bleiben die anderen Gebiete in der Grösse unverändert (nationale Gebiete). Die Gesamtlänge der revitalisierten Gewässerstrecken wurde nicht erreicht, weil die Projekte zum Teil lange Vorlaufzeiten haben.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	242 087	214 950	222 955	8 005	3,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	6 975	6 150	5 291	-859	-14,0
Fiskalertrag					
E110.0100 Abwasserabgabe	68 222	67 000	68 625	1 625	2,4
E110.0123 Altlastenabgabe	55 144	55 000	49 297	-5 703	-10,4
E110.0125 Gebühreneinnahmen Entsorgung Glas	35 660	33 200	33 593	393	1,2
E110.0126 Gebühreneinnahmen Entsorgung Batterien	21 009	19 100	22 246	3 146	16,5
Regalien und Konzessionen					
E120.0107 Versteigerung CO ₂ -Emissionsrechte	47 958	29 000	37 714	8 714	30,0
Transferbereich					
E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen	2 120	3 000	3 506	506	16,9
E131.0104 Rückzahlung von Darlehen	4 998	2 500	2 684	184	7,3
Aufwand / Ausgaben	2 350 472	2 170 199	2 159 195	-11 003	-0,5
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	219 428	225 761	223 215	-2 546	-1,1
<i>Kreditverschiebung</i>		-2 116			
<i>Abtretung</i>		3 131			
Transferbereich					
<i>LG 1: Klimapolitik und Gefahrenprävention</i>					
A230.0111 Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	965 305	717 460	717 210	-250	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		19 958			
A236.0122 Schutz Naturgefahren	38 183	38 585	38 580	-5	0,0
A236.0124 Hochwasserschutz	126 601	136 353	136 352	0	0,0
A236.0127 Einlage Technologiefonds	25 000	25 000	25 000	0	0,0
<i>LG 2: Immissionsschutz</i>					
A230.0110 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	117 864	84 480	83 392	-1 088	-1,3
A231.0325 Sanierung von Altlasten	19 997	40 000	38 776	-1 224	-3,1
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		20 000			
A231.0402 Recycling Glas	32 881	33 586	33 586	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		2 886			
A231.0403 Recycling Batterien	12 094	15 303	15 303	0	0,0
<i>Kreditüberschreitung ohne BRB (Art. 36 Abs. 3 FHG)</i>		1 603			
A236.0102 Abwasserreinigungsanlagen	37 246	55 000	55 000	0	0,0
A236.0121 Umwelttechnologie	4 792	4 795	4 789	-6	-0,1
A236.0125 Lärmschutz	9 000	26 000	26 000	0	0,0
<i>LG 3: Schutz und Nutzung der Ökosysteme</i>					
A231.0319 Nationalpark	4 119	4 148	4 148	0	0,0
A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei	13 083	14 964	14 942	-23	-0,2
<i>Nachtrag</i>		3 000			
A231.0324 Fonds Landschaft Schweiz	5 000	5 000	5 000	0	0,0
A231.0326 Wasser	2 440	3 293	2 027	-1 266	-38,4
A231.0370 Bildung und Umwelt	5 195	5 865	5 336	-529	-9,0
A235.0106 Investitionskredite Forst	1 972	1 986	1 796	-190	-9,6
A236.0123 Natur und Landschaft	98 219	99 084	97 872	-1 212	-1,2
A236.0126 Revitalisierung	35 533	35 425	35 424	0	0,0
<i>Mehreren Leistungsgruppen zugeordnet</i>					
A231.0321 Internationale Kommissionen und Organisationen	20 699	20 758	20 732	-26	-0,1
A231.0322 Multilaterale Umweltfonds	36 997	37 328	35 271	-2 057	-5,5
A231.0327 Wald	143 536	144 454	144 449	-5	0,0
A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich	373 863	395 241	392 646	-2 595	-0,7
Finanzaufwand					
A240.0105 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	1 425	330	2 349	2 019	611,9

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 975 265	6 150 000	5 290 934	-859 066	-14,0

Der Funktionsertrag des BAFU besteht aus Gebühren für diverse Amtshandlungen. Unter anderem werden Gebühren für hydrologische Dienstleistungen, für die Kontoführung im Emissionshandelsregister, die Gebühren bei den Sanktionen zur Nichteinhaltung der Verminderungsverpflichtungen, den Bezug von elektronischen Begleitscheinen für den Verkehr mit Sonderabfällen in der Schweiz sowie für die Kontrolle von Verbrauchsmaterial aus unverarbeitetem Holz erhoben. Zudem stammen rund 1,5 Millionen aus dem Netzzuschlagsfonds für Aufwendungen in Zusammenhang mit der ökologischen Sanierung von Wasserkraftwerken und rund 0,5 Millionen aus dem Bahninfrastrukturfonds für den Lärmschutz.

Der Einnahmenrückgang (rund -0,9 Mio.) gegenüber dem Voranschlag begründet sich mit Mindereinnahmen aus Sanktionen bei der Nichteinhaltung von Verminderungsverpflichtungen (CO₂). Eine Beendigung der Verminderungsverpflichtungen war nur per Ende 2021 möglich. Im Jahr 2022 gab es diese Möglichkeit nicht. Somit fielen im Jahr 2023 keine Sanktionen bei Nichteinhaltung der Verminderungsverpflichtung an.

Rechtsgrundlagen

Allgemeine Gebührenverordnung des Bundes vom 8.9.2004 (AllgGV; SR 172.041.1); Gebührenverordnung BAFU vom 3.6.2005 (GebV-BAFU, SR 814.014); V vom 22.6.2005 über den Verkehr mit Abfällen (VeVA; SR 814.610); Chemikaliengebührenverordnung vom 18.5.2018 (ChemGebV; SR 813.153.1); Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG, SR 730.0) Art. 35; Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21.6.2013 (BIFG; SR 742.140).

Hinweise

Einnahmen von rund 1,5 Millionen stammen aus dem Netzzuschlagsfonds und werden für die Finanzierung der Personal- und Vollzugskosten von Sanierungsmassnahmen der Wasserkraft verwendet (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand).

Einnahmen von rund 0,5 Millionen stammen aus dem Bahninfrastrukturfonds und werden für die Finanzierung der Personalkosten von Lärmschutzmassnahmen verwendet (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand).

Gebühreneinnahmen von rund 0,2 Millionen werden für die Finanzierung der Personalkosten zur Umsetzung des Eidg. Pflanzenschutzdienstes verwendet (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand).

Einnahmen von rund 0,8 Millionen stammen vom Fonds Landschaft Schweiz (FLS) und werden für die Finanzierung der Personalausgaben im Sekretariat des Fonds Landschaft Schweiz verwendet (vgl. A200.0001 Funktionsaufwand).

E110.0100 ABWASSERABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	68 221 845	67 000 000	68 624 586	1 624 586	2,4

Anfang 2016 ist die Änderung des Gewässerschutzgesetzes für eine verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser in Kraft getreten. Mit dieser Änderung wurde eine Spezialfinanzierung geschaffen, die den Ausbau ausgewählter Abwasserreinigungsanlagen (ARA) erlaubt, um den Eintrag von Mikroverunreinigungen in die Gewässer zu verringern. Geöffnet wird diese Finanzierung durch eine zweckgebundene Abgabe von jährlich neun Franken pro Einwohnerin und Einwohner, welche an eine ARA angeschlossen sind. Mit diesen Einnahmen werden 75 Prozent der Kosten der Erstellung und Beschaffung von Anlagen und Einrichtungen zur Elimination der Spurenstoffe in ARA finanziert. Die übrigen 25 Prozent werden durch die Inhaber der ARA finanziert.

Ausgebaute ARA werden von der Abgabe befreit. Die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 2023 von rund 1,6 Millionen sind auf die verzögerte Ausführung der Ausbauprojekte zurückzuführen.

Rechtsgrundlagen

Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20), Art. 60a, 60b, 61a, 61b und 84.

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Abwasserabgabe», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Einnahmen werden für die Finanzierung der Abgeltungen des Bundes an den Ausbau von Abwasserreinigungsanlagen verwendet (vgl. A236.0102 Abwasserreinigungsanlagen).

E110.0123 ALTLASTENABGABE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	55 144 317	55 000 000	49 296 961	-5 703 039	-10,4

Der Bund erhebt eine Abgabe auf der Ablagerung von Abfällen auf Deponien. Die Abgabeeinnahmen werden eingesetzt für Abgeltungen für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten sowie für die Untersuchung von Standorten, die sich als nicht belastet erweisen.

Die Altlastenabgabe ist massgeblich von den Investitionen der Bauwirtschaft abhängig. Gemäss den konjunkturellen Daten haben sich seit 2022 die Investitionen in der Bauwirtschaft deutlich verringert.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 32e; V vom 26.9.2008 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA; SR 814.687).

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Altlastenfonds», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Einnahmen werden für die Finanzierung der Abgeltungen des Bundes an die Sanierung von belasteten Standorten verwendet (vgl. A231.0325 Sanierung von Altlasten).

E110.0125 GEBÜHRENNAHMEN ENTSORGUNG GLAS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	35 659 535	33 200 000	33 593 392	393 392	1,2

Gebrauchte Getränkeverpackungen aus Glas sind Siedlungsabfälle, die zur Verwertung besonders geeignet sind. Entsprechend dem Verursacherprinzip hat der Bundesrat die Finanzierung der umweltgerechten Entsorgung von Getränkeverpackungen aus Glas mittels einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) geregelt. Der Bund legt die Höhe der VEG fest. Die Erhebung, Verwaltung und Verwendung der VEG ist unter Aufsicht des BAFU einer privaten Organisation übertragen. Die private Organisation verwendet die VEG ausschliesslich für die Finanzierung von Sammlung und Transport von Altglas, Reinigen und Sortieren von intakten Getränkeverpackungen und Glasscherben sowie zur Finanzierung von Informationstätigkeiten, insbesondere zur Förderung des Rücklaufs von Verpackungsmaterial sowie von weiteren eigenen Tätigkeiten im Rahmen ihres Auftrags.

Da die definitiven Zahlen jeweils erst Mitte des Folgejahres vorliegen, werden die Schätzungsfehler in der Rechnung des Folgejahres korrigiert. Die Einnahmen lagen um rund 0,4 Millionen höher als ursprünglich angenommen. Dies dürfte am anhaltenden Trend zu mehr Einweggebinden im Heimkonsum liegen.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 32abis und 43; V. vom 5.7.2000 über Getränkeverpackungen (VGV, SR 814.621); V. vom 7.9.2001 über die Höhe der vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Getränkeverpackungen aus Glas (SR 814.621.4).

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Vorgezogene Entsorgungsgebühr Glas», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Einnahmen werden für die Finanzierung der Entsorgungskosten von Altglas (vgl. A231.0402 Recycling Glas) sowie zur Finanzierung der Eigenausgaben der privaten Organisation (vgl. A200.0001 Globalbudget) verwendet.

E110.0126 GEBÜHRENNAHMEN ENTSORGUNG BATTERIEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	21 009 217	19 100 000	22 245 589	3 145 589	16,5

Die Finanzierung der umweltgerechten Entsorgung von gebrauchten Batterien erfolgt über eine vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG). Der Bund legt die Höhe der VEG fest. Die Erhebung, Verwaltung und Verwendung der VEG auf Batterien ist einer privaten Organisation übertragen. Der Bund (BAFU) beaufsichtigt die Organisation. Die private Organisation erhebt bei den Herstellern und Händlerinnen die VEG für die von ihnen in Verkehr gebrachten Batterien. Die private Organisation verwendet die VEG ausschliesslich für die Finanzierung der umweltgerechten Entsorgung von Batterien (Sammlung, Transport und Verwertung), Informationstätigkeiten, insbesondere zur Förderung des Rücklaufs von gebrauchten Batterien sowie die Finanzierung ihrer eigenen Tätigkeiten im Rahmen ihres Auftrags.

Es werden stetig neue batterie- oder akkubetriebene Produkte in Verkehr gebracht. Dieser Trend hält weiterhin an. Da die definitiven Zahlen jeweils erst Mitte des Folgejahres vorliegen, werden die Schätzungsfehler in der Rechnung des Folgejahres korrigiert. Die Gebühreneinnahmen lagen für die Entsorgung von Batterien um gut 3,1 Millionen höher als ursprünglich angenommen.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 32abis und 43; V. vom 18.5.2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (ChemRRV; SR 814.81), Anhang 2.15; V. vom 28.11.2011 des UVEK über die Höhe der vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Batterien (SR 814.670.1).

Hinweise

Einnahmen zugunsten der Spezialfinanzierung «Vorgezogene Entsorgungsgebühr Batterien», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Einnahmen werden für die Finanzierung der Entsorgungskosten von Batterien (vgl. A231.0403 Recycling Batterien) sowie zur Finanzierung des Eigenausgaben der privaten Organisation (vgl. A200.0001 Globalbudget) verwendet.

E120.0107 VERSTEIGERUNG CO₂-EMISSIONSRECHTE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	47 958 475	29 000 000	37 714 479	8 714 479	30,0

Das Emissionshandelssystem (EHS) ist ein marktwirtschaftliches Instrument der Klimapolitik, das den Teilnehmenden ermöglicht, Treibhausgasemissionen kostengünstig zu reduzieren. Das Schweizer EHS für Anlagen umfasst knapp 100 emissionsintensive Industrieanlagen, die von der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen befreit sind. Das BAFU teilt den am EHS teilnehmenden Betreibern dieser Anlagen Emissionsrechte zu. Die Zuteilung ist kostenlos, soweit die Emissionsrechte für den treibhausgas-effizienten Betrieb der Anlagen notwendig sind. Die übrigen Emissionsrechte werden über das Schweizer Emissionshandelsregister versteigert. Die Versteigerungsmenge der Emissionsrechte wird seit 2022 halbiert, wenn die Menge an Emissionsrechten, die sich bereits im Umlauf befinden, eine gewisse Schwelle überschreitet (Marktstabilisierungs-Mechanismus). Mit der Verknüpfung des EHS der Schweiz mit demjenigen der EU wird seit 2020 auch der Flugverkehr in das Schweizer EHS einbezogen. Zusätzlich zu den Emissionsrechten für Anlagen, die nicht kostenlos zugeteilt werden, versteigert das BAFU 15 Prozent der maximal verfügbaren Menge an Emissionsrechten für Luftfahrzeuge. Die Versteigerungen werden ohne Erteilung eines Zuschlags abgebrochen, wenn der Zuschlagspreis wesentlich vom massgeblichen Preis auf dem Sekundärmarkt der EU abweicht. Somit orientieren sich die Preise für die Schweizer Emissionsrechte an jenen der EU.

Die Zahlen für den Voranschlag 2023 basierten auf einer Schätzung der versteigerten Menge an Emissionsrechten im Jahr 2023 (rund 500 000) und dem durchschnittlichen Zuschlagspreis in der EU im Jahr 2021 (rund EUR 54).

Insgesamt wurden im Jahr 2023 in zwei Versteigerungen 259 450 Emissionsrechte für Anlagen zu Zuschlagspreisen von 86.26 und 77.71 Euro sowie in einer Versteigerung 183 550 Emissionsrechte für Luftfahrzeuge zu einem Zuschlagspreis von 80.28 Euro versteigert. Die markant höheren Zuschlagspreise begründen hauptsächlich die Mehreinnahmen in Höhe von rund 8,7 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2023.

Die Einnahmen teilen sich wie folgt auf:

Versteigerungen von Emissionsrechten für Anlagen: 22,2 Millionen

Versteigerungen von Emissionsrechten für den Luftverkehr: 15,5 Millionen

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz 23.12.2011 (SR 641.71), Art. 15–21.

E130.0001 RÜCKERSTATTUNG BEITRÄGE UND ENTSCHÄDIGUNGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	2 120 129	3 000 000	3 505 872	505 872	16,9
Laufende Einnahmen	1 410 129	3 000 000	2 134 706	-865 294	-28,8
Investitionseinnahmen	710 000	–	1 371 166	1 371 166	–

Vereinnahmung von allgemeinen Rückerstattungen, Rückerstattungen aus abgerechneten Subventionsprojekten und Programmvereinbarungen mit den Kantonen bei nicht erbrachten Leistungen sowie von Rückerstattungen aus nicht ausbezahlten CO₂-Rückverteilungen.

Hinweise

Die Rückerstattungen werden teilweise der Spezialfinanzierung «Strassenverkehr» gutgeschrieben, siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

Die Rückerstattungen werden teilweise der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds» gutgeschrieben, siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

E131.0104 RÜCKZAHLUNG VON DARLEHEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionseinnahmen	4 997 867	2 500 000	2 683 623	183 623	7,3

Gestützt auf das Waldgesetz gewährt der Bund im Rahmen des forstlichen Investitionskredits befristete Darlehen für Baukredite und Restkosten von forstlichen Projekten sowie Darlehen zur Finanzierung der Anschaffung von forstlichen Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und Anlagen. Die Rückzahlung von ausstehenden, forstlichen Investitionskrediten wird auf diesem Kredit vereinnahmt.

Der budgetierte Betrag der Rückzahlung von forstlichen Investitionskrediten im Voranschlag 2023 richtete sich nach den ordentlichen Rückzahlungsfristen von gewährten Darlehen und nach einer Schätzung der Höhe der ausserordentlichen (freiwillig frühzeitigen) Rückzahlungen. Da 2023 leicht höhere ausserordentliche Rückzahlungen anfielen als geschätzt, lag der Rechnungsbetrag leicht über dem Voranschlagswert.

Rechtsgrundlagen

Waldgesetz vom 4.10.1991 (WaG; SR 921.0), Art. 40.

Hinweise

Ausgaben zur Darlehensvergabe für Forstinvestitionen sind unter «Investitionskredite Forst» verbucht (vgl. A235.0106).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	219 427 938	225 761 320	223 215 024	-2 546 296	-1,1
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 014 720</i>			
Funktionsaufwand	218 597 321	224 661 320	222 348 381	-2 312 939	-1,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	216 827 251	222 661 320	220 675 041	-1 986 279	-0,9
Personalausgaben	96 193 543	100 894 900	101 596 565	701 665	0,7
Sach- und Betriebsausgaben	120 621 851	121 766 420	119 078 477	-2 687 943	-2,2
<i>davon Informatik</i>	<i>19 461 726</i>	<i>19 057 500</i>	<i>19 871 612</i>	<i>814 112</i>	<i>4,3</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>45 639 345</i>	<i>45 852 800</i>	<i>46 080 484</i>	<i>227 684</i>	<i>0,5</i>
Finanzausgaben	11 857	-	-	-	-
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1 770 070	2 000 000	1 673 339	-326 661	-16,3
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	830 617	1 100 000	866 644	-233 356	-21,2
Vollzeitstellen (Ø)	529	540	551	11	2,0

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben fielen unter Berücksichtigung von Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts zugunsten des BAFU um gut 0,7 Millionen (+0,7 %) höher aus als budgetiert. Die Personalbezüge belaufen sich auf 81,3 Millionen, die Arbeitgeberbeiträge machten 18,9 Millionen aus und für familienergänzende Kinderbetreuung, Aus- und Weiter- sowie Sprachausbildung wurden gut eine Million eingesetzt. Per Jahresende wurden die Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben um knapp 408 000 Franken erhöht. Die Mehrausgaben können insbesondere durch erhöhte Rückstellungen von Ferien/Überzeit begründet werden. Zudem wurden unterjährig Beschäftigungsgrade bei einzelnen Mitarbeitenden erhöht, um ausserordentliche Arbeitsspitzen in einzelnen Bereichen abzudecken.

Sach- und Betriebsausgaben

In den Sach- und Betriebsausgaben betrugen die Ausgaben im Rechnungsjahr 119 Millionen. Der budgetierte Wert wurde um knapp 2,7 Millionen (-2,2 %) unterschritten. Die Unterschreitung kam aufgrund von einzelnen Projektverzögerungen zustande.

Die Ausgaben zugunsten der Informatik betrugen rund 19,9 Millionen. Für Informatikentwicklung, Lizenzen sowie Betrieb und Wartung wurden 14,5 Millionen eingesetzt. Zusätzlich wurden für die verwaltungsinterne Leistungserbringung (BIT, ISCeco) 5,4 Millionen verwendet. Die Überschreitung bei den Informatikausgaben um rund 0,8 Millionen kann insbesondere mit zusätzlichen externen Betriebs- und Informatikdienstleistungen für den Betrieb und für Informatikprojekte (u.a. Digitalisierung Geschäftsprozesse) begründet werden. Die Überschreitung wurde innerhalb des Globalbudgets kompensiert.

Von den Beratungsausgaben (46,1 Mio.) wurden 13,4 Millionen für Forschung und Entwicklung verwendet. Spezifische Forschungsaufträge werden in diversen Spezialgesetzen erteilt. Für die Erfüllung des Grundauftrags des Amtes wird eng mit externen Fachleuten (Universitäten, Hochschulen, Forschungsanstalten, Privaten) zusammengearbeitet. Zudem wurden für die Beratung bei Vollzugsaufgaben rund 32,7 Millionen verwendet. Der Vollzug umfasst das frühzeitige Erkennen von Umweltproblemen, die Vorbereitung umweltpolitischer Entscheide zuhanden von Bundesrat und Parlament, den Bundesvollzug, die Begleitung und Unterstützung des Vollzugs durch die Kantone, die Kontrolle der Wirksamkeit sowie die Sicherstellung der Kohärenz von Rechtsgrundlagen und Massnahmen.

Bei den externen Dienstleistungen wurden 18 Millionen für Vollzugsaufgaben und 20 Millionen für die Umweltbeobachtung verwendet.

Bei den übrigen Betriebsausgaben wurden rund 10,4 Millionen für die bundesinterne Leistungsverrechnung (BBL, swisstopo, MeteoSchweiz, EFV) und 4,6 Millionen für Ausgaben wie Betrieb und Wartung im Bereich Hydrologie, Querprofilaufnahmen und Flussvermessungen, Spesenentschädigungen, Übersetzungen sowie sonstige Betriebsausgaben verwendet.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf Geräten und Apparaten liegen knapp unter den geplanten Ausgaben.

Investitionsausgaben

Investitionen in Geräte wurden insbesondere getätigt für das nationale Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe NABEL, für das Labor des nationalen Bodenbeobachtungsnetzes NABO und für das hydrologische Messnetz (rund 0,9 Mio.).

Kreditmutationen

- Abtretungen sowie Kreditverschiebungen des Eidgenössischen Personalamts in Höhe von 3 131 100 Franken für Ausbildungsstellen, berufliche Integration, Hochschulpraktika sowie Beiträge an die Pensionskasse, SUVA sowie übrige Personalaufwände.
- Kreditverschiebungen an andere Bundesämter in Höhe von -2 116 380 Franken: an Agroscope für diverse Projekte in den Bereichen Boden und Biodiversität (-1,0 Mio.), an das BFE im Rahmen des «Projekts ZV post» (-1,0 Mio.), sowie das BAR (-0,1 Mio.).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Klimapaket Bundesverwaltung Auslandkompensation 2022-31» (V0367.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Die Ausgaben für den Vollzug des CO₂-Gesetzes (11 Mio.) werden aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen finanziert (vgl. 606/ E110.0119 CO₂-Abgabe auf Brennstoffen).

Ausgaben von rund 0,5 Millionen für Personalausgaben im Zusammenhang mit dem Lärmschutz werden dem Bahninfrastrukturfonds belastet; die entsprechenden Einnahmen sind im Funktionsertrag verbucht (vgl. E100.0001).

Ausgaben von rund 0,3 Millionen für Personalausgaben zur Umsetzung des Eidg. Pflanzenschutzdienstes werden über Gebühren finanziert, die entsprechenden Einnahmen sind im Funktionsertrag verbucht (vgl. E100.0001).

Ausgaben von 1,5 Millionen für Personal- und Vollzugsausgaben zur ökologischen Sanierung von Wasserkraftwerken werden dem Netzzuschlagsfonds belastet, die entsprechenden Einnahmen sind im Funktionsertrag verbucht (vgl. E100.0001).

Ausgaben von rund 0,8 Millionen für Personalausgaben zur Führung des Sekretariats Fonds Landschaft Schweiz werden dem Fonds belastet; die entsprechenden Einnahmen sind im Funktionsertrag verbucht (vgl. E100.0001).

Ausgaben von knapp 6 Millionen für Vollzugsaufgaben werden aus den Gebühreneinnahmen Entsorgung Batterien und Gebühreneinnahmen Entsorgung Glas finanziert (vgl. E110.0125 und E110.0126).

Verwaltungsausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Finanziert Anteile von Personal- und Vollzugsausgaben in den Bereichen Lärmschutz, Wald, Schutz vor Naturgefahren und Hochwasserschutz.

GLOBALBUDGETS NACH LEISTUNGSGRUPPEN

Mio. CHF	LG 1: Klimapolitik und Gefahrenprävention		LG 2: Immissionsschutz		LG 3: Schutz und Nutzung der Ökosysteme	
	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023	R 2022	R 2023
Aufwand und Investitionsausgaben	87	88	55	57	77	78
Personalausgaben	38	41	29	30	29	30
Sach- und Betriebsausgaben	47	47	26	26	48	46
<i>davon Informatik</i>	8	8	4	4	8	8
<i>davon Beratung</i>	18	18	9	11	18	18
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	1	1	0	0	1	1
Verwaltungsvermögen						
Finanzausgaben	0	-	0	-	0	-
Investitionsausgaben	0	0	0	0	0	0
Vollzeitstellen (Ø)	211	220	150	154	168	177

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Sonstige Transaktionen	-	810 000	810 000
Endbestand per 31.12.2023	-	810 000	810 000
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	2 200 000	2 200 000

Reservenbestand

Es besteht eine zweckgebundene Reserve im Umfang von 810 000 Franken für das Projekt Massenbewegungen. Die Reserve für das Projekt wurde ursprünglich bei Swisstopo gebildet, weil das BAFU Mittel für dieses Projekt an Swisstopo abgetreten hat. Da Swisstopo das Projekt Massenbewegungen nicht durchführen konnte, wurden im Budgetvollzug sowohl die zweckgebundene Reserve als auch die Mittel (Fr. 300 000, siehe Antrag zur Bildung neuer Reserven) an das BAFU zurücktransferiert.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Insgesamt wird die Bildung von zweckgebundenen Reserven im Umfang von 2,2 Millionen für folgende Projekte beantragt:

- Projekt Warnung vor Massenbewegungen (WARMA; BRB 2019): Aufgrund von Projektverzögerungen (Geodatenatz Oberflächenbewegungen) konnte swisstopo das Projekt im 2023 nicht durchführen. Die entsprechenden Aufwände (Fr. 300 000) konnten deshalb dem BAFU nicht in Rechnung gestellt werden und verbleiben als Kreditrest. Im 2024 sollen die Arbeiten via eine WTO-Ausschreibung durch das BAFU vergeben und weiterverfolgt werden. Die Mittel werden voraussichtlich im 2024 beansprucht. Für dieses Projekt wird die Bildung einer zweckgebundenen Reserve im Umfang von 300 000 Franken beantragt.
- Für den Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz wurde das Globalbudget BAFU um jährlich 10 Millionen bis Ende 2023 erhöht. Im 2023 ergaben sich Verzögerungen: Der Bericht Wirkung des Aktionsplans Biodiversität AP SBS (BAFU 2023), den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 21.06.2023 zur Kenntnis genommen hat, listet 13 Synergiemaßnahmen und Pilotprojekte (von insgesamt 24) auf, die sich verzögert haben und 2024 abgeschlossen werden sollen. Die Wirkungsanalyse des Aktionsplans Biodiversität AP SBS begründet die Umsetzungsverzögerungen mit knappen Personalressourcen und hoher Komplexität gewisser Projekte. Damit das Projekt Ende 2024 abgeschlossen werden kann, wird mit den nicht verwendeten Mitteln im 2023 eine zweckgebundene Reserve im Umfang von 1,9 Millionen beantragt.

TRANSFERKREDITE DER LG 1: KLIMAPOLITIK UND GEFAHRENPRÄVENTION

A230.0111 RÜCKVERTEILUNG CO₂-ABGABE AUF BRENNSTOFFEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	965 304 543	717 460 300	717 210 129	-250 171	0,0
davon Kreditmutationen		19 957 700			

Auf fossilen Brennstoffen (z.B. Heizöl, Erdgas, Kohle) wird eine Lenkungsabgabe erhoben, welche durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit vereinnahmt wird. Die Rückverteilung der Abgabeerträge erfolgt im Jahr der Abgabeerhebung. Im Jahr 2023 wurden deshalb die geschätzten Erträge des Jahres 2023 (abzüglich der Beträge für Gebäudeprogramm, Geothermieförderung und Technologiefonds) an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt. Im budgetierten Rückverteilungsbetrag 2023 wurden die Korrektur der geschätzten Abgabeerträge auf Basis des mittlerweile bekannten Jahresertrags 2021 sowie die Restbeträge aus der Rückverteilung 2021 verrechnet. Die Anteile von Bevölkerung und Wirtschaft entsprachen dem von den jeweiligen Sektoren geleisteten Anteil an den Abgaben. Die Rückverteilung an die Bevölkerung erfolgte gleichmässig pro Kopf über die Krankenkassen. Diese wurden für ihren Vollzugsaufwand mit 20 Rappen pro versicherte Person entschädigt. Die Rückverteilung an die Wirtschaft erfolgte proportional zur AHV-Lohnsumme der rückverteilungsberechtigten Unternehmen über die AHV-Ausgleichskassen. Die Entschädigung der Ausgleichskassen wurde dem Wirtschaftsanteil belastet.

Zur Umsetzung der Empfehlung der EFK betreffend periodengerechte Verbuchung der Rückerstattungen waren bei den CO₂-Abgabeeinnahmen im Jahr 2023 einmalig Rückstellungen zu berücksichtigen (rund 170 Mio.). Damit reduzierte sich die Rückverteilung um diesen Betrag. Der rückverteilte Betrag nahm gegenüber der Rechnung 2022 um 248 Millionen ab. Dies ist insbesondere auf die einmalige Rückstellung sowie die tiefere Einnahmenschätzung im Rechnungsjahr 2023 zurückzuführen.

Kreditmutationen

- Für nicht verwendete Mittel aus dem Gebäudeprogramm wurden gestützt auf Art. 6 Abs. 7 Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2023 knapp 20 Millionen vom BFE ins BAFU verschoben (vgl. 805/A236.0116).

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71), Art. 29–31, 36.

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Lenkungsabgabe wird durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit vereinnahmt (vgl. 606/E110.0119).

A236.0122 SCHUTZ NATURGEFAHREN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	38 182 667	38 585 100	38 580 024	-5 076	0,0

Gestützt auf das Waldgesetz entrichtet der Bund Abgeltungen für die Erstellung, Wiederinstandstellung und Erneuerung von Schutzbauten und -anlagen gegen Lawinen, Steinschlag, Rutschungen und Erosion zum Schutz von Personen, Siedlungen und Verkehrswegen. Zusätzlich werden die Erstellung von Gefahrenkarten und die Errichtung von Messstellen und Frühwarndiensten (inkl. Vorhersagen sowie die Optimierung der Warnung und Alarmierung) abgegolten.

Etwa zwei Drittel der Bundesbeiträge werden auf der Basis von Programmvereinbarungen an die Kantone ausgerichtet, die übrigen Mittel entfallen auf Beiträge an Einzelprojekte.

Rechtsgrundlagen

Waldgesetz vom 4.10.1991 (WaG; SR 921.0), Art. 36.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Schutz Naturgefahren 2016–2019» (V0144.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «Schutz Naturgefahren 2020–2024» (V0144.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

50 Prozent der Ausgaben für Schutzbauten und -anlagen an Verkehrswegen zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0124 HOCHWASSERSCHUTZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	126 600 776	136 352 600	136 352 139	-461	0,0

Der Bund leistet gestützt auf das Bundesgesetz über den Wasserbau Beiträge an den Hochwasserschutz. Abgeltungen werden für die Erstellung, die Instandstellung und den Ersatz von Schutzbauten und -anlagen gegen die Gefahren des Wassers geleistet. Zusätzlich werden die Erstellung von Gefahrengrundlagen und Gefahrenkarten als auch die Errichtung und den Betrieb von Messstellen sowie den Aufbau von Frühwarndiensten zur Sicherung von Siedlung und Verkehrswegen finanziert.

Gut ein Drittel der Bundesbeiträge werden auf der Basis von Programmvereinbarungen und knapp zwei Drittel für Einzelprojekte an die Kantone ausgerichtet.

Rechtsgrundlagen

BG vom 21.6.1991 über den Wasserbau (WBG; SR 721.100), Art. 6–10.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Hochwasserschutz 2016–2019» (V0141.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «Hochwasserschutz 2020–2024» (V0141.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «3. Rhônekorrektur 2009–2020» (V0201.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «3. Rhônekorrektur Etappe 2020–2025» (V0201.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

30 Prozent der Ausgaben für Schutzbauten und -anlagen an Verkehrswegen zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0127 EINLAGE TECHNOLOGIEFONDS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	25 000 000	25 000 000	25 000 000	0	0,0

Gemäss CO₂-Gesetz werden von den Einnahmen der CO₂-Abgabe pro Jahr maximal 25 Millionen dem Technologiefonds zugeführt. Der Fonds verbürgt für eine Dauer von maximal zehn Jahren Darlehen an Schweizer Unternehmen, um die Entwicklung innovativer Technologien zur nachhaltigen Verminderung von Treibhausgasemissionen zu ermöglichen. Es handelt sich um einen rechtlich unabhängigen Spezialfonds nach Artikel 52 Finanzhaushaltsgesetz. Die Einlage in den Fonds erfolgt über den vorliegenden Kredit.

Die Mittel des Fonds dienen grösstenteils der Finanzierung von Bürgschaftsverlusten. Seit der Gründung wurden bis Ende 2023 190 Bürgschaften im Umfang von rund 316,3 Millionen gewährt. Bisher traten bei 17 unterstützten Firmen Schadensfälle ein (rund 24,3 Mio.). Als Erfolgsfälle wurden 23 Darlehen (rund 30,7 Mio.) bereits zurückgezahlt. An die externe Geschäftsstelle, welche im Rahmen eines Leistungsauftrags mit dem BAFU die Bürgschaften prüft und bewirtschaftet, wurden aus dem Fonds im Jahr 2023 Mittel von rund 3,4 Millionen vergütet. Die Gebühreneinnahmen betrugen per Ende 2023 rund 2,4 Millionen. Per Ende 2023 betrug der Stand des Fonds rund 240 Millionen.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71), Art. 35.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Bürgschaften Technologiefonds» (V0223.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Einlage in den Technologiefonds zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

Die Lenkungsabgabe wird durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit vereinnahmt (vgl. 606/E110.0119).

TRANSFERKREDITE DER LG 2: IMMISSIONSSCHUTZ**A230.0110 RÜCKVERTEILUNG LENKUNGSABGABE VOC**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	117 864 156	84 480 000	83 392 336	-1 087 664	-1,3

Auf den flüchtigen organischen Verbindungen erhebt der Bund eine Lenkungsabgabe. Im Jahr 2023 werden die Einnahmen des Jahres 2021 inklusive Zinsen an die Bevölkerung rückverteilt.

Da die Abgabe beim Import durch die Zollämter erhoben wird, werden die Einnahmen beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit ausgewiesen. Die Rückverteilung der Erträge an die Bevölkerung ist wichtiger Bestandteil des Abgabekonzeptes und wird unter Aufsicht des BAFU durchgeführt. Die Verteilung erfolgt pro Kopf über die Krankenkassen. Diese werden für ihren Vollzugsaufwand jährlich mit 10 Rappen pro versicherte Person entschädigt. Ebenfalls aus den Einnahmen der VOC-Lenkungsabgabe werden die Vollzugskosten der Kantone gedeckt (rund 1,9 Mio.).

In Umsetzung der Empfehlung der EFK betreffend einer periodengerechten Verbuchung der Rückerstattung von Abgabeeinnahmen, wurden bei den VOC-Einnahmen 2023 einmalig Rückstellungen in Höhe von rund 22,4 Millionen gebildet. Dies führte zu einer im Vergleich zum Vorjahr tieferen Rückverteilung. Der Kreditrest von knapp 1,1 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2023 erklärt sich insbesondere dadurch, dass die monatlich an die Bevölkerung zurückverteilten Einzelbeträge auf 5 Rappen gerundet werden müssen.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 35a, 35c; VOC-Verordnung vom 12.11.1997 (SR 814.018).

Hinweise

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «VOC-Lenkungsabgabe», siehe Band 1B, Ziffer B 82/12.

Die Lenkungsabgabe wird durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit vereinnahmt (vgl. 606/E110.0118).

A231.0325 SANIERUNG VON ALTLASTEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	19 997 118	40 000 000	38 775 934	-1 224 066	-3,1
davon Kreditmutationen		20 000 000			

Die Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA) regelt die Erhebung einer Abgabe auf der Ablagerung von Abfällen und die zweckgebundene Verwendung des Abgabebetrag. Die direkt durch das BAFU vereinnahmten Mittel werden für Abgeltungen an die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten, an die Untersuchung von Standorten, die sich als nicht belastet erweisen, sowie an Schutzmassnahmen bei historischen Schiessen und Feldschiessen wie Kugelfänge verwendet.

Aufgrund unerwartet hoher Auszahlungen für grosse Standorte (Kölliken, «Stadtmist» Solothurn) wurde eine Kreditüberschreitung zu Lasten der Spezialfinanzierung «Altlastenfonds» bewilligt. Insgesamt wurde der Kredit 2023 nahezu ausgeschöpft. 178 Projekte, darunter vor allem Sanierungen von Schiessanlagen, wurden 2023 finanziell unterstützt. Besonders hohe Beiträge wurden an die erwähnte Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken sowie der Deponien im Stadtmist Solothurn ausbezahlt.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.07), Artikel 32e; V vom 26.9.2008 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA; SR 814.687).

Hinweise

Verpflichtungskredite «Sanierung von Altlasten 2012–2017» (V0118.01) und «Sanierung von Altlasten 2018–2023» (V0118.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Altlastenfonds», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Die Abgabe wird im Kredit E110.0123 Altlastenabgabe vereinnahmt.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 20 Millionen.

A231.0402 RECYCLING GLAS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	32 881 346	33 586 300	33 586 205	-95	0,0
davon Kreditmutationen		2 886 300			

Die Finanzierung der umweltgerechten Entsorgung von Getränkeverpackungen aus Glas ist mittels einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) geregelt. Hersteller und Importeure von Getränkeverpackungen aus Glas müssen einer vom BAFU beauftragten privaten Organisation die VEG entrichten.

Ausgaben für Sammlung, Transport, Reinigung, Sortierung und Aufbereitung von Glasscherben zur Herstellung von Verpackungen und anderen Produkten von Altglas sowie für farbgetrennt gesammelte Scherben zur Produktion von Neuglas erfolgen ebenfalls durch die vom BAFU beauftragte private Organisation.

Tätigkeiten Dritter werden nur soweit entschädigt, als diese sachgemäss, umweltverträglich und wirtschaftlich ausgeführt worden sind. Zahlungen erfolgen im Rahmen der verfügbaren Mittel des Fonds; dabei werden die Menge und Qualität des Altglases und die Belastung der Umwelt für diese Tätigkeiten berücksichtigt.

Im Rahmen des Voranschlags wird die Schätzung der Ausgaben und Einnahmen für die umweltgerechte Entsorgung von Getränkeverpackungen aus Glas budgetiert. Da die definitiven Zahlen jeweils erst Mitte des Folgejahres vorliegen, werden die Schätzfehler mit der Rechnung des folgenden Jahres korrigiert. Für die Finanzierung der Entsorgung von Getränkeverpackungen aus Glas wurde mittels einer Kreditüberschreitung eine Korrektur von 2,9 Millionen vorgenommen, da sich der Trend zu mehr Einweggebinden für den Heimkonsum auch auf die anfallende Altglasmenge auswirkte.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983, (USG; SR 814.07), Art. 32abis und 43; V. vom 5.7.2000 über Getränkeverpackungen (VGV, SR 814.621).

Hinweise

Ausgaben zugunsten der Spezialfinanzierung «Vorgezogene Entsorgungsgebühr Glas», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Die Abgabe wird im Kredit E110.0125 Gebühreneinnahmen Entsorgung Glas vereinnahmt.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 2 886 300 Franken.

A231.0403 RECYCLING BATTERIEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	12 094 450	15 302 900	15 302 832	-68	0,0
davon Kreditmutationen		1 602 900			

Die Finanzierung der umweltgerechten Entsorgung von gebrauchten Batterien erfolgt über eine vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG). Die vom Bund beauftragte und beaufsichtigte private Organisation erhebt bei den Herstellern und Händlerinnen die VEG für die von Ihnen in Verkehr gebrachten Batterien.

Die private Organisation verwendet die VEG ausschliesslich für die Finanzierung von Sammlung, Transport und Verwertung von Batterien, für Informationstätigkeit, insbesondere zur Förderung des Rücklaufs von gebrauchten Batterien und für ihre eigenen Tätigkeiten im Rahmen ihres Auftrages. Die Organisation leistet Zahlungen an Dritte nur, soweit diese die Tätigkeiten sachgemäss und wirtschaftlich sowie nach dem Stand der Technik ausführen.

Im Rahmen des Voranschlags wird die Schätzung der Ausgaben und Einnahmen für die umweltgerechte Entsorgung von Batterien budgetiert. Da die definitiven Zahlen jeweils erst Mitte des Folgejahres vorliegen, werden die Schätzfehler mit der Rechnung des folgenden Jahres korrigiert. Für die Entsorgung von Batterien wurde mittels Kreditüberschreitung eine Korrektur von 1,6 Millionen vorgenommen, welche mit den steigenden Kosten für die umweltgerechte Entsorgung der Batterien sowie der grösseren Mengen in Verkehr gebrachter Batterien begründet wird.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.07), Art. 32abis und 43; V. vom 18.5.2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (ChemRRV; SR 814.87), Anhang 2.15.

Hinweise

Ausgaben zugunsten der Spezialfinanzierung «Vorgezogene Entsorgungsgebühr Batterien», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Die Abgabe wird im Kredit E110.0126 Gebühreneinnahmen Entsorgung Batterien vereinnahmt.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 1 602 900 Franken.

A236.0102 ABWASSERREINIGUNGSANLAGEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	37 245 685	55 000 000	54 999 999	-1	0,0

Durch Massnahmen bei ausgewählten Abwasserreinigungsanlagen (ARA) soll der Eintrag von Mikroverunreinigungen in die Gewässer verringert werden. Die Finanzierung erfolgt verursachergerecht durch die Erhebung einer gesamtschweizerischen Abwasserabgabe von 9 Franken pro Kopf und Jahr aller an eine ARA angeschlossenen Einwohnerinnen und Einwohner. Mit dieser zweckgebundenen Spezialfinanzierung wird der zielorientierte Ausbau von ARA mitfinanziert. Der Bund trägt 75 Prozent der Kosten für die Erstellung und Beschaffung von Anlagen und Einrichtungen zur Elimination der Spurenstoffe in ARA. 25 Prozent werden durch die Inhaber der ARA finanziert.

Seit 2016 wurden 28 ARA ausgebaut und diverse Anlagen haben mit den Bauarbeiten begonnen.

Rechtsgrundlagen

Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20), Art. 60a, 60b, 61a, 61b und 84.

Hinweise

Abgerechneter Verpflichtungskredit «Abwasserbeseitigung 2016–2019» (V0254.00), siehe Band 1A, Ziffer D 21.

Verpflichtungskredit «Abwasserbeseitigung 2020–2024» (V0254.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «Abwasserabgabe», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12. Die Abgabe wird im Kredit E110.0100 Abwasserabgabe vereinnahmt.

A236.0121 UMWELTECHNOLOGIE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	4 792 482	4 795 100	4 788 902	-6 198	-0,1

Gestützt auf das Umweltschutzgesetz ermöglicht die Umwelttechnologieförderung die Entlastung der Umwelt im öffentlichen Interesse, indem der Transfer von Innovationen aus der Forschung auf den Markt gefördert wird. Dabei bezieht sich die Förderung auf Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie auf flankierende Massnahmen. Sie erfolgt in enger Absprache mit anderen Förderstellen des Bundes. Der Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung für die Förderperiode 2017–2021 hat die Ergebnisse einer externen Evaluation dieses Instrumentes aufgenommen und wurde im Juni 2023 durch den Bundesrat verabschiedet. Projekte, die ihre Resultate am Markt in Wert setzen können, müssen die Finanzhilfe im Verhältnis zum erzielten Umsatz zurückerstatten. Im 2023 wurden im Funktionsertrag (E100.0001) Rückerstattungen in Höhe von 140 500 Franken vereinnahmt, die im Voranschlag 2025 wieder für die Umwelttechnologieförderung eingesetzt werden können.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.07), Art. 49 Abs. 3.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Umwelttechnologie 2019–2023» (V0307.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Die Rückzahlungen werden im Kredit E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen vereinnahmt.

A236.0125 LÄRMSCHUTZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	9 000 000	26 000 000	26 000 000	0	0,0

Der Bund leistet Beiträge an strassenverkehrsbedingte Umweltschutzmassnahmen (Lärm- und Schallschutzprojekte). Die Bundesbeiträge werden für die Kantons- und Gemeindestrassen auf der Basis von Programmvereinbarungen an die Kantone ausgerichtet. Die Höhe der Globalbeiträge richtet sich dabei nach der Effizienz und Wirksamkeit der Massnahmen (Anzahl geschützte Personen; Priorität für Massnahmen an der Quelle).

Rechtsgrundlagen

BG vom 22.3.1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2), Art. 13; Lärmschutzverordnung vom 15.12.1986 (LSV: SR 814.41), Art. 21ff.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Lärmschutz 2016–2024» (V0142.02), siehe Staatsrechnung 2022, Band 1B, Ziffer B 1.

Ausgaben für Lärmschutzmassnahmen zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

TRANSFERKREDITE DER LG 3: SCHUTZ UND NUTZUNG DER ÖKOSYSTEME**A231.0319 NATIONALPARK**

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	4 119 000	4 147 700	4 147 700	0	0,0

Gestützt auf das Nationalparkgesetz finanziert der Bund Pachtzinsen, die Parkaufsicht, Massnahmen für die Information der Bevölkerung, Vergütung und Verhütung von Wildschäden sowie die in den Parkverträgen festgehaltenen Entschädigungen.

Empfänger der Bundesmittel sind die öffentlich-rechtliche Stiftung «Schweizerischer Nationalpark» sowie die Parkgemeinden.

Rechtsgrundlagen

Nationalparkgesetz vom 19.12.1980 (SR 454); Verträge mit den Parkgemeinden des Schweizerischen Nationalparks (vgl. BRB vom 17.6.1991 und 20.4.2016).

A231.0323 WILDTIERE, JAGD UND FISCHEREI

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	13 082 953	14 964 300	14 941 774	-22 526	-0,2
davon Kreditmutationen		3 000 000			

Mit den im Kredit Wildtiere Jagd und Fischerei eingestellten Mitteln werden diverse Tätigkeiten finanziert. Der Bund gewährt Beiträge für die Kosten der Aufsicht in Wasser- und Zugvogelreservaten sowie eidgenössischen Jagdbanngebieten durch staatliche Wildhüter und Reservatsaufseher. Zusätzlich beteiligt er sich an Schäden, welche von den geschützten Tieren Luchs, Wolf, Bär, Goldschakal, Biber, Fischotter und Steinadler verursacht werden. Die Mittel fliessen auch in die Schadensprävention, insbesondere in Herdenschutzmassnahmen. Zusätzlich werden Finanzhilfen entrichtet für Massnahmen zur Überwachung der wildlebenden Säugetiere und Vögel sowie deren Lebensräumen, für Schutz, Management, Monitoring und Förderung von national prioritären Arten und Lebensräume, für die Verhütung von Wildschäden im Wald sowie an Massnahmen zur Information der Bevölkerung. Auch Massnahmen im aquatischen Bereich werden mit Mitteln aus diesem Kredit unterstützt. Dazu gehört die Verbesserung der Lebensbedingungen der Wassertiere, die Wiederherstellung zerstörter Lebensräume, Beschaffung von Grundlagen über die Artenvielfalt und den Bestand sowie die Information der Bevölkerung über die Pflanzen- und Tierwelt in den Gewässern.

Insgesamt teilen sich die Mittel wie folgt auf die verschiedenen Bereiche auf: Für eidgenössische Jagdbanngebiete, Wasser- und Zugvogelreservate wurden rund 2,5 Millionen, für die von geschützten Tierarten verursachten Schäden und die Schadenprävention rund 10,9 Millionen, für den Schutz, das Management und die Überwachung der Säugetiere, Vögel rund 1 Million und für Subventionen nach dem Bundesgesetz über die Fischerei rund 0,5 Millionen eingesetzt.

Das Parlament hat im Dezember 2023 (Nachtrag II/2023) für Sofortmassnahmen für den Herdenschutz zusätzliche Mittel im Umfang von 3 Millionen gesprochen. Die Kantone schöpften diese Mittel aus.

Kreditmutationen

— Nachtragskredit im Umfang von 3 000 000 Franken.

Rechtsgrundlagen

Jagdgesetz vom 20.6.1986 (JSG; SR 922.0); BG vom 21.6.1991 über die Fischerei (BGF; SR 923.0), Art. 12.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Wildtiere, Jagd und Fischerei 2020–2024» (V0146.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0324 FONDS LANDSCHAFT SCHWEIZ

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 000 000	5 000 000	5 000 000	0	0,0

Der Fonds Landschaft Schweiz wurde 1991 aufgrund einer parlamentarischen Initiative gegründet. Er ist ein rechtlich unselbstständiger Fonds, der von einer vom Bundesrat gewählten Kommission verwaltet wird. Er unterstützt Projekte zur Pflege und Erhaltung naturnaher Kulturlandschaften. Er wurde 1991 zunächst auf 10 Jahre befristet und 1999 sowie 2009 jeweils um weitere 10 Jahre verlängert. Mit Bundesbeschluss vom 11.3.2019 werden seit dem Jahr 2021 für weitere 10 Jahre jährlich 5 Millionen an den Fonds überwiesen.

Rechtsgrundlagen

BB vom 3.5.1991 über Finanzhilfen zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften (SR 451.57); BB vom 11.3.2019 über die Finanzierung des Fonds zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften (BBL 2019.5353).

A231.0326 WASSER

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	2 439 740	3 292 800	2 026 792	-1 266 008	-38,4

Die Kantone sind im Rahmen des Vollzugs des Gewässerschutzgesetzes zuständig für einen sachgemässen Gewässerschutz. Diese Aufgabe lässt sich nur durch eine fortlaufende Optimierung der in der Siedlungsentwässerung, Abwasserreinigung und Wasserversorgung eingesetzten Anlagen und Verfahren sowie einer schweizweiten Harmonisierung der Gewässerschutzmassnahmen erreichen.

Der Bund gewährt, gestützt auf das Gewässerschutzgesetz, Subventionen für die Grundlagenbeschaffung, insbesondere für die Entwicklung von Anlagen und Verfahren zur Erhöhung des Standes der Technik im allgemeinen Interesse des Gewässerschutzes. Zusätzlich entrichtet er Abgeltungen an die Kantone zur Ermittlung der Ursachen ungenügender Wasserqualität oberirdischer und unterirdischer Gewässer im Hinblick auf die Sanierungsmassnahmen.

Seit der Revision des Gewässerschutzgesetzes 2011 werden auch Subventionen für Restwassersanierungen gewährt. Saniert werden Fliessgewässer, die durch Wasserentnahmen wesentlich beeinflusst werden und in Landschaften oder Lebensräumen liegen, die in nationalen oder kantonalen Inventaren aufgeführt sind.

Im Berichtsjahr wurden von den Kantonen, insbesondere wegen Einsparungen, für die Restwassersanierung weniger Mittel gebraucht als im Voranschlag 2023 geplant, was den Grossteil des Kreditrests von rund 1,3 Millionen begründet.

Rechtsgrundlagen

Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20), Art. 57, 64, 80 Abs. 2; BG vom 1.7.1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 457), Art. 13 ff, 18d und 23c; BG vom 21.6.1991 über die Fischerei (BGF; SR 923.0), Art. 12 Abs. 1.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Restwassersanierung 2020–2024» (V0323.00), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0370 BILDUNG UND UMWELT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	5 194 858	5 864 800	5 336 282	-528 518	-9,0

Basierend auf den Förderartikeln verschiedener Umweltgesetze werden mit den im Kredit Bildung und Umwelt eingestellten Mitteln Umweltbildungsprojekte unterstützt. Diese Projekte verfolgen das Ziel, Kompetenzen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen auf allen Bildungsstufen, insbesondere bei Fach- und Führungskräften, zu fördern (z.B. Silviva: Förderung des Kompetenzzentrums für Lernen in und mit der Natur; Sanu: Aufbau und Förderung von Kompetenzen von Fachleuten in verschiedenen Umweltbereichen).

Im Berichtsjahr 2023 konnten die genehmigten Fördermittel zur Unterstützung umweltspezifischer Bildungsprojekte nicht vollständig ausgeschöpft werden, weil weniger Gesuche als erwartet eingereicht wurden. Zudem mussten mehrere der eingereichten Gesuche abgelehnt werden, weil sie die inhaltlichen oder gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllten.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.07), insbesondere Art. 49; Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20); BG vom 1.7.1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 457); Waldgesetz vom 4.10.1991 (WaG; SR 921.0); Jagdgesetz vom 20.6.1986 (JSG; SR 922.0); BG vom 21.6.1991 über die Fischerei (BGF; SR 923.0); CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71).

A235.0106 INVESTITIONSKREDITE FORST

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	1 972 000	1 985 700	1 795 700	-190 000	-9,6

Gestützt auf das Waldgesetz gewährt der Bund Baukredite für forstliche Vorhaben und Restkosten von forstlichen Projekten sowie Darlehen zur Finanzierung der Anschaffung von forstlichen Fahrzeugen, Maschinen, Geräten und Anlagen. Die Darlehen werden von den Kantonen zinstragend angelegt und stehen den Bezüglern während 20 Jahren zur Verfügung.

Rechtsgrundlagen

Waldgesetz vom 4.10.1991 (WaG; SR 921.0), Art. 28, 40.

Hinweise

Vgl. E131.0104 Rückzahlung von Darlehen; E140.0001 Finanzertrag.

A236.0123 NATUR UND LANDSCHAFT

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	98 218 605	99 083 800	97 871 967	-1 211 833	-1,2

Gestützt auf das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz wird mit den Bundesbeiträgen der Vollzug durch die Kantone auf der Basis von Programmvereinbarungen unterstützt. Die Mittel werden für Massnahmen zugunsten der Biodiversität (rund 77 %) und der Landschaft (rund 23 %) eingesetzt.

Im Bereich der Biodiversität handelt es sich um die Planung, Unterschutzstellung, Aufwertung und Erhaltung der Biotope von nationaler Bedeutung, der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung sowie von weiteren schutzwürdigen Biotopen. Dabei werden in Koordination mit den landwirtschaftlichen Direktzahlungen für spezifische Leistungen Bewirtschaftungsbeiträge an die Landwirtschaft entrichtet. Weiter werden Massnahmen zur Förderung der Artenvielfalt und Vernetzung der Lebensräume unterstützt.

Im Bereich Landschaft dienen die Bundesgelder primär für Massnahmen zugunsten der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung, der Pärke von nationaler Bedeutung und der UNESCO-Stätten des Weltnaturerbes.

Der Kredit umfasst zudem die Unterstützung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung für ihre im öffentlichen Interesse liegenden Tätigkeiten sowie Beiträge an Forschungsvorhaben, Aus- und Weiterbildung von Fachleuten sowie Öffentlichkeitsarbeit von gesamtschweizerischem Interesse.

2023 wurde der Kredit nicht ganz beansprucht, da nicht sämtliche genehmigte Fördermittel zur Unterstützung von kantonalen Projekten im Rahmen der Programmvereinbarungen Naturschutz ausgeschöpft wurden. Dies begründet sich damit, dass Projekte günstiger realisiert wurden, es zu Projektverzögerung kam und einige Projekte nicht durchgeführt werden konnten.

Rechtsgrundlagen

BG über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966 (NHG; SR 457), Art. 13, 14, 14a, 18d und 23k NHG

Hinweise

Verpflichtungskredit «Natur und Landschaft 2020–2024» (V0143.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

1,7 Millionen der Ausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A236.0126 REVITALISIERUNG

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Investitionsausgaben	35 533 009	35 424 600	35 424 439	-161	0,0

Gestützt auf das Gewässerschutzgesetz gewährt der Bund Beiträge an die Planung und Durchführung von Massnahmen zur Revitalisierung von Gewässern. Die Bundesbeiträge werden auf der Basis von Programmvereinbarungen und für Einzelprojekte an die Kantone ausgerichtet. Die Höhe der Globalbeiträge richtet sich nach der Wirksamkeit und Bedeutung der Massnahmen.

Rechtsgrundlagen

Gewässerschutzgesetz vom 24.1.1991 (GSchG; SR 814.20), Art. 62b und 62c; BG vom 21.6.1991 über die Fischerei (BGF; SR 923.0), Art. 10.

Hinweise

Verpflichtungskredit «Revitalisierung 2016–2019» (V0221.01), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

Verpflichtungskredit «Revitalisierung 2020–2024» (V0221.02), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

MEHREREN LEISTUNGSGRUPPEN ZUGEORDNETE TRANSFERKREDITE

A231.0321 INTERNATIONALE KOMMISSIONEN UND ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	20 699 227	20 758 400	20 731 992	-26 408	-0,1

Die Ausgaben basieren auf Verpflichtungen, die sich direkt aus der Ratifikation internationaler Abkommen oder aus der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Kommissionen ergeben (Pflichtbeiträge), oder stehen in direktem Zusammenhang mit den politischen Zielen, welche die Schweiz mit diesen Abkommen und Mitgliedschaften anstrebt (übrige Beiträge). Ziel des Schweizer Engagements ist die Schaffung von globalen oder regionalen Rahmenbedingungen, die für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der natürlichen Ressourcen sowie die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen förderlich sind.

Die Beiträge umfassen insbesondere Mitgliederbeiträge an Konventionen und internationale Organisationen, z.B. Klimakonvention, IPCC, Biodiversitätskonvention, Bonner Konvention (wandernde wildlebende Tierarten), IUCN, Ramsar Konvention (Feuchtgebiete), PIC- und POP-Konventionen (Chemikalien), Basler Konvention (gefährliche Abfälle), Minamata Konvention (Quecksilber), Montrealer Protokoll (Ozonschicht), Genfer Konvention (Luftreinhaltung), internationale Gewässerschutzkommissionen, Europäische Umweltagentur sowie das UNO-Umweltprogramm UNEP.

Die grössten Beiträge betrafen den Beitrag an UNEP (4,4 Mio.), die internationalen Biodiversitätsprozesse (2 Mio.), das Stockholmer Übereinkommen über persistente Schadstoffe (2 Mio.), die Europäische Umweltagentur (2 Mio.), den internationalen Klimaprozess (1,8 Mio.), die Minamata Konvention über Quecksilber (1 Mio.), den Verhandlungsprozess zur Schaffung eines zwischenstaatlichen Wissenschaftspanel zu Chemikalien, Abfall und Verschmutzung (0,8 Mio.), die Umsetzung des neuen globalen Zielrahmens für Chemikalien (0,8 Mio.), Aktivitäten in den Bereichen nachhaltige Infrastruktur und Rohstoffgouvernanz (0,7 Mio.), die Rotterdamer Konvention betreffend Chemikalien und Pestizide (0,7 Mio.) und den Verhandlungsprozess eines internationalen rechtsverbindlichen Instruments zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung (0,2 Mio.). Die Höhe der Beiträge wurde entweder gemäss bindendem Verteilschlüssel der Organisationen bestimmt oder aufgrund von umweltpolitischen Prioritäten festgelegt.

Die Beiträge an internationale Kommissionen und Organisationen verteilten sich im Rechnungsjahr wie folgt:

- Pflichtbeiträge an internationale Organisationen: 8 049 293 Franken
- Übrige Beiträge an internationale Organisationen: 12 682 699 Franken

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 53.

A231.0322 MULTILATERALE UMWELTFONDS

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	36 997 217	37 328 000	35 271 034	-2 056 966	-5,5

Mit diesen Mitteln leistet die Schweiz ihre international vereinbarten anteilmässigen Zahlungen an die Finanzmechanismen von Umweltkonventionen, namentlich an den Globalen Umweltfonds GEF, den multilateralen Ozonfonds des Montrealer Protokolls sowie an die multilateralen Fonds der Klimakonvention der UNO.

Der Kreditrest von rund 2 Millionen begründet sich damit, dass der Beitrag der Schweiz an den Ozonfonds tiefer als budgetiert ausgefallen ist.

Rechtsgrundlagen

Umweltschutzgesetz vom 7.10.1983 (USG; SR 814.01), Art. 53.

Hinweise

Verpflichtungskredite «Globale Umwelt 2015–2018» (V0108.04), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredite «Globale Umwelt 2019–2022» (V0108.05), siehe Band 1B, Ziffer B 1

Verpflichtungskredit «Globale Umwelt 2023–2026» (V0108.06), (BB vom 8. März 2023), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

A231.0327 WALD

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	143 536 242	144 453 700	144 448 676	-5 024	0,0

Der grösste Teil der Mittel wurde für die Programmvereinbarung Wald verwendet. Im Berichtsjahr wurden 87,5 Millionen (Einzelprojekte und Programmvereinbarung) für das Teilprogramm Schutzwald eingesetzt, 23 Millionen für das Teilprogramm Waldbiodiversität und 28,3 Millionen für das Teilprogramm Waldbewirtschaftung. Die verbleibenden Mittel von rund 5,7 Millionen wurden für die Umsetzung der Ressourcenpolitik Holz, die Abwehr von besonders gefährlichen Schadorganismen, die Leistungen von Vereinigungen zur Walderhaltung sowie für die Wald- und Holzforschungsförderung Schweiz verwendet.

In Umsetzung der Motion 20.3745 Fässler «Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes» werden für die Jahre 2021–2024 zusätzliche Mittel von 25 Millionen pro Jahr für die Waldpflege zur Verfügung gestellt.

Rechtsgrundlagen

Waldgesetz vom 4.10.1991 (WaG; SR 921.0).

Hinweise

Verpflichtungskredit «Wald 2020–2024» (V0145.03), siehe Band 1B, Ziffer B 1.

50 Prozent der Ausgaben zulasten der «Spezialfinanzierung Strassenverkehr», siehe Band 1B, Ziffer A 82/12.

A238.0001 WERTBERICHTIGUNGEN IM TRANSFERBEREICH

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	373 863 223	395 241 200	392 646 304	-2 594 896	-0,7

Investitionsbeiträge werden zu 100 Prozent wertberichtigt, da es sich um Zahlungen handelt, welche à fonds perdu geleistet werden.

Rechtsgrundlagen

Finanzhaushaltsgesetz vom 7.10.2005 (FHG; SR 611.0), Art. 51.

Hinweise

Vgl. A236.0102 Abwasserreinigungsanlagen; A236.0121 Umwelttechnologie; A236.0122 Schutz Naturgefahren; A236.0123 Natur und Landschaft; A236.0124 Hochwasserschutz; A236.0125 Lärmschutz; A236.0126 Revitalisierung; A236.0127 Einlage Technologiefonds; E130.0001 Rückerstattung Beiträge und Entschädigungen.

WEITERE KREDITE

A240.0105 ZINSEN AUF CO₂-ABGABE BRENNSTOFFE

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Ausgaben	1 424 859	330 000	2 349 160	2 019 160	611,9

Erträge aus der CO₂-Abgabe werden bis zur Rückverteilung an die Bevölkerung und die Wirtschaft einem verzinslichen Konto gutgeschrieben. Das Guthaben der entsprechenden Spezialfinanzierung wird von der Bundestresorerie verzinst. Da die Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds» mit der gleichjährigen Rückverteilung der Erträge ab Mitte Jahr ins Minus fällt, wird ihr ein entsprechender Zinsaufwand in Rechnung gestellt. Die Zinserträge aus dem ersten Halbjahr werden beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) budgetiert und vereinnahmt.

Im Voranschlag 2023 wurde von einem tieferen als dem effektiv eingetretenen Zinsniveau ausgegangen. Zudem fielen die Einnahmen beim BAZG gegenüber der Prognose tiefer aus. Als Folge fielen bis Ende 2023 Passivzinsen im Umfang von gut 2,3 Millionen an.

Die Zinsausgaben werden zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds» verbucht. Somit sind diese Zusatzausgaben gegenfinanziert.

Kreditmutationen

— Kreditüberschreitung im Umfang von 2 019 261 Franken.

Rechtsgrundlagen

CO₂-Gesetz vom 23.12.2011 (SR 641.71), Art. 38.

Hinweise

Zinsausgaben zulasten der Spezialfinanzierung «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds», siehe Band 1B Ziffer A 82/12.

Zinseinnahmen sind im Kredit Finanzertrag beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit verbucht (vgl. 606/E140.0104).

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Koordination der Mobilität und Abstimmung von Raum und Verkehr
- Förderung polyzentrischer Siedlungsentwicklung und Stabilisierung des Flächenverbrauchs
- Weiterentwicklung raumplanerischer Instrumente und des rechtlichen Rahmens
- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung erneuerbarer Energien
- Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,3	0,1	0,1	-0,2	-55,3
Laufende Ausgaben	23,1	22,3	22,2	-0,9	-3,8
Eigenausgaben	23,0	22,1	22,1	-0,9	-3,8
Transferausgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	-4,5
Selbstfinanzierung	-22,8	-22,1	-22,1	0,7	3,1
Jahresergebnis	-22,8	-22,1	-22,1	0,7	3,1

KOMMENTAR

Die Personalausgaben machen mit knapp 67 Prozent den überwiegenden Teil des Funktionsaufwands aus. Annähernd 13 Prozent des gesamten Funktionsaufwands entfallen auf die allgemeinen Beratungsausgaben, mit denen auch die Ausgaben für die Umsetzung der Agglomerationspolitik, der nachhaltigen Entwicklung und der Alpenkonvention gedeckt werden. Die Auftragsforschung macht rund 6 Prozent des Funktionsaufwands aus. Die Transferausgaben sind mit einem Anteil von rund 0,6 Prozent gemessen an den laufenden Ausgaben marginal und decken im Sinne einer gebundenen Ausgabe den Beitrag der Schweiz an das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention ab. Die übrigen Ausgaben betreffen den Eigenbereich.

Die Eigenausgaben fallen gegenüber der letzten Rechnung um knapp 0,9 Millionen tiefer aus. Dies ist auf geringere Abtretungen anderer Verwaltungseinheiten sowie weggefallene, plafonderhöhende Sachmittel für spezifische Aufgaben (Vorsitz Alpenkonvention für die Jahre 2021/2022) zurückzuführen.

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES 2023

- Vierte Generation Agglomerationsprogramme: Beantragung (erreicht)
- Agglomerationspolitik 2024+: Verabschiedung (nicht erreicht)
Die Vorsteher des UVEK und des WBF haben beschlossen, eine Konsultation durchzuführen. Die Verabschiedung verzögert sich dadurch.
- Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete 2024+: Verabschiedung (nicht erreicht)
Die Vorsteher des UVEK und des WBF haben beschlossen, eine Konsultation durchzuführen. Die Verabschiedung verzögert sich dadurch.
- Änderung des Energiegesetzes (Beschleunigungserlass): Verabschiedung der Botschaft (erreicht)

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Mehr Flexibilität in der Raumplanung, insb. für Photovoltaik und Biomasse: Inkraftsetzung der revidierten Raumplanungsverordnung (nicht erreicht)
Aufgrund der Dynamik der parlamentarischen Beratungen zum Mantelerlass wurde auf eine vorgezogene RPV-Revision verzichtet. Das Anliegen wird - soweit noch nötig - mit der Umsetzung von RPG 2 / Mantelerlass erfüllt.
- Programm Verkehrsdrehscheiben: Überführung in die bestehenden Planungs- und Finanzierungsinstrumente (erreicht)

LG1: RAUM- UND VERKEHRSENTWICKLUNG

GRUNDAUFTRAG

Das ARE gestaltet unter Einbezug und in Abstimmung mit verschiedenen Anspruchsgruppen und Umsetzungsverantwortlichen, insbesondere auch Kantonen und Gemeinden, die Entwicklung des Raums in der Schweiz massgeblich mit. Dabei bezieht es die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung, die angestrebte nationale und internationale Verkehrs- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung, die Ziele der Verkehrs- und der Energiepolitik des Bundes mit ein und stärkt die internationale Zusammenarbeit in diesen Bereichen. Es koordiniert dabei raum- und verkehrswirksame Tätigkeiten des Bundes untereinander und mit jenen der Kantone. Zudem sorgt es für den korrekten Vollzug des Raumplanungsrechts.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,3	0,1	0,2	0,0	17,7
Aufwand und Investitionsausgaben	23,0	22,1	22,1	0,0	0,0

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Haushälterische Nutzung des Bodens: Die Zersiedelung wird eingedämmt			
- FFF-Inventare: Termingerechte Prüfung aller eingereichten kantonalen Inventare in Koordination mit Genehmigung der Richtpläne (ja/nein)	ja	ja	ja
Raumplanungsrecht: Das Raumplanungsrecht wird problemadäquat weiterentwickelt und der korrekte Vollzug sichergestellt			
- Genehmigung kantonalen Richtpläne: Fristgerechte Vorprüfung und Prüfung (% , min.)	21	90	18
- Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von mehr als 20 %: Termingerechte Publikation (31.3.) auf Webseite ARE (ja/nein)	ja	ja	ja
Abstimmung Raum- und Infrastrukturentwicklung: Zusammenarbeit mit Kantonen und weiteren Akteuren			
- Finanzierungsvereinbarungen Agglomerationsprogramme: Fristgerechte Prüfung und Stellungnahme an das zuständige Bundesamt (% , min.)	100	100	100
- Jährlicher Austausch an Schnittstelle Raum und Verkehr zwischen staatlichen Ebenen: Bericht an Departement über Erkenntnisse und Massnahmen (ja/nein)	ja	ja	ja
Förderung Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeitsgrundsätze werden in der Schweiz verankert			
- Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung: Fristgerechte Prüfung der Projekteingaben (% , min.)	100	100	100
- Jährliche Berichterstattung an den BR: Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in Zusammenarbeit mit dem EDA. (ja/nein)	-	ja	nein
Gesamtverkehrskoordination: Verkehrsträger werden aufeinander abgestimmt und das Verkehrssystem wird ressourcenschonend ausgestaltet			
- Verkehrsmodelle des UVEK: Anwendung bei den relevanten Planungen (ja/nein)	ja	ja	ja
- Jährliche Berichterstattung an GS-UVEK und betroffene Ämter: Stand der Anwendung und Weiterentwicklung des Sachplans Verkehr, Teil Programm (ja/nein)	ja	ja	ja

KOMMENTAR

Die Ziele wurden mit folgenden Ausnahmen erreicht:
Richtplanprüfungen: Grund für die Zielverfehlung sind der sehr hohe Aufwand für die Bereinigung inhaltlicher Differenzen zwischen Bundesämtern und die knappen Ressourcen.
Jährliche Berichterstattung an den Bundesrat zur Umsetzung der Agenda 2030: Der Bundesrat hat den Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und den neuen Aktionsplan 2024-2027 im Januar 2024 verabschiedet. Von einem separaten Bericht des Delegierten zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde daher abgesehen.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	340	146	172	26	17,7
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	340	146	172	26	17,7
Aufwand / Ausgaben	23 159	22 279	22 279	0	0,0
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	23 019	22 146	22 146	0	0,0
Abtretung		938			
Kreditüberschreitung 1% / 10 Mio. (Art. 36 Abs. 2 FHG)		179			
Transferbereich					
LG 1: Raum- und Verkehrsentwicklung					
A231.0328 Internationale Kommissionen und Organisationen	140	133	133	0	0,0

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	340 498	146 000	171 880	25 880	17,7

Auf dieser Position sind die Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen an das Personal, die Rückerstattung der CO₂-Abgabe, unvorhergesehene Rückerstattungen sowie Drittmittel in Zusammenhang mit den «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2020-2024» und dem «Monitoring Gotthardachse» verbucht. Die positive Abweichung zum Voranschlag erklärt sich hauptsächlich durch den Abbau der Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben in der Höhe von rund 34 500 Franken, der über den Funktionsertrag verbucht wird.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	23 019 261	22 146 045	22 145 791	-254	0,0
<i>davon Kreditmutationen</i>		<i>1 117 045</i>			
Funktionsaufwand	23 019 261	22 146 045	22 145 791	-254	0,0
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	23 019 261	22 146 045	22 145 791	-254	0,0
Personalausgaben	14 227 437	14 635 700	14 904 099	268 399	1,8
Sach- und Betriebsausgaben	8 791 823	7 510 345	7 241 693	-268 652	-3,6
<i>davon Informatik</i>	<i>1 089 665</i>	<i>1 024 400</i>	<i>1 004 789</i>	<i>-19 611</i>	<i>-1,9</i>
<i>davon Beratung</i>	<i>5 671 179</i>	<i>4 245 745</i>	<i>4 230 389</i>	<i>-15 356</i>	<i>-0,4</i>
Vollzeitstellen (Ø)	80	78	80	2	2,6

Personalausgaben und Vollzeitäquivalente

Die *Personalausgaben* lagen 1,8 Prozent über dem Voranschlag. Die zusätzlichen Stellen im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbarer Energien, dem Programm «Verkehrsdrehscheiben», den Aktivitäten rund um die von der Schweiz präsierte Europäische Strategie für den Alpenraum (EUSALP) sowie der Zwischenevaluation zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung wurden mit vom Generalsekretariat abgetretenen Mitteln und aus dem Globalbudget finanziert. Diese befristeten Stellen sind teilweise bereits mit Ende des Rechnungsjahres ausgelaufen.

Sach- und Betriebsausgaben

Von den gesamthaft für die Informatiksachausgaben budgetierten Mitteln von rund 1 Million entfielen 0,9 Millionen hauptsächlich auf Betrieb und Wartung. Knapp 20 000 Franken wurden nicht verwendet, da es beim Projekt zur Digitalisierung des Programms Agglomerationsverkehr zu Verzögerungen kam und entsprechend weniger Mittel für die Weiterentwicklung ausgegeben worden sind.

Der überwiegende Teil der *allg. Beratungsausgaben* wurde für folgende Projekte eingesetzt: «Impuls Innenentwicklung 2021–2025», «Aktualisierung des Raumkonzepts Schweiz», «Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung» sowie Mobilitäts- und Verkehrstatistiken. Im Bereich der *Auftragsforschung* wurden die Mittel insbesondere für Mandate im Bereich der Verkehrsmodellierung, für das Methodenupdate zur Berechnung der externen Kosten und Nutzen des Verkehrs sowie für die Mitfinanzierung der «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2020–2024» verwendet.

Die verbleibenden *Sach- und Betriebsausgaben* verzeichneten einen Rückgang gegenüber dem Voranschlagswert um rund 0,2 Millionen. Hauptgründe dafür sind, dass weniger externe Übersetzungsaufträge vergeben und Agenturleistungen in geringerem Ausmass beansprucht wurden.

Kreditmutationen

- Kreditabtretung vom GS-UVEK in Höhe von 579 000 Franken aus dem departementalen Ressourcenpool im Rahmen der Gesamtbewertung Personalressourcen UVEK;
- Kreditüberschreitung von 1 Prozent gemäss Artikel 36 Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes in Höhe von 179 045 Franken;
- Abtretungen des Eidgenössischen Personalamts (EPA) in Höhe von 359 000 Franken für berufliche Integration, Ausbildung von Hochschulpraktikanten, familienergänzende Kinderbetreuung und zusätzliche Pensionskassenbeiträge.

A231.0328 INTERNATIONALE KOMMISSIONEN UND ORGANISATIONEN

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total <i>laufende Ausgaben</i>	139 523	133 200	133 181	-19	0,0

Das Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der den umfassenden Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen bezweckt. Der Beitrag an das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention ist gemäss einem Verteilschlüssel, der vom Ständigen Sekretariat festgelegt wird, von sämtlichen Signatarstaaten der Alpenkonvention als Pflichtbeitrag zu entrichten. Damit sichert sich die Schweiz den Zugang zu allen Netzwerken und Informationen der Alpenkonvention.

Rechtsgrundlagen

Alpenkonvention (SR 0.700.1), Art. 9; Beschluss der 6. Alpenkonferenz vom 30./31.10.2000.

Hinweis

Der Anteil der Schweiz am Jahresbudget des Ständigen Sekretariates beträgt 14,5 Prozent.

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- Zeitgerechte Untersuchung von Unfällen und schweren Vorfällen in der Zivillaviatik, im öffentlichen Verkehr und in der schweizerischen Hochseeschifffahrt
- Strategische Positionierung im nationalen Sicherheitssystem der Zivillaviatik und des öffentlichen Verkehrs
- Aufzeigen erkannter Sicherheitsdefizite und Beitrag zur Behebung durch Sicherheitsempfehlungen im Sinne der Prävention
- Umsetzung internationaler Standards und Normen im Netzwerk von nationalen und internationalen Partnern

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23–R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	0,0	0,1	0,0	0,0	-16,6
Laufende Ausgaben	7,4	7,8	7,0	-0,4	-5,2
Eigenausgaben	7,4	7,8	7,0	-0,4	-5,2
Selbstfinanzierung	-7,3	-7,7	-6,9	0,4	5,2
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen	0,0	-0,1	0,0	0,0	11,9
Jahresergebnis	-7,4	-7,8	-7,0	0,4	5,2
Investitionsausgaben	–	0,1	0,0	0,0	–

KOMMENTAR

Einnahmen und Ausgaben der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle SUST betreffen ausschliesslich den Eigenbereich. Die Einnahmen enthalten dabei die Erlöse aus dem Verkauf der Unfallschlussberichte und allfällige Kostenrückerstattungen. Zudem waren ab 2023 Einnahmen aus der Übernahme der Untersuchungstätigkeit für das Fürstentum Liechtenstein (FL) in Höhe von 36 000 Franken vorgesehen. Mit diesen Mehreinnahmen hätten die erwarteten Mehrkosten aus dieser Untersuchungstätigkeit kompensiert werden sollen. Die entsprechenden Einnahmen konnten aber nicht realisiert werden. Die ausstehende Grundlage im Luftfahrtgesetz führte zu einer Verzögerung im Gesetzgebungsprozess in FL. Deshalb sind diesbezüglich auch keine Ausgaben im Funktionsaufwand angefallen.

Die Höhe der Ausgaben wird u.a. durch die Anzahl der zu untersuchenden schweren Vor- und Unfälle beim Betrieb von Luftfahrzeugen, Bahnen, Luft- und Standseilbahnen sowie im Bereich der Schifffahrt bestimmt.

Die Einnahmen lagen mit annähernd 28 000 Franken 16,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahrs. Bei den Ausgaben resultierte im Vergleich zum Vorjahr ein Minderaufwand von 0,4 Millionen, das entspricht einem Minus von gut 5 Prozent. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf tiefere Ausgaben im Bereich der externen Dienstleistungen (Untersuchungsleitung auf Mandatsbasis sowie Übersetzungsleistungen) zurückzuführen.

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- Revision Verordnung über die Sicherheitsuntersuchung von Zwischenfällen im Verkehrswesen (VSZV): Einleitung Vernehmlassungsverfahren (erreicht)

LG1: SICHERHEITSUNTERSUCHUNG AVIATIK, BAHNEN UND SCHIFFE

GRUNDAUFTRAG

Die SUST untersucht als unabhängige Behörde schwere Vor- und Unfälle bei Betrieb von Luftfahrzeugen, im öffentlichen Verkehr und in der schweizerischen Hochseeschifffahrt. Bei Sicherheitsdefiziten gibt sie Empfehlungen zu deren Behebung ab. Die ausserparlamentarische Kommission wahrt die Interessen der SUST und trifft Vorkehrungen zur Verhinderung von Interessenkollisionen. Sie entwickelt die Strategie, genehmigt die Schlussberichte und beaufsichtigt den Untersuchungsdienst. Letzterem obliegen die Geschäftsführung und die Durchführung der Untersuchungen. Die Aufklärung sicherheitskritischer Ereignisse dient der Gefahrenprävention und damit dem Schutz der Bevölkerung.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23	
				absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	0,0	0,1	0,0	0,0	-61,0
Aufwand und Investitionsausgaben	7,4	7,9	7,0	-0,9	-11,2

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Konformitätsprüfung: Die internen Richtlinien und Verfahren im Bereich Aviatik werden an den aktuellen Stand der internationalen Vorgaben angepasst			
– Ein Konformitätsprüfungsverfahren jährlich gem. ICAO Annex 13, EU Vo 996/2010 erfolgreich durchgeführt (ja/nein)	ja	ja	ja
Rasche Durchführung von Sicherheitsuntersuchungen: Die SUST sorgt durch geeignete Massnahmen dafür, dass die Untersuchungen von Zwischenfällen zeitgerecht bzw. gesetzeskonform abgeschlossen werden			
– Fristgerechter Abschluss der Sicherheitsuntersuchungen schwerer Vorfälle und Unfälle von Luftfahrzeugen (% min.)	4	50	4
– Fristgerechter Abschluss der Sicherheitsuntersuchungen schwerer Vorfälle und Unfälle von Bahnen, Bussen und Schiffen (% min.)	55	50	44

KOMMENTAR

Die Zielwerte zur *raschen Durchführung von Sicherheitsuntersuchungen* wurden aufgrund des Abbaus von älteren Pendenzen nicht erreicht. Der Pendenzenabbau führte relativ gesehen zu einem höheren Anteil von Berichten, bei denen die Ordnungsfristen nicht eingehalten werden konnten. Zudem führte eine hohe Anzahl an eingegangenen Meldungen im Bereich Aviatik zu einer Ressourcenbindung für die primäre Beurteilung der Untersuchungswürdigkeit, was die Zeit für die effektiven Untersuchungen gemäss der Ordnungsfristen entsprechend verringerte.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen	40	71	28	-44	-61,0
Eigenbereich					
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	40	71	28	-44	-61,0
Aufwand / Ausgaben	7 405	7 931	7 040	-891	-11,2
Eigenbereich					
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	7 405	7 931	7 040	-891	-11,2
Abtretung		64			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	39 881	71 400	27 864	-43 536	-61,0

Die Einnahmen der SUST resultieren zum einen aus dem Verkauf der Unfallschlussberichte und aus Kostenrückerstattungen. Die Verkaufszahlen der Unfallschlussberichte sind seit einigen Jahren rückläufig, da die Berichte von der Homepage der SUST kostenlos heruntergeladen werden können. Zum anderen war ab 2023 vorgesehen, dass die SUST auch die Untersuchungstätigkeit für das Fürstentum Lichtenstein (FL) übernimmt und dafür zur Deckung der Mehrkosten mit 36 000 Franken entschädigt wird. Die dafür im Voranschlag 2023 eingeplanten Einnahmen konnten jedoch nicht realisiert werden. Die ausstehende Grundlage im Luftfahrtgesetz führte zu einer Verzögerung im Gesetzgebungsprozess in FL. Entsprechend sind für diese Untersuchungstätigkeiten bei der SUST auch keine Ausgaben angefallen.

Die laufenden Einnahmen 2023 lagen deshalb insgesamt gut 40 000 Franken (-61 %) unter dem Voranschlag.

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	7 405 171	7 930 700	7 039 755	-890 945	-11,2
<i>davon Kreditmutationen</i>		63 800			
Funktionsaufwand	7 405 171	7 860 700	7 010 676	-850 024	-10,8
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	7 360 376	7 800 700	6 971 190	-829 510	-10,6
Personalausgaben	3 557 747	3 933 400	3 504 358	-429 042	-10,9
Sach- und Betriebsausgaben	3 802 629	3 867 300	3 466 832	-400 468	-10,4
<i>davon Informatik</i>	399 787	473 900	448 772	-25 128	-5,3
<i>davon Beratung</i>	276 272	291 800	274 924	-16 876	-5,8
Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen	44 796	60 000	39 486	-20 514	-34,2
Verwaltungsvermögen					
Investitionsausgaben	-	70 000	29 079	-40 921	-58,5
Vollzeitstellen (Ø)	16	16	15	-1	-6,3

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die Personalausgaben lagen gut 0,4 Millionen (rd. -11 %) unter dem Wert des Voranschlags. Die Besetzung von drei offenen Stellen benötigte mehr Zeit als erwartet.

Die SUST weist einen Personalbestand von 16 Vollzeitstellen auf. Sie verfügt im Untersuchungsbereich Bahnen und Schiffe über 5 und im Bereich Aviatik über 7 Vollzeitstellen; hinzu kommen 3 Vollzeitstellen für die zentralen Dienste sowie eine Stelle für die Leitung des Untersuchungsdienstes. Aufgrund der verzögerten Stellenbesetzungen betrug der durchschnittliche Personalbestand 2023 15 Vollzeitstellen.

Per Jahresende wurden Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und andere Zeitguthaben in Höhe von rund 31 000 Franken gebildet. Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen in diesem Bereich per 31.12.2023 auf rund 0,3 Millionen.

Sach- und Betriebsausgaben

In den Sach- und Betriebsausgaben sind neben den Informatik- und Beratungsausgaben auch die Kommissionsentschädigungen, die Jahresentschädigungen und Spesen in Zusammenhang mit Untersuchungen der SUST (Beizug von Experten, Gutachtern und nebenamtlichen Untersuchungsleitern) sowie die übrigen Betriebsausgaben wie Mieten, Druckerzeugnisse, Ausrüstung oder Betriebsstoffe enthalten.

Die Informatikausgaben lagen gut 25 000 Franken unter dem Voranschlagswert. Dies ist hauptsächlich auf nicht beanspruchte Mittel bei der Informatik-Hardware sowie bei den Software-Lizenzen, aber auch auf geringere Kosten im Bereich der Leistungsverrechnung für den Betrieb und die Wartung in Höhe von insgesamt rund 48 000 Franken zurückzuführen. Demgegenüber lagen die Ausgaben für die Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistung um knapp 23 000 Franken über dem Budgetwert.

Im Berichtsjahr unterschritten die Beratungsausgaben die Budgetvorgaben um annähernd 17 000 Franken. Die für Expertisen, Analysen und Studien im Beratungsaufwand eingestellten Beträge stehen überwiegend in Zusammenhang mit Unfallvorgängen und sind nur bedingt planbar. Die Beratungsausgaben enthalten zudem die Entschädigungen der Geschäftsleitung SUST (ausserparlamentarische Kommission nach Artikel 57a Absatz 2 RVOG als oberstes Leitungsorgan der SUST). Diese beliefen sich im Berichtsjahr auf gut 261 000 Franken.

Von den verbleibenden Sach- und Betriebsausgaben in Höhe von gut 2,7 Millionen entfiel der massgebliche Teil auf externe Dienstleistungen (rd. 1,5 Mio.), die grundsätzlich der Finanzierung der nebenamtlichen Untersuchungsleiter auf Mandatsbasis als auch der von der SUST in Auftrag gegebenen Übersetzungsleistungen dienen. Annähernd 0,8 Millionen wurden für Liegenschaftskosten aufgewendet. Die übrigen Betriebsausgaben (u.a. Spesen, Post- und Versand, Transporte und Betriebsstoffe, Druckerzeugnisse, Bürobedarf sowie sonstiger Betriebsaufwand) summierten sich auf gut 0,5 Millionen. Insgesamt lagen die verbleibenden Sach- und Betriebsausgaben rund 0,4 Millionen unter dem Wert des Voranschlags, was hauptsächlich auf in geringerem Ausmass benötigten Mittel für die externen Dienstleistungen zurückzuführen ist.

Abschreibungen und übrige Bewertungsänderungen Verwaltungsvermögen

Der Aufwand in Höhe von knapp 40 000 Franken resultiert aus den Abschreibungen für einen Helikopterbeweger und für Zubehör von Flugdatensystemen. Die Abschreibungen liegen damit rund 21 000 Franken unter dem veranschlagten Wert.

Investitionsausgaben

Für den Einsatzhelikopter fielen keine Investitionsausgaben an; die hierfür eingestellten Kreditanteile (rd. Fr. 70 000) wurden nicht beansprucht. Hingegen wurde eine Dachplane zum Schutz von Transportcontainern angeschafft. Dies Investitionsausgaben beliefen sich auf 29 000 Franken.

Kreditmutationen

— Kreditabtretung durch EPA für zusätzliche PK-Beiträge 2023: 63 800 Franken.

Rechtsgrundlagen

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21.3.1997 (RVOG, SR 172.010); Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25.11.1998 (RVOV, SR 172.010.1); Verordnung über die Sicherheitsuntersuchung von Zwischenfällen im Verkehrswesen vom 17.12.2014 (VSVZ, SR 742.161).

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Antrag zur Bildung aus Rechnung 2023	-	600 000	600 000

Stand Reserven

Es bestehen keine allgemeinen und keine zweckgebundenen Reserven.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Die SUST beantragt für den Ersatz ihres Ereignis Management Systems (Datenbank EMAS) die Bildung von zweckgebundenen Reserven in Höhe von 0,6 Millionen.

Die Datenbank zur Meldung von Ereignissen entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die initiale Projektidee konnte nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Deshalb wird eine externe Lösung notwendig. Das Beschaffungsverfahren nach WTO wird 2024 gestartet. 2023 waren für die Umsetzung des Projekts 0,6 Millionen vorgesehen.

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR

STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE

- ComCom: Sicherstellung der Grundversorgung sowie Förderung von Wettbewerb und neuen Technologien in der Telekommunikation
- ElCom: Beaufsichtigen des Schweizer Strommarktes, Überwachung der Versorgungssicherheit, Entscheide bezüglich Netzkosten, -zugang, -verstärkungen und Einspeisevergütungen, Regelung Stromtransport und -handel
- PostCom: Sicherstellung einer qualitativ hohen Grundversorgung sowie nachhaltigen Entwicklung des Postmarktes
- RailCom: Gewährleistung des diskriminierungsfreien Zugangs zum schweizerischen Schienennetz, zu den KV-Umschlagsanlagen und Anschlussgleisen sowie Dienstleistungen in der Nahzustellung im Güterschienenverkehr durch Entscheide über Klagen, Untersuchungen von Amtes wegen, Diskriminierungsmonitoring und Marktbeobachtung
- UBI: Behandlung von Beschwerden über den Inhalt schweizerischer Radio- und TV-Programme und zum übrigen publizistischen SRG-Angebot, Wahl und Aufsicht Ombudsstellen

ÜBERSICHT ÜBER DIE ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG (INKL. LEISTUNGSVERRECHNUNG)

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-R22	
				absolut	%
Laufende Einnahmen	6,0	6,7	6,6	0,6	9,9
Laufende Ausgaben	19,9	19,4	18,3	-1,6	-8,0
Eigenausgaben	19,9	19,4	18,3	-1,6	-8,0
Selbstfinanzierung	-13,9	-12,7	-11,7	2,2	15,8
Jahresergebnis	-13,9	-12,7	-11,7	2,2	15,8

KOMMENTAR

Die fünf Infrastrukturregulatoren ComCom, ElCom, PostCom, RailCom und UBI werden budgettechnisch in der Einheit «Regulierungsbehörden Infrastruktur» zusammengefasst. In der Ausübung ihrer Aufgaben sind die einzelnen Regulatoren unabhängig und nicht weisungsgebunden. Die Ausgaben fallen ausschliesslich im Eigenbereich an.

Die Einnahmen verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von gut 0,6 Millionen. Diese Zunahme ist einerseits auf höhere Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen der ElCom (rd. +0,3 Mio.) zurückzuführen. Andererseits lagen die Aufsichtsabgaben, Verfahrenskosten sowie Konzessionsgebühren der PostCom (rd. +0,3 Mio.) über dem Wert 2022. Im Vergleich zum Vorjahr ist demgegenüber bei den Ausgaben ein Rückgang von annähernd 1,6 Millionen zu verzeichnen. Während die Personalausgaben (rd. 60 % der Ausgaben) eine Zunahme um knapp 0,7 Millionen aufweisen, lagen die Sach- und Betriebsausgaben (rd. 40 % der Ausgaben) um annähernd 2,3 Millionen unter dem Rechnungswert 2022. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Bereich der Informatik zurückzuführen: die abgeschlossene Ablösung der Datenbank der ElCom bzw. Implementierung des ElCom Dateneinlieferungssystems EDES führte zu Minderausgaben bei den externen Informatik- und Beratungsdienstleistungen (rd. -1,8 Mio.) und beim leistungsverrechneten Betrieb und bei der Wartung (rd. -0,2 Mio.) Die Ausgaben für den Abschluss der Modernisierung der Datenbank der PostCom lagen knapp 0,3 Millionen unter dem Vorjahr.

Gegenüber dem Voranschlag fielen die Ausgaben um knapp 1,1 Millionen tiefer aus, die Einnahmen lagen gut 63 000 Franken unter dem Niveau des Budgets (siehe weiter unter Begründungen).

PROJEKTE UND VORHABEN 2023

- ComCom: Entscheid über Grundversorgungskonzession, Aufsicht über Mobilfunkkonzessionen und Evaluation des Frequenzbedarfs für Mobilfunk (erreicht)
- ElCom: Tarifaufsicht über Netzbetreiber mittels neuer ElCom Datenbank inkl. e-GOV, Vorbereitung und Umsetzung regulatorischer Massnahmen Versorgungssicherheit, Klärung Regeln im europäischen Verbundbetrieb (erreicht)
- PostCom: Analyse der Veränderungen im Postmarkt und des Regulierungsbedarfs mit der Zielsetzung der Definition der wichtigsten Herausforderungen für die Postregulierung (erreicht)
- RailCom: Überprüfung eines für den diskriminierungsfreien Netzzugang relevanten Themas (z.B. ausgewählte Systemführerschaft). Festlegen des Handlungsbedarfs, um allfällige Diskriminierungspotentiale zu reduzieren. (erreicht)
- UBI: Wahl der Ombudsstellen der privaten Veranstalter für 2024 – 2027 (Art. 91 Abs. 1 RTVG) (erreicht)

LG1: UNABHÄNGIGE SEKTORSPEZIFISCHE REGULATION VON INFRASTRUKTUREN SOWIE MEDIENAUF SICHT

GRUNDAUFTRAG

Die Regulatoren Infrastruktur ComCom, ElCom, PostCom, RailCom und UBI sind unabhängig und unterliegen in ihren Entscheidungen keinen Weisungen von Bundesrat und Departement. Die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche werden im Rahmen von Bundesgesetzen und Verordnungen festgelegt. Die Regulatoren setzen ihre gesetzlichen Grundaufträge selbstständig und getrennt voneinander um. Sie übernehmen Aufgaben der Konzessionserteilung, Marktaufsicht, -regulierung und -überwachung, Überprüfung, Beurteilung von Beschwerden, Schlichtung, Beratung sowie Berichterstattung in ihren jeweiligen Bereichen.

FUNKTIONSERTRAG UND -AUFWAND, INVESTITIONEN

Mio. CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	Δ R23-VA23 absolut	%
Ertrag und Investitionseinnahmen	6,1	6,7	6,6	-0,1	-0,9
Aufwand und Investitionsausgaben	19,9	19,4	18,3	-1,1	-5,7

ZIELE

	R 2022	VA 2023	R 2023
Gewährleistung der Grundversorgung in der Telekommunikation: Die ComCom überwacht und regelt im Bedarfsfall die Einhaltung der Konzession durch die Grundversorgungskonzessionärin			
– Erfüllung der Qualitätskriterien der Grundversorgung gemäss der Verordnung über Fernmeldedienste Art. 21 FDV (ja/nein)	ja	ja	ja
Einhaltung des Stromversorgungsgesetzes: Die ElCom stellt sicher, dass die Stromversorgung der Schweiz langfristig gesichert ist, keine Gefährdung durch Spekulation erfolgt, Monopolsituationen nicht ausgenutzt werden und die Preise angemessen sind			
– Effizient und transparent erledigte Fälle und Bürgeranfragen im Verhältnis zu eingegangenen Fällen (%)	100	100	100
Sicherstellung der Grundversorgung im Postmarkt: Im Interesse von Bevölkerung und Wirtschaft stellt die PostCom sicher, dass die Grundversorgung in hoher Qualität erfolgt und sich der Postmarkt nachhaltig entwickelt			
– Qualitätsindikator: Gewährleistung Zugang der Bevölkerung zur postalischen Grundversorgung auf Stufe Kanton (% min.)	96,5	90,0	96,7
Diskriminierungsfreiheit im Zugang zum schweiz. Schienennetz: Die RailCom sichert Nutzern durch gleichwertige Bedingungen den Zugang zum Schienennetz, zu KV-Umschlagsanlagen, Anschlussgleisen und Dienstleistungen in der Nahzustellung im Güterschienenverkehr			
– Nach Art. 25 NZV effizient und transparent erledigte Klagen und Untersuchungen (%)	100	100	100
Einhaltung des relevanten Radio- und Fernsehrechts: Zum Schutz der freien Meinungsbildung des Publikums u. dessen Schutz vor unzulässigen Inhalten stellt die UBI auf Beschwerde hin sicher, dass die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden			
– Zeitgerechte Erledigung der Beschwerden, d.h. kein Vorliegen von Rechtsverzögerungen bzw. -verweigerungen (%)	100	100	100

KOMMENTAR

Die Ziele wurden erreicht.

RECHNUNGSPPOSITIONEN

Tsd. CHF		R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Ertrag / Einnahmen		6 054	6 712	6 649	-63	-0,9
Eigenbereich						
E100.0001	Funktionsertrag (Globalbudget)	6 054	6 712	6 649	-63	-0,9
Aufwand / Ausgaben		19 925	19 434	18 329	-1 105	-5,7
Eigenbereich						
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	19 925	19 434	18 329	-1 105	-5,7
	Kreditübertragung		765			
	Kreditverschiebung		-41			
	Abtretung		212			

BEGRÜNDUNGEN

ERTRAG / EINNAHMEN

E100.0001 FUNKTIONSERTRAG (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total laufende Einnahmen	6 053 785	6 712 000	6 648 826	-63 174	-0,9

Die Einnahmen der Regulierungsbehörden Infrastruktur (RegInfra) setzen sich im Wesentlichen aus den Gebühren und Abgaben von ElCom und PostCom zusammen: Die ElCom erhebt Gebühren und Abgaben aus dem Vollzug des Energie- und Stromversorgungsgesetzes, die PostCom kostendeckende Verwaltungsgebühren für ihre Verfügungen und Dienstleistungen gemäss Postgesetz. Zudem erhebt die PostCom von den Beaufsichtigten jährlich eine Aufsichtsabgabe für die Aufsichtskosten, die nicht durch Gebühren gedeckt sind. Die budgetierten Einnahmen von ElCom und PostCom wurden nach einheitlichem Verfahren als Durchschnittswert der letzten vier Rechnungsjahre (2018 bis 2021) eingestellt.

Die Einnahmen der ElCom lagen im Rechnungsjahr bei gut 4,8 Millionen und damit gut 0,3 Millionen unter dem budgetierten Wert. Mit den Einnahmen wurden die Betriebsausgaben zu annähernd 38 Prozent gedeckt.

Die Einnahmen der PostCom lagen mit 1,8 Millionen um rund 0,3 Millionen über dem Voranschlagswert. Das ist massgeblich auf die in höherem Ausmass erhobenen Aufsichtsabgaben zurückzuführen. Die Ausgaben der PostCom wurden mit diesen Einnahmen zu 75 Prozent gedeckt. Die weiteren Tätigkeiten der PostCom betreffen so genannte hoheitliche Aufgaben und konnten den Postanbieterinnen (Unternehmen) nicht verrechnet werden.

Weitere kleinere Gebührenanteile betrafen ComCom, RailCom und UBI.

Rechtsgrundlagen

ElCom: BG vom 23.3.2007 über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz StromVG; SR 734.7); Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0); V vom 22.11.2006 über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich (GebV-En; SR 730.05).

PostCom: Postgesetz vom 17.12.2010 (PG; SR 783.0), Art. 30; Postverordnung vom 29.8.2012 (VPG; SR 783.07), Art. 77 Abs. 2 und Art. 78 Abs. 1.

ComCom: Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10); V vom 18.11.2020 über die Gebühren im Fernmeldebereich (Fernmeldegebührenverordnung, GebV-FMG, SR 784.106).

RailCom: Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG; SR 742.101), Art. 40a^{septies}; Gebührenverordnung vom 25.11.1998 für den öffentlichen Verkehr (GebV-öV; SR 742.102), Art. 23.

UBI: BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40), Art. 98 Abs. 2; Geschäftsreglement vom 1.3.2007 der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (Geschäftsreglement UBI; SR 784.409).

AUFWAND / AUSGABEN

A200.0001 FUNKTIONSAUFWAND (GLOBALBUDGET)

CHF	R 2022	VA 2023	R 2023	absolut	Δ R23-VA23 %
Total	19 925 042	19 433 900	18 329 052	-1 104 848	-5,7
<i>davon Kreditmutationen</i>		935 200			
Funktionsaufwand	19 925 042	19 433 900	18 329 052	-1 104 848	-5,7
Laufende Ausgaben (inkl. bundesinterne Leistungsverrechnung)	19 925 042	19 433 900	18 329 052	-1 104 848	-5,7
Personalausgaben	10 538 647	11 466 000	11 233 149	-232 851	-2,0
Sach- und Betriebsausgaben	9 386 395	7 967 900	7 095 903	-871 997	-10,9
<i>davon Informatik</i>	5 891 522	3 893 000	3 526 224	-366 776	-9,4
<i>davon Beratung</i>	2 125 996	2 341 400	2 035 498	-305 902	-13,1
Vollzeitstellen (Ø)	53	60	56	-4	-6,7

Der Funktionsaufwand der RegInfra teilte sich auf die einzelnen Regulatoren wie folgt auf:

– ComCom	6 %,
– ElCom	71 %,
– PostCom	13 %,
– RailCom	6 %,
– UBI	4 %.

Personalausgaben und Vollzeitstellen

Die *Personalausgaben* in Höhe von gut 11,2 Millionen lagen mit einer marginalen Abweichung von 2 Prozent (rd. -0,2 Mio.) unter dem Voranschlagswert. Hauptgrund für den Kreditrest waren offene Stellenbesetzungen bei der ElCom aufgrund von Fachkräftemangel und Projektverzögerungen. Insgesamt lag die durchschnittliche Zahl der Vollzeitstellen mit 56 unter den Annahmen.

Sach- und Betriebsausgaben

In den *Sach- und Betriebsausgaben* sind nebst den direkten Ausgaben der einzelnen Infrastrukturregulatoren auch die Entschädigungen der jeweiligen Kommissionen enthalten.

Die *Informatiksachausgaben* beliefen sich gesamthaft auf gut 3,5 Millionen und lagen damit um annähernd 0,4 Millionen unter dem Niveau des Budgetwerts. Die Leistungsbezüge bei den bundesinternen Leistungserbringern für Betrieb, Wartung und Informatikdienstleistungen fielen mit gut 1,6 Millionen um knapp 0,2 Millionen höher als geplant aus. Die Erhöhung steht in Zusammenhang mit der neuen Dienstleistungsvereinbarung der ElCom mit dem BIT zum Betreiben der Applikation «MATCH» (Markttransparenz Schweiz). Mit diesem System nimmt die ElCom ihre Aufsichtsaufgaben im Elektrizitätsgrosshandel gemäss Artikel 26a^{bis}-26c der Stromversorgungsverordnung (StromVV) wahr. Die schuldenbremswirksamen Ausgaben für die Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistung lagen hingegen gut 0,5 Millionen unter dem Voranschlagswert und beliefen sich auf rund 1,9 Millionen.

Die *Beratungsausgaben* beinhalten einerseits die Kreditanteile der allgemeinen Beratungsausgaben für Gutachten und Analysen (rd. 0,1 Mio.), andererseits die Kommissionsentschädigungen der fünf Regulierungsbehörden (rd. 1,9 Mio.). Die entsprechenden Ausgaben beliefen sich für alle fünf Regulierungseinheiten auf gut 2 Millionen und lagen damit gut 0,3 Millionen unter dem geplanten Wert. Dieser Teil der Ausgaben hängt jeweils von der Anzahl und Komplexität von Verfahren und regulatorischen Fragestellungen ab, ist somit volatil und nur bedingt planbar.

Von den *verbleibenden Sach- und Betriebsausgaben* in Höhe von gut 1,5 Millionen entfielen gut 0,9 Millionen auf die verwaltungsinterne Leistungsverrechnung, welche vor allem die Mietaufwendungen mit rund 0,8 Millionen beinhalten. Die Positionen externe Dienstleistungen (v.a. Übersetzungsleistungen) und übrige Betriebsausgaben (massgeblich Spesen, sonstiger Betriebsaufwand, Post- und Versandspesen, Druckerzeugnisse und Bürobedarf) summierten sich auf rund 0,7 Millionen und lagen damit, massgeblich bedingt durch geringere Ausgaben bei den externen Dienstleistungen, rund 0,2 Millionen unter dem Voranschlagswert.

Kreditmutationen

- Kreditübertragung Nachtrag I/2023 aus 2022: Projekt Datenbank EDES, Wartung und Support MATCH, sonstige Vorhaben: 764 500 Franken
- Kreditverschiebung an BAR: Nutzung LINDAS gem. Vereinbarung: -41 000 Franken
- Kreditabtretung von EPA: Berufliche Integration, Famex Beiträge, Fachhochschulpraktikanten: 211 700 Franken

Rechtsgrundlagen

ComCom: Fernmeldegesetz vom 30.4.1997 (FMG; SR 784.10); BG vom 24.3.2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40).

ElCom: BG vom 23.3.2007 über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz StromVG; SR 734.7), Art. 21 und 22; Energiegesetz vom 30.9.2016 (EnG; SR 730.0); Stromversorgungsverordnung (StromVV; SR 734.71).

PostCom: Postgesetz vom 17.12.2010 (PG; SR 783.0), Art. 20-31; Postverordnung vom 29.8.2012 (VPG; SR 783.07), Art. 59-62.

RailCom: Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG; SR 742.101), Art. 40a; Eisenbahn-Netzzugangsverordnung vom 25.11.1998 (NZV; SR 742.122), Art. 25.

UBI: BG über Radio und Fernsehen vom 24.3.2006 (RTVG; SR 784.40), Art. 82-85.

ÜBERSICHT ÜBER DIE RESERVEN

CHF	Allgemeine Reserven	Zweckgebundene Reserven	Total Reserven
Endbestand per 31.12.2022	–	889 000	889 000
Endbestand per 31.12.2023	–	889 000	889 000

Auflösung und Verwendung von Reserven im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden keine zweckgebundenen Reserven verwendet bzw. aufgelöst.

Reservenbestand

Die bestehenden zweckgebundenen Reserven (rd. 0,9 Mio.) entfallen auf die Weiterentwicklung der Applikation MATCH (rd. 0,6 Mio.) der ElCom. Für die Datenbank der PostCom besteht eine zweckgebundene Reserve in Höhe von rund 0,3 Millionen.

Antrag zur Bildung neuer Reserven

Es werden keine neuen Reserven beantragt.

